



ANTRÄGE *ZUM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG 2017*

**VOM 07. BIS 09. DEZEMBER 2017
IN BERLIN**

Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD

Berlin

7.-9. Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

Detailliertes Inhaltsverzeichnis mit Überblick zu allen Anträgen **6 – 20**

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A)	A1 – A31	21 - 46
Arbeitsmarktpolitik (Ar)	Ar1 – Ar68	47 - 106
Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B)	B1 – B28	107 - 129
Europapolitik (Eu)	EU1 – EU24	131 - 172
Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik (F)...	F1 – F17	173 - 184
Gesundheitspolitik (G).....	G1 – G52	187 - 215
Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)	K1 – K23	217 - 239
Innen- und Rechtspolitik, Migration (I).....	I1 – I76	241 - 300
Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M)	M1 – M13	301 - 314
Organisationspolitik 2015 (O)	O1 – O74	315 - 352
Organisationspolitik 2017 (OA)	OA1 – OA96	355 - 408
Sozialpolitik (S)	S1 – S54	409 - 447
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)	StW1 – StW70	449 - 487
Umwelt-, Energie-, Verbraucherpolitik (U).....	U1 – U33	489 - 503
Verkehrspolitik (V).....	V1 – V36	505 - 519
Themenübergreifende Anträge (Th)	Th1 – Th8	521 - 540
Wahlvorschläge (Parteivorstand, Bundesschiedskommission, Kontrollkommission, SPE-Delegierte)		541 - 546

Mitglieder der Antragskommission für den ordentlichen Bundesparteitag vom 7.- 9. Dezember 2017

Vom Parteivorstand am 17. Juli 2017 benannte Mitglieder:

Vorsitzender: Olaf Scholz

(stimmberechtigte) Mitglieder: Michaela Engelmeier
..... Michael Groschek
..... Hubertus Heil
..... Gabriele Lösekrug-Möller
..... Aydan Özoğuz
..... Thorsten Schäfer-Gümbel
..... Ute Vogt

(beratende) Mitglieder: Doris Ahnen
..... Petra Crone
..... Elke Ferner
..... Heiko Maas
..... Christoph Matschie
..... Dietmar Nietan
..... Johanna Uekermann
..... Sascha Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein Alexander Wagner
LV Mecklenburg-Vorpommern Frank Junge
LO Hamburg Nils G. Weiland
LO Bremen Sarah Ryglewski
BZ Nord-Niedersachsen Christina Jantz-Herrmann
BZ Weser-Ems Susanne Mittag
BZ Hannover Michael Rüter
BZ Braunschweig Falko Mohrs
LV Sachsen-Anhalt Susi Möbbeck
LV Brandenburg Christian Maaß
LV Berlin Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen Jochen Ott
BZ Hessen-Nord Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd Dagmar Schmidt
LV Thüringen Martin Luckert
LV Sachsen Daniela Kolbe
LV Saar Ulrich Commercon
LV Rheinland-Pfalz Daniel Stich
LV Baden-Württemberg Martin Rosemann
LV Bayern Marietta Eder

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Vorwort

Der Antragsschluss für den ordentlichen Bundesparteitag in Berlin vom 7.-9. Dezember 2017 war satzungsgemäß am 6. Oktober 2017.

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einer/m Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Die Antragskommission hat am 2. November 2017 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 18 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Mit Blick auf die eingegangenen über 700 Anträge und den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern informieren wir die Mitglieder der SPD und die Delegierten zum Bundesparteitag wie folgt zur Stellungnahme der Antragskommission und den weiteren Verfahren.

Der Parteivorstand wird am 20. November das Arbeitsprogramm beschließen. Der Beschluss wird auf www.spd.de veröffentlicht und zeitnah an die Mitglieder versendet. Änderungsanträge zum Arbeitsprogramm können von antragsberechtigten Gliederungen bis zum 3. Dezember 2017 um 24 Uhr an antragskommission@spd.de gestellt werden.

Über das Arbeitsprogramm, die Änderungsanträge und die zurückgestellten Anträge berät die Antragskommission am 6. Dezember 2017.

Für die Bundestagsfraktion ist das am 25. Juni 2017 auf dem Bundesparteitag in Dortmund beschlossene Regierungsprogramm Grundlage der Arbeit. Sie wird daraus und aus dem Erneuerungsprozess gesetzliche Initiativen und Anträge entwickeln.

Außerdem hat der Parteivorstand am 24. Juni 2017 beschlossen eine Kommission zur Zukunft der Rente und eine Kommission zur Vermögensbesteuerung einzusetzen. Diese Kommissionen werden nach dem Parteitag ihre Arbeit aufnehmen und an sie überwiesene Anträge bearbeiten.

Empfehlung der Antragskommission „Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand“ auf Grundlage des Beschlusses des SPD-Parteivorstandes vom 24. Juni 2017:

„Mit dem Regierungsprogramm bieten wir jungen und älteren Menschen eine verlässliche Perspektive für eine stabile und bezahlbare Rente. Dabei schauen wir nicht nur auf die kommende Wahlperiode, sondern darüber hinaus auf die Zeit bis 2030.

Wer die gesetzliche Rente nachhaltig stabilisieren möchte, muss heute handeln und die hierfür erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten. Mit der Stabilisierung des Rentenniveaus, gezielten Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut im Alter und dem Grundstein für einen neuen Generationenvertrag wollen wir dies tun.

Richtig ist, dass wir auch für die Zeit nach 2030 Entscheidungen zur langfristigen Entwicklung der Alterssicherung in Deutschland vorbereiten müssen, damit vor allem junge Menschen verlässliche Grundlagen für eine Zukunftsplanung behalten.

Der Parteivorstand wird deshalb mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der sozialen Verbände ein Konzept für die Alterssicherung nach 2030 erarbeiten, in dem ein Schwerpunkt auf der Frage liegt, wie mit über die bereits im Regierungsprogramm hinausgehenden weiteren Maßnahmen perspektivisch wieder ein Rentenniveau von mehr als 48% erreicht werden kann.

Im Rahmen dieses Prozesses setzen wir uns auch für die Abschaffung der „Doppelverbeitragung“ bei betrieblicher Altersvorsorge ein, also, dass Bezieher von Betriebsrenten nicht nur den Arbeitnehmer- sondern auch den Arbeitgeberanteil in der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen müssen. Künftig soll nur noch der Arbeitnehmerbeitrag fällig werden, wie dies schon bei Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rente der Fall ist. Gleichzeitig werden wir prüfen, ob die „Doppelverbeitragung“ bei bereits bestehenden Verträgen rückwirkend geändert werden kann

Eine so fundamental wichtige aber auch komplexe Diskussion und Entscheidung bedarf einer fundierten Vorbereitung und Grundlage, um ein verlässliches Konzept zu erstellen. Diese Zeit werden wir uns im Sinne seriöser Arbeit nehmen und dabei möglichst viele Akteure einbeziehen.

Der Parteivorstand legt dazu dem nächsten ordentlichen Parteitag einen Bericht und eine Empfehlung vor. Eine an derartigen Leitlinien orientierte Alterssicherung ist für die soziale Sicherheit in unserem Land und für das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme von grundlegender Bedeutung.“

Empfehlung der Antragskommission „Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand“ auf Grundlage des Beschlusses des SPD-Parteivorstandes vom 24. Juni 2017:

Kommission zur Vermögensbesteuerung

Die Vermögenssteuer als Instrument für mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit ist Bestandteil des Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die SPD will garantieren, dass wirklich große und größte Vermögen zur Finanzierung in der kommenden Periode beitragen. Dies wird aus praktischen Gründen zunächst nur über die Erbschaftssteuer erfolgen können.

U.a. die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuer und des EuGH zu einer beihilferechtlichen Frage können erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung einer Vermögenssteuer in Deutschland haben. Vor diesem Hintergrund werden wir nach Vorlage der beiden Entscheidungen die Machbarkeit zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer prüfen.

Der Kommission des Parteivorstandes unter Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel sollen folgende Mitglieder angehören:

- | | |
|--------------------|--------------------------|
| • Doris Ahnen | • Peter-Jürgen Schneider |
| • Lothar Binding | • Svenja Schulze |
| • Natascha Kohnen | • Manuela Schwesig |
| • Kevin Kühnert | • Peter Tschentscher |
| • Stefan Körzell | • Johanna Uekermann |
| • Matthias Miersch | • Norbert Walter-Borjans |
| • Anke Rehlinger | • Bernd Westphal |

Detailliertes Inhaltsverzeichnis

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik	1
Für eine neue Entspannungspolitik!	
Rüstungsausgaben einfrieren – Mittel für wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Nachbarstaaten erhöhen	5
Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?	
Rüstungsexportkontrolle: „Politische Grundsätze“ von 2000 konsequent umsetzen – Waffenlieferungen aus deutscher Produktion weiter einschränken!	
Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete!	
Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland	10
Rüstungsexportpolitik verantwortungsvoll und konsequent weiterentwickeln!	
Keine Mehrausgaben für Rüstung – Frieden in Europa gemeinschaftlich sichern	
Waffenlieferungen	
Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen von Rüstungsgütern	
Export von Kriegswaffen: Federführung ans Auswärtige Amt!	15
Keine Hermes-Bürgschaften für Waffen- und Rüstungsgüterexporte	
Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien	
Atomwaffen abschaffen	
„Humanitäre Selbstverpflichtung“ unterzeichnen und letzte Atomwaffen aus Deutschland abziehen!	
Atomwaffenfreies Deutschland	20
Klare Regeln für den Einsatz von Kampfdrohnen	
Für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei und eine wertgebundene Außenpolitik von EU und Bundesrepublik	
Waffen nieder in der Türkei! Schluss mit dem innertürkischen Waffengang!	
Frieden	
Das Vermächtnis Willy Brandts wahren: Die Spirale der Gewalt stoppen, einen neuen Kalten Krieg verhindern, für eine neue Entspannungspolitik!	25
Öffnung der Bundeswehr	
Die neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030	
Sichere Nahrungsmittelversorgung durchsetzen	
Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit	30
Mehr finanzielle Unterstützung für die UNHCR-Hilfsprogramme	
Entwicklungshilfe dauerhaft auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens steigern	
Unser Nachbar Afrika	
Umsetzung der Zukunftscharta für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030)	
In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich handeln	35
Ausbeutung in der Textil- und Bekleidungsindustrie stoppen	
Arbeitsmarktpolitik	
Änderungen beim Mindestlohn	
Den Sockelbetrag für den Mindestlohn in Abstimmung mit dem DGB erhöhen.	40
Schrittweise Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns	
Keine Ausnahmen beim Mindestlohn für Flüchtlinge	
Erforderliche Reformen der Regelungen zum Mindestlohn einleiten	
Keine Ausnahmen vom Mindestlohn	
Keine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn	45
Durchsetzung des Mindestlohns erleichtern	
Gegen häufiges Unterlaufen des Mindestlohns	
Mindestlohn	
Mindestlohn weiterentwickeln – Kurs auf 11,50 Euro!	
Anhebung und Kontrolle Mindestlohn	50
Mindestlohn effektiv durchsetzen I / Überprüfung von Mindestlohnverstößen durch die FK Schwarzarbeit	
Armutsfester Mindestlohn	
Mindestlohn effektiv durchsetzen II / Überprüfung von Werkverträgen, illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit durch die DRV-Prüfdienste	
Mindestlohngesetz novellieren	55
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sichern – Prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen	
Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!	
Leiharbeit	
Für ein Ende der Ausbeutung: Korrektur der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und	
Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses	60
Entgeltgleichstellung in Zeitarbeitsverhältnissen	
Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken	
Ausbeutung beenden: Leiharbeit zur Kernfunktion zurückführen	
Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit einschränken	
Missbrauch bei der Arbeit auf Abruf beenden	65
Weniger befristete Arbeitsverhältnisse	
Eindämmung der Leiharbeit	
Werkverträge	

- 1 Leiharbeit
Silicon-Allee
Streik als Grundrecht sichern und ausbauen
Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen
- 5 Beschleunigung des gesetzlichen Verbots sachgrundloser Befristung und Eindämmung sachgrundbezogener Befristung
Sachgrundlose Befristung abschaffen
Anrechnung von Arbeitsmaterialien
Hinzuziehung von Sachverständigen für Betriebsräte
Verbot der Arbeit auf Abruf
- 10 Sachgrundlose Befristung abschaffen
Mitbestimmung
Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt!
Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen
Entgeltfortzahlung nach faktischen Arbeitsbedingungen richten
- 15 Gerechtigkeit für die Beschäftigten der Dienstleistungsbranche
Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen
Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit
Faire Bedingungen!
Lohnraub verhindern; unbezahlte Überstunden verbieten
- 20 Einordnung der Fachpraktiker Ausbildungsberufe und der in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) angebotenen Ausbildungsbereiche in den DQR und EQR
Überprüfung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, Jobcentern und gleichgelagerten Maßnahmen
Das Existenz eines Menschen wirklich sichern – Sanktionen des ALG II abschaffen
Arbeitsrecht in der Fleischindustrie
- 25 Einführung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos“
Grundsicherung
Mindestvergütung für Auszubildende / Ausbildungsplatzumlage
Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive
Flächendeckend erleichterter Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge
- 30 Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen
Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft
Zu jung für gute Arbeit? - Forderungen junger Arbeitnehmer_innen und Azubis
Digitale Arbeitswelt regeln und gestalten
Mitbestimmung
- 35 Arbeitsmarktpolitik
Betriebsrat – Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne
Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!
Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit!
- 40 Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt!
Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt

Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik

- Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der Bildungspolitik
- 45 Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildung zwischen Bund und Land
Sozialer Aufstieg für Alle - ein über 150-jähriges Projekt der Sozialdemokratie fortschreiben
Politische Bildung ist systemrelevant!
Unsere Erzieher*innen brauchen eine berufsorientiertere Ausbildung!
Frühkindliche Bildung
- 50 Kinderarmut entgegenwirken - Bildung stärken
Verpflichtender Besuch einer Bildungseinrichtung vor der Schule
Frühe Bildung stärken – Kommunen und Eltern entlasten
Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz
Das Berufsbildungsgesetz besser machen!
- 55 Zugang von Gewerkschaften zu weiterführenden Schulen
Einrichtung einer besseren und einfacheren Vertretungslehrer-Verfügbarkeit an gewerblichen Schulen
Kostenübernahme für DolmetscherInnen von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote
Dolmetscher von Sinnesbehinderten für alle Weiterbildungsangebote
Übernahme von Dolmetscherkosten für politisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen
- 60 Solidarität mit dem Mittelbau - Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beenden!
Wege aus dem Prekariat Wissenschaft: Reform des Arbeitsplatzes Wissenschaft
Studierende sind keine Sachmittel - endlich ein ordentlicher Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern
- 65 Aufwandsentschädigung Praktisches Jahr – flächendeckend, fair, fördernd
Lücke in der Ausbildungsförderung schließen
Abschaffung des Numerus Clausus für das Medizin-Studium
Lehrstuhl für Altersmedizin

Förderung tierversuchsfreier Medizin	1
Zivilgesellschaftlichem Engagement den Rücken stärken	
Treibhäuser der Demokratie	
Höhere finanzielle Förderung von Freizeitaktivitäten für bedürftige Kinder und Jugendliche im Rahmen des „Bildungspakets“	5
Europapolitik	
Europäisches Parlament – mehr parlamentarische Demokratie für Europa	
Europa neu ausrichten Demokratie stärken, Asyl- und Flüchtlingspolitik human gestalten, Wachstum fördern, Finanzmärkte weiter regulieren	
Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem Europa der Austerität	10
14 Kommissarinnen und 14 Kommissare in Europa, das ist Gerechtigkeit	
Für ein Europa mit Zukunft	
Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall	
Strukturelle ökonomische Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa beseitigen	
Vereinigte Staaten von Europa schaffen	15
Initiative für Europa	
Rettet die Spitzenkandidaturen	
Friedensprojekt Europa	
Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren – SchlepperInnen das Handwerk legen	
Europäische Roma – Projekte in den Herkunftsländern	20
Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone	
Europa für die kleinen Leute erfahrbar machen	
Finanzstabilität in der Europäischen Union stärken	
Vertrauensbildung durch nachhaltige Bewertung von Aktiva in den Unternehmensbilanzen	
Erhöhung Sicherheit durch Aufbau einer einheitlichen Datenbank für alle Menschen, die sich als nicht EU Bürger (zukünftig auch die Briten) in der EU aufhalten	25
Voraussetzungen für den Abschluss der Handelsabkommen TTIP und CETA	
Resolution zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), zum Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und zum Dienstleistungsabkommen (TISA)	
Forderungen zu TTIP	30
Ablehnung eines geplanten Handelsabkommens mit Japan	
Freihandelsabkommen	
Aushandlung besserer Standards bei Verhandlungen über JEFTA	
Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik	35
Mehr Gleichberechtigung - Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern	
Kinderbetreuung	
Mehr Flexibilität für Familien - Einführung eines Elterngeldsharings	
Elterngeld	
Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option	40
Umsetzung der Europaratsentscheidung 2009 für Eltern nach Trennung	
Änderungen des Gesetzes zum Unterhaltsvorschuss	
Keine Abzüge beim ALG II bei Alleinerziehenden	
Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf	
Frauenrechtskonvention: Konsistente zielorientierte Gleichstellungspolitik	45
Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos	
Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos	
Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen	
Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen	
Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen	50
Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern	
Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln	
Gesundheitspolitik	
Gleiches Recht für Alle bei der ärztlichen Versorgung durch Einführung einer Bürgerversicherung	55
Abschaffung des Zusatzbeitrags für gesetzlich Versicherte	
Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger - Wir kämpfen für die BürgerInnenversicherung!	
Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	
Parität in GKV	
Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung hier: Abschaffung der Zusatzbeiträge für Rentnerinnen und Rentner	60
Paritätische Bürgerversicherung	
Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen	
Verbeitragung	
Gesundheitssystem	
Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation	65
Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	
Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer	

- 1 Finanzsituation der Krankenhäuser; Rahmenbedingungen für das Krankenpflegepersonal
Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen
Gemischte Pflegearrangements
- 5 Berliner Pflegeoffensive- 12 Punkte für einen Neustart in der Pflege
Künstliche Befruchtung
Finanzierung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung
Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern
Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen
- 10 Besserer Schutz von Betreuten
Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen
Notfälle richten sich nicht nach Sprechzeiten – für eine Reform der Notfallversorgung!
Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern
Menschenrechte konsequent und überall einfordern – dubiosen medizinischen Konversionstherapien in Deutschland
- 15 das Handwerk legen
Rückbau der Verblisterung von Medikamenten in Blisterzentren
Verbot von Antibabypillen der neuen Generationen
Impfempfehlung einführen
Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen
- 20 Änderung des Transplantationsgesetzes (TPG)
Stammzellentypisierungsaktionen - Kostenübernahme sichern
Wir ziehen's durch – Cannabis legalisieren!
Impfprävention intensivieren - Infektionen und Krankheiten vorbeugen
Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen
- 25 Existenzängste von Lebensretter*innen nehmen
Vertrauen in Organspende stärken - Transplantationsgesetz verschärfen
Transparenz bei homöopathischen Präparaten herstellen – freiwillige Finanzierung durch Krankenkassen nicht weiter zulassen
Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!
Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln
- 30 Für ein selbstbestimmtes Lebensende
Defibrillatoren im öffentlichen Raum
Lebensrettende Blutspende freigeben
Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)
Igel-Leistungen
- 35 Engpass bei Medikamenten
Multiresistente Keime
Maßnahmenpaket gegen Antibiotika-Resistenzen, Verbesserung der Krankenhaushygiene
Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen
Antrag für eine Stärkung der klinisch tätigen Hebammen
- 40 Für die Sicherstellung der freiberuflichen Ausübung des Berufs der Hebamme und damit der Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper
Verbindliche und transparente Qualitätssicherung in der außerklinischen Geburtshilfe

Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen

- 45 Rechtsanspruch auf Breitbandzugang als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge
Kommunen und demographischer Wandel
Gemeindewirtschaftssteuer
Die kommunale Selbstverwaltung im ländlichen Raum stärken
Kommunalen Investitionsrückstau beseitigen, Konnexitätsprinzip umsetzen
- 50 Bezahlbares Wohnen für alle – eine Gemeinschaftsaufgabe
Die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen
Sozialer Wohnungsbau
Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen
Keine Steuerliche Subventionierung von Luxuswohnungsbau
- 55 Bodenspekulation wirksam bekämpfen!
Wiedereinführung der Grundsteuer C
Umbau der Grundsteuer zur flächennutzungsbezogenen Grundabgabe
Grundsteuer C
Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau
- 60 Mieterhöhung nach Modernisierung (§ 559 BGB)
Modernisierungumlage abschaffen
Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse
Nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen für Mieterinnen
Betriebskostenverordnung
- 65 Altersgerecht Leben
Bezahlbarer Wohnraum
Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren

Innen- und Rechtspolitik, Migration	1
Nein zu Racial Profiling	
Verbot von anlasslosen Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen	
Lobbyismus	
Transparenz des Lobbyismus in der Politik fördern	5
Update für die Bundesrepublik – den Bundestag stärken	
Deutschen Bundestag auf 500-600 Abgeordnete verkleinern, Arbeitsfähigkeit durch Wahlrechtsreform verbessern	
Berufsbezeichnungen in Listen	
Änderung des Wahlrechts	
Sicherheits- und Innenpolitik angstfrei gestalten	10
Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen	
SPD sagt Nein zum Bundeswehreinsatz im Innern	
Wir lassen uns nicht spalten – Maßnahmen gegen die neue Rechte und für eine Zukunft der offenen Gesellschaft	
Beflagung Gedenkstätten	
8.Mai	15
Änderungsantrag zu Kapitel XI.9 Gedenktag 8. Mai	
Wir haben nicht vergessen - Whistleblower endlich schützen!	
Familienvertrag statt Ehe	
Geschwisterinzent legalisieren	
Faschismus in Europa den Boden entziehen	20
Kriegsfolgen nicht auf Einzelne abwälzen!	
Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden	
Zwangsheirat umfassend bekämpfen!	
Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale	
Gleichgeschlechtliche Ehe	25
Quote bei Bewerbungen war nicht das Ziel! Wahlrecht auf Landesebene reformieren – Quote darf nicht egal sein.	
Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite in Deutschland	
Schaffung einer neuen Verfahrensart vor dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung von Rechtsakten der Europäischen Union	
Haftungserweiterung bei Vermögensdelikten – Wirtschaftskriminalität bekämpfen	
Insolvenzgutachter und späterer Insolvenzverwalter müssen personenverschieden sein	30
Haftungserweiterung bei Betrug	
Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen	
Änderungsantrag Kapitel XI.9 Stasi-Unterlagenbehörde	
Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa	
Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!	35
Regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz	
Rechtsanspruch auf Beratung für Betroffene von Menschenhandel	
Anonymisierte Bewerbungen einführen - Diskriminierung abbauen	
Flächendeckende Gefangenenseelsorge	
Reform des Rechts der Religionsgesellschaften	40
Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz	
Einwanderungsgesetz? - Ja, aber richtig!	
Ausländergesetz	
Keine Abschiebungen von Afghanen	
Abschiebungen nach Afghanistan	45
Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen	
Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan. Die Humanität gebietet: keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan.	
Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Berlin leistet Widerstand gegen lebensbedrohliche Abschiebepläne	
Keine Abschiebungen nach Afghanistan	
Keine Ausweitung von sicheren „Herkunftsstaaten“ – Maghreb Staaten sind für LSBTTIQ*-Personen alles andere als sicher!	50
Maghreb Staaten Marokko, Algerien und Tunesien keine „sicheren Herkunftsstaaten“	
Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem Grundgesetz	
Rechte von Geflüchteten uneingeschränkt wahren	
Dublin IV ablehnen!	
Keine weitere Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes	55
Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen	
Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen	
Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren – Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen	
Sicherer Aufenthaltsstatus für alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Deutschland	
Verbesserung des Gewaltschutzes in Flüchtlingsunterkünften	60
Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen	
Geschlechtsspezifische Forderungen für Flüchtlinge	
Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen eingehen!	
Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!	
Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen mit Kindern und Jugendlichen verpflichtend einführen	65
Mehr Geld für Lehrkräfte von Integrationskursen	
Teilnahme an Integrationskursen	
Unterstützung statt Stigmatisierung – für eine weitsichtige Flüchtlingspolitik	

- 1 Neuordnung der Zuständigkeiten auf Bundesebene für Integrations- und Migrationspolitik
Bundespartizipationsgesetz
Die Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz
- 5 Die Integration der Geflüchteten und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz
Chance durch Leistung Integrationskraft der Wirtschaft nutzen
Antrag für eine schnellere Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt
Menschen vor rassistische Gewalt in Deutschland schützen
- 10 Nationale Identität, Kulturelle Diversität und Rechtsordnung
Glaubensüberprüfung von zum Christentum konvertierten Asylsuchenden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik

- 15 Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter
Digitalisierung
Störerhaftung für Betreiber*innen von WLANs abschaffen
Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen
Rechtsanspruch auf E-Mail-Verschlüsselung staatlicher Institutionen
- 20 Ausbau der digitalen Mobilität
Neue Existenzen - Selbständigkeit stärken – Missbrauch verhindern
Änderung des Rundfunkstaatsvertrags
Deutschland braucht einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender
Sexistische Werbung verbieten – ein modernes Geschlechterbild schaffen
- 25 Plattformunabhängige Software-Anwendungen in der Verwaltung
Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben
Änderung des Impressumsrechts

Organisationspolitik 2015

- 30 SPD. Die Beteiligungspartei.
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
- 35 Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Änderungsantrag zum Antrag O1
Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft
- 40 Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden
Mitgliederbegehren statt Mitgliedervotum
Kanzlerkandidat der SPD 2017
Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen
Bereitstellung eines integrierten Antragsportals durch den Bundesvorstand
- 45 Änderung der Formatierung von Anträgen
Umgang mit Parteitagsanträgen modernisieren
Der digitale Ortsverein
Elektronisches Wahlverfahren auf Bundesparteitage abschaffen
Aufbau einer digitalen Infrastruktur
- 50 Demokratisch kontrollierte Datenspeicherung
Aufbau einer digitalen Infrastruktur
SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022
SPD Inklusionsjahr 2016 „Inklusion ist unsere Zukunft!“
Barrierefreiheit in Einrichtungen der SPD
- 55 Weniger Barrieren im Internetzugang zu SPD-Webpräsenzen
Modernes Zielgruppenkonzept entwickeln
Änderung §3 Wahlordnung
Stimmrecht in den Arbeitsgemeinschaften
Neuer Name für unsere Arbeitsgemeinschaft
- 60 Vielfalt sichtbar machen – Chancengleichheit verwirklichen
Arbeitsgemeinschaften stärken
Bundesweites Programm für Nachwuchstalente
Parteischule für alle!
Diskriminierungsfreie Fortbildung innerhalb der SPD
- 65 Beitragsfreie Mitgliedschaft für ältere Mitglieder
Abschaffung sachgrundlose Befristung
Verhaltenskodex für Beteiligungen und Anlagen der SPD
Den Vorwärts als monatliches Mitgliedermagazin erhalten

Neugestaltung der Beitrittsformulare	1
Kommunalpolitik verjüngen	
Tagesordnung der Parteitage straffen	
Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen!	
Antragsfristen für Wahlprogramme	5
Für eine familienfreundliche Parteiarbeit	
Mitgliedschaft Milli Görüs unvereinbar mit SPD-Mitgliedschaft	
Ja zur innerparteilichen Demokratie! Mehr Demokratie wagen!	
Kampagnenfähigkeit im Europawahlkampf verbessern	
Öffentlicher Parteikonvent	10
Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	
Interreligiöse Kompetenzen stärken – Allen Gläubigen offen begegnen	
Schiedskommission	
Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019	
Die SPD transparent und partizipativ gestalten	15
Basis und Gender statt Troika und „starke“ Männer!	
Bildung einer SPD International	
Quotierungen gestalten	
Sensible Sprache in SPD-Schriftstücken!	
§ 10 Arbeitsgemeinschaften, Themenforen, Arbeitskreise und Projektgruppen	20
Streichung § 10 a Öffnung für Gastmitglieder und Unterstützer/innen	
§ 13 Mitgliederentscheid	
§ 14 Verfahren des Mitgliederentscheids	
§ 13 Verfahrensgrundsätze	
§ 1 Mitgliedsbeiträge	25
Änderung des § 13 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut	
Schwelle für Mitgliederbegehren senken	
Änderung des Organisationsstatuts § 23 Abs. 9	
Satzungsänderungen in jedem Falle mit Zweidrittel-Mehrheit §37	
§ 7 Abs. 2 Satz 1 der Wahlordnung (WO)	30
Änderung der Wahlordnung der SPD §8	
Wahlordnung § 8	
Änderung Finanzordnung §1 Mitgliedsbeiträge (5), Satz 2	
Beitragsfreiheit	
Änderung Finanzordnung §2 (2)	35
Organisationspolitik 2017	
Mehr basisdemokratische Entscheidungen	
Mehr Basisdemokratie auf Landes- und Bundesebene	
Mitgliederbegehren vereinfachen!	40
Innerparteiliche Demokratie stärken	
Urwahl des Parteivorsitzenden	
Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandidat*innenaufstellung	
Mitbestimmung und Parteileben	
Die SPD steht hinter dem Prinzip SpitzenkandidatInnen für Europa	45
Europa aktiv leben – gegen nationales Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	
Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der AG Selbst Aktiv gehören auf allen Ebenen bei Wahlkämpfen in die Wahlkampfteams	
Barrierefreier Stimmzettel	
Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern	50
Parteibücher in Brailleschrift	
SPD International und Wahlrecht für Deutsche im Ausland	
Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen	
Mehr Gleichstellung in der SPD	
Mehr Respekt	55
Wohnrecht ist Menschenrecht: Sachverstand in der SPD bündeln	
Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	
Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos	
SPD Strategie gegen die „neue Rechte“	
Kostenübernahme bei Ehrungen langjähriger Parteimitglieder	60
Wir fordern die Mitgliedsbeitragstabelle zu vereinfachen und an die Realität anzupassen.	
Seniorenmitgliedschaft	
Anträge Bundesebene	
Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!	
Alle Parteitagebeschlüsse öffentlich	65
Ortsvereine stärken – Basisdemokratie jetzt!	
Rückmeldung und Fristen	

- 1 Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen
- Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen
- 5 Gestaltung von Parteitagen
 - Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD
 - Den Bundesparteitag demokratischer und partizipativer gestalten
 - Wiedergabe der Begründung von Parteitagsanträgen in den digitalen Antragsbüchern
 - Für eine zukunftsfähige Antragsberatung der SPD-Bundespartei
- 10 Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzungen!
 - Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern – auch in Parlamentsfraktionen
 - Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern
 - Keine Spenden von wehrtechnischer Industrie
 - Beteiligung der ddvg und Grundwerte der SPD in Einklang bringen
- 15 Vielfalt sichtbar machen – Zielvorgaben für mehr Chancengleichheit
 - Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien
 - Für eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit
 - Programmatische Erneuerung
 - Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für
- 20 klare linke Politik eintreten!
 - Vielfalt sichtbar machen – Bausteine für das SPD Arbeitsprogramm
 - Für eine Revitalisierung und Stärkung der Basis – für mehr innerparteiliche Demokratie
 - Kümmererstrukturen in der SPD ausbauen
 - Kommunikation der Wahlhalte : „Soziale Gerechtigkeit“
- 25 Neuausrichtung der Partei
 - Alter Wein in alten Schläuchen? – Endlich mehr Verantwortung für neue, junge Persönlichkeiten!
 - Erneuerung braucht Programm Keine Erneuerung ohne ein neues Grundsatzprogramm Was heißt sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert?
 - Koalitionen
- 30 Oppositionsrolle im 19. Deutschen Bundestag annehmen
 - keine GroKo 2017
 - Einführung von online-organisierten Themenforen
 - Einführung von online-organisierten Themenforen
 - Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD
- 35 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD
 - Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD
 - Einführung einer Jugendquote
 - Einführung einer Jugendquote
 - Einführung einer Jugendquote
- 40 Einführung einer Jugendquote
 - Frischer Wind in den Strukturen
 - Frischer Wind in den Strukturen
 - Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene
 - Offenheit der Ortsvereine auf lokaler Ebene
- 45 Offenheit und Beteiligung für Parteimitglieder verbessern
 - Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene
 - Ideenmanagement – gemeinsam innovativ
 - Ideenmanagement – gemeinsam innovativ
 - Hauptamtliche Strukturen stärken: feste AnsprechpartnerInnen für Engagement und Vielfalt
- 50 Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse
 - Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse
 - Nicht ohne die Partei!
 - Zeit, die SPD neu zu denken
 - § 5 Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft
- 55 § 6 Unvereinbarkeit
 - § 12 Aufstellung von Kandidat/-innen
 - § 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents
 - § 13 Mitgliederentscheid
 - § 13 Mitgliederentscheid
- 60 § 14 „Verfahren des Mitgliederentscheids“
 - § 14 Verfahren des Mitgliederentscheids
 - § 15 Parteitag, Zusammensetzung
 - § 18 Einberufung des ordentlichen Parteitages
 - § 19 Antragskommission
- 65 § 23 Parteivorstand
 - § 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents
 - § 28 Zusammensetzung und Einberufung Parteikonvent
 - § 35 Parteiordnungsverfahren

§ 35 Parteiordnungsverfahren	1
§ 37 Abänderung des Statuts	
§ 4 Spendenbestätigungen	
Sozialpolitik	5
Stärkere staatliche Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit	
Rentenpolitik	
Bürgerversicherung auch in der gesetzlichen Rentenversicherung einführen	
Rente und Gerechtigkeit – Altersarmut geht uns alle an	
Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen	10
Rentenpolitik in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stellen!	
Erziehungsrente	
Solidarische Rente – „Lebensstandardsichernde Rente für alle“	
Arbeitsentgelt aus Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen nicht auf Grundsicherung anrechnen	
Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt	15
Rentenverkürzungsschäden bei der DRV	
Grundsicherung bei kleinen Einkommen	
Gerechte und soziale Alterssicherung	
gute und zukunfts feste Renten solidarisch sichern	
Beitragsbemessungsgrenze abschaffen	20
Rente	
Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern	
Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen „Doppelverbeitragungen“ in der betrieblichen Altersversorgung	
Rentenversicherung neu denken	
Definition, Überprüfung, Finanzierung und Transparenz für versicherungsfremde Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung	25
Rente als Lebensstandardsicherung	
Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente	
Anrechnung der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter	
Freiwillige private Altersvorsorge mit Kapitalbildung	
Stärkung der umlagefinanzierten Rente	30
Alterssicherung	
Anhebung der Grundsicherung	
Stärkung der umlagefinanzierten Rente	
Kurswechsel	
Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten	35
Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten	
Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme der DDR	
Renten- und Altersversorgung	
Rente	
Umbau des deutschen Rentensystems	40
Betriebliche Altersversorgung	
Grundfreibetrag	
Rente muss zum Leben reichen	
Forderungen zu einem solidarischen und gerechten Generationenprojekt	
Erhöhung der Renten für Beschäftigte im Niedriglohnsektor	45
Stärkung der gesetzlichen Rente	
Eine lebensstandardsichernde Rente für alle Erwerbstätigen	
Inklusiven Sport stärken	
Politische Teilhabe von Gehörlosen weiter voranbringen!	
Anhebung der Behindertenpauschbeträge	50
Barrierefreiheit im Sport	
Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit	
Wohngeld und Heizkostenkomponente	
„Sozialstaat 4.0“ - Sicherstellung der sozialen Sicherung in Zeiten von KI	
Lernförderung von Kindern mit SGB II Bezug	55
Maßnahmen gegen Altersarmut	
Sozialversicherung	
Kinderarmut bekämpfen	
Sozialticket	60
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik	
Erhöhung des Spitzensteuersatzes und späteres Eintreten des Spitzensteuersatzes	
Kleine und mittlere Einkommen entlasten	
Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen	
Wiedereinführung einer Vermögensteuer für natürliche Personen	65
Für die soziale Gerechtigkeit - Wir brauchen eine Steuerreform	
Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer	
Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer	

- 1 Steuerkriminalität entschlossen bekämpfen – Steuergerechtigkeit herstellen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken
 Mehr Steuergerechtigkeit
 Umsatzsteuer gerechter gestalten
 Zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer
- 5 Hinzurechnungsbesteuerung und Schachtelprivileg angemessen gestalten
 Kapitalerträge wie Arbeits- oder Erwerbseinkommen versteuern
 Vermögenssteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren
 Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch
 Gerechtigkeitssteuer – Vermögensübertragungen und Entgelte gleichbehandeln
- 10 Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch
 Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht
 Zur Erhebung der Vermögenssteuer
 Steuerverteilung auf Kommunen
 Kapitalerträge
- 15 Vermögenssteuer wiederbeleben, höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmensgewinn
 Wiedereinführung der Vermögenssteuer
 Gleiche Besteuerung
 Mehr soziale Gerechtigkeit
 Gerechtere Erbschaftsteuer
- 20 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung
 Kommission Vermögenssteuer
 Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter
 Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung
 Verbesserung des Einkommens von Beschäftigten im Niedriglohnssektor
- 25 Zur Umverteilung: den Reichen mehr wegnehmen
 Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer
 Finanztransaktionssteuer endlich realisieren!
 Reform des Kindergeldanspruchs während der Zweitausbildung für Selbstständige
 Reform des Kindergeldanspruchs bei Einkünften aus der Verwaltung eigenen Vermögens
- 30 Gegen das Bargeld-Verbot
 Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite
 Gerechte Finanzpolitik
 Gerechtigkeit durch Beteiligung am Produktivvermögen
 Gewährleistung des „sicheren“ Zahlungsverkehrs mit Debitkarten – NFC einschränken!
- 35 Obergrenze für Bargeldzahlungen ablehnen
 Erhaltung des Bargeldes
 Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen wie z.B. im Dieselskandal
 Änderungsantrag zu Kapitel XI.0 | bedingungsloses Grundeinkommen
 Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad
- 40 Transparenz bei gemeinnützigen Körperschaften
 Abgabepflicht - als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung - für Roboter, vergleichbare Maschinen
 und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor
 Für eine gerechte Steuerpolitik
 Steuern
- 45 Besserstellung von Geringverdienern
 Für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft
 Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben
 Fortschritt und Gerechtigkeit
 Begrenzung ausufernder Management-Gehälter
- 50 Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!
 Keine Privatisierung öffentlicher Investitionen und Einrichtungen!
 Managergehälter
 Technologischen Wandel sozial gestalten
 Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
- 55 Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen einzusetzen
 Diesel-Skandal muss Konsequenzen haben – Rechte der Betroffenen stehen an oberster Stelle!
 SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit
 Kirchengeld vereinfachen – Der Kirchenaustritt darf nicht mit einer Gebühr belegt werden
 Wohlstandsgerechtigkeit
- 60 Mehraufwand steuerlich anerkennen
 Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public country by country reporting)
 Unternehmenserhalt als gleichrangiges Ziel in der Insolvenzordnung sichern
 Endgültige Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften
 Für ein weltweites Verbot aller Finanzwetten und Derivate
- 65 **Umwelt-, Energie-, Verbraucherpolitik**
 Pariser Weltklimavertrag
 Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen

Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen	1
Monokulturen verhindern	
Monokulturen verhindern	
Masttierhaltung	
Verbot von Glyphosat	5
Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen	
Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“	
Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“	
Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern	
Sparen ja – aber sinnvoll: Keine staatlichen Mittel ohne Transparenz bei der Energiebilanz	10
Definierter, stufenweiser Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung/Abbau	
Förderung der Erneuerbaren Energien	
Glück Auf, Bürger*innenenergie	
Glück Auf, Bürgerenergie!	
EEG	15
Den Ausstieg aus der Kohle in Deutschland voranbringen	
Die Förderung des Exports von Kohlekraftwerken muss beendet werden	
Kluge Energiewende - Kein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, die Energiewende sozial gestalten!	
Netzentwicklungspläne	
Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen	20
Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen	
Abstandsregelung von Windkraftanlagen	
Tafel statt Tonne	
Einheitspfand	
Deklarationspflicht verschärfen!	25
Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten – Verbraucher*innen nicht weiter blenden!	
Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen und bei den Herstellern entsprechende Kontrollen durchführen	
Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf von Apps	
Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten	
Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)	30
Öffentlicher Trinkwasserzugang	
Verkehrspolitik	
Förderungsfortschreibung des GVFG	
Den ÖPNV nicht verhungern lassen!	35
Keine Privatisierung der Bundesautobahnen	
Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Autobahnen	
Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes	
Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft - Wehret den Anfängen!	
Keine Maut für PKW	40
Mindestanforderungen an Bundesfernstraßengesellschaft	
Direktvergabe des ÖPNV sichern (Bundesrat) – Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung sichern	
Bezahlbaren (Fern-)Zugverkehr für alle Menschen möglich machen!	
Lichtpflicht	
Stärkung des schienengebundenen Verkehrs	45
Abschaffung Vorrang Eigenwirtschaftlichkeit	
Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes	
Anpassung des Luftverkehrsgesetzes	
Eisenbahnkreuzungsgesetz	
Bundesautobahngesellschaft	50
Privatisierung der Autobahnen und Bundesfernstraßen verhindern	
Einkommensabhängige Bußgelder für Verkehrsverstöße	
Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge – Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab	
Lärmschutz von der Anschlussstelle Kassel Ost bis zur Landesgrenze von Niedersachsen	55
Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	
E-Ladestationen	
Bundesstraßen naturverträglich ausbauen	
Maut für Fernbusse und Ausweitung der LKW-Maut und Bahn in die Verantwortung nehmen	
Daseinsvorsorge - keine Privatisierung der Autobahnen	60
Aufgaben der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene	
Öffentlicher Personennahverkehr	
Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten erweitern	
Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft – Wehret den Anfängen!	
Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE müssen auch für Menschen mit Blinden- oder Assistenzhund buchbar und reservierbar sein	65
Alle Besitzer von Schwerbehindertenausweisen sollen die Schwerbehindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber reservieren können	

1	Lohndumping im ÖPNV Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für Kraftfahrzeugführer Blaue Plakette Unfälle von Senioren im Straßenverkehr reduzieren – Fahrtauglichkeitsprüfung mit Gesundheitscheck einführen
5	Themenübergreifende Anträge Mehr Gerechtigkeit wagen Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert - Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik Sozialdemokratische Kernwerte
10	Soziale Gerechtigkeit Niemanden vergessen - Für eine bessere Sozialpolitik Die Nachwendezeit muss aufgearbeitet werden Abschaffung der Zeitumstellung Anerkennung von E-Sport
15	
20	
25	
30	
35	
40	
45	
50	
55	
60	
65	

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>A1 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Für eine neue Entspannungspolitik!</p> <p>Im März 2010 hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Dr 17/1159) „die Absicht der Bundesregierung begrüßt,</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Abrüstungsabkommen international zu unterstützen, um eine neue Dynamik für Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen; • ... sich im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden; (und) • sich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.“ <p>Sieben Jahre später scheinen diese Ziele weiter weg als je zuvor. Nach dem START-II-Abkommen gibt es keine Verhandlungen über eine weitere Reduzierung nuklearer Sprengköpfe; (die USA und Russland haben sich 2010 auf 1550 atomare Sprengköpfe geeinigt; in den Bunkern auf beiden Seiten lagern immer noch erheblich mehr); die NATO führt Manöver an der russischen Grenze durch; die USA verstärken ihre Manöver auf der koreanischen Halbinsel, Russland und China trainieren im Südchinesischen Meer, die USA und europäische Länder beliefern die Ukraine mit schweren Waffen. Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Trump, die USA müssten wieder Kriege gewinnen, mehr als beängstigend. Es bedarf einer entschiedenen europäischen Deeskalationsstrategie, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Rüstungsexportrichtlinien sind konsequent anzuwenden, • das von der Trump-Administration eingeforderte strikte 2 % Ziel lehnen wir ab, vielmehr haben sich die Rüstungsausgaben ausschließlich an der notwendigen personellen und sächlichen Ausstattung unserer Streitkräfte als Bestandteil der NATO zu orientieren, • es sind mehr Mittel in zivile Projekt zu geben, • Vorrang im Konflikt hat immer die Diplomatie • die Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Krise in den Beziehungen zu Russland sind fortzusetzen, insbesondere bei der Krisenbewältigung im Osten der Ukraine, Europa muss sich unabhängiger von den USA machen und eine gemeinsame Strategie entwickeln. 	<p>A1 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Für eine neue Entspannungspolitik!</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission Im März 2010 hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Dr 17/1159) „die Absicht der Bundesregierung begrüßt,</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Abrüstungsabkommen international zu unterstützen, um eine neue Dynamik für Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen; • ... sich im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden; (und) • sich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.“ <p>Sieben Jahre später scheinen diese Ziele weiter weg als je zuvor. Nach dem START-II-Abkommen gibt es keine Verhandlungen über eine weitere Reduzierung nuklearer Sprengköpfe; (die USA und Russland haben sich 2010 auf 1550 atomare Sprengköpfe geeinigt; in den Bunkern auf beiden Seiten lagern immer noch erheblich mehr) (...)</p> <p>Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Trump, die USA müssten wieder Kriege gewinnen, mehr als beängstigend. Es bedarf einer entschiedenen europäischen Deeskalationsstrategie, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Rüstungsexportrichtlinien sind konsequent anzuwenden, • das von der Trump-Administration eingeforderte strikte 2 % Ziel lehnen wir ab, vielmehr haben sich die Rüstungsausgaben ausschließlich an der notwendigen personellen und sächlichen Ausstattung unserer Streitkräfte als Bestandteil der NATO zu orientieren, • es sind mehr Mittel in zivile Projekt zu geben, • Vorrang im Konflikt hat immer die Diplomatie • die Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Krise in den Beziehungen zu Russland sind fortzusetzen, insbesondere bei der Krisenbewältigung im Osten der Ukraine, Europa muss sich unabhängiger von den USA machen und eine gemeinsame Strategie entwickeln.
<p>A2 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Rüstungsausgaben einfrieren – Mittel für wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Nachbarstaaten erhöhen</p> <p>Die NATO ist ein wichtiger Garant für die Sicherheit Deutschland und aller Mitglieder des Bündnisses. Für uns ist klar, dass für einander eingestanden werden muss. Wir stehen zur Verpflichtungen Deutschlands in der NATO.</p> <p>Maßnahmen der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit sind Voraussetzung dafür, die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Frieden lässt sich aber nicht allein über Rüstungsausgaben und garantieren. Die SPD steht für eine nachhaltige Friedenspolitik. Frieden und Stabilität basieren auf gemeinsamen Werten und dem Respekt voreinander. Wirtschaftliche und politische Stabilität in den Nachbarstaaten des NATO- Bündnisses sind für ein friedliches</p>	<p>A2 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Rüstungsausgaben einfrieren – Mittel für wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Nachbarstaaten erhöhen</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission Die NATO ist ein wichtiger Garant für die Sicherheit Deutschland und aller Mitglieder des Bündnisses. Für uns ist klar, dass für einander eingestanden werden muss. Wir stehen zur Verpflichtungen Deutschlands in der NATO.</p> <p>Maßnahmen der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit sind Voraussetzung dafür, die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Frieden lässt sich aber nicht allein über Rüstungsausgaben und garantieren. Die SPD steht für eine nachhaltige Friedenspolitik. Frieden und Stabilität basieren auf gemeinsamen Werten und dem Respekt voreinander. Wirtschaftliche und politische Stabilität in den Nachbarstaaten des NATO- Bündnisses sind für ein friedli-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Zusammenleben der Völker von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, wirtschaftliche und politische Stabilität in unseren Nachbarstaaten und denen der EU zu fördern. Die ökonomische wie politische Stabilisierung der Länder Afrikas steht dabei im</p> <p>5 Mittelpunkt. Diese Anstrengungen werden wir verstärken und hierfür die Ausgaben aus dem Bundeshaushalt erhöhen.</p>	<p>ches Zusammenleben der Völker von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, wirtschaftliche und politische Stabilität in unseren Nachbarstaaten und denen der EU zu fördern. Die ökonomische wie politische Stabilisierung der Länder Afrikas steht dabei im Mittelpunkt. Diese Anstrengungen werden wir verstärken (...).</p>
<p>10 A3 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p><i>Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?</i></p> <p>15</p> <p>Internationale Krisen befördern in der Bundesrepublik eine Diskussion zur Strategie der Außenpolitik. Nach einer langen und relativ erfolgreichen Phase der Außenpolitik der ruhigen Hand soll jetzt eine „gestaltende Außenpolitik“ praktiziert werden, die dem vermeintlich gestiegenen Gewicht der Republik in der Welt Rechnung tragen und mehr Verantwortung übernehmen soll.</p> <p>20 Diese soll auch den Einsatz „militärischer Mittel nicht von vornherein“ (Gauck) verwerfen. Von der Leyen bringt es auf den Punkt: „Wo auch immer gespielt wird, Deutschland schickt schießendes Personal.“ Mittlerweile sind militärische Beteiligungen an verschiedenen internationalen Krisen erfolgt und werden ausgeweitet. Einher geht dies mit der Ausweitung der NATO (Bundeswehr)-Präsenz in den östlichen Mitgliedsstaaten an der Grenze zu Russland. Und fast selbstverständlich wird vor diesem Hintergrund eine massive Erhöhung des bundesdeutschen Rüstungsetats gefordert. Wir sehen dies mit Skepsis und Ablehnung, denn alle jüngeren Beispiele, etwa in Afghanistan, Irak, Libyen, zeigen das Desaster externer</p> <p>25 militärischer Interventionen.</p> <p>Vorrangig muss auf rechtzeitige Diplomatie und Ausgleich gesetzt werden. Ein Einsatz der BW im Rahmen des NATO-Auftrags nur mit UN-Mandat.</p> <p>30 Wir wollen nicht, dass spätere Generationen nach erneutem Chaos und Kriegen über die „Schlafwandler“ des Jahres 2014 diskutieren.</p>	<p>A3 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p><i>Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?</i></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Internationale Krisen befördern in der Bundesrepublik eine Diskussion zur Strategie der Außenpolitik. Nach einer langen und relativ erfolgreichen Phase der Außenpolitik der ruhigen Hand soll jetzt eine „gestaltende Außenpolitik“ praktiziert werden, die dem vermeintlich gestiegenen Gewicht der Republik in der Welt Rechnung tragen und mehr Verantwortung übernehmen soll.</p> <p>(...)</p> <p>Mittlerweile sind militärische Beteiligungen an verschiedenen internationalen Krisen erfolgt und werden ausgeweitet. Einher geht dies mit der Ausweitung der NATO (Bundeswehr)-Präsenz in den östlichen Mitgliedsstaaten an der Grenze zu Russland. Und fast selbstverständlich wird vor diesem Hintergrund eine massive Erhöhung des bundesdeutschen Rüstungsetats gefordert. Wir sehen dies mit Skepsis (...).</p> <p>Vorrangig muss auf rechtzeitige Diplomatie und Ausgleich gesetzt werden.</p> <p>(...)</p> <p>Wir wollen nicht, dass spätere Generationen nach erneutem Chaos und Kriegen über die „Schlafwandler“ des Jahres 2014 diskutieren.</p>
<p>A4 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Rüstungsexportkontrolle: „Politische Grundsätze“ von 2000 konsequent umsetzen – Waffenlieferungen aus deutscher Produktion weiter einschränken!</i></p> <p>50</p> <p>Die ASF hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Anträge zu Rüstungsbegrenzung, Rüstungsexportkontrolle und Friedenspolitik gestellt – mehrere davon auch bereits erfolgreich auf SPD-Bundesparteitag. Es ist auch festzustellen, dass die derzeitige Bundesregierung mit dem SPD-geführten Wirtschaftsressort effektive Anstrengungen unternimmt, den übermäßigen Export von Rüstungsgütern aus deutscher Produktion einzudämmen und die Proliferationspolitik aus schwarz-gelben Zeiten zurückzufahren. Dennoch haben zu Anfang des Jahres wieder deutsche Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien – das kurz zuvor mehrere Dissidenten hingerichtet hatte – von sich reden gemacht. Ein fatales Signal, gerade vor dem Hintergrund von Krieg und Terror, Instabilität und Menschen-</p>	<p>A4 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Rüstungsexportkontrolle: „Politische Grundsätze“ von 2000 konsequent umsetzen – Waffenlieferungen aus deutscher Produktion weiter einschränken!</i></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die ASF hat in den letzten Jahren bereits zahlreiche Anträge zu Rüstungsbegrenzung, Rüstungsexportkontrolle und Friedenspolitik gestellt – mehrere davon auch bereits erfolgreich auf SPD-Bundesparteitag. Es ist auch festzustellen, dass die derzeitige Bundesregierung mit dem SPD-geführten Wirtschaftsressort effektive Anstrengungen unternimmt, den übermäßigen Export von Rüstungsgütern aus deutscher Produktion einzudämmen und die Proliferationspolitik aus schwarz-gelben Zeiten zurückzufahren. Dennoch haben zu Anfang des Jahres wieder deutsche Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien – das kurz zuvor mehrere Dissidenten hingerichtet hatte – von sich reden gemacht. Ein fatales Signal, gerade vor dem Hintergrund von Krieg und Terror, Instabilität und Menschen-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>rechtsverletzungen in der gesamten Region! Daher greifen wir folgende, noch nicht umgesetzte Aspekte früherer Anträge wieder auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus deutscher Produktion sollen mittelfristig nur noch innerhalb von EU und NATO vertrieben werden. Auch in diesem Rahmen sollen die Einschränkungen gelten, welche durch die „Politischen Grundsätze“ der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2000 vorgegeben sind. • Alle Rüstungsexporte aus deutscher Produktion müssen ab sofort diesen „Politischen Grundsätzen“ entsprechend vertrieben werden: also nicht in Staaten, welche proaktiv in militärische Konflikte verwickelt sind, in denen politische Instabilität herrscht oder in denen die Menschenrechte systematisch missachtet werden. • Dies schließt nach unserer Einschätzung Saudi-Arabien aus – aber auch viele andere Staaten, in welche Deutschland derzeit noch Waffen und Rüstungsgüter liefert. Eine SPD-geführte Bundesregierung muss jederzeit die Möglichkeit haben, von früheren Regierungen eingegangene Verbindlichkeiten kritisch im Lichte von politischer und Menschenrechtssituation zu prüfen und notfalls auch zu widerrufen. • Bemühungen zur Konversion – also zivilen Umwidmung – von Waffenproduktionsanlagen in Deutschland sollen intensiviert und verstärkt publiziert werden, um einen Nachahmungseffekt zu erzeugen. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die neu produzierten Güter nicht, im Sinne von „Dual Use“, doch wieder für militärische Zwecke eingesetzt werden. • Langfristig sollen Rüstungsproduktion, Waffenlieferungen und Sicherheitspolitik in Deutschland wie in anderen EU-Ländern auf eine gemeinsame europäische Ebene verlagert werden. An die Transparenz sind dabei mindestens solche Anforderungen zu stellen, wie sie bereits jetzt in der Bundesrepublik gelten (Beschluss in einem politisch legitimierten Gremium, zeitnahe Information des Parlaments – dann des EP und aller angeschlossenen nationalen Parlamente). <p>Deutschland sollte seine humanitäre Hilfe ausweiten und die präventiv wirkende Entwicklungszusammenarbeit ausbauen.</p>	<p>rechtsverletzungen in der gesamten Region! Daher greifen wir folgende, noch nicht umgesetzte Aspekte früherer Anträge wieder auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus deutscher Produktion sollen mittelfristig nur noch innerhalb von EU und NATO und gleichgestellten Ländern vertrieben werden. Auch in diesem Rahmen sollen die Einschränkungen gelten, welche durch die „Politischen Grundsätze“ der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2000 vorgegeben sind. • Alle Rüstungsexporte aus deutscher Produktion müssen ab sofort diesen „Politischen Grundsätzen“ entsprechend vertrieben werden: also nicht in Staaten, welche proaktiv in militärische Konflikte verwickelt sind, in denen politische Instabilität herrscht oder in denen die Menschenrechte systematisch missachtet werden. • Dies schließt nach unserer Einschätzung Saudi-Arabien aus – aber auch viele andere Staaten, in welche Deutschland derzeit noch Waffen und Rüstungsgüter liefert. Eine SPD-geführte Bundesregierung muss jederzeit die Möglichkeit haben, von früheren Regierungen eingegangene Verbindlichkeiten kritisch im Lichte von politischer und Menschenrechtssituation zu prüfen (...). • Bemühungen zur Konversion – also zivilen Umwidmung – von Waffenproduktionsanlagen in Deutschland sollen intensiviert und verstärkt publiziert werden, um einen Nachahmungseffekt zu erzeugen. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die neu produzierten Güter nicht, im Sinne von „Dual Use“, doch wieder für militärische Zwecke eingesetzt werden. • Langfristig sollen Rüstungsproduktion, Waffenlieferungen und Sicherheitspolitik in Deutschland wie in anderen EU-Ländern auf eine gemeinsame europäische Ebene verlagert werden. An die Transparenz sind dabei mindestens solche Anforderungen zu stellen, wie sie bereits jetzt in der Bundesrepublik gelten (Beschluss in einem politisch legitimierten Gremium, zeitnahe Information des Parlaments – dann des EP und aller angeschlossenen nationalen Parlamente). <p>Deutschland sollte seine humanitäre Hilfe ausweiten und die präventiv wirkende Entwicklungszusammenarbeit ausbauen.</p>
<p>A5 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete!</p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland ist der drittgrößte Exporteur von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern weltweit. Der Endverbleib der aus deutscher Produktion stammenden Rüstungsgüter im Käuferland ist allerdings nur unzureichend sichergestellt. Die Bundesregierung lässt sich vom Empfänger der Rüstungsgüter so genannte Endverbleibserklärungen ausstellen. Darin sichert dieser zu, die betreffenden Güter nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung an andere Staaten weiterzuverkaufen. Jenseits der rein formalen Endverbleibserklärungen verzichtet die Bundesregierung jedoch auf Überprüfungen, ob die Waffen und Rüstungsgüter, für die sie Exportgenehmigungen erteilt hat, tatsächlich im Besitz des importierenden Landes verbleiben. Die langfristigen Folgerisiken sind massiv, da wir nicht kontrollieren können, was mit unseren Waffen passiert, nachdem wir sie aushändigen. Sie können in die Hände der IS Terroristen oder anderer fallen, von denen nicht klar ist, was sie damit anstellen. Über den Schwarzmarkt können sie sich auch in der gesamten Region verteilen. Auch deshalb ist es eine Illusion zu glauben, dass wir mit Waffenlieferungen Frieden und Stabilität in Krisenregionen schaffen.</p>	<p>A5 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete!</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland ist der drittgrößte Exporteur von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern weltweit. Der Endverbleib der aus deutscher Produktion stammenden Rüstungsgüter im Käuferland ist allerdings nur unzureichend sichergestellt.</p> <p>Die Bundesregierung lässt sich vom Empfänger der Rüstungsgüter so genannte Endverbleibserklärungen ausstellen. Darin sichert dieser zu, die betreffenden Güter nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung an andere Staaten weiterzuverkaufen. (...)</p> <p>Die langfristigen Folgerisiken sind massiv, da wir nicht kontrollieren können, was mit unseren Waffen passiert, nachdem wir sie aushändigen. Sie können in die Hände der IS Terroristen oder anderer fallen, von denen nicht klar ist, was sie damit anstellen. Über den Schwarzmarkt können sie sich auch in der gesamten Region verteilen. Auch deshalb ist es eine Illusion zu glauben, dass wir mit Waffenlieferungen Frieden und Stabilität in Krisenregionen schaffen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die Waffen können im Gegenteil Konsequenzen mit sich bringen, die jetzt noch gar nicht absehbar sind. Statt Waffen zu liefern, sollte Deutschland seine humanitäre Hilfe ausweiten und die präventiv wirkende Entwicklungszusammenarbeit ausbauen. Das allein löst sicherlich keine tiefgreifenden Konflikte, aber wir könnten Probleme frühzeitiger erkennen und bereits im Vorfeld begegnen. Wenn wir uns die weltweiten Konflikte anschauen, dann reagieren wir oft zu spät. Wir diskutieren dann nur noch über Waffenlieferungen oder Einsätze der Bundeswehr.</p> <p>10 Wer tatsächlich langfristigen Frieden schaffen will, der muss eine politische Lösung anstreben.</p>	<p>Die Waffen können im Gegenteil Konsequenzen mit sich bringen, die jetzt noch gar nicht absehbar sind. Statt Waffen zu liefern, sollte Deutschland seine humanitäre Hilfe ausweiten und die präventiv wirkende Entwicklungszusammenarbeit ausbauen. Das allein löst sicherlich keine tiefgreifenden Konflikte, aber wir könnten Probleme frühzeitiger erkennen und bereits im Vorfeld begegnen. Wenn wir uns die weltweiten Konflikte anschauen, dann reagieren wir oft zu spät. Wir diskutieren dann nur noch über Waffenlieferungen oder Einsätze der Bundeswehr.</p> <p>Wer tatsächlich langfristigen Frieden schaffen will, der muss eine politische Lösung anstreben.</p>
<p>15 A6 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland</p> <p>Der SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, angesichts der weltweit immer stärker zunehmenden bewaffneten Konflikte auf eine erhebliche Reduzierung von Waffenexporten aus Deutschland hinzuwirken. Insbesondere ist der klare Grundsatz eines Embargos für die Lieferung von Waffen in Krisengebiete auf deutscher Seite strikt einzuhalten.</p>	<p>A6 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Reduzierung von Waffenlieferungen aus Deutschland</p> <p>erledigt durch Annahme von A4 in der Fassung der Antragskommission</p>
<p>30 A7 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i> <i>Unterbezirk Neu-Ulm (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Rüstungsexportpolitik verantwortungsvoll und konsequent weiterentwickeln!</p>	<p>A7 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i> <i>Unterbezirk Neu-Ulm (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Rüstungsexportpolitik verantwortungsvoll und konsequent weiterentwickeln!</p>
<p>40 1. Politische Zuständigkeit, Verfahren und Grundsätze Wir wollen, dass Rüstungsexporte grundsätzlich als essentieller Aspekt einer dem Frieden verpflichteten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands behandelt werden. Aus diesem Grund, sollte die Verlagerung des federführenden Ministeriums hin zum Auswärtigen Amt intensiv geprüft werden. Wir wollen die von der damaligen rot-grünen Regierung formulierten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom Januar 2000 unter Einbeziehung des Bundestages weiterentwickeln und in einem Rüstungsexportkontrollgesetz fixieren. Für diesen Prozess wollen wir eine intensive parlamentarische Beteiligung sicherstellen. Dabei wollen wir durch gesetzliche Regelungen den Verlust von wehrtechnischen Kernkompetenzen und den dazu gehörigen Arbeitsplätzen verhindern. Wir wollen den Ansatz der Bundesregierung zur Förderung von industriellen Konversionsprozessen systematisch ausbauen. Wir wollen die Transparenz des Rüstungsexportgenehmigungsprozesses gegenüber dem Parlament durch die Einrichtung eines Unterausschusses erhöhen, ohne die im Grundgesetz festgelegte Trennung zwischen exekutiver und legislativer Verantwortung zu verändern. Dort soll die Bundesregierung die außen- und sicherheitspolitischen Gründe, die für ihre Rüstungsexportentscheidungen maßgeblich sind, den zuständigen Fachpolitikern darlegen. Wir wollen, dass auf Basis der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Interessen definiert wird, welche Länder die Möglichkeit bekommen sollen Rüstungsgüter in Deutschland zu kaufen.</p>	<p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>1. Politische Zuständigkeit, Verfahren und Grundsätze Wir wollen, dass Rüstungsexporte grundsätzlich als essentieller Aspekt einer dem Frieden verpflichteten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands behandelt werden. Aus diesem Grund, sollte die Verlagerung des federführenden Ministeriums hin zum Auswärtigen Amt intensiv geprüft werden. Wir wollen die von der damaligen rot-grünen Regierung formulierten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom Januar 2000 unter Einbeziehung des Bundestages weiterentwickeln und (...) durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz (...) auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Für diesen Prozess wollen wir eine intensive parlamentarische Beteiligung sicherstellen. Dabei wollen wir durch gesetzliche Regelungen den Verlust von wehrtechnischen Kernkompetenzen und den dazu gehörigen Arbeitsplätzen verhindern. Wir wollen den Ansatz der Bundesregierung zur Förderung von industriellen Konversionsprozessen systematisch ausbauen. Wir wollen die Transparenz des Rüstungsexportgenehmigungsprozesses gegenüber dem Parlament durch die Einrichtung eines Unterausschusses erhöhen, ohne die im Grundgesetz festgelegte Trennung zwischen exekutiver und legislativer Verantwortung zu verändern. Dort soll die Bundesregierung die außen- und sicherheitspolitischen Gründe, die für ihre Rüstungsexportentscheidungen maßgeblich sind, den zuständigen Fachpolitikern darlegen. Wir wollen, dass auf Basis der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Interessen definiert wird, welche Länder die Möglichkeit bekommen sollen Rüstungsgüter in Deutschland zu kaufen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
Wir wollen, dass abschließende Auslieferungsgenehmigungen, auf Basis einer aktuellen Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage erfolgen müssen und die Genehmigung erneut erteilt oder ggfs. zurückgezogen wird.	Wir wollen, dass (...) Auslieferungsgenehmigungen, auf Basis einer aktuellen Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage erfolgen müssen (...).	1
Wir wollen, durch gesetzliche Regelungen Regressforderungen der Rüstungsunternehmen ausschließen. Stattdessen wollen wir die Rahmenbedingungen für eine private Risikoversorge der Unternehmen verbessern. Wir wollen damit einen Beitrag zu der von der Rüstungsindustrie geforderten Erhöhung der Rechts- und Planungssicherheit bei Auslandsgeschäften leisten.		5
		10
2. Zielländer Wir wollen zukünftig keine Waffen an Staaten liefern, die den Waffenhandelsvertrag ATT (Arms Trade Treaty) nicht unterzeichnet haben. Rüstungsexporte an Länder der NATO und der Europäischen Union sollen in Übereinstimmung mit den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ grundsätzlich möglich sein.	2. Zielländer Wir wollen zukünftig keine Waffen an Staaten liefern, die den Waffenhandelsvertrag ATT (Arms Trade Treaty) nicht unterzeichnet haben. Rüstungsexporte an Länder der NATO und der Europäischen Union und gleichgestellten Ländern sollen in Übereinstimmung mit den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ grundsätzlich möglich sein.	15
		20
3. Kleinwaffenkontrolle Die 2015 beschlossenen neuen Kleinwaffengrundsätze sehen u. a. vor, dass grundsätzlich keine Genehmigungen für die Ausfuhr von Komponenten und Technologie in Drittländer erteilt werden, die in dem betreffenden Land eine neue Herstellungslinie für Kleinwaffen oder passende Munition eröffnen. Es greift grundsätzlich das Prinzip „Neu für Alt“. Möchte der Empfänger Kleinwaffen erhalten, muss er aufgrund der Neulieferung alte Kleinwaffen aussondern und vernichten. So wird die Weiterverbreitung von Kleinwaffen effektiv verhindert. In Fällen, in denen die Neubeschaffung einen plausiblen Mehrbedarf des Empfängers deckt und Altwaffen deshalb nicht vernichtet werden, muss der Empfänger verbindlich zusagen, dass die zu liefernden Neuwaffen nach ihrer Aussonderung vernichtet werden. Zudem müssen Empfänger in Drittstaaten, bevor sie Kleinwaffen innerhalb des Empfängerlandes an andere als die genehmigten Empfänger weitergeben dürfen, künftig die Zustimmung der Bundesregierung einholen. Im Rahmen der Umsetzung der Kleinwaffengrundsätze wurden die Anforderungen an die im Genehmigungsverfahren vorzulegenden Endverbleibsdokumente und die darin abzugebenden Erklärungen der Empfänger verschärft. Darüber hinaus wollen wir ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und gleichgestellten Staaten gesetzlich fixieren.	3. Kleinwaffenkontrolle Die 2015 beschlossenen neuen Kleinwaffengrundsätze sehen u. a. vor, dass grundsätzlich keine Genehmigungen für die Ausfuhr von Komponenten und Technologie in Drittländer erteilt werden, die in dem betreffenden Land eine neue Herstellungslinie für Kleinwaffen oder passende Munition eröffnen. Es greift grundsätzlich das Prinzip „Neu für Alt“. Möchte der Empfänger Kleinwaffen erhalten, muss er aufgrund der Neulieferung alte Kleinwaffen aussondern und vernichten. So wird die Weiterverbreitung von Kleinwaffen effektiv verhindert. In Fällen, in denen die Neubeschaffung einen plausiblen Mehrbedarf des Empfängers deckt und Altwaffen deshalb nicht vernichtet werden, muss der Empfänger verbindlich zusagen, dass die zu liefernden Neuwaffen nach ihrer Aussonderung vernichtet werden. Zudem müssen Empfänger in Drittstaaten, bevor sie Kleinwaffen innerhalb des Empfängerlandes an andere als die genehmigten Empfänger weitergeben dürfen, künftig die Zustimmung der Bundesregierung einholen. Im Rahmen der Umsetzung der Kleinwaffengrundsätze wurden die Anforderungen an die im Genehmigungsverfahren vorzulegenden Endverbleibsdokumente und die darin abzugebenden Erklärungen der Empfänger verschärft. Darüber hinaus wollen wir ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und gleichgestellten Staaten gesetzlich fixieren.	25
		30
		35
		40
		45
4. Endverbleibskontrollen Wir haben erreicht, dass eine Prüfung des Endverbleibs von bestimmten Rüstungsgütern von Drittländern im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zugesagt werden muss. Dieses Verfahren wird als wirksames Kontrollsystem anerkannt und genießt bei unseren Partnern hohes Ansehen. Die notwendigen Grundlagen wurden im Juli 2015 mit den Eckpunkten zur Einführung von Post-Ship-ment-Kontrollen und im März 2016 mit Änderungen der Außenwirtschaftsverordnung geschaffen. Wir haben damit ein System durchgesetzt, bei dem die Rüstungsexportkontrolle nicht mit dem Erteilen einer Genehmigung endet. Deutschland nimmt damit auf europäischer und internationaler Ebene mit nur wenigen anderen Ländern eine Vorreiterrolle ein. Wir wollen daher die für ihre effektive Anwendung notwendigen rechtlichen, personellen, technischen (z.B. Kleinwaffenmarkierungen) und finanziellen Voraussetzungen schnellstmöglich schaffen.	4. Endverbleibskontrollen Wir haben erreicht, dass eine Prüfung des Endverbleibs von bestimmten Rüstungsgütern von Drittländern im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zugesagt werden muss. Dieses Verfahren wird als wirksames Kontrollsystem anerkannt und genießt bei unseren Partnern hohes Ansehen. Die notwendigen Grundlagen wurden im Juli 2015 mit den Eckpunkten zur Einführung von Post-Ship-ment-Kontrollen und im März 2016 mit Änderungen der Außenwirtschaftsverordnung geschaffen. Wir haben damit ein System durchgesetzt, bei dem die Rüstungsexportkontrolle nicht mit dem Erteilen einer Genehmigung endet. Deutschland nimmt damit auf europäischer und internationaler Ebene mit nur wenigen anderen Ländern eine Vorreiterrolle ein. Wir wollen daher die für ihre effektive Anwendung notwendigen rechtlichen, personellen, technischen (z.B. Kleinwaffenmarkierungen) und finanziellen Voraussetzungen schnellstmöglich schaffen.	50
		55
		60
5. Europäische Lösung Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, das Rüstungsgüter exportiert. Um eine wirksame Reduzierung der globalen Aufrüstung zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass diese Regeln langfristig europäisch umgesetzt und vereinheitlicht werden. Wir	5. Europäische Lösung Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, das Rüstungsgüter exportiert. Um eine wirksame Reduzierung der globalen Aufrüstung zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass diese Regeln langfristig europäisch umgesetzt und vereinheitlicht werden (...).	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 streben daher langfristig die Gründung einer binnenmarktkonformen europäischen Genehmigungsbehörde an.</p> <p>5 A8 <i>Ortsverein Bonn-Beuel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Keine Mehrausgaben für Rüstung – Frieden in Europa gemeinschaftlich sichern</p> <p>10 Die Forderung von CDU und NATO, die Verteidigungsausgaben schrittweise auf 2% des Bundeshaushalts zu erhöhen, lehnen wir ab. Wir wollen im Gegenteil keinerlei Erhöhung des Anteils der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt. Wir fordern weiterhin, diese Forderung als Voraussetzung für den Abschluss eines Koalitionsvertrags zu benennen.</p> <p>20 Eine Stärkung der europäischen Verteidigung soll nicht über eine Steigerung des Anteils der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt, sondern durch eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten erreicht werden.</p> <p>Auch soll eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Beteiligung bei den Verteidigungsausgaben neben den Ausgaben für die Bundeswehr die von der Bundesrepublik getragenen Kriegsfolgekosten aufführen.</p>	<p>A8 <i>Ortsverein Bonn-Beuel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Keine Mehrausgaben für Rüstung – Frieden in Europa gemeinschaftlich sichern</p> <p>Überweisung als Material an das Forum Sicherheit und Verteidigung beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>30 A9 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Waffenlieferungen</p> <p>35 Es ist notwendig, dass alle politisch Verantwortlichen dazu aufgefordert werden, für eine umfangreiche Aufklärung über die in der Öffentlichkeit diskutierten Waffengeschäfte u.a. mit Ländern des Nahen Ostens zu sorgen. Die Verantwortlichen sollen sich für ein</p> <p>40 Waffenembargo – insbesondere gegen Saudi-Arabien – einsetzen. Auch wird dazu aufgefordert, ein gesetzliches Verbot für den Export von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition zu beschließen. Das soll auch gelten für Lizenzen zum Nachbau von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition. Auch sollen erteilte Lizenz-</p> <p>45 Genehmigungen widerrufen werden. Ferner sollen Rückruf- und Verschrottungsaktionen für bereits gelieferte Kleinwaffen organisiert werden.</p> <p>Waffenproduktion und Waffenhandel leisten keinen Beitrag, um die nationale Sicherheit eines Landes zu gewährleisten. Denn die</p> <p>50 in manche Länder gelieferten Waffen, zu denen auch Kleinwaffen gehören, werden oft weitervermittelt und werden dann von Organisationen wie IS genutzt, um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Das hat insbesondere wieder neu die krieglerische Entwicklung der letzten Jahre gezeigt.</p> <p>55 Da Waffenhandel ein gutes Geschäft ist, ist weltweit der Umsatz der 100 größten Rüstungsunternehmen seit Jahren gestiegen, so dass bereits im Jahr 2011 der Umsatz bei 410 Mrd. US Dollar lag. Das SIPRI (=Stockholm International Peace Research Institute) hatte schon 2015 errechnet und mitgeteilt, dass der internationale</p> <p>60 Handel mit Rüstungsgütern von 2009 bis 2013 um 14 % im Vergleich zum vorgehenden Vierjahreszeitraum zugenommen hat. Diese Tendenz ist weiter gestiegen. Der Rüstungsmarkt wird in allen Ländern von großen Unternehmen und zum Teil multinationalen Konzernen dominiert.</p> <p>65 Da die Entwicklung hochtechnologischer neuer Waffensysteme sehr teuer ist, können über Exporte und damit höhere Stückzahlen die Entwicklungskosten besser aufgefangen werden.</p>	<p>A9 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Waffenlieferungen</p> <p>erledigt durch Annahme A4 in der Fassung der Antragskommission</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Gleichzeitig führt die ständige Entwicklung neuer Waffensysteme dazu, dass Rüstungskontrollvereinbarungen und völkerrechtliche Regelungen unterlaufen bzw. überholt werden. Dies zeigt sich aktuell im Bereich der Entwicklung von Drohnen und voll automatisierten Waffensystemen.</p> <p>Von politischer Seite werden in Deutschland Rüstungsexporte verstärkt als Mittel eingesetzt, um strategische „Partner“ auch außerhalb der NATO zu unterstützen und um dort politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Aber eigentlich verbieten die politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 Rüstungslieferungen in Krisengebiete und in Staaten, die die Menschenrechte missachten. Dazu gehören auch die Waffenexporte nach Saudi-Arabien mit unter anderem 23 zivilen Hubschraubern mit militärischen Einbauten und 1.210 Maschinengewehren und -pistolen in den Oman.</p> <p>Die Diskussion in der Öffentlichkeit, die u.a. von Organisationen wie Pax Christi geführt wird, verbunden mit Aktionen, die unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ organisiert werden, muss gerade auch von der SPD glaubwürdig geführt werden und sich nicht nur auf „Aufrufe“ in Wahlauseinandersetzungen beschränken. In einer Stellungnahme von Pax Christi dazu heißt es: „Auf Dauer wird es nicht funktionieren, wenn der eine Teil der Welt in Wohlstand und Frieden lebt, und der andere in Armut und Krieg. In Armut und Krieg möchte niemand leben.“</p> <p>Darüber hinaus gilt insbesondere für die Bekämpfung von Fluchtursachen: Es darf keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und Diktaturen geben.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>A10 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen von Rüstungsgütern</p> <p>Deutsche Waffen richten weltweit Unheil an und sind aus keiner Krisenregion dieser Erde mehr wegzudenken. Auch viele Diktaturen und Autokratien stützen ihre Herrschaft u.a. auf Waffen aus diesem Land (z.B. Saudi-Arabien, Katar etc.). Dies steht in krassstem Widerspruch zu einer humanistischen, friedlichen Weltanschauung und unserem Verständnis von Menschlichkeit und Freiheit. Leider hat diese Gesellschaft aktuell nur sehr wenig Möglichkeiten auf den Export von Rüstungsgütern Einfluss zu nehmen und das muss sich ändern. Ein erster Schritt hierzu ist die Forderung nach mehr Transparenz bei den Entscheidungen des Bundessicherheitsrates bezüglich der Rüstungsexporte. Uns reicht es nicht ein bis zweimal im Jahr in Form eines Rüstungsexportberichts vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und uns das als Transparenz zu verkaufen, Demokratie sieht anders aus! Bisherige Versuche mehr Transparenz zu schaffen sind gescheitert, was man nicht nur zuletzt an den stark angestiegenen Waffenexporten im Jahr 2015 sehen kann. Wir fordern deshalb:</p> <p>Mehr Transparenz bei den Tagungen des Bundessicherheitsrats: Wir fordern, dass der Bundessicherheitsrat immer dann öffentlich zu Tagen hat, wenn es um den Export und die Herstellung von Waffen oder Fabriken geht. Andere Aufgaben wie z.B. der vertrauliche Austausch von Sicherheitsinformationen sollen davon unberücksichtigt bleiben.</p> <p>Mehr Mitbestimmungsrecht des Parlaments: Bei Waffenexporten muss das gesamte Parlament über den Export abstimmen.</p> <p>Keine Waffenlieferungen in Krisenregionen: Wir fordern die Europäische Union auf Rüstungsexporte an Krisenregionen und nicht demokratische Staaten zu verbieten.</p> <p>Ein Umdenken in der Außenpolitik: Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik zu missbrauchen ist unmoralisch und menschenver-</p>	<p>A10 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Mehr Demokratie und Transparenz bei Exportvorgängen von Rüstungsgütern</p> <p>Überweisung als Material an das Forum Sicherheit und Verteidigung beim SPD-Parteivorstand</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 achtend. Anstatt dessen fordern wir eine Erhöhung des Etats für Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung diplomatischer Beziehungen. Als ein reiches und friedlich orientiertes Land haben wir die Verpflichtung uns um den Frieden auf der Erde zu küm- 5 mern und nicht die Welt mit Rüstungsprodukten zu überziehen.</p> <p>A11 10 <i>Kreis VII Harburg (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Export von Kriegswaffen: Federführung ans Auswärtige Amt!</p> <p>15 Die SPD fordert, • in §11 (2) 4 im Kriegswaffenkontrollgesetz die Wörter „Bun- desministerium für Wirtschaft und Energie“ durch „Auswärtiges Amt“ zu ersetzen und somit die Federführung bei Ausfuhrgeneh- 20 migungen von Kriegswaffen auf das Auswärtige Amt zu übertra- gen. • Andere Gesetze, Verordnungen und Leitlinien die auf diesen Pa- ragraphen Bezug nehmen gegebenfalls entsprechend zu ändern.</p> <p>25</p> <p>A12 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>30 Keine Hermes-Bürgschaften für Waffen- und Rüstungsgüterexporte</p> <p>Die SPD spricht sich dafür aus, dass alle Waffen- und Rüstungsgü- 35 terexporte von Hermes-Bürgschaften ausgeschlossen werden.</p> <p>A13 40 <i>Unterbezirk Miesbach (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi- Arabien</p> <p>45 Wir fordern den Wirtschaftsminister, den Außenminister und alle anderen SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung unabhängig von bestehenden Verträgen einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi-Arabien 50 beschließt und durchsetzt.</p> <p>A14 55 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Atomwaffen abschaffen</p> <p>Wir setzen uns ein für eine atomwaffenfreie Welt, für Abrüstung 60 und Frieden. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, sich von ihrem „Nein“ zum Beginn von Verhandlungen zur Abschaffung von Atomwaffen zu distanzieren und sich für die Abschaffung und völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen einzusetzen. Wir for- dern die Bundesregierung auf, sich in diesem Sinne konstruktiv an 65</p>	<p>A11 <i>Kreis VII Harburg (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Export von Kriegswaffen: Federführung ans Auswärtige Amt!</p> <p>erledigt durch Annahme A7 in der Fassung der Antragskommission</p> <p>A12 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Keine Hermes-Bürgschaften für Waffen- und Rüstungsgüterexporte</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>A13 <i>Unterbezirk Miesbach (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Stopp aller Waffenlieferungen an Saudi- Arabien</p> <p>erledigt durch Annahme A4 in der Fassung der Antragskommission</p> <p>A14 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Atomwaffen abschaffen</p> <p>Überweisung an Kommission Internationale Politik</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>der von den Vereinten Nationen anberaumten Arbeitsgruppe sowie an der Konferenz im März zu beteiligen. Wir fordern eine Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands. Die in Büchel stationierten US-Atomwaffen müssen abgezogen werden und dürfen nicht „modernisiert“ werden. Die Beteiligung der Bundeswehr an der geostrategischen Nuklearplanung muss unter der Prämisse der Abschaffung der nuklearen Arsenale erfolgen.</p>	1
<p>A15 <i>Ortsverein Aschaffenburg Nilkheim (Landesverband Bayern)</i></p> <p>„Humanitäre Selbstverpflichtung“ unterzeichnen und letzte Atomwaffen aus Deutschland abziehen!</p> <p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, die humanitäre Selbstverpflichtung zu unterzeichnen und den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland zu erwirken.</p>	5
<p>A16 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Atomwaffenfreies Deutschland</p> <p>Deutschland muss atomwaffenfrei werden. Die Atomwaffen, die die USA in Deutschland, im Bundeswehrfliegerhorst in Rheinland-Pfalz stationiert haben, sollen modernisiert werden. Deutsche Tornado-Piloten sollen diese Atomwaffen fliegen. Nach dem 2. Weltkrieg hat die deutsche Regierung allen Ländern und der eigenen Bevölkerung versprochen, dass von deutschem Boden wie wieder Krieg ausgehen wird. Atomwaffen sind Angriffswaffen und dienen nicht der Verteidigung. Deutschland ist keine Nuklearmacht, so dass keine Atomwaffen in Deutschland zu stationieren sind und erst recht kein deutsches Militär zum Einsatz nukleare Waffen heranzuziehen ist.</p> <p>Die Verpflichtung Deutschlands im Rahmen der NATO kann nicht über die Verpflichtung Deutschlands gegenüber dem eigenen Volk und seinen Nachbarn zur Einhaltung des Friedens gestellt werden. Die USA ist ein Verbündeter in der NATO aber keine Besatzungsmacht mehr, deren Vorgaben Deutschland folgen muss. Nach Auflösung des Warschauer Vertrages ist keine atomare Aufrüstung, sondern eine atomare Abrüstung in Europa erforderlich.</p> <p>Deutschland setzt auf einen Atomausstieg bei der Energienutzung, da die atomare Energieherstellung unkalkulierbare Gefahren beinhaltet, wie die Unfälle von Tschernobyl (Sowjetunion) und Fukushima (Japan) zeigen. Atomkraftwerke werden nicht nur wegen technisch möglichen Havarien stillgelegt, sondern auch weil sie nicht ausreichend gegen terroristische Angriffe oder Flugzeugabstürze gesichert sind. Beschädigungen der Außenhülle oder der Technik können zu extremen Katastrophen führen, besonders in dicht besiedelten Gebieten, wie sie in Deutschland vorhanden sind. Für Atomwaffen müsste dies genauso gelten.</p> <p>Deutschland muss sich für friedensschützende und friedenssichernde Maßnahmen einsetzen. Dazu gehört auch, dass weder deutsches Militär Atomwaffen einsetzt noch, dass von deutschem Boden nukleare Waffen gestartet werden können. Darüber hinaus sollen sie alle Initiativen hinsichtlich einer atomwaffenfreien Welt sowie die strikte Einhaltung von Abrüstungsverträgen, besonders durch die USA und Russland, einfordern und unterstützen.</p>	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 A17 <i>Ortsverein Hannover Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Bezirk Hannover)</i></p> <p>5 Klare Regeln für den Einsatz von Kampfdrohnen</p> <p>10 Bereits seit vielen Jahren gibt es Diskussionen über und Kritik an der fehlenden völkerrechtlichen Grundlage für den Einsatz von Kampfdrohnen. Auch innerhalb unserer Partei gibt es bis heute dazu keinen klaren Standpunkt. Daher werden die SPD-Bundestagsab-</p> <p>15 geordneten aufgefordert, 1. Sich unter anderem für die Ächtung und ein weltweites Verbot von Kampfdrohnen einzusetzen, 2. Sich gegen die Anschaffung sowie den Einsatz von bewaffneten und kampffähigen unbemannten Luftfahrzeugen (Kampfdrohnen), durch die Bundeswehr oder andere deutsche staatliche Institutionen, sowie die damit bezweckte gezielte Tötung von Menschen, im In- und Ausland strikt einzusetzen, 20 3. Sich für die Schaffung von völkerrechtlich bindenden Grundlagen rundum den möglichen Status und den Einsatz dieser Waffen einzusetzen. Sofern dies nicht gelingt, ist ein weltweites Verbot und eine Ächtung dieser durchzusetzen, 25 4. Und sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Spähdrohnen durch die Bundeswehr nur in Kriegs- und äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im Inneren hat zu unterbleiben, ausgenommen im Rahmen der Amtshilfe bei Großschadenslagen 30 (Katastrophen).</p>	<p>A17 <i>Ortsverein Hannover Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Klare Regeln für den Einsatz von Kampfdrohnen</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Bereits seit vielen Jahren gibt es Diskussionen über und Kritik an der fehlenden völkerrechtlichen Grundlage für den Einsatz von Kampfdrohnen. Auch innerhalb unserer Partei gibt es bis heute dazu keinen klaren Standpunkt. Daher werden die SPD-Bundestagsab-</p> <p>(...)</p> <p>Sich für die Schaffung von völkerrechtlich bindenden Grundlagen rundum den möglichen Status und den Einsatz dieser Waffen einzusetzen. (...)</p> <p>(...)</p> <p>Und sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Spähdrohnen durch die Bundeswehr nur in Kriegs- und äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im Inneren hat zu unterbleiben, (...) außer im Rahmen der verfassungsrechtlich zulässigen Amtshilfe (...).</p>
<p>35 A18 <i>Ortsverein Reutlingen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei und eine wertegebundene Außenpolitik von EU und Bundesrepublik</p> <p>40</p> <p>45 Der SPD-Ortsverein sieht die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei mit großer Sorge. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juni 2016 wurden fast 140.000 ProfessorInnen, LehrerInnen, PolizistInnen, Soldaten und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes entlassen, ohne dass ihre Verwicklung in den Putschversuch nachgewiesen werden konnte. Über 40.000 Menschen befinden sich in Haft. Darunter viele Journalistinnen und Journalisten. Das Verfassungsreferendum fand in einem Klima der Unterdrückung der Nein-Kampagne statt. Während des Referendums wurden von der Wahlkommission willkürlich Regeln verändert. Daneben gibt es weitere ernstzunehmende Vorwürfe auf Unregelmäßigkeiten zu Gunsten der Befürworter. Durch das Referendum wurde die Gewaltenteilung in der Türkei praktisch aufgehoben und Erdogan als Präsidenten eine sehr große, unkontrollierte Machtfülle verliehen.</p> <p>Wir sind sehr besorgt über diese Entwicklung und stehen in Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei, besonders mit unserer Schwesterpartei CHP. Aus dieser Situation ergeben sich für uns die folgenden Forderungen für die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Erdogan-Regime:</p> <p>65 • Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, alles in ihrer</p>	<p>A18 <i>Ortsverein Reutlingen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei und eine wertegebundene Außenpolitik von EU und Bundesrepublik</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Der SPD-Ortsverein sieht die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei mit großer Sorge. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juni 2016 wurden fast 140.000 ProfessorInnen, LehrerInnen, PolizistInnen, Soldaten und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes entlassen, ohne dass ihre Verwicklung in den Putschversuch nachgewiesen werden konnte. Über 40.000 Menschen befinden sich in Haft. Darunter viele Journalistinnen und Journalisten. Das Verfassungsreferendum fand in einem Klima der Unterdrückung der Nein-Kampagne statt. Während des Referendums wurden von der Wahlkommission willkürlich Regeln verändert. Daneben gibt es weitere ernstzunehmende Vorwürfe auf Unregelmäßigkeiten zu Gunsten der Befürworter. Durch das Referendum wurde die Gewaltenteilung in der Türkei praktisch aufgehoben und Erdogan als Präsidenten eine sehr große, unkontrollierte Machtfülle verliehen.</p> <p>Wir sind sehr besorgt über diese Entwicklung und stehen in Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei, besonders mit unseren Schwesterparteien CHP und HDP. Aus dieser Situation ergeben sich für uns die folgenden Forderungen für die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Erdogan-Regime:</p> <p>• Wir fordern die (...) Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die demo-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Macht stehende zu tun, um die demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen und gegenüber der türkischen Regierung den Wert der Menschenrechte zu betonen. Dazu gehören auch die vollen politischen, sozialen und kulturellen Rechte für alle ethnischen und religiösen Minderheiten in der Türkei wie z.B. Kurden, Alewiten und Christen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir fordern die oben genannten ebenso auf, sich für ein Ende des Militäreinsatzes in den kurdisch besiedelten Gebieten der Osttürkei und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und friedenswilligen Kräften in den kurdischen Gebieten unter breiter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in der Türkei einzusetzen. In Gesprächen mit der türkischen Seite sollte insbesondere ein Ende der Entlassungen von WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, Staatsbediensteten und Offizieren gefordert werden. Alle Entlassungen seit dem Putsch von 2016 sollten von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Die Arbeit dieser Kommission sollte von internationalen Beobachtern überprüft werden können. Zudem fordern wir die Freilassung aller gewaltfreien politischen Gefangenen in der Türkei. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung eine mögliche Abstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zulassen will und fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf alles zu tun, damit es bei dieser Haltung bleibt. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem in der Türkei wieder demokratische Verhältnisse im Sinne der Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zur EU herrschen, sollen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von Seiten der EU nicht weiter verfolgt und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen in diesem Punkt ausgesetzt werden. Um eine Isolierung der Türkei zu verhindern, sollten zugleich neue Gesprächsformate z.B. über eine Zollunion entwickelt werden. Dabei sollte die Frage der Menschenrechte immer ein Thema sein. Zudem gilt es den Dialog mit den demokratischen Kräften in der Türkei und der türkischen Zivilgesellschaft zu intensivieren. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der Türkei und der EU hat die EU und nicht zuletzt die Bundesrepublik in die Gefahr einer Abhängigkeit von Erdogan gebracht. Zudem sind die Bedingungen in der Türkei für viele Flüchtlinge unzumutbar. Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf nach neuen Wegen für eine gesteuerte Aufnahme von Flüchtlingen zu suchen. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Die Bundesregierung soll alle Möglichkeiten nutzen, um den Export von Waffen und Waffensystemen in die Türkei in der momentanen Lage zu verhindern und die Genehmigung von Waffenexporten in die Türkei generell und nicht nur im Einzelfall aus den oben genannten Gründen zu untersagen. Diese Forderung richten wir vor allem an das SPD-geführte Wirtschaftsministerium. Zudem sollen die Bundeswehrsoldaten so schnell wie möglich aus der Türkei abgezogen werden. Wir fordern die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Hochschulen dazu auf, verfolgten WissenschaftlerInnen aus der Türkei durch Stipendienprogramme die Fortsetzung ihrer Arbeit in Deutschland zu ermöglichen. Die Nähe der DITIB als Dachverband von Moscheegemeinden und Vertretung der türkisch-stämmigen Muslime hat sich wegen ihrer Nähe zum türkischen Staat als sehr problematisch erwiesen. Wir fordern daher die Verantwortlichen in Bund und Land auf, die Zusammenarbeit mit DITIB und deren finanzielle Unterstützung zu überdenken, bis sich der türkische Staat wieder demokratischen Grundsätzen und der Einhaltung der Menschenrechte zugewandt hat. 	<p>kratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen und gegenüber der türkischen Regierung den Wert der Menschenrechte zu betonen. Dazu gehören auch die vollen politischen, sozialen und kulturellen Rechte für alle ethnischen und religiösen Minderheiten in der Türkei wie z.B. Kurden, Alewiten und Christen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir fordern die oben genannten ebenso auf, sich für ein Ende des Militäreinsatzes in den kurdisch besiedelten Gebieten der Osttürkei und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und friedenswilligen Kräften in den kurdischen Gebieten unter breiter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in der Türkei einzusetzen. In Gesprächen mit der türkischen Seite sollte insbesondere ein Ende der Entlassungen von WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, Staatsbediensteten und Offizieren gefordert werden. Alle Entlassungen seit dem Putsch von 2016 sollten von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Die Arbeit dieser Kommission sollte von internationalen Beobachtern überprüft werden können. Zudem fordern wir die Freilassung aller gewaltfreien politischen Gefangenen in der Türkei. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung eine mögliche Abstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zulassen will und fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf alles zu tun, damit es bei dieser Haltung bleibt. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem in der Türkei wieder demokratische Verhältnisse im Sinne der Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zur EU herrschen, sollen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von Seiten der EU nicht weiter verfolgt und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen in diesem Punkt ausgesetzt werden. Um eine Isolierung der Türkei zu verhindern, sollten zugleich neue Gesprächsformate (...) entwickelt werden. Dabei sollte die Frage der Menschenrechte immer ein Thema sein. Zudem gilt es den Dialog mit den demokratischen Kräften in der Türkei und der türkischen Zivilgesellschaft zu intensivieren. (...) Wir fordern (...) die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf auch nach neuen Wegen für eine gesteuerte Aufnahme von Flüchtlingen zu suchen. Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden. Die Bundesregierung soll alle Möglichkeiten nutzen, um den Export von Waffen und Waffensystemen in die Türkei in der momentanen Lage zu verhindern (...). Wir fordern die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Hochschulen dazu auf, weiterhin verfolgten WissenschaftlerInnen aus der Türkei durch Stipendienprogramme die Fortsetzung ihrer Arbeit in Deutschland zu ermöglichen. Die Nähe der DITIB als Dachverband von Moscheegemeinden und Vertretung der türkisch-stämmigen Muslime hat sich wegen ihrer Nähe zum türkischen Staat als sehr problematisch erwiesen. Wir fordern daher die Verantwortlichen in Bund und Land auf, die Zusammenarbeit mit DITIB und deren finanzielle Unterstützung zu überdenken, bis sich der türkische Staat wieder demokratischen Grundsätzen und der Einhaltung der Menschenrechte zugewandt hat.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 A19 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Waffen nieder in der Türkei! Schluss mit dem innertürkischen Waffengang!</p> <p>Die Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat den Friedensprozess mit dem kurdischen Teil seiner Bevölkerung und der PKK beendet und ihr erneut den Kampf erklärt. Mittlerweile geht sie soweit neben Luftschlägen eine Bodeninvasion in die kurdischen Gebiete des Nordirak zu starten. Diese Schritte können nur mit innenpolitischen Erwägungen seitens des Staatspräsidenten, seines Ministerpräsidenten und der regierenden AKP erklärt werden. Sie wollen sich für die jetzt anstehenden Neuwahlen, die Stimmen der Nationalisten zur erneuten absoluten Mehrheit in der großen Volksversammlung sichern.</p> <p>Dieser zynische und gefährliche Plan verlangt unsere entschiedene Ablehnung und unseren entschiedenen Einsatz, die Waffen von 10 Türkinnen und Türken gegen Kurdinnen und Kurden zum Schweigen zu bringen. Die europäische Union, deren Mitglied die türkische Republik nach wie vor werden will und vor allem die NATO, in der die Türkei schon Mitglied ist, sollten ein besonderes Interesse haben ihren Einfluss geltend zu machen.</p> <p>25 Ein zentraler Punkt in den Beitrittsverhandlungen mit der türkischen Republik, ist immer die Frage der Anerkennung und der Schutz der Minderheitenrechte in der Türkei gewesen. Das Beharren auf diese, für den europäischen Wertekanon essentiellen Garantie, hat zu zahlreichen positiven Reformen und ersten Schritten 30 beider Seiten aufeinander zu geführt. Wenn die Europäische Union sich auf die Fahnen schreibt, mit dem Durchsetzen unserer Werte von Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz von Menschenrechten, positives in ihrem Einflussgebiet innerhalb und außerhalb der Union zu bewirken, darf sie dies nicht aufs Spiel setzen, wenn sich die 35 Türkei vermeintlich auch dem Kampf gegen den so genannten IS verschrieben hat.</p> <p>Der innertürkische Konflikt schwächt einen der wenigen und unbeugsamen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den so genannten „Islamischen Staat“. Die PKK, die ihre Kräfte für diesen Kampf 40 im Norden des Irak konzentriert, ist dadurch nicht nur gezwungen ihre Kräfte auf zwei „Fronten“ aufzuteilen, sondern wird gleichzeitig durch die Luftschläge der türkischen Luftwaffe empfindlich in ihrem Vorhaben im Nordirak geschwächt. Da uns allen aber an einem Erfolg im Kampf gegen den so genannten IS liegt, kann die vornehmliche Strategie von EU und NATO daher nur lauten, die 45 Waffen innerhalb der Türkei und die Luftschläge gegen Stellungen der PKK zum Schweigen zu bringen. Es liegt auch an den beiden Institutionen ihren Einfluss geltend zu machen und die beiden im Konflikt beteiligten Parteien zur erneuten Waffenruhe zu bewegen.</p> <p>50 Nur wenn die PKK und die türkische Regierung ihre gegeneinander erhobenen Waffen nieder legen, hat die Welt wieder entschlossene Gegnerinnen und Gegner des so genannten „Islamischen Staats“.</p>	<p>A19 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Waffen nieder in der Türkei! Schluss mit dem innertürkischen Waffengang!</p> <p>erledigt durch Annahme A18 in der Fassung der Antragskommission</p>
<p>55 A20 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Frieden</p> <p>60 Wir wollen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland. Ziel ist eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik, mit gesichtswahrenden Maßnahmen für alle Seiten.</p> <p>65</p>	<p>A20 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Frieden</p> <p>erledigt durch Annahme A1 in der Fassung der Antragskommission</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
A21 Landesverband Berlin <i>Das Vermächtnis Willy Brandts wahren: Die Spirale der Gewalt stoppen, einen neuen Kalten Krieg verhindern, für eine neue Entspannungspolitik!</i> Wir wollen im Geiste Willy Brandts helfen, in Europa die Tradition der Entspannung und des Gewaltverzichts sowie Abrüstung wieder zur Grundlage ihrer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik zu machen! Unsere Forderungen: 1. Abrüstung ist dringender denn je. Die Fortsetzung der Aufrüstungsprogramme, Truppenverlegungen oder Militärmanöver schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit! Deshalb lehnen wir eine Fortsetzung der Politik der Abschreckung durch Verlegung von Waffen und Truppen an die Grenze zu Russland ab. Wir fordern ein JA zu Verhandlungen zwischen Russland und seinen Nachbarn über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen! Deutschland muss seine Vermittlungsanstrengungen zur Entschärfung des Ukraine-Konflikts verstärken mit dem Ziel, alle Seiten zur Einhaltung des Minsker Abkommens zu bewegen und die Vertrauensbasis für eine friedliche und einvernehmliche Lösung der Streitfragen durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Achtung des Völkerrechts und des Rechts auf eine freie Entscheidung wiederherzustellen. 2. Der Ausbau von Raketenabwehrsystemen in Europa muss gestoppt werden. Raketenabwehrsysteme dürfen nicht länger von verbindlichen Begrenzungen ausgenommen werden. 3. Atomare Abrüstung: Die SPD fordert, endlich die Umsetzung der Forderungen des am 26.03.2010 einstimmigen Beschlusses des Bundestages „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen!“. Das gilt insbesondere die dort enthaltenen Forderungen: • Abzug „der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen“ und Stopp ihrer „Modernisierung“; • Unterstützung der „Nuklearwaffenkonvention zur Ächtung der Atomwaffen“, die von mindestens 132 Staaten unterstützt wird. Das in der UNO-Generalversammlung am 07.12.2015 abgegebene „Nein“ der Bundesrepublik zu der ethischen Verpflichtung zur Abschaffung von Atomwaffen (A/RES/70/50) oder zu der von Österreich eingebrachte Resolution zur Ächtung von Atomwaffen (A/RES/70/48) darf sich nicht wiederholen; • bei der Raketenabwehr „gemeinsame und kooperative Lösungen“; • Aufforderung an die Atommächte zum „verbindlichen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen gegenüber Nichtnuklearwaffenstaaten“; • „Ratifizierung des Atomteststoppabkommens (CTBT) und ein Testmoratorium“. 4. Die SPD fordert, endlich den Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 23.03.2010 über „Modernisierungspartnerschaft mit Russland – Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung“ in konkrete Politik umzusetzen! Wir fordern, – gerade angesichts der Ukraine-Krise und der Konflikte in anderen Nachbarregionen Europas – die in dem Beschluss formulierten Prinzipien zu verwirklichen. Dazu zählen: • „die Erkenntnis, dass die gesellschaftlichen Verflechtungen und die vorherrschenden Konflikte in unseren Nachbarregionen nur gemeinsam bearbeitet werden könnten“,	A21 Landesverband Berlin <i>Das Vermächtnis Willy Brandts wahren: Die Spirale der Gewalt stoppen, einen neuen Kalten Krieg verhindern, für eine neue Entspannungspolitik!</i> erledigt durch Annahme A1 in der Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • „konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland ist Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa“,</p> <p>5 • Wiederaufgreifen des am 29. November 2009 von Russland vorgelegten „Textvorschlag für einen ‚Europäischen Sicherheitsvertrag‘“ und „zielgerichtete Verhandlungen über effektivere Formen kooperativer Sicherheit in Europa“.</p> <p>5. Die SPD muss nach Jahren der Untätigkeit endlich wieder die enge Kooperation und Kommunikation mit den friedenspolitischen Netzwerken der Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaftlerorganisationen sowie der Friedensforschung suchen. Denn ihre Expertise und ihr Engagement sind nicht für die Reaktivierung der sozialdemokratischen Kompetenz und die gesellschaftliche Resonanz auf dem Gebiet der Friedenspolitik dringend erforderlich.</p> <p>10 6. Wir wollen eine Änderung in den Zielen und Methoden der Heranführung der Länder Ostmitteleuropas und Osteuropas an die EU im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik. An die Stelle der Dominanz einer Politik der Ausweitung des von einer Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts bestimmten Wirtschaftsraums auf die östlichen Nachbarländer muss eine an der Idee eines gemeinsamen „europäischen Hauses“ orientierte Politik der Integration von Regionen mit unterschiedlichen geschichtlichen Prägungen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfahrungen treten. Die Integration dieser Länder in ein neues Gesamteuropa muss als politische Aufgabe im weitesten Sinn und nicht als bloßes ökonomisch-technisches Projekt begriffen werden. Durch wechselseitige Vertrauensbildung muss aber auch vermieden werden, dass die Frage der zukünftigen Entwicklung und Orientierung der östlichen Nachbarländer der EU zum Kampffeld konkurrierender geopolitisch motivierter Hegemonieansprüche wird.</p> <p>20 30 Die EU muss wieder als „ehrlicher Makler“ zur Bewältigung von Krisen und Konflikten in Europa und den Nachbarregionen mit Hilfe der Vereinten Nationen und der OSZE beitragen</p> <p>35 7. Wir wollen die Verantwortung des UNO-Sicherheitsrates für die internationale Sicherheit stärken: die „P5“ (Permanent Five) im UN-Sicherheitsrat müssen endlich wieder ihre Verantwortung nach den Regeln der Charta der Vereinten Nationen zur Deeskalation und Lösung/Löschung zahlreicher Konflikte und Brandherde auf der Welt wahrzunehmen.</p> <p>40 8. Deshalb fordern wir, den Einfluss Deutschlands in der OSZE auch nach Ablauf der deutschen Präsidentschaft zu nutzen, um die OSZE als Regionalorganisation der Vereinten Nationen zu stärken, damit sie unparteiisch die Deeskalation und Beendigung von Konflikten herbeiführen oder zumindest fördern kann.</p> <p>45 50 Dies betrifft in gleicher Weise die Stärkung der vertraglichen Grundlagen der Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten, die Finanzausstattung und die Erweiterung der personellen und sachlichen Ressourcen der OSZE für ihre konkreten Friedensmissionen, aber auch für eine zeitgemäße Weiterentwicklung ihrer Organisationsstruktur</p> <p>55 9. Wir fordern, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr ausschließlich für klar definierte Beiträge militärischer Fachkräfte zur Einleitung und Begleitung von Friedens-, Versöhnungs Nachkonfliktbearbeitungs und Wiederaufbauprozessen auf der Grundlage eines hinreichend detaillierten Parlamentsmandats genutzt werden, das den Vorrang von Mitteln der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung festschreibt. Das Mandat muss mit einem Mechanismus eines kontinuierlichen Monitorings und einer kontinuierlichen Berichtspflicht an das Parlament verbunden sein. Der Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung muss auch in der Mittelzuweisung zu militärischen und zivilen Maßnahmen zum Ausdruck kommen. Jedes Mandat für einen Auslandseinsatz</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>muss mit einer Exit-Strategie und einer Perspektive für das Einsatzland nach Beendigung des Einsatzes versehen werden.</p> <p>Wir fordern, dass sich Deutschland mit der Bundeswehr im Regelfall nur an Friedenseinsätzen von UNO und OSZE als Organisationen gemeinsamer Sicherheit beteiligt. Nur in Ausnahmefällen, in denen wegen Untätigkeit des UN-Sicherheitsrats oder unzureichender Handlungsmöglichkeiten der OSZE die Schutzverantwortung für besonders bedrohte und verletzte Gruppen von Menschen gefordert ist, sind Bundeswehreinsätze unter Wahrung der in Absatz 1 genannten strengen Grenzen vertretbar. Bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, auch den von UNO und OSZE mandatierten, muss Deutschland die ihm möglichen Beiträge zum Schutz und zur Unterstützung von indirekt betroffenen Individuen und Gruppen wie Geflüchteten, obdachlos Gewordenen und Vertriebenen leisten.</p> <p>10. Die kooperative Außen und Sicherheitspolitik im Sinne Willy Brandts muss erneuert und durch gesamteuropäische Vereinbarungen unumkehrbar gemacht werden: An die Stelle einseitiger Schritte und Ausweitung der NATO muss die gemeinsame Sicherheit für alle durch Ausbau gesamteuropäischer Sicherheit gestellt werden – durch Vereinbarungen über Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Auf diese Weise wird das „gemeinsame Haus“ Europa endlich in die Lage versetzt, gemeinsam seine Ressourcen für die Bewältigung der internationalen Krisen und Konflikte in Europa und Nachbarregionen zu mobilisieren.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>A22 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Öffnung der Bundeswehr</p> <p>Wir bitten zu prüfen, ob neben der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß Art. 116 Grundgesetz auch eine Unionsbürgerschaft in Verbindung mit ausreichenden Sprachkenntnissen hinreichende Voraussetzung für die Einstellung als Wehrdienstleistende/r oder Soldat/in sein kann.</p>	<p>A22 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Öffnung der Bundeswehr</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>35</p> <p>40</p>
<p>A23 <i>Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Die neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030</p> <p>Der SPD-Bundesparteitag begrüßt ausdrücklich den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur „Transformation unserer Welt“ (Sustainable Development Goals).</p> <p>Mit dem abgesteckte Handlungsrahmen verbindet die Weltgemeinschaft das soziale Anliegen der Armuts- und Hungerbekämpfung mit der Bewahrung unseres Planeten. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist die Entscheidung der UN historisch, denn die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen gelten universell für alle Länder. Sie können weltweit für bessere Sozialstandards und für ein wesentlich umweltverträgliches Wirtschaften sorgen. Zukunftsfähigkeit kann nur erreicht werden, wenn sowohl die Länder des Südens wie die des Nordens Verantwortung dafür tragen.</p> <p>Eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs verlangt ein aktives Engagement auf allen Ebenen. Die SPD wird sich zusammen mit den Gewerkschaften, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Eine-Welt-Gruppen und weiteren NGOs daran beteiligen. Alle Landes-</p>	<p>A23 <i>Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Die neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030</p> <p>Annahme</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 regierungen, die Kommunen, die Bundesregierung und die EU sind aufgefordert, dieses Engagement nachhaltig zu unterstützen. Bei- spielhaft geht es um folgende Herausforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein vordringliches Anliegen muss es bleiben, extreme Armut 5 und Hunger überall auf der Welt zu beseitigen. Armut „in all ih- ren Dimensionen“ ist zumindest zu halbieren (vgl. Ziel 1). • Bis 2030 ist ein allgemeiner und gerechter Zugang zu „einwand- freiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle“ zu erreichen und die Wasserqualität weltweit zu verbessern (vgl. Ziel 6). 10 • Bis 2030 ist der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhö- hen, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz zu ver- doppeln und der allgemeine Zugang zu bezahlbaren, verlässli- chen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern (vgl. Ziel 7). 15 • Angestrebt ist bis 2030 „produktive Vollbeschäftigung und men- schenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie glei- ches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ zu erreichen. Arbeitsrech- te und sichere Arbeitsumgebungen sind für alle Arbeitnehmer zu 20 gewährleisten (vgl. Ziel 8). Über die SDGs hinaus und im An- schluss an die ILO-Kernarbeitsnormen gilt es für einen weltwei- ten Ausbau von Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung einzutre- ten. • Bis 2030 ist „nach und nach ein über dem nationalen Durch- schnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent 25 der Bevölkerung“ zu erreichen und Chancengleichheit zu ge- währleisten (vgl. Ziel 10). • Alle Formen der Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie Korruption und Bestechung sind überall deutlich zu ver- ringern (vgl. Ziel 16). - Die klare Aussage der Präambel „ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“ wird hier jedoch zu wenig eingelöst. Es fehlen deutlichere Zielvorgaben zu einer 30 weltweiten, gradualistisch-schrittweisen Abrüstung. Zugleich gilt es die zivile Konfliktbearbeitung zu fördern und zu verstär- ken. 	
<p>40 A24 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Sichere Nahrungsmittelversorgung durchsetzen</p> <p>45</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die 50 Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für folgende Forde- rungen zur globalen Ernährungssicherung einzusetzen:</p> <p>1. Deutschland konzentriert sich in seinen Beiträgen zur globalen Ernährungssicherung insbesondere in den Bereichen der Ent- wicklungszusammenarbeit, der Agrarwirtschaft und des Agrar- 55 handels auf die Stärkung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Entwicklungswelt. Dieses Ziel muss Vorrang haben vor der Zusammenarbeit mit global agierenden Agrarkonzernen in der „Neuen Allianz für Ernährungssicherung“, die in erster Li- nie darauf ausgerichtet ist, diesen neue Geschäftsfelder und Ab- satzmärkte zu erschließen. Stattdessen müssen die Fähigkeiten 60 der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die lokale und regionale Lebensmittelversorgung sicher zu stellen, an den Klimawandel angepasstes Saatgut und entsprechende Methoden der Bodenbe- arbeitung zu entwickeln, Einkommens- und Beschäftigungsmög- lichkeiten im ländlichen Raum zu schaffen und auf diese Weise 65 die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume zu begrenzen, konsequent genutzt und gestärkt werden.</p>	<p>A24 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Sichere Nahrungsmittelversorgung durchsetzen</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für folgende Forde- rungen zur globalen Ernährungssicherung einzusetzen:</p> <p>1. Deutschland konzentriert sich in seinen Beiträgen zur globalen Ernährungssicherung insbesondere in den Bereichen der Ent- wicklungszusammenarbeit, der Agrarwirtschaft und des Agrar- handels auf die Stärkung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Entwicklungswelt. Dieses Ziel muss Vorrang haben vor der Zusammenarbeit mit global agierenden Agrarkonzernen in der „Neuen Allianz für Ernährungssicherung“, die in erster Li- nie darauf ausgerichtet ist, diesen neue Geschäftsfelder und Ab- satzmärkte zu erschließen. Stattdessen müssen die Fähigkeiten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die lokale und regionale Lebensmittelversorgung sicher zu stellen, an den Klimawandel angepasstes Saatgut und entsprechende Methoden der Bodenbe- arbeitung zu entwickeln, Einkommens- und Beschäftigungsmög- lichkeiten im ländlichen Raum zu schaffen und auf diese Weise die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume zu begrenzen, konsequent genutzt und gestärkt werden.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>2. Die für die globale Ernährungssicherung vorgesehenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sind schwerpunktmäßig für die Umsetzung der in dem Weltagrarbericht des UN-Berichterstatters Olivier de Schutter empfohlenen agrarökologischen Strategien zum Aufbau einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft einzusetzen. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen und seines Vorrangs vor dem Recht auf Verwertung von Kapitaleigentum • Demokratische, partizipative und der Rolle von Frauen in der Ernährungssicherung gerecht werdende Produktionssysteme, Konzentration der Agrarforschung auf die nachhaltige Weiterentwicklung einer von externen Einflüssen und Beiträgen – Kreditaufnahme bei Banken, Einsatz von industriell entwickelten und nicht reproduzierbarem Saatgut, Mineraldünger – möglichst unabhängigen Wirtschaftsweisen, Aufbau von Informations- und Beratungssystemen, in denen die Bäuerinnen und Bauern ihr eigenes Wissen einbringen können und best practices in eigener Verantwortung anwenden und weiter geben können • Konzentration der Programme zur ländlichen Entwicklung auf „öffentliche Güter“ wie die Verbreitung von Fachwissen durch öffentliche Beratungsstellen mit Beteiligung von Basisorganisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, mit öffentlichen Mitteln unterstützte Ernteausfallversicherungen, Lagerstätten für geerntete Produkte, Vermarktungs- und Kreditgenossenschaften <p>3. Dauerhafte Vorhaltung von ausreichenden Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel für akute Nothilfe und die Prävention von Dürre- und Überschwemmungs- und anderweitige Hungerkatastrophen durch die mit der globalen Ernährungssicherung betrauten UN-Organisationen (FAO, WFP) und ausreichende Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen durch die internationale Gemeinschaft. Deutschland sollte sich gemäß seinen Möglichkeiten an der Organisation und Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen beteiligen und ggf. Geberkonferenzen der wichtigsten Geberstaaten der öffentlichen Entwicklungshilfe initiieren. Die für solche Notfälle angelegten Depots von lagerfähigen Nahrungsmitteln sind primär aus der jeweiligen Region oder anderen Entwicklungsländern aufzufüllen. Zur Sicherung der Preisstabilität von Nahrungsmitteln sollten den voraussichtlichen Notbedarf übersteigende Überschüsse in den angesammelten Lebensmittelvorräten an lokale und regionale Märkte abgegeben werden.</p> <p>4. Beseitigung von Anreizen, Landflächen, die Grundversorgung der jeweiligen einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln benötigt werden, für die Produktion von Agrarkraftstoffen zu verwenden, insbesondere die Abschaffung der steuerlichen Förderung von Agrarkraftstoffen in Deutschland und in der EU. Die Nutzung von Mais, Raps, Rüben, Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten als Nahrungsmittel und auch als Hilfsgüter für die Katastrophenhilfe darf nicht weiter zugunsten der Produktion von Agrarkraftstoffen einschränkt werden.</p> <p>5. Wirksame Unterbindung reiner Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln durch geeignete Regulierungen der Produkt- und Finanzmärkte</p> <p>6. Finanzielle Ausstattung des UNHCR, des Welternährungsprogramms WFP und anderer Organisationen der internationalen Flüchtlingshilfe, insbesondere in den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika südlich der Sahara (Nachbarstaaten Syriens, Jemen, Südsudan) durch die Internationale Gemeinschaft auf einem Niveau, das den Tagesbedarf von Geflüchteten zu 100 Prozent abdeckt und die Anschaffung des Lebens-</p>	<p>2. Die für die globale Ernährungssicherung vorgesehenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sind schwerpunktmäßig für die Umsetzung der in dem Weltagrarbericht des UN-Berichterstatters Olivier de Schutter empfohlenen agrarökologischen Strategien zum Aufbau einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft einzusetzen. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen und seines Vorrangs vor dem Recht auf Verwertung von Kapitaleigentum • Demokratische, partizipative und der Rolle von Frauen in der Ernährungssicherung gerecht werdende Produktionssysteme, Konzentration der Agrarforschung auf die nachhaltige Weiterentwicklung einer von externen Einflüssen und Beiträgen – Kreditaufnahme bei Banken, Einsatz von industriell entwickelten und nicht reproduzierbarem Saatgut, Mineraldünger – möglichst unabhängigen Wirtschaftsweisen, Aufbau von Informations- und Beratungssystemen, in denen die Bäuerinnen und Bauern ihr eigenes Wissen einbringen können und best practices in eigener Verantwortung anwenden und weiter geben können • Konzentration der Programme zur ländlichen Entwicklung auf „öffentliche Güter“ wie die Verbreitung von Fachwissen durch öffentliche Beratungsstellen mit Beteiligung von Basisorganisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, mit öffentlichen Mitteln unterstützte Ernteausfallversicherungen, Lagerstätten für geerntete Produkte, Vermarktungs- und Kreditgenossenschaften <p>3. Dauerhafte Vorhaltung von ausreichenden Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel für akute Nothilfe und die Prävention von Dürre- und Überschwemmungs- und anderweitige Hungerkatastrophen durch die mit der globalen Ernährungssicherung betrauten UN-Organisationen (FAO, WFP) und ausreichende Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen durch die internationale Gemeinschaft. Deutschland sollte sich gemäß seinen Möglichkeiten an der Organisation und Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen beteiligen und ggf. Geberkonferenzen der wichtigsten Geberstaaten der öffentlichen Entwicklungshilfe initiieren. Die für solche Notfälle angelegten Depots von lagerfähigen Nahrungsmitteln sind primär aus der jeweiligen Region oder anderen Entwicklungsländern aufzufüllen. (...)</p> <p>4. Beseitigung von Anreizen, Landflächen, die Grundversorgung der jeweiligen einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln benötigt werden, für die Produktion von Agrarkraftstoffen zu verwenden, insbesondere die Abschaffung der steuerlichen Förderung von landbasierten Agrarkraftstoffen in Deutschland und in der EU. Die Nutzung von Mais, Raps, Rüben, Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten als Nahrungsmittel und auch als Hilfsgüter für die Katastrophenhilfe darf nicht weiter zugunsten der Produktion von Agrarkraftstoffen einschränkt werden.</p> <p>5. Wirksame Unterbindung reiner Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln durch geeignete Regulierungen der Produkt- und Finanzmärkte</p> <p>6. Finanzielle Ausstattung des UNHCR, des Welternährungsprogramms WFP und anderer Organisationen der internationalen Flüchtlingshilfe, insbesondere in den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika südlich der Sahara (Nachbarstaaten Syriens, Jemen, Südsudan) durch die Internationale Gemeinschaft auf einem Niveau, das den Tagesbedarf von Geflüchteten zu 100 Prozent abdeckt und die Anschaffung des Lebens-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 mittelbedarfs für die in den Flüchtlingslagern zu versorgenden Menschen im Voraus zu günstigeren Bedingungen möglichst aus regionalen Quellen ermöglicht.</p> <p>5</p> <p>A25 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>10 Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>15 Die politisch Verantwortlichen insbesondere auf Bundesebene, aber auch auf kommunaler und auf Landesebene beschränken sich zum großen Teil auf Abwehrreaktionen bei der Flüchtlingsproblematik und klammern die möglichen Aktionsfelder, die zu einer konkreten Fluchtursachenbekämpfung führen, weitestgehend aus.</p> <p>20 Das bedauern viele ehrenamtlich im Bereich Migration/Integration engagierte Menschen, die seit vielen Jahren in der sogenannten EINE-Weltarbeit tätig sind. Sie verweisen im Rahmen ihrer Arbeit immer wieder darauf, dass die gerade auch Europa erreichten Flüchtlingsbewegungen schon seit langem vorausgesehen werden konnten und auch schon seit vielen Jahren existieren. Es wird dabei</p> <p>25 u.a. auf den Film „Der Marsch“ verwiesen, der schon Anfang der 90er Jahre viele Menschen schockiert hat. Im Deutschen Bundestag hat die Mehrheit der Mitglieder der Enquete-Kommission „Herausforderungen der Globalisierung für die Weltwirtschaft“ schon</p> <p>30 2001 in dem Bericht dieser Kommission auf die Zusammenhänge von internationaler Ausbeutung, Not und Elend und die damit oft zusammenhängenden kriegerischen Auseinandersetzungen hingewiesen und eine Änderung der Politik eingefordert.</p> <p>Vor allem auf die internationalen Rahmenbedingungen für den</p> <p>35 Welthandel im Kontext der WTO und die internationale Finanzarchitektur wurde verwiesen und eine grundsätzliche Reform eingefordert, die aber ausgeblieben ist. Die deutsche internationale Politik, besonders eine nachhaltige Politik der Entwicklungszusammenarbeit blieb weit hinter den Notwendigkeiten und der Zielsetzung 0,7 % der Bundesmittel für Entwicklungsmaßnahmen in</p> <p>40 Entwicklungsländern bereit zu stellen, zurück. Die Folgen waren und sind immer noch verheerend, nicht nur bezogen auf die sogenannte internationale Finanzkrise. Nach wie vor sind Verträge richtungsweisend, die wie bei TTIP und CETA die Starken bevorzugen, worauf insbesondere afrikanische Reformpolitiker verweisen.</p> <p>45 Auch dass die Folgen des Klimawandels und insbesondere auch die Exportsubventionierungen dazu führen, dass die Verelendung der Menschen in weiten Teilen der Welt fortgeschritten ist und fortschreitet, ist unübersehbar. Dafür gibt es viele Beispiele. Darüber muss mehr aufgeklärt und bei der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gerade auch der SPD hingewiesen werden.</p> <p>Auch, dass nach wie vor militärische Interventionen als Mittel zur</p> <p>55 Befriedung und Abwehr eingesetzt wurden und werden, führt immer wieder dazu, dass die Flüchtlingsströme zunehmen. Darum muss es eine global verankerte Neuausrichtung der Politik geben, wie sie Ende 2015 in Paris zumindest in Ansätzen vereinbart worden ist. Das Motto des langjährigen Vorsitzenden der SPD, des Friedensnobelpreisträgers und früheren Bundeskanzlers Willy</p> <p>60 Brandt, „Überleben sichern“ muss im Mittelpunkt des politischen Handels stehen. Anregungen dafür gibt es dafür in den zahlreichen entwicklungs- und friedenspolitischen Aktionsgruppen u.a. mit den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO's) und auch zum Beispiel mit kommunalen</p> <p>65 Entwicklungspartnerschaften, in deren Rahmen dafür gesorgt wird, dass die Lebensbedingungen in den Partnergemeinden in Entwicklungsländern verbessert werden. Auch dass immer mehr Unternehmer bereit sind, Flüchtlinge einzustellen und auch Ausbildungs-</p>	<p>mittelbedarfs für die in den Flüchtlingslagern zu versorgenden Menschen im Voraus zu günstigeren Bedingungen möglichst aus regionalen Quellen ermöglicht.</p> <p>A25 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Verantwortung für Flüchtlinge u. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Überweisung als Material an das Forum Eine Welt</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
plätze anzubieten, zeigt, dass das Wissen um die Notwendigkeit Qualifizierung für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern zu ermöglichen, weit verbreitet ist. Aber es zeigt sich auch, dass die politisch Verantwortlichen es immer noch versäumt haben und versäumen, die gesetzlichen Grundlagen für die Anstellung und Ausbildung von Flüchtlingen so zu verändern, dass eine Anstellung bzw. Ausbildung für Flüchtlinge auch mit dem Status einer nur auf kurze Zeit begrenzten Duldung zu ermöglichen.	1
Schlimm ist auch, dass über die sogenannte deutsche „Entwicklungshilfe“ keine Aufklärung in den Nehmerländern darüber organisiert wird, was die Flüchtlinge in Deutschland oder in anderen Ländern erwartet. Und die NRO's im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit müssen immer wieder langwierige bürokratische Antrags- und Kontrollverfahren durchlaufen, bevor Entwicklungsprojekte überhaupt durchgeführt werden können. Auch sind die von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für die Bundesregierung geplanten und durchgeführten Maßnahmen immer wieder zu sehr an den Interessen der in den jeweiligen Ländern Herrschenden und auch an den deutschen Interessen orientiert und erreichen die armen und notleidenden Menschen, die dann oft versuchen, ihre Heimatländer zu verlassen, nicht. Ein Problem besteht auch darin, dass es immer schwieriger geworden ist, für Partner aus Organisationen, mit denen langjährige Entwicklungspartnerschaften bestehen, Visa für Aufenthalte zwecks Weiterbildung und Qualifizierung in Deutschland zu bekommen. Hier könnte auch viel getan werden für die Vermittlung von Informationen über die Fördermöglichkeiten für Menschen aus Entwicklungsländern, Durchführung von Praktika und auch materielle Unterstützung für Maßnahmen der Entwicklungsarbeit.	5 10 15 20 25 30
Auch an der konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit mit Ländern, die deutsche Finanzmittel für Entwicklungszusammenarbeit bekommen, mangelt es. So sind zum Beispiel Somalier mit kenianischen Pässen und Schengen-Visa über die Niederlande nach Deutschland gekommen. Diese beiden Sachverhalte wurden und werden bis heute bei Regierungsverhandlungen nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht, wenn über Entwicklungsprojekte verhandelt wird. Das alles hat immer wieder dazu geführt, dass die gesellschaftlichen Probleme in vielen Entwicklungsländern, aber auch vor allem in den letzten Jahren auch in Deutschland und den europäischen Ländern umfangreicher geworden sind und es auch immer mehr zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Eine der Folgen ist auch, dass es immer mehr Menschen gibt, die das Vertrauen in die politischen Gestaltungsmöglichkeiten verloren haben.	35 40 45
Darum ist es notwendig, dass gerade von der SPD mit positiven Beispielen gezeigt wird, dass es Wege gibt, die aus dem weltweiten Dilemma hinausführen. In der SPD zeigt die AG 60 plus mit ihrer Unterstützung von Helpage, dass konkretes solidarisches Handeln im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu positiven Ergebnissen führt. Solche Aktivitäten sollten gefördert und ausgebaut werden. Die Bundeskonferenz fordert dazu auf, solche Aktivitäten zu unterstützen und auszubauen	50 55
A26 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i> Mehr finanzielle Unterstützung für die UNHCR-Hilfsprogramme Die SPD Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, die finanzielle Hilfe für UNHCR-Hilfsprogramme deutlich zu erhöhen.	A26 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i> Mehr finanzielle Unterstützung für die UNHCR-Hilfsprogramme Annahme
	60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>A27 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Entwicklungshilfe dauerhaft auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens steigern</p> <p>Der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ab 2019 Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt im Umfang von mindestens 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) Deutschlands (= ODA-Quote, Quotient aus der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung „official development assistance“ und dem BNE) ohne Einrechnung von Schuldenerlassen bereitgestellt werden. Deutschland soll eine Quote von mindestens 0,7 % abweichend von der OECD-Statistik ab 2019 auch ohne Berücksichtigung von inländischen Flüchtlingskosten erreichen.</p> <p>Die Vereinten Nationen (UN) hatten sich bereits 1970 das Ziel gesetzt, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen sollen. Erneuert wurde dieses Vorhaben im Jahr 2000 bei der Bekanntgabe der Millenniumsentwicklungsziele, die bis 2015 umgesetzt werden sollten, und dann noch einmal im Rahmen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ am 25.9.2015.</p> <p>Die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe hatte trotz vollmundiger Versprechen seit Gründung der Bundesrepublik bis einschließlich 2014 nie mehr als 0,47 % (1982 und 1983) des BNE erreicht und war im Gegenteil nach Angaben der OECD von diesem Niveau auf 0,26 % in 1998 und 1999 gesunken. 2013 erreichte Deutschland 0,38 %. Deutschland hat nach langen Jahren des Rückgangs und der Stagnation von 1991 bis 2013, in denen die ODA-Quote unter 0,4 % lag, in 2015 dann 0,52 % erreicht und hat damit das Millenniumsentwicklungsziel von 0,7 % deutlich verfehlt, das bis spätestens 2015 erreicht werden sollte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reklamiert für sich, das 0,7 %-Ziel in 2016 erstmals erreicht zu haben; ohne die Anrechnung der Flüchtlingsausgaben im Inland läge die Quote jedoch nur bei 0,52 Prozent. Deutschland rechnet die Flüchtlingsausgaben auf Druck der Haushaltspolitiker der Großen Koalition erst seit 2015 auf die ODA-Quote an, auch wenn OECD-Statistiker und andere Länder schon länger so verfahren. Der Sache nach sollte das 0,7 %-Ziel für Entwicklungszusammenarbeit aber auch ohne Anrechnung der inländischen Flüchtlingskosten erreicht werden. Dies muss auch das politische Ziel der SPD sein.</p> <p>Die seinerzeitige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul erklärte am 19.2.2002 in Berlin, das Ziel, schrittweise 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zur Unterstützung armer Länder auszugeben, sei weiter gültig. Bundeskanzler Gerhard Schröder bedauerte, dass Deutschland die Marke „noch längst nicht erreicht hat“. Die derzeitige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das 0,7 %-Ziel auf UN-Gipfeln bekräftigt, so 2010 und dann in ihrer Rede bei der Eröffnung des UN-Gipfels zur Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung am 25. September 2015 in New York: „Deutschland steht zu der Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe einzusetzen. Unser Etat für Entwicklungshilfe wird in den nächsten Jahren jeweils substanziell steigen.“</p> <p>Auch der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung global gestalten – Post 2015-Agenda auf den Weg bringen“ (BT Drs. 18/4088 vom 24.2.2015) forderte erneut, das Ziel von 0,7 % des BNE zu erreichen.</p> <p>Es kommt nun darauf an, das 0,7 %-Ziel auch ohne die inländischen Flüchtlingskosten dauerhaft zu erreichen und die Mittel im Bundeshaushalt tatsächlich bereitzustellen, um die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, die Folgen des Klimawandels abzumildern und um Fluchtursachen zu beseitigen.</p>	<p>A27 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Entwicklungshilfe dauerhaft auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens steigern</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass schnellst möglich (...) Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt im Umfang von mindestens 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) Deutschlands (= ODA-Quote, Quotient aus der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung „official development assistance“ und dem BNE) (...) bereitgestellt werden. Deutschland soll eine Quote von mindestens 0,7 % abweichend von der OECD-Statistik (...) schnellst möglich auch ohne Berücksichtigung von inländischen Flüchtlingskosten erreichen.</p> <p>Die Vereinten Nationen (UN) hatten sich bereits 1970 das Ziel gesetzt, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen sollen. Erneuert wurde dieses Vorhaben im Jahr 2000 bei der Bekanntgabe der Millenniumsentwicklungsziele, die bis 2015 umgesetzt werden sollten, und dann noch einmal im Rahmen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ am 25.9.2015.</p> <p>Die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe hatte trotz vollmundiger Versprechen seit Gründung der Bundesrepublik bis einschließlich 2014 nie mehr als 0,47 % (1982 und 1983) des BNE erreicht und war im Gegenteil nach Angaben der OECD von diesem Niveau auf 0,26 % in 1998 und 1999 gesunken. 2013 erreichte Deutschland 0,38 %. Deutschland hat nach langen Jahren des Rückgangs und der Stagnation von 1991 bis 2013, in denen die ODA-Quote unter 0,4 % lag, in 2015 dann 0,52 % erreicht und hat damit das Millenniumsentwicklungsziel von 0,7 % deutlich verfehlt, das bis spätestens 2015 erreicht werden sollte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reklamiert für sich, das 0,7 %-Ziel in 2016 erstmals erreicht zu haben; ohne die Anrechnung der Flüchtlingsausgaben im Inland läge die Quote jedoch nur bei 0,52 Prozent. Deutschland rechnet die Flüchtlingsausgaben auf Druck der Haushaltspolitiker der Großen Koalition erst seit 2015 auf die ODA-Quote an, (...) weil OECD-Statistiker und andere Länder schon länger so verfahren. Der Sache nach sollte das 0,7 %-Ziel für Entwicklungszusammenarbeit aber auch ohne Anrechnung der inländischen Flüchtlingskosten erreicht werden. Dies muss auch das politische Ziel der SPD sein.</p> <p>Die seinerzeitige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul erklärte am 19.2.2002 in Berlin, das Ziel, schrittweise 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zur Unterstützung armer Länder auszugeben, sei weiter gültig. Bundeskanzler Gerhard Schröder bedauerte, dass Deutschland die Marke „noch längst nicht erreicht hat“. Die derzeitige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das 0,7 %-Ziel auf UN-Gipfeln bekräftigt, so 2010 und dann in ihrer Rede bei der Eröffnung des UN-Gipfels zur Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung am 25. September 2015 in New York: „Deutschland steht zu der Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe einzusetzen. Unser Etat für Entwicklungshilfe wird in den nächsten Jahren jeweils substanziell steigen.“</p> <p>Auch der (...) Koalitionsantrag der Regierungsfractionen im Bundestag „UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung global gestalten – Post 2015-Agenda auf den Weg bringen“ (BT Drs. 18/4088 vom 24.2.2015) forderte erneut, das Ziel von 0,7 % des BNE zu erreichen.</p> <p>Es kommt nun darauf an, das 0,7 %-Ziel auch ohne die inländischen Flüchtlingskosten dauerhaft zu erreichen und die Mittel im Bundeshaushalt tatsächlich bereitzustellen, um die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, die Folgen des Klimawandels abzumildern und um Fluchtursachen zu beseitigen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>A28 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Unser Nachbar Afrika</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird gebeten sich für folgende Ziele einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ständige Reduzierung europäischer Agrar-, Altkleider- und Elektronikschrottexporte • Verzicht auf aggressive europäische Fischereipolitik. NGOs schätzen, dass rund 20% der Flüchtlinge „Fischerei-Migranten“ sind • Unterstützung und Sicherung afrikanischer Ernährungssouveränität • Bedingungslose Öffnung europäischer Märkte • Abbau der Barrieren gegen den Aufbau von Produktionsstätten in Afrika • Förderung regionaler Integration und des afrikanischen Binnenhandels statt Economic Partnership Agreements zwischen der EU und einzelnen afrikanischen Ländern (Präferenzhandelsabkommen) • Ausweitung deutscher und europäischer Außenpolitik statt Reduzierung des Haushaltes des Außenministeriums • Einstellung der Geldzahlungen vor allem an die afrikanische „politische Industrie“ • Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika, Region für Region <p>A29 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Umsetzung der Zukunftscharta für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030)</p> <p>Im Bericht der Bundesregierung „Eine Agenda für den Wandel zu nachhaltiger Entwicklung weltweit. Die deutsche Position für die Verhandlungen über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ vom 3.12.2014 heißt es „Die Bundesregierung wird entsprechend ihrer Vorreiterrolle und als Impulsgeber auf Formulierung und Umsetzung ambitionierter nationaler bzw. EU-weiter Ziele hinarbeiten.“ Am 25. September 2015 wurde die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit ihren 17 Entwicklungszielen auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedet.</p> <p>Die ASF fordert, dass die Bundesregierung ihrem Anspruch und ihrer Selbsteinschätzung entsprechend noch in dieser Legislaturperiode einen nationalen Aktionsplan und eine entsprechende Roadmap zur Umsetzung der UN-Zukunftscharta für nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene vorlegt. Dies gilt für jedes einzelne der 17 Entwicklungsziele.</p> <p>In der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend muss ein Aktionsplan für die Umsetzung des Entwicklungsziels 5 „Gleichberechtigung der Geschlechter“ in diesem Zeitraum erstellt werden.</p>	<p>A28 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Unser Nachbar Afrika</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird gebeten sich für folgende Ziele einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ständige Reduzierung europäischer Agrar-, Altkleider- und Elektronikschrottexporte • Verzicht auf aggressive europäische Fischereipolitik. NGOs schätzen, dass rund 20% der Flüchtlinge „Fischerei-Migranten“ sind • Unterstützung und Sicherung afrikanischer Ernährungssouveränität • (...) Jenseits von Zollbestimmungen die EU-Markt-Fähigkeit afrikanischer Produkte herzustellen • Abbau der Barrieren gegen den Aufbau von Produktionsstätten in Afrika • Förderung regionaler Integration und des afrikanischen Binnenhandels (...) und kritische Prüfung von Economic Partnership Agreements zwischen der EU und (...) den afrikanischen (...) Wirtschaftsgemeinschaften (Präferenzhandelsabkommen) • Ausweitung deutscher und europäischer Außenpolitik (...) • (...) • Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika, Region für Region <p>A29 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Umsetzung der Zukunftscharta für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030)</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Im Bericht der Bundesregierung „Eine Agenda für den Wandel zu nachhaltiger Entwicklung weltweit. Die deutsche Position für die Verhandlungen über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ vom 3.12.2014 heißt es „Die Bundesregierung wird entsprechend ihrer Vorreiterrolle und als Impulsgeber auf Formulierung und Umsetzung ambitionierter nationaler bzw. EU-weiter Ziele hinarbeiten.“ Am 25. September 2015 wurde die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit ihren 17 Entwicklungszielen auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedet.</p> <p>Die ASF fordert, dass die Bundesregierung (...) unverzüglich einen nationalen Aktionsplan und eine entsprechende Roadmap zur Umsetzung der UN-Zukunftscharta für nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene vorlegt. Die Umsetzung durch die durch das Kanzleramt beaufsichtigte Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist absolut unzureichend. Dies gilt für jedes einzelne der 17 Entwicklungsziele.</p> <p>In der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend muss ein Aktionsplan für die Umsetzung des Entwicklungsziels 5 „Gleichberechtigung der Geschlechter“ (...) erstellt werden.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 A30 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>5 <i>In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich handeln</i></p> <p>Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung von Grundstücken.</p> <p>10 Die AG 60 plus fordert alle politisch Verantwortlichen dazu auf, sich durch Berücksichtigung sozialer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung von Grundstücken ihrer Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft an Menschenwürde und Menschenrechten zu stellen. Und durch die Berücksichtigung ökologischer Standards bei Beschaffung, Auftragsvergabe und Bewirtschaftung von Grundstücken soll auch die Mitverantwortung für die Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit verstärkt berücksichtigt werden. Durch die Beschäftigung mit den Kriterien und Festlegung verlässlicher Regeln nehmen alle</p> <p>15 politisch Verantwortlichen mit ihrem Handeln zugleich die Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wahr, wie es in den zahlreichen besonders kirchlich geprägten entwicklungs- und friedenspolitischen Aktionsgruppen zum Ausdruck gebracht wird.</p> <p>25 Dazu gehört zum Beispiel das faire und klimafreundliche Einkaufen. Die Organisation, Beschaffung und Bewirtung bei Veranstaltungen sollen sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren, Ressourcen schonen und unnötige Klimaverbräuche vermeiden. Hier steht der Einkauf regional und / oder ökologisch hergestellter Produkte sowie von Produkten aus fairem Handel im Vordergrund. Die Gliederungen der SPD werden aufgefordert, sich für die Durchführung ihrer Veranstaltungen auf entsprechende Leitlinien und konkrete Maßnahmen in diesem Sinne zu verständigen.</p> <p>30 Anregungen werden gegeben zum Beispiel durch Projekte wie Global Nachhaltige Kommunen, die es in einigen Bundesländern schon gibt. Sie leisten einen Beitrag zur systematischen Umsetzung der globalen 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene. Die 2030-Agenda und die dazugehörigen Globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) hat die UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet. Dabei werden insbesondere die Themen Bildung, natürliche Ressourcen und Umwelt, Klima und Energie, Mobilität, Arbeit und Wirtschaft, Konsum und Lebensstil verfolgt.</p> <p>35 Hierin liegen eine Vielzahl von Handlungsfeldern, die von den entwicklungs- und friedenspolitischen Aktionsgruppen und NRO's wie Brot für die Welt, Misereor, etc. bereits langjährig und kompetent verfolgt werden. Eine Unterstützung der von ihnen betriebenen Projekte sollte verstärkt von der SPD organisiert werden. Die Themen dazu sollten auch als Schwerpunkte in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden.</p> <p>40 Die genannten Gruppen setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, die wirtschaftliche und soziale Situation von benachteiligten Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeitern im Globalen Süden zu verbessern. Sie sollen für ihre Arbeit und ihre Produkte angemessen bezahlt werden und eine stabile Existenz aufbauen können. Viele Fair Trade Kommunen unterstützen dieses Anliegen auch im politischen Raum.</p> <p>45 Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dabei aktiv und regen zu weiteren Aktivitäten an. Sie fordern dazu auf, Produkte aus Fairem Handel zu kaufen und tun das selbst. Bei Anlässen wie Verabschiedungen, Jubiläen, Geburtstagen, Dank an Referenten, etc. werden fair gehandelte Produkte oder entsprechende Präsentkörbe verschenkt. Mindestens einmal im Jahr werden Aktionen und Veranstaltungen zur Förderung und Bekanntmachung des Fairen Handels durchgeführt. Für Blumenschmuck außerhalb der Anbausaison (Mai-September) werden fair gehandelte, ansonsten heimisch wachsende Blumen verwendet. Über entsprechende Aktivitäten der SPD wird regelmäßig berichtet.</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>A30 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p><i>In gemeinsamer Verantwortung fair und klimafreundlich handeln</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Die Bundeskonferenz der AG 60 plus gibt mit den Anregungen und Aufforderungen zum Ausdruck, dass es viele Möglichkeiten der Wahrnehmung von Weltverantwortung im Sinne der Grundwerte der SPD insbesondere der Internationalen Solidarität gibt und das Überleben sichern (Willy Brandt) ein Grundprinzip der politischen Arbeit von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist.	1 5
A31 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i>	A31 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i> 10
Ausbeutung in der Textil- und Bekleidungsindustrie stoppen	Ausbeutung in der Textil- und Bekleidungsindustrie stoppen 15
Das Europäische Parlament, die SPE-Fraktion, die Europäische Kommission, der Europäische Rat, der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, für Textilien und Bekleidung (gleich welchen Materials) Produktionsmindestbedingungen und ein Zertifizierungssystem einzuführen, die mindestens EU-weit für die Herstellung sowie den Import und Export dieser Waren gelten. Ein ergänzender völkerrechtlicher Vertrag kann den Beitritt anderer Staaten ermöglichen. Eine Zertifizierung sollen nur Textilien und Bekleidung erhalten, die bestimmte Mindestproduktionsbedingungen ökonomischer, ökologischer und sozialer Natur einhalten, die sich einerseits auf die Produktion selbst und andererseits auf die Produkte und Vorprodukte in der gesamten Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt beziehen. Einbezogen werden muss auch der Baumwollanbau, bei dem oft Pestizide ohne ausreichenden Arbeits- und Umweltschutz eingesetzt werden.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 20
Diese Mindestproduktionsbedingungen sollen in einer oder mehreren EU-Verordnung/en und ergänzend völkerrechtlich geregelt werden, wobei eine völkerrechtliche Regelung nicht einer strengeren EU-Regelung im Wege stehen darf. Zu den Mindestproduktionsbedingungen sollten gehören:	25
<ul style="list-style-type: none"> • die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), was insbesondere die vier Prinzipien Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf betrifft sowie unter anderem die entsprechenden acht Kernarbeitsnormen in den Übereinkommen 29, 87, 98, 100, 105, 111, 138 und 182, die damit indirekt auch für Nicht-ILO-Mitgliedstaaten gelten würden und einen rechtsverbindlichen Charakter erhalten würden • weitere Arbeits- und Sozialstandards, die deutlich darüber hinausgehen, insbesondere zum Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten, z.B. bei Brandschutz und Standsicherheit in Fabriken und gesundheitsgefährdenden Produktionsweisen • die Einhaltung eines Mindestlohns von zunächst 2,50 € / Stunde sowie ein Mechanismus zur Anpassung und späteren Erhöhung des Mindestlohns • Umweltstandards insbesondere im Hinblick auf Emissionen und Immissionen, Abfälle, Treibhausgase und Klimaschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Naturschutz, Gefahrstoffe und Chemikaliensicherheit und sonstige Umweltrisiken bei Risikotechnologien wie z.B. Gentechnik • wirksame Kontrollmechanismen zur Einhaltung der Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards; die Kontrollen müssen sich auf die gesamte Produktions- und Lieferkette des Produkts und seiner Bestandteile beziehen; nötig sind dabei Qualitätssicherung und ein verbindliches System der akkreditierten Zertifizierung und Auditierung • Gewährleistung der Produktsicherheit für Verbraucher 	30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Zertifiziert werden sollen nur Textilien und Bekleidung sowie Pro- duzenten, die sich regelmäßigen und unangekündigten Kontrollen durch externe, akkreditierte Zertifizierungsunternehmen unterwer- fen. Die Akkreditierung und Zuweisung der Zertifizierungsunter- nehmen zu den Produzenten soll durch eine Behörde der EU oder eine unabhängige Agentur erfolgen, jeweils auf Antrag der Zertifi- zierer bzw. Produzenten. Die Produzenten wählen nicht selbst die Zertifizierungsunternehmen aus, weil dies deren Unabhängigkeit gefährdet. Die Kosten für die Zertifizierung tragen die Produzen- ten.</p> <p>Alle Textilien, die in die EU importiert werden oder in der EU her- gestellt werden, sollen zukünftig mit einer Zertifizierungsnummer versehen sein, die eine Rückverfolgbarkeit zur Produktionsstätte, zum Hersteller, allen Händlern und ggf. zum Importeur ermöglicht. Für nicht zertifizierte Textilien gilt ein Einfuhrverbot in die EU bzw. die Vertragsstaaten des völkerrechtlichen Vertrages und ein entsprechendes Ausfuhrverbot.</p> <p>Durch akkreditierte Zertifizierungsunternehmen werden alle Pro- duktionsstätten regelmäßig und unangekündigt auf die Einhaltung der Mindestproduktionsbedingungen kontrolliert. Bei Verstößen kann die Zertifizierung verweigert und auch rückwirkend aufgehoben werden. In einer EU-Verordnung werden Regeln zur Akkreditierung der Zertifizierungsunternehmen und zu Mindestanforderungen an Qualität und Quantität der Kontrollen näher geregelt. Die Arbeit der Zertifizierungsunternehmen wird überwacht.</p> <p>Handelsrechtliche Regelungen und Verträge, die einem solchen EU-Zertifizierungssystem und der Regelung von Mindestproduktions- bedingungen im Wege stehen, sind entsprechend anzupassen oder zu beseitigen.</p> <p>Hersteller und Händler in der ganzen Herstellungs- und Ver- triebskette von den Vorlieferanten, der Produktionsstätte bis hin zum Unternehmen, das die Ware an den Verbraucher verkauft, sollen im Sinne einer verschuldensunabhängigen Garantiehaftung gesamtschuldnerisch für die Einhaltung der Mindestproduktions- bedingungen gegenüber den Verbrauchern und der EU haften. Bei Verletzungen sollen Verbraucher die Ware zum Verkaufspreis zu- rückgeben und Behörden Bußgelder verhängen können.</p> <p>Hungerlöhne von z.B. 50 € im Monat in Bangladesch, Arbeitszei- ten von bis zu 16 Stunden am Tag, Sklavenarbeit, Kinderarbeit, gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Produktionsbe- dingungen, ganz generell mangelhafter Arbeits- und Gesundheits- schutz sind in der Textilindustrie seit Jahren und Jahrzehnten an der Tagesordnung. Auf eine Erhöhung von Löhnen, Gesundheits- und Umweltstandards wurde mit einer Verlagerung der Produkti- onsstätten in noch ärmere Länder mit noch geringeren Standards bzw. ohne jegliche Standards reagiert. Es herrscht ein menschen- verachtender Frühkapitalismus mit Sozial-, Öko- und Umweltdum- ping. Die Ärmsten der Armen können sich nicht wehren, und die Konzerne und Regierungen in den Industriestaaten kommen ihrer Verantwortung nicht nach. Die Verbraucher können mit Ausnahme weniger Nischenanbieter bei Textilien nicht erkennen, unter wel- chen oftmals miserablen Produktionsbedingungen diese hergestellt wurden.</p> <p>Initiativen wie das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ des Bun- desministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick- lung (BMZ) sind begrüßenswert und ein erster Schritt in die rich- tige Richtung, werden aber als rein nationale Plattform und wegen ihres freiwilligen Charakters fragmentarischen Charakter behalten und die Situation für circa 60 Millionen Menschen in der Textil- und Bekleidungsbranche in den Schwellen- und Entwicklungslän- dern nur in geringem Umfang verbessern. Gleiches gilt für den „Textil-Maßnahmenplan der Bundesregierung 2017“, der viele begrüßenswerte Einzelmaßnahmen enthält, aber nicht die notwen- dige bindende Regulierung auf nationaler, EU- und internationaler Ebene ersetzen kann.</p> <p>Ein Mindestlohn von nur 50 € im Monat in Bangladesch und Ar- beitszeiten von bis zu 16 Stunden am Tag, einsturzgefährdete Tex-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>tilfabriken ohne Brandschutz, Arbeitsbedingungen, die der Sklavenhaltung gleichkommen, gesundheitsgefährdende Arbeit mit Chemikalien z.B. beim Bleichen von Jeans – dies ist die traurige Realität in den Textilfabriken in den Entwicklungsländern, und die Industrieländer tragen Verantwortung dafür, diese unhaltbaren Zustände zu ändern.</p> <p>Engagement der Unternehmen, der Zivilgesellschaft und der Konsumenten ist wichtig. Freiwillige Selbstverpflichtungserklärung einiger Unternehmen und verschiedene Textillabel mit zum Teil kaum nachvollziehbarem Inhalt sind letztlich jedoch kein geeigneter Weg, die Missstände nachhaltig wirksam und zeitnah zu beenden, sondern sie können eine rechtlich verbindliche Regelung der Mindestproduktionsbedingungen nur ergänzen, indem sie für besondere Qualitätsstandards bei Bio-Baumwolle, für fairen Handel oder / und für bestimmte soziale und ökologische Standards stehen. Der Textilbereich könnte ein Pilotbereich für andere Warengruppen und schließlich auch Dienstleistungen sein, um weltweit Ausbeutung sowie Sozial- und Umweltdumping zu verhindern.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Arbeitsmarktpolitik (Ar)

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Ar1 Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)	Ar1 Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)
	Änderungen beim Mindestlohn	Änderungen beim Mindestlohn
	Wir fordern einen allgemeinen flächendeckenden Mindestlohn, der mehr als existenzsichernd ist.	Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21 - 22
	Das bedeutet für uns, dass alle Arbeitenden das Recht haben, mindestens zu einem gewissen Lohn pro Stunde in liquidem Geld (beispielsweise durch Überweisung) bezahlt zu werden und auch niemand auf dieses Recht verzichten darf.	
	1. Mindestlohn ohne Ausnahme	
	Allgemein und flächendeckend bedeutet für uns daher, dass alle Menschen mindestens den Mindestlohn erhalten, die im Mindestlohngesetz beschlossenen Ausnahmen sind für uns daher nicht hinnehmbar! Egal ob Praktikant*in, Saisonsarbeitende, vorherige*r Langzeitarbeitslose oder Minderjährige – jeder Mensch hat einen Anspruch auf eine faire Entlohnung, in deren Richtung der Mindestlohn nur ein kleiner, aber unverzichtbarer Schritt ist. Daher fordern wir, dass sämtliche Ausnahmen im Mindestlohngesetz zurückgenommen werden.	
	§22 MiLoG	
	Jugendliche	
	Momentan ist der Mindestlohn nicht für Jugendliche unter 18 Jahren gültig, die keinen Berufsabschluss haben. Damit soll zwar verhindert werden, dass ein*e Jugendliche*r aufgrund des vergleichsweise hohen Lohns auf eine Berufsausbildung verzichtet. Doch diese Annahme ist surreal, da jedem*r bewusst ist, dass eine Berufsausbildung die deutlich sicherere Option ist. Wir fordern: Der Mindestlohn muss ebenfalls für Jugendliche gültig sein.	
	Langzeitarbeitslose	
	Dass Menschen, die „langzeitarbeitslos“ sind, keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben sollen, ist für uns nicht hinnehmbar. Egal ob Menschen zuvor gearbeitet haben oder nicht, muss ihnen allen ein mehr als existenzsichernder Lohn gezahlt werden und genau deshalb muss auch ihnen der Mindestlohn gezahlt werden.	
	Selbstverständlich lehnen wir jedwede zusätzlichen Ausnahmen ab (ohne Frage kann kein Mensch begründet durch seine Herkunft vom Mindestlohn ausgeschlossen werden) und fordern eine konsequente Ahndung von Missbräuchen gegen das Mindestlohngesetz. Hierzu zählt für uns zum Beispiel, dass einige Arbeitgeber*innen in der Gastronomie versuchen den Mindestlohn zu umgehen, indem sie das Trinkgeld mit dem Stundenlohn verrechnen.	
	Umgehung des Mindestlohns	
	Arbeitsmaterial	
	Unternehmen umgehen den Mindestlohn auch, indem sie Beträge für Arbeitsmaterial wie die Arbeitskleidung oder „Überlassungsgebühren“ für Werkzeug vom Lohn abziehen oder als Kautions verlangen; das geschieht beispielsweise in der Fleischindustrie. Es werden aber auch andere Begründungen genutzt, um den Lohn unter den Mindestlohn kürzen zu können, beispielsweise werden in Einzelfällen Nutzungsgebühren für Pausenräume erhoben oder Strafgeld verlangt, das direkt vom Lohn abgezogen wird. In einigen Fällen wurden Strafzahlungen für „Hygieneverstöße“, wie das Verschmutzen von Pausenräumen, oder auch für das Fallenlassen von z. B. einem Stück Fleisch in der Fleischindustrie verlangt. Das alles ist möglich, weil diese Beträge vom Nettogehalt abgezogen werden und der Zoll damit rechtlich nicht mehr zuständig ist.	
	Für uns ist klar: Jedem arbeitenden Menschen steht mindestens der Mindestlohn zu. Wenn Lohnabzüge dafür sorgen, dass das ein Mensch letztendlich weniger als den Mindestlohn pro Stunde erhält, dann müssen diese Abzüge illegal sein. Außerdem fordern wir,	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 dass der Zoll auch für diese Art der Umgehung des Mindestlohns zuständig ist.</p> <p>Unbezahlte Mehrarbeit</p> <p>5 Auch bevor der Mindestlohn eingeführt wurde, war es gang und gäbe, dass Menschen in Form von unbezahlten Überstunden für die Unternehmen ohne Gegenleistung arbeiteten. Unter anderem werden Arbeitszeiten als Pausen bezeichnet, obwohl es tatsächlich keine sind oder „Warte-“ und „Bereitschaftszeiten“ werden nicht oder zu gering bezahlt. Außerdem werden oft von Arbeitgebenden</p> <p>10 Zeitrahmen für Aufgaben vorgegeben, die realistisch betrachtet nicht einhaltbar sind und provozieren Arbeitnehmende dadurch oft, „freiwillig“ Überstunden zu machen.</p> <p>Viele Überstunden werden schlicht als „Vor-“, oder „Nachbereitungszeiten“, „Rüstzeit“ oder auch „Nacharbeit“ bezeichnet, so</p> <p>15 müssen beispielsweise gerade im Einzelhandel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Ladenschluss ohne Gegenwert oft noch weiterarbeiten und z. B. aufräumen oder die Kasse auszählen, Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind davon</p> <p>20 betroffen. Dies hätte sich durch die Einführung des Mindestlohns ändern sollen! Jede Arbeit muss entlohnt werden! Selbstverständlich müssen alle Überstunden, egal welcher Art, ebenfalls unter den Mindestlohn fallen. Das Mindestlohngesetz ist dahingehend zu ändern.</p> <p>25</p> <p>2. Verbandsklagerecht</p> <p>Obwohl das Mindestlohngesetz bereits am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, gibt es immer noch Unternehmen, bzw. Arbeitgebende, die den Mindestlohn nicht auszahlen, indem sie wie oben erwähnt,</p> <p>30 versuchen, das Mindestlohngesetz auf viele verschiedene Wege zu umgehen. Beispielsweise versuchen Unternehmen, verschiedene Leistungen auf den Mindestlohn anzurechnen; einige zahlen den Mindestlohn sogar in Form von Gutscheinen aus. Das ist absolut inakzeptabel!</p> <p>35 Die meisten dieser Wege sind gesetzlich unzulässig, doch solange niemand klagt, können die Unternehmen dies so weiter praktizieren. Dadurch, dass diejenigen, die unter dem Mindestlohn bezahlt werden, durch ihr niedriges Einkommen oft wenig Geld haben, riskieren diese oft ungern möglicherweise kostspielige Klagen oder ihren Arbeitsplatz: Sie klagen also nicht.</p> <p>40 Um den Klageweg, der zur Auszahlung des Mindestlohns führen soll, zu erleichtern, fordern wir ein Verbandsklagerecht. Dieses muss insbesondere auch für Gewerkschaften und Betriebsrät*innen gelten.</p> <p>45 Derzeit wird auch vom Zoll kontrolliert, ob das Mindestlohngesetz umgesetzt wird. In Anbetracht der Auslastung Zolls ist dieser personell aufzustocken. Darüber hinaus soll der Zoll auch unangekündigte Überprüfungen durchführen können. Dazu muss auch durch Testbewerber*innen überprüft werden, ob der Mindestlohn von</p> <p>50 Unternehmen gezahlt wird.</p> <p>Im Übrigen müssen Personen rechtlich geschützt werden, die dem Zoll melden, dass das Mindestlohngesetz nicht eingehalten oder umgangen wird. Beispielsweise müssen diese Menschen im Besonderen vor Kündigungen geschützt werden. Ebenso müssen auch</p> <p>55 Menschen geschützt werden, die nur einen befristeten Vertrag haben.</p> <p>3. Höhe des Mindestlohns</p> <p>Mit der Einführung des Mindestlohns wurde er für die ersten Jahre</p> <p>60 auf eine Höhe von 8,50€ pro Stunde festgesetzt, er wird allerdings alle zwei Jahre angepasst und erhöht; im Jahr 2017 liegt er bei 8,84€. Wir unterstützen, dass der Mindestlohn regelmäßig erhöht werden soll.</p> <p>Aus unserer Sicht ist die derzeitige Höhe des Mindestlohns zu niedrig:</p> <p>65 Wenn Alleinerziehende in Vollzeit arbeiten und in Höhe des Mindestlohns bezahlt werden, liegt das monatliche Einkommen der Familie unter dem Existenzminimum. Während die Differenz aus Einkommen der Arbeitnehmenden und dem Existenzminimum von</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>der Allgemeinheit bezahlt wird, beziehen die Arbeitgebenden den Wert der Arbeit. Für uns ist das nicht hinnehmbar! Arbeit muss von den Unternehmen und den Arbeitgebenden entlohnt werden! Derzeit ist die Höhe des Mindestlohns nicht ausreichend, um in der Rente eine Mindestsicherung zu erreichen, doch auch wer sein oder ihr Leben lang für den Mindestlohn arbeitet, muss eine anständige Rente bekommen. Wir fordern einen Mindestlohn, der für alle Arbeitnehmenden mehr als existenzsichernd ist!</p> <p>Wir fordern, dass der Mindestlohn mindestens 60% des Medianlohns in Deutschland zu betragen hat. Die Entscheidung liegt aber selbstverständlich weiter in den Händen der Mindestlohnkommission.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
	<p>Ar2 <i>Kreisverband Herford (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Den Sockelbetrag für den Mindestlohn in Abstimmung mit dem DGB erhöhen.</p> <p>Die Empfehlung der Kommission zur Überprüfung des gesetzlichen Mindestlohns, den gesetzlichen Mindestlohn um wenige 0,34 € auf 8,84 € anzuheben ist ein Schlag ins Gesicht für alle in diesem Lohnsegment beschäftigten Arbeitnehmer/innen. Seit dem 01.06.2016 bekommen Beschäftigte in Leiharbeitsunternehmen bereits 9,00 € in der untersten Lohngruppe.</p> <p>Die SPD hat mit großem Engagement das geänderte Gesetz zur Leiharbeit auf den Weg gebracht. Dort wird gefordert, dass Leiharbeiter/innen nach 9 Monaten Beschäftigung im gleichen Entleihbetrieb den gleichen Stundenlohn erhalten, wie vergleichbare fest angestellte Arbeitnehmer/innen.</p> <p>Soll das im Umkehrschluss bedeuten, dass die Beschäftigten nunmehr nach 9 Monaten weniger Lohn bekommen? Wie wollen wir denn die Zeitarbeit eindämmen, wenn der gesetzliche Mindestlohn dem der Leiharbeit immer hinterher hängt? Mit dieser Empfehlung der Kommission zur Überprüfung des Mindestlohns wird der Leiharbeit ein weiteres Argument gegeben.</p> <p>Wir fordern daher die Bundestagsfraktion und die Bundespartei der SPD auf, sich dafür einzusetzen, den Sockelbetrag für den Mindestlohn in Abstimmung mit dem DGB zu erhöhen.</p>	<p>15</p> <p>Ar2 <i>Kreisverband Herford (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Den Sockelbetrag für den Mindestlohn in Abstimmung mit dem DGB erhöhen.</p> <p>20</p> <p>Ablehnung</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
	<p>Ar3 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Schrittweise Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns</p> <p>Die SPD Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Mindestlohnkommission die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns beschließt. Wir fordern die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns. Außerdem soll von der Mindestlohnkommission jährlich geprüft werden, ob der aktuelle Mindestlohn angemessene soziale Teilhabe bei den steigenden Lebenshaltungskosten gewährleistet.</p>	<p>45</p> <p>Ar3 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Schrittweise Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns</p> <p>50</p> <p>Erledigt durch Mindestlohngesetz</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ar4 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Keine Ausnahmen beim Mindestlohn für Flüchtlinge</p> <p>5</p> <p>Die SPD spricht sich gegen jede weitere Ausnahme beim Mindestlohn, auch bei Flüchtlingen, aus. Insbesondere lehnt sie die Forderung von Wirtschaftsverbänden und Teilen von CDU/CSU für eine Ausnahme vom Mindestlohn bei Flüchtlingen. Nach diesen Plänen sollen Geflüchtete in den ersten sechs Monaten nach Arbeitsaufnahme keinen Anspruch auf den Mindestlohn haben – genau wie bisher schon die hiesigen Langzeitarbeitslosen.</p> <p>15 Die Arbeitgeberverbände sehen ihre Chance für eine Gesetzesänderung und verlangen neben der neuen Ausnahme für Flüchtlinge auch noch eine generelle Verlängerung der Ausnahmeregelungen vom Mindestlohn auf 12 Monate. Die Arbeitgeberverbände und der Wirtschaftsflügel von CDU/CSU behaupten, dass diese Ausnahme für mehr Integration in den Arbeitsmarkt notwendig sei.</p> <p>20 Das ist in doppelter Hinsicht ein Irrglaube. Dies zeigen die bisherigen Erfahrungen mit langzeitarbeitslosen Menschen: Sie blieben zum einen weiterhin weitgehend vom Aufschwung am Arbeitsmarkt ausgeschlossen und wo sie in Arbeit kamen, wurde bisher von keinem Unternehmen ein Antrag auf Ausnahme vom Mindestlohn beantragt.</p> <p>25</p> <p>Unterbietungswettbewerb darf es nicht geben Sonderregelungen für Flüchtlinge beim Mindestlohn widersprechen dem verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz und es käme es zu einer gefährlichen sozialen Spaltung der Arbeitnehmerschaft. Es darf keinen Unterbietungswettbewerb geben, sondern es braucht echte Integration in den Arbeitsmarkt zu fairen Bedingungen. Die Agentur für Arbeit, die Jobcenter und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), welches die Integrationskurse finanziert, investieren viel Steuergelder in die Integration von Flüchtlingen für Sprachkurse und berufliche Teil- und Vollqualifizierungen. Eine gute und wichtige Investition! Aber gerade weil die Qualifikation vor dem Eintritt in den 1. Arbeitsmarkt mit Steuergeldern erfolgt, darf es kein Lohndumping mit staatlicher Unterstützung geben.</p> <p>30</p> <p>Integration statt Spaltung Die SPD unterstützt den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften und lehnt jede weitere Ausnahme beim Mindestlohn strikt ab. Die SPD darf keine Spaltung der Arbeitnehmerschaft zulassen, sondern muss alles für eine schnelle Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft tun. Die Gewerkschaften haben aus Sicht der SPD dazu gute Vorschläge gemacht.</p> <p>40</p> <p>50</p>	<p>Ar4 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Keine Ausnahmen beim Mindestlohn für Flüchtlinge</p> <p>Erledigt durch Annahme von Ar6 in der Fassung der Antragskommission</p>
<p>55 Ar5 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Erforderliche Reformen der Regelungen zum Mindestlohn einleiten</p> <p>60 1. Die SPD auf Bundesebene wird aufgefordert, Maßnahmen zur Überarbeitung/ Anpassung der Gesetzgebung zur Einführung des Mindestlohns einzuleiten, die den ursprünglichen Sinn des Gesetzes stärken und die Möglichkeiten der Aushebelung/ des Umgehens abschaffen.</p> <p>65 2. Außerdem wird die SPD aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zur Erhöhung des Mindestlohnes in der Mindestlohnkommission sich für einen Mindestlohn in Höhe von 9,50 €, mindestens jedoch 9,00 € pro Stunde einzusetzen.</p>	<p>Ar5 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Erforderliche Reformen der Regelungen zum Mindestlohn einleiten</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21 - 22</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>Ar6 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Keine Ausnahmen vom Mindestlohn</p> <p>Der Mindestlohn ist ein großer Erfolg der SPD in der großen Koalition. Wir unterstützen, dass es auch zukünftig keine Ausnahmen beim Mindestlohn bei Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Jugendlichen gibt.</p>	<p>Ar6 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Keine Ausnahmen vom Mindestlohn</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission Der Mindestlohn ist ein großer Erfolg der SPD in der großen Koalition. Wir unterstützen, dass es (...) keine Ausnahmen beim Mindestlohn (...) gibt.</p>
	<p>Ar7 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn</p> <p>Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, die geeignet sind, zu verhindern, dass Weihnachts- und Urlaubsgeld auf den Mindestlohn angerechnet werden. Ebenso wollen wir, dass auch Leistungsprämien und Überstundenzahlungen sowie andere Leistungen, die über den Grundlohn hinausgehen, nicht angerechnet werden.</p>	<p>Ar7 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn</p> <p>Erledigt durch Gesetz und Rechtsprechung</p>
	<p>Ar8 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Durchsetzung des Mindestlohns erleichtern</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, gesetzliche Regelungen so zu ändern, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist der Arbeitnehmerin / dem Arbeitnehmer im Rahmen der Lohnabrechnungen auch ggfs. erstellte Arbeitszeitaufzeichnungen nach § 17 MiLoG zu übersenden.</p>	<p>Ar8 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Durchsetzung des Mindestlohns erleichtern</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
	<p>Ar9 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Gegen häufiges Unterlaufen des Mindestlohns</p> <p>Die SPD Hamburg stellt fest: Immer wieder wird das Mindestlohngesetz unterlaufen, z.B. durch unbezahlte Überstunden, den Abzug von Kosten für Arbeitskleidung, Werkzeug, Transport und Unterbringung und ähnliches. Mietzahlungen dürfen nicht auf der Lohnabrechnung erscheinen, sondern müssen separat quittiert werden. Deshalb sind wirksamere Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes erforderlich, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch eine engere Vernetzung aller kontrollierenden Behörden wie z.B. Zoll, Finanzamt und Polizei, • eine Verstärkung der Arbeitskontrollen und Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), • Durchsetzung der Dokumentationspflicht. 	<p>Ar9 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Gegen häufiges Unterlaufen des Mindestlohns</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ar10 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Mindestlohn</p> <p>5 Der Mindestlohn in Deutschland soll auf den Durchschnitt des Niveaus der nördlichen und westlichen Nachbarstaaten erhöht werden, auf mind. 9,30 € bis 9,50 € / Stunde.</p> <p>10</p> <p>Ar11 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>15 Mindestlohn weiterentwickeln – Kurs auf 11,50 Euro!</p> <p>Die positiven Erfahrungen mit dem vor einem Jahr in Kraft getretenen gesetzlichen Mindestlohn widersprechen allen im Vorfeld prognostizierten Arbeitsplatzverlusten. Wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, hat er sogar zu einer Zunahme von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt. 8,50 Euro pro Stunde bei 40 Stunden Arbeit in der Woche ergeben lediglich ein Gehalt von knapp 1.500 Euro im Monat brutto.</p> <p>Im Rahmen der vom Gesetz geforderten Gesamtabwägung fordern wir insbesondere die Einbeziehung folgender Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit einem deutlich höheren Mindestlohn würde zugleich ein – wenn auch geringer Beitrag – zur Vermeidung von Altersarmut geleistet. Gerade Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor haben keine Chance, sich eine zusätzliche Alterssicherung aufzubauen und sind somit auf die gesetzliche Rente angewiesen. • Generell gilt, dass höhere Löhne automatisch immer zu einer höheren Binnennachfrage und damit zu einem Wirtschaftswachstum beitragen, da gerade im Mindestlohnsektor das meiste Geld automatisch in den Konsum fließen wird, wie man auch an den statistischen Daten von 2015 sehen kann. Deshalb spielt die Stützung der Arbeitseinkommen angesichts der weltwirtschaftlichen Risiken eine wichtige Rolle für die Konjunktur und die Sicherung von Beschäftigung. • Deshalb halten wir es auch für dringend geboten, in der EU Mindeststandards für Mindestlöhne durchzusetzen. Maßstab dafür könnte das international anerkannte Armutslohn-Kriterium von 60 % des Meridians sein. 8,50 € entsprechen derzeit nur 47,8 % dieses Meridianwertes und zeigen enormen Nachholbedarf auf. <p>Das Mindestlohngesetz bedarf darüber hinaus deutlicher Flankierungen und Verbesserungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbandsklagerecht, • Ausweitung der Kontroll- und Aufzeichnungspflichten, • Abschaffung aller Ausnahmen, insbesondere für Jugendliche und Langzeitarbeitslose. <p>55</p> <p>Ar12 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>60 Anhebung und Kontrolle Mindestlohn</p> <p>Der gesetzliche Mindestlohn wird zeitnah von 8,84 Euro in Schritten auf 11,68 Euro erhöht. Es genügt zudem nicht Mindestlohn per Gesetz vorzuschreiben. Vielmehr müssen die tatsächlichen Zahlungen auch kontrolliert werden.</p>	<p>Ar10 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Mindestlohn</p> <p>Ablehnung</p> <p>Ar11 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Mindestlohn weiterentwickeln – Kurs auf 11,50 Euro!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21 - 22 und Beratung auf Parteikonvent 5.6.2016 als B35</p> <p>Ar12 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Anhebung und Kontrolle Mindestlohn</p> <p>Ablehnung</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Ar13 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)	Ar13 1 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)
	Mindestlohn effektiv durchsetzen I / Überprüfung von Mindestlohnverstößen durch die FK Schwarzarbeit Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Bundeszollverwaltung ist personell und materiell so auszustatten, dass sie die Einhaltung des Mindestlohngesetzes effektiv kontrollieren und Verstöße zeitnah ahnden kann. Insbesondere muss das Personal derart aufgestockt werden, dass die Zahl der Kontrollen im Jahr mindestens verdoppelt werden kann. Die Strafmaße für vorsätzliche Verstöße sind merklich zu erhöhen. Schwerpunktmäßig sind die Kontrollen vor allem in den besonders betroffenen Branchen wie Gastgewerbe, Fleischindustrie, Speditionen oder Bauhandwerk zu verstärken. Beschäftigten, die sich in augenscheinlich berechtigten Fällen nicht trauen, Klage gegen ihren Arbeitgeber zu erheben, oder sich dies nicht leisten können, soll finanzielle Unterstützung gewährt werden, die im Falle einer Verurteilung durch die Schuldigen zurückzuzahlen ist.	Mindestlohn effektiv durchsetzen I / Überprüfung von Mindestlohnverstößen durch die FK Schwarzarbeit 5 Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21 - 22 10 15
	Ar14 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)	Ar14 25 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)
	Armutsfester Mindestlohn Die Höhe des Mindestlohnes soll zukünftig nicht mehr von einer Kommission bestimmt werden. Stattdessen soll als fester Wert der Mindestlohn auf 60 % des statistisch ermittelten durchschnittlichen Stundenlohns gesetzt werden. Diese Festlegung soll regelmäßig wiederholt werden, so dass der Mindestlohn sich bei geändertem Durchschnittsbruttoeinkommen mit ändert.	Armutsfester Mindestlohn 30 Ablehnung 35
	Ar15 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)	Ar15 40 Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)
	Mindestlohn effektiv durchsetzen II / Überprüfung von Werkverträgen, illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit durch die DRV-Prüfdienste Die Betriebsprüfungen durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) sollen ausgeweitet und intensiviert werden, um Verstöße gegen das Mindestlohngesetz (MiLoG) mit ihren negativen sozialversicherungsrechtlichen Folgen für die Beschäftigten festzustellen und zu unterbinden. Gleichzeitig sollen die Prüfdienste der Sozialversicherungsträger dem missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen entgegen wirken. Hierzu wird gefordert, dass zur Erleichterung der Prüftätigkeit die wesentlichen durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßigem und missbräuchlichem Fremdpersonaleinsatz (Werkverträge) gesetzlich niedergelegt werden. Um eine Prüfquote mit zu erwartenden hohen Beitragsnachforderungen zu erreichen, sind die Betriebsprüfdienste der DRV personell und technisch besser auszustatten. Das Prüfintervall – grundsätzlich vier Jahre – soll zumal in Bereichen, in denen vermehrt in der Vergangenheit Verstöße im Rahmen des Schwarzarbeitsbe-	Mindestlohn effektiv durchsetzen II / Überprüfung von Werkverträgen, illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit durch die DRV-Prüfdienste 45 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 kämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) festgestellt wurden, verkürzt werden. Die Prüfungen der DRV-Träger bei Verdacht auf Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit sind auszuweiten. Bei Feststellungen zu missbräuchlich eingesetzten Werkverträgen und (vermeintlich) selbständigen Tätigkeiten sollen Folgeprüfungen der betroffenen Unternehmen in kurzen Zeitabständen erfolgen.</p> <p>10 Ar16 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Mindestlohngesetz novellieren</p> <p>15 Das Mindestlohngesetz soll dahingehend novelliert werden, dass der Mindeststundenlohn jährlich auf das Niveau von 60% des bundesweiten Durchschnittseinkommens für eine 40-Stundenwoche angehoben wird.</p> <p>20</p> <p>Ar17 <i>Kreisverband Gütersloh (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>25 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sichern – Prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen</p> <p>30 Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die maximale Zahl der Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer in einem Unternehmen auf zehn Prozent zu begrenzen. Darüber hinaus ist die Entlohnung bei einer Tarifbindung an den geltenden Tarifvertrag des entleihenden Unternehmens (nicht der Leiharbeitsfirma) anzupassen oder aber an den geltenden Tarifvertrag der Branche anzupassen. Keine Leiharbeiterin/kein Leiharbeiter darf schlechter gestellt werden, als ein Mitglied der Stammbesellschaft.</p> <p>35 Gleiches gilt für den Abschluss von Werkverträgen. Die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitern ist auf die Leiharbeiterquote von zehn Prozent anzurechnen.</p> <p>40 Die Beschäftigung von Leiharbeitnehmern und der Abschluss von Werkverträgen ab einer Geltungsdauer von vier Wochen muss bei der Arbeitsverwaltung beantragt und dort genehmigt werden. Eine Ausdehnung von Leiharbeitsverhältnissen und regelmäßiger Werkvertragsarbeit über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus ist unzulässig. Über Ausnahmen bei der maximalen Zahl von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern sowie Werkvertragsbeschäftigten – etwa bei unvorhersehbaren Auftragsspitzen – befindet die Arbeitsverwaltung auf Antrag des Unternehmens. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine Beschäftigung externer Arbeitskräfte über sechs Monate hinaus zulässig.</p> <p>50</p> <p>55 Ar18 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!</p> <p>60 Mit dem von Andrea Nahles erarbeiteten Entwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen haben wir einen ersten wichtigen Schritt unternommen, um die Rechte von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmer auszubauen und den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen. Mit dem Ent-</p>	<p>Ar16 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Mindestlohngesetz novellieren</p> <p>Ablehnung</p> <p>Ar17 <i>Kreisverband Gütersloh (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sichern – Prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <p>Ar18 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	wurf stärken wir die Tarifpartnerschaft und wir sorgen für mehr Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von Werkverträgen. So dürfen z.B. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht mehr als Streikbrecherinnen und Streikbrecher eingesetzt werden. Damit schützen wir das Streikrecht aller!	1
	Ist es jedoch auch festzustellen, dass wir aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag weiterführende Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher nicht umsetzen konnten.	5
	Aus diesem Grund ist das Zentrale Ziel der SPD die Durchsetzung der Forderung „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.	10
	Um den Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträge und Gestellungsverträge einzudämmen und Gute Arbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Löhne durchzusetzen, fordert der Bundesparteitag:	15
	Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung: Das Betriebsverfassungsgesetz muss möglichst rasch dahin gehend geändert werden, dass der Arbeitgeber den Betriebsrat vor dem Einsatz von Leih- und Werksvertragsfirmen über den geplanten Einsatz, Umfang und Dauer der Beschäftigung sowie über die Auswirkungen auf die Stammbesellschaft vollumfänglich informieren muss.	20
	Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung: Die betriebliche Interessenvertretung muss das Recht erhalten, die Beauftragung von Fremdfirmen – Leiharbeit und Werkverträge - auf dem Werksgelände zu verweigern, wenn die Interessen der eigenen Belegschaft unmittelbar berührt sind, beispielsweise wenn die Besorgnis besteht, dass durch die Vergabe ein Arbeitsplatzabbau und Entlassungen drohen oder Lohnstandards unterlaufen werden.	25
	Beweislast anders verteilen: Die Darlegungs- und Beweislast liegt nach der gegenwärtigen Rechtslage bei den Arbeitnehmer/innen, die geltend machen müssen, dass ein Missbrauch von Leiharbeit und Werkvertrag vorliegt. Die SPD fordert, dass bei einer glaubhaften Darlegung von Missbrauch die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht, der nachweisen muss, dass er sich rechtskonform verhält.	30
	Verbandsklagerecht, Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen: Es muss für die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein Verbandsklagerecht gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geben. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die Zollfahndung und die Sozialversicherungsträger müssen personell deutlich verstärkt und in die Lage versetzt werden, beim Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen rasch und wirkungsvoll einschreiten zu können. Dazu gehört auch eine wirksame Überprüfungsmöglichkeit von angeblichen Leiharbeits- und Werkverträgen. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss in jedem Einzelfall mit einer Geldbuße von 500.000 Euro und dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, im Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft werden.	35
	Rechtsfolge: Bei nachweislichem Missbrauch entsteht ein reguläres Arbeitsverhältnis Wenn festgestellt wird, dass ein missbräuchlicher Leiharbeits- oder Werkvertrag vorliegt, muss dies zur Folge haben, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Auftraggeber und dem Beschäftigten entsteht. Das wiederum hat zur Folge, dass rückwirkend das entsprechende Entgelt inklusive der Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nachentrichtet werden muss.	40
		45
		50
		55
		60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ausländische Arbeitnehmer/innen besser schützen: Der grenzüberschreitende Arbeitskräfteeinsatz ist besonders missbrauchsanfällig und schwer zu überwachen. Hier muss die Europäische Union ihr Regelwerk für grenzüberschreitenden Arbeits-</p> <p>5 ein- satz verbessern, Kontrollen erleichtern und fälschungssichere Bescheinigungen einführen, es müssen schriftliche Lohnabrechnungen vorgelegt und Löhne ausschließlich bargeldlos ausgezahlt werden, der Krankenversicherungsschutz muss gewährleistet und nachgewiesen werden. Mobile Arbeitnehmer/innen benötigen An-</p> <p>10 lauf- und Beratungsstellen, die sie bei Problemen wirkungsvoll unterstützen.</p>	
<p>15 Ar19 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Leiharbeit</p> <p>20 Die missbräuchliche Praxis der Leiharbeit/Zeitarbeit kann nicht durch die Sozialpartner, sondern nur durch den Gesetzgeber unter-</p> <p>25 bunden werden. Gefordert wird</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein klares Verbot der Scheinselbständigkeit, um zu verhindern, dass Unternehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kündigen können, um sie anschließend als „Geschäftspartner“ mit den gleichen Tätigkeiten beauftragen zu können, • ein klares Verbot von atypischen Werkverträgen für Tätigkeiten, die kein abschließendes Werk zum Ziel haben, sondern auf Dauer angelegt sind, • die Definition von „Zeitarbeit“ als befristete Arbeit nur bei unvorhersehbarem Arbeitsbedarf („Produktionsspitzen“ oder krankheitsbedingter Ausfall von Mitarbeiterinnen oder Mitarbei- 30 tern), wenn die Tarifvereinbarungen für die Stammbesellschaft (wie Zeitarbeitskonten, bezahlte Mehrarbeit) nicht ausreichen; bei sich häufenden „Produktionsspitzen“ Stammpersonal muss eingestellt werden, • gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Zeit- und Stammarbeiter (einschließlich aller arbeitsplatz- und betriebsbezogenen Zulagen); die Zeitarbeit muss brutto teurer sein als die Stammarbeit, 40 • das Verbot der Umgehung der Höchstüberlassung durch „rechtzeitige“ Kündigung und neuem Vertragsverhältnis nach „Schamfrist“ (Kettenvertrag) <p>In diesem Zusammenhang muss auch der Missbrauch der Arbeitsüberlassung durch Betriebe beendet werden, die ihr Stammpersonal</p> <p>45 in Tochterunternehmen „outsourcen“, damit diese es ihnen billiger für die Ausübung der bisherigen Tätigkeiten „überlassen“ können.“</p>	<p>Ar19 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Leiharbeit</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 Ar20 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein Ende der Ausbeutung: Korrektur der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und 55 Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses</p> <p>60 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass folgende Korrekturen an dem erst kürzlich reformierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vorgenommen werden:</p> <p>1. Die in § 1 Abs. 1b AÜG n.F. geregelte Höchstüberlassungsdauer ist arbeitsplatzbezogen auszugestalten. Ein Arbeitsplatz</p> <p>65 soll vom/von der Entleiher/-in nicht länger als die Höchstüberlassungsdauer mit Leiharbeitnehmern/-innen besetzt werden dürfen. Sollte bei der arbeitnehmerbezogenen Ausgestaltung geblieben werden, ist die Zeitspanne zwischen zwei Überlassun-</p>	<p>Ar20 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein Ende der Ausbeutung: Korrektur der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>gen, nach der die Höchstüberlassungsdauer von vorn zu laufen beginnt, von drei auf 36 Monate anzuheben.</p> <p>2. Von dem grundsätzlich ab dem ersten Tag geltenden Gleichbehandlungsgrundsatz (§ 8 Abs. 1 AÜG n.F.) soll nicht bereits durch die individualvertragliche Bezugnahme auf einen Tarifvertrag abgewichen werden können. Hierzu ist § 8 Abs. 2 S. 2 AÜG n.F. zu streichen.</p> <p>3. Die Widerspruchsrechte überlassener Arbeitnehmer/-innen gegen den Übergang ihres Arbeitsverhältnisses auf den/die Entleiher/-in (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 Hs. 1, 2 AÜG n.F.; § 9 Abs. 1 Nr. 1a Hs. 1, 2 AÜG n.F.; § 9 Abs. 1 Nr. 1b Hs. 1, 2 AÜG n.F.) sind zu streichen.</p> <p>Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion ferner dazu auf zu prüfen, ob nicht die Verwendung tariflicher Öffnungsklauseln im AÜG, die in der Vergangenheit für schlechtere Arbeitsbedingungen der Leiharbeiternehmer gesorgt haben, die Tarifautonomie nachhaltig schwächen. Durch Gewerkschaften abgeschlossene Tarifverträge dürfen nicht als Instrument zur Absenkung des Arbeitnehmerschutzes wahrgenommen werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>Ar21 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Entgeltgleichstellung in Zeitarbeitsverhältnissen</p> <p>Der Bundesparteitag der SPD sowie die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, die Zeitdauer bis zu einer Entgeltgleichstellung von Menschen in Zeitarbeitsverhältnissen mit unbefristet Tätigen in einem Unternehmen von derzeit 9 Monaten weiter zu reduzieren und darüber hinaus die Möglichkeiten zur Überwachung von Missbräuchen deutlich zu verbessern. Eine weitere Präzisierung obliegt dem Gesetzgebungsverfahren.</p>	<p>Ar21 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>25</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>Ar22 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken</p> <p>Extern beauftragte sollen für regelmäßig wiederkehrende innerbetrieblich ausgeführte Arbeiten genauso entlohnt und behandelt werden, wie es im Tarifvertrag der in Auftrag gebenden Firma für gleichwertige innerbetriebliche Aufgaben vorgesehen ist. Falls es keinen gültigen Tarifvertrag geben sollte, darf nicht weniger als der Mindestlohn angesetzt werden. Zur Überprüfung, ob Werkvertragnehmende wiederkehrende Tätigkeiten durchführen, soll der Zoll stichprobenartig die geschlossenen Verträge überprüfen.</p>	<p>Ar22 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>40</p> <p>Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken</p> <p>45</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <p>50</p> <p>55</p>
<p>Ar23 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Ausbeutung beenden: Leiharbeit zur Kernfunktion zurückführen</p> <p>Wir bekennen uns zu dem im Regierungsprogramm 2013 – 2017 festgelegten Ziel, das Normalarbeitsverhältnis zu stärken. Nur das Normalarbeitsverhältnis, in dem Arbeitnehmer*innen in dem Betrieb ihres*ihrer Arbeitgeber*in tätig sind und nicht an Dritte wei-</p>	<p>Ar23 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>60</p> <p>Ausbeutung beenden: Leiharbeit zur Kernfunktion zurückführen</p> <p>65</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 tergereicht werden, sorgt für Planungssicherheit, gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. Allein die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses bekämpft Erwerbsarmut, führt zur höheren</p> <p>5 Einzahlungen in die Rentenkasse und trägt somit zu einem würdevollen Lebensstandard auch im Rentenalter bei. Um das Normalarbeitsverhältnis zu stärken, muss die Leih- und Zeitarbeit auf ihre Kernfunktionen zurückgestutzt werden: Sie soll Langzeitarbeitslosen eine erste Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bieten (sog. Klebeffekt) und Unternehmen die Möglichkeit geben,</p> <p>10 spontane und vorübergehende Auftragsspitzen zu bewältigen. Ausschließlich zur Verfolgung dieser Zwecke ist die Leih- und Zeitarbeit eine legitime Beschäftigungsform. Um dies sicherzustellen, muss die Arbeitnehmer*innenüberlassung den Ausnahmefall bilden und insbesondere zeitlich beschränkt sein.</p> <p>15 Mitbestimmung – weil Demokratie nicht am Werkstor endet! Beschäftigte in der Leiharbeit sind keine Angestellten und Arbeiter*innen zweiter Klasse. Wir wollen daher das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Einstellung von</p> <p>20 Leiharbeiter*innen weiter stärken. Es war eine wichtige Reform, dass die Zahl der Leiharbeiter*innen bei den Schwellenwerten für die Betriebsräte Berücksichtigung findet, und auch dass die Leiharbeiter*innen nach drei Monaten Betriebszugehörigkeit ein eigenes Wahlrecht zum Betriebsrat erhalten.</p> <p>25 Darüber hinaus fordern wir aber auch eine Vertretung der Leiharbeiter*innen, die weniger als drei Monate beschäftigt werden, durch eine Vertrauensperson beim Betriebsrat, die ein Beteiligungsrecht sowie Veto-Recht in sie betreffenden Angelegenheiten ähnlich wie die Jugend- und Auszubildendenvertretung besitzt.</p> <p>30 Daneben soll zukünftig die Beweislast für die Einstellung von Leiharbeiter*innen bei dem entleihenden Betrieb liegen. Um hier eine Überprüfung sicherzustellen, setzen wir uns für ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften ein.</p> <p>35 Missbrauch verhindern – Widerspruchsrecht streichen Bedient sich ein Entleihunternehmen illegaler Arbeitnehmer*innenüberlassung oder ähnlicher Missbrauchskonstruktionen, muss es am eigentlichen Willen – Arbeitnehmer*innen zu beschäftigen - gebunden sein. Deshalb kommt schon heute Kraft</p> <p>40 Gesetzes zwischen diesem und der*dem Leiharbeiter*in rückwirkend ein „Normalarbeitsverhältnis“ zustande. Das Entleihunternehmen muss Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen. Sein Vorstand macht sich wegen Beitragshinterziehung strafbar. Diese richtigen, grundsätzlich abschreckenden Sanktionen lassen</p> <p>45 sich für das Entleihunternehmen jedoch leicht abwenden: eine vorherige Erklärung der*des Leiharbeiter*in, bei der Zeitarbeitsfirma bleiben zu wollen, genügt. Kein gut beratenes Unternehmen wird in Zukunft eine*n Leiharbeiter*in einstellen, ohne dass dieser eine solche Erklärung abgegeben hat. Und viele</p> <p>50 Leiharbeiter*innen werden dem Druck aus Angst vor Arbeitslosigkeit erliegen. Unternehmen können so die Existenzangst von Arbeitnehmer*innen für einen maximalen Profit benutzen. Das Widerspruchsrecht muss daher gestrichen werden. Jeder Versuch des Missbrauchs muss in Zukunft zu einem Normalarbeitsverhältnis</p> <p>55 führen. Trickereien dürfen sich nicht weiter lohnen.</p> <p>Höchstüberlassungsdauer – weil Planungssicherheit auch für Leiharbeiter*innen gelten muss! Menschen, die in Leiharbeitsverhältnissen beschäftigt sind, werden</p> <p>60 nicht selten der Perspektivlosigkeit überlassen. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt wie Waren hin und her geschoben. Wir wollen, dass Leiharbeit zukünftig ausschließlich eingesetzt werden darf, um Auftragsspitzen abzufangen. Deshalb fordern wir bei der Genehmigung von Leiharbeitsverhältnissen zum einen eine Anknüpfung</p> <p>65 an den Arbeitsplatz. Kein Arbeitsplatz darf länger als sechs Monate mit einer*einem Leiharbeiter*in besetzt werden. Wird die Arbeitskraft von Arbeitnehmer*innen länger benötigt, muss ein Normalarbeitsverhältnis die Folge sein.</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Damit Leiharbeiter*innen aber nicht im Betrieb jeweils nach dem Ablauf von sechs Monaten von einem Arbeitsplatz auf einen anderen Arbeitsplatz geschoben werden, wollen wir gleichzeitig auch eine arbeitnehmer*inbezogene Regelung, die es den Betrieben untersagt, eine*n bestimmte*n Leiharbeiter*innen länger als sechs Monate zu beschäftigen.	1 5
	<p>Equal-Pay +10 Prozent - von Anfang an, ohne Abweichungsmöglichkeiten</p> <p>Aktuell können Entleihunternehmen die Leiharbeiter*innen dauerhaft schlechter vergüten als die Stammbesellschaft im jeweiligen Einsatzbetrieb, und das, obwohl die Leiharbeiter*innen zu deutlich prekären Bedingungen angestellt sind. Wir wollen die tatsächliche Gleichbehandlung von Leiharbeiter*innen und der Stammbesellschaft auch bei der Entlohnung sicherstellen. Daher muss der Grundsatz des Equal Pay vom ersten Tag an gelten, ohne dass bereits durch die individualvertragliche Bezugnahme auf einen Tarifvertrag davon abgewichen werden kann. In Frankreich haben Leiharbeiter*innen einen Anspruch auf eine sogenannte „Prekaritätsprämie“ in Höhe von 10 % der Lohnsumme. Diese wollen wir auch in Deutschland einführen.</p> <p>Synchronisationsverbot wieder einführen</p> <p>Die Verleihunternehmen müssen verpflichtet werden, Leiharbeiter*innen länger zu beschäftigen als der Einsatz bei einem Entleihunternehmen dauert, am besten dauerhaft und unbefristet. Die Verleihunternehmen treten als gewerbliche Arbeitsvermittlungen auf, deren Geschäft gerade darin besteht, die bei ihnen beschäftigten Leiharbeiter*innen an Entleihunternehmen zu vermitteln. Gelingt es ihnen nicht, eine Beschäftigung für die Leiharbeiter*innen zu finden, fällt der Arbeitsausfall bei voller Lohnzahlung in ihre Risikosphäre. Oft aber wird das Arbeitsverhältnis zwischen Leiharbeiter*in und Verleihunternehmen aber befristet geschlossen. Die Befristungsdauer entspricht der Dauer des Entleihauftrags. Arbeitsvertrag und Entleihauftrag laufen synchron. Hierdurch wälzen die Verleihunternehmen das Beschäftigungsrisiko auf die Leiharbeiter*innen ab. Wir fordern daher das Synchronisationsverbot wieder einzuführen.</p> <p>Leiharbeit im Betrieb begrenzen</p> <p>Durch Leiharbeit sollen akute Bedarfsspitzen innerhalb eines Betriebes aufgefangen werden. Das bedeutet aber auch, dass Leiharbeit nur den Ausnahmefall darstellt. Die regulären Beschäftigungsverhältnisse müssen innerhalb eines Betriebes der Normalfall bleiben. Deshalb fordern wir eine Regelung, durch die der Anteil von Leiharbeiter*innen an der Gesamtbelegschaft begrenzt wird. Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise dies am besten gelingen kann.</p>	10 15 20 25 30 35 40 45
	<p>Leiharbeit europaweit bekämpfen</p> <p>Es wird nicht ausreichen, Leiharbeit nur in Deutschland einzudämmen. Wenn das Verleihunternehmen seinen Sitz in ein anderes Land verlegt, aber trotzdem Leiharbeiter*innen an deutsche Unternehmen entleiht, gilt das fremde Arbeitsrecht. Wir fordern daher zum einen, dass der Bundestag beschließen möge, die Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmer*innen-Entsendegesetz aufzunehmen. Es gelten dann für alle Leiharbeiter*innen, die aus dem Ausland heraus nach Deutschland entliehen oder von Deutschland aus ins Ausland entliehen wurden, zumindest die deutschen arbeitsrechtlichen Standards, wenn die anderen Länder nicht noch bessere Bedingungen garantieren. Zum anderen fordern wir eine Regelung</p>	50 55 60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 der EU, durch welche die Rechte der Leiharbeitnehmer*innen eu- ropaweit vereinheitlicht und verbessert werden.</p> <p>5 Ar24 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Missbrauch von Werkverträgen und 10 Leiharbeit einschränken</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden auf- gefordert, in Umsetzung des Koalitionsvertrages geeignete Maß- nahmen und gesetzliche Regelungen zu treffen, die den Umgang 15 mit Werkverträgen und LeiharbeitnehmerInnen neu regeln. Mit der Neuregelung soll erreicht werden, dass die missbräuchliche Nutzung von Scheinwerkverträgen und Scheindienstverträgen zur illegalen Arbeitnehmerüberlassung und zur Scheinselbständigkeit 20 durch gesetzliche Regelungen besser verhindert werden können. Der Missbrauch legaler Leiharbeit zur bloßen Lohnsenkung soll verhindert werden. Werkverträge und Leiharbeit sollen nur noch in einem engen, sachorientierten Rahmen angewandt werden. Hier- zu sollen sich die Abgeordneten des Bundestages an einer Studie 25 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „Missbrauch von Werkverträ- gen und Leiharbeit verhindern“ orientieren. In Anlehnung an die Studie fordern wir:</p> <p>30 • LeiharbeitnehmerInnen nur noch auf Arbeitsstellen eingesetzt werden, an denen von vornherein nur ein vorübergehender Be- darf beim Entleiher besteht, • die Beweislast, dass eine Arbeitsstelle vorübergehenden Charak- ter hat, ab 6 Monaten Dauer der Überlassung auf den Entleiher 35 übergeht, • ab 12 Monaten geplanter Dauer vom Entleiher nachgewiesen werden muss, dass die Arbeitsstelle nicht mit einer regulär befristeten Beschäftigung zu besetzen war, • LeiharbeitnehmerInnen grundsätzlich nach dem (Haus-)Tarifver- trag eines vergleichbaren, unbefristet beim Entleiher neu einge- 40 stellten Arbeitnehmers bezahlt werden, sofern ihre Anstellung bei dem Leiharbeitgeber befristet ausschließlich für die konkrete Entleihung erfolgte, • LeiharbeitnehmerInnen grundsätzlich ab 9 Monaten Überlas- sungszeit das gleiche Stundenentgelt erhalten, das dem ver- gleichbarer ArbeitnehmerInnen des Entleihers entspricht, • der Nachweis, ob jemand im Rahmen eines Dienst-, Werk- oder Leiharbeitsverhältnisses tätig ist, ausschließlich anhand der real im Betrieb gelebten Abläufe erfolgt, 50 • der Entleiher selbstschuldnerisch für die Arbeitsentgelte der bei ihm beschäftigten LeiharbeitnehmerInnen haftet, • bei Verstoß gegen die Vorschriften werden LeiharbeitnehmerIn- nen rückwirkend in eine reguläre Stelle beim Entleiher über- führt, die auf die ursprünglich tatsächlich vorgesehene Entleih- 55 dauer befristet ist, • Vergütungen im Rahmen von Werk- und Dienstverträgen die branchenüblichen Löhne und gesetzliche Mindestlöhne von ver- gleichbaren Arbeitnehmern nicht unterschreiten dürfen, • Arbeitgeber gegenüber den Betriebs- und Personalräten bzgl. 60 solchen Personen jederzeit auskunftspflichtig sind, die gegen- wärtig und zukünftig in die Betriebsorganisation eingebunden sind, aber in keinem direkten Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber stehen. • Betriebs- und Personalräte sind für Leiharbeiter zuständig.</p> <p>65 Die beiden wichtigsten Instrumente sind hier die Beweislastum- kehr und der verpflichtend vorübergehende Charakter der Arbeits- stel-</p> <p>le. Zukünftig sollen sich im Rahmen eines Werkvertrages</p>	<p>Ar24 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit einschränken</p> <p>Erledigt durch Gesetz und Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>beschäftigte Personen in ein reguläres Arbeitsverhältnis einklagen können, wenn der Leistungsempfänger den Werkvertragscharakter anhand der realen Arbeitsabläufe im Unternehmen nicht nachweisen kann. Leiharbeitsverhältnisse dürfen nur geschlossen werden, wenn von vornherein beweisbar dargelegt werden kann, dass die Stellen nur vorübergehend notwendig sind. Damit soll Leiharbeit zukünftig nur noch den Zweck erfüllen, für die sie ursprünglich gedacht war: als sozial abgesichertes Flexibilisierungsinstrument.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
	<p>Ar25 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Missbrauch bei der Arbeit auf Abruf beenden</p> <p>Die SPD wird den Missbrauch bei der Arbeit auf Abruf durch die Abschaffung dieser zum Nachteil der Arbeitnehmer flexiblen Arbeitsform beenden. Die Bundestagsfraktion der SPD wird daher aufgefordert, umgehend eine Gesetzesinitiative einzubringen, die die Abschaffung der Arbeit auf Abruf zum Ziel hat.</p>	<p>Ar25 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Missbrauch bei der Arbeit auf Abruf beenden</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
	<p>Ar26 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Weniger befristete Arbeitsverhältnisse</p> <p>Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass es zukünftig wieder mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse in Deutschland geben wird. Dies lässt sich durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und der Begrenzung der Anzahl an Befristungen auf 2 Befristungen pro Beschäftigungsverhältnis erreichen.</p>	<p>Ar26 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Weniger befristete Arbeitsverhältnisse</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
	<p>Ar27 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Eindämmung der Leiharbeit</p> <p>Der gesetzliche Rahmen für Leiharbeit ist soweit unattraktiv zu gestalten, dass sie nur noch für ihren eigentlichen Zweck – die Abfederung kurzfristiger Personalengpässe – lohnt. Das bereits zum 1. April 2017 verschärfte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ist folgendermaßen weiter zu verschärfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Höchstüberlassungsdauer im selben Betrieb wird auf 8 Monate reduziert. • Die Mindestdauer zwischen zwei Überlassungen an denselben Betrieb wird auf 12 Monate erhöht. • Bei Pausen von jeweils weniger als 6 Monaten werden vorherige Überlassungen angerechnet. • Ab dem ersten Tag ist der Leiharbeitskraft derselbe Lohn zu zahlen, den eine interne Arbeitskraft auf dieser Position erhalten würde. Bei nicht tarifgebundenen Unternehmen ist dafür der Durchschnittslohn auf dieser Position anzusetzen. • Zusätzlich ist den Leiharbeitskräften ein Aufschlag von 10 % auf den Lohn zu zahlen. • Abweichende Regelungen können nur noch zwischen den Tarifpartnern vereinbart werden, wenn sie über diese Regelungen hinausgehen. 	<p>Ar27 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Eindämmung der Leiharbeit</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ar28 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Werkverträge</p> <p>5 Werkverträge dürfen nur für betriebsfremde Gewerke abgeschlossen werden und bedürfen zwingend immer der Zustimmung des Betriebsrates. Der Ersatz von Stammbeschäftigten durch Werkvertragsarbeitnehmer muss so zukünftig unterbunden werden.</p> <p>10</p>	<p>Ar28 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Werkverträge</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>15 Ar29 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Leiharbeit</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird einen Gesetzentwurf einbringen, in dem das Entgelt der Leiharbeiter ab dem 1. Tag um 10% über dem von Arbeitnehmern mit gleicher Tätigkeit liegt. Diese Arbeitsplätze bedürfen zwingend immer der Zustimmung des Betriebsrates.</p> <p>20</p>	<p>Ar29 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Leiharbeit</p> <p>Ablehnung</p>
<p>25 Ar30 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Silicon-Allee</p> <p>30 Die sozialdemokratischen Mitglieder der AGH-Fraktion sowie des Senats werden aufgefordert, sich für Gute Arbeit in Startup-Unternehmen einzusetzen. Dies bedeutet unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> 35 • die öffentliche Förderung von Startup-Unternehmen an die Erfüllung arbeitsrechtlicher Bestimmungen und in Anlehnung an die Kriterien „Gute Arbeit“ des DGB zu koppeln. Ebenso ist die Genderquote in Unternehmen und Geschäftsführung ein Förderkriterium. Um die Einhaltung dieser Kriterien zu überprüfen, ist eine besondere, auf Startups eingestellte Kontrollgruppe nach dem Vergabegesetz einzurichten. 40 • die Schaffung beruflicher Ausbildungsplätze, insbesondere im Verbund, finanziell zu fördern, um gerade bei Startups und klein- und mittelständischen Unternehmen Ausbildungsplätze zu schaffen. <p>Weiterhin fordern wir die sozialdemokratischen Vertreter*innen Berlins im Bundesrat sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion des Bundestages dazu auf, Gesetzesinitiativen in Bundestag und Bundesrat einzubringen, welche geeignet sind</p> <ul style="list-style-type: none"> 45 • Union Busting (Gewerkschaftsvermeidung) zu unterbinden. Diese soll Arbeitnehmer*innen für den Fall ihrer Betroffenheit mit Klagemöglichkeiten ausstatten. 50 • Den gesetzlichen Kündigungsschutz ausweiten und stärken. Unter anderem muss die Mindestanzahl an Beschäftigten eines Unternehmens für die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes abgesenkt werden, um auch Start-Ups einzuschließen. <p>55</p>	<p>Ar30 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Silicon-Allee</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>Ar31 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>60 Streik als Grundrecht sichern und ausbauen</p> <p>65 SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich für folgende Änderung, verbunden mit der Aufforderung dies im kommenden Wahl-/Regierungsprogramm mit einfließen zu lassen,</p>	<p>Ar31 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Streik als Grundrecht sichern und ausbauen</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="0 203 90 327" data-label="Text">Ar</div> <p>ein. Zur Stärkung und zum Ausbau des Streikrechtes bekennt sich die SPD auf allen Ebenen zu folgenden Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine gesetzliche Regulierung des Streikrechts zur Wahrung der Tarifeinheit lehnen wir ab. Zur Stärkung der Tarifautonomie gehört für uns viel mehr, dass Arbeitsk Kampfmaßnahmen als grundgesetzlich garantiertes Freiheitsrecht aus Artikel 9 Absatz 3 GG nicht einzuschränken. • Die Einschränkungen des Streikrechts durch die sogenannte Kalte Aussperrung durch Verweigerung von Kurzarbeitergeld bei Fernwirkungen eines Streiks (§ 160 Abs. 3 SGB III) zurückzunehmen. • Das Streikrecht als Menschenrecht im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention auch für Beamtinnen und Beamte anzuerkennen – so wie es das Übereinkommen 151 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorsieht. • Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Lohnabhängigen und muss deshalb auch im kirchlichen Bereich gelten. • Einer gesetzlichen Arbeitsk Kampf Klausel in den Versammlungsgesetzen der Länder zu normieren. Diese sollen klarstellen, dass die Regelungen des Versammlungsrechts keine Anwendung auf Arbeitsk Kampfmaßnahmen finden. <p>Die SPD setzt sich für eine Ausweitung des Streikrechts ein. Wenn es um die Existenz von Tarifverträgen, um Tariff l u c h t z. B. Auslegungen und Ausgliederungen geht, müssen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft ein Streikrecht haben. Wenn es um Arbeitsbedingungen, also z. B. Personalmangel geht, müssen die Gewerkschaften das Recht haben, alle gewerkschaftlichen Mittel dagegen einzusetzen.</p>	<div data-bbox="1465 219 1487 241" data-label="Text">1</div> <div data-bbox="1465 327 1487 349" data-label="Text">5</div> <div data-bbox="1465 456 1487 479" data-label="Text">10</div> <div data-bbox="1465 586 1487 609" data-label="Text">15</div> <div data-bbox="1465 716 1487 739" data-label="Text">20</div> <div data-bbox="1465 846 1487 869" data-label="Text">25</div>
<p>Ar32 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen</p> <p>Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, die Forderung des DGB, Unternehmensmitbestimmung auf Unternehmen ausländischer Rechtsform mit Verwaltungssitz in Deutschland auszudehnen, gesetzlich umzusetzen.</p>	<p>Ar32 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Lücken im Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung schließen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 24</p> <div data-bbox="1465 992 1487 1014" data-label="Text">30</div> <div data-bbox="1465 1122 1487 1144" data-label="Text">35</div> <div data-bbox="1465 1252 1487 1274" data-label="Text">40</div>
<p>Ar33 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Beschleunigung des gesetzlichen Verbots sachgrundloser Befristung und Eindämmung sachgrundbezogener Befristung</p> <p>Die SPD im Bund wird aufgefordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • endlich auf eine zeitnahe Einführung des gesetzlichen Verbots der sachgrundlosen Befristung zu drängen • sich für eine massive Eindämmung sachgrundbezogener Befristung einzusetzen • sich für eine massive Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Werksverträgen einzusetzen 	<p>Ar33 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Beschleunigung des gesetzlichen Verbots sachgrundloser Befristung und Eindämmung sachgrundbezogener Befristung</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</p> <div data-bbox="1465 1391 1487 1413" data-label="Text">45</div> <div data-bbox="1465 1520 1487 1543" data-label="Text">50</div> <div data-bbox="1465 1650 1487 1673" data-label="Text">55</div> <div data-bbox="1465 1780 1487 1803" data-label="Text">60</div> <div data-bbox="1465 1910 1487 1933" data-label="Text">65</div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div>1</div> <div>Ar34 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div> <div>5</div> <div>Sachgrundlose Befristung abschaffen Die SPD fordert, die Sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Die Sachgrundlose Befristung im Teilzeit□ und Befristungsgesetz – TzBfG (§ 14 Abs. 2, Abs. 2a und Abs. 3 TzBfG) ist aufzuheben. <div>10</div></div> <div><div>15</div><div>Ar35 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div><div>15</div><div>Anrechnung von Arbeitsmaterialien Der Bundesparteitag der SPD sowie die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, einen lohnmindernden Abzug von Arbeitsmaterialien (Kleidung, Werkzeug pp.) grundsätzlich auszuschließen. Bei Ausnahmen, die nur in den ersten drei Monaten des Arbeitsverhältnisses und mit einer niedrigen Quote zu gestatten sind, ist dies durch den Arbeitgeber zu begründen. Bei Zuwiderhandlungen sind Verfahren mit angemessenen Strafzahlungen gegen die Unternehmen einzuleiten. Eine weitere Präzisierung obliegt dem Gesetzgebungsverfahren. <div>20</div><div>25</div></div><div><div>30</div><div>Ar36 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div><div>35</div><div>Hinzuziehung von Sachverständigen für Betriebsräte Der Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, folgende Gesetzesinitiative in die Wege zu leiten:<ul style="list-style-type: none">• Das Hinzuziehungsverfahren von Sachverständigen für die Betriebsratsarbeit nach §80 Abs. 3 BetrVG ist zu vereinfachen um die Rahmenbedingungen zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben für Betriebsratsgremien zu verbessern und eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen den Betriebspartnern zu stärken.• In § 80 Abs. 3 BetrVG ist der Satzteil: „...nach näherer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber...“ ersatzlos zu streichen.• Die Anwendung des § 80 Abs. 3 BetrVG ist entsprechend an das Hinzuziehungsverfahren aus den §§ 111 bzw. 37 Abs. 2 iVm. 40 BetrVG anzugleichen.<div>40</div><div>45</div><div>50</div></div><div><div>55</div><div>Ar37 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg) Landesorganisation Hamburg</i></div><div>55</div><div>Verbot der Arbeit auf Abruf Die Arbeit auf Abruf, die im Paragraphen 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes geregelt ist, wird verboten. Der § 12 ist zu streichen beziehungsweise entsprechend zu ändern. <div>60</div><div>65</div></div></div><div><div>Ar34 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div><div>Sachgrundlose Befristung abschaffen Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</div><div><div>Ar35 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div><div>Anrechnung von Arbeitsmaterialien Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</div><div><div>Ar36 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></div><div>Hinzuziehung von Sachverständigen für Betriebsräte Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</div><div><div>Ar37 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg) Landesorganisation Hamburg</i></div><div>Verbot der Arbeit auf Abruf Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21</div></div></div></div></div></div></div>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="28 253 60 280">Ar</div> <div data-bbox="108 210 743 275"> Ar38 <i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> </div> <div data-bbox="108 293 697 336"> Sachgrundlose Befristung abschaffen </div> <div data-bbox="108 351 762 405"> Sachgrundlose Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG (§ 14 Abs. 2, Abs. 2a und Abs. 3 TzBfG) ist aufzuheben </div> <div data-bbox="108 477 614 542"> Ar39 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i> </div> <div data-bbox="108 560 355 602"> Mitbestimmung </div> <div data-bbox="108 618 762 750"> Der Unterbezirk Offenbach-Land fordert den SPD-Bundesvorstand auf, dass er sich für die Unterstützung der Hauptpersonalräte der Bundesministerien bei ihren Bemühungen die Rechte der Beschäftigten bei der IT Konsolidierung des Bundes zu vertreten einsetzt. Folgende Punkte sollten durchgesetzt werden: </div> <div data-bbox="108 750 762 1417"> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Vorsitzenden der Hauptpersonalräte der Bundesministerien müssen an den Sitzungen der Konferenz der IT Beauftragten mit zwei von ihren Mitgliedern teilnehmen können. Wichtig ist hier, die Teilnahme von zwei Mitgliedern, damit eine qualifizierte inhaltliche Begleitung des Projektes sichergestellt und dadurch die Mitbestimmungsrechte der betroffenen Verwaltungsbeschäftigten wahrgenommen werden können. 2. Die Teilnahme einer hauptamtlichen Vertretung durch ver.di im IT Planungsrat muss ermöglicht werden. Nur dadurch können die mitbestimmungsrechtlichen Aspekte schon bei der Planung der zukünftigen IT Konsolidierungsprojekte mit einfließen. 3. Die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) muss angegangen und ins Bundeswahlprogramm aufgenommen werden. Das Gesetz stammt aus einer Zeit, in der die Kurzschrift in den Amtsstuben noch üblich war und Computer mit Lochkarten programmiert wurden. Mit diesem Gesetz als Werkzeugkasten sollen Personalvertretungen, die für sie anstehenden Probleme der Nutzung von „Cloud-technologien“ – Verwaltung 4.0, regeln. (Das BPersVG muss auf jeden Fall unabhängig von den Landespersonalvertretungs-gesetzen novelliert werden, damit eine nennenswerte Novellierung erreicht werden kann. Die Landespersonalvertretungsgesetze wurden zwischenzeitlich auf unterschiedliche Art novelliert. Es darf auf keinen Fall die Möglichkeit einer Änderung mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner als Vorgabe für das BPersVG angestrebt werden.) </div> <div data-bbox="108 1489 608 1574"> Ar40 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i> <i>Bezirk Hannover</i> </div> <div data-bbox="108 1592 718 1677"> Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt! </div> <div data-bbox="108 1706 762 1816"> Das Rückkehrrecht von einer Teilzeitbeschäftigung in die Vollzeitarbeit muss gesetzlich klar geregelt sein. Die Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion muss daher mit Nachdruck in die jetzige und künftige Regierung hineingetragen werden. </div>	<div data-bbox="793 210 1426 275"> Ar38 <i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> </div> <div data-bbox="793 293 1380 336"> Sachgrundlose Befristung abschaffen </div> <div data-bbox="793 351 1294 380"> Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 21 </div> <div data-bbox="793 477 1297 542"> Ar39 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i> </div> <div data-bbox="793 560 1038 602"> Mitbestimmung </div> <div data-bbox="793 618 1329 672"> Punkte 1 und 2 Nichtbefassung Punkt 3: Erledigt durch Regierungsprogramm, Seite 17 </div> <div data-bbox="793 1489 1291 1574"> Ar40 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i> <i>Bezirk Hannover</i> </div> <div data-bbox="793 1592 1399 1677"> Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit – jetzt! </div> <div data-bbox="793 1706 1297 1736"> Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 22 </div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ar41 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>5 Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen</p> <p>Unbefristete und tarifliche gebundene Arbeitsplätze müssen bei Pflegeeinrichtungen zur Regel werden. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zur Förderung der Tariftreue herzustellen. Der Vorrang für private und freigemeinnützige Einrichtungen gemäß § 11 Absatz 2 des XI. Sozialgesetzbuches (SGB XI), die ohne Tarifvertrag sind, ist auszu-</p> <p>10 schließen. - Einrichtungen mit Tarifvertrag muss der Vorrang gewährt werden.</p> <p>Zudem ist es zur Sicherstellung pflegerischer Versorgung im öffentlichen Interesse, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeits-</p> <p>20 erklärung (AVE) von Tarifverträgen zu verbessern. Hierzu ist eine Reform des § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) herbeizuführen. Um die Durchsetzung der AVE zu erleichtern, sollten gemeinsam von den zuständigen Tarifparteien der betroffenen Branche in den Tarifausschuss eingebrachten Anträge dort nur mit Mehrheit abgelehnt werden können.</p> <p>25</p>	<p>Ar41 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Unbefristete und tarifliche gebundene Arbeitsplätze müssen bei Pflegeeinrichtungen zur Regel werden. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion (...) werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zur Förderung der Tariftreue herzustellen. Der Vorrang für private und freigemeinnützige Einrichtungen gemäß § 11 Absatz 2 des XI. Sozialgesetzbuches (SGB XI), die ohne Tarifvertrag oder andere entsprechende vertragliche Bindungen sind, ist auszu-</p> <p>schließen. (...)</p> <p>Zudem ist es zur Sicherstellung pflegerischer Versorgung im öffentlichen Interesse, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeits-</p> <p>erklärung (AVE) von Tarifverträgen zu verbessern. Hierzu ist eine Reform des § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) herbeizuführen. Um die Durchsetzung der AVE zu erleichtern, sollten gemeinsam von den zuständigen Tarifparteien der betroffenen Branche in den Tarifausschuss eingebrachten Anträge dort nur mit Mehrheit abgelehnt werden können</p>
<p>Ar42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>30 Entgeltfortzahlung nach faktischen Arbeitsbedingungen richten</p> <p>35 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden aufgefordert eine Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes zu erwirken. Ziel der Änderung ist, dass künftig bei der Bemessung der Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts das zusätzlich für Überstunden gezahlte Entgelt mit einberechnet wird.</p> <p>40 Zu diesem Zweck muss das durchschnittliche sozialversicherungs-</p> <p>pflichtige Bruttoentgelt der letzten zwölf Monate maßgeblich für die Entgeltfortzahlung sein. So werden auch Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsentgelt variiert bei der Entgeltfortzahlung nicht be-</p> <p>45 nachteiligt. Auch bei variierenden Arbeitsentgelten in einem Arbeitsverhältnis muss mindestens das durchschnittliche Entgelt des letzten Jahres maßgeblich für die Entgeltfortzahlung sein. Diese Maßnahme sorgt dafür, dass die Entgeltfortzahlung sich nach den faktischen Arbeitsbedingungen und nicht nach der festgeschriebenen Arbeitszeit des Vertrags richtet.</p> <p>50 Grundsätzlich wollen wir uns dafür einsetzen, strukturelle und dauerhaft zu leistende Überstunden zu verhindern. Eine klare Begrenzung der Arbeitszeit ist für uns wichtiger Bestandteil des Arbeitnehmer*innenschutzes.</p> <p>55</p>	<p>Ar42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Entgeltfortzahlung nach faktischen Arbeitsbedingungen richten</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>Ar43 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>60 Gerechtigkeit für die Beschäftigten der Dienstleistungsbranche</p> <p>65 Das Lohnfortzahlungsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass wechselnde freie Tage für Beschäftigte der Dienstleistungsbranche nicht durch gesetzliche Feiertage abgegolten werden dürfen.</p>	<p>Ar43 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Gerechtigkeit für die Beschäftigten der Dienstleistungsbranche</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Ar44 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>	Ar44 1 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>
	Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen	Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen 5
	<p>Die SPD Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag sollen sich dafür einsetzen, dass den Gewerkschaften zukünftig ein Verbandsklagerecht bei Gesetzesverstößen und Verstößen gegen Tarifverträge eingeräumt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.</p> <p>Bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht wird die Individualklage seitens des Arbeitnehmers nur selten genutzt. Aufgrund des strukturellen Ungleichgewichtes zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer verzichtet der Arbeitnehmer häufig auf seine Rechte. Gerichtliche Auseinandersetzungen finden, wenn überhaupt, meist nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach. An dieser Stelle kann ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften für eine bessere Durchsetzung der geltenden Rechtsnormen im Arbeitsrecht sorgen. Das Verbandsklagerecht würde dafür sorgen, dass sich Gewerkschaften aus eigenem Recht für die Sanktionierung bzw. Feststellung von Tarif- und Gesetzesverstößen einsetzen könnten. An die gerichtliche Entscheidung müsste der Arbeitgeber dann für alle vergleichbaren Fälle gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gebunden sein. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften fordert schon seit langem die Ausweitung von Verbandsklagerechten.</p>	<p>5.6.2016 Parteikonvent B29 beraten und ersten Absatz in Leitant- trag A1 übernommen. 10</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 22</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
	Ar45 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Ar45 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> 35
	Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit <p>Elternteile sollen nach erziehungsbedingter Teilzeit einen Anspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung haben, sofern sie vor der erziehungsbedingten Teilzeit auch Vollzeit beschäftigt waren.</p>	Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 22</p> <p>40</p>
	Ar46 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i>	Ar46 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> 45
	Faire Bedingungen!	Faire Bedingungen!
	<p>1. Verhältnisse in Leben und Arbeit. Was ist Prekarität?</p> <p>1.1 Einführung</p> <p>Entgegen mancher vorschnellen Analysen, die allein die viel diskutierten Hartz-Reformen in den Blick nehmen, werden bereits seit den 1980er Jahren Arbeitsverhältnisse strukturell in ihrer Form reguliert. Dabei wurden die Verhältnisse zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen durch gesetzliche Vorgaben aufgrund von Druck der ArbeitgeberInnenseite maßgeblich zu Gunsten ersterer verändert. Es ist kein Zufall, dass bereits 1985 der bis heute zwar vorherrschende, aber immer weiter zurückgedrängte Typus des Normalarbeitsverhältnisses beschrieben wurde. Erst wenn Alternativen zu diesem „Normalen“ geschaffen werden sollen, muss man es definieren. Davon unterscheidbar nehmen die zumeist als atypische Beschäftigungsformen bezeichneten Formen von Leiharbeit (ArbeitnehmerInnenüberlassung), geringfügiger Beschäftigung (sog. Minijobs), Teilzeitbeschäftigung (die im Gegensatz zu geringfügiger Beschäftigung in vollem Sinn sozialversicherungspflichtig ist) und befristeter Beschäftigung seit damals, besonders</p>	<p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 17 - 19, 21 Einleitung anders, ansonsten identisch mit B 11, Unterbezirk München-Stadt, Das Berufsbildungsgesetz besser machen!</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 aber seit den Hartz-Reformen (vor allem Hartz-II, seit dem Inkraft-</p> <p>treten 2003) tendenziell zu. Diese Entwicklung erfolgte politisch</p> <p>gewollt und ist nicht im Entferntesten – trotz Begründungsversu-</p> <p>chen, die häufig auf einen „neuen“ Bedarf nach Flexibilität der Ar-</p> <p>5 beitegeberInnen aufgrund der Globalisierung und ähnlichem hinaus-</p> <p>laufen – politisch alternativlos.</p> <p>In diesem Antrag wollen wir sozialistische Analysen und Positi-</p> <p>onen zu den genannten strukturellen Veränderungen am Arbeits-</p> <p>markt darlegen, dabei aber neben den skizzierten Beschäftigungs-</p> <p>10 formen auch mit der Vorstellung vom „typischen“ Normalarbeits-</p> <p>verhältnis und „atypischen Beschäftigungsformen“ brechen. Wir</p> <p>nehmen die oftmals vernachlässigten Formen der Werkvertragsar-</p> <p>beit, der Solo-Selbstständigkeit, prekäre Beschäftigungsformen in</p> <p>Ausbildung und Praktika sowie die Entwicklungen hinsichtlich des</p> <p>15 von der Großen Koalition eingeführten Mindestlohns (der auf alle</p> <p>genannten prekären Beschäftigungsformen Einfluss hat) ebenso</p> <p>in den Blick. Dies tun wir vor allem, da wir den über Jahrzehnte</p> <p>geführten Diskurs um Flexibilität am Arbeitsmarkt (der nicht</p> <p>zwangsweise, aber in der derzeitigen Form v. a. der Arbeitgeber-</p> <p>20 rinnenseite nützt) für nicht zielführend halten. Selbiges gilt für den</p> <p>Ansatz, über eine Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen</p> <p>strukturelle Beschäftigungsprobleme am Arbeitsmarkt (Stichwort</p> <p>Massenarbeitslosigkeit) zu bekämpfen, wofür unserer Auffassung</p> <p>nach vor allem makroökonomische politische Maßnahmen notwen-</p> <p>25 dig wären. Diese beiden Ziele werden von BefürworterInnen einer</p> <p>Deregulierung von Beschäftigungsformen vorgebracht. Beide ge-</p> <p>hen dezidiert nicht vom Blickwinkel der ArbeitnehmerInnen aus.</p> <p>Dem stellen wir eine Perspektive der Anforderungen von Arbeit-</p> <p>nehmerInnen an Beschäftigungsformen entgegen: Was sind, neben</p> <p>30 der notwendigen Analyse und Kritik an den Entwicklungen, die</p> <p>Anforderungen an die Beschäftigungsformen der Zukunft? Wie</p> <p>lassen sich diese mit den durchgeführten strukturellen Reformen</p> <p>der Beschäftigungsverhältnisse vereinbaren bzw. wie laufen diese</p> <p>ihnen entgegen? Was können wir diesen entgegensetzen?</p> <p>35</p> <p>1.2 Was ist prekäre Arbeit?</p> <p>Die Zentralität des Themas Arbeit für die Politik der Jusos und</p> <p>der SPD liegt darin begründet, dass diese eine der wenigen gesell-</p> <p>schaftspolitischen Konstanten darstellt, die unmittelbare Auswir-</p> <p>40 kungen auf die wichtigsten Aspekte der Lebensverhältnisse vieler</p> <p>Menschen hat. Trotz obiger beschriebener Entwicklungen ist die</p> <p>Abhängigkeit von Erwerbsarbeit bei allen unterschiedlichen Be-</p> <p>schäftigungsverhältnissen und Erwerbsarbeitsformen für die über-</p> <p>große Menge an Menschen grundlegend, umso wichtiger wird da-</p> <p>45 mit die Auseinandersetzung mit ihrem Wandel. Die Abhängigkeit</p> <p>der Menschen von Erwerbsarbeit speist sich aus dem Interessen-</p> <p>gegensatz von EigentümerInnen von Produktionsmitteln und Pro-</p> <p>duktivkräften. Dieses Abhängigkeitsverhältnis führt zum Zwang</p> <p>zur Lohnarbeit als Verkauf des Einzigen, was diejenigen haben, die</p> <p>50 keine Produktionsmittel besitzen, nämlich ihrer Arbeitskraft. Die-</p> <p>ser Zwang aber wurde in gewisser Art und Weise, in Deutschland</p> <p>wohl beginnend mit Bismarcks Reformen und ihren Höhepunkt in</p> <p>der Nachkriegszeit findend, prozesshaft in politischer Gestaltung</p> <p>sozialstaatlich eingeeht: Die moderne Institution der Lohnarbeit,</p> <p>55 die mit der Auseinandersetzung von sozialen und politischen Pro-</p> <p>blemen wie Armut, Arbeitslosigkeit und Mitbestimmung in der</p> <p>Arbeitswelt einhergeht und durch die das Modell des Normalar-</p> <p>beitsverhältnisses geprägt wurde, entstand. Uns ist bei all diesen</p> <p>Entwicklungen bewusst, dass Arbeit in unserer Gesellschaft immer</p> <p>60 mehr war und auch bis heute mehr ist, als bloßer Broterwerb. Ar-</p> <p>beit, und darunter verstehen wir an dieser Stelle nicht nur, aber eben</p> <p>auch Erwerbsarbeit – und das in entscheidender Weise unabhängig</p> <p>davon, wie sicher oder unsicher die Beschäftigungsform ist –, ist</p> <p>eine Quelle menschlicher Selbstdefinition und damit in gewisser</p> <p>65 Weise sinnstiftend. Sie nimmt einen großen Raum in der Alltags-</p> <p>welt vieler Menschen ein, bietet diesen soziale Kontakte und bildet</p> <p>damit für viele einen Hauptbestandteil des sozialen Lebens.</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>Unter dem bereits genannten Normalarbeitsverhältnis versteht man ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in unbefristeter Vollzeit, dem eine Weisungsgebundenheit des/der ArbeitnehmerIn zum/zur ArbeitgeberIn innewohnt. Unserer Auffassung nach geht es um mehr als um die Auseinandersetzung mit dem Normalarbeitsverhältnis, das einige oben beschriebene Entwicklungen nicht mit in den Blick nimmt. Deswegen gehen wir vom Begriff der prekären Beschäftigung aus. Hierunter verstehen wir erstens eine Rückkehr der zuvor durch die oben skizzierten Entwicklungen bereits überwundenen Unsicherheitslage in die Arbeitswelt. Von dieser, so konstatieren wir, sind in vielfältiger Art und Weise durch Umgestaltung und Neuerfindung von Beschäftigungsverhältnissen ArbeitnehmerInnen in ganz Europa neu betroffen. Dies erfolgt trotz der durchaus vorhandenen sozialen Sicherungssysteme und geht in nahezu allen Fällen mit einer Schwächung dieser einher.</p>	1
	<p>Gleichzeitig umfasst die Unsicherheit zweitens nicht nur diejenigen, die de facto in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind, sondern führt zu Abstiegsängsten und Disziplinierungsprozessen auch in Betrieben, in denen real sehr sichere Stammbesellschaften mit Normalarbeitsverhältnissen arbeiten. Damit destabilisiert prekäre Beschäftigung auch stabile Beschäftigungsverhältnisse und wirkt sich auf die ganze Arbeitswelt aus.</p>	5
	<p>Drittens ist Prekarität nicht abgekoppelt von Arbeitslosigkeit. Vielmehr ist deren tendenzielle Zunahme seit den 1970er Jahren (nicht in den kurzfristigen und mehrfach angepassten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, sondern in einer längeren Perspektive) nicht ohne Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt zu denken. Beides sind damit Entwicklungen, die das Verhältnis zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen massiv zu Lasten letzterer beeinflussen und in der gegenwärtigen Modernisierungsdynamik in Europa fest verankert sind. So wurden wiederkehrende Zeiten der Arbeitslosigkeit für viele eine neue Erfahrung im Verlauf des Erwerbsarbeitslebens, die, auch wenn sie von mehreren Normalarbeitsverhältnissen geprägt sein kann, zu Prekaritätserfahrungen (hinsichtlich sozialer Absicherung und der Einkommenssituation) führen kann.</p>	10
	<p>Von diesen drei Überlegungen ausgehend definieren wir prekäre Beschäftigung mithilfe von vier Kriterien: Einkommen, Beschäftigungsstabilität, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Absicherung. Prekäre Beschäftigung zeichnet sich also dadurch aus, dass sie hinsichtlich des erzielten Einkommensniveaus der ArbeitnehmerInnen, hinsichtlich der Erwartung einer möglichst ununterbrochenen Beschäftigung im Erwerbslebensverlauf, hinsichtlich des Erhalts der Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildungsmaßnahmen (betrieblicher und beruflicher Natur) sowie hinsichtlich der Absicherung vor sozialen Risiken (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Erwerbsunfähigkeit; vor allem sichergestellt durch die Sozialversicherungen) von unserer Vorstellung von Guter Arbeit abweicht.</p>	15
	<p>Umso geringer die jeweiligen Merkmale in den Beschäftigungsverhältnissen ausgeprägt sind, umso prekärer ist ebensolches. Dabei geht prekäre Beschäftigung immer mit einem Verlust an Sinnhaftigkeit, sozialer Anerkennung und Integration sowohl im Betrieb (bspw. eigene Ausgestaltung des Arbeitsplatzes) als auch gesamtgesellschaftlich und Verlust an Planungssicherheit für das eigene Leben einher.</p>	20
	<p>2. Prekarität. Was tun?</p>	25
	<p>2.1 Praktika und Volontariate</p>	30
	<p>Um drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen, gehen immer mehr junge Menschen prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein, indem sie zum Beispiel un- oder unterbezahlte Praktika absolvieren. In mehreren Branchen hat sich ein regelrechter „PraktikantInnen-Arbeitsmarkt“ gebildet, auf dem Praktikanten reguläre Arbeitsstellen ersetzen.</p>	35
	<p>Die individuellen und gesellschaftlichen Folgen liegen auf der Hand:</p>	40
		45

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Missbrauch der Arbeitskraft von jungen Menschen</p> <p>• Verdrängungs- und Vernichtungsprozesse regulärer Arbeitsverhältnisse</p> <p>5 • Ausfälle in den Sozialversicherungssystemen, Mehr-Ausgaben bei ALG II</p> <p>• Ausfälle im Einkommenssteueraufkommen</p> <p>• Fehlende Konsumkraft</p> <p>• mangelhafter sozial- und arbeitsrechtlicher Schutz,</p> <p>• keine Anwartschaften in der Sozial- und Rentenversicherung</p> <p>10 • keine Zukunfts- und Familienplanung</p> <p>Um der Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse Einhalt zu gebieten und den arbeitsrechtlichen Schutz der jungen Menschen zu gewährleisten, ist ein breites Spektrum von Maßnahmen nötig und möglich.</p> <p>15 Gesetzliche Definition</p> <p>Um Praktika besser von regulären Beschäftigungsverhältnissen abzugrenzen, um klarzustellen, dass ein Praktikum dem Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen dienen soll und das Lernen im Vordergrund steht, ist es notwendig, Praktika</p> <p>20 im BGB eindeutig als Lernverhältnis zu definieren. Der Status von echten Praktikanten und Volontären als Lernende/Auszubildende einerseits und Arbeitsverhältnissen andererseits muss besser geschützt werden. Dafür ist es wichtig, Lernverhältnisse stärker im Berufsbildungsgesetz (BBiG) berücksichtigt und die Schwelle festzulegen, an der sich ein Lern- in ein Arbeitsverhältnis wandelt.</p> <p>25</p> <p>Wir fordern deshalb folgende Definitionen festzulegen:</p> <p>Ein Praktikum ist ein Lernverhältnis, das für einen begrenzten Zeitraum zur beruflichen Orientierung und zum Erwerb erster beruflicher Kenntnisse dient. Es handelt sich damit um ein Ausbildungsverhältnis eigener Art. Dies kann während einer schulischen oder wissenschaftlichen Ausbildung erfolgen oder auf freiwilliger oder verpflichtend Basis. Alle weiteren Lernverhältnisse anderer Bezeichnung (Hospitanz etc.) fallen auch unter die gesetzlichen</p> <p>30 Bestimmungen für Praktika.</p> <p>Bei einem Volontariat handelt es sich um ein Berufseinstiegsprogramm, das zur Ausübung des jeweiligen Berufes befähigt und in der jeweiligen Branche anerkannt ist. Das gilt auch für andere Berufseinstiegsprogramme (Traineeprogramme etc.), falls sie nicht günstiger tarifvertraglich geregelt sind.</p> <p>40 Die Zahl der Volontäre/Praktikanten zu regulären Mitarbeitern muss in einem Verhältnis stehen, das das Lernverhältnis sichert.</p> <p>Recht auf einen Praktikumsvertrag und ein qualifiziertes Zeugnis</p> <p>45 Die nur für Praktika geltende Ausnahme von der Pflicht zum schriftlichen Vertragsabschluss ist zu streichen. Es muss verpflichtend ein schriftlicher Praktikumsvertrag geschlossen werden. Bestandteil des Vertrags muss ein individueller Ausbildungsplan sein. Dieser Ausbildungsplan regelt die Dauer, Form und Inhalt der Vermittlung von Kenntnissen. Außerdem werden Ausbildungsziel, Dauer, Vergütung und Urlaub geregelt.</p> <p>50 Ein/e feste/r Ansprechpartner/in im Sinne eines Ausbilders/einer Ausbilderin (vgl. BBiG) muss obligatorisch sein. Der/die PraktikantIn/VolontärIn hat Anspruch auf Anleitung und Beratung durch eine für diese Aufgabe befähigteN MitarbeiterIn. In jeder der beteiligten Abteilungen wird ein Ausbilder/Ansprechpartner benannt, die/der für die Arbeit freigestellt wird.</p> <p>55 Der/die PraktikantIn/VolontärIn hat Anspruch auf ein qualifiziertes Zeugnis nach Abschluss des Praktikums/Volontariats. Das Zeugnis muss Angaben über Art, Dauer, Inhalt und Ziel der Ausbildung sowie über die erworbenen Fertigkeiten und Kenntnisse des Praktikanten/Volontärs enthalten.</p> <p>60</p> <p>65 Zeitliche Begrenzung und verpflichtende Aufwandsentschädigung</p> <p>Um dem Missbrauch von Berufseinsteigern als unterbezahlte Arbeitskräfte vorzubeugen, ist ein zeitlicher Rahmen der Lernverhältnisse Praktikum/Volontariat gesetzlich festzuschreiben. Mit Aus-</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>nahme von Praktika, die integraler Bestandteil einer Ausbildung sind, müssen Praktika auf drei Monate begrenzt werden. Nach drei Monaten ist der Praktikant/die Praktikantin normalerweise gut eingearbeitet und in den Betriebsablauf integriert, sodass das Lernverhältnis endet. Hier besteht die Gefahr, dass das Praktikum einen regulären Arbeitsplatz ersetzt. Dasselbe Unternehmen darf mit demselben Praktikanten nicht wiederholt ein Praktikum (auch Verlängerung) mit ähnlichem Lernziel durchführen.</p> <p>Ein Volontariat muss auf maximal 24 Monate begrenzt und darf nicht verlängert werden. Eine kürzere Dauer soll möglich sein auf Wunsch des/der Volontärs/Volontärin auf minimal 12 Monate aufgrund beruflicher Vorkenntnisse. Eine Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis kann das Volontariat kürzen.</p> <p>Wir fordern eine Aufwandsentschädigung für Praktika und ähnliche Lernverhältnisse von mindestens 300 Euro pro Monat für alle Praktikanten und Praktikantinnen während einer beruflichen dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung und während des Studiums. Für Volontariate gilt zumindest das MiLoG.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
	<p>2.2 Ausbildung</p>	<p>20</p>
	<p>Ausbildung garantieren!</p> <p>Eine gute Ausbildung war oftmals Schlüssel für ein klassisches Normalarbeitsverhältnis. Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Falls kein Ausbildungsplatz gefunden wird, greift diese Ausbildungsgarantie spätestens zwei Monate nach Beginn des Ausbildungsjahres unter maßgeblicher Berücksichtigung von Berufswünschen und Mobilität der Jugendlichen.</p>	<p>25</p> <p>30</p>
	<p>Es wird eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijährige Ausbildungsdauer garantiert mit mindestens 50 % betrieblicher Praxis. Ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung ist stets anzustreben unter Anrechnung der absolvierten Ausbildungszeit. Für außerbetriebliche Auszubildende gilt die Ausbildungsvergütung entsprechend orts- und branchenüblicher tariflicher Regeln.</p>	<p>35</p>
	<p>Unternehmen tragen die Verantwortung, schon heute diese Entwicklung zum sich abzeichnenden Fachkräftemangel abzumildern. Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen werden verpflichtet, nach Betriebsgröße gestaffelt Beiträge an einen zu schaffenden Ausbildungsfond zu zahlen. Ausbildende Betriebe erhalten abhängig von der Anzahl der eingestellten Auszubildenden Beitragszahlungen aus diesem Fond. Für Betriebe, die Ausbildungsplätze angeboten haben, aber keine BewerberInnen finden konnten, ist eine Entschädigungszahlung aus dem Fonds zu entrichten. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an den Fonds entrichten. Überschüsse aus dem Fonds sollen für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen sowie Übergangs- und Vorbereitungssysteme verwendet werden.</p>	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
	<p>Gute Ausbildung braucht Zeit!</p> <p>Junge Menschen brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern auch eine qualifizierte und gute Ausbildung. Eine gute Ausbildung zu einem verantwortungsvollen Facharbeiter oder einer Facharbeiterin dauert mindestens drei Jahre. Eine zweijährige „billigere“ Schmalspur-Ausbildung, wie sie viele ArbeitgeberInnen und das Wirtschaftsministerium anstreben, kann das nicht leisten und bietet darüber hinaus kaum berufliche Entwicklungsperspektiven. Denn eine qualifizierte Ausbildung bildet nicht nur die Basis für eine interessantere und abwechslungsreichere Tätigkeit. Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos als gering Qualifizierte. Eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermittlung und führt zu prekärer Beschäftigung.</p>	<p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>
	<p>Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung beeinträchtigt die Flexibilität und</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems und mindert seine Attraktivität und Qualität. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen. Damit einher geht eine deutliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Ausbildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern eher verringern. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre und eine vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab.</p> <p>10 Wir stehen außerdem zum Berufeprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener Berufsbilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung ab.</p> <p>15 Ausbildungsqualität sichern!</p> <p>Ausbildungsqualität lässt sich am besten durch die Mitbestimmung starker Jugend- und Auszubildendenvertretungen sichern. Doch auch in Betrieben, in denen es keine Jugend- und Auszubildendenvertretung und keinen Betriebs-/Personalrat gibt – zum Beispiel</p> <p>20 in kleinen Betrieben auf Grund zu geringer Beschäftigtenzahlen – muss die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen kontrolliert werden.</p> <p>Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten, sind unterbesetzt und überfordert und die für die Überwachung der Ausbildungsqualität zuständigen Berufskammern sind oft wenig geneigt, bei Verstößen gegen die Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der Berufskammern finanzieren. Deshalb fordern wir ein Anhörungsrecht für Berufsbildungsausschüsse, zudem muss es eine feste Verankerung eines Unterausschusses zur Ausbildungsqualität geben. In den Kammern muss die Personalausstattung so gestaltet sein, dass die AusbildungsberaterInnen auch tatsächlich regelmäßige Kontrollen mindestens einmal</p> <p>30 jährlich in den Ausbildungsbetrieben durchführen können. Ihre Aufgaben müssen konkretisiert und gestärkt werden.</p> <p>Um eine qualitativ hochwertige Betreuung von Auszubildenden zu garantieren und sie vor prekären Verhältnissen zu bewahren, ist es notwendig, die Einhaltung einheitlicher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der AusbilderInnen sowie die verbindliche Voraussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche AusbilderInnen im BBiG festzuschreiben. Zudem muss eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive Freistellung für die AusbilderInnen aufgenommen werden. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubildenden zu garantieren,</p> <p>45 muss ein Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden.</p> <p>Ein betrieblicher Ausbildungsplan muss rechtsverbindlich vorgeschrieben sein und mit dem Ausbildungsvertrag ausgehändigt werden. Es muss darüber hinausgehend klargestellt werden, dass Abweichungen vom Ausbildungsrahmenplan nicht gestattet sind. Damit Auszubildende und Ausbildende einen Überblick über die bereits vermittelten Lerninhalte haben, ist gesetzlich festzuschreiben, dass Auszubildende ihren schriftlichen Ausbildungsnachweis</p> <p>55 während der Ausbildungszeit im Betrieb führen dürfen.</p> <p>Um die notwendigen qualitativen Voraussetzungen im Ausbildungsbetrieb zu gewährleisten, fordern wir zudem eine deutlichere gesetzliche Formulierung, die eine fachliche Ausstattung und zeitgemäße Ausbildungsmaterialien in der Ausbildungsstätte sicherstellt.</p> <p>60</p> <p>Zeit zum Lernen!</p> <p>Bei der Frage der Anrechnung von Berufsschulzeiten bei Auszubildenden auf die Arbeitszeit wird bisher zwischen volljährigen und minderjährigen Auszubildenden unterschieden.</p> <p>65 Wir fordern eine einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter. Die Berufsschulzeit muss für alle Auszubildenden inklusive der Wege- und Pausenzeit vollständig</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb muss abgeschafft werden. Dabei soll ein Berufsschultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden, um eine Benachteiligung der Auszubildenden zu verhindern, deren Berufsschulzeit sich nicht mit der Ausbildungszeit überschneidet bzw. um einen Missbrauch vor gezielter Vermeidung der Überschneidungszeiten durch Schichtdienste abzuwenden. Es kann nicht sein, dass Auszubildende durch Berufsschulzeit plus Ausbildungszeit über die Begrenzung im Arbeitszeitgesetz hinaus beschäftigt werden dürfen. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksichtigt werden.	1
	Damit Auszubildende genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung vorbereiten zu können, fordern wir, dass Auszubildende fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenrelevanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.	5
	Ein Berufsbildungsgesetz (BBiG) für alle! Zahlreiche berufliche Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen werden nicht nach dem BBiG geregelt. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen oder schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitlichen Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sichert und den Missbrauch von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte verhindert.	10
	Sichere Perspektiven durch unbefristete Übernahme! Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Wir fordern daher eine unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildenden.. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für die ehemaligen Auszubildenden ist dies entscheidend.	15
	Mindestausbildungsvergütung Das BBiG schreibt eine „angemessene“ Vergütung für die Ausbildung vor. Nach der Rechtsprechung darf die einzelvertraglich geregelte Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80% der üblichen tariflichen Ausbildungsvergütung sein. In reinen Ausbildungsbetrieben sind weitergehende Abweichungen zulässig. Das hat schwerwiegende Folgen. 27 % der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren Arbeitsverhältnis nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so wenig verdienen, dass sie sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss Auszubildenden ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer längst fälligen gesetzlichen flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAföG-Höchstsatzes.	20
	Kostenfreie Bildung garantieren! Wir fordern eine eindeutige gesetzliche Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel, Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell anfallende Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.	25
		30
		35
		40
		45
		50
		55
		60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Mitbestimmung in der Ausbildung</p> <p>Der Ausbildungsreport der DGB Jugend zeigt deutlich, dass dort, wo betriebliche Mitbestimmung und Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorhanden sind, die Auszubildenden deutlich zufriedener mit ihrer Ausbildungssituation sind, weniger Verstöße gegen Ausbildungsordnungen und gesetzliche Regelungen registriert und die Interessen der Jugendlichen gegenüber dem/der ArbeitgeberIn besser vertreten werden.</p> <p>10 Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen im Betrieb und in Ausbildungsfragen stärken und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) daher mit weitergehenden Rechten ausstatten. Sie sollen besser als bisher die Belange der Auszubildenden im Betrieb vertreten können. Wir fordern daher</p> <p>15 die Ermöglichung von Teilfreistellungen für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, die jedoch nicht mit dem Ziel, einen Berufsabschluss zu erreichen, kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.</p> <p>20 2.3 Duales Studium</p> <p>An der Schnittstelle von Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich das duale Studium als „hybrides“ Studienformat etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung nicht in gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unternehmen ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da dies zu prekärer Beschäftigung führt.</p> <p>In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssicherung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzliche Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Studium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine Vergütung geben muss. Um die Qualität dieses Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins BBiG aufzunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, eine Bestimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studierender/m und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie einen Tag zur Vorbereitung der Prüfungen und Studienzeiten muss ebenfalls garantiert werden.</p> <p>55 2.4 Gute Weiterbildung!</p> <p>Die Qualitätssicherung muss für den Bereich der Bildungsmaßnahmen und -anbieterInnen weiterentwickelt werden. Anknüpfungspunkte bieten die bereits bestehenden Bestimmungen im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – „Meister-BAföG“).</p> <p>60 Eine Förderung ist abhängig von einer Mindeststundenanzahl der Bildungsmaßnahme. Das Verfahren für den Bereich der öffentlich geförderten Maßnahmen richtet sich nach dem Sozialgesetzbuch (SGB), bei dem verpflichtend einzuhaltende Standards (Zertifizierung) für Bildungsanbieter und Maßnahmen vorgeschrieben sind.</p> <p>65 Wir fordern deshalb Qualitätsdimensionen gesetzlich zu verankern: Es müssen verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Verankerung eines Fortbildungsrahmenplanes, analog zu den Rah-</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	menplänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssicherungssystem verpflichtend anwenden. Ebenso soll qualifiziertes Personal nachgewiesen werden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel, über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden.	1
	Es gibt nur sehr wenige regional entwickelte Berufsprofile mit relevanten Absolventenzahlen. Für einen Einstieg ins Berufsleben sind diese wenigen nicht bundeseinheitlichen Abschlüsse nur bedingt geeignet und auch nur regional bekannt. Für einen dauerhaften Verbleib im Beschäftigungssystem und für die notwendige räumliche Flexibilität der Beschäftigten bei der Arbeitssuche sind solche Abschlüsse ein falscher Weg. Beschäftigte mit nur regional bekannten Berufsbezeichnungen sind von Personalverantwortlichen in Unternehmen nur mit einem unzumutbaren Aufwand zu verorten und werden daher fast immer bei einem Bewerbungsprozess nicht in die engere Auswahl kommen. Auch der Trend, weniger Berufe anstatt mehr zu schaffen, wird hiermit unnötig aufgeweicht.	5
		10
		15
		20
	2.5 Leiharbeit	
	Leiharbeit Die Verleihbranche zählt zu den am stärksten wachsenden Branchen in unserem Land. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Leiharbeitskräfte mehr als verdoppelt. Sie ist geprägt von geringer Bezahlung von Leiharbeitern im Gegensatz zur Stammbeslegschaft, hoher Unsicherheit und damit verbundenem Stress. Der Bereich muss dringend gesetzlich und mit einem starken Tarifvertrag geregelt werden.	25
	Die Zahlen zur Volatilität der Beschäftigungsverhältnisse in der Leiharbeit sind frappierend: Insgesamt werden innerhalb eines Jahres rund eine Millionen Arbeitsverhältnisse beendet, obwohl nur 850 000 in der Branche beschäftigt sind. 700 000 neue Stellen, die bei Jobcentern und Arbeitsagenturen jährlich gemeldet werden, kommen aus dem Verleihgewerbe – das entspricht 35% aller deutschlandweit gemeldeten Stellen.	30
	Das liegt daran, dass die Hälfte der Verträge nach weniger als drei Monaten endet. Danach kommen meist weitere Einsätze im Verleihgewerbe oder Arbeitslosigkeit mit Suche nach einer neuen Stelle. Schon die Kürze der Beschäftigung ist für Arbeitnehmer eine extreme Belastung, weil sie keine Planungssicherheit gewährt und damit stabile Beziehungen erschwert genauso wie Familienplanung oder die Gewährung eines Kredits. Wenn es für den Arbeitnehmer keine Verlängerung nach einem Vertrag innerhalb der Entleiherfirma gibt, droht ein Einsatz an einem anderen Ort. Wenn es keinen Anschlusseinsatz für die ArbeitnehmerInnen gibt, fallen bei den meisten ArbeitnehmerInnen viele Zulagen, die an den Einsatz gebunden waren, weg. Teilweise werden angesammelte Überstunden abgebaut, um die einsatzfreie Zeit zu bezahlen. Der Kündigungsschutz ist ebenfalls schwach, so dass ArbeitnehmerInnen ohne Folgeinsatz arbeitslos werden, wenn kein Anschlussauftrag vorhanden ist. Die Leiharbeit gilt als ein Weg aus der Arbeitslosigkeit, nach einer Studie des DGB aber werden fast so viele ArbeitnehmerInnen nach Leiharbeit arbeitslos wie Arbeitslose Stellen in der Leiharbeit finden. Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist in der Verleihbranche fünfmal höher als in der Gesamtwirtschaft. Die Hoffnung, die viele ArbeitnehmerInnen mit Leiharbeit verbinden, nämlich einen Festvertrag bei EntleiherInnen zu erhalten, hat sich als illusorisch herausgestellt. Zudem werden LeiharbeiterInnen häufig unter ihren Qualifikationen eingesetzt.	35
	Sechs Prozent der LeiharbeiterInnen müssen ihren Lohn durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken, weil das Einkommen zu gering ist, umgerechnet entspricht das 200 Millionen Euro pro Jahr. Durch das sehr geringe Einkommen greift bei vielen der Schutz des Arbeitslosenversicherung nicht. 38% derjenigen, die arbeitslos wer-	40
		45
		50
		55
		60

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 den, rutschen direkt in Harz IV, obwohl sie vorher sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben.</p> <p>Definition</p> <p>5 Unter Zeitarbeit werden Arbeitsverhältnisse verstanden, bei denen ArbeitnehmerInnen einen Arbeitsvertrag mit einem Verleihunternehmen eingehen und von diesem für einen vertraglich definierten Zeitraum für die Arbeit unter der Aufsicht und Leitung des Entleihers überlassen werden. Hiervon zu unterscheiden ist die Erbringung vertraglich definierter Arbeitsleistungen, bei denen die Arbeitgeberrechte und -pflichten im Hinblick auf Arbeitszeiten, Weisungen, Qualifizierung etc. vollständig bei der Fremdfirma verbleiben.</p> <p>10</p> <p>15 Gleichstellung von LeiharbeiterInnen und Stammbesellschaft LeiharbeiterInnen sind genauso im Betrieb beschäftigt wie ArbeitnehmerInnen in Normalarbeitsverhältnissen. Sie arbeiten überwiegend Vollzeit, sind weisungsgebunden und übernehmen klassische betriebliche Aufgaben. Dementsprechend müssen sie</p> <p>20 der Stammbesellschaft gleichgestellt werden. Das beinhaltet, dass sie wie Festangestellte zur Bestimmung der Größe des Betriebsrates mitgezählt werden müssen und die Zustimmungspflicht von Betriebs- und Personalräten. Zudem dürfen sie nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Damit wird ausgeschlossen, dass LeiharbeiterInnen während der Zeit des Streikes eingestellt werden, um die Wirkung des Streikes zu schwächen. Allerdings inkludieren wir bewusst auch die LeiharbeiterInnen, die vor Streikbeginn bereits im Betrieb eingestellt waren.</p> <p>25</p> <p>30 Begrenzung der Zahl Die Zahl der Zeitarbeitskräfte in der Entleiherfirma hat stets in einem angemessenen Verhältnis zur Stammbesellschaft zu stehen. Als Richtgröße hierfür gelten 5% Zeitarbeiter.</p> <p>35 Equal pay and equal treatment – gleicher Lohn für gleiche Arbeit Zeitarbeiter haben vom ersten Tag an bei Entgelt und Arbeitsbedingungen der Stammbesellschaft gleichgestellt zu sein, Da sie in der Zeit aber die gleiche Arbeit leisten wie einE FestangestellteR. Gleiches gilt bei betrieblichen Sonderzahlungen wie Beteiligungen an Gewinnausschüttungen, Prämien und Leistungsboni. Zudem muss ihnen Zugang zu allgemeinen Unternehmensinformationen, Gemeinschaftseinrichtungen und -diensten sowie Gesundheits- und Arbeitsschutz und gleiche Sozialstandards gewährt werden. Dazu zählen im Besonderen auch interne Weiterbildungsmöglichkeiten</p> <p>40 und Stellenausschreibungen. Das stellt sicher, dass ihnen der Zugang zu internen Stellen und damit der Weg aus der Leiharbeit erleichtert wird.</p> <p>45</p> <p>Höhere Belastung, höhere Bezahlung – zehn Prozent Flexibilitätszuschlag</p> <p>50 Auch eine Mindestlaufzeit von Leiharbeitsverträgen schützt die/ den ArbeitnehmerIn nicht davor, von einem Tag auf den anderen in Betrieben eingesetzt zu werden, die sehr weit entfernt sind. Wenn ein Vertrag endet, ist einE LeiharbeiterInnen faktisch gezwungen, eine Anschlussstelle in einem anderen Betrieb anzunehmen, auch wenn diese sehr weit entfernt liegt. Bei Weigerung, eine Anschlussstelle anzunehmen, droht Arbeitslosigkeit. Dies stellt eine extreme Mehrbelastung da, weil sie zu hohen Pendelkosten führt und soziale Beziehungen stark belastet. Ein finanzielles Risiko besteht</p> <p>55 zudem, weil der Wegfall von Branchenzuschlägen droht, wenn die Anschlussstelle nicht in der gleichen Branche ist wie der auslaufende Vertrag. Allein mit gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit kann diese Mehrbelastung für LeiharbeiterInnen nicht ausgeglichen werden. Deshalb fordern wir zusätzlich einen Flexibilitätszuschlag von</p> <p>60 10%, um die Nachteile der Leiharbeit auszugleichen.</p> <p>65</p> <p>Begrenzung der Einsatzdauer</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>Zum Schutz der ZeitarbeitnehmerInnen soll die jeweilige Einsatzdauer insgesamt drei Vertragsverlängerungen oder den Zeitraum von insgesamt 18 Monaten nicht übersteigen. Hat die Zeitarbeitnehmerin/der Zeitarbeitnehmer die Höchstdauer ihrer/seiner Beschäftigungszeit erreicht, wird ihre/seine Übernahme in die Stammbesellschaft von den zuständigen Stellen individuell geprüft. Den Zeitarbeitskräften muss eine Mindestbeschäftigungsdauer von sechs Monaten angeboten werden, weiterhin soll die Laufzeit von Vertragsverlängerungen mindestens sechs Monate betragen. Innerhalb der Einsatzzeit werden ZeitarbeitnehmerInnen jeweils mindestens vier Wochen vor einer Verlängerung ihres Einsatzes über diese Verlängerung und ihre geplante Dauer unterrichtet.</p>	1
	<p>Synchronisationsverbot Bei den Verträgen zwischen Verleiher und LeiharbeitsnehmerIn darf es auch bei Mindestlaufzeit von sechs Monaten keine Synchronisation von Entleihervertrag und LeiharbeitsnehmerInnenvertrag geben. Das bedeutet, dass die Laufzeit der/des ArbeitnehmerIn mit der Firma, die sie/ihn angestellt hat (Verleiher), um sie/ihn an eine andere Firma (Entleiher) zu verleihen, nicht deckungsgleich sein darf mit dem Vertrag zwischen Verleiher und Entleiher. Die/der ArbeitnehmerIn hat mit der Verleiherfirma einen ordentlichen Arbeitsvertrag mit eigener Laufzeit. Mit dem Synchronisationsverbot wird vermieden, dass die/der ArbeitnehmerIn bei Beendigung des Einsatzes beim Entleiher sofort arbeitslos wird. Nach Beendigung des Einsatzes beim Entleiher hat sich der Verleiher um eine Weiterbeschäftigung der/des ArbeitnehmerIn zu kümmern. Es gilt der gesetzliche Kündigungsschutz.</p>	5
	<p>Chance auf Übernahme und Qualifizierung Wenn erkennbar ist, dass ZeitarbeitnehmerInnen auf Basis der Personalplanungen dauerhaft eingesetzt werden können, werden sie nach zwischen dem Unternehmen und der ArbeitnehmerInnenvertretung für den Standort vereinbarten Übernahmekriterien bevorzugt in die Stammbesellschaft übernommen. Eine Übernahme nach 18 Monaten wird bei Vorliegen entsprechender Qualifikationen und persönlicher Voraussetzungen sowie nachhaltigem Personalbedarf geprüft.</p>	10
	<p>Dabei haben EntleiherInnen sicherzustellen, dass ZeitarbeitnehmerInnen bei nachhaltigen Personalbedarfen bei Einstellungen vorrangig berücksichtigt werden. Sie verpflichten sich weiterhin, ihre fachlich bezogenen Qualifizierungsangebote den Zeitarbeitskräften ebenso anzubieten wie der Stammbesellschaft der jeweiligen Standorte.</p>	15
	<p>2.6 Werkverträge Werkverträge sind eine etablierte und weit verbreitete Vertragsform, die seit vielen Jahren insbesondere im Kontext hochqualifizierter Dienstleistungen im technischen oder konstruktiven sowie kreativen Bereich zum Einsatz kommt. Auch dies ist häufig nicht problemlos, stellt aber aufgrund der relativ guten Verhandlungsposition der hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen und der teilweise erfolgten Regulierung durch Gebührenordnungen, wie beispielsweise der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) nur den kleineren Teil der Problematik der Werkverträge dar.</p>	20
	<p>In den vergangenen Jahren wurden zunehmend Werkverträge dazu genutzt, reguläre Beschäftigung im Betrieb zu ersetzen, tarifliche Bestimmungen zu unterlaufen und innerbetriebliche Mitbestimmung auszuhebeln. Insbesondere im Rahmen sogenannter Onsite-Werkverträge überträgt der Werkbesteller bestimmte Leistungen, die dem Kern seines Betriebszwecks bzw. seiner Wertschöpfung zuzuordnen sind und auf seinem Betriebsgelände stattfinden, dauerhaft einem per Werkvertrag beauftragten Werkunternehmer, der den Auftrag mit eigenem Personal (evtl. auch unter Zuhilfenahme von Zeitarbeitskräften oder von Subunternehmungen) durchführt. Gerade durch die schwierige rechtliche Abgrenzung zwischen regulärem und missbräuchlichem Einsatz sowie die langjährige und vielfältige Verwendung von Werkverträgen, aber auch aufgrund</p>	25

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 der gestiegenen Kosten und bestehender Reregulierungsbestrebungen im Bereich der gewerblichen ArbeitnehmerInnenüberlassung haben Werkverträge die Leiharbeit als Mittel der Wahl abgelöst, wenn es darum geht, reguläre Beschäftigungsformen zu ersetzen,</p> <p>5 Stammebelegschaften zu substituieren, betriebliche Mitbestimmung unter Druck zu setzen und ArbeitnehmerInnenrechte zu unterlaufen.</p> <p>Die Beschäftigten in diesen Werkvertragsverhältnisse müssen häufig deutlich geringere Bezahlung und deutlich schlechtere, teilweise sogar gesetzeswidrige Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen, als</p> <p>10 die regulär Beschäftigten mit denen sie „Hand in Hand, zum Teil auf derselben Montagelinie, oder Schreibtisch an Schreibtisch“ arbeiten. Genaue Zahlen über den Umfang des Einsatzes von Werkverträgen fehlen. Klar wird der intentionale Einsatz der Werkverträge als Mittel zum Ersatz der Stammebelegschaft darin, dass 43</p> <p>15 Prozent der Befragten in derartigen Werkvertragsverhältnissen angeben, der gleichen oder einer vergleichbaren Arbeit wie ihre festangestellten KollegInnen nachzugehen. Die Werkverträge dienen hier häufig dem Ziel, schlechtere Arbeitsbedingungen zu realisieren und tarifliche Bestimmungen zu unterlaufen um auf dem Rücken der Beschäftigten geringere Kosten bei Externalisierung von</p> <p>20 Organisationsaufwand zu erzielen. Werkbesteller sind in der Lage, Teile des Wertschöpfungsprozesses im Unternehmen abzukoppeln und in diesen Bereichen Arbeitsbedingungen, Modelle der Arbeitsorganisation und des Arbeitskräfteeinsatzes zu realisieren, die sie im Kernbetrieb niemals durchsetzen könnten.</p> <p>Grundlegend muss man den zunehmenden Übergang von zeit- auf werksbasierte Vertragsformen ebenfalls problematisieren. So fußt der Werkvertrag nach § 631 Abs. 2 BGB auf dem zu erbringenden Erfolg der Dienstleistung oder der Erbringung des „Werkes“.</p> <p>30 Diese Erfolgsbezogenheit unterscheidet den Werkvertrag auch vom regulären, in der Regel arbeitszeitbezogenen, Arbeitsvertrag. Während hier der Arbeitgeber eine potentielle Leistung auf Basis von Arbeitszeit und unterstelltem Leistungspotential des Arbeitnehmers langfristig einkauft, in gewissem gesetzlich geregelter Umfang Leistungsschwankungen des Arbeitnehmers hinzunehmen hat und sich die Vertragserfüllung in der Erbringung der Dienstleistung erschöpft, liegt beim Werkvertrag das unternehmerische Erfolgsrisiko einseitig beim Werkvertragsnehmer. Das wird dann</p> <p>40 zum Problem, wenn der Einsatz von Werkverträgen reguläre Beschäftigung verdrängt und Arbeitnehmerinnen betrifft, die weder die Verhandlungsposition haben, die Vertragsbedingungen zu kontrollieren, noch eine finanzielle Vergütung der Risikoübertragung durchzusetzen.</p> <p>45 Für eine bessere Regulierung im Bereich der Werkverträge erheben wir deshalb folgende Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Betriebliche Mitbestimmung muss in die Lage versetzt werden, die über Werkverträge „innerbetrieblich ausgelagerten“ Teile der Wertschöpfungsprozesse im Unternehmen wieder - zumindest 50 mittelbar – in ihren Vertretungsbereich zu integrieren und die dort herrschenden Arbeitsbedingungen zu thematisieren. Daher fordern wir die Einführung der Mitbestimmungspflicht des Betriebsrates beim Abschluss von Werksverträgen. 55 2. Klare rechtliche Abgrenzung des missbräuchlichen Einsatzes von Werkverträgen. Gesetzliche Klarstellung der Notwendigkeit der Autonomie des Werkvertragsnehmers gegenüber dem Werkbesteller. Kriterien des Missbrauchs können hier sein: Weisungsbefugnis von Beschäftigten des Auftragsnehmers, Eingliederung des Werkvertragsunternehmens in die organisatorischen Abläufe des Bestellerunternehmens, Übereinstimmung der Aufgaben der ArbeitnehmerInnen, sowie Verwendung der Arbeitsmittel. 60 3. Verbesserungen der staatlichen Kontrollen im Rahmen des Schwarzarbeitsgesetzes und der Umkehr der Beweislast zu Gunsten der Beschäftigten, sofern Hinweise auf den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen vorliegen. 65 4. Erhöhung der möglichen Strafzahlungen sowie die Einführung der Rechtsfolge der Umwandlung der betroffenen Arbeitsver- 	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	<p>hältnisse in reguläre unbefristete Normalarbeitsverhältnisse bei Nachweis der missbräuchlichen Werkvertragsvergabe.</p> <p>5. Mittelfristig die Einführung des Vorliegen seiner verbindlichen Honorar- und Gebührenordnung als notwendige gesetzliche Voraussetzung zur Vergabe von Werkverträgen.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
	<p>2.7 Geringfügige Beschäftigung</p> <p>Was ist geringfügige Beschäftigung?</p> <p>Unter geringfügiger Beschäftigung versteht man so genannte Minijobs. Diese wurde mit Hartz-II generell neu geregelt, die letzte Veränderung erfolgte für Januar 2013. Seitdem sind Beschäftigungen bis 450,00€ monatlich unabhängig von der Arbeitszeit und davon, ob es sich um eine Haupt- oder nebenberufliche Zweitbeschäftigung handelt, für ArbeitnehmerInnen sozialversicherungsfrei. Diese sind folglich nicht aufgrund ihrer Beschäftigung arbeitslosenversichert, krankenversichert, pflegeversichert oder rentenversichert. Seit 2013 liegt eine Pflicht zur Rentenversicherung vor, auf Antrag kann aber eine Befreiung erfolgen, was in der Regel geschieht. Die ArbeitgeberInnen von MinijobberInnen zahlen Pauschalbeiträge an diese gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung (ca. 30%), in Privathaushalten sind diese Abgaben geringer. Ein zweiter Typ von Minijob wird deutlich geringer genutzt und liegt vor, wenn es sich – unabhängig vom Verdienst – um eine Beschäftigung handelt, die weniger als 50 Arbeitstage im Kalenderjahr beinhaltet.</p> <p>Wer ist geringfügig beschäftigt und in welchem Ausmaß gibt es geringfügige Beschäftigung?</p> <p>Geringfügige Beschäftigung findet vor allem in kleinen Betrieben in der Dienstleistungsbranche, dem Einzelhandel und der Gastronomie statt. Dort arbeiten vor allem Hausfrauen und -männer, Studierende, SchülerInnen und RentnerInnen, aber durchaus eben auch weitere Vollzeiterwerbstätige und Arbeitslose in Minijobs. Von über 7 Millionen Minijob-Beschäftigungsverhältnissen im Jahr 2011 waren 2,5 Millionen reine Nebenjobs. Grundsätzlich wächst das Ausmaß von geringfügiger Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung seit 2004 kontinuierlich. Etwa die Hälfte der MinijobberInnen ist auf diese Beschäftigung zur Bestreitung des elementaren Lebensunterhalts angewiesen, ungefähr die andere Hälfte erfüllt „Extrawünsche“ mit dem Gehalt aus dem Minijob.</p> <p>Welche Folgen hat geringfügige Beschäftigung?</p> <p>Den Betrieben dient geringfügige Beschäftigung zur Erhöhung der Flexibilität: Sie können bspw. in der Gastronomie oder im Einzelhandel die Öffnungszeiten passgenau an mehrere Minijobs anpassen. Dies führt zu Verdrängungseffekten von versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Die Bruttostundenkosten der ArbeitgeberInnen sind mit dieser Beschäftigungsform generell niedriger (weniger Sozialversicherungsbeiträge), für die ArbeitnehmerInnen sind die Sozialversicherungsabgaben ebenfalls nicht vorhanden. Beides führt zu Einkommensausfällen bei den Sozialversicherungen und ebenso zu geringerer Absicherung für die ArbeitnehmerInnen. Gerade Frauen stehen dabei vor dem Risiko der Altersarmut. Außerdem werden in Minijobs Zuschläge und andere Leistungen oft nicht bezahlt, auch arbeitsrechtliche Ansprüche, über Mitbestimmungsrechte bis hin zum Kündigungsschutz, von bezahltem Urlaub zu Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, werden tendenziell seltener eingefordert. In der Regel sind Minijobs mit sehr geringen Stundenlöhnen korrelierend und stellen einen großen Anteil des Niedriglohnssektors dar.</p> <p>Was wollen wir mit dieser Beschäftigungsform machen?</p> <p>In vielen Studien wird der Wunsch geringfügig beschäftigter ArbeitnehmerInnen nach einer Erhöhung der Arbeitszeit belegt. Für diesen Wunsch sind meist nur finanzielle Motive ausschlaggebend, oft ist er nicht realisierbar. Wir fordern die Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung und die Wiederherstellung der vollen paritätischen Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro.</p>	<p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2.8 Befristete Beschäftigung</p> <p>Was ist befristete Beschäftigung?</p> <p>Bei der befristeten Beschäftigung handelt es sich um ein Beschäftigungsverhältnis, das nach einer bestimmten Zeit ohne Zutun des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers endet. Hier wird unterschieden zwischen sachgrundloser Befristung und Befristung mit einem Sachgrund.</p> <p>Sachgrundlose Befristungen sind nach dem bestehenden Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) zulässig und ermöglichen es ArbeitgeberInnen, flexible Arbeitsverträge ohne einen sachlichen Grund abzuschließen.</p> <p>Dazu gehören neben der kalendermäßigen Befristung bis zu zwei Jahren auch die Befristung im Fall einer Unternehmensgründung und die Befristung bei älteren ArbeitnehmerInnen.</p> <p>Daneben ermöglicht das TzBfG auch die Befristung mit einem sachlichen Grund. Darunter zählen neben der Vertretung z. B. auch der vorübergehende Arbeitsbedarf. Zu letzterem zählen auch die insbesondere im Sozialbereich üblichen Projektbefristungen. Diese Form der Befristungen wurden insbesondere durch die willkürlichen Aufspaltungen von Daueraufgaben in einzelne kurzfristige Teile ausgeweitet.</p> <p>Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit wurde 1985 mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz eine zeitlich beschränkte erleichterte Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne besonderen Sachgrund eingeführt. 1996 wurde diese erweitert und es wurden nicht mehr nur sachgrundlos befristete Verträge, sondern ganze Befristungsketten legalisiert.</p> <p>Anstatt Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sind die Folgen bis heute eine Prekarisierung der Arbeitswelt und der Verlust von Planungssicherheit und Perspektive für weite Teile von Belegschaften, insbesondere für jüngere ArbeitnehmerInnen innerhalb dieser. Befristete Beschäftigung wurde schrittweise so zu einer immer stärker zur Normalität gehörenden Art des Beschäftigungsverhältnisses. In vielen Bereichen, insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, gehören sie sogar zur Regel. Gerade auch im öffentlichen Beschäftigungsbereich, der eigentlich einen Vorbildcharakter haben sollte, ist der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse mit über 10 Prozent besonders hoch.</p> <p>Dies stellt aus unserer Sicht eine unzulässige Perspektivenvernichtung für ArbeitnehmerInnen dar. Die Arbeitsbiographien existieren bei weitem nicht mehr als fortdauernde, ununterbrochene Zeitlinie, sondern werden fragmentiert. Diese Fragmentierung führt nicht nur zu häufigem Betriebswechsel, wodurch eine längerfristige Lebensplanung in der Tendenz unmöglich gemacht wird, sondern auch zu wiederkehrender Erfahrung mit Arbeitslosigkeit. Jedoch wird nicht nur die Planungssicherheit und Entwicklungsperspektive im Betrieb und Privatleben eliminiert, sondern auch die Absicherung im Rentenalter in Frage gestellt. Die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse durch den Gesetzgeber, die eine noch stärkere Präkarisierung im Rentenalter zur Folge hat, ist für uns inakzeptabel. Befristete ArbeitnehmerInnen neigen außerdem weniger dazu, sich gegen schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz und niedrige Löhne zur Wehr zu setzen, da immer die Angst vor der Beendigung des Arbeitsverhältnis mit Auslaufen des Arbeitsvertrages mitschwingt. Diese Auswirkung der Zurückhaltung bei der Artikulierung wird besonders deutlich, wenn eine Entfristung in Aussicht gestellt wird.</p> <p>Forderungen:</p> <p>Daher fordern wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Beschränkung der befristeten Beschäftigung auf das absolute Minimum. Ebenfalls fordern wir die vernünftige Ausfinanzierung von Planstellen im öffentlichen Beschäftigungsbereich, um dort die übermäßigen Befristungen langfristig abzubauen. Die langfristige Vergabe von Daueraufgaben der öffentlichen Hand, die nicht selbst erledigt werden können (Subsidiaritätsprinzip), muss ebenfalls ein Ziel sein, um befristete Beschäftigung einzudämmen.</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Wir stehen für einen möglichst geringen Anteil an befristeter Beschäftigung, damit die Menschen langfristige Perspektiven und Sicherheit für ihre Lebensplanung haben.	1
	2.9 Teilzeit	5
	<p>Was ist Teilzeitbeschäftigung?</p> <p>Teilzeitbeschäftigung ist seit 2001 mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) neu geregelt. Demnach ist Teilzeitarbeit eine reduzierende Abweichung von der Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers im Vergleich zu der sonst üblichen Wochenarbeitszeit (bspw. der tarifvertraglich geregelten). Schon seit längerem gibt es europaweit geltende Diskriminierungsverbote, die dazu führen, dass neben den prozentual geringeren Entgelten auf den ersten Blick keine weiteren Belastungen für die teilzeitbeschäftigten ArbeitnehmerInnen bestehen. So ist Teilzeitbeschäftigung in vollem Maße sozialversicherungspflichtig und es gelten alle anderen Regelungen in selber Art und Weise wie bei Vollzeit.</p>	10 15
	<p>Wer ist teilzeitbeschäftigt und welchen Ausmaß hat sie?</p> <p>Teilzeitbeschäftigung ist diejenige Form von prekärer Arbeit, die das größte Ausmaß hat. Gleichzeitig sind aber bei weitem nicht alle Teilzeitbeschäftigten in einer finanziell gesehen prekären Haushaltslage. Dies wiederum liegt daran, dass Teilzeit als Beschäftigungsform am ehesten eine geschlechtliche Ungleichverteilung aufweist, die wiederum in der Aufteilung der Familienarbeit und ihrer ungerechten Verteilung begründet liegt. Entsprechend differenziert ist diese Beschäftigungsform zu betrachten. Die Teilzeitquote der Frauen hat sich seit 1991 fast verdoppelt und stellt mit 11 Millionen nun 58% der gesamten weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung dar (2014). Die Teilzeitquote der Männer hat sich im selben Zeitraum vervierfacht – liegt aber bei weitem nicht auf demselben Niveau. Auch wenn Teilzeit generell in allen Beschäftigungsbranchen zunimmt, hat sie ein weibliches Gesicht.</p>	20 25 30
	<p>Welche Folgen hat Teilzeitbeschäftigung?</p> <p>Die direkte Folge von Teilzeitarbeit für Beschäftigte ist eine finanzielle Schlechterstellung durch das anteilig geringere Entgelt. Eine differenzierte Betrachtungsweise lässt jedoch auch Probleme für die soziale Absicherung im Alter erkennen: Durch die Teilzeitbeschäftigung erwerben ArbeitnehmerInnen weniger Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung, was neben der Tatsache, dass diese weniger Einnahmen hat, auch dazu führt, dass das Risiko von Altersarmut steigt. Gerade dies trifft vor allem auf Frauen zu. Außerdem verfestigt Teilzeitarbeit in gewisser Weise traditionelle Rollenbilder bzgl. der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit und leistet der Entstehung von weiblich konnotierten Berufsfeldern, die schlechter angesehen und bezahlt sind, Vorschub. Außerdem ziehen längerfristige Teilzeitphasen trotz der Diskriminierungsverbote nachweisbar Nachteile bei Karriereverläufen nach sich.</p>	35 40 45
	<p>Was wollen wir hinsichtlich dieser Beschäftigungsform machen?</p> <p>Hinsichtlich der Prekarität von Teilzeitarbeit ist entscheidend, aus welchen Gründen und in welchen individuellen Lebenssituationen dieses Modell gewählt wird. Wir finden es unerträglich, die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf über eine Teilzeitbeschäftigung von Müttern zu regeln. Es kann nicht sein, dass die Ausgestaltung einer Beschäftigungsform dies regeln soll. Stattdessen sollte dies über Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigt erreicht werden.</p> <p>Gleichzeitig müssen aber auch Beschäftigte in den Blick genommen werden, die ggf. aus Gründen eines weiteren Studiums oder eines höheren Bedarfs an Freizeit für eine gewisse Zeit ihres Erwerbslebens Teilzeit arbeiten wollen. Wir fordern für alle Teilzeitbeschäftigten einen gesetzlichen Anspruch auf Umwandlung in eine Vollzeitbeschäftigung.</p>	50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2.10 Den Mindestlohn besser machen!</p> <p>Allen Unkenrufen der Wirtschaft zum Trotz, der Mindestlohn wirkt. 3,7 Millionen Menschen profitieren von ihm. Im letzten Jahr ist die Beschäftigung weiter deutlich gestiegen und die Arbeitslosigkeit</p> <p>5 gesunken. Viele ArbeitnehmerInnen können sich über deutlich höhere Löhne freuen. Allein die Zahl der AufstockerInnen ist im Jahr 2015 um 60.000 zurückgegangen. Gerade im Osten Deutschlands führte dieser branchenabhängig zu einer kräftigen Lohnsteigerung von bis zu 18%. Für Frauen bedeutet er im Schnitt eine Lohnsteigerung von 3,5%, bei Männern um 3,1%. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Massenentlassungen, wie durch das Ifo-Institut prophezeit, bleiben aus. Dennoch ist noch einiges zu tun. Die Tatsache, dass wir uns über solche Zahlen noch immer freuen, zeigt dies zur Genüge. Es sind noch zu viele Ausnahmen, zu viele Einfallstore in die Prekarität vorhanden. Um den Mindestlohn zu stärken und um seine eigentliche Wirkmächtigkeit sicherzustellen, ist es zwingend notwendig, dass es sich um einen flächendeckenden, allgemeingültigen und ausnahmslosen Mindestlohn handelt. Davon ist man allerdings noch deutlich entfernt.</p> <p>15 Minderjährige, Langzeitarbeitslose und in der Praxis Asylsuchende sind noch immer von ihm ausgenommen. Zudem ist es in der Praxis nur schwer möglich, ihn einzuklagen. Die Zahl der AufstockerInnen bleibt trotz Rückgangs auf hohem Niveau.</p> <p>So ist die Aufdeckung der Unterwanderung des Mindestlohns in Betrieben nicht ohne Weiteres gewährleistet. Noch immer gilt gerade in nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben der Druck auf die Belegschaft als zu hoch, um dieses straffrei zu tun. Auch mit dem Betriebsgeheimnis wird argumentiert. Aus diesem Grund trauen sich zu viele noch immer nicht, bestehende Missstände zu</p> <p>25 melden. Daher ist es nötig, diese WhistleblowerInnen vor Repressionsmaßnahmen durch den Betrieb gesetzlich zu schützen. Gleichzeitig muss es für Gewerkschaften möglich sein, bei Verstößen gegen den Mindestlohn Klage einzureichen, um die Interessen ihrer Mitglieder schützen zu können. In vielen Teilbereichen des Deutschen Rechts ist dieses bereits möglich. So besteht unter anderem für Naturschutzverbände die Möglichkeit, Klage beim Verwaltungsgericht einzureichen. Für Gewerkschaften gilt dies jedoch nicht. Damit ist der Weg zum Arbeitsgericht noch immer ein Kampf mit stumpfem Schwert. Daher fordern wir die Möglichkeit der ein eigenständiges Klagerecht bei Verstößen gegen arbeitsrechtliche und tarifvertragliche Normen auch im Wirkungsbereich des Mindestlohns für die Gewerkschaften.</p> <p>Eine neue Bürokratie ist durch den Mindestlohn nicht entstanden, denn die Arbeitsstunden mussten auch schon in der Vergangenheit</p> <p>35 korrekt aufgezeichnet werden. Es lässt sich durch die Aufzeichnungspflicht auch kein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen feststellen, da diese für alle Unternehmen gleichermaßen gilt. Jegliche anderslautende Argumentation der ArbeitgeberInnenseite eröffnet lediglich die Frage, auf welche Weise bereits vor dem Mindestlohn existierende Arbeitszeitbestimmungen unterlaufen wurden. Allerdings liegt die Beweispflicht für die korrekte Stundenerfassung noch immer bei den ArbeitnehmerInnen. Dies entspricht nicht unserem Verständnis einer fairen Regelung. Wir fordern daher, dass die Beweispflicht, dass Arbeitsstunden korrekt festgehalten und somit der Mindestlohn eingehalten wird, der ArbeitgeberInnenseite</p> <p>55 liegt.</p> <p>Engmaschige Kontrollen sind vor allem in den der Erfahrung nach missbrauchsanfälligen Branchen wie zum Beispiel dem Bau- und Gebäudereinigungsgewerbe unabdingbar. Der Zoll ist jedoch seit</p> <p>60 Jahren personell unterbesetzt. Dieser Missstand rächt sich jetzt, und es kommt zu einer ausschweifenden Verschiebung von Stellen in den unterschiedlichsten Bereichen. Von den 1600 zugesagten Zusatzstellen wurden durch CDU/CSU bereits 400 Planstellen auf das BAMF umgeleitet. Eine Schwächung der Mindestlohnkontrolle ist nicht nur kontraproduktiv, sondern stellt auch eine Anforderung an die „schwarzen Schafe“ unter den ArbeitgeberInnen dar, den Mindestlohn zu umgehen. Deshalb fordern wir, dass das Personal bei der FKS (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) weiter auf-</p> <p>65</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	gestockt wird. Es müssen mindestens 400 zusätzliche Stellen bereitgestellt werden.	1
	Der Mindestlohn soll die Existenz der ArbeitnehmerInnen absichern und ist notwendig, egal, woher die Beschäftigten kommen. Dies ist gerade im Hinblick auf Geflüchtete von Bedeutung. Diese werden oft aufgrund der Struktur ihres Asylverfahrens zuerst in das Sozialsystem nach SGB II kommen und somit als Langzeitarbeitslose eingestuft, wodurch sie keinen Mindestlohn erhalten. So wird künstlich ein Lohndruck geschaffen. Bei Leiharbeit- und befristeter Beschäftigung sowie Kettenbefristung kann dies zur Aushebelung des Mindestlohns führen. Um Geflüchtete rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bedarf es spezieller Qualifizierungen und Beratungen, jedoch keiner Ausnahme vom Mindestlohn, denn dies verstieße außerdem gegen den Gleichheitsgrundsatz. Daher fordern wir die Abschaffung sämtlicher Ausnahmen bei der Anwendung des Mindestlohngesetzes. Der Mindestlohn muss für alle ArbeitnehmerInnen ohne jegliche Ausnahmen gelten!	5
		10
	Der Mindestlohn ist noch immer nicht auf einem Niveau, das eine Mindestsicherung im Rentenbereich garantiert. Diese Grenze liegt derzeit bei ca. 11,50€. Eine Anhebung muss daher schnellstmöglich auf dieses Niveau erfolgen. Des Weiteren muss der Mindestlohn mit der übrigen Lohnentwicklung Schritt halten. Darauf haben sich Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen geeinigt. Da die Tarifentwicklung in der letzten Zeit positiv verlaufen ist, muss es zu einer Anhebung kommen. Mittelfristig soll sich der Mindestlohn in seiner Verhandlungsgrenze an der Definition der europäischen Sozialcharta, die auch Deutschland unterzeichnet hat, orientieren (60% des Medianeinkommens, derzeit bei ca. 12,40€ in Deutschland).	15
		20
		25
	3. Faire Bedingungen. Unser Anspruch.	30
	Unsere Gesellschaft erlebt eine zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelt. Soziale Ungleichheit wächst, Perspektive und gesicherte Arbeitsbiographien werden zunehmend atypisch und geraten verstärkt unter Druck. Stress, materielle Schwierigkeiten und fehlende Planungssicherheit für ArbeitnehmerInnen sind die Folge. Dabei verstehen wir Arbeit, darunter vor allem Erwerbsarbeit und für diese in entscheidender Weise unabhängig wie sicher oder unsicher die Beschäftigungsform ist. Sie ist eine Quelle menschlicher Selbstdefinition und damit in gewisser Weise sinnstiftend, nimmt einen großen Raum in der Alltagswelt vieler Menschen ein und bietet ebendiese soziale Kohäsion, aus der für viele ein Hauptbestandteil ihres sozialen Lebens erwächst. Mit dem Faktor der Prekarisierung lohnabhängig Beschäftigter stehen wir vor der Frage, wie eine durch die Politik, gerade durch rot-grüne Reformen unter Gerhard Schröder, seit Beginn der 2000er Jahre initiierte und bis heute durch alle nachfolgenden Bundesregierungen weiter vorangetriebene Zementierung prekärer Beschäftigung in der Gesellschaft mit den bevorstehenden Transformationsprozessen der Arbeit und einer Ökonomie, die auf Hochtechnologie und internationalen Export ausgerichtet ist, vereinbar sein soll. Die bisher angestrebten und z. T. durchgeführten Reformen der Bundesministerin für Arbeit und Soziales haben zwar einige Fortschritte in diesem Bereich hervorgebracht, sind allerdings noch nicht ausreichend. Umso besorgniserregender sind die Entwicklungen der Prekarisierung nicht nur für die Qualität, Sicherheit und Perspektive der Arbeitswelt der lohnabhängig Beschäftigten, sie sät auch den Keim der Destabilisierung sozial-gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der allgemeingültigen Hegemonie der unbestrittenen Notwendigkeit nicht-prekärer Arbeitsverhältnisse muss Grundlage jeglichen politischen und ökonomischen Strebens sein.	35
		40
		45
		50
		55
		60
	Wir erheben den Anspruch, die Arbeitswelt sozial, gerecht, sicher und planbar zu gestalten. Wir haben zehn Handlungsfelder in Ausbildungs- und Arbeitsbiographien identifiziert, die Einfallstore für Prekarität bilden, deren Neutralisierung sich aus unserer Sicht als zwingend darstellen.	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1. Praktika und Volontariate dürfen nicht mehr als Instrumente der kostengünstigen Ausbeutung von Arbeit durch Kapital darstellen. Zeitlich müssen Praktika auf maximal drei Monate begrenzt sein und eine Mindestvergütung von mindestens 300€ je Monat sichergestellt sein. Volontariate dürfen nicht länger als 24 Monate andauern, können durch Berufserfahrung und vergleichbare Faktoren aber auf 12 Monate verkürzt werden. Dabei muss die Vergütung im mindesten Maße den Regelungen des Mindestlohngesetzes genügen. Ein schriftlich festgehaltener Vertrag ist in beiden Fällen als verpflichtend anzusehen.</p> <p>2. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung ist Schlüssel zur Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse. Daher muss die Ausbildungsqualität durch regelmäßige Kontrollen sichergestellt sein. Ebenso ist die Neuordnung der Zeiten zwingend notwendig – ohne genügend Zeit zum Lernen keine gute Ausbildung. Ferner ist eine allgemeingültige Standardisierung unabdingbar. Daher muss das BBiG zu einem allgemeinen Ausbildungsgesetz ausgeweitet werden. Gleichzeitig ist die materielle Sicherheit und berufliche Perspektive der Azubis sicherzustellen, damit sie sich auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Daher fordern wir eine am aktuellen BAföG-Höchstsatz orientierte allgemeine gesetzliche flächendeckende Mindestausbildungsvergütung bei voller Schul- und Lernmittelfreiheit, sowie eine unbefristete Übernahmegarantie durch den auszubildenden Betrieb. Zur Stärkung der Vertretung genannter Interessen muss eine Teilfreistellungen für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen gewährleistet werden.</p> <p>3. Das duale Studium spielt eine immer bedeutendere Rolle. Eine bessere Verzahnung durch Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule soll aus diesem Grund ins BBiG aufgenommen werden, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals definiert werden. Bestimmungen zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studierender/m und Betrieb sollen ebenfalls Bestandteil einer so gearteten Reform des BBiG sein. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie ein Tag zur Vorbereitung der Prüfungen und Studienzeiten muss garantiert sein.</p> <p>4. Im Bereich der Weiterbildung sind verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung zu definieren. Diese sind gesetzlich zu verankern.</p> <p>5. Leiharbeit gehört zu den Bereichen des Arbeitsmarktes, die sinnbildlich für das Fehlen von Sicherheit und Perspektive stehen. Hier liegt aus unserer Sicht grundlegender Reformbedarf vor. Der derzeitige Zustand ist nicht hinnehmbar. Daher fordern wir die rechtliche Gleichstellung von Leiharbeit und Stammebelegschaft und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Dabei darf Leiharbeit keine Verdrängung der Stammebelegschaft provozieren. Maximal 5% des Personalbedarfs soll zukünftig durch Leiharbeit abgedeckt werden. Klare Mindesteinsatzzeiten von sechs Monaten bei einer Maximalverlängerung auf 18 Monaten sollen als verpflichtend gelten. Bei Einstellungen sind vorrangig im Betrieb in Leiharbeit Befindliche zu berücksichtigen. Die Betriebe verpflichten sich ferner, ihre fachlich bezogenen Qualifizierungsangebote den Zeitarbeitskräften ebenso anzubieten wie der Stammebelegschaft der jeweiligen Standorte. Für Zeitarbeitsfirmen gilt gleichzeitig ein Synchronisationsverbot von Entleihervertrag und LeiharbeitnehmerInnenvertrag.</p> <p>6. Werkverträge lösen zunehmend Leiharbeit als Mittel der effizienten Ausbeutung von Beschäftigten ab. Eine Vertretung durch Betriebsräte ist nur in den seltensten Fällen zufriedenstellend sichergestellt. Daher fordern wir: die Einführung der Mitbestimmungspflicht des Betriebsrates beim Abschluss von Werkverträgen; klare rechtliche Abgrenzungen des missbräuchlichen Einsatzes von Werkverträgen; gesetzliche Klarstellung der Notwendigkeit der Autonomie des Werkvertragsnehmers gegenüber dem Werkbesteller; Verbesserungen der staatlichen Kontrollen im Rahmen des Schwarzarbeitsgesetzes und die Umkehr der</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Beweislast zu Gunsten der Beschäftigten, sofern Hinweise auf den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen vorliegen; insbesondere eine Erhöhung der Strafzahlungen sowie eine Einführung der Rechtsfolge der Umwandlung der betroffenen Arbeitsverhältnisse in reguläre unbefristete Normalarbeitsverhältnisse bei Nachweis der missbräuchlichen Werkvertragsvergabe. Mittelfristig ist die Einführung des Vorliegens einer verbindlichen Honorar- und Gebührenordnung als notwendige gesetzliche Voraussetzung zur Vergabe von Werkverträgen zwingend notwendig.	1 5 10
7. Wir fordern die Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung und die Wiederherstellung der vollen paritätischen Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro. Der Wunsch der Erhöhung der Arbeitszeit ist bei einer überwältigenden Mehrheit der geringfügig Beschäftigten vorhanden. Ca. die Hälfte der MinijobberInnen ist auf diesen zur Bestreitung des elementaren Lebensunterhalts angewiesen. Diese reichen in ihrer Form jedoch nur in den seltensten Fällen.	15
8. Wir fordern die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Beschränkung der befristeten Beschäftigung auf das absolute Minimum. Ebenfalls fordern wir die vernünftige Ausfinanzierung von langfristigen Planstellen im öffentlichen Beschäftigungsbereich sowie die langfristige Vergabe öffentlicher Aufgaben, die aufgrund des Subsidiaritätsprinzips nicht selbst erledigt werden können. Weder hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch das Beschäftigungsförderungsgesetz den Einstieg in ein Beschäftigungsverhältnis erleichtert, noch hat es die Arbeitslosenzahlen gesenkt. Das Resultat ist das Einsickern der Befristung zu Ungunsten des Normalarbeitsverhältnisses, sowie eine Reduktion von Normalplanstellen im öffentlichen Beschäftigungssektor. Dies ist nicht hinnehmbar.	20 25 30
9. Lebensplanung und -verhältnisse können sinnvolle Gründe darstellen, sich in einem in Teilzeit geregelten Arbeitsverhältnis zu befinden. Diese sind ebenso unterschiedlich wie legitim. Diese Planungen und Verhältnisse können sich allerdings ändern. Ein Wechsel von Teilzeit in Vollzeit ist bisher nicht ohne weiteres gewährleistet. Daher fordern wir für alle Teilzeitbeschäftigten einen gesetzlichen Anspruch auf Umwandlung in eine Vollzeitbeschäftigung.	35
10. Der Mindestlohn wirkt. Vielen geht es Dank seiner Einführung besser. Dennoch kann dies nur einen ersten Schritt darstellen. Sicherheit und Perspektive bietet der Mindestlohn in seiner derzeitigen Form nur beschränkt. Die noch immer deutlich ausbaufähigen Zahlen belegen dies. Um den Mindestlohn zu einer echten Trutzburg gegen Prekarität auszubauen, sind deutliche Ausweitungen notwendig. So dürfen Betriebsgeheimnisse nicht mehr als Begründung zur Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis gelten, wenn Missstände durch ArbeitnehmerInnen aufgedeckt werden. Gewerkschaften muss es ermöglicht werden, gegen Missstände in Form einer Verbandsklage rechtlich vorzugehen. Die Nachweispflicht bei der Erfüllung der Arbeitszeit liegt auf der ArbeitnehmerInnenseite. Die Beweisspflicht bei der Stundenerfassung muss auf Seiten der ArbeitgeberInnen liegen. Noch immer ist das Netz der Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns nicht engmaschig genug. Dieses liegt z. T. auch an der Umwidmung der Planstellen durch die Union. Wir fordern die Aufstockung der Planstellen mindestens um die 400 umgewidmeten Stellen. Folgerichtig muss auch über die Einhaltung eines gesetzlichen, allgemeinverbindlichen und flächendeckenden Mindestlohns für alle ArbeitnehmerInnen ohne Ausnahmen gewacht werden. Jegliche Ausnahmen, ob für Minderjährige oder Geflüchtete lehnen wir kategorisch ab. Sie sind unverzüglich abzuschaffen. Die Höhe des Mindestlohns gewährleistet in Deutschland noch immer keine materielle Sicherheit vor dem Abrutschen in prekäre Verhältnisse. Damit diese Sicherheit gewährleistet ist, sind mindestens 11,50€ je Arbeitsstunde notwendig. Wir fordern die Aufstockung auf ebendieses Lohnniveau. Mittelfristig fordern wir die Einhaltung der europäischen Sozialcharta durch die Bun-	40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 desrepublik. Dies bedeutet die Orientierung des Mindestlohns an 60% des Medianlohns, welches zur Zeit in Deutschland 12,40€ je Stunde entspricht</p> <p>5 Prekäre Beschäftigung ist ein reiner Subventionssektor für die Be- feuerung der Zielsetzung des Gewinnmaximierungsstrebens des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sie genügt weder den An- sprüchen an gute Arbeit und faire Bedingungen, noch ist sie lang- fristig von Vorteil für die Entwicklung eines Wirtschaftsraumes.</p> <p>10 Kurzfristige Kapitalinteressen werden vor die des Allgemeinwohls und der ArbeitnehmerInnen sowie die langfristige Entwicklung ei- nes Wirtschaftsraums gestellt. Eine fortschreitende wirtschaftliche wie soziale Verelendung weiter Teile der Gesellschaft lehnen wir ab. Diesen Entwicklungen stellen wir JungsozialistInnen uns ent- schlossen entgegen. Ziel muss es sein, faire Bedingungen für alle sicherzustellen.</p>	
<p>20 Ar47 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Lohnraub verhindern; unbezahlte Überstunden verbieten</p> <p>25</p> <p>Wir fordern die SPD dazu auf, schnellstmöglich eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die Arbeitgeber*innen zur Auszahlung (auch in Form von Freizeitausgleich) jeder Überstunde verpflichtet.</p> <p>30</p>	<p>Ar47 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Lohnraub verhindern; unbezahlte Überstunden verbieten</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>Ar48 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>35 Einordnung der Fachpraktiker Ausbildungsberufe und der in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) angebotenen Ausbildungsbereiche in den DQR und EQR</p> <p>40</p> <p>45 Die AG Selbst Aktiv fordert die Bundestagsfraktion, Bundes SPD und die Länder SPD auf, die Fachpraktiker Ausbildungsberufe und die Ausbildungsbereiche der WfbM in eine der acht Niveaustufen des DQR und des EQR einzuordnen. Wir fordern diese mindestens 50 in das zweite, besser jedoch in das dritte Niveau einzuordnen, da es sich um mehrjährige staatlich anerkannte Ausbildungsberufe han- delt.</p>	<p>Ar48 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Einordnung der Fachpraktiker Ausbildungsberufe und der in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) angebotenen Ausbildungsbereiche in den DQR und EQR</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand</p>
<p>55 Ar49 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Überprüfung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, Jobcentern und gleichgelagerten Maßnahmen</p> <p>60</p> <p>Wir fordern eine Überprüfung, und eine daraus eventuell resultie- rende Änderung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, Job- centern und gleichgelagerten Maßnahmen.</p> <p>65</p>	<p>Ar49 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Überprüfung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, Jobcentern und gleichgelagerten Maßnahmen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
Ar	Ar50 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i> Das Existenz eines Menschen wirklich sichern – Sanktionen des ALG II abschaffen <p>Die genannten Institutionen werden hiermit aufgefordert, sich für die Abschaffung der Sanktionen des Arbeitslosengeld II einzusetzen oder/und aktiv den Beschluss umzusetzen. Dadurch dürfen zukünftig keinem arbeitslosen Menschen die Leistungen gekürzt oder gestrichen werden. Der Name „Hartz IV“ soll durch den Namen „Grundsicherung“ ersetzt werden.</p>	Ar50 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i> Das Existenz eines Menschen wirklich sichern – Sanktionen des ALG II abschaffen <p>Ablehnung</p>	1 5 10 15
	Ar51 <i>Bezirk Weser-Ems</i> Arbeitsrecht in der Fleischindustrie <p>Die am 21. September 2015 erreichte Selbstverpflichtung von 6 führenden Unternehmen in der Fleischindustrie muss nach spätestens einem halben Jahr nach Inkrafttreten überprüft werden und bei nicht vollständiger Erfüllung müssen umgehend gesetzliche Regelungen folgen.</p>	Ar51 <i>Bezirk Weser-Ems</i> Arbeitsrecht in der Fleischindustrie <p>Erledigt durch Zeitablauf</p>	20 25
	Ar52 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i> Einführung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos“ <p>Die SPD fordert alle Ebenen auf, sich für ein „Lebensarbeitszeit-Konto“ in der Arbeitswelt einzusetzen. Wünschenswert ist eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften mit den Arbeitgeber*innenverbänden.</p>	Ar52 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i> Einführung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p>	30 35 40
	Ar53 <i>Ortsverein Lüdenscheid-Honsel-Worth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Grundsicherung <p>Wir rufen alle Delegierten auf, sich für die Umsetzung folgender Forderungen mit Nachdruck einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beim Übergang von ALG I zur Grundsicherung für Arbeitsuchende muss die erbrachte Beitragsleistung zu den Sozialversicherungen wertsteigernd berücksichtigt werden, sodass neben dem Bedarf auch der bisher gezahlte Beitrag die Höhe von ALG II bestimmt. • Außerdem sollen die bisher geleisteten Beitragsjahre auch zur Erhöhung des Selbstbehalts bei der Anrechnung des Vermögens führen. 	Ar53 <i>Ortsverein Lüdenscheid-Honsel-Worth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Grundsicherung <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand</p>	45 50 55 60
			65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="151 212 609 273"> <p>1 Ar54 <i>Unterbezirk Cloppenburg (Bezirk Weser-Ems)</i></p> </div> <div data-bbox="151 295 750 376"> <p>5 Mindestvergütung für Auszubildende / Ausbildungsplatzumlage</p> </div> <div data-bbox="151 407 801 593"> <p>Wir fordern, dass die SPD sich auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzt, dass eine Mindestvergütung für Auszubildende gesetzlich geregelt wird, die genauso hoch ist wie der BAföG-Höchstsatz. Überdies soll eine Ausbildungsplatzumlage entwickelt werden, bei der Unternehmen, die wenig ausbilden, einzahlen, damit davon die Unternehmen profitieren, die überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze anbieten.</p> </div> <div data-bbox="151 665 622 752"> <p>15 Ar55 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i> 20 <i>Landesverband Bayern</i></p> </div> <div data-bbox="151 772 552 855"> <p>25 Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive</p> </div> <div data-bbox="151 884 801 1124"> <p>Die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt hat sich sichtbar erhöht. So erzielt ein Teil der Beschäftigten relativ gute Einkommen und profitiert von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, während andere von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind oder nur prekäre Beschäftigung finden. Nach einer Phase wachsender Chancengleichheit trotz ungleicher sozialer Ausgangslage nimmt die Abhängigkeit der beruflichen Perspektive von der sozialen Lage des Elternhauses wieder zu. „Wer unten ist bleibt unten“ findet längst wieder wachsende Bestätigung.</p> </div> <div data-bbox="151 1124 801 1391"> <p>35 Einen großen Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen hat die berufliche Qualifikation. Veränderte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Stichworte: Digitalisierung, Industrialisierung 4.0) verschärfen das Problem wachsender bildungspolitischer Polarisierung und die Entwicklung eines drohenden Fachkräftemangels. Wachsende Teile der Bevölkerung verfügen über eine berufliche Qualifizierung weit unterhalb des Durchschnitts. Ohne bildungspolitisches Gegensteuern wird auch die notwendige Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht weiter zu vergrößern. Wir fordern deshalb</p> </div> <div data-bbox="151 1415 801 1841"> <p>45 1. eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive, die von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung reicht und Bildung mit den Zielgruppen gestaltet und umsetzt. 2. anstelle einer kurzfristig orientierten, mit Sanktionen durchgesetzten Qualifizierungspolitik sind wieder mittel- und langfristige Orientierungen anzustreben. Neben der Weiterentwicklung der klassischen Qualifizierungsinstrumenten sind neue Anreizsysteme für Erst- und vor allem die Weiterbildung zu entwickeln (Ermöglichung von Transfergesellschaften auch für Klein- und Mittelbetrieb; Stärkung des Rechtsanspruchs von ArbeitnehmerInnen über die unmittelbare Anpassungsqualifizierung am Arbeitsplatz hinaus, Verbesserung der Einkommenslage in Phasen der (Weiter)Bildung, Schaffung ökonomischer Anreizsysteme insbesondere in den unteren bei (Langzeit)Arbeitslosen.). 60 3. einen zusätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Qualifizierungselementen.</p> </div> <div data-bbox="151 1926 130 1946"> <p>65</p> </div>	<div data-bbox="815 212 1292 273"> <p>Ar54 <i>Unterbezirk Cloppenburg (Bezirk Weser-Ems)</i></p> </div> <div data-bbox="815 295 1433 376"> <p>Mindestvergütung für Auszubildende / Ausbildungsplatzumlage</p> </div> <div data-bbox="815 407 1334 434"> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 18</p> </div> <div data-bbox="815 665 1305 752"> <p>Ar55 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i></p> </div> <div data-bbox="815 772 1232 855"> <p>Für eine gesellschaftliche Qualifizierungsoffensive</p> </div> <div data-bbox="815 884 1307 911"> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm, Seite 18 ff.</p> </div>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Ar56 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i>	Ar56 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i>
	Flächendeckend erleichterter Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge	Flächendeckend erleichterter Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge
	<p>Wegfall der sog. Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit bei der Arbeitsaufnahme von geflüchteten Personen im Asylverfahren und bei Geduldeten. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller Flüchtlinge, die im Bundesgebiet Schutz suchen, und zur Verbesserung ihrer Integrationschancen in den Arbeitsmarkt soll die sog. Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit bundesweit, in allen Agenturbezirken entfallen.</p> <p>Ausgangssituation: Flüchtlinge, über deren Antrag auf humanitären Schutz noch nicht entschieden wurde, haben nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland grundsätzlich Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung setzte jedoch bislang während der ersten 15 Monate des Aufenthalts voraus, dass die Bundesagentur für Arbeit prüft, ob bevorrechtigte (Inländer, EU-Bürger*innen, anerkannte Schutzberechtigte) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Beschäftigung zur Verfügung stehen (Vorrangprüfung). Die tatsächliche Aufnahme der Beschäftigung ist in der Vergangenheit oftmals an der Vorrangprüfung gescheitert, weil dieses Verfahren mehrere Wochen in Anspruch nahm und die Besetzung der Arbeitsplätze den Arbeitgebern in der Regel sehr dringlich ist.</p> <p>Gegenwärtiger Zustand: Die sog. Vorrangprüfung wurde zum 06. August 2016 in 133 von insgesamt 156 Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit für drei Jahre ausgesetzt. Damit wurde der Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge in vielen Kommunen erheblich erleichtert. Mit der vierten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung wurde festgelegt, in welchen Bezirken der Bundesagentur für Arbeit künftig die Vorrangprüfung temporär entfällt. Durch eine Beteiligung der Länder wurde sichergestellt, dass die regionale Arbeitsmarktlage Berücksichtigung findet. Die verbleibenden 23 Agenturbezirke, in denen weiterhin innerhalb der ersten fünfzehn Monate des Aufenthalts eine Vorrangprüfung bei Asylbewerbern und Geduldeten durchgeführt wird, befinden sich in Bayern (Aschaffenburg, Bayreuth-Hof, Bamberg-Coburg, Fürth, Nürnberg, Schweinfurt, Weiden, Augsburg, München, Passau, Traunstein), in Nordrhein-Westfalen (Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen, Recklinghausen) sowie in Mecklenburg-Vorpommern, das vollständig ausgenommen wurde.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
	Ar57 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Ar57 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>
	Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen	Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen
	<p>Die Armut steigt stetig in Köln und in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende und Rentner/innen. Immer mehr Menschen werden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Diese Entwicklung wollen wir aufhalten und fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Anrechnung mehr des Kindergeldes auf das Arbeitslosengeld II • Es ist eine Grundsicherung für den Lebensunterhalt einzuführen, die auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mit berücksichtigt und finanziert wird. 	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Den Mindestlohn über die turnusgemäße Anpassung seitens der beauftragten Kommission hinaus zu erhöhen und nicht aufzuweichen, wie beispielsweise beabsichtigt in der Beschäftigung von Flüchtlingen.</p> <p>5 • Die Ausweitung von Ausnahmeregelungen ist abzulehnen, auch im Hinblick auf die Beschäftigung von Geflüchteten. Phasen von Nachqualifizierung müssen überprüfbar befristet sein.</p> <p>Die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Einschränkungen im Sozialen Arbeitsmarkt ist auszuweiten, daneben sind Entfristung und tarifliche Entlohnung anzustreben.</p> <p>10</p>	
<p>Ar58 15 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p>	<p>Ar58 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p>
<p>Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft</p> <p>20</p>	<p>Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft</p>
<p>Präambel: Unser Ziel ist eine moderne, sozial integrierende und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft, die auf dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf gesichertem Einkommen basiert.</p>	<p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>25 Thesen:</p> <p>1. Die in verschiedenen Formen ausgeübte Arbeit ist die Quelle des bisher erarbeiteten und des künftigen Wohlstands. Die soziale integrierende Arbeitsgesellschaft gewährleistet eine Beteiligung aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ein Niedriglohnsektor ist mit diesem Ziel unvereinbar.</p> <p>30 2. Eine gerechte Entlohnung der Arbeit muss sich an Ihrem gesellschaftlichen Nutzen und an der körperlichen und geistigen Beanspruchung und den Fähigkeiten der Arbeitenden orientieren, nicht aber an ihrem Marktwert (Arbeit ist keine Ware).</p> <p>35 3. Eine soziale und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft begreift gute Arbeit für ein gutes Leben und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten durch solidarische und kooperative Arbeitsbeziehungen zwischen allen Menschen und Völkern als ihr Ziel.</p> <p>40 4. Eine sozial integrierende Arbeitsgesellschaft verbindet höchstmögliche Freiheit und Flexibilität bei der Ausübung der Arbeit mit einer zuverlässigen sozialen Sicherung. Der Zugang zu den wesentlichen Grundgütern Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Kleidung, Bildung, Energie, Kultur muss unabhängig vom Markt gesichert sein.</p> <p>45 5. Eine moderne Arbeitsversicherung umfasst alle Formen der gesellschaftlich notwendigen bzw. nützlichen Arbeit, sichert Zeiten der Nichtbeschäftigung ab und gewährleistet Bildung und Qualifikation über das gesamte Arbeitsleben hinweg.</p> <p>50 6. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ersetzt den marktgetriebenen Zwang zur Rentabilität durch ihren wissensbasierten Drang zu Produktivität. Die Entfaltung der gesellschaftlichen Möglichkeiten der digitalen Technik setzt voraus, dass ihre Anwendung und Entwicklung nicht durch Eigentumsrechte eingeschränkt wird.</p> <p>55 Der Zwang zur Effizienz muss vor allem dort beseitigt werden, wo er Nachhaltigkeit und gutem Leben entgegensteht (z.B. Landwirtschaft, Fürsorge, Gesundheit, Bildung).</p> <p>60 7. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ist demokratisch, ihre Demokratie endet nicht am Werkstor. Die Konkurrenz zwischen Menschen und Staaten wird durch einen Wettbewerb um gutes und nachhaltiges Leben ersetzt. Es entsteht ein ergebnisoffener, produktiver Wettstreit verschiedener Arbeits- und Wirtschaftsformen (Markt, Staat, Kommune, Eigentumsformen, Sharing-Economy, Solidarwirtschaft, Subsistenzwirtschaft, Ökonomie des Prosumierens), indem sich nicht der Stärkere durchsetzt, sondern</p> <p>65 das nachhaltig gesellschaftlich Nützlichere.</p> <p>8. Zu einer modernen Arbeitsgesellschaft gehört ein gerechtes Steuersystem. Ziel ist eine Unternehmensbesteuerung, die Inve-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>stitutionen fördert und nicht Reichtum. Eine Einkommensbesteuerung erfolgt nach Leistungsfähigkeit und trägt zu einem sozialen Ausgleich bei.</p>	1
<p>Ar59 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p><i>Zu jung für gute Arbeit? - Forderungen junger Arbeitnehmer_innen und Azubis</i></p> <p>Auf dem ersten arbeitsmarktpolitischen Kongress der Jusos Bayern am 13.02.2016 in Nürnberg haben wir gemeinsam mit Bündnispartner_innen der Gewerkschaftsjugend, SJD - Die Falken und AWO-Landesjugendwerk die Beschäftigungssituation und die Arbeitsbedingungen junger Arbeitnehmer_innen in Bayern debattiert. Aus den Diskussionen, Workshops und Impulsreferaten samt der Vorstellung des DGB-Ausbildungsreports 2015 ist ein gemeinsames Positionspapier entstanden, das als Grundlage für ein gemeinsames Bündnis für eine neue Arbeitnehmer_innenbewegung dienen soll. Zusammen mit den Bündnispartner_innen leiten wir folgende Forderungen ab: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und gute Ausbildung fördern!</p> <p>Im Rahmen der Arbeitsmarktreformen wurde die Beschäftigungsstruktur massiv umgebaut. Die Probleme dieses „neuen“ Arbeitsmarktes machen auch vor den Jugendlichen nicht halt. Wir fordern eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine effektive Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Alle Unternehmen mit über 5 Mitarbeiter_innen, sollen dazu verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfond zahlen (Ausbildungsumlage).</p> <p>Auch nach Absolvierung der Ausbildung brauchen junge Menschen Sicherheit beim Start ins eigenständige Leben. Daher erheben wir die Forderung nach einer unbefristeten Übernahmegarantie nach der Ausbildung.</p> <p>Ferner sind Auszubildende keine Arbeitnehmer_innen zweiter Klasse. Was anderen Menschen in ihrem Berufsleben mittlerweile endlich durch den Mindestlohn zusteht, brauchen auch Auszubildende, um auf eigenen Beinen zu stehen. Dafür brauchen wir eine Verankerung einer Mindestausbildungsvergütung.</p> <p>Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so wenig verdienen, dass sie sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss Auszubildenden ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden BAföG-Satzes.</p> <p>Auch ausreichend Angebote an Auszubildendenwohnheimen sind nötig, um den Schritt in die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Zudem soll die Ausbildungsqualität verbessert, das duale System gestärkt und erhalten werden.</p> <p>Die Ausbildungsmängel und die Verstöße gegen gesetzliche Regelungen sind zahlreich und vielfältig. Auszubildende arbeiten häufig zu lange und müssen gar unbezahlte Überstunden ohne Freizeitausgleich ableisten. Statt die nötigen Fertigkeiten für ihren Beruf vermittelt zu bekommen, müssen sie fachfremde Tätigkeiten erledigen, die sie in ihrer Ausbildung nicht vorwärts bringen, Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz werden allerdings kaum geahndet - es fehlen die Kontrollen. Deshalb fordern wir endlich wirksame Kontrollen, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung einzudämmen.</p>	<p>5</p> <p>Ar59 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p><i>Zu jung für gute Arbeit? - Forderungen junger Arbeitnehmer_innen und Azubis</i></p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm, Seite 12, 15</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Gute Arbeit und Stärkung der Arbeitnehmer_innenrechte! Re-Regulierung des Arbeitsmarktes!</p> <p>Die Veränderungen am Arbeitsmarkt haben auch die Aushöhlung der Arbeitnehmer_innenrechte zur Folge. Arbeitsverhältnisse werden immer öfter zu Zeit-, Frist- oder Minijobs. Die Folge sind weniger Geld im Geldbeutel, keine Absicherung, eine ungewisse Zukunft und vorprogrammierte Altersarmut. Junge Menschen sollen ihre Zukunft frei gestalten und ohne Existenzängste in die Zukunft blicken können! Regelarbeitsverhältnisse müssen auch für junge Menschen wieder möglich werden.</p> <p>Mit der Einführung und Förderung von atypischer und prekärer Beschäftigung wurde ein neuer „Typ“ Beschäftigter geschaffen, die flexibel und belastbar sein müssen. Jugendliche handeln sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten, in der Hoffnung auch irgendwann zum Zug zu kommen und um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Diesen Verwerfungen gilt es entschieden entgegenzutreten! Das Handeln Jugendlicher darf nicht ständig von der Angst bestimmt sein, in ein paar Monaten ohne einen Job zu sein oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gute Arbeit muss gerecht bezahlt werden! Da sachgrundlose Befristungen vielfach dazu missbraucht werden, eine Art „Probezeit“ zu generieren, die faktisch weit über die gesetzlichen 6 Monate hinausgeht, fordern wir die Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Die Sachgründe für mögliche Befristungen müssen so eng wie möglich definiert werden, um einen Missbrauch zu verhindern.</p> <p>Auch muss eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Arbeitsmarktpolitik den Auswüchsen des Missbrauchs von Leiharbeit entschieden entgegentreten. Wir fordern daher die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes sowie eine Unterbindung von Umgehungstatbeständen, wie zum Beispiel Werkverträgen. Kurzarbeit kann ein wirkungsvolles Werkzeug sein, um in Krisen durch weniger Arbeitszeitvolumen auf knappe Auftragslage zu reagieren, ohne dabei Arbeitsplätze abzubauen. Sie muss jedoch strengen Regeln unterworfen sein, um einen leichtfertigen Einsatz zu verhindern.</p> <p>35 Schluss mit der Generation Praktikum!</p> <p>Um drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen, sehen sich auch immer mehr junge Menschen genötigt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, indem sie zum Beispiel un- oder unterbezahlte Praktika absolvieren. In mehreren Branchen hat sich ein regelrechter „Praktika-Arbeitsmarkt“ herausgebildet, auf dem Praktikant_innen reguläre Arbeitsstellen ersetzen. Um Praktika besser von regulären Beschäftigungsverhältnissen abzugrenzen und klarzustellen, dass Praktika zum Lernen da sind und berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen vermitteln sollen, müssen sie gesetzlich eindeutig als Lernverhältnisse definiert sein. Die Zahl der Volontär_innen/ Praktikant_innen zu regulären Mitarbeiter_innen muss in einem Verhältnis stehen, das das Lernen sichert.</p> <p>Es muss verpflichtend ein schriftlicher Praktikumsvertrag geschlossen werden. Bestandteil des Vertrags muss ein individueller Ausbildungsplan sein. Dieser Ausbildungsplan regelt die Dauer, die Form und den Inhalt der Vermittlung von Kenntnissen. Außerdem werden Ausbildungsziel, Dauer, Vergütung und Urlaub geregelt. Feste Ansprechpartner_innen im Sinne eines Ausbilders/ einer Ausbilderin (vgl. BBiG) müssen obligatorisch sein. Praktikant_innen/ Volontär_innen haben Anspruch auf Anleitung und Beratung durch für diese Aufgabe befähigte Mitarbeiter_innen, die das Praktikum/ Volontariat fördern und betreuen. Praktikant_innen/ Volontär_innen haben Anspruch auf ein qualifiziertes Zeugnis nach Abschluss des Praktikums/ Volontariats.</p> <p>Ein Volontariat muss auf maximal zwei Jahre begrenzt werden. Eine kürzere Dauer des Volontariats kann auf Wunsch des Volontärs auf minimal ein Jahr vereinbart werden, wenn durch Vorkenntnisse das Ausbildungsziel in kürzerer Zeit erreicht werden kann.</p> <p>65 Im Übrigen kann das Volontariat durch Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis abgekürzt werden. Wir fordern eine Aufwandsentschädigung in Form eines Mindestlohnes auch für Praktika und ähnliche Lernverhältnisse.</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Mitbestimmung stärken! Der Ausbildungsreport der DGB Jugend zeigt zudem deutlich: Wo betriebliche Mitbestimmung und Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorhanden sind, sind die Auszubildenden deutlich zufriedener mit Ihrer Ausbildungssituation, werden weniger Verstöße gegen Ausbildungsordnungen und gesetzliche Regelungen registriert und die Interessen der Jugendlichen gegenüber dem/der Arbeitgeber_in besser vertreten.	1
	Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger Arbeitnehmer_innen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben gesetzlich zu stärken und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) daher mit weiteren Rechten auszustatten. Zudem fordern wir die Ermöglichung von Teilfreistellungen für Jugend- und Auszubildendenvertreter_innen, die jedoch nicht mit dem Ziel, einen Berufsabschluss zu erreichen, kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.	5
	Mindestlohn auch für Minderjährige! Wir fordern die Einführung eines Mindestlohns auch für Minderjährige, damit auch sie von ihrer Arbeit leben können. Die Ausnahmen beim Mindestlohn müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Bereits jetzt, ein Jahr nach der Einführung des Mindestlohns, hat sich dessen positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt bestätigt. Die Unkenrufe derjenigen, die Ausnahmen zulasten junger Arbeitnehmer_innen durchgesetzt haben, wurden eindeutig widerlegt. Die Ausweitung und Anhebung des Mindestlohns ist daher unsere logische Forderung. Der Mindestlohn muss unverzüglich für alle Jugendliche und für alle Praktikant_innen über die gesamte Praktikumsdauer gelten! Die Argumentation, nach der Jugendliche durch einen Mindestlohnjob die Lust auf Schulbildung verlieren, halten wir für unglaublich.	10
	Arbeitszeitmodelle Auch das Thema flexible Arbeitszeiten rückt immer mehr in den Fokus gerade junger Arbeitnehmer_innen. Die Gründe hierfür sind vielfältig, liegen bspw. auch in verschobenen gesellschaftlichen Normen und anderen technologischen Mitteln. Flexibilität an sich dient allerdings in verschiedenen Arbeitsformen eher den Arbeitgeber_innen, als den Beschäftigten, verschärft Ausbeutungsverhältnisse sogar. Grundsätzlich muss stärker für das Thema workload sensibilisiert werden, anstatt die Arbeitszeit an einer bestimmten Zahl festzumachen. Zur Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle fordern wir deshalb verschiedene Punkte und Regelungen: Einführung einer Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten, wobei während der Beschäftigung ein Zeitguthaben angespart wird und eine finanzielle Absicherung für Zeiten reduzierter Arbeitszeit besteht.	15
	Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer_innen, um eine Kontrolle gesetzlicher Vorgaben und tariflicher Vorgaben gewährleisten zu können und Beschäftigten einen Überblick über ihre Arbeitszeit zu bieten. Weiter sind flexible und individuelle Lösungen von Arbeitszeitmodellen gerade da bisher möglich, wo Arbeitnehmer_innen Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Dort wo es keine betrieblichen oder tariflichen Regelungen gibt, muss es Initiativen und Anreize geben, solche zu schaffen.	20
	Equal pay! Wir wollen eine Welt, in der sich Menschen unabhängig von Geschlechtsdefinitionen und sexueller Orientierung frei und gleich entfalten können. Diskriminierungen müssen verschwinden. Besonders gilt es, die Situation der Frauen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Blick zu halten. Noch immer gibt es reale Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Tätigkeit (Gender Pay Gap) und eine generelle Schlechterstellung von typisch „weiblichen“ Berufen. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass junge Frauen noch immer vorwiegend „weibliche“ Ausbildungsberufe, wie Friseurin, Verkäuferin oder Bürokauffrau, ergrei-	25
		30
		35
		40
		45
		50
		55
		60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 fen. Die besser bezahlten Ausbildungsberufe sind aber gerade die „männlichen“, weil technischen, Berufe wie Mechatroniker, Fachinformatiker oder Industriemechaniker. Stereotype und klassische Rollenbilder müssen daher aufgebrochen werden!</p> <p>5 Faire Stellenausschreibungen - Faire Bewerbungsverfahren! Wir möchten nach unserer Ausbildung in Betrieb und Hochschule einen guten und schnellen Einstieg in die Berufstätigkeit. Daher möchten wir faire Stellenangebote, die nicht nur die Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einhalten.</p> <p>10 Wir möchten zwischen Stellenangeboten auswählen und sie miteinander vergleichen können und uns nicht gegenseitig im Gehalt „unterbieten“. Deshalb fordern wir die verpflichtende Angabe des Gehaltes bzw. der Eingruppierung bereits in den Stellenausschreibungen.</p> <p>15 Ebenso darf keine pauschale Ausgrenzung von Bewerber_innen ohne Berufserfahrung erfolgen. Berufserfahrung als Voraussetzung muss die Ausnahme sein und in der Stellenausschreibung begründet werden.</p> <p>Oft werden Menschen aufgrund ihres Alters, Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Äußeren oder etwaiger Behinderungen benachteiligt und somit frühzeitig aufgrund des Namens oder des Passbildes „aussortiert“. Dies schadet im besonderen Maße jungen Menschen, da ihnen das zusätzliche Stigma anhaftet, nicht über Arbeitserfahrung zu verfügen. Wir fordern daher die Einführung von gesetzlich festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsverfahren.</p> <p>20 Vor dem ersten persönlichen Kontakt zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen soll der einstellende Betrieb keine Informationen über Name, Alter, Geschlecht, Herkunft oder mögliche Behinderungen erhalten. Ebenso sind den Bewerbungen nicht länger Fotos beizufügen.</p> <p>30 Novellierung des Berufsbildungsgesetzes! Kostenfreies Lernen ist für uns nicht nur eine Forderung für die Gestaltung des Lernens an allgemeinbildenden Schulen. Auch die Berufsausbildung sowie das duale Studium sollen kostenfrei angeboten werden. Des Weiteren sollen alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel, Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell anfallende Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.</p> <p>35 Zudem muss die Qualität der Berufsausbildung gewahrt werden. Dem Ansinnen einer zweijährigen „billigeren“ Schmalspur-Ausbildung, wie sie von der Wirtschaft des Öfteren angestrebt wird, ist Einhalt zu gebieten. Eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermittlung. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden nicht zuletzt aufgrund der Entwicklungen durch Arbeit 4.0 weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte.</p> <p>40 Die Modularisierung der Ausbildung lehnen wir ab. Unser Idealmodell ist noch immer die duale Ausbildung in Schule und Betrieb, deren beide Elemente miteinander verzahnt sind. Dennoch gibt es auch hier Verbesserungsbedarf: Die Berufsschulzeit muss für alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter, inklusive der Wege- und Pausenzeit vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden. Die Rückkehrpflicht in den Betrieb nach der Berufsschule muss abgeschafft werden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksichtigt werden.</p> <p>45 Auszubildende sollen genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung vorbereiten zu können, deshalb sollen sie fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenrelevanten Prüfungen angemessen freigestellt werden. Auch das duale Studium muss nach den Prinzipien guter Ausbildung erfolgen. Deshalb müssen Ausbildung und Studium verzahnt</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums abgestimmt werden. Hierfür bedarf es Regeln der Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule, Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, Bestimmungen zur Ausbildungsvergütung, wie auch Regelungen zur nicht-ausbeuterischen Ausgestaltung des Ausbildungsvertrags, die im BBiG verankert werden müssen.	1
	Weiterbildung ist ein zentrales Element in der heutigen Arbeitspraxis. Aus diesem Grund müssen verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Verankerung eines Fortbildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssicherungssystem verpflichtend anwenden.	5
	Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel, über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden.	10
	Anspruch auf Bildungsurlaub!	15
	In einer schnelllebigen und globalisierten Welt ist es für Arbeitnehmer_innen besonders wichtig, sich auf dem aktuellen Stand zu halten, um auch zukünftig erfolgreich ihren Beruf ausüben zu können. Neben Sachsen ist Bayern eines der wenigen Bundesländer, in denen es immer noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub gibt. Wir fordern daher die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub von 15 in das laufende Jahr vorziehbaren beziehungsweise in das Folgejahr übertragbaren Arbeitstagen pro Jahr beziehungsweise bei einer Sechstageswoche 18 Werktagen. Die Kosten sind paritätisch durch den Arbeitgeber und die Staatskasse zu tragen.	20
	Stärkung des Ehrenamtes!	25
	Die steigenden Ansprüche an unsere Berufsausbildung und die gleichzeitige Verkürzung der Jugendphase, wie sie in der Shell Jugendstudie 2015 belegt wurde, macht es immer schwieriger sich neben der Ausbildung oder dem Studium ehrenamtlich zu engagieren. Es gibt zwar einen Anspruch auf Jugendleiter-Sonderurlaub, doch in den meisten Fällen kann diese Möglichkeit nicht genutzt werden, weil dies oft Nachteile im Betrieb oder für die Karriere mit sich bringt. Den Anspruch in einer prekären Beschäftigung durchzusetzen ist ohne nachteilige Auswirkungen nicht möglich. Wir fordern daher eine Stärkung des Ehrenamtes. Wer sich ehrenamtlich engagiert, darf keine Nachteile in Ausbildung und Arbeit fürchten.	30
	Diese Forderungen wollen wir in unserer Organisation - soweit das noch nicht der Fall ist - zur Beschlusslage machen. Gemeinsam kämpfen wir für einen Wandel in der Arbeitswelt, der die Interessen der Arbeitenden in den Vordergrund stellt.	35
		40
		45
Ar60	Ar60	50
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	55
Digitale Arbeitswelt regeln und gestalten	Digitale Arbeitswelt regeln und gestalten	60
Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt bringt große Herausforderungen für die Gestaltung des „Arbeitsplatzes“ mit sich. Hierbei gilt es, die Rahmenbedingungen – vor allem auch in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – so zu gestalten, dass die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Definition und Gestaltung von Arbeitsverhältnis (Arbeitsvertrag), Arbeitsplatz, Arbeitszeit und Mitbestimmung. Die SPD ist hier gefordert, entsprechende Konzepte zu erarbeiten.	Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 22.	65
Wir begrüßen ausdrücklich die „Digitale Agenda“, die vom Bundeskabinett im August 2014 beschlossen worden ist, als wichti-		

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 gen Denkanstoß. Dort heißt es: „Der digitale Wandel bietet große Chancen, unseren Wohlstand und die Lebensqualität zu steigern und Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern ... Digitale Wertschöpfung und Vernetzung schaffen Wachstum und geben Impulse</p> <p>5 für gutes Arbeiten in der digitalen Welt.“ Vor allem unterstützen wir die darin enthaltene Erklärung der Bundesregierung „gute digitale Arbeit“ voranbringen zu wollen, die sicher und gesund ist und sich positiv auf die Beschäftigungsfähigkeit auswirkt“.</p> <p>Auch der Beschluss des Bundesparteitags „Die Arbeitswelt der</p> <p>10 Zukunft gestalten“ geht in vielen Punkten in die richtige Richtung und setzt gute und wichtige Impulse. Wir teilen das Anliegen „Gute digitale Arbeit voranzubringen“, weil es in der Tat sehr viel zu tun gibt, halten es jedoch für wichtig, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus zu stellen und die sozialen Sicherungssysteme für alle - in welcher Form auch immer - Beschäftigten armutsfest und lebensstandardsichernd auszugestalten. Gemeinsam mit dem DGB und den Gewerkschaften stellen wir uns daher den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden digitalen Vernetzung der Arbeitswelt ergeben. Digitale Arbeit, also</p> <p>20 Arbeit mit digitalen Arbeitsmitteln, breitet sich mehr und mehr aus. So sind 92% der Arbeitsplätze in der Medien- und Kulturbranche, 82% der Arbeitsplätze in Energieunternehmen und 71% der Arbeitsplätze im Handel bereits „digital ausgestattet“. Schon über die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitet im Netz. Gegenwärtig werden noch weiter reichende Überlegungen zur Digitalisierung der</p> <p>25 Dienstleistungsarbeit entwickelt. Hiervon sind bis zu drei Viertel aller Erwerbstätigen, die im Dienstleistungssektor tätig sind, betroffen – Freiberufliche wie Angestellte.</p> <p>Aber auch in der Industrie führt die fortschreitende Entwicklung</p> <p>30 der Informations- und Kommunikationstechnik zu einer Umgestaltung von Produktions- und Büroarbeit. Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ werden die sich schon jetzt abzeichnenden Veränderungen der Arbeitsplätze in der Industrie intensiv diskutiert. Erwartet wird eine neue grundlegende Umgestaltung der Arbeit. Arbeitspolitische Initiativen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sowie der Politik sind deshalb sowohl im Dienstleistungsbereich wie auch in der Industrie dringend geboten.</p> <p>Die Digitalisierung ermöglicht neue Formen der Arbeitsteilung und die Neudefinition von Geschäftsmodellen, verändert Wertschöpfungsketten; sie erlaubt orts- und zeitungebundene Arbeit. Die damit einhergehende forcierte Globalisierung ist bisher unzureichend reguliert. Eine intensivierte Konkurrenz nicht nur auf den Absatzmärkten, sondern auch auf einem global verteilten, virtualisierten Arbeitsmarkt ist die Folge. Ver- und Auslagerung von Unternehmens-</p> <p>45 teilen, verbunden mit Bedrohungsszenarien gegenüber den Belegschaften zum Senken von sozialen Standards und zur Arbeitsintensivierung, werden so Alltag. Entgrenzung und ständige Erreichbarkeit sind in manchen Unternehmen Maxime der Arbeitsgestaltung geworden</p> <p>Die damit verbundenen Gefährdungen zunehmender psychischer Fehlbeanspruchungen zeigen sich bspw. in steigenden Burn-Out-Quoten, sie stellen aber nicht nur ein Risiko für die Beschäftigungsfähigkeit der unmittelbar betroffenen Erwerbstätigen dar. Sie unterminieren Systeme sozialer Sicherung, und sie hemmen die emanzipatorischen und humanisierenden Potentiale der Digitalisierung, wenn keine Leitlinien Guter Arbeit auch in einer digitalisierten Arbeitswelt erstellt, befolgt und verwirklicht werden.</p> <p>• Bildungssystem den neuen Herausforderungen anpassen</p> <p>60 Das derzeitige Bildungssystem wird den Herausforderungen nicht gerecht, gefördert werden überwiegend Fächer, deren unmittelbarer Nutzen für die derzeitige Wirtschaft im Vordergrund steht. Kreative, geisteswissenschaftliche, soziale und kommunikative Fächer werden zunehmend vernachlässigt. Gerade deren Kompetenzen werden jedoch zusammen mit den entwickelten und sich entwickelnden Technologien und weltweiten Vernetzungen zunehmend erforderlich werden.</p> <p>65</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Eine arbeitsorientierte Forschung digitaler Arbeit stellt deren soziale Gestaltung in den Mittelpunkt und ist nicht ausschließlich technologisch bzw. betriebswirtschaftlich ausgerichtet.	1
	Wir benötigen eine Veränderung von Inhalten und Methoden der schulischen und beruflichen Bildung.	5
	Die Schulen und Hochschulen sind derzeit nicht so ausgestattet, dass sie die Kompetenzen in den Technologien vermitteln könnten. Hier gilt es für eine entsprechende Ausstattung und für entsprechendes Lehrpersonal zu sorgen.	
	Bildungssystem den neuen Herausforderungen anpassen	10
	Der Zugang zu Bildung und Teilhabe muss unabhängig vom finanziellen familiären Hintergrund möglich sein. Auch dies stellt Herausforderungen an die Ausstattung der Lehrenden und Lernenden. Mit der Digitalisierung steigen die Anforderungen an kooperatives und autonomes Arbeiten. Arbeitsplanung, Kommunikation sowie Übernahme von Verantwortung in spezialisierten Tätigkeiten sind für die Produktivität von digitaler Arbeit zentral und erfordern hohe und komplexe Kompetenzen.	15
	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung der Arbeitenden: Kontinuierliche Weiterentwicklung von schulischer und beruflicher Bildung und kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Arbeitenden sind unabdingbar	20
	Dies wiederum setzt ausreichende und effektive Investitionen in ein modernes Bildungssystem voraus, das angesichts der schnellen technisch-organisatorischen Weiterentwicklung digitaler Arbeit ein lebenslanges Lernen ermöglichen muss. Daher ist eine veränderte Weiterbildungspolitik notwendig, bei der stets die Bedarfe erfasst und mit den vorhandenen Qualifikationen abzugleichen sind. Neue beteiligungsorientierte Lernformen, die selbst wiederum durch IT unterstützt werden, sind zu erforschen, zu erproben und entsprechend umzusetzen.	25
	<ul style="list-style-type: none"> • Qualitätssicherung und Finanzierung der beruflichen Erst- und Weiterbildung bedürfen eines systematischen gesetzlichen Rahmens. Das BBiG bietet bei einem entsprechenden Ausbau eine geeignete Grundlage dafür. Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit den Hauptteil der Kosten im Rahmen eines Umlagesystems zu tragen haben, damit weder ArbeitnehmerInnen noch ein Teil der Betriebe von der Aufgabe und dem Nutzen der Aus- und Weiterbildung ausgegrenzt bleiben. 	30
	<ul style="list-style-type: none"> • Definition von Betrieb und Beschäftigung Aufgrund der Aufweichung bestehender Strukturen ist eine Neudefinition von Betrieb und Beschäftigung mit klaren Konturen zu definieren	35
	<ul style="list-style-type: none"> • Definition der Arbeitszeit Zeiten der Erreichbarkeit müssen als Bereitschaftsdienst gewertet und bezahlt werden	40
	Es muss klare Definitionen für Ruhezeiten geben (keine Erreichbarkeit).	45
	Die Digitalisierung erlaubt, wachsende Autonomiespielräume im Sinne der Beschäftigten zu erschließen und deren Life-Work-Balance zu verbessern. Diese Spielräume, u.a. zur Verwirklichung verschiedener Formen der Telearbeit, liegen im Interesse vieler Beschäftigter und Betriebe.	50
	Die Anstrengungen aller Verantwortlichen müssen darauf ausgerichtet werden, die Gestaltung dieser neuen Spielräume nicht allein den Produktivitätsinteressen der Arbeitgeber zu überlassen. Die Digitalisierung macht eine Regulierung der Arbeit, die auch Grenzen setzt, umso notwendiger.	55
	Die Gestaltung von digital entgrenzter, mobiler Arbeit ist zum wichtigen Thema der Gewerkschaften und der Politik geworden. Die Komplexität digitaler Arbeit wird durch ein weiteres Moment getrieben: das Crowdsourcing: Unternehmen schreiben bislang in-	60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 tern von Festangestellten bearbeitete Aufgaben in Form eines offenen Aufrufs über das Internet aus. Solo-Selbständige bzw. Freelancer sollen sich bewerben und übernehmen diese Aufgaben im Rahmen befristeter Projekte. Damit steigt die Zahl der nur kurz-</p> <p>5 fristigen und instabilen Arbeitsverhältnisse auf Kosten bisheriger „normaler“ Beschäftigungsverhältnisse. Heute schon betrifft der Anstieg der Solo-Selbständigen dabei nicht nur Erwerbstätige in der IT-Branche, sondern auch im Kreativ- wie im publizistischen und wissenschaftlichen Bereich oder auch im Handel. Hier wird</p> <p>10 es vor allem darauf ankommen sicherzustellen, dass die neuen Beschäftigungsformen, z. B. Internet-Plattformen, gewährleisten, dass die Arbeitgeberfunktion geklärt ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gestaltung der Sozialversicherung <p>15 Unter solchen Voraussetzungen greifen bestehende Sozialversicherungssysteme insbesondere für Risiken der Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit und des Alters nicht oder nur unzureichend. Gemeinsam mit dem DGB und den Gewerkschaften steht auch die AfA vor der Aufgabe, sich für eine entsprechende Modernisierung der Sozialversicherungssysteme sowie der Mitbestimmung einzusetzen. Dazu gehört auch und gerade die Einbeziehung der Selbständigen in das bestehende Rentensystem. Dies verleiht der Einführung von Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich wie der Erwerbstätigenversicherung bei der Altersvorsorge neue Aktualität.</p> <p>25</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der ArbeitnehmerInnenbegriff muss neu definiert werden Hierbei ist darauf zu achten, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht in (Schein-) selbständigkeit z. B. durch Werkverträge etc. umgestaltet wird. <p>30</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Arbeitenden müssen an der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aktiv beteiligt werden. <p>Die Beteiligung der Tarifpartner sowie die betriebliche Mitbestimmung sind im Rahmen der veränderten Bedingungen auszugestalten.</p> <p>35</p> <p>Die AfA fordert, entsprechende Mitbestimmungsrechte vor allem bezüglich Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stärken, eine bisher unzureichende Arbeitsforschung auszubauen, durch die entsprechende Leitlinien mit präzisen Erkenntnissen zu unterfüttern sind.</p> <p>40 Dem DGB und den Gewerkschaften ist es mit der von der SPD unterstützten Initiative ‚Gute Arbeit‘ gelungen, Arbeitsgestaltung auf die politische Tagesordnung zu setzen, um schlechte bzw. prekäre Arbeit abzuwehren und vorhandene Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hieran sollte mit Leitlinien ‚Guter Arbeit‘ speziell für Tätigkeiten im digitalisierten Dienstleistungssektor‘ angeknüpft werden. Dafür sind über die bereits laufende Initiative ‚Gute Arbeit‘ hinaus besondere Anstrengungen unter Beteiligung der Beschäftigten notwendig.</p> <p>50 Digitalisierung birgt das Potential, neue Dienstleistungen und damit Beschäftigung zu generieren, also nicht nur zu rationalisieren. Dafür bedarf es neben den genannten sozialen auch normativer und technischer Anforderungen. Zu Letzteren gehört der Ausbau der Netzinfrastuktur – vor allen in strukturschwachen Regionen. Ein funktionierendes Internet, das zukünftig mehr Kapazitäten (Bandbreite, Anschlüsse etc.) bewältigen muss, bildet eine Basis für innovative digitale Dienstleistungen.</p> <p>55 Die AfA unterstützt den DGB bei seinen Anstrengungen, Politik und Wirtschaft zu überzeugen, die notwendigen Investitionen vorzunehmen und die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Individuelle und kollektive Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechte im Netz sind zu verankern.</p> <p>60</p> <p>65 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gehört ein wirkungsvoller Datenschutz. Ohne dessen Garantie werden als aussichtsreich gehandelte neue Geschäftsmodelle nicht auf Akzeptanz stoßen. Das</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Arbeiten mit digitaler Technik und deren Datenschatten zeigt die Dringlichkeit für ein modernes Beschäftigtendatenschutzgesetz. Zugespißt zeigt sich dies beim Crowdsourcing: Das Liquid-Modell von IBM z.B. zielt auf maximale Transparenz in der „Talent Cloud“, auf die „digitale Reputation“ der Auftragnehmer bzw. Solo-Selbstständigen. Dies führt zu einer massiven Gefährdung von deren Persönlichkeitsrechten. Die AfA steht hier gemeinsam mit dem DGB in der Pflicht, die informationelle Selbstbestimmung der Erwerbstätigen zu unterstützen und den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte einzufordern.	1
	Die Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, die „alte“ und die „neue“ Arbeit im Sinne einer neuen Kultur der Arbeit zu gestalten.	5
	Um Leitlinien für ‚Gute Arbeit‘ auch in der digitalisierten Arbeitswelt zu verwirklichen, werden wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften	10
	• eine breite gesellschaftliche und innerparteiliche Diskussion anstoßen, dazu die periodische Arbeitsberichterstattung zur ‚Guten Arbeit‘ auswerten und so die Herausforderungen zur Gestaltung digitaler Arbeit aus Sicht der Erwerbstätigen beschreiben,	15
	• Gute Arbeit als beteiligungsorientierten gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Ansatz fördern, weil nur ein partizipatives Vorgehen den Autonomieansprüchen der Beschäftigten gerecht wird und ermöglicht, Gestaltungsmöglichkeiten in der Digitalisierung im Interesse der Erwerbstätigen zu nutzen sowie Fehlbeanspruchung durch bspw. ständige Erreichbarkeit zu minimieren,	20
	• auf ein Recht auf Nichterreichbarkeit („Log off“) und Nicht-Reaktion im Arbeitszeitgesetz drängen,	25
	• die Adaption von Arbeitsschutzverordnungen und branchenspezifischen Vorschriften (des Arbeitsschutzrechts wie auch der Unfallversicherung und ihrer Branchenregeln) an mobile und digitale Arbeit vorantreiben,	30
	• eine Arbeitsforschung und deren angemessene Ausstattung anstoßen, die den Anforderungen digitaler Arbeit adäquate Lösungen in beteiligungsorientierten Beschäftigungs- und Arbeitsformen gegenüberstellt,	35
	• bei der Bundespartei wie der Bundesregierung einfordern und sie darin unterstützen, die Sozialversicherungssysteme im Zuge der Einführung von Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung (Rente) adäquat anzupassen, um Risiken digitaler, mobiler und selbständiger Arbeit einzugrenzen,	40
	• offensiv für die Modernisierung der Netzinfrastruktur mit zugesicherten individuellen und kollektiven Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechten im Netz eintreten,	45
Ar61 Bezirk Hannover		50
		55
		60
Mitbestimmung	Wir fordern das Herabsetzen des Schwellenwertes für die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat von 500 auf 100 Arbeitnehmer*innen. Die SPD setzt sich für den Ausbau der Mitbestimmung in hiesigen Betrieben und Verwaltungen ebenso wie in internationalen Konzernen sowie für eine stärkere institutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmer*innen in deutschen Unternehmen ein.	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ar62 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>5 Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu muss gehören:</p> <p>10 • eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalisierungsregelungen für nachweisbar anfallende Kosten</p> <p>• eine Abschaffung des aktuellen Sanktionssystems, weil Kürzungen des Existenzminimums der Zielsetzung der Grundsicherung widersprechen</p> <p>15 • eine bessere Personalausstattung der Jobcenter (qualitativ und quantitativ) um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.</p> <p>20 Ar63 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Betriebsrat – Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne</p> <p>25 <i>Ar29 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>30 Unternehmen stehen heute unter ständigem Veränderungsdruck und gerade Startups im Bereich der Digitalwirtschaft sind stark auf die Ideenschöpfung ihrer Mitarbeiter*innen angewiesen, um überleben zu können. Dennoch setzen sich gerade diese Unternehmen kaum für den Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten ein. Darüber hinaus ist betriebliche Mitbestimmung für viele Beschäftigte in dieser Branche ein Fremdwort. Laut dem IAB-Betriebspanel waren im Jahr 2015 nur 41% der Arbeitnehmer*innen in der deutschen Privatwirtschaft durch Betriebsräte*innen repräsentiert. Besonders gering fällt dieser Anteil in kleinen Unternehmen (5 bis 50 Beschäftigte) und im Informations-, Kommunikations- und Dienstleistungsbereich aus.</p> <p>35 Die beschriebenen Konsequenzen (absolute Konkurrenz, Selbstoptimierung, Individualisierung) sind vor allem neoliberale Phänomene und sollten so benannt werden trägt zum schlechten Image der betrieblichen Mitbestimmung. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird Studierenden täglich bewusst gemacht und an vielen Hochschulen predigen konservative Wirtschaftsprofessor*innen die furchtbaren Konsequenzen der Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten. Junge Beschäftigte sind daraufhin nach ihrem Berufseinstieg erst recht dazu motiviert, sich von ihren Kollegen*innen abzuheben und gegenüber den Chefs zu profilieren, indem sie sich gegen die Gründung eines Betriebsrats aussprechen. Aus diesen Gründen liegt der inhaltliche Schwerpunkt dieses Antrags auf Hochschulabsolventen, aber betriebliche Mitbestimmung sollte selbstverständlich jedem*r Arbeitnehmer*in zugänglich sein.</p> <p>40 In einem Startup, das nur aus den Gründer*innen besteht mag eine Arbeitnehmer*innen Vertretung nicht notwendig sein, jedoch gibt es viele Startups mit wachsenden Beschäftigungszahlen. In diesen Unternehmen wird das familiäre Gefühl weiterhin in den Vordergrund gestellt und drängt so Mitarbeiter*innen oftmals durch sozialen Druck dazu, unter prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Arbeitsforscher*innen sind sich jedoch darüber einig, dass die neue Generation am Arbeitsmarkt einen stärkeren Wert darauf legt, autonom und in demokratische Prozesse eingebettet zu arbeiten. Dennoch wird in vielen Startups propagiert, dass Gewerkschaft-</p>	<p>Ar62 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Arbeitsmarktpolitik</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 26 - 27 und Beratung als Ar 49 vom LV BY und Ar 25 UB Hof zum a.o. BPT am 25. Juni 2017</p> <p>Ar63 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Betriebsrat – Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Unternehmen stehen heute unter ständigem Veränderungsdruck und gerade Startups im Bereich der Digitalwirtschaft sind stark auf die Ideenschöpfung ihrer Mitarbeiter*innen angewiesen, um überleben zu können. Dennoch setzen sich gerade diese Unternehmen kaum für den Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten ein. Darüber hinaus ist betriebliche Mitbestimmung für viele Beschäftigte in dieser Branche ein Fremdwort. Laut dem IAB-Betriebspanel waren im Jahr 2015 nur 41% der Arbeitnehmer*innen in der deutschen Privatwirtschaft durch Betriebsräte*innen repräsentiert. Besonders gering fällt dieser Anteil in kleinen Unternehmen (5 bis 50 Beschäftigte) und im Informations-, Kommunikations- und Dienstleistungsbereich aus.</p> <p>(...)</p> <p>In einem Startup, das nur aus den Gründer*innen besteht mag eine Arbeitnehmer*innen Vertretung nicht notwendig sein, jedoch gibt es viele Startups mit wachsenden Beschäftigungszahlen. In diesen Unternehmen wird das familiäre Gefühl weiterhin in den Vordergrund gestellt und drängt so Mitarbeiter*innen oftmals durch sozialen Druck dazu, unter prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Arbeitsforscher*innen sind sich jedoch darüber einig, dass die neue Generation am Arbeitsmarkt einen stärkeren Wert darauf legt, autonom und in demokratische Prozesse eingebettet zu arbeiten. Dennoch wird in vielen Startups propagiert, dass Gewerkschaft-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>ten und Betriebsräte*innen der „old economy“ zugehören, die Arbeitsvorgänge verlangsamen und auf Dauer zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Es gehört heute zur Arbeitsrealität, dass Mitarbeiter*innen entlassen werden, die sich über die Gründung einer Arbeitnehmer*innenvertretung informieren und sich gewerkschaftlichen Beistand suchen. Diese Kultur der Einschüchterung und kapitalistischen Herrschaft des Managements über die Arbeitnehmer*innen schafft prekäre Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und schadet den Unternehmen, da sie Kreativität im Keim erstickt. Schließlich können Ideen nur dort dauerhaft gedeihen, wo die grundlegenden Bedürfnisse der Beschäftigten nach einem sicheren Arbeitsplatz und guten Arbeitsbedingungen erfüllt sind.</p> <p>Die zunehmende Vernetzung der Arbeitnehmer*innen und neue technische Möglichkeiten erleichtern die Anwendung von direktdemokratischen Elementen, wie beispielsweise Abstimmungen zu Unternehmensprozessen über mobile Kommunikationsplattformen. Diese Formen der Mitbestimmung in der Arbeitswelt 4.0 werden noch zu wenig abseits der Arbeitsforschung diskutiert und müssen der jungen Generation am Arbeitsmarkt als in der Praxis realisierbare Instrumente präsentiert werden. Sie zeigen, dass die Arbeitswelt 4.0 über Potential für eine Verbesserung der Situation von Beschäftigten verfügt, obwohl wir bisher eher ihre negativen Konsequenzen sehen, wie die Entgrenzung der Arbeit und den Zwang zur ständigen Erreichbarkeit von Arbeitnehmer*innen. Auf lange Sicht sollten neuen Formen der betrieblichen Mitbestimmung, die sich in der Praxis als erfolgreich erweisen, im Betriebsverfassungsgesetz rechtlich institutionalisiert werden.</p> <p>Forderungen. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass Schüler*innen als potentielle zukünftige Arbeitnehmer*innen bereits in allen weiterführenden Schulformen und Berufsschulen über die Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung und zum Schutz ihrer Rechte im Arbeitsalltag aufgeklärt werden. Ferner sollten zu den Unterrichtsinhalten auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gehören, um ein Verständnis für die Arbeit von Gewerkschaften bekommen zu können. Schließlich verfügen Schüler*innen im Schulalltag bereits über Möglichkeiten zur Mitbestimmung und es sollte ihnen verdeutlicht werden, dass sich das Teilhabe an Entscheidungsprozessen durch ihr ganzes Leben ziehen kann. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte keinem*r Schulabgänger*in komplett unbekannt sein. Daher soll das Thema der betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung fest im Rahmenlehrplan diverser Fächer (wie z.B. WAT, GW, Geschichte und Politik u.a.) integriert und verpflichtend unterrichtet werden. • Die Möglichkeit für und Förderung von gewerkschaftlich organisierten Workshops an Hochschulen und beruflichen Schulen für Studierende als potenzielle Arbeitnehmer*innen, da so der Weg zu einer erfolgreichen Arbeitnehmer*innenvertretung und mehr Demokratisierung in Unternehmen darlegt wird. Negative Propaganda gegen Betriebsräte*innen kann auf diesem Weg ebenfalls kritischer evaluiert werden von jungen Beschäftigten. • Eine Image-Kampagne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für Betriebsratsarbeit, da jungen Menschen über die sozialen Medien ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen vermittelt werden können und sie erfahren, was sich prekären Arbeitsbedingungen entgegen setzen lässt. Für den Hashtag ‚Betriebsrat‘ lassen sich bisher nur 651 Einträge finden – da geht noch mehr! • Die Unterstützung von Demonstrationen, Flyeraktionen und Diskussionsveranstaltungen der SPD, da sie Solidarität mit Arbeitnehmer*innen, die in Startups unter prekären Arbeitsbedingungen arbeiten ausdrücken und Aufmerksamkeit auf diese Problematik lenken. Hierbei sollte auf die Expertise der Gewerkschaften zurückgegriffen werden, da sie ursprünglich für diesen Arbeitsbereich zuständig sind und viele Erfahrungen mit solchen Aktionen besitzen. 	<p>ten und Betriebsräte*innen der „old economy“ zugehören, die Arbeitsvorgänge verlangsamen und auf Dauer zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Es gehört heute zur Arbeitsrealität, dass Mitarbeiter*innen entlassen werden, die sich über die Gründung einer Arbeitnehmer*innenvertretung informieren und sich gewerkschaftlichen Beistand suchen. Diese Kultur der Einschüchterung und kapitalistischen Herrschaft des Managements über die Arbeitnehmer*innen schafft prekäre Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und schadet den Unternehmen, da sie Kreativität im Keim erstickt. Schließlich können Ideen nur dort dauerhaft gedeihen, wo die grundlegenden Bedürfnisse der Beschäftigten nach einem sicheren Arbeitsplatz und guten Arbeitsbedingungen erfüllt sind.</p> <p>(...)</p> <p>Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass Schüler*innen als potentielle zukünftige Arbeitnehmer*innen bereits in allen weiterführenden Schulformen und Berufsschulen über die Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung und zum Schutz ihrer Rechte im Arbeitsalltag aufgeklärt werden. Ferner sollten zu den Unterrichtsinhalten auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gehören, um ein Verständnis für die Arbeit von Gewerkschaften bekommen zu können. Schließlich verfügen Schüler*innen im Schulalltag bereits über Möglichkeiten zur Mitbestimmung und es sollte ihnen verdeutlicht werden, dass sich das Teilhabe an Entscheidungsprozessen durch ihr ganzes Leben ziehen kann. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte keinem*r Schulabgänger*in komplett unbekannt sein. Daher soll das Thema der betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung fest im Rahmenlehrplan diverser Fächer (wie z.B. WAT, GW, Geschichte und Politik u.a.) integriert und verpflichtend unterrichtet werden. • Die Möglichkeit für und Förderung von gewerkschaftlich organisierten Workshops an Hochschulen und beruflichen Schulen für Studierende als potenzielle Arbeitnehmer*innen, da so der Weg zu einer erfolgreichen Arbeitnehmer*innenvertretung und mehr Demokratisierung in Unternehmen darlegt wird. Negative Propaganda gegen Betriebsräte*innen kann auf diesem Weg ebenfalls kritischer evaluiert werden von jungen Beschäftigten. • Eine Image-Kampagne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für Betriebsratsarbeit, da jungen Menschen über die sozialen Medien ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen vermittelt werden können und sie erfahren, was sich prekären Arbeitsbedingungen entgegen setzen lässt. <p>(...)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Generell eine stärkere Zusammenarbeit und einen vertieften Austausch der SPD mit den Gewerkschaften, um Kampagnen wie die der „offensive Mitbestimmung“ vom DGB voranzutreiben.</p> <p>5</p> <p>Ar64 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>10 Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!</p> <p><i>Ar31 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Vorteile aufklären! Gründung von Betriebsräten erleichtern!</p> <p>20 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Fraktion im Abgeordnetenhaus, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind aufgefordert eine gesetzliche Verpflichtung für Betriebe und Berufsschulen zu schaffen, die Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, regelmäßig die</p> <p>25 Möglichkeit gibt, die Belegschaft, bzw. die Berufsschülerinnen und Berufsschüler, über ihre Arbeit, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Vorteile gewerkschaftlichen Engagements aufzuklären. Daher fordern wir:</p> <p>30 1. Der Arbeitgeber wird verpflichtet, sofern in seinem Betrieb die Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates erfüllt sind, dieser aber noch nicht besteht, einmal im Kalenderjahr eine Mitarbeiterversammlung durchzuführen, auf der er über die Rechte und Pflichten nach dem Betriebsverfassungsgesetz informiert und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird. Nach der Mitarbeiterversammlung ist eine geheime Wahl in Abwesenheit des Arbeitgebers zur Anberaumung einer Wahlversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes durchzuführen. Für die Auszählung ist ein Versammlungsleiter unter den Anwesenden zu wählen. Vertreterinnen oder Vertreter einer im Betrieb vertretenden Gewerkschaft können an dieser Mitarbeiterversammlung teilnehmen und die Versammlungsleitung übernehmen.</p> <p>35</p> <p>40 2. Das vereinfachte Wahlverfahren wird bei der Erstwahl eines Betriebsrates auch für Betriebe mit bis zu 100 Wahlberechtigten ohne Zustimmung des Arbeitgebers analog zum vereinfachten Wahlverfahren für Kleinbetriebe ermöglicht. Die Option auf vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben ab 200 MA soll es ebenfalls geben.</p> <p>45</p> <p>50 Immer weniger Betriebe ermöglichen es Arbeitnehmer*innen ihre Interessenvertretung gegenüber Arbeitgeber*innen wahrzunehmen, das liegt auch an systematischen Methoden auf Seite der Arbeitgeber*innen, die Gründung von Betriebsräten zu verhindern. Wir Sozialdemokrat*innen wissen um die allseitigen Vorteile einer starken Sozialpartnerschaft, aber auch um die Wichtigkeit dieser für den Schutz abhängig Beschäftigter.</p> <p>55 Um das zu erreichen, wollen wir analog § 17 Abs. 3 Satz 1 Personalvertretungsgesetz eine jährliche Informationsveranstaltung für Betriebe ohne Betriebsräte verpflichtend machen. Oft scheitert es bereits am Wissen der Beschäftigten um ihre Rechte und an der Kenntnis der rechtlichen Grundlagen für eine Betriebsratsgründung.</p> <p>60 Um die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern, ist es sinnvoll, das vereinfachte und verkürzte Wahlverfahren aus der Betriebsverfassung auch für mittelgroße Betriebe zu ermöglichen.</p> <p>65</p>	<p>• Generell eine stärkere Zusammenarbeit und einen vertieften Austausch der SPD mit den Gewerkschaften, um Kampagnen wie die der „offensive Mitbestimmung“ vom DGB voranzutreiben.</p> <p>Ar64 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!</p> <p>Erledigt durch Annahme von Ar 63</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ar	Sinkende Mitgliederzahlen in Gewerkschaften (mit Ausnahme der IG Metall) sind betrüblich, nicht nur für die Gewerkschaften selbst oder für uns Sozialist*innen, sondern auch für die Stärke von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland insgesamt.	1
	Klar ist, je stärker eine Gewerkschaft und je organisierter die Belegschaft, desto einfacher sind beispielsweise Tarifverhandlungen und desto arbeitnehmerfreundlicher der Betrieb in dem die Kolleginnen und Kollegen organisiert sind. Dabei liegt mangelnde Organisation häufig nicht am Unwillen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, oder an der Schwäche der Gewerkschaft insgesamt, häufig liegt fehlende Organisation an mangelnden Informationen der Belegschaft über gewerkschaftliche Arbeit und deren Vorteile.	5
	Gerade in vielen Dienstleistungsunternehmen aber auch und vor allem in der sich schnell entwickelnden Start-Up Szene ist dies ein Problem und resultiert in geringen oder nicht vorhandenen Organisationsgraden in den Betrieben. Wenn wir für Auszubildende an den Berufsschulen und für die gesamte Belegschaft in den Betrieben, eine kollektive Informationsveranstaltung schaffen, in der Gewerkschaften ihre Arbeit, aber auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutlich machen kann, wird die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften aber auch die Organisation in einer Vielzahl von Betrieben sich spürbar positiv entwickeln.	10
		15
		20
	Ar65 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>	25
	Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz <i>Ar45 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i>	Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
	Im Rahmen der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dürfen keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger zugelassen werden. Die AfA unterstützt diesbezüglich das Vorbringen der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich. In Einrichtungen der Diakonie gibt es in erheblichem Umfang ersetzende Leiharbeit und Werkverträge. Viele große diakonische Unternehmen haben Tochterfirmen und Servicegesellschaften außerhalb des kirchlichen Arbeitsrechts und nutzen alle Möglichkeiten von Leiharbeit und Werkverträgen. Gerade diakonischen Unternehmen, die die Arbeitsbedingungen ohnehin ohne die Gestaltungsmacht der Gewerkschaften diktieren, würde so ein Wettbewerbsvorteil verschafft. Dieser geht ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten. Auch die Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie müssen vor dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geschützt werden	30
	Ar66 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i>	35
	Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit! Wir fordern, auch für die „kleinen Selbständige“ faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet insbesondere <ul style="list-style-type: none"> • eine bezahlbare soziale Absicherung durch einkommensabhängigen Zugang zu den gesetzlichen Versicherungssystemen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) und • Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung von übermächtigen Vertragspartnern. 	40
		45
	Ar66 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i>	55
	Gute Arbeit auch in der Selbständigkeit! Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 26- 27, 40, 46	60
		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die Arbeitswelt ist im Wandel. Unter dem Schlagwort „Arbeit 4.0“ werden hierbei die Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert. Dieser Wandel betrifft auch und gerade die selbständige Tätigkeit: Viele Soloselbstständige gehören zu den wirtschaftlich Schwachen</p> <p>5 Während früher Selbständige in der Regel wirtschaftlich stark waren und selbst Arbeitnehmer beschäftigt haben, um an deren Wertschöpfung zu partizipieren, wird die „neue Selbständigkeit“ unter den Bedingungen der Arbeit 4.0 von Soloselbständigen, die nur ihre eigene Arbeitskraft verwerten, dominiert. Insbesondere in den</p> <p>10 Wachstumsbranchen IT, Design, Graphik, Programmierung und der Schaffung von Inhalten für das Internet nimmt diese Form der Arbeitsorganisation rasant zu. Auch wenn der Begriff des „Dienstleistungspräkariats“ von den Betroffenen zu Recht als kränkend empfunden wird, trifft dieser das Phänomen doch im Kern.</p> <p>15 Der Ausschluss aus der gesetzlichen Sozialversicherung schadet den wirtschaftlich Schwachen</p> <p>Die Durchschnittseinkommen der Soloselbständigen liegen teils deutlich unterhalb derer von abhängig Beschäftigten. Darüber hinaus haben diese keinen Zugang zur solidarischen und einkommensabhängigen Absicherung durch das System der gesetzlichen Sozialversicherung. Die Beiträge zur Krankenversicherung sind eine einkommunenunabhängige Kopfpauschale, die für den Spitzenverdiener ein Schnäppchen ist, ein kleines Einkommen aber fast</p> <p>20 zur Gänze auffrisst. Dies ist vor allem für Familien dramatisch, da ohne Familienmitversicherung für jeden die Kopfpauschale zu bezahlen ist. Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Altersvorsorge kann bei einem unzureichenden freien Einkommen kaum betrieben werden. Die Selbständigen (sowohl die Reichen wie die Armen!) sollen endlich an der Solidarität teilhaben müssen und dürfen!</p> <p>Konzerne unterdrücken Soloselbständige</p> <p>Unser Rechtssystem unterscheidet nur zwischen Unternehmern und</p> <p>35 Verbrauchern. Während die Verbraucher berechtigt hohen Schutz genießen und das Recht die Unternehmer hindert, diese über den Tisch zu ziehen, werden alle Selbständigen, ob groß oder klein, über einen Kamm geschert. Dies ist aber nicht fair, da der Uber-Fahrer und der Ebay-Händler eben nicht das gleiche Kampfgewicht wie Uber und Ebay haben. Das gleiche gilt auch oft zwischen dem</p> <p>40 als Franchise-Nehmer formal selbständigen Kioskbesitzer und dem Immobilien-Fonds als Vermieter. Das Machtgefälle ist hier viel mehr dem zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergleichbar. Ein entsprechender Schutz fehlt aber völlig.</p> <p>45 In der amerikanischen Diskussion beschreibt die Begriffe des „dependent contractors“ (abhängigen Vertragspartners) diese Mittelstellung zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber. Die Macht liegt nicht bei den Anbietern oder Käufern auf Ebay oder Uber, sondern eben bei den Vermittlungsplattformen, die als Quasi-</p> <p>50 Monopolisten die Regeln und Preise einseitig festsetzen können. Im Zusammenhang spricht man auch vom „Plattformkapitalismus“ und bezeichnet den selbständigen Anbieter von Dienstleistungen auch gerne als „prosumer“ (deutsch auch „Prosument“ genannt). Bei diesem starken Machtgefälle ist es geboten, das Verbraucherschutzrecht, beispielsweise die gesetzliche Kontrolle allgemeiner Geschäftsbedingungen oder vergleichbare Regelungen zum Schutz</p> <p>55 des schwachen Vertragspartners, einzuführen. Hierbei ist auch ein Schutz vor willkürlichem Vertragsentzug wichtig.</p> <p>60 Die SPD setzt sich für die Schwachen ein – auch in der Selbständigkeit</p> <p>Wer für seinen Lebensunterhalt arbeitet, hat Anspruch darauf, fair behandelt zu werden – unabhängig von Rechtsrahmen seiner Arbeit. Die SPD hat mit Gewerkschaften und Arbeiterbewegung den</p> <p>65 Schutz und die soziale Absicherung der Arbeitnehmer durchgesetzt. Es war vor allem die SPD, die der Aushebelung dieses Schutzes durch die Scheinselbständigkeit einen Riegel vorgeschoben</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div>Ar</div> <p>hat. Die SPD muss auch denen zur Seite stehen, die „echte“ Selbstständige aber sozial Schwache sind!</p>	1
<p>Ar67 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt!</p> <p>Das vorliegende Lohntransparenzgesetz im Deutschen Bundestag soll zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickelt werden, in dem alle Beschäftigten erfasst werden, verbindliche Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Herstellung der Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein Verbandsklagerecht vorgesehen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die entsprechende Gesetzesinitiative in die jetzige und künftige Regierung hineingetragen wird.</p>	<p>Ar67 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 81 - 82</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>Ar68 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt</p> <p>Die SPD und vor allem die ASF kämpfen schon lange dafür, dass die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit auch gesetzlich verankert wird. Jedes Jahr wird erneut der Tag berechnet, an dem der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern deutlich wird. In diesem Jahr ist es der 18. März 2017. Durch verschiedene Maßnahmen kommen wir diesem Ziel zwar immer näher, jedoch ist es notwendig und von allen Gewerkschaften schon lange gefordert, den Equal Pay auf gesetzlicher Grundlage in Deutschland zu etablieren.</p> <p>In der neuesten Resolution der Bundesarbeitsgemeinschaften „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ werden dies und noch mehr explizit gefordert für das kommende SPD-Regierungsprogramm von 2017 – 2021.</p> <p>Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales zwar vor, doch wird er von der CDU/CSU noch blockiert. Die SPD muss an dieser Forderung dranbleiben und nicht aufhören, sich dafür einzusetzen, bis das Gesetz verabschiedet wird.</p>	<p>Ar68 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Entgeltgleichheitsgesetz - jetzt</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 82 abgewandelter Antrag Ar67, UB Region Hannover</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
	50
	55
	60
	65

Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik (B)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="0 336 90 459" data-label="Text">B</div> <p>B1 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der Bildungspolitik</p> <p>Die SPD-Parteivorstände und -Fraktionen auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, sich weiter für eine stärkere Vereinheitlichung der Bildungspolitik innerhalb Deutschlands einzusetzen. Tägliche Negativerfahrungen wie die insbesondere von jungen Familien immer wieder beklagten erheblichen Umstellungsschwierigkeiten im Schulwesen bei Umzügen über die Ländergrenzen hinweg sind letztlich nur durch verstärkte bundespolitische Kompetenzen zumindest im Blick auf die Rahmengesetzgebung im Schul- und Kulturbereich in den Griff zu bekommen. Ähnliches gilt auf Hochschulebene für oft nicht nachvollziehbare Länderdifferenzen bei Studien- und Prüfungsregelungen.</p>	<p>B1 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Notwendige Stärkung von bundespolitischen Kompetenzen in der Bildungspolitik</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S.13)</p>
<p>B2 <i>Ortsverein Duisburg-Meiderich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildung zwischen Bund und Land</p> <p>Die SPD setzt sich für eine Abschaffung des Kooperationsverbot zwischen dem Bund und den Ländern ein.</p>	<p>B2 <i>Ortsverein Duisburg-Meiderich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Abschaffung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildung zwischen Bund und Land</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 13)</p>
<p>B3 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Sozialer Aufstieg für Alle - ein über 150-jähriges Projekt der Sozialdemokratie fortschreiben</p> <p>Das Aufstiegsversprechen ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein zentrales Element sozialdemokratischer Politik. Dieses Versprechen hat die Sozialdemokratie in vielen Fällen erfüllen können, als es beispielsweise um die Arbeiterbewegung oder um das vielzitierte „katholische Landmädels“ ging. Millionen Frauen und Männer profitierten von einer sozialdemokratischen Aufstiegs- und Bildungspolitik und tun dies nach wie vor. Wir müssen heute jedoch auch feststellen: Das Aufstiegsversprechen wird viel zu oft nicht mehr erfüllt. Dies trifft etwa die vielen Millionen Bürger*innen, die neue deutsche Namen tragen, sichtbar das neue Gesicht Deutschlands prägen und familiäre Wurzeln in anderen Regionen der Welt haben. Wobei festzustellen ist, dass der prägende Nachteil, über alle Bürger*innen Deutschlands hinweg, die soziale Herkunft bleibt. Alte Instrumente sozialdemokratischer Aufstiegs politik müssen deshalb wiederbelebt – damit die soziale Herkunft nicht zur vorgezeichneten Perspektivlosigkeit wird – und durch neue flankiert werden. Hierzu gehört für uns zentral eine moderne und zeitgemäße Antidiskriminierungspolitik, damit auch Aufstiegs hindernisse durch Diskriminierung beseitigt werden. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Landtage, des Bundestages und der Bundesregierung auf, folgende Reformen anzustoßen:</p>	<p>B3 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Sozialer Aufstieg für Alle - ein über 150-jähriges Projekt der Sozialdemokratie fortschreiben</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antidiskriminierung – die zweite Säule der sozialdemokratischen Aufstiegspolitik</p> <p>Reform des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes</p> <p>5 Wir wollen Ausnahmen, wie aufgrund des Alters oder im Bereich der Kirchen abschaffen und Diskriminierungsmerkmale deutlich weiter fassen, wie bspw. um die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft.</p> <p>10 Die rechtliche Verfolgung von Diskriminierung wollen wir vereinfachen. Hierzu gehört die Umkehr der Beweislast, aber auch eine deutliche Ausweitung der Klagefristen.</p> <p>15 Ein Verbandsklagerecht muss dringend eingeführt werden, damit Institutionen wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) besonders schwerwiegende Fälle an sich ziehen und u.a. in die öffentliche Wahrnehmung bringen und den Betroffenen direkt helfen können.</p> <p>Das AGG greift heute im privatrechtlichen Bereich. Hier gilt es insbesondere die Verabschiedung von Landes-Antidiskriminierungsgesetzen zu fördern.</p> <p>20 Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken</p> <p>Die finanzielle und personelle Stärkung der ADS ist dringend notwendig, wenn wir die Antidiskriminierungspolitik ernsthaft voranbringen wollen. Die ADS kann dadurch ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für den Diskriminierungsschutz schaffen und die</p> <p>25 Beratungsinfrastruktur in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Institutionen, aber auch mit Landes-Antidiskriminierungsstellen, ausbauen und effektiver gestalten.</p> <p>30 Bildungsperspektiven ein Leben lang – unabhängig von der sozialen Herkunft</p> <p>Die Bildungsperspektiven wollen wir von der frühkindlichen bis zur akademischen Bildung und Weiterbildung von der sozialen Herkunft entkoppeln. Hierzu wollen wir folgende Maßnahmen voranbringen.</p> <p>35 Kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Hochschule</p> <p>Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar: die Aufstiegs- und Bildungschancen jedes Kindes, dürfen nicht davon abhängen, aus welchen Elternhaus man kommt. Da Bildung nicht erst in Schule anfängt, muss jedes Kind von Beginn an die Möglichkeit bekommen, eine frühkindliche Bildungseinrichtung zu besuchen. Wir wollen deshalb ab der KiTa kostenlose Bildung ermöglichen. Alle Ausbildungen sollen kostenfrei sein.</p> <p>45 Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren weiter ausbauen</p> <p>Eltern gerade in sozial schwachen Haushalten fehlt oft das Wissen über unser Bildungssystem. Die KiTas sind der erste Berührungspunkt mit unserem Bildungssystem, deshalb sollte an dieser Stelle</p> <p>50 auch ein reger Austausch zwischen Einrichtung und Eltern gefördert und umfangreiche Informations- und Beratungsangebote für Erzieher*innen angegliedert werden.</p> <p>55 Individuelle Förderung in den Schulen statt privater Nachhilfe-Unternehmen</p> <p>Private Nachhilfe-Unternehmen florieren seit Jahren. Niemand sollte darauf angewiesen sein, dank zahlungskräftiger Eltern, eine gesonderte Förderung zu bekommen. Die Schule ist der Ort, wo</p> <p>60 auch die Förderung bei besonderen Lernherausforderungen aufgehoben sein muss. Unsere Schulen müssen daher personell gut ausgestattet sein. Zudem müssen die Lehrkräfte, etwa durch verpflichtende Seminare während der Lehrer*innenausbildung sowie verpflichtende Weiterbildungsangebote, auf die kulturelle Vielfalt in unserem Land vorbereitet werden. Wichtig ist jedoch auch, dass</p> <p>65 sich die Lehrkräfte in unseren Schulen auf das konzentrieren können, für das sie ausgebildet wurden: lehren!</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Aufgabe von Schule ist es auch, die Übergänge im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen in den Blick zu nehmen und Schüler*innen dabei zu begleiten.</p>	1
<p>Alle Schulen müssen zum selben Ergebnis führen können Die Mehrgliedrigkeit führt weiterhin dazu, dass unser Bildungssystem nicht durchlässig genug ist. Wir verfolgen weiter das Ziel einer Schule für Alle. Bis dahin muss gelten, dass in allen Schulformen der Weg zu allen Bildungsabschlüssen offen gehalten oder geöffnet werden muss.</p>	5 10
<p>Flächendeckend Ganztagschulen Die Förderung aller Schüler*innen ist an Ganztagschulen besonders gut aufgehoben. Es bedarf deshalb eines flächendeckenden Ausbaus.</p>	15
<p>Ausbildungsland Deutschland stärken Die duale Ausbildung ist ein internationales Erfolgsmodell. Wir wollen die duale Ausbildung stärken und jedem Interessierten eine Ausbildung in diesem Modell ermöglichen. Primär geht es jedoch darum, dass Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachkommen und genug Ausbildungsplätze schaffen, statt die permanente Leier von Fachkräftemangel runter zu beten. Eine Ausbildungsplatzumlage sollte ausbildungsunwillige Unternehmer*innen zum Engagement zwingen. Im Rahmen der Ausbildung wollen wir Wege fördern, ausbildungsbegleitend einen höheren schulischen Abschluss erlangen zu können.</p>	20 25
<p>Weiterbildung Die Idee einer Arbeitsversicherung, die die Risiken einer Erwerbsbiographie besser absichert und die Beschäftigungsfähigkeit erhält, ist weiterhin Ziel der Sozialdemokratie. Die Förderung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Es darf nicht vom Unternehmen abhängen, welche Möglichkeiten ein Mensch zur Weiterbildung bekommt. Unternehmen müssen mehr in die Pflicht genommen und solidarische Finanzierungsmodelle entwickelt werden. Die Förderung und Unterstützung der lokalen Volkshochschulen ist ebenfalls unerlässlich.</p>	30 35
<p>Hochschulbildung Die Möglichkeit für Berufstätige ohne Abitur eine Hochschule/Universität zu besuchen, muss erleichtert werden. Hier wollen wir eine weitere Öffnung voranbringen.</p>	40
<p>Aufstiegs-BaföG in allen Bereichen Das BaföG ist ein wichtiges Instrument um Chancengleichheit herzustellen. Wir wollen Aufstiegshilfen in allen Bereichen stärken: in der Schule, während der Ausbildung, beim Hochschulzugang oder auch bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Benötigt wird ein altersunabhängiges BaföG, das als Instrument für mehr Chancengleichheit genutzt werden kann und wieder zum Leben ausreicht. Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen: Bei ALG II-Beziehenden darf nicht kategorisch ausgeschlossen sein, dass sie akademisch weitergebildet werden. Ebenso sollte in sinnvollen Einzelfallentscheidungen eine volle Ausbildung ermöglicht werden.</p>	45 50 55
<p>B4 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Politische Bildung ist systemrelevant! Wir müssen unsere Demokratie schützen und unterstützen – unabhängig davon, ob dies in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt. Weil politische Bildung systemrelevant ist, und fehlende Bildung eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft dar-</p>	<p>B4 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Politische Bildung ist systemrelevant! Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 stellt, muss dieser Bereich gestärkt werden. Dies betrifft sowohl Schulen, als auch die Erwachsenenbildung. Der Sozialkundeunterricht in den Schulen muss ausgebaut werden, er muss früher beginnen, und dafür muss mehr Zeit zur Verfügung</p> <p>5 stehen. Bestehende Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind zu erhalten und weiterzuführen. Es wäre unklug und destruktiv, beim derzeitigen politischen Klima Einrichtungen zu schließen, die fundierte Erfahrungen und gute Erfolge in der politischen Erwachsenenbildung vorweisen können.</p> <p>10 Zudem müssen ergänzende Einrichtungen für Demokratieerleben und neue Ansätze der Demokratievermittlung entwickelt werden. Dies alles muss von einer soliden finanziellen Basis aus öffentlichen Mitteln getragen werden.</p> <p>15 Damit diese Angebote breit genutzt werden können, muss auch in Bayern und Sachsen das Recht auf Bildungsurlaub wie in allen anderen Bundesländern umgesetzt werden. Dafür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.</p> <p>20</p> <p>B5 <i>Unterbezirk Stade (Bezirk Nord-Niedersachsen)</i></p> <p>25 <i>Unsere Erzieher*innen brauchen eine berufsorientiertere Ausbildung!</i></p> <p>Wir wollen uns für eine grundlegende Umstrukturierung der Ausbildung zum*r Erzieher*in einsetzen. Die Ausbildung zum*r Erzieher*in kann nur unter der Prämisse begonnen werden, dass zuvor die Ausbildung zum*r Sozialassistenten*in abgeschlossen wurde. Dadurch dauert die Ausbildung zum*r Erzieher*in vier Jahre.</p> <p>35 Vier Jahre, in denen die Berufspraktikanten*innen keine finanzielle Entlohnung für ihre geleistete Arbeit bekommen haben. Im Gegenteil: Die Berufspraktikanten*innen müssen, gerade in unserem ländlichen Raum, Kosten für Bus, Bahn oder Auto tragen, um überhaupt zum Praktikumsbetrieb bzw. zur Berufsschule zu gelangen.</p> <p>40 Hinzu kommen weitere Kosten für u.a. Materialien und Fachbücher, mit welchen die Auszubildenden ihre Planungen bestreiten sowie Bücher, die sie kaufen müssen, für die Berufsschule. Dieses Geld fehlt den Berufspraktikanten*innen jedoch. In den meisten Fällen erhalten die Praktikant*innen in den Betrieben noch nicht einmal eine Aufwandsentschädigung. Dafür gehen eben diese Berufspraktikanten*innen, die sich doch eigentlich lieber mit Themen für ihr späteres Berufsleben auseinander setzen sollten, noch neben der Ausbildung arbeiten. Einzig und alleine um wenigstens etwas Geld zu haben, von welchem sie alle anfallenden Kosten zumindest decken zu können.</p> <p>50</p> <p>Beide Ausbildungen zusammen dauern derzeit 4 Jahre. Die allermeisten Absolvent*innen der Sozialassistent*innen-Klassen wollen auch eine Ausbildung zum*r Erzieher*in machen. Für diese Ausbildung sind jedoch nach wie vor viel zu wenige Schulplätze vorhanden.</p> <p>Warum also nicht dem Wunsch der zukünftigen Erzieher*innen nachkommen, die Ausbildung zu reformieren. Und durch die Verkürzung der Ausbildung zum Erzieher*in werden wir künftig gute ausgebildete Erzieher*innen in den Einrichtungen haben. Für die sonst vierjährige Ausbildung soll es eine dreijährige Ausbildung zum*r Erzieher*in geben. Dabei sollten aber keinesfalls berufsbezogene Fächer wie Interkulturelle Erziehung, Pädagogische Handlungskonzepte oder Gesundheitserziehung gestrichen werden. Die derzeitigen Berufspraktikanten*innen wünschen sich Fächer wie: Rechtskunde, Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern sowie Informationsveranstaltungen zu Inklusion, Sprachförderung und zur Förderung motorischer Fähigkeiten. All diese Dinge erlernen die</p>	<p>B5 <i>Unterbezirk Stade (Bezirk Nord-Niedersachsen)</i></p> <p><i>Unsere Erzieher*innen brauchen eine berufsorientiertere Ausbildung!</i></p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 17/18)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Auszubildenden derzeit nur nebenbei, und wenn überhaupt auch nur sehr wenig.	1
Die Schaffung neuer Fächer wird von derzeitigen Berufspraktikanten*innen ausnahmslos gewünscht. Allerdings darf sich dies nicht nur im Berufsschulunterricht an sich verändern, sondern die Einrichtungen müssen ihre Berufspraktikanten*innen viel stärker einbinden. Sie sollten an Elterngesprächen teilnehmen dürfen und erzählt bekommen, wie so ein Gespräch überhaupt abläuft und worauf zu achten ist. Auch der Umgang mit Kindeswohlgefährdung wird bisher in den Berufsschulen nicht angesprochen. Das ist ein fataler Fehler, welcher derzeit in den Berufsschulen, aber auch in den Einrichtungen gemacht wird. Die Berufspraktikanten*innen sollten frühzeitig lernen Kennzeichen von Kindeswohlgefährdung zum Wohle der Kinder zu erkennen und sie sollten nach ihrer Ausbildung wissen, wie sie sich in einem solchen Fall zu verhalten haben.	5
Aber auch über Inklusion oder Bewegungs- und Sprachförderung wissen die Berufspraktikanten*innen nach eigener Aussage viel zu wenig. Auch das muss sich dringend ändern.	10
Diese Dinge können, bei allem Engagement von Einrichtungen und den Berufsschulen, jedoch nicht von ihnen alleine gedeckt werden. Es muss vernünftige Angebote zur stetigen Weiterbildung geben. Anforderungen an die Erzieher*innen wandeln sich.	15
Die Interessen der Berufspraktikanten*innen und späteren Erzieher*innen können dabei wegweisend sein, genauso wie die Interessen der Kinder. Hier kann angesetzt werden. Die Auszubildenden sind bereit „Wahlmodule“ zusätzlich zu belegen, die ihre Interessen widerspiegeln. Es sollen Lehrgänge bzw. freiwillige Lehrgänge – schon während der Ausbildung – möglich gemacht und gefördert werden. Damit können sie den Erwartungen der Eltern und zukünftigen Lehrer*innen, die mittlerweile eine Art Vorschule fordern, gerecht werden.	20
Auch können Kinder von Flüchtenden oder mehrsprachig erzogene Kinder mithilfe der Erzieher*innen ihre Sprachen weitersprechen und, was für Erzieher*innen auch wichtig ist, sie können mit den Kindern kommunizieren und verstehen ihre Ängste und Sorgen. Schlussendlich fühlen sich die Kinder dadurch auch aufgehobener in ihren Einrichtungen.	25
Weiterhin sollte die Ausbildung zur*m Erzieher*in eine duale Ausbildung sein und keine schulische. Die Vorteile einer dualen Ausbildung liegen auf der Hand: Die Auszubildenden hätten eine*n Ansprechpartner*in direkt in ihrem Einrichtungen, der*die alle aufkommenden Fragen beantworten kann und ihnen auch bei Schwierigkeiten zur Seite stehen sollte. Auch sind Betriebe dann Träger*innen der Ausbildung. Dadurch wird sich sowohl das Verhältnis von Betrieben zu ihren Auszubildenden zum positiven verändern, als auch die Unterstützung von Seiten des Betriebes für die Auszubildenden zunehmen.	30
Leider leidet das Ansehen der Erzieher*innen derzeit in der Öffentlichkeit. So werden sie degradierend von Eltern dafür verantwortlich gemacht, wenn deren Kinder sich anders verhalten, als es von ihnen gewünscht wird. Eine Erzieher*in ist im Schnitt für 3-8 Kinder zuständig. Sie kann schlichtweg nicht ständig jedes einzelne Kind beobachten. Auch hier kann die*der Berufspraktikanten*innen als „Vierte Kraft“ enorm wichtig werden.	35
Weiterhin nehmen die Einrichtungen sowohl die FSJ*ler*innen als auch Berufspraktikanten*innen auf. Allerdings werden diese beiden Gruppen völlig unterschiedlich behandelt. Die Berufspraktikanten*innen beklagen sich darüber, dass sie weniger mit Kindern zu tun haben, als sie es als zukünftige Erzieher*innen sollten. Durch eine duale Ausbildung und festgesetzte Ausbildungsrahmenpläne kann in Zusammenarbeit mit Personalarät*innen und weiteren Interessensvertretungen über die Einhaltung der Lehrpläne gewacht werden. So wird einem Missbrauch und Verstoß entgegengewirkt. Das kann nicht gelingen,	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wenn FSJ'ler*innen die Kinder alleine beschäftigen, sondern dies muss zum einen ein*e Erzieher*in tun und ihr zur Seite sollte ein*e Berufspraktikanten*in stehen! Die FSJ'ler*innen sollten zur Unterstützung der Erzieher*innen und sonstigen Angestellten in den</p> <p>5 Einrichtungen sein, nicht als Auszubildendenersatz. Es ist ungerecht, dass FSJ'ler*innen, die den Beruf nicht erlernen wollen und ihn nicht erlernt haben ein Gehalt für ihre Arbeit erhalten und die Berufspraktikanten*innen nicht. Dadurch kommt es zu einem Ungleichgewicht. Des Weiteren müssen gerade von</p> <p>10 den Kommunen betriebene und finanzierte Kindergärten oder Horte, aber auch private Einrichtungen, dazu verpflichtet werden Berufspraktikanten*innen aufzunehmen. Das Ziel muss sein, dass alle Einrichtungen und Träger ein großes Interesse daran haben möglichst gute Ausbildung anzubieten. Es wird meist darauf verwiesen, das mensch ja schon eine oder zwei FSJ'ler*innen</p> <p>15 im Betrieb hätte und mensch da keinen Platz mehr hätte für noch eine Person im Betrieb. Mensch solle sich in einem Jahr noch mal melden. Leider erhalten die meisten auch ein Jahr später mit derselben Begründung wieder eine Absage. Das ist sehr schade! Die</p> <p>20 Auszubildenden gehen also dorthin, wo sie einen Praktikumsplatz erhalten und werden häufig von diesen übernommen oder gehen noch weiter aus dem ländlichen Raum hinaus, um einen guten Job zu finden.</p> <p>25 Unser ländlicher Raum braucht den Erzieher*innen-Nachwuchs. Heute und in Zukunft. Und nicht nur durch die Einführung der „Dritten Kraft“. Daher fordern wir:</p> <p>1. Eine duale Ausbildung für Erzieher*innen anstatt einer schulischen Ausbildung!</p> <p>30 2. Die Inhalte der Ausbildung müssen mit den möglichen Tätigkeitsfeldern abgestimmt sein!</p> <p>3. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit! Die Auszubildenden müssen für ihre Arbeit eine gerechte Entlohnung erhalten.</p> <p>35 4. Die Auszubildenden müssen in der Lage sein vielfältige Berufserfahrungen zu sammeln.</p> <p>B6 40 Bezirk Hannover</p> <p>Frühkindliche Bildung</p> <p>Die SPD wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die frühkindliche Bildung bezahlbar und qualitativ ist. Dabei müssen</p> <p>45 die Kommunen, Gemeinden und Landkreise von Bund und Land verstärkt finanziell unterstützt werden bei ihrem Bemühen. Ziele müssen dabei sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von mehr schulischen und praktischen Ausbildungskapazitäten, wobei eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden soll, um die notwendigen pädagogischen Fachkräfte einstellen zu können • Entlastung der Kita-Leitungen bei den Verwaltungsaufgaben • Gezielte Sprachförderung 55 • Ein verbesserter Personalschlüssel in allen Bereichen der frühkindlichen Bildung • Verbindliche Fortbildungsprogramme für alle in Einrichtungen vorschulischer Bildung Beschäftigten <p>60</p> <p>65</p>	<p>B6 Bezirk Hannover</p> <p>Frühkindliche Bildung</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="0 336 90 459" data-label="Text">B</div> <p>B7 <i>Kreisverband Mannheim (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Kinderarmut entgegenwirken - Bildung stärken</p> <p>Um die Infantilisierung der Armut zu bekämpfen, fordern wir folgende konkrete Punkte, die die Lebenschancen von Kindern in Deutschland verbessern sollen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Weiterer Ausbau der Betreuungsplätze im Krippen- und Kindertagesbereich. 2. Rechtsanspruch auf einen kostenlosen ganztägigen Kindergartenplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes finanziert aus dem Bundeshaushalt. 3. Wir fordern die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Die Kindertagespflicht (min. halbtags) als wichtige vorschulische Bildungsmaßnahme mit Vollendung des dritten Lebensjahres, ist zu diskutieren 4. Verabschiedung bundesweit einheitlicher Qualitätsmindeststandards für Kindertageseinrichtungen entsprechend den Empfehlungen einer unabhängigen und in dem Themengebiet ausgewiesenen Expertenkommission. 5. Flächendeckender Ausbau verbindlicher Ganztagsgrundschulen und Rechtsanspruch der Eltern auf einen entsprechenden Ganztagsschulplatz für Ihre Kinder. 6. Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, um die Länder und Kommunen beim Ausbau finanziell unterstützen zu können. 7. Kostenfreie Schulmaterialien für alle Schüler/-innen. 8. Kostenloses Mittagessen für Kinder aus Familien, die Transferleistungen nach dem SGB II erhalten, und einkommensorientiertes Essensgeld. 	<p>B7 <i>Kreisverband Mannheim (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Kinderarmut entgegenwirken - Bildung stärken</p> <p>Punkt 1.-6.: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 6 und S.8) Punkt 7.-8.: Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p>
<p>B8 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Verpflichtender Besuch einer Bildungseinrichtung vor der Schule</p> <p>Die AG 60 plus fordert die SPD auf, sich für die Einführung des verpflichtenden Besuches einer Bildungseinrichtung vor dem Eintritt in die Grundschule einzusetzen. Dabei sind bundesweit einheitliche Standards zu vereinbaren. Hierbei muss die Forderung nach Gebührenfreiheit, die bessere Ausbildung und Bezahlung des pädagogischen Personals und die finanzielle Entlastung der Kommunen beibehalten werden. Dazu sind die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen durch den Bund bereitzustellen. Sinnvolle Bildungsarbeit gerade bei den Kleinsten bewirkt exponentielle Fortschritte bei der Schaffung von Lebenschancen.</p>	<p>B8 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Verpflichtender Besuch einer Bildungseinrichtung vor der Schule</p> <p>Ablehnung</p>
<p>B9 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p>Frühe Bildung stärken – Kommunen und Eltern entlasten</p> <p>Die SPD ist die Partei der modernen, kindgerechten Familienpolitik in Deutschland. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung und die zahlreichen anderen Verbesserungen, etwa bei Elterngeld und Elternzeit,</p>	<p>B9 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p>Frühe Bildung stärken – Kommunen und Eltern entlasten</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>wären ohne jahrzehntelangen Druck der SPD und ihrer Mandatsträger auf allen politischen Ebenen nicht denkbar. Die kommenden Wahlen werden entscheidend dafür sein, ob Familien weiter konsequent unterstützt werden, ob qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Kinder geschaffen werden können – kurz, ob unsere Gesellschaft familienpolitisch fit für die Zukunft gemacht wird. Die SPD und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden sich von der kommunalen bis zur Bundesebene dafür einsetzen, die individuelle Bildung und Betreuung und das Angebot an Kitaplätzen weiter auszubauen, die Familien von den mancherorts extrem hohen Gebühren vollständig zu entlasten und die finanzielle Überforderung der Kommunen zu beenden.</p> <p>Mit unseren Initiativen auf Bundes- und Landesebene wollen wir in den kommenden Jahren</p> <ul style="list-style-type: none"> das Recht jeden Kindes auf bestmögliche Bildung, Betreuung und individuelle Förderung garantieren, den Rechtsanspruch von Eltern auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bedarfsdeckend vorhandene ganztägige Angebote verankern und umsetzen, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für zeitflexible Angebote, insbesondere für Alleinerziehende und berufstätige Eltern im Schichtdienst, schaffen, die Gebührenspirale unterbrechen und die Kitagebühren abschaffen, die finanziell überlasteten Kommunen besser unterstützen. <p>B10 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz</p> <p>Wir fordern folgende Änderungen beim BAföG:</p> <ul style="list-style-type: none"> Einen Bürokratieabbau. Ein Antrag kostet viele Studierende und ihre Familien Zeit und vor allem Nerven. Die Vielzahl an Formblättern ist so unübersichtlich und kompliziert, dass 90 Prozent aller Formulare nicht vollständig abgegeben werden, was zu Verzögerungen führt. Viele Studierende schreckt das sogar ab und sie machen sich erst gar nicht die Mühe, BAföG zu beantragen. Auch ist es nicht tragbar, dass es Hürden gibt, wie die, dass Nichtdeutsche-EU-Staatsbürger*innen, egal ob sie nun in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, eine sogenannte Ausländerkarte vorzeigen müssen. Laut Gesetzgeber, besteht für EU-Bürger*innen seit 2013 Rechtsgleichheit mit deutschen Staatsbürger*innen, womit diese Ausländerkarte für EU-Bürger*innen eigentlich nicht existiert und nicht von den Ausländerämtern ausgestellt werden kann. Daran scheitern einige Anträge, oder werden erst nach einem halben Jahr fertig, nachdem das Ausländeramt endlich einwilligt, dem EU-Bürger*innen eine Ausländerkarte für Gastarbeiter*innen und Asylbewerber*innen auszustellen. Wir finden, dass das zum einen behördliche Diskriminierung darstellt und den Antrag zum anderen unnötig verkompliziert und einen Zahlungsverzug erschafft, was für Studierende oft existenzielle Probleme mit sich bringt. Wir fordern, dass diese Hürden effektiv abgeschafft und die Bürokratie effektiv abgebaut werden, dass die Anträge einfacher und verständlicher werden und sich die Strukturen des Beamt*innenapparats ändern. Kein Darlehen, sondern Sozialleistung: Bildung muss endlich ohne finanzielle Belastung, frei zugänglich sein. Der Sinn des BAföGs ist es, frei von finanziellen Sorgen studieren zu können, um seine Zeit auf das Studium, das Lernen und die individuelle Entfaltung der Person konzentrieren zu können. Wir fordern 	<p>B10 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>das BAföG als Vollzuschuss, damit niemand nach dem Studium Schulden zu begleichen hat.</p> <ul style="list-style-type: none">• „Wenn das Amt nach zehn Wochen immer noch nicht gezahlt hat, ist es verpflichtet, wenigstens einen Vorschuss von maximal 360 Euro zu leisten – aber nur, wenn der Bafögantrag so vollständig wie möglich ausgefüllt wurde. Zahlt das Amt dennoch nicht, kann man per einstweiliger Verfügung gegen das Amt vorgehen. Dabei braucht es offensichtlich mehr Mitarbeiter im Amt.“ So lautet die aktuelle Regelung. Unsere Forderung ist: Wenn der Antrag fristgerecht eingereicht wurde, eine Zahlung jedoch zu Beginn des Studiums nicht möglich ist (fehlende Dokumente etc.) muss eine sofortige Zahlung stattfinden und nicht erst nach zehn Wochen, wenn der grundsätzliche Bafög-Anspruch, des*der Antragssteller*in nachgewiesen ist. Vor allem Studierende, die ihr Geld sofort brauchen und aus keinen reichen Verhältnissen stammen, sind auf das BAföG angewiesen. Sofern der Bedarf bereits ermittelt werden kann, soll dieser auch voll ausbezahlt werden.• Wie im BAföG-Bericht des DGB fordern wir, dass ein lebenslanges Lernen ermöglicht werden soll. Dazu müssen die Altersgrenzen abgeschafft und Teilzeitformen ermöglicht werden.• Seit 1981 werden nur noch positive Einkommensarten der Eltern berücksichtigt. Wenn die Eltern verschuldet sind, Hypotheken abbezahlen etc. wird das nicht berücksichtigt. Das heißt dann oft, dass der BAföG-Satz zu niedrig für das Studium des Kindes ist oder es gar keine Zahlung erhält. Dadurch müssen die Eltern ihren Kindern unter die Arme greifen, was verschuldet natürlich schlecht bis nicht möglich ist. „Wenn die Eltern deswegen den Unterhalt nicht zahlen können, können Studenten im Bafög-Amt Vorausleistung beantragen. Damit geben sie aber ihre Unterhaltsansprüche ans Amt ab und nehmen in Kauf, dass im zweiten Schritt ein Unterhaltsprozess gegen ihre Eltern eröffnet wird.“, heißt es beispielsweise in einem Artikel der Zeit. Man darf nicht gezwungen sein, seine eigenen Eltern verklagen zu müssen, nur um sich Bildung leisten zu können. Wir fordern, auch negative Einkommensarten zu berücksichtigen. Weiterhin bleibt unser langfristiges Ziel jedoch ein elternunabhängiges BAföG. Nur so ist der individuelle Lernerfolg und ein selbstständiges Studium möglich.• „Die Förderung wurde in den vergangenen 45 Jahren nicht ausreichend erhöht. 2016 lagen die Bedarfssätze um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1971.“, heißt es im BAföG-Bericht des DGB. Darum fordern wir, die Bedarfssätze sofort um 10 Prozent zu erhöhen.	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>B11 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Das Berufsbildungsgesetz besser machen!</p> <p>Im Koalitionsvertrag ist eine Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vereinbart: „Wir wollen die duale Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in den Prüfungsgremien.“ Laut ursprünglichem Zeitplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hätte dieser Evaluationsprozess Ende 2015 abgeschlossen sein sollen, so dass eventuelle Gesetzesänderungen noch 2016 verabschiedet werden können. Dieser konnte nicht eingehalten werden. Damit die notwendige Novellierung des BBiG in dieser Legislaturperiode noch gelingt, gilt es nun den Prozess voranzutreiben – gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugendenden.</p>	<p>B11 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Das Berufsbildungsgesetz besser machen!</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Wir haben zur Berufsbildung gute Beschlusslagen. Diese gilt es nun mit Nachdruck in den Evaluationsprozess einzubringen, um zusätzliche, in der Diskussion stehende Aspekte zu erweitern und auf eine Reform des Berufsbildungsgesetzes zu fokussieren.</p> <p>5 Das Berufsbildungsgesetz von 1969 ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitnehmer_innen, Arbeitgeber_innen und des Staates für die Berufliche Bildung in Deutschland. Schon damals ein Kompromiss fehlen darin wesentliche Elemente wie die Finanzierung und das Recht auf Ausbildung. Zuständigkeiten und Geltungsbereich wurden allzu pragmatisch festgelegt.</p> <p>10 2005 wurde das Gesetz als eines der letzten noch realisierten Reformvorhaben der rot-grünen Bundesregierung novelliert. Konfliktthemen blieben bei dieser Gesetzesüberarbeitung allerdings unangetastet. Es gibt deshalb noch immer kein Recht auf Ausbildung - „Ausbildung für alle“ als Credo der Reform blieb ein frommer Wunsch; die Finanzierung blieb ungeklärt, die Weiterbildung ein ziemlich weißer Fleck des Rechtssystems. Die größeren Herausforderungen wurden nicht angegangen, diese gilt es nun endlich anzunehmen.</p> <p>20 Ausbildung garantieren! Eine Ausbildungsgarantie muss im BBiG verankert werden. Die Juros fordern die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Diese Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz finden konnten soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten. Bei der Berufswahl sind die Berufswünsche und die Möglichkeiten der Mobilität der Jugendlichen maßgeblich.</p> <p>30 Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, wird eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijährige Ausbildungsdauer garantiert. Ein Anteil von mindestens 50 % betrieblicher Praxis muss dabei gesichert sein. Außerdem ist zu jedem Zeitpunkt ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Die absolvierte Ausbildungszeit ist dabei anzurechnen. Außerbetriebliche Auszubildende müssen eine Ausbildungsvergütung entsprechend der orts- und branchenüblichen tariflichen Regelung erhalten. Die Betriebe müssen die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten durch eine Umlagefinanzierung sicherstellen.</p> <p>40 Ein BBiG für alle! Zahlreiche berufliche Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen werden nicht nach dem BBiG geregelt. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen oder schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitlichen</p> <p>50 Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sicherstellt. Dazu gehören z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie Erzieher_innen. Ebenso muss das BBiG für alle betrieblichen Ausbildungsphasen von schulischen Ausbildungsgängen gelten. Ausgenommen sind derzeit Meisterprüfungen. Die Meisterprüfung im Handwerk ist in der Handwerksordnung (HwO) geregelt und unterliegt nicht dem Geltungsbereich des BBiG. Meisterprüfungsverordnungen werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung erlassen. Sie werden nicht unter der Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung erarbeitet und nicht den Gremien des BBiG vorgelegt. Diese Ausklammerung der Meisterprüfungen aus der regulären Ausbildungsgesetzgebung führt zu einer stark arbeitgeberfreundlichen und arbeitgebernachteiligen Prüfungsordnung. Um dies zu beheben, sollen die Normen des BBiG in die Regelungen zur Meisterprüfung einfließen unter Einbeziehung und Kontrolle des Bundesinstitut für Berufsbildung. Im Zuge dieser Umbildung sollen auch die anderen Regelungen der Handwerksordnung (HwO) mit dem BBiG harmonisiert werden.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Duales Studium ins BBiG!</p> <p>An der Schnittstelle von Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich das duale Studium als „hybrides“ Studienformat etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung nicht in gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unternehmen ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.</p> <p>In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssicherung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzliche Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Studium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine Vergütung geben muss. Um die Qualität dieses Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins BBiG aufzunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, eine Bestimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studierenden und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie einen Tag zur Vorbereitung der Prüfungen und Studienzeiten muss ebenfalls im BBiG verankert werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>Gute Ausbildung braucht Zeit!</p> <p>Junge Menschen brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern auch eine qualifizierte und gute Ausbildung. Eine gute Ausbildung zu einem verantwortungsvollen Facharbeiter oder einer Facharbeiterin dauert mindestens drei Jahre. Eine zweijährige „billigere“ Schmalspur-Ausbildung, wie sie viele Arbeitgeber_innen und das Wirtschaftsministerium anstreben, kann das nicht leisten und bietet darüber hinaus kaum berufliche Entwicklungsperspektiven. Denn eine qualifizierte Ausbildung bildet nicht nur die Basis für eine interessantere und abwechslungsreichere Tätigkeit. Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos als gering Qualifizierte. Eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermittlung.</p> <p>Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung beeinträchtigt die Flexibilität und Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems und mindert seine Attraktivität und Qualität. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Ausbildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern eher verringern. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre und eine vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab.</p> <p>Die BBiG-Reform 2005 hat zudem für die Regelung des Verhältnisses von zweijährigen und drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufen eine eklatante Regelungslücke hinterlassen. Es hat</p> <p>a) ein Anrechnungsmodell (Zweijährige werden auf Dreijährige angerechnet) und</p> <p>b) ein Ausstiegsmode ll (der/die Auszubildende kann nach zwei Jahren aus einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsverhältnis aussteigen) zugelassen.</p>	<p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die Lücke ist die Definition dessen, was genau der/die Auszubildende beim Ausstiegsmodell nach zwei Jahren erreicht hat. Wir fordern daher, dass Ausbildungsverträge nur in mindestens dreijährigen Ausbildungsberufen abgeschlossen werden dürfen und eine</p> <p>5 verbindliche Regelung darüber, welche Qualifikation nach welcher Ausbildungszeit in welchen Beruf erreicht ist. Dies darf aber nicht zu einer Modularisierung führen. Wir stehen zum Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener Berufsbilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung ab.</p> <p>10</p> <p>Sichere Perspektiven durch unbefristete Übernahme! Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Die Jusos fordern daher</p> <p>15 eine unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies entscheidend. Umfragen zeigen, dass nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen im</p> <p>20 Jahr vor ihrem Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb hat. Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine Informationen darüber ob sie übernommen werden oder nicht. Diese Unsicherheit darf jungen Menschen nicht weiter zugemutet werden. Deshalb muss § 24 BBiG analog zum § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) erweitert werden und die dreimonatige</p> <p>25 Ankündigungsfrist bei beabsichtigter Nicht-Übernahme auf alle Auszubildenden ausgeweitet werden.</p> <p>30</p> <p>Mindestausbildungsvergütung § 17 BBiG schreibt eine angemessene Vergütung für die Ausbildung vor. Nach der Rechtsprechung darf die einzelvertraglich geregelte Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80% der üblichen tariflichen Ausbildungsvergütung sein. In reinen Ausbildungsbetrieben sind weitergehende Abweichungen zulässig. Das hat</p> <p>35 schwerwiegende Folgen. 27 % der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren Arbeitsverhältnis nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so wenig verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer</p> <p>40 längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAFÖG-Satzes.</p> <p>45</p> <p>Ausbildungsqualität sichern! Ausbildungsqualität lässt sich am besten durch die Mitbestimmung starker Jugend- und Auszubildendenvertretungen sichern. Doch auch in Betrieben, in denen es keine Jugend- und Auszubildendenvertretung und keinen Betriebs-/Personalrat gibt – zum Beispiel in kleinen Betrieben auf Grund zu geringer Beschäftigtenzahlen –</p> <p>50 muss die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen kontrolliert werden. Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten, sind unterbesetzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität zuständigen</p> <p>55 Berufskammern sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der Berufskammern finanzieren. Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist wirkliche Verbesserungen über die eigentlich zuständigen Berufskammern durchzusetzen. Es mangelt hier an klaren Vorgaben. Dies liegt auch daran, dass die Formulierungen in § 79 des BBiG, der sich mit dem Berufsbildungsausschuss</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
beschäftigt, bisher relativ unverbindlich sind. Sie müssen erweitert werden. Berufsbildungsausschüsse brauchen ein Anhörungsrecht, zudem muss es eine feste Verankerung eines Unterausschusses zur Ausbildungsqualität geben. In den Kammern muss die Personal-	1
ausstattung so gestaltet sein, dass die Ausbildungsberater_innen auch tatsächlich regelmäßige Kontrollen mindestens einmal jährlich in den Ausbildungsbetrieben durchführen können. Ihre Aufgaben müssen konkretisiert und gestärkt werden.	5
Die bisherige Regelung sieht vor, dass Ausbildungsberater_innen regelmäßig im Berufsbildungsausschuss einen Bericht abgeben müssen. Die Doppelfunktion der Kammern verhindert aber im Konfliktfall die Durchsetzung von Qualitätsansprüchen in der Berufsausbildung, da diese sich mitunter gegen die Interessen der eigenen Mitglieder richten. Daher müssen im Bereich der Überwachung der Ausbildungsqualität unmissverständliche und klar definierte Standards und Kriterien bestehen, die im Zweifel durch Klagemöglichkeiten aller Bänke in den Berufsbildungsausschüssen kontrolliert werden können. Um die notwendigen qualitativen Voraussetzungen im Ausbildungsbetrieb zu gewährleisten, fordern wir eine deutlichere Formulierung in § 27 (Eignung der Ausbildungsstätte), die die fachliche Ausstattung und zeitgemäße Ausbildungsmaterialien in der Ausbildungsstätte sicherstellt.	10
Ein betrieblicher Ausbildungsplan muss rechtsverbindlich vorgeschrieben sein und mit dem Ausbildungsvertrag ausgehändigt werden. Hierzu bedarf es einer eindeutigeren Formulierung in § 11 (Vertragsniederschrift) Absatz 1 Nr.1. So kann die Ausbildung vorausschauend geplant werden. In § 5 (Ausbildungsordnung) soll darüber hinausgehend klargestellt werden, dass Abweichungen vom Ausbildungsrahmenplan nicht gestattet sind. Damit der Auszubildende und der_die Ausbilder_in einen Überblick über die bereits vermittelten Lerninhalte hat, ist entsprechend § 5 Absatz 2 Nr. 7 in mittlerweile fast Ausbildungsordnungen folgender Passus enthalten: „Die Auszubildenden haben einen schriftlichen Ausbildungsnachweis zu führen. Ihnen ist Gelegenheit allen zu geben, den schriftlichen Ausbildungsnachweis während der Ausbildungszeit zu führen. Die Ausbildenden haben den schriftlichen Ausbildungsnachweis regelmäßig durchzusehen.“ Dieser muss ins BBiG aufgenommen werden. Die mittlerweile gängige Praxis in den ausbildenden Unternehmen der Industrie und des Handwerks hat sich bewährt und sollte für alle Ausbildungsberufe ein rechtlich fest verankerter Bestandteil werden.	15
	20
	25
	30
	35
	40
Rolle der Ausbilder_innen definieren! Der_die Ausbilder_in war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehrgängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten. Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie Lernbegleiter, Coach oder Trainer signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der Weiterbildung. Dazu kommt, dass sich Ausbilder_innen heute oft zusätzlich um dual Studierende im Betrieb und um Schülerpraktikant_innen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermöglichen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren. Fehler können Lernchancen sein und werden daher wenn möglich zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert. Es werden Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen ermöglichen. Ausbilder_innen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zeigen stattdessen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen. Der_die Ausbilder_in stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeitsprozess, seine Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.	45
§ 29 BBiG (Persönliche Eignung) soll die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals regeln. Faktisch werden lediglich formale Ausschlussgründe benannt. Die Rolle der Ausbilder_innen hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß verändert, welches eine genauere Definition in § 29 notwendig macht: die Einhaltung	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 einheitlicher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der Ausbilder_innen sowie die verbindliche Voraussetzung der Ausbil- dereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche Ausbilder_in- nen muss festgeschrieben werden. Diese muss modernisiert werden 5 und um methodisch-didaktische und jugendpsychologische Kom- petenzen erweitert werden. Zudem muss in den §29 eine Weiter- qualifizierungsverpflichtung inklusive Freistellung für die Ausbil- der_innen aufgenommen werden. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubildenden zu garantieren muss ein Betreuungs- 10 schlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden.</p> <p>Gute Weiterbildung! Die Qualitätssicherung muss für den Bereich der Bildungsmaß- nahmen und –anbieter_innen weiterentwickelt werden. Anknüp- 15 fungspunkte bieten die bereits bestehenden Bestimmungen im Auf- stiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – „Meister- BaföG“). Eine Förderung ist abhängig von einer Mindeststundenanzahl der Bildungsmaßnahme. Das Verfahren für den Bereich der öffentlich geförderten Maßnahmen richtet sich nach dem Sozialgesetzbuch 20 (SGB), bei dem verpflichtend einzuhaltende Standards (Zertifizie- rung) für Bildungsanbieter und Maßnahmen vorgeschrieben sind. Wir fordern deshalb Qualitätsdimensionen im BBiG zu verankern: Es müssen verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernpro- zessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Ver- 25 ankerung eines Fortbildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmen- plänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der be- ruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssi- cherungssystem verpflichtend anwenden. Ebenso soll qualifiziertes Personal nachgewiesen werden. Ein Beratungsangebot zum Fort- 30 bildungsziel, über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsme- thoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden. Das BBiG enthält einen Paragraphen zur Umschulungsprüfungs- regelung (§ 59). Zum weit überwiegenden Teil wird im Umschu- 35 lungsbereich in anerkannten Ausbildungsberufen qualifiziert. Die- se Praxis ist nach Aussage aller ausbildenden Einrichtungen der richtige Weg. Dementsprechend muss der Paragraph 59 ersatzlos gestrichen werden. Es gibt nur sehr wenige regional entwickelte Berufsprofile mit rele- 40 vanten Absolventenzahlen. Für einen Einstieg ins Berufsleben sind diese wenigen nicht bundeseinheitlichen Abschlüsse nur bedingt geeignet und auch nur regional bekannt. Für einen dauerhaften Ver- bleib im Beschäftigungssystem und für die notwendige räumliche Flexibilität der Beschäftigten bei der Arbeitssuche sind solche Ab- 45 schlüsse ein falscher Weg. Beschäftigte mit nur regional bekann- ten Berufsbezeichnungen sind von Personalverantwortlichen in Unternehmen nur mit einem unzumutbaren Aufwand zu verorten und werden daher fast immer bei einem Bewerbungsprozess nicht in die engere Auswahl kommen. Auch der Trend, weniger Berufe 50 anstatt mehr zu schaffen, wird hiermit unnötig aufgeweicht.</p> <p>Zeit zum Lernen! Gemäß § 15 (Freistellung) haben Ausbildende die Auszubildenden für die Teilnahme am Berufsschulunterricht freizustellen, und nach 55 § 19 (Fortzahlung der Vergütung) Absatz 1 ist für diesen Zeitraum die Ausbildungsvergütung fortzuzahlen. Bei der Frage der Anrech- nung von Berufsschulzeiten bei Auszubildenden auf die Arbeitszeit wird bisher zwischen volljährigen und minderjährigen Auszubil- denden unterschieden. 60 Wir fordern eine einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter, die über die Bestimmungen des § 9 (Berufsschule) Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) hinausgeht. Die Berufsschulzeit muss für alle Auszubildenden inklusive der Wege- und Pausenzeit vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit 65 angerechnet werden. Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb muss abgeschafft werden. Dabei soll ein Berufsschul- tag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Ar- beitstag berücksichtigt werden, um eine Benachteiligung der Aus-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>zubildenden zu verhindern, deren Berufsschulzeit sich nicht mit der Ausbildungszeit überschneidet bzw. um einen Missbrauch vor gezielter Vermeidung der Überschneidungszeiten durch Schichtdienste abzuwenden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksichtigt werden.</p> <p>Damit Auszubildende genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung vorbereiten zu können fordern wir eine entsprechende Ergänzung des § 15, dass Auszubildende fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenrelevanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.</p> <p>Kostenfreie Bildung garantieren!</p> <p>Wir fordern eine eindeutige Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit im BBiG. Um klarzustellen, dass die Berufsausbildung für die Auszubildenden und dual Studierenden kostenfrei stattfindet, erfordert es eine Ergänzung in § 14 (Berufsausbildung). Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel, Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell anfallende Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.</p> <p>Deshalb fordern wir zusammengefasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ausbildungsgarantie: gesetzlicher Anspruch auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung oder staatliche Garantie zur Ausbildung an berufsbildenden Schule oder außerbetrieblichen Bildungsträger• BBiG muss flächendeckend Geltung in allen Ausbildungen haben• Duales Studium ins BBiG aufnehmen: gesetzliche Regelungen für das verzahnte Studium schaffen• keine Verkürzung der Ausbildungszeit• keine Modularisierung der beruflichen Ausbildung, Beibehaltung des Systems des Berufesprinzips• unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildende• Einführung einer flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens gemäß des -BAFÖG-Satzes• Ausbildungsqualität durch Stärkung des Berufsbildungsausschuss sichern• Definition der Rolle von Ausbilder_innen gemäß berufspädagogischer Standards und Voraussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO)• Gute Weiterbildung ermöglichen: verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung• einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter zu Freistellung und Lohnfortzahlung während der Berufsschulzeit• Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung für Auszubildende und dual Studierende• Kostenfreie Bildung: Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ins BbiG <p>B12 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Zugang von Gewerkschaften zu weiterführenden Schulen</p> <p>Gewerkschaften soll zukünftig per Gesetz der Zugang zu Berufsschulen gewährt werden, wenn diese eine Anfrage an eine Berufsschule oder eine andere Schule des Sekundarbereichs (z. B. Gymnasium, IGS) tätigen. Gleichfalls sollen Fachlehrer*innen das Recht haben, über eine Anfrage an eine Gewerkschaft deren Vertreter in</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>B12 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Zugang von Gewerkschaften zu weiterführenden Schulen</p> <p>Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 die Schule einzuladen. Dabei sollte gerade Berufsschülern*innen, die eine Ausbildung betreiben, innerhalb der Berufsschulzeit mindestens einmal die Möglichkeit gegeben werden, eine solche Veranstaltung zu besuchen, wenn sie angeboten wird.</p> <p>5</p> <p>B13 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>10 Einrichtung einer besseren und einfacheren Vertretungslehrer-Verfügbarkeit an gewerblichen Schulen</p> <p>15 Der Parteivorstand und die Landtagsfraktion mögen sich für die Einrichtung einer besseren und einfacheren Vertretungslehrer-Verfügbarkeit an gewerblichen Schulen einsetzen. Hierzu ist ein Vertretungslehrerpool wie auch an den allgemeinbildenden Schulen zu</p> <p>20 einzurichten. Eine Gleichstellung mit allgemeinbildenden Schulen würde die Unterrichtsausfälle deutlich minimieren.</p> <p>25 B14 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Kostenübernahme für DolmetscherInnen von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote</p> <p>30</p> <p>35 1. Die SPD setzt sich für lebenslanges Lernen für alle ein – auch für Menschen mit Behinderungen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Kosten für Dolmetscher von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote finanziert werden.</p> <p>40 2. Dieser Antrag soll</p> <ul style="list-style-type: none"> • an die Bundestagsfraktion weitergeleitet werden, damit eine entsprechende gesetzliche Regelung gestartet wird. • an den Bundesparteitag zur Beschlussfassung weitergeleitet werden. <p>45</p> <p>B15 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>50 Dolmetscher von Sinnesbehinderten für alle Weiterbildungsangebote</p> <p>55 Die SPD setzt sich für lebenslanges Lernen für alle ein – auch für Menschen mit Behinderungen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass überprüft wird, ob die Leistungen für die berufliche Fort- und Weiterbildung von Menschen mit Sinnesbehinderungen (bspw. Gehörloser) ausreichend sind und die Kosten für Dolmetscher von Sinnesbehinderten (bspw. Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote also auch für Angebote, die nicht im direkten Zusammenhang mit der Verbesserung der Berufsqualifikation stehen, finanziert werden können.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>B13 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Einrichtung einer besseren und einfacheren Vertretungslehrer-Verfügbarkeit an gewerblichen Schulen</p> <p>Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>B14 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Kostenübernahme für DolmetscherInnen von Sinnesbehinderten (bspw. Blinden und Gehörlosen) für alle Weiterbildungsangebote</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>B15 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Dolmetscher von Sinnesbehinderten für alle Weiterbildungsangebote</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="33 383 54 409">B</div> <p>B16 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Übernahme von Dolmetscherkosten für politisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen</p> <p>Die SPD steht für eine Gesellschaft, an der alle nach ihren Interessen und Fähigkeiten teilhaben können und sollen. Das gilt auch für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen Diskurs. Darum fordern wir eine bundeseinheitliche Übernahme von Dolmetscherkosten für politisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen.</p> <p>B17 <i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i></p> <p>Solidarität mit dem Mittelbau - Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beenden!</p> <p>Die SPD setzt sich für eine Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein. Um hervorragende Lehre und Forschung anzubieten, braucht es für das Personal an Hochschulen verlässliche und faire Arbeitsbedingungen. Die Zahl der befristeten Verträge im wissenschaftlichen Betrieb muss sich daher drastisch reduzieren. Damit junge Menschen mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben haben und die Wissenschaft für mehr Frauen attraktiver wird, braucht es eine Entfristungsoffensive für den Mittelbau und den Ausbau von mindestens 5.000 Tenure-Track-Stellen. Auch darf die Konstruktion der Lehrbeauftragten nicht länger für den regulären Hochschulbetrieb missbraucht werden. Zur Erfüllung von dauerhaften Lehraufgaben müssen dauerhafte Stellen mit angemessener Vergütung und sozialrechtlichen Standards vergeben werden. Mittelfristig muss auch das Lehrstuhlprinzip an Hochschulen aufgrund seiner absoluten Abhängigkeiten überdacht und Alternativen gefunden werden. Nur mit guten Arbeitsbedingungen sind gute und qualitative Forschung und Lehre möglich. Nicht nur deswegen gilt es, sich mit den Beschäftigten der Hochschule zu solidarisieren und gemeinsam mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten.</p> <p>(Antrag der Juso-Hochschulgruppen, eingebracht über Jusos)</p>	<p>B16 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Übernahme von Dolmetscherkosten für politisch engagierte Menschen mit Sinnesbehinderungen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>B17 <i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i></p> <p>Solidarität mit dem Mittelbau - Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beenden!</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die SPD setzt sich für eine Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein. Um hervorragende Lehre und Forschung anzubieten, braucht es für das Personal an Hochschulen verlässliche und faire Arbeitsbedingungen. Die Zahl der befristeten Verträge im wissenschaftlichen Betrieb muss sich daher drastisch reduzieren. Damit junge Menschen mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben haben und die Wissenschaft für mehr Frauen attraktiver wird, braucht es eine Entfristungsoffensive für den Mittelbau und den Ausbau von (...) Tenure-Track-Stellen. Auch darf die Konstruktion der Lehrbeauftragten nicht länger für den regulären Hochschulbetrieb missbraucht werden. Zur Erfüllung von dauerhaften Lehraufgaben müssen dauerhafte Stellen mit angemessener Vergütung und sozialrechtlichen Standards vergeben werden.</p> <p>(...)</p> <p>Nur mit guten Arbeitsbedingungen sind gute und qualitative Forschung und Lehre möglich. Nicht nur deswegen gilt es, sich mit den Beschäftigten der Hochschule zu solidarisieren und gemeinsam mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten.</p>
<p>B18 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wege aus dem Prekariat Wissenschaft: Reform des Arbeitsplatzes Wissenschaft</p> <p>Die SPD verschließt nicht länger die Augen vor den miserablen Anstellungsverhältnissen im sogenannten „Mittelbau“ deutscher Wissenschaftsinstitutionen. Die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) wirkt der Kurzzeitanstellungen zwar in Teilen entgegen; ohne eine strukturelle Reform der Wissenschaftslandschaft wird sich das prekäre Anstellungsgefüge an Universitäten nicht ändern, das die maximale Autonomie und Autorität der Lehrstühle kompensiert durch minimale Sicherheit und Garantie am unteren Ende der Wissenschaftshierarchie. Angesichts des bildungsnahen und linksliberalen Profils dieser Klientel ist dies auch eine Chance für die SPD potentielle Wähler anzusprechen.</p>	<p>B18 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wege aus dem Prekariat Wissenschaft: Reform des Arbeitsplatzes Wissenschaft</p> <p>Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Insbesondere für Frauen ist diese strukturelle Reform für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie existenziell. Die SPD fordert Novellierungen der Landeshochschulgesetzgebung für die strukturelle Neujustierung der Hochschulen. Die</p> <p>5 Schaffung von stabilen Anstellungsverhältnissen im Mittelbau muss gekoppelt werden mit einer finanziellen Aufstockung der Grundfinanzierung von Hochschulen. Zur Neustrukturierung der Landeshochschulgesetze schlägt die SPD folgendes Modell vor, das drei klar definierte Karrierewege in</p> <p>10 der Wissenschaft vorsieht:</p> <p>1. Forschung, 2. Lehre 3. Verwaltung. Für 1 und 2 schließt nach der Promotion eine weitere Qualifizierungsphase an – die „Postdoc-Phase“. Diese Phase sollte nicht länger als 6 Jahre dauern und den Sprung in die wissenschaftliche Unabhängigkeit und das</p> <p>15 Etablieren einer Reputation im Wissenschaftssystem ermöglichen. Hierbei sind die unterschiedlichen Fächerkulturen zu berücksichtigen. Dabei sollte dieses Zeitfenster erweiterbar sein für belegbare Unterbrechungen – etwa durch Elternzeiten. Am Ende dieser Phase sollte darüber entschieden werden, ob der nun gereifte „Nachwuchs“ in den Planstellenpool des Kollegiums übergehen kann – für jeweils zwei Spezialisierungsbereiche.</p> <p>20 1. Forschung: entfristete Mitarbeiterstelle mit Möglichkeit der Berufung zur Professur (Lehrdeputat nicht höher als 6 SWS)</p> <p>25 2. Lehre: entfristete Mitarbeiterstelle mit Möglichkeit der Berufung zur Professur (Lehrdeputat von 12 SWS)</p> <p>Die Besetzung von Stellen muss künftig organisatorisch über der Lehrstuhlebene erfolgen. Nur durch Besetzungsverfahren, die mehr als die kurzfristigen Ziele von Lehrstuhlinhaber_innen im Blick haben, kann sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter_innen auch langfristige Perspektiven und die gewünschte Unabhängigkeit im jeweiligen wissenschaftlichen Feld haben. Die organisatorische Verankerung der Personalgewinnung auf Instituts-, Department-</p> <p>30 und Fakultätsebene erlaubt auch die Einführung von Qualitätsstandards, deren Einhaltung auch durch die nötige personelle Ausstattung gesichert wird. Während es heutzutage so ist, dass einzelne Professor_innen sich ihre Mitarbeiter_innen nach subjektiven Kriterien aussuchen können, fordern wir die Einführung von (quotierten) Auswahlgremien.</p> <p>35 Wissenschaftliche Auswahlgremien, ob sie nun Drittmittelempfänger oder Postdoktoranden auswählen, bestehen oft ausschließlich aus Männern. Die Repräsentation von Frauen im Wissenschaftssystem nimmt mit jeder Karrierestufe nach ihrer Promotion ab. Um gleichwertige Teilhabe zu gewährleisten, muss eine Kaskadenquotierung für die Besetzung freier Stellen in wissenschaftlichen Führungspositionen angestrebt werden. Bei dem Modell der Kaskadenquotierung ist die Ist-Quote der darunterliegenden Karrierestufe (z.B. Postdoktorand_innen) das Soll der jeweiligen Karrierestufe (z.B. Juniorprofessor_innen).</p> <p>40</p>	<p>B19 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p>Studierende sind keine Sachmittel - endlich ein ordentlicher Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S.19)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
B20 <i>Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)</i> Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern Die SPD fordert, dass Nicht-EU-Bürgern ein erleichterter Zugang zu einem Studium in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird. 1. Das Absenken oder vollständige Abschaffen monetärer Eingangshürden. 2. Die Unterstützung durch adäquate und qualitativ hochwertige Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsangebote. 3. Die Abschaffung der Eingangs- bzw. Bewerbungshürden auf dem Arbeitsmarkt, sodass sich Studierende aus allen Ländern gleichberechtigt auf einen Arbeitsplatz bewerben können. 4. Die Angleichung erlaubter Arbeitsstunden an den Status Quo deutscher und europäischer Studierender.	B20 <i>Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)</i> Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
B21 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i> Aufwandsentschädigung Praktisches Jahr – flächendeckend, fair, fördernd Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, eine Pflicht zur einheitlichen Aufwandsentschädigung für Medizinstudierende in Höhe des Bafög-Höchstsatzes im Praktischen Jahr in die Approbationsordnung (ÄApprO) aufzunehmen.	B21 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i> Aufwandsentschädigung Praktisches Jahr – flächendeckend, fair, fördernd Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
B22 <i>SV Halle (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i> Lücke in der Ausbildungsförderung schließen Für Studienabbrecher muss zumindest bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss eine Fördermöglichkeit sichergestellt werden.	B22 <i>SV Halle (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i> Lücke in der Ausbildungsförderung schließen Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
B23 <i>Unterbezirk Emsland (Bezirk Weser-Ems)</i> Abschaffung des Numerus Clausus für das Medizin-Studium Der Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion werden gebeten sich dafür einzusetzen, dass der Numerus Clausus für die Aufnahme eines Medizin-Studiums möglichst kurzfristig abgeschafft wird.	B23 <i>Unterbezirk Emsland (Bezirk Weser-Ems)</i> Abschaffung des Numerus Clausus für das Medizin-Studium Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 B24 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Lehrstuhl für Altersmedizin</p> <p>5 In allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland muss ein „Lehrstuhl für Altersmedizin“ eingerichtet werden und in der Medizin- und Pflegeausbildung muss die Altersmedizin als prüfungsrelevanter Inhalt aufgenommen werden.</p> <p>10</p> <p>B25 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>15 Förderung tierversuchsfreier Medizin</p> <p>Tierversuchsfreie Medizin soll gefördert werden, Alternativen zu Tierversuchen sollen verstärkte finanzielle und ideelle Unterstützung und Förderung erhalten, es soll deutlich mehr Förderpreise für tierversuchsfreie Medizin geben.</p> <p>20</p> <p>B26 <i>Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken</i></p> <p>Zivilgesellschaftlichem Engagement den Rücken stärken</p> <p>30 In den vergangenen Monaten hat die AfD in verschiedenen Landes- und Kommunalparlamenten den Versuch unternommen, den Kinder- und Jugendverband Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, als gewalttätig-linksextremistische Vereinigung zu verunglimpfen und die Streichung dessen öffentlicher Förderung zu erwirken. Diese Bestrebungen wenden sich letztlich nicht nur gegen die Arbeit der Falken, sondern gegen demokratisch-zivilgesellschaftliches Engagement im Allgemeinen. Dabei stellen vor allem diejenigen für die AfD einen Störfaktor dar, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen, insbesondere für die vollständige Gleichstellung der Geschlechter und gleiche Chancen für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Name und Wohnort. Auch Organisationen und Zusammenschlüsse wie der DGB, die Amadeu Antonio Stiftung, das Anne Frank Zentrum, die Jusos, die AWO und viele andere sind betroffen. Alles, was nicht der eigenen politischen Position entspricht, anzugreifen und zu diffamieren ist ein eindeutig demokratiefeindliches Vorgehen.</p> <p>50 Die AfD nutzt vor allem das wichtige demokratische Mittel der kleinen Anfrage in Parlamenten. Dieses darf nicht ausgehöhlt werden, indem es, statt zur Kontrolle der jeweiligen Regierung, dazu genutzt wird, die Zivilgesellschaft auszuforschen, zu beschäftigen und einzuschüchtern.</p> <p>55 Zunehmend sehen sich Jugendringe, Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Träger mit einem Klima der Intoleranz konfrontiert. Dabei braucht es ihre Arbeit als Werkstätten der Demokratie heute wieder mehr denn je. Sie stehen organisationsübergreifend für Pluralität und Freiheit ein, organisieren Meinungsbildung und fördern gesellschaftliches Engagement. Nicht zuletzt setzen sie sich Hass und Demokratiefeindlichkeit entgegen und geben denen eine Stimme, die oft überhört werden. Die Jugendverbände als selbstbestimmte und selbstorganisierte Interessensvertretungen junger Menschen sind darüber hinaus autoritären Nationalradikalen wie der AfD ein besonderer Dorn im Auge. Denn hier wird kritisches Denken und damit auch das Hinterfragen autoritärer Strukturen nicht nur nicht verhindert, sondern explizit gefördert.</p> <p>65</p>	<p>B24 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Lehrstuhl für Altersmedizin</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>B25 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Förderung tierversuchsfreier Medizin</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>B26 <i>Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken</i></p> <p>Zivilgesellschaftlichem Engagement den Rücken stärken</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Daher wird die SPD auch weiterhin entschlossen für das Recht auf freie, kritische und demokratische Kinder- und Jugendarbeit eintreten. Sie drückt ihre Solidarität aus mit der demokratischen Zivilgesellschaft im Allgemeinen und mit den von Angriffen der AfD betroffenen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung im Besonderen. Sie stärkt den Jugendringen, Jugendverbänden, sowie anderen betroffenen zivilgesellschaftlichen Akteuren den Rücken gegen die Diffamierungsversuche der AfD, damit Kinder und Jugendliche aller sozialen Hintergründe und andere Menschen, die von dem Engagement dieser Organisationen profitieren, weiterhin deren vielfältige Angeboten nutzen und gelebte Demokratie erfahren können.</p>	1
<p>B27 <i>Arbeitsgemeinschaft für Bildung</i></p> <p>Treibhäuser der Demokratie</p> <p>Kinder und Jugendliche haben nach Art. 12 und 13 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht darauf, ihre Lebensumwelt eigenständig und aktiv mit zu gestalten und ihre Ideen einzubringen. Gute Beteiligungsstrukturen und die aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu entwickeln und zu sichern. Daher wird die SPD Bundestagsfraktion aufgefordert, sich für die Auflegung eines Programmes „Treibhäuser der Demokratie“ einzusetzen, das Kitas und Schulen dabei unterstützt, sich als demokratische Lebens- und Bildungsorte zu verstehen und sich durch die Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen entsprechend entwickeln zu können. Das Programm Entwicklungsprozesse auf den drei Ebenen Institution, Pädagog*in und Ausbildung initiieren. Die SPD Landtagsfraktionen werden aufgefordert, dieses Programm aktiv mitzugestalten und für eine angemessene Beteiligung durch die Länder zu sorgen.</p> <p>(I) Warum wir es wollen</p> <ol style="list-style-type: none">1. Kinder haben ein Recht darauf, sich zu beteiligen. (Kinderrechte)2. Demokratische Gesellschaften brauchen demokratischen Nachwuchs. (Antipopulismus)3. Mitwirkung verändert den Sozialraum, die wichtigste Lernbedingung: Orte der Demokratie stärken Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. (Chancengleichheit)4. Demokratisches Handeln in Kitas und Schulen fördert Normen und Werte unserer Gesellschaft. (Werte)5. Sich zu beteiligen, ist emotional, sozial und kognitiv förderlich. (Kompetenzentwicklung)6. Unsere Gesellschaft braucht mehr Gemeinsinn, Inklusion und Solidarität. (Gesellschaftlicher Zusammenhalt) <p>(II) Zentrale Schwerpunkte des Programms „Treibhäuser der Demokratie“</p> <ol style="list-style-type: none">1. Partizipative Gestaltung des Alltags in Kita und Schule steht im Mittelpunkt des Programms: Neben demokratischer Entscheidungspraxis und Lernsituationen sind das vor allem alltägliche Schlüsselsituationen wie u.a. Begrüßung, Morgenkreis, Pausen und Mahlzeiten. Es unterstützt die Entwicklung altersangemessene Praxis verschiedener Formen demokratischer Meinungsbildung und Entscheidung durch Transfer von Modellen und Best-Practice-Beispielen, Beratung (auch standardisiert) und Fortbildungen.2. Das Programm initiiert Entwicklungsprozesse auf drei Ebenen: Institution, Pädagog*in und Ausbildung.3. Schul- und Kitanleitungen sind wesentliche Akteure im Programm.4. Prozesse und Ergebnisse des Programms werden strukturell im Qualitätsmanagement der Bildungseinrichtungen verankert.	5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div>15. Das Programm bindet vorhandene regionale und lokale Initiativen oder Programme ein.</div> <div>16. Das Programm wird prozessbegleitend und im Hinblick auf Wirksamkeit evaluiert.</div> <div>5</div> <div>(III) Finanzierung Zur Umsetzung des Programms bedarf es einer langfristigen Finanzierung für Unterstützungs- und Beratungsleistungen, Fort- und Weiterbildungen, Informations- und Kommunikationsstrategien und wissenschaftliche Programmbegleitung.</div> <div>10</div> <div>B28 <i>Landesverband Berlin</i></div> <div>Höhere finanzielle Förderung von Freizeitaktivitäten für bedürftige Kinder und Jugendliche im Rahmen des „Bildungspakets“</div> <div>20</div> <div>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags mögen sich für eine finanzielle Erhöhung, mindestens aber eine Verdopplung des Beitrages zur Förderung der Teilnahme an Sport, Musik, Kultur etc. im Rahmen des „Bildungspaketes“ für bedürftige Kinder und Jugendliche, deren Eltern leistungsberechtigt nach dem SGB II sind (insbesondere Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) bzw. Leistungen nach § 2 AsylbLG, Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, einsetzen.</div> <div>25</div> <div>30</div> <div>35</div> <div>40</div> <div>45</div> <div>50</div> <div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>	<div>B28 <i>Landesverband Berlin</i></div> <div>Höhere finanzielle Förderung von Freizeitaktivitäten für bedürftige Kinder und Jugendliche im Rahmen des „Bildungspakets“</div> <div>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</div>

Europapolitik (EU)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="28 510 63 544">EU</div> <p>EU1 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Europäisches Parlament – mehr parlamentarische Demokratie für Europa</p> <p>Die SPD im Bund und in Europa setzt sich für eine Stärkung der europäischen Demokratie durch folgende Maßnahmen ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiativrecht des Europäischen Parlaments: das Parlament kann analog zur Europäischen Kommission Gesetzesinitiativen einbringen. Hierfür ist ein zuvor festzulegendes Quorum der Abgeordneten, bspw. 5 %, vonnöten. • Stärkung der Wahl- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission: die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestätigen die Mitglieder der Kommission in Einzelwahl, dürfen neben dem Recht auf Auskunft über legislative Tätigkeiten der Kommission die Mitglieder der Kommission vorladen, sie rügen sowie ihnen mit qualifizierter Mehrheit das Vertrauen entziehen. • Änderung der EU-Verträge mit dem Ziel, dass keine EU-rechtliche Regelung mit Gesetzeskraft ohne Zustimmung durch das Europäische Parlament zustande kommt. 	<p>EU1 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Europäisches Parlament – mehr parlamentarische Demokratie für Europa</p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die SPD im Bund und in Europa setzt sich für eine Stärkung der europäischen Demokratie unter anderem durch folgende Maßnahmen ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiativrecht des Europäischen Parlaments: das Parlament kann analog zur Europäischen Kommission Gesetzesinitiativen einbringen. (...) • Stärkung der Wahl- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission: die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestätigen die Mitglieder der Kommission in Einzelwahl, dürfen neben dem Recht auf Auskunft über legislative Tätigkeiten der Kommission die Mitglieder der Kommission vorladen, sie rügen sowie ihnen mit qualifizierter Mehrheit das Vertrauen entziehen. <p>Punkt 3 Überweisung an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderung der EU-Verträge mit dem Ziel, dass keine EU-rechtliche Regelung mit Gesetzeskraft ohne Zustimmung durch das Europäische Parlament zustande kommt.
<p>EU2 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Europa neu ausrichten Demokratie stärken, Asyl- und Flüchtlingspolitik human gestalten, Wachstum fördern, Finanzmärkte weiter regulieren</p> <p>1. Wo Europa steht</p> <p>Wir dürfen nicht zulassen, dass Europas Errungenschaften klein geredet werden</p> <p>Was die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten für unseren Kontinent erreicht hat, sucht in der Geschichte seinesgleichen. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, die Schaffung der Montanunion, die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes, die Demokratisierung Südeuropas, die friedvolle Einbindung des ehemals kommunistischen Osteuropas und über 70 Jahre Frieden: Ohne die EU wäre die Bewältigung dieser politischen Mammutaufgaben undenkbar. Dabei ist sie mit einem rasanten wirtschaftlichen Aufstieg Europas einhergegangen. Trotz aller sozialen Unterschiede, die es gibt – die Menschen in Europa haben heute ein Wohlstandsniveau erreicht, von dem die Generation unserer Großeltern beziehungsweise Eltern nicht zu träumen gewagt hätte.</p> <p>Europas Werte stemmen sich gegen Willkür und Unterdrückung</p> <p>Die Erfolge Europas basieren auf seinem Wertesystem, dessen Entstehung ganz wesentlich auf das Wirken der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Gewerkschaftsbewegung zurückführbar ist: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Pluralismus und Solidarität sind die Eckpfeiler unserer Freiheit welche Ausdruck unserer Selbstbehauptung gegen Willkür und Unterdrückung ist. Bestrebungen die Unabhängigkeit von Justiz und Medien anzutasten oder Minderheiten auszugrenzen zeigen, dass diese Freiheit keine Selbstverständlichkeit in Europa ist, sondern Tag für Tag aufs Neue erkämpft werden muss.</p>	<p>EU2 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Europa neu ausrichten Demokratie stärken, Asyl- und Flüchtlingspolitik human gestalten, Wachstum fördern, Finanzmärkte weiter regulieren</p> <p>Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Das europäische Gesellschaftsmodell ist einzigartig in der Welt Dieser Kampf lohnt sich. Dabei ist das Streben nach einer Balance zwischen politischem, sozialem, wirtschaftlichem und ökologischem Fortschritt, der das europäische Gesellschaftsmodell in der</p> <p>5 Welt so einzigartig macht. In unserem Modell steht der Mensch im Mittelpunkt; er muss sich anders als im turbo-kapitalistischen System keinem ökonomischen Zwang unterordnen und anders als in autoritären Systemen keiner staatlichen Gängelung unterwerfen.</p> <p>10 Menschen wenden sich nicht von Europa ab, sondern haben die konservative Politik satt Doch dieses Selbstverständnis hat in der jüngeren Vergangenheit Risse erhalten. Die von Merkel und Sarkozy verordnete Austeritätspolitik hat zu einer Entsolidarisierung auf unserem Kontinent geführt und bedeutet für Millionen von Europäerinnen und Europäern sozialen und wirtschaftlichen Rückschritt. Und: Diese katastrophale Politik von Europas Konservativen bringt die Menschen gegeneinander auf. Die Bürgerinnen und Bürger in den finanzschwachen Ländern fühlen sich bevormundet, während jene in den</p> <p>20 Geberländern sich über Gebühr in Anspruch genommen fühlen.</p> <p>Brexit: Wir stehen an der Seite derer, die für Europa streiten Diese Reflexe finden sich auch in den Debatten rund um den Brexit wieder. Klar: Rechtspopulisten und konservative Hardliner wittern ihre Chance. Doch sehr viele Menschen, die mit einem Ja zum Brexit liebäugeln, wenden sich im Kern nicht von Brüssel, sondern vielmehr von London und Berlin ab. Sie sind unzufrieden mit einer verfehlten und unsozialen Politik. Das glasklare Bekenntnis der</p> <p>30 britischen Gewerkschaftsbewegung zu Europa und ihre Kampagne gegen den Brexit zeigen indes, was Europa, sozial gestaltet, bieten kann: Den transnationalen Rahmen für eine arbeitnehmerorientierte Politik. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Großbritannien weiterhin Teil der Europäischen Union bleibt: Der Kontinent braucht die Insel und die Insel braucht den Kontinent. Daher hoffen wir, dass die Menschen in Großbritannien beim Referendum am 23. Juni für einen Verbleib ihres Landes in der EU stimmen werden.</p> <p>Mehr Mut für Europa muss die Antwort sein Trotz aller Widrigkeiten, mit denen Europa konfrontiert ist: Der Rückwärtsgang in den Nationalstaat kann in einer globalisierten Welt keine Option für Europas Länder sein. Daher muss die europäische Integration weiter vorangetrieben werden. Voraussetzung hierfür ist die Akzeptanz durch die Menschen. Diese kann nur gewonnen werden, wenn die Europäische Union demokratischer und transparenter wird. Denn nur eine stärkere Einbindung der Menschen in die europäische Politik kann eine neue Begeisterung für die europäische Idee entstehen lassen und helfen, aus der derzeitigen Zerreißprobe gestärkt hervorzugehen.</p> <p>50 Menschen wollen mehr Europa Bei dem Versuch, faire und humane Lösungen für die - vor allem sich in der zweiten Jahreshälfte 2015 zuspitzenden Situation – angespannte Lage von Flüchtlingen zu finden, haben sich einige</p> <p>55 Staaten einer gemeinsamen Politik verweigert. Vielmehr sind die jeweiligen Regierungen in nationalstaatliche Reflexe verfallen. Bei einigen Mitgliedstaaten äußert sich das in einem drastischen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik; in anderen Ländern hingegen in einer von Anfang an den Tag gelegten Weigerungshaltung.</p> <p>60 Beide Haltungen sind nicht zuletzt auch das Ergebnis politischen Druckes, der sich europaweit in Erfolgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zeigt. Diese Entwicklung ist leider nicht neu, doch sie verschärft sich im Zuge der flüchtlingspolitischen Debatte. Ein Trend ist dabei immer klar erkennbar: Besagte Parteien suggerieren, dass die Probleme unserer Zeit durch nationale Abschottung lösbar seien.</p> <p>65 Doch dabei verkennen sie, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen durchaus ein Mehr an Europa möchte – nämlich in jenen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Bereichen, wo es Sinn macht und vor allem demokratische Legitimation besteht. Die Menschen spüren, dass gerade in einer immer komplexer werdenden und sich globalisierenden Welt Europas Bedeutung zunehmen muss.	1
Globale Fragen erfordern europäische Antworten	5
Europas Gesellschaftsmodell, das auf den Säulen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Marktwirtschaft, Pluralismus und Zusammenarbeit beruht, hat nichts von seiner Wichtigkeit oder Attraktivität eingebüßt. Daher darf die Debatte über Europas Zukunft nicht entlang der Frage rückwärts ins nationalstaatliche Klein-Klein sondern weiter vorwärts im europäischen Miteinander geführt werden. Denn am Miteinander darf kein Weg vorbei führen. Wir müssen vielmehr darum streiten, wie wir das Miteinander gestalten.	10
Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei klar, dass Europa all jene Themen angehen muss, die vor nationalen Grenzen keinen Halt machen. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein akutes Beispiel hierfür. Doch der Skandal um die so genannten Panama-Papers, die zwischenzeitlich wieder auf schwelende Krise in Griechenland oder die weiterhin in weiten Teilen Europas bestehenden Ungleichgewichte und Probleme in der wirtschaftlichen Aufstellung zeigen, dass es derzeit eine Reihe von Projekten gibt, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Das kann nur dann gelingen, wenn die entsprechende Akzeptanz durch die Menschen gegeben ist. Auch deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Demokratisierung und Stärkung der EU.	15
2. Asyl und Migration menschlich gerecht und europäisch gestalten	20
Grundrecht auf Asyl	25
Das Recht auf Asyl und damit verbunden das Recht auf ein faires Asylverfahren dürfen nicht aufgrund der Kassenlage oder politischer Opportunität relativiert werden. Deshalb müssen menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren überall in der EU selbstverständlich sein: Wir brauchen angemessene Standards für die Unterbringung, Versorgung und die Integration von Asylsuchenden in ganz Europa. Zwar gelten seit einiger Zeit neue Regelungen für Aufnahmebedingungen und bei Asylverfahren; die nicht zuletzt durch den engagierten Einsatz der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament verabschiedet worden sind; doch deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten verläuft sehr schleppend. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten, entsprechende EU-Vorgaben endlich zu erfüllen.	30
Sichere Wege ausbauen	35
Wir brauchen legale und sichere Wege nach Europa, um Elend oder gar Tod auf den Fluchtrouten ein Ende zu machen und Schlepperbanden die Grundlage für ihr kriminelles Treiben zu entziehen. Dazu gehört eine bessere Zusammenarbeit unter Federführung der EU mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Bereits dort muss Asylsuchenden eine Verfahrensberatung angeboten werden. Dazu müssen regionale Aufnahmezentren geschaffen werden, welche für Menschen mit einer Anerkennungsperspektive einen sicheren Weg nach Europa ebnen können. Menschen ohne Perspektive hätten hingegen eine breitere Informationsbasis, auf deren Grundlage sie ihre Entscheidung hinsichtlich eines Aufbruchs nach Europa treffen können. In diesem Zusammenhang müssen auch die Schaffung von Botschaftsverfahren oder die flexiblere Gewährung von Visa diskutiert werden.	40
Mit Blick auf besonders verletzte Flüchtlinge muss Europa in Zusammenarbeit mit dem UNHCR ein verbindliches Resettlement-Programm unter Koordinierung der Europäischen Kommission auflegen. Das Programm sollte die Mitgliedstaaten anhand bestimmter Kriterien wie Wirtschaftskraft und Größe mit einbeziehen	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und mit Blick auf seine Umsetzung vom Europäischen Parlament begleitet werden.</p> <p>Nicht zuletzt auch Angesichts der Herausforderungen durch Fachkräftemangel und den demographischen Wandel darf sich Europa</p> <p>5 einer Politik zur Koordination von legaler Zuwanderung nicht verschließen. Solche Maßnahmen sollen über bestehende Angebote wie die Blaue Karte EU für Hochqualifizierte und die Saisonarbeiterrichtlinie hinausgehen. Ein modernes Europa braucht eine zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik.</p> <p>10</p> <p>Faire Verteilung und Einrichtung von Hotspots</p> <p>Die Zuwanderung von Asylsuchenden nach Europa wird mittel- und langfristig nicht abnehmen. Auch deshalb brauchen wir eine Debatte über mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten,</p> <p>15 wenn es um die Aufnahme von Asylsuchenden geht. Die Regelungen der Dublin-III-Verordnung, wonach die Einreisestaaten zuständig für die Asylverfahren sind, widerspricht diesem Geist und wird auch seit Sommer 2015 defakto nicht mehr angewendet. Wir brauchen vielmehr einen festen Verteilungsmechanismus, der auf</p> <p>20 Basis sozio-ökonomischer Kriterien Aufnahmekontingente je Mitglied festlegt und auch nach Wunsch der Geflüchteten im Hinblick auf z.B. Familienzusammenführung, Sprache oder Arbeitsplatz angewendet wird. Die Erfahrungen mit dem bisherigen Versuch der Verteilung von Flüchtlingen zeigt, wie wichtig es ist, dass so ein</p> <p>25 Verteilungsmechanismus verbindlich und auf Grundlage der EU-Gesetzgebung erfolgen sollte. Zwischenstaatliche, hemdsärmelige Lösungen verlieren sich allzu oft im Klein-Klein; Hinterzimmer-Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs können keine verbindlichen Prozesse und Regelungen ersetzen.</p> <p>30 Die Schaffung von einem gerechten Verteilungsmechanismus muss durch die Einrichtung von Hotspots begleitet werden: Die Staaten an den europäischen Außengrenzen müssen durch diese entlastet werden. Hier muss der Ausbau von Hotspots zur Registrierung, Versorgung und Umsiedlung von Asylsuchenden in den Grenzstaaten</p> <p>35 unterschiedener vorangetrieben werden. Diese Hotspots dürfen nicht für illegale Pushbacks oder Abschiebungen ohne faires Asylverfahren missbraucht werden. Auch ist eine gemeinsame europäische Grenzsicherung notwendig; einzelne Staaten, die europäische Unterstützung haben wollen, dürfen nicht alleine gelassen werden.</p> <p>40</p> <p>Flüchtlinge auch außerhalb Europas schützen und Fluchtursachen bekämpfen</p> <p>Eine europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern und Fluchtursachen beseitigen helfen. Deshalb muss Europas Entwicklungs- und Handelspolitik darauf ausgerichtet sein, Armut zu bekämpfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, Perspektiven zu eröffnen und Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Das ist notwendige Bedingung dafür, um Fluchtursachen mittel- und langfristig abzubauen oder gar</p> <p>50 zu beseitigen.</p> <p>Kurzfristig hingegen müssen Europas Staaten endlich aktiv werden, um die Lebenssituation der Flüchtlinge vor Ort spürbar zu verbessern. Viele Flüchtlinge bleiben meist in der Nähe der Länder aus denen sie fliehen. Leider ist aktuell die Versorgung in Camps vieler Nachbarländer nicht gesichert. Es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten, Nahrung, Schulbildung und anderen lebenswichtigen Grundlagen in den Camps. Eine Ursache hierfür: Das Budget des World-Food-Programms sowie des UN-Flüchtlingswerks wurden über Jahre hinweg gekürzt und zugesagte Beiträge nicht gezahlt. Wir fordern daher die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, finanzielle Mittel, die die Lebensbedingungen der Flüchtlinge vor Ort verbessern helfen, endlich zu leisten beziehungsweise aufzustocken.</p> <p>60</p> <p>Natürlich können nicht alle Fluchtursachen von Europa verhindert und beseitigt werden, dennoch müssen die europäischen handels-, außen- und entwicklungspolitischen Maßnahmen kritisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen überprüft werden. Die Fluchtursachen an</p>	

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
EU	<p>der Wurzel packen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen umfasst eben nicht nur die Beendigung von Krieg und politischen Konflikten, sondern eben auch die lebenssichernde Versorgung vor Ort. Hier müssen insbesondere die Mitgliedsstaaten ihren Zusagen nachkommen.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
	<p>3. Europäische Finanzmarkt- und Steuerpolitik weiter vorantreiben</p>	
	<p>Die Enthüllungen um die so genannten Panama-Papers haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie dringend notwendig eine grenzüberschreitende Regulierung des Finanzsektors ist. Gerade dann, wenn auf Profitmaximierung ausgerichtete, hochkomplexe und globale Finanzmarktgeschäfte auf eine unzureichende steuerpolitische Regulierung treffen, sind Steuervermeidung und Steuerkriminalität Tür und Tor geöffnet.</p>	<p>10</p> <p>15</p>
	<p>Umso dringender ist eine Europäisierung und Demokratisierung unserer Steuerpolitik. Das hat auch die politische Praxis der jüngeren Vergangenheit gezeigt, als es um die Re-Regulierung oder Regulierung der Finanzmärkte im Zuge der Weltfinanzkrise von 2007/08 ging. Zwar hat die Europäische Union in Sachen Finanzmarktregulierung insbesondere auf Druck der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament teils erhebliche Fortschritte gemacht. Dazu gehören das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels, die Deckelung von Bankerboni, strengere Eigenkapitalforderungen gegenüber Banken, die Grundsteinlegung für die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Doch gerade bei Reformprojekten, die einen steuerpolitischen Hebel gebraucht hätten, scheiterten progressive Ansätze entweder an den politischen Mehrheitsverhältnissen oder an der rechtlichen Struktur Europas, innerhalb dessen die Steuergesetzgebung nahe ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten ist.</p>	<p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
	<p>Wenn wir jedoch dem Treiben illegaler oder asozialer Finanzgeschäfte ein Ende setzen und Steueroasen konsequent trocken legen wollen, müssen wir Europas Steuerpolitik neu ausrichten. Dazu gehört:</p>	<p>35</p>
	<ul style="list-style-type: none"> • Die EU benötigt die Kompetenz auch im Bereich der Steuergesetzgebung. Insbesondere Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerungen und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen müssen hierüber festgeschrieben werden und gleichzeitig müssen Begünstigungen für besondere Einkunftsarten, wie zum Beispiel Lizenzen oder Patente, abgeschafft werden. • Der Grundsatz der Versteuerung der Gewinne am Leistungsort muss ferner ein Grundsatz der europäischen Steuerpolitik sein. • Einheitliche Regeln brauchen einheitliche Sanktionen, daher müssen Steuervergehen in allen Mitgliedstaaten einheitlich geahndet werden. • Die Europäische Kommission muss die Kompetenz erhalten, die Arbeit der nationalen Steuerbehörden koordinieren zu können. • Anonyme Finanzgeschäfte müssen verboten werden, daher müssen bei allen Zahlungsverkehren der Kontoinhaber und der wirtschaftliche Berechtigte feststellbar sein. 	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
	<p>4. Europas Wirtschaftspolitik</p>	<p>55</p>
	<p>Gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln</p> <p>Europa ist nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise und den derzeitigen Herausforderungen in einer schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation. Das erfordert ein verstärktes, gemeinsames pro-europäisches wirtschaftspolitisches Handeln aller Mitgliedsstaaten, mit dem Ziel, die nationalen Haushalte zu konsolidieren, aber gleichzeitig Wachstumsimpulse für die europäischen Volkswirtschaften zu geben.</p>	<p>60</p>
	<p>Dazu gehört auch, wirtschaftlich schwächelnden Mitgliedsstaaten unter die Arme zu greifen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten wirkt sich in den einzelnen Staaten unterschiedlich aus. Während einige kaum</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 haushaltspolitische Probleme haben, sind andere Staaten massiv eingeschränkt, bis hin zur Gefährdung ihres Verbleibs in der EU. So mussten die Krisenländer bereits erhebliche Sparmaßnahmen zu Lasten ihres Wirtschaftswachstums umsetzen. Das bringt sie in</p> <p>5 eine extreme Abhängigkeit internationaler Finanzmärkte. Europa muss daher über gemeinschaftliche Lösungen wie beispielsweise die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds für die Verschuldungsproblematik nachdenken. Die Finanzierung dieses Fonds muss sowohl vom EU-Haushalt als auch durch die Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit erfolgen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss zugleich konsequent angewendet werden, um einer unwirtschaftlichen Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten Grenzen zu setzen. Allerdings darf er dabei notwendige Wachstumsimpulse nicht beschränken; nicht zuletzt aus diesem</p> <p>15 Grund fordern wir eine weitere Demokratisierung des Pakts: Seine Ausgestaltung und Umsetzung muss unter Beteiligung des Europäischen Parlaments erfolgen.</p> <p>Langfristig muss es in Europa eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben, die die Unterschiede in den Bilanzen zwischen den Defizit- und Überschussländern koordiniert. Dazu muss es zwingend soziale und ökologische Mindeststandards in Bildung, Löhnen und Sozialversicherung geben. Gute Arbeit und Löhne, starke Sozialsysteme und gestärkte Staatsfinanzen sorgen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung und damit stabile Finanzen.</p> <p>25 Mehr Investitionen mit langfristiger Perspektive</p> <p>Ein europaweites Investitionsprogramm kann zusätzliche neue Impulse für Wachstum und eine nachhaltige Politik setzen. Dabei sollte der Infrastruktur und der innovativen und erneuerbaren Energiepolitik und nicht der Atomkraft eine Schlüsselrolle zukommen, wie es beispielsweise der Marshallplan des DGB für Europa vorsieht. Doch leider sah und sieht die Wirklichkeit in den vergangenen Jahren anders aus: Investitionen als Mittel einer intelligenten Wirtschaftspolitik suchte man vergeblich. Kriselnde Staaten sollten allein mit drastischen Budgetkürzungen ihren Haushalt wieder in Ordnung bringen. Dabei wurden bedenkliche Trends, wie niedrige Investitionen in neue Produktionsanlagen, in Infrastruktur oder Kommunikation verstärkt, wo eine Umkehr nötig gewesen wäre. Bis heute hat die Industrieproduktion in der EU nicht einmal mehr</p> <p>40 das Niveau von 2009 erreicht. Der Investitionsbedarf in den Bereichen Energieeffizienz, Breitband und Transportinfrastruktur liegt innerhalb der EU bei 200 Milliarden Euro jährlich. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn der Erfolg Europas war immer eng damit verbunden, dass wir eine Vorreiterrolle eingenommen haben</p> <p>45 - zum Beispiel in der Ausbildung, bei Forschung und industrieller Entwicklung.</p> <p>Deshalb fordern wir, dass die Investitionslücke gestopft wird. Zu diesem Zweck haben das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen geschaffen, der innerhalb von drei Jahren 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglichen soll.</p> <p>Der Fonds kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer langfristig angelegten Investitionsstrategie für Europa sein. Nach langem Ringen ist es dabei insbesondere uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelungen, den Fonds so auszugestalten, dass er in Zukunftsprojekte investieren kann. Derartige Projekte, die einen unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen haben, deren betriebswirtschaftlicher Gewinn sich aber womöglich erst auf mittlere Sicht einstellt, sind heute vielfach unterfinanziert</p> <p>60 und können daher nicht realisiert werden. Perspektivisch muss der Investitionsfonds zu einem dauerhaften Instrument ausgeweitet werden, der die einseitig auf Konsolidierung fixierte wirtschaftspolitische Strategie der EU um strategische Investitionen erweitert. Wir fordern daher eine echte und ausgewogene Wirtschaftspolitik statt einseitiger Spardiktate. Den Mittelpunkt muss eine neue</p> <p>65 Etappe von Strukturreformen bilden, die auf wachstumsfördernden, ökologisch und sozial ausgewogenen Initiativen fußt. Hierzu</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>zählen Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Weiterbildung, Gesundheit und Kinderbetreuung, aber auch Strategien für innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Dies wird die Widerstandsfähigkeit und das Wachstumspotential der Wirtschaft nachhaltig stärken.</p>	<div>1</div> <div>5</div>
<p>Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit</p> <p>Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise Europas ist auch eine soziale Krise geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weiter auseinander. Arbeitslosigkeit und Armut betreffen alle Mitgliedsstaaten, insbesondere Europas Jugend. Europas Politik muss einen Beitrag dazu leisten, den Menschen die Angst um ihre Zukunft, ihren Lebensunterhalt und ihre Altersvorsorge zu nehmen.</p> <p>Für Europas Jugend brauchen wir ein Zukunftsprogramm für Jugendbeschäftigung und eine Ausbildungsgarantie. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht in Zukunftsangst lassen und sie so in die Arme rechtspopulistischer Bewegungen treiben. Die Zukunft Europas braucht die heutige Jugend. Wir brauchen in Europa nicht weniger als die beste Bildung für alle Jugendlichen. Dazu kann unser duales Ausbildungssystem, das weltweit Anerkennung findet, über Deutschland hinaus seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Hier muss die deutsche Sozialdemokratie auf europäischer Ebene Hilfe anbieten, um dieses System, wenn es vor Ort gewünscht wird, auf andere europäische Länder zu übertragen.</p> <p>Wir stehen für eine konsequente Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung.</p>	<div>10</div> <div>15</div> <div>20</div> <div>25</div>
<p>Die Jugendarbeitslosigkeit muss stärker bekämpft werden.</p> <p>Europa muss verstärkt die europäische Idee hervorheben. Es darf sich von Rechtspopulisten nicht spalten lassen. Europa muss deshalb spürbar Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Wir brauchen ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa, das sich auf die sozialdemokratischen Werte beruft, mit dem Ziel die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern. Dazu gehören nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch Arbeitsmarkintegration und Partizipation der Beschäftigten.</p> <p>Wir müssen uns dafür einsetzen, dass auch benachteiligte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden und dies nicht nur ein ethisches Lippenbekenntnis bleibt. Hier sind auf EU-Ebene gleiche Rahmenbedingungen für alle Menschen zu schaffen, um so viele erwerbsfähige Menschen wie möglich, auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.</p> <p>Wir brauchen auf europäischer Ebene mehr Mitbestimmung und verbindliche Standards, wie einen Beschäftigtendatenschutz, aber auch den Ausbau (statt des Abbaus) sozialer Errungenschaften wie Mitbestimmungsrechte und Partizipation für Arbeitnehmer.</p>	<div>30</div> <div>35</div> <div>40</div> <div>45</div>
<p>5. Europas Demokratie stärken</p>	<div>50</div>
<p>Viele Menschen sind über den Zustand Europas verunsichert. Dieser Umstand wird leider auch durch das Versagen einer perspektiv- und mutlosen Politik verstärkt, die statt auf europäische Lösungen zu setzen sich im Klein-Klein verliert und Entscheidungen am Verlauf der Umfragebarometer ausrichtet. Die Folge dieses Versagens ist nicht nur eine Führungskrise, sondern auch ein Widererstarken nationaler Ressentiments sowie die Zunahme antieuropäischer, populistischer Stimmungen. Diese Politik stellt dabei die Verhältnisse von den Füßen auf den Kopf: Denn im Kern ist nicht zu viel, sondern zu wenig Europa das Problem. Die Menschen wenden sich daher nicht ab, weil sie unzufrieden mit Europa sind. Sie wenden sich ab, weil die Regierungen keine Antworten auf Europas Herausforderungen geben.</p> <p>Der Kern des Problems: Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, eine parlamentarische Kontrolle oder eine öffentliche Debatte, in der die Regierungspolitiker für ihre Entscheidungen gerade stehen müssen, findet nicht statt. Um gegensteuern und diese Entwicklung umkehren zu können, muss in Europa ein Demokratisie-</p>	<div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 rungs- und Parlamentarisierungsprozess eingeleitet werden. Die Entscheidungsstrukturen Europas müssen daher transparenter und demokratischer gestaltet werden.</p> <p>Unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten ist eine Neuausrichtung der EU dringend erforderlich: Das Europäische Parlament, als einzige direkt von der Bevölkerung gewählte Institution, muss volle Mitentscheidungsbefugnisse sowie ein Initiativrecht erhalten. Darüber hinaus muss die Europäische Kommission durch das Parlament gewählt werden. Unter den vorgenannten Bedingungen kann sie Stück für Stück zu einer politischen Regierung Europas werden. Die von den sozialdemokratischen Parteien vorangetriebene Idee eines Spitzenkandidaten bei der Europawahl 2014 war ein erster Schritt dahin. Versuche der nationalen Regierungen dies wieder abzuschaffen, lehnen wir ab. Gleichzeitig müssen die Beteiligungsmöglichkeiten nationaler Parlamente im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens gestärkt und vertieft werden. Das Europäische Bürgerbegehren, welches heute schon Realität ist, muss mit Blick auf seine Verpflichtungselemente gegenüber der Kommission dringend verbindlicher ausgestaltet werden. Zudem müssen die Regierungen Europas endlich ihre Türen öffnen: Die Sitzungen des Ministerrates und die EU-Gipfel müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.</p> <p>Nur wenn die Menschen darüber mitreden können, wie es mit Europa weiter geht, hat Europa eine Zukunft. Dabei ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass demokratische Mitsprache und soziale Teilhabe zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb müssen wir neben einer Demokratisierung Europas auch um seine soziale Neujustierung streiten und die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Europa bekämpfen.</p>	
<p>EU3 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p>	<p>EU3 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p>
<p><i>Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem Europa der Austerität</i></p> <p>Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hatte in den Ländern, die besonders von den Krisen betroffen waren, verheerende soziale Folgen. Das Dogma der ausgabenorientierten Konsolidierung hat weder zur postulierten gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, noch zu einer Trendwende bei der Staatsverschuldung geführt. Im Gegenteil: Durch strikte Einsparungsvorgaben und eine sehr schwache Investitionstätigkeit ist eine Abwärtsspirale in Gang gebracht worden, deren Ergebnis hohe Arbeitslosenquoten, eine Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme und Gesundheitssysteme, sowie eine stark zunehmende Armut und Armutsgefährdung ist.</p> <p>Die von der Troika verordnete Austeritätspolitik hat sich nicht nur nicht gelohnt, sondern massiv zu einer wachsenden Ungleichheit in Europa beigetragen. Diese Ungleichheit stellt nicht nur das Projekt Europa in Frage, sondern wirkt auch in den einzelnen Staaten zunehmend demokratiegefährdend. Als Sozialdemokratie haben wir es, spätestens seit der Europawahl 2014, verpasst, eine wirkliche Alternative zur Krisenpolitik à la Merkel und Schäuble tatsächlich einzufordern. In der großen Koalition wurden die europapolitischen Unterschiede zuweilen nahezu unsichtbar. Es ist jedoch nicht zu spät an unsere Beschlüsse und an unsere Vorstellungen von einem anderen, einem sozialen Europa anzuknüpfen.</p> <p>Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Minister*innen und Parlamentarier*innen im Bund und Europa erneut auf, sich für einen sozialdemokratischen Umgang mit den Problemen in Europa einzusetzen und eine klare Alternative aktiv einzufordern. Dies umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Einsatz für eine Altschuldenregelung für besonders von der Krise betroffenen Staaten. Wir halten an unserer Forderung nach 	<p><i>Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem Europa der Austerität</i></p> <p>Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>einem Schuldentilgungsfond fest. Auch ein Schuldenschnitt darf kein Tabu sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Ende der Austeritätspolitik. Wenn Formulierungen, wie xy muss „seine Hausaufgaben“ machen, gleichbedeutend mit weiteren Kürzungen im sozialen Bereich sind, müssen wir diesen eine klare Absage erteilen. • Die Forderung nach einem wirklichen Investitionspaket und ein Ende der diesbezüglichen Augenwischerei. Mittel, die sowieso regulär von den einzelnen Staaten abgerufen werden können, stellen keine zusätzlichen Investitionen dar und dürfen auch nicht als solche ausgegeben werden. • Der Einsatz für einen langfristigen Transfermechanismus und einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds, um wirtschaftliche Ungleichgewichte und regionale Unterschiede auszugleichen. • Der Einsatz für eine demokratische Willensbildung und parlamentarische Kontrolle. Wenn Parlamente keine Entscheidung ohne Zustimmung der Troika treffen dürfen, ist die letzte rote Linie überschritten. Wir unterstützen die Parlamentarier*innen des Europaparlaments in ihrer Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle der Troika ebenso wie nach einer parlamentarischen Kontrolle der EZB. • Der Einsatz für europaweite Mindeststandards im sozialen Bereich und im Gesundheitssystem. Diese Mindeststandards dürfen auch im Fall einer Krise nicht unterschritten werden. Im Gegenteil, sie sollen das dringend benötigte Netz zur sozialen Absicherung darstellen. Alle Menschen in Europa müssen sich auf ein hohes Maß an sozialer Absicherung verlassen können. • Die Erarbeitung eines Konzeptes zu einer Europäischen Arbeitslosenversicherung. • Eine Offensive zur europaweit einheitlichen Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen. Privatisierungszwänge lehnen wir ab. • Banken und Finanzinstitute sollen erhaltene Darlehen bzw. Gelder, die aus Steuermitteln finanziert wurden und die sie in der Finanzkrise erhalten haben, vollumfänglich zurückzahlen. 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>EU4 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>14 Kommissarinnen und 14 Kommissare in Europa, das ist Gerechtigkeit</p> <p>Eine verpflichtende, paritätische Nennung der KandidatInnen und Kandidaten für die Ämter als Kommissarinnen und Kommissare durch die Mitgliedsstaaten der EU ist die Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Kommission. In Zukunft soll jedes Mitgliedsland jeweils eine Frau und einen Mann für die Position als Kommissarin bzw. Kommissar vorschlagen müssen. Aus dem Vorschlagspool der 56 Personen sollen dann paritätisch die 28 Positionen 50% an Frauen und 50% an Männer vergeben werden.</p>	<p>EU4 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>14 Kommissarinnen und 14 Kommissare in Europa, das ist Gerechtigkeit</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission Eine verpflichtende, paritätische Benennung der KandidatInnen und Kandidaten für die Ämter als Kommissarinnen und Kommissare durch die Mitgliedsstaaten der EU ist die Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Kommission. (...)</p>
<p>EU5 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein Europa mit Zukunft</p> <p>Europa steht unter Druck. Während von außen die weltpolitischen Herausforderungen an den Grenzen der Europäischen Union keinen Halt machen, geraten im Innern die Fundamente europäischer</p>	<p>EU5 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein Europa mit Zukunft</p> <p>EU8 zum a.o. BPT am 25. Juni 2017 Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Europa steht unter Druck. Während von außen die weltpolitischen Herausforderungen an den Grenzen der Europäischen Union keinen Halt machen, geraten im Innern die Fundamente europäischer</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Werte und Zusammenarbeit ins Wanken. Das europäische Integrationsprojekt und mit ihm alle überzeugten Europäerinnen und Europäer stehen vor der gewaltigen Aufgabe, dem Gezerre von innen und den Kräften, die dieses Projekt zum Einsturz bringen wollen, zu widerstehen. Dass eine weit verbreitete EU-Skepsis oder gar Feindlichkeit und ein grassierender Rechtspopulismus überhaupt so viel Auftrieb bekommen, liegt nicht zuletzt auch daran, dass sich die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger voneinander entfremdet haben und der Rückhalt für ein geeintes und politisches Europa schwindet. Dabei braucht die EU ihre Bürgerinnen und Bürger und diese wiederum profitieren von einer stabilen und wirkmächtigen Union. Es ist an der Zeit, die Europäische Union wieder als Chance für die Zukunft zu begreifen und für ein gestaltendes statt verwaltendes Europa einzutreten. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten im globalen Kontext ihre grundlegenden gesellschaftlichen Werte und Interessen wirkungsvoll wahren. Ohne Frage können wir dabei auf den Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte aufbauen. Viel wurde bislang erreicht und die europäische Einigung hat zu einer einmaligen Periode des Friedens beigetragen. Doch allein auf den Erfolgen der Vergangenheit dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Idee europäischer Zusammenarbeit muss weitergedacht und vertieft werden. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union sozialer, demokratischer und in ihrem Funktionieren nachvollziehbarer wird.</p>	<p>Werte und Zusammenarbeit ins Wanken. Das europäische Integrationsprojekt und mit ihm alle überzeugten Europäerinnen und Europäer stehen vor der gewaltigen Aufgabe, dem Gezerre von innen und den Kräften, die dieses Projekt zum Einsturz bringen wollen, zu widerstehen. Dass eine weit verbreitete EU-Skepsis oder gar Feindlichkeit und ein grassierender Rechtspopulismus überhaupt so viel Auftrieb bekommen, liegt nicht zuletzt auch daran, dass sich die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger voneinander entfremdet haben und der Rückhalt für ein geeintes und politisches Europa schwindet. Dabei braucht die EU ihre Bürgerinnen und Bürger und diese wiederum profitieren von einer stabilen und wirkmächtigen Union. Es ist an der Zeit, die Europäische Union wieder als Chance für die Zukunft zu begreifen und für ein gestaltendes statt verwaltendes Europa einzutreten. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten im globalen Kontext ihre grundlegenden gesellschaftlichen Werte und Interessen wirkungsvoll wahren. Ohne Frage können wir dabei auf den Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte aufbauen. Viel wurde bislang erreicht und die europäische Einigung hat zu einer einmaligen Periode des Friedens beigetragen. Doch allein auf den Erfolgen der Vergangenheit dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Idee europäischer Zusammenarbeit muss weitergedacht und vertieft werden. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union sozialer, demokratischer und in ihrem Funktionieren nachvollziehbarer wird.</p>
<p>25 Für ein sozialeres Europa</p> <p>Zweifelloso hat die Politik der Europäischen Union zahlreiche und spürbare Erfolge vorzuweisen. Sie hat sich zum erfolgreichsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt und erheblich zu Wohlstand und Entwicklung in ihren Mitgliedsstaaten beigetragen. Doch trotz alledem ist der nicht ganz unberechtigte Eindruck entstanden, dass die europäische Politik vor allem die Interessen von Unternehmen im Blick hatte und auch die Mitgliedsstaaten die europäische Bühne eher nutzen, um ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen durchzusetzen und sogar gegeneinander auszuspielen. Die letzten Jahre – geprägt von Finanzkrise, massenhafter Jugend Arbeitslosigkeit, Stagnation und prekären Arbeitsverhältnissen – haben gezeigt, dass diese Politik dem europäischen Zusammenhalt einen Bärendienst erwiesen hat. Europa läuft Gefahr, auseinanderzubrechen. Darum bedarf es einer Vertiefung der europäischen Integration durch eine soziale Dimension! Die Staaten Europas müssen mehr Solidarität wagen: sowohl untereinander als auch gegenüber allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Mitwirkung in der Europäischen Union darf am Ende nicht allein in einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung münden, sondern muss sich an einem europäischen Gemeinwohl orientieren. Dazu gehört, neben dem zivilen Frieden auch sozialen Frieden zu fördern und zu schaffen. Damit dies gelingt, muss die EU eine soziale Ausrichtung ihrer Politik vorantreiben und mit sozialpolitischen Maßnahmen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in und zwischen den Mitgliedsstaaten leisten. Insgesamt muss jede Bürgerin, jeder Bürger und jeder Staat vom europäischen Projekt profitieren können. Durch einen europäischen Solidarpakt, der die sozialstaatlichen Instrumente der Mitgliedsstaaten ergänzt und die Menschen vor den Auswirkungen ökonomischer Krisen und Fehlentwicklungen schützt, kann ein großer Wurf hin zu mehr Gerechtigkeit in der EU gelingen. Ein derartiges Projekt muss mit Priorität vorangetrieben werden.</p>	<p>Für ein sozialeres Europa</p> <p>Zweifelloso hat die Politik der Europäischen Union zahlreiche und spürbare Erfolge vorzuweisen. Sie hat sich zum erfolgreichsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt und erheblich zu Wohlstand und Entwicklung in ihren Mitgliedsstaaten beigetragen. Doch trotz alledem ist der nicht ganz unberechtigte Eindruck entstanden, dass die europäische Politik vor allem die Interessen von Unternehmen im Blick hatte und auch die Mitgliedsstaaten die europäische Bühne eher nutzen, um ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen durchzusetzen und sogar gegeneinander auszuspielen. Die letzten Jahre – geprägt von Finanzkrise, massenhafter Jugend Arbeitslosigkeit, Stagnation und prekären Arbeitsverhältnissen – haben gezeigt, dass diese Politik dem europäischen Zusammenhalt einen Bärendienst erwiesen hat. Europa läuft Gefahr, auseinanderzubrechen. Darum bedarf es einer Vertiefung der europäischen Integration durch eine soziale Dimension! Die Staaten Europas müssen mehr Solidarität wagen: sowohl untereinander als auch gegenüber allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Mitwirkung in der Europäischen Union darf am Ende nicht allein in einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung münden, sondern muss sich an einem europäischen Gemeinwohl orientieren. Dazu gehört, neben dem zivilen Frieden auch sozialen Frieden zu fördern und zu schaffen. Damit dies gelingt, muss die EU eine soziale Ausrichtung ihrer Politik vorantreiben und mit sozialpolitischen Maßnahmen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in und zwischen den Mitgliedsstaaten leisten. Insgesamt muss jede Bürgerin, jeder Bürger und jeder Staat vom europäischen Projekt profitieren können. Durch einen europäischen Solidarpakt, der die sozialstaatlichen Instrumente der Mitgliedsstaaten ergänzt und die Menschen vor den Auswirkungen ökonomischer Krisen und Fehlentwicklungen schützt, kann ein großer Wurf hin zu mehr Gerechtigkeit in der EU gelingen. Ein derartiges Projekt muss mit Priorität vorangetrieben werden.</p>
<p>Für ein demokratischeres Europa</p> <p>60 Europa krankt jedoch nicht allein an seinen immensen inneren Ungleichheiten. Auch mit Blick auf ein Mehr an Demokratie ist ein großer Sprung längst überfällig. Schon ein Blick auf die Wahlbeteiligungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt, dass die Menschen die demokratische Qualität der EU nicht ernst nehmen und sich durch „Brüssel“ kaum repräsentiert fühlen. Die Politikgestaltung auf europäischer Ebene wird vielfach als intransparent, bürgerfern und elitär wahrgenommen. Das muss sich ändern! Die EU kann ihre Glaubwürdigkeit nur zurückgewinnen und</p>	<p>Für ein demokratischeres Europa</p> <p>Europa krankt jedoch nicht allein an seinen immensen inneren Ungleichheiten. Auch mit Blick auf ein Mehr an Demokratie ist ein großer Sprung längst überfällig. Schon ein Blick auf die Wahlbeteiligungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt, dass die Menschen die demokratische Qualität der EU nicht ernst nehmen und sich durch „Brüssel“ kaum repräsentiert fühlen. Die Politikgestaltung auf europäischer Ebene wird vielfach als intransparent, bürgerfern und elitär wahrgenommen. Das muss sich ändern! Die EU kann ihre Glaubwürdigkeit nur zurückgewinnen und</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>den Anspruch aufrechterhalten, die Interessenvertreterin der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sein, wenn die Belange der Menschen auch wirkmächtig repräsentiert und erkennbar in den politischen Prozess eingespeist werden. Dies kann nur durch die Schaffung eines echten parlamentarischen Regierungssystems gelingen, in dem die Kommission als europäische Regierung direkt dem Europäischen Parlament verantwortlich ist und von den Abgeordneten sowohl gewählt als auch abberufen werden kann. Das Parlament muss der zentrale Gesetzgeber im politischen System der EU werden – mit allen parlamentarischen Kontroll- und Mitwirkungsrechten. Damit das Parlament zum Repräsentanten aller Europäerinnen und Europäer wird, brauchen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht, transnationale Kandidatenlisten der europäischen Parteien und basisdemokratisch gewählte Spitzenkandidaten, die um das Amt des EU-Regierungschefs in einem echten politischen Wettbewerb konkurrieren. Erst wenn politische Alternativen zur Wahl stehen, die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungen für die Wählerinnen und Wähler ersichtlich ist und politisches Handeln von ihnen sanktioniert werden kann, wird auch die Legitimität der EU und ihrer Politik an Zuspruch gewinnen.</p> <p>Für ein transparenteres Europa</p> <p>In den letzten Jahren wurde viel dafür getan, die politischen Strukturen und Prozesse der EU sichtbarer und verständlicher zu machen. Das allein reicht aber noch nicht aus! Die institutionellen Strukturen und Verfahren sind so komplex, dass sie nur noch von wenigen Experten durchschaut werden können. Verdruss ist damit vorprogrammiert. Denn für demokratische Gesellschaften ist die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und ihres Zustandekommens unverzichtbar. Daher müssen sich die Mitgliedsstaaten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und der Zivilgesellschaft auf den Weg begeben, der Europäischen Union eine klare, nachvollziehbare und transparente Verfassung zu geben, die die politischen Kompetenzen sinnvoll ordnet und Entscheidungsstrukturen vereinfacht. Dazu gehört, die verschiedenen Politikbereiche entweder in rein europäische oder nationale Verantwortung zu geben und mit einer Verästelung der Zuständigkeiten ein Ende zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen können, wer was wie entscheidet. Der Schritt hin zu einem föderalen politischen System unter Berücksichtigung bürgernahe, kommunaler Strukturen ist die konsequente Weiterentwicklung der bislang erfolgten Integrationsarbeit. Aus dem diffusen Zusammenspiel von Rat und Parlament sollte ein durchschaubares und scharf konturiertes Zweikammern-System entstehen, in dem der Rat die Belange der Mitgliedsstaaten und das Parlament die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas vertritt.</p> <p>Es ist Zeit zu handeln! Die Repräsentanten der EU und die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten müssen ihrer Verantwortung für die Zukunft eines geeinten Europas gerecht werden und – auch in schwierigen Zeiten – eine Neuordnung wagen, die für die Herausforderungen einer aus den Fugen geratenen Welt gewappnet ist.</p> <p>EU6 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall</p> <p>Die europäische Integration ist ein zivilisatorischer Glücksfall in der Geschichte unseres Kontinents. Nur die Europäische Union garantiert den Bestand der europäischen Werte, die den Kontinent heute auszeichnen: Das geeinte Europa ist ein Raum des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der Demokratie. Die Achtung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit</p>	<p>den Anspruch aufrechterhalten, die Interessenvertreterin der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sein, wenn die Belange der Menschen auch wirkmächtig repräsentiert und erkennbar in den politischen Prozess eingespeist werden. Dies kann nur durch die Schaffung eines echten parlamentarischen Regierungssystems gelingen, in dem die Kommission als europäische Regierung direkt dem Europäischen Parlament verantwortlich ist und von den Abgeordneten sowohl gewählt als auch abberufen werden kann. Das Parlament muss der zentrale Gesetzgeber im politischen System der EU werden – mit allen parlamentarischen Kontroll- und Mitwirkungsrechten. Damit das Parlament zum Repräsentanten aller Europäerinnen und Europäer wird, brauchen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht, transnationale Kandidatenlisten der europäischen Parteien und basisdemokratisch gewählte Spitzenkandidaten, die um das Amt des EU-Regierungschefs in einem echten politischen Wettbewerb konkurrieren. Erst wenn politische Alternativen zur Wahl stehen, die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungen für die Wählerinnen und Wähler ersichtlich ist und politisches Handeln von ihnen sanktioniert werden kann, wird auch die Legitimität der EU und ihrer Politik an Zuspruch gewinnen.</p> <p>Für ein transparenteres Europa</p> <p>In den letzten Jahren wurde viel dafür getan, die politischen Strukturen und Prozesse der EU sichtbarer und verständlicher zu machen. Das allein reicht aber noch nicht aus! Die institutionellen Strukturen und Verfahren sind so komplex, dass sie nur noch von wenigen Experten durchschaut werden können. Verdruss ist damit vorprogrammiert. Denn für demokratische Gesellschaften ist die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und ihres Zustandekommens unverzichtbar. Daher müssen sich die Mitgliedsstaaten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und der Zivilgesellschaft auf den Weg begeben, der Europäischen Union eine klare, nachvollziehbare und transparente Verfassung zu geben, die die politischen Kompetenzen sinnvoll ordnet und Entscheidungsstrukturen vereinfacht. (...)</p> <p>Es ist Zeit zu handeln! Die Repräsentanten der EU und die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten müssen ihrer Verantwortung für die Zukunft eines geeinten Europas gerecht werden und – auch in schwierigen Zeiten – eine Neuordnung wagen, die für die Herausforderungen einer aus den Fugen geratenen Welt gewappnet ist.</p> <p>EU6 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall</p> <p>Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 gehören ebenso zu den verbindlichen Spielregeln wie die Achtung der Menschenrechte und die Gleichheit der Rechte für alle Bürge- rinnen und Bürger, auch und gerade für Minderheiten. Der Erhalt der europäischen Einheit ist der wichtigste Garant für die Selbstbe- 5 hauptung Europas in der Welt des 21. Jahrhundert.</p> <p>Trotz mancher Versäumnisse und Fehler: Um den jahrzehntelangen Frieden in Europa weiterhin zu wahren, unsere Freiheit zu schützen und unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten, ist die europäische Integration und die Zusammenarbeit der europäischen Staaten ent- 10 scheidend und darf niemals als selbstverständlich betrachtet wer- den.</p> <p>Köln ist eine europäische Großstadt und strahlt nach Europa und in die Welt hinaus. Sie verfügt über 22 Städtepartnerschaften, mehr als jede andere deutsche Stadt. Die meisten Partnerstädte liegen 15 in Europa und sind Ausdruck konkreten europäischen Handelns. Diese Städtepartnerschaften sind auf das engste mit dem Wunsch nach friedlicher Entwicklung nach den verheerenden Weltkriegen verbunden. Sie waren und sind ein Handlungsfeld Kölner Sozial- demokratinnen und Sozialdemokraten. Auch im neuen Jahrtausend 20 und in Zeiten der Globalisierung geben sie Europa ein „Gesicht“ und fordern zu einem interkulturellen Dialog in Europa und über Europa hinaus auf.</p> <p>Die europäische Einigung ist aber keineswegs nur zum Erhalt des bisher Erreichten und zur Reaktion auf Ereignisse von außen not- 25 wendig. Die Einigung der europäischen Nationen und die Hand- lungsfähigkeit des Europäischen Kontinents bilden vielmehr die notwendige Grundlage, um die Interessen aller europäischen Staa- ten in der Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich vertreten und wahren zu können: Kein europäisches Land - auch nicht Deutschland 30 - ist alleine in der Lage, seine politischen Vorstellungen, gesell- schaftlichen Werte und wirtschaftlichen Interessen in einer mul- tipolaren und von vielen verschiedenen Akteuren geprägten Welt zu garantieren. Erst die Bündelung europäischer Kräfte ermöglicht erfolgreiches Handeln der europäischen Nationalstaaten im welt- 35 weiten Kontext.</p> <p>Die Zähmung des globalen Kapitalismus, die Gestaltung weltwirt- schaftlicher Spielregeln, die Etablierung von Arbeitsstandards, der Schutz bürgerlicher Rechte, die Bekämpfung des Klimawandels, der Austausch von Ideen durch gemeinsame Wissenschaft und For- 40 schung, die Wahrung der Liberalität auf unserem Kontinent, eine den ganzen Kontinent schützende Sicherheits- und Verteidigungs- politik, – nur ein geeintes Europa von 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und ihrer politischen Vertreter hat das nötige politi- sche und wirtschaftliche Gewicht, um diese Ziele wirksam für alle 45 europäischen Staaten zu erreichen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, muss die EU zunächst ihre innere Stärke konsolidieren und ihre eigene Legitimation gegenüber den Bürgerinnen und Bür- gern erhöhen. Dies ist eine zentrale Aufgabe für die europäischen Sozialdemokraten. Sie müssen für eine solidarische Mehrheit in 50 Europa kämpfen.</p> <p>Europa befindet sich seit dem britischen Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union zum wiederholten Mal seit 2008/2009 in einer tiefen Krise. Mehrere Krisen verstärken sich in der aktuellen Situation gegenseitig: Zusätzlich zur ökonomischen 55 Krise, die in weiten Teilen Südeuropas aufgrund der vor allem durch Deutschland erzwungenen Kaputtsparpolitik nunmehr seit über 6 Jahren anhält, verstärkte der Umgang mit der hohen Zahl an Kriegs- und Elendsflüchtlings aus dem Nahen Osten und Af- rika 2015 die politischen Fliehkräfte in Europa. In Großbritannien 60 traf dies auf eine Gesellschaft, in der seit Jahrzehnten Misstrauen gegenüber europäischer Politik geschürt wurde und die nach Jah- ren der neoliberalen Politik sozial zerrüttet ist. Dies erleichterte das Spiel der Rechtspopulisten und Reaktionäre mit den Ängsten der Briten. So hat eine Mehrheit der Briten für den Ausstieg aus der 65 Europäischen Union gestimmt. Diese Entwicklung, geprägt von stärker werdenden Rechtspopulisten und den wachsenden Bestre- bungen für einen Rückzug ins Nationale, ähnelt der in vielen an-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>deren Ländern Europas: Frankreich, Polen, Ungarn, Österreich, die Niederlande und nicht zuletzt nun auch Deutschland.</p> <p>Das Erstarken offen europafeindlicher Kräfte ist jedoch nur die besonders sichtbare Form eines tiefer gehenden Auseinanderdriftens der europäischen Staaten und Volkswirtschaften. Denn verstärkt durch die derzeitige europäische Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik geht die Schere zwischen wohlhabenden Regionen und Staaten immer weiter auseinander und in den Versuchen einer gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingskrise zeigen sich Risse im politischen Fundament der Europäischen Union. Es droht heute erstmals seit der Gründung der EU ein Auseinanderbrechen des gemeinsamen Friedens- und Wohlstandsraums Europa.</p> <p>• Europa muss soziale Sicherheit und Wohlstand für die große Mehrheit bieten</p> <p>Über Jahrzehnte galt das Westeuropa der Nachkriegszeit als wirtschaftliche Boomregion mit breit verteiltem Wohlstand. Auch heute noch sind die meisten europäischen Länder im Weltmaßstab reich und wohlhabend. Europa ist nach Jahrhunderten der Auswanderung zu einem Kontinent der Einwanderung geworden, in dem immer mehr Menschen auf der Welt den Ort für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen und Bedürfnisse für ein gutes Leben finden können. Aber die Krise 2008/2009 und die danach einsetzende gesplattene Entwicklung in Nord-, Süd- und Osteuropa, aber eben auch innerhalb wohlhabender Staaten wie Deutschland oder Großbritannien, hat die Vorstellung von einem Staatenbund mit einem breit und gerecht verteilten Wohlstand verblassen lassen. Ängste vor sozialem Abstieg und der zunehmenden Einschränkungen der Möglichkeiten, den eigenen Lebensweg frei zu wählen und zu gestalten, haben europaweit zugenommen.</p> <p>Zum Jahresbeginn 2016 hat die SPD hierauf in Deutschland eine deutliche Antwort formuliert: Wir wollen mit einer aktiven sozialdemokratischen Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Dazu bedarf es öffentlicher Investitionen in Bildung und Infrastruktur, aber auch in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Anstrengungen für Forschung und Innovation für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. All das erfordert einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen und schließt die europäische Ebene mit ein! Hier müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland europäischer handeln. Nur in einem stabilen und dynamischen EU-Binnenmarkt haben wir dauerhaft die Chance, unseren Wohlstand zu erhalten und zu mehren.</p> <p>Die Politik der letzten Jahre hat aber ganz im Gegenteil und maßgeblich unter deutscher Initiative dazu beigetragen, dass weite Teile Südeuropas wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen. Seit der Einführung des Euros profitiert die ohnehin starke deutsche Wirtschaft von einer zu niedrig bewerteten Währung und hat so ihre Exporte in Europa und die Welt ausgeweitet. Länder wie Spanien oder Griechenland konnten ihre Wirtschaft nicht durch Abwertung einer eigenen Währung vor dieser Billigkonkurrenz aus Nordeuropa schützen. Nicht zuletzt waren es auch deutsche, französische und britische Banken, die auch noch die nötigen Kredite in diese Länder vergaben, damit diese die Importe bezahlen konnten. Die überbordende private Verschuldung nahm so ihren Lauf. In der Krise mussten dann wiederum die europäischen Staaten zu weiterer öffentlicher Verschuldung greifen, um ihre Volkswirtschaften vor dem völligen Kollaps zu bewahren. Als Reaktion darauf wurde ihnen in der Folge von den Gläubigerländern ein Sparregime auferlegt, das nun schon seit Jahren das Gegenteil von dem erreicht, was es verspricht: Die Senkung der Schuldenstände und neues Wachstum, dessen Erträge breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen.</p> <p>In einem Europa mit einer gemeinsamen Währung und einem gemeinsamen Binnenmarkt bedarf es jedoch neben Regeln für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Geld auch endlich einer umfassenden öffentlichen Initiative für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Wir müssen die großen gesellschaftlichen</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung, die neuen technischen Möglichkeiten der digitalen Revolution und die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen viel stärker als Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft in Europa begreifen. Damit mehr Menschen diese Chancen ergreifen können, brauchen sie dafür jedoch die entsprechende Bildung und Qualifikation, sie müssen moderne Infrastruktur und nachhaltige Energie nutzen können und sie benötigen nicht zuletzt ein funktionierendes Rohstoff- und Abfallsystem. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Sicherheit haben, bei Krankheit eine gute Versorgung, bei Arbeitslosigkeit Unterstützung und Qualifikation und im Alter eine lebenswerte Rente zu haben. Es bedarf eines leistungsfähigen sozialen Sicherungssystems. Wir brauchen Innovation und Gerechtigkeit in Europa!</p> <p>15 In europäischen Krisenländern müssen wir erleben, wie der Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur einhergeht mit einem weitgehenden Zusammenbruch öffentlicher Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt dem Einbruch bei Löhnen und Renten. All das führt zu wirtschaftlicher und sozialer Verwüstung, auf deren Grundlage kein dauerhaftes Wachstum, geschweige denn sozialer Frieden und stabile politische Verhältnisse möglich sind. Für all das wird nun Europa und auch Deutschland mitverantwortlich gemacht. Diesen Entwicklungen müssen wir eine gesamteuropäische Anstrengung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung entgegensetzen.</p> <p>25 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in ganz Europa, was wir auch für Deutschland benötigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung, Umweltschutz, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur über einen neuen europäischen Marshall-Plan, der vor allem in den europäischen Krisenstaaten ansetzt. Insbesondere die Kommunen sollten direkte Investitionshilfen der EU bekommen, etwa für ihre Anstrengungen in der Bewältigung der Flüchtlingskrise. • die Weiterentwicklung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so dass er wirkliche Wachstumskräfte freisetzt. Dazu müssen Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa sanktioniert und fiskalische antizyklische Handlungsspielräume in Krisenzeiten erhöht werden. Nicht nur Schulden, sondern auch marode Infrastruktur und private Vermögen werden vererbt! Die Politik des Kaputtsparens und Spaltens zwischen den europäischen Ländern muss endlich ein Ende haben. • zur Finanzierung dieser Maßnahmen eine neue europäische Steuer- und Fiskalpolitik, die europäisches Steuerdumping verhindert, Finanzspekulation und Vermögenskonzentration durch eine koordinierte Unternehmensbesteuerung (inkl. europäischen Mindeststeuersätzen) sowie eine europäische Finanztransaktionssteuer bekämpft und stabile Kreditbedingungen durch gemeinsame Eurobonds ermöglicht. • Gemeinsame europäische soziale Mindeststandards, insbesondere für flächendeckende Mindestlöhne in Europa und für eine wirksame soziale Grundsicherung. Die Abwärtsspirale durch Lohn- und Sozialdumping muss endlich gestoppt werden, wenn Europa bei allen Menschen als Schutzraum für ihre sozialen Rechte wahrgenommen werden soll. <p>Nur wenn sich in Europa für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wieder die Hoffnung auf Wohlstand und Gerechtigkeit erfüllt, kann die Krise der europäischen Einigung überwunden werden. Derzeit profitieren wenige Länder und die reichsten sozialen Schichten von der Wirtschaftspolitik in Europa. Sie spaltet Europa sozial und damit politisch. Damit untergraben wir auf mittlere Sicht nicht nur unseren eigenen Wohlstand in Deutschland, sondern schaffen auch den Nährboden für Rechtspopulisten und Nationalisten.</p> <p>65 Nein zur geplanten Steigerung der Militärausgaben, sondern Abrüstung und Konversion von militärischer in zivile Produktion für ein friedliches und soziales Europa. Sicherheit ist eine im Kern zivile Aufgabe.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Ohne wirkliche Demokratie wird die EU zerfallen <p>Für die Anstrengungen, die für ein soziales Europa nötig sind, ist eine umfassende Demokratisierung der Europäischen Union erforderlich. Nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger über Wahlen klare Verantwortlichkeiten festlegen und auch verändern können, kann die Legitimation und damit das nötige Vertrauen entstehen, die es braucht, um solch große gemeinsamen Aufgaben anzugehen. Wird Europa weiter als Elitenprojekt in den Hinterzimmer der Staats- und Regierungschefs fortgeführt, ist es zum Scheitern verdammt. Auch muss klar sein, dass es eine weitere Vertiefung der europäischen Integration nur in Verbindung mit umfassender Demokratisierung geben darf. Der mit der Europawahl 2014 erstmalig erfolgte Prozess parteipolitischer Spitzenkandidaturen um das Amt des Kommissionspräsidenten war ein richtiger Anfang. Dieser muss nun konsequent fortgeführt werden. Repräsentiert durch Personen müssen alternative politische Lösungen zur Wahl stehen. Natürlich ist auch die Sozialdemokratie gefragt, über die Spitzenkandidatur einen alternativen politischen Kurs zur derzeitigen neoliberalen Austeritätspolitik sichtbar zu machen.</p>	1
<p>Wir setzen uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher ein</p> <ul style="list-style-type: none"> • für ein Europäisches Parlament als zentrale Gesetzgebungsgewalt in Europa. Dies bedeutet sowohl das Initiativrecht für das Parlament, Entscheidungsfindung mit einfacher Mehrheit und nicht zuletzt auch europäische Parteilisten. Auch muss das Parlament das Recht haben, die EU-Kommission mit einfacher Mehrheit abzusetzen. Der Europäische Rat und die Fachministerräte müssen öffentlich tagen, damit die Diskussionen zwischen den Regierungen auch in der Öffentlichkeit und im EU-Parlament nachvollzogen und kontrolliert werden können. • Um die Effektivität der europäischen Politikebene zu erhöhen, sollte es neben den bisherigen Entscheidungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit auch ein Verfahren mit einfacher Mehrheit geben. In diesem Falle sollte es einzelnen Ländern erlaubt sein, die betreffende Entscheidung nicht national anzuwenden (opt-out). So würden Entscheidungsverfahren flexibler und die Interessen einzelner Mitgliedsländer würden gewahrt. • die umfassende Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat in vielen Fällen für Unmut gesorgt, da diese mit ihrer Interpretation der europäischen Verträge politische Entscheidungen getroffen haben, die durch keine Wahl und durch kein Parlament derartig legitimiert worden sind. Es gilt daher, das europäische Parlament bei der Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung durch Stellungnahmen zu beteiligen, wie dies bereits mit der EU-Kommission und den nationalen Regierungen geschieht. • europäische Sozialdemokratie – für die solidarische Mehrheit <p>Die sozialdemokratischen Parteien sind in den meisten europäischen Ländern in Bedrängnis. Ob in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Deutschland oder den Niederlanden, ob mit oder ohne Regierungsbeteiligung: die sozialdemokratischen Parteien geraten unter Druck, weil ihnen eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und der zunehmenden sozialen Spaltung schwer fällt. Zum Teil haben sie zu Beginn des Jahrtausends selbst auf neoliberale Politikansätze gesetzt und damit Glaubwürdigkeit bei ihrer - ohnehin schrumpfenden - Kernlienzel verloren. Aber auch nach der Krise 2008/2009 haben sich die noch starken sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht zu einem gemeinsamen Kurs für Wachstum und gegen die Austerität entschieden. Zum Teil hat dies zu ihrem massiven Absturz wie in Spanien oder Griechenland beigetragen oder sie konnten - wie etwa in Frankreich oder Deutschland - trotz Regierungsbeteiligung keinen umfassenden Alternativkurs durchsetzen. Angesichts der erstarkenden nationalistischen Rechtspopulisten, aber auch einiger Herausforderer von links, müssen die Sozialde-</p>	5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div> <div> 1 5 10 15 20 25 30 35 </div> <div> <p>mokratinnen und Sozialdemokraten in Europa eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden. Es gilt, eine solidarische Mehrheit durch ein Bündnis aus den traditionellen Schichten der Facharbeiter, prekär Beschäftigten sowie modernen und leistungsorientierten ArbeitnehmerInnen zu schmieden. Sie haben eine gerechte Politik für sich und ihre Familien verdient. Dagegen stehen weite Teile der europäischen Finanzindustrie, von Unternehmen und Superreichen, die sich ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Innovation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch mangelnde Investitionen, Lohndumping und Steuerflucht entziehen.</p> <p>Ein gemeinsames europäisches Projekt für Innovation und Gerechtigkeit zu formulieren, ist angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlich-sozialen Ausgangsbedingungen und der Vielfalt der politischen Ausrichtungen innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteienfamilie wie auch der nationalen Traditionen schwierig. Wollen wir aber glaubwürdig eine Alternative zum Rückzug ins Nationale, von Ausgrenzung und Hass auf der einen und einer fortgesetzten neoliberalen Politik für ein Europa der entfesselten Märkte auf der anderen Seite entwickeln, müssen wir jetzt mit alten und auch neuen linken Parteien und Organisationen aus allen europäischen Ländern eine gemeinsame politische Anstrengung unternehmen, um die solidarische Mehrheit für ein soziales Europa zu mobilisieren. So können die oben vorgeschlagenen Schritte angegangen, im Bundestagswahlkampf 2017 offensiv beworben und die Grundlage für ein gemeinsames sozialdemokratisches Wahlprogramm für die Europawahlen 2019 gelegt werden. Unsere Botschaft muss in ganz Europa deutlich werden: neue Hoffnung durch mehr soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen für alle Regionen und mehr Mitbestimmung der Menschen in Politik und Wirtschaft in einem solidarischen Europa. Europäische Solidarität muss den nationalistischen Hass bezwingen.</p> </div> </div>	
<div> <div> 35 40 </div> <div> <p>EU7 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Strukturelle ökonomische Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa beseitigen</p> <p>Für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik, die Ungleichgewichte abbaut und der Erreichung des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank dient!</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die SPD bekennt sich zum von der Europäischen Zentralbank bei Gründung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) definierten einheitlichen Inflationsziel in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. 2. Die SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie den SPD-Parteivorstand auf, bei arbeits-, sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Lohnniveau sowie die private und öffentliche Nachfrage stärker in den Blick zu nehmen. Insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik muss die SPD für Bedingungen sorgen, die die Würde der Arbeit verteidigen und wiederherstellen. In diesem Zusammenhang streben wir insbesondere eine weitgehende Rückführung von Leiharbeit sowie ein striktes rechtliches Verbot von sogenannten Schein-Werkverträgen an, die faktisch der Umgehung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen dienen. Wir fordern außerdem eine Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse statt einer weiteren Ausweitung von sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. 3. Die SPD bekräftigt in diesem Zusammenhang das Ziel des ökonomischen Gleichgewichts in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der EU und tritt für eine Wirtschaftspolitik ein, die sich </div> </div>	<div> <div> </div> <div> <p>EU7 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Strukturelle ökonomische Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa beseitigen</p> <p>Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p> </div> </div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
dem Abbau bestehender ökonomischer Ungleichgewichte in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und damit einer in Zukunft ausgeglichenen deutschen Leistungsbilanz verpflichtet sieht. Fortwährende deutsche Handelsbilanzüberschüsse sind zu vermeiden. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU soll aus Sicht der SPD dahingehend erweitert werden, dass eine Erreichung des gemeinsamen EZB-Inflationsziels und des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der EU vorrangig vor dem Ziel des Abbaus von öffentlichen Haushaltsdefiziten verfolgt wird.	1 5 10
EU8 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i>	EU8 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i> 15
Vereinigte Staaten von Europa schaffen	Vereinigte Staaten von Europa schaffen
1. Der Deutsche Bundestag, der Bundesrat, die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, das Europäische Parlament, die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäische Rat, die EU-Kommission und alle politischen Verantwortungsträger in Europa werden aufgefordert, sich für eine Reform der Europäischen Union (EU) im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“ und damit für einen europäischen Bundesstaat anstelle des bisherigen supranationalen Staatenbunds bzw. Staatenverbunds einzusetzen.	Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019 20
2. Die Europäische Union soll ihren Namen behalten, jedoch zukünftig als europäischer Bundesstaat staatliche Souveränität erhalten und damit ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsgewalt, die nicht nur mittelbar von den Mitgliedstaaten abgeleitet sind.	25
3. Die Staatsgewalt wird dabei in einem föderalen europäischen Mehrebenensystem zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und ggf. innerstaatlichen Bundesstaaten, Bundesländern oder Regionen geteilt, wie es etwa in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 zwischen Bund und den Ländern üblich ist.	30
4. Die EU soll als souveräner Bundesstaat damit erstmals originäre Kompetenzen erhalten, nicht jedoch die „Kompetenz-Kompetenz“, also das Recht, die eigenen Kompetenzen aus eigener Machtfülle zu erweitern. Zur Kompetenzerweiterung soll auch zukünftig jeweils eine einstimmige Änderung der europäischen Verträge (EUV, AEUV) oder jedenfalls die Übertragung von Hoheitsrechten durch die Mitgliedstaaten erforderlich sein, etwa wenn nur ein Teil der Mitgliedstaaten eine vertiefte Zusammenarbeit anstrebt.	35
5. Zur Änderung der europäischen Verträge wird ein Ordentliches Vertragsänderungsverfahren nach Art. 48 EUV durchgeführt.	40
6. Die nötigen Vertragsänderungen des europäischen Primärrechts sollen in den EU-Mitgliedstaaten nach Maßgabe der jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden.	45
7. Das deutsche Volk soll entsprechend Art. 146 GG in einer Volksabstimmung über die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa und die entsprechenden Änderungen des Grundgesetzes entscheiden.	50
8. Eine Reform der EU soll auch dann erfolgen, wenn die Vertragsänderungen nach Ablauf von zwei Jahren nicht entsprechend Art. 48 Abs. 4 UAbs. 2 EUV in allen oder weniger als vier Fünfteln der 28 bzw. ohne Großbritannien zukünftig 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind. Das Erfordernis der Einstimmigkeit von Vertragsänderungen darf bei nunmehr 28 bzw. 27 Mitgliedstaaten nicht zur Reformunfähigkeit der EU führen. Mitgliedstaaten, die nicht mitmachen wollen, sollen die Gelegenheit zum Austritt aus der Union nach Art. 50 EUV erhalten. Notfalls sollen alle anderen Mitgliedstaaten aus der EU austreten und die EU ohne die nicht integrationswilligen Mitgliedstaaten neu gründen.	55
9. Zukünftig soll mit einer qualifizierten Stimmenmehrheit auch ein Ausschluss von Mitgliedstaaten aus der EU möglich sein, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten in gravierender Weise die europäischen Verträge verletzen, insbesondere hinsichtlich grundlegender	60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Menschen- und Bürgerrechte sowie demokratischer Mindeststandards.</p> <p>10. Die Gesetzgebung soll in der EU durch ein Zweikammersystem erfolgen, das aus dem Europäischen Parlament (EP) einerseits</p> <p>5 und dem Europäischen Rat (Art. 15 EUV) bzw. den Räten (Art. 16 EUV) andererseits besteht.</p> <p>11. Das Europäische Parlament erhält ein Gesetzesinitiativrecht.</p> <p>12. Das EP erhält das uneingeschränkte Haushaltsrecht bzw. die volle Budgethoheit. Die europäische Regierung legt einen Haushaltsentwurf vor, der vom Europäischen Rat und den Räten mitberaten, aber vom EP beschlossen wird.</p> <p>10 13. Die Kommission wird zur zukünftigen Regierung der EU. Das Europäische Parlament wählt in alleiniger Verantwortung den Präsidenten der EU, der Regierungschef ist und die europäische Regierung leitet. Der Präsident der EU schlägt den Vizepräsidenten und die Minister vor, die zu ihrer Ernennung die Zustimmung des Europäischen Parlaments benötigen. Das EP erhält die Möglichkeit des konstruktiven Misstrauensvotums, mit dem anstelle des bisherigen ein neuer EU-Präsident gewählt werden kann. Die Amtszeit</p> <p>15 der europäischen Regierung wird an die Wahlperiode des EP gebunden; nach Ablauf der Wahlperiode bleibt die bisherige Regierung geschäftsführend bis zur Neuwahl einer Regierung im Amt.</p> <p>20 14. Das Europäische Parlament setzt sich aus Abgeordneten aus den EU-Mitgliedstaaten zusammen, die zukünftig unter Beachtung der Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl zu wählen sind. Unverzichtbar ist die europäische Demokratie nicht nur nach der deutschen Verfassungsidentität die Einhaltung des Demokratieprinzips, das für Deutschland in Art. 79 III, 20 und 38 Absatz 1 Grundgesetz (GG) verankert ist. Zentraler Punkt ist die Zählwertgleichheit und Erfolgswertgleichheit der Stimmen aller Unionsbürger („one man, one vote“). Die Zahl der aus den Mitgliedstaaten entsandten Abgeordneten muss sich im Unterschied zur bisherigen Regelung strikt an der Zahl der Unionsbürger in den jeweiligen Mitgliedstaaten orientieren.</p> <p>25 15. Das Europäische Parlament soll im Regelfall mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden. Im Europäischen Rat und im Rat soll ebenfalls mit einfacher Mehrheit entschieden werden, jedoch ein System der doppelten Mehrheit gelten (in Anlehnung an Art. 16 Abs. 4 UAbs. 1 EUV jetziger Fassung). Eine Mehrheit kommt dann zustande, wenn erstens die Mehrheit der Mitglieder zustimmt, wobei jeder Mitgliedstaat einen Vertreter stellt, und wenn zweitens die von den zustimmenden Mitgliedern vertretenen Mitgliedstaaten mindestens 50 % der Bevölkerung der Union ausmachen.</p> <p>30 45 Die Europäische Union (EU) erlebt zurzeit mehrere tiefgreifende Krisen: Stichworte sind die Flüchtlingspolitik, der Aufstieg von Rechtspopulisten in Europa, der Brexit, die Menschenrechtslage in Ungarn und Polen, die sog. „Eurorettung“, die Staatsverschuldung, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die mangelnde Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten sowie die Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel.</p> <p>35 Daher braucht es nicht Stillstand oder Rückschritt, sondern eine Vertiefung der europäischen Integration mit grundlegenden institutionellen Reformen der EU-Strukturen und Organe, die die EU zukunftsfähig und demokratischer machen. Nur so sind weitere Integrationsschritte möglich und ist ein Scheitern und Auseinanderfallen der EU vermeidbar. Ohne Reformen eskalieren die Probleme weiter und wird die EU handlungsunfähig.</p> <p>40 60 Die SPD setzt sich seit dem Heidelberger Programm aus dem Jahre 1925 für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ein. Im Heidelberger Programm der SPD heißt es: „„Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.““</p> <p>65 Europa hätte dann die Verfassung eines souveränen Bundesstaates. Nach dem Verfassungsrecht der Mitgliedstaaten der Europäischen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Union (EU) und dem Primärrecht der Union, das aus dem Vertrag über die Europäische Union (EUV), dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ChGrEU) besteht, ist Europa derzeit nicht als souveräner Bundesstaat, sondern als Staatenbund oder auch „Staatenverbund“ konstituiert.	1
Die Europäische Union hat nur die Hoheitsrechte und Kompetenzen, die die Mitgliedstaaten der Union nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung des Art. 5 Abs. 1 und 2 EUV übertragen haben. Für Deutschland ist die Übertragung von Hoheitsrechten im Wesentlichen in Art. 23 GG und dem „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (EUZBLG) geregelt. Die Hoheitsrechte der Union wurden im Laufe der Zeit durch Vertragsänderungen, aber auch durch eine extensive Interpretation der Zuständigkeiten der EU durch die Gesetzgebungsorgane wie auch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) immer weiter ausgedehnt. Das wurde auch dadurch ermöglicht, dass die Zuständigkeiten der Union häufig nicht sachlich-gegenständlich, sondern final (ziel- und zweckorientiert) ausgestaltet sind und einen großen Interpretationsspielraum beinhalten. Ein Beispiel hierfür ist die Kompetenz der EU zur „Rechtsangleichung im Binnenmarkt“ (heute Art. 114 i.V.m. Art. 26 AEUV), die zur Regelung vieler Lebensbereiche in Anspruch genommen wurde und wird. Ein weiteres Beispiel ist die Rechtsprechung des EuGH zu den Richtlinien, die neben den Verordnungen die Haupthandlungsform zum Erlass von Gesetzen durch die EU ist. Während Verordnungen nach Art. 288 Abs. 2 AEUV allgemeine Geltung haben, in allen ihren Teilen verbindlich sind und unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gelten, sind Richtlinien nach Art. 288 Abs. 3 AEUV für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet werden, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlassen jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel. Entgegen dieser Legaldefinition der Richtlinie hat der EuGH durch seine Rechtsprechung dazu beigetragen, dass Richtlinien heute zumeist so detailliert sind, dass den Mitgliedstaaten nahezu keine Umsetzungsspielräume verbleiben. Der EuGH hat weiterhin mit einer Rechtsfortbildung entgegen dem Wortlaut des Art. 288 Abs. 3 AEUV geurteilt, dass Richtlinien, die an sich der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht bedürfen, direkt in den Mitgliedstaaten gelten, wenn die Umsetzungsfrist abgelaufen ist (sog. „Direktwirkung“), obwohl die Kommission im Falle einer nicht rechtzeitigen Umsetzung einer Richtlinie den Mitgliedstaat nach einer Fristsetzung mit einem Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 AEUV vor dem EuGH verklagen kann. Außerdem wurde vom EuGH für bestimmte Fälle sogar eine „Vorwirkung“ angenommen, also eine direkte Geltung schon vor Ablauf der Umsetzungsfrist.	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
Insgesamt hat der Umfang der Übertragung von Kompetenzen der souveränen Mitgliedstaaten auf den supranationalen Staatenverbund EU durch die Verträge und die auch jenseits des eindeutigen Wortlauts die Kompetenzen der EU immer weiter ausdehnende Rechtsprechung des EuGH inzwischen ein Ausmaß angenommen, das die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland trotz der Europa- und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes ernsthaft in Frage stellt. Es kommt zu einer „Erosion mitgliedstaatlicher Kompetenzen und demokratischer Legitimation“ [vgl. das Sondervotum des Richters Landau zum Urteil des BVerfG, Az.: 2 BvR 2661/06, Beschluss v. 6.7.2010 – Honeywell, Rn. 108].	50
Neue Integrationsschritte sowie auch schon ein Großteil der faktisch und europarechtlich bereits vollzogenen Integrationsschritte sind nur mit einer Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa machbar, das heißt einer Europäischen Union mit der Qualität eines Bundesstaats, was einen Akt der Verfassungsneugebung unter Einbeziehung des Souveräns, also des Volkes mittels einer Volksabstimmung, erfordert. Wenn das Grundgesetz geändert wird mit dem Ziel, dass die EU eine staatliche Qualität erhält und ein europäischer Bundesstaat wird, dann ist nach Art. 146 GG das deutsche	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div>1</div> <p>Volk als Verfassungsgeber gefragt, darüber in freier Entscheidung zu beschließen.</p> <p>Das Bundesverfassungsgericht hatte sich mit der europäischen Integration in vielen Fällen auseinanderzusetzen und hat dazu eine</p> <div>5</div> <p>Reihe von wichtigen Urteilen gefällt („Solange I und II“, „Maastricht“, „Lissabon“, „Honeywell“, „Euro-Rettungsschirm“). Stark vereinfacht gesagt: Nachdem das Bundesverfassungsgericht lange Zeit auf eine Kontrolle des europäischen Primär- und Sekundärrechts und der Rechtsakte der EU verzichtet hat, hat es im</p> <div>10</div> <p>Maastricht-Urteil und insbesondere im Lissabon-Urteil Maßstäbe zur Überprüfung von Rechtsakten der EU entwickelt. Wesentliche Elemente dieser Rechtsprechung sind eine Begrenzung der EU-Kompetenz auf die übertragenen Hoheitsrechte, eine Kontrollmöglichkeit des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Grenzen</p> <div>15</div> <p>der EU-Kompetenz (sog. „ultra vires“-Kontrolle hinsichtlich sog. „ausbrechender Rechtsakte“), die rechtlich fehlende Möglichkeit der EU, sich selbst weitere Kompetenzen anzueignen (keine „Kompetenz-Kompetenz“) sowie bestimmte Hoheitsrechte, die in der jetzigen rechtlichen Verfasstheit der EU nicht auf die EU</p> <div>20</div> <p>übertragen werden dürfen (sog. „Verfassungsidentität“ als materielle Integrationssschranke). Nach dem europarechtlichen Homogenitätsprinzip des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG wirkt die Bundesrepublik Deutschland zur Verwirklichung eines vereinten Europas bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem</p> <div>25</div> <p>Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Die Verfassungsidentität ist weiterhin insbesondere durch die sog. „Ewigkeitsgarantie“ des Art. 79 Abs. 3 GG verkörpert, nach der eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1</p> <div>30</div> <p>und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, unzulässig ist. Art. 1 Abs. 1 GG enthält die Garantie der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 2 und 3 GG die Bindung an die Grundrechte. Durch Art. 79 Abs. 3 GG vor jeder Änderung geschützt ist ein Mindestbestand an Grundrechten in den Bereichen personaler Autonomie, demokratischer Willensbildung und justizstaatlicher Garantien, ferner ein Kernbereich der Eigentumsgarantie (vgl. Dreier, GG-Kommentar, Art. 79 Rn. 32). Art. 20 Abs. 1 GG enthält die Staatsstrukturprinzipien Republik, Bundesstaat, Demokratie und Sozialstaat. Auch das dort nicht genannte Rechtsstaatsprinzip ist von der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG mit umfasst. Art. 20 Abs. 2 GG formt neben den Art. 38 ff. GG das Demokratieprinzip aus. Art. 20 Abs.</p> <div>35</div> <p>3 GG enthält den Vorrang des Gesetzes: Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.</p> <p>Durch den schleichenden Kompetenzverlust des Bundestags und Bundesrats ergeben sich Probleme vor allem mit dem Demokratieprinzip, das nicht nur ein formell demokratisches Wahlverfahren fordert, sondern auch, dass die gewählten Organe substanzielle Entscheidungsbefugnisse haben und sich nicht selbst entmachten. Die europäische Integration darf nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Az.: 2 BvE 2/08, Urteil v.</p> <div>40</div> <p>30.6.2009 – Lissabon, Rn. 244 und 261 ff.) weder zu einer Aushöhlung des demokratischen Herrschaftssystems in Deutschland führen noch darf die supranationale öffentliche Gewalt für sich genommen grundlegende demokratische Anforderungen verfehlen (sog. „introvertierter und extrovertierter Demokratievorbehalt“).</p> <div>45</div> <p>Höchst umstritten ist daher die Frage, welche Hoheitsrechte (noch) auf die EU übertragen werden dürfen, ohne dass die staatliche Souveränität und Demokratie der Bundesrepublik gefährdet wird oder endet.</p> <p>Probleme bereitet zudem die eingeschränkte demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments (EP) und der anderen Europäischen Organe. Bei der Zusammensetzung des EP ist beispielsweise die Stimmrechtsgleichheit, genauer gesagt die Erfolgsgleichheit, nicht gewährleistet. In Deutschland und in Frankreich gewählte</p> <div>50</div> <div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Abgeordnete des EP vertreten etwa 857.000 Unionsbürger, in Luxemburg dagegen nur etwa 83.000 Unionsbürger (rund ein Zehntel) und in Malta nur etwa 67.000 (rund ein Zwölftel). Derartige Ungleichgewichte werden nach der zutreffenden Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in föderalen Staaten regelmäßig nur für die zweite Kammer (Beispiel: Bundesrat) toleriert, aber nicht in der Volksvertretung selbst. Hinzu kommt, dass das EP noch nicht einmal ein Gesetzesinitiativrecht hat, obwohl seine Bedeutung mit der Zeit gewachsen ist. Daher ist das zu niedrige demokratische Legitimationsniveau der EU ein Problem, wenn immer mehr Kompetenzen an einen europäischen Staatenverbund übertragen werden. Nach dem Grundsatz der Erfolgswertgleichheit muss jede abgegebene Stimme im Hinblick auf Wahl der Abgeordneten und die Zusammensetzung des Parlaments den gleichen Erfolg haben. Dies ist nur dann gewährleistet, wenn jeder Abgeordneter des EP mit annähernd gleich viel Stimmen von Unionsbürgern gewählt wird. Dies würde notwendig eine andere Zusammensetzung des Europäischen Parlaments als bisher bedeuten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Lissabon-Urteil festgestellt [Rn. 285 ff.], dass aktuell der Erfolgswert der Stimmen für die Unionsbürger aus den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich groß ist. Derartige Ungleichgewichte würden in föderalen Staaten regelmäßig nur für die zweite Kammer toleriert (in Deutschland entspricht dies dem Bundesrat). Zudem widerspreche der ungleiche Erfolgswert der Stimmen dem an sich im Unionsrecht geltenden absoluten Unterscheidungsverbot hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, der in Artikel 21 Absatz 2 der EU-Grundrechtecharta ausdrücklich geregelt ist. Das Bundesverfassungsgericht stellt diese demokratischen Defizite in der demokratischen Legitimation des Europäischen Parlaments deutlich fest und hält sie nur unter den Bedingungen eines Staatenverbundes für hinnehmbar. Bei Gründung eines europäischen Bundesstaats würde das in Art. 79 III, 20 und 38 I GG verankerte Demokratieprinzip, das zusätzlich durch die sog. Ewigkeitsgarantie des Art. 79 III GG geschützt ist, eine strikte Umsetzung der Stimmrechtsungleichheit verlangen.</p> <p>Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Lissabon-Urteil ausgeführt [Rn. 263, 264, 289]:</p> <p>„Wenn dagegen die Schwelle zum Bundesstaat und zum nationalen Souveränitätsverzicht überschritten wäre, was in Deutschland eine freie Entscheidung des Volkes jenseits der gegenwärtigen Geltungskraft des Grundgesetzes voraussetzt, müssten demokratische Anforderungen auf einem Niveau eingehalten werden, das den Anforderungen an die demokratische Legitimation eines staatlich organisierten Herrschaftsverbandes vollständig entspräche. Dieses Legitimationsniveau könnte dann nicht mehr von nationalen Verfassungsordnungen vorgeschrieben sein.“</p> <p>„Ein nach Art. 23 in Verbindung mit Art. 79 Abs. 3 GG nicht hinnehmbares strukturelles Demokratiedefizit läge vor, wenn der Kompetenzumfang, die politische Gestaltungsmacht und der Grad an selbständiger Willensbildung der Unionsorgane ein der Bundesebene im föderalen Staat entsprechendes (staatsanaloges) Niveau erreichte, weil etwa die für die demokratische Selbstbestimmung wesentlichen Gesetzgebungszuständigkeiten überwiegend auf der Unionsebene ausgeübt würden. Wenn sich im Entwicklungsverlauf der europäischen Integration ein Missverhältnis zwischen Art und Umfang der ausgeübten Hoheitsrechte und dem Maß demokratischer Legitimation einstellt, obliegt es der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Integrationsverantwortung, auf eine Veränderung hinzuwirken und im äußersten Fall sogar ihre weitere Beteiligung an der Europäischen Union zu verweigern.“</p> <p>„Das – gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen – bestehende Defizit der europäischen Hoheitsgewalt kann durch andere Regelungen des Vertrags von Lissabon nicht aufgewogen und insoweit nicht gerechtfertigt werden.“</p> <p>Fazit: Nimmt man die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ernst, ist bei der weit fortgeschrittenen Übertragung von</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Hoheitsrechten auf die EU eine Demokratisierung der EU und ihrer Organe dringend erforderlich, und eine weitere Integration und Übertragung von noch mehr Kompetenzen an die EU nur möglich, wenn die EU zu einem europäischen Bundesstaat wird. Dies betrifft auch, aber nicht nur die Vorschläge eines Eurofinanzministers und eines Eurozonenbudgets, bei dem der Deutsche Bundestag einen weiteren Teil seiner Budgethoheit abgeben würde.</p> <p>10 EU9 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>15 Initiative für Europa</p> <p>Die SPD unterstützt vorbehaltlos die nachstehend aufgeführte Initiative für Europa des französischen Staatspräsidenten.</p> <p>20 Ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa Haben die europäischen Länder angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit in Sachen Verteidigung und Sicherheit, Migration, Entwicklung, Klimawandel, digitale Revolution, Regulierung einer globalisierten Wirtschaft – die Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen und Werte sowie zur Wahrung und Anpassung ihrer weltweit einzigartigen Sozial- und Demokratiemodelle gefunden? Kann sich jeder allein diesen Herausforderungen stellen? Wir können uns es nicht erlauben, dieselbe Politik, dieselben Gewohnheiten, dieselben Verfahrensweisen und dieselben Budgets beizubehalten. Wir dürfen nicht noch mehr den Weg der nationalen Abschottung gehen. Der einzige Weg, unsere Zukunft zu sichern, ist die Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas.</p> <p>35 Ein souveränes Europa, Sechs Schlüssel zur europäischen Souveränität 1. Ein Europa, das Sicherheit in all ihren Dimensionen gewährleistet a. In Sachen Verteidigung muss sich Europa mit einer gemeinsamen Eingreiftruppe, einem gemeinsamen Verteidigungshaushalt und einer gemeinsamen Handlungsdoktrin ausstatten. Es ist notwendig, die rasche Einrichtung eines europäischen Verteidigungsfonds und der Ständigen Strukturellen Zusammenarbeit zu fördern und diese um eine europäische Interventionsinitiative zu erweitern, die eine bessere Integration unserer Einsatzkräfte auf allen Ebenen ermöglicht. b. Im Kampf gegen den Terrorismus muss Europa durch die Gründung einer europäischen Nachrichtendienstakademie die Annäherung unserer nachrichtendienstlichen Fähigkeiten gewährleisten. c. Die Sicherheit muss gemeinsam in all ihren Dimensionen gewährleistet werden; Europa muss mit gemeinsamen Zivilschutzkräften ausgestattet werden.</p> <p>55 2. Ein Europa, das auf die Herausforderung der Migration reagiert a. Wir müssen einen gemeinsamen Grenz-, Asyl- und Migrationsraum schaffen, um unsere Grenzen effizient zu verwalten, Flüchtlinge in Würde zu empfangen, sie richtig zu integrieren und diejenigen schnell zurückzuschicken, die im Sinne des Asylrechts nicht beihilfeberechtigt sind. b. Wir müssen eine europäische Asylbehörde schaffen, die unsere Verfahren beschleunigt und harmonisiert, wir müssen miteinander verknüpfte Dateien und biometrisch gesicherte Ausweisdokumente einführen, wir müssen schriftweise eine europäische Grenzpolizei einrichten, die eine strenge Verwaltung der Grenzen garantiert und die Rückführung derer gewährleistet, die nicht bleiben können, wir müssen ein umfangreiches europäisches Bildungs- und Integrationsprogramm für Flüchtlinge finanzieren.</p>	<p>EU9 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Initiative für Europa</p> <p>Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfraktion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
3. Ein Europa, dessen Blick auf Afrika und den Mittelmeerraum gerichtet ist	1
a. Europas Außenpolitik muss auf einige Prioritäten ausgerichtet sein; zunächst der Mittelmeerraum und Afrika	5
b. Es muss eine neue Partnerschaft mit Afrika aufbauen, die auf Bildung, Gesundheit und dem Energiewandel basiert.	
4. Europa als Vorbild für nachhaltige Entwicklung	10
a. Bei einem effizienten und gerechten Energiewandel muss Europa federführend sein.	
b. Es muss Investitionen in diesen Wandel fördern (Verkehr, Wohnraum, Industrie, Landwirtschaft...), indem es einen fairen CO2-Preis einführt, durch einen signifikanten Mindestpreis innerhalb seiner Grenzen und durch eine europäische CO2-Steuer an den Grenzen, um eine Gleichbehandlung zwischen seinen Produzenten und ihren Konkurrenten herzustellen.	15
c. Europa muss ein industrielles Förderprogramm für saubere Fahrzeuge und für die dafür benötigten Infrastrukturen einrichten (Ladestationen...).	20
d. Es muss seine Nahrungsmittelsouveränität gewährleisten, indem es die Gemeinsame Agrarpolitik reformiert und eine gemeinsame Kontrollstelle einrichtet, die die Ernährungssicherheit der Europäer gewährleistet.	25
5. Ein Europa der Innovation und der Regulierung, die an die digitale Welt angepasst sind	
a. Europa muss diesen Wandel anführen und nicht einfach hinnehmen, indem es innerhalb der Globalisierung sein Modell der Verknüpfung von Innovation und Regulierung bewirbt.	30
b. Es muss sich mit einer Agentur für bahnbrechende Innovationen ausstatten, durch die neue oder noch unerforschte Forschungsgebiete wie die künstliche Intelligenz gemeinsam finanziert werden.	35
c. Es muss die Gleichbehandlung und das Vertrauen in den digitalen Wandel gewährleisten und dabei seine Steuersysteme (Besteuerung von digitalen Unternehmen) überdenken und große Plattformen regulieren.	40
6. Europa als Wirtschafts- und Währungsmacht	
a. Die Eurozone muss das Zentrum der wirtschaftlichen Kraft Europas in der Welt werden.	45
b. Durch die Vervollständigung nationaler Reformen muss es sich mit Instrumenten ausstatten, die es zu einem Ort des Wachstums und der Stabilität machen, insbesondere mit einem Haushalt, der die Finanzierung von gemeinsamen Investitionen ermöglicht und Stabilität angesichts wirtschaftlicher Schocks gewährleistet.	50
Ein geeintes Europa	
1. Eine konkrete Solidarität durch eine soziale und steuerliche Konvergenz	55
a. Wir müssen die Konvergenz in der gesamten EU vorantreiben und Kriterien festlegen, die schrittweise unsere Sozial- und Steuermodelle annähern. Der Zugang zu europäischen Solidaritätsfonds soll die Einhaltung dieser Kriterien zur Bedingung machen.	60
b. Hinsichtlich der Besteuerung ist es erforderlich, einen Steuerkorridor für Körperschaften festzulegen. Auf sozialer Ebene muss allen ein Mindestlohn garantiert werden, der den wirtschaftlichen Gegebenheiten der einzelnen Länder entspricht, und dem Wettbewerb muss durch Sozialbeitragsstufen ein Rahmen gegeben werden.	65
2. Das Bindeglied für Kultur und Wissen	
a. Die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls ist das stärkste Bindeglied für Europa.	
b. Wir müssen den Austausch intensivieren, damit jeder junge Europäer mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Land (50% jeder Altersstufe bis 2024) verbracht hat und jeder Studierende bis 2024 zwei europäische Sprachen spricht.</p> <p>c. Wir müssen europäische Universitäten und universitäre Netzwerke schaffen, um Auslandsstudien und die Teilnahme an einem mindestens zweisprachigen Unterricht zu ermöglichen.</p> <p>5 In den Gymnasien müssen wir einen Prozess der Harmonisierung bzw. der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen in der Sekundarstufe auf den Weg bringen (nach dem Vorbild der Hochschulabschlüsse).</p> <p>10 Ein demokratisches Europa Die Neuausrichtung Europas kann nicht ohne die Bevölkerungen stattfinden, sondern muss sie von Anfang an in diesen Fahrplan einbinden.</p> <p>15 1. Die Notwendigkeit von Debatten; demokratische Konvente 2018 werden über sechs Monate nationale und lokale Debatten auf der Grundlage gemeinsamer Themen in allen EU-Ländern durchgeführt, die dies wünschen. 2. Die Stärkung des EU-Parlaments; europaweite Listen</p> <p>20 Ab 2019 müssen wir auf Grundlage der durch den Brexit freiwerdenden Abgeordnetensitze europaweite Listen schaffen, damit die Europäer über ein kohärentes und gemeinsames Projekt abstimmen können.</p> <p>25 Wie soll Europa 2024 aussehen? 1. Die Europäische Union, unser gemeinsamer Rahmen Die EU legt unser gemeinsames Fundament fest, das auf gemeinsamen, demokratischen, nicht verhandelbaren Werten und auf einem einfacheren und schützenderen Binnenmarkt in Verbindung mit einer neu gestalteten Handelspolitik basiert (mit drei Zielsetzungen: Transparenz in den Verhandlungen und Umsetzung von Handelsabkommen; soziale und ökologische Anforderungen; die Gegenseitigkeit, mit einer europäischen Staatsanwaltschaft für Handelsfragen, die mit der Überprüfung der Einhaltung von Vorschriften durch unsere Wettbewerber und der unverzüglichen Sanktionierung unlauterer Praktiken beauftragt ist).</p> <p>30 2. Die Differenzierung nach Zielsetzung Innerhalb dieser EU müssen die Länder, die weiter und schneller vorankommen wollen, dies ohne Hürden tun können. Die Kooperationen stehen allen jederzeit offen, ausschlaggebend ist hier einzig das Kriterium der geteilten Zielsetzung, ohne ein vorher festgelegtes Format.</p> <p>40 3. Der deutsch-französische Impulsgeber Angesichts dieser Herausforderungen ist der deutsch-französische Impulsgeber entscheidend. Warum zielen wir nicht bis 2024 auf die vollständige Integration unserer Märkte ab, indem wir bei unseren Unternehmen dieselben Regeln anwenden, vom Wirtschaftsrecht bis hin zum Insolvenzrecht?</p> <p>50 Dieser Pioniergeist und konkrete Wille entsprechen denen des Elysee-Vertrages; Frankreich schlägt deshalb eine Überarbeitung des Vertrages vor, der eine neue gemeinsame Ambition zum Ausdruck bringt.</p> <p>55 4. Die Gruppe zur Neugestaltung der EU Alle Länder, die sich diesem Wunsch anschließen wollen, könnten in den nächsten Wochen eine Gruppe zur Neugestaltung der EU auf den Weg bringen.</p> <p>60 In dieser Gruppe wären die Repräsentanten jedes entschlossenen Mitgliedstaates vertreten und die europäischen Institutionen zusammenführt. Unter Einbeziehung der Ergebnisse der Debatten während der demokratischen Konvente wird sie bis zum Sommer 2018 genaue Maßnahmen formulieren und vorschlagen, mit denen dieses Ziel</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir uns über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen, die einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen muss. Die im Lissabon-Vertrag</p> <p>5 vorgesehene ständige Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt und ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee. Der Beginn einer europäischen Armee könnte beispielsweise in einer Einheit für die gemeinsame Abwehr von Cyber-Angriffen</p> <p>10 liegen.</p> <p>3. Reduzierung und Europäisierung von Rüstungsexporten Entscheidungen über Rüstungsexporte an Drittstaaten müssen endlich von den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam getroffen werden. Dabei fordern wir eine parlamentarische Mitbefassung des Europaparlamentes. Insbesondere über den Export von Rüstungsgütern, die in Zukunft mit Geld aus dem Haushalt der EU entwickelt und produziert werden, muss das Europäische Parlament mitentscheiden. Grundlage für eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik</p> <p>15 müssen die bereits seit 2008 existierenden rechtlich verbindlichen Exportkriterien der Europäischen Union sein. Es bedarf einer grundlegenden Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands und Europas. Über Deutschland hinaus muss sich die Europäische Union für ein grundsätzliches Exportverbot von Kleinwaffen einsetzen. Wir fordern zudem eine massive Reduzierung von Rüstungsexporten aus der Europäischen Union an Drittstaaten.</p> <p>25</p> <p>4. Umsetzung der UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung Die deutsche Sozialdemokratie hat erkannt, dass die vielfältigen Herausforderungen in einer globalisierten Welt einen umfassenden Politikansatz erfordern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN Agenda 2030 (Sustainable Development Goals / SDG) als konzeptioneller Rahmen</p> <p>30 und Handlungsanweisung für eine kohärente europäische Außen, Sicherheits-, Handels-, Sozial-, Klima- und Entwicklungspolitik dienen.</p> <p>35</p>	
<p>40 EU12 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren – SchlepperInnen das Handwerk legen</p> <p>45</p> <p>Es vergeht keine Woche, in der nicht Bilder von Menschen in Seenot vor den Küsten Europas durch die Nachrichten gehen. Meist müssen sich diese Menschen in die Hände skrupelloser Schlepper begeben. Meist reicht das Geld der Familien nur für eine Person, weshalb hier in Europa dreiviertel der ankommenden Flüchtlinge männlich sind. Das hat zur Folge, dass Familien oft Monate oder sogar Jahre getrennt sind, was eine zusätzliche Belastung für die Geflüchteten darstellt. Die neueren Entwicklungen und Entscheidungen der europäischen Regierungen zeigen, dass die Betroffenheitsbekundungen nur Lippenbekenntnisse sind. Die neu errichteten Grenz-Zäune und -Kontrollen zeigen ein abweisendes statt einladendes Bild für hilfeschuchende Menschen. Stattdessen ist diese Art der Flucht und Migrationspolitik verantwortlich dafür, dass Menschen auf den Fluchtrouten innerhalb und nach Europa sterben. Es ist Handeln gefragt um sichere Fluchtwege zu schaffen und das Konjunkturprogramm für Schlepper zu beenden. Beispielsweise gibt es seit einiger Zeit ein UNHCR-Programm, das sog. „Resettlement-Programm“, um syrische Geflüchtete aus den überfüllten Geflüchtetenlagern direkt in sichere Länder einzufliegen. Der Vor-</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>EU12 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren – SchlepperInnen das Handwerk legen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017, Seite 74-78</p>

	Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
EU	nen trocken gelegt wird, da es dann einen legalen, schnellen und sicheren Fluchtweg für hilfesuchende Menschen in sichere Länder gibt. Leider sind die Kontingente im Vergleich zu der Anzahl der hilfesuchenden Menschen in den Geflüchtetenlagern allein für syrische Geflüchtete nicht ausreichend. Statt Geld in sinnlose Abschottungsmaßnahmen wie Grenzzäune oder auch die Organisation FRONTEX zu stecken, muss man das Geld in dieses Programm stecken und ausbauen, um auch Menschen aus anderen Krisenregionen zu unterstützen.	1
		5
	Daher fordern wir:	10
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau des Resettlement-Programms und die Schaffung sicherer Fluchtwege. Es muss auch ermöglicht werden dass Familien gemeinsam einreisen und nicht getrennt werden. 	15
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Möglichkeit in allen deutschen Botschaften Asyl zu beantragen. 	20
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Reformierung von FRONTEX und die Unterstützung von Programmen, die tatsächlich zur Rettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer und nicht zur Abschottung Europas eingesetzt werden. Keine weitere Aushöhlung des Asylrechtes durch die Ernennung von sicheren Herkunftsländern, und Rücknahme der bestehenden Regelungen bzw. Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten. 	25
	<ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Wieder-Einführung des Sachleistungsprinzips. 	30
	<ul style="list-style-type: none"> • Rückbau der Grenzzäune in Europa und Einsatz der Bundesregierung für eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung der Geflüchteten beinhaltet und entsprechende Standards festsetzt. 	35
	<ul style="list-style-type: none"> • Investitionen von min. 0,7% des BIPs in Entwicklungszusammenarbeit um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, sowie aktiven politischen Einsatz um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen. 	40
	<ul style="list-style-type: none"> • Entkriminalisierung von unentgeltlicher Fluchthilfe, die ausschließlich der Unterstützung von Geflüchteten dient. 	45
	EU13	EU13
	<i>Landesverband Berlin</i>	<i>Landesverband Berlin</i>
	Europäische Roma – Projekte in den Herkunftsländern	Europäische Roma – Projekte in den Herkunftsländern
	Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Bundesregierung, die sozialdemokratischen Mitglieder des europäischen Parlaments werden aufgefordert, auf den ihnen zur Verfügung stehenden Ebenen dafür Sorge zu tragen, dass	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP
	<ul style="list-style-type: none"> • eine Zusammenstellung der in den Mitgliedsländern der EU existierenden Roma-Programme veröffentlicht wird unter Angabe der Anzahl der jeweils dort lebenden Roma, 	50
	<ul style="list-style-type: none"> • eine Auflistung der zur Verfügung stehenden EU-Mittel und deren Abrufung durch nationale Organe, 	55
	<ul style="list-style-type: none"> • eine Zusammenstellung der in assoziierten europäischen Ländern lebenden Roma, der nationalen Programme, der abrufbaren EU-Mittel und der abgerufenen Gelder, 	60
	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichkeiten aufgezeigt werden und ggf. verhandelt werden können, um in den jeweiligen Heimatländern unbürokratisch, 	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 effizient und nichtkorruptionsanfällig von Drittländern Hilfspro- gramme durchgeführt werden können.</p> <p>• Notwendig ist zudem, bestehende Hilfsprojekte für Roma, die von der EU oder einzelnen Mitgliedsstaaten finanziert werden, 5 kritisch daraufhin zu überprüfen, ob sie tatsächlich die Integrati- on von Roma fördern.</p> <p>10 EU14 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: 15 Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone</p> <p>Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspoli- tik europaweit koordinieren</p> <p>20 Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedro- hen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion als Ganzes.</p> <p>25 Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeu- ten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines ge- spaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals 30 akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkei- menden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.</p> <p>Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus 35 der Eurokrise einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfeh- ler der Währungsunion konsequent beseitigen: - Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozi- aleinkommen abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche öko- nomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger 40 im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investiti- onsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Über- windung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden 45 (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in Ita- lien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuer- hinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.</p> <p>50 - Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwick- lung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der sukzessive 55 Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts- und steuerpolitische Integ- ration muss entscheidend vertieft, Europa mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine regel- gebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rah- 60 men unverzichtbar.</p> <p>Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixie- 65 rung viel zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen zu können. Zu- dem geht die Austeritätspolitik immer nur zu Lasten der Lohn- und</p>	<p>EU14 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone</p> <p>Parteikonvent 5.6.2016 als C4 beraten. Überweisung an SPD-Abgeordnete im EP, SPD-Bundestagsfrak- tion sowie an SPD-Parteivorstand mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogramms 2019</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Sozialeinkommen der breiten Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauerhaft tragfähige Architektur der Eurozone.</p>	<div>1</div> <div>5</div>
<p>Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich</p> <p>1. Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuereinnahmen, ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese Länder müssen deshalb wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm für öffentliche Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investitionsprogramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die europäische Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein.</p> <p>Das Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP, also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem Zusammenhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskalregeln der EU ebenso wie die Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in einer Art und Weise gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite stark belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung.</p> <p>Sowohl in Deutschland als auch in der Euro-Zone insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitionen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung) nun im negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach allen Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie sind allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz einer Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige Wachstumspotential. Ein europäisches Wachstumsprogramm muss deshalb entschieden darauf setzen, diese öffentlichen, produktivitätssteigernden Ausgaben wieder zu erhöhen.</p>	<div>10</div> <div>15</div> <div>20</div> <div>25</div> <div>30</div> <div>35</div> <div>40</div> <div>45</div>
<p>2. Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den Überschussländern ausgehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die Leistungsbilanzdefizitländer kaum eigene expansive Impulse setzen können. Vor allem Deutschland ist hier gefordert: es muss seinen Niedriglohnsektor zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen.Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht sein.</p> <p>Preis- und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen. Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbs-</p>	<div>50</div> <div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 fähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.</p> <p>5 3. Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht harmonisierte Körperschaftsteuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping</p> <p>10 sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne jährlich in</p> <p>15 angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten, die ein zu hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade generiert haben, nun Lohnzurückhaltung üben müssen, während in Überschussländern, insbesondere in Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich über zwei Prozent über den Produktivitätszuwächsen realisiert werden müssen.</p> <p>20 4. Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und europaweit wirksamen Regulierung unterzogen und die Verursacher der Finanzkrise über eine europaweite Finanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite herangezogen werden. Ohne Wirtschaftswachstum kann die Konsolidierung dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidierung besteht aber darin, ausreichende Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb müssen die Krisenverursacher – die Finanzmärkte</p> <p>25 - an der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit weiter Bemessungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen beteiligen.</p> <p>30 5. Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden, wie dies etwa der Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung der Euro-Länder jenseits einer Verschuldungsmarke von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann realistisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren auf Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut werden.</p> <p>35 Mit der Gründung eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich wie volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und glaubwürdigen Verpflichtung aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“ verbunden werden. Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands entsprechend der Position des IWF in Angriff genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden</p> <p>40 55 6. Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone unbedingt abzuwenden.</p> <p>60 65 Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Konsolidierungsbemühungen nahezu aussichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der „Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.	1 5
7. Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert und die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich ausgebaut werden.	10 15 20
Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.	25 30
Die Ursachen der Krise schwelen weiter Nach mehreren Jahren Eurorettungspolitik und auch nach der jüngsten Einigung mit Griechenland kann weder von einer erfolgreichen Bewältigung der Eurokrise noch von der Beseitigung ihrer tieferliegenden Ursachen gesprochen werden. Auch mit dem dritten Hilfspaket zur Refinanzierung laufender Schulden des griechischen Staatshaushalts wird im Wesentlichen nur Zeit gekauft, ohne die Schuldentragfähigkeit wesentlich zu verbessern. Mit dem erneuten Spardiktat drohen im Gegenteil ein weiterer Einbruch der Wirtschaftsleistung und damit ein weiterer Schuldenzuwachs.	35 40
Schon im Sommer 2012 stand die Eurozone vor dem Aus. Die Krisenländer taumelten wegen der drakonischen Sparvorgaben geradewegs in schwere Rezessionen mit der Konsequenz eines massiven Rückgangs von Sozialprodukt und Steuereinnahmen. Als Folge der Sparpolitik und der dadurch bedingten Wachstumseinbrüche wurde das Vertrauen der Kreditgeber in die Schuldentragfähigkeit der Krisenländer massiv untergraben, sodass immer neue Risikoaufschläge für die Staatsanleihen der Krisenstaaten fällig wurden. Erst die Intervention der Europäischen Zentralbank vom Sommer 2012 verhinderte das Auseinanderbrechen der Eurozone, weil sich die Krisenstaaten seit diesem Zeitpunkt wieder zu halbwegs vertretbaren Zinsen refinanzieren können.	45 50
Desaströse Bilanz der Austeritätspolitik Immerhin konnte in der Eurozone zuletzt eine leichte wirtschaftliche Erholung festgestellt werden. Doch die Bilanz der Austeritätspolitik in Europa ist nicht nur in sozialpolitischer Hinsicht niederschmetternd. Sie ist auch ökonomisch ein Desaster. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit befinden sich auf Rekordhöhen. Die Austeritätspolitik produziert eine „verlorene Generation“ in vielen Ländern Europas. Kinderarmut und Sterblichkeitsraten sind massiv angestiegen. Selbst die Krisenstaaten, die von neoliberalen Ökonomen vorgeblich als Modell für eine „erfolgreiche“ Sparpolitik ins Feld geführt werden, müssen mit sozial- und gesellschaftspolitischen Verheerungen zurechtkommen, an denen die jeweils nächste Generation noch zu tragen hat. So	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 haben etwa Irland und Spanien eine ganze Generation junger und bestens qualifizierter Menschen verloren. Hunderttausende mussten jeweils auswandern, weil sich keine wirtschaftliche Perspektive abzeichnet. So schnellte etwa in Irland die Jugendarbeitslosigkeit</p> <p>5 von neun auf derzeit 24 Prozent hoch. Nirgends in Europa ist die Zahl der 20- bis 29-jährigen zuletzt so stark zurückgegangen wie in Irland. EU-weit sank sie durch Auswanderung und schwächere Geburtenjahrgänge von 2008 auf 2014 um fünf Prozent, in Griechenland und Spanien um 21 Prozent, in Irland um ganze 28 Prozent.</p> <p>10 Vor der Krise waren 22,5 Prozent der Kleinkinder in Irland armutsgefährdet, 2013 waren es 31,4 Prozent.</p> <p>Griechenland steht als Folge einer unverantwortlichen Regierungspolitik früherer Regierungen und eines halben Jahrzehnts härtester</p> <p>15 Austeritätspolitik vor einem wirtschaftlichen, sozialen, menschlichen und demokratiepolitischen Scherbenhaufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbruch der realen Wirtschaftsleistung seit 2008: mehr als 20 Prozent - Aktuelle Arbeitslosenquote: 27 Prozent 20 - Aktuelle Jugendarbeitslosenrate: 58 Prozent - Aktueller Stand der Staatsschulden, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts: 175 Prozent - steiler Anstieg der Sterblichkeitsrate als Folge der brutalen und zutiefst inhumanen Kürzungen der Gesundheitsbudgets <p>25 Wenn der Sicherung von Gläubigeransprüchen gegenüber den Grundbedürfnissen der Menschen auf medizinische Versorgung oder der Kinder und Jugendlichen auf eine Kindheit und Jugend ohne Armut und Perspektivlosigkeit Vorrang eingeräumt wird und</p> <p>30 infolgedessen die Sterblichkeit binnen kürzester Zeit rasant ansteigt: dann muss von einem partiellen Zivilisationsbruch mitten in Europa gesprochen werden. Millionen Menschen leiden unter dieser Politik. Europa verliert sein menschliches Antlitz.</p> <p>35 Die bisherigen zwei „Rettungspakete“, die für Griechenland geschnürt wurden, brachten zwar Geld von offiziellen Institutionen. Doch mit diesem Geld musste Griechenland vor allem seine privaten ausländischen Gläubiger bedienen. Plakativ gesagt: Die Troika gewährte Athen Kredit, damit vor allem deutsche und französische Banken auf ihren griechischen Staatsanleihen keine Verluste erleiden mussten.</p> <p>40 Die Sparopfer breitester Bevölkerungsschichten waren jedoch sinnlos. Denn auch wirtschaftspolitisch ist die Austeritätspolitik gescheitert. Während etwa die USA mit expansiverer, keynesianisch geprägter Geld- und Finanzpolitik die Folgen der Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden haben und mit ihrer Wirtschaftsleistung fast 10 % über dem Vorkrisenniveau liegen, hat die Eurozone (ohne Deutschland) als Folge der Sparpolitik im Jahr 2014 noch nicht einmal den Einbruch von 2008 (Einbruch infolge des Ausbruchs der Finanzkrise, Lehmann-Brothers-Pleite) wettgemacht.</p> <p>45 Lediglich in Deutschland liegt die Wirtschaftsleistung heute wieder über dem Niveau von 2008. Doch in Deutschland wurden in der Folge der Finanzkrise auch keine Sparpakete aufgelegt, sondern im Gegenteil ein 80 Mrd. Euro schweres Konjunkturpaket (Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld, energetische Gebäudesanierung).</p> <p>50</p> <p>55 Auch der Internationale Währungsfonds verweist darauf, dass die auf den ersten Blick positiveren Daten der jüngsten Zeit auf tönernen Füßen stehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Von der Binnennachfrage ist in den Peripherieländern kein 60 Wachstum zu erwarten. Das verhindern die hohe private Verschuldung, die Sparmaßnahmen der Regierungen, die eingeschränkte Kreditvergabe der schwachen Banken und die immer noch hohen Zinsen. Die ganze Hoffnung liegt für diese Länder im Export. Zuletzt haben nun die Krisenstaaten ihre Leistungsbilanzdefizite, die 65 bis zur Finanzkrise dramatisch angestiegen sind, spürbar verringern können. Irland weist sogar Leistungsbilanzüberschüsse aus. Die Lohnstückkosten sind gesunken. Doch die Ernüchterung folgt so gleich: das Exportwachstum der Krisenstaaten erfolgt nicht an die 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>übrigen Mitglieder der Währungsunion, sondern in die übrige Welt. Die Exporte an die anderen Eurostaaten sind sogar weiter abgesunken. Diese Entwicklung kann nicht nachhaltig sein, da der Rest der Welt nicht auf Dauer bereit ist, gegenüber der Eurozone Defizite zu verzeichnen - was die Kehrseite der europäischen Überschüsse ist. Innerhalb von Europa hat jedoch keine Entwicklung hin zu einem Ausgleich der Außenhandelsströme stattgefunden.</p>	1
<p>2. Die tieferen Lohnstückkosten in den Peripherieländern sind leider nicht Ausdruck einer strukturellen Verbesserung, sondern Folge der Krise: die Produktivität ist nur gestiegen, weil das Bruttoinlandprodukt in den Krisenländern nicht gleich stark abgenommen hat wie die Beschäftigung. Wenn weniger Beschäftigte mehr Güter herstellen, sinken die Kosten pro Stück. Das ist alles. Der „Erfolgsfaktor“ ist also vor allem der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch das ist keine nachhaltige Entwicklung. Der IWF kommt daher zum Schluss, dass sich die Außenhandelsposition der geschwächten Länder mit einer verbesserten Wirtschaftslage und einer tieferen Arbeitslosigkeit sogleich wieder verschlechtern würden.</p>	5
<p>Um mit den eigenen Produkten nachhaltig wettbewerbsfähig zu werden, müssten die Peripherieländer ihre Preise sehr viel stärker senken. Ein struktureller Wandel hin zu tieferen Preisen und einer deutlich höheren Wettbewerbsfähigkeit hat in den Peripherieländern aber kaum stattgefunden. Die Politik der internen Abwertung funktioniert nicht: trotz zäher Rezession, „Strukturreformen“ und Austeritätsprogrammen ist der Prozess der internen Abwertung in den Peripherieländern nicht sehr weit fortgeschritten. Eine Lösung für die Eurokrise zeichnet sich auch an dieser Stelle nicht ab. Die positiven Daten der jüngsten Zeit stehen auf einem schwachen Fundament.</p>	10
<p>Die Finanzkrise hat die Eurokrise nicht verursacht, aber ausgelöst. Aus der Perspektive der „Troika“ liegt die Ursache der Staatsschuldenkrise in der „nachlässigen Haushaltspolitik“ der Krisenländer. Dieser Ansatz ignoriert die entscheidenden Krisenursachen und verdreht schlicht Ursache und Wirkung. Denn in den allermeisten Mitgliedsländern der Währungsunion sind die Staatsausgabenquoten bis zum Ausbruch der Finanzkrise gesunken oder nur moderat gestiegen. In einigen der jetzigen Krisenländer sanken die Staatsschuldenquoten sogar drastisch. Von einer „nachlässigen Haushaltspolitik“ konnte keine Rede sein. Lediglich in Griechenland mit einer traditionell höheren Staatsschuldenquote (bei 100 Prozent) lag und liegt das Problem in einer extrem niedrigen Steuereinnahmequote mit dramatischen administrativen Schwächen der Steuererhebung im Hintergrund.</p>	15
<p>Die Hauptursache für den Defizitanstieg seit 2007 liegt dagegen eindeutig im Ausbruch der Finanzkrise. Die nationalen Regierungen mussten mit Schutzschirmen für den Finanzsektor und zur Stützung der einbrechenden Konjunktur die Staatsschulden signifikant heraufsetzen. Diese Ursache-Wirkungs-Kette verweist grundsätzlich auf die Notwendigkeit, den Finanzsektor und die hohen Geldvermögen weitaus stärker an der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beteiligen.</p>	20
<p>Konstruktionsfehler der Währungsunion</p> <p>Ein Anstieg der Defizite bzw. der Staatsschuldenquoten ist jedoch für sich gesehen kein Grund, um Zweifel an der Schuldentragfähigkeit eines Landes aufkommen zu lassen. Das Problem liegt darin, dass die Krisenländer eine hohe Auslandsverschuldung aufweisen, weil nicht nur der Staatssektor, sondern auch der Privatsektor verschuldet ist (= Leistungsbilanzdefizit). Deutschlands Staatsschuld liegt bei zwei Billionen Euro, das Geldvermögen der Privaten beträgt aber fünf Billionen Euro; die Refinanzierungsmöglichkeiten bei den eigenen Bürgern sind unzweifelhaft. Bei den Krisenländern ist es umgekehrt. Die dortigen Refinanzierungsprobleme sind zwar durch Spekulationsaktivitäten verschärft worden, haben aber einen realen Grund: weil die Staatsschulden einem ebenso verschulde-</p>	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 ten Privatsektor gegenüberstehen, stellt sich irgendwann die Frage nach der Schuldentragfähigkeit. Das ist das entscheidende Problem der Leistungsbilanzdefizitländer.</p> <p>5 Diesen stehen in der Eurozone einige Länder mit extremen Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber (Deutschland, einige kleinere Länder). Die Ursache dieser Ungleichgewichte, wie sie in den letzten zehn Jahren entstanden sind, liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Während Deutschland deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewann, verloren die Krisenländer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.</p> <p>Diese „Wettbewerbslücke“ gründet entgegen allgemeiner Vorurteile nicht auf einer besonderen Innovationsfreudigkeit Deutschlands einerseits und der Produktivitätserlahmung Griechenlands bzw. anderer Krisenländer andererseits. Denn die Produktivität ist in Deutschland jährlich um 0,9 Prozent, in der Eurozone um 0,8 Prozent und in Griechenland immerhin um 2,1 Prozent gestiegen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und das Zurückfallen Südeuropas lief ausschließlich über die Löhne und – weil die Lohnstückkosten das interne Preisniveau dominieren – über die Preise. In Südeuropa stiegen die Lohnstückkosten um bis zu 30 Prozent, in Deutschland dagegen unter fünf Prozent, wobei hier die Ausweitung des Niedriglohnsektors eine besondere Rolle spielte. Den Normalanstieg – Produktivität plus Zielinflationsrate – repräsentiert Frankreich mit einer Erhöhung um gut 20 Prozent.</p> <p>Werden Überschüsse und Defizite immer weiter kumuliert, führt dies zum Aufbau von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen, die nicht dauerhaft tragfähig sind. Gibt es hier keine Umkehr, führt an der Entwertung der Gläubigerpositionen kein Weg vorbei, denn irgendwann werden die Schuldner zahlungsunfähig. Hier liegt der entscheidende Konstruktionsfehler der Währungsunion, nämlich in der Nicht-Koordination der makroökonomischen Größen: Leistungsbilanzen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Lohn- und Inflationsanpassung. Denn ein Staat, der sich der Europäischen Währungsunion anschließt, gibt seine geldpolitische Souveränität auf. Er verliert die Freiheit, sein Zinsniveau zu bestimmen, seine Währung abzuwerten, seine Zentralbank als Kreditgeberin letzter Instanz („lender of last resort“) zu benutzen. Der Verlust dieser Freiheit kann nur kompensiert werden, wenn der betreffende Staat Teil eines größeren Fiskalgebildes wird, mit definierten Transfer-Zahlungsflüssen, die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Dynamik lindern.</p> <p>Dass die Auseinanderentwicklung bei Lohnzuwächsen und Wettbewerbsfähigkeit zu einem ernststen Problem wurde, hat seinen Grund in der Existenz der Währungsunion, deren Charakteristikum ist, dass kein Mitgliedsland seine Währung auf- oder abwerten kann: Obwohl Griechenland und die anderen Südeuropäer höhere Inflation und Leistungsbilanzdefizite haben, können sie nicht abwerten, weil sie in der Eurozone sind. Andernfalls würden sich diese Defizite so gar nicht herausgebildet haben! Obwohl Deutschland eine interne Inflationsrate unterhalb des EZB-Ziels und andauernd hohe Leistungsbilanzüberschüsse hat, kann Deutschland nicht aufgewertet werden, weil es in der Eurozone ist. Andernfalls hätten die hohen Überschüsse wegen anhaltender Aufwertung gar nicht entstehen können!</p> <p>Es ist deshalb Deutschland, das am stärksten von der Währungsunion profitiert. Und es ist Deutschland, dass bei einer Rückkehr zu nationalen Währungen die stärksten wirtschaftlichen Einbrüche hinzunehmen hätte. Eine Rückkehr zur D-Mark und eine Re-Nationalisierung sind weder im europäischen noch im deutschen Interesse. Die Währungsunion muss deshalb entschieden gegen neu aufkeimenden Nationalismus verteidigt werden. Dazu müssen aber die Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt und die bisherigen Blockaden innerhalb der Eurozone aufgelöst werden.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Eine Währungsunion erfordert eine Koordination der Preise	1
Die Feststellung, dass Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen im Euroraum bestehen, stellt jedoch noch keine vollständige Analyse der Ursachen der Ungleichgewichte dar. Die Ungleichgewichte innerhalb Europas haben sich verfestigt, weil in Deutschland die Löhne real nur geringfügig angestiegen sind, während etwa in vielen Krisenstaaten ein überproportional großes Lohnwachstum über die letzte Dekade stattfand. Schließlich machen Lohnstückkosten den größten Kostenfaktor ausnahmslos jeder Volkswirtschaft aus, sodass sich hinsichtlich des Außenhandels eine bessere Stellung desjenigen Landes ergibt, welches im Vergleich geringere Lohnzuwächse aufweist.	5
Die Europäische Währungsunion wuchs in diesem Sinne nicht zusammen, sondern driftete auseinander. Während die Lohnstückkosten der deutschen Industrie seit der Einführung des Euro um 14 Prozent gesunken sind, blieben sie in Griechenland (das zwei Jahre später in die Währungsunion startete) gleich. In Portugal stiegen sie um 5 Prozent, in Spanien um 28 und in Italien gar um 46 Prozent. Damit haben beinahe alle Staaten das gemeinsam festgelegte Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von jährlich 2 Prozent torpediert und sich höchst unkooperativ verhalten. Sowohl mit Lohndumping als auch mit Lohnexpansion wird dabei das Inflationsziel unterminiert.	10
	15
Es stellt sich die Frage, welches Land hinsichtlich des Lohnstückkostenwachstums im Sinne einer kooperativen und auf Ausgleich bedachten Europäischen Union falsch gehandelt hat. Das Ergebnis ist ein Einfaches, wenn man die Zielinflation betrachtet. Inflation ist im Wesentlichen die Wachstumsrate der Preise. Diese wiederum ergeben sich durch das Verhältnis Geldmenge zu Gütermenge. Letztere wird durch die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens maßgeblich beeinflusst, sodass bei einer günstigen Wettbewerbssituation, wie sie in Deutschland zu finden ist, relativ mehr Güter produziert werden. Demnach müssten die Preise fallen, da der gleichen Geldmenge eine höhere Güteranzahl gegenüber steht.	20
Die Geldmenge hingegen erhöht sich, indem höhere Löhne gezahlt werden, anstatt Kapital in das Ausland zu exportieren. Deutschland exportiert aufgrund der Leistungsbilanz relativ viel Kapital in das Ausland, während relativ geringe Löhne zu relativ hoher Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einer hohen Produktion führen. In Griechenland ist die Situation exakt spiegelbildlich: Hohe Löhne, geringe Wettbewerbsfähigkeit und geringe Produktion liegen vor. Dies lässt sich auch auf die Entwicklung der nationalen Inflationsraten übertragen: Während in Deutschland fast jedes Jahr der vergangenen Dekade die Zielinflation unterschritten wurde, wurde sie in Griechenland fast ausschließlich überschritten. Kumuliert ergibt sich über ganz Europa nahezu für jedes Jahr das Erreichen der Zielinflation.	25
Aber eben nicht, weil alle Länder des Euroraums sich an die 2% Zielinflation gehalten haben – dies wurde von fast jedem Land, Frankreich ausgenommen, verfehlt – sondern eben weil es Länder gab, welche sich in keiner Weise an die Inflationsziel gehalten haben, und eben auch Länder wie Griechenland, welche sich spiegelbildlich verhalten haben. Dabei ist die Faustformel, welche für die Konstruktion der Inflation gemäß Cost-Push-Theorie existiert, einerseits trivial und andererseits empirisch valide: Um ein Inflationsziel von 2% zu erreichen, müssen die Löhne jedes Jahr um 2% stärker steigen als die Produktivität des Landes.	30
	35
Die Erklärung dieses Ansatzes ist intuitiv einfach: Steigen Produktion und Löhne um 1%, so steht der um 1% höheren Gütermenge eine um 1% höhere Geldmenge gegenüber, was zu konstanten Preisen und damit zu einer Nullinflation führt. Steigen die Löhne hingegen um 2% stärker als die Produktivität, so ist das Verhältnis in diesem Szenario $1,03 \cdot \text{Geldmenge} / 1,01 \cdot \text{Gütermenge}$ und damit nahe 2% Wachstum. Aufgrund der geringen Produktionszuwächse (in einem Bereich von null bis fünf Prozent pro Jahr) ist die Faust-	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 regel extrem präzise. Auch seien die Transmissionskanäle kurz ge- nannt: Höhere Löhne führen zu höheren Kosten in der Produktion, was die Produzenten dazu bringt, die Preise zu erhöhen, um gleiche Gewinne realisieren zu können.</p> <p>5 Gleichzeitig führt mehr Kaufkraft seitens der Arbeitnehmer zu ei- ner höheren Güternachfrage, was sich wiederum positiv auf das Preiswachstum auswirkt. Würden demnach in allen Ländern der Eurozone die Löhne um 2% stärker als die nationale Produktivität steigen, so ergäbe sich für jedes Land die Zielinflation von 2% und 10 gleichzeitig würde ein Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähig- keit und damit größere Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbi- lanzen vermieden. Dennoch genügt das Verfolgen dieser Faustregel nicht, um ein neues Gleichgewicht im Euroraum herzustellen, son- dern lediglich, um weitere Ungleichgewichte zu verhindern. Für 15 die Aufhebung der vorliegenden Disparitäten müsste Deutschland seine Löhne stärker erhöhen, während die Löhne in Krisenländern schwächer wachsen müssten. Für Frankreich ergäben sich, auf- grund der vorbildhaften Verfolgung der Zielinflation, keine Ände- rungen.</p> <p>20 Es sei ferner angemerkt, dass der Versuch, das deutsche Modell des Lohndumpings auf sämtliche Krisenstaaten zu übertragen, in keiner Weise nachhaltig wäre. Würden alle Länder der Eurozone ihre Löhne nur mit den deutschen Raten der 00er Jahre „wachsen“ lassen, so würde dies zu einer massiven Unterschreitung der Zielin- 25 flation in ganz Europa führen. Dies würde eine Deflation herauf- beschwören mit den bekannten Abwärtsspiralen für die Wirtschaft: das negatives Preiswachstum würde zu Konsumzurückhaltung führen, was wiederum aufgrund des Ungleichgewichts zwischen 30 Überangebot und Unternachfrage zu weiteren Preissenkungen und damit schlussendlich zum Ruin der europäischen Wirtschaftsarchi- tektur führen würde. Sofern sich Europa eine gemeinsame Wäh- rungsunion wünscht - und dafür sollten insbesondere wir Sozialde- mokraten einsteigen - so müssen sich ausnahmslos alle Eurostaaten 35 hinsichtlich der Lohnpolitik koordinieren und dafür Sorge tragen, dass die Zielinflationsvorgaben im Kern eingehalten werden. An- dernfalls droht langfristig ein Zerreißen der Währungsunion, weil die Disparitäten immer weiter zunehmen würden. Sechzig Jahre er- folgreicher europäischer Integrationsgeschichte würden in diesem 40 Fall zur Disposition stehen.</p> <p>Deutschlands Exportstärke ist kein Hindernis für eine zukunftsfähige Eurozone. Doch Inlandskonsum und Inlandsinvestitionen müs- sen merklich zunehmen.</p> <p>Die Kritik von international renommierten Ökonomen und Nobel- 45 preisträger, des US-Finanzministeriums oder des Internationalen Währungsfonds an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen ist deshalb berechtigt. Nicht alle Staaten können gleichzeitig einen Überschuss erzielen. Das makroökonomische „Geschäftsmodell“ von Überschussländern besteht daher faktisch in der Verschul- 50 dungsbereitschaft anderer Länder. Wenn sich die Ungleichgewichte immer weiter verschärfen und es niemals zum Ausgleich kommt, droht die Eurozone über kurz oder lang auseinanderzubrechen.</p> <p>Die dringenden Aufrufe des US-Finanzministeriums oder des In- ternationalen Währungsfonds an Deutschland, seinen riesigen 55 Leistungsbilanzüberschuss abzubauen, stoßen hierzulande jedoch auf wenig Verständnis bzw. fast ausschließlich auf negative Reso- nanz. Der Bundesverband der Deutschen Industrie ließ verlauten, die Exportstärke sei das Ergebnis innovativer Produkte, die in der ganzen Welt nachgefragt würden.</p> <p>60 Das ist zwar richtig. Doch treffen derartige Aussagen den Kern der Problematik in keiner Weise. Denn weder das US-Finanzministe- rium noch der IWF haben verlangt, dass die deutsche Wirtschaft weniger exportieren solle. Sie haben lediglich darauf verwiesen, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss viel zu groß sei. Das 65 ist nicht das Gleiche. Im Kern geht es darum, sich drei unumstößli- che Identitäten vor Augen zu führen:</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
1. Die Leistungs- und die Kapitalbilanz eines Landes müssen sich ausgleichen. Ist die Leistungsbilanz positiv (werden vereinfacht gesagt mehr Waren exportiert als importiert), muss die Kapitalbilanz negativ sein (Kapital fließt aus dem Überschussland ab).	1
2. Die Differenz zwischen den gesamten inländischen Ersparnissen und den gesamten inländischen Investitionen entspricht dem Saldo der Leistungs- respektive Kapitalbilanz. Sind die inländischen Ersparnisse also höher als die inländischen Investitionen, wird dieses Überschusskapital ins Ausland exportiert.	5
3. Alles, was ein Land produziert, muss entweder konsumiert oder gespart werden.	10
Weist nun Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss aus, fließt entsprechend viel Kapital von Deutschland ins Ausland ab. Zweitens bedeutet es, dass die inländischen Ersparnisse um diesen Betrag höher sind als die inländischen Investitionen.	15
Wie kann nun dieser Leistungsbilanzüberschuss (der zwangsläufig dem Leistungsbilanzdefizit anderer Länder entspricht) abgebaut werden?	
Ganz einfach: Entweder muss der inländische Konsum steigen (wodurch automatisch die inländischen Ersparnisse sinken), oder die inländischen Investitionen müssen steigen (wodurch sich die Differenz zwischen den Ersparnissen und Investitionen verringert).	20
Das wiederum kann erreicht werden, indem die Löhne in Deutschland ansteigen oder indem etwa die inländischen Investitionen in Deutschland spürbar erhöht werden.	25
Als zwingende Folge davon wird Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sinken – und das ohne jede Selbstbeschränkung der deutschen Exportindustrie. Es geht also nicht um weniger deutsche Exporte. Der Anpassungsprozess bzw. der Abbau der Ungleichgewichte muss auf deutscher Seite über ansteigenden Inlandskonsum, höhere Importe und signifikant höhere Inlandsinvestitionen bewerkstelligt werden. Das ist sowohl zum Vorteil Deutschlands wie aber auch zum Vorteil der Krisenländer wie der gesamten Eurozone, die infolge des Ausgleichs eine weitaus höhere Stabilität erhalte.	30
	35
Wirtschaftspolitische Perspektiven einer sozial gestalteten Währungsunion	
Die SPD muss die Auseinandersetzung um eine gleichermaßen tragfähige wie auch soziale Architektur der Eurozone offensiv führen. Sie muss um einen sozialverträglichen Pfad werben und darf sich keinesfalls in das enge Korsett einer einseitigen Austeritätsdoktrin einzwängen lassen, die Wachstumschancen eher behindert als fördert und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa längst zur Disposition stellt. Es geht im Gegenteil um eine europaweit koordinierte Wachstums- und Investitionsstrategie, um weitere Integrationsschritte in den zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik und um eine harte Bändigung der Finanzmärkte und der systemrelevanten Großbanken. Wer den harten Kern der Krise ins Visier nehmen will, muss zudem die Verteilungsfrage völlig neu gewichten: als Gebot der ökonomischen Vernunft. Die frappierend angestiegene Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist von international renommierten Ökonomen und Nobelpreisträgern längst als eine der Hauptursachen der Finanzkrise identifiziert worden.	40
	45
Denn es ist die wachsende Ungleichheit, die als eigentlicher Treiber und Motor der verhängnisvollen Ausgaben- und Verschuldungskaskaden in den entwickelten Staaten funktioniert. Das groteske Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hemmt und blockiert dagegen die ökonomische Entwicklung. In jüngerer Zeit haben mehrere Studien auf den engen Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum hingewiesen. Die Industrieländerorganisation OECD kam etwa zu dem Ergebnis, dass Deutschland sein Bruttoinlandsprodukt deutlich steigern kann, wenn die Ungleichheit entschieden bekämpft wird. Nicht mit einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und Wachstum generiert, sondern mit einer mutigen Investitions-	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und Innovationspolitik, einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und mehr Bildungschancen.</p> <p>Ganz Europa braucht einen ökonomischen Kurswechsel, der sich 5 leiten lässt von der wachsenden Erkenntnis weltweit führender Wirtschaftswissenschaftler, dass sich soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik wechselseitig ergänzen. Die Sozialdemokratie muss für einen echten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel eintreten, der mit den verfehlten Grundannahmen der neo-liberalen Ära bricht.</p> <p>10</p>	
<p><i>EU15</i></p> <p>15 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Europa für die kleinen Leute erfahrbar machen</i></p> <p>20</p> <p><i>So1 vom a.o. BPT am 19. März 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>25 LKW Fahrer sind Arbeitnehmer, die in Europa einem besonders harten Wettbewerb um ihre Löhne ausgesetzt sind. Eine französisch-deutsche Initiative für einen einheitlichen Tarifvertrag im Verkehrssektor, der in beiden Ländern gilt, würde den LKW Fahrern materiell helfen. Dadurch, dass fast alle kleinen Leute einen</p> <p>30 LKW Fahrer in ihrem Umfeld kennen, würde diese europäische Verbesserung in dieser Bevölkerungsgruppe positiv bekannt.</p>	<p><i>EU15</i></p> <p><i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Europa für die kleinen Leute erfahrbar machen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP</p>
<p>35 <i>EU16</i></p> <p><i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Finanzstabilität in der Europäischen Union stärken</i></p> <p>40</p> <p><i>So2 vom a.o. BPT am 19. März 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>45 Finanzdienstleistungen dürfen in der EU nur von Unternehmen angeboten werden, die von der europäischen Finanzaufsicht bzw. den nationalen Aufsichtsbehörden der EU-Staaten kontrolliert werden. Die Finanzaufsicht außerhalb der EU (z. B. USA, zukünftig GB)</p> <p>50 ist als nicht gleichwertig anzusehen. Unternehmen, die Finanzdienstleistungen anbieten, müssen entsprechend ihrem Risiko Eigenkapital vorhalten. Garantien, Derivate oder Bürgschaften von Unternehmen außerhalb der EU dürfen nicht angerechnet werden. Umgekehrt dürfen Unternehmen, die Finanzdienstleistungen in der</p> <p>55 EU anbieten, keine Garantien, Derivate oder Bürgschaften für Finanzinstitute außerhalb der EU übernehmen.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p><i>EU16</i></p> <p><i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Finanzstabilität in der Europäischen Union stärken</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>EU17 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Vertrauensbildung durch nachhaltige Bewertung von Aktiva in den Unternehmensbilanzen</p> <p>So3 vom a.o. BPT am 19. März 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Verlegung des für die Rechnungslegung zuständigen privatrecht- lich organisierten International Accounting Standards Board (IASB) von London zu einer dem Europaparlament direkt unter- stellten Behörde in Straßburg mit der Verpflichtung, die Bilanzie- rungsvorschriften für die Aktiva den nachhaltigen Ertragschancen anzupassen und allgemein dem Unternehmenserhalt einen größe- ren Stellenwert einzuräumen. Die vom Europaparlament dann ver- abschiedeten Bilanzierungsgrundsätzen können vom Europäischen Rat nur mit qualifizierter Mehrheit zurückgewiesen werden.</p>	<p>EU17 1 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Vertrauensbildung durch nachhaltige Bewertung von Aktiva in den Unternehmensbilanzen 5</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP 10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>EU18 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Erhöhung Sicherheit durch Aufbau einer einheitlichen Datenbank für alle Menschen, die sich als nicht EU Bürger (zukünftig auch die Briten) in der EU aufhalten</p> <p>So4 vom a.o. BPT am 19. März 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Aufbau einer Behörde in Straßburg, die direkt vom Europaparla- ment kontrolliert wird, in der alle Menschen, die nicht als Touristen oder Geschäftsreisende sich in der EU aufhalten und keinen Pass eines EU Mitgliedsstaates besitzen, registriert werden. Der europä- weit einheitliche Ausweis kann in einem Fall einen Asylantragstel- ler, einen Geduldeten, einen mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnis (z. B. Türken, die in den sechziger Jahren nach Deutschland ka- men) oder einen Austauschstudenten legitimieren. Durch den ein- heitlichen Ausweis und die Datenbank werden Mehrfachidentitäten vermieden. Die EU hat jederzeit einen Überblick, wer sich in der EU aufhält.</p>	<p>EU18 25 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Erhöhung Sicherheit durch Aufbau einer einheitlichen Datenbank für alle Menschen, die sich als nicht EU Bürger (zukünftig auch die Briten) in der EU aufhalten 30</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP 35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>EU19 Ortsverein Hanau Mitte (Bezirk Hessen-Süd)</p> <p>Voraussetzungen für den Abschluss der Handelsabkommen TTIP und CETA</p> <p>1. Die Handelsabkommen (TTIP und CETA) dürfen erst nach ein- em erfolgreichen Abschluss der DOHA-Runde im Rahmen der WTO unterzeichnet werden, damit ein fairer weltweiter Handel ermöglicht wird, der für alle WTO-Mitglieder verbindlich ist. 2. Die Handelsabkommen (TTIP und CETA) dürfen das hohe euro- päische Schutzniveau von Arbeitnehmer- und Verbraucherrech- ten sowie die Sozial und Umweltstandards der EU-Länder nicht aufweichen.</p>	<p>EU19 55 Ortsverein Hanau Mitte (Bezirk Hessen-Süd)</p> <p>Voraussetzungen für den Abschluss der Handelsabkommen TTIP und CETA 60</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Beachtung des Konventsbeschlus- ses „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ vom Sep- tember 2016 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 3. Alle ILO-Kernarbeitsnormen müssen von den Vertragspartnern unterzeichnet werden. Das North American Agreement on Labor Cooperation (NAALC; deutsch Nordamerikanisches Abkommen 5 über Arbeitszusammenarbeit) innerhalb der NAFTA ist zu Gun- sten der ILO-Normen zu beenden</p> <p>4. Investitionsschutzregelungen dürfen die Souveränität der Ver- tragsstaaten nicht beeinträchtigen. Staatliche Daseinsvorsorge ist auszubauen statt zu privatisieren.</p> <p>10 5. Das OECD-Steuerabkommen zum Informationsaustausch der Steuerbehörden ist von allen Vertragspartnern zu unterzeichnen. Die Berechnungsgrundlagen für Unternehmenssteuern sind zu vereinheitlichen.</p> <p>Bei Nichterfüllung einer der vorgenannten Punkte dürfen die Ver- träge nicht abgeschlossen werden.</p> <p>15</p>	
<p>EU20 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>20 Resolution zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), zum Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) 25 und zum Dienstleistungsabkommen (TISA)</p> <p>Die SPD wird sich künftig verstärkt an der innerparteilichen Dis- 30 kussion über die so genannten Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA einbringen.</p> <p>Die SPD hat im Grundsatz keine Einwände gegen den Abschluss von Freihandelsabkommen. Diese können in der wirtschaftlichen 35 Zusammenarbeit Europas mit den Vereinigten Staaten der wirt- schaftlichen Stärke Deutschlands dienlich sein. Das derzeit verhan- delte Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das sich in Ver- handlung befindliche Transatlantische Abkommen mit den USA (TTIP) und das sich ebenfalls in Verhandlung befindliche internati- 40 onale Dienstleistungsabkommen (TISA) lassen jedoch befürchten, dass damit wesentliche Standards der kommunalen Selbstverwal- tung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kul- tur-, Sport- und Bildungspolitik sowie faire Löhne und hohe Ar- beits- und Umweltstandards ausgesetzt werden.</p> <p>45 Die weiterhin intransparente Verhandlungspraxis trotz millionen- fachen Protestes lässt befürchten, dass die Gefahr einer Untergra- bung demokratischer Standards in den europäischen Demokratien besteht. Insbesondere die von den USA anvisierten Investitions- schutzregelungen durch Schiedsgerichte lassen in dieser Hinsicht 50 das Schlimmste befürchten. Trotz gegenteiliger Behauptungen sind sie offensichtlich nicht vom Tisch.</p> <p>Der gegenwärtige Verhandlungsstand der Abkommen ist mit den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei nicht vereinbar. Wir 55 fordern deshalb die SPD in Rheinland-Pfalz und im Bund auf, sich an</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Kommission der Europäischen Union • das Parlament der Europäischen Union • die Bundesregierung 60 • den Bundesrat • die Landesregierung des Landes Rheinland Pfalz <p>zu wenden, um sich im Zuge der Verhandlungen uneingeschränkt für die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen 65 Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen. Nicht nur das europäische Parlament, sondern insbesondere die Parlamente der 28 EU-Mit- gliedsstaaten sollen in den Ratifizierungsvertrag des Freihandelsab- kommen einbezogen werden, da es sich bei TTIP und CETA um so-</p>	<p>EU20 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Resolution zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), zum Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und zum Dienstleistungsabkommen (TISA)</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Beachtung des Konventsbeschlus- ses „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ vom Sep- tember 2016</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>genannte gemischte Abkommen handelt, demnach um Abkommen, deren Inhalt über die Kompetenzen der EU hinausgeht.</p>	<p>1</p>
<p>EU21 <i>Ortsverein Moers-Kapellen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>5</p> <p>EU21 <i>Ortsverein Moers-Kapellen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>
<p>Forderungen zu TTIP</p> <p>Bei der weiteren Behandlung des TTIP – Abkommens muß die Geheimhaltung aufgehoben werden und auf jeden Fall auf die Einrichtung einer Paralleljustiz (Geheimerichte – oder wie der Name auch immer gewählt wird) verhindert werden. Alle ILO-Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen weltweit anerkannt werden.</p>	<p>10</p> <p>Forderungen zu TTIP</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP</p> <p>15</p>
<p>EU22 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p>	<p>20</p> <p>EU22 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p>
<p>Ablehnung eines geplanten Handelsabkommens mit Japan</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, schon im Vorfeld des geplanten Freihandelsabkommens mit Japan ihren ganzen Einfluß auf die Koalition auszuüben, um ein solches Abkommen zu verhindern. Die sozialdemokratischen Entscheidungsträger innerhalb der Bundesregierung müssen alles dafür tun, um Einfluß innerhalb der EU zu nehmen, daß die jetzt vorliegenden „Geheim-papiere“ nicht Wirklichkeit werden.</p>	<p>25</p> <p>Ablehnung eines geplanten Handelsabkommens mit Japan</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>EU23 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p>	<p>40</p> <p>EU23 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p>
<p>Freihandelsabkommen</p> <p>Die sogenannten Freihandelsabkommen bedeuten - trotz der bei CETA erreichten Verbesserungen und Klarstellungen - weiterhin unabsehbare Risiken insbesondere für die Leistungen der Daseinsvorsorge und eine nicht hinzunehmende Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimer Gremien. Wir fordern daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Zustimmung zum CETA-Abkommen, wenn nicht mit zusätzlichen Klarstellungen die Berücksichtigung der vom Parteikonvent beschlossenen Punkte sichergestellt ist, • den Abbruch der Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen TiSA. 	<p>Freihandelsabkommen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Beachtung des Konventsbeschlusses „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ vom September 2016</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p>
<p>EU24 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p>	<p>60</p> <p>EU24 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p>
<p>Aushandlung besserer Standards bei Verhandlungen über JEFTA</p> <p>Der UB Oldenburg-Land fordert die Aushandlung gleicher, wenn nicht besserer, Standards in den Verhandlungen über JEFTA (Japan EU Free Trade Agreement) und alle derzeit zu verhandelnden Freihandelsabkommen. Wir wollen einen transparenten Umgang mit JEFTA und die Möglichkeit der Einsichtnahme durch Interessierte.</p>	<p>65</p> <p>Aushandlung besserer Standards bei Verhandlungen über JEFTA</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete im EP unter Beachtung des Konventsbeschlusses „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ vom September 2016</p>

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik (F)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="36 645 52 674">F</div> <p>F1 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Mehr Gleichberechtigung - Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern</p> <p>Alleinerziehende Eltern, insbesondere die Gruppe der geschiedenen Mütter, sind in Deutschland finanziell schlechter gestellt und befinden sich weiterhin besonders häufig in Einkommensarmut. Diese Benachteiligung entsteht z.B. durch die eingeschränkte Möglichkeit zur Förderung der beruflichen Karriere, insbesondere im Zusammenhang mit der Kindesbetreuung. Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide Ehepartner*innen auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit arbeiten können:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Stattdessen soll aus den erhöhten Steuereinnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig vom Verdienst der Ehepartner*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngeldes werden Eltern über eine gleichberechtigte Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art des Familienmodells. • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung mit flexiblen Zeiten gesorgt werden, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende des Elterngeldes wieder Vollzeit zu arbeiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor dem ersten Lebensjahr beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch weit intensiver ausgebaut werden, als dies bisher in Planung ist. • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner*innen nacheinander und gleichviel Elternzeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausgezahlt werden. • Um zu verhindern, dass der Mann auch in vergleichbaren Berufen der Besserverdienende ist, und deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss endlich die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“). • Unternehmen, die ihre Mitarbeiter*innen für das beantragen von Elternzeit benachteiligen, werden sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei einer Behörde durch Geschädigte angezeigt werden. 	<p>F1 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Mehr Gleichberechtigung - Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>F2 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Kinderbetreuung</p> <p>Kinderbetreuung in Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft soll für alle Kinder kostenfrei sein.</p>	<p>F2 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Kinderbetreuung</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 6)</p>
<p>F3 <i>Kreisverband Tübingen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Mehr Flexibilität für Familien - Einführung eines Elterngeldsharings</p> <p>Das Elterngeld wird weiter flexibilisiert, so dass eine individuellere Aufteilung von Familie und Beruf zwischen den Eltern ermöglicht wird. Auch Eltern, bei denen ein oder beide Elternteile weniger als 25h pro Woche arbeiten wollen, wird damit ermöglicht, Erziehung und Karriere zu teilen, ohne dass finanzielle Einbußen gegenüber</p>	<p>F3 <i>Kreisverband Tübingen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Mehr Flexibilität für Familien - Einführung eines Elterngeldsharings</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div> <div>1</div> <div> <p>einer Vollzeit-Elternzeit eines Elternteils entstehen. D.h. im Einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Elterngeld wird eine Wochenarbeitszeit von 40h zu Grunde gelegt. </div> <div>5</div> </div> <div> <div> <ul style="list-style-type: none"> • Diese 40h können beide Elternteile untereinander aufteilen und erhalten dann eine Elterngeldberechnung auf Grundlage des entgehenden Einkommens. • Der Gesamtelterngeldanspruch vor der Anrechnung von Arbeits-einkommen der Eltern soll unabhängig von der tatsächlichen Wahl der Bezugsmonate berechnet werden </div> <div>10</div> </div> <div> <div> <ul style="list-style-type: none"> • Eine finanzielle Besserstellung gegenüber des Vollzeit-Elterngeldes soll geprüft werden. • Die Regelung zum Rechtsanspruch wird analog zum Rechtsan-spruch der Teilzeit bei Elternzeit übernommen. </div> <div>15</div> </div> <div> <div> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Absenkung der Untergrenze von 15 auf 10 Stunden bei Teilzeit in Elternzeit wird geprüft. • Die Auswirkungen auf die Erwerbsquote der Frauen und die Zu-friedenheit der Familien, die das Elterngeld-Sharing nutzen, soll nach zwei Jahren einer Evaluation unterzogen werden. </div> <div>20</div> </div> <div> <div> <div>F4</div> <div> Ortsverein Langenberg / OWL (Landesverband Nordrhein-Westfalen) </div> </div> <div> <div>25</div> <div> <div>Elterngeld</div> <div> <p>F11 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Nebenbeschäftigung (Minijob) & Aufwandsentschädigungen durch Kommunale Ratstätigkeit sollte Freigestellt werden</p> </div> </div> <div>35</div> </div> <div> <div> <div>F5</div> <div>Landesverband Sachsen</div> </div> <div> <div>40</div> <div> <div>Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option</div> <div> <p>Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für den Fall der Trennung der Eltern das sog. „Wechselmodell“, bei dem die Betreuung und Erziehung des Kindes abwechselnd in einem zu bestimmenden Verhältnis bei dem einen und bei dem anderen Elternteil liegt, gesetzlich als Alternative einzuführen.</p> <p>Das BGB, insbesondere § 1606 III BGB und weitere, mit ihm zusammenhängende Vorschriften sollen geändert werden. In Zukunft soll es nicht mehr als Regelfall definiert sein, dass ein Elternteil seine Verpflichtung, zum Unterhalt des Kindes beizutragen, dadurch erfüllt, dass er das Kind betreut, während der andere Elternteil zahlt. Stattdessen sollte es eine Regelung geben, die es erleichtert, Betreuung und Unterhaltsverpflichtung zu entkoppeln. Wenn sich die Eltern nicht auf eine bestimmte Regelung einigen können, die dem Kindeswohl entspricht und beiden Eltern die anteilige Betreuung ermöglicht, soll dem Gericht die Entscheidung über eine solche, dem Wohl des Kindes förderliche Regelung zugewiesen werden.</p> </div> </div> <div>65</div> </div> </div> </div>	<div> <div> <div>F4</div> <div> Ortsverein Langenberg / OWL (Landesverband Nordrhein-Westfalen) </div> </div> <div> <div> <div>Elterngeld</div> <div>Ablehnung</div> </div> </div> </div> <div> <div> <div>F5</div> <div>Landesverband Sachsen</div> </div> <div> <div> <div>Recht des elterlichen Unterhalts - Einführung des Wechselmodells als gesetzliche Option</div> <div> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion im Hinblick auf die steuerliche Berücksichtigung des finanziellen Mehrbedarfes der gemeinsamen elterlichen Sorge im Rahmen eines „Wechselmodells“</p> </div> </div> </div> </div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>F6 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Umsetzung der Europaratsentschließung2079 für Eltern nach Trennung</p> <p><i>StW40 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Einführung der (steuer-)rechtlichen Grundlage für eine Gleichbehandlung von Elternteilen nach Trennung als Paar auf Grundlage der einstimmig beschlossenen Europaratsentschließung 2079 vom Oktober 2015. Darin ist die Mediation von getrennten Elternteilen vorgesehen, sowie die Einbeziehung beider Elternteile mit aktiver Alltagszeit in Form des Wechselmodells welches bedeutet, dass Kinder zu 50 % beim Vater und zu 50 % bei der Mutter leben können.</p> <p>Ziel ist die partnerschaftliche Aufgabenteilung beider Elternteile. Familie für die Kinder soll es sowohl beim Vater als auch bei der Mutter geben. Daraus ergibt sich gleichzeitig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Entlastung bei der Betreuungs- und Bildungsarbeit.</p>	<p>F6 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Umsetzung der Europaratsentschließung2079 für Eltern nach Trennung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>F7 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Änderungen des Gesetzes zum Unterhaltsvorschuss</p> <p>Wir fordern § 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes wie folgt zu ändern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende gem. §1 Unterhaltsvorschussgesetz wird in der Bezugsdauer auf den Zeitraum bis zur Vollendung einer angemessenen Erstausbildung oder des 18. Lebensjahres ausgeweitet; 2. die in § 1 Ziff. 2 Unterhaltsvorschussgesetz formulierte Tatbestandsvoraussetzung, dass der betreuende Elternteil ledig, verwitwet oder geschieden ist oder von seinem Ehegatten oder Lebenspartner dauernd getrennt lebt, dahingehen zu konkretisieren, dass eine Verheiratung des betreuenden Elternteils mit einem neuen Partner nicht zu dem Verlust des Anspruches des Kindes führt; 3. den in § 1 Abs. 3 Unterhaltsvorschussgesetz vorgenommene Ausschluss des Anspruches, wenn die getrennt lebenden Elternteile in einer Wohnung zusammenleben, zu streichen, soweit nachgewiesen wird, dass ungeachtet der Nutzung einer Wohnung ein getrennt leben im Sinne des § 1567 BGB vorliegt; 4. § 3 Unterhaltsvorschussgesetz zu streichen. 	<p>F7 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Änderungen des Gesetzes zum Unterhaltsvorschuss</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.: Erledigt durch Regierungshandeln 2.: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 3.: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 4. : Erledigt durch Regierungshandeln <p>Im Übrigen Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion im Hinblick auf eine Anhebung des Unterhaltsvorschusses um das hälftige Kindergeld</p> <p>Begründung: Nur zusammen mit dem vollen Kindergeld deckt der Unterhaltsvorschuss das Existenzminimum eines Kindes. Da bei getrennten Eltern jedem Elternteil das halbe Kindergeld ausgezahlt wird, müssten sich derzeit Kinder im UVG-Bezug eine Hälfte des Kindergeldes beim unterhaltspflichtigen (aber nicht zahlenden) Elternteil erstreiten, um ihren Unterhaltsbedarf zu decken</p>
<p>F8 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Keine Abzüge beim ALG II bei Alleinerziehenden</p> <p>Der Landesparteitag hat beschlossen und an den Bundesparteitag weitergeleitet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, das 9. SGBII-Änderungsgesetz nicht zu beschließen, solange es dazu führt, dass 	<p>F8 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Keine Abzüge beim ALG II bei Alleinerziehenden</p> <p>Erledigt durch Regierungshandeln: Punkt 1 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion: Punkt 2</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Alleinerziehenden für die Zeit des Aufenthalts von Kindern beim anderen Elternteil anteilig Leistungen des ALGII in Abzug gebracht werden.</p> <p>2. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, das SGBII dahingehend zu ändern, dass Alleinerziehenden für die Zeit des Aufenthalts von Kindern beim anderen Elternteil keine Leistungen anteilig in Abzug gebracht werden.</p>	
<p>10</p> <p>F9 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>15 Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, sich für eine klare und konsequente Lösung für den zusätzlichen finanziellen Bedarf von Kindern getrennt lebender Eltern einzusetzen. Wir fordern einen Anspruch auf Mehrbedarf im Rahmen des SGB II für sogenannte temporäre Bedarfsgemeinschaften ohne Kürzung des Sozialgeldanspruchs im Haushalt des alleinerziehenden Elternteils. Zur Umsetzung dessen fordern wir eine gesetzliche Verankerung eines Umgangsmehrbedarfs zur Sicherstellung des Kindeswohls und Existenzsicherung des Kindes und des alleinerziehenden Elternteils.</p>	<p>F9 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 19)</p>
<p>30</p> <p>F10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>35 Frauenrechtskonvention: Konsistente zielorientierte Gleichstellungspolitik</p> <p>Die „CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland“ hat festgestellt, dass es im Berichtszeitraum an einer konsistenten zielorientierten Gleichstellungspolitik, wie sie der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung fordert, gemangelt hat. Mit Bezug auf den Alternativbericht der „CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland“ zum kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Frauenrechtskonvention)“ (CEDAW Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women) fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das CEDAW-Übereinkommen und sein Fakultativprotokoll sowie weitere relevante Texte in Deutsch und anderen in Deutschland gesprochenen Sprachen barrierefrei auf einer zentralen Internetseite zu veröffentlichen; • diese Texte im Druck zur Verfügung zu stellen, pädagogisch aufzuarbeiten und in schulischen Lehrplänen, in der Berufsausbildung sowie in der Erwachsenenbildung zu verankern; • die CEDAW-Umsetzung in allen Gesetzgebungsverfahren nachvollziehbar zu prüfen; • den Staatenbericht im Entwurf ergebnisoffen im Bundestag zu debattieren, NRO-Konsultationen durchzuführen und zwischen den Staatenberichten einen Umsetzungsprozess im Rahmen eines Nationalen Aktionsplans CEDAW zu steuern, der eine De-facto-Umsetzung auch in den Bundesländern bewirkt; • die deutschen Rechtsnormen mit dem CEDAW-Übereinkommen in Einklang zu bringen, Fortbildung für Richter*innen auszuweiten und CEDAW zentral als verbindlichen Lehrstoff in allen juristischen Ausbildungszweigen zu verankern; 	<p>F10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Frauenrechtskonvention: Konsistente zielorientierte Gleichstellungspolitik</p> <p>Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und an die SPD-Landtagsfraktionen</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> einen Follow-up-Prozess zu den Abschließenden Bemerkungen des CEDAW-Ausschusses unter Beteiligung von NRO auf den Weg zu bringen. 	1
<p>F11 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos</p>	5
	<p>F11 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><u>Gegen sexualisierte Gewalt und (...)</u> <u>Sexismus. Immer. Überall. (...)</u></p> <p>Annahme mit Textumstellungen in der Fassung der Antragskommission</p> <p>15</p> <p>In den letzten Jahren holten einzelne Ereignisse die Alltäglichkeit von Sexismus und sexualisierter Gewalt in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und lösten gesellschaftliche Debatten über politische Konsequenzen aus: unter dem Hashtag #Aufschrei schilderten tausende Frauen ihre Erfahrungen mit sexueller Belästigung, Übergriffen und Gewalt. Unter dem Hashtag #ausnahmslos nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015/2016 in Köln wurden erneut tausende ähnlicher Übergriffe öffentlich gemacht, Mit #NeinheißtNein formierte sich die breit getragene öffentliche Forderung nach der Reform des Sexualstrafrechtes und aktuell als Folge des Skandals um den US-amerikanischen Filmproduzenten Harvey Weinstein berichten wiederum tausende Frauen unter #metoo über sexuelle Belästigung und Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen im beruflichen Umfeld.</p> <p>20</p> <p>Diese Debatten zeigten und zeigen, dass das, was Frauen Tag für Tag widerfährt, keine singulären Ereignisse sind, sondern dass es hier um strukturelle Probleme geht.</p> <p>25</p> <p>Die Gefahr von Sexismus oder sexualisierter Gewalt betroffen zu sein, ist umso größer, je höher das Machtgefälle zwischen den beteiligten Personen ist.</p> <p>30</p> <p>Gerade weil es sich um strukturelle Probleme handelt, kann man ihnen nur mit strukturellen Mitteln begegnen. Unter #notme solidarisieren sich mehr und mehr Männer mit den Frauen.</p> <p>35</p> <p>Frauen müssen benennen können, was ihnen widerfährt. Und Männer müssen Sexisten und Sexualstraftäter in ihre Schranken weisen und sich an die Seite der Frauen stellen.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>
<p>Nicht nur in der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt und bestraft werden. Wir brauchen mehr Polizei in Bund und Ländern, um Straftaten aufzuklären, Täter zu ermitteln und Straftaten zu verhindern. Es darf keine Angsträume geben – wir wollen uns sicher fühlen auf Plätzen, Straßen, in Bahnen und an allen Orten. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden.</p> <p>Wir fordern, dass die Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe erhalten, die sie benötigen. Wir sind solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.</p> <p>Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populisten und Populistinnen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird. Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind - kurzum, all jene, die rechte Populisten und Populistinnen als „nicht deutsch“ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer weiße Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisier-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 te Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben - auf öffentlichen Plätzen, in der häuslichen Umgebung und auch in Unterkünften für Geflüchtete.</p> <p>5 Sexualisierte Gewalt ist ein fortwährendes strukturelles gesellschaftliches Delikt, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.</p> <p>10 Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion, Lebensweise oder Herkunft sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft. Wir fordern:</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45 1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich Therapiemöglichkeiten. Frauen brauchen einen besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Dafür muss bundesweit flächendeckend eine ausreichende Anzahl von Beratungsstellen und Frauenhäuser existieren, um allen Frauen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz zu gewährleisten. Die Beratungs- und Therapieangebote, inklusive technischer Ausstattung und umfassender Fortbildungsangebote sind finanziell ausreichend abzusichern. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65 2. Das Sexualstrafrecht muss modernisiert und zum umfassenden Schutz der sexuellen Selbstbestimmung den Anforderungen der Istanbul-Konvention angepasst werden. Wir unterstützen Bundesminister Heiko Maas, der mit seinem Gesetzentwurf wichtige erste Schritte in die richtige Richtung unternimmt. Wir fordern die ParlamentarierInnen der SPD-Bundestagsfraktion aber auf, diesen Gesetzentwurf in den parlamentarischen Beratungen so anzurei-</p>	<p>Sexualisierte Gewalt ist ein fortwährendes strukturelles gesellschaftliches Delikt, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.</p> <p>Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer (...) Hautfarbe, sexuellen Identität, Geschlechtsidentität, Religion, Lebensweise oder Herkunft sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.</p> <p>Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben - auf öffentlichen Plätzen, in der häuslichen Umgebung und auch in Unterkünften für Geflüchtete.</p> <p><u>Die SPD steht an der Seite der Frauen.</u></p> <p>Wir fordern, dass Betroffene alle Unterstützung und Hilfe erhalten, die sie benötigen. Wir fordern:</p> <p>1. Die Reform des Sexualstrafrechts im Jahr 2016 und die Ratifizierung der Istanbul-Konvention im Oktober 2017 waren Meilensteine für mehr sexuelle Selbstbestimmung der Frauen. Das Prinzip „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht und die Einführung des Straftatbestandes der sexuellen Belästigung haben die Schutzlücken im Sexualstrafrecht geschlossen. Dem muss jetzt ein Dritter Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen folgen.</p> <p>2. Polizei und Justiz müssen regelmäßig geschult werden, damit es zur Strafverfolgung kommt, in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird und das neue Sexualstrafrecht konsequent angewandt wird.</p> <p>3. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich Therapiemöglichkeiten. Frauen brauchen einen besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Dafür muss bundesweit flächendeckend eine ausreichende Anzahl von Beratungsstellen und Frauenhäuser existieren, um für alle Frauen einen (...)Anspruch auf Beratung und Schutz zu gewährleisten. Die Beratungs- und Therapieangebote, inklusive technischer Ausstattung und umfassender Fortbildungsangebote sind finanziell ausreichend abzusichern. (...) Die Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.</p> <p>4. Es darf keine Angsträume geben – Frauen müssen sich sicher fühlen können auf Plätzen, Straßen, in Bahnen und an allen Orten. Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt und bestraft werden. Dazu ist ausreichend Polizei in Bund und Ländern nötig. Zudem braucht es konsequentes Gender Mainstreaming in unserer Politik vor Ort. Der Tatsache, dass Männer und Frauen vielfach unterschiedliche Ansprüche an ein angstfreies Lebensumfeld stellen, müssen wir stärker Rechnung tragen.</p> <p>(...)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>chern, dass den Anforderungen der Istanbul-Konvention vollständig Rechnung getragen wird. Jede Form nicht- einvernehmlicher sexueller Handlungen muss strafbar sein. Nein heißt Nein! Und wir fordern, dass sexuelle Belästigung in Deutschland zu einem eigenständigen Straftatbestand wird.</p> <p>3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir wollen dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.</p> <p>4. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.</p> <p>5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.</p> <p>6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.</p> <p>7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden.</p> <p>8. Wer Zeuge oder Zeugin von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen - von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung. Eine breite Sensibilisierung der Zivilgesellschaft, die nicht wegschauen darf, wenn Frauen belästigt werden, sondern Zivilcourage zeigen und ihnen zur Seite stehen muss. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung muss der Nachrichtenerstattung „Gewalt an Frauen“, bei häuslicher Gewalt, auch statistisch REGELMÄßIG benannt werden, wie Verkehrsdelikte benannt werden und nicht nur reißerisch oder verharmlosend.</p> <p>9. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnern und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex sondern im Wesentlichen mit Machtdemonstration zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungsdrama“ verharmlost werden.</p> <p>10. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme in unserer Gesellschaft anerkannt werden. Es muss erkannt und ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist.</p> <p>Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p> <p>5. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir wollen dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.</p> <p>6. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.</p> <p>7. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle (...) müssen erlernte Vorurteile (...) reflektieren (...) und (...) ablegen.</p> <p>8. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Wir stellen uns einem solchen Verhalten klar entgegen und dulden dies auch nicht in unserer Partei. Wir werden dauerhafte Strukturen zur Ansprache von Vorfällen in unserer Partei etablieren. In besonders schweren Fällen müssen Schiedskommissionen konsequent zum Einsatz kommen. In unserer Partei ist kein Platz für Sexismus und sexualisierte Gewalt.</p> <p>9. Wer Zeuge oder Zeugin von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen - von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung. Eine breite Sensibilisierung der Zivilgesellschaft, die nicht wegschauen darf, wenn Frauen belästigt werden, sondern Zivilcourage zeigen und ihnen zur Seite stehen muss. (...)</p> <p>10. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnern und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex, sondern im Wesentlichen mit Machtdemonstration zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungsdrama“ verharmlost werden.</p> <p>11. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme in unserer Gesellschaft anerkannt werden. Es muss erkannt und ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt oder die Festlegung von Frauen auf Rollenstereotype mit Sexismus verknüpft sind</p> <p>12. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 F12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos</p> <p>In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deut- schen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Wir fordern:</p> <p>1. Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden, einschließlich Therapiemöglichkeiten. Frauen brauchen einen besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplät- zen. Dafür muss bundesweit flächendeckend eine ausreichende An- zahl von Beratungsstellen und Frauenhäuser existieren, um allen Frauen einen Zugang zu ermöglichen. Die Beratungs- und Thera- pieangebote, inklusive technischer Ausstattung und umfassender Fortbildungsangebote sind finanziell ausreichend abzusichern. Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.</p> <p>2. Das Sexualstrafrecht muss modernisiert und zum umfassenden Schutz der sexuellen Selbstbestimmung den Anforderungen der Istanbul-Konvention angepasst werden. Wir unterstützen Bundes- minister Heiko Maas, der mit seinem Gesetzentwurf wichtige erste Schritte in die richtige Richtung unternimmt. Wir fordern die Par- lamentarierInnen der SPD-Bundestagsfraktion aber auf, diesen Ge- setzentwurf in den parlamentarischen Beratungen so anzureichern, dass den Anforderungen der Istanbul- Konvention vollständig Rechnung getragen wird. Jede Form des nicht-einvernehmlichen Geschlechtsverkehrs muss strafbar sein. Nein heißt Nein! Und wir fordern, dass sexuelle Belästigung in Deutschland zu einem eigen- ständigen Straftatbestand wird.</p> <p>3. Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir wollen dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.</p> <p>4. Auch eine geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.</p> <p>5. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.</p> <p>6. Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden. Dazu gehört die Analyse, Auf- arbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden. Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme „der Anderen“: Wir alle sind von struktureller Diskri- minierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.</p> <p>7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen wer- den.</p> <p>8. Wer Zeuge oder Zeugin von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen – von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, „Witze“ oder Werbung.</p> <p>9. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern. Täter sollten nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex sondern im Wesentlichen mit Machtdemonstration zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als „Familien-“ oder „Beziehungs-drama“ verharmlost werden.</p> <p>10. Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme in unserer Gesellschaft anerkannt werden. Es</p>	<p>F12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos</p> <p>erledigt durch Antrag F 11 in der Fassung der Antragskommission</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>muss erkannt und ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.</p>	1
	5
<p>F13 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen</p> <p>Damit Frauen und Menschen, die zu besonders gefährdeten Minderheiten gehören, in Deutschland frei und sicher leben können, bedarf es eines Bündels von Maßnahmen auf allen Ebenen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zum Bund muss dazu beitragen Gewalt in jeglicher Form gegen Frauen und besonders verletzte Minderheiten zu verhindern und Betroffenen zu signalisieren, dass sie mit Hilfe und gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Auch die Stärkung der Zivilcourage nicht betroffener Zeugen und Zeuginnen sowie eine verantwortungsbewusste Aufklärung und informierende Mediengestaltung sind Ziele und Inhalte dieser gesellschaftspolitischen Anstrengungen. 2. Sexismus darf in der Werbung und in den Medien keinen Platz haben. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern, zum Beispiel, indem sexualisierte Gewalttaten zum Beziehungsdrama verharmlost werden. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren. 3. Sexuelle Belästigung muss mit einer Strafe belegt werden, losgelöst von der vermuteten Gegenwehr des Opfers. Als erstes müssen die geplanten Änderungen der §§ 177 und 179 des Sexualstrafrechts zügig umgesetzt werden und im Folgenden das Sexualstrafrecht dahingehend reformiert werden, dass es der Istanbul-Konvention entspricht. 4. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird. 5. Die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen muss ausreichend finanziert und ausgebaut werden, einschließlich einem ausreichenden Therapieangebot und einem schnellen Zugang dazu. Die Kompetenz von Betroffenen und Selbsthilfeorganisationen muss hinzugezogen werden. 6. Präventionsarbeit muss von der Kindertagesstätte an in allen Bildungseinrichtungen stattfinden. 	10
	erledigt durch Antrag F 11 in der Fassung der Antragskommission
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
<p>F14 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen</p> <p>Damit besonders Frauen, aber auch alle anderen Menschen, die zu besonders gefährdeten Minderheiten gehören, in Deutschland frei und sicher leben können, bedarf es eines Bündels von Maßnahmen auf allen Ebenen. Daher fordern wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zum Bund muss dazu beitragen, Gewalt in jeglicher Form gegen Frauen und besonders verletzte Minderheiten zu verhindern und Betroffenen zu signalisieren, dass sie mit Hilfe und gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Auch die Stärkung der Zivilcourage nicht betroffener Zeugen und Zeuginnen sowie eine verantwortungsbewusste Aufklärung und 	55
	erledigt durch Antrag F 11 in der Fassung der Antragskommission
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 informierende Mediengestaltung müssen Ziele und Inhalte dieser gesellschaftspolitischen Anstrengungen sein.</p> <p>2. Sexismus darf in der Werbung und in den Medien keinen Platz haben. Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern, zum Beispiel, indem sexualisierte Gewalttaten zum Beziehungs- drama verharmlost werden. Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.</p> <p>3. Sexuelle Belästigung muss mit einer Strafe belegt werden, los- gelöst von der vermuteten Gegenwehr des Opfers.</p> <p>4. Polizei und Justiz müssen geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.</p> <p>5. Die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen muss aus- reichend finanziert und ausgebaut werden, einschließlich einem ausreichenden Therapieangebot und einem schnellen Zugang dazu. Die Kompetenz von Betroffenen und Selbsthilfeorganisationen muss hinzugezogen werden.</p> <p>6. Präventionsarbeit muss von der Kindertagesstätte an in allen Bil- dungseinrichtungen stattfinden.</p> <p>F15 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen</p> <p>Wir fordern die Parteiführung auf, ein bundesweites Gesetz einzu- bringen, das den individuellen Rechtsanspruch für Frauen und ihre Kinder auf Schutz und Hilfe bei Gewalt im sozialen Nahraum un- abhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesund- heitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen sicherstellt.</p> <p>F16 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern</p> <p>Zur Sicherstellung des Schutzes und der Hilfe für alle betroffenen Frauen und deren Kinder fordern wir die Schaffung einer bundes- weit verbindlichen Rechtsgrundlage, die eine einzelfallunabhängi- ge, kostendeckende und verlässliche Finanzierung der Frauenhäu- ser in den Kommunen durch den Bund gewährleistet.</p> <p>F17 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln</p> <p>F5 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Eine im März 2014 erschienene Studie der EU-Grundrechteagen- tur zeigte deutlich, dass Frauen* überproportional oft von Gewalt betroffen sind. Von 42.000 befragten Frauen* haben ein Drittel schon einmal häusliche oder sexuelle Gewalt erlitten, 22% davon</p>	<p>F15 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen</p> <p>Annahme in folgender Fassung: Wir fordern die (...) SPD-Bundestagsfraktion auf, ein bundeswei- tes Gesetz einzubringen, das den individuellen Rechtsanspruch für Frauen und ihre Kinder auf Schutz und Hilfe bei Gewalt im sozialen Nahraum unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinde- rungen sicherstellt.</p> <p>F16 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern</p> <p>Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>F17 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln</p> <p>Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion ab „Die Zusammen- arbeit zwischen medizinischen Einrichtungen und Organisatio- nen...“ bis Ende</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>in Partner*innenschaften. Häusliche und sexuelle Gewalt passiert unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung. Die Istanbul-Konvention (2014) definiert Gewalt gegen Frauen* als Verletzung von Menschenrechten. Unser Rechtssystem, Hilfsangebote und letztlich die Gesellschaft sind für Betroffene nicht unterstützend genug.</p> <p>Die Ursache von häuslicher und sexueller Gewalt liegt in der patriarchalischen Gesellschaft. Heteronormative Geschlechterhierarchien und ungleiche Machtverhältnisse führen zu systemischer Gewalt. Häusliche und sexuelle Gewalt ist immer ein Mittel, um einen Machtanspruch durchzusetzen, sie kann als Folge von struktureller Ungleichheit zwischen Männern* und Frauen* verstanden werden. Männer* werden immer noch als das „starke“ und Frauen* als das „schwache, unterlegene“ Geschlecht angesehen. Die Ausübung von häuslicher und sexueller Gewalt führt zur Reproduktion dieser Machtverhältnisse.</p> <p>Häusliche und sexuelle Gewalt ist noch immer ein Tabuthema, unsere gesellschaftlichen Strukturen fördern ein Totschweigen von Fällen häuslicher und sexueller Gewalt. Fast 70 Prozent der Betroffenen von häuslicher und sexueller Gewalt haben die Vorfälle nie zur Anzeige gebracht. Häusliche und sexuelle Gewalt muss aufgrund ihres überproportionalen Auftretens und der hohen Dunkelziffer endlich als gesamtgesellschaftliches Problem anerkannt werden!</p> <p>Folgen häuslicher und sexueller Gewalt</p> <p>Folgen von häuslicher und sexueller Gewalt sind nicht immer sichtbar, jedoch immer schwerwiegend. So treten psychische, physische und psychosomatische, chronische Organschäden (z.B. Seh- und Hörschädigungen) und Schäden am Bewegungsapparat auf.</p> <p>Versorgungsdefizit im Gesundheitswesen</p> <p>Für das Thema sensibilisierte Ärzt*innen können diese Folgen erkennen und die Betroffenen ansprechen. Oft wird häusliche Gewalt jedoch nicht als mögliche Ursache angesehen. Die körperlichen Symptome werden behandelt, jedoch steigt ohne eine ausreichende psychosoziale Behandlung das Risiko für unerkannte gesundheitliche Schäden. Die Chronifizierung der Beschwerden wird durch das Versorgungsdefizit für Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt im Gesundheitssystem in Kauf genommen.</p> <p>Mediziner*innen und Pflegekräfte fühlen sich nicht gut vorbereitet für den Umgang mit sexueller und häuslicher Gewalt, sagen oft aus Unsicherheit lieber nicht, was ihnen auffällt oder es fällt ihnen gar nicht erst auf. Sie kennen sich nicht mit den verschiedenen Instrumenten zur Erfassung aus und/oder wissen nicht welche Beratungsstellen existieren. Laut einer Studie von Mark (2000) erkennen Hausärzt*innen in Berlin nur jeden zehnten Fall von häuslicher Gewalt. Dazu kommt, dass viele Betroffene den Weg zur medizinischen Behandlung aus Angst vor mangelndem Bewusstsein der Ärzt*innen für das Thema, einer Retraumatisierung oder einem Kontrollverlust gar nicht erst gehen.</p> <p>Eine Nichtberücksichtigung von Gewalt als Krankheitsursache kann zu einer Überversorgung führen, z.B. durch übermäßige invasive Maßnahmen zur Diagnosestellung. Grundsätzlich fehlt es an auf speziell Betroffene ausgerichteter Versorgung; Schutzräumen, in denen sich Betroffene äußern können und speziellen Therapieformen.</p> <p>Durch das Versorgungsdefizit entstehen in der Behandlung von Folgen häuslicher und sexueller Gewalt außerdem Unkosten in Milliardenhöhe. Laut der WHO variieren die Folgekosten häuslicher Gewalt weltweit zwischen 1 und fast 13 Milliarden Dollar (WHO 2004:18).</p> <p>Betroffene nehmen oft Kontakt zu medizinischem Personal auf. Viele Betroffene können oder wollen sich nicht an Polizei oder Justiz wenden, wenn sie von häuslicher oder sexueller Gewalt betroffen sind. Oft suchen sie jedoch medizinische Hilfe in Notaufnahmen, privaten Kliniken oder bei ihren Hausärzt*innen. Medizi-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 nisches Personal hat damit eine gute Möglichkeit zu intervenieren, tut es jedoch aufgrund von Unwissen oder fehlender Bereitschaft nicht. Oftmals fehlen Handlungsstrategien oder auch ganz einfach Kontaktmöglichkeiten zu Organisationen, die sich mit dem Thema 5 bestens auskennen. Weiterbildungen für medizinisches Fachperso- nal werden bereits seit vielen Jahren von mehreren Studien emp- fohlen (z.B. „Domestic violence victims in a hospital emergency department, 1993“), dies hatte bisher jedoch keine Konsequenzen.</p> <p>10 Die Zusammenarbeit zwischen medizinischen Einrichtungen und Organisationen, die sich auf die Unterstützung von Opfern häus- licher oder sexueller Gewalt spezialisiert haben, muss gestärkt werden. Der Teufelskreislauf von häuslicher und sexueller Gewalt kann und muss mit allen Mitteln durchbrochen werden. Maßnah- 15 men</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pflicht-Fortbildung von medizinischem Personal (Kran- kenhaus, Hausarztpraxen, niedergelassene Ärzt*innen, Hauskrankenpflege, stationäre Altenpflege, Versorgungszentren) • Erkennen und Handeln bei häuslicher und sexueller Gewalt zu 20 festem Bestandteil der Ausbildung im medizinischen Bereich machen • Stärkung der Vernetzung zwischen medizinischen Einrichtungen und Hilfsorganisationen, die sich auf die Arbeit mit Betroffenen von häuslicher und sexueller Gewalt spezialisiert haben 25 • Förderung und Bekanntmachung von Gewaltschutzambulanzen (wie z.B. die der Charité), die Betroffenen von Gewalt anonym eine Dokumentation ihrer Verletzungen erstellen, falls sie sich später für ein Strafverfahren entscheiden • Schaffung und Ausweitung von Schutzräumen für Betroffene 30 von häuslicher und sexueller Gewalt, wie z.B. Frauenhäusern und Pflegefamilien <p>Wir sollten uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Betrof- fene von häuslicher und sexueller Gewalt die Hilfe erhalten, die sie benötigen und ihnen Schutzräume geboten werden. Die Si- 35 cherstellung der Schulung von medizinischem Personal als Ansprechpartner*innen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Gesundheitspolitik (G)

G

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>G1 <i>Unterbezirk Emsland (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Gleiches Recht für Alle bei der ärztlichen Versorgung durch Einführung einer Bürgerversicherung</p> <p>Der SPD Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bei der ärztlichen Versorgung in Praxen und Krankenhäuser alle Patienten gleichbehandelt werden durch die Einführung einer Bürgerversicherung.</p>	<p>G1 1 <i>Unterbezirk Emsland (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Gleiches Recht für Alle bei der ärztlichen Versorgung durch Einführung einer Bürgerversicherung 5</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 41 10</p>
<p>G2 <i>Ortsverein München Harlaching (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Abschaffung des Zusatzbeitrags für gesetzlich Versicherte</p> <p>Die SPD bekennt sich zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber. Die Krankenversicherung muß wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 7,3 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens wird rückgängig gemacht.</p> <p>Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen wird abgeschafft. Die jährlich geschätzten Zusatzkosten können durch die Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes oder durch die Erhöhung des Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds erfolgen.</p>	<p>G2 15 <i>Ortsverein München Harlaching (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Abschaffung des Zusatzbeitrags für gesetzlich Versicherte 20</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 40 25</p>
<p>G3 <i>Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger - Wir kämpfen für die BürgerInnenversicherung!</p> <p>Die SPD setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems ein. Wir wollen eine Zwei-Klassen-Medizin verhindern und dafür eine BürgerInnenversicherung einführen. Gesundheit und Pflege sind für uns zentrale politische Gestaltungsfelder, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten. Mit der BürgerInnenversicherung wollen wir das solidarische Beitragssystem stärken, um ein Versicherungssystem für alle zu gestalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Grundziele, die mit der BürgerInnenversicherung verbunden werden: ein gemeinsames, solidarisches Versicherungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger, das die Teilhabe von allen am medizinischen Fortschritt sichert • Sicherung der Qualität der Versorgung in der Zukunft • Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin • bessere Versorgung durch den Abbau von Schnittstellen- und Ineffizienzproblemen, die durch das zweigeteilte Versicherungssystem hervorgerufen werden • mehr Nachhaltigkeit in der Finanzierung durch eine breitere Finanzierungsbasis (Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und Einbeziehung anderer Einkommensarten) • mehr Gerechtigkeit in der Versorgung und Finanzierung <p>Die SPD kann sich eine Regierungsverantwortung im Bund nur mit einer BürgerInnenversicherung und damit ein solidarisches Bei-</p>	<p>G3 40 <i>Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger - Wir kämpfen für die BürgerInnenversicherung! 45</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seiten 40 - 42 50</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="118 219 801 884"> <p>1 tragssystem, vorstellen. Denn wir wollen, unsere sozialen Rechte sichern und eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Daher fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine einheitliche Honorarordnung für alle Patientinnen und Patienten. Damit werden Privatversicherte nicht mehr privilegiert und Ärzte lassen sich zunehmend wieder in strukturschwachen Regionen nieder • mehr integrierte Versorgung, damit Patienten effektiver versorgt werden. Dazu wollen wir die hausärztliche Versorgung stärken und erreichen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen besser zusammenarbeiten • ein neues Vertragsarztrecht, um Anreize für die Niederlassung in Gebieten mit schlechterer Versorgung zu schaffen • bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in medizinischen Berufen • bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und eine reformierte Ausbildung, die mehr Perspektiven bietet • faire Arzneimittelpreise auf europäischen Durchschnittsniveau <p>20 Wir wollen Patientenrechte stärken und ein neues Patientenrechtsgesetz auf den Weg bringen. Ebenso wollen wir mehr Prävention, um Lebensqualität zu verbessern im Wohnumfeld, an den Arbeitsorten und in pädagogischen Einrichtungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prävention muss einen neuen Stellenwert als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erhalten, deshalb wollen wir einen Präventionsfonds, der Projekte gezielt fördert </div> <div data-bbox="118 911 801 1124"> <p>Um diese Punkte zu realisieren, brauchen wir eine umfassende Pflegereform, damit alle Menschen auch in Zukunft, möglichst selbstbestimmt und in Würde altern können. Daher ist uns besonders wichtig, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Leistungsrecht weiter verbessert wird • wir eine bessere Unterstützung für Pflegende Angehörige -dazu wollen wir in einer flexiblen Pflegezeit ein 100-Stunden-Budget schaffen, das mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet ist </div> <div data-bbox="118 1151 801 1417"> <p>Damit dies gelingen kann, brauchen wir eine gerechte und nachhaltige Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems. Wir wollen die Finanzierung aus drei Beitragssäulen in einer solidarischen BürgerInnenversicherung gewährleisten, indem wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenbeitrag (unter Einbeziehung der Beamten, Freiberufler, Selbstständigen und freiwillig privatversicherter Angestellter), ArbeitgeberInnenbeitrag und dynamisiertem Steuerbeitrag als Grundlage halten • eine tatsächliche Parität soll wieder im vollen Umfang hergestellt werden. Sonder- und Zusatzbeiträge werden abgeschafft </div> <div data-bbox="118 1444 801 1603"> <p>Damit wir eine gerechte, solidarische und nachhaltige Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen, müssen wir für die Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit kämpfen und für die BürgerInnenversicherung werben. Nur mit einer starken Sozialdemokratie nach der Bundestagswahl, können wir die BürgerInnenversicherung durchsetzen.</p> </div> <div data-bbox="118 1675 536 1762"> <p>G4 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> </div> <div data-bbox="118 1785 705 1904"> <p>Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung in der gesetzlichen Kranken-versicherung (GKV)</p> </div> <div data-bbox="118 1921 801 2024"> <p>Der SPD Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, eine gesetzliche Regelung zur Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung in der GKV zu initiieren und die bestehende Beitragsungerechtigkeit zu beenden.</p> </div>	<div data-bbox="831 1675 1217 1762"> <p>G4 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> </div> <div data-bbox="831 1785 1386 1904"> <p>Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung in der gesetzlichen Kranken-versicherung (GKV)</p> </div> <div data-bbox="831 1921 1236 1948"> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> </div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1951 hat der Gesetzgeber die paritätische Aufbringung der Beiträge zur GKV festge schrieben, 2005 wurde erstmals dieser sozialstaatliche Konsens aufgegeben. In Folge des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes wurden die Mitglieder der GKV mit einem Sonderbeitragssatz belegt, dieser führte zu einer Entlastung der Arbeitgeber und zu einer Mehrbelastung der Arbeitnehmer um 0,45 %. 2007 wurde neben dem Gesundheitsfond auch ein allgemeiner Beitragssatz von zunächst 15,5 % eingeführt, der Arbeitgeberanteil betrug 7,3 %, der Arbeitnehmeranteil 8,2 %. 2011 wurde der Arbeitgeberanteil faktisch auf 7,3 % festgeschrieben, soweit eine Krankenkasse mit den Zuweisungen aus dem Gesundheitsfond nicht auskam, konnte sie pauschale, einkommensunabhängige Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern erheben. Zum 01. Januar 2015 wurde der Beitragssatz zur GKV auf je 7,3 % Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil festgeschrieben, die Krankenkassen konnten ihren finanziellen Mehrbedarf durch einen, nur die Mitglieder belastenden, Zusatzbeitrag decken.</p> <p>Zu Beginn dieses Jahres mussten rund zweidrittel der GKV-en den Zusatzbeitrag erhöhen, prognostiziert wird bis zum Jahr 2020 ein Anstieg auf ca. 2%. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.500 € würde sich für die Mitglieder eine Zusatzbelastung von jährlich 600 € ergeben. Dabei sind die Kosten der Versicherten für Zuzahlungen zu Medikamenten, verordneten Hilfsmitteln und Behandlungen nicht berücksichtigt.</p> <p>Die Belastung für die Mitglieder der GKV steigt kontinuierlich, während dessen Arbeitgeber durch die Übernahme von Kosten der betrieblichen Gesundheitsförderung durch die gesetzliche Krankenversicherung, zusätzlich entlastet werden.</p> <p>Eine immer weiter zunehmende einseitige Belastung der Arbeitnehmer und Rentner ist nicht länger hinnehmbar. Sie führt zu einem gesellschaftlichen Ungleichgewicht, widerspricht dem bewährten Prinzip der Sozialpartnerschaft und ist nicht mit sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbar.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>G5 <i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Unterbezirk Solingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)</i> <i>Kreisverband Lübeck (Landesverband Schleswig-Holstein)</i></p> <p>Parität in GKV</p> <p>Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wiederherzustellen.</p>	<p>G5 <i>Unterbezirk Leverkusen</i> <i>Unterbezirk Solingen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)</i> <i>Kreisverband Lübeck (Landesverband Schleswig-Holstein)</i></p> <p>40</p>
<p>G6 <i>Ortsverein Recklinghausen-Ost Hillen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung hier: Abschaffung der Zusatzbeiträge für Rentnerinnen und Rentner</p> <p>Angesichts der Entwicklung bei den Alterseinkünften ist nicht allein die allgemein zu befürwortende Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der GKV zu fordern, sondern auch mit Blick darauf, dass Rentnerinnen und Rentner eben keine Arbeitnehmer sind, deren Verpflichtung zur alleinigen Leistung von Zusatzbeiträgen im Rahmen der Pflichtversicherung in der GKV zu beenden.</p>	<p>G6 <i>Ortsverein Recklinghausen-Ost Hillen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung hier: Abschaffung der Zusatzbeiträge für Rentnerinnen und Rentner</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh- mern wird die volle steuerliche Berücksichtigung ihrer Kranken- versicherungszusatzbeiträge nach dem Bürgerentlastungsgesetz zuerkannt. Dagegen sind Millionen von aufgrund ihrer Rentenhöhe 5 nicht steuerpflichtige Rentnerinnen und Rentner betroffen, denen von ihrer Rente Zusatzbeiträge in deren voller Höhe abgezogen werden, obwohl sie bereits über erheblich weniger Mittel zur Be- streitung des Lebensunterhalts verfügen, als dies noch im Erwerbs- leben der Fall war.</p> <p>10 Gelingt es politisch nicht, zu einer allgemeinen paritätischen Finan- zierung der GKV zurückzukehren, sollte § 242 Sozialgesetzbuch V Abs. 3 durch den Satz: „Von Personen nach § 5 Abs. 1 Nr. 11 werden keine Zusatzbeiträge von der Rente erhoben“ ergänzt wer- den. Gleiches muss auch für betriebliche Renten gelten, bei denen 15 bereits der volle Krankenkassenbeitrag auf die Versorgungsbezüge erhoben wird nicht zuletzt auch, um den Stellenwert der betriebli- chen Altersvorsorge zu würdigen.</p>	
<p>20 G7 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Paritätische Bürgerversicherung</p> <p>25 Wir fordern hiermit, das System der deutschen Krankenversiche- rung in ein System der paritätischen Bürgerversicherung umzuge- stalten. Dabei sind im Wesentlichen die folgenden Eckpunkte um- zusetzen.</p> <p>30 • In das System sollen ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen. • Die Beitragspflicht soll für sämtliche Einkunftsarten gelten. • Gleichzeitig sollen sämtliche Bürgerinnen und Bürger an- spruchsberechtigt sein.</p> <p>35 Das so entstehende Krankenversicherungssystem soll nicht nur Leistungen auf Grundsicherungsniveau erbringen, sondern für sämtliche Leistungen aufkommen, die dem jeweils aktuell aner- kannten Stand der Wissenschaft entsprechen, insbesondere Zahn- 40 ersatzleistungen sind in weitaus größerem Umfang von diesem System zu leisten.</p>	<p>G7 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Paritätische Bürgerversicherung</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 40</p>
<p>45 G8 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige paritätische 50 Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen</p> <p>55 Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Er ist die Voraussetzung dafür, dass alle Men- schen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können. Der Sozialstaat organisiert Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den 60 Kranken, den Arbeitenden und den Erwerbslosen. Die SPD setzt sich für den Erhalt des Sozialstaates sowie die Stär- kung der sozialen Sicherungssysteme ein und wendet sich gegen die Privatisierung sozialer Risiken und eine Umverteilung zum Nachteil der Bürger/-innen.</p> <p>65 Mit ihrem Engagement hat die SPD einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass es nach Jahrzehnten des Sozialabbaus in der Ren- tenversicherung wieder einen Sozialaufbau gab. Gleichzeitig ist mit dem gesetzlichen Mindestlohn in der Arbeitsmarktpolitik ein</p>	<p>G8 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 40</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 G11 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>5 Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation</p> <p>10 Die gesetzliche Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Rehabilitation werden in der geplanten Bürgerversicherung zu- sammengeführt.</p>	<p>G11 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Zusammenführung von Kranken-, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation</p> <p>Ablehnung</p>
<p>15 G12 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>20 Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)</p> <p>25 Keine Unterscheidung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Finanzierung des Gesundheitswesens:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsausgaben paritätisch durch Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten finanzieren • Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds erhöhen 	<p>G12 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 40</p>
<p>30 G13 <i>Ortsverein Moers (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>35 Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer</p> <p>40</p> <p>Die SPD spricht sich gegen die Einführung von Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen aus. Die SPD will die Pflege im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen aufwerten und folgt dabei folgende Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Personal per Gesetz, für eine gesetzliche Personalbemes- sung in allen Bereichen der Einrichtungen, in der Pflege, in der Technik, in der Küche, in der Verwaltung, in der sozialen Betreu- ung, etc. • bessere Bezahlung für die Beschäftigten und ausreichende Fi- nanzierung der Einrichtungen • gute Arbeitsbedingungen • gute Ausbildung 	<p>G13 <i>Ortsverein Moers (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission (...) Die SPD will die Pflege im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtun- gen aufwerten und folgt dabei folgende Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Personal per Gesetz, für eine gesetzliche Personalbemes- sung in allen Bereichen der Einrichtungen, in der Pflege, in der Technik, in der Küche, in der Verwaltung, in der sozialen Betreu- ung, etc. • bessere Bezahlung für die Beschäftigten und ausreichende Fi- nanzierung der Einrichtungen • gute Arbeitsbedingungen • gute Ausbildung
<p>60 G14 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>65 Finanzsituation der Krankenhäuser; Rahmenbedingungen für das Krankenpflegepersonal</p> <p>Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz ein- zubringen, dass in den Krankenhäusern eine bedarfsgerechte und verlässliche Mindestpersonalbesetzung vorgeschrieben ist. Die Fi-</p>	<p>G14 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Finanzsituation der Krankenhäuser; Rahmenbedingungen für das Krankenpflegepersonal</p> <p>Erledigt durch Gesetzgebung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>finanzierung der Krankenhäuser muss verbessert werden. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel müssen sich mess- und nachweisbar in zusätzlichem Personal und besserer Pflege auswirken.</p>	1
<p>G15 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Kommunale Krankenhäuser besser finanzieren: Für eine humane Medizin in einem am Wohl der Menschen ausgerichteten Krankenhauswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir fordern am Versorgungsbedarf ausgerichtete Organisationsstrukturen für kommunale Krankenhäuser. Der Wettbewerb um Personalkosten muss beendet werden. Wir fordern, kommunale Kliniken durch eine verbesserte Finanzierung in die Lage zu versetzen, ihren sozialen Auftrag der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Durch eine Abkehr von den Fallpauschalen in den Krankenhäusern und eine Reform der Finanzierung müssen vor allem kommunale Krankenhäuser mit ihrem umfangreichen Angebot der Grundversorgung gestärkt werden. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz muss daher geändert werden. Wir fordern eine umfassende, wohnortnahe Versorgung mit Alters- und Palliativmedizin sowie bedarfsgerecht wesentlich mehr Hospize. Im Spannungsfeld von Patientenfürsorge, wirtschaftlicher Effizienz und öffentlichem Vertrauen muss der respektvolle Umgang mit allen Beteiligten - den Patienten und dem Personal in Medizin, Pflege und Verwaltung - Vorrang erhalten vor rein finanziellen Erwägungen. Dazu gehört insbesondere eine gesetzlich geregelte Personalbemessung für eine bessere Ausstattung mit Pflege-Fachpersonal. 	5
<p>G16 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Gemischte Pflegearrangements</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass häusliche Pflege in „gemischten Pflegearrangements“ systematisch gefördert wird. In deren Rahmen müssen familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfe ineinandergreifen. Weil sich die Pflege auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung immer weniger auf Familienangehörige stützen kann.</p>	10
<p>G17 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Berliner Pflegeoffensive- 12 Punkte für einen Neustart in der Pflege</p> <p>Politik, Kranken- und Pflegekassen, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Betroffenen-Verbände können gemeinsam mehr in der Pflege bewegen. Wir fordern einen Neustart in der Pflege und laden zu einer Debatte über diesen 12-Punkte-Plan ein:</p> <p>1. Anpassung der Ausbildungskapazitäten an den Bedarf</p>	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Es wird ein bundeseinheitliches Verfahren zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs auf Grundlage der Bevölkerungsprognosen, Fluktuationszahlen sowie Verweildauer entwickelt. Abgeleitet von der Bedarfsprognose werden die erforderlichen Ausbildungskapazitäten der einzelnen Bundesländer ermittelt. Die Länder richten ihre Ausbildungskapazitäten im Rahmen der neuen Fondsfinanzierung nach dieser Personalbedarfsplanung aus. Um den Bedarf der erforderlichen Lehrkräfte in Schulen und Praxisanleiter/innen in den Betrieben zu decken, werden die Weiterbildungskapazitäten für bedarfsgerecht erhöht. Pensionierte Lehrkräfte und Praxisanleiter/innen können für Bewältigung von Engpässen kurzfristig mobilisiert werden.</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>2. Durchlässiges Ausbildungssystem</p> <p>15 Die neue dreijährige Ausbildung zur „Pflegefachkraft“ soll der Kern eines durchlässigen, transparenten Ausbildungssystems werden. Sackgassen werden vermieden, Perspektiven im Aufstieg und Verantwortungsübernahme eröffnet. Die Helfer/in-Ausbildungen werden ebenfalls generalistisch ausgerichtet, ermöglichen Schulabschlüsse und sind anschlussfähig hin zur Fachkraft-Ausbildung. Akademische Weiterbildungen werden praxisgerecht ausgebaut. Ausbildungen in Teilzeit oder berufsbegleitend sind besonders attraktiv und müssen gestärkt werden.</p> <p>20</p> <p>3. Orientierung zum Pflegeberuf in Schulen und bei den Arbeitsagenturen</p> <p>25 Zukünftig werden bei der Agentur für Arbeit auch Ausbildungsplätze in der Pflege gemeldet und statistisch erfasst. Dies ermöglicht – wie in der dualen Ausbildung – eine bessere Vermittlungsquote der Bewerberinnen und Bewerber. Im Rahmen der Berufsorientierung in den Schulen und der Jugendberufsagenturen wird das Berufsbild Pflege mit einer Offensive integriert. Die Offensive umfasst auch eine bundesweite Werbekampagne. Mit einem Modellprojekt werden junge Auszubildende in der Pflege als „Role Models“ ausgebildet und werben in die Schulen.</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>4. Bessere Bezahlung</p> <p>Im zukünftigen Gesundheitsfachberuf „Pflegekraft“ muss auch die einheitliche Vergütung sichergestellt werden. Der Lohnunterschied zwischen Altenpfleger/innen und Krankenpfleger/innen beträgt im Durchschnitt 30 Prozent. Mit der generalistischen Ausbildung werden die Ausbildungsvergütungen angeglichen. Diese Angleichung muss zukünftig auch bei den Fachkräften erreicht werden, mit dem Ziel, höhere Gehälter insbesondere in der Altenpflege zu erreichen. Ziel ist es, in der Pflege zu allgemeinverbindlichen Flächentarifverträgen zu gelangen. Dafür wird mit den Sozialpartnern ein Pakt „Neustart in der Pflege“ initiiert. Dieser umfasst nicht nur Vergütungsfragen, sondern auch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze. Der Mindestlohn für Altenpflege wird auf 15 Euro erhöht.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>5. Gute Arbeitsbedingungen</p> <p>Gute Arbeitsbedingungen umfassen u.a. Gesundheitsmanagement, Entbürokratisierung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sollte dies nicht zustande kommen, werden ambulanten Pflegediensten und stationären Altenpflegeeinrichtungen gesetzlich verbindliche Vorgaben gemacht und die Refinanzierung über die Pflegekassen gesichert. Leiharbeit in der Pflege wird verboten.</p> <p>55</p> <p>6. Verbindliche Personaluntergrenzen</p> <p>Es werden sowohl in der Krankenpflege wie in der ambulanten und stationären Altenpflege auf Bundesebene Personaluntergrenzen gesetzlich festgelegt. Bis dies erreicht ist, sollen die Länder ermächtigt werden, über Landesgesetzgebung verbindliche Personaluntergrenzen nicht nur in der Krankenpflege, sondern auch in der stationären</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>oder Robotik sollen genutzt werden, um mehr Zeit für die Mensch-zu-Mensch-Beziehung in der Pflege zu gewinnen.</p> <p>12. Pflege gehört in die Mitte unserer Gesellschaft!</p> <p>Pflege-Preise, Pflege-Kampagnen und Dialog-Prozesse sind wichtige Instrumente zur Verbesserung unseres Bildes von Pflege. Die Kommunikation darüber muss in den Lebenswelten der Menschen ankommen: Kita, Familie, Schule, Universität, Kultur, Arbeitsplatz, Sportverein, u.v.m. Pflege gehört zur Lebensplanung dazu, Tabus müssen verschwinden. Denn Pflege geht uns alle an!</p> <p>G18 Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)</p> <p>Künstliche Befruchtung</p> <p>G6 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Wenn ein Staat künstliche Befruchtung zulässt, darf er die Eizellspende nicht verbieten! Wir fordern, dass das Embryonenschutzgesetz geändert und die Eizellspende auch in Deutschland erlaubt wird.</p> <p>G19 Landesverband Berlin</p> <p>Finanzierung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung</p> <p>G22 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, ein Konzept für die Finanzierung und Abrechnung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln und umzusetzen. Hierbei muss eine steuerfinanzierte Lösung gefunden werden, da dieser Bereich eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft ist. Ärztliches Personal ist gesetzlich zur vollständigen und verständlichen Aufklärung der Patient*innen über eine Behandlung verpflichtet. Wenn diese aufgrund sprachlicher Barrieren unmöglich ist, muss ein*e Dolmetscher*in hinzugezogen werden. Die Kostenübernahme dafür ist allerdings bislang nicht gesetzlich geregelt. Die Bundesärztekammer fordert die Einführung einer geeigneten gesetzlichen Regelung seit Langem.</p> <p>G20 Landesverband Berlin</p> <p>Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern</p> <p>G23 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Werbung für Organspende intensivieren. Angesichts der rückläufigen Spendebereitschaft müssen auf allen Ebenen die Aufklärung über und Werbung für eine größere Aufmerksamkeit in der breiten Bevölkerung umgesetzt werden. Dazu</p>	<p>G18 Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)</p> <p>Künstliche Befruchtung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>G19 Landesverband Berlin</p> <p>Finanzierung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, ein Konzept für die Finanzierung und Abrechnung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln und umzusetzen. (...)</p> <p>G20 Landesverband Berlin</p> <p>Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Werbung für Organspende intensivieren. Angesichts der rückläufigen Spendenbereitschaft müssen auf allen Ebenen die Aufklärung über und Werbung für eine größere (...) Spendenbereitschaft in der breiten Bevölkerung (...) verstärkt</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
soll eine Verstärkung der physischen Präsenz durch Informationsstände und Vorträge an Schulen erwogen werden.	werden. Dazu soll auch eine (...) Stärkung der Aufklärung an Schulen erwogen werden. 1
G21 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	G21 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> 5
Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen	Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen 10
G28 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.	Ablehnung 15
Wir fordern die Anerkennung des Studierendenstatus von Promotionsstudierenden in der gesetzlichen Krankenversicherung. Doktorand*innen muss ein uneingeschränkter Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Konditionen wie Studierenden im Bachelor- und Master-Studium gewährt werden. Hierbei kann es sich jedoch nur um eine vorübergehende Lösung handeln, bis die Einführung einer Bürgerversicherung erfolgt ist, wobei auch dann die gleichen Bedingungen für Promotionsstudierende gelten müssen, wie für Bachelor- oder Master-Studierende.	20
G22 <i>Landesverband Bayern</i>	G22 <i>Landesverband Bayern</i> 25
Besserer Schutz von Betreuten	Besserer Schutz von Betreuten 30
G37 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 35
1) Sobald ein Betreuungsverfahren eingeleitet, eine Betreuung verlängert oder eine Betreuung erweitert werden soll, hat der/die Betroffene einen Rechtsanspruch auf einen Rechtsanwalt ihrer/seiner Wahl für den Verfahrenskostenhilfe unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der/ des Betroffenen bewilligt wird.	40
2) Der/die Betroffene darf den/die Verfahrenspflegerin selbstbestimmen.	45
3) Das Betreuungsgericht ist an einem Gutachtervorschlag der/des Betroffenen gebunden, wenn der/die GutachterIn qualifiziert und zu einer Begutachtung bereit ist.	50
G23 <i>Landesverband Bayern</i>	G23 <i>Landesverband Bayern</i> 55
Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen	Prävention gegen Spielsucht und Schutz von Spielsüchtigen 60
G42 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 65
Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine strenge Umsetzung des Glücksspielvertrags in Bayern umzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz zum Schutz vor Spielsucht zu schaffen und einzuführen. Der gültige Staatsvertrag von 2009 regelt die Zuständigkeit in den Bundesländern, er wird z.B. von Berlin streng umgesetzt. Die Spielhallenflut muss gestoppt und die Spieler müssen durch Präventionsarbeit und neue Gesetze geschützt werden.	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 G24 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>5 Notfälle richten sich nicht nach Sprechzeiten – für eine Reform der Notfallversorgung!</p> <p>10 Bei der Erarbeitung von Vorschlägen zur Reform der Notfallversorgung sollen insbesondere die folgenden Eckpunkte berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überfüllte Rettungsstellen und kaum zeitnahe Termine in Arztpraxen zeigen: Die ambulante Notfallversorgung funktioniert in vielen Regionen nur mangelhaft. Zuständig für die Sicherstellung dieser Notfallversorgung sind gegenwärtig die Kassenärztlichen Vereinigungen. Es ist zu prüfen, ob und ggfs. wie andere Institutionen die Notfallversorgung sicherstellen können. • Nicht die Patientinnen und Patienten müssen sich dem System anpassen, sondern das System den Patientinnen und Patienten. Ziel der Reform muss daher sein, eine einheitliche Anlaufstelle für Notfallpatientinnen und -patienten zu schaffen. Diese sollte an wohnortnah und rund um die Uhr zur Verfügung stehen. • Notfälle werden sowohl ambulant als auch stationär behandelt. Die Aufteilung in Sektoren ist überflüssig. Wir brauchen eine einheitliche, sektorenübergreifende Vergütung für Notfälle. Diese muss kostendeckend sein und Fehlanreize vermeiden. <p>30 G25 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>35 Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern</p> <p>Werbung für Organspende intensivieren Angesichts der rückläufigen Spendebereitschaft müssen auf allen Ebenen die Aufklärung über und Werbung für eine größere Aufmerksamkeit in der breiten Bevölkerung umgesetzt werden. Dazu soll eine Verstärkung der physischen Präsenz durch Informationsstände und Vorträge an Schulen erwogen werden.</p> <p>45 G26 <i>Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung SPDqueer</i></p> <p>50 Menschenrechte konsequent und überall einfordern – dubiosen medizinischen Konversionstherapien in Deutschland das Handwerk legen</p> <p>Wir fordern ein sofortiges Ende aller Therapieangebote sowie deren Anerkennung bei Krankenkassen, die angeblich bewirken sollen nicht-heterosexuelle, also LGBTIQ* Minderjährige, von ihrer Homosexualität oder ihrer nicht-heterosexuellen Geschlechtsidentität bekehren zu können. Diese Konversionstherapien werden derzeit noch als Heilverfahren anerkannt und können (versteckt) bei den Krankenkassen abgerechnet werden.</p> <p>65 Darüber hinaus sollten nicht nur Jugendliche, sondern alle Menschen unabhängig des Alters vor solchen Therapieverfahren geschützt werden. Wir sehen ein Verbot aller Konversionstherapien, die die Geschlechtsidentität verändern sollen, als unabdingbar. Das</p>	<p>G24 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>Notfälle richten sich nicht nach Sprechzeiten – für eine Reform der Notfallversorgung!</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>G25 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern</p> <p>Erledigt durch Annahme von G 20 in geänderter Fassung.</p> <p>G26 <i>Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung SPDqueer</i></p> <p>Menschenrechte konsequent und überall einfordern – dubiosen medizinischen Konversionstherapien in Deutschland das Handwerk legen</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion letzter Absatz: Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
aktuelle Wegschauen der Krankenkassen sehen wir als Verletzung der Menschenrechte an. Jede Form von Konversionstherapie soll zukünftig weder bei privaten, als auch gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden dürfen. Die SPD darf hier nicht wegschauen und muss auf Bundes- und Landesebene deutlich klarmachen, dass Homosexualität oder jegliche Form von nicht-heteronormen Geschlechtsidentitäten keine Krankheit ist!	1
G27 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Die SPD muss auf Bundes- und Landesebene deutlich klarmachen, dass Homosexualität oder jegliche Form von nicht-heteronormen Geschlechtsidentitäten keine Krankheit sind. 5
Rückbau der Verblisterung von Medikamenten in Blisterzentren	10
Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen Rückbau der Verblisterung von Medikamenten durch sogenannte Blisterzentren einsetzen.	Ablehnung 20
G28 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	G28 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i> 25
Verbot von Antibabypillen der neuen Generationen	Verbot von Antibabypillen der neuen Generationen 30
Antibabypillen der dritten und vierten Generation sollen verboten werden. Zudem soll die Verwendung der künstlichen Gestagenen Gestoden, Desogestrel und Drospirenon in der zukünftigen Entwicklung von Antibabypillen ebenfalls verboten werden.	Ablehnung 35
G29 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>	G29 <i>Bezirk Hessen-Nord</i> 40
Impfempfehlung einführen	Impfempfehlung einführen
Alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen Impfungen (u.a. MMR, Hep A, B, Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von nachgewiesenen medizinischen Unverträglichkeiten auch verpflichtend sein.	Ablehnung 45
G30 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	G30 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i> 50
Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen	Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen 55
Wir fordern, dass Krankenkassen die Kosten für Verhütungsmittel auch nach einem Alter von 21 Jahren übernehmen. Die finanzielle Lage kann auch unabhängig vom Alter der Menschen prekär sein, weshalb die hohen Kosten für Verhütungsmittel eine unnötige Belastung darstellen. Zudem sollen Frauenärzt*innen umfassender über die hohen Risiken des Verhütens mit hormonellen Verhütungsmitteln und über Alternativen aufklären. Um die Verantwortung nicht nur bei den Frauen zu belassen und um auch Frauen, die auf hormonelle Verhütung verzichten wollen oder müssen die Möglichkeit zur Verhütung einzuräumen und besonders um alle Menschen vor sexuell über-	Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 43 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 tragbaren Krankheiten zu schützen, sollen Kondome in Apotheken kostenfrei ausgegeben werden. Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, auf die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes im Bundesministerium für Gesund- 5 heit hinzuwirken.</p> <p>G31 10 <i>Ortsverein Herrsching (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderung des Transplantationsgesetzes (TPG)</p> <p>15 Um die Zahl der Organspender zu erhöhen regt der SPD-Orts- verein Herrsching eine erneute Änderung des bestehenden Trans- plantationsgesetzes (TPG) an und zwar dahingehend, dass auch in Deutschland bei der Organspende eine Widerspruchslösung, ähn- 20 lich wie in Österreich, Spanien und Portugal, gelten soll.</p> <p>G32 25 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Stammzellentypisierungsaktionen - Kostenübernahme sichern</p> <p>30 Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten werden aufge- fordert sich dafür einzusetzen, dass die Kosten für Stammzellenty- pierungsaktion künftig aus Steuergeldern getragen werden.</p> <p>35 G33 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>40 Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!</p> <p>Wir setzen uns für die Legalisierung des Konsums sowie des Besit- 45 zes und privaten Anbaus von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen ein. Darüber hinaus sollen der kommerzielle Anbau, Handel und die Verarbeitung von und mit Cannabis und Cannabisprodukten unter strenger staatlicher Kont- rolle legalisiert werden.</p> <p>50 Mit der Neuregelung beim Umgang mit Cannabis beenden wir die gescheiterte Verbotspolitik, entziehen dem Schwarzmarkt die Grundlage und entlasten Gerichte und Strafverfolgungsbehörden von unnötigen Verfahren. Wir setzen auf einen eigenverantwortli- chen und bewussten Umgang mit Cannabisprodukten und werden 55 durch entsprechende Begleitregelungen einen effektiven Gesund- heits-, Verbraucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuereinnahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und Suchhilfe verwendet werden. Die medizinische Nutzung von Can- nabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Patienten unter 60 gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen. Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisie- rung von Cannabis einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das im rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte "Bremer Mo- 65 dell" betrachten wir als vorbildhaft und wollen es bis zu einer bun- desgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer ausdehnen.</p>	<p>G31 <i>Ortsverein Herrsching (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderung des Transplantationsgesetzes (TPG)</p> <p>Ablehnung</p> <p>G32 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Stammzellentypisierungsaktionen - Kostenübernahme sichern</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>G33 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Wir ziehen´s durch – Cannabis legalisieren!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>G34 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p><i>Impfprävention intensivieren - Infektionen und Krankheiten vorbeugen</i></p> <p>Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, einen Antrag für ein Konzept für mehr Impfprävention einzubringen. Darin enthalten sein sollen folgende Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kinder- und Hausarzt/innen werden dazu verpflichtet während den U-Untersuchungen verstärkt auf die Grundimmunisierungen aufmerksam zu machen. Sollten sich die Eltern dennoch gegen eine Impfung aussprechen, werden sie verpflichtet eine Einverständniserklärung zu unterschreiben, welche besagt, dass sie über die Risiken einer fehlenden Grundimmunisierung aufgeklärt wurden und alleine die Verantwortung übernehmen. Diese Einverständniserklärung soll auch bei allen Auffrischungsimpfungen gelten und unterschrieben werden. Ab dem 14. Lebensjahr ist die Meinung der Kinder zu berücksichtigen. 2. Es soll ein elektronischer Impfpass eingeführt werden. 3. Ausreichende Aufklärungsarbeit zu den Folgen einer Versäumnung der Auffrischungsimpfungen oder gar Verweigerung der Grundimmunisierung muss durch jeweilige Informationsbroschüren von Seiten der Krankenkassen und Aufklärungsgesprächen von Seiten des/der Arzt/in erfolgen. 4. Ab einem Alter von 18 Jahren sollen die Krankenkassen allen Haushalten/Versicherten in regelmäßigen Abständen Informationsmaterial und eine Erinnerung zur Auffrischungsimpfung zuschicken. <p>Die Krankenkassen sollen die Impfungen in ihr Bonusprogramm mit aufnehmen, um somit einen Anreiz zu schaffen sich regelmäßig impfen zu lassen.</p>	<p>G34 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p><i>Impfprävention intensivieren - Infektionen und Krankheiten vorbeugen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
	1
	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65
<p>G35 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen</i></p> <p>Der Bund, die Länder, das Deutsche Rote Kreuz sowie die beteiligten Pharmakonzerne stellen der „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ jedes Jahr verpflichtend finanzielle Mittel bereit, so dass eine lebenslange Entschädigungszahlung in der derzeitigen Höhe an die durch Blutprodukte HIV-infizierten Personen sowie deren Angehörigen erfolgen kann. Die Anspruchsberechtigung ist auf durch Blutprodukte an Hepatitis C-erkrankte Personen zu erweitern.</p>	<p>G35 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen</i></p> <p>Ablehnung</p>
	40
	45
	50
	55
	60
	65
<p>G36 <i>Unterbezirk Augsburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Existenzängste von Lebensretter*innen nehmen</i></p> <p>Im Jahr 2013 beschloss der Deutsche Bundestag das Notfallsanitätergesetz (NotSanG) und die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter (NotSan-PrV). Beides zusammen regelt Befugnisse und Ausbildung der Notfallsanitäter*innen im Rettungsdienst.</p>	<p>G36 <i>Unterbezirk Augsburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Existenzängste von Lebensretter*innen nehmen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Das Berufsbild des Notfallsanitäters löst damit das bestehende Rettungsassistentengesetz (RetAssG) ab. Der RettAss war bis dato die höchste nicht-ärztliche Ausbildung im Rettungsdienst. Da der Notfallsanitäter laut NotSanG nun mehr Befugnisse haben und 5 mehr medizinische Maßnahmen übernehmen soll, werden derzeit Rettungsassistenten nachqualifiziert. Der Umfang dieser Nachqua- lifizierung bemisst sich nach der Berufserfahrung als Rettungsas- sistent.</p> <p>Rettungsassistenten, die eine bestimmte Erfahrung vorweisen können, haben die Möglichkeit eine sog. Ergänzungsprüfung zum 10 NotSan zu absolvieren. Diese besteht aus einem praktischen und einem mündlichen Teil. Sollte eines dieser Elemente nicht bestan- den werden, darf laut der NotSan-APrV dieses Element einmal wiederholt werden. Sollte es dann wieder nicht bestanden werden, 15 ist eine Qualifizierung zum Notfallsanitäter in diesem Bundesland über eine Ergänzungsprüfung nicht mehr möglich. Der Weg zum NotSan führt dann nur noch über einen Wohnortwechsel in ein an- deres Bundesland oder wieder zurück als Azubi auf die Berufsfach- schule mit einer Ausbildungsdauer von 3 Jahren. Freilich ist beides 20 eine*r Notfallsanitäter*in mit Familie zuzumuten, zumal diese Be- grenzung „ohne Not“ gesetzt wurde.</p> <p>Die SPD Bundestagsfraktion wird aus den oben genannten Grün- den aufgefordert, das Wiederholungslimit von einmal (siehe § 10 NotSan-APrV) bei Nichtbestehen der Ergänzungsprüfung für Ret- 25 tungsassistenten zum Notfallsanitäter abzuschaffen.</p>	
<p>G37 30 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Vertrauen in Organspende stärken - Transplantationsgesetz verschärfen</p> <p>35 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundes- ebene für die Verschärfung der Konsequenzen bei Manipulation an PatientInnendaten in der Organspende und damit Erhöhung des Strafrahmens im §19 Absatz 2a des Gesetzes über die Spende, Ent- 40 nahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplanta- tionsgesetz - TPG) einzusetzen.</p>	<p>G37 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Vertrauen in Organspende stärken - Transplantationsgesetz verschärfen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>45 G38 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p>Transparenz bei homöopathischen Präparaten herstellen – freiwillige 50 Finanzierung durch Krankenkassen nicht weiter zulassen</p> <p>55 Transparenz bei homöopathischen Präparaten herstellen: Hinweis auf nicht medizinisch nachgewiesene Wirksamkeit einführen und die freiwillige Finanzierung von nicht wirksamen homöopathi- schen Leistungen durch Krankenkassen nicht weiter zulassen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche 60 Kennzeichnungspflicht für homöopathische Präparate einzuführen, aus der deutlich wird, dass für die Wirksamkeit von homöopathi- schen Präparaten keine eindeutigen wissenschaftlichen Nachwei- se einer Wirksamkeit vorliegen. Die freiwillige Finanzierung von nicht wirksamen homöopathischen Leistungen durch die Kranken- 65 kassen (mit Beitragsgeldern) ist nicht weiter zuzulassen.</p>	<p>G38 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p>Transparenz bei homöopathischen Präparaten herstellen – freiwillige Finanzierung durch Krankenkassen nicht weiter zulassen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>G39 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!</i></p> <p>Auf dem Landesparteitag der Bayern SPD wurde der Antrag der Jusos zur Legalisierung von Cannabis beschlossen. Dies war ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer anderen Drogenpolitik. Die Grenze zwischen legalen und illegalen Drogen ist völlig willkürlich und führt zu einer Stigmatisierung von Konsumierenden, die diese in eine soziale Isolation drängt. Sozialer Abstieg und ein Abdriften in die Kriminalität sind dadurch leider häufig die Folgen. Suchtkranke werden kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Ein Teufelskreis zwischen Sucht, Strafverfolgung und einem Abhängigkeitsverhältnis zu kriminellen Milieus beginnt.</p> <p>Der Krieg gegen die Drogen ist verloren und die aktuelle Verbotspolitik gescheitert. Der Arbeitskreis Drogenpolitik von FES und Bundestagsfraktion fordert daher in seinem Positionspapier „Von Repression zu Regulierung – Eckpunkte einer sozialdemokratischen Drogenpolitik“ eine progressive Drogenpolitik, die sich an Nutzen, Kosten und Nebenwirkungen messen lassen muss. Während Alkohol und Zigaretten als gesellschaftlich anerkannte und traditionell verankerte Drogen akzeptiert sind, werden Konsument*innen anderer Drogen kriminalisiert. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Drogen (auch von Alkohol und Zigaretten) sind nicht zu unterschätzen und müssen transparent gemacht werden. Außerdem muss eine umfassende Aufklärung von Jugendlichen diesbezüglich stattfinden.</p> <p>Aufklärung und Prävention statt Verteufelung</p> <p>Drogenprävention ist weit mehr als die reine Aufklärung über potentielle gesundheitliche Schäden.</p> <p>Präventionsprogramme sollten den mündigen und selbstständigen Menschen befähigen, mit gesundheitsschädlichen Substanzen verantwortungsvoll umzugehen.</p> <p>Wir fordern mehr finanzielle Mittel für die Drogenpräventionsarbeit und die Förderung von alternativen und differenzierten Aufklärungsprogrammen an Bildungseinrichtungen, die konstruktiv und wissensvermehrend auf Gefahren und Wirkungen von Drogen hinweisen. Wir fordern mehr speziell ausgebildete Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen an Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen.</p> <p>Therapie- und Beratungssysteme stärken</p> <p>Auch die Arbeit mit bereits Betroffenen zielt derzeit in unseren Augen in die falsche Richtung. Konsumierende werden strafrechtlich verfolgt anstatt sie auf ihrem Weg aus der Sucht zu begleiten. Wer drogenabhängig ist hat es häufiger mit Polizist*innen und Richter*innen zu tun, als mit Therapeut*innen oder Mediziner*innen.</p> <p>Vielmehr bedarf es einer akzeptierenden Drogenarbeit, die durch schadensmindernde Maßnahmen, wie Drogenkonsumräume oder der therapeutischen Abgabe von Drogen, Möglichkeiten schafft aus der Sucht zu entfliehen. Leider gibt es schlichtweg zu wenige Programme zur Diagnose, Beratung, Vorbeugung und Behandlung von Suchterkrankungen. Viele werden mit ihrer Abhängigkeit alleine gelassen und von der Gesellschaft ausgeschlossen. Familie und Freunde wenden sich ab, der Job ist weg und ein Wiedereinstieg, beispielsweise nach einer Haftstrafe oder einem Entzug, scheint fast unmöglich. Rückfälle sind also vorprogrammiert.</p> <p>Sucht ist eine Krankheit und keine Verbrechen! Wer von einer Abhängigkeit betroffen ist, ist auf medizinische und psychologische Hilfe angewiesen, erfährt aber aktuell oft nur soziale Isolation. Aus diesem Grund müssen Therapie- und Beratungssysteme gestärkt und ausgebaut werden, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren soziales Umfeld. Wir fordern einen progressiven Umgang mit Suchterkrankungen, der nicht stigmatisiert sondern hilft. Es bedarf einer Gleichstellung von Suchterkrankungen zu anderen</p>	<p>G39 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 psychischen Erkrankungen. Dazu bedarf es dringend auch einer Er- höhung der Quote der Psychotherapeut*innen, vor allem auch in ländlichen Gebieten.</p> <p>5 Ersatzdrogen sind für eine erfolgreiche Therapie nicht immer aus- reichend und schlagen bei vielen Abhängigen nicht an. Die kon- trollierte Abgabe beispielsweise von Diamorphin an Süchtige senkt deren Infektionsrisiko und die Gefahr einer Überdosierung, die Kriminalität geht zurück und der illegale Heroinmarkt bricht zusammen. Um Betroffenen zu helfen brauchen wir Wege heraus 10 aus der Sucht und Möglichkeiten, auch mit einer Sucht ein gesell- schaftliches Leben zu führen. Niemand wird eine Sucht von heute auf morgen los und dieses schwere Unterfangen wird nicht leichter, wenn man gleichzeitig noch gegen andere psychische Erkrankun- gen kämpfen muss.</p> <p>15 Folgeerscheinungen sinnvoll beseitigen Die Kriminalisierung von Drogen und der Menschen, die diese konsumieren, hat viele negative Folgeerscheinungen. Wer drogen- abhängig ist, wird als Verbrecher*in dargestellt und von der Ge- 20 sellschaft ausgegrenzt. Dies beginnt bereits bei der Beschaffung der Drogen. Aufgrund der Prohibition sind Süchtige gezwungen, sich auf dem Schwarzmarkt zu bedienen, dort herrscht keinerlei gesundheitlicher Schutz. Es besteht die Gefahr, dass die Drogen mit anderen Substanzen gestreckt sind, um die Gewinnspanne zu 25 erhöhen. Wer von der Gesellschaft ausgegrenzt wurde, befindet sich auch häufig in einer finanziell prekären Lage. Um sich die Drogen leis- ten zu können, werden viele kriminell. Direkte und indirekte Be- schaffungskriminalität sind die direkten Folgen der verfehlten Ver- 30 botspolitik. Ein Weg aus der Sucht ist für viele ohne Hilfe nicht zu schaffen und das Bitten um Unterstützung stellt, aufgrund der gesellschaft- lichen Stigmatisierung, eine unüberwindbare Hürde dar. Vielen Menschen sieht man ihre Abhängigkeit nicht an und sie würden ihr 35 Umfeld mit einem „Outing“ schockieren und sich selbst ins soziale Abseits katapultieren. Auch wenn der Wille vorhanden wäre, be- ginnt die eigentliche Odyssee erst noch. Eine Abkehr von Drogen funktioniert nicht von heute auf morgen, um aber weiterhin an die benötigten Substanzen zu kommen, bleibt nur der Schwarzmarkt. 40 Dort sind die Preise oft sehr hoch und der Weg in die Beschaf- fungskriminalität damit geebnet. Die Betroffenen befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Person bzw. den Personen, von denen sie ihre Drogen beziehen. Wir fordern eine legale Abgabe von Drogen an Menschen mit 45 Suchterkrankungen in öffentlichen Einrichtungen. Dies erleichtert Betroffenen die Abkehr von ihrer Sucht und bietet ihnen den Ein- stieg in eine Therapie. Zudem werden somit das Band zur Beschaf- fungskriminalität und Abhängigkeitsverhältnisse in kriminelle Mi- lieus gekappt. Der Schwarzmarkt wird ausgetrocknet und Betrof- 50 fene sind nicht mehr von ihren Bezugspersonen abhängig. Zudem kann man auf diesem Wege den verunreinigten Drogen auf dem Schwarzmarkt entgegenwirken. Häufig werden nämlich stark ge- sundheitsschädliche oder sogar giftige Substanzen zum „Strecken“ von Drogen benutzt, um die Gewinnspanne zu erhöhen.</p> <p>55 Wer es schafft sich von einer Sucht zu lösen, steht häufig vor der Herausforderung, auch noch gegen andere psychische Erkrankun- gen, wie beispielsweise Depressionen, kämpfen zu müssen. Das ist eine Folge der sozialen Isolation, welche viele immer noch erfahren. In schweren Lebenslagen fällt das Durchhalten deutlich 60 schwerer. Rückfälle in Sucht und/oder Kriminalität sind vorherseh- bar.</p> <p>Staatliche Drogenpolitik überdenken Aktuell zielt die Anti-Drogenarbeit vor allem auf die Verfolgung 65 von Konsument*innen und Händler*innen sowie auf die Sicher- stellung illegaler Substanzen. Solche „Erfolge“ der Behörden füh- ren jedoch lediglich zu weniger Substanzen auf den Schwarzmärk- ten und somit zu einer Erhöhung der Marktpreise. Die Folge daraus</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>sind höhere Gewinne bei denen, die Monopole auf Herstellung und Vertrieb von illegalen Drogen besitzen. Eine derartig repräsentative Drogenpolitik hat hohe Kosten im Justizsystem zur Folge und beschäftigt Polizeidienststellen, Gerichte und Staatsanwaltschaften im hohen Ausmaße.</p> <p>Dem Staat entstehen hohe Kosten und die Auswirkungen auf den illegalen Drogenmarkt halten sich in Grenzen.</p> <p>Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen und eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen, die unter einer Sucht leiden.</p> <p>Außerdem fordern wir die Verlegung suchtkranker Strafgefangener in Anstalten mit Entzugsmöglichkeiten und Therapieangeboten. Die Re-Sozialisation muss bereits während einer Haftstrafe beginnen.</p> <p>Das so genannte „racial profiling“ ist auch bei der Fahndung nach illegalen Drogen leider ein immer noch weit verbreitetes Problem. Bei stichprobenartigen Personenkontrollen werden meist die Menschen kontrolliert, die nach dem Ermessen der Polizistin oder des Polizisten am ehesten Drogen konsumieren oder verkaufen könnten. Dadurch trifft es leider verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Menschen aus sogenannten „sozialen Brennpunkten“. Die Folge ist, dass in vielen Statistiken genau diese Menschen an der Spitze der Drogenkonsument*innen bzw. -händler*innen stehen. Ein Teufelskreis entsteht, da natürlich bevorzugt die kontrolliert werden, die die Statistiken anführen. Wir fordern daher interne Polizeischulungen gegen „racial profiling“ und eine stärkere Aufklärung über Rechte, die man während einer Polizeikontrolle hat.</p> <p>Bevormundung stoppen – Regulierung statt Repression</p> <p>Wir fordern den Aufbau eines kontrollierten Marktes von Cannabis, in dem Zugang, Qualität, Anbau und Vertrieb staatlich geregelt und kontrolliert werden. Selbstverständlich darf Cannabis nicht an Minderjährige abgegeben werden. Wir fordern aber eine progressive, an den Lebensrealitäten orientierte Drogenpolitik, damit beispielsweise ein geringfügiger Cannabiskonsum nicht den Lebensweg junger Menschen zerstört.</p> <p>Drogen sollten nach ihrem gesundheitlichen Gefahrenpotenzial bewertet werden und nicht nach ihrem traditionellen Wert. Grundlage des politischen Handels bleibt aber die staatliche Fürsorgepflicht.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<p>G40 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln</p> <p>Der Parteitag möge beschließen und an die SPD Bundestagsfraktion weiterleiten. Für die Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln sind folgende Maßnahmen erforderlich:</p> <p>1. Aufbau eines zentralen Melderegisters</p> <p>Die pharmazeutischen Unternehmen werden gesetzlich verpflichtet, drohende Lieferengpässe umgehend an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) bzw. das Paul Ehrlich-Institut (PEI) zu melden, damit diese in einem Register erfasst und veröffentlicht werden. Engpässe sollen darüber hinaus auch seitens des Großhandels und der Apotheken gemeldet werden können. BfArM und PEI sollen dann Empfehlungen für Alternativen zu den fehlenden Arzneimitteln aussprechen, um den Engpass zu überbrücken.</p>	<p>G40 <i>Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen</i></p> <p>Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Vorhaltung lebenswichtiger Arzneimittel</p> <p>Das BfArM soll in Zusammenarbeit mit den medizinischen Fachgesellschaften und den Verbänden der Apotheker eine Liste der als lebenswichtig und versorgungsrelevant erachteten Arzneimittel</p> <p>5 erstellen und regelmäßig aktualisieren. Die pharmazeutischen Unternehmen sollen im Zusammenwirken mit dem Großhandel verpflichtet werden, jederzeit eine Versorgung dieser Medikamente für mindestens drei Monate sicherzustellen. Mittelfristig ist es notwendig, die Wirkstoffherstellung für lebenswichtige Arzneimittel nach</p> <p>10 Europa zurück zu holen.</p> <p>3. Überprüfung, ob bei der Marktrücknahme von Arzneimitteln der Patentschutz eingeschränkt werden kann.</p> <p>Es kommt vor, dass Hersteller aus profitorientierten Gründen Arzneimittel vom deutschen Markt nehmen und es dadurch zu Einschränkungen oder Verschlechterungen der Versorgung der Patientinnen und Patienten kommt. Deshalb sollen die Behörden die Möglichkeit erhalten, dem Hersteller gegen eine angemessene Entschädigung den Patentschutz zu entziehen und die Rechte daraus</p> <p>20 für die Nutzung durch andere Hersteller freizugeben.</p> <p>G41</p> <p>25 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein selbstbestimmtes Lebensende</p> <p>Die sogenannte aktive Sterbehilfe und der assistierte Suizid werden unter bestimmten Voraussetzungen bei der Durchführung durch eine*n Arzt*Ärztin legalisiert. Der bei der aktiven Sterbehilfe bislang zur Anwendung kommende § 216 StGB (Tötung auf Verlangen) wird ergänzt, so dass unter folgenden Bedingungen keine Rechtswidrigkeit vorliegt:</p> <p>30 • Die Sterbehilfe wird von einem*einer Arzt*Ärztin durchgeführt.</p> <p>• Die Lebensbeendigung erfolgt fachgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt.</p> <p>• Die um Sterbehilfe bittende Person hat das 16. Lebensjahr vollendet. Eine Sterbehilfe nach Beendigung des 14. Lebensjahres ist möglich, wenn beide begutachtenden Arzt*innen eine ausreichende geistige Reife für diesen Entschluss feststellen und beide Eltern diesem zustimmen. Bei Unklarheit über die Zurechnungs- und Urteilsfähigkeit des*der Minderjährigen ist ein 10 psychologisches Gutachten einzuholen.</p> <p>40</p> <p>Desweiteren hat sich der*die Arzt*Ärztin zusammen mit dem*der Patient*in über folgende Punkte versichert:</p> <p>• dass der Wunsch nach Lebensbeendigung freiwillig und nach reiflicher Überlegung getroffen wurde.</p> <p>50 • dass der Zustand des*der Patient*in nach ihrer gemeinsamen Überzeugung aussichtslos und unerträglich ist.</p> <p>• dass der*die Patient*in von ihm*ihr über seinen*ihren Zustand und medizinische Prognose aufgeklärt wurde.</p> <p>• dass er*sie zusammen mit dem*der Patient*in zu keiner anderen annehmbaren Lösung für dessen*deren Situation kommt.</p> <p>55</p> <p>Zu diesen Kriterien verfasst der*die behandelnde Arzt*Ärztin eine schriftliche Stellungnahme. Außerdem ist ein weiterer unabhängiger Arzt* oder eine weitere unabhängige Ärztin* zu konsultieren, der*die sich ebenfalls der obenstehenden Punkte versichert und eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat.</p> <p>60 Zwischen dem ersten Gespräch mit dem*der behandelnden Arzt*Ärztin, bei dem ein mündlicher Antrag auf Sterbehilfe gestellt wurde, und der Lebensbeendigung muss eine mindestens einmonatige Wartezeit bestehen, um die Dauerhaftigkeit des Sterbewunsches zu bestätigen. Nach dem ersten mündlichen Antrag des*der Patient*in muss zusätzlich ein schriftlicher Antrag verfasst werden. In diesem hat der*die Patient*in seinen*ihren Sterbewunsch</p>	<p>G41</p> <p><i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein selbstbestimmtes Lebensende</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>selbst schriftlich aufzusetzen und im Beisein zweier Zeug*innen zu unterschreiben. Ist er* oder sie* dazu nicht in der Lage, kann der Wunsch durch eine Person seiner*ihrer Wahl, die kein materielles Interesse am Tod des*der Patient*in hat, im Beisein des Arztes* oder der Ärztin* und zwei weiterer Zeug*innen niedergelegt werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
<p>Um sicherzustellen, dass der*die Patient*in den Wunsch nach Lebensbeendigung frei und selbst-bestimmt gefasst hat, sind Patient*innen, die unter einer schwerwiegenden, psychischen Erkrankung leiden von der Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe ausgeschlossen. Besteht bei dem*der Arzt*Ärztin nach den ausführlichen Gesprächen im Vorfeld der Lebensbeendigung Unklarheit über die psychische Gesundheit des*der Patient*in, ist die Meinung eines*einer Psycholog*in sowie die dokumentierte Patientenbeobachtung und Vitalzeichenerfassung von eventuell für die pflegerische Versorgung mitwirkenden Pflegekräften zu Rate zu ziehen. Ferner muss sichergestellt sein, dass der*die Patient*in bis zum letzten Moment vor der lebensbeendenden Maßnahme die Möglichkeit hat, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen. Deshalb ist der*die behandelnde Arzt*Ärztin in der Pflicht, sich direkt vor der lebensbeendenden Maßnahme über den Sterbewunsch des*der Patient*in nochmals zu vergewissern.</p> <p>Nach der Lebensbeendigung ist die Sterbehilfe von dem*der behandelnden Arzt*Ärztin einer noch zu benennenden staatlichen Stelle zu melden, zum Beispiel dem zuständigen Gesundheitsamt. Dort hat eine Kommission die Einhaltung der oben genannten Voraussetzungen zu überprüfen. Dafür sind insbesondere der schriftliche Antrag des*der Patient*in, die Stellungnahmen der Ärzt*innen, ein Bericht des ausführenden Arztes* oder der ausführenden Ärztin* sowie alle weiteren für die Überprüfung notwendigen Dokumente einzureichen. Sollte die Kommission zu dem Schluss kommen, dass die Lebensbeendigung nicht mit absoluter Sicherheit entsprechend aller gesetzlichen Voraussetzung erfolgt ist, ist die Meldung zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft weiter zu reichen. Wurden alle Sorgfaltskriterien eingehalten ist der Strafausschließungsgrund gegeben und der*die behandelnde Arzt*Ärztin nicht strafbar.</p> <p>Die Kommissionen werden regional von den jeweiligen Landesgesundheitsministerien eingesetzt. Ein abschließendes Urteil über die Einhaltung der Voraussetzungen hat innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zu erfolgen. Bei Zweifeln über die Einhaltung ist zunächst der*die Arzt*Ärztin zu informieren und bezüglich der zu Zweifeln Anlass gebenden Aspekte zu befragen. Sollten auch nach dem Kontakt mit dem*der die Sterbehilfe ausführenden Arzt*Ärztin noch Zweifel bestehen, wird die Meldung an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.</p> <p>Die Kommissionen setzen sich aus Jurist*innen, Ärzt*innen und Ethiker*innen und Fachpfleger*innen zusammen. Sie tagen regelmäßig, um eine zügige Entscheidung zu gewährleisten.</p> <p>Durch die gesetzlichen Regelungen wird sichergestellt, dass Ärzt*innen, die eine Lebensbeendigung nach den oben genannten Vorgaben oder einen assistierten Suizid durchführen, keinerlei Konsequenzen aus ihrem Handeln zu befürchten haben.</p> <p>Jedoch ist kein Arzt* und keine Ärztin* dazu verpflichtet, Sterbehilfe zu leisten. Die Erfüllung der Bitte eines*einer Patient*in nach Sterbehilfe muss freiwillig erfüllt werden.</p> <p>Die Lebensbeendigung kann zudem an einem von den Patient*innen frei zu wählenden Ort erfolgen, also zum Beispiel auch zu Hause.</p> <p>Zusätzlich ist die palliativmedizinische Versorgung so auszubauen, dass der Wunsch nach Lebensbeendigung nicht auf Grund mangelnder medizinischer und pflegerischer Versorgung entsteht und tatsächlich alle medizinischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das individuelle Leiden einer Person so weit wie möglich zu lindern.</p>	<p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 G42 <i>Unterbezirk Celle (Bezirk Hannover)</i> <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>5 Defibrillatoren im öffentlichen Raum</p> <p>Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass in allen öffentlichen Gebäuden und Bahnhöfen Defibrillatoren angebracht werden. Außerdem soll die Anbringung von Defibrillatoren im privaten Bereich, wie zum Beispiel in Geschäften oder Firmen, forciert und beworben werden und die Unternehmen dabei unterstützt werden und/oder finanzielle Anreize geschaffen werden.</p> <p>15 G43 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Lebensrettende Blutspende freigeben</p> <p>20 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Gesetzgebung dafür einzusetzen, dass das Verfahren der Blutspende in den folgenden Punkten angepasst wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dass Fragen nach der sexuellen Identität sowie nach etwaigen Gefängnisaufenthalten aus dem Fragebogen gestrichen werden • Dass homo- und bisexuelle Männer nicht mehr generell und dauerhaft von der Blutspende ausgeschlossen werden. • Dass keine sexuelle Abstinenz gefordert wird. <p>30 G44 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>35 Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)</p> <p>40 Die SPD spricht sich für eine Veränderung im SGB V, dahingehend aus, dass den Patientensprecher*innen, welche dem GBA beisitzen, zukünftig Stimmrecht eingeräumt wird.</p> <p>45 G45 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Igel-Leistungen</p> <p>50 Wir fordern Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die bisherigen Igel-Leistungen, die dem Patienten nutzen, von der Krankenkasse übernommen werden. Dabei haben die Krankenkassen eine Aufklärungs- und Informationspflicht.</p> <p>55 G46 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>60 Engpass bei Medikamenten</p> <p>Um den Engpass bei Medikamenten und viel genutzten Antibiotika zu beenden, fordern wir eine nationale Initiative zur ausreichenden Bevorratung. Wir unterstützen den Antrag der SPD im Deutschen Bundestag „Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken“ und erwarten dessen Umsetzung. Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen stärker als bisher in Forschung</p>	<p>G42 <i>Unterbezirk Celle (Bezirk Hannover)</i> <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Defibrillatoren im öffentlichen Raum</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>G43 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Lebensrettende Blutspende freigeben</p> <p>Ablehnung</p> <p>G44 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion im Hinblick auf die Stärkung der Rechte der Patientensprecher*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)</p> <p>G45 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Igel-Leistungen</p> <p>Ablehnung</p> <p>G46 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Engpass bei Medikamenten</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
und Entwicklung von Medikamenten gegen Infektionskrankheiten tätig werden.	1
G47	5
<i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i>	<i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i>
Multiresistente Keime	Multiresistente Keime
Wir fordern die Bundestagsfraktion auf dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Mittel für die Bekämpfung der multiresistenten Keime bereitgestellt werden. Zu empfehlen wäre ein bundesweites Register, um Schwerpunkte zu lokalisieren und um gezielt vorgehen zu können.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10 15
G48	G48
<i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i>	<i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i>
Maßnahmenpaket gegen Antibiotika-Resistenzen, Verbesserung der Krankenhaushygiene	Maßnahmenpaket gegen Antibiotika-Resistenzen, Verbesserung der Krankenhaushygiene
Das Europäische Parlament, die SPE-Fraktion, die Europäische Kommission, der Europäische Rat, der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung, der Niedersächsische Landtag und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, in größerem Umfang als bisher wirksame Maßnahmen gegen Antibiotika-Resistenzen und zur Verbesserung der Krankenhaushygiene zu ergreifen. Dazu gehören unter anderem folgende Maßnahmen:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktionen 20 25
<ul style="list-style-type: none"> • eine Regulierung, die zu einer deutlichen Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Landwirtschaft führt, insbesondere durch ein Verbot des präventiven Einsatzes von Antibiotika in der Landwirtschaft und bessere Haltungsbedingungen von Tieren, die die Ausbreitung von Krankheiten verhindern, aber auch durch einen gezielteren Einsatz von Antibiotika in Tierbeständen (vorherige Antibiose) sowie ein generelles Verbot bestimmter Reserve-Antibiotika in der Tiermast, die für die Humanmedizin wichtig sind • Verbot bzw. Beschränkung der Freisetzung von Antibiotika in die Umwelt, denn dies kann die Entstehung von Resistenzen begünstigen, und Einwirkung auf die Pharmafirmen und Produzenten von Antibiotika, dass dieses weltweit verhindert wird (fast alle Pharmakonzerne lassen in Indien und China produzieren, wobei jedenfalls in Indien große Mengen von Antibiotika in die Umwelt gelangen und Resistenzen so massiv gefördert werden) • ein gezielterer Umgang mit Antibiotika durch Ärzte und in Krankenhäusern • eine grundlegende Verbesserung der Krankenhaushygiene im Hinblick auf antibiotikaresistente, insbesondere multiresistente Bakterien (vor allem MRSA, aber auch andere antibiotikaresistente Bakterien) in Anlehnung an das niederländische Vorbild und deren MRSA-Strategie, dazu gehören: • verpflichtende Tests bei der stationären Aufnahme von Patienten und des gesamten Personals (Screening) • eine gezielte ambulante und stationäre Behandlung von MRSA-Patienten • ein zielgenauerer Einsatz von Antibiotika • eine drastische Erhöhung der Forschungsmittel und der staatlichen und privaten Forschungsaktivitäten für neue Antibiotika und darüber hinausgehende Behandlungsverfahren • die für jedes Krankenhaus verpflichtende Beschäftigung von ausgebildeten Hygienefachkräften und von Hygieneärzten als weisungsunabhängigen Hygiene-Beauftragte 	30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • eine strikte externe Kontrolle der Krankenhaushygiene durch Hygienekontrolleure und Gesundheitsaufseher der Gesundheitsämter bzw. der öffentlichen Verwaltung</p> <p>5 • die Umsetzung unter anderem im Infektionsschutzgesetz, flankiert durch entsprechende Regelungen in anderen Bundes- und Landesgesetzen wie z.B. dem Arzneimittelgesetz und Maßnahmen in den Bundesländern</p> <p>Vor allem durch den massiven und flächendeckenden Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft entstehen immer mehr Antibiotika-Resistenzen, so dass Antibiotika bei Menschen und Tieren wirkungslos bleiben. Es droht ein Rückfall in das Vor-Penicillin-Zeitalter, in dem keine Antibiotika zur Verfügung standen. Wenn aufgrund von Resistenzen zukünftig keine wirksamen Antibiotika und Reserve-Antibiotika zur Verfügung stehen, kann dies ein Todesurteil für viele tausend Menschen sein, ferner eine Gefahr für wertvolle Tierbestände.</p> <p>Der „Globale Aktionsplan zu Antibiotika-Resistenzen“ der WHO wurde in Deutschland bisher nur unzureichend umgesetzt. Die Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie („DART 2020“) vom 13.5.2015 des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), vergleiche dazu die entsprechende Veröffentlichung der Bundesregierung, enthält zahlreiche sinnvolle Maßnahmen, auf die auch der „2. Zwischenbericht 2017 zu DART 2020“ Bezug nimmt, setzt aber bei den erforderlichen Maßnahmen nicht konsequent genug an den Ursachen der Antibiotikaresistenzen an. Mit Problembeschreibung, Monitoring, Fortbildung, Information, Sensibilisierung der Bevölkerung und Absichtserklärungen allein ist es aber nicht getan. Die in der Praxis bisher unternommenen Schritte sind jedenfalls noch unzureichend, um dem Problem wirkungsvoll zu begegnen. Mögliche Maßnahmen beschreibt auch der von der SPD-Bundestagsfraktion initiierte Antrag von SPD und CDU/CSU vom 27.9.2016 (BT Drs. 18/9789). Jedoch haben das bis zur Bundestagswahl CDU-geführte Bundesgesundheitsministerium und das bisher CSU-geführte Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine wirksame Regelung des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft bis jetzt unterlassen, wenn nicht mit Absicht verschleppt. Ohne eine drastische mengenmäßige Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Landwirtschaft und der Humanmedizin und ohne einen gezielteren Antibiotika-Einsatz werden die Antibiotika-Resistenzen absehbar weiter zunehmen. Zwar werden seit 2011 die an Tierärzte abgegebenen Antibiotika-Mengen erfasst. Ohne eine tatsächliche effektive Begrenzung des Einsatzes von Antibiotika in der Landwirtschaft und einen gezielteren Einsatz von Antibiotika in der ambulanten und stationären Humanmedizin (so auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft) wird es jedoch keine Fortschritte geben. Bestimmte Reserve-Antibiotika sollten in der Tiermedizin gar nicht mehr zum Einsatz kommen dürfen, damit sie ihre Wirkung für den Einsatz in der Humanmedizin behalten. Ein weiterer zentraler Punkt ist der effektive Ausbau der Forschungsaktivitäten für neue Antibiotika durch EU, Bund und Länder. Die Forschungsmittel müssen hier deutlich erhöht werden. Ein zentrales Problem ist die große Verbreitung multiresistenter Bakterien (unter anderem MRSA) in deutschen Krankenhäusern, bei denen die Antibiotika nicht mehr helfen, wobei die Ausbreitung von MRSA durch eine in Deutschland in weiten Teilen unzureichende Krankenhaushygiene gefördert wird. In Deutschland infizieren sich jährlich zwischen 400.000 und 600.000 Menschen im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Behandlung mit Krankheitserregern, circa 10.000 bis 15.000 sterben [laut heute.de]. Für Deutschland gehen die Schätzungen der Todesfälle durch im Krankenhaus erworbene Infektionen allerdings weit auseinander, von jährlich etwa 1.500 Todesopfern bis zu etwa 40.000 nach Schätzungen der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene. Letztere schätzte 2009 etwa</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
40.000 Todesfälle jährlich durch in deutschen Krankenhäusern zu- gezogene Infektionen. Jährlich sterben jedenfalls mehrere tausend Menschen wegen dieser Antibiotika-Resistenz. Etwa ein Drittel dieser Infektionen wäre laut Aussage des Bundesgesundheitsminis- teriums durch geeignete Maßnahmen vermeidbar. Trotz der Unsi- cherheiten bei der Zahl der Todesfälle durch MRSA kann ein Teil der Todesfälle auf mangelnde Krankenhaushygiene zurückgeführt werden.	1 5
Während in den skandinavischen Ländern der Anteil von MRSA in Krankenhäusern unter den Staphylococcus-aureus-Stämmen gering ist und in den Niederlanden bei ca. 3 % liegt, beträgt die MRSA- Rate in Deutschland etwa 25 %. Die hohe MRSA-Rate in Deutsch- land und die niedrige Rate in den Niederlanden haben etwas mit der unterschiedlichen Krankenhaushygiene in beiden Ländern zu tun.	10 15
„In Deutschland infizieren sich etwa 50.000 Patienten je Jahr mit MRSA. In manchen Kliniken beruhen bis zu 30 % der dort erwor- benen Infektionen auf MRSA. Eine unbekannte Anzahl von Pati- enten ist schon bei der Aufnahme in die Klinik kolonisiert, ohne es zu wissen. Hier kann nur eine Eingangsuntersuchung Klarheit verschaffen, wie sie z. B. in den Niederlanden durchgeführt wird.“ [lt. Wikipedia, Stichwort MRSA] Verpflichtende Eingangsuntersu- chungen (Screenings) für alle Patienten wurden in Deutschland im Krankenhausbereich aus Kostengründen bisher nicht eingeführt, ohne Rücksicht auf die Todes- und Krankheitsfälle sowie die lang- fristigen Kostenfolgen für das Gesundheitssystem durch langwierige Infektionen.	20 25
Es fehlt außerdem in den Krankenhäusern am geeigneten Perso- nal, insbesondere an Hygienefachkräften und Hygieneärzten. In Deutschland haben nur etwa fünf Prozent der deutschen Kliniken einen Hygienearzt. Als Vorbild ins Sachen Krankenhaushygiene und Vorbeugung gegen die Verbreitung von MRSA können wie ge- sagt die Niederlande dienen: Jeder Risikopatient wird bei der Kli- nikaufnahme auf MRSA-Erregern untersucht. Ist die Suche erfolg- reich, wird der Patient isoliert und behandelt. Jede Infektion muss gemeldet werden, und die Behörden haben ein Auge auf auffällig hohe Antibiotikaverbräuche in den Krankenhäusern. Ein eigener Chefarzt für Mikrobiologie leitet in jedem Krankenhaus die Anti- biotikabehandlungen. Denn es sind vor allem falsche und schlecht durchgeführte Therapien, durch die resistente Erreger gezüchtet werden. Jede Klinik hat einen Hygienefacharzt, und jede Antibioti- ka-Behandlung wird mit einem Mikrobiologen abgestimmt.	30 35 40
Solange in Deutschland keine einheitlichen hohen Standards für die Krankenhaushygiene, für Organisation und Personal verbindlich für Krankenhäuser vorgeschrieben und angemessen refinanziert werden, werden im Wettbewerb befindliche und unter Kostendruck stehende Krankenhäuser von sich aus nur in eingeschränktem Um- fang im Bereich der Krankenhaushygiene tätig.	45 50
G49 <i>Kreisverband Rhein-Neckar</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i>	
Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen	
Bisher übernehmen die Krankenkassen die Finanzierung der An- ti-Baby-Pille nur für Frauen bis zum 20. Lebensjahr. Wir fordern stattdessen die Finanzierung von der Ausbildungssituation abhän- gig zu machen. Deshalb sollte für alle Frauen, die sich in einem Ausbildungsverhältnis oder einem Studium befinden, die vollstän- dige Kostenübernahme der Anti-Baby-Pille gewährleistet werden.	
	G49 <i>Kreisverband Rhein-Neckar</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i> 55
	Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen 60
	Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 43 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 G50 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>5 Antrag für eine Stärkung der klinisch tätigen Hebammen</p> <p>Zur Verdeutlichung der Wertschätzung der Arbeit von Hebammen fordern wir eine verbesserte Bezahlung der klinisch tätigen Hebammen. Eine Tarifeinstufung entsprechend dem weiterqualifizierten Funktionsdienst in der Pflege ist dringend erforderlich. Nicht nur für Intensivpflegerinnen und -pfleger sowie OP-Schwestern und -Pfleger, auch für Hebammen muss eine höhere tarifliche Einstufung erfolgen (E8 statt E7).</p> <p>15 Die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel muss zentrales Anliegen der SPD werden. Grundsätzlich werden alle Pflegefachkräfte, die mit einer Steigerung der Übernahme von Verantwortlichkeit verbunden sind, höher eingruppiert und bezahlt.</p> <p>20 Bisher sind die Hebammen davon ausgenommen, trotz der sichtbar größeren Verantwortung in ihrer täglichen Tätigkeit. Dem muss dringend Rechnung getragen werden. Gesellschaftspolitisch, um den Hebammenberuf wieder attraktiv zu machen und genderpolitisch, um in dieser verantwortungsvollen, von Frauen dominierten und für Frauen ausgeübten Tätigkeit eine angemessene Bezahlung zu ermöglichen.</p>	<p>G50 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Antrag für eine Stärkung der klinisch tätigen Hebammen</p> <p>Erledigt durch Annahme von G 52 in der Fassung der Antragskommission</p>
<p>30 G51 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Für die Sicherstellung der freiberuflichen Ausübung des Berufs der Hebamme und damit der Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper</p> <p>Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Deutschen Hebammenverband (DHV) und der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Juli 2015 stehen die Hebammen erneut vor dem beruflichen Aus. Zum 01. Juli 2016 wird eine weitere Steigerung der Versicherungsprämien um 9% erwartet. Das würde einem jährlichen Versicherungsbeitrag von 6.843 Euro je freiberuflicher Hebamme entsprechen (Quelle: Zeit Online 15.01.2016).</p> <p>45 Die Berufsausübung der Hebammen in der Vor- und Nachsorge und insbesondere in der Geburtsbegleitung ist sowohl für die Neugeborenen, die Mütter als auch die Väter wesentlich für einen guten Start ins Leben. Jede Schwangere und Mutter hat einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Unterstützung durch eine Hebamme. Ebenso muss auch in Kliniken bei einer Geburt eine Hebamme, nicht jedoch ein Arzt oder eine Ärztin anwesend sein.</p> <p>50 Die finanzielle Überforderung der Hebammen durch nicht zu leistende Haftpflichtbeiträge macht die Berufsausübung für freiberufliche Hebammen unmöglich und schränkt die Rechte der Frauen übergebührlich ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, hier Verantwortung zu übernehmen und zusammen mit dem Berufsverband der Hebammen sowie der GKV eine sofortige und nachhaltige Lösung zur Finanzierung der Berufshaftpflicht für Hebammen auszu-</p> <p>60 arbeiten und somit die Sicherstellung der Ausübung ihres Berufs zu garantieren.</p> <p>Die Garantie der Ausübung des Berufs der Hebammen sowie die Sicherung der freien Wahl des Geburtsorts sehen die Antragstellerinnen als gesamtgesellschaftliche Verantwortung an. Die Finanzierung kann daher nicht ausschließlich zulasten der Hebammen gehen. Es muss folglich eine tragbare Deckelung der Versicherungsprämien geben und eine Übernahme der restlichen Kosten durch den Staat.</p>	<p>G51 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Für die Sicherstellung der freiberuflichen Ausübung des Berufs der Hebamme und damit der Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper</p> <p>Erledigt durch Annahme von G 52 in der Fassung der Antragskommission</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit Familienhebammen fordern wir eine Vereinheitlichung der Regelungen zum Einsatz und zur Vergütung von Familienhebammen. Dort wo keine ausreichende Versorgung durch freiberufliche Familienhebammen gewährleistet werden kann, sollen die Jugendämter zur Sicherstellung dieser Aufgaben die Festanstellung von Familienhebammen über Verträge mit entsprechenden Leistungserbringern realisieren können.</p> <p>Es muss eine Evaluierung des Ist-Zustandes und des Bedarfes bundesweit und eine sicherstellende Lösung für die Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung mit Familienhebammen erfolgen. Zur Stützung von jungen Familien in sozial schwierigen Situationen wurde im Rahmen des Netzwerkes frühe Hilfen die Versorgung Familienhebammen als ein führender Baustein etabliert. Diese Versorgung ist aktuell nicht gesichert. Die Finanzierung der enormen persönlichen Leistung der Familienhebammen ist bisher nur prekär und bundesweit uneinheitlich. Viele ausgebildete Familienhebammen arbeiten deshalb nicht in dieser Funktion.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>G</p> <p>G52 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Verbindliche und transparente Qualitätssicherung in der außerklinischen Geburtshilfe</i></p> <p>Wir fordern eine verbindliche und transparente Qualitätssicherung auch in der außerklinischen Geburtshilfe. Qualitätsindikatoren und Statistiken müssen auch für alle außerklinisch stattfindenden Geburten verbindlich dokumentiert und veröffentlicht werden. Frauen haben ein Recht darauf, sich anhand veröffentlichter Qualitätsdaten für den Ort der Geburt ihres Kindes zu entscheiden. Alle Leistungserbringer im System der Gesetzlichen Krankenversicherung sind dem Prinzip der Qualitätssicherung verpflichtet (geregelt im SGB V). Jede geburtshilfliche Abteilung eines Krankenhauses ist dabei verpflichtet ihren Qualitätsbericht jeweils fristgerecht auf der Homepage der jeweiligen Abteilung zu veröffentlichen. Krankenkassen und Versicherte nutzen diese Berichte.</p> <p>Von dieser Transparenz und Qualitätskontrolle ist die außerklinische Geburtshilfe bisher ausgenommen. Die Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe (QUAG) erfasst ausschließlich freiwillig gelieferte Perinatal- und Qualitätsdaten der außerklinischen Geburtshilfe, ohne Gewährleistung der Vollständigkeit. Es gibt daher keine vollständige Statistik über außerklinisch durchgeführte Geburten und geborene Kinder, sowie die vorkommenden Komplikationen. Nach Schätzungen werden 1,5% aller Kinder außerklinisch geboren, eine genaue Zahl liegt wegen der fehlenden Dokumentationspflicht nicht vor. Auch für diese Minderheit müssen qualitätsgesicherte Standards gelten. Nur die lückenlose Offenlegung aller Perinataldaten kann eine evidenzbasierte Beratung der Schwangeren gewährleisten. Es müssen deshalb gleiche Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Versorgung von Schwangeren und Gebärenden gelten, sowie im Bereich der ambulanten und stationären Pflege auch gleiche Qualitätsstandards gelten.</p> <p>Der Gesetzgeber hat zur Gewährleistung der Sicherstellung des Rechtes auf freie Wahl des Geburtsortes zur Stützung der Hausgeburten betreuenden Hebammen eine Ausgleichszahlung für die gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien durch die öffentliche Hand verfügt. In der Neuregelung des §134a SGBV werden Vereinbarungen zur Höhe der von den Krankenkassen zu tragenden Ausgleichszahlung (Sicherstellungszuschlag) für die einzelnen</p>	<p>G52 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Für die Sicherstellung der Ausübung des Berufs der Hebamme und verbindliche und transparente Qualitätssicherung in der außerklinischen Geburtshilfe</i></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Wir fordern eine verbindliche und transparente Qualitätssicherung auch in der außerklinischen Geburtshilfe. Qualitätsindikatoren und Statistiken müssen auch für alle außerklinisch stattfindenden Geburten verbindlich dokumentiert und veröffentlicht werden. Frauen haben ein Recht darauf, sich anhand veröffentlichter Qualitätsdaten für den Ort der Geburt ihres Kindes zu entscheiden. Alle Leistungserbringer im System der Gesetzlichen Krankenversicherung sind dem Prinzip der Qualitätssicherung verpflichtet (geregelt im SGB V). Jede geburtshilfliche Abteilung eines Krankenhauses ist dabei verpflichtet ihren Qualitätsbericht jeweils fristgerecht auf der Homepage der jeweiligen Abteilung zu veröffentlichen. Krankenkassen und Versicherte nutzen diese Berichte.</p> <p>Von dieser Transparenz und Qualitätskontrolle ist die außerklinische Geburtshilfe bisher ausgenommen. Die Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe (QUAG) erfasst ausschließlich freiwillig gelieferte Perinatal- und Qualitätsdaten der außerklinischen Geburtshilfe, ohne Gewährleistung der Vollständigkeit. Es gibt daher keine vollständige Statistik über außerklinisch durchgeführte Geburten und geborene Kinder, sowie die vorkommenden Komplikationen. Nach Schätzungen werden 1,5% aller Kinder außerklinisch geboren, eine genaue Zahl liegt wegen der fehlenden Dokumentationspflicht nicht vor. Auch für diese Minderheit müssen qualitätsgesicherte Standards gelten. Nur die lückenlose Offenlegung aller Perinataldaten kann eine evidenzbasierte Beratung der Schwangeren gewährleisten. Es müssen deshalb gleiche Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Versorgung von Schwangeren und Gebärenden gelten, sowie im Bereich der ambulanten und stationären Pflege auch gleiche Qualitätsstandards gelten.</p> <p>Der Gesetzgeber hat zur Gewährleistung der Sicherstellung des Rechtes auf freie Wahl des Geburtsortes zur Stützung der Hausgeburten betreuenden Hebammen eine Ausgleichszahlung für die gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien durch die öffentliche Hand verfügt. In der Neuregelung des §134a SGBV werden Vereinbarungen zur Höhe der von den Krankenkassen zu tragenden Ausgleichszahlung (Sicherstellungszuschlag) für die einzelnen</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Leistungen der ambulanten Hebammenversorgung getroffen. Die Zahlung dieser Ausgleichszahlungen ist zwar an den Nachweis einer Qualitätssicherung, eines Qualitätsmanagements und einer Veröffentlichung einer minimalen Statistik gebunden, verzichtet 5 die jeweilige Hebamme, die jeweilige Einrichtung jedoch auf diese Ausgleichszahlung, besteht keine Verpflichtung zur Offenlegung von Statistiken und Qualitätszahlen. Eine vollständige Transparenz der Daten der außerklinischen Geburtshilfe muss daher weiter ge- fordert werden, nur so kann in diesem sensiblen, für alle schwange- 10 ren Frauen so wichtigen Bereich, eine ausreichende Beratung und Qualitätssicherung gewährleistet werden.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>Leistungen der ambulanten Hebammenversorgung getroffen. Die Zahlung dieser Ausgleichszahlungen ist zwar an den Nachweis einer Qualitätssicherung, eines Qualitätsmanagements und einer Veröffentlichung einer minimalen Statistik gebunden, verzichtet die jeweilige Hebamme, die jeweilige Einrichtung jedoch auf diese Ausgleichszahlung, besteht keine Verpflichtung zur Offenlegung von Statistiken und Qualitätszahlen. Eine vollständige Transparenz der Daten der außerklinischen Geburtshilfe muss daher weiter ge- fordert werden, nur so kann in diesem sensiblen, für alle schwange- ren Frauen so wichtigen Bereich, eine ausreichende Beratung und Qualitätssicherung gewährleistet werden.</p> <p>Zur Verdeutlichung der Wertschätzung der Arbeit von Hebammen fordern wir eine verbesserte Bezahlung der klinisch tätigen Heb- ammen. Eine Tarifeinstufung entsprechend dem weiterqualifizier- ten Funktionsdienst in der Pflege ist dringend erforderlich. Nicht nur für Intensivpflegerinnen und -pfleger sowie OP-Schwestern und -Pfleger, auch für Hebammen muss eine höhere tarifliche Einstufung erfolgen (E8 statt E7).</p> <p>Die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel muss zentrales Anliegen der SPD werden. Grundsätzlich werden alle Pflegefach- kräfte, die mit einer Steigerung der Übernahme von Verantwort- lichkeit verbunden sind, höher eingruppiert und bezahlt.</p> <p>Bisher sind die Hebammen davon ausgenommen, trotz der sicht- bar größeren Verantwortung in ihrer täglichen Tätigkeit. Dem muss dringend Rechnung getragen werden. Gesellschaftspolitisch, um den Hebammenberuf wieder attraktiv zu machen und genderpoli- tisch, um in dieser verantwortungsvollen, von Frauen dominierten und für Frauen ausgeübten Tätigkeit eine angemessene Bezahlung zu ermöglichen.</p> <p>Mit dem Sicherstellungszuschlag hat der Gesetzgeber einen neu- en zweijährigen Versicherungsvertrag für die Haftpflicht der Heb- ammen unterstützt. Die Kosten der Hebammenversorgung können jedoch nicht auf Dauer auf die Beitragszahlenden abgewälzt wer- den. Falls sich die Haftpflichtprämien nicht wie erhofft entwickeln, muss eine langfristig tragbare Lösung für alle Gesundheitsberufe gefunden werden. Dazu kommen ein Haftungsfonds oder eine Lö- sung analog zur gesetzlichen Unfallversicherung in Frage, die von allen Gesundheitsberufen getragen werden.</p>

Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)

K

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 K4 <i>Unterbezirk Hochsauerland</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>5 Die kommunale Selbstverwaltung im ländlichen Raum stärken</p> <p>10 Die SPD erwartet sowohl vom Bund als auch vom Land eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, um den gewachsenen und weiter wachsenden Herausforderungen adäquat begegnen zu können. Insbesondere auf den ländlichen Raum kommen Zukunftsaufgaben zu, die in der bisherigen Finanzausstattung nicht berücksichtigt sind. Bei der Finanzverteilung sind stärker als bisher die</p> <p>15 spezifischen Herausforderungen des ländlichen Raumes zu berücksichtigen.</p>	<p>K4 <i>Unterbezirk Hochsauerland</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Die kommunale Selbstverwaltung im ländlichen Raum stärken</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>20 K5 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Kommunalen Investitionsrückstau beseitigen, Konnexitätsprinzip umsetzen</p> <p>25 Der Deutsche Bundestag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, durch die Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes einerseits, die Praxis bei der Verabschiedung von Leistungsgesetzen andererseits sicherzustellen, dass zum einen den Kommunen mindestens 90 % aller Kosten im übertragenen Wirkungskreis und auch 90 % aller Kosten im eigenen Wirkungskreis erstattet werden, die durch Gesetze des Bundes oder Landes vorgegeben sind (sog. Selbstverwaltungspflichtaufgaben). Dies zielt insbesondere auf die</p> <p>30 Pflichtaufgaben in den Bereichen Soziales sowie Bildung und Betreuung. Darüber hinaus ist zum anderen zur Sicherung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen, dass die Kommunen ausreichend Finanzmittel für den verbleibenden kommunalen Anteil an den Pflichtaufgaben sowie für einen ausreichenden</p> <p>35 Umfang an freiwilligen Aufgaben erhalten. Sofern noch nicht Praxis, soll bei allen neuen sowie den wichtigsten bestehenden finanzwirksamen Leistungsgesetzen des Bundes und der Länder eine Gesetzesfolgenabschätzung erfolgen und Teil der Gesetzesbegründung sein, die die finanziellen Auswirkungen auf die jeweiligen öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen darstellt. Soweit die Kommunalfinanzen betroffen sind, ist jeweils darzustellen, welche Mittel die Kommunen zum Ausgleich von Mehraufwendungen erhalten.</p> <p>40 Das in Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist in der Praxis stark gefährdet, weil den Kommunen die nötigen Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis fehlen. Insbesondere freiwillige Leistungen können viele Kommunen aus Finanznot nicht mehr oder nur in eingeschränktem Umfang wahrnehmen; Pflichtaufgaben können auch nur unzureichend erfüllt werden.</p> <p>45 Die Steueranteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, ferner die Abgeltungsteuer) reichen nicht aus, um die kommunalen Aufgaben insgesamt ausreichend zu finanzieren, und die Kommunen haben mit Ausnahme der Grundsteuer und der Gewerbesteuer sowie den zu vernachlässigenden örtlichen Aufwands- und Verbrauchssteuern keine nennenswerten eigenen Steuerquellen. Sie sind daher in hohem Ausmaß finanziell vom Bund und den Ländern abhängig.</p> <p>50 2014 betrug der kommunale Schuldenstand 83,3 Milliarden € [vgl. Bundesministerium der Finanzen, Bund/Länder-Finanzbeziehungen auf der Grundlage der Finanzverfassung, Ausgabe 2015, Nr.</p> <p>55</p>	<p>K5 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Kommunalen Investitionsrückstau beseitigen, Konnexitätsprinzip umsetzen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 zu niedriger Sachinvestitionen, eines weiteren Verfalls der Infra- struktur und der Vernachlässigung von Zukunftsaufgaben. Bundesweit sind die Sachinvestitionen und die Investitionsquote der Kommunen über Jahrzehnte stetig gesunken und hat sich ein 5 riesiger Investitionsstau aufgebaut. So sind die Sachinvestitionen in den kommunalen Haushalten von 1992 bis 2015 von rund 33 auf 22,03 Milliarden € gesunken [a.a.O.]. Die Sachinvestitionen stag- nieren bzw. sinken sogar dann noch, wenn man die Sondereffekte durch die deutsche Einheit herausrechnet.</p> <p>10 Die Folge war und ist, dass vielerorts die kommunale Infrastruktur mit Schulgebäuden, Turnhallen, Kindertagesstätten, Stadthallen, Straßen, Brücken, öffentlichem Grün, Schwimmbädern, Theater, Museen, Büchereien etc. vernachlässigt und in der Substanz immer schlechter wird. Die Finanzsituation der Kommunen ist dabei 15 regional – auch in Abhängigkeit von der Finanzkraft des jeweiligen Bundeslands – sehr unterschiedlich, und Kosten der Migration und Integration belasten dabei häufig gerade Kommunen, die finanziell eh schon schlechter gestellt sind, so z.B. einige Groß- und Mittel- städte in Nordrhein-Westfalen.</p> <p>20 Vielen Kommunen fehlt der finanzielle Spielraum, neuen Heraus- forderungen insbesondere bei der Pflege, der Integration von Zu- wanderern, im Öffentlichen Personennahverkehr und bei der Digi- talisierung (Breitbandausbau, E-Government) gerecht zu werden. Der Investitionsrückstand der Kommunen beträgt nach dem KfW- 25 Kommunalpanel in 2017 nach einer Hochrechnung rund 126 Mil- liarden € [vgl. KfW-Kommunalpanel 2017, Seite 1]. Danach be- stehen die höchsten Nachhol- und Ersatzbedarfe in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34,4 Milliarden. €) sowie Schu- len einschließlich der Erwachsenenbildung (32,8 Milliarden. €).</p> <p>30 Mit Abstand folgen die Bereiche öffentliche Gebäude (11,3 Mil- liarden. €), Sportstätten und Bäder (9,7 Milliarden. €) sowie Was- serversorgung und -entsorgung (8,6 Milliarden. €). Ein erkennbarer Zuwachs bei den ungedeckten Investitionsbedarfen sei im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen [a.a.O.]. Der Wohnungsbau wurde 35 lange vernachlässigt, und viele Kommunen haben nicht den finan- ziellen Spielraum, sich im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu engagieren.</p> <p>Zur Wiederherstellung der kommunalen Handlungs- und Investiti- onsfähigkeit muss daher schnell gehandelt werden. Die Übernahme 40 eines 90 %-igen Anteils für die Aufgaben des übertragenen Wir- kungskreises und für die Selbstverwaltungspflichtaufgaben kann die Verantwortung von Bund und Land für die Kommunalfinan- zen stärken. Ein bis zu 10 %-iger Anteil der Kommunen, der aus anderen Finanzquellen wie Steueranteilen finanziert wird, kann 45 umgekehrt einen Anreiz geben, mit den Haushaltsmitteln sparsam umzugehen.</p> <p>Die Qualität der kommunalen Infrastruktur ist ganz entscheidend für die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und muss daher deutlich verbessert werden, indem die Kom- 50 munen in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren!</p>	<div data-bbox="1505 862 1596 983" data-label="Page-Header">K</div> <p>K6 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p><u>Bezahlbarer Wohnraum für alle als Gemeinschaftsaufgabe</u></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Um den Bedarf in den Großstädten und den Regionen mit ange- spannten Wohnungsmärkten zu decken, brauchen wir den Bau von 400.000 Wohnungen jährlich, davon mindestens 80.000 Wohnun- gen mit Sozialbindung. Die Länder brauchen mit Blick auf die so- ziale Wohnraumförderung weiterhin die Unterstützung des Bundes. Deshalb muss der Bund auch nach 2019 in der Mitverantwortung</p>
<p>K6 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p><i>Bezahlbares Wohnen für alle – eine Gemeinschaftsaufgabe</i></p> <p>60 Die Anspannung auf den Wohnungsmärkten vor allem in den Groß- städten wie Berlin und den Wachstumsregionen erfordert, dass jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden, davon etwa 80.000 Sozialwohnungen und weitere 60.000 Wohnungen mit begrenzten 65 Mieten.</p> <p>Ab dem Jahr 2020 muss sich der Bund aber aufgrund der Föderal- ismusreform aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>zurückziehen. Die SPD setzt sich daher für eine Änderung des Grundgesetzes ein.</p> <p>Der Bund soll sich zu einer „Gemeinschaftsaufgabe – bezahlbares Wohnen für alle“ verpflichten, mit der die Aktivitäten von Bund, Ländern und Gemeinden zur Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gebündelt und mit einer ausreichenden Finanzierung ausgestattet werden.</p> <p>Bezahlbares Wohnen im Bestand sichern und Entmietungen stoppen – soziales Mietrecht schaffen</p> <p>Die Situation am Wohnungsmarkt ist insbesondere in den Großstadregionen erheblich angespannt. Einerseits fehlen günstige Mietwohnungen in genügender Anzahl, andererseits treibt Wohnraumspekulation Preise für Baugrundstücke und Bestandsimmobilien in die Höhe.</p> <p>Die Berliner SPD kämpft seit jeher für eine Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit gutem und bezahlbarem Wohnraum. Dafür wurde seit den 50er Jahren der Bau hunderttausender Miet- und Sozialwohnungen gefördert. Wir haben sowohl die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften als auch die Genossenschaften unterstützt und gefördert, denn sie leisten einen entscheidenden Beitrag, Mieterinnen und Mieter vor steigenden Mieten zu schützen. Öffentliche Wohnungen im Eigentum des Landes Berlins unterliegen einem Verkaufsverbot.</p> <p>Aber weitere Maßnahmen sind nötig, um Menschen nachhaltig vor Verdrängungseffekten zu schützen und um günstigen Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Dazu gehört u.a., dass wir die Anzahl öffentlicher Wohnungen im Berliner Wohnungsbestand bis zum Jahr 2026 auf mindestens 400.000 Wohnungen erhöhen. Wir wollen die Wohnungsbauförderung in Berlin weiter ausbauen. Die „kooperative Baulandentwicklung“ muss in allen Bezirken konsequent durchgesetzt werden. Die Instrumente des Erhaltsrechts müssen berlinweit konsequent angewendet werden, Senat und Bezirke hier e²zient kooperieren.</p> <p>Wir setzen uns für ein Berliner Leerstandregister ein, mit dem Ziel, einen Überblick über die Anzahl an brachliegenden Immobilien und nicht-genutzten Gebäuden sowie deren Quadratmeteranzahl zu erhalten.</p> <p>Mieterhöhungen begrenzen</p> <p>Im Mietspiegel sollen Mietverträge der letzten zehn Jahre berücksichtigt werden. Bei Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung soll die Kappungsgrenze von bisher 15 Prozent in drei Jahren auf 15 Prozent in fünf Jahren verändert werden.</p> <p>Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen deutlich erschweren</p> <p>Innerhalb von Erhaltungssatzungsgebieten (Milieuschutz usw.) muss der Verwaltung ein wirksames Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden, um die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen verbieten zu können. Die augenblicklichen Regeln bieten zu viele Schlupflöcher für Spekulanten. Milieuschutzgebiete sind stadtweit zu prüfen und die Kulisse erheblich auszudehnen.</p> <p>Sozialdemokratische Wohn- und Mietenpolitik für den Bund</p> <p>Die Berliner SPD fordert den Bund auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Mieterinnen und Mietern in Deutschland ein bezahlbares Wohnen ermöglichen und rechtliche Standards schaffen.</p> <p>Mietpreisbremse funktionsfähig ausgestalten</p> <p>Die bestehende Mietpreisbremse muss verschärft und zu einem besser funktionierenden Instrument weiterentwickelt werden. So ist bei einem Wohnungswechsel grundsätzlich und ohne Aufforderung sicherzustellen, dass der Vermieter, dem Nachmieter die Miethöhe des Vormieters mitzuteilen hat. Zuwiderhandlungen sollen geahndet und sanktioniert werden. Ausnahmen für überbezahlte Bestandsmieten sind zu streichen.</p>	<p>bleiben – gegebenenfalls mit Hilfe einer Grundgesetzänderung. Gleichzeitig brauchen wir angesichts der regionalen Unterschiede auf den Wohnungsmärkten zielgenaue Lösungen bis hin zur lokalen Ebene. Auch die Kommunen brauchen daher Unterstützung seitens des Bundes und der Länder - vor allem bei einer aktiven Bodenpolitik, einem Aufwuchs beim Fachpersonal in den Kommunalverwaltungen und bei kommunalen Stadtentwicklungs- und Wohnraumkonzepten.</p> <p>Unsere Zukunftsaufgabe: Eine Agenda für eine für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir brauchen vor allem eine weitere Steigerung des sozialen Wohnungsbaus. Realistisch ist eine weitere Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 5 Milliarden Euro in den kommenden Jahren. Beim Neubau müssen längere Belegungsbindungen mit mindestens 15 Jahren gelten. • Kommunale Wohnungsunternehmen wie auch Wohnungsgenossenschaften sind Garantinnen für bezahlbaren Wohnraum in guten Nachbarschaften. Deswegen müssen die Gründung neuer und die Aktivitäten bestehender kommunaler Wohnungsunternehmen und –genossenschaften gezielt unterstützt werden – auch durch Investitionszuschüsse, Nachrangdarlehen und Bürgschaften. Außerdem unterstützen wir die Initiativen für mehr Wohnungsbaus in betrieblichem Eigentum. Der Bund soll sich hieran ein Vorbild nehmen. <p>Unser Engagement gilt auch für Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter, die sich für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagieren und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir setzen uns für eine höhere Gemeinwohlorientierung in der Wohnungspolitik ein.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ohne bezahlbaren Grund und Boden ist kein bezahlbares Wohnen möglich. Der Bund muss auch in dieser Hinsicht Vorbild sein. Wir brauchen eine Änderung des BImA-Gesetzes, damit der Bund Kommunen und kommunalen Gesellschaften weitere Immobilien und Liegenschaften zügig und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Der Bund muss sich zukünftig einen langfristig-strategischen Umgang mit bundeseigenen Liegenschaften unter wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen statt Veräußerungen im Höchstpreisverfahren konsequent zu Eigen machen. Die BImA muss zukünftig dem Baureisort zugeordnet werden. <p>Wir setzen uns für einen Grundstücks- und Immobilienfonds des Bundes ein, auch mit dem Ziel, den Kommunen Spielräume für eine aktive Liegenschaftspolitik an die Hand zu geben.</p> <p>Zu einer aktiven und zugleich aktivierenden Bodenpolitik gehören auch die Umsetzung der Grunderwerbssteuerreform und die Weiterentwicklung der Grunderwerbssteuer sowie die Abschaffung der Share Deals. Hierzu unterstützen wir die aktuelle Bundesratsinitiative von Berlin, Brandenburg und Bremen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angesichts der Alterung der Bevölkerung benötigt Deutschland zwei Millionen barrierearme und barrierefreie Wohnungen. Neben weiteren Anstrengungen zum Umbau des Wohnungsbestandes brauchen wir integrierte Quartierskonzepte unter Einbindung der Wohnungs-, Sozial- und Gesundheitswirtschaft zur Entwicklung neuer Strategien für ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung und dem eigenen Wohnumfeld - unter Einbeziehung der Potenziale der Digitalisierung, die die Wohnqualität verbessern. • Wir setzen weiterhin auf die soziale Funktion des Mietrechts. Das Mietrechtspaket II, das am Widerstand von CDU/CSU gescheitert ist, bleibt für uns die Richtschnur für weitere Verbesserungen. Mieterinnen und Mieter sollen nicht mehr als ein

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Das Mietrecht sozial ausgestalten Das Mietrecht muss auf Bundesebene weiterentwickelt und durch folgende Maßnahmen sozial gerechter ausgestaltet werden: Anschaffungs- und Installationskosten für zusätzliche Maßnahmen in Mietwohnungen dürfen nicht nach §2 Nr. 17 der Betriebskostenverordnung durch Anmietung umgelegt werden, sofern nach §559 BGB schon die Weitergabe der Kosten an den Mieter als Modernisierung eingeräumt wurden.</p> <p>10 Ersatzansprüche, die von Dritten an den Vermieter herangetragen werden, dürfen im Rahmen der Haftpflichtversicherung nicht auf den Mieter umgelegt werden. Ebenso verhält es sich mit den Kosten für Kleinreparaturen. Die „Kleinreparaturklausel“ wird abgeschafft.</p> <p>15 Außerdem schafft der Bund gemäß dem Berliner Vorbild, eine gesetzliche Grundlage, um durch Kollektivverträge mit den Mieterschutzorganisationen einkommensschwachen Mieterinnen und Mietern einen verbesserten Rechtsschutz zukommen zu lassen. Wir wollen das Wirtschaftsstrafrecht verschärfen und konsequenter anwenden, um überhöhten Mietforderungen Einhalt zu bieten (Wucherparagraphen).</p> <p>20 Die SPD soll sich im Bund dafür einsetzen, dass auf Bundesebene Gruppenklagemöglichkeiten für MieterInnen geprüft werden, um Mieterrechte zu stärken.</p> <p>25 Mieterhöhungen nach Modernisierungen sozialverträglich gestalten Viele Mieterinnen und Mieter leiden derzeit unter Mieterhöhungen infolge unverhältnismäßiger Modernisierungsmaßnahmen und aufgrund von energetischen Wohngebäudesanierungen.</p> <p>30 Grundsätzlich muss gelten: Mieter müssen vor „sozialer Härte“ geschützt werden. Die gesetzliche Duldungspflicht muss mieterfreundlicher geregelt werden.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir Mietpreissteigerungen infolge von (zum Teil zweifelhaften) Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen verhindern und die gesetzliche Möglichkeit der Umlage angefallener Kosten durch folgende Maßnahmen begrenzen.</p> <p>35 Die Modernisierungsumlage soll auf 6 % und maximal 10 Jahre begrenzt werden.</p> <p>Energetische Maßnahmen müssen auch tatsächlich Heizkostensparnisse für Mieterinnen und Mieter nach sich ziehen. Die Wirtschaftlichkeit ist durch den Vermieter nachzuweisen. Für Streitfälle zwischen Mieter und Vermieter über Kosten und Nutzen sind unabhängige Schiedsstellen einzurichten.</p> <p>40 Unterlassene Instandhaltung darf nicht zu Lasten der Mieter gehen.</p> <p>45 Die umlegbaren Kosten bei Modernisierungen und energetischen Sanierungen sind daher auf eine maximale Höhe pro Quadratmeter Wohnfläche zu deckeln.</p> <p>Um „warmmietneutrale Sanierungen“ zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Förderprogramm des Bundes ein, welches sich an der Einsparung von CO₂ orientiert und in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden eingesetzt wird.</p> <p>50 „Share Deals“ verhindern In zunehmendem Maße stellen wir fest, dass mit Hilfe sogenannter „Share Deals“ Immobiliengeschäfte getätigt werden, bei denen die Entrichtung der Grunderwerbssteuer umgangen wird. Hierbei kommt es nicht zum Verkauf der Immobilie, sondern zum Verkauf der Anteile an der Gesellschaft.</p> <p>Als Berliner SPD unterstützen wir die Bundesratsinitiative des Berliner Senats und fordern, die Praxis von „Share Deals“ durch folgende Maßnahmen zu erschweren:</p> <p>60 Der Prozentsatz, der von einem oder mehreren weiteren Eignern an einer Gesellschaft gehalten wird, soll von 5 auf 25 Prozent gesteigert werden. Hierdurch wird – wegen der Kontrollrechte von Minderheitseignern – eine solche Konstruktion weniger attraktiv.</p> <p>65 Die Mindesthaltedfrist bei Personengesellschaften soll auf 10 Jahre ausgedehnt werden und die Möglichkeit, anonyme Gesellschaften über Steuerfluchtländer einzuschalten, wird eingeschränkt.</p>	<p>Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen. Dazu muss die Mietpreisbremse verbessert und nicht etwa abgeschafft werden: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieterinnen und Mieter. Stellt sich heraus, dass bei Vermietung der Wohnung mehr verlangt wurde als zulässig, können die Mieterinnen und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Bessere und verbindlichere Mietspiegel, die tatsächliche Wohnfläche als Grundlage für die Höhe von Miete und Nebenkosten und die Begrenzung der zulässigen Mieterhöhung nach einer Modernisierung auf 6 Prozent, die Präzisierung des Kündigungsrechts des Vermieters wegen Eigenbedarf, die Reform des § 5 des Wirtschaftsstrafrechts und die Einführung einer Kappungsgrenze für Modernisierungskosten (höchstens 3 Euro/qm innerhalb von acht Jahren) sowie ein Wirtschaftlichkeitsgrundsatz für Modernisierungsmaßnahmen stehen darüber hinaus im Vordergrund unserer Überlegungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Wohngeld wollen wir dynamisieren und mit einer Klimakomponente versehen, damit auch Menschen mit geringen Einkommen nicht aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen und die Chance auf Wohnraum mit gutem energetischen Standard bekommen. • Wir wollen die Wohneigentumsbildung für Familien unterstützen. Sie dient auch einer besseren Vermögensbildung und Alterssicherung. Wir halten an unserer Idee fest, den Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen durch ein sozial gestaffeltes Familienbaugeld zu erleichtern. Zusätzliche Belastungen beim Kauf werden wir reduzieren, indem wir das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ auch für Maklerkosten beim Kauf von Wohneigentum einführen und weitere Nebenkosten senken. Um zu verhindern, dass Wohnungen in den Ortskernen des ländlichen Raums leer stehen und verfallen, wollen wir Familien beim Erwerb von Bestandsbauten mit einem Programm „Jung kauft Alt“ unterstützen. Unser Konzept ist zielgenau und vermeidet den Gießkanneneffekt früherer Förderinstrumente wie beispielsweise der Eigenheimzulage. • Sozialverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit sind für uns Leitplanken für Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich. Das Energieeinsparrecht und entsprechende Fördermaßnahmen müssen unter Berücksichtigung auch auf das CO₂-Minderungsziel ausgerichtet sein. <p>Wir wollen weg von der Betrachtung des Einzelgebäudes hin zu einem quartiersbezogenen Ansatz. Die KfW-Förderpolitik muss dann Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Effekt am stärksten fördern.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Den boomenden Regionen mit Wohnungsknappheit stehen schrumpfende Regionen mit erheblichen Leerständen gegenüber. Der Rückbau ist daher auch zukünftig relevant und muss ebenso gefördert werden wie die Stärkung der Ortskerne und die Sicherung der notwendigen Infrastruktur. Wir brauchen deutschlandweit Konzepte und Maßnahmen, die die Lebensqualität im ländlichen Raum und im Umland der Ballungsräume sichern. Das muss auch mithilfe einer aktiven Raumordnungspolitik als bundesweites Steuerungsinstrument in Verbindung mit einer engagierten interkommunalen Zusammenarbeit gelingen. • Angesichts der steigenden Zahl von wohnungslosen Menschen brauchen wir ein bundesweit wirksames Konzept zur Verhinderung von Wohnungsverlusten. Dabei müssen wir das Augenmerk insbesondere auf die Prävention richten.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Neubau und Ausbau stärker fördern – eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik des Bundes einfordern</p> <p>Ohne bezahlbaren Grund und Boden ist kein bezahlbarer Wohnungsneubau möglich.</p> <p>Daher muss der Bund seiner Verantwortung gerecht werden und seine Liegenschaftspolitik nach dem Vorbild der Berliner Liegenschaftspolitik ausrichten. Demnach dürfen Grundstücke und Immobilien im Bundesbesitz künftig nur mit Vorkaufsrecht für Städte und Kommunen und nur zum Verkehrswert veräußert werden.</p> <p>Anstelle des aktuell praktizierten Höchstpreisverfahrens tritt ein Konzeptverfahren, welches den gesellschaftlichen Mehrwert einer Grundstücks- und Immobiliennutzung berücksichtigt.</p> <p>Um das Mietniveau dauerhaft zu sichern, muss bundesweit ein ausreichend großer Bestand an kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungen vorhanden sein, geschaffen werden, darunter ein deutlich höherer Anteil von Sozialwohnungen.</p> <p>Deshalb setzen wir uns für einen Grundstücks- und Immobilienfonds des Bundes ein, mit dem Ziel systematisch Bauland und Bestandsimmobilien aufzukaufen, um diese einer öffentlichen Nutzung durch Städte und Kommunen zugänglich zu machen. Das Hauptaugenmerk liegt hier bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Verhandlungen sind insbesondere mit der Deutschen Bahn aufzunehmen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>Förderung von Genossenschaften</p> <p>Um das Wohnungsangebot für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu erweitern, sind Genossenschaften durch Wohnraumförderung, das Bereitstellen von Grundstücken und durch Kooperationen beim kommunalen Vorkaufsrecht stärker zu unterstützen.</p> <p>Damit auch Geringverdienende die Chance auf eine Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erhalten, sollen die Genossenschaften durch Nachrangdarlehen und Bürgschaften unterstützt werden. Für Transferleistungsbezieher soll eine Übernahme der Genossenschaftsanteile grundsätzlich durch die Jobcenter erfolgen.</p> <p>Städtebauförderung aufstocken und weiterentwickeln – Energiewende von unten</p> <p>Die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe hat sich bewährt und soll weiter ausgebaut werden.</p> <p>Besonderer Handlungsbedarf besteht in den nächsten Jahren beim „energetischen Stadtumbau“. Ziel muss es sein, Stadtquartiere mit besonders hohem Sanierungsbedarf zu lokalisieren und Maßnahmen zu ergreifen, um einerseits CO₂-Emissionen zu reduzieren und andererseits Wertschöpfung vor Ort und damit eine „Energiewende von unten“ einzuleiten.</p>	<p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>K7 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen</p> <p>Die Schaffung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum gehört zu den zentralen Herausforderungen. Neben einer ausreichenden Förderung von sozialem Wohnungsbau sind dafür auch folgende Maßnahmen wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bauen und Bewirtschaften von Immobilien muss wieder attraktiver werden. Dazu gehört die Anhebung des steuerlichen Abschreibungssatzes in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf von 2 auf 4 Prozent. - Die Kommunen brauchen mehr Möglichkeiten, die Nutzung von Baugrundstücken durchzusetzen. Dazu sind entsprechende Instrumentarien im Baugesetzbuch (Erleichterungen bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen bei bestehenden Bebauungsplänen) 	<p>K7 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 zu schaffen. Auch eine erhöhte Grundsteuer auf ungenutzte Bau- grundstücke ist einzuführen. - Baurechtliche Vorschriften z.B. bei maximal zulässiger Bebau- ungsdichte, Lärmschutz (insbesondere Lärmstandards bei geöffne- 5 tem Fenster), Brandschutz, müssen kritisch überprüft werden. Bei den Energiestandards sollte stärker auf die Energiebilanz eines ge- samten Quartiers abgestellt werden statt auf den Energieverbrauch eines einzelnen Gebäudes.</p> <p>10</p> <p>K8 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>15 Sozialer Wohnungsbau</p> <p>I. Bundesweiter sozialen Wohnungsbau. Der Bund soll ein brei- tes soziales Wohnungsbauprogramm auflegen, welches günstigen Wohnraum fördert und finanziert.</p> <p>20 II. Bei Wohnungsbauvorhaben ab 450 m2 neu geschaffener Wohn- fläche auf privaten oder städtischen Grundstücken, für Planungs- recht neu geschaffen wird, soll gelten: 2/3 der durch neues oder geändertes Planungsrecht zur Schaffung von Wohnnutzung verur- sachten Steigerung des Bodenwertes muss der Investor einsetzen 25 für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf 20% der neuge- schaffenen Wohngeschossfläche.</p> <p>III. Altbausanierung sollte für förderfähige Personenkreise geför- dert werden. Der Bund soll insbesondere ein Programm zur Alt- bausanierung auflegen, das förderfähige Personenkreise fördert, 30 damit diese in Stadtwohnungen leben können.</p> <p>IV. Unterstützung von Baugenossenschaften Nichtgewinnorien- tierte Wohnungsbau-genossenschaften sollen besonders gefördert werden.</p> <p>35</p> <p>K9 <i>Unterbezirk Duisburg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>40 Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen</p> <p>Günstiger und bezahlbarer Wohnraum ist knapp geworden. Dieser negative Trend ist seit langem bekannt: Zur Verbesserung der Situ- ation wird beantragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Fördermittel aus Bund und Land • Gezielter Einsatz der bestehenden Fördermittel für Neubau, Ei- gentumsförderung und Bestandsförderung in den Stadtteilen. • Erhöhung des Angebots von bedarfsgerechten Wohnungen • Schrottimmobilien abreißen, Quartiere modernisieren und Flä- chen für Neu-bauten schaffen • Bei den Planungen von Sozialwohnungen sind die städtischen Baugesellschaften sowie die Spar- und Bauvereine einzubinden • Barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen müssen zum Stan- dard erhoben werden <p>60</p> <p>65</p>	<p>K8 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Sozialer Wohnungsbau</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>K9 <i>Unterbezirk Duisburg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>K10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine Steuerliche Subventionierung von Luxuswohnungsbau</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, werden aufgefordert, keinen Gesetzen zuzustimmen, die</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch Steuererleichterungen Wohnungsbau im gehobenen Segment mit Milliardensubventionen zu Lasten der Länderhaushalte fördern. • Fehlanreize setzen, statt Wohnungen für alle zu bauen, Maximalförderung im Luxussegment mitzunehmen. 	<p>K10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine Steuerliche Subventionierung von Luxuswohnungsbau</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>K11 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Bodenspekulation wirksam bekämpfen!</p> <p>„Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitaleinsatz des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ (Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 161 Abs. 2)</p> <p>Nicht nur in der bayerischen Verfassung, sondern auch in weiteren Landesverfassungen ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Grund und Boden festgehalten. Dennoch spielt sie aktuell keine Rolle. Im gegenwärtigen System wird, wie so häufig, versucht Verteilungsprobleme über den Markt, anstatt über staatliche Steuerung und Planung zu regeln. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis von Gütern. Diesem Gedanken liegt aber die Annahme zu Grunde, dass Güter vermehrbar (oder ersetzbar) sind. Für Baugrundstücke, insbesondere im innerstädtischen Bereich, gilt das jedoch nicht. Gleichzeitig sind sie ein in höchstem Maße existentielles und lebensbestimmendes Gut. Umso verwunderlicher ist es, dass Grundstücke heute gehandelt werden wie beliebige reproduzierbare Güter. In München (sowie vielen weiteren Großstädten) ist Baugrund die wertvollste Ressource, denn BesitzerInnen halten Baugrundstücke zurück, verknappen das Angebot, befeuern den Mangel an Wohnraum und treiben die Preise in die Höhe. Gewinn macht, wer den längeren Atem hat, denn der Wert eines Grundstücks steigt allein mit der Zeit. Der/Die EigentümerIn trägt in diesem Falle nichts zur Wertsteigerung bei, sondern profitiert rein von dem aus Steuergeldern finanzierten infrastrukturellen Umfeld des Gebäudes.</p> <p>Bereits Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde das Problem bei den Jusos und in der SPD erkannt und diskutiert. Ziel war es die Spekulation mit Grundstücken durch Besteuerung wirksam zu bekämpfen. An diese Diskussion wollen wir anknüpfen, denn wir brauchen eine Bodenrechtsreform um Bodenspekulationen einzudämmen. Gewinne von GrundstückseigentümerInnen durch leistungslose Wertsteigerung des Bodens sollen künftig über eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine grundsätzliche Debatte über mögliche Veränderungen der Eigentumsrechte an Grund und Boden, im Zuge derer auch alternative Konzepte wie bspw. das eines Bodenfonds diskutiert werden.</p>	<p>K11 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Bodenspekulation wirksam bekämpfen!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 K12 <i>Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wiedereinführung der Grundsteuer C</p> <p>5 Die SPD wird die die Grundsteuer C als Instrument zur Mobilisierung von Bauland und Eindämmung der Bodenpreisspekulation wieder einführen.</p> <p>10 Baugrund ist in den meisten Gegenden Deutschlands ein knappes und wertvolles Gut. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade lukrative Grundstücke unbebaut bleiben und als Spekulationsobjekte dienen, die bei einer weiteren Verknappung der Baugrundstücke noch in ihrem Wert steigen werden. Die Bereitstellung dringend notwendigen Wohnraums wird so verhindert.</p> <p>15 Die Grundsteuer C ist eine von der Kommune erhobene Steuer auf erschlossene, aber unbebaute Grundstücke. Sie dient dazu, innerstädtische Brachflächen in Städten und Gemeinden mit knappen Baulandressourcen zu aktivieren und so den weiteren Flächenverbrauch einzudämmen. Dazu können mit der Grundsteuer C ungenutzte innerörtliche Brachflächen höher besteuert werden als bebaute Grundstücke, um so einen Anreiz zu schaffen, bereits bestehendes Baurecht auch zu realisieren. Die zusätzlichen Einnahmen für die Städte und Gemeinden können zudem gezielt für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums eingesetzt werden.</p> <p>25</p>	<p>K12 <i>Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wiedereinführung der Grundsteuer C</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>K13 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>30 Umbau der Grundsteuer zur flächennutzungsbezogenen Grundabgabe</p> <p>35 Die Grundsteuer ist mit die bedeutendste kommunale Sach- und Objektsteuer. Sie wird von den Kommunen erhoben und ist ihre wichtigste konjunkturunabhängige Einkommensquelle. Sie berechnet sich aus Einheitswerten, die den Grundstückswert angeben sollen, einer Steuermesszahl und einem kommunal festgelegten Hebesatz. Seit vielen Jahren besteht bei der Grundsteuer massiver Reformbedarf, da die Bemessung der Grundsteuer die realen Wertverhältnisse nur ungenügend abbildet.</p> <p>40</p> <p>(1) Abschaffung der gesetzlichen Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf die Mieten</p> <p>45 Grundlage für den Umbau der Grundsteuer in ein verteilungspolitisch sinnvolles Instrument mit wirkungsvoller Steuerungswirkung ist die Abschaffung der Umlagemöglichkeit auf die Mieten als Betriebskosten. Die Umlage steht dem eigentlichen verteilungspolitischen Sinn der objektbezogenen Besteuerung von Grund- und Immobilieneigentum entgegen und wandelt die Grundsteuer faktisch in eine Zusatzbelastung für die MieterInnen um. Daher fordern wir die Streichung von §2 Abs.1 BetrKV zur Umlagemöglichkeit öffentlicher Lasten.</p> <p>50</p> <p>(2) Bewertungsproblematik</p> <p>55 Die Bemessung der Grundsteuer beruht auf Ermittlungen von Einheitswerten in Hauptfeststellungen, die laut Gesetz ursprünglich alle 6 Jahre durchgeführt werden sollten. Nachdem der Zeitpunkt der nächsten Hauptfeststellung 1965 per Gesetz auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, erfolgt die Einheitswertberechnung in Westdeutschland immer noch auf Grundlage der Wertbasis 1964, die im Rahmen der Hauptfeststellung zum 1.1.1964 gebildet wurde und 1974 mit 140 % pauschalem Aufschlag in Kraft trat. In Ostdeutschland erfolgt die Ermittlung der Einheitswerte auf Grundlage der Wertbasis 1935, die mit Zuschlägen nach §133 BewG ansonsten unverändert Anwendung finden.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>K13 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Umbau der Grundsteuer zur flächennutzungsbezogenen Grundabgabe</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Damit fußt die Ermittlung von Grundstückswerten, die für die Erhebung von Grund- und Vermögenssteuer unerlässlich sind auf einer völlig veralteten Bemessungsgrundlage, die mit den realen Verkehrswerten und der realen Flächennutzung nichts mehr zu tun hat.	1
Deshalb fordern wir: Umstellung des Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf das gängige System der Ermittlung des Bodenwertes im Vergleichswertverfahren (§15 und §16 ImmoWertV) auf Grundlage der durch Gutachterausschüsse ermittelten Bodenrichtwerte nach §196 BauGB. Alternativ kann bei Nutzung im Rahmen von Vermietung oder Verpachtung das Ertragswertverfahren nach §17 ImmoWertV angewandt werden. Um kurzfristige Spekulationseffekte auszuschließen soll der 10-jährige Durchschnitt der Bodenrichtwerte ab einem Stichtag rückwirkend ermittelt werden. Alle 10 Jahre ist die so gebildete Bemessungsgrundlage der Grundsteuer in der Folge anzupassen.	5 10 15
Für land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist die Wertermittlung am unmittelbaren Nutzen zu orientieren und im Rahmen von Ertragswertverfahren nach §17 ImmoWertV durchzuführen. Hierbei sind die Ergebnisse von Bodenschätzungen zu berücksichtigen.	20
(3) Flächennutzungsbezug Die Grundsteuer wird durch die Anwendung unterschiedlicher Steuermesszahlen grundlegend in die Kategorien A – agrarisch und B – baulich unterschieden. Ebenfalls kommt eine ermäßigte Steuermesszahl für Ein- und Zweifamilienhäuser zum Einsatz. Um mit der Grundsteuer eine strukturpolitisch sinnvolle Lenkungswirkung zu erreichen bedarf es der Einführung von Differenzierungsmöglichkeiten der Grundsteuer, die den Nutzungsarten entsprechend BauNVO gerecht werden. Insbesondere braucht es eine Unterscheidung von Gewerblicher Nutzung und Wohnnutzung. Es bietet sich an die Einstufung der Liegenschaften auf der Grundlage der Nutzungskategorien der in Gemeinden flächendeckend vorhandenen Flächennutzungsplänen vorzunehmen.	25 30 35
Wir fordern daher die Differenzierungsmöglichkeit der Hebesätze entsprechend der, in den Flächennutzungsplänen nach §5 BauGB nach §1ff BauNVO festgelegten Bodennutzung bzw. land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. Diese soll von den Gemeinden innerhalb eines regionales Korridors anpassbar sein um den örtlichen Gegebenheiten und Anforderungen Rechnung zu tragen.	40
(4) Einbezug der realen Flächennutzung In die Berechnung der Grundsteuer soll die reale Bodennutzung der bemessenen Grundstücke einfließen. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Grundsteuer C auf erschlossene aber unbebaute Grundstücke um es zu ermöglichen, spekulationsbedingte innerstädtische Brachflächen durch höhere Hebesätze stärker zu besteuern als bebaute Grundstücke und so einen Anreiz zu schaffen, bestehendes Baurecht zu realisieren. Bei Grundstücken mit neu geschaffenen Baurechten soll die Ausschöpfung der planungsrechtlichen Vorgaben bzgl. des Maßes der baulichen Nutzung, angegeben durch die Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) positiv bewertet werden.	45 50 55
So soll ein Malus für solche Flächen und Gebäude, die ihrem Bestimmungszweck ganz oder teilweise vorenthalten werden, eingeführt werden und so die dem bestehenden Baurecht entsprechende Bebauung beschleunigt und der Anreiz auf spekulative Nichtnutzung verringert werden. Eine Ausnahme sollte nur bei Grundsteuer A (agrarisch) und nur für Flächen die aus ökologischen Gründen aus der Nutzung gestellt sind, und dies nur auf Antrag, erteilt werden.	60
(5) Grundsteuer A – agrarisch genutzte Grundstücke Für land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist die Wertermittlung am unmittelbaren Nutzen zu orientieren und im Rahmen von Ertragswertverfahren nach §17 ImmoWertV durch-	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 zuführen. Hierbei sind die Ergebnisse von Bodenschätzungen zu berücksichtigen. Die Bewertung der landwirtschaftlich genutzten Flächen soll eine Beurteilung nach der Intensivität der Flächenbewirtschaftung beinhalten, die einen realen Bewirtschaftungsanteil an der Grundsteuer ergibt. Diese soll auf dem gemeinschaftlichen Klassifizierungssystem für landwirtschaftliche Betriebe, entsprechend der Entscheidung 85/377/EWG der EU Kommission vom 7. Juni 1985, beruhen und mit Hilfe pauschalierter Messzahlen die jeweilige pauschalisierte Intensität nach Nutzungsform in die Grundsteuer mit einfließen lassen, die sich an den im Ertragswertverfahren ermittelten Nutzwerten der Grundstücke orientieren. Eine Umlage des Bewirtschaftungsanteils auf evtl. vorhandene PächterInnen soll hier möglich sein.</p> <p>15</p> <p>K14 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>20 Grundsteuer C</p> <p>Der Bundesparteitag der SPD sowie die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich für eine erneute Einführung der Grundsteuer C einzusetzen und diese auf Bundesebene gesetzlich wieder zu ermöglichen.</p> <p>25</p>	<p>K14 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Grundsteuer C</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>30 K15 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau</p> <p>35 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Abschaffung der Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen, mit dem Ziel kostengünstiges Bauen zu ermöglichen.</p> <p>40</p>	<p>K15 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Abschaffung oder Reduzierung der Grunderwerbsteuer und Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>45 K16 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mieterhöhung nach Modernisierung (§ 559 BGB)</p> <p>50 Die SPD fordert die Bundestagsfraktion der SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, den § 559 Bürgerliches Gesetzbuch („Mieterhöhung nach Modernisierung“) ersatzlos zu streichen. Hilfs- und übergangsweise ist die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf sechs Prozent der aufgewendeten Kosten und auf höchstens 15 Prozent der bisherigen Miete zu reduzieren; der Zeitraum ist auf die Amortisationsdauer der Investition zu begrenzen.</p> <p>55</p> <p>60</p>	<p>K16 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mieterhöhung nach Modernisierung (§ 559 BGB)</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>65 K17 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Modernisierungsumlage abschaffen</p> <p>Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen müssen begrenzt werden, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Die Tragung der</p>	<p>K17 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Modernisierungsumlage abschaffen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
gesamten Kosten für Modernisierungsmaßnahmen allein durch Mieterinnen und Mieter ist durch Streichung des § 559 BGB zu beenden.	1
Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Mietrecht in den Paragraphen 536, 555 sowie 559 BGB so verändert wird, dass Kosten für Modernisierungsmaßnahmen nicht mehr allein von den Mieterinnen und Mietern, sondern von den Vermietern getragen werden, die hierfür eine Wertsteigerung ihres Eigentums sowie die Möglichkeit der Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nach §558 BGB erhalten.	5 10
K18 <i>Landesverband Bayern</i> Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	K18 <i>Landesverband Bayern</i> Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Im Frühjahr 2015 wurde im Bundestag das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des BestellerInnenprinzips beider Wohnvermittlung verabschiedet. Laut Gesetz darf nun in angespannten Wohnungsmärkten die Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Miete liegen. Jedoch weist das Gesetz noch einige Lücken und Schlupflöcher auf. Diese gilt es nun zu stopfen, um Mieterinnen ein gerechtes Mietverhältnis zu ermöglichen.	15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65
Ermittlung des Mietspiegels Der Anstieg der Mieten ist an den Mietspiegel der örtlichen Mieten gekoppelt. Das heißt, wenn die Mieten steigen, steigt auch der Wert des Mietspiegels. Würde man den Mietspiegel jedes Jahr neu ermitteln, so würden die steigenden Mieten für einen höheren Durchschnittswert sorgen, der es Vermieterinnen wiederum ermöglicht, diesen als erneute Basis für Mieterhöhungen zu verwenden. Um diesen „Multiplikatoreffekt“ zu dämpfen, fordern wir eine Regelung, die festlegt, dass der Mietspiegel nur alle fünf Jahre neu ermittelt wird. Derzeit werden nach §558 Abs. 2 BGB nur Mieten in die Berechnung des Mietspiegels einbezogen, die „in den letzten vier Jahren vereinbart oder, von Erhöhungen nach § 560 abgesehen, geändert worden sind. Damit liegen die aus dem Mietspiegel resultierenden ortsüblichen Vergleichsmieten zumeist über dem realen Durchschnitt der örtlichen Bestandsmiethöhen. In die Berechnung des Mietspiegels müssen daher neben den Mieten aus Neuvermietungen der letzten vier Jahre auch die Bestandsmieten mit eingerechnet werden. Wir fordern, dass in angespannten Wohnungsmärkten die Kosten von Sanierungen nur bis zu 5% auf die jährliche Miete aufgeschlagen werden dürfen. Auch müssen die Wiedervermietungsmieten nach umfangreichen Modernisierungen, die derzeit ebenfalls von der Mietpreisbremse ausgenommen sind bei maximal 120 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden. Zudem sollen die Vermieterinnen die Modernisierungskosten exakt offenlegen, sofern sie die Begrenzung der Mietpreisbremse überschreiten wollen.	
Vormiete darf nicht als Basis gelten Nach der Beschlusslage des Bundestages darf eine Miete bis zur Höhe der vorherigen Miete vereinbart werden. Das heißt, wenn eine Vormiete, die deutlich höher als die nach der Mietpreisbremse zulässige Miete ist, kann sie dennoch als zulässige Miete angesetzt werden. Weiter müssen Konzepte entwickelt werden, wie auch die Mieten der Erstvermietung in Neubauten sinnvoll gedeckelt werden können. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend und bietet zu viele Schlupflöcher für Vermieterinnen. Damit möglichst viele Menschen von der Mietpreisbremse profitieren, fordern wir, dass	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 die Mietpreisbremse auch greift, wenn die Vormiete höher als die zulässige Mieteist.</p> <p>5 K19 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Nachvollziehbare</p> <p>10 Nebenkostenabrechnungen für Mieterinnen</p> <p>Wer eine Immobilie mietet, muss in der Regel neben der Kaltmiete auch mit monatlich anfallenden Nebenkosten rechnen. Hierunter fallen zum Beispiel Heizkosten, Kosten für eineN Hausmeisterin oder Reinigungs- und Gartenarbeiten, Kosten für Haftpflicht- oder Gebäudeversicherungen und viele andere mehr. In der Regel bekommen Mieterinnen jährlich eine sog. Nebenkostenabrechnung, in der die Gesamtkosten des vergangenen Jahres aufgelistet sind. Eine Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung ermöglicht nun Vermieterinnen Nebenkostenabrechnungen zu vereinfachen und weniger nachvollziehbar zu machen. Diese Lücke im Mietrecht muss von der Politik jedoch behoben werden.</p> <p>25 Oft fehlerhafte Nebenkostenabrechnungen Da sich die Nebenkosten bei einem Mietverhältnis hauptsächlich aus variablen Kosten zusammensetzen, fallen Jahr zu Jahr immer wieder unterschiedliche Kosten an. Je nachdem wie hoch die für den/die Vermieterin angefallenen Betriebskosten der jeweiligen Immobilie sind, kann dieseR vom/von der Mieterin eine Nachzahlung geltend machen oder der/die Mieterin eine Rückzahlung vom/von der Vermieterin fordern.</p> <p>30 Jedoch ist laut dem Mieterbund durchschnittlich jede zweite Nebenkostenabrechnung mit Fehlern behaftet. Daher ist es aus finanzieller Sicht der Mieterinnen empfehlenswert die Nebenkostenabrechnung auf Richtigkeit zu prüfen. Dies wird Mieterinnen durch die Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung (BGH 20.1.2016, VIII ZR 93/15) deutlich erschwert.</p> <p>40 Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung Der BGH hat seine Rechtsprechung bezüglich der Abrechnung der Betriebskosten geändert und Vermieterinnen die Abrechnung der anfallenden Mietnebenkosten deutlich erleichtert. Zur Erfüllung der Mindestanforderungen einer Nebenkostenabrechnung, soll es zukünftig reichen, wenn der/die Vermieterin die Gesamtkosten der jeweiligen Kostenart in der Rechnung vermerkt, die dann anschließend auf die Mieterinnen der entsprechenden Abrechnungseinheit umlegt. Somit müssen Teilschritte zur Berechnung der Gesamtkosten nicht ausgeführt werden. Der BGH begründet sein Urteil wie folgt (vgl. BGH 20.1.2016, VIII ZR 93/15): „Mit der vom Berufungsgericht gegebenen Begründung kann ein Anspruch der Klägerin gegen die Beklagten gemäß§ 556 Abs. 1, 3 Satz 1, § 259 BGB auf Zahlung restlicher Nebenkosten in Höhe von 898,13 € für das Jahr 2011 nicht verneint werden. Der Senat hält an seiner bisherigen Rechtsprechung (vgl. insbesondere Senatsurteil vom 14. Februar 2007 - VIII ZR 1/06, NJW 2007, 1059 Rn. 10) nicht fest, wonach die Angabe lediglich „bereinigter“ Gesamtkosten die Unwirksamkeit der Abrechnung aus formellen Gründen zur Folge hat. Er entscheidet nunmehr, dass es zur Erfüllung der Mindestanforderungen einer Nebenkostenabrechnung, durch die die Abrechnungsfrist des§ 556Abs. 3 Satz 3 BGB gewahrt wird, genügt, wenn als „Gesamtkosten“ bei der jeweiligen Betriebskostenart die Summe der Kosten angegeben ist, die der Vermieter auf die Wohnungsmieter der gewählten Abrechnungseinheit (in der Regel: Gebäude) umlegt.“ Jedoch hatte der BGH in zahlreichen anderen Urteilen anders entschieden (z.B. Senatsurteile vom 14.2.2007, Az.: VIII ZR</p>	<p>K19 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Nachvollziehbare</p> <p>Nebenkostenabrechnungen für Mieterinnen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
1/06; BGH, Urteile v. 6.5.2015 - VIII ZR 194/14; BGH, Urteil v. 9.10.2013 - VIII ZR 22/13). Die Rechtsprechung des BGH der letzten Jahre besagte, dass eine Betriebskostenabrechnung nur dann formell ordnungsgemäß ist, wenn sie den Anforderungen des§ 259 I BGB entspricht. Dies bedeutete, dass jede Betriebskostenabrechnung, die keine geordnete Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben beinhaltet für formell nicht ordnungsgemäß erklärt worden ist.	1 5
In einem Rechtsstreit über die Betriebskostenabrechnung einer Vermieterin entscheidet der BGH, dass formell ordnungsgemäße Betriebsabrechnungen voraussetzen, dass entsprechende Mindestangaben in der Rechnung beinhaltet sein müssen. Die Zurückweisung der Revision der Klägerin in diesem Rechtsstreit wird wie folgt begründet(vgl. Senatsurteile vom 14.2.2007, Az.: VIII ZR 1/06):	10
„Die Fälligkeit einer Nachzahlung setzt den Zugang einer formell ordnungsgemäßen Abrechnung voraus (BGHZ 113, 188, 194). Die Abrechnungsfrist des§ 556 Abs. 3 Satz 2 BGB wird nur mit einer formell ordnungsgemäßen Abrechnung gewahrt; lediglich inhaltliche Fehler können auch nach Fristablauf korrigiert werden (Senatsurteil vom 17. November 2004- VIII ZR 115/04, NJW 2005, 219 = WuM 2005, 61, unter II 1 a, m.w.Nachw.). Formell ordnungsgemäß ist eine Betriebskostenabrechnung, wenn sie den allgemeinen Anforderungen des§ 259 BGB entspricht, also eine geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben enthält. Soweit keine besonderen Abreden getroffen sind, sind in die Abrechnung bei Gebäuden mit mehreren Wohneinheiten regelmäßig folgende	15 20 25
Mindestangaben aufzunehmen: eine Zusammenstellung der Gesamtkosten, die Angabe und Erläuterung der zugrunde gelegten Verteilerschlüssel, die Berechnung des Anteils des Mieters und der Abzug seiner Vorauszahlungen. Diesen Anforderungen wird die Abrechnung der Klägerin im Hinblick auf die Zusammenstellung der Gesamtkosten nicht in vollem Umfang gerecht.“	30
Die Kehrtwende in der Rechtsprechung des BGH zu diesem Thema zeigt, dass das Mietrecht noch zahlreiche Lücken aufweist und zu viel Interpretationsfreiheit ermöglicht, was schließlich negative Auswirkungen auf die Rechte der Mieterinnen in Deutschland führen kann.	35
Transparente und nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen	40
In Anbetracht der Tatsache, dass ca. die Hälfte der deutschen Bevölkerung in gemieteten Immobilien wohnt, halten wir ein gerecht und fair gestaltetes Mietrecht für erstrebenswert. Die vollständige Nachvollziehbarkeit der Nebenkostenabrechnung hat für Mieterinnen aus finanzieller Sicht eine große Bedeutung. Denn dies ist für Mieterinnen der einzige Weg die ggf. geforderte Nachzahlung auf Richtigkeit zu prüfen.	45
Hierbei hat der/die Mieterin die Möglichkeit die Rechnung auf allgemeine Rechenfehler zu prüfen oder auch seine Nebenkostenabrechnung mit anderen Bewohnern aus derselben Wohnanlage zu vergleichen. Zudem kann der/die Mieterin, soweit ihm eine Zurückzahlung zusteht, diese auf Korrektheit prüfen bzw. prüfen lassen. Durch die neuste Rechtsprechung des BGH werden Mieterinnen und Mietern die Prüfung und Nachvollziehbarkeit der Nebenkostenabrechnung deutlich erschwert.	50
Daher erscheint es ungerecht, auf Seiten der Vermieterinnen die Abrechnung zu vereinfachen, wohingegen die Mieterinnenseite nicht erleichtert wird. Daher fordern wir eine Wiederherstellung der Gerechtigkeitswaage, indem eine neue gesetzliche Regelung alle für den/die Mieterin anfallenden Nebenkosten ersichtlich macht, was zur mehr Transparenz führt. Die auf den/die Mieterin zukommenden Kosten sollen für Bürgerinnen und Bürger leicht nachvollziehbar sein, ohne dass diese durch „Überraschungsnebenkosten“ unnötigerweise zusätzlich belastet werden.	55 60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 K20 05/03 Falkenhagener Feld/Spandau West (Landesverband Berlin)</p> <p>5 Betriebskostenverordnung</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschliessen, dass Anschaffungs- und Installationskosten für zusätzliche Maßnahmen in Mietwohnungen nicht nach § 2 Nr. 17 der Betriebskostenverordnung durch Anmietung umgelegt werden dürfen, sofern nach § 559 BGB schon die Weitergabe der Kosten an Mieter als Modernisierung eingeräumt wurde.</p> <p>15 K21 Arbeitsgemeinschaft 60plus</p> <p>Altersgerecht Leben</p> <p>20 <u>Wohnen</u> Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht. Wir fühlen uns verpflichtet, wir sind verpflichtet, dies menschenwürdig und nach sozialdemokratisch geprägten Wertvorstellungen umzusetzen.</p> <p>25 Endlich hat das Thema Wohnen eine politische Bedeutung erlangt wie seit über 20 Jahren nicht. Es eröffnet sich ein beinahe unübersehbares Themenfeld: von Mietpreisbremse, preisgünstigem Wohnen, Zweckentfremdung, sozialer Zusammenhalt, Wohnungsbauförderung, Wohnungsgemeinnützigkeit, soziale Stadtentwicklung, Gentrifizierung, genossenschaftliches Wohnen, Schwellenhaushalte, Kompensationsmittel, Nachhaltigkeit, urbane Gebiete, Baulandpolitik, Soziale Stadt, Wohnumfeld, Baufertigstellungen, Wohnbauallianz, revolvingierenden Wohnbaufonds, Wohnbauflächen, Konversion, Luxusmodernisierungen, Sonderabschreibungen, intakte Nachbarschaften, sozialräumliche Segregation, Wohnungsbauoffensive, Förderprogramme, Baugruppen, Städtebauförderung, Miethäusersyndikat, Wohngeld, Mietpreisbindungen, Quartiersmanagement, bezahlbares Wohnen, Mietspiegel, Wohnraumbedarfsanalysen bis zu Wohnungsbaustandards, durchmischten Quartieren, Sozialwohnungen, Integration, und es findet sich kein Ende der Ideen. Zum Bundesparteitag wurde ein richtungsweisender Antrag mit dem Schwerpunktthema Wohnen formuliert. Darin wird insbesondere eine altersgerechte Städtebauförderung gefordert. Im Schwerpunkt des Programms „Soziale Stadt“ muss der demografische Wandel berücksichtigt werden, von der Familie mit Kindern bis zu den älteren Mitbewohnern in Singlehaushalten. Wir fordern altersgerechten Wohnraum. Das Wohnungsangebot muss sukzessive und planvoll für die älter werdende Gesellschaft umgebaut werden. Das Programm „Altersgerecht umbauen“ muss aus Bundesmitteln finanziert werden, die Baugesetze und das Baugesetzbuch müssen entsprechend weiterentwickelt werden. Staatliche Förderung muss an Barrierefreiheit gekoppelt werden. Die Wohnberatung muss ausgebaut werden, evtl. in die Pflegestützpunkte integriert. Die Finanzierung bzw. Förderung der Mehrgenerationenhäuser muss dauerhaft gesichert werden.</p> <p>55 Es fehlen nicht nur Mietwohnungen insbesondere im sozialen Preisfeld, es bleibt auch unbeantwortet, wie Kommunen unterstützt werden, wenn sie nicht nur Sozialwohnungen, sondern auch Wohnungen für Schwellenhaushalte bauen wollen.</p> <p>60 Kommunale Wohnbauunternehmen und Baugenossenschaften, die nicht renditeorientiert für Anleger arbeiten, sollten kräftig unterstützt werden, damit sie langfristig Mietkonditionen im Sinne des Gemeinwohls anbieten können. Überhaupt gilt es, genossenschaftliches Bauen zu stärken, den 1990 abgeschafften gemeinnützigen Wohnungsbau mit zeitlosen Bindungsfristen zu reaktivieren und die Formel der SPD Baden-Württemberg 40-30-30 zu implementieren (40 Prozent für Sozialen Wohnungsbau, 30 Prozent für die</p>	<p>K20 05/03 Falkenhagener Feld/Spandau West (Landesverband Berlin)</p> <p>Betriebskostenverordnung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>K21 Arbeitsgemeinschaft 60plus</p> <p>Altersgerecht Leben</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>geförderte Eigentumsbildung und 30 Prozent für die privat finanzierte Bebauung bei der Bebauung größerer Flächen).</p> <p>Wir schlagen vor, Wohnungsbau über revolvierende regionale Wohnbaufonds zu finanzieren:</p> <p>Würden die Länder eigenes Vermögen statt Haushaltsmittel in Kombination mit bundeseitigen KfW-Mitteln zur Verfügung stellen, könnte mit solchen Fonds künftig weitestgehend unabhängig von den Landeshaushalten die Zahl der geförderten Wohnungen gesteigert werden. Solche Fonds refinanzieren sich langfristig und die Mieten wären dauerhaft gebunden.</p> <p>Mit Blick auf die Nebenkosten liegen uns auch Mieterstrominitiativen am Herzen. Mieterstrom wird lokal produziert (Photovoltaikanlage auf dem Dach oder dem Balkon), verbessert die CO2-Bilanz, spart den Umweg über Fernverkehrsnetze und Kosten.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<p><u>Mobilität für jedes Alter bewahren</u></p> <p>Stärkung des ÖPNV. Wenn die Grundversorgung ins Wanken gerät – Lebensmittelladen, Hausarzt, Apotheke, Sportverein, Schule und Bankfiliale nur noch in der nächst größeren Gemeinde zu finden sind – werden der Öffentliche Nahverkehr und moderne Modelle den Individualverkehr zu organisieren, zur Überlebensfrage. Kommunen und Vereine sollen verstärkt „Bringdienste“ anbieten, ebenso Dienstleistungen wie Lieferservice und Fahrdienste.</p> <p>Wir fordern Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen – auch im ländlichen Raum. Das ist vor allem eine soziale Notwendigkeit, inzwischen fördern altersgerechte Bahnhöfe altersgerechten Tourismus und werden damit wichtig für die wirtschaftliche Stärkung einer Region.</p> <p>Der (heute noch) notwendige motorisierte Individualverkehr bricht unter der Last des Güterverkehrs zusammen – Lastkraftwagen verstopfen die Straßen. Deshalb fordern wir die Reaktivierung der Politik: „Güter von der Straße auf die Schiene“.</p> <p>Aus ökologischen Gründen soll der Umstieg auf das Fahrrad durch Ausbau der entsprechenden Radwegenetze erleichtert werden.</p> <p>Mit dem Rückgang der daseinsvorsorgenden Infrastruktur im ländlichen Raum werden gute Kommunikationsmöglichkeiten immer wichtiger – deshalb fordern wir den zügigen Breitbandausbau.</p>	<p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p><u>Verbesserungen bei Gesundheit und Pflege</u></p> <p>Prävention und gesundheitliche Förderprogramme sind auf der Grundlage des Präventionsgesetzes durch die Sozialversicherungsträger weiter auszubauen. Sie sind eine wichtige Grundlage zur Vermeidung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit.</p> <p>Ärztliche Behandlung, Rehabilitation und Pflege sind flächendeckend anzubieten und zu erhalten. Dazu gehört eine gute hausärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum.</p> <p>Im Bereich der Pflege sind deutliche Fortschritte erzielt worden, sowohl im Bereich der aktivierenden Pflege und bei der Betreuung dementiell erkrankter Menschen. Auch die ambulante Pflege wurde durch Leistungsverbesserungen nachhaltig gefördert.</p> <p>Wichtig ist die Anpassung der Leistungsbeiträge an die Preis- und Lohnentwicklung. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Dazu gehört ein bundeseinheitlicher Branchentarifvertrag Soziales, um den derzeit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Vereinbarungen zu begegnen.</p> <p>Zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung und einer gerechten und auskömmlichen Finanzierung der Pflege fordern wir die Einführung der Bürgerversicherung Pflege. In die Bürgerversicherung zahlen Alle ein, alle Einkommensarten sind dabei für die Beitragszahlung heranzuziehen.</p> <p>Auch im Bereich der Gesundheit (Krankenversicherung) wird eine Bürgerversicherung Gesundheit angestrebt.</p>	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p>
<p><u>Vermeidung von Altersarmut</u></p> <p>Rentnerarmut ist fast immer die Folge von Einkommensarmut. Deshalb stehen faire Löhne, gutes Einkommen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Rentenentwicklung darf nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Das ist der Grundsatz. Um al-</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 lerdings ein Rentenniveau von mindestens 50 % zu erreichen, ist es vorübergehend notwendig, die Renten stärker zu steigern als die Löhne wachsen.</p> <p>Die gesetzliche Rente muss weiterhin den wesentlichen Beitrag zur</p> <p>5 Sicherung des Lebensstandards im Alter leisten. Versicherungs- fremde Leistungen müssen stets und ausreichend durch Steuergel- der ausgeglichen werden. Die Solidarrente muss deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegen. Kindererziehungszeiten, Pflegezei- ten und ehrenamtliches Engagement müssen besser berücksichtigt</p> <p>10 werden. Betriebliche und private Altersvorsorge sind Ergänzungen, kein Ersatz für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) oder Teile davon.</p> <p>Um das Mehrklassensystem in der Altersvorsorge zu überwinden, wollen wir die GRV in eine Erwerbstätigenversicherung weiterent-</p> <p>15 wickeln.</p> <p>Auch der Bereich „Lebenslanges Lernen“ ist in diesem Zusammen- hang wichtig. Die Funktionsfähigkeit eines Menschen ist nicht an ein chronologisches Alter gebunden, sondern wird von biologi- schen und sozialen Faktoren mitbestimmt. Schulbildung und Be-</p> <p>20 ruf sind daher wichtig, aber auch die Fort- und Weiterbildung im ganzen Berufsleben und auch im Ruhestand. Ein aktiver Ruhestand mit körperlichem und geistigem Training und das Zusammensein mit anderen Menschen fördert die Lebensqualität. Das Gefühl, ge- braucht zu werden, ist im Beruf, aber auch in der Familie und im</p> <p>25 Ehrenamt sehr wichtig.</p> <p>Armut ist oft auch eine Folge von Reichtum. Wir wollen eine ge- rechtere Teilhabe an den Arbeitsergebnissen unserer Gesellschaft. Dazu gehören faire Löhne und Einkommen, faire Preise und faire Einkommensteuern. Dazu gehört auch eine faire Besteuerung von</p> <p>30 Vermögen.</p> <p>Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist viel stärker eine Frage von Arm und Reich als eine Frage von Jung und Alt.</p> <p><u>Umwelt</u></p> <p>35 In erdgeschichtlichen Zeiträumen gedacht: noch niemals hat der Mensch egoistisch getrieben die Erde in einem solchen Geschwin- digkeitsrausch ausgebeutet wie heute. Von Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu sprechen ist angemessen. An unsere Enkel zu denken, bedeutet Klima- und Umweltschutz – sowohl als natio-</p> <p>40 nale wie globale Aufgabe – in den Vordergrund zu rücken.</p> <p>Essentiell ist dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien, also die Energiewende. Auch wenn viele Länder den Ausstieg aus der Atomenergie noch vor sich herschieben – wenn in Deutsch- land heute innovative, also neue Technologien entwickelt und zur</p> <p>45 Marktreife gebracht werden, die den Einsatz fossiler und anderer endlicher Ressourcen entbehrlich machen, haben die deutsche In- dustrie, Mittelstand und Handwerk, aber auch Lehre, Forschung, Entwicklung eine gute Zukunft.</p> <p>Durch Kreislauffizienz und den effizienten Einsatz von Ressour- cen wollen wir die Umwelt und das Klima schonen. In gleichen</p> <p>50 Dimensionen gedacht untergräbt auch die Reduzierung der Arten- vielfalt, die Reduzierung der biologischen Vielfalt die Zukunftsfä- higkeit des Menschen.</p> <p>Über Waldsterben zu sprechen ist ein wenig aus der Mode ge- kommen, die CO₂-Messwerte von Verbrennungsmotoren werden manipuliert und der amerikanische Präsident leugnet den Klima-</p> <p>55 wandel. Traurige Aussichten für den Klima- und Umweltschutz als globale Aufgabe. Umso wichtiger ist es, sich wieder verstärkt um den internationalen Klimaschutz zu kümmern. Wir brauchen unbe- dingt ein verbindliches Nachfolgeabkommen zu Kyoto, um die Er- derwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. So sperrig sich</p> <p>60 China und die USA als größte CO₂-Emittenten dabei verhalten, Deutschland und Europa müssen ihre internationale Umweltpolitik verstärken und eine Vorreiterrolle übernehmen. International – das bedeutet auch sich mit den Ländern des Südens zu verbünden und unsere Entwicklungszusammenarbeit so zu steuern, dass Entwick-</p> <p>65 lung, Wachstum und Wohlstand im Einklang mit Natur und Um- welt stehen können. Das bedeutet auch, dass die fremdbestimmte</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Ausbeutung der armen Länder, die Ausbeutung ihrer Ressourcen ein Ende haben muss.	1
Allerdings lohnt es auch vor der eigenen Haustür zu kehren: Klimaschutz ist auch nationale Aufgabe, die nicht zuletzt gesetzlich festgeschriebene langfristige (nachhaltige) Klimaschutzziele definiert.	5
Dazu gehören zum Beispiel eine energieeffiziente und klimagerechte Bau- und Stadtentwicklung, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die sich auf Wiederverwertung von Produkten, die Wiedergewinnung von Rohstoffen und die Ressourcenschonung, das heißt auch Abfallvermeidung, konzentriert.	10
<u>Finanzen</u> Deutschland ist im internationalen Vergleich erfolgreich. Die Wirtschaft wächst und die Beschäftigungslage ist gut. Soziale Gerechtigkeit ist dabei eine unverzichtbare Grundlage dieser positiven Entwicklung. Sie hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie stärkt das Zusammenleben in Deutschland und Europa und würdigt die Leistung jedes Einzelnen und macht unser Land sicherer. Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand. Jeder und jede Einzelne sind wichtig in unserer Gesellschaft: die Mutter, die ihren Kindern noch schnell vor der Schule das Pausenbrot zusteckt und im 24-Stunden-Dienst ihren kranken Vater pflegt, genauso wie die Managerin, die sich um tausende Arbeitsplätze kümmert, der Lehrer, der mit nervenaufreibender Arbeit für gute Bildung sorgt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagein tagaus Wohlstand schaffen, der Banker, der uns in Geldsachen berät, die Staatsdiener, die unser Gemeinwesen organisieren, die Krankenschwester und Ärztin, der Feuerwehrmann – Arbeit und Engagement schaffen Werte.	15
Und doch ist unsere Gesellschaft viel mehr als die Summe der einzelnen Individuen. Deshalb müssen wir jeden Tag für soziale Gerechtigkeit eintreten und das Erreichte gegen Ungerechtigkeiten, gegen Egoismus, Machtmissbrauch, Volksverhetzer*innen und Unterdrückung verteidigen. Unser Gemeinwesen bietet viel mehr als sich alle einzelnen jemals leisten können. Auch der Reichste kann sich kein Straßennetz leisten, und auch der beste Unternehmer kommt ohne Arbeitnehmer*innen und ohne Kunden nicht zurecht.	20
Die Finanzpolitik kümmert sich um die Einnahmen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben. Sämtliche Steuern, die einzelne Bürger bezahlen, erhalten sie als Gemeinschaft zurück. Sich frei und sicher bewegen zu können, Orte für die Kinderbetreuung und für lebenslange Bildung zu finden, Hilfe bei der Pflege im Alter und ein Gesundheitssystem bei Krankheit, eine auskömmliche Altersversorgung auf einem würdevollen Niveau – all dies will finanziert sein. Aber auch die Verteidigung des Friedens und die Sicherheit innerhalb des Landes ebenso wie die Straßen, Brücken und ein Schienennetz verdanken wir den Steuereinnahmen.	25
Kluge Finanzpolitik hat auch viel mit Friedenspolitik und Umweltpolitik zu tun. So gilt es darauf zu achten, die absolute Ausbeutung von Mensch und Erde zu verhindern und den egoistisch getriebenen Verschwendungshype endlicher Ressourcen zu begrenzen. Auch die fortschreitende aggressive Privatisierung der letzten Rohstoffreserven der Welt bei gleichzeitiger Kumulation des gesamten Weltvermögens in wenigen Händen müssen verhindert werden.	30
Reichenghettos mit hohen Zaunanlagen machen auch den Reichen auf Dauer keine Freude. Das gilt im Dorf, in der Stadt und auch für Deutschland.	35
Wir leben in Deutschland in einem wunderbaren Land, in dem es im Durchschnitt Allen gut geht.	40
Dabei ist es kein Widerspruch, einerseits in der Zeitung zu lesen, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland exzellent ist und es den Bürgern gut geht, und andererseits auf große Ungleichheit und Armut hinzuweisen, denn leider ist der Durchschnitt ein großer Lügner. Er versteckt, wie fantastisch es einigen wenigen geht, und er verschweigt, dass gleichzeitig Viele von Armut bedroht, in Armut leben oder auch nur befürchten, es könnte ihnen künftig schlechter gehen. Manchmal verkriecht sich die Armut, um die	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Würde zu retten, und dort, wo sie offen auf uns zukommt, machen viele einen Bogen. Jenen in der Mitte geht es ganz gut, aber sie sind mit Blick auf die Zukunft nicht ohne Sorge. Deshalb ist es so wichtig, politisch nicht nur auf Sicht zu fahren 5 wie im Nebel, sondern langfristig geplante Schritte in Richtung ei- ner guten Zukunft zu gehen.</p> <p>Für uns, also die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich der Gerechtigkeit verschrieben haben, ist dies eine riesige Auf- 10 gabe. Ein Werkzeug zur Lösung dieser Aufgabe ist die Organisati- on von Teilhabe. Es geht auf der einen Seite darum, dass alle von allem ihren gerechten Teil haben – an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente, Kultur, Sicherheit, Freizeit, aber auch an Demokratie und Zugang zu öffentlichen Gütern.</p> <p>15 Andererseits beteiligen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach Können und Vermögen an der Lösung und Finanzierung der öffent- lichen Aufgaben. Einige haben schon alles gegeben, wenn sie ihre Arbeit und ihre Ideen gegeben haben, andere können darüber hin- aus auch noch Geld geben.</p> <p>20 Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also nicht um Gleichheit oder Gleichmacherei, sondern um vergleichbare Lebenschancen.</p> <p>Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerech- 25 tigkeit. Wir sagen: starke Schultern müssen mehr tragen als schwa- che Schultern. Bei Gering- und Mittelverdienern besteht ein Ent- lastungsbedarf. Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen tragen dagegen nicht genug zur Finanzierung des Ge- meinwesens bei – das klingt hart, denn gerade Bezieher hoher Ein- 30 kommen und Besitzer großer Vermögen tragen tatsächlich schon einen besonders großen Anteil für die Gemeinschaft bei. Wenn wir aber fragen: was bleibt einzelnen, nachdem sie Steuern bezahlt ha- ben? Dann sehen wir, dass manchen am Tag mehr bleibt als andere im ganzen Jahr zur Verfügung haben.</p> <p>35 Unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild, das vielfach die Lebenswirklichkeit vieler Men- schen nicht mehr gut abbildet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich 40 inzwischen relativ hoch besteuert werden, liegen die Steuern auf Vermögen und auch die realen Unternehmenssteuern in Deutsch- land relativ niedrig. Nutznießer*innen waren Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende. • Die Einkommensunterschiede wurden im Zeitverlauf immer grö- 45 ßer. So liegt das Bruttodurchschnittseinkommen bei etwa 30.000 € pro Jahr, es gibt aber auch Einkommen von über 40.000 € – am Tag. Die zunehmende Einkommensspreizung bleibt im Einkom- menssteuertarif unberücksichtigt. Der Spitzensteuersatz ist im internationalen Vergleich zu gering und wird bereits ab dem dop- 50 pelten Durchschnittseinkommen erreicht. • Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der Einpersonenerdienerfamilie orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden zum Beispiel bleibt unberück- sichtigt. 55 • Auch dass etwa 80 % des gesamten Vermögens durch Erbschaft und nicht durch eigene Leistung entstanden ist, bleibt im gegen- wärtigen Steuersystem unberücksichtigt. • Die Unternehmensbesteuerung eröffnet grenzüberschreitend tä- tigen Konzernen immer noch zu viele Möglichkeiten, ihre Steu- 60 erbelastung durch Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung zu minimieren. Mit den Argumenten „Freiheit des Marktes“ und „Bürokratie“ wurden Schlupflöcher von der größten Fraktion im Bundestag bisher bewusst in Kauf genommen oder sogar be- 65 wusst offengehalten. Der Gemeinschaft gehen Milliarden verlo- ren. <p>Durch die fehlende Kassenpflicht, fehlende Bonausgabepflicht und fehlende softwarebasierte Sicherheitslösungen wurde bisher</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>die systematische Betrugsbekämpfung, etwa durch manipulierbare Kassensysteme, verhindert.</p> <p>Kurz: unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Dies wollen wir ändern.</p> <p>Auch in der Unternehmensbesteuerung treffen wir auf gravierende Gestaltungsanstrengungen einzelner Unternehmen, oft mit Sitz in anderen Staaten. Steuerpolitik braucht Außenpolitik und Diplomatie und keine Oberlehrerallüren, denn der Steuerwettbewerb der Staaten – konkurrierende Steuersysteme und Steuersätze – lädt erst zu grenzüberschreitender Steuerumgehung ein.</p> <p>Darüber hinaus richten kriminelle Steuerhinterziehung und Kassenbetrug großen Schaden an. Denn immer, wenn sich Einzelne kriminell der Steuer entziehen, ist das zum Schaden der Ehrlichen. Diese gravierende Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.</p> <p>Die sowohl für den sozialen Frieden als auch für das Wirtschaftswachstum gefährliche Konzentrationsentwicklung bei den Vermögen zeigt, wie wichtig eine faire Besteuerung der Vermögen ist.</p> <p><u>Steuerpolitische Ziele</u></p> <p>Gering und Mittelverdiener sollen entlastet werden. Dies kann neben einer Absenkung der Sozialabgaben durch eine Absenkung der Einkommensteuerbelastung erfolgen. Dazu wollen wir die Tarifstruktur so verändern, dass es zu einer prozentualen Entlastung bei den unteren und mittleren Einkommen kommt, und der Spitzensteuersatz mit 49 % bei einem Einkommen von 100.000 € liegt. Die tatsächlich zu bezahlende Steuer liegt dann bei einem Einkommen von 100.000 € weit unter 40%.</p> <p>Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen und in die Einkommensteuer integrieren.</p> <p>Gewinne aus der Veräußerung privater Immobilien sollen unabhängig von Haltefristen mit 25 % besteuert werden. Das selbstgenutzte Eigenheim werden wir davon ausnehmen.</p> <p>Familien mit Kindern wollen wir steuerlich entlasten. Besonders Familien mit geringen Einkommen werden wir durch ein einkommensabhängiges Kindergeld stärker fördern. Dazu werden wir das Kindergeld und den Kinderzuschlag zusammenlegen.</p> <p>Alleinerziehende werden wir besserstellen. Den geltenden Entlastungsbetrag, von dem vor allem Alleinerziehende mit hohen Einkommen profitieren, werden wir in einen Abzug von der Steuerschuld umwandeln.</p> <p>Die Besteuerung der Ehegatten wollen wir an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen. Das geltende Ehegattensplitting bevorzugt Ehegatten mit hohen Einkommen und fördert die Alleinverdienerehe. Um diese Fehlanreize zu beseitigen, wollen wir die Splittingwirkung begrenzen und die frei werdenden Mittel Familien mit Kindern zukommen lassen. Für alle bestehenden Ehen soll sich an dem bisherigen Ehegattensplitting nichts ändern.</p> <p>Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern soll auf 500.000 € pro Jahr begrenzt werden und die Gesellschafterversammlung soll ein angemessenes Verhältnis der Managereinkommen zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten auf Vorschlag des Aufsichtsrats beschließen.</p> <p>Besondere steuerliche Privilegien in der Mehrwertsteuer für einzelne Interessengruppen müssen überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.</p> <p>Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist überfällig, denn die Banken und Spekulanten, die für die letzte große Krise am Finanzplatz mit verantwortlich waren, sollen so an den Folgekosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll damit der für das Finanzsystem nicht ungefährliche Hochfrequenzhandel von mehreren Millionen Transaktionen am Tag weniger attraktiv werden.</p> <p>Um den unanständigen Steuerwettbewerb in Europa zu beenden, brauchen wir eine stärkere Annäherung der europäischen Unternehmensbesteuerung.</p> <p>Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Basis, um auch künftig attraktiver Lebensmittelpunkt zu sein. Die Gewerbesteuer soll deshalb zu einer Gemeinde-Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Das beste Steuersystem bleibt ohne Wirkung, wenn der Vollzug nicht gleichmäßig ist und die Kontrollmöglichkeiten lückenhaft sind. Deshalb müssen Justiz und Finanzverwaltung personell verstärkt werden. Dies gilt insbesondere in der Betriebsprüfung, der</p> <p>5 Steuerfahndung und beim Zoll.</p> <p>Den Solidaritätszuschlag, ein Zuschlag auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer, wollen wir nach und nach in dem Maße abschaffen, wie die Notwendigkeit von Neubau und Sanierung der Infrastruktur (Schulen, Wohnungsbau, digitale Netze, Straßen, Brücken, Schleusen, Schienen ...) auch in den westlichen Bundesländern nachlässt.</p> <p><u>Demografischer Wandel</u></p> <p>Wer 1900 geboren wurde, hatte eine durchschnittliche Lebenserwartung von unter 45 Jahren, 1950 lag sie bei 67 Jahren. Heute</p> <p>15 kann ein neugeborener Junge mit einer Lebenserwartung von 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen mit über 80 Jahren rechnen. Wer heute schon 60 Jahre alt ist, kann sich – wieder im Durchschnitt – auf weitere 25 Jahre freuen. Aber auch die Jugendzeit hat sich verändert. Früher begann der Start ins Berufsleben oft im Alter von 14 Jahren, Kinder und Familiengründung ließen nicht lange auf sich warten. Heute fühlen wir uns bis zum 35. Lebensjahr als „Jungsozialisten“ und der Jugendwahn in vielen Unternehmen steuert Arbeitnehmer ab 50 als „zu alt“ aus.</p> <p>25 Wenn wir von den Klageliedern der „Überalterung“ oder seit einiger Zeit der „Unterjüngung“ absehen, realisiert die AG 60 plus, dass diese Entwicklung im politischen Raum nicht die hinreichende Beachtung erfährt. Eine Ursache dafür ist die Reduktion oder die Definition des Alters in einem Defizit-Modell. Wissenschaftlich ist diese Reduktion längst widerlegt, wir wollen diese Erkenntnisse in den kommenden Jahren für politische Entscheidungsprozesse aufbereiten.</p> <p>35 K22 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Bezahlbarer Wohnraum</p> <p>40 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dass dafür gesorgt wird, dass untere und mittlere mit Einkommensgruppen bezahlbarem Wohnungsraum versorgt werden. Dieser ist barrierefrei zu errichten. Alle Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die kommunalen, die öffentliche Fördermittel beanspruchen und verbauen, sind dazu verpflichtet, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.</p> <p>50 K23 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren</p> <p>55 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Begriff ‚Betreutes Wohnen‘ bundesweit einheitlich definiert und gesetzlich geschützt wird.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>K22 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Bezahlbarer Wohnraum</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>K23 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Mindeststandards für Betreutes Wohnen definieren</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Innen- und Rechtspolitik, Migration (I)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I1 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Nein zu Racial Profiling</p> <p>Die öffentlichen Debatten der letzten Monate zum Thema Racial Profiling zeigen uns, dass Rassismus und Vorverurteilung noch immer ein hartnäckiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Wir stehen klar hinter dem Verbot von Racial Profiling und fordern dieses auch klar durchzusetzen. Die Polizei muss endlich effektive Maßnahmen gegen Racial Profiling entwickeln. Eine Sensibilisierung dahingehend sollte Teil von polizeilichen Aus-, Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen sein. Außerdem fordern wir die Polizei auf, sich in Publikationen und Handreichungen klar gegen Racial Profiling auszusprechen.“</p>	<p>I1 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Nein zu Racial Profiling</p> <p>Erledigt durch Beschlusslage: Beschluss I68 (Parteikonvent 5.6.2016)</p>
<p>I2 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Verbot von anlasslosen Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen</p> <p>Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die faktische Aufhebung der Praxis von Racial Profiling einzusetzen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Aufhebung von § 22 Abs. 1a BPolG • Die Klarstellung in Ausführungsvorschriften, dass eine verbotene Diskriminierung nicht erst dann vorliegt, wenn unveränderliche Merkmale, wie die Hautfarbe das einzige oder ausschlaggebende Kriterium für eine anlasslose polizeiliche Maßnahme sind, sondern bereits dann, wenn bei einem Motivbündel ein unzulässiges Differenzierungsmerkmal ein tragendes Kriterium unter mehreren gewesen ist. • Sensibilisierungskampagnen, Schulungen und Weiterbildungen innerhalb der Polizeibehörden durchzuführen, um rassistisches Verhalten zu erkennen und zu vermeiden. • Mit den Bundesländern Initiativen anzuregen und zu unterstützen, welche in den Landespolizeigesetzen die Befugnisnormen zu Racial profiling streichen. 	<p>I2 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Verbot von anlasslosen Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen</p> <p>Erledigt durch Beschlusslage: Beschluss I68 (Parteikonvent 5.6.2016)</p>
<p>I3 <i>Ortsverein Minden-Rechtes Weserufer (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Ortsverein Minden-Königstor (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Lobbyismus</p> <p>Interessenvertretungen erfüllen in einer Demokratie eine wichtige Funktion. Sie sind Impuls- und Informationsgeber für ihre jeweiligen Mitglieder. Schon seit vielen Jahren hat dies allerdings zu einer verschärften Form des Lobbyismus und der damit verbundenen Einflussnahme auf Mandatsträger und Entscheidungsprozesse bis hin zum Gesetzgebungsverfahren geführt. Lobbyismus in der jetzigen Ausprägung untergräbt dauerhaft das demokratische System. Er schadet der Glaubwürdigkeit der Politik und trägt massiv zur Politikverdrossenheit bei. Interessenvertretung und Lobbyismus sind durch gesellschaftliche Machtungleichgewichte geprägt. Es gibt ein deutliches Übergewicht an finanziellen und personellen Ressourcen auf Seiten von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und ihnen nahe stehenden</p>	<p>I3 <i>Ortsverein Minden-Rechtes Weserufer (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Ortsverein Minden-Königstor (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Lobbyismus</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 80 f.)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Denkfabriken. Schwächer repräsentierte Interessen geraten so leicht unter die Räder. Es ist demokratisch geboten, die Auswirkungen des Lobbyismus in allen Facetten transparent zu machen und schädliche Wirkungen</p> <p>5 nach Möglichkeit einzudämmen. Dazu fordern wir:</p> <p>Lobbyregister Auf unserem Bundesparteitag im Jahre 2011 wurde am 6.12. beschlossen:</p> <p>10 Der finanzielle wie organisatorische Hintergrund von Interessenvertretern kann durch gesetzliche Offenlegungsvorschriften transparent gemacht werden. Wir fordern daher ein gesetzlich verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Lobbyregister, in das sich alle Interessenvertreter eintragen müssen. Bei Eintragung in das Register</p> <p>15 muss offengelegt werden, welche Interessen hinter ihnen stehen und sie finanzieren. Rechtsanwälte können sich bei der Vertretung von Interessen nicht auf die anwaltschaftliche Verschwiegenheitsverpflichtung berufen und müssen sich ebenfalls registrieren, wenn sie lobbyistisch tätig sein wollen. Ein „Lobby-Beauftragter“ soll</p> <p>20 die Einhaltung der Regelungen überwachen (Parteitagsbeschluss vom 6.12.2011). Darüber hinaus fordern wir, dass im Rahmen eines Lobbyregisters jedes Treffen eines Regierungsmitgliedes oder eines Politikers mit einem Lobbyisten mit Name und besprochenen Themen dokumentiert wird.</p> <p>25 Wir erwarten, dass die sogenannte „Verbändeliste“ eine verpflichtende und rechtlich bindende Funktion erhält.</p> <p>Offenlegung der Beteiligung von Lobby-Gruppen am Gesetzgebungsverfahren</p> <p>30 Durch Fußnoten in den Gesetzen und Entwürfen ist zu dokumentieren, welche Formulierung von welcher Interessengruppe stammt und welche Ziele damit erreicht werden sollen.</p> <p>35 Transparenz bei Parteispenden Im Jahre 2012 waren bei 63 % der Gesamtspendeneinnahmen die Spender unbekannt. Bisher müssen Spenden erst ab 50.000 EUR sofort veröffentlicht werden (alles andere fällt unter die Rubrik „sonstige Einnahme“</p> <p>40 im Rechenschaftsbericht). Diese Grenze ist auf 10.000 EUR neu festzulegen. Spenden unter 10.000 EUR müssen nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden. Diese Grenze ist auf 2.000 EUR neu festzulegen. Sponsoring-Ausgaben können im Gegensatz zu Spenden steuerlich geltend gemacht werden und müssen in den Rechenschaftsberichten nicht veröffentlicht werden. Damit werden die Vorschriften zu Spenden an Parteien umgangen. Diese Praxis sollte verboten werden, zumindest aber mindestens die Sponsoren-„Spenden“ veröffentlicht werden. Dies fordert bereits Norbert Lammert, Bericht</p> <p>50 über die Rechenschaftsberichte 2010 und 2011 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteienfinanzen gemäß § 23 Absatz 4 des Parteiengesetzes, S. 41. Auch die Anregung des Bundestagspräsidenten, die Aufsicht über die Parteienfinanzierung auf eine andere Institution zu übertragen,</p> <p>55 damit die zu Kontrollierenden sich nicht selbst kontrollieren, ist unmittelbar umzusetzen.</p> <p>Der Wechsel von Politikern in Interessengruppen- Lobby-Tätigkeiten (Drehtür-Phänomen)</p> <p>60 Der Wechsel von Politikern in Lobbytätigkeiten darf erst nach einer dreijährigen Karenzzeit möglich sein. Finanzstarke Akteure, die ehemaligen Spitzenpolitikern attraktive Jobs anbieten können, profitieren in besonderem Maße von der jetzigen Regelung. Sie sichern sich so Insiderwissen über politische Prozesse sowie einen privilegierten Zugang zur Politik. Hier steht die Glaubwürdigkeit von Mandatsträgern auf dem Spiel, die letztendlich zur weiteren Wahl- und Politikverdrossenheit der Menschen in diesem Land beiträgt.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Nebeneinkünfte von Abgeordneten Nebentätigkeiten müssen wesentlich detaillierter offen gelegt werden. Die jetzt existierende Obergrenze von „über 7.000 EUR“ reicht nicht aus, da nicht erkennbar ist, ob es nun 7.001, 70.000 oder 700.000 EUR sind. Die Stufen müssen daher verfeinert und insbesondere nach oben deutlich erweitert werden: Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten sollen ab 1.000 Euro in Stufen von 10.000 Euro ohne Obergrenze offengelegt werden. Die Schlupflöcher für Abgeordnete, die als Anwälte oder auch Unternehmensberater arbeiten, müssen gestopft werden. Bei ihnen muss sichtbar sein, aus welcher Branche und Rechtsfeld ihre Kundinnen und Kunden bzw. Mandanten stammen, um mögliche Interessenskonflikte bereits im Vorfeld zu erkennen.	1 5 10 15
Externe Mitarbeiter in Ministerien Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen und Verbänden Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit und den Zeitraum der Mitarbeit im Ministerium hinaus reichen. Dass dies in erster Linie den finanzstarken Akteuren nutzt, die diese Mitarbeiter finanzieren können, liegt auf der Hand. Die seit Juni 2008 gültige Verwaltungsrichtlinie für externe Mitarbeiter, wonach „externe Mitarbeiter“ von der Formulierung von Gesetzesentwürfen und anderer Rechtssetzungsakte, der Tätigkeit in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie der Auftragsvergabe ausgeschlossen sind, erfasst keine befristeten Arbeitsverträge. Diese sind explizit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das bedeutet, dass Lobbyisten, die kurzfristig von den Behörden bezahlt werden, aber nach Ende ihrer Leihbeamten-Tätigkeit zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren, weiterhin an Gesetzen mitschreiben können. Wir fordern, dass dieses Schlupfloch geschlossen wird. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte angeregt, dass die Ministerien regelmäßig über die Anzahl der externen Mitarbeiter und die sie entsendenden Stellen mit Angabe der jeweiligen konkreten Einsatzbereich der Externen, der Dauer, der Form der Bezahlung sowie der vorherigen Tätigkeit im entsendenden Unternehmen oder Verband berichten. Wir fordern, dass diese Berichte in regelmäßigem Turnus (z.B. alle 1/2 Jahre) im Internet veröffentlicht werden.	20 25 30 35 40
Mitwirkung Externer an Gesetzesentwürfen Die Mitwirkung externer Kanzleien an Gesetzesentwürfen, die ansonsten für die von den Gesetzen betroffenen Unternehmen tätig sind, muss beendet werden. Gesetze müssen von den Ministerien oder dem Parlament selbst entworfen werden (Auftrag der Legislative, im Grundgesetz verankert).	45 50
Abgeordnetenbestechung Am 23. April 2014 ist der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung neu gefasst worden. Allerdings werden Bereiche der Lobby-Arbeit, der Zuwendungen für gutes Klima, für erfreuliche politische Meinungen, der nachträglichen Belohnung, der Posten-Korruption und so weiter von vornherein nicht vom Gesetz erfasst. Es kann nicht sein, dass bereits die Annahme eines geringwertigen Geschenks durch einen Beamten den Tatbestand der Bestechung erfüllt, hingegen dies bei Abgeordneten völlig straffrei ist. Abgeordnete sind deshalb Beamten gleichzustellen. Abgeordnete sind nach unserer Auffassung „Staatsdiener auf Zeit“.	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 I4 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Transparenz des Lobbyismus in der Politik fördern</p> <p>Um Lobbyismus in der Politik transparent zu gestalten, fordern wir die folgenden Punkte.</p> <p>10 1. In Deutschland wird ein verpflichtendes Lobbyregister nach amerikanischem Vorbild geschaffen. Dieses gibt Auskunft, welche Personen mit welchem Budget die Interessensvertretung für ein Unternehmen, einen Verband oder eine andere Organisation, gegenüber dem Parlament und staatlichen Organisationen übernehmen.</p> <p>15 2. Mitglieder des Deutschen Bundestages werden dazu verpflichtet, bereits den Besitz von mehr als 5 Prozent der Stimmrechte bei Kapital- oder Personengesellschaften anzuzeigen.</p> <p>20 3. Nebeneinkünfte der Stufe 5 (über 50.000.- EUR) müssen von Abgeordneten nach Art und Höhe genau angegeben und veröffentlicht werden. Zudem muss immer die*der tatsächliche Auftraggeber*in genannt werden. Berufsgeheimnisträger sind davon ausgenommen.</p> <p>25 4. Abgeordnete müssen zudem die Möglichkeit haben, ihre exakten Einkünfte auf der Website des Bundestags zu veröffentlichen. Bisher ist ihnen diese freiwillige Angabe auf der Website des Bundestages untersagt.</p> <p>5. Abgeordnete werden dazu angehalten, ein Lobbytagebuch zu führen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hier können Sie alle relevanten Kontakte mit Lobbyist*innen eintragen und der Öffentlichkeit einen Einblick gewähren.</p> <p>30 6. Der Straftatbestand Abgeordnetenbestechung (Strafgesetzbuch §108e) muss verschärft werden. Dabei ist insbesondere die Strafbarkeit der nachträglichen „Belohnung“ aufzunehmen.</p> <p>35 7. Zudem muss der Begriff „ungerechtfertigter Vorteil“ genau definiert werden. Ausdrücklich ist dabei auch die Strafbarkeit von Abgeordneten zu regeln.</p> <p>8. Ab einem Spendevolumen von 10.000EUR müssen Parteispenden unmittelbar veröffentlicht werden. Der legislative Fußabdruck wird eingeführt. Bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen muss dokumentiert werden, wann wer zu welchem Zweck involviert wurde.</p> <p>40 8. Der Bundestag wählt eine*n eigene*n Transparenzbeauftragte*n, die*der diese Regeln überwacht.</p> <p>45</p>	<p>I4 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Transparenz des Lobbyismus in der Politik fördern</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 80 f.)</p>
<p>I5 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>50 Update für die Bundesrepublik – den Bundestag stärken</p> <p>55 Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung durch verpflichtende monatliche Befragungen von Bundeskanzler_in und den einzelnen Fachminister_innen im Sinne einer offenen Fragestunde im Plenum, vergleichbar mit der Praxis im britischen Unterhaus, • stärkere Transparenz im Arbeitsalltag des Deutschen Bundestages durch ein verpflichtendes Lobbyregister. <p>65</p>	<p>I5 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Update für die Bundesrepublik – den Bundestag stärken</p> <p>Punkt 1: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>Punkt 2: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 80 f.)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I6 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Deutschen Bundestag auf 500-600 Abgeordnete verkleinern, Arbeitsfähigkeit durch Wahlrechtsreform verbessern</p> <p>1. Der jetzt gewählte 19. Deutsche Bundestag ist mit 709 Sitzen viel zu groß.</p> <p>2. Der Deutsche Bundestag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, durch eine Änderung des Bundeswahlgesetzes (BWahlG) dafür Sorge zu tragen, dass ab der nächsten Bundestagswahl die Zahl der Bundestagsabgeordneten 500 zuzüglich Überhang- und Ausgleichsmandate beträgt.</p> <p>3. Zu diesem Zweck soll die Zahl der Wahlkreise durch Wahlkreisneueinteilung auf 250 statt derzeit 299 reduziert werden (§ 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 i.V.m. der Anlage zum BWahlG).</p> <p>4. Die Mindestzahl der Abgeordneten soll auf 500 statt wie bisher auf 598 festgelegt werden. Die Abgeordnetenzahl erhöht sich dann noch um die Überhang- und Ausgleichsmandate (§ 1 Abs. 1, § 6 Abs. 4 Satz 2 BWahlG).</p> <p>Der am 24.9.2017 gewählte 19. Deutsche Bundestag ist mit 709 Sitzen nicht nur der größte Bundestag seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland hat damit auch eines der größten Parlamente weltweit. Die seit langem absehbare Vergrößerung des Deutschen Bundestags schafft nicht nur organisatorische Probleme und verursacht erhebliche Mehrkosten, sondern die hohe Zahl der Abgeordneten wird voraussichtlich auch die Effektivität der parlamentarischen Arbeit des Bundestags und der Fraktionen beeinträchtigen. Die Vergrößerung des Bundestags beruht auf der Einführung von sog. Ausgleichsmandaten, mit der Überhangmandate ausgeglichen werden mit dem Ziel einer möglichst vollständigen Einhaltung des Verhältniswahlprinzips. Die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages soll danach den Zweitstimmenanteilen der Landeslisten der Parteien und dem Parteienproporz möglichst vollständig entsprechen. Dies ist nur zu erreichen, wenn mit der Erststimme nach dem Mehrheitswahlprinzip erreichte Direktmandate, die für bestimmte Parteien zu Überhangmandaten führen, mit Ausgleichsmandaten für die übrigen Parteien ausgeglichen werden. Dies führt jedoch dazu, dass zur gesetzlichen Mindestzahl an Abgeordneten neben den Überhangmandaten noch Ausgleichsmandate hinzukommen, die oft ein Mehrfaches der Zahl der Überhangmandate ausmachen und die Gesamtzahl der Abgeordneten deutlich erhöhen.</p> <p>Das in Jahrzehnten im Grundsatz bewährte Bundeswahlrecht hat mit dem Verhältniswahlprinzip bei den Zweitstimmen den Vorteil, dass eine Verhältniswahl viel stärker als eine reine Mehrheitswahl von Direktbewerbern in den Wahlkreisen den gleichen Erfolgswert der Wählerstimmen gewährleistet. Bei einer Mehrheitswahl werden alle Stimmen nicht berücksichtigt, die für Wahlkreisbewerber abgegeben werden, die nicht zum Zuge kommen. Ein derartiges Mehrheitswahlrecht führt wie in Großbritannien zu einem Zwei- bis Drei-Parteien-System und diskriminiert kleinere Parteien. Es spiegelt auch den Wählerwillen insgesamt nur unzureichend wider, weil die Zusammensetzung des Parlaments nicht den Stimmanteilen entspricht. Ein Mehrheitswahlsystem ist daher abzulehnen.</p> <p>Deutschland hat seit 1949 jedoch aus guten Gründen kein reines Verhältniswahlrecht, sondern ein Mischsystem, das die Verhältniswahl von starren Landeslisten der Parteien mit der Zweitstimme nach dem Verhältniswahlprinzip mit der Direktwahl von Abgeordneten in jedem Wahlkreis mit der Erststimme nach dem Mehrheitswahlprinzip verbindet. Das BWahlG spricht insofern von „einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl“ (§ 1 Abs. 1 BWahlG). Die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages entspricht weitgehend dem Parteienproporz der für die Landeslisten</p>	<p>I6 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Deutschen Bundestag auf 500-600 Abgeordnete verkleinern, Arbeitsfähigkeit durch Wahlrechtsreform verbessern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 abgegebenen Zweitstimmen und damit einer Verhältniswahl; zu Abweichungen kommt es jedoch, wenn eine Partei bei der Wahl in den Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlprinzip (§ 5 BWahlG) mehr Direktmandate erzielt und als sog. Überhangmandate behal-</p> <p>5 ten darf (§ 6 Abs. 4 S. 2 BWahlG). Diese sog. Überhangmandate wurden von 1949 bis 2013 nicht ausgeglichen, so dass die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags beim Auftreten von Überhangmandaten nicht vollständig den Zweitstimmenanteilen der Parteien und damit dem Verhältniswahlprinzip entsprach. Unter</p> <p>10 Umständen können unausgeglichene Überhangmandate dafür sorgen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag ändern. Man kann darüber streiten, ob die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages mit unausgeglichenen Überhangmandaten noch dem Wählerwillen entspricht</p> <p>15 Die Direktwahl von Abgeordneten in den Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip (§ 5 BWahlG) hat den großen Vorteil, dass die Wählerinnen und Wähler ihre/n Bundestagsabgeordnete/n wählen, der/die den betreffenden Wahlkreis im Bundestag vertritt und örtliche/r Ansprechpartner/in ist, auch wenn die Abgeordneten stets</p> <p>20 Vertreter des ganzen Volkes sind (Art. 38 Abs. 1 S. 2 Grundgesetz). Die Wahl in den Wahlkreisen stellt sicher, dass bei der Bundestagswahl aus jedem Wahlkreis mindestens ein/e Abgeordnete/r in den Deutschen Bundestag gewählt wird.</p> <p>Die Kritik an nicht ausgeglichenen Überhangmandaten ist vielfältig. Sie bezieht sich darauf, dass die Überhangmandate den in den</p> <p>25 Zweitstimmenanteilen zum Ausdruck kommenden Mehrheitswillen nach dem Verhältniswahlprinzip verfälsche, dass einige Wähler ein doppeltes Stimmengewicht erhalten, wenn sie durch Stimmensplitting dafür sorgen, dass neben dem direkt Gewählten ein weiterer Kandidat in das Parlament kommt. Auch führten Überhangmandate zu einer „regionalen Ungleichverteilung der Mandate“ und verletzen die Chancengleichheit der Parteien.</p> <p>30</p> <p>Die Ausgleichsmandate wurden erstmals für die Wahl zum 18. Bundestag (2013) mit dem 20. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1082) mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD eingeführt, wobei die Ausgleichsmandate auch zur Beseitigung des im Wesentlichen durch die beibehaltenen</p> <p>35 Überhangmandate geschaffenen „negativen Stimmgewichts“ beitragen sollten.</p> <p>Bei der Bundestagswahl 2013 (18. Wahlperiode) kam es zu 4 Überhang- und 29 Ausgleichsmandaten; die gesetzliche Mindestzahl von 598 Abgeordneten wurde somit um 33 Abgeordnete auf</p> <p>40 insgesamt 631 Abgeordnete erhöht. Bei der Bundestagswahl 2017 (19. Wahlperiode) kam es dagegen schon zu 46 Überhang- und 65 Ausgleichsmandaten; die gesetzliche Mindestzahl von 598 Abgeordneten wurde somit um 111 Abgeordnete auf insgesamt 709 Abgeordnete erhöht. Auch wenn es zwischenzeitlich zur Beseitigung des negativen Stimmrechts Änderungen im Wahlrecht bei der</p> <p>50 Ober- und Unterverteilung gegeben, die sich auch auf die Überhang- und Ausgleichsmandate auswirken können, zeigen die bei vergangenen Wahlen aufgetretenen Überhangmandate, dass 2013 mit nur 4 Überhangmandaten eher die Ausnahme als die Regel war.</p> <p>An Überhangmandaten entstanden 1990: 6, 1994: 16, 1998: 13, 2002: 5, 2005: 16 und 2009: 24. Der Bundeswahlleiter hatte für die Bundestagswahlen von 1994 bis 2009 eine Modellrechnung (Stand 9.10.2012) durchgeführt, wie sich eine Wahlrechtsänderung ausgewirkt hätte. Es hätten sich ergeben an Überhang- und Ausgleichs-</p> <p>55 mandaten 1994: 6 + 30, 1998: 5 + 68, 2002: 1 + 13, 2005: 12 + 15 und 2009: 26 + 47.</p> <p>Überhangmandate sind schwierig zu kalkulieren. Ein Absinken der Zweitstimmenanteile der Volksparteien CDU/CSU und SPD, die trotzdem den Großteil aller Direktmandate erringen, einerseits und der Trend vom 4- zum 6-Parteienparlament andererseits sprechen</p> <p>60 eher dafür, dass die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate anwächst oder jedenfalls hoch bleibt.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Der 18. Deutsche Bundestag war nicht willens oder in der Lage, eine Reform des Bundeswahlrechts mit dem Ziel einer Begrenzung der Abgeordnetenzahl durchzuführen. Die CDU/CSU beharrte auf dem vom früheren Bundestagspräsidenten Norbert Lammert vorgeschlagenen Modell, nach dem mit einer Sperrklausel und einer Höchstsitzzahl von 630 Abgeordneten gearbeitet worden wäre. Nun sollten aber einerseits sog. ausgleichslose, externe Überhangmandate eine Überschreitung dieser Sitzzahl zulassen, andererseits der Ausgleich von Überhangmandaten bei Erreichen der Höchstsitzzahl abgebrochen werden. Beides würde vor allem die CDU/CSU als derzeit stärkste Partei einseitig bevorzugen und wurde daher von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die CDU/CSU war zu keinen Kompromissen bereit und wollte sich wieder den Vorteil ausgleichsloser Überhangmandate sichern.	1 5 10
Nicht ausgeglichene Überhangmandate waren schon immer verfassungsrechtlich umstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 25.7.2012 (BVerfGE 131, 316; 2 BvF 3/11 u.a., Leitsatz 2) festgestellt: „2. a) In dem vom Gesetzgeber geschaffenen System der mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl sind Überhangmandate (§ 6 Abs. 5 BWG) nur in einem Umfang hinnehmbar, der den Grundcharakter der Wahl als einer Verhältniswahl nicht aufhebt. b) Die Grundsätze der Gleichheit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien sind bei einem Anfall von Überhangmandaten im Umfang von mehr als etwa einer halben Fraktionsstärke verletzt.“ Die Fraktionsbildung setzt nach § 10 Abs. 1 GO BT 5 % der Mitglieder des Bundestages voraus, so dass eine halbe Fraktionsstärke bei 630 Abgeordneten $15,75 = 16$ Abgeordnete ausmacht. Die vom Bundesverfassungsgericht gezogene Grenze mutet zwar etwas dezisionistisch und willkürlich an, weil auch bei weniger Überhangmandate die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag geändert werden können und die Überhangmandate auch Ausdruck einer bewussten Wahlsystementscheidung des Gesetzgebers sein können. Nichtsdestotrotz könnte der Lammert-Vorschlag mit seiner einseitigen Bevorzugung der Überhangmandate und der Deckelung der Ausgleichsmandate dazu führen, dass die Grenze von 16 Überhangmandaten für eine Fraktion überschritten wird. Verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite ist man nur, wenn die Überhangmandate vollständig durch Ausgleichsmandate ausgeglichen werden. So lässt sich auch der rechtswidrige Effekt des negativen Stimmgewichts sicherer vermeiden. Die Alternative eines reinen Verhältniswahlrechts mit einer Stimme will niemand wirklich, weil dann die Direktwahl von Abgeordneten ersatzlos entfielen. Auch eine Deckelung der Überhangmandate wäre problematisch, weil dann nicht mehr jeder Wahlkreis eine/n direkt gewählte/n Abgeordnete/n hätte.	15 20 25 30 35 40 45
Eine Verringerung der Gesamtabgeordnetenzahl lässt sich im geltenden Wahlsystem unter Beibehaltung der Überhangmandate und bei vollem Ausgleich durch Ausgleichsmandate im Sinne einer im Ergebnis reinen Verhältniswahl nur erreichen, wenn die Zahl der Wahlkreise und damit die Anzahl der direkt in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten (§ 5 BWahlG) reduziert wird. Die Zahl der Wahlkreise sollte daher durch Wahlkreisneueinteilung von derzeit 299 auf 250 reduziert werden (§ 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 i.V.m. der Anlage zum BWahlG). Die Mindestzahl der Abgeordneten soll auf 500 statt wie bisher auf 598 festgelegt werden. Die Abgeordnetenzahl erhöht sich dann noch um die Überhang- und Ausgleichsmandate (§ 1 Abs. 1, § 6 Abs. 4 Satz 2 BWahlG). Der Deutsche Bundestag würde dann zwischen 500 und voraussichtlich maximal 600 Abgeordneten haben.	50 55 60
Für die Wahlkreisneueinteilung sind die bewährten Grundsätze des § 3 Abs. 1 BWahlG zu beachten, die zum Teil auch aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abgeleitet sind. Danach sind u.a. die Ländergrenzen in jedem Fall, die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte nach Möglichkeit einzuhalten. Außerdem darf die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als 25 % abweichen, ab 15 % soll der Wahlkreis neu abge-	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 grenzt werden. Bei derzeit 299 Bundestagswahlkreisen und 403 Kreisen und kreisfreien Städten mit sehr unterschiedlicher Bevölkerungszahl, darunter 108 kreisfreie Städte und einige große Regionen, können schon heute die Bundestagswahlkreise in vielen Fällen nicht mit den Kreisgrenzen identisch sein. Die meisten Bundestagswahlkreise erstrecken sich auf mehr als einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Eine Verringerung der viel zu hohen Abgeordnetenanzahl des Deutschen Bundestages ist unter Beibehaltung der Überhangmandate und vollständigem Ausgleich durch Ausgleichsmandate im Sinne einer möglichst weitgehenden Verwirklichung des Verhältniswahlprinzips, das auch von der Bevölkerung am gerechtesten empfunden wird, nur mit einer Verringerung der Zahl der Wahlkreise und mit einer Wahlkreisneueinteilung zu haben.</p> <p>15</p> <p>17 <i>Kreisverband Gütersloh (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>20 Berufsbezeichnungen in Listen</p> <p>In künftigen Listenaufstellungen für Bundes-, Landtags- und Europawahlen ist die alleinige Nennung des Mandats als Berufsbezeichnung zu unterlassen.</p> <p>25</p> <p>18 <i>Ortsverein Wernigerode (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p> <p>30 Änderung des Wahlrechts</p> <p>Die Fraktionen der SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt und im Bundestag werden aufgefordert, eine Gesetzesinitiative vorzulegen, aus der sich eine Änderung des Wahlrechts auf Landes- bzw. Bundesebene ergibt. Ziel ist es, künftig Stichwahlen bei der Erststimmenwahl in Land und Bund einzuführen.</p> <p>35</p> <p>Änderung Landeswahlgesetz:</p> <p>40 Zurzeit heißt es gemäß § 33:</p> <p>(1) Gewählt ist im Wahlkreis, wer die meisten Erststimmen erhalten hat.</p> <p>(2) Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.</p> <p>45 Zu ändern ist § 33 wie folgt:</p> <p>(1) Gewählt ist im Wahlkreis, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Erststimmen erhalten hat.</p> <p>(2) Erfüllt kein Bewerber die Voraussetzung des Absatzes 1, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern statt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los, wer an der Stichwahl teilnimmt. Für die Stichwahl gelten die Grundsätze der ersten Wahl.</p> <p>50</p> <p>Änderung Bundeswahlgesetz:</p> <p>55 Zurzeit heißt es gemäß § 5:</p> <p>In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende</p> <p>60 Los.</p> <p>Zu ändern ist § 5 wie folgt:</p> <p>In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Erststimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los, wer an der Stichwahl teilnimmt. Für die Stichwahl gelten die Grundsätze der ersten Wahl.</p> <p>65</p>	<p>17 <i>Kreisverband Gütersloh (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Berufsbezeichnungen in Listen</p> <p>Ablehnung</p> <p>18 <i>Ortsverein Wernigerode (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p> <p>Änderung des Wahlrechts</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I9 <i>Ortsverein M-Briennerviertel (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Sicherheits- und Innenpolitik angstfrei gestalten</p> <p>So7 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Wir fordern den Bundesparteitag dazu auf, im Bereich der Innenpolitik ein Programm aufzusetzen, in dem ein angstfreier und faktenbetonter Diskurs deutlich werden muss. In der „Berliner Erklärung“ der CDU/CSU-Innenminister vom August 2016 werden „Ausländer“ und Geflüchtete unter Generalverdacht gestellt. Das Papier betont stark mögliche Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung und argumentiert gefühls- statt faktenbasiert für eine deutlich restriktivere Innenpolitik, die auch mit einer Wiederholung eines „Wir und die anderen“ einhergeht. Wir stellen uns dagegen deutlich gegen den Generalverdacht des Terrorismus gegenüber Geflüchteten. Wir sind der Meinung, dass eine bessere Bleibeperspektive und eine Förderung von Integrationsmöglichkeiten die innere Sicherheit besser stärkt als Abschiebungen, vermeintlich sichere Herkunftsstaaten und geschlossene EU-Außengrenzen. Die SPD muss sich daher deutlicher in diesem Feld positionieren um hier einen Gegenentwurf in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Dazu gehört auch, das vermeintliche Nullsummenspiel von Freiheit und Sicherheit zu kritisieren, welches die CDU/CSU mit ihrer Politik der ‚starken Hand‘ propagiert. Sicherheit bedeutet nicht nur stärkere Kontrolle (z.B. durch stärkere Überwachung und mehr Kompetenzen bei den Nachrichtendiensten, wie in der „Berliner Erklärung“ gefordert), sondern bedeutet auch durch Präventionsmaßnahmen Ängste zu nehmen. Sicherheit bedeutet auch, keine Ängste zu schüren und ganze Gruppen zu kriminalisieren und gegen sie zu hetzen. Sicherheit bedeutet auch persönliche Sicherheit, indem z.B. die Sicherheit über die persönlichen Daten gewährleistet ist (und somit Überwachungsmöglichkeiten nicht ausgebaut werden). Wir als SPD sind daher auch gefragt, ein anderes Sicherheitsnarrativ zu gestalten, welches nicht Überwachung, Ausgrenzung und Kontrolle beinhaltet, sondern den Bürgerinnen und Bürgern ihre persönliche Sicherheit gewährleistet und Ängste vor dem vermeintlich ‚Fremden‘ nimmt statt sie zu schüren. Wir als SPD sind gefragt, denn von der CSU/CDU (und auch der AfD) dargestellten Zusammenhang von mehr Geflüchteten à mehr Kriminalität und Terrorgefahr à härtere Sicherheitspolitik explizit aufzugreifen und mit Fakten gegenzuhalten. Die Debatte um innere Sicherheit und Integration braucht unbedingt mehr Fakten, nicht mehr ‚Gefühl‘.</p>	<p>I9 <i>Ortsverein M-Briennerviertel (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Sicherheits- und Innenpolitik angstfrei gestalten</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S.68 ff.)</p>
<p>I10 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p>Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen</p> <p>Der Bundesparteitag wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen beendet wird. Dazu ist § 33 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) wie folgt zu ändern: § 33 Ziffer 2: „Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollenden würden“ wird ersatzlos gestrichen. Weiterhin wird in § 33 Ziffer 1 GVG das 25. Lebensjahr durch das 18. Lebensjahr ersetzt.</p>	<p>I10 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p>Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S.83)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 III <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 SPD sagt Nein zum Bundeswehreinsatz im Innern</p> <p>Die SPD steht zu ihrem Hamburger Programm, in dem das Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Innern ausdrücklich bekräftigt wird. Deshalb lehnt die SPD das am 13. Juli 2016 von der Bundesregierung verabschiedete Weißbuch der Bundeswehr ab. Darin wird der Bundesregierung die Möglichkeit eröffnet, Terroranschläge als „besonders schwere Unglücksfälle“ zu definieren und die Bundeswehr im Innern ohne Zustimmung des Parlaments einzusetzen. Um der Terrorgefahr zu begegnen, verlangen wir stattdessen eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei des Bundes und der Länder.</p>	<p>III <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>SPD sagt Nein zum Bundeswehreinsatz im Innern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>20 II2 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>25 Wir lassen uns nicht spalten – Maßnahmen gegen die neue Rechte und für eine Zukunft der offenen Gesellschaft</p> <p>Die AfD wurde von vielen ihrer Wählerinnen und Wählern nicht gewählt, weil sie von ihr mehr soziale Gerechtigkeit erwarten, sondern weil deren Haltung gegen Vielfalt, Internationalität und Freiheit ausschlaggebend waren. Das zeigen die Wahlanalysen. An erster Stelle rangierte das Thema Flüchtlinge, gefolgt von Innerer Sicherheit und erst an dritter Stelle das Thema „Soziale Gerechtigkeit“, das das Top-Thema der BerlinerInnen war. Daraus folgt für uns: Ja eine soziale Politik ist sehr wichtig, aber im Kampf gegen völkisches Denken und Rechtsextremismus sind differenzierte Antworten notwendig. Es gibt neben der Spaltung von arm und reich, auch eine seit Jahren größer werdende Spaltung entlang der kulturellen Identität. Diese Karte spielt die AfD.</p> <p>Deshalb empfehlen wir ein zukünftiges Maßnahmenbündel für Berlin und in Teilen für den Bund und fordern die Berliner SPD auf, sich auf Landes- wie auf Bundesebene einzusetzen:</p> <p>45 1.) Eine Stärkung der Zivilgesellschaft – analog zum Programm „Demokratie leben“ auf Bundesebene ist es auch auf Berliner Ebene und in den Bezirken notwendig zivilgesellschaftliche Akteure gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit massiv zu stärken und auch die Verwaltungskapazitäten entsprechend auszubauen. Insbesondere für Migrantenorganisationen sind Strukturförderungen notwendig, um die Professionalisierung der Strukturen voranzutreiben.</p> <p>55 2.) Flüchtlingsinitiativen zu Partnern machen: Überall in der Stadt haben sich Flüchtlingsinitiativen gegründet. Teilweise haben die Initiativen Vertrauen in die Arbeit des Senats verloren, z.B. durch die Lage am LaGeSo. Für ein Bollwerk gegen rechts in der Stadt müssen wir den Initiativen auf Augenhöhe begegnen, um sie zu PartnerInnen im Kampf gegen die Desintegration der Gesellschaft zu machen.</p> <p>65 3.) Echte strukturelle Reformen für die Einwanderungsgesellschaft: Die SPD muss die Debatte um eine plurale Einwanderungsgesellschaft offensiv führen. Dazu gehört sich für ein neues Staatsziel „Vielfalt, Teilhabe und Integration“ im Grundgesetz einzusetzen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe und Integration.“ Auf der Bundes und den Landesebenen soll Integrati-</p>	<p>II2 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Wir lassen uns nicht spalten – Maßnahmen gegen die neue Rechte und für eine Zukunft der offenen Gesellschaft</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>onspolitik als Querschnittsaufgabe verankert werden – auch damit Fachressorts ihre teils überfällige und notwendige interkulturelle Öffnung vorantreiben und damit Bund und Länder sich ein entsprechendes Leitbild geben – so wie es angemessen ist für das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt. Das gilt insbesondere für Berlin, wo die Chance und politische Verpflichtung besteht mit einer rot-rot-grünen Regierung eine wirksame Politik für Menschen mit Einwanderungsgeschichte ebenso wie für die Aufnahmegesellschaft umzusetzen. Dieses Thema muss sich die Volkspartei SPD noch stärker zu Eigen machen. Integrations- und Identitätsthemen werden in den kommenden Jahren weiterhin maßgeblich die politische Agenda bestimmen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p>4) Eine Debatte für ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene anstoßen: Ein Einwanderungsgesetz ist ein klares Bekenntnis dazu, dass wir ein Einwanderungsland sind. Bisher gibt es da noch nicht. Das öffnet Raum für die AfD gegen unkontrollierte Zuwanderung zu wettern. Deshalb wollen wir uns auch für ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene einsetzen.</p>	<p>15</p> <p>20</p>
<p>5.) Eine konsequente Innen- und Justizpolitik und Anti-Rassismuspolitik im Geiste einer wehrhaften Demokratie: Bisher sind die Mittel einer wehrhaften Demokratie zu wenig ausgeschöpft worden im Kampf gegen die neue völkische Rechte. Das beinhaltet u.a. die Arbeit des Verfassungsschutzes, die Rückeroberung des Gewaltmonopols des Staates, das konsequente Ahnden von Volksverhetzung und auch ein wirkungsvolles Landesantidiskriminierungsgesetz. Ebenso müssen die MitarbeiterInnen der Behörden im Innen- und Justizbereich interkulturell weiter geschult werden.</p>	<p>25</p> <p>30</p>
<p>6.) Mehr politische Bildung: Die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung hat sich von der Ausrichtung ebenso wie von der finanziellen Ausstattung in den letzten Jahren gut entwickelt. Die Erfahrungen sind für Berlin auszuwerten und zu übertragen mit dem Ziel politische Bildung und die Arbeit von Multiplikatoren sehr viel wirkungsvoller zu gestalten.</p>	<p>35</p>
<p>7.) Mehr Forschung: Unser Wissen über die neue völkische Rechte, was ihren Aufstieg befördert, welche Wechselwirkungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen gegeben sind, welche Erfahrungen in anderen europäischen Ländern vorhanden, sind zu gering. Berlin als hochrangiger internationaler wie nationaler Forschungsstandort muss diese vorantreiben mit entsprechendem Praxisbezug.</p>	<p>40</p>
<p>8.) den sprachlichen Deutungskampf gegen rechte und völkische Kräfte konsequent weiterführen: die SPD mit Michael Müller an der Spitze hat sich dafür entschieden eine klare Haltung gegen die neue Rechte einzunehmen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und auch andere gesellschaftliche Gruppen dazu einladen, mit uns gemeinsam über wirkungsvolle Strategien und Maßnahmen zu diskutieren. Dazu gehört auch eine Debatte mit Medienvertretern anzustoßen, in welcher Art über die neue völkische Rechte berichtet wird und deren auffällig hohe Präsenz in den Medien.</p>	<p>45</p> <p>50</p>
<p>9.) Kulturprogramm „Neues Miteinander“ starten: Projekte zwischen geflüchteten Kindern und Jugendlichen mit einheimischen Kindern und Jugendlichen fördern. So kann durch kulturelle Erfahrung ein starker, zukünftiger Zusammenhalt erwachsen.</p>	<p>55</p>
<p>10.) Nachbarschafts- und Stadtteilzentren interkulturell weiter öffnen: Hierfür stellt auch der Bund Mittel bereit und den Weg, den Berlin eingeschlagen hat, möchten wir weitergehen.</p>	<p>60</p>
<p>11.) Notunterkunft-Situation schnellstmöglich beenden: Die jetzige Unterbringungssituation schafft viele Konflikt-Situationen für die BewohnerInnen. Nur wenn wir es schaffen, menschenunwürdige Unterbringungsformen zu beenden, werden wir den Prozess erleichtern, in welchem sie zum vollwertigen Teil unserer Gesell-</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schaft werden und so die Akzeptanz in der Aufnahme-gesellschaft steigt.</p>	
<p>5 I13 <i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Beflaggung Gedenkstätten</p> <p>10 SPD fordert, die Gedenkstätten des ersten und zweiten Weltkrieges zu Orten Europas machen und die dauerhafte Beflaggung der Gedenkstätten zusätzlich mit der Europaflagge zu ergänzen (insbesondere ehemalige Konzentrationslager, sowie deren Außenlager).</p> <p>15 Die SPD im Nürnberger Land fordert daher eine Ergänzung des Erlasses zur Beflaggung im Freistaat Bayern der bayerischen Staatsregierung / für den Bereich des Bundes der Bundesregierung um eine Ausnahmebestimmung (nach: Erlass der Bundesregierung: Ausnahmebestimmungen VII), welche die oben genannte Forderung beinhaltet.</p> <p>20</p>	<p>I13 <i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Beflaggung Gedenkstätten</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>25 I14 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>8.Mai</p> <p>Der 8. Mai soll in der Bundesrepublik Deutschland ein gesetzlicher Feiertag zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an das Ende des Zweiten Weltkrieges werden.</p> <p>30</p>	<p>I14 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>8.Mai</p> <p>Ablehnung</p>
<p>35 I15 <i>Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Änderungsantrag zu Kapitel XI.9 / Gedenktag 8. Mai</p> <p>40 <i>XIA101 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>45 Einfügen n.Zeile 2154: Wir werden dem Bundespräsidenten vorschlagen den 08.Mai als Tag der Befreiung von der Nazi-Diktatur als gesetzlichen Gedenktag/ Feiertag einzuführen.</p> <p>50</p>	<p>I15 <i>Ortsverein Uelzen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Änderungsantrag zu Kapitel XI.9 / Gedenktag 8. Mai</p> <p>Ablehnung</p>
<p>50 I16 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Wir haben nicht vergessen - Whistleblower endlich schützen!</p> <p>55 Whistleblower*innen müssen endlich durch eine effektive gesetzliche Regelung geschützt werden.</p> <p>60 Dieser Schutz muss das öffentliche Interesse über die Aufklärung von Missständen bei Arbeitnehmer*innenrechten beinhalten.</p> <p>65</p>	<p>I16 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Wir haben nicht vergessen - Whistleblower endlich schützen!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 24, 74)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
I17 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Familienvertrag statt Ehe Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen Rechtsformen zu entwickeln, die Menschen unabhängig von der Anzahl der Beteiligten, dem Geschlecht und der Art des Zusammengehörigkeitsgefühls ermöglicht, rechtlich abgesicherte Verantwortungsgemeinschaften zu gründen, die dem Umfang einer Ehe entsprechen.	I17 1 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Familienvertrag statt Ehe 5 Ablehnung 10
I18 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Geschwisterinzezt legalisieren Die SPD unterstützt die Forderung des Deutschen Ethikrates, einvernehmlichen Geschlechtsverkehr unter erwachsenen Geschwister künftig nicht mehr unter Strafe zu stellen und bittet den Bundesjustizminister eine entsprechende Änderung des §173 STGB auf den Weg zu bringen.	I18 15 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Geschwisterinzezt legalisieren Ablehnung 20 25
I19 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> Faschismus in Europa den Boden entziehen Die PES sowie S&D-Fraktion im Europaparlament, die SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die zuständigen SPD-geführten Ministerien setzen sich mit Nachdruck für das Verbot nationalsozialistischer, faschistischer und neofaschistischer Organisationen, Symbole, Denkmäler, Literatur, Liedguts und Parolen in Europa ein. Finanzierung, Besitz, Reproduktion und Verbreitung soll unter Strafe gestellt sein. Eine Ausnahme davon bildet die Nutzung für pädagogische und schulische Maßnahmen. Ein öffentlich einsehbares und mit jeweiliger Verbotsbegründung versehenes Register der oben genannten unter ein Verbot zu stellenden Elemente faschistischer Infrastruktur und Ideologie ist anzulegen.	I19 30 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> Faschismus in Europa den Boden entziehen Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament 35 40 45
I20 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i> Kriegsfolgen nicht auf Einzelne abwälzen! Wir fordern den Bundes- und Landesgesetzgeber auf künftig sicherzustellen, dass private Grundstückseigentümer von den Bergungskosten von erheblichen Mengen an Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg befreit werden. Dies kann beispielsweise durch eine Änderung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05.11.1957 oder durch andere gesetzgeberische Maßnahmen erfolgen.	I20 50 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i> Kriegsfolgen nicht auf Einzelne abwälzen! Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 I21 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden</p> <p>Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen, die in Deutschland geboren sind, auch direkt die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen, sofern sie oder deren Erziehungsberechtigten das wollen.</p> <p>Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind Rechte und Schutz der Personen verbunden, die für viele eine wichtige Bedeutung haben. Auch ist es für viele Migrant*innen ein wichtiger symbolischer Schritt.</p> <p>Bisher gibt es zwei Möglichkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt zu erwerben: Zum einen das Abstammungsprinzip, nach dem ein Elternteil bereits selbst Deutsche*r sein muss, zum anderen das Geburtsortsprinzip, nach dem der Geburtsort Deutschland sein muss, wobei die Eltern bereits seit mindestens 8 Jahren in Deutschland leben müssen. Darüber hinaus muss es für alle Menschen möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Unabhängig von dieser Regelung bleibt unsere Forderung nach einer progressiven und umfassenden Einwanderungsreform bestehen.</p> <p>Viele Politiker*innen betonen immer wieder, dass Deutschland die Einwanderung von gerade jungen Menschen braucht und dass Familien zu schützen und zu fördern seien. Gleichzeitig machen sie ihnen aber mit solchen Regelungen das Leben schwer, geben ihnen das Gefühl unwillkommen zu sein und erschweren ihnen die Familiengründung. Wir halten weiterhin an unserer Idealvorstellung einer Welt ohne Grenzen fest, in der die Herkunft oder Staatsangehörigkeit eines Menschen keinerlei Rolle mehr spielt. Solange wir dies aber noch nicht erreicht haben, fordern wir jetzt eine Erleichterung für die Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben wollen.</p>	<p>I21 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>40 I22 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zwangsheirat umfassend bekämpfen!</p> <p>45 Die SPD-Mitglieder des deutschen Bundestages und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sollen sich dafür einsetzen, dass in den Integrationskursen die Themenfelder Zwangsverheiratung, geschlechtliche Selbstbestimmung und häusliche Gewalt einschließlich der entsprechenden Hilfsangebote behandelt werden müssen.</p> <p>50 Der Anregung des Deutschen Instituts für Menschenrechte zu folgen und sich für eine Änderung des § 37 Absatz 2 a Satz 1 Aufenthaltsgesetz (Aufenthalterlaubnis für aus der Bundesrepublik ausge-reiste Personen wenn diese rechtswidrig mit Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel zur Eingehung der Ehe genötigt und von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden) einzusetzen. Danach wird die dortige Kann-Bestimmung durch eine Soll-Bestimmung ersetzt werden.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>I22 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zwangsheirat umfassend bekämpfen!</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
I23 Landesverband Berlin Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale Der/die Justizminister/in wird aufgefordert von seinem Weisungsrecht gegenüber dem/der Generalbundesanwalt*/Generalbundesanwältin* Gebrauch zu machen, sodass diese*r Ermittlungen gegen Unbekannt aufgrund der durch die Snowden-Enthüllungen und Veröffentlichungen auf Wikileaks bekannt gewordenen Späh-Maßnahmen gegen die Bevölkerung Deutschlands, einschließlich der Bundeskanzlerin, des Finanz- und Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes aufnimmt.	I23 Landesverband Berlin Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale Nichtbefassung
	1
	5
	10
	15
I24 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Gleichgeschlechtliche Ehe Die SPD fordert den verfassungsrechtlichen Schutz der gleichgeschlechtlichen Ehe nach Art.6 Abs.1 des Grundgesetzes!	I24 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Gleichgeschlechtliche Ehe Erledigt durch Gesetzeslage
	20
	25
I25 Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord) Quote bei Bewerbungen war nicht das Ziel! Wahlrecht auf Landesebene reformieren – Quote darf nicht egal sein. Der SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg nimmt erschüttert zur Kenntnis, dass in einzelnen Bundesländern das Wahlrecht die quotierten Landeslisten völlig aushebelt. In diesen Bundesländern ist dringender Handlungsbedarf erforderlich. Deren Wahlrecht muss geändert werden.	I25 Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord) Quote bei Bewerbungen war nicht das Ziel! Wahlrecht auf Landesebene reformieren – Quote darf nicht egal sein. Nichtbefassung
	30
	35
	40
I26 Arbeitsgemeinschaft 60plus Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite in Deutschland Auf Grund der in großer Zahl belegten Beispiele von Bespitzelungen wie zum Beispiel angeblicher Gegner des türkischen Präsidenten Erdogan auf deutschem Boden werden der SPD-Bundestagsvorstand und die Bundestagsfraktion aufgefordert, sich nachdrücklich für eine konsequente Untersuchung und Strafverfolgung solcher Aktionen einzusetzen.	I26 Arbeitsgemeinschaft 60plus Notwendige konsequente Schritte gegen Spitzeltätigkeiten türkischer Seite in Deutschland Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion, Überweisung an SPD-Parteivorstand
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>127 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Schaffung einer neuen Verfahrensart vor dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung von Rechtsakten der Europäischen Union</p> <p>1. Als neue Verfahrensart vor dem Bundesverfassungsgericht wird ein Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2b Grundgesetz eingefügt, damit das Bundesverfassungsgericht entscheidet: „bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Rechtsakten der Europäischen Union mit diesem Grundgesetz, insbesondere hinsichtlich des Umfangs der übertragenen Hoheitsrechte und der Wahrung der Verfassungsidentität, auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Viertels der Mitglieder des Bundestages;“</p> <p>2. Nähere Verfahrensbestimmungen werden in das Bundesverfassungsgerichtsgesetz aufgenommen. Das Verfahren wird als Verfahren der objektiven Rechtskontrolle ausgestaltet, vergleichbar mit der abstrakten Normenkontrolle. Eine Klagefrist wird nicht vorgesehen. Klagegegenstand soll jeder Rechtsakt der Europäischen Union und ihrer Organe sein können, unabhängig davon, welchen Mitgliedstaat er konkret betrifft.</p> <p>3. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen.</p> <p>Es kommt immer wieder vor, dass die Europäische Union oder ihre Organe, insbesondere auch der EuGH, die der EU ihre Kompetenzen zulasten der Mitgliedstaaten überschreitet. Die Kompetenzen werden von den Mitgliedstaaten der EU nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung nach Art. 23 GG, dem „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (EUZBLG) und Art. 5 Abs. 1 und 2 EUV übertragen. Das Bundesverfassungsgericht hat als Kontrollmaßstäbe u.a. die Verfassungsidentität und die sog. ultra-vires-Kontrolle entwickelt, prüft aber bisher nur in sehr zurückhaltend etwa im Rahmen der Verfassungsbeschwerde, ob die EU ihre Kompetenzen überschreitet und in mitgliedstaatliche Kompetenzen eingreift. Es ist daher dringend geboten, nach dem Vorbild der in Art. 93 Absatz 1 Nr. 2 GG und §§ 13 Nr. 6 i.V.m. §§ 76-79 geregelten abstrakten Normenkontrolle eine neue Verfahrensart vor dem Bundesverfassungsgericht einzuführen, mit der ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung oder eine Landesregierung Kompetenzüberschreitungen der EU vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen kann.</p> <p>Die Liste der Kompetenzüberschreitungen durch die EU und ihre Organe ist schier endlos. Probleme gibt es etwa mit der Rechtsprechung des EuGH zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ChGrEU). Nach Art. 51 Abs. 1 ChGrEU gilt die Charta „für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und für die Mitgliedstaaten ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union.“</p> <p>Nur ein Beispiel von vielen: Der EuGH hat am 26.2.2013 (in der Rechtssache C-617/10 – Åkerberg Fransson) im Fall eines schwedischen Fischers, der Steuern und Sozialversicherungsabgaben hintergezogen hat und dafür sanktioniert werden sollte, ein weitreichendes Urteil gesprochen. Zwar enthält Art. 50 ChGrEU ein Verbot der Doppelbestrafung (ne bis in idem). Es ging hier jedoch nicht um die Durchführung des Rechts der Union im engeren Sinne. Die Sanktionierung von Steuerverstößen ist Sache der Mitgliedstaaten. Die Kompetenz der EU im Bereich des Strafrechts ist nach Art. 83 AEUV auf besonders schwere Kriminalität mit grenzüberschreitender Dimension beschränkt.</p>	<p>127 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Schaffung einer neuen Verfahrensart vor dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung von Rechtsakten der Europäischen Union</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Der EuGH begründet seine Zuständigkeit (Rn. 27) wie folgt: „Folglich sind steuerliche Sanktionen und ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung wegen unrichtiger Angaben zur Mehrwertsteuer, wie im Fall des Angeklagten des Ausgangsverfahrens, als Durchführung von Art. 2, Art. 250 Abs. 1 und Art. 273 der Richtlinie 2006/112 (früher Art. 2 und 22 der Richtlinie 77/388) sowie von Art. 325 AEUV und somit als Durchführung des Unionsrechts im Sinne von Art. 51 Abs. 1 der Charta anzusehen.“ Die schwedische, die tschechische und die dänische Regierung, Irland, die niederländische Regierung sowie die Europäische Kommission hatten die Vorlagefragen demgegenüber für unzulässig und den EuGH für unzuständig gehalten (Rn. 16 des Urteils).	1 5 10
Die Formulierung des Art. 51 Abs. 1 ChGrEU unter Verwendung der Worte „ausschließlich“ und „Durchführung“ sollten eine Einschränkung gegenüber der früheren Grundrechtsjudikatur des EuGH bewirken, die sich auf einen weit verstandenen „Anwendungsbereich des Unionsrechts“ bezog. Der EuGH sollte damit gewissermaßen auf den Kernbereich des (von den Mitgliedstaaten durchgeführten) Unionsrechts beschränkt bleiben (vgl. den Blogbeitrag von Hans Peter Lehofer, http://blog.lehofer.at/2013/02/Akerberg.html). Der EuGH hat jedoch in der Rechtssache C-617/10 – Åkerberg Fransson die „Durchführung des Unionsrechts“ mit dem „Anwendungsbereich des Unionsrechts“ gleichgesetzt. Da das Unionsrecht inzwischen fast alle Lebensbereiche regelt, wäre der Anwendungsbereich der ChGrEU und die damit verbundene Zuständigkeit des EuGH sehr weitreichend.	15 20 25
Der EuGH dehnt die Kompetenz der EU und seine eigene Rechtsprechungskompetenz dabei über Gebühr aus. Art. 325 AEUV enthält zwar eine Regelung zur Bekämpfung von Betrugereien zum Nachteil der Union und einen Hinweis auf die finanziellen Interessen der Union. Aber wenn es hier nicht um eine mangelhafte Umsetzung von europäischen Richtlinien in nationales Recht, sondern um die nur mittelbar-faktische mögliche Beeinträchtigung des Mehrwertsteueraufkommens eines Mitgliedstaats geht, das sich wiederum indirekt auf den EU-Beitrag des Mitgliedstaats auswirken könnte, dann ist der Zusammenhang sehr weit hergeholt. Der EuGH überspielt dabei die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten und greift in den Kompetenzbereich des Steuerstrafrechts ein, in dem er nach den Art. 83 und 325 nur sehr geringe Kompetenzen hat.	30 35 40
Mannigfaltige Rechtsprechungskonflikte können im Grundrechtsbereich dadurch entstehen, dass derselbe Gegenstand auf mehreren Ebenen in ggf. unterschiedlicher Weise geregelt ist und von den entsprechenden Verfassungsgerichten dann auch noch unterschiedlich ausgelegt wird: für die Mitglieder des Europarats Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR); in der EU die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ChGrEU) und der Europäische Gerichtshof (EuGH); in Deutschland das Grundgesetz (GG) und das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), und in einigen deutschen Bundesländern auch noch Grundrechtsgewährleistungen in den Landesverfassungen, die das jeweilige Landesverfassungsgericht anwendet.	45 50
Damit die Grundrechtsgewährleistungen des Grundgesetzes angesichts der Rechtsprechung des EuGH zu ChGrEU nicht völlig leerlaufen, ist eine Beschränkung der ChGrEU auf die Fälle angezeigt, in denen es um die Durchsetzung und Umsetzung des Unionsrechts im engeren Sinne geht.	55
Es ist nur schwer vorstellbar, dass eine Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV gegen ein Urteil des EuGH, über das der EuGH in eigener Sache zu urteilen hätte, erfolgreich sein wird, wenn eine solche Klage denn überhaupt zulässig wäre.	60
Eine Kontrolle und Korrektur kann unter der geltenden Verfassungslage effektiv nur durch das Bundesverfassungsgericht erfolgen, indem das Gericht prüft, ob sich ein Rechtsakt der EU im Rahmen der übertragenen Hoheitsrechte hält und ob die Verfassungsidentität des Grundgesetzes noch gewahrt ist. Damit das	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Bundesverfassungsgericht Gelegenheit zur Prüfung erhält, ist eine Ergänzung des Verfassungsprozessrechts und die Einführung einer neuen Verfahrensart in Art. 93 GG und im Bundesverfassungsgerichtsgesetz dringend erforderlich.</p> <p>5</p> <p>I28 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>10 Haftungserweiterung bei Vermögensdelikten – Wirtschaftskriminalität bekämpfen</p> <p>15 Wenn ein Unternehmen seine Geschäftspartner immer wieder betrügt, systematische Vermögensschädigung gewissermaßen zum Geschäftsmodell wird, muss dieses wesentlich härter sanktioniert und bestraft werden. Hierzu sind die gesetzlichen Vorschriften insbesondere wie folgt zu ergänzen:</p> <p>20 1) Nicht nur das Unternehmen, sondern insbesondere auch diejenigen, die für dieses handeln, haften mit ihrem Privatvermögen. Dies gilt auch für etwaige Ansprüche des in Rede stehenden Unternehmens gegenüber den handelnden gesetzlichen Vertretern, gegebenenfalls bis zum Vorstand. Verjährungsfristen für Ansprüche gegen das Unternehmen oder die Verantwortlichen werden zu Gunsten der Opfer ausgeweitet. Rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die ausgenutzt werden, um Vermögen zu Lasten der Opfer zu verschieben, werden beseitigt.</p> <p>25 2) Die Aufbewahrungsfrist der Kontounterlagen für Banken ist auf 30 Jahre zu erweitern (dieses stellt aufgrund der ohnehin erfolgten Digitalisierung kein Problem dar).</p> <p>30 3) Verbrechen und Vergehen dürfen sich nicht lohnen. Die Verjährungsfristen für derartige Straftaten werden daher ausgeweitet. Die Vorschriften zum Verfall und zur Einziehung werden mit dem Ziel überarbeitet, aus diesen Straftaten erlangtes Vermögen zu sichern und den Täter zu entziehen.</p> <p>40</p> <p>I29 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>45 Insolvenzgutachter und späterer Insolvenzverwalter müssen personenverschieden sein</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden aufgefordert darauf hinzuwirken, in der Insolvenzordnung festzuschreiben, dass der Insolvenzgutachter und der (spätere) Insolvenzverwalter personenverschieden sein müssen.</p> <p>55</p> <p>I30 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>60 Haftungserweiterung bei Betrug</p> <p>Wenn ein Unternehmen seine Geschäftspartner immer wieder betrügt, der systematische Betrug gewissermaßen zum Geschäftsmodell wird, muss dieses wesentlich härter sanktioniert und bestraft werden. Hierzu sind die gesetzlichen Vorschriften wie folgt zu ergänzen:</p> <p>65 1. Nicht nur das Unternehmen, sondern insbesondere auch diejenigen, die hierfür verantwortlich sind, haften mit ihrem Privat-</p>	<p>I28 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Haftungserweiterung bei Vermögensdelikten – Wirtschaftskriminalität bekämpfen</p> <p>Erledigt durch Überweisung von I 30 an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>I29 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Insolvenzgutachter und späterer Insolvenzverwalter müssen personenverschieden sein</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>I30 <i>Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Haftungserweiterung bei Betrug</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>vermögen, und zwar auch gegenüber dem Unternehmen, das in Schadenersatzprozessen unterliegt.</p> <p>2. Dieses gilt auch für die direkten Vorgesetzten, gegebenenfalls bis zum Vorstand.</p> <p>3. Die Verjährungsfrist für derartige Straftaten ist auf 30 Jahre zu erweitern.</p> <p>4. Die in diesem Zeitraum erfolgten Übertragungen von Vermögenswerten durch Schenkungen (zum Beispiel an Ehefrau und / oder Kinder) sind der Haftungs-masse zuzuführen.</p> <p>5. Die Aufbewahrungsfrist der Kontounterlagen für Banken ist auf 30 Jahre zu erweitern (dieses stellt aufgrund der ohnehin erfolgten Digitalisierung kein Problem dar).</p> <p>6. Wenn Behörden untätig geblieben sind, darf dieses nicht dazu führen, dass derartige Straftaten zur Bewährung ausgesetzt oder sehr milde bestraft werden. Das Vergehen darf also nicht durch Behördenversagen verharmlost oder fast legalisiert werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<p>I31 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen</p> <p>Die betrügerischen Manipulationen der Autoindustrie haben aufgezeigt, dass eine Ahndung dieser kriminellen Machenschaften durch immer höhere Bußgelder nach den Bestimmungen für Ordnungswidrigkeiten nicht ausreicht. Leidtragende sind Arbeitnehmer, Verbraucher und Aktionäre, nicht aber die persönlich Verantwortlichen der Konzerne. Die AG SPD 60 plus fordert daher den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, sicherzustellen, dass betrügerische Manipulationen und Kartellverstöße als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Dies ist in anderen Ländern bereits üblich.</p>	<p>I31 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Einführung strafrechtlicher Ahndung von Kartellverstößen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>I32 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Änderungsantrag Kapitel XI.9 / Stasi-Unterlagenbehörde</p> <p><i>XI.A102 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Streiche in Zeile 2149 das Wort „zügig“.</p> <p>Ersetze in den Zeilen 2150 und 2151 den Satz „Die vorliegende Empfehlung der Expertenkommission aus 2016 bietet hierfür eine gute Grundlage.“ durch:</p> <p>„Aus unserer Sicht wird eine schlichte Angliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv unter den bisherigen Bedingungen der besonderen historischen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der offene Zugang zu den Akten einer ehemaligen Geheimpolizei ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte dementsprechend auch weiterhin durch die wohnortnahen Außenstellen gewährleistet werden. Ebenso wollen wir die archivalischen Bedingungen verbessern und eine langfristige Personalplanung ermöglichen.“</p> <p>Einsetzen in Zeile 2156: Wir werden die Treuhand-Akten vollständig sichern. Wir prüfen eine vorzeitige Freigabe aller Treuhand-Akten ab 2020 und werden Forschungsprojekte zu den Akten unterstützen. Wir prüfen zudem die Einrichtung einer Kommission „Aufarbeitung der Nachwendezeit“.</p>	<p>I32 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Änderungsantrag Kapitel XI.9 / Stasi-Unterlagenbehörde</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 I33 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa</p> <p>5</p> <p>Die SPD bedauert die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: „Mindestspeicherung“). Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/ 24/EG. Als Teil der Bundesregierung muss die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.</p> <p>10 Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist.</p> <p>15 Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.</p> <p>20 Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.</p> <p>25 Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das mit vermeintlichen – aber nicht belegten – Vorteilen bei der Strafverfolgung nicht aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung und Vorbeugung von Straftaten müssen Energie und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher v.a. die Personalmittel von Polizei und Sicherheitsbehörden ihren Aufgaben angemessen aufgestockt werden.</p> <p>30 Die SPD wünscht sich eine möglichst parteioffene Diskussion über die VDS und hofft auf eine Meinungsänderung.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>	<p>I33 <i>Unterbezirk Mainz-Stadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>I34 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>50 Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!</p> <p>Im Januar 2012 wurde von der Europäischen Kommission ein umfassender Entwurf für eine Datenschutzgrundverordnung, als Teil der EU-Datenschutzreform, vorgelegt. Inhalt des Entwurfes waren die Modernisierung des Rechtsrahmens für den Schutz personenbezogener Daten, die Harmonisierung aller bestehenden Vorschriften in der EU und eine Sicherung des bestehenden Datenschutzniveaus. Aktuell und nach drei Jahren der Diskussion um diesen Entwurf innerhalb der Kommission sowie dem Parlament, hat der Rat der Europäischen Union entschieden, einen eigenen Entwurf zu präsentieren, der Basis für die Verhandlungen im „Trialog“ zwischen dem EU-Parlament, der Kommission und der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union ist. Dieser Trialog begann am 24. Juni 2015 in Brüssel und beinhaltet vor allem die Thematiken der Datensparsamkeit, der Datenvermeidung sowie der Zweckbindung von Datenerhebung. Forderungen:</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>I34 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!</p> <p>Erledigt durch Beschluss der EU-DSGVO vom EU-Parlament am 14. April 2016</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung darf nicht untergraben werden!</p> <p>Der Entwurf der Europäischen Kommission zur „General Data Protection Regulation“ sieht eine Abkehr vom Prinzip der Datensparsamkeit und Datenvermeidung vor, hin zu einer nicht exzessiven Datennutzung. Dabei ist nicht definiert, was als nicht exzessiv angesehen wird. Diese Beurteilung unterliegt lediglich den Datenverarbeitenden und Datenerhebenden. Wir fordern, es dürfen nur die personen- bezogenen Daten erhoben werden, die für die jeweilige Anwendung unbedingt notwendig sind. Das Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung darf nicht untergraben werden. Zweckbindung der Datenerhebung muss erhalten bleiben!</p> <p>Der derzeitige Entwurf erlaubt das Weiterverarbeiten von Daten, wenn historische, wissenschaftliche oder statistische Gründe vorliegen. Dabei sind Datenverarbeitende nicht mehr an den ursprünglichen Zweck der Erhebung gebunden. Daher fordern wir, dass die Zweckbindung nicht geschwächt werden darf. Einmal erhobene personenbezogene Daten, sollen nur für den ursprünglichen Zweck verwendet werden dürfen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>I35 <i>Ortsverein Oberneisen (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz</p> <p><i>So6 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Die Regionale Daseinsvorsorge muß als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert werden.</p>	<p>I35 <i>Ortsverein Oberneisen (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>I36 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Rechtsanspruch auf Beratung für Betroffene von Menschenhandel</p> <p>Immer dann, wenn Menschen besonders verletzlich und schutzlos sind, sind sie ein lohnendes Ziel für kriminelle Profiteure, sog. „Menschenhändler_innen“. Es verwundert daher nicht, dass in sehr vielen Fällen Frauen, Kinder und Menschen aus Regionen und Ländern, in denen ihnen kein oder kein ausreichender Schutz gewährt wird oder werden kann von diesen Verbrechen betroffen sind. Dies gilt aber auch insbesondere momentan für Menschen, die sich auf der Flucht in oder nach Europa befinden und ihr Leben oder das anderer in die Hände Fremder legen, in der Hoffnung, die Chancen auf ein gutes Leben zu erhöhen. Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Kinderpornographie, Zwangsverheiratungen und ähnliches sind heute hochaktuell und wir sind weit davon entfernt, diese Kreise und Netzwerke zu sprengen und die Drahtzieher_innen zu entmachten.</p> <p>Das Übel an der Wurzel packen, würde bedeuten, die strukturellen Diskriminierungen dieser Gruppen zu bekämpfen und ihre Rechte zu stärken. Dies ist ein langwieriger Prozess, der vorangetrieben werden muss, um andere vor diesen Verbrechen zu schützen. Zugleich aber muss denjenigen, die bereits von Menschenhandel betroffen sind, die Möglichkeit gegeben werden, den kriminellen Profiteur_innen zu entkommen oder das Erlebte zu verarbeiten und ggf. rechtliche Schritte einzuleiten. Dies kann jedoch nur von Einrichtungen geleistet werden, die auf das Thema spezialisiert sind,</p>	<p>I36 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Rechtsanspruch auf Beratung für Betroffene von Menschenhandel</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 über die notwendige Erfahrungen verfügen und ausreichend finanziert sind, um eine angemessene Beratung zu gewährleisten. DieSPD fordert daher, einen rechtlichen Anspruch auf psycho-soziale und juristische Beratung für alle Betroffenen von Menschenhandel in seinen Facetten, wie beispielsweise Arbeitsausbeutung, 5 Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Kinderpornographie, Zwangsverheiratungen etc. gesetzlich zu verankern. Die Beratung muss von Einrichtungen, die auf diese Themen spezialisiert sind, übernommen werden und darf nicht von einer Kooperationsbereitschaft der Opfer im Strafverfahren abhängig gemacht werden.</p> <p>10</p> <p>I37 Landesverband Hessen</p> <p>Anonymisierte Bewerbungen einführen - Diskriminierung abbauen</p> <p>20 Die SPD möge auf die Schaffung eines Pilotprojekt nach dem Vorbild Baden-Württembergs und anderer Bundesländer hinwirken, bei dem die Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst und freiwilliger partizipierender Unternehmen mittels anonymisierter 25 Bewerbungsverfahren erfolgt. Bei der Anonymisierten Bewerbung wird zunächst auf ein Foto, Name, Adresse, sowie die Angabe von Alter, Familienstand und Herkunft verzichtet. So kann sichergestellt werden, dass die Entscheidung für eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch nur aufgrund von Qualifikationen für die 30 ausgeschriebene Stelle basiert. Zusätzlich sollte das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Nach einer positiven Evaluation sollten anonymisierte Bewerbung flächendeckend etabliert werden.</p> <p>35</p> <p>I38 Landesverband Bayern</p> <p>40 Flächendeckende Gefangenenseelsorge</p> <p>Stand Februar 2015 findet im deutschen Strafvollzug eine Gefangenenseelsorge für Angehörige muslimischer Konfessionen nur in Niedersachsen statt, nachdem das Bundesland Berlin ein 45 entsprechendes Pilotprojekt abgebrochen hat. Eine konfessionelle Gefangenenseelsorge ist jedoch nach § 157 StVollzG Aufgabe des Justizvollzuges. Zwar sieht das Gesetz eine „anderweitige Betreuung“ vor, wenn die geringe Zahl der Angehörigen einer Religionsgemeinschaft eine hauptamtliche Seelsorge nicht rechtfertigt, dies 50 ist jedoch zumindest in den meisten Bundesländern für Musliminnen längst nicht mehr der Fall. Konfessionslose Gefangene werden überhaupt nicht betreut.</p> <p>Der Anteil muslimisch gläubiger Gefangener an der Gesamtzahl inhaftierter liegt je nach Bundesland im mittleren ein- bis niedrigen 55 zweistelligen Prozentbereich (Beispiele: Niedersachsen: 8%, Berlin: ca. 20%). Nach Artikel 140 GG ist dabei die Sicherstellung der Gefängnisseelsorge eine gemeinsame Aufgabe des Staates und der betreffenden Religionsgemeinschaften. Da jedoch konfessionslose, islamische und andere Weltanschauungsgemeinschaften bisher vereinsmäßig und in Verbandsstrukturen, nicht jedoch übergreifend 60 als Körperschaften öffentlichen Rechts organisiert sind, ergibt sich eine Differenz zur christlichen Gefangenenseelsorge, die durch die großen Konfessionskirchen getragen wird. Für den Staat ergibt sich damit die Schwierigkeit „im Einvernehmen mit den Religionsgemeinschaften“ Seelsorger hauptamtlich (als Beamtinnen auf Lebenszeit) zu ernennen oder im Angestelltenverhältnis im Staatsdienst zu beschäftigen.</p> <p>65</p>	<p>I37 Landesverband Hessen</p> <p>Anonymisierte Bewerbungen einführen - Diskriminierung abbauen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 84)</p> <p>I38 Landesverband Bayern</p> <p>Flächendeckende Gefangenenseelsorge</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Dies kann jedoch kein dauerhaftes Hindernis für die Bereitstellung einer umfassenden und flächendeckenden Gefängnisseelsorge darstellen. Die Gefangenen anderer Weltanschauungen haben auf eine solche schlicht ein gesetzliches Anrecht.	1
Eine zusätzliche Dringlichkeit der Abschaffung dieses Missstandes ergibt sich dabei aus der Auswertung von biographischen Werdegängen fundamentalistischer Gewalttäterinnen (z.B.: Attentäter von Paris und Kopenhagen, westliche Unterstützerinnen des IS und anderer islamistischer Bürgerkriegsparteien im Nahen Osten. Diese lässt den klaren Rückschluss zu, dass die maßgebliche Radikalisierung dieser jungen Menschen sehr häufig im Strafvollzug stattfand. Dabei hatten die der Haftstrafe zugrundeliegenden Straftaten häufig keinerlei religiösen Bezug, vielmehr handelte es sich zuallermeist um Eigentums- und Gewaltdelikte (Diebstahl, Betrug, Körperverletzung, Raub, usw.), die eher in Zusammenhang mit der vorhandenen sozialen Ausgrenzung und persönlichen Perspektivlosigkeit zu sehen sind.	5
Junge, von der Gesellschaft desillusionierte Menschen werden dabei unter den Bedingungen einer Freiheitsstrafe leicht zu Opfern einer vermeintlich sinngebenden Hinwendung zu fundamentalistischen Interpretationen von Religionen, die ihnen zur Aufrechterhaltung und Schaffung einer eigenen Identität in Abgrenzung von der als ablehnend empfundenen Mehrheitsgesellschaft dienen. Diese kann sowohl durch Vermittlung über entsprechend indoktrinierte Kontaktpersonen (Mitgefangene) wie auch durch naives Selbststudium religiöser Schriften erfolgen. Eine solche Radikalisierung geht dabei zumeist ohne eine tiefere Auseinandersetzung mit zentralen Glaubensinhalten und entsprechender Wissensaneignung einher. In Gefängnissen routinemäßig ergriffene Maßnahmen wie die Nutzung von Sperrlisten im Internet oder ähnliches können eine Verbreitung entsprechenden Gedankengutes nicht verhindern. Während andere Staaten wie Frankreich in Reaktion auf die Anschläge in Paris (auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt) das Problem durch Sonderhaftanstalten für „islamistische Straftäter“ zu begrenzen versuchen, ist es der vorrangige Auftrag der deutschen Strafgerichtsbarkeit, Häftlinge zu resozialisieren und auf eine Rückkehr in die Gesellschaft vorzubereiten. Gerade angesichts des Ziels der Resozialisierung und der Erfordernis, die Haftstrafe möglichst kurz zu halten, ist es von oberster Priorität, der Radikalisierung von Strafgefangenen vorzubeugen.	10
Dabei ist natürlich eindeutig, dass auch eine kompetente und als Glaubensautorität empfundene Seelsorge nur ein Baustein einer größeren Anstrengung zur (Re-)Integration und Radikalisierungsverhinderung leisten kann. Nur im Zusammenwirken mit bereits vorhandenen und weiter auszubauenden Programmen im Bereich der (Gewalt-)Prävention sowie der Jugend- und Sozialarbeit können langfristige Erfolge erzielt werden. Wir fordern daher, dass in allen Bundesländern unverzüglich ein Prozess zur flächendeckenden Etablierung einer Gefängnisseelsorge für alle Weltanschauungen angestoßen wird.	15
Diese ist im Zusammenwirken mit den vor Ort organisierten islamischen Verbänden anzustreben. Ist eine Darstellung der Gefängnisseelsorge durch die Uneinigkeit der Verbände untereinander, eine fundamental abweichende Vorstellung der Verbände in Bezug auf die Funktion der Seelsorge oder die Propagierung verfassungsfeindlicher Glaubensinhalte durch Funktionärinnen/Vertreterinnen der Religionsgemeinschaften nicht möglich, so sollen die jeweiligen Bundesländer ein eigenständiges Seelsorgeangebot schaffen. Dabei ist darauf zu achten, dass alle einzustellenden hauptamtlichen muslimischen Seelsorgerinnen umfassende akademische Qualifikationen in islamischer Theologie bzw. Islamwissenschaften aufweisen. Gegebenenfalls ist eine Schulung/Qualifizierung bereits vorhandener religiöser Autoritäten durch Aufbaustudiengänge zu erwägen. So die Anzahl der Häftlinge eine Differenzierung nach Glaubensrichtungen/ Konfessionen zulässt, ist die Seelsorge bekenntnisgebunden für alle Konfessionen hinreichender Größe anzubieten.	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Damit soll sichergestellt werden, dass auch jedem muslimisch gläubigen Häftling regelmäßig einE kompetenteR Ansprechpartne- 5 rin zur Verfügung steht, der Fragen über und in Bezug auf Religion und Weltanschauungen mit einer entsprechenden Autorität beant- worten und das Selbststudium anleiten und begleiten kann. Die Anstellung soll im staatlichen Angestelltenverhältnis erfolgen (öf- fentlicher Dienst). Entlohnung und Arbeitsbedingungen sollen den Seelsorgerinnen christlicher Konfession gleichgestellt werden. im Auswahlprozess der Seelsorger (z.B. bei Berufungskommissionen) 10 sowie eventueller „freier Seelsorgehelferinnen“ ist bei Bedarf auf die Fachkenntnisse universitärer Forschungsinstitutionen zurück- zugreifen sowie eine Abfrage polizeilicher und geheimdienstlicher institutionen durchzuführen. Es soll sichergestellt werden, dass die Gefängnisseelsorgerinnen auch in der Transitionsphase nach einer 15 Haftentlassung als Ansprechpartnerinnen der ehemaligen Häftlin- ge zur Verfügung stehen und ihnen weitere Hinweise in Bezug auf Resozialisierungsprogramme, eine Nachbetreuung oder religiösen Anschluss geben können. Die Einbindung regionaler Weltanschauungs-/Religionsgemein- schaften in die Gefangenenseelsorge soll dabei nach Maßgabe des 20 Anstaltsleiters (gemäß § 157/3 StVollzG) auf Veranlassung der hauptamtlichen Seelsorger in Form „freier Seelsorgehelferinnen“ erfolgen, soweit dies zur Abwicklung religiöser Glaubensakte oder sonstiger Veranstaltungen notwendig erscheint. Langfristig ist es 25 unser Ziel, dass - soweit es ermöglicht werden kann - die Gefange- nen aller Religionen eine ihrem Glauben entsprechende Seelsorge erhalten können.</p>	
<p>30 I39 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Reform des Rechts der 35 Religionsgesellschaften</p> <p>Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur historische Wur- zeln und Verbindungen zum Christentum und den christlichen Kir- 40 chen, sondern ist offen für andere Religionen und auch dem Ge- dankengut des Humanismus und der Aufklärung verpflichtet. Eine Staatsreligion besteht nicht. Die freiheitlich-demokratische Grund- ordnung des Grundgesetzes hat verschiedene ideengeschichtliche Grundlagen, aber in keinem Fall gehen eine Religion oder eine 45 Weltanschauung dem Grundgesetz mit seinen Grundrechten und den Gesetzen des Staates vor. Der Staat sollte so weit wie mög- lich religiös und weltanschaulich neutral sein. Im Jahr 2013 waren in Deutschland bereits 33 % aller Deutschen konfessionslos. Es ist an der Zeit, die Trennung von Staat und Kirche konsequenter als 50 bisher durchzuführen – ohne Einschränkungen bei der Religions- freiheit.</p> <p>Der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion, alle deut- schen Landtage und SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, 55 das Recht der Religionsgemeinschaften grundlegend im Sinne ei- ner vollständigen Trennung von Staat und Kirche zu reformieren. Kernpunkte der Reform sollten sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit des Art. 4 I, II GG bleibt unverändert erhalten. • Beim Religionsunterricht ist eine Änderung der Art. 7 II, III GG 60 und Art. 141 GG zu prüfen mit dem Ziel, dass die Bundesländer darüber entscheiden, ob und wie in ihrem Bundesland Religions- unterricht oder weltanschaulicher Unterricht erteilt wird. • Die über Art. 140 GG in das Grundgesetz inkorporierten Art. 65 136-141 WRV sind zu streichen oder vollständig in das Grund- gesetz zu integrieren. Im Einzelnen: • Der Hinweis in Art. 136 I WRV auf die bürgerlichen und staats- bürgerlichen Rechte und Pflichten ist weitgehend überflüssig 	<p>I39 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Reform des Rechts der Religionsgesellschaften</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>und ergibt sich aus dem im konkreten Einzelfall mit der Religionsfreiheit kollidierenden Verfassungsrecht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die in Art. 136 II WRV geregelte Nichtdiskriminierung wegen des religiösen Bekenntnisses ist bereits in Art. 3 III 1 GG geregelt. • Die Nichtoffenbarungspflicht des Art. 136 III GG der religiösen Überzeugung kann auch einfachgesetzlich geregelt werden und ergibt sich dem Grunde nach aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 1 I i.V.m. Art. 2 I GG und dem darin enthaltenen Recht auf informationelle Selbstbestimmung. • Art. 136 IV WRV ist als Regelung überflüssig, weil dies bereits Inhalt der negativen Religionsfreiheit ist und diese in Art. 4 I GG verankert ist. • Die Regelung des Art. 137 I WRV („Es besteht keine Staatskirche.“) könnte in Art. 4 I 2 GG geregelt werden oder ersatzlos entfallen. • Alle Religionsgesellschaften, die jetzt noch Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sollten in juristische Personen des Privatrechts wie z.B. eingetragener Verein umgewandelt werden (Streichung Art. 137 V WRV). Als Körperschaften des öffentlichen Rechts sind sie derzeit „Teil des Staates“, was der Trennung von Staat und Kirche widerspricht. • Die Vereinigungsfreiheit der Religionsgesellschaften, die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheit, ihre Staatsferne und ihre Rechtsfähigkeit nach Art. 137 II, III und IV WRV könnte einfachgesetzlich geregelt werden, sofern sich dies nicht schon der Vereinigungsfreiheit des Art. 9 I GG ergibt, nachdem die Religionsgesellschaften in private Rechtsform umgewandelt worden sind. • Die Kirchensteuer sollte abgeschafft werden (Art. 136 VI WRV). Wie jeder privatrechtliche Verein können die Religionsgesellschaften Beiträge von ihren Mitgliedern erheben. • Die Gleichstellung der Weltanschauungsgemeinschaften in Art. 137 VII GG und der Verweis auf die Landesgesetzgebung in Art. 137 VIII GG sind danach ebenfalls obsolet. • Die Ablösung der Staatsleistungen nach Art. 138 I WRV kann und sollte abschließend einfachgesetzlich geregelt werden. • Art. 138 II WRV ist überflüssig, wenn sich die Religionsgesellschaften in privater Rechtsform dann auf das Eigentumsgrundrecht des Art. 14 I GG berufen können. • Der Schutz des Sonn- und Feiertages kann einfachgesetzlich erfolgen und muss nicht über Art. 139 WRV in der Verfassung geregelt sein. • Gleiches gilt für die Anstaltsseelsorge des Art. 141 WRV. • Alle Religionsgesellschaften sollen verpflichtet werden, über ihr Vermögen, ihre Einnahmen und Ausgaben umfassend Buch zu führen und die Angaben zu veröffentlichen. 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>I40 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz</p> <p>Wir begrüßen die von der SPD-Bundestagsfraktion angestoßene Diskussion über ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland. Die Zusammenführung zahlreicher unterschiedlicher rechtlicher Regelungen und die Schaffung weiterer legaler Zuwanderungswege sind aus unserer Sicht schon lange überfällig. Ein Einwanderungsgesetz könnte hier Klarheit schaffen und erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Allerdings sind bisher nur einige mögliche Eckpunkte bekannt und viele für die Menschen wichtige Details noch gar nicht geklärt. Wir wollen diese Diskussion konstruktiv begleiten, aber zugleich auch einige Anforderungen formulieren, die ein solches Gesetz aus unserer Sicht mitbringen sollte:</p>	<p>I40 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Anforderungen an ein modernes Einwanderungsgesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Wir lehnen ein rein nachfrageorientiertes Einwanderungsgesetz ab, das sich ausschließlich am angeblichen ökonomischen Wert eines Menschen orientiert. Es muss Einwanderungschancen für alle Menschen geben. Möglicherweise können Systeme wie z.B.</p> <p>5 die in den Vereinigten Staaten durchgeführte „Greencard-Lotterie“ Ansatzpunkte dafür liefern.</p> <p>• Das Recht auf Asyl darf im Zuge eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht weiter angetastet werden. Zuwanderung, die zum Teil ökonomisch begründet wird, darf nicht gegen den Schutz von Flüchtlingen und humanitäre Pflichten ausgespielt werden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf bei der Entscheidung über Asyl keine Rolle spielen. Im Rahmen des Asylverfahrens bestehende Barrieren, wie z.B. die nach 15 Monaten entfallende Vorrangprüfung wollen wir abschaffen.</p> <p>10 • Bei der „nachfrageorientierten Zuwanderung“ wird vielfach die Einrichtung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die z.B. die Kriterien für die Erstellung eines Punktekatalogs entwickeln soll. Sofern ein solches Gremium in Betracht gezogen wird, ist für uns klar, dass nicht nur WirtschaftsvertreterInnen, sondern auch Sachverständige aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und selbstverständlich auch MigrantInnenorganisationen beteiligt werden müssen. Ein neues Einwanderungsgesetz muss diskriminierungsfrei ausgestaltet sein und die tatsächlichen beruflichen und sozialen Erfahrungen der EinwanderInnen berücksichtigen.</p> <p>15 • Wir sehen den systematischen Abzug von ausgebildeten Fachkräften aus Ländern mit erheblichen eigenen Entwicklungsdefiziten kritisch. Um die Möglichkeit zur zwischenzeitlichen Rückkehr und des wirklichen Wissensaustauschs zu fördern, wollen wir eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglichen. Zudem soll auch die gegenseitige Anerkennung von Ansprüchen aus den jeweiligen Sozialversicherungen ermöglicht werden.</p> <p>20 • Es muss in Zukunft möglich sein, dass z.B. AsylbewerberInnen auch aus ihrem laufenden Verfahren hinaus parallel eine Einwanderung im Sinne des neuen Gesetzes anstreben können. Der Wechsel des aufenthaltsrechtlichen Status muss deutlich vereinfacht werden.</p> <p>• Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten zur partiellen Nachqualifizierung sind bisher nicht ausreichend und die finanziellen Belastungen durch Gebühren im Anerkennungsverfahren deutlich zu hoch und bundesweit uneinheitlich geregelt. Zudem sollte das Angebot berufsbezogener Deutschkurse systematisch ausgebaut werden.</p> <p>25 • Zudem wollen wir die Möglichkeiten für junge Menschen verbessern nach Deutschland einzuwandern, um sich hier ausbilden zu lassen. Dafür sollen die Anerkennung von Schulabschlüssen und Möglichkeiten zur Nachqualifikation verbessert werden. Es soll inhaltliche und sprachliche Vorbereitungskurse geben, auch um über die Rechte als Auszubildende*r oder Arbeitnehmer*in aufzuklären. Es soll eine Agentur zur Vermittlung offener Ausbildungsstellen in das Ausland geschaffen werden.</p> <p>30 • Im Rahmen der Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes sollten auch weitere rechtliche Hürden abgebaut werden. So muss z.B. der Familiennachzug vereinfacht werden und die Hürden zur Einbürgerung sollten sinken. Die in der Vergangenheit durch die SPD erreichten Erfolge u.a. bei der gewachsenen Rolle des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht oder bei der Verleihung der doppelten Staatsbürgerschaft wollen wir weiter ausbauen. Für uns hat zudem die politische Partizipation von EinwanderInnen höchste Priorität. Wir wollen das Wahlrecht z.B. durch die Schaffung eines Kommunalwahlrechts für AusländerInnen (Änderung von Artikel 28, Absatz 1 GG) zugänglicher machen.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I41 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Einwanderungsgesetz? - Ja, aber richtig!</p> <p>Zeitgemäße Einwanderung erleichtern Ein modernes Einwanderungsgesetz soll nicht dazu beitragen Deutschland und Europa weiter abzuschotten und unseren Arbeitsmarkt zu „schützen“. Es soll Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies legal zu tun und dabei auch noch die größtmögliche Unterstützung bei der Integration und dem Aufbau eines neuen Lebens geben.</p> <p>Die SPD ist der Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert. Notwendig sind ein verbesserter Schutz von verfolgten Menschen, die Schaffung eines umfassenden Integrationsangebotes und der Abbau von Integrationshürden. Es ist deswegen gut und richtig, dass die SPD Bundestagsfraktion das Thema Einwanderung in den Fokus rückt. Um ein Einwanderungsgesetz zu gestalten, das unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt, braucht es eine breite Diskussion innerhalb der SPD. Es muss aus unserer Sicht deswegen folgenden Punkten entsprechen:</p> <p>Kein Punktesystem Ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild, das eine Einwanderung von Menschen an ihr Alter, ihren Bildungsstand, ihre Herkunft oder eine Arbeitsplatzzusage knüpft, lehnen wir entschieden ab. Ein neues Einwanderungsgesetz darf Menschen nicht nach der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft beurteilen. Denn zum einen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei Weitem nicht der einzige Grund, warum Menschen nach Deutschland immigrieren wollen und zum anderen widerspricht die Beurteilung von Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit unserem sozialdemokratischen Menschenbild. Der Glaube, man könne Engpässe auf dem Arbeitsmarkt mit restriktiver und begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken ist falsch und macht Menschen zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man wie alle anderen Rohstoffe auch nach Belieben importieren bzw. exportieren kann. Und gibt es plötzlich einen Überschuss in einer Berufsbranche, werden Visa nicht verlängert, die Einreisehürden z.B. für Angehörige verschärft und damit Familien auseinandergerissen und Lebenspläne zerstört. Und das alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.</p> <p>Zudem zementiert das Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale Ungleichheit und schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Die Grenzen Deutschlands und Europas müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der dauerhaft in Deutschland leben möchte, sollte auch ein uneingeschränktes Bleiberecht bekommen und braucht zeitgemäße Integration.</p> <p>I42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Ausländergesetz</p> <p><i>I20 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Die Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder zur Durchführung des Ausländergesetzes zu § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG werden dahingehend geändert, dass von einer Lebensunterhaltssicherung für nachziehende Familienmitglieder abzusehen ist, wenn</p>	<p>I41 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Einwanderungsgesetz? - Ja, aber richtig!</p> <p>Ablehnung</p> <p>I42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Ausländergesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 das zum Nachzug berechtigende Familienmitglied (Zusammenfüh- render) seit mehr als 10 Jahren in Deutschland lebt, einer Volltags- beschäftigung nachgeht, aber den Lebensunterhalt der nachziehen- den Familie dennoch nicht sichern kann.</p> <p>5</p>	
<p>I43 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>10 Keine Abschiebungen von Afghanen</p> <p>Die SPD im Kreis Offenbach fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, sich ebenfalls deutlich gegen Abschie- bungen nach Afghanistan einzusetzen.</p> <p>15</p>	<p>I43 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Keine Abschiebungen von Afghanen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 77)</p>
<p>I44 <i>Ortsverein Tamm (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Abschiebungen nach Afghanistan</p> <p>Die SPD ist für die sofortige Einstellung von Abschiebungen nach Afghanistan mit Ausnahme von kriminell gewordenen und als „Ge- fährdern“ eingestuften Asylbewerbern.</p> <p>25</p>	<p>I44 <i>Ortsverein Tamm (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Abschiebungen nach Afghanistan</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 77)</p>
<p>I45 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen</p> <p>Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, die Abschiebung afghani- scher Flüchtlinge zu stoppen. Afghanistan ist derzeit kein sicheres Herkunftsland. (Einige Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Nie- dersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein weigern sich abzuschieben).</p> <p>40</p>	<p>I45 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 77)</p>
<p>I46 <i>Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern) Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan. Die Humanität gebietet: keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan.</p> <p>55 <i>I23 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Der Anschlag in el Sharif, einer sogenannten „sicheren afghani- schen Region“, hat erneut gezeigt: Afghanistan ist weder sicher noch stabil (vgl. UNHCR-Bericht für 2016). Die Abschiebung von Flüchtlingsen in dieses Land entspricht nicht unseren sozialdemo- kratischen und humanitären Werten. In Afghanistan gibt es keine sicheren Regionen. Für Rückkehrer ist es erst recht nicht sicher. Der UNHCR-Bericht für 2016 stellt fest, dass ganz Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffne- ten Konflikt im Sinne des Art. 15 c der EU-Qualifikationsrichtlinie erfasst ist. Zwischen sicheren und unsicheren Regionen könne man</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>I46 <i>Unterbezirk Würzburg Stadt Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan. Die Humanität gebietet: keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan.</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 77)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>»aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage« in dem Bürgerkriegsland nicht unterscheiden. Der UNHCR lehnt daher Abschiebungen ab und verweist darüber hinaus auf die sowieso schon verschärfte Lage durch 1,7 Millionen Binnenvertriebene und abgeschobene Rückkehrer aus Iran und Pakistan. Darüber hinaus wurden die Gebiete in Afghanistan unzureichend auf die einschränkenden, gesundheitlichen Belange geprüft.</p>	1
<p>Gut integrierten Flüchtlingen bestehende Bleibeperspektiven aufzeigen!</p> <p>Wir beobachten, dass nicht nur in Bayern vermehrt Menschen abgeschoben werden, die schon lange hier sind, Arbeit haben, über gute Deutschkenntnisse verfügen und sehr häufig gut integriert sind. Die Länderparlamente sollten durch den Bundestag dazu angehalten werden, geflüchtete Menschen, die sich seit mehreren Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten und sich gut integrieren, aktiv über ihre Optionen aufzuklären und sie zur Antragstellung zu ermutigen.</p>	5
<p>Rechtsschutz ausweiten!</p> <p>Viele Afghanen haben nur noch eingeschränkten Rechtsschutz, weil die wenigen Rechtsanwälte, die es für diese Fälle gibt, inzwischen häufig die Übernahme der Fälle mit der Begründung verweigern, sie seien überlastet. Das ist eine erhebliche Beeinträchtigung für ein rechtsstaatliches Verfahren. Deshalb braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, um die Rechtsberatung auf kommunaler Ebene auszuweiten.</p>	10
	15
	20
	25
	30
<p>I47 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Berlin leistet Widerstand gegen lebensbedrohliche Abschiebepläne</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Neubewertung der Lage in Afghanistan vorgenommen und ein bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen wird. Dabei nimmt das Land Berlin eine Vorreiterrolle ein, wobei im Regelfall keine Abschiebungen nach Afghanistan vorgenommen werden.</p>	35
	40
	45
<p>I48 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine Abschiebungen nach Afghanistan</p> <p>Die Bundesregierung hat letztes Jahr beschlossen, verstärkt Geflüchtete aus Afghanistan abzuschieben. Viele Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit haben daraufhin ihren Protest laut gemacht, da Afghanistan immer noch kein sicheres Land ist.</p> <p>Der Beschluss hat die Folge, dass viele Menschen, die sich über Jahre ein Leben in Deutschland aufgebaut haben und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind nach Afghanistan abgeschoben werden. Nicht nur werden dadurch Familien und Freunde auseinandergerissen. Nicht nur werden den Unternehmen und der deutschen Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte und Unternehmer*innen weggenommen. Nicht nur leidet die Menschlichkeit darunter. Diese Menschen werden zurück in ein Land geschickt, das noch immer unter dem Terror und der Verfolgung der Taliban und anderer Gruppierungen leidet. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen neuen</p>	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Beschluss zu fassen, Afghanistan als unsicheres Land einzustufen und die Abschiebungen sofort zu stoppen.</p> <p>5 I49 <i>Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung SPDqueer</i></p> <p>10 Keine Ausweitung von sicheren „Herkunftsstaaten“ – Maghreb Staaten sind für LSBTTIQ*-Personen alles andere als sicher!</p> <p>15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates werden aufgefordert, gegen die Ernennung von Marokko, Tunesien und Algerien als „sichere Herkunftsstaaten“ zu stimmen.</p> <p>20</p> <p>I50 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>25 Maghreb Staaten Marokko, Algerien und Tunesien keine „sicheren Herkunftsstaaten“</p> <p>30 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekräftigen unsere Auffassung, dass auch die sog. Maghreb Staaten Marokko, Algerien und Tunesien keine „sicheren Herkunftsstaaten“ zur Zeit darstellen. Wir fordern daher kurzfristig, dass die Anerkennung von Verfolgungen auf Grund von Geschlecht, politischen Überzeugungen, religiösen Ansichten, der individuell gewollten Lebensweise (z. B. Trans, Inter) sowie sexueller Orientierungen nicht abgelehnt werden darf, weil die Verfolgung in einem sog. „sicheren Herkunftsland“ erfolgte.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>I51 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>45 Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem Grundgesetz</p> <p>50 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, die rechtliche Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtigten und Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit Blick auf den Familiennachzug wiederherzustellen.</p> <p>55</p> <p>I52 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>60 Rechte von Geflüchteten uneingeschränkt wahren</p> <p>65 Die SPD steht dafür, dass die unveräußerlichen Menschenrechte aller Menschen, insbesondere die Rechte von Minderheiten, uneingeschränkt gewahrt werden. Die Rechte der zu uns kommenden Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, wurden an vielen Stellen im Jahr</p>	<p>I49 <i>Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung SPDqueer</i></p> <p>Keine Ausweitung von sicheren „Herkunftsstaaten“ – Maghreb Staaten sind für LSBTTIQ*-Personen alles andere als sicher!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>I50 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Maghreb Staaten Marokko, Algerien und Tunesien keine „sicheren Herkunftsstaaten“</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>I51 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem Grundgesetz</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76)</p> <p>I52 <i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rechte von Geflüchteten uneingeschränkt wahren</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76, 77, 86)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Keine beschleunigten Verfahren In Anlehnung an die EU-Türkei-Vereinbarung soll bei jedem Asylantrag als erster Schritt geprüft werden, ob der Asylantrag zulässig ist. War der Asylsuchende vorher in einem „ersten Asylstaat“</p> <p>5 (ein Land, wo die Person schon einen Schutzstatus zugesprochen bekommen hat) oder in einem „sicheren Drittstaat“ dann soll der Asylantrag als unzulässig erklärt werden. Das ist zwar nach bisherigem Recht auch schon möglich, nun soll die Zurückschiebung aber automatisch und vorrangig vor Schutzvorschriften erfolgen.</p> <p>10 Kommt die Person aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ dann soll auch in einem beschleunigten Verfahren der Antrag abgelehnt werden. Auf europäischer Ebene sollen „sichere Dritt- und Herkunftsstaaten“ festgelegt werden. Wir lehnen die Idee der „sicheren Herkunftsstaaten“ wie schon auf Bundesebene auch auf europäischer</p> <p>15 Ebene und die Zulässigkeitsverfahren ab.</p> <p>Ermessenklausel und Fristen für Wiederaufnahmegesuch und Überstellung erhalten Mithilfe der Ermessenklausel hat Deutschland 2015 die Dublin-</p> <p>20 Verfahren bezüglich syrischer Flüchtlinge ausgesetzt und aus humanitären Gründen die Zuständigkeit für diese übernommen. Mit Dublin IV soll dies nicht mehr möglich sein. Auch sollen die Fristen entfallen, nach denen ein Wiederaufnahmegesuch an den Ersteinreisestaat gestellt oder eine Überstellung durchgeführt werden</p> <p>25 muss. Somit wird den Staaten an den EU-Außengrenzen die permanente Verantwortung übertragen. Beide Änderungen lehnen wir ab.</p> <p>Korrekturmechanismus für Zuweisung von Asylsuchenden</p> <p>30 kein Ansatz für solidarische Verteilung Der Vorschlag zur Verteilung von Asylsuchenden zur Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen ist unzureichend und am Ende wahrscheinlich kaum wirksam. Die Korrektur beschränkt sich zum einen nicht auf den Großteil der Anträge – die, die wahrscheinlich als unzulässig erklärt werden, sind nicht beinhaltet. Eine</p> <p>35 Verteilung wird darüber hinaus erst ab einer Überschreitung der Zielgröße von über 150%, für die der jeweilige Staat laut Quotenverteilung (nach Bevölkerungsgröße und Gesamt-BIP) zuständig wäre, gestartet. Die Verbindlichkeit an der Verteilung ist weiterhin</p> <p>40 dürftig geregelt und Ausstiegsmöglichkeit durch einen „Solidarbeitrag“ wird sicher ohne Wirkung bleiben. Wir wollen eine tatsächliche solidarische Verteilung, die auch den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht wird und diese berücksichtigt. Ein „Weiter so“ des nationalen Egoismus lehnen wir ab.</p> <p>45</p> <p>Sanktionierung von Sekundärmigration gehört gestrichen Asylsuchenden sollen im Falle, dass sie ihren Antrag nicht im Ersteinreise-Land gestellt haben durch beschleunigte Verfahren, die zu massiven Nachteilen führen werden, bestraft werden. Wenn</p> <p>50 Asyl-suchen nicht im zuständigen Land bleiben, soll auch noch der Verlust aller „materiellen Leistungen im Rahmen der Aufnahme“ entfallen. Leistungsbegrenzung auf Basisleistungen für Geflüchtete dürfen nicht gegen bestehende Rechtsgrundlagen verstoßen. Diese harte Drangsalierung von Geflüchteten gehört gestrichen.</p> <p>55</p> <p>I54 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>60 Keine weitere Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes</p> <p>65 Der Integration eine echte Chance geben: das „Gesetz zur erleichterten Ausweisung“ entschärfen Im Rahmen des „Asylpakets II“ trat das „Gesetzes zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten</p>	<p>I54 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Keine weitere Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern“ am 11. März 2016 in Kraft. Dieses Gesetz besagt, dass Ausländer*innen bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr, auch wenn diese Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist, einem „besonders erschwerten Ausweisungsinteresse“ unterliegen. Dieses Gesetz gilt für alle Menschen ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft, unabhängig von ihren sonstigen Lebensumständen oder der Dauer ihres bisherigen Aufenthaltes.</p> <p>Selbstverständlich verurteilt die SPD Straftaten jeglicher Art, unabhängig davon, von wem diese begangen werden. Rechtsstaatliche Verfahren müssen für alle Menschen gleichermaßen gelten. Die mit dem genannten Gesetz eingeführten Maßnahmen bewerten wir jedoch als verfehlt. Diese neue Regelung schafft eine prekäre Lebenssituation für Menschen ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft, da sie schon bei geringen Straftaten von einer Ausweisung bedroht sind, selbst wenn sie schon seit vielen Jahren in Deutschland leben. Für eine erfolgreiche Integration ist eine solche Regelung hinderlich. Zudem kann das neue Gesetz zwar eine Ausreisepflicht begründen, jedoch heißt dies noch nicht, dass die betroffene Person das Land verlassen muss. Dies kann dazu führen, dass Menschen wegen kleinerer Delikte jegliche Integrationsperspektive abgesprochen wird und sie trotzdem weiterhin hier leben. Damit wird ihnen jedoch der Anreiz für eine Integration genommen. Dies widerspricht insbesondere dem Grundgedanken des Jugendstrafrechts, dessen Grundsätze auf eine künftige positive Entwicklung straffälliger Jugendlicher gerichtet sind. Wir sprechen uns dafür aus, dass für Menschen ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft das gleiche Strafmaß wie für Staatsbürger*innen angelegt wird. Eine zusätzliche Bestrafung für Ausländer*innen durch die Verhängung einer Ausreisepflicht lehnen wir hingegen ab.</p> <p>Daher fordern wir die SPD Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich für eine Entschärfung des beschlossenen Gesetzes einzusetzen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>I55 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen</p> <p><i>13 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>I. Angesichts der weltweiten Flüchtlingskatastrophe bedarf es einer neuen globalen Flüchtlingspolitik.</p> <p>Griechenland und Italien werden von den europäischen Staaten allein gelassen, in Griechenland herrscht Notstand und in Italien ebenso. Zu viele europäische Partnerstaaten verweigern sich der notwendigen humanitären Solidarität, sie treten damit die europäischen Werte mit Füßen.</p> <p>Das Abkommen der EU mit der Türkei ist eine weitere Abschottungsmaßnahme der EU.</p> <p>1. Die SPD im Bundestag soll sich für eine sofortige Überprüfung des EU-Türkei-Abkommens zur Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei einsetzen. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, durch die UNO, den Europarat, unter Umständen auch durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof überprüfen zu lassen, ob das Abkommen mit der europäischen Asylgesetzgebung, mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN- und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.</p> <p>Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag möge unverzüglich eine Anhörung dazu veranstalten. Wenn diese Konventionen und Gesetze verletzt werden, wie der UNO Sonderbeauftragte für Men-</p>	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schenrechte, wie Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen behaupten, ist das Abkommen zu kündigen. Solange das Abkommen in Kraft ist, muss sichergestellt werden, dass die Geldflüsse in die Türkei ausschließlich Flüchtlingsprojekten zugute kommen.</p> <p>5 Die SPD fordert die SPD im Bundestag auf:</p> <p>2. eine Initiative zur humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, die sich bereits in Griechenland und in Italien befinden, zu ergreifen, damit die menschenunwürdigen Verhältnisse in Idomeni, Piräus und auf den griechischen Inseln behoben werden können und in Italien kein unerträglichen Zustände entstehen. Die SPD muss darauf hinwirken, dass die Flüchtlinge nach dem bisher schon vereinbarten Schlüssel in Europa verteilt werden. Die Europäische Union muss sich in angemessener Weise an den Resettlement-Abkommen des UNHCR beteiligen, auch Deutschland hat bisher seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt.</p> <p>10 3. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik jährlich eine angemessene Anzahl Flüchtlinge im Resettlementverfahren aufnimmt. Zusätzlich soll die SPD auf ein Einwanderungsgesetz bestehen. Dazu müssen in Deutschland die erforderlichen Integrationsmaßnahmen getroffen werden.</p> <p>20 4. Die SPD begrüßt, dass die Hilfgelder für die Türkei, Jordanien und Libanon aufgestockt werden, um diesen Ländern, die die größte Anzahl an syrischen Flüchtlingen aufgenommen haben, zu entlasten. Wir fordern die SPD im Bundestag auf, noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, damit die Flüchtlinge ordentlich untergebracht, ernährt und medizinisch versorgt werden können. Darüber hinaus muss für Arbeit und Einkommen, für ausreichende Schulbildung und Ausbildung und damit für Lebensperspektiven gesorgt werden. Ohne diese Unterstützung werden sonst erhebliche Konflikte mit neuen Flüchtlingsströmen entstehen. Die Geldzuweisungen an humanitäre Organisationen wie UNHCR (UN- Flüchtlingsorganisation), World Food Program und Nichtregierungsorganisationen wie Welthungerhilfe, Brot für die Welt und medico international oder Ärzte ohne Grenzen müssen so erhöht werden, dass sie den Anforderungen des humanitären Schutzes genügen. Der Haushalt 2016 der Bundesrepublik muss dem Rechnung tragen, für die Europäische Union ist eventuell ein Nachtragshaushalt nötig.</p> <p>30 5. Die SPD regt an, dass sich die SPD im Bundestag für eine UN-Resolution zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen weltweit einsetzt, damit alle Staaten Solidarität mit Kriegsflüchtlings zeigen.</p> <p>II. Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer langfristigen, nachhaltigen Politik.</p> <p>45 Dazu gehören folgende Elemente:</p> <p>1. Umsetzung der im September in der UNO beschlossenen Sustainable Development Goals. Diese müssen so umgesetzt werden, dass sie tatsächlich Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde Perspektiven für die Menschen beseitigen, Umwelt und Klima nachhaltig schützen und Geschlechtergerechtigkeit fördern. Die Mittel der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen über die bereits beschlossenen begrüßenswerten Erhöhungen hinaus noch weiter aufgestockt werden. Deutschland und die Mitgliedsstaaten der EU müssen insbesondere das (bereits für 2015 zugesagte) Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit (sogenannte ODA-Quote) zur Verfügung zu stellen, schnell verwirklichen. Dabei darf die ODA-Quote nicht durch die Einrechnung der Kosten für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung aufgebläht werden. Die ODA-Mittel müssen in den Herkunftsländern dazu verwendet werden, dass die Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven erhalten und nicht aus Krieg, Hunger und Armut zur Flucht gezwungen werden.</p> <p>55 2. Das globale Handelssystem muss fairer gestaltet werden. Auch alle europäischen Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements) müssen revidiert werden, wenn sie insbesondere die Länder Afrikas in ihrer eigenen Entwicklung behindern und vor allem den ungehemmten Export aus europäischen Ländern befördern</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
und in den Partnerländern Wirtschaftsstrukturen zerstören (siehe Export von subventionierten Agrarprodukten). Die anzustrebenden neuen Handelsabkommen müssen den Partnerländern den Aufbau eigener Produktionen durch protektionistische Maßnahmen gestatten, subventionierte europäische Agrarexporte müssen verboten werden. Investitionen in Drittstaaten müssen in den schwächeren Ländern Arbeitsplätze und Wertschöpfung fördern. In allen Handelsabkommen der Europäischen Union sind zwingend verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards wie alle acht ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde- Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen (Corporate Human Rights Due Diligence), die die UNO beschlossen hat, schnell in einen nationalen Aktionsplan umzusetzen.	1
3. Alle Maßnahmen der Handelspolitik und der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit müssen darauf überprüft werden, ob sie den Partnerländern schaden. Überfischung muss besser kontrolliert und geahndet werden, weil dadurch der einheimischen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Landgrabbing (Aufkauf oder Pachtung von Agrarflächen) für den Anbau von Agrarprodukten für das Agrobusiness muss verhindert werden, z.B. durch internationale Abkommen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss gefördert werden, da sonst die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann.	5
4. Die Klimakatastrophe muss durch Einhaltung der beschlossenen Werte verhindert werden. Schon jetzt gibt es Flüchtlinge vor Dürre oder Überschwemmungen, bei Nichtstun drohen weitere Flucht- und Migrationsbewegungen. Ökologische und soziale Fluchtursachen können so eingedämmt werden.	10
5. Um mehr Gerechtigkeit in der Welt zu ermöglichen, muss international die Steuerpolitik fairer werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet und Niedrigsteuerwettbewerb abgestellt werden. Die SPD fordert nach wie vor eine Finanztransaktionssteuer. Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern müssen verhindert werden.	15
6. Um Flucht und Vertreibung zu verhindern bedarf es einer internationalen Anstrengung, um Konflikte zu regeln, Krisen zu bewältigen und Kriege zu vermeiden. Die Stärkung und der Ausbau ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist dringend erforderlich. Es stehen dafür zahlreiche Organisationen und nationale Instrumente zur Verfügung. UNO, EU, OSZE verfügen jeweils über Krisenpräventionszentren, die in der Lage sind, Konflikte im frühen Stadium zu erkennen. Oft fehlt es aber an politischem Willen, mit diplomatischen oder anderen nicht-militärischen Maßnahmen einzugreifen. Auch die Bundesrepublik hat zahlreiche nationale Instrumente der zivilen Krisenprävention eingerichtet, diese müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dies bedeutet auch mehr finanzielle Mittel für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für internationale Friedenseinsätze.	20
7. Waffenexporte sind ein wesentlicher Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen. Waffenexporte in Spannungsgebiete sind grundsätzlich zu verbieten, der Endverbleib exportierter Waffen genau zu kontrollieren und Lizenzen an Nicht-NATO- und diesen gleichgestellten Staaten nicht mehr zu vergeben.	25
8. Deutschland hat zur Zeit den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE befindet sich in einer tiefen Krise. Die Bundesregierung (und damit besonders der deutsche Außenminister) sind gefordert, den Reformprozess so zu befördern, dass die OSZE wieder zu einer Organisation zur Bewahrung von Frieden und Stabilität und zum Konfliktausgleich werden kann. Ein neuer kalter Krieg und erneutes Wettrüsten müssen verhindert werden. Die Konflikte mit Russland müssen bearbeitet und gemildert werden. Langfristig muss es Initiativen zur Etablierung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur geben.	30
9. Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung aufgefordert, deren friedensstabilisierende Elemente zu unterstützen und zu stär-	35

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 ken, insbesondere die Funktionsfähigkeit der Blauhelmissionen. Die Generalversammlung der UNO hat mehrere völkerrechtlich bedeutende Berichte beschlossen, die zu verbindlichen Völkerrecht weiterentwickelt werden sollten. Die Bundesregierung soll sich be-</p> <p>5 mühen, insbesondere den Grundsatz der Responsibility to Protect, der internationalen Schutzverantwortung, zu stärken. Damit könnte ein frühes diplomatisches Eingreifen der internationalen Völkergemeinschaft in krisenhafte Entwicklungen legitimiert werden. Den syrischen Bürgerkrieg zu beenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der Völkergemeinschaft, um das Flüchtlingselend der Syrer zu stoppen. Die SPD dankt insbesondere dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier für seinen unermüdlichen Einsatz für die Friedensgespräche in Genf.</p> <p>10</p> <p>15</p>	
<p>156 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>20 <i>Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen</i></p> <p>25 Die SPD-Bundestagsfraktion soll im Rahmen ihrer Regierungsbe- teiligung ihren Einfluss auf die Verhandlungen mit der Türkei gel- tend machen. Die finanziellen Hilfen für die Türkei müssen konkret mit der Ver- besserung der Bedingungen für syrische Frauen und Mädchen ver- 30 bunden sein. Die türkische Regierung muss zur konsequenten Einhaltung der geltenden Gesetze bezüglich des Verbots der Heirat unter 18 und der Polygamie aufgefordert werden. Ebenso muss sie zur Schaf- fung von Anlaufstellen für syrische Mädchen und Frauen und der 35 Bereitstellung von finanziellen Hilfen bei drohender Zwangsheirat verpflichtet werden.</p>	<p>156 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Kein Sklavenhandel oder Zwangsverheiratung von Flüchtlingsfrauen und Mädchen</i></p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76)</p>
<p>40 157 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p><i>Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren – Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen</i></p> <p>45 Wir fordern die Verantwortungsträger*innen in Parlamenten und Regierungen auf Landes- und Bundesebene dazu auf, ihre symbol- politische Fokussierung von Abschiebungen auf die Umsetzung in- tegrationspolitischer Maßnahmen zu verlagern. Im Zusammenhang mit den im ‚Gesetzentwurf zur besseren Durch- setzung der Ausreisepflicht‘ vorgeschlagenen Änderungen im Auf- enthalts- und Asylrecht fordern wir, dass die Belange von Kindern 55 und Jugendlichen Berücksichtigung finden. Das Kindeswohl sollte im Zentrum einer humanitär ausgerichteten Migrationspolitik ste- hen und darf auch bei Menschen mit geringer Bleibeperspektive nicht unter den Tisch fallen. Wir fordern daher von Bund und Län- dern: 60 • die Asylantragsstellung für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (umA) soll nicht regelmäßig durch die Jugend- ämter von Amtswegen erfolgen, sondern weiterhin nur am Kin- deswohl ausgerichtet; • Abschiebungen sollen zukünftig – insbesondere, wenn Minder- 65 jährige betroffen sind – grundsätzlich mindestens vier Wochen zuvor angekündigt werden.</p>	<p>157 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p><i>Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren – Integrations- vor Abschiebungspolitik stellen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits- programmprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • die Begrenzung der Aufenthaltszeit in den Landesaufnahmeeinrichtungen auf max. drei Monate, wenn Kinder und Jugendliche betroffen sind. <p>Die UN-Kinderrechtskonvention ist im derzeitigen Aufenthalts- und Asylrecht und bei zukünftigen Veränderungen voll zu berücksichtigen. Ein wesentliches Menschenrecht ist das Recht auf Bildung – unabhängig von Herkunft und Asylstatus. Wir fordern daher von den Ländern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Schulpflicht auch für Kinder und Jugendliche in den Landesaufnahme-einrichtungen; • die Sprachförderung und schulische Integration an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes durch entsprechende personelle Verstärkung sicherzustellen; • Einführung einer qualifizierten Kompetenzfeststellung vor der Schullaufbahnentscheidung; • die Verbesserung des Zugangs für 16-/17-Jährige zu allgemeinbildenden Schulen mit der Möglichkeit zu höherwertigen Schulabschlüssen, insb. Abitur; • die Schaffung von Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen insbesondere für über 18-Jährige. <p>I58 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Sicherer Aufenthaltsstatus für alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Deutschland</p> <p>Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für einen uneingeschränkten sicheren Aufenthaltsstatus für alle gut integrierten unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Deutschland einzusetzen, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen und mindestens bis zum Ende eines berufsbildenden Abschlusses. Außerdem soll der § 25a Abs. 1 AufenthG dahingehend geändert werden, dass die Altersgrenze von 14 Jahre auf 12 Jahre herabgesetzt, ebenso wie die Anzahl der Jahre von 4 auf 2 Jahre reduziert wird. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige soll geprüft werden und ist altersabhängig zu bewerten.</p> <p>I59 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Verbesserung des Gewaltschutzes in Flüchtlingsunterkünften</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, den Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern. Es ist dringend notwendig, dass in Deutschland die EU-Aufnahmerichtlinie umgesetzt wird. Dazu liegen Untersuchungen und Empfehlungen für Maßnahmen vor, die die Verpflichtung aus Artikel 18 Abs. 4 der EU-Aufnahmerichtlinie, geschlechtsspezifische Gewalt, sexuelle Belästigungen und Übergriffe zu verhindern, umsetzen. Bauliche Maßnahmen wie abschließbare und getrennte sanitäre Anlagen, abschließbare Zimmer, Schutzräume für besonders gefährdete Personen (z. B. Frauen, Kinder, Homosexuelle, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle, Religiöse Minderheiten) in den Unterkünften sollten Standard sein. Darüber hinaus werden die Benennung von Ansprechpersonen und ein Notfallplan für den Verdachtsfall empfohlen. Konkret fordern wir, dass nach § 44 Absatz 3 Asylgesetz folgende Absätze eingefügt werden:</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76, 87)</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76) Überweisung als Material an Bundestagsfraktion</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 (4) Bei der Unterbringung Asylbegehrender nach Absatz 1 berücksichtigen die Träger von Aufnahmeeinrichtungen geschlechts- und altersspezifische Aspekte sowie die Situation von schutzbedürftigen Personen. Sie treffen geeignete Maßnahmen, damit Übergriffe und geschlechtsbezogene Gewalt einschließlich sexueller Übergriffe und Grenzverletzungen in den Aufnahmeeinrichtungen verhindert werden.</p> <p>5 (5) Die Träger von Aufnahmeeinrichtungen sollen nur Personal einsetzen, das für ihren jeweiligen Einsatzbereich angemessen geschult ist.</p> <p>10 (6) Die Länder sollen Qualitätskriterien für geeignete Maßnahmen nach Absatz 4 Satz 2 bestimmen. Sie treffen geeignete Maßnahmen zur Kontrolle, dass die Träger von Aufnahmeeinrichtungen ihrer Pflicht nach den Absätzen 4 bis 6 nachkommen.</p> <p>15</p> <p>I60 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>20 Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen</p> <p>25 <i>II3 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>1. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen haben besondere Bedürfnisse. Sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch nach Zuweisung zu einer Kommune sind die spezifischen Leistungen für besonders schutzbedürftige Personen gemäß §§4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz bundesweit gleichartig und bei Bedarf zeitnah zu gewährleisten. Ist in einer Erstaufnahmeeinrichtung der Bedarf durch den Gesundheitsdienst festgestellt, so muss das auch für die weitere Unterbringung seitens der Kommunen und Städte verbindlich sein.</p> <p>30 2. Bei abgelehnten Asylbewerbern mit Behinderungen muss die Behinderung dem Duldungsgrund „Krankheit“ gleichgestellt werden, sofern im Herkunftsland Verschlechterungen des Gesundheitszustandes und/oder Diskriminierung drohen.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>I61 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Geschlechtsspezifische Forderungen für Flüchtlinge</p> <p>50 Wir setzen uns für die Umsetzung folgender Forderungen ein: Für Flüchtlinge in den Unterkünften:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Flüchtlinge müssen darüber aufgeklärt werden, dass sexuelle Gewalt eine Straftat ist! • Das professionelle und ehrenamtliche Betreuungspersonal muss für das Thema Gewalt und sexuelle Belästigung sensibilisiert werden. • Der Zugang zu Frauenhäusern und zum Hilfetelefon muss auch für geflüchtete Frauen gewährleistet werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine bundeseinheitliche Regelung und Finanzierung. • Für allein reisende Frauen und Mädchen müssen von Männern getrennte Unterkünfte bereitgehalten werden. • In den gemischten Unterkünften müssen nach Geschlechtern getrennte, abschließbare Sanitäranlagen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen Aufenthaltsräume nur für Frauen zur Verfügung gestellt werden. <p>65</p>	<p>I60 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Flüchtlinge und Asylbewerber mit Behinderungen</p> <p>Überweisung an Bundestagsfraktion</p> <p>I61 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Geschlechtsspezifische Forderungen für Flüchtlinge</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 76) Überweisung als Material an Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Viele Frauen kommen mit psychischen und traumatischen Erkrankungen an – für sie muss umgehend medizinische und psychologische Versorgung bereit gestellt werden. • Schwangere Frauen und junge Mütter brauchen besonderen Schutz. Der Zugang zur Hebammen-Betreuung vor und nach der Geburt muss gewährleistet werden – ebenso eine familienfreundliche Unterbringung. • Broschüren und Informationsmaterial in den benötigten Sprachen müssen zur Verfügung gestellt werden. • Wachdienste sollten auch mit Frauen besetzt werden 	1
<p>Für Frauen im Asylverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe. • Weibliche Dolmetscher (die ohne religiöse und kulturelle Vorbehalte agieren) müssen zur Verfügung stehen, damit die Frauen nicht vor Scham schweigen. Wenn irgendwie möglich sollten Frauen auch nur von Frauen angehört werden. • Während der Anhörung von Müttern müssen die Kinder betreut werden. • Schwangere dürfen nicht abgeschoben werden 	5
<p>Flüchtlinge in der Integration</p> <ul style="list-style-type: none"> • Integration beginnt mit der Sprache. Sprachschulung muss deshalb direkt nach der Erstaufnahme beginnen und sollte auch geschlechtergetrennt angeboten werden. • Die Teilnahme von Frauen und Männern an allen Kursen muss verpflichtend sein. Eltern muss dafür eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden. • Zugleich mit dem Spracherwerb müssen die Grundregeln und –werte der Aufnahmegesellschaft vermittelt werden – für Männer und Frauen. Dazu gehört auch die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Strafbarkeit von Vergewaltigung – auch in der Ehe und das Verbot von Gewalt gegen Ehefrauen und Kindern 	10
Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt durch Bundesmittel!	15
I62 <i>Landesverband Bayern</i>	20
Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen eingehen!	25
Wir fordern, dass die Unterbringung von weiblichen Geflüchteten auf deren Wunsch hin in separaten Gemeinschaftsunterkünften speziell für Frauen erfolgt. Zwar lehnen wir generell die Unterbringung in großen Gemeinschaftsunterkünften ab und befürworten die dezentrale Unterbringung in kleineren Wohngruppen bzw. bei Privatpersonen, solange jedoch am derzeitigen Prinzip der zentralen Unterbringung festgehalten wird, fordern wir zusätzlich separate Unterkünfte für Frauen sowie Mindeststandards wie Rückzugsräume für Frauen und abschließbare, geschlechtergetrennte Sanitäranlagen in den gemischtgeschlechtlichen Gemeinschaftsunterkünften. Weiterhin fordern wir den Ausbau von Beratungsstellen für geflüchtete Frauen, insbesondere für Opfer von sexualisierter Gewalt. Hierfür müssen die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch muss das Personal in den Unterkünften im Themenbereich sexuelle Gewalt geschult werden. Im Registrierungs- und Asylverfahren muss es das Recht auf eine Anhörung durch eine Frau und eine Dolmetscherin geben.	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 I63 <i>Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>5 Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!</p> <p><i>I24 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>10 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass es in der Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert. Gerade</p> <p>15 minderjährige Geflüchtete leiden darunter und benötigen besonders Schutz.</p> <p>Keine weiteren Leistungskürzungen: Ein Entwurf des Bundesministeriums für die Reform des SGB VIII (Jugendhilfegesetz) will die pädagogische, individuelle Betreuung verringern, stattdessen soll mehr Augenmerk auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt werden. Vor allem bei den Angeboten für minderjährige Geflüchtete soll gekürzt werden. Wir finden das falsch. Gerade diese jungen Menschen brauchen Unterstützung. Wir fordern:</p> <p>25 Das Prinzip der bedarfsgerechten und individuellen Unterstützung durch die Jugendhilfe darf nicht noch weiter unterlaufen werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete dürfen nicht als homogene Gruppe angesehen werden. Sie haben wie alle Jugendliche und Kinder unterschiedlichste Bedürfnisse und Wünsche. Wir brauchen</p> <p>30 eine bessere pädagogische Betreuung und keine Leistungskürzungen. In kleineren Gruppen mit guter pädagogischer Betreuung kann auf die Bedürfnisse der Jugendlichen besser eingegangen werden als in großen Masseneinrichtungen.</p> <p>35 Bessere Verteilung von Minderjährigen Geflüchteten: Minderjährige Geflüchtete werden mittlerweile, wie Erwachsene, über eine Quotenregelung bundesweit verteilt. Davor wurden sie direkt am Ankunftsort untergebracht. Leider haben sich nicht alle Jugendämter an der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beteiligt. Doch die Situation der Jugendlichen hat sich durch die aktuelle Verteilungspraxis weiter verschlechtert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es gibt keine rechtliche Vertretung für die Jugendlichen, vor der 45 • Durch die aktuelle Regelung ist nicht ersichtlich wie viele Minderjährige keine Leistungen der Jugendhilfe erhalten, etwa weil sie in Notunterkünften, Gemeinschaftsunterkünften oder bei Verwandten untergebracht werden. • Außerdem sind geflüchtete Jugendliche weiterhin deutlich beschränkter in ihrem Handeln als andere Jugendliche in Deutschland. <p>50 Die Situation der minderjährigen Geflüchteten muss sich wieder verbessern. Es braucht eine Verteilung die zuerst auf den Schutz der Minderjährigen achtet und ihren Bedürfnissen gerecht wird, transparent ist und die Bundesländer gleichmäßig beteiligt.</p> <p>55 Inobhutnahme: Eine Inobhutnahme stellt immer einen massiven Eingriff in das Leben des Kindes oder des*der Jugendlichen da und kann nur dadurch gerechtfertigt werden, dass das Kindeswohl sichergestellt werden muss. Daher darf eine Inobhutnahme nicht durch die Behörden wegen Verfahrenszwängen im Asylverfahren oder aufenthaltsrechtlichen Belangen beeinträchtigt werden. Die Inobhutnahme nimmt dem oder der Jugendlichen Handlungsspielräume und eröffnet auf</p> <p>65 der anderen Seite neue Gestaltungsspielräume in geschützter Umgebung. Daraus ergeben sich für uns drei elementare Forderungen: Das Kindeswohl und die Interessen des Kindes stehen im Prozess der Inobhutnahme im Vordergrund. Das Vorgehen der Behörden,</p>	<p>I63 <i>Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Besserer Schutz von minderjährigen Geflüchteten!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
beteiligten Institutionen und Personen hat sich hieran zu orientieren.	1
Geltendes Recht muss in allen Bundesländern effektiv umgesetzt werden. Jedem Kind muss die Inobhutnahme, geeignete Unterbringung und Betreuung ermöglicht werden.	5
Clearingverfahren müssen bundesweit zum Standard bei der Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter gehören und eine geeignete Infrastruktur und ein geeigneter Zeitraum ist dafür einzuführen.	10
Junge Erwachsene Geflüchtete:	
Unbegleitete minderjährige Geflüchtete fallen in Deutschland unter die Jugendhilfe. Das schützt sie zum großen Teil vor den Restriktionen des Asylrechts.	15
Häufig fällt dieser Schutz aber nach Erreichen des achtzehnten Lebensjahres weg. Oft fallen die Jugendlichen dann nicht mehr unter die Jugendhilfe, was bedeutet, dass sie in eine Gemeinschaftsunterkunft umziehen müssen, den Vormund verlieren, oder im schlimmsten Fall abgeschoben werden. Häufig hat die Beendigung der Jugendhilfe auch deutliche Leistungskürzungen zur Folge.	20
Nach § 41 SGB VIII können junge Menschen einen Anspruch auf Hilfe für junge Erwachsene geltend machen. Davon sind junge Geflüchtete, ungeachtet ihres Aufenthaltstitels, nicht ausgenommen. Es gibt hier allerdings regional sehr viele Unterschiede. Das darf nicht sein! Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) muss von jungen Geflüchteten vollumfänglich in Anspruch genommen werden können. Sie ist essentiell um die Erfolge von Schule und Jugendhilfe Maßnahmen abzusichern.	25
Begleitete Minderjährige	30
Egal ob geflüchtete Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern oder alleine eingereist sind, sie genießen dieselben Rechte wie alle anderen Minderjährigen in Deutschland. Leider werden diese aber sehr häufig nicht umgesetzt. Das Asylgesetz (z.B. Unterbringung, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip) und das Asylbewerberleistungsgesetz (Gesundheitsversorgung) führen dazu, dass diese Kinder und Jugendlichen benachteiligt werden und das Kindeswohl missachtet wird. Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen dezentral und so untergebracht werden, dass das Kindeswohl gewährleistet ist.	35
Die Situation der geflüchteten Kinder hat sich immer weiter verschlechtert. So dauert die Integration in die kommunalen Systeme oft viel zu lange und es wird kein Wert darauf gelegt Kindern und Jugendlichen, die eine geringere Bleibeperspektive haben, angemessen zu versorgen.	40
Kinderrechte und Minderjährigenschutz sowie bedarfsgerechte Unterstützung müssen für alle geflüchteten Kinder und Jugendliche ohne Einschränkung gelten. Sie brauchen einen besonderen Schutz vor Ausbeutung und Bedrohungen.	45
Der Zugang zur Schule für Geflüchtete	50
Da in Deutschland Bildung die Sache der Länder ist, gibt es auch hier die unterschiedlichsten Konzepte wie die Integration der Kinder und Jugendlichen in das Schulsystem aussieht. Meistens besteht nach 3 bzw. 6 Monaten eine Schulpflicht für die jungen Geflüchteten. Die Schulpflicht endet allerdings unterschiedlich im Alter zwischen 15-18 Jahren.	55
Wer zu alt für die Regelschulzeit ist hat nur wenig Chancen den Abschluss nachzuholen. Höchstens über Abendschulen, Weiterbildungskollegs und Volkshochschule kann man noch einen Abschluss erwerben. Allerdings sind die Angebote regional sehr unterschiedlich. Das gleiche gilt für die angebotenen Studiums- und Ausbildungsplätze. Alle sollten unsere Meinung nach die Bildung bekommen, die er*sie möchte, denn Bildung ist ein Menschenrecht und trägt maßgeblich zur Partizipation und Integration von Menschen in unsere Gesellschaft bei. Deswegen fordern wir:	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Für den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen müssen für alle Geflüchteten ungeachtet des Aufenthaltsstatus dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger*innen.</p> <p>5 • Für den sofortigen Zugang zu BAföG und der Berufsausbildungsbeihilfe müssen für alle Geflüchteten dieselben Regelungen gelten wie für deutsche Staatsbürger*innen.</p> <p>• Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Zeugnisse.</p> <p>• Kostenfreier Zugang zu Deutschkursen, auch weiterführenden Deutschkursen.</p> <p>10 Dass die Rechte von minderjährigen Geflüchteten immer noch mit Füßen getreten werden ist eine Schande. Wir müssen diese junge Menschen qualifizieren und befähigen ihre Zukunft in diesem Land selbstständig mitzugestalten.</p> <p>15</p> <p>I64 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>20 Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen mit Kindern und</p> <p>25 Jugendlichen verpflichtend einführen</p> <p><i>115 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>30 Der §45 SGB VIII schreibt sämtlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung vor, dass sie räumliche, fachliche, wirtschaftliche und personelle Voraussetzungen im Sinne der Förderung des Kindeswohls erfüllen sowie für eine gesundheitsfördernde Umgebung Sorge tragen müssen, um eine Betriebserlaubnis zu erhalten.</p> <p>35 Derzeit ist der §45 SGB VIII für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen außer Kraft gesetzt. Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche in Geflüchtetenunterkünften keinen besonderen Schutz genießen und damit strukturell gegen das Kinderrecht verstoßen wird. Wir möchten, dass für das Wohl aller Kinder und Jugendlichen gesorgt wird. Darum fordern wir:</p> <p>40 • die ausnahmslose Gültigkeit des §45 SGB VIII in allen Geflüchtetenunterkünften und Erstaufnahmestellen,</p> <p>45 • die Einführung einer verpflichtenden Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen, in denen Kinder und Jugendliche leben oder einen Teil des Tages verbringen,</p> <p>• die regelmäßige Überprüfung der für eine Betriebserlaubnis erforderlichen Standards nach §45 SGB VIII.</p> <p>50</p> <p>I65 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>55 Mehr Geld für Lehrkräfte von Integrationskursen</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages auf, sicherzustellen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Erhöhung der Pauschale pro Kursteilnehmer*in und Unterrichtseinheit vom 1. Juli 2016 auch tatsächlich an die Lehrkräfte von Integrationskursen weitergibt.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>I64 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen mit Kindern und Jugendlichen verpflichtend einführen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>I65 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Mehr Geld für Lehrkräfte von Integrationskursen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I66 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Teilnahme an Integrationskursen</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung dazu auf, darauf hinzuwirken, dass Asylbewerber*innen und andere Personengruppen mit einem ungeklärten Status Zugang zu Integrationskursen über das BAMF erhalten.</p>	<p>I66 1 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Teilnahme an Integrationskursen 5</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 87) 10</p>
<p>I67 <i>Ortsverein Stockelsdorf</i> <i>(Landesverband Schleswig-Holstein)</i></p> <p>Unterstützung statt Stigmatisierung – für eine weitsichtige Flüchtlingspolitik</p> <p>Die Flüchtlingssituation stellt Deutschland und Europa vor historische Aufgaben. Dabei muss die Haltung der Sozialdemokratie deutlich gemacht werden. Es gilt die Einheit Europas zu wahren und gleichzeitig der humanitären Verantwortung gegenüber den Geflüchteten gerecht zu werden. Auch die Stockelsdorfer SPD möchte diesen Weg weiterhin beschreiten und konkrete Forderungen an die Bundespolitik stellen. Wir fordern allgemein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine bundesweite Regelung, wie mit Geflüchteten umgegangen wird, die in einem Bundesland ankommen, in dem keine Erstaufnahmeunterkunft für ihr Herkunftsland zuständig ist. Es muss ein sicherer Transport zu dem Bundesland gewährleistet sein, in dem die Geflüchteten aufgenommen werden; 2. dass Geflüchtete im Rahmen einer Anhörung äußern können in welchen Teil (ländlich/städtisch geprägt) des Bundeslandes sie verteilt werden möchten; 3. dass die Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge so gestaltet wird, dass Flüchtlinge eine möglichst große Chance haben, ihre Fluchtgeschichte darzulegen. Dafür bedarf es geeigneter Dolmetscher*innen, bei denen jeweils auch der passende Dialekt beachtet werden muss, um erfolgreiche Kommunikation sicherzustellen. Ergänzend muss die Überprüfung einer Rücktranskription des vom Dolmetscher übersetzten durch den Geflüchteten gewährleistet werden. Des Weiteren muss es möglich sein, nachträglich schriftlich Fakten einzureichen, welche in der Stresssituation der Anhörung nicht genannt wurden. Wir fordern, dass Geflüchtete durch eine Vertrauensperson begleitet werden können; 4. dass der Bescheid über das Asylverfahren neben der regulären Version eine Version in einfacher Sprache beinhalten muss; 5. den bundesweiten Einsatz der Gesundheitskarte für Geflüchtete und begrüßen ausdrücklich die Bemühungen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen diese bereitzustellen; 6. dass geflüchtete Kinder und Jugendliche, die sich hier in Schule oder Ausbildung befinden, oder Schule oder Ausbildung erfolgreich in Deutschland abgeschlossen haben, zusammen mit ihren Eltern einen Aufenthaltstitel erhalten, welcher über bloße Duldung hinausgeht; 7. mehr finanzielle Mittel für die Trauma-Therapie und die Förderung dieses Bereiches in der Ausbildung psychologischer und pädagogischer Berufe. Darüber hinaus werden dringend Dolmetscher*innen benötigt, die diese Therapien begleiten; 8. dass der Staat sich seiner Verantwortung nicht durch ehrenamtliche Strukturen entzieht; 9. weiterhin den Ausbau berufsorientierender Angebote an Schulen, nicht nur für Geflüchtete. Der Zugang zu beruflichen Schulen muss auch nach dem 18. Lebensjahr gewährleistet werden; 	<p>I67 15 <i>Ortsverein Stockelsdorf</i> <i>(Landesverband Schleswig-Holstein)</i></p> <p>Unterstützung statt Stigmatisierung – für eine weitsichtige Flüchtlingspolitik 20</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 10. Bildungsangebote und Betreuungsmöglichkeiten für junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr. Für hochqualifizierte junge Geflüchtete ist ein Studienkolleg eine gute Möglichkeit, sich auf ein Studium an einer deutschen Hochschule vorzubereiten. Diese</p> <p>5 gilt es zu fördern und die bereitgestellten Plätze aufzustocken. Als ein Teil davon muss das Konzept der Gasthörerschaft an FHn und Universitäten für Geflüchtete erweitert werden.</p> <p>11. eine Vollharmonisierung des Geflüchtetenrechts auf europäischer Ebene. Dazu soll langfristig eine europäische Einwanderungs- und Migrationsbehörde geschaffen werden, die sich für die Registrierung und Verteilung der Geflüchteten innerhalb Europas einsetzen wird.</p> <p>10 12. endlich ein Einwanderungsgesetz, durch das deutlich wird, dass Deutschland als Einwanderungsland auch die legale Migration unterstützt. Weiterhin gilt es, vor Ort eine verantwortungsvolle und solidarische Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten zu gewährleisten. Wir begrüßen zwar das hervorragende ehrenamtliche Engagement vieler Bürger_innen und den großen Einsatz der Verwaltung bei der Suche nach geeigneten</p> <p>15 Unterbringungsmöglichkeiten, dennoch sehen wir darüber hinaus noch Optimierungspotenzial.</p> <p>20</p>	
<p>25 I68 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Neuordnung der Zuständigkeiten auf Bundesebene für Integrations- und Migrationspolitik</p> <p>30</p> <p>Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und der Bundesregierung auf, folgende Neuordnung der Zuständigkeiten auf Bundesebene für Integrations- und Migrationspolitik hinzuwirken.</p> <p>35 Wenn Migrations- und Integrationspolitik wirkungsvoll und nachhaltig gestaltet werden soll, dann muss sie auch strukturell entsprechend verankert werden. Bei der Frage, wer für die Integrationspolitik zuständig sein soll, muss somit die Durchsetzungsfähigkeit der jeweiligen Institution im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass Integrations- und Migrationspolitik ganzheitlich und kohärent gestaltet wird, indem entsprechende Politikfelder zusammengeführt werden. Was bedeutet dieser Perspektivenwechsel für die Organisation der Integrations- und Migrationspolitik auf Bundesebene?</p> <p>40</p> <p>Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte</p> <p>Die Integrationspolitik in Deutschland ist in den letzten Jahren in den Kommunen und auf Länderebene stärker institutionell verankert worden. In den Landesministerien bildeten sich seit den 1980er Jahren erste Referate und Gruppen mit Zuständigkeiten für integrationspolitische Themen. Mittlerweile führen in den meisten Bundesländern die für Integration zuständigen Ministerien diese</p> <p>55 Aufgabe auch in ihrer offiziellen Bezeichnung. Die konkreten Zuschnitte sind dabei sehr unterschiedlich. In der Mehrzahl der Länder ist Integrationspolitik in Ministerien eingebunden, die andere Politikfelder mit bedienen. Ministerien, die ausschließlich für Integration zuständig sind, wie bis Mitte 2016 in Baden-Württemberg, gibt es derzeit in keinem Bundesland.</p> <p>60 Neben den Ministerien besteht in den meisten Bundesländern zudem die Position des oder der „Integrationsbeauftragten“ fort. Ihre strukturelle Einbindung ist allerdings sehr unterschiedlich geregelt. Einige werden vom Landtag berufen (Bayern, Sachsen, Niedersachsen), andere sind in den jeweiligen „Integrationsministerien“ meistens mit Ombudsfunktionen und/oder Sonderaufgaben betraut, andere übernehmen auch administrative Funktionen oder deren Aufgaben werden in Personalunion von Staatssekretär*innen</p> <p>65</p>	<p>I68 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Neuordnung der Zuständigkeiten auf Bundesebene für Integrations- und Migrationspolitik</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
(Sachsen-Anhalt, Hessen) oder gar Minister*innen wahrgenommen.	1
Traditionelle Trennung zwischen Aufenthaltsrecht und Integration	5
Der Bereich der Integrationspolitik wird in Deutschland traditionell von den Politikfeldern Aufenthaltsrecht, Einbürgerung und Flüchtlingspolitik in getrennten Zuständigkeiten geführt. Letztere ist auch in den Bundesländern überwiegend in den Innenressorts angesiedelt. Gerade die für die rechtliche Situation von Einwander*innen und ihrer Nachkommen entscheidenden Gesetzesmaterien befinden sich also i.d.R. außerhalb der Zuständigkeit der Integrationsministerien. Allerdings haben einzelne Bundesländer begonnen diese „klassische“ Trennung zu überwinden und beide Bereiche auch ministeriell zusammenzuführen (Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt). Diese Zusammenführung soll dazu beitragen, eine ganzheitliche und kohärente Politik zu gestalten, in der es keine Widersprüche gibt zwischen Aufenthaltsrecht und gesellschaftspolitischer Integration.	10
Die aktuellen Strukturen der Migrations- und Integrationspolitik sind sehr zersplittert organisiert.	15
Eine wichtige Akteurin ist die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Das Amt der Integrationsbeauftragten ist im Bundeskanzleramt angesiedelt und erfüllt eine wichtige Funktion als „Ombudsman“ bzw. „Ombudsfrau“, hat aber keine operativen Zuständigkeiten für konkrete Politikfelder. Der oder die Beauftragte ist bei Gesetzesinitiativen beteiligt und kann der Bundesregierung Vorschläge machen und Stellungnahmen zuleiten, verfügt aber nicht über ausreichende eigene Mittel zur Umsetzung von zum Beispiel größeren Programmen und Initiativen. Gleichzeitig ist der Integrationsstaatsministerin durch die Einbindung in die Hierarchie des Bundeskanzleramtes die Möglichkeit zum offenen Konflikt mit anderen Ministerien weitgehend verstellt. Das Bundeskanzleramt ist ein koordinierendes Ministerium, das für die politische Feinabstimmung zwischen den Häusern sorgen muss, nicht aber in jede Auseinandersetzung um einzelne Fragestellungen gehen kann.	20
Faktisch wird die Integrationspolitik auf Bundesebene im Bundesinnenministerium (BMI) bestimmt. Neben der Zuständigkeit für das Aufenthalts- und Asylrecht sowie für das Staatsangehörigkeitsrecht verfügt das BMI mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über eine große nachgeordnete Behörde. Das BAMF ist neben der Zuständigkeit bei den Asylverfahren u. a. auch für die Organisation der Integrationskurse und für die Umsetzung von Förderprogrammen zuständig und betreibt auch wissenschaftliche Forschung.	25
Im Ergebnis ist die Integrationspolitik der Bundesregierung vor allem als Politik der inneren Sicherheit ausgestaltet. Zudem passt die Ressortierung auf Bundes- und Länderebene – aufgrund der erwähnten Strukturänderungen in den Ländern – nicht zusammen, was die Aushandlungsprozesse im föderalen System erschwert.	30
Ein Ministerium, das entsprechend der im Perspektivwechsel formulierten Kriterien Politik betreiben könnte, ist also auf Bundesebene nicht vorhanden. Die „Aufwertung“ des Amtes der Integrationsbeauftragten als Position im Kanzleramt ist ohne administrative Zuständigkeiten unzureichend. Die schwerpunktmäßige Verankerung von Integrationspolitik im Innenministerium führt zu einer politischen Engführung des Themenspektrums. Integrationspolitik und Aufenthaltsrecht sind nicht abgestimmt und oftmals konträr zueinander, da sie in unterschiedlichen Ressorts verantwortet und entwickelt werden.	35
Vorschlag für eine Neuordnung auf Bundesebene	40
Die Integrations- und Migrationspolitik sollte als eigenständiges Politikfeld (z.B. als Abteilung) in einem Bundesministerium verankert werden. Dies würde zum einen das Thema klarer „an den Kabinettstisch“ bringen, und zum anderen auch das Ministerium für	45

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 die Umsetzung der Politik zuständig machen, das sie auch formuliert hat. In welchem Ministerium, das heißt mit welchen anderen Politikfeldern, Integrations- und Migrationspolitik verknüpft werden sollte, oder ob es eigenständig aufgebaut werden sollte, lässt</p> <p>5 sich nicht allgemein festlegen. Im Falle einer Eingliederung in ein bestehendes Ministerium wäre ein wichtiges Auswahlkriterium sicherlich die Verbindung mit anderen Bereichen, die wie Integration gesellschaftspolitische Themen sind, wie Soziales, Familie, Arbeit, Bildung oder Kinder und Jugend.</p> <p>10 Neben der eigenen Umsetzung der Integrationspolitik wäre für das Ministerium entscheidend, den Gedanken der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe auch in Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien voranzutreiben. Aus diesem Grund wäre es ein gewichtiges Argument, die Integrationspolitik bei einem „starken“, durch-</p> <p>15 setzungsfähigen Ministerium anzusiedeln, das innerhalb der Bundesregierung über Verhandlungsmacht und Einfluss verfügt. Diese neue Zuordnung würde auch der Ressortierung in der Mehrzahl der Länder entsprechen.</p> <p>Entscheidend wäre aber auch die Zusammenführung von Integrationspolitik mit den Politikfeldern des Aufenthalts-, Staatsangehörigkeits- und Asylrechts in dem zu schaffenden „Integrationsministerium“. Eine Herauslösung des Aufenthalts- und Asylrechts aus dem Innenministerium wäre dazu notwendig. Dies bedeutet auch eine Änderung der Zuordnung des BAMF, das folglich dem neuen Integrationsministerium untergeordnet werden müsste. Ein so „erweitertes“ Integrationsministerium hätte auch eine entsprechende Größe und klare Fachzuständigkeiten, so dass es auch als eigenständiges Ministerium ohne weitere Politikfelder Sinn machen würde.</p> <p>30 Das Amt der Integrationsbeauftragten könnte in das neue Integrationsministerium eingebunden werden. Für diese strukturelle Einbindung gäbe es verschiedene Möglichkeiten (als Stabsstelle mit Sonderaufgaben oder eingebunden in der Fachabteilung) unter Beibehaltung ihrer Ombudsfunktion.</p> <p>35 Eine solche neue Struktur auf Bundesebene wäre geeignet, die bisherigen strukturellen Schwächen der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik zu beheben. Zum einen würde die jetzige Dominanz durch das Innenministerium und seiner Schwerpunktsetzung auf „Innere Sicherheit“ aufgehoben werden. Durch die Zusammenführung der Politikfelder Migration, Integration und Aufenthaltsrecht würde zugleich eine abgestimmte und kohärente Politik möglich, die frei von Widersprüchen ist. Die Schaffung eines Integrationsministerium - mit welchen Politikfeldern auch immer verknüpft - führt dies alles zusammen und trägt insgesamt zu einer wirkungsvolleren Organisation und Gestaltung der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik bei.</p>	
<p>50 I69 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Bundespartzipationsgesetz</p> <p>55 Deutschland und die Welt sind im stetigen Wandel und das Gesicht unseres Landes hat sich ständig geändert. Die Migrationsbewegungen der letzten Jahrhunderte haben Deutschland verändert und wurden durch die Zeit des Nationalsozialismus lediglich unterbrochen. Nach 1945 wandelte sich Deutschland durch die Wanderungsbewegungen der Vertriebenen der Nachkriegsgeschichte, durch die sogenannten Gastarbeiter*innen, durch die Geflüchteten der 80er und 90er Jahre, durch die Einwanderung der Aussiedler*innen und heute durch die Geflüchteten aus dem Nahen Osten, aber auch durch die innereuropäischen Arbeitsmigrant*innen. Wandel ist der Normalzustand, der das Bild von Deutschland täglich ändert. So auch heute durch die aktuellen Migrationsbewegungen. Gerade in</p> <p>65 Zeiten steigender Einwanderungszahlen stellt sich die Frage, wie</p>	<p>I69 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Bundespartzipationsgesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
eine vielfältige kulturelle Zusammensetzung – die nicht zu leugnen ist – zu einer Einheit zusammenwachsen kann.	1
Wir befinden uns in Zeiten, in denen „Ängste“ in der deutschen Bevölkerung hervorgerufen und diese, durch negative Pressemeldungen und Populist*innen verstärkt werden. Mit jeder negativen Schlagzeile über Migrant*innen wird eine bestimmte Bevölkerungsgruppe stigmatisiert. Statistiken, ob sie der Wahrheit entsprechen oder nicht, werden zutage gebracht, um zu bestätigen, dass die Integration nicht funktioniert hat. Es wird dann nach Integrationspflicht und einer sogenannten Willkommenskultur gerufen. Meist sind diese Rufe jedoch sehr nebulös und transportieren eher das Unbehagen einiger Bevölkerungsgruppen, die Einwanderung als eine Bedrohung wahrnehmen.	5
Trotzdem die Bundesrepublik strukturell lange Zeit kein Einwanderungsland sein wollte und auch als Konsequenz aus der bisherigen Geschichte und Zukunft unseres Landes, ist ein Teilhabe- und Integrationsgesetz ein längst überfälliger und notwendiger Schritt. Ein Teilhabe- und Integrationsgesetz soll deshalb dabei helfen, die Pflichten und Aufgaben sowohl der neuen wie alten Einwohnerinnen festzuschreiben. Im Folgenden fordern wir deshalb die Bestandteile eines Gesetzes, das gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen einen wichtigen Beitrag zur „nächsten deutschen Einheit“ leisten kann.	10
Ein solches Gesetz ist dabei jedoch nur ein Instrument auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die ihre Vielfalt zu schätzen weiß und jedem Menschen Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht. Ein Land, in dem die Herkunft keine Rolle mehr spielt, wenn es um Partizipationschancen geht, ist das Ziel einer progressiven Politik.	15
Teilhabe verpflichtet zur Mitwirkung in einer pluralistischen Demokratie. Eine Demokratie nimmt ihre Stärke daraus, dass möglichst viele Menschen, die der Staatsgewalt unterworfen sind, auch an dieser Staatsgewalt teilhaben können.	20
Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag und die Mitglieder der Bundesregierung auf, ein Bundespartizipationsgesetz mit folgenden Eckpunkten voranzubringen.	25
Zielsetzung	30
Ziel eines Teilhabe- und Integrationsgesetzes ist, eine Kultur der echten Anerkennung von Vielfalt und des gleichberechtigten Miteinanders auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu prägen und jede Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dieses Gesetz soll die Abschaffung von Benachteiligungen und Bevorzugungen von allen Menschen in Deutschland auf Grundlage des Art. 3 GG garantieren.	35
Weiterhin soll die soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte von Anfang an gefördert werden.	40
Hier gilt es insbesondere den Fokus auf Kinder und Jugendliche zu richten, um ihnen eine gerechte Teilhabe, wie in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben, zu gewährleisten. Die Organisationen der Menschen mit Einwanderungsgeschichte sollen in demokratische Strukturen und Prozesse einbezogen und unterstützt werden und die Bundesverwaltungen und juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentliche Unternehmen interkulturell weiter geöffnet werden.	45
Begriffsbestimmung	50
„Menschen mit Einwanderungsgeschichte“ sind nach dem Jahre 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Eingewanderte, sowie alle in Deutschland geborenen „Ausländer*innen“ und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem eingewanderten oder als „Ausländer*in“ in Deutschland geborenen Elternteil.	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Gesetzliche Grundlage der Datenerhebung Um die Wirkung einer gesetzlichen Regelung zu überprüfen, bedarf es der Erfassung von gesonderten Daten zum Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte über den Mikrozensus hinaus.</p> <p>5 Sowohl in der Gesellschaft, um Referenzwerte für Zielvorgaben festzulegen, wenn diese noch nicht gegeben sind, aber auch um die Fortschrittsentwicklung in den eigenen Behörden und Institutionen zu evaluieren. Die Erfassung muss anonymisiert durchgeführt werden und bedarf der freiwilligen Informationspreisgabe der betroffenen Personen.</p> <p>10</p> <p>Interkulturelle Öffnung und Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die Tendenz ist steigend nicht zuletzt durch die Einwanderung der Menschen mit Fluchterfahrung. In allen höhergestellten gesellschaftlichen Bereichen gibt es jedoch eine Repräsentationslücke bis hin zu einem Repräsentationsmangel von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Das muss sich ändern!</p> <p>15 Interkulturelle Öffnung in Form der Vielfalt in der Belegschaft muss entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in allen Bereichen der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und Behörden des öffentlichen Dienstes, des Arbeitsmarktes und auch in den Parteien und Verbänden konsequent umgesetzt werden. Hier ist der Unterschied zwischen der öffentlichen Verwaltung zur Wirtschaft bereits heute eklatant. Der öffentliche Dienst muss hier, insbesondere auch in Führungspositionen und im gehobenen Dienst, stark aufholen und sich interkulturell öffnen. Viel zu selten bekleiden Menschen mit Einwanderungsgeschichte</p> <p>20 Positionen mit Kund*innenverkehr in öffentlichen Ämtern, geschweige denn dass sie z. B. Lehrer*in oder Richter*in sind. Den Berufen im öffentlichen Dienst kommt aber aufgrund ihrer Funktion, der Ausübung staatlicher Aufgaben, und ihrer Stellung als BeamtIn oder Angestellte einer öffentlich rechtlichen Einrichtung, eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>25 Nur durch Chancengleichheit für alle Einwohner*innen werden ein friedliches Zusammenleben und eine zukunftssträchtige Gesellschaft realisierbar. Daneben kommt es auf die interkulturelle Kompetenz aller Beschäftigten – mit und ohne Migrationshintergrund – an: Verwaltungshandeln muss sich an Kriterien wie Sprachkompetenz, Wissensaneignung interkulturellem Praxishandeln messen lassen. Bei Einstellung und Aufstieg in den Institutionen, bei denen der Bund über Einfluss verfügt, soll die interkulturelle Kompetenz als wichtige Voraussetzung verankert werden.</p> <p>30 Unsere Strategie muss es sein, dauerhafte Strukturen zu verankern, die es ermöglichen, die Zielgruppe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Fluchterfahrung stärker einzubeziehen und die interkulturelle Kompetenz aller Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte zu fördern.</p> <p>35</p> <p>Gremienbeteiligung Nach wie vor sind Menschen mit Einwanderungsgeschichte von der Teilhabe an bedeutenden Entscheidungsprozessen in vielen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen. Dieses zeigt sich in besonderer Weise bei der Beteiligung selbiger in öffentlichen Gremien, wie beispielsweise in Rundfunkräten, aber auch in besonderem Maße bei der Repräsentation in Aufsichtsräten. Ihre Interessen werden in diesen Entscheidungsgremien bisweilen kaum vertreten. Die Beteiligung von Migrant*innen in Entscheidungsgremien und an wichtigen Entscheidungsprozessen muss daher forciert werden, bis sie zur Normalität geworden ist. Insbesondere Gremien wie Rundfunk- und Aufsichtsräte sind unserer Ansicht nach daher angehalten, diverse Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung zu ergreifen.</p> <p>40 Schließlich haben insbesondere öffentliche Einrichtungen einen inklusiven Auftrag und die Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Rundfunk- und Aufsichtsräten eine</p> <p>45</p> <p>50</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>besondere Signalwirkung sowohl nach innen als auch nach außen. Es muss daher diskutiert werden, wie in diesem Kontext Integration durch Beteiligung gefördert und durch partizipative Angebote flankiert werden kann. Von spezifischen Bildungsmaßnahmen, die zur Ausübung entsprechender Tätigkeiten qualifizieren, bis hin zu quotierten Besetzungen bereits erwähnter Gremien sind in diesem Zusammenhang vielfältige Maßnahmen denkbar.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
<p>Regelmäßiger Fortschrittsbericht durch Bundesregierung Alle Berichte der Bundesregierung zum Themenkomplex Vielfalt, Gleichstellung und Demokratie werden zusammengeführt und um das Kapitel Stellungnahmen der Zivilgesellschaft ergänzt. Der Bericht sollte eine Analyse zum Stand der Vielfalt innerhalb der Bevölkerung unter der Berücksichtigung der Einwanderung, der Integration der Eingewanderten und der interkulturellen Öffnung der Gesamtgesellschaft beinhalten. Darüber hinaus sollte eine Handreichung zur interkulturellen Öffnung, vom bürgerschaftlichen Engagement bis zur hauptamtlichen Beschäftigung, von Vereinen bis zur Wirtschaft und in der Verwaltung und den Parteien von der Kommune, über die Kreise und Bezirke, bis hin zu den Ländern und dem Bund, erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.</p>	<p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>Integrationsbeauftragte Es muss eine dauerhafte Ombudsstelle, mit einem/einer, durch den Bundestag eingesetzten, Integrationsbeauftragten an ihrer Spitze, eingeführt werden. Diese verfolgt die Zielsetzungen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes. Es ist zu empfehlen, diese Ombudsstelle mit dem/der Integrationsbeauftragten an ein Ministerium mit der Zuständigkeit für Integration und Migrationsfragen zu binden, damit sie mit den regierungsverantwortlichen in ständigem Dialog steht und bei Bedarf schnelleres Handeln auf aktuelle Gegebenheiten möglich ist. Eine Orientierung an den Aufgaben und Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten der Bundesrepublik Deutschland ist sinnvoll. Die/der Integrationsbeauftragte muss dem Integrationsbeirat in regelmäßigen Abständen einen Bericht abgeben.</p>	<p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>Integrationsbeirat auf Bundesebene Ein unabhängiger Beirat für Fragen der Vielfalt und Demokratie wird durch den Deutschen Bundestag eingesetzt. Aufgabe des Integrationsbeirates ist es, die deutsche Bundesregierung und die Bundesregierung in allen Fragen bezüglich der Gleichstellung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu beraten und anzuhalten, die Ziele, dieses Teilhabe- und Integrationsgesetzes, einzuhalten und weiterzuentwickeln. Hierzu muss der Beirat insbesondere bei Gesetzesvorhaben frühzeitig involviert und mit Informationen versorgt werden. Der Beirat muss von der Ombudsstelle unabhängig sein. Der Beirat besteht zu einem Drittel aus Entsandten von Institutionen sowie unabhängigen Wissenschaftler*innen, die sich bereits seit Jahren für die Integration von Eingewanderten einsetzen und forschen. Zu einem Drittel aus Entsandten von Migrant*innenselbstorganisationen, -vereinen, die sich, laut Satzung, in erster Linie für das demokratische und friedliche Zusammenleben und die Integration in Deutschland einsetzen. Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte sind hier zu bevorzugen. Es müssen im Vorfeld indes Kriterien entwickelt werden, mittels derer gewährleistet und kontrolliert wird, dass alle Interessen gleichermaßen vertreten sind und Eingang in die Beteiligungsformen und -prozesse finden. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass durchsetzungsstarke Interessensvertretungen überrepräsentiert sind, während andere Interessengruppen ihre Anliegen kaum adressieren können. Zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundestags, mit mindestens einer Person aus jeder Bundestagsfraktion. Der Beirat konstituiert sich mit jeder Legislaturperiode neu. Dem geschäftsführenden Vorstand des Integrationsbeirates sollen, außer dem ständigen Mitglied der/des Integrationsbeauftragten, ein/e Vorsitzende/r und zwei</p>	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 stellvertretende Vorsitzende angehören. Diese sind mit der Neu-Konstituierung des Beirates von ihm selbst zu wählen. Um die vielfältigen Aufgaben des Beirats zu bewältigen, wird ihm eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt. Der Integrationsbeirat gibt jährlich einen Bericht zum Stand der Zielsetzung aus. Dieser Bericht wird vom geschäftsführenden Vorstand, in Form einer öffentlichen Konferenz, in einem Raum des Bundestags, mündlich sowie schriftlich vorgestellt.</p> <p>10</p> <p>I70 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>15 Die Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz</p> <p>20</p> <p>Die Zahl der gegenwärtig zu uns kommenden Flüchtlinge, wie- wohl nur ein geringer Bruchteil der globalen Flüchtlingsströme, zeigt dabei auf dramatische Art und Weise die Inadäquanz unseres 25 gesamten Asylsystems auf. Dieses wurde zu Zeiten geringer Asyl- bzw. Flüchtlingszahlen noch vorsätzlich in seinen Kapazitäten her- untergefahren und ist trotz eiliger Aufstockungen an Mitteln und Personal in keiner Art und Weise in der Lage, die mittelfristigen Herausforderungen, welche sich aus der gesellschaftlichen Inte- 30 gration dieser Menschen ergeben, erfolgversprechend anzugehen, gleich ob diese Integration in unsere Gesellschaft auf Zeit erfolgt oder permanent ist bzw. sein muss. Die große Zahl an Flüchtlingen in Verbindung mit einer individua- lisierten Prüfung der Anträge wird auch und absehbar zunehmend 35 einen Rückstau bei der Bearbeitung durch das BAMF bedingen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug dabei schon Anfang 2015 um die sechs Monate (bis zum Erstentscheid). Auch die Fristen bis zur Stellung des Endantrages sind Stand heute erheblich und muss in diesem Zusammenhang mitbehandelt werden. Aktu- 40 elle Zahlen sind nicht verfügbar, dürften jedoch deutlich gestiegen sein, da zum Beispiel Folge- und Familiennachzugsanträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht mehr bearbeitet werden.</p> <p>Innerhalb dieses Zeitraumes stehen jedoch AsylbewerberInnen 45 kaum Möglichkeiten offen, sich in ihr Aufnahmeland zu integrieren. Selbst elementare Sprachkurse finden noch nicht bundesweit flächendeckend statt, stattdessen werden die Menschen im Wesentlichen bis zu einer endgültigen Entscheidung über einen Antrag verwahrt. Das nicht freiwillige Zusammenleben in so genannter „verdichteter 50 Belegung“ erzeugt dabei in Abwesenheit von als sinnstiftend empfundenen Tätigkeiten beinahe zwangsläufig Spannungen und Frust. Zudem verzögert und erschwert diese Praxis die anschließende Integration der Aufgenommenen massiv. Zielführender wäre das flächendeckende Anbieten von Sprach- und 55 anderen Integrationskursen, sobald den Flüchtlingen eine bleibende Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen wurde. Auch eine Evaluierung und Zertifizierung ihrer Qualifikationen sollte bereits in dieser Phase anlaufen. Bei Anerkennungsquoten von über 30% (plus Menschen, die trotz abgelehnter Asylanträge aufgrund von 60 Duldungen, Rückführschutz und ähnlichen Maßnahmen letztlich nicht abgeschoben werden und somit voraussehbar Mitglieder der deutschen Gesellschaft sind und bleiben) ist ein derartig brachliegendes gesellschaftliches und auch volkswirtschaftliches Potential nicht rechtfertigbar.</p> <p>65 Ein qualitativer wie quantitativer Ausbau der bestehenden Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen bedingt dabei einen akuten Mehrbedarf an entsprechend qualifiziertem Personal. Bisher wird dieser Mehrbedarf, unvollständig und je nach lokaler Situation,</p>	<p>I70 <i>Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Die Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>hauptsächlich durch privates zivilgesellschaftliches Engagement und durch bestehende ehrenamtliche Organisationen gedeckt. Beide, das spontane bürgerschaftliche wie auch das ehrenamtliche Engagement, sind dabei nicht geeignet, dauerhaft und flächendeckend eine notwendige Angebotsdichte zu schaffen – zumal dann nicht, wenn jenes private Engagement nicht angemessen durch hauptamtliche Kräfte unterstützt wird.</p> <p>Eigentlich müssten also im komplexen Umfeld der Flüchtlingsbetreuung zehntausende volle Stellen entstehen, um den offensichtlichen Bedarf zu decken, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu maximieren und unvermeidbar auftretende Konflikte bestmöglich zu verringern. Allerdings ist gleichzeitig verständlich, warum dergleichen derzeit nicht im notwendigen Maße geschieht. Unsere gegenwärtigen Kompetenz- und Finanzierungsbeziehungen laufen darauf hinaus, dass die Kommunen in der Pflicht wären, entsprechende Angebote als Sach- und Personalaufwandskostenträger zu finanzieren. Angesichts der chronisch klammen Finanzlage der meisten Kommunen ist deshalb verständlich, dass neue Angebote unter einem sehr harten Finanzierungsvorbehalt stehen, selbst wenn ihr Nutzen unmittelbar evident erscheint. Mehr Geld für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen bedeutet ganz praktisch weniger Geld für alle bisherigen kommunalen Aufgaben, ein klassischer Verteilungskonflikt, der oft in einem massiven Akzeptanzproblem seitens der angestammten Bevölkerung mündet.</p> <p>Gleichzeitig sind die Kommunen sowohl am unmittelbarsten von Art, Umfang und Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen für die ihnen zugewiesenen AsylbewerberInnen betroffen wie sie auch unzweifelhaft die Instanz sind, die am Ehesten in der Lage ist, Integrationsmaßnahmen zu organisieren und zu evaluieren.</p> <p>Unabhängig von einzelnen und damit nicht nachhaltig planbaren Zuwendungen vonseiten des Bundes an die Kommunen (und an die Länder als Verantwortliche des Erstaufnahmeverfahrens sowie Träger einiger Sonderaufwendungen) erscheint es somit sinnvoll, wenn vonseiten des Bundes pro zugewiesenem Flüchtling eine Fallpauschale allokiert würde, aus der die Kommunen zweckgebunden, aber eigenverantwortlich Sprachkurse und sonstige Integrations-Qualifikations- und auch Freizeitangebote sowie anfallende Sachleistungen (vor allem direkt nach der Aufnahme) für die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge finanzieren könnten.</p> <p>Ein besonderer kommunaler Schwerpunkt muss dabei auch auf die Evaluation und aufbauende Vermittlung von beruflichen Kenntnissen durch die in der Region tätigen Industrie- und Handwerksbetriebe (bzw. deren Vereinigungen) gelegt werden. Auch dies bedingt vermutlich oftmals die stunden- oder tageweise Freistellung von Arbeitskräften aus ihren Betrieben, um entsprechend viele Fachkräfte/Meister und Techniker aufzubieten, die die vorhandenen Fachkenntnisse der Flüchtlinge überprüfen und ggf. so aufbauen können, dass diese in die duale Ausbildung (ggf. mit verkürzter Lehrzeit infolge vorliegender Berufserfahrung) übernommen werden können. Für einzelne Unternehmen ist dies häufig nicht leistbar, hier braucht es die Kooperation von handlungsfähigen Gemeinden und interessierten Firmen.</p> <p>Die schwankende Natur der Flüchtlingszahlen und ihre äußerst eingeschränkte Prognostizierbarkeit bedingen dabei ein weiteres Problem: Für alle beteiligten Akteure (für die Kommunen also selbige plus die von ihnen beauftragten Träger) ist somit kaum absehbar, wie sich der Personalbedarf zukünftig entwickeln wird. Gleichzeitig ist diese Art mangelnder Planbarkeit für alle entsprechend qualifizierten ArbeitnehmerInnen ein sehr realer Grund, sich gegen eine Beschäftigung in diesem Sektor zu entscheiden – selbst wenn man davon ausgehen könnte, dass in der gegenwärtigen Situation ausreichend qualifizierte anderweitig unter- oder unbeschäftigte Fachkräfte vorhanden wären.</p> <p>Abhilfe könnte in diesem Zusammenhang nur eine Querfinanzierung und Professionalisierung des bestehenden und in seinem Potential ja gewaltigen zivilgesellschaftlichen Engagements schaffen. Je länger die gegenwärtigen Antragszahlen anhalten, desto mehr Betreuung wird notwendig werden, deren Umfang sich nicht nur</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 auf die unmittelbaren körperlichen Grundbedürfnisse (Sicherheit, Obdach, Nahrung) beschränken kann, deren Sicherstellung jedoch für unser gegenwärtiges System bereits eine massive Herausforderung darstellt.</p> <p>5 Bisher bedingt jedes private Engagement für Flüchtlinge die Akzeptanz damit einhergehender persönlicher Nachteile. Nicht nur wird dafür die eigene Lebenszeit, sondern oft genug auch das Einkommenspotential geopfert, indem zum Beispiel Stunden reduziert werden. Für noch weit mehr hilfswillige Menschen ist dies aber entweder keine Option oder einfach nur der Grund, sich gegen</p> <p>10 (mehr) Engagement zu entscheiden.</p> <p>Ein enormes Potential an qualifizierten Kräften liegt somit brach, weil der Staat elementare und durch ihn zu erbringende Leistungen</p> <p>15 zunächst an privates Engagement ausgelagert hat und sich somit auch finanziell aus der Verantwortung zieht. Sicher würden z.B. viele StudentInnen geisteswissenschaftlicher Fächer Sprachkurse geben, wenn nicht der zur Finanzierung ihres Unterhalts notwendige Nebenjob ihnen einfach keine Zeit dafür ließe. Sicher wäre auch</p> <p>20 der/die eine oder andere HandwerksmeisterIn bereit, im Rahmen der IHK Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu betreuen, aber nicht, wenn dies auf unbezahlten Urlaub hinausläuft und seine/ihre Familie finanziell schlechter stellt.</p> <p>Ein zusätzlicher positiver Effekt einer solchen professionalisierten und natürlich durch entsprechende hauptamtliche Kräfte koordinierten und unterstützten Betreuung wäre, dass selbiges Engagement nachhaltiger und planbarer werden würde. Essentiell würden</p> <p>25 aus den bisherigen Freiwilligen, zumindest dort, wo dies sinnvoll erscheint, Honorarkräfte, was eine Harmonisierung mit anderen Bereichen verantwortungsvollem zivilgesellschaftlichen Engagements entspricht, die ebenfalls mit Aufwandsentschädigungen einhergehen.</p> <p>Prioritär muss dabei natürlich weiterhin die Einstellung hauptamtlicher Kräfte in Vollzeitstellen sein, wo das Stellen- und Aufgabenprofil den Einsatz von Vollzeitkräften nahe legt. Das Ziel dieses</p> <p>35 Antrages ist nicht die Prekarisierung der Flüchtlingsarbeit, sondern die Generierung zusätzlicher qualifizierter Arbeitskräfte über das Niveau hinaus, welches über traditionelle Arbeitsverhältnisse verfügbar und ohne hinreichende Bedarfsdeckung zunehmend ausgeschöpft ist!</p> <p>40 Die Integration der Flüchtlinge ist eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Bewältigung bedarf umfassender und anhaltender Anstrengungen nicht nur der Zivilgesellschaft, sondern aller staatlichen und kommunalen Stellen. Zur Finanzierung braucht es</p> <p>45 Fall- bzw. Integrationspauschalen, zur Bewältigung einer Verstärkung aller personellen Kapazitäten!</p>	
<p>50 171 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Die Integration der Geflüchteten und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz</p> <p>55</p> <p>60 Die Zahl der gegenwärtig zu uns kommenden Geflüchteten, obwohl nur ein geringer Bruchteil der globalen Bewegung der Geflüchteten, zeigt dabei auf dramatische Art und Weise die Inadäquanz unseres gesamten Asylsystems auf. Dieses wurde als weniger geflüchtete Menschen zu uns kamen noch vorsätzlich in</p> <p>65 seinen Kapazitäten heruntergefahren und ist trotz eiliger Aufstockungen an Mitteln und Personal in keiner Art und Weise in der Lage, die mittelfristigen Herausforderungen, welche sich aus der gesellschaftlichen Integration dieser Menschen ergeben, erfolgver-</p>	<p>171 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Die Integration der Geflüchteten und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz</p> <p>Erledigt durch Überweisung von I 70 an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
sprechend anzugehen, gleich ob diese Integration in unsere Gesellschaft auf Zeit erfolgt oder permanent ist bzw. sein muss.	1
Die gegenwärtige Zahl an Geflüchteten in Verbindung mit einer individualisierten Prüfung der Anträge wird auch und absehbar zunehmend einen Rückstau bei der Bearbeitung durch das BAMF bedingen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug dabei schon Anfang 2015 um die sechs Monate (bis zum Erstentscheid). Auch die Fristen bis zur Stellung des Endantrages sind Stand heute erheblich und muss in diesem Zusammenhang mitbehandelt werden. Aktuelle Zahlen sind nicht verfügbar, dürften jedoch deutlich gestiegen sein, da zum Beispiel Folge- und Familiennachzugsanträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht mehr bearbeitet werden.	5
Innerhalb dieses Zeitraumes stehen jedoch AsylbewerberInnen kaum Möglichkeiten offen, sich in ihr Aufnahmeland zu integrieren. Selbst elementare Sprachkurse finden noch nicht bundesweit flächendeckend und nachhaltig statt, stattdessen werden die Menschen im Wesentlichen bis zu einer endgültigen Entscheidung über einen Antrag „verwahrt“. Das nicht freiwillige Zusammenleben in so genannter „verdichteter Belegung“ erzeugt dabei in Abwesenheit von als sinnstiftend empfundenen Tätigkeiten beinahe zwangsläufig Spannungen und Frust. Zudem verzögert und erschwert diese Praxis das notwendige zeitgleiche Anlaufen sozialer, kultureller und sonstiger Integrationsansätze für die Aufgenommen massiv.	10
	15
	20
	25
Zielführender wäre das flächendeckende Anbieten von Sprach- und anderen Integrationskursen, sobald die Geflüchteten einer Kommune dauerhaft zugewiesen wurden. Auch eine Evaluierung und Zertifizierung muss bereits in der Phase durch die Agentur für Arbeit anlaufen. Bei Anerkennungsquoten von über 30% (plus Menschen, die trotz abgelehnter Asylanträge aufgrund von Duldungen, Rückführschutz und ähnlichen Maßnahmen letztlich nicht abgeschoben werden und somit voraussehbar Mitglieder der deutschen Gesellschaft sind und bleiben) ist ein derartig brachliegendes gesellschaftliches und auch volkswirtschaftliches Potential nicht rechte-	30
fertigbar.	35
Ein qualitativer wie quantitativer Ausbau der bestehenden Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen bedingt dabei einen akuten Mehrbedarf an entsprechend qualifiziertem Personal. Bisher wird dieser Mehrbedarf, unvollständig und je nach lokaler Situation, hauptsächlich durch privates zivilgesellschaftliches Engagement und durch bestehende ehrenamtliche Organisationen gedeckt. Beide, das spontane bürgerschaftliche wie auch das ehrenamtliche Engagement, sind dabei nicht geeignet, dauerhaft und flächendeckend eine notwendige Angebotsdichte zu schaffen - zumal dann nicht, wenn jenes private Engagement nicht angemessen durch hauptamtliche Kräfte unterstützt wird.	40
Daher müssen also im komplexen Umfeld der Flüchtlingsbetreuung bundesweit zehntausende Vollzeitstellen entstehen, um den offensichtlichen Bedarf (für die Asylsozialberatung, die Koordination der Integrationsprojekte und die Nachbetreuung von anerkannten und geduldeten Geflüchteten) zu decken, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu maximieren und unvermeidbar auftretende Konflikte bestmöglich zu verringern.	45
Allerdings ist gleichzeitig nachvollziehbar, warum dergleichen derzeit nicht im notwendigen Maße geschieht. Unsere gegenwärtigen Kompetenz- und Finanzierungsbeziehungen laufen darauf hinaus, dass die Kommunen in der Pflicht wären, entsprechende Angebote als Sach- und Personalaufwandskostenträger zu finanzieren. Angesichts der chronisch klammen Finanzlage der meisten Kommunen ist deshalb verständlich, dass neue Angebote unter einem sehr harten Finanzierungsvorbehalt stehen, selbst wenn ihr Nutzen unmittelbar evident erscheint.	50
Mehr Geld für Geflüchtete und AsylbewerberInnen bedeutet ganz praktisch weniger Geld für alle bisherigen kommunalen Aufgaben, ein klassischer Verteilungskonflikt, der oft in einem massiven Akzeptanzproblem seitens der angestammten Bevölkerung mündet.	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Gleichzeitig sind die Kommunen sowohl am unmittelbarsten von Art, Umfang und Ausgestaltung und damit dem Erfolg der Integrationsmaßnahmen für die ihnen zugewiesenen AsylbewerberInnen betroffen wie sie auch unzweifelhaft die Instanz sind, die in der</p> <p>5 Lage ist, Integrationsmaßnahmen zu organisieren und zu evaluieren.</p> <p>Damit dieser Verteilungskonflikt nicht ein- bzw. offen zu Tage tritt, ist eine aktive und angemessene finanzielle Unterstützung der</p> <p>10 Kommunen für die Belange der Integrationspolitik unverzichtbar! Unabhängig von einzelnen und damit nicht nachhaltig planbaren Zuwendungen vonseiten des Bundes an die Kommunen (und an die Länder als Verantwortliche des Erstaufnahmeverfahrens sowie Träger einiger Sonderaufwendungen) erscheint es somit sinnvoll,</p> <p>15 wenn vonseiten des Bundes pro zugewiesenem Flüchtling eine Fallpauschale allokiert würde, aus der die Kommunen zweckgebunden, aber eigenverantwortlich Sprachkurse und sonstige Integrations- und Qualifikationsprojekte sowie auch Freizeitangebote und anfallende Sachleistungen (vor allem direkt nach der Aufnahme) für die ihnen zugewiesenen Geflüchteten finanzieren können und müssen.</p> <p>20 Ein besonderer kommunaler Schwerpunkt muss dabei auch auf die Evaluation und aufbauende Vermittlung von beruflichen Kenntnissen durch die in der Region tätigen Industrie- und Handwerksbetriebe (bzw. deren Vereinigungen) gelegt werden. Auch dies bedingt vermutlich oftmals die stunden- oder tageweise Freistellung von Arbeitskräften aus ihren Betrieben, um entsprechend viele Fachkräfte/MeisterInnen und TechnikerInnen aufzubieten, die die vorhandenen Fachkenntnisse der Geflüchteten überprüfen und ggf.</p> <p>30 so aufbauen können, dass diese in die duale Ausbildung (ggf. mit verkürzter Lehrzeit infolge vorliegender Berufserfahrung) übernommen werden können. Für einzelne Unternehmen ist dies häufig nicht leistbar, hier braucht es die Kooperation von handlungsfähigen Gemeinden und interessierten Firmen.</p> <p>35 Prioritär muss weiterhin dabei natürlich die Einstellung hauptamtlicher Kräfte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sein, wo das Stellen- und Aufgabenprofil den Einsatz von Hauptamtlichen nahelegt. Das Ziel dieses Antrages ist nicht die Prekarisierung der Arbeit der Geflüchteten, sondern die Generierung zusätzlicher qualifizierter Arbeitskräfte über das Niveau hinaus, welches über traditionelle Arbeitsverhältnisse verfügbar und ohne hinreichende Bedarfsdeckung zunehmend ausgeschöpft ist! Die Integration der Geflüchteten ist eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Bewältigung bedarf umfassender und anhaltender Anstrengungen nicht nur der Zivilgesellschaft, sondern aller staatlichen und kommunalen Stellen. Zur Finanzierung braucht es Fall- bzw. Integrationspauschalen, zur Bewältigung einer Verstärkung aller personellen Kapazitäten!</p> <p>50</p> <p>I72 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>55 <i>Chance durch Leistung Integrationskraft der Wirtschaft nutzen</i></p> <p>Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit.</p> <p>60 Das Recht auf Schutz für Menschen, deren Leib und Leben ohne eigenes Verschulden bedroht ist, ist für uns unantastbar. Eine Diskussion über Grenzen dieses Grundrechts widerspricht den Werten, auf denen unsere freiheitliche Gesellschaft aufbaut. Wir sind dabei</p> <p>65 auch wirtschaftlich in der Lage, unsere daraus resultierende humanitäre Verpflichtung zu erfüllen: Die Konjunktursituation ist gut, die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr, und</p>	<p>I72 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p><i>Chance durch Leistung Integrationskraft der Wirtschaft nutzen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
unter dem neuen Haushalt steht trotz der anstehenden Kosten für Flüchtlinge und deren Integration eine schwarze Null.	1
Die sich aus der Verpflichtung zum Schutz von Flüchtlingen etwa nach der UN-Charta ergebende ethische Verantwortung ist dabei keine nationale, sondern eine, die die Staatengemeinschaft, die auf diesen Wurzeln gründet, insgesamt umfasst. Hier stehen nicht allein geographisch die Mitgliedsstaaten der europäischen Union als Wertegemeinschaft besonders in der Pflicht, z.B. im Hinblick auf die Umsetzung einheitlicher Asylstandards.	5
Die Verantwortung Deutschlands ergibt sich aus der historischen ebenso wie aus der wirtschaftlichen Situation. Zur Geschichte der Bundesrepublik als einer der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen des 20. Jahrhunderts gehören auch Flucht und Vertreibung.	10
- Chancen nutzen, Risiken beherrschen –	15
Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und rechtlichen Stabilität ist Deutschland ein bevorzugtes Zielland für Flüchtlingsbewegungen. Wir sind uns dabei bewusst, dass neben Krieg, ethnischer, religiöser oder politischer Verfolgung auch bittere Armut und Hunger das Leben eines Menschen bedrohen können und damit Auslöser für Flüchtlingsbewegungen sind. Das Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolges als weltweit führender Exportnation liegt gerade in der internationalen Verflechtung mit anderen Volkswirtschaften. Diese Verflechtung, von der wir alle in Hinblick auf unseren privaten Wohlstand profitieren, schafft eine besondere humanitäre Verantwortung im Umgang mit den Flüchtlingen. Dies erlegt uns eine besondere Verantwortung für die Folgen unseres wirtschaftlichen Handelns auch außerhalb unseres Landes auf.	20
Es ist allerdings gerade mit Blick auf unsere Volkswirtschaft grundlegend falsch, die Flüchtlingskrise einseitig als Belastung wahrzunehmen. Es liegt in unserer Verantwortung, aus dem Kostenrisiko für die öffentlichen Haushalte ein Chancenpotential für unsere Volkswirtschaft zu machen. Dies zu vermitteln, ist der derzeitigen Bundesregierung bisher nur unzureichend gelungen. Dies hat den politischen Diskurs belastet und rechtsradikalen Gruppierungen Nährboden für ihre verfassungsfeindlichen Ideen gegeben.	25
Das „Ob“, die Gewährung von Schutz für Menschen deren Leben bedroht ist, ist ein humanitärer Akt. Das „Wie“ hingegen ist in seiner Organisation eine Frage intelligenter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisation. Die gelebte Willkommenskultur, die Offenheit und das Verantwortungsbewusstsein, welches sich im Engagement zahlloser ehrenamtlicher Helfer spiegelt, hat unserem Land international großen Respekt eingebracht. Die mangelnde Fähigkeit, die daraus resultierenden Herausforderungen zeitnah verwaltungstechnisch zu organisieren und zu strukturieren dient nun als Menetekel für andere Nationen.	30
Um diese Schwäche zu überwinden, muss u.a. schnellstmöglich das im internationalen Vergleich eklatante Defizit im Bereich E-Government geschlossen werden. Wir brauchen ein funktionierendes administratives System für eine geregelte Zuwanderung.	35
- Integration nicht nur temporäre Aufgabe –	40
Das Recht auf Schutz bedrohten Lebens umfasst nicht das Recht auf dauerhaften Verbleib in einer Gesellschaft. Wer seinen Schutz aus einer besonderen Gefährdungslage ableitet, muss die Bereitschaft zeigen, nach Wegfall der Gefährdungslage in seine Heimat zurückzukehren.	45
Auch der nur temporäre – vom zeitlichen Rahmen zumeist kaum abschätzbare – Aufenthalt in Deutschland sollte aus eigenwirtschaftlichem Interesse nicht auf die bloße Gewährung von Hilfen zum Lebensunterhalt beschränkt sein. Deutschland gewährt in vielen Bereichen internationale Entwicklungshilfe. Aus dieser Arbeit ist bekannt, dass es wenig nachhaltigere Strategien zur Entwicklung eines Landes oder einer Region gibt als die Investition in Bildung und Ausbildung. Gerade im Bewusstsein, dass nach Ende einer kriegsgerischen Auseinandersetzung die wirtschaftliche Not noch lange weiterwirkt, ist die Gewährung von Bildungsleistungen auch an temporär Aufenthaltsberechtigte im besonderen nationalen Inte-	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 resse Deutschlands. Diese Ausgaben sind wie indirekte Entwicklungshilfe zu werten und als gesellschaftliche Aufgabe selbstverständlich aus Steuermitteln zu finanzieren.</p> <p>Der nachhaltigste Wohlstandsgewinn aber ist nur durch eine weitreichende und langfristige Integration in Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen, nicht durch eine Bindung auf Zeit.</p> <p>In der durch die große Zahl von Konflikten ausgelösten Migrationswelle kann für Deutschland eine große Chance in Hinblick auf die Bewältigung des immer stärker spürbaren demographischen Wandels liegen. Zum Erhalt unserer Wirtschaftskraft, die die Basis für unseren Wohlstand bildet, ist die Gewinnung neuer, junger Arbeitskräfte unerlässlich. Die Sonderentwicklung im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, welche durch den Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen zu einer langen Phase hoher Arbeitslosigkeit geführt hat, hat den Blick dafür verstellt, dass die sinkende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter unseren Wohlstand bedroht. Ohne Einwanderung würde das Arbeitskräfteangebot – auch unter der realistischen Annahme einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren – bis 2025 um rund 3,5 Millionen und bis 2050 um etwa 14 Millionen Personen zurückgehen. Schon jetzt fehlen Auszubildende in vielen Bereichen der Handwerker- und Facharbeiterausbildung, besonders in den MINT-(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und SAGE-(Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, Erziehung und Bildung) Berufen, aber auch in der Tourismusbranche, vor allem im Gastgewerbe. Die Bemühungen der Bundesregierung, mehr Rechtssicherheit und Verfahrensvereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und ausbildende Betriebe zu schaffen, müssen forciert werden.</p> <p>Aus Sicht des Erhalts des nationalen Wohlstands ist deshalb die gezielte Integration von leistungsfähigen Erwerbstätigen in die Wirtschaft unbedingt zu begrüßen. Ohne ein Einwanderungsgesetz gelingt das nicht. Hierbei wird es darauf ankommen, Fehler, wie sie bei der Suche nach Arbeitskräften in den 70er Jahren gemacht wurden, zu vermeiden. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Arbeitsanforderungen in der heutigen Wirtschaft wesentlich komplexer geworden sind, ist die Gewinnung von bloß temporären „Gastarbeitern“ wenig weitsichtig. Deutschland als Hochtechnologie-land kann sich keine übergroße Zahl von gering Qualifizierten leisten.</p> <p>Integration als gesellschaftliche Aufgabe</p> <p>Alle Integrationsbemühungen werden nur Erfolg haben, wenn neben der wirtschaftlichen auch die soziale Integration gelingt. Die Vermittlung der kulturellen Identität Deutschlands gelingt nur, wenn die zugewanderten Migranten räumlich und sprachlich im wahrsten Sinne des Wortes in der Mitte unserer Gesellschaft ankommen und nicht begrenzt auf einzelne Regionen oder Quartiere. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sind gewaltige Anstrengungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus (hier treten die Fehlentwicklungen durch den Verkauf öffentlichen Wohneigentums erschwerend zu Tage) und in der Bildungspolitik zu meistern. Schon jetzt ist unser Bildungssystem im internationalen Vergleich sozial eines der am wenigsten durchlässigen Systeme weltweit. Gelingt hier keine Reform durch verstärkte individuelle Förderung, werden Zukunftschancen der nachwachsende Migrantenkinder verspielt.</p> <p>An erster Stelle aller Bildungsbemühungen muss der Spracherwerb stehen. Ohne ausreichende Deutschkenntnisse (Sprachkompetenz B2) besteht die erhöhte Gefahr des Abgleitens in Parallelgesellschaften und eine Verfestigung sozialer Notlagen. Hier ist noch einmal auf die prekäre Beschäftigungssituation vieler Lehrkräfte auch und gerade im Bereich Deutsch als Fremdsprache hinzuweisen. Ihre Kompetenz ist für einen zügigen Spracherwerb von Flüchtlingen unerlässlich, entsprechend sollten die Bezahlung angemessen und die Arbeitsbedingungen fair sein.</p> <p>In den meisten Bundesländern ist es zudem für Über-18-Jährige derzeit nicht möglich, eingeschult zu werden. Hier brauchen wir geeignete Ausnahmeregelungen (z.B. Schulpflicht bis 25 Jahre</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ausweiten), die entweder die Aufnahme einzelner älterer Schülerinnen und Schüler ungeachtet vom Aufenthaltsstatus in Schulklassen ermöglichen oder – ab einer entsprechenden Gruppengröße – ein Angebot entsprechender Erwachsenenbildungsklassen gewährleisten. Insbesondere die Berufsschulen sind hierbei in ihrer Brückenfunktion im Vorfeld einer beruflichen Ausbildung zu stärken.	1
Um die darüber hinausgehenden Qualifikationen für einen Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt zu erwerben, muss die Politik gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA), mit Industrie- und Handelskammern (IHK), Handwerkskammern (HWK), Unternehmensverbänden und Sozialpartnern an Lösungen arbeiten.	5
Damit Flüchtlinge die in ihren Heimatländern erworbenen Qualifikationen in Deutschland nutzen können, ist eine adäquate Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse erforderlich. Dafür müssen die Möglichkeiten des Gesetzes über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz/BQFG) genutzt und bedarfsorientiert verbessert werden. Der DIHK arbeitet zurzeit an einem Kompetenzcheck für jugendliche Flüchtlinge.	10
Zwei Wege – ein Ziel, Integration durch Leistung Es sind zwei Probleme, die die aktuelle Debatte um eine Neuaufstellung in der Migrationsfrage behindern:	15
1. Die Bundesregierung hat in ihrem Handeln den Eindruck hinterlassen, der Situation organisatorisch nicht gewachsen zu sein. In Verbindung mit Übergriffen wie jenen in Köln schürt dies gesellschaftliche Ängste in der Bevölkerung und fördert die einseitige Wahrnehmung der Risiken.	20
2. Aus der politischen Vergangenheit heraus fehlt das Bekenntnis ein Einwanderungsland zu sein und diese Einwanderung konsequent in Hinblick auf die eigenen Interessen zu steuern, d.h. es fehlt der Blick für die Chancen.	25
Die beiden Probleme führen zu zwei unterschiedlichen Strategien im Umgang mit der Flüchtlingswelle.	30
Deutschland gehört zu den Nationen mit einem vergleichsweise starken Netz sozialer Absicherung. Anders als beispielsweise in den anglo-amerikanischen Ländern, gehört seit den bismarckschen Sozialreformen zu den Grundfesten unserer Gesellschaft das Versprechen der sozialen Absicherung im Falle der Hilfsbedürftigkeit. Im Zusammenhang mit dem massenhaften Zuzug von Migranten ist das Augenmerk der gesellschaftlichen Politik derzeit einseitig auf die Migration in diese Sozialsysteme gerichtet. Der verzögerte Aufbau von Kontrollsystemen zum willkürlichen und mehrfachen Bezug von Sozialleistungen hat zu einer gesellschaftlichen Wahrnehmung der Migranten als potentiellen Leistungsbetrügern geführt, welche als Konkurrenten um das knappe Geld wahrgenommen und diffamiert werden.	35
Um die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, braucht es hier eine starke ordnungspolitische Kraft. Eine unkontrollierte bzw. unberechtigte Einwanderung gerade mit Blick auf den Bezug von Sozialleistungen muss unterbunden werden.	40
Auf der anderen Seite brauchen wir eine neue Kultur der Wirtschaftschancen nach dem Vorbild anderer Länder, beispielsweise der USA, deren Attraktivität als Einwanderungsland nicht auf dem Versprechen von Sozialleistungen, sondern auf dem Versprechen gründet, es durch eigene Leistung vom einfachen Migranten zum Millionär schaffen zu können. Die Kriterien einer geregelten Zuwanderung sind in einem Einwanderungsgesetz festzulegen.	45
Wir brauchen neben der altruistischen Gewährung temporären Schutzes vor Krieg und Verfolgung allein aus egoistischen Gründen einen Weg der Migration, welcher Menschen, die von ihrem Alter oder ihrer Qualifikation eine Bereicherung für unsere Volkswirtschaft sein können, einen legalen und direkten Weg nach Deutschland bietet, mit dem Ziel, diese Menschen als bereichernde Mitbürger in der Sicherung respektive Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu nutzen.	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Dieses Aufstiegsversprechen ist in komplexen Wirtschaftsstrukturen im Regelfall nur entsprechend gut qualifizierten Personen oder Menschen mit besonderem Unternehmergeist vorbehalten. Um diese Arbeitskräfte stehen aber die nationalen Volkswirtschaften in</p> <p>5 einem Wettbewerb.</p> <p>Perspektivisch ist zu erwarten, dass aus vielen Flüchtlingen Unternehmerinnen und Unternehmer werden. Dafür spricht, dass von Migranten gegründete und geführte Unternehmen in den vergangenen Jahren eine immer größere Bedeutung für die deutsche</p> <p>10 Wirtschaft erlangt haben. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom September 2014 kommt nach umfangreichen Datenanalysen zu einem bemerkenswert positiven Befund: Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich die Zahl Selbständiger Migranten annähernd verdreifacht, jede sechste unternehmerisch aktive Person in Deutschland</p> <p>15 hat ausländische Wurzeln. Migrantenunternehmen haben mittlerweile mindestens 2,2 Millionen Beschäftigte und stellen damit 18 Prozent aller Arbeitsplätze in inhabergeführten mittelständischen Unternehmen. Sie leisten zudem einen wachsenden Ausbildungsbeitrag.</p> <p>20 Auch im politischen Handeln muss getrennt werden, was nicht zusammen gehört. Die Inanspruchnahme humanitärer Hilfe setzt eine individuelle Notsituation voraus. Deshalb muss zwischen Einwanderung und Asyl unterschieden werden.</p> <p>Der Versuch, dieses System der humanitären Hilfe als Sprungbrett</p> <p>25 in unsere Volkswirtschaft zu „missbrauchen“, muss Konsequenzen haben, um die Attraktivität dieses Systems für Migranten zu schmälern. So sollte der Weg für diejenigen, bei denen sich herausstellt, dass eine Schutzbedürftigkeit nicht vorliegt, in den deutschen Arbeitsmarkt auch nach der Rückkehr in das Herkunftsland</p> <p>30 zumindest befristet für einen Zeitraum von beispielsweise 5 Jahren verbaut sein. Im Gegenzug müssen wir die Wege der legalen Einwanderung von Arbeitskräften ausbauen, vereinfachen und attraktiver gestalten.</p> <p>35</p>	
<p>173 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>40 Antrag für eine schnellere Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt</p> <p>Mit den ständig steigenden Flüchtlingen aus den verschiedensten</p> <p>45 Ländern kommen in einem großen Maße Menschen zu uns, die einen guten bis sehr guten Ausbildung genossen haben. Diese wollen in Deutschland keine Sozialhilfeempfänger sein, sondern sich mittels einer normalen Anstellung ein neues, sicheres Leben aufbauen. Diese sind vor dem Hintergrund des allgemein prognostizierten, aber auch in bestimmten Sparten bereits bestehenden Fachkräftemangels in Deutschland eine Chance – eventuell auch eine Notwendigkeit – zum Erhalt und der Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandorts. Daher fordern wir:</p> <p>50 Asylbewerbern mit entsprechender Ausbildung im Heimatland soll der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt weiter erleichtert werden. Weiter sollen die Wartezeiten, besonders für Akademiker und hochqualifiziertes Fachpersonal (aktuelle Prioritätenliste erstellt die Bundesagentur für Arbeit) weiter verkürzt werden, wenn möglich ganz entfallen. Ebenso soll die Arbeitserlaubnis über den nachrangigen Arbeitsmarktzugang auf gehoben werden. Weiter sollte sich der Aufenthaltsstatus eines Asylbewerbers positiv verändern, wenn er eine dauerhafte Beschäftigung nachweisen kann.</p> <p>65</p>	<p>173 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Antrag für eine schnellere Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt</p> <p>Erledigt durch die vierte Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung des BMAS</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>I74 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Menschen vor rassistische Gewalt in Deutschland schützen</p> <p>Wir fordern die Parteiführung auf, sich für ein bundesweites Rahmenkonzept zum Schutz von Flüchtlingen und deren Unterkünften einzusetzen.</p>	<p>I74 1 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Menschen vor rassistische Gewalt in Deutschland schützen 5</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 10</p>
<p>I75 <i>Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Nationale Identität, Kulturelle Diversität und Rechtsordnung</p> <p><i>19 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Eine Renaissance des völkischen Denkens bedroht den Konsens der offenen Zivilgesellschaft in Deutschland. Wir Sozialdemokraten betonen deshalb mit Nachdruck, dass wir die Nation nicht als völkisches Gebilde definieren, sondern als die Summe aller Bürgerinnen und Bürger unter der Verfassung mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, unabhängig von Religion, Abstammung oder ethnischer Zuordnung. Die Identität der Nation leitet sich nicht aus einer vermeintlich homogenen Ethnie ab, sondern aus den Grundwerten ihrer Verfassung. Die Idee einer „Leitkultur“ lehnen wir ab. In jeder offenen Gesellschaft gibt es verschiedene kulturelle Zuordnungen, deren Integration in der Anerkennung des für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen geltenden Rechtes zum Ausdruck kommt. Das Gleiche gilt für die von der Verfassung garantierte positive wie negative Religionsfreiheit. Wir betonen deshalb, dass der Rechtsstaat kulturelle Freiheit und Religionsfreiheit nur dadurch garantieren kann, dass bei Konflikten zwischen kulturellen oder religiösen „Regeln“ und weltlichem Recht das für alle gleichermaßen geltende weltliche Recht vom Staat geschützt und durchgesetzt werden muss. Der Rechtsstaat muss dem Entstehen „juristischer“ Parallelgesellschaften entgegenreten und die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz schützen. Wir treten deshalb dafür ein, Art. 4 Abs. 2 GG „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ durch einen Zusatz zu präzisieren, durch den der Verstoß gegen geltendes Recht unter Berufung auf ein aus einer Religion abgeleitetes „Recht“ unzulässig ist.</p>	<p>I75 15 <i>Ortsverein Bonn-Küdinghoven-Ramersdorf-Oberkassel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Nationale Identität, Kulturelle Diversität und Rechtsordnung 20</p> <p>Ablehnung 25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>I76 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glaubensüberprüfung von zum Christentum konvertierten Asylsuchenden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)</p> <p>Wir fordern die SPD-Bundesfraktion auf, alles dafür zu tun, was nötig ist, um die Glaubensüberprüfungen von asylsuchenden Konvertiten durch das BAMF abzuschaffen. Stattdessen sollen Kirchen- und/oder Gemeindeverantwortliche den Glaubenswechsel dokumentieren, bestätigen und dem Asylantrag beifügen.</p>	<p>I76 55 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glaubensüberprüfung von zum Christentum konvertierten Asylsuchenden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 60</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission: Wir fordern die SPD-Bundesfraktion auf, alles dafür zu tun, was nötig ist, um die Glaubensüberprüfungen von asylsuchenden Konvertiten durch das BAMF abzuschaffen. Stattdessen sollen Kirchen- und/oder Gemeindeverantwortliche formal den Glaubenswechsel dokumentieren und dem Asylantrag beifügen. 65</p>

Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik (M)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>M1 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter</p> <p>Das Internet als Politikbereich ist schon lange kein Nischenthema mehr, dass nur Expert*innen der Informationstechnologie betrifft. Seit der Jahrtausendwende und nochmal verstärkt mit dem Einzug des Smartphones ist die Digitalisierung aus unserem Alltag kaum mehr weg zu denken. Wir informieren uns online, kommunizieren ortsunabhängig in Echtzeit miteinander, spielen, lieben und organisieren uns im Internet. „Smart“ sind heute nicht nur das Telefon, die Armbanduhr, der Fernseher, der Kühlschrank oder das Auto. Die digitale Revolution der Arbeitswelten ist in vollem Gange. Menschen organisieren sich über die ganze Welt hinweg, um am kulturellen und politischen Leben teilzuhaben, organisieren kulturelle Vielfalt, Solidaritätsaktionen, Widerstände und ganze Revolutionen - gleichzeitig nimmt das Interesse an Parteien, insbesondere in unserer Generation, stetig ab. Staatliche wie private Akteur*innen konnten eine Überwachungsinfrastruktur durchsetzen, die längst Orwellsche Züge angenommen hat.</p> <p>Ob Utopie oder Dystopie, das Internet ist längst zu einem eigenen Lebensraum erwachsen - höchste Zeit also, die Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter fit zu machen.</p> <p>Das Internet als offene Gesellschaft: frei, gleich und solidarisch!</p> <p>Es ist unsere Überzeugung, dass eine Gesellschaft nur dann gerecht ist, wenn sie für alle Menschen offen ist. Das heißt nicht, dass alle die gleichen Vorlieben, Talente oder Überzeugungen teilen müssen, sondern, dass wir Vielfalt als bereichernd anerkennen und allen Menschen Gelegenheit geben, ein würdiges Leben nach ihren eigenen Wünschen zu führen.</p> <p>Es ist also unsere Aufgabe in der Tradition der Sozialdemokratie, die Freiheit der Individuen gegenüber dem Staat, aber auch gegenüber dem kapitalistischen System zu verteidigen. War es früher der Kampf gegen Erb-Tyrannie und für Demokratie, der zur Französischen Revolution und viel später zum Frauenwahlrecht führte, so haben sich in Zeiten der Digitalisierung neue Herausforderungen entwickelt: staatliche Überwachungsinstanzen verfolgen heute auch in sogenannten westlichen Demokratien jeden unserer Schritte, hören jedes unserer Worte mit. Privatkapitalistische Großkonzerne schöpfen weltweit und weitgehend ungehindert durch die Nationalstaaten und Staatenverbünde, wie auch weitgehend ohne Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gigantische Datenmengen ab und verknüpfen diese zu einem übernationalen Überwachungssystem. Im Gespräch sind u. A. der „Citizen Score“ in China, nach dem das am meisten angepasste Verhalten der Bürger*innen belohnt und Abweichungen sanktioniert werden sollen. Ähnliches planen bereits gewinnorientierte Unternehmen in Europa: von der Krankenkasse, die Bewegungs- und Ernährungsverhalten überwacht, bis hin zur KFZ-Versicherung, die Fahrweisen analysiert, ist es nur ein kleiner Schritt von finanziellen Anreizen zu verhaltensbeeinflussender Willkür. Obgleich ein Schritt zurück zur analogen Zeit unser Ziel nicht sein kann, bedürfen technische Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle.</p> <p>Das dezentrale Internet trägt die Wurzel des gleichen Zugangs zu Bildung, Kultur und demokratischer Partizipation in sich. Junge Menschen organisieren ihre außerschulische Bildung in kreativer Weise anhand ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen selbst, schließen sich lose und persönlich zu Communities zusammen. Doch über allem Fortschritt schwebt der „digital divide“, den es sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt zu überwinden gilt: kostenloser Zugang zu Bildung von Anfang an, Medienkompetenz, die Fähigkeiten zum kritischen Lesen und der Quellenbe-</p>	<p>M1 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wertung aber auch das freie Verfügen über Zeit sind längst Fragen der sozialen (Un-)Gleichheit geworden.</p> <p>Unter dem Schlagwort „hate speech“ verstehen wir inzwischen den entgrenzten Hass, der anonym in die Welt geschleudert wird.</p> <p>5 Hier zeigen sich gesellschaftliche Zerwürfnisse, die beispielsweise über die Mitte-Studie als Xenophobie und Sexismus seit langem in der Mitte der Gesellschaft nachgewiesen wurden. Dieser offen- sichtliche Hass und die dahinterliegende Angst bedürfen einerseits unserer Solidarität gegenüber den Angegriffenen, andererseits einer 10 weitreichenden Bildungsinitiative und des rechtsstaatlichen Ein- greifens. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckender Ausbau der Internet-Zugänge • Netzneutralität erhalten • Förderung von Freifunk und ähnlichen nicht-staatlichen Initiati- 15 ven, auch auf kommunaler Ebene • Störerhaftung endgültig abschaffen • Förderung unabhängiger Initiativen zur Aufklärung und Richtig- stellung von Fake News • Strafrechtliche Verfolgung von Hate Speech und Stärkung des 20 Opfer*innenschutzes • Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien und Bürger*innenmedien • Digitale Bildung von Anfang an • Ausstattung an allen (Weiter-)Bildungseinrichtungen verbessern <p>25 Datensouveränität und Datenschutz gehören zusammen!</p> <p>„1987 brachte eine staatlich organisierte Volkszählung noch die Menschen auf die Straße. Heute schenken wir unsere Daten ein- fach so an amerikanische Konzerne ab“ heißt eine auch in der SPD nicht selten gezogene Parallele. Doch daraus abzuleiten, dass Da- 30 tenschutz heute für die Mehrheit der jungen Menschen unwichtig geworden, wir ganz auf Datensparsamkeit verzichten können, ist ein Fehlschluss.</p> <p>Unsere Generation ist sich sehr wohl bewusst, in welchem Um- fang Facebook, Google und Co. unsere personenbezogenen Daten 35 speichern. Doch ist die Entscheidung für den Schutz der eigenen Daten und gegen das Mitmachen inzwischen ein gesellschaftli- cher Exklusionsprozess: wer sich nicht zumindest in einem Min- destmaß beteiligt oder technisch beflissen Alternativen zu nutzen weiß, ist schnell außen vor. Es stellt sich die Frage, die wir als 40 Sozialdemokrat*innen im Bereich der Wasser-, Strom- und Wohn- raumversorgung längst beantwortet haben: halten wir es als Gesell- schaft aus, wenn Daseinsvorsorge privatisiert, zur Ware und damit verknappt wird? Halten wir es aus, wenn die freie Entscheidung nur für die Gewinner*innen kapitalistischer Konkurrenzen beste- 45 hen bleiben und diejenigen, die im Besonderen auf Fairness ange- wiesen sind, außen vor bleiben? Die Antwort darf nicht sein, dass nur diejenigen souverän mit ihren Daten umgehen, die sich privat fortbilden und informieren können. Wir brauchen klare staatliche Regelungen, die das Prinzip der Datensparsamkeit zum Standard 50 erheben. Nur, wenn der öffentliche Raum demokratischen Prinzipi- en folgt, ist eine Teilhabe aller im Sinne einer offenen Gesellschaft möglich. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Weiterentwicklung europäischer und nationaler Datenschutz- standards. Dabei muss gelten: 55 • Transparenz • Zweckbindung • Widerrufbarkeit • Stärkung der Rolle der Datenschutzbeauftragten in staatlichen wie privatrechtlichen Organisationen 60 • Schutz von Whistle-Blower*innen • Einrichtung einer unabhängigen Instanz, die prüft, inwieweit Datenschutzstandards eingehalten werden • Klare Zuständigkeiten in den Ländern und im Bund über Digita- lisierungsministerien 65 • privacy by design • Stärkung von Open Source-Software und freien Informationsda- tenbanken auf allen Ebenen, angefangen in der Kommune 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Privatsphäre vor Allmachtsphantasien schützen!</p> <p>Das sorgfältige Austarieren von Freiheit und Sicherheit ist ein Prozess, der demokratische Staaten seit ihrer Gründung bewegt. Im digitalen Zeitalter scheint sich diese Frage der Mehrheit sowohl innerhalb der SPD als auch unserer Gesellschaft kaum mehr zu stellen. Schnell wird Maßnahmen zugestimmt, die ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht stellen: Funkzellenabfragen, die das Auswerten der Daten von Millionen Menschen legitimieren, Aussetzen von Menschen- und Bürger*innenrechten für Menschen mit Migrationshintergrund, denen mit rechtsstaatlichen Methoden keine Straftaten nachgewiesen werden können, anlasslose Massenüberwachung über Vorratsdatenspeicherung - um nur einige Beispiele zu nennen. Die Debatte um Freiheit und Sicherheit muss wieder verstärkt geführt werden - nicht nur in geschlossenen Parteigremien, sondern öffentlich und unter hürdenarmer Beteiligung aller Interessierter. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Diskriminierungsfreie Anwendung der Menschen- und Bürgerrechte • Anlassbezogene Sicherheitsmaßnahmen statt anlassloser Massenüberwachung • Recht auf verschlüsselte Kommunikation mit öffentlichen Institutionen • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung muss zum Standard werden • Schutz von Whistle-Blower*innen <p>Demokratie 4.0: wir organisieren digitale Teilhabe!</p> <p>Große Datensammlungen haben sowohl das Potential zur Gefahr als auch zur Stärkung kultureller und demokratischer Teilhabe. Das Internet bietet insbesondere jungen Menschen - aber auch immer mehr „silver surfen“ - die Gelegenheit, sich unabhängig von ihrem Aussehen, ihrem Auftreten und ihrer Anwesenheit an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Von der Unterschriftenliste über die Beantwortung von Fragen bis hin zum Erlernen demokratischer Prozesse, können wir als Partei vieles von bestehenden und sich neu entwickelnden Prozessen lernen. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Informationsfreiheitsgesetzes • Schnelle und umfassende Veröffentlichung staatlich erhobener Daten ohne Personenbezug unter offenen Lizenzen. • Überarbeitung des Urheberrechts unter Berücksichtigung eines Rechts auf Remix • Nur, wenn wir die Sozialdemokratie fit machen für das digitale Zeitalter, können wir unsere offene Gesellschaft langfristig erhalten und weiter stärken. 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>M2 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Digitalisierung</p> <p>Das Thema Digitalisierung soll unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Persönlichkeitssphäre seitens der SPD national und international stärker in den Blick genommen und vorangetrieben werden. Die Thematik soll unter dem Blickwinkel Datenschutz, Verbraucherschutz und Vereinbarkeit der schnellen technischen Entwicklung im digitalen Sektor mit Gesellschaft und Lebenswelt mit klaren verbraucherorientierten Standpunkten in den Blick genommen werden. Im Einzelnen fordern wir zum Datenschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitergabe von Daten an Dritte: Die Weitergabe von Daten an Dritte bedarf immer der konkreten Zustimmung des Nutzers/ der Nutzerin. Ferner wird (gesetzlich und per Abkommen) geregelt, dass sog. Dritte, die zur Abwicklung organisatorischer Angelegenheiten wie Abrechnung etc. herangezogen werden, die Daten lediglich für die Dauer des zu erfüllenden Zwecks speichern dürfen, die Daten sodann löschen müssen und eine anderweitige Verwendung der Daten nicht zulässig ist. Anderweitige Verfah- 	<p>M2 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Digitalisierung</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 ren oder Regelungen bedürfen der unmittelbaren Zustimmung des Nutzers/der Nutzerin gegenüber der Drittfirma.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationale Selbstbestimmung: Alle Daten von Nutzern [bspw. aus Emails, in sozialen Medien, etc.] dürfen von Unternehmen nur so lange gespeichert werden, wie der/die Nutzer/in diese aktuell aufrechterhält. Sobald der/die Nutzer/in die eigenen Daten löscht, müssen diese unternehmensseitig auf allen Medien [ggf. innerhalb einer festzulegenden Frist] endgültig gelöscht werden. • Reichweite der Löschung in vernetzten Medien: Nutzer/innen müssen bei Löschung von Daten in vernetzten Medien (bspw. Facebook) die Möglichkeit haben, die Reichweite der Löschung festzulegen: Dies umfasst die Entscheidung darüber, dass nur die eigenen Daten auf der eigenen Site gelöscht werden oder, dass auch alle eigenen zuvor auf anderen Sites geposteten Nachrichten gelöscht werden. • Nicht-öffentliche Daten: Nichtöffentliche Daten und nicht-öffentliche Kommunikationsinhalte verstorbener Nutzer müssen unmittelbar gelöscht werden. [Regelung für öffentliche Daten ggf. ebenso notwendig]. • Speicherung nur in einem erfassbaren `Raum`: Die Speicherung von persönlichen Nutzerdaten, insbesondere Inhalten von Kommunikation, ist generell nur auf aktuell betriebenen Servern [sowie Backupservern] zulässig. Eine Speicherung auf abkoppelbaren Medien oder Datenträgern (Festplatten, Disks, Kassetten) ist untersagt. <p>Im Einzelnen fordern wir zum Verbraucherschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Firmensitz/Gerichtsstand: Alle Unternehmen, auch ausländische Unternehmen, die in Deutschland [bzw. Europa, bzw. innerhalb der Staaten eines neu zu schließenden Abkommens] Leistungen auf dem digitalen Sektor anbieten (Programme/ Apps/ Betreiben von Websites einschließlich Social Media) sind verpflichtet, einen für den Verbraucher klar nachvollziehbaren Firmensitz und einen nationalen [oder EU] Gerichtsstand inne zu haben. • Nutzerverträge: Lizenzvereinbarungen/EULA, Nutzungsbestimmungen und Allgemeine Geschäftsbedingungen richten sich nach nationalem [alternativ: europäischem] Recht und müssen transparente Angaben des Gerichtsstands enthalten. Andernfalls sind sie ungültig. • Rechtsweg: Nutzer der Leistungen innerhalb Deutschlands [alternativ: der EU] haben das Recht/ die Möglichkeit, vor einem nationalen [alternativ: europäischen] Gericht alle Rechte einzuklagen (i.e. der/die Nutzer/in muss bspw. nicht vor einem US-amerikanischen Gericht Auskunftsrecht o.ä. selbst einklagen). • Verbraucherschutz, Kinderschutz: Kinderschutzeinstellungen müssen Kinder adäquat vor unerwünschten Darbietungen schützen und dürfen sich nicht nach einiger Zeit automatisch wieder abschalten (so bspw. bei der You-Tube-App). • Eine echte Wahl für Nutzer muss bestehen, die derzeitige Praxis: `Entweder Sie stimmen zu, dass dies und jenes gespeichert wird, oder sie können das Programm, die App, die Site ...nicht nutzen` muss aufhören. • Vorgeschlagen wird die stufenweise Einrichtung eines Digitalen Technischen Überwachungsvereins [DTÜV] oder einer Digitalen Technischen Überwachungsbehörde für digitale Anwendungen mit Zuständigkeit für die Zulassung von Softwareprogrammen und Apps [alternativ und darüber hinaus gehend: auch für den Betrieb von Netzwerken wie Facebook] für den Betrieb in Deutschland [alternativ innerhalb der EU]. <p>Im Einzelnen fordern wir zum Thema Vereinbarkeit der Digitalisierung mit Gesellschaft und Lebenswelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schulbildung/Lehrpläne: Aufnahme eines Schulfachs zum Thema Digitalisierung in den Lehrplänen mit den Inhalten: Ethik und Werte, auch im Sinne der Schulung eines eigenen kritischen Urteilsvermögens bei der Wahl der Nutzung und des Umgangs mit den Medien, technisch geschulter Umgang mit Medien, 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Rechtslage und Verbraucherschutz. Dazu gehört auch die Vermittlung von Wissen zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die kognitive Entwicklung, sowie auf Gesundheit und Wohlbefinden, sowie das Wissen um eine ausgeglichene Lebensführung außerhalb der digitalen Welt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Schulungen für Menschen, die nicht im täglichen Umgang mit digitalen Medien geübt sind (ggf. ältere Menschen) mit den o.g. Inhalten, insbesondere Nutzung, Umgang, Rechtslage und Verbraucherschutz. • Moderatorenpflicht für offene Sites als Möglichkeit zur Bekämpfung von öffentlichen Persönlichkeitsverletzungen (Stichworte Ausgrenzung und Mobbing) – insbesondere im Schülerbereich, [Es sind klare Regelungen erforderlich, wann eine Persönlichkeitsverletzung vorliegt, um Zensur zu vermeiden]. <p>Im Einzelnen fordern wir zum Thema Digitalisierung und gesellschaftlicher und technischer Fortschritt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zusammen mit der Digitalisierung müssen rechtsstaatliche Regelungen auf nationaler und EU-Ebene, sowie internationale Abkommen zum Schutz der Nutzer/innen auf diesem Gebiet weiterentwickelt werden, ebenso wie Werte und Kultur in diesem heute nicht mehr wegzudenkenden digitalen Sektor einer gemeinsamen Weiterentwicklung bedürfen. 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>M3 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Störerhaftung für Betreiber*innen von WLANs abschaffen</p> <p>Die SPD fordert den Parteitag auf, sich für eine Abschaffung der sog. "Störerhaftung" für WLAN Betreiber*innen auszusprechen.</p>	<p>M3 <i>Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Störerhaftung für Betreiber*innen von WLANs abschaffen</p> <p>Erledigt durch Regierungshandeln („Änderung des Telemediengesetzes" (TMG))</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>M4 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen</p> <p>In vielen Ländern dieser Welt gibt es frei zugängliche WLAN-Netzwerke: ob in Cafés und Restaurants, dem ÖPNV oder auf öffentlichen Plätzen, ein drahtloser Internetzugang ist vielerorts selbstverständlich und leicht zugänglich. In Deutschland ist die Situation eine andere. Die sogenannte Störerhaftung führt dazu, dass jede*r der*die eine Internetverbindung zur Verfügung stellt, als sogenannter „Accessprovider" gilt und damit rechtlich dafür verantwortlich ist, was über seinen*ihrnen Internetzugang geschieht. Werden über einen Internetzugang Straftaten oder Urheberrechtsverletzungen begangen haftet der*die Zugangs inhaber*in, unabhängig davon, wer die Straftat begangen hat. Dies ist selbst dann oft der Fall, wenn sich jemand in ein unzureichend geschütztes Netzwerk eingehackt hat. Dabei gilt der derzeitiger Rechtsprechung ein werkseitig voreingestelltes Kennwort nicht als angemessener Schutz. Durch diesen Umstand und eine sehr unterschiedliche Rechtsprechung, aufgrund verschieden auslegbarer Gesetzesformulierungen, herrscht eine große (Rechts-) Unsicherheit bei Menschen die anderen WLAN-Netzwerke zugänglich machen wollen. In Zeiten der Digitalisierung, Sozialen Netzwerken, Arbeit 4.0 und vielem mehr sollten flächendeckende Zugangsmöglichkeiten ins Internet mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit werden</p>	<p>M4 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen</p> <p>Erledigt durch Regierungshandeln („Änderung des Telemediengesetzes" (TMG))</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und möglichst geringe Zugangshürden für Nutzer*innen, wie für Anbieter*innen aufweisen. In vielen Bereichen sind Internetzu- gänge notwendige Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, berufliche Aufgaben zu erfüllen oder Bil- 5 dungsangebote wahrnehmen zu können. Doch auch für die private Kommunikation ist ein Internetzugang oftmals unerlässlich. Gerade letzteres ist ein wichtiges Anliegen und Grundbedürfnis von geflüchteten Menschen. Für sie sind Internetzugänge, explizit auch in Form von WLAN-Netzwerken, essenziell und teilweise 10 überlebenswichtig. Über das Internet kann nicht nur Kontakt zu Fa- milien, Freund*innen und Bekannten gehalten werden. Die meisten Flüchtenden sind während und nach ihrer Flucht ganz konkret auf das Internet angewiesen: um Fluchtrouten zu planen, sich über Gefahren und Neuigkeiten auszutauschen oder Überwei- 15 sungen durchzuführen. Das gilt auch nach der Ankunft in Deutsch- land in Erstaufnahmelagern, Flüchtlingsheimen oder anderen Un- terbringungsformen. So kann ein Teil des Schriftverkehrs mit Be- hörden über E-Mail erledigt werden, Informationen und Formulare im Bezug auf den Aufenthalt heruntergeladen werden oder Über- 20 setzungen im Internet gemacht werden. Darüber hinaus ist es auch ihr gutes Recht Kontakte zu halten, mit Familienangehörigen zu sprechen oder aus dem Exil politisch aktiv und vernetzt zu sein. Gerade in Flüchtlingsunterkünften sieht die Versorgungssituati- 25 on mit WLAN-Netzwerken allerdings aktuell sehr schlecht aus. Bundesweit bieten nicht mal ein Dutzend Unterkünfte WLAN- Netzwerke an. Grund dafür sind in den meisten Fällen nicht feh- lender Wille oder mangelnde Ressourcen, sondern eine allgemeine Rechtsunsicherheit über Haftungsfragen aufgrund der Störerhaf- 30 tung. Diese verhindert in vielen Fällen die Errichtung von dringend benötigten WLAN-Netzwerken. Ob in Flüchtlingsunterkünften oder von privaten oder gewerbli- chen Anbieter*innen zugängliche gemachten WLAN-Netzwerken: ohne eine vollständige und vorbehaltlose Haftungsfreistellung der 35 WLAN-Anbieter*innen kann es keine lückenlose Versorgung mit freien Internetzugängen geben. Eine Reform der bisherigen Geset- zeslage ist daher dringend notwendig.</p> <p>Die Entwürfe des Wirtschaftsministeriums vom Juni 2015 reichen 40 dabei nicht aus. Es bleiben weiterhin Unklarheiten bestehen, bei- spielsweise in der Frage, was „zumutbare Maßnahmen“ zur Ver- hinderung von Verstößen in Netzwerken genau sein sollen. Daher fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • flächendeckenden offenen WLAN-Zugang durch die Abschaf- 45 fung der Störerhaftung auch für nicht-gewerbliche Betreiber*innen ermöglichen • Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber*innen zu schaffen, die ihre Netzzugänge für Dritte öffnen • auf Identifikations- oder Dokumentationspflichten für WLAN- 50 Anbieter*innen zu verzichten • die Errichtung von WLAN-Netzwerken in Flüchtlingsunterkün- ften zu unterstützen und zu fördern. <p>55 M5 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Rechtsanspruch auf E-Mail- 60 Verschlüsselung staatlicher Institutionen</p> <p>Wir fordern, die Einführung eines Rechtsanspruchs auf verschlüs- selte E-Mail-Kommunikation mit offenen Standards mit Behörden 65 und Institutionen mit staatlicher Beteiligung.</p>	<p>M</p> <p>M5 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Rechtsanspruch auf E-Mail- Verschlüsselung staatlicher Institutionen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 73)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>M6 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Ausbau der digitalen Mobilität</p> <p>Das Internet ist ein Grundrecht, so entschied es der Bundesgerichtshof am 24.01.2013. Seitdem sind wir nicht besonders weit gekommen, was Stabilität und Ausbau der Netze, Anpassung der Bildungssysteme und Überarbeitung der Kosten- und Finanzierungsmodelle angeht. Deswegen fordern wir:</p> <p>1. Das Breitbandangebot überall so auszubauen, dass es den modernen Medien und Standards mehr als genügt und ausbaufähig bleibt. Immerhin handelt es sich nicht um ein nationales Medium, sondern ein Internationales. Während weltweit Südkorea Spitzenreiter ist, mit einer Übertragungsrate von 23 MB/s im Durchschnitt, aber auch europäische Staaten wie die Niederlande (15.2 MB/s) gut im Rennen liegen, liegt Deutschland (10.7 MB/s) für eine so reiche Industrienation weit zurück. Auch hier handelt es sich nur um Durchschnittswerte, der reguläre Haushalt bei der größeren Bevölkerung in Deutschland liegt vermutlich weit darunter. Deswegen fordern wir bis 2025 den Ausbau in jedem Haushalt auf mindestens 30 MB/s zu ermöglichen.</p> <p>2. Den Ausbau des Bildungsangebots an Schulen, in Bezug auf moderne Medien und digitale Gesellschaft muss sehr viel stärker vorangetrieben werden. Offenes WLAN an allen Schulen, ein neuer, digitaler Unterricht und neue Ausstattungen für Schüler*innen und Lehrer*innen sind unbedingt notwendig, wenn wir jedem, unabhängig des sozialen Ursprungs, die gleichen Möglichkeiten in der Bildung ermöglichen wollen.</p> <p>3. Wir stimmen den sozialen Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse mit und um das Internet des auf dem Bundesparteitag beschlossenen Antrags “#digitalLeben” zu.</p> <p>4. Muss im Zuge des Ausbaus immer wieder überprüft werden, ob das Internet als Informationsstrom und -quelle der Zukunft nicht beitragsfrei oder zumindest nahezu frei für Privatpersonen und -Haushalte bleiben sollte.</p> <p>5. Die Aufweichung und Auflösung der Netzneutralität lehnen wir entschieden ab.</p>	<p>M6 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Ausbau der digitalen Mobilität</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 38: Breitbandausbau, Netzneutralität und WLAN; S. 14: digitale Bildung; S. 22 f.: Arbeit)</p>
	1
	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65
<p>M7 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Neue Existenzen - Selbständigkeit stärken – Missbrauch verhindern</p> <p>Wandel durch Digitalisierung Die fortschreitende Digitalisierung und damit verbunden die weitergehende globale Arbeitsteilung wird unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten weiter tiefgreifend verändern. Die Art und Weise, wie die Produktion von Gütern und Dienstleistungen stattfindet, wird sich weltweit verändern. Die traditionellen Wertschöpfungsketten werden durch die Digitalisierung neu definiert („Industrie 4.0“). Big Data und die Vernetzung von Maschinen („Internet der Dinge“) sind nur zwei Beispiele für den technologischen Umbruch. Industrielle Dienstleistungen werden verstärkt nachgefragt werden. Neue Produkte (z.B. E-Mobilität) und neue Geschäftsmodelle (Plattform-Ökonomie) entstehen, traditionelle Geschäftsmodelle verschwinden. Es werden nicht mehr nur Waren und Dienstleistungen global gehandelt, sondern vor allem Daten, die für die Vernetzung der Produkte und der Produktion benötigt werden. Ein zentraler Wettbewerbsfaktor wird sein, wer die Herrschaft über Daten hat, wer sie wie wo nutzen und verwerten kann.</p> <p>Strukturwandel ist in der Marktwirtschaft völlig normal und ist auch eine ihrer Stärken. Schon Schumpeter sprach von der „schöpferischen Zerstörung des Marktes“, die durch permanente Innova-</p>	<p>M7 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Neue Existenzen - Selbständigkeit stärken – Missbrauch verhindern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 tionen getrieben wird. Das Neue an der Digitalisierung ist das Aus- maß und die Geschwindigkeit, mit der diese Veränderungen statt- finden. Die disruptiven Auswirkungen sind weder auf bestimmte Regionen, auf bestimmte Branchen, Sektoren noch Produkte und 5 Dienstleistungen beschränkt.</p> <p>Die Digitalisierung findet weltweit statt und sie durchdringt den gesamten Wirtschaftskreislauf. Sie wird daher zu Recht als vierte industrielle Revolution bezeichnet. In der „alten“ Welt war es zu- dem undenkbar, dass Unternehmen wie Facebook oder Google von 10 ihrer Gründung bis zum weltumspannenden Konzern nur 10 Jahre benötigen und heute zu den Unternehmen mit den höchsten Bör- senwerten weltweit gehören. Die Dynamik dieser Veränderungen erhöht den Anpassungsdruck auf die traditionellen Unternehmen, auf die Erwerbstätigen und nicht zuletzt auch auf Tarifparteien und 15 Politik.</p> <p>Die Digitalisierung schafft auf der einen Seite große Potentiale für Wertschöpfung, Beschäftigung und Selbständigkeit, auf der anderen Seite wird die menschliche Arbeitskraft in vielen Berei- chen durch Maschinen ersetzt werden und noch stärker als bisher 20 dem globalen Wettbewerb ausgesetzt sein. Zugleich verändern sich auch die Arbeitsinhalte, und die Anforderungen insbesondere an die Qualifikation, die Flexibilität und die Belastbarkeit werden steigen. Wie die Beschäftigungsbilanz insgesamt und insbesondere für Deutschland ausfallen wird, wird entscheidend von den politi- 25 schen Weichenstellungen abhängen. Digital vernetzte Arbeit kann zu mehr Autonomie und Freiräumen führen, aber auch zu Entgren- zung von Arbeit und Überlastung.</p> <p>Die SPD steht für eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die 30 auf dem Grundverständnis ruht, Wandel gestalten zu wollen, um die Voraussetzungen für nachhaltigen Wohlstand für alle zu schaf- fen. Der technologiegetriebene Wandel bestimmt nicht die Rich- tung der Politik, sondern umgekehrt. Tiefgreifende Strukturwandel sind immer auch Zeitfenster, in denen die Politik ihre normativen 35 Gestaltungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des globalen Wettbewerbs ausschöpfen sollte. Die SPD fordert daher, die wirt- schaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen so weiterzuentwi- ckeln, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erwerbstätigkeit besser und selbstbestimmter wird, • von den emanzipatorischen und arbeitsplatzschaffenden Chancen 40 der Digitalisierung möglichst vielen Menschen profitieren, • Selbständigkeit gestärkt und gefördert wird und in einer digitali- sierten Arbeitswelt eine attraktive Alternative zu anderen Formen der Erwerbstätigkeit bleibt. <p>45 Wandel der Selbständigkeit</p> <p>Die Arbeitswelt befindet sich in einem permanenten Anpassungs- prozess, der zu einer Verschiebung zwischen den verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeit führt. Ehemals randständige atypi- 50 sche Beschäftigungsformen wie befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und Zeitarbeit sowie Scheinselbständigkeit haben schon in den letzten Jahrzeh- nten zugenommen. Die einstmals scharfe Trennung zwischen abhän- giger Beschäftigung auf der einen Seite und Selbständigkeit auf der 55 andere Seite wird zunehmend unscharfer.</p> <p>Diese Entwicklung hat auch das (soziale) Gesicht von Selbstän- digkeit in Deutschland verändert. Noch vor 20 Jahren war Selb- ständigkeit geprägt von den freien Berufen, Handwerk und Klein- gewerbetreibenden sowie dem traditionellen Mittelstand mit meh- 60 reren Beschäftigten in einem Betrieb. Zwar ist die Zahl der Selb- ständigen seither insgesamt gestiegen, seit der Jahrtausendwende ist dieser Anstieg aber fast ausschließlich auf die Zunahme der Zahl der Soloselbständigen zurückzuführen. Heute bilden die rund 2,35 Millionen Soloselbständigen die Mehrheit der Selbständigen 65 in Deutschland. Zwar ist das Einkommen von Selbständigen im Durchschnitt immer noch höher als bei abhängig Beschäftigten, jedoch ist auch die Streuung größer. So sind vor allem Soloselb- ständige wesentlich häufiger in den unteren Einkommensklassen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
zu finden als Selbständige mit Beschäftigten. Viele Soloselbständige verfügen sogar nur über Einkünfte, die mit den Einkünften von abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor vergleichbar sind. Mehr als ein Viertel aller Soloselbständigen erzielt weniger als den geltenden Mindestlohn von brutto 8,50 Euro pro Stunde.	1
Die Digitalisierung beschleunigt diesen Wandel. Die Digitalisierung führt dazu, dass die Wertschöpfungsketten viel feiner zerlegt und aufgeteilt werden können als bisher. Dies führt dazu, dass Unternehmen als feste Einheit zunehmend verschwinden. Die alte unternehmerische „Make or Buy“-Frage erhält mit der Digitalisierung eine neue Dimension. Unternehmen definieren ihr Kerngeschäft neu und gliedern betriebliche Teilleistungen aus bzw. kaufen diese Leistungen auf dem Markt ein. Aus ehemals fixen (Personal)Kosten werden so variable Kosten.	5
Befeuert wird diese Entwicklung dadurch, dass nicht nur die Wertschöpfungsketten digitalisiert werden, sondern die Märkte selbst (Plattformökonomie). Internet-Plattformen sind digitale Marktplätze, die Angebot und Nachfrage von (Dienst)Leistungen zusammenbringen. Durch die Digitalisierung gehen die Suchkosten für beide Marktseiten gegen null. Die Vermittlung von Dienstleistungen wird schneller, transparenter, kostengünstiger und globaler. Was man bisher nur von den Finanzmärkten kannte, nämlich dass Angebot und Nachfrage weltweit in Sekundenschnelle zusammenfinden, gilt nun auch für Dienstleistungen.	10
Paradoxerweise führt dies auf der einen Seite zu einer Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Dienstleistern, auf der anderen Seite sind in der Plattform-Ökonomie aber auch Monopolisierungstendenzen zu beobachten. Beide Entwicklungen führen aber dazu, dass der Preisdruck auf die Dienstanbieter zunimmt. (Beispiel?)	15
Im Fokus der Öffentlichkeit stehen derzeit z.B. Plattformen wie Uber oder Helpling, die Beförderungsleistungen bzw. haushaltsnahe Dienstleistungen vermitteln. Dieses sogenannte Crowdfunding unterscheidet sich erheblich von den klassischen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen. Insbesondere werden häufig soziale und rechtliche Mindeststandards wie bei der Bezahlung, der Arbeitszeit oder des Arbeitsschutzes außer Kraft gesetzt. Auf der anderen Seite können neuen Arbeitsformen aber auch Einkommenschancen für geringqualifizierte Selbständige eröffnen. Plattformen bieten außerdem die Möglichkeiten, Dienstleistungen, für die es noch keinen Markt gibt, zu erproben und neue Berufsbilder herausbilden.	20
	25
	30
	35
	40
Selbständigkeit stärken – Missbrauch verhindern	
Das traditionelle Bild von Selbständigkeit hat keine Gültigkeit mehr. Selbständigkeit ist vielfach keine bewusste einmalige Entscheidung mehr für ein dauerhaftes eigenverantwortliches Berufsleben, sondern häufig nur eine kurzzeitige Option unter vielen anderen. Selbständigkeit auch in Deutschland wird bunter.	45
Nicht alle Entwicklungen erzeugen zwangsläufig einen neuen Regelungsbedarf. Vieles sind genuin private oder unternehmerische Entscheidungen. Entstehen jedoch rechtliche Grauzonen, z.B. wenn formal Selbständige de facto wie Arbeitnehmer agieren, müssen klare Regelungen geschaffen werden. Grundsätzlich gibt es eine Bandbreite zwischen der Möglichkeit der Anpassung der bestehenden Regelungen an die neuen Erwerbsmodelle der Plattformökologie und der Anpassung der neuen Existenzformen an das bestehende Recht.	50
Der Gestaltungsspielraum muss genutzt werden, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Notwendig sind gleiche Wettbewerbsbedingungen (level playing field) sowohl für traditionelle als auch neue Existenzen.	55
Für dieSPD sind unterschiedliche Erwerbsformen grundsätzlich gleichwertig, solange sie nicht zu Lasten einer Vertragspartei missbraucht werden. DieSPD setzt sich dafür ein, Selbständigkeit im digitalen Zeitalter in der ganzen Bandbreite ihrer neuen Ausprägungen zu stärken, über Chancen und Risiken der neuen Formen der Selbständigkeit aufzuklären und Selbständige zu fördern. Gleichzeitig muss der Missbrauch von Selbständigkeit verhindert werden. Selbständigkeit darf nicht zum Synonym für Sozialdum-	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 ping werden, sondern muss auch im digitalen Zeitalter für Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Innovationskraft stehen.</p> <p>Missbrauch von Selbständigkeit verhindern</p> <p>5 Die Zunahme der Zahl der Selbständigen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Selbständigkeit mitunter von den Selbständigen selbst, aber auch von Auftraggebern missbraucht wird, um sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Regelungen zu umgehen. Selbständigkeit darf auch nicht zu Lohndumping führen. Die SPD fordert:</p> <p>10 Klare Regeln für Arbeitnehmerüberlassungen: Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge sind unverzichtbare Instrumente einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Sie bieten die Möglichkeit, den Personalbedarf bei Auftragsspitzen kurzfristig abzudecken. Diese Funktion muss gestärkt werden; deren Missbrauch aber, insbesondere bei längeren Einsatzzeiten zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen im Vergleich zur Stammebelegschaft, muss verhindert werden.</p> <p>15 Rahmenbedingungen für Crowdfunding schaffen: Crowdfunding bietet sowohl für die Unternehmen als auch für die Crowdfunder Vorteile. Ein grundsätzliches Problem besteht jedoch in der ungleichen Machtverteilung zwischen Auftraggeber, Vermittlung (Crowd-Plattform) und Auftragnehmer (Crowdfunder). Die Vorteile für die Unternehmen in Form von höherer Flexibilität und Verschiebung der Fixkosten zu den variablen Kosten erweisen sich als</p> <p>20 Nachteil für die Crowdfunder. Eine vermeintlich höhere Autonomie müssen sie mit stark schwankender Auftragslage und Abhängigkeit von der Crowd-Plattform erkaufen.</p> <p>Bislang wird das Crowdfunding vor allem als Nebenverdienstmöglichkeit genutzt. Hier müssen klare Rahmenbedingungen geschaffen werden. So können Plattformbetreiber dazu verpflichtet werden nachzuweisen, dass keine Scheinselbständigkeit entsteht. Denkbar ist auch eine Tarifierung des Crowdfundings (Z.B.: http://www.faircrowdfund.org/). Crowdfunder sollten zum Beispiel auch die Möglichkeit haben, ihre Profilbewertungen durch die Auftraggeber mitnehmen zu können (auf andere Plattformen), da die Höhe der Entlohnung häufig von der Bewertung abhängt. Umgekehrt müssen aber auch Crowdfunder die Möglichkeit haben, die Auftraggeber bewerten zu können.</p> <p>30 Mindesteinkommen und Mindeststandards sichern: Es muss sicher gestellt werden, dass Crowdfunder nicht, durch die Umgehung von Arbeitnehmerrechten (Arbeitszeitregelungen, Arbeitsschutzvorgaben) und Absenkung von soziale Standards, durch die Vermittlern und Auftraggeber ausgenutzt werden können. Wer 40 Stunden arbeitet, muss auch einen entsprechenden Mindestlohn (Stundenlohn) erwirtschaften können, ohne dass der Vermittler die Risiken der Auftragslage oder von Ausfällen vollständig auf den Crowdfunder überträgt, soweit diese über den normalen unternehmerischen Risiken liegen.</p> <p>40 Selbständigkeit im Digitalen Zeitalter stärken</p> <p>Soziale Sicherung von (Solo)Selbständigen verbessern: Die soziale Sicherung von Selbständigen war schon immer ein Kernanliegen der SPD. Die Zunahme von prekärer Soloselbständigkeit, die neuen Formen von Erwerbstätigkeit sowie der mehrfache Wechsel</p> <p>55 zwischen verschiedenen Erwerbsformen innerhalb eines individuellen Arbeitslebens bringen dieses Thema wieder auf die Tagesordnung.</p> <p>Die genannten Entwicklungen machen deutlich, dass die bestehende systematische Trennung zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen im Sozialrecht nicht mehr sinnvoll ist. Zudem ist ein immer größer werdender Teil von Selbständigen wirtschaftlich nicht in der Lage, die großen Lebensrisiken selbst zu tragen. Grundsätzliches Ziel muss es deshalb sein, Selbständige verpflichtend in alle Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einzubeziehen, soweit keine berufsspezifische soziale Sicherung besteht.</p> <p>60 Dies muss bezahlbar sein.</p> <p>„Mitbestimmung modernisieren: Die rechtlichen Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung müssen an die digitalen Realitäten</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>angepasst werden. Da viele Gestaltungsoptionen auf der Ebene der Tarifparteien liegen, muss - um der dauerhaften Verlagerung von Wertschöpfung auf externe Dienstleister und Selbständige Rechnung zu tragen - der Arbeitnehmerbegriff erweitert werden. Denkbar ist auch die Einführung eines „Innovations- und Rahmenschutztarifvertrags“, in dem die neuen Formen von Selbständigkeit geregelt werden.</p>	
<p>M8 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Änderung des Rundfunkstaatsvertrags</p> <p>Im Rahmen der Digitalisierung muss die Sozialdemokratie sich für eine Modernisierung und Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) einsetzen. Im §2 des RStV steht beschrieben, wie das deutsche Recht Rundfunk bewertet. Dies betrifft, in Ermangelung eines modernisierten Gesetzes, auch die Medienangebote, die das Internet anbietet. Das führt dazu, dass halbwegs regelmäßige Streams (über YouTube, Twitch und andere Streamanbieter) ab 500 Zuschauern eine Rundfunklizenz benötigen – die jährlich zwischen 2.500€ und 10.000€ kosten würde. Vor allem bei geringen Zuschauerzahlen und einer Einschränkung der Rentabilität der Content-Erschaffer, würde das faktisch zum Aus von den meisten, wenn nicht allen, Streams in Deutschland führen. Dies gilt es zu verhindern, da wir davon ausgehen, dass jeder Mensch sich selbst sein mediales Unterhaltungsprogramm aussuchen kann. Die Beibehaltung des RStV in der jetzigen Form würde dazu führen, dass die Vielfalt im Netz in Deutschland stark eingeschränkt würde, wogegen die SPD sich positionieren muss. Deshalb setzen wir uns für ein Verbot privater Gebühren für die Mediennutzung ein.</p>	<p>M8 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Änderung des Rundfunkstaatsvertrags</p> <p>Überweisung an die MinisterpräsidentInnen der A-Länder</p>
<p>M9 <i>Ortsverein Bochum-Grumme-Vöde (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Deutschland braucht einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender</p> <p>Die Landesregierungen und die SPD-Landtagfraktionen werden aufgefordert sich über die Bedenken der privaten Veranstalter von Fernsehsendern hinwegzusetzen und dafür einzutreten, durch eine Änderung der entsprechenden Staatsverträge einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender in Deutschland zu ermöglichen.</p>	<p>M9 <i>Ortsverein Bochum-Grumme-Vöde (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Deutschland braucht einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender</p> <p>Überweisung an die MinisterpräsidentInnen der A-Länder</p>
<p>M10 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Sexistische Werbung verbieten – ein modernes Geschlechterbild schaffen</p> <p>Immer noch wird für die unterschiedlichsten Produkte und Dienstleistungen mit sexistischen und geschlechterdiskriminierenden Motiven geworben. Derartige Werbung reproduziert diskriminierende Rollenvorstellungen und festigt Geschlechterklischees. Sexistische und diskriminierende Werbung hat negative Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft. Insbesondere beeinträchtigt sie auch Kinder und Jugendliche, deren Sozialisation und damit ihre Vorstellung von Geschlecht noch nicht abgeschlossen festge-</p>	<p>M10 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Sexistische Werbung verbieten – ein modernes Geschlechterbild schaffen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 legt sind. Sie beeinflusst ihre Lebenswelt nicht unerheblich und produziert negative Rollenmuster. Werbung – in auditiver, in visueller oder in audiovisueller Form – ist allgegenwärtig, weil über die Platzierung von Werbung TV- und 5 Radiosender, viele Internetseiten, Zeitschriften und Zeitungen, Veranstaltungen und alltägliche Serviceangebote (z.B. Bushaltestellenhäuschen) teil- oder 100-prozentig finanziert werden. Aufgrund der digitalen Entwicklung und der immer leistungsstärkeren Hard- und Software hat jede/r die Möglichkeit, Daten zu erstellen, die ins Internet gestellt oder vervielfältigt werden können. 10 Eine Werbeagentur braucht man heute zur Erstellung von Werbung nicht zwingend. Gleichzeitig wird unsere Medienlandschaft immer feingliedriger – mit zielgruppenspezifischen Inhalten, finanziert mit zielgruppenspezifischen Werbebotschaften. 15 Immer noch ist in Fällen sexistischer und geschlechterdiskriminierender Werbung das höchste Maß an Strafe die öffentliche Rüge des Deutschen Werberats (Selbstkontrollorgan des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft) – und dies auch nur dann, wenn die Werbung nicht verändert oder zurückgezogen wird. 20 Wir fordern im Sinne eines modernen Geschlechterbilds ein Verbot von sexistischer und/oder geschlechterdiskriminierender Werbung, wenn sie „Personen auf ihre Sexualität reduziert“, „Nacktheit übertrieben herausstellt“ oder keinen „sozialen akzeptablen Zusammenhang“ zwischen Produkt und Präsentation darstellt. Grundlage für 25 diesen Gesetzesentwurf ist das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG). In dieser Ausgangssituation kann das Ziel „modernisiertes Geschlechterbild“ (Entscheidung auf der SPD-Klausurtagung Jan. 2016 in Nauen) im Bereich „Werbung“ nur mit klaren Regeln, geschultem Bewusstsein und verantwortlichem Handeln in allen Gesellschaftsgruppen erreicht werden. 30 Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen unterstützt die Kampagne von PINKSTINKS „Schluss mit Sexismus in der Werbung“ und fordert die Bundestagsfraktion auf, sich für die Änderung des § 7a UWG einzusetzen. 35</p>	
<p>40 M11 <i>06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)</i> <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Plattformunabhängige Software-Anwendungen in der Verwaltung 45</p> <p><i>So2 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i> 50</p> <p>Bei Erstellung von Individualsoftware für die Verwaltung mit öffentlichen Geldern (z.B. durch Ausschreibung, Vergabe oder Eigenentwicklung) wird dafür Sorge getragen, dass diese Anwendungen plattformunabhängig betrieben werden können, damit diese 55 Anwendungen langfristig und unabhängig von der verwendeten Betriebsumgebung verwendet werden können.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>M11 <i>06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)</i> <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Plattformunabhängige Software-Anwendungen in der Verwaltung</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 31)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>M12 06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)</p> <p>Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben</p> <p>So3 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Durch die technologische Verschmelzung von Fernsehen, Internet-Angeboten und Online-Mediatheken ist die Depublizierungspflicht (Löschung) aus dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von 2009 nicht mehr zeitgemäß. Öffentlich-rechtlich produzierte Inhalte, die aus den Rundfunkbeiträgen der Zuschauerinnen und Zuschauer finanziert wurden, müssen in Zukunft auch online unbegrenzt verfügbar sein. Gemeinsam mit den Ländern wird daher eine Lösung angestrebt, um die Begrenzung der Verweildauer von Inhalten im Online-Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender aufzuheben.</p> <p>M13 Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</p> <p>Änderung des Impressumsrechts</p> <p>Das Impressumsrecht ist dahingehend zu ändern, dass die Möglichkeit der Angabe von, zentral vergebenen, anonymisierten Kennzeichnungen („analog Autokennzeichen“) als Ersatz für die Adresse im Impressum eingeräumt wird.</p>	<p>M12 06/03 Lichterfelde-West (Landesverband Berlin)</p> <p>Verweildauer öffentliche-rechtlicher Inhalte aufheben</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 93)</p> <p>M13 Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</p> <p>Änderung des Impressumsrechts</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Organisationspolitik 2015 (O)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die organisationspolitischen Anträge wurden auf dem Bundesparteitag 2015 nur teilweise beraten. Über den Bundesparteitag 2015 und den Parteikonvent vom 5. Juni 2016 wurden die offenen Anträge an den ordentlichen Bundesparteitag 2017 überwiesen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p>01 <i>Parteivorstand</i></p> <p>SPD. Die Beteiligungspartei.</p>	<p>01 <i>Parteivorstand</i></p> <p>15</p>
<p>Mit dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm haben wir uns auf den Weg gemacht, die modernste Partei Europas zu werden. Wir haben seit 2011 viel erreicht.</p> <p>Als Partei der Zukunft haben wir eine klare Antwort auf die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit. Den Weg der Erneuerung gehen wir konsequent weiter. Wir machen die Fenster und Türen unserer Organisation weit auf und schaffen eine neue kommunikative Transparenz, die unsere Mitglieder einbindet und Neugier bei Interessierten weckt.</p> <p>Unsere Demokratie ist nur so stark, wie die Menschen, die sich darin engagieren. Als Partei haben wir eine besondere Verantwortung der politischen Willensbildung. Jeder in der SPD, von der hauptamtlichen Kraft, über die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und Funktionärinnen und Funktionäre auf allen Ebenen, bis hin zu den Mitgliedern, die tagtäglich mit ihrem Einsatz dazu beitragen, dass diese politische Willensbildung mit Leben gefüllt wird. Mit Leidenschaft und beeindruckendem ehrenamtlichen Engagement stellen alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das jeden Tag unter Beweis.</p> <p>Menschen engagieren sich heute anders, vielfältiger. Viele haben dabei bestimmte Themen im Blick und brauchen eine stärkere Unabhängigkeit von Zeit und Ort. Sie alle wollen etwas verändern, möchten mitreden und etwas bewirken.</p> <p>Wir haben darauf eine Antwort, indem wir neue Wege der Kommunikation und Partizipation aufzeigen und damit als einzige Partei in Deutschland unseren Anspruch als Beteiligungspartei glaubwürdig weiterentwickeln.</p> <p>Moderne Parteiarbeit heißt, die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Parteiarbeit optimal zu nutzen. Wir nutzen die Vorteile der digitalen Vernetzung, um einfache und direkte Partizipation – unabhängig von Zeit und Raum – zu ermöglichen.</p> <p>Als Partei der Zukunft stellen wir die gesellschaftliche Diskursfähigkeit her, indem für uns Dialogorientierung und Kampagnenfähigkeit ein dauerhafter Maßstab für die gesamte Parteiarbeit ist. Da wo die SPD politisch wirkt und Verantwortung übernimmt, muss die Partei jederzeit in der Lage sein, für ihre Anliegen zu mobilisieren – online wie offline.</p> <p>Unsere Netzwerke nutzen</p> <p>Die große Mehrheit unserer Mitglieder ist gesellschaftlich engagiert. Unsere Mitglieder bringen wichtige Verbindungen und Fähigkeiten mit. Unsere Neumitglieder sind wichtige Botschafter für die SPD. Sie bekennen sich zur SPD und unseren politischen Zielen. Aktive Mitgliedschaft heißt für uns:</p>	<p>Aktualisierte Empfehlung:</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>20</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt):</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>25</p> <p>Mit dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm haben wir uns auf den Weg gemacht, die modernste Partei Europas zu werden. Wir haben seit 2011 viel erreicht.</p> <p>Als Partei der Zukunft haben wir eine klare Antwort auf die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit. Den Weg der Erneuerung gehen wir konsequent weiter. Wir machen die Fenster und Türen unserer Organisation weit auf und schaffen eine neue kommunikative Transparenz, die unsere Mitglieder einbindet und Neugier bei Interessierten weckt.</p> <p>Unsere Demokratie ist nur so stark, wie die Menschen, die sich darin engagieren. Als Partei haben wir eine besondere Verantwortung der politischen Willensbildung. Jeder in der SPD, von der hauptamtlichen Kraft, über die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und Funktionärinnen und Funktionäre auf allen Ebenen, bis hin zu den Mitgliedern, die tagtäglich mit ihrem Einsatz dazu beitragen, dass diese politische Willensbildung mit Leben gefüllt wird. Mit Leidenschaft und beeindruckendem ehrenamtlichen Engagement stellen alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das jeden Tag unter Beweis.</p> <p>Menschen engagieren sich heute anders, vielfältiger. Viele haben dabei bestimmte Themen im Blick und brauchen eine stärkere Unabhängigkeit von Zeit und Ort. Sie alle wollen etwas verändern, möchten mitreden und etwas bewirken.</p> <p>Wir haben darauf eine Antwort, indem wir neue Wege der Kommunikation und Partizipation aufzeigen und damit als einzige Partei in Deutschland unseren Anspruch als Beteiligungspartei glaubwürdig weiterentwickeln.</p> <p>Moderne Parteiarbeit heißt, die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Parteiarbeit optimal zu nutzen. Wir nutzen die Vorteile der digitalen Vernetzung, um einfache und direkte Partizipation – unabhängig von Zeit und Raum – zu ermöglichen.</p> <p>Als Partei der Zukunft stellen wir die gesellschaftliche Diskursfähigkeit her, indem für uns Dialogorientierung und Kampagnenfähigkeit ein dauerhafter Maßstab für die gesamte Parteiarbeit ist. Da wo die SPD politisch wirkt und Verantwortung übernimmt, muss die Partei jederzeit in der Lage sein, für ihre Anliegen zu mobilisieren – online wie offline.</p> <p>Unsere Netzwerke nutzen</p> <p>Die große Mehrheit unserer Mitglieder ist gesellschaftlich engagiert. Unsere Mitglieder bringen wichtige Verbindungen und Fähigkeiten mit. Unsere Neumitglieder sind wichtige Botschafter für die SPD. Sie bekennen sich zur SPD und unseren politischen Zielen. Aktive Mitgliedschaft heißt für uns:</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • im Freundeskreis oder in der Familie für die SPD-Politik und die Ziele der Sozialdemokratie eintreten.</p> <p>• Im KollegInnenkreis als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für unsere Grundwerte und unsere Politik einzutreten.</p> <p>5 Daraus ergibt sich für die Partei ein großes Potential zum Knüpfen von Netzwerken mit Vereinen, Initiativen, etc.</p> <p>10 Wir müssen verstehen, welchen Wert die Kontakte und Netzwerke derjenigen haben, die bereits mit uns verbunden sind. Sie sind die Ausgangsbasis dafür mehr Menschen zu erreichen. Über unsere Mitglieder, die wir erreichen, wird der Kreis derjenigen, die wir erreichen können immer größer.</p> <p>15 Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen Demokratie heißt Beteiligung. Beteiligung bedeutet gemeinsame Willensbildung. Das findet in der SPD jeden Tag statt: vor Ort in den öffentlichen Ortsvereinsversammlungen, auf unseren Parteitagen und Bürgerkonventen, durch zahlreiche regionale und lokale politische Werkstätten und Wahlwerkstätten, und nicht zuletzt durch das erfolgreiche Mitgliedervotum 2013, an dem 78% der Mitglieder teilgenommen haben.</p> <p>Wir nehmen unseren grundgesetzlichen Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitzuwirken, sehr ernst. Wir als SPD sind es, die gesellschaftliche Gruppen zusammenbringen und gestalten zusammen mit ihnen in einem offenen Prozess eine zukunftsfähige Politik. In dieser Breite, in dieser Vielfalt und mit dieser Leidenschaft zur ehrlichen Diskussion kann das nur die SPD.</p> <p>Es ist die Stärke der SPD, Interessen von Einzelnen in der Diskussion aufzunehmen und zusammenzuführen. Denn nur gemeinsam sind wir stark genug, die Ideen Einzelner in konkrete Politik für Viele umzusetzen. Das ist die ureigenste Aufgabe von Parteien und wir als SPD können das besser als andere.</p> <p>Der digitale Wandel birgt ein enormes Potential für unsere Organisation. Willensbildungsprozesse können ganz neu und jenseits der bisherigen Strukturen organisiert werden. Die neue Qualität der Beteiligung wird sich am Wirkungsgrad messen. Wenn Mitglieder und Interessierte ernsthaft gehört werden und sie Politik beeinflussen können, dann werden sie nicht nur zu den besten Botschaftern, sondern auch zu den motiviertesten Anhängern. Die bisherigen Abstimmungsmöglichkeiten ergänzen wir um die Online-Abstimmungen. Mitgliederbegehren und -entscheide können zukünftig neben der klassischen Unterschriftensammlung auf Papier auch online unterstützt werden. Außerdem wird es ein Instrument zur gemeinsamen Erarbeitung von Anträgen und Positionen geben.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Möglichkeiten schaffen, an der Diskussion in der SPD auch online teilzunehmen. Mit dem Prozess Digital Leben gehen wir gerade hierzu einen wichtigen Schritt. • ermöglichen, dass Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid zukünftig neben der klassischen Unterschriftensammlung auf Papier auch online unterstützt werden können. Für einen Mitgliederentscheid soll es zukünftig zwei Varianten geben: die alleinige Briefabstimmung und eine Kombination aus Online- und Briefabstimmung. Im Rahmen einer Online-Abstimmung besteht zudem die Möglichkeit Abstimmungslokale mit Computern einzurichten. • neben einem digitalen Antragsbuch eine Beschlussdatenbank schaffen. • neben dem Mitgliederbegehren und -entscheid zur Erprobung auf Bundesebene sog. Offene Online-Anträge – für Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger (noch) ohne SPD-Parteibuch – als Modell für die nächsten vier Jahre einführen. Die Gliederungen erhalten die Möglichkeit, dies ebenfalls zu erproben. Identifizierte Mitglieder und Nichtmitglieder, die sich mit Klarnamen, E-Mail-Adresse und Adresse registrieren, können Online-Anträge 	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung an den politischen Diskussionen in der Partei und Mitbestimmung im Rahmen der politischen Willensbildung • im Freundeskreis oder in der Familie für die SPD-Politik und die Ziele der Sozialdemokratie eintreten. • Im KollegInnenkreis als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für unsere Grundwerte und unsere Politik einzutreten. <p>Daraus ergibt sich für die Partei ein großes Potential zum Knüpfen von Netzwerken mit Vereinen, Initiativen, etc.</p> <p>Wir müssen verstehen, welchen Wert die Kontakte und Netzwerke derjenigen haben, die bereits mit uns verbunden sind. Sie sind die Ausgangsbasis dafür mehr Menschen zu erreichen. Über unsere Mitglieder, die wir erreichen, wird der Kreis derjenigen, die wir erreichen können immer größer.</p> <p>Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen Demokratie heißt Beteiligung. Beteiligung bedeutet gemeinsame Willensbildung. Das findet in der SPD jeden Tag statt: vor Ort in den öffentlichen Ortsvereinsversammlungen, auf unseren Parteitagen und Bürgerkonventen, durch zahlreiche regionale und lokale politische Werkstätten und Wahlwerkstätten, und nicht zuletzt durch das erfolgreiche Mitgliedervotum 2013, an dem 78% der Mitglieder teilgenommen haben.</p> <p>Wir nehmen unseren grundgesetzlichen Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitzuwirken, sehr ernst. Wir als SPD sind es, die gesellschaftliche Gruppen zusammenbringen und gestalten zusammen mit ihnen in einem offenen Prozess eine zukunftsfähige Politik. In dieser Breite, in dieser Vielfalt und mit dieser Leidenschaft zur ehrlichen Diskussion kann das nur die SPD.</p> <p>Es ist die Stärke der SPD, Interessen von Einzelnen in der Diskussion aufzunehmen und zusammenzuführen. Denn nur gemeinsam sind wir stark genug, die Ideen Einzelner in konkrete Politik für Viele umzusetzen. Das ist die ureigenste Aufgabe von Parteien und wir als SPD können das besser als andere.</p> <p>Der digitale Wandel birgt ein enormes Potential für unsere Organisation. Willensbildungsprozesse können ganz neu und jenseits der bisherigen Strukturen organisiert werden. Die neue Qualität der Beteiligung wird sich am Wirkungsgrad messen. Wenn Mitglieder und Interessierte ernsthaft gehört werden und sie Politik beeinflussen können, dann werden sie nicht nur zu den besten Botschaftern, sondern auch zu den motiviertesten Anhängern. Die bisherigen Abstimmungsmöglichkeiten ergänzen wir um die Online-Abstimmungen. Mitgliederbegehren und -entscheide können zukünftig neben der klassischen Unterschriftensammlung auf Papier auch online unterstützt werden. Außerdem wird es ein Instrument zur gemeinsamen Erarbeitung von Anträgen und Positionen geben.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Möglichkeiten schaffen, an der Diskussion in der SPD auch online teilzunehmen. Mit dem Prozess Digital Leben gehen wir gerade hierzu einen wichtigen Schritt. • ermöglichen, dass Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid zukünftig neben der klassischen Unterschriftensammlung auf Papier auch online unterstützt werden können. Für einen Mitgliederentscheid soll es zukünftig zwei Varianten geben: die alleinige Briefabstimmung und eine Kombination aus Online- und Briefabstimmung. Im Rahmen einer Online-Abstimmung besteht zudem die Möglichkeit Abstimmungslokale mit Computern einzurichten. • neben einem digitalen Antragsbuch eine Beschlussdatenbank schaffen. • [...] neben dem Mitgliederbegehren und -entscheid Maßnahmen für Mitglieder und Nichtmitglieder erproben, sich direkt online an der politischen Willensbildung in der SPD zu beteiligen. Hierfür werden wir zunächst auf der Bundesebene einen zeitlich und inhaltlich abgegrenzten Modellversuch entwickeln.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission															
<p>ge an den Parteitag/-konvent einreichen. Offene Online-Anträge können inhaltliche Forderungen zum Inhalt haben. Ausgenommen sind Satzungs-, Finanz- sowie Personalfragen. Ein Offener Online-Antrag auf Bundesebene ist erfolgreich, wenn innerhalb von 3 Monaten 125.000 Unterzeichnungen erreicht werden. Für Landesverbände, die an dem Modellprojekt teilnehmen wollen, könnte abhängig von der Einwohnerzahl folgende Anzahl an Unterzeichnungen gelten:</p>																
<table><tr><th>Einwohnerzahl</th><th>Bis 20.000.000</th><th>Bis 10.000.000</th><th>Bis 5.000.000</th><th>Bis 1.000.000</th></tr><tr><td>Berechnung Open Petition</td><td>49.120</td><td>30.944</td><td>19.493</td><td>6.667</td></tr><tr><td>Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl</td><td>0,5%</td><td>0,75%</td><td>1%</td><td>3%</td></tr></table>	Einwohnerzahl	Bis 20.000.000	Bis 10.000.000	Bis 5.000.000	Bis 1.000.000	Berechnung Open Petition	49.120	30.944	19.493	6.667	Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl	0,5%	0,75%	1%	3%	
Einwohnerzahl	Bis 20.000.000	Bis 10.000.000	Bis 5.000.000	Bis 1.000.000												
Berechnung Open Petition	49.120	30.944	19.493	6.667												
Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl	0,5%	0,75%	1%	3%												
<p>Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Gast und Unterstützermithgliedschaft mit Ausnahme bei den Jusos überflüssig. Unsere Kultur: wir wollen mit allen diskutieren und Politik entwickeln, wer mitentscheiden will, muss Mitglied werden.</p>																
<p>Mit den Menschen in unserer Nachbarschaft im Gespräch</p> <p>Die SPD ist die Partei, die zuhört und die ihre Stärke aus der Verankerung bei den Menschen entwickelt. Wir gehen daher dorthin, wo die Menschen leben.</p> <p>Wir sind offen für Neues. Für neue Ideen. Für neue Menschen. Für neue Formen des Dialogs. Mit der Nachbarschaftskampagne orientieren wir die Parteiarbeit an dem, was die Menschen in der Nachbarschaft beschäftigt, was sie von der Politik erwarten, damit sich ihr Lebensumfeld verbessert.</p> <p>Die Nachbarschaftskampagne ist getragen von einer klaren Haltung: Wir hören zu und nehmen wahr. Wir sind der politische Partner im Alltag. Wir brechen damit auch eingefahrene Muster auf und probieren neue Formen der Ansprache aus.</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarschaften, wollen mit gutem Recht mitbestimmen, sie wollen sich einbringen, sie wollen gestalten und mitentscheiden. Die SPD ist der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürgern sich engagieren, wenn ihnen etwas nicht passt, wenn sie etwas verändern wollen.</p> <p>Politik beginnt vor der Haustür, auf kommunaler und regionaler Ebene. Deswegen treten wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt, suchen den Dialog und dies ganz konkret dort, wo sie leben: in der Nachbarschaft, im Stadtteil oder in der Gemeinde/ dem Dorf.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none">mit gezielten kleinen Kampagnen vor Ort, mit der Ausbildung von Campaignerinnen und Campaigner in jedem Unterbezirk, mit der Nutzung moderner Veranstaltungsformen und der Interaktionsplattform www.mitmachen.spd.de diese moderne Parteiarbeit zusammen mit den Hauptamtlichen vor Ort vorantreiben,die Erkenntnisse aus den 21 Modellregionen auswerten und die positiven Beispiele, die zu einer nachhaltigen Aktivierung und Stärkung der örtlichen Parteiarbeit geführt haben, allen Gliederungen zur Verfügung stellen,regelmäßige Aktionstage mit Tür-zu-Tür Aktionen durchführen,digitale Instrumente schaffen, die einen nachhaltigen und dauerhaften Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen.																
	<p>Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Gast und Unterstützermithgliedschaft mit Ausnahme bei den Jusos überflüssig. Unsere Kultur: wir wollen mit allen diskutieren und Politik entwickeln, wer mitentscheiden will, muss Mitglied werden.</p> <p>Mit den Menschen in unserer Nachbarschaft im Gespräch</p> <p>[...] Die SPD ist die Partei; die mitgestaltet und auch im Dialog mit Menschen steht, spricht und zuhört. Wir gehen daher dorthin, wo die Menschen leben und verankert sind.</p> <p>Wir sind offen für Neues. Für neue Ideen. Für neue Menschen. Für neue Formen des Dialogs. Mit der Nachbarschaftskampagne orientieren wir die Parteiarbeit an dem, was die Menschen in der Nachbarschaft beschäftigt, was sie von der Politik erwarten, damit sich ihr Lebensumfeld verbessert.</p> <p>Die Nachbarschaftskampagne ist getragen von einer klaren Haltung: Wir hören zu und nehmen wahr. Wir sind der politische Partner im Alltag. Wir brechen damit auch eingefahrene Muster auf und probieren neue Formen der Ansprache aus.</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger in den Nachbarschaften, wollen mit gutem Recht mitbestimmen, sie wollen sich einbringen, sie wollen gestalten und mitentscheiden. Die SPD ist der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürgern sich engagieren, wenn ihnen etwas nicht passt, wenn sie etwas verändern wollen.</p> <p>Politik beginnt vor der Haustür, auf kommunaler und regionaler Ebene. Deswegen treten wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt, suchen den Dialog und dies ganz konkret dort, wo sie leben: in der Nachbarschaft, im Stadtteil oder in der Gemeinde/ dem Dorf.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none">mit gezielten kleinen Kampagnen vor Ort, mit der Ausbildung von Campaignerinnen und Campaigner in jedem Unterbezirk, mit der Nutzung moderner Veranstaltungsformen und der Interaktionsplattform www.mitmachen.spd.de diese moderne Parteiarbeit zusammen mit den Hauptamtlichen vor Ort vorantreiben,die Erkenntnisse aus den 21 Modellregionen auswerten und die positiven Beispiele, die zu einer nachhaltigen Aktivierung und Stärkung der örtlichen Parteiarbeit geführt haben, allen Gliederungen zur Verfügung stellen,regelmäßige Aktionstage mit Tür-zu-Tür Aktionen durchführen,digitale Instrumente schaffen, die einen nachhaltigen und dauerhaften Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen.															

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Aufgaben einer modernen Mitgliederpartei Eine moderne Mitgliederpartei muss arbeitsfähige Strukturen als demokratische Mitwirkungsstätte und Basis von Parteileben erhalten und stärken. Es muss eine Balance stattfinden zwischen den</p> <p>5 notwendigen formalen und verwaltungstechnischen Aufgaben und der politischen Willensbildung. Parteiarbeit heißt vor allem, zu diskutieren, politische Standpunkte und Leitlinien zu entwickeln, und für die gewonnen Positionen Farbe zu bekennen.</p> <p>10 Deshalb muss Mitgliederwerbung ein stetiger Begleiter der Parteiarbeit sein. Jede Kampagne, jedes Material und jede Kommunikation der SPD muss ein Angebot zur Mitarbeit und zur Mitgliederwerbung beinhalten. Die direkte Ansprache, macht häufig aus einer Interessierten oder einem Interessierten ein Mitglied. Dialog mit</p> <p>15 den Menschen ist die beste Mitgliederwerbung. Gremienarbeit ist nur ein kleiner Teil und steht immer am Ende eines Prozess. Vorher müssen wir den Fokus wieder stärker auf die politische Überzeugungsarbeit lenken und mit festen Willen unsere Ziele den Menschen mitteilen Dazu bedarf es Freiräume. Diese erreichen wir,</p> <p>20 wenn wir passgenaue Serviceangebote schaffen.</p> <p>In der SPD muss es eine Kultur geben, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlichem Engagement ermöglicht und dabei die verschiedene Lebenslagen berücksichtigt.</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>Sie muss mit der Zeit ihrer Mitglieder und Aktiven sorgfältig umgehen. Die SPD muss als gutes Beispiel voran gehen und Mitarbeit erleichtern und zur flexiblen Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einladen. Denn nur so können wir Politik für die Breite der Gesellschaft machen. Insbesondere brauchen wir für das Ehrenamt mehr Bildungsangebote, die auf die Bedürfnisse der Mitglieder optimal zugeschnitten sind</p> <p>40 Dort, wo neue Formen der Mitglieder- und BürgerInnenansprache ausprobiert und der gesellschaftliche Wandel gesehen wurde, ein Generationswechsel in der Parteistruktur rechtzeitig eingeleitet und wo sinnvoll Ortsvereinsfusionen durchgeführt wurden, ist der SPD-Ortsverein weiterhin die Basis von Parteileben und demokratischer Mitwirkungsstätte aller Mitglieder und interessierter Bürgerinnen und Bürgern.</p> <p>45 Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederwerbung ist in Zukunft integraler Bestandteil unserer politischen Materialien, unserer Kommunikation und unserer Kampagnen, • Online-Angebote schaffen, die eine einfache Zusammenarbeit der Mitglieder ermöglichen zur partiellen Loslösung der Meinungsbildung von Ort und Zeitpunkt, • bedarfsgerechte dezentrale Bildungsangebote schaffen und diese durch eine vierteljährliche Broschüre durch die Parteischule in 50 die Partei kommunizieren, • die Mitgliederwerbung und Rückholmanagement bei Parteiaustritten weiter professionalisieren und auf die Erkenntnisse von Pilotprojekten zurückgreifen, • die Gliederungen dabei unterstützen, dass in jedem Unterbezirk ein Mitgliederbeauftragte/r für eine aktive Mitgliederwerbung 65 sorgt. 	<p>Aufgaben einer modernen Mitgliederpartei Eine moderne Mitgliederpartei muss arbeitsfähige Strukturen als demokratische Mitwirkungsstätte und Basis von Parteileben erhalten und stärken. Es muss eine Balance stattfinden zwischen den notwendigen formalen und verwaltungstechnischen Aufgaben und der politischen Willensbildung. Parteiarbeit heißt vor allem, zu diskutieren, politische Standpunkte und Leitlinien zu entwickeln, und für die gewonnen Positionen Farbe zu bekennen.</p> <p>Deshalb muss Mitgliederwerbung ein stetiger Begleiter der Parteiarbeit sein. Jede Kampagne, jedes Material und jede Kommunikation der SPD muss ein Angebot zur Mitarbeit und zur Mitgliederwerbung beinhalten. Die direkte Ansprache, macht häufig aus einer Interessierten oder einem Interessierten ein Mitglied. Dialog mit den Menschen ist die beste Mitgliederwerbung. [...] Gremienarbeit ist ein wichtiger Teil und begleitet den ganzen Prozess. Vorher müssen wir den Fokus wieder stärker auf die politische Überzeugungsarbeit lenken und mit festen Willen unsere Ziele den Menschen mitteilen Dazu bedarf es Freiräume. Diese erreichen wir, wenn wir passgenaue Serviceangebote schaffen.</p> <p>In der SPD muss es eine Kultur geben, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlichem Engagement ermöglicht und dabei die verschiedene Lebenslagen berücksichtigt. Politische Strukturen müssen modernisiert und flexibler werden; hierzu gehören Termine und Sitzungen zu familienfreundlichen Zeiten und mit verbindlichem Beginn und Ende sowie begleitende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die Einhaltung der Quotierung – sowohl in den Gremien, Delegationen und Wahllisten als auch bei öffentlichen Veranstaltungen – auf allen Ebenen ist eine Grundvoraussetzung, um das verloren gegangene Vertrauen der Frauen in die SPD zu gewinnen. Wir wollen in der SPD leben, was wir für Beruf und Familie fordern: mehr Partnerschaftlichkeit und eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern.</p> <p>Sie muss mit der Zeit ihrer Mitglieder und Aktiven sorgfältig umgehen. Die SPD muss als gutes Beispiel voran gehen und Mitarbeit erleichtern und zur flexiblen Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einladen. Denn nur so können wir Politik für die Breite der Gesellschaft machen. Insbesondere brauchen wir für das Ehrenamt mehr Bildungsangebote, die auf die Bedürfnisse der Mitglieder optimal zugeschnitten sind</p> <p>Dort, wo neue Formen der Mitglieder- und BürgerInnenansprache ausprobiert und der gesellschaftliche Wandel gesehen wurde, ein Generationswechsel in der Parteistruktur rechtzeitig eingeleitet und wo sinnvoll Ortsvereinsfusionen durchgeführt wurden, ist der SPD-Ortsverein weiterhin die Basis von Parteileben und demokratischer Mitwirkungsstätte aller Mitglieder und interessierter Bürgerinnen und Bürgern.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitgliederwerbung ist in Zukunft integraler Bestandteil unserer politischen Materialien, unserer Kommunikation und unserer Kampagnen, • Online-Angebote schaffen, die eine einfache Zusammenarbeit der Mitglieder ermöglichen zur partiellen Loslösung der Meinungsbildung von Ort und Zeitpunkt, • bedarfsgerechte dezentrale Bildungsangebote schaffen und diese durch eine vierteljährliche Broschüre durch die Parteischule in die Partei kommunizieren, • die Mitgliederwerbung und Rückholmanagement bei Parteiaustritten weiter professionalisieren und auf die Erkenntnisse von Pilotprojekten zurückgreifen, • die Gliederungen dabei unterstützen, dass in jedem Unterbezirk ein Mitgliederbeauftragte/r für eine aktive Mitgliederwerbung sorgt.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Unsere Zielgruppen ansprechen</p> <p>Moderne Zielgruppenarbeit zeichnet sich darin aus, dass sie sich stetig erneuert und vernetzt. Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Milieus und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen und bei der Ansprache von Zielgruppen neue Mitglieder für die SPD zu gewinnen. Sie sind wichtige Impulsgeber der Partei aus ihren jeweiligen Fachgebieten, thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen und bündeln politische Ideen. Sie richten zukünftig noch stärker den Blick auch auf die Einbindung Interessierter ohne Parteibuch. Eltern wissen zum Beispiel wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Wer im Beruf steht kennt die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt ist Expertin in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.</p> <p>Insbesondere jungen Frauen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es ihnen ermöglichen ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen.</p> <p>Und bei der Ansprache von jungen Menschen nehmen wir verstärkt auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellte in den Fokus.</p> <p>Die SPD muss mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auftreten und in ihrer Außenwirkung mehr auf gezielte Aktionen und Veranstaltungen setzen. Politische Ideen werden gemeinsam erarbeitet und orientieren sich daran, dass sie eine politische Umsetzung finden. Nur so lassen sich Menschen begeistern, wenn sie sehen: Die SPD bewegt was!</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache der Zielgruppen über eine optimierte Datenlage arbeiten. • alle Mitglieder befragen in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten möchten. Die Zuordnung zu den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus, Jusos und ASF bleibt unberührt. • Neue Wege suchen, mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen. <p>Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben, in der politischen Arbeit auf. Wir nutzen die Chancen, die sich daraus ergeben.</p> <p>Dies werden wir erreichen: Mit einem Mehr an Beteiligung, mit einem Mehr an Dialogbereitschaft, mit einer modernen Mitglieder- und Zielgruppenarbeit unter Berücksichtigung von neuen digitalen Instrumenten.</p> <p>Denn nur eine Partei, die sich selbstbewusst den thematischen und organisatorischen Veränderungen stellt und sich täglich anstrengt als Gesamtpartei ein aktiver Part der Demokratie zu sein, ist zukunftsfähig.</p>	<p>Unsere Zielgruppen ansprechen 1</p> <p>Moderne Zielgruppenarbeit zeichnet sich darin aus, dass sie sich stetig erneuert und vernetzt. Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Milieus und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen und bei der Ansprache von Zielgruppen neue Mitglieder für die SPD zu gewinnen. Sie sind wichtige Impulsgeber der Partei aus ihren jeweiligen Fachgebieten, thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen und bündeln politische Ideen. Sie richten zukünftig noch stärker den Blick auch auf die Einbindung Interessierter ohne Parteibuch. Eltern wissen zum Beispiel wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Wer im Beruf steht kennt die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt ist Expertin in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung. 5</p> <p>Insbesondere jungen Frauen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es ihnen ermöglichen ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen. 10</p> <p>Und bei der Ansprache von jungen Menschen nehmen wir verstärkt auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellte in den Fokus. 15</p> <p>Dies stellen wir unter anderem dadurch sicher, dass wir vermehrt junge Menschen auf ihrem Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen, um jungen Menschen direkt eine Stimme zu geben. 20</p> <p>Die Partei muss sich weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihnen ein entsprechendes Angebot machen. 25</p> <p>Die SPD muss mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auftreten und in ihrer Außenwirkung mehr auf gezielte Aktionen und Veranstaltungen setzen. Politische Ideen werden gemeinsam erarbeitet und orientieren sich daran, dass sie eine politische Umsetzung finden. Nur so lassen sich Menschen begeistern, wenn sie sehen: Die SPD bewegt was! 30</p> <p>Deshalb werden wir: 35</p> <ul style="list-style-type: none"> • gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache der Zielgruppen über eine optimierte Datenlage arbeiten. 40 • alle Mitglieder befragen in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten möchten. Die Zuordnung zu den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus, Jusos und ASF bleibt unberührt. 45 • Neue Wege suchen, mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen. 50 <p>Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben, in der politischen Arbeit auf. Wir nutzen die Chancen, die sich daraus ergeben. 55</p> <p>Dies werden wir erreichen: Mit einem Mehr an Beteiligung, mit einem Mehr an Dialogbereitschaft, mit einer modernen Mitglieder- und Zielgruppenarbeit unter Berücksichtigung von neuen digitalen Instrumenten. 60</p> <p>Denn nur eine Partei, die sich selbstbewusst den thematischen und organisatorischen Veränderungen stellt und sich täglich anstrengt als Gesamtpartei ein aktiver Part der Demokratie zu sein, ist zukunftsfähig. 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Änderungsantrag zum O1 / Ä7 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Füge ein S. 2 nach „Aktive Mitgliedschaft heißt für uns:“ neuer, erster Spiegelstrich: „- Beteiligung an den politischen Diskussionen in der Partei und Mitbestimmung im Rahmen der politischen Willensbildung“</p> <p>15 Änderungsantrag zum O1 / Ä8 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>20 Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 3 –Nach dem ersten Spiegelstrich Einfügung neuer Spiegelstrich: - Vor der Durchführung eines Mitgliederbegehrens erhalten die Mitglieder der Partei für mindestens einen Monat die Gelegenheit, den Inhalt des Begehrens auf einer Online Plattform zu diskutieren. Die Initiatoren des Begehrens müssen dafür Inhalt und Ziel des beabsichtigten Mitgliederbegehrens darstellen.</p> <p>30 Änderungsantrag zum O1 / Ä9 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>35 Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 3 – Einfügung Neuer Spiegelstrich - Ein Mitgliederbegehren kann gestartet werden, wenn drei Ortsvereine (Abteilungen; Distrikte) oder 1 Unterbezirk es unterstützen.</p> <p>45 Änderungsantrag zum O1 / Ä10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>50 Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 3 - Einfügung Neuer Spiegelstrich - Der Parteivorstand wird aufgefordert, mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf vor der Beschlussfassung des vorliegenden Papiers bzw. daraus folgender satzungsändernder Antrag eine genaue Übersicht über die hierdurch entstehenden Kosten für jede Ebene der Partei überschlägig und pro Fallermittelt und bekannt gemacht wird. Das schließt zusätzliche Material- und Portokosten für die Information der Mitglieder sowie Personal- und Sachkosten mit ein, um sicher zu stellen, dass jedes Mitglied jeweils nur einmal abstimmen kann. Dazu kommt ferner die Nutzung der vom PV entwickelten Internet-Tools, deren Kosten noch nicht bekannt sind.</p> <p>65</p>	<p>Ä7 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1 in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Ä8 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>Ä9 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>Ä10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission															
<p>Änderungsantrag zum O1 / Ä11 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 3 – Streichung kompletter Spiegelstrich „neben dem Mitgliederbegehren und -entscheid zur Erprobung auf Bundesebene Online-Bürgerbegehren – für Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger (noch) ohne SPD-Parteibuch – als Modell für die nächsten vier Jahre einführen. Die Gliederungen erhalten die Möglichkeit, dies ebenfalls zu erproben. Identifizierte Mitglieder und Nichtmitglieder, die sich mit Klarnamen, E-Mail-Adresse und Adresse registrieren, können Online-Bürgerbegehren an den Parteitag/-parteikonvent eingereicht werden. Begehren können inhaltliche Forderungen zum Inhalt haben. Ausgenommen sind Satzungs-, Finanz- sowie Personalfragen. Ein Begehren auf Bundesebene ist erfolgreich, wenn innerhalb von 3 Monaten 125.000) Unterzeichnungen erreicht werden. Für Landesverbände, die an dem Modellprojekt teilnehmen wollen, könnte abhängig von der Einwohnerzahl folgende Anzahl an Unterzeichnungen gelten:</p> <table><tr><th>Einwohnerzahl</th><th>Bis 20.000.000</th><th>Bis 10.000.000</th><th>Bis 5.000.000</th><th>Bis 1.000.000</th></tr><tr><td>Berechnung Open Petition</td><td>49.120</td><td>30.944</td><td>19.493</td><td>6.667</td></tr><tr><td>Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl</td><td>0,5%</td><td>0,75%</td><td>1%</td><td>3%</td></tr></table> <p>Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Gast und Unterstützermemberschaft mit Ausnahme bei den Jusos überflüssig. Unsere Kultur: wir wollen mit allen diskutieren und Politik entwickeln, wer mitentscheiden will, muss Mitglied werden.“</p>	Einwohnerzahl	Bis 20.000.000	Bis 10.000.000	Bis 5.000.000	Bis 1.000.000	Berechnung Open Petition	49.120	30.944	19.493	6.667	Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl	0,5%	0,75%	1%	3%	<p>Ä11 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1 in der Fassung der Antragskommission</p>
Einwohnerzahl	Bis 20.000.000	Bis 10.000.000	Bis 5.000.000	Bis 1.000.000												
Berechnung Open Petition	49.120	30.944	19.493	6.667												
Alternative Eigenberechnung: % der Einwohnerzahl	0,5%	0,75%	1%	3%												
<p>Änderungsantrag zum O1 / Ä12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Ersetzen Seite 4 – Ersetzen des folgenden Absatzes „Die SPD ist die Partei, die zuhört und die ihre Stärke aus der Verankerung bei den Menschen entwickelt. Wir gehen daher dorthin, wo die Menschen Leben“ durch: „Die SPD ist die Partei; die mitgestaltet und auch im Dialog mit Menschen steht, spricht und zuhört“</p>	<p>Ä12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1 in der Fassung der Antragskommission</p>															
<p>Änderungsantrag zum O1 / Ä13 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 5, 1. Absatz – Satz streichen: „Gremienarbeit ist nur ein kleiner Teil und steht immer am Ende eines Prozess“</p>	<p>Ä13 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1 in der Fassung der Antragskommission</p>															

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Änderungsantrag zum O1 / Ä14 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Seite 5, 1. Absatz - Füge am Ende des Absatzes ein: „Gremienarbeit ist ein wichtiger Teil und begleitet den ganzen Prozess.“</p> <p>10</p> <p>15 O2 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>20 Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft</p> <p>Die SPD nominiert in Zukunft parteiintern die KanzlerkandidatInnen zur Bundestagswahl durch eine geheime Urwahl aller SPD-Mitglieder.</p> <p>25</p> <p>30 O3 <i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i></p> <p>35 Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden</p> <p>Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals in der Geschichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im Rahmen dieses Mitgliederentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser Mitgliederentscheid kann somit durchaus als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie und für die Beteiligung der Basis gesehen werden.</p> <p>40</p> <p>45 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde vom SPD-Parteivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen Koalition gefahren. Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem vorhanden. Tagtäglich wurde vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Artikel, die für die Zustimmung zur Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Redebeiträge auf dem Podium von Parteivertreter*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen Springer-Presse geschaltet.</p> <p>50</p> <p>55 Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den Abstimmungsunterlagen nochmals ein Werbeschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde, dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. Somit wurde mit der ganzen Wucht des Parteiapparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kritische Stimmen konnte man auf den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.</p> <p>60</p> <p>65 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an der Basis sein, die jedem Mitglied</p>	<p>Ä14 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Änderungsantrag zum Antrag O1</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1 in der Fassung der Antragskommission</p> <p>O2 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme O 55.</p> <p>O3 <i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten</i></p> <p>Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den SPD-Parteivorstand zur Überarbeitung der Verfahrensrichtlinien.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung oder Ablehnung abzuwägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der Partei eine offene Diskussion zu führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie gezeigt, aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich und es gab nur die offizielle Linie der Parteiführung. Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide klare Regeln, die garantieren, dass neben der Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung ebenfalls in gleicher Weise ihre Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.	1
Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des Mitgliederentscheides folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:	5
1. Der Versand von Informationsmaterialien, sei es per Mail oder Brief, erfolgt über die hauptamtlichen Einrichtungen der SPD. Hierbei ist eine ausgewogene Darstellung, also gleicher Anteil für die Pro- und Kontra-Seite, einzuhalten.	10
2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden Seiten einzuräumen	15
3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter*innen und Gegner*innen auf dem Podium in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein. Die weiteren Redebeiträge sollen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.	20
4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht, jenseits der Parteimedien ist nicht zulässig.	25
5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein Abstimmungsverhalten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben müssen neutral gehalten sein.	30
04 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>	04 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>
Mitgliederbegehren statt Mitgliedervotum	Mitgliederbegehren statt Mitgliedervotum
Alle Befragungen der Mitglieder, auch auf Initiative des Parteivorstands, sind künftig mit dem bereits geregelten Verfahren des Mitgliederbegehrens abzuwickeln.	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme von O1
05 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i>	05 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i>
Kanzlerkandidat der SPD 2017	Kanzlerkandidat der SPD 2017
Die AG 60 plus unterstützt Bestrebungen, dass der nächste Kanzlerkandidat der SPD durch eine Mitgliederbefragung bestimmt wird, wenn es mehrere KandidatInnen gibt.	Aktualisierte Empfehlung: erledigt durch Zeitablauf
	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Nichtbefassung
06 <i>Landesverband Berlin</i>	06 <i>Landesverband Berlin</i>
Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen	Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen
Die Verfolgung von Anträgen an übergeordnete Gliederungen ist den Mitgliedern momentan nicht eigenständig möglich. Sie sind in der Regel auf Nachfrage bei hauptamtlichen Mitarbeitern angewiesen.	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Um die Basisdemokratie in unserer Partei zu stärken und jedem Mitglied die Möglichkeit zu geben, den Weg der Anträge eigenständig verfolgen zu können, ist daher die Schaffung eines allgemein zugänglichen Systems zur Verfolgung von Anträgen dringend</p> <p>5 geboten. Dieses System soll es dauerhaft ermöglichen, dass Parteimitglieder zu jedem Antrag online und auf Anfrage schriftlich offline den bisherigen Verlauf sehen können und ggf. in welchem Gremium der Antrag demnächst abgestimmt werden wird. Damit wird auch dargestellt, welche Gremien ihre Positionen bereits in</p> <p>10 den Antrag eingebracht haben. Inhalt des Antrages, Änderungen und Zusammenfassungen mit anderen Anträgen sollen hier ebenfalls dokumentiert werden. Beispiele wie so etwas umgesetzt werden kann, sind in diversen Parlamenten zu finden.</p> <p>15 Der Parteivorstand soll dieses System innerhalb eines Jahres ab Beschlussfassung schaffen. Sollte es nicht zu einem zustimmenden Beschluss durch den Bundesparteitag kommen, so hat der Vorstand der Gliederung dieses System für seinen Zuständigkeitsbereich im Alleingang zu schaffen, welche dem Antrag zuletzt zugestimmt hat.</p> <p>20</p> <p>07 <i>Unterbezirk Frankfurt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>25 <i>Bereitstellung eines integrierten Antragsportals durch den Bundesvorstand</i></p> <p>30 Wir fordern ein elektronisches Antragssystem, welches die Einsichtnahme in vergangene und aktuelle Anträge möglich macht, die Vernetzung von Antragsstellern verbessert und den aktuellen Status nachvollziehen lässt – und das auch zwischen den Parteitag und auf allen Parteiebenen. Das Antragsportal soll folgende Funktionen</p> <p>35 umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Digitalisierung der Beschlusslage bundesweit und auf allen Parteiebenen 2. Statusbericht zu beschlossenen Anträgen 3. Antragsplattform zwischen den Parteitagen <p>40</p> <p>08 <i>Unterbezirk Osnabrück Ld (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>45 <i>Änderung der Formatierung von Anträgen</i></p> <p>50 Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen, dass die Vorgabe der Formatierung von Anträgen geändert wird. Neben der zeilenorientierten Formatierung soll alternativ auch eine artikel- und absatzorientierte Formatierung erlaubt sein.</p> <p>55</p> <p>09 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>60 <i>Umgang mit Parteitagsanträgen modernisieren</i></p> <p>65 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke werden aufgefordert, den Umgang mit Parteitagsanträgen zu modernisieren, die Chancen der digitalen Demokratie auch für die innerparteiliche Willensbildung zu nutzen und</p>	<p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme O 1</p> <p>07 <i>Unterbezirk Frankfurt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p><i>Bereitstellung eines integrierten Antragsportals durch den Bundesvorstand</i></p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme O 1</p> <p>08 <i>Unterbezirk Osnabrück Ld (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p><i>Änderung der Formatierung von Anträgen</i></p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung (analog OA35)</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>09 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p><i>Umgang mit Parteitagsanträgen modernisieren</i></p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
die Antragsberatung insgesamt transparenter und effizienter zu gestalten.	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme O1	1
Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, vom Parteitag überwiesene Anträge bis spätestens vier Wochen nach dem Parteitag an die benannten Fraktionen, Parteigliederungen und sonstigen Adressaten (nachfolgend: „Antragsadressaten“) weiterzuleiten.		5
Die Antragsadressaten werden gebeten, die vom Parteitag überwiesenen Anträge bis spätestens vier Monate nach dem Parteitag zu beantworten.		10
Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, die Antworten der Antragsadressaten unverzüglich, das heißt spätestens innerhalb von vier Wochen nach Eingang, an die Antragsteller weiterzuleiten. Anträge und Antworten werden zusätzlich im Internet auf der Internetseite der jeweiligen Parteigliederung veröffentlicht.		15
Die Antragskommissionen zu den Parteitagen werden gebeten, sich verstärkt inhaltlich mit den Anträgen auseinanderzusetzen und den Parteitagen nicht nur bei Leitanträgen der Parteivorstände, die vor allem der allgemeinen Positionsbestimmung dienen, und bei Anträgen der Landesverbände und Bezirke eine Annahme zu empfehlen, sondern auch bei Anträgen anderer Parteigliederungen wie der Unterbezirke und Ortsvereine. Rund 80 % der Anträge erfahren derzeit bei SPD-Bundesparteitagen nur eine Überweisung an Fraktionen oder Parteigremien, ohne dass eine vertiefte inhaltliche Befassung mit den Anträgen durch Antragskommission und Bundesparteitag stattfindet.		20
		25
		30
Der Parteivorstand wird gebeten, zu prüfen, ob Bundesparteitage durch öffentliche oder parteiöffentliche Veranstaltungen vorbereitet und ergänzt werden können, in denen die Anträge vorgestellt und diskutiert werden können. Zusätzlich oder alternativ sollte geprüft werden, ob eine Möglichkeit der Diskussion aller Anträge in moderierten Internetforen, z.B. auf www.spd.de , besteht. Weiterhin sollte geprüft werden, ob im Sinne von „Bürgeranträgen“ Anträge auch von Nichtmitgliedern an die Partei gestellt werden können, die bei Erreichen eines bestimmten Quorums / einer bestimmten Zahl von Unterstützern den Parteitagen, Parteivorständen oder sonstigen Parteigremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.		35
		40
Die bisher übliche Praxis im Umgang mit vom SPD-Bundesparteitag überwiesenen Anträgen ist umgehend zu ändern und für künftige Parteitage abzustellen: Konkret geht es darum, dass nach dem SPD-Bundesparteitag 2013 vom Parteitag überwiesene Anträge durch den Parteivorstand erst Monate später an die Antragsadressaten weitergeleitet wurden und dass dann weder vom Parteivorstand noch von den Antragsadressaten eine direkte Antwort an die Antragsteller erfolgt (das sei „unüblich“) unter Hinweis auf die erst etwa zwei Jahre später zum folgenden Parteitag erscheinende Erledigungs-broschüre, die aber nicht im Internet unter www.spd.de zur Verfügung steht, so dass Antragsteller darauf angewiesen sind, zwei Jahre später bei den dann gewählten Bundesparteitagsdelegierten nachzufragen und dann mit Glück nach zwei Jahren eine Antwort auf einen Antrag zu erhalten, wobei Antrag und Antwort dann möglicherweise schon wieder überholt sind.		45
		50
		55
Dass die Organisationsgliederungen der Partei keine Rückmeldungen auf ihre Anträge erhalten, sei „ein Verfahren, das sich über viele Jahre / Parteitage hinweg bewährt hat“, schrieb ein Mitarbeiter des Bürgerservice der SPD-Bundestagsfraktion auf Nachfrage. Im Übrigen würden die personellen Kapazitäten fehlen.		60
Dieser Umgang mit überwiesenen Anträgen durch den Parteivorstand und durch Antragsadressaten, insbesondere einige Fraktionen, ist nicht mehr zeitgemäß, und jede Bürgeranfrage bei einem Abgeordneten sowie jede Petition an ein Parlament oder kommu-		65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 nales Gremium werden besser behandelt als Sachanträge einer Par-</p> <p>teigliederung an einen Bundesparteitag. Im Durchschnitt dürften</p> <p>auf jede/n der derzeit 193 SPD-Bundestagsabgeordneten pro Bun-</p> <p>desparteitag nur 1-2 Anträge alle zwei Jahre kommen, was durch-</p> <p>5 aus zumutbar erscheint. Zahlreiche SPD-Abgeordnete aller Ebe-</p> <p>nen, Fraktionen und Parteigliederungen haben übrigens ein ganz</p> <p>anderes, moderneres und bürgernäheres Verständnis vom Umgang</p> <p>mit Anfragen, Petitionen und Anträgen.</p> <p>10 Immerhin hat der Parteivorstand vor etwas mehr als einem Jahr</p> <p>angedeutet, im Rahmen des Projekts „Digitaler Fortschritt“ die</p> <p>Mitgliederbeteiligung und die Instrumente beispielsweise in der</p> <p>Antragsentstehung und -beratung diskutieren und ggf. verändern</p> <p>zu wollen, und es wurden Fortschritte im Hinblick auf den SPD-</p> <p>15 Bundesparteitag 2015 in Aussicht gestellt.</p> <p>Der ordentliche Bundesparteitag in Leipzig 2013, der vom 14. bis</p> <p>16. November 2013 stattfand, hat – wie das Beschlussbuch zeigt –</p> <p>48 Beschlüsse gefasst. Dem Parteitag lagen laut Antragsbuch 373</p> <p>20 Anträge vor.</p> <p>Unter den 48 Beschlüssen, das heißt den vom Bundesparteitag</p> <p>angenommenen Anträgen, finden sich laut Beschlussbuch nur 5</p> <p>Anträge von Unterbezirken und Ortsvereinen (10,4 %), was nicht</p> <p>25 etwa an mangelnder Qualität und Quantität der Anträge der unte-</p> <p>ren Parteigliederungen liegt, sondern an den Empfehlungen der</p> <p>Antragskommission und den darauf basierenden Beschlüssen des</p> <p>Bundesparteitags, diese Anträge schlicht zu überweisen und nicht</p> <p>in der Sache zu beraten. Dies wirft kein besonders gutes Bild auf</p> <p>30 die Arbeit von Antragskommissionen und Parteitag, und es stellt</p> <p>sich die Frage, wie die parteiinterne Willensbildung modernisiert</p> <p>und reaktiviert werden kann.</p> <p>Bei den 373 Anträgen hat die Antragskommission empfohlen, 24</p> <p>35 Anträge ganz und 1 Antrag teilweise abzulehnen (6,7 %). Von den</p> <p>25 Anträgen mit einer Empfehlung „Ablehnung“ betreffen 16 den</p> <p>Bereich „O“ wie Organisation. In diesem Bereich war der Antrags-</p> <p>kommission eine intensivere inhaltliche Befassung mit den Anträ-</p> <p>gen möglich, so dass 16 von insgesamt 52 Anträgen die Empfeh-</p> <p>40 lung „Ablehnung“ erhielten (30,8 %).</p> <p>Nach überschlägiger Auswertung wurden allerdings 300 Anträge</p> <p>von den insgesamt 373 Anträgen (80,4 %) lediglich an Fraktionen</p> <p>und Kommissionen überwiesen. Dies stellt eigentlich eine Arbeits-</p> <p>45 verweigerung von Antragskommission und Bundesparteitag dar,</p> <p>und es stellt sich die dringende Frage, wie die inhaltliche Arbeit der</p> <p>Partei modernisiert werden kann, wenn sie nicht ausschließlich den</p> <p>Fraktionen und Berufspolitikern überlassen bleiben soll.</p> <p>50</p>	<p>O10 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Der digitale Ortsverein</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits-</p> <p>programmprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch Annahme O1 und Überweisung als Material an Par-</p> <p>teivorstand / Organisationspolitische Kommission</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>011 <i>Unterbezirk Minden-Lübbecke</i> (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Elektronisches Wahlverfahren auf Bundesparteitag abschaffen</p> <p>Das elektronische Wahlverfahren auf dem SPD-Bundesparteitag soll in Zukunft wieder durch Stimmzettel ersetzt werden.</p>	<p>011 1 Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Elektronisches Wahlverfahren auf Bundesparteitag abschaffen 5</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 10</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung 15</p>
<p>012 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Aufbau einer digitalen Infrastruktur</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen: Wir fordern den Parteivorstand auf, schnellst möglich eine digitale Infrastruktur (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisationen aufzubauen, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.</p>	<p>012 20 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Aufbau einer digitalen Infrastruktur</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 25</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands 30</p>
<p>013 <i>Bezirk Weser-Ems</i></p> <p>Demokratisch kontrollierte Datenspeicherung</p> <p>Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine programmatische Ausrichtung der Partei zum Thema „Demokratische Kontrolle der Durchführung und Auswertung bzw. Verwertung gespeicherter Daten sowie deren Vernichtung“ kurzfristig auf den Weg zu bringen und das dafür zuständige Gremium zu beauftragen, hierzu eine Ergänzung des Grundsatzprogramms (Hamburger Programm von 2007) zu entwerfen und diesen Entwurf in die Untergliederungen der Partei zur Diskussion und Beschlussfassung zu tragen. Im Sinne von Willy Brandts Forderung „Mehr Demokratie wagen“ sollen dabei auch Vorschläge zu neuen demokratischen Strukturen bzgl. der Datenspeicherung erarbeitet werden.</p>	<p>013 35 <i>Bezirk Weser-Ems</i></p> <p>Demokratisch kontrollierte Datenspeicherung</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: 40 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die Grundwertekommission 45</p> <p>50</p>
<p>014 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Aufbau einer digitalen Infrastruktur</p> <p>Wir fordern den Parteivorstand auf, zu prüfen, wie schnellst möglich eine digitale Infrastruktur auf Open- Source-Basis (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisationen aufzubauen ist, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.</p>	<p>014 55 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Aufbau einer digitalen Infrastruktur</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 60</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 O15 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022</p> <p>5 Rund 16 Prozent der Bevölkerung haben eine anerkannte Schwerbehinderung. Die Behinderungsformen und die Auswirkungen sind sehr unterschiedlich. Grundsätzlich haben alle Behinderungen in ihrer Wirkung etwas Gemeinsames: Sie grenzen Menschen mit Behinderung überall dort aus, wo auf Grund der Behinderung keine uneingeschränkte Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen, politischen oder persönlichen Leben möglich ist.</p> <p>10 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich, im Sinne der UN-Behindertenrechts-Konvention (UN-BRK), die im Jahr 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, einen SPD Aktionsplan Inklusion aufzustellen. Die SPD leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Artikels 29 der UN-BRK, in dem uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben gefordert wird.</p> <p>15 Wir haben uns u.a. vorgenommen, dass kein Mitglied mehr auf Grund seiner Behinderung am innerparteilichen politischen Leben ausgeschlossen werden darf. Die Umsetzung des SPD Aktionsplans Inklusion ist für den Zeitraum 2016 bis 2022 geplant. Der Plan ist modular aufgebaut. Die Ziele können grundsätzlich voneinander unabhängig erreicht werden.</p> <p>20 Der Aktionsplan soll eine Handlungsanleitung für jede Gliederung der Partei sein. Die Ziele werden mit Maßnahmen und Meilensteinen festgeschrieben. Über die Zielerreichung wird jährlich gegenüber dem Vorstand berichtet. Der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Menschen mit Behinderung kommt hierbei eine wesentliche Rolle zu. Angestrebt wird eine nachhaltige und angemessene wirtschaftliche Umsetzung.</p>	<p>O15 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den SPD-Parteivorstand und die Arbeitsgruppe inklusives Parteileben</p>
<p>35 O16 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>SPD Inklusionsjahr 2016 „Inklusion ist unsere Zukunft!“</p> <p>40 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konkretisiert die universellen Menschenrechte für die speziellen Bedürfnisse und Lebenslagen für Menschen mit Behinderungen. Inklusion ist dabei die durchgängige Haltung und das zentrale Handlungsprinzip einer modernen demokratischen Gesellschaft.</p> <p>50 Ein innerparteiliches Inklusionsjahr soll Leitlinien aufbauen, die für unsere Partei eine klare Ziel-Orientierung für die praktische Umsetzung der UN-BRK sein wird. Ziel ist es, dass Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben können. Auf Basis des Grundsatzes gleichberechtigter Teilhabe werden für Menschen mit Behinderungen, die gleiche Qualität und der gleiche Standard in den jeweiligen Lebensbereichen erwartet, der auch für Menschen ohne Behinderungen gilt.</p> <p>55 Es geht um gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, um Chancengleichheit in der Bildung, um berufliche Integration/ Inklusion und um die Aufgabe, allen Bürger/Innen die Möglichkeit für einen selbstbestimmten Platz in einer barrierefreien Partei und Gesellschaft zu geben. Diese Veranstaltungsreihe - SPD Inklusionsjahr 2016 steht unter dem Motto: „Inklusion ist unsere Zukunft“ mit einer gemeinsamen Planung des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion und den Arbeitsgemeinschaften, als Schirmherren schlagen wir den Parteivor-sitzen Sigmar Gabriel vor.</p> <p>65 Themenschwerpunkte dieses Inklusionsjahr sind: - „SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022“- Gut für die SPD!</p>	<p>O16 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>SPD Inklusionsjahr 2016 „Inklusion ist unsere Zukunft!“</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: erledigt durch Zeitablauf</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den SPD-Parteivorstand und die Arbeitsgruppe inklusives Parteileben</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>- „Partizipation“- Wie will die SPD politische Teilhabe und politische Mitverantwortung für Alle gestalten!</p> <p>- „Gute Arbeit = Gutes Leben“- Dies will die SPD für Alle Bürger/Innen!</p> <p>- „Wie wollen wir im Jahre 2030 Leben“ - Soziale Stadt für Alle!</p> <p>- „Die SPD ist seit über 152 Jahre eine inklusive Partei!“- Die Geschichte der SPD ist eine inklusive Geschichte!</p> <p>- „Durchgänge Inklusive Bildungskette“ – Eine Schule für Alle“ - Gut für unser Land</p> <p>- „Chronische Erkrankungen - Leben mit einer Behinderung“ - Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen</p> <p>- Die SPD ist eine Partei der Vielfalt- „Diskriminierung/ Antidiskriminierung“ – Wir dulden kein Antisemitismus, keine Homophobie, keine Diskriminierung gegen Migranten/Innen, Flüchtlingen und Menschen mit Behinderungen!</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<p>017 Landesverband Berlin</p> <p>Barrierefreiheit in Einrichtungen der SPD</p> <p>Alle für Veranstaltungen und Parteimitglieder zugänglichen Einrichtungen der SPD sollten barrierefrei zugänglich umgebaut oder entsprechend gestaltet werden.</p>	<p>017 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>20</p> <p>Barrierefreiheit in Einrichtungen der SPD</p> <p>25</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den SPD-Parteivorstand und die Arbeitsgruppe inklusives Parteileben</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>018 Landesverband Berlin</p> <p>Weniger Barrieren im Internetzugang zu SPD-Webpräsenzen</p> <p>Kostenloses text-to-speech-Web-Programm/-Plugin für sämtliche Gliederungen der SPD auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Kreisebenen. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SPD-Websozis auf, sämtlichen Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Unterbezirks- und Kreisebene kostenlosen Zugang zu einem Web-Programm oder Web-Plugin für ihre jeweiligen SPD-Webpräsenzen anzubieten, das auf Basis eines Text-to-Speech-System (TTS) (oder Vorleseautomat) digitale Fließtexte der Webpräsenzen in eine akustische Sprachausgabe umwandelt. • Die Bedienung des Plugins für den*die Besucher*in der Webpräsenz muss im höchsten Maße benutzer*innenfreundlich, unkompliziert und einwandfrei für die meisten Endgeräte funktionieren. • Die Installation und Einrichtung des text-to-speech-Web-Programms/-Plugins sollte ebenfalls benutzer*innenfreundlich und unkompliziert zu bewältigen sein. Bei Bedarf bekommen die Gremien professionelle Unterstützung durch eine*n von der SPD gestellten Internetbeauftragte*n. <p>Das text-to-speech-Web-Programms/-Plugin muss kompatibel sein mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • WordPress und • WebSoziCMS 	<p>018 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>40</p> <p>Weniger Barrieren im Internetzugang zu SPD-Webpräsenzen</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands und an die Arbeitsgruppe Inklusion des SPD-Parteivorstands</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Nach Bereitstellung des text-to-speech-Web-Programms/-Plu- gins sind sämtliche Gliederungen (inklusive aller Arbeitsge- meinschaften) der SPD auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Unter- 5 bezirks- und Kreisebene dazu angehalten, diese innerhalb eines Jahres auf ihren Webpräsenzen zu installieren und den*die Besucher*in der Webpräsenz dauerhaft nutzbar zu machen. Um diesen Prozess zu befördern, sollen die Gliederungen weitrei- chend über die Anwendungsmöglichkeiten des text-to-speech 10 informiert und in der Umsetzung unterstützt werden.</p>	
<p>019 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>15 Modernes Zielgruppenkonzept entwickeln</p> <p>Die SPD beschließt für sich, wie auch für alle gesellschaftlichen Bereiche, wie Fraktionen, Verbänden und großen Einrichtungen, 20 ein aktuelles, modernes Zielgruppenkonzept zu entwickeln. Dies hat die Aufgabe, benachteiligten und gesellschaftlich unterreprä- sentierte Bevölkerungsgruppen, wie Menschen mit Behinde- rungen, gezielt in Gesellschaft und Politik einzubeziehen und sie durch gezielte Platzierung zu Mitentscheidern bei Regierungs- und 25 Nicht-Regierungsorganisationen zu machen. Der deutlich geringe- ren Wahlbeteiligung, gerade jüngerer behinderten Menschen, soll- te hier entgegengewirkt werden. Mit diesem Antrag soll der Be- schluss des Parteivorstandes vom 13.10. 2014 zur Inklusion und Partizipation behinderter Menschen weiter umgesetzt werden. 30 Die SPD als die Inklusions-/Partizipationspartei muss hier Mit- entscheidung auch konsequent verwirklichen. Es reicht nicht ob von oben z. B. alle Menschen mit Behinderungen einzusetzen, es muss ein breit akzeptierter, fachlich ausgewiesener Betroffener sein 35 oder wie mir von der AG der Schwulen und Lesben gesagt wurde: Schwule Politiker gibt es viele, Schwulen-Politiker sehr wenige.</p>	<p>019 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Modernes Zielgruppenkonzept entwickeln</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits- programmprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Die SPD beschließt für sich, wie auch für alle gesellschaftlichen Bereiche, wie Fraktionen, Verbänden und großen Einrichtungen, ein aktuelles, modernes Zielgruppenkonzept zu entwickeln. Dies hat die Aufgabe, benachteiligten und gesellschaftlich unterreprä- sentierte Bevölkerungsgruppen, wie Menschen mit Behinderun- gen, gezielt in Gesellschaft und Politik einzubeziehen. Mit diesem Antrag soll der Beschluss des Parteivorstandes vom 13.10. 2014 zur Inklusion und Partizipation behinderter Menschen weiter um- gesetzt werden.</p>
<p>020 40 <i>12/05 Hermsdorf (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Änderung §3 Wahlordnung</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen: 45 § 3 der Wahlordnung ist in Bezug auf die Durchführung der Partei- wahlen dahingehend zu ergänzen, dass § 33 Abs. 2 Bundeswahlge- setz und § 57 Bundeswahlordnung entsprechend anzuwenden sind.</p> <p>50</p>	<p>020 <i>12/05 Hermsdorf (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Änderung §3 Wahlordnung</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an die organisationspolitische Kommission mit dem Auftrag gemeinsam mit den Betroffenen einen Umsetzungsvor- schlag zu formulieren.</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission mit dem Auftrag gemeinsam mit den Betroffenen einen Umsetzungsvor- schlag zu formulieren.</p>
<p>55 021 <i>Kreisverband Höxter (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Stimmrecht in den Arbeitsgemeinschaften</p> <p>60 Der Parteitag möge beschließen: Die gewählten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands erhalten in den Vorständen der für sie zuständigen Parteigre- mien volles Stimmrecht. Der Bundesvorstand wird zur Umsetzung 65 dieses Antrags und um Zustimmung und Schaffung der dazu erfor- derlichen formellen Voraussetzungen gebeten.</p>	<p>021 <i>Kreisverband Höxter (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Stimmrecht in den Arbeitsgemeinschaften</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 eine Analyse der Mitgliederstruktur, der Gremienbesetzung und Mandatsverteilung. Der Fortschrittsbericht enthält Vorschläge zur Intensivierung der interkulturellen Öffnung. Vorbild sind die Gleichstellungsberichte der ASF.</p> <p>5 2. Jede Gliederung erarbeitet eine Zielvereinbarung hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, der Besetzung ihrer Gremien und Mandate.</p> <p>Dabei sollte sie sich an der Bevölkerungsstruktur orientieren. Eine verordnete Quote, losgelöst von der Bevölkerungsrealität ist nicht zielführend. Daher sollte sich jede Gliederung mit der Frage beschäftigen, inwiefern sie Personen mit Migrationsbiographie, Frauen und junge Menschen in ihre Arbeit einbezieht und sie in ihren Gremien vertreten sind. Neben das Reißverschlussverfahren, dass die Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen soll, tritt der Diversity-Faktor: Jede Gliederung ist aufgerufen eigene, der örtlichen Bevölkerung angemessenen Ziele für mehr Vielfalt zu vereinbaren. Der Parteivorstand geht mit gutem Beispiel voran und gibt sich eine Zielvereinbarung von 20%, die dem Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationsbiographie entspricht. Die Gliederungen werden ermuntert bei der Aufstellung ihrer Listen - von der Kommunal- über die Landesparlamente bis hin zur Bundestagsliste – neben Gleichstellungs- Proporz- und Strömungsaspekten, den Vielfaltsfaktor zu berücksichtigen. In-</p> <p>10 dem das jeweils zuständige Gremium frühzeitig eine angemessene Selbstverpflichtung eingeht. Dieser Beschluss kann sich beispielsweise an der Zusammensetzung der Bevölkerung orientieren. Er sollte rechtzeitig vor Kandidaturerklärungen erfolgen. Beispiel: Bei 10 aussichtsreichen Plätzen für die Kommunalmandate und einem Bevölkerungsanteil von 25% Personen mit Migrationsbiographie per Beschluss festzulegen, dass drei Plätze mit Kandidierenden mit Migrationsbiographie besetzt werden.</p> <p>15 3. Die SPD wirbt gezielt um junge Menschen aus Vielfalt-Familien.</p> <p>Auf die Mitgliedschaft kommt es an! Aus diesem Grund ist sowohl der SPD-Bundesvorstand gefragt als auch jede Gliederung – vom Ortsverein bis zum Landesvorstand. Der Bundesvorstand geht mit gutem Beispiel vor und schafft eine „stille Sichtbarkeit“ in seinen Materialien. Dadurch wird die Normalität von Vielfalt unterstrichen. Die Gliederungen werden ermuntert, bei ihrer Neumitgliederwerbung gezielt Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsbiographie für die sozialdemokratische Idee zu gewinnen.</p> <p>20 4. Die Parteischule bietet ehrenamtliche Schulungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz an.</p> <p>Die Parteischule wird zusammen mit dem Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt damit beauftragt, ein Schulungsprogramm und Schulungsmodule für den haupt- und ehrenamtlichen Bereich aufzulegen, in denen der Schwerpunkt auf „interkulturelle Öffnung der Ortsvereine“ gelegt wird. Bereits bestehenden Module zu „Antirassismus“ und „Antidiskriminierung“ werden ausgebaut und intensiviert. Wir streben an, dass die Mitgliederbeauftragten auf allen Ebenen der Partei sich das Thema „interkulturelle Öffnung“ zu Eigen machen. Deshalb werden wir ein entsprechendes Informationspaket erstellen und den direkten Austausch mit den Mitgliedsbeauftragten vornehmen. Die Parteischule integriert ein Modul „interkulturelle Öffnung der SPD“ in all ihre Schulungsangebote.</p> <p>25 5. Die SPD bietet ein Mentoringprogramm für Mitglieder mit Migrationsbiographie an.</p> <p>Die Jusos und die ASF machten es vor: Mentoring ist ein erfolgreiches Qualifizierungs- und Vernetzungsmittel aus dem Bereich des Empowerments. Die Landesverbände werden ermuntert in Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt ein Mentoringprogramm anzubieten.</p> <p>30 6. Die SPD veranstaltet einen öffentlichkeitswirksamen Fachkongress Interkulturelle Öffnung.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Der SPD-Bundesvorstand veranstaltet einen öffentlichkeitswirksamen Fachkongress zur Interkulturellen Öffnung der SPD, zu dem die aktiven Mitglieder, die Fachwelt und Zivilgesellschaft eingeladen werden.	1
	5
024 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i>	024 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i>
Arbeitsgemeinschaften stärken	Arbeitsgemeinschaften stärken
In den letzten Jahren hat sich die SPD organisatorisch stark verändert. Neben positiven Effekten, gab und gibt es Fehlentwicklungen. Dazu gehört, dass die Arbeitsgemeinschaften in der SPD geschwächt wurden. Dies liegt unter anderem an den gekürzten Etats der AGs und der mangelnden personellen Unterstützung im Willy-Brandt-Haus. Daher fordern wir als SPD dies wieder rückgängig zu machen. Es braucht wieder höhere Etats und mehr hauptamtliche Unterstützung.	Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung
	15
	20
025 <i>Kreisverband Rhein-Neckar (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	025 <i>Kreisverband Rhein-Neckar (Landesverband Baden-Württemberg)</i>
Bundesweites Programm für Nachwuchstalente	Bundesweites Programm für Nachwuchstalente
Der SPD Parteivorstand wird hiermit aufgefordert umgehend ein bundesweites, berufsbegleitendes Mentoringprogramm für Nachwuchstalente unter 35 Jahren einzurichten („Willy-Brandt-Programm“). Zunächst soll jeder SPD-Kreisverband hierfür bis zu zwei Genoss/innen vorschlagen. Bei den Vorschlägen ist auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis, die regionale Herkunft sowie nach Möglichkeit auf einen Migrationshintergrund zu achten. EmpfängerInnen von Stipendien der deutschen Begabtenförderungswerke sind nachrangig zu beachten. Nach einem anschließenden Auswahlprozess durch die Bundes-SPD, erhalten die Vorgeschlagenen, die sog. Mentees, jeweils einen Mentor aus ihrem Landesverband. Dieser Mentor gehört dem Land- oder Bundestag an oder verfügt über ein Ministeramt. Er begleitet gezielt seinen Mentee und bereitet ihn auf eine Führungsaufgabe in Politik oder Gesellschaft vor. Neben dieser persönlichen Begleitung, nehmen die Mentees an Fortbildungsveranstaltungen teil. In diesen werden ihnen die Grundwerte der Sozialdemokratie sowie politische Grundlagen nähergebracht. Im Anschluss erhalten die Mentees praktische Tipps auf interaktiven Veranstaltungen mit Führungskräften aus der Partei und aus uns nahestehenden Organisationen (z.B. DGB). Alle Fahrt- und Übernachtungskosten sind für die Mentees zu erstatten, um jeder und jedem unabhängig von seinem finanziellen Hintergrund die Teilnahme zu ermöglichen. Teilnahmebeiträge werden daher ebenfalls nicht erhoben.	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
	35
	40
	45
	50
	55
	60
026 <i>Landesverband Berlin</i>	026 <i>Landesverband Berlin</i>
Parteischule für alle!	Parteischule für alle!
Alle Angebote der Parteischule müssen für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands finanzierbar sein. Durch gestaffelten Ermäßigungstarif soll eine breite Teilnahme an Schu-	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an den Beirat der Parteischule
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 lungen der Parteischule und ähnlichen Einrichtungen finanziell ermöglicht werden.</p>	<p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den Beirat der Parteischule</p>
<p>5 O27 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Diskriminierungsfreie Fortbildung innerhalb der SPD</p>	<p>O27 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Diskriminierungsfreie Fortbildung innerhalb der SPD</p>
<p>15 Der Parteivorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass jegliche Fortbildungsmaßnahmen für Mitglieder der Partei, einschließlich Kommunal-Akademie und Parteischule diskriminierungsfrei, unbeschadet sachlich begründeter Zielgruppenorientierung, angeboten werden.</p>	<p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an den Beirat der Parteischule</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an den Beirat der Parteischule</p>
<p>20 O28 (behandelt auf BPT 2015)</p>	
<p>25 O29 (behandelt auf BPT 2015)</p>	
<p>30 O30 <i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Beitragsfreie Mitgliedschaft für ältere Mitglieder</p>	<p>O30 <i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Beitragsfreie Mitgliedschaft für ältere Mitglieder</p>
<p>35 Die Bundespartei wird aufgefordert eine Regelung für ältere Mitglieder zu finden, die aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage sind, den Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Diesen soll der Ortsverein in begründeten Einzelfällen eine beitragsfreie Mitgliedschaft ermöglichen z.B. nach 45 Beitragsjahren und Vorlage eines Grundversicherungsbescheids („Ehrenmitgliedschaft“). Die Entscheidung trifft die Mitgliederversammlung auf Antrag.</p>	<p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Es gilt: Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 Euro. Es gibt in der SPD darüber hinaus die gute Tradition des Paten/der Patin</p> <p>Der SPD Bundesparteitag bittet die SPD Bundestagsfraktion, für diejenigen Fälle, in denen Betreuer langjährige Mitgliedschaften in einer Partei oder einer Kirche oder vergleichbaren Organisationen wie Gewerkschaft, kündigen, eine gesetzliche Regelung zu prüfen, die eine gesonderte Vollmacht für die Abgabe einer solchen Kündigung vorsieht.</p>
<p>55 O31 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Abschaffung sachgrundlose Befristung</p> <p>Der Bundesvorstand der SPD wird aufgefordert, dahin zu wirken, dass Befristungen ohne Sachgrund bei MitarbeiterInnen in den Gliederungen und parteieigenen Unternehmen der Partei nicht mehr angewandt werden. Soweit Befristungen noch vorhanden sind, sind sie sofort in unbefristete Verträge umzuwandeln.</p>	<p>O31 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Abschaffung sachgrundlose Befristung</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme in Fassung der Antragskommission</p> <p>Die SPD lehnt die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund ab. Dies verstehen wir auch als Selbstverpflichtung dort, wo die Partei selbst Arbeitgeberin ist. Gleichwohl wird die SPD z.B. in Wahlkämpfen und Kampagnen auf das Instrument der befristeten Beschäftigungsverhältnisse grundsätzlich nicht verzichten können.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
	<p>Der Bundesvorstand der SPD wird sich gemeinsam mit den Gliederungen und Unternehmen der Partei dafür einsetzen, dass sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen unter dem Dach der SPD nicht stattfinden.</p> <p>1</p> <p>5</p>
<p>032 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Verhaltenskodex für Beteiligungen und Anlagen der SPD</p> <p>Das früher bedeutende sozialdemokratische Pressewesen wurde nach der Einstellung der ausgewiesenen Parteizeitungen in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) zusammengefasst. Die ddvg ist an zahlreichen mittelständischen Unternehmen (fast immer unter fünfzig Prozent) beteiligt. Während es damals das Ziel war, mit Hilfe sozialdemokratischer Zeitungen auf die Meinungsbildung der Bevölkerung einzuwirken, reicht inzwischen die Hoffnung, dass mit Hilfe der ddvg-Beteiligungen hinsichtlich der redaktionellen Ausrichtung der Tageszeitungen ein „liberaler Geist“ weht. Die Verfügung über operativ tätige Unternehmen reduzierte sich fast ausschließlich auf Kapitalbeteiligungen mit dem Interesse an einer auskömmlichen Rendite.</p> <p>Das Renditeziel stößt immer wieder an die Grenze der Vereinbarkeit unternehmerischen Handelns und sozialdemokratischer Grundsätze (tagesaktuell zum Beispiel sichtbar bei der Neuausrichtung der Verlagsgesellschaft Madsack, Hannover, mit ihrer Konzentration von Redaktionen mit deutlich weniger Redakteuren sowie der Ausgliederungen von Funktionen in tarifungebundene Unternehmen im Rahmen des Programms „Madsack 2018“ [Kunden-Service-Center (KSC), RedaktionsNetzwerk Deutschland – RND]). Der ddvg-Geschäftsbericht weist die Verantwortung für die Folgen dieser Strukturanpassungen den Tarifparteien zu, ohne zu berücksichtigen, dass in Folge dieser Maßnahmen inzwischen statt früher 95 Prozent nur noch etwa 30 Prozent tarifgebunden beschäftigt sind: „Die ddvg hat schon vor mehreren Jahren angemahnt, dass die Tarifparteien zu realistischen und nachhaltig finanzierbaren Vereinbarungen kommen müssen, um dem Flächentarif eine Chance zu geben. Leider wurden sowohl im Druckbereich als auch bei den Redakteuren keine neuen Tarifakzente gesetzt, so dass die Verlage gezwungen scheinen, eigene Wege zu gehen. In dieser Folge flüchten mehr und mehr Verlagshäuser in so genannte „OT-Mitgliedschaften“, gründen Betriebsteile (unter anderen Tarifbedingungen) aus oder schließen Betriebsteile, um deren Leistung günstiger am Markt einzukaufen.“ (Geschäftsbericht 2012, S. 18) Der Bericht lässt offen, wie die sozialdemokratische Strategie zu dieser – scheinbar unabweisbaren – Entwicklung aussieht. Dadurch stimmt die SPD als Unternehmensbeteiligte offenkundig einem Konzept zu, das in eklatantem Widerspruch zu Grundsätzen und Beschlüssen sozialdemokratischer Politik steht. Selbst die Meinungsvielfalt, die durch die SPD-Beteiligungen erhalten bleiben soll, ist durch die geplante Konzentration auf wenige Redaktionen gefährdet.</p> <p>Indem die Unternehmenspolitik unsozial ist, schaden die Unternehmensbeteiligungen der SPD – sie wird unglaubwürdig. Die Unglaubwürdigkeit verstärkt das Misstrauen in „die Politiker“ und „die Parteien“ und wirkt sich als Mitgliederschwund und Wählerabkehr aus. Eine operative Umsatzrendite von 8 bis 10 Prozent darf der SPD nicht mehr wert sein als 8 bis 10 Prozent der Mitglieder oder der Wählerstimmen.</p> <p>Deshalb beschließt der Parteitag:</p> <p>1. Zur Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit gibt sich die SPD für alle ihre Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Geldanlagen einen Verhaltenskodex (Code of Conduct), der in Anlehnung an den Verhaltenskodex der Business Social Compliance Initiative</p>	<p>032 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Verhaltenskodex für Beteiligungen und Anlagen der SPD</p> <p>Aktualisierte Empfehlung:</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>1. Die SPD gibt sich für alle ihre Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Geldanlagen einen Verhaltenskodex (Code of Conduct), der Leitlinien für das Handeln in den Unternehmensgremien enthält.</p> <p>2. Der Verhaltenskodex wird von der Kontrollkommission im Benehmen mit dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin und dem Treuhandaufsichtsrat festgelegt.</p> <p>3. Der Verhaltenskodex soll insbesondere die Verbindlichkeit der in Programmen und Beschlüssen festgelegten sozialdemokratischen Grundsätze in der Tätigkeit der Unternehmen beschreiben. Hierzu zählen die Wahrung der Arbeitnehmerrechte (Tarif-, Mitbestimmungs-, Arbeitsschutzrechte, ethische Standards (wie Diskriminierungsverbot, Umweltschutz, Friedenswahrung u. a.) und auch eine eindeutige Ablehnung von Geschäften mit demokratiefeindlichen, rassistischen oder rechtsextremistischen Akteuren.</p> <p>4. Die Kontrollkommission prüft die Übereinstimmung der Beteiligungen und Anlagen der Partei mit dem Verhaltenskodex und berichtet hierüber im Benehmen mit dem Treuhandaufsichtsrat dem Parteitag.</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die Kontrollkommission</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 (BSCI) Leitlinien für das Handeln in den Unternehmensgremien und das Unternehmen insgesamt enthält. Insbesondere sollen sie auf die Einhaltung der in Programmen und Beschlüssen festgeleg- ten sozialdemokratischen Grundsätze, auf die Wahrung der Arbeit- 5 nehmerrechte (Tarif-, Mitbestimmungs-, Arbeitsschutzrechte u. a.) sowie auf ethische Standards (wie Diskriminierungsverbot, Um- weltschutz, Friedenswahrung u. a.) hinwirken. 2. Auf allen Parteiebenen, die über Beteiligungen oder Geldanlagen verfügen, ist ein Anlageausschuss zu bilden, der die Übereinstim- 10 mung der Beteiligung/Anlage mit dem Verhaltenskodex überprüft, ihre Risiken abschätzt und der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister Empfehlungen gibt. Ihm sollte ein hauptamtlich und ein ehrenamt- lich tätiges Mitglied sowie eine Vertrauensperson mit Branchen- kenntnis angehören. Wenn der Empfehlung nicht gefolgt werden 15 soll, muss der Vorstand nach Anhörung des Anlageausschusses die Entscheidung treffen. Die Entscheidung ist im Rechenschaftsbe- richt zu dokumentieren. Über Art und Umfang der Beteiligungen/Anlagen sind die jeweili- gen Parteitagsdelegierten rechtzeitig und aussagekräftig in Kennt- 20 nis zu setzen.</p>	
<p>O33 25 <i>Unterbezirk Aurich (Bezirk Weser-Ems)</i> <i>Bezirk Weser-Ems</i></p> <p>Den Vorwärts als monatliches Mitgliedermagazin erhalten 30</p> <p>Der Vorwärts ist eine 1876 als Zentralorgan der deutschen Sozial- demokratie gegründete Zeitung. Heute ist der Vorwärts Parteizei- tung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.</p> <p>35 Der Vorwärts wandelte sich in seiner fast 140jährigen Geschichte von einer Tageszeitung zu einem Wochenblatt bis zu einem mo- natlich erscheinenden Mitgliedermagazin. Seit ca. zwei Jahren liegt dem Vorwärts der Informationsdienst INTERN für rund 40.000 Ak- 40 tive in der SPD in gedruckter Form bei. Der Parteivorstand hat nunmehr beschlossen, dass der Vorwärts 2015 nur sechsmal erscheint. Ob das in den kommenden Jahren auch der Fall sein wird, ist nicht bekannt. Somit reduziert sich auch INTERN auf ebenfalls nur sechs ge- 45 druckte Ausgaben. Als Alternativen wird vom Willy-Brandt-Haus auf die Internetseiten der SPD und auf die künftigen Mail-Ausga- ben des neuen Dienstes INTERN-DIREKT verwiesen. Insbesondere den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die nicht oder kaum online „unterwegs“ sind, werden durch diese Ent- 50 wicklung von einem zeitnahen Informationsfluss über ihre Partei abgeschnitten. Die SPD lehnt die Reduzierung der Vorwärts- und INTERN-Auf- lagen grundsätzlich ab und fordert den Parteivorstand auf, diese Entscheidung zurückzunehmen und den Vorwärts incl. INTERN 55 wieder monatlich erscheinen zu lassen. Der Vorwärts muss in seiner historischen Funktion als Sprachrohr der deutschen Sozialdemokratie mit einer monatlichen Auflage bei- behalten werden.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>O33 <i>Unterbezirk Aurich (Bezirk Weser-Ems)</i> <i>Bezirk Weser-Ems</i></p> <p>Den Vorwärts als monatliches Mitgliedermagazin erhalten</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
034 <i>Bezirk Hessen-Süd</i> Neugestaltung der Beitrittsformulare Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Beitrittserklärungen neu zu gestalten. Diese sollen um Felder erweitert werden, die eine Verschlüsselung zu den Arbeitsgemeinschaften bereits bei Beitritt ermöglichen. Weiter soll geprüft werden, ob und wie eine selbstständige Onlineverschlüsselung durch das Mitglied ermöglicht werden kann. Sofern möglich, ist diese einzuführen.	034 1 <i>Bezirk Hessen-Süd</i> Neugestaltung der Beitrittsformulare 5 Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern Empfehlung o. BPT 2015 (alt): 10 Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands 15 035 <i>Unterbezirk Gifhorn (Bezirk Braunschweig)</i> Kommunalpolitik verjüngen Der Parteitag möge beschließen: Kommunalpolitik verjüngen - Jusos stärken! Der Parteitag möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass auf allen Listen zur Kommunalwahl ein Juso, also ein SPD-Mitglied, welches das 36. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auf einer der ersten vier Listenplätzen steht.
036 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i> Tagesordnung der Parteitage straffen Die Vorstandsgremien werden aufgefordert, die Tagesordnung bzw. Geschäftsordnung der Konferenzen zu überarbeiten mit dem Ziel, einen zügigen Ablauf zu erreichen. Der Leitantrag soll bevorzugt gleich nach den Grußworten behandelt werden. Erst nach der Behandlung des Leitantrags soll der Gastredner zu Wort kommen, es sei denn, er stellt den Leitantrag selbst vor. Die Redezeiten bei Grußworten, Antragsbegründungen und Wortmeldungen sollen gekürzt und strikt eingehalten werden.	036 40 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i> Tagesordnung der Parteitage straffen Aktualisierte Empfehlung: 45 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an SPD-Parteivorstand 50 55 037 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i> Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen! Bereits 2011 haben die Jusos München den Parteiausschluss von Thilo Sarrazin gefordert, nachdem er in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ Thesen veröffentlicht hat, die den grundlegenden SPD-Überzeugungen widersprechen. Diese Thesen hat er mehrmals öffentlich bestätigt und nun auch erneut in einem Buch wie-
	037 60 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i> Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen! Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an SPD-Parteivorstand 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 derholt. Darüber hinaus ist er bei der FPÖ aufgetreten und hat eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der AfD moderiert. Das alles als Mitglied der SPD, in der er sich „nach wie vor beheimatet fühlt“, obwohl er der Meinung ist, dass die AfD „gegenwärtig mehr fachliche Kompetenz in ihren Reihen versammelt als wir in den Spitzen der CDU/CSU und SPD zusammen finden“. Wir wollen nicht, dass Thilo Sarrazin weiterhin als Mitglied der SPD auftritt. Das wir man ja wohl sagen dürfen! Deswegen fordern wir weiterhin den Parteiausschluss von Thilo Sarrazin und die Wiederaufnahme des Parteiordnungsverfahrens.</p> <p>15 O38 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Antragsfristen für Wahlprogramme</p> <p>20 Der Parteivorstand wird aufgefordert, zukünftig bei der Einbringung von Wahlprogrammen auf dem Bundesparteitag eine angemessene Frist von mindesten 14 Tagen bis zum Antragsschluss für schriftliche Änderungsanträge der Gliederungen einzuräumen.</p> <p>25</p> <p>30 O39 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Für eine familienfreundliche Parteiarbeit</p> <p>35 Der Parteivorstand beauftragt die organisationspolitische Kommission Konzepte für die Parteiarbeit auf den verschiedenen Parteiebenen zu erarbeiten, die die „Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Parteiarbeit“ ermöglichen – sowohl für die Parteiarbeit mit einem parlamentarischen Mandat als auch ohne.</p> <p>40 O40 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Mitgliedschaft Millî Görüs unvereinbar mit SPD-Mitgliedschaft</p> <p>45 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, die Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) mit einer SPD-Mitgliedschaft zu prüfen und ggf. eine Unvereinbarkeit festzustellen und zu beschließen.</p> <p>50</p> <p>55 O41 <i>Unterbezirk Roth (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Ja zur innerparteilichen Demokratie! Mehr Demokratie wagen!</p> <p>60 Um den Ortsvereinen und damit auch den Mitgliedern der SPD zu ermöglichen, ausreichend wirkungsvoll an der Willensbildung in der Partei mitwirken zu können, erhalten in Zukunft die Ortsvereine vom Unterbezirksvorstand Auskunft über die Kontaktdaten der Delegierten zum nächsten Parteitag, wenn sie dies beim Unterbezirksvorstand beantragen.</p> <p>65</p>	<p>O38 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Antragsfristen für Wahlprogramme</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>O39 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Für eine familienfreundliche Parteiarbeit</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Annahme</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme</p> <p>O40 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Mitgliedschaft Millî Görüs unvereinbar mit SPD-Mitgliedschaft</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> <p>O41 <i>Unterbezirk Roth (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Ja zur innerparteilichen Demokratie! Mehr Demokratie wagen!</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die Herausgabe der Kontaktdaten an den Ortsverein ist grundsätzlich gemäß dem datenschutzrechtlichen Prinzip der Datensparsamkeit (§ 3a BDSG) auf Namen und postalische Adressen zu beschränken. Bei der Herausgabe an den Ortsverein muss der Zweck der Herausgabe explizit dokumentiert werden. Es muss klargestellt werden, dass der Ortsverein die Kontaktdaten lediglich zu Zwecken der Kontaktaufnahme im Vorfeld des konkreten Parteitags verwenden darf, dass eine Verwendung für andere Zwecke unzulässig ist, dass die Daten anschließend (d.h. nach dem Parteitag) beim Ortsverein gelöscht werden müssen und der Ortsverein die Löschung zu gegebener Zeit bestätigen muss.</p> <p>Wir beantragen zum Bezirksparteitag am 11.05.2015 und zum Landesparteitag am 27./28.06.2015, dass der Bezirk Mittelfranken, die Bayern-SPD und die Bundes-SPD ebenfalls den Ortsvereinen die Namen und postalischen Adressen der Delegierten mitteilt, wenn sie dies beim entsprechenden Vorstand beantragen. Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, sinngemäße Anträge zu den Parteitagen zu stellen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>O42 <i>Landesverband Rheinland-Pfalz</i></p> <p>Kampagnenfähigkeit im Europawahlkampf verbessern</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Kampagnenfähigkeit für die Europawahlen muss verbessert werden. In einer vom Parteivorstand einzusetzenden Arbeitsgruppe sollen folgenden Aktivitäten vorgenommen werden: - Analyse der Kampagnenfähigkeit im Europawahlkampf 2014 - Festlegung einer durchgängigen Organisationsstruktur über alle Gliederungsebenen bis zu den OV's mit Verantwortlichkeiten, Kommunikation und Umsetzungscontrolling. - Abstimmungsstruktur, Kommunikation und Koordination zu den Kandidaten.</p>	<p>O42 <i>Landesverband Rheinland-Pfalz</i></p> <p>Kampagnenfähigkeit im Europawahlkampf verbessern</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstands</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<p>O O43 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Öffentlicher Parteikonvent</p> <p>a) Alle weiteren SPD-Parteikonvente tagen parteiöffentlich. Dazu ist der Spielraum zu nutzen, den das Organisationsstatut bereits heute bietet. Dort heißt es im § 28,6: „Der Parteikonvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann auf Antrag die nichtöffentliche Tagung beschließen.“ b) Um zukünftig Missverständnisse auszuschließen, ist der §28,6 des Organisationsstatuts der SPD neu zu fassen. Bisher: Der Parteikonvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann auf Antrag die nichtöffentliche Tagung beschließen.</p>	<p>O43 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Öffentlicher Parteikonvent</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 O44 <i>Unterbezirk Fulda (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>5 Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen: Die SPD setzt sich laut ihrer jeweiligen Programme und Beschlüssen seit Jahrzehnten aus Überzeugung für Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit ein. Vor diesem Hintergrund macht die oft exorbitante Verschwendung von Papier auf fast allen Gliederungsebenen häufig ratlos. Wir fordern deshalb eine Befragung aller Mitglieder, ob sie individuell bereit sind, Einladungen, Sitzungsvorlagen etc. zukünftig ausschließlich auf elektronischem Wege zu empfangen und über die Notwendigkeit eines Ausdrucks im Einzelfall selbst zu entscheiden – wer nicht will, muss natürlich nicht. Auch Änderungsanträge auf den Konferenzen sollten in Zukunft gesammelt werden, um die Situation zu verbessern.</p> <p>20 Alle Mitglieder, die dem elektronischen Verfahren explizit zustimmen, werden binnen eines halben Jahres nach Beschluss weder per Post noch auf Sitzungen Dokumente in Papierform von Partei bzw. AG erhalten – ausgenommen sind Fälle, in denen dies rechtlich notwendig, aufgrund von Kurzfristigkeit geboten oder wegen des Umfangs ein privater Druck unzumutbar ist.</p> <p>30 O45 <i>Stadtverband Leipzig (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Interreligiöse Kompetenzen stärken – Allen Gläubigen offen begegnen</p> <p>35 Die SPD achtet künftig stärker auf die speziellen Gewohnheiten unterschiedlicher Gläubiger. Dies beinhaltet: 1. Aufnahme eines Artikels über Speiseregeln in Judentum und Islam in das Handbuch Ortsvereinsarbeit sowie in etwaige Wahlkampfleitfäden.</p> <p>40 2. Selbstverpflichtung der SPD bis 2017 ausschließlich Süßigkeiten anzubieten die den jüdischen (koscher) und muslimischen (halal) Speisegewohnheiten entsprechen.</p> <p>45 3. Alle von der SPD vertriebenen Nahrungsmittel sind als kosher/halal zu kennzeichnen, sofern sie den Speisevorschriften entsprechen.</p> <p>50 O46 <i>Unterbezirk Friesland (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Schiedskommission</p> <p>55 Der SPD-Bundesverband wird aufgefordert, die Arbeit der Parteischiedskommissionen und der weiteren Beteiligten an Schiedsverfahren verstärkt zu unterstützen durch die Herausgabe eines Kommentars zur Schiedsordnung. (Analog: Robert Thiele: Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>O44 <i>Unterbezirk Fulda (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>O45 <i>Stadtverband Leipzig (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Kompetenzen stärken – Allen offen begegnen</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme in der Fassung der Antragskommission: Die SPD achtet künftig, besonders vor dem Hintergrund religiöser Regeln oder persönlichem Lebensstil, stärker auf die speziellen Essgewohnheiten unterschiedlicher Menschen. Dies beinhaltet: Aufnahme eines Artikels über Speiseregeln in die nächsten Ausgaben der Handbücher Ortsvereinsarbeit, Feste feiern/Veranstaltungen erfolgreich durchführen sowie in etwaige Wahlkampfleitfäden.</p> <p>O46 <i>Unterbezirk Friesland (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Schiedskommission</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an die organisationspolitische Kommission des SPD-Parteivorstands</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>O47 <i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i></p> <p>Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019</p> <p>Die SPD Sachsen-Anhalt fordert den SPD-Parteivorstand und den SPD-Bundesparteitag auf, bei der Erstellung der Bundesliste zur Europawahl unter den ersten 22 Listenplätzen je ein Grundmandat für jedes Bundesland zu vergeben, deren Reihenfolge wechselt. Um ein solidarisches Nutzen der Personenpopularität im Wahlkampf zu ermöglichen, muss die Reihenfolge der Bundesländer auf der Bundesliste hierbei von Wahl zu Wahl variieren. Sodass alle SPD-Landesverbände die Möglichkeit haben unter den ersten 10 Plätzen geführt zu werden. Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Systems wird die Abteilung Parteiorganisation des Parteivorstandes beauftragt.</p> <p>Sollte ein Grundmandat im Bundesrat nicht umsetzbar sein, sind auch andere Möglichkeiten, wie gemeinsame Landeslisten oder Gastmandate zu berücksichtigen.</p>	<p>O47 <i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i></p> <p>Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung, für die Europawahl 2014 wurde ein fein austariertes Verfahren etabliert, welches dazu geführt hat, dass alle Landesverbände mit mindestens einem MdEP im Europäischen Parlament vertreten sind.</p>
<p>O48 <i>010 Kreis Mitte (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Die SPD transparent und partizipativ gestalten</p> <p>Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobilisierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD-Mitglieder besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu integrieren, ihnen mehr Teilnahme zu ermöglichen, und damit die SPD als Ganzes zu stärken, beantragen wir Maßnahmen in vier verschiedenen Bereichen. Im Einzelnen sind dies:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung Mitgliederbegehren: Das Mitgliederbegehren ermöglicht – genügend Unterstützung vorausgesetzt – dass die gesamte Partei über wichtige Themen entscheidet. Die Hürden zum Mitgliederbegehren sollen gesenkt werden. Es soll zu einem natürlichen Bestandteil parteiinterner Demokratie werden und nicht ein Instrument der Konfrontation gegen den Parteivorstand • Parteikonvente und Parteitage: Die großen bundesweiten Zusammenkünfte sind Highlights des Parteilebens. Bei der Teilnahme und den Beratungen sollen daher möglichst viele Menschen innerhalb wie außerhalb der Partei involviert werden. • Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Stellenbesetzungen: Falls der Eindruck besteht, dass wichtige Mandate und Stellen intransparent vergeben werden, schadet dies der Partei. Es braucht daher größtmögliche Transparenz und bei wichtigen Entscheidungen Mitgliederbefragungen. • Familienfreundliche Parteiarbeit und digitaler Ortsverein: Die Anzahl (aktiver) Mitglieder nimmt laufend ab, das Durchschnittsalter der Parteimitglieder ist hoch. Wir brauchen dringend mehr Menschen die sich in der SPD engagieren. Es braucht neue Strukturen, um mehr Menschen aktive Mitarbeit zu ermöglichen. <p>1. Mitgliederbegehren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die 2011 beschlossene Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung bei Mitgliederbegehren ist schnellstmöglich umzusetzen • Es wird ein Leitfaden und/oder ein Handbuch für Instrumente der Mitgliederbeteiligung erstellt. • Das Quorum für Mitgliederbegehren ist auf 5% zu senken, sodass es der Aktivitätsstruktur der Partei entspricht • Eine Sammelstelle für Unterstützerlisten und Unterschriften ist einzurichten 	<p>O48 <i>010 Kreis Mitte (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Die SPD transparent und partizipativ gestalten</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Überweisung an organisationspolitische Kommission zur Erarbeitung von Umsetzungs- und Verfahrensvorschlägen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="119 219 801 327"> <p>1 • Die Unterstützung der öffentlichkeitswirksamen Kanäle der SPD für Mitgliederbegehren ist zu institutionalisieren und zu erleichtern</p> <p>• Die Laufzeit wird von drei Monaten auf 90 Tage verändert, um allen Mitgliederbegehren die gleiche Ausgangslage zu bieten.</p> </div> <div data-bbox="119 353 801 909"> <p>5 2. Parteikonvent und Parteitage öffnen</p> <p>• Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für eine online-Diskussionsplattform zu entwickeln, testweise aufzubauen und zu betreiben, die eine inhaltliche Diskussion der Anträge zum Bundesparteitag ermöglicht. Dadurch sollen auch Nicht-Delegierte die Möglichkeit bekommen online über die Anträge zu diskutieren. Auf einer solchen Diskussionsplattform soll es die Möglichkeit geben über die Anträge sowohl zu diskutieren als auch über diese abzustimmen. Die Ergebnisse der Diskussion werden auf dem Parteitag bei der Antragsberatung in geeigneter Form vorgestellt.</p> <p>10 • Die Redeliste ist auf einem Bildschirm anzuzeigen, um zu garantieren, dass alle Redewünsche, unter Berücksichtigung der Quotierung, tatsächlich in der zeitlichen Abfolge ihrer Meldung, berücksichtigt werden. Die traditionellen Reden prominenter Gäste sind</p> <p>20 so kurz zu halten, dass genug Zeit für Antragsberatungen erhalten bleibt.</p> <p>• Zudem soll der Zutritt zum Parteitag auch Gästen ohne Parteibuch ermöglicht werden, die wir nicht vor der Tür warten lassen dürfen.</p> <p>• In Zukunft soll vor jedem Parteikonvent geprüft werden ob dieser</p> <p>25 nicht auch öffentlich tagen kann. Dies kann unter anderem auch durch einen Livestream sichergestellt werden.</p> <p>3. Mehr Transparenz und Fairness beim Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten sowie 3. Stellenbesetzungen</p> <p>30 • Alle Stellen in Kreis-, Landes- und Bundesstellen der SPD müssen künftig mindestens intern, möglichst aber auch extern ausgeschrieben werden. Die Zugänglichmachung der Stellenausschreibungen muss durch das ausschreibende Organ sichergestellt werden, bspw. über Webseiten der Partei.</p> <p>35 • Bewerbungen auf offene Stellen der SPD erfolgen als Anonymisierte Bewerbungen.</p> <p>• Für die Position des Kanzlerkandidat/in soll anders als bislang eine obligatorische und bindende Mitgliederbefragung durchgeführt werden fall es mehr als eine/n Kandidat/in gibt. Auch bei anderen Positionen sollen Mitgliederbefragungen angestrebt werden.</p> <p>40</p> <p>4. Der digitale Ortsverein und eine familienfreundliche Parteiarbeit</p> <p>45 • Der Parteivorstand wird aufgefordert innerhalb von einem Jahr ein Konzept für den flächendeckenden Aufbau von digitalen Ortsvereinen in den Landesverbänden zu erarbeiten, insbesondere im Hinblick auf folgende Fragen: Zuordnung der digitalen Ortsvereine zu Bezirken/Landesverbänden; Rechte und Pflichten der „klassischen“ Ortsvereine wie Entsendung von Delegierten oder Einzug Parteibeiträge; Zielgröße der digitalen OV bzw. automatische Aufteilung ab einer bestimmten Größe.</p> <p>50 • Außerdem sind in Geschäftsstellen der SPD in angemessenem Kosten-Nutzen-Verhältnis Kinder- und Ruhebereiche mit Wickeltischen einzurichten. Falls ein Mitglied keine Kinderbetreuung finden kann, soll es ausdrücklich ermutigt werden, Kinder zu Sitzungen mitzubringen. Geschäftsstellen sind in der Neuplanung grundsätzlich kinderfreundlich einzurichten.</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p> </div>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>O49 <i>Landesverband Schleswig-Holstein</i></p> <p>Basis und Gender statt Troika und „starke“ Männer!</p> <p>Ein/e SPD-SpitzenkandidatIn kann nur in einem für die Gesamtpartei zeitlich und inhaltlich transparenten und entscheidbaren Verfahren bestimmt werden, in dem Frauen und Männer von Anfang an gleichermaßen vertreten sind.</p>	<p>O49 <i>Landesverband Schleswig-Holstein</i></p> <p>Basis und Gender statt Troika und „starke“ Männer!</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Nichtbefassung</p>
<p>O50 <i>Landesverband Saar</i></p> <p>Bildung einer SPD International</p> <p>Die SPD fordert den Bundesvorstand der Partei auf, den Bundesparteitagsschluss von 2011 über die Bildung einer SPD International endlich umzusetzen.</p>	<p>O50 <i>Landesverband Saar</i></p> <p>Bildung einer SPD International</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: erledigt durch praktisches Handeln</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): erledigt durch praktisches Handeln. Mit Generalsekretärin abgestimmter Vorschlag wurde den Auslandsgruppen vorgelegt.</p>
<p>O51 <i>Ortsverein Birkweiler (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Quotierungen gestalten</p> <p>Der SPD Bundesparteitag beschließt, dass die Parteistatuten der SPD so geändert werden, dass Quotierungen, analog der Geschlechterquote, durch Parteitage der entsprechenden territorialen Gliederungen im Rahmen ihrer jeweiligen Satzungen beschlossen werden können, damit es den parteipolitischen Untergliederungen (z.B. Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirken, Ortsvereinen, Bezirken, etc.) möglich ist, durch die Festlegung entsprechender weiterer Quotierungen gestalterisch in der SPD mitwirken zu können und auf diese Weise das gesellschaftliche Spektrum der Bevölkerung und der Parteimitglieder entsprechend der Vorgaben des Parteiengesetzes besser repräsentiert wird und gewünschte Veränderungen unterstützt werden können.</p> <p>Sollten bei einer Zustimmung des Parteitages zu diesem Antrag die geänderten Parteistatuten nicht bis zum 31.07.2017 auf einem Bundesparteitag zur Abstimmung vorgelegt worden sein, so gilt diese Änderung der Statuten als angenommen und den entsprechenden Parteigremien ist es dann gestattet, mit den bei Satzungsänderungen notwendigen Mehrheiten Quotierungen einzuführen.</p> <p>Eine inhaltliche Änderung des Antrages und der einschränkenden Regelung, falls von Seiten der Parteiführung nicht entsprechende Anträge bzw. organisatorische Änderungen vorgelegt werden, wird im Rahmen dieses Antrages ausdrücklich abgelehnt. Die einfache Verweisung an einen Ausschuss zur weiteren Besprechung des Antrages, ohne über diesen Antrag abgestimmt zu haben, wird ausdrücklich abgelehnt. Nicht abgelehnt wird eine Verweisung an einen Ausschuss, der eine entsprechende Satzungsänderung fristgerecht vorbereiten soll, sofern über den Antrag abgestimmt worden ist.</p>	<p>O51 <i>Ortsverein Birkweiler (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Quotierungen gestalten</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 052 <i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i></p> <p>5 Sensible Sprache in SPD-Schriftstücken!</p> <p>Die SPD, ihre Arbeitsgruppen und Angliederungen sollen sich der sensiblen, geschlechtergerechten Sprache annehmen und versuchen, diese weitestgehend, zumindest in schriftlichen Veröffentlichungen, umzusetzen.</p> <p>10</p> <p>053 15 <i>Parteivorstand</i></p> <p>§ 10 Arbeitsgemeinschaften, Themenforen, Arbeitskreise und Projektgruppen</p> <p>20</p> <p>(2) In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten können Interessierte ohne Mitglied der SPD zu werden als Nur-Juso-Mitglieder die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen. Der Antrag auf Nur-Juso-Mitgliedschaft ist schriftlich zu stellen und mit der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit der Partei verbunden. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten endet mit Vollendung des 35. Lebensjahres. Vertreterinnen und Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft in Gremien der Partei müssen Parteimitglied sein. Der Parteivorstand erlässt Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.</p> <p>30</p> <p>(2) (3) Von den Vorständen der Partei können Arbeitskreise, Projektgruppen und Themenforen, in denen auch Nichtmitglieder mitarbeiten können, eingerichtet werden. Arbeitskreisen und Themenforen steht das Antrags- und Rederecht für den Parteitag auf der jeweiligen Ebene zu. Die Tätigkeit der Themenforen und Arbeitskreise erfolgt nach vom Parteivorstand hierfür beschlossenen Grundsätzen.</p> <p>40</p> <p>(3) (4) Die Satzungen der Gliederungen können vorsehen, dass Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise, Betriebsgruppen und Themenforen stimmberechtigte Delegierte zu Parteitagern entsenden dürfen. Die Zahl der nicht von den Gebietsverbänden gewählten Delegierten (Vorstandsmitglieder mit Stimmrecht, Delegierte von Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Betriebsgruppen und Themenforen) darf jedoch insgesamt nicht mehr als ein Fünftel der satzungsmäßigen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausmachen.</p> <p>50</p> <p>55 054 <i>Parteivorstand</i></p> <p>Streichung § 10 a Öffnung für Gastmitglieder und Unterstützer/innen</p> <p>60</p> <p>§ 10 a Öffnung für Gastmitglieder und Unterstützer/innen: (1) Wer die Grundwerte der SPD anerkennt, kann ohne Mitglied der SPD zu werden, den Status eines Gastmitglieds erhalten. Gastmitglieder können an allen Mitgliederversammlungen der Partei teilnehmen. Sie haben dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht. Das Recht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen</p>	<p>052 <i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i></p> <p>Sensible Sprache in SPD-Schriftstücken!</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Erledigt durch praktisches Handeln</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Erledigt durch praktisches Handeln</p> <p>053 <i>Parteivorstand</i></p> <p>§ 10 Arbeitsgemeinschaften, Themenforen, Arbeitskreise und Projektgruppen</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme</p> <p>054 <i>Parteivorstand</i></p> <p>Streichung § 10 a Öffnung für Gastmitglieder und Unterstützer/innen</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
men sowie gewählten Gremien anzugehören ist für Gastmitglieder auf Projektgruppen beschränkt.	1
(2) Der Antrag auf Gastmitgliedschaft ist schriftlich zu stellen und mit der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit der Partei verbunden. Die Gastmitgliedschaft gilt für ein Jahr. Sie kann längstens um ein weiteres Jahr verlängert werden. §§ 3 bis 7 Organisationsstatut gelten sinngemäß.	5
(3) Interessierte können ohne Mitglied der SPD zu werden, den Status einer Unterstützerin oder eines Unterstützers erhalten. Unterstützerinnen und Unterstützer können in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen. Vertreterinnen und Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft in Gremien der Partei müssen Parteimitglied sein. Der Unterstützerantrag ist schriftlich zu stellen und mit der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit der Partei verbunden.	10
(4) Der Parteivorstand erlässt Richtlinien zur Öffnung der Partei für Nichtmitglieder, Gastmitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer.	15
(5) Die Mitarbeit von Nichtmitgliedern ist ausdrücklich erwünscht.	
(6) Wer Mitglied ist oder war, kann kein Gastmitglied oder Unterstützerin und Unterstützer werden. Ein Gastmitglied kann nicht gleichzeitig Unterstützer bzw. Unterstützerin sein und umgekehrt.	20
O55 <i>Parteivorstand-</i>	25
§ 13 Mitgliederentscheid	
§ 13 Mitgliederentscheid-Mitgliederbeteiligung	
(1) Mitgliederbegehren	
a) Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen.	
Jedes Mitglied mit Unterstützung von mindestens 10 weiteren Mitgliedern ist berechtigt, ein Mitgliederbegehren einzuleiten. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.	
Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden.	
(2) b) Gegenstand eines Mitgliederbegehrens können nur solche Beschlüsse sein, die nicht durch Parteiengesetz oder durch andere Gesetze ausschließlich einem Organ vorbehalten sind.	
Darüber hinaus können nicht Gegenstand eines Mitgliederbegehrens sein:	
aa) Fragen der Beitragsordnung, auch wenn sie in der Finanzordnung der Partei bzw. den entsprechenden Statuten oder Satzungen der Gliederungen nicht ausdrücklich und ausschließlich einem Organ zugewiesen sind,	
bb) die Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne der Partei und ihrer Gliederungen,	
cc) die Beschlussfassung über Änderungen des Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung sowie der entsprechenden Statuten, Satzungen oder Ordnungen der Gliederungen.	
(3) c) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist von drei Monaten von 10 Prozent der Mitglieder unterstützt wird.	
O55 <i>Parteivorstand</i>	
§ 13 Mitgliederentscheid	
Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern	30
Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme in der Fassung der Antragskommission § 13 Mitgliederentscheid Mitgliederbeteiligung (1) Mitgliederbegehren	35
a) Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen.	40
Jedes Mitglied mit Unterstützung von mindestens 10 weiteren Mitgliedern ist berechtigt, ein Mitgliederbegehren einzuleiten. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.	45
Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden.	
(2) b) Gegenstand eines Mitgliederbegehrens können nur solche Beschlüsse sein, die nicht durch Parteiengesetz oder durch andere Gesetze ausschließlich einem Organ vorbehalten sind.	50
Darüber hinaus können nicht Gegenstand eines Mitgliederbegehrens sein:	
aa) Fragen der Beitragsordnung, auch wenn sie in der Finanzordnung der Partei bzw. den entsprechenden Statuten oder Satzungen der Gliederungen nicht ausdrücklich und ausschließlich einem Organ zugewiesen sind,	55
bb) die Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne der Partei und ihrer Gliederungen,	
cc) die Beschlussfassung über Änderungen des Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung sowie der entsprechenden Statuten, Satzungen oder Ordnungen der Gliederungen.	60
(3) c) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist von drei Monaten von 10 Prozent der Mitglieder unterstützt wird.	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 d) Verantwortlich für die Durchführung des Mitgliederbegehrens ist das Mitglied als Initiator bzw. Initiatorin. Das Mitgliederbegehren kann zusätzlich online durchgeführt werden. Der Parteivorstand unterstützt die Durchführung gemäß der Verfahrensrichtlinie und unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinie der SPD.</p> <p>5 e) Gegen den Beschluss des Vorstandes über das rechtswirksame Zustandekommen des Mitgliederbegehrens können die Initiatorinnen und Initiatoren eines Begehrens unmittelbar die zuständige Schiedskommission anrufen. Die Vorschriften über Statutenstreitverfahren gelten sinngemäß.</p> <p>10 (4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es</p> <p>a) der Parteitag mit einfacher Mehrheit oder</p> <p>15 b) der Parteivorstand mit Dreiviertelmehrheit beschließt</p> <p>c) oder wenn es mindestens zwei Fünftel der Bezirksvorstände beantragen.</p> <p>Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.</p> <p>20 (5) In den Fällen des Mitgliederbegehrens und im Fall des Unterabsatzes 4 c) kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p> <p>(6) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.</p> <p>25 (7) Der Parteivorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids. Verantwortlich für die Durchführung des Mitgliederbegehrens sind die Initiatoren. Der Parteivorstand unterstützt die Durchführung gemäß der vom Parteivorstand beschlossenen Verfahrensrichtlinie und unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinie der SPD.</p> <p>30 (8) Gegen den Beschluss des Vorstandes über das rechtswirksame Zustandekommen des Mitgliederbegehrens können die Initiatoren des Begehrens unmittelbar die zuständige Schiedskommission anrufen. Die Vorschriften über Statutenstreitverfahren gelten sinngemäß.</p> <p>35 (9) Ein Mitgliederentscheid kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden. Zur Durchführung einer Urwahl zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur in den Gliederungen, bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage in der Satzung dieser Gliederung. Die Verfahrensrichtlinie der jeweiligen Gliederungen darf zu den Satzungen und Richtlinien höherrangiger Gliederungen nicht im Widerspruch stehen.</p> <p>40 (2) Mitgliederentscheid</p> <p>a) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines rechtswirksamen aber nicht stattgegebenen Mitgliederbegehrens statt. Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen. Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist.</p> <p>55 b) Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.</p> <p>60 c) Ein Mitgliederentscheid kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden.</p> <p>Bei einem Mitgliederentscheid auf Bundesebene kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p>	<p>d) Verantwortlich für die Durchführung des Mitgliederbegehrens ist das Mitglied als Initiator bzw. Initiatorin. Das Mitgliederbegehren kann zusätzlich online durchgeführt werden. Der Parteivorstand unterstützt die Durchführung gemäß der Verfahrensrichtlinie und unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinie der SPD.</p> <p>e) Gegen den Beschluss des Vorstandes über das Zustandekommen des Mitgliederbegehrens können die Initiatorinnen und Initiatoren eines Begehrens unmittelbar die zuständige Schiedskommission anrufen. Die Vorschriften über Statutenstreitverfahren gelten sinngemäß.</p> <p>(4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es</p> <p>a) der Parteitag mit einfacher Mehrheit oder</p> <p>b) der Parteivorstand mit Dreiviertelmehrheit beschließt</p> <p>c) oder wenn es mindestens zwei Fünftel der Bezirksvorstände beantragen.</p> <p>Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.</p> <p>(5) In den Fällen des Mitgliederbegehrens und im Fall des Unterabsatzes 4 c) kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p> <p>(6) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.</p> <p>(7) Der Parteivorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids. Verantwortlich für die Durchführung des Mitgliederbegehrens sind die Initiatoren. Der Parteivorstand unterstützt die Durchführung gemäß der vom Parteivorstand beschlossenen Verfahrensrichtlinie und unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinie der SPD.</p> <p>(8) Gegen den Beschluss des Vorstandes über das rechtswirksame Zustandekommen des Mitgliederbegehrens können die Initiatoren des Begehrens unmittelbar die zuständige Schiedskommission anrufen. Die Vorschriften über Statutenstreitverfahren gelten sinngemäß.</p> <p>(9) Ein Mitgliederentscheid kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden. Zur Durchführung einer Urwahl zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur in den Gliederungen, bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage in der Satzung dieser Gliederung. Die Verfahrensrichtlinie der jeweiligen Gliederungen darf zu den Satzungen und Richtlinien höherrangiger Gliederungen nicht im Widerspruch stehen.</p> <p>(2) Mitgliederentscheid</p> <p>a) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines rechtswirksamen aber nicht stattgegebenen Mitgliederbegehrens statt. Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen. Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist.</p> <p>b) Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.</p> <p>c) Ein Mitgliederentscheid kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden.</p> <p>Bei einem Mitgliederentscheid auf Bundesebene kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>(3) Mitgliedervotum a) Ein Mitgliedervotum findet statt, wenn es aa) der Parteitag mit einfacher Mehrheit, bb) der Parteikonvent mit 2/3-Mehrheit, cc) der Parteivorstand mit 3/4-Mehrheit beschließt oder dd) wenn es mindestens zwei Fünftel der Bezirksvorstände beantragen. Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Für Gegenstand und Wirksamkeit eines Mitgliedervotums gilt Abs. 1 b) und 2 b) entsprechend. Ein Mitgliedervotum kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden. b) Im Fall des Unterabsatzes dd) kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p> <p>(4) Urwahl Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Urwahl bestimmt werden. Die Urwahl ist wirksam, wenn sich mindestens ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder beteiligt haben. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Zur Durchführung einer Urwahl zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur in den Gliederungen, bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage in der Satzung dieser Gliederung.</p> <p>(5) Mitgliederbefragungen, Beteiligung von Nichtmitgliedern und Offene Online-Anträge a) Im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und Spitzenkandidaturen zu öffentlichen Wahlen können wie bisher auch Nichtmitglieder beteiligt werden. b) Im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen können Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. c) Im Rahmen eines auf 4 Jahre befristeten Modellprojekts können auf Bundesebene Offene Online-Anträge an den Parteitag und den Parteikonvent für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger eingeführt werden. Bezirke und Landesverbände können Offene Online-Anträge als Modellprojekt durchführen. Ausgenommen sind Anträge zur Änderung des Organisationsstatuts, der Wahl-, der Schieds- und der Finanzordnung sowie der entsprechenden Statuten, Satzungen und Ordnungen der Gliederungen sowie Personalvorschläge.</p> <p>(6) Verfahrensrichtlinien Der Parteivorstand beschließt Verfahrensrichtlinien zur Durchführung der in Absätzen 1 bis 5 geregelten Beteiligungsverfahren. Die Verfahrensrichtlinien der jeweiligen Gliederungen dürfen zu den Satzungen und Richtlinien höherrangiger Gliederungen nicht im Widerspruch stehen.</p>	<p>(3) Mitgliedervotum 1 a) Ein Mitgliedervotum findet statt, wenn es aa) der Parteitag mit einfacher Mehrheit, bb) der Parteikonvent mit 2/3-Mehrheit, cc) der Parteivorstand mit 3/4-Mehrheit beschließt oder dd) wenn es mindestens zwei Fünftel der Bezirksvorstände beantragen. 5 Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Für Gegenstand und Wirksamkeit eines Mitgliedervotums gilt Abs. 1 b) und 2 b) entsprechend. Ein Mitgliedervotum kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden. 10 b) Im Fall des Unterabsatzes dd) kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen. 15</p> <p>(4) Urwahl Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Urwahl bestimmt werden. Die Urwahl ist wirksam, wenn sich mindestens ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder beteiligt haben. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. 20 Zur Durchführung einer Urwahl zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur in den Gliederungen, bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage in der Satzung dieser Gliederung. 25</p> <p>(5) Mitgliederbefragungen und Beteiligung von Nichtmitgliedern 30 a) Im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und Spitzenkandidaturen zu öffentlichen Wahlen können wie bisher auch Nichtmitglieder beteiligt werden. 35 b) Im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen können Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. 40</p> <p>(6) Verfahrensrichtlinien 45 Der Parteivorstand beschließt Verfahrensrichtlinien zur Durchführung der in Absätzen 1 bis 5 geregelten Beteiligungsverfahren. Die Verfahrensrichtlinien der jeweiligen Gliederungen dürfen zu den Satzungen und Richtlinien höherrangiger Gliederungen nicht im Widerspruch stehen. 50</p> <p>55 60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 O56 <i>Parteivorstand</i></p> <p>5 § 14 Verfahren des Mitgliederentscheids</p> <p>§ 14 Verfahren des Mitgliederentscheids Verfahren Mitgliederentscheid, -votum und Urwahl</p> <p>(2) Termin und Gegenstand sind spätestens zwei Wochen vor dem Abstimmungstag zu veröffentlichen nach § 32.</p> <p>10 (3) Die Abstimmung wird innerhalb der Ortsvereine in unmittelbarer und geheimer Form vorgenommen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es finden einheitliche Stimmzettel Verwendung, die den Der Abstimmungsgegenstand beim Mitgliederentscheid und -votum ist so darzustellen, dass eine Beantwortung mit „Ja“ oder</p> <p>15 „Nein“ möglich ist.</p> <p>(4) Der Parteivorstand ist für die rechtzeitige Veröffentlichung sowie für die Herstellung der Stimmzettel und deren Verteilung an die Bezirke verantwortlich. Die Bezirke leiten die Stimmzettel an die Ortsvereinsvorstände weiter. Die Abstimmung kann per Brief- und Onlineabstimmung erfolgen. Eine alleinige Onlineabstimmung ist unzulässig.</p> <p>20 (5) Das Nähere regeln die Verfahrensrichtlinien des § 13 Abs. 6.</p> <p>(5) Die Ortsvereinsvorstände sind für die Durchführung der Abstimmung verantwortlich. Insbesondere müssen sie den Mitgliedern Abstimmungszeit, Abstimmungslokal und Gegenstand der Abstimmung in geeigneter Weise bekannt geben, für die geheime Abstimmung Vorkehrungen treffen, über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen entscheiden, den Abstimmungsvorgang protokollieren und das Ergebnis mitsamt den Stimmzetteln und Abstimmungsprotokollen unverzüglich an die Bezirksebene leiten.</p> <p>30 (6) Die Stimmabgabe ist auch durch Briefwahl möglich. Briefwahlunterlagen sind einem Mitglied, auf schriftliche oder telefonische Anfrage hin, zuzusenden.</p> <p>35 (7) Die Bezirke teilen das zusammengefasste Abstimmungsergebnis dem Parteivorstand mit. Stimmzettel und Abstimmungsprotokolle sind bei den Bezirken für die Dauer eines Jahres aufzubewahren.</p> <p>(8) Der Parteivorstand fasst die Abstimmungsergebnisse der Bezirke zusammen und veröffentlicht das Gesamtergebnis der Abstimmung.</p> <p>40 (9) Bei der Bestimmung des Kanzlerkandidaten oder der Kanzlerkandidatin durch Mitgliederentscheid ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.</p> <p>(10) Im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und Spitzenkandidaturen zu öffentlichen Wahlen können wie bisher auch Nichtmitglieder beteiligt werden. Der Parteivorstand beschließt hierzu eine Verfahrensrichtlinie.</p> <p>50 (11) Im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen können Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. Der Parteivorstand beschließt hierzu eine Verfahrensrichtlinie.</p> <p>55</p> <p>O57 <i>Parteivorstand</i></p> <p>60 § 13 Verfahrensgrundsätze</p> <p>(6) Der Parteivorstand, der zuständige Bezirksvorstand und Unterbezirksvorstand sowie Antragsteller und Antragsgegner bzw. Antragsgegnerin können die Entscheidung anonymisiert veröffentlichen.</p>	<p>O56 <i>Parteivorstand</i></p> <p>§ 14 Verfahren des Mitgliederentscheids</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme</p> <p>O57 <i>Parteivorstand</i></p> <p>§ 13 Verfahrensgrundsätze</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt) Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
O58 <i>Parteivorstand</i>	O58 <i>Parteivorstand</i> 1
§ 1 Mitgliedsbeiträge	§ 1 Mitgliedsbeiträge 5
(6) Der Jahresbeitrag für Gastmitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer beträgt 30 Euro, für Nur-Juso-Mitglieder beträgt 12 Euro.	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme 10
O59 (vom Antragsteller zurückgezogen)	15
O60 <i>070 Kreis Tempelhof-Schöneberg (Landesverband Berlin)</i>	O60 <i>070 Kreis Tempelhof-Schöneberg (Landesverband Berlin)</i> 20
Änderung des § 13 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut	Änderung des § 13 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut
Zur Durchführung einer Mitgliederbefragung zur Feststellung des/der Kanzlerkandidaten/in § 13 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut (OrgStatus) der SPD, welcher wie folgt lautet: ... der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD kann durch Mitgliederentscheid bestimmt werden... wird folgendermaßen geändert: ...der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD soll, bei mehreren Kandidaturen durch Mitgliederentscheid bestimmt werden...	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 25
	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung 30
O61 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>	O61 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> 35
Schwelle für Mitgliederbegehren senken	Schwelle für Mitgliederbegehren senken 40
§ 13 Abs. 3 des Organisationsstatuts wird folgendermaßen geändert: In Satz 3 wird „10%“ durch „5%“ ersetzt. Es wird ein Satz 4 und 5 ergänzt: „Die Unterstützung kann auch elektronisch durch Eintragung auf einer dazu bestimmten Webseite zum Ausdruck gebracht werden. Der Parteivorstand unterstützt die Initiatoren bei der Einrichtung und Bekanntmachung dieser Webseite.“	Aktualisierte Empfehlung: Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
	Empfehlung o. BPT 2015 (alt): erledigt durch Annahme O1 45
O 62 (vom Antragsteller zurückgezogen)	50
O 63 (auf BPT 2015 behandelt)	55
O 64 (auf BPT 2015 behandelt)	60
O 65 (auf BPT 2015 behandelt)	65
O 66 (auf BPT 2015 behandelt)	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 O67 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>5 Änderung des Organisationsstatuts § 23 Abs. 9</p> <p>§ 23 Abs. 9 des Organisationsstatuts wird wie folgt neu gefasst: Der oder die Vorsitzende der Kontrollkommission und die Bundes- vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften AfA, AsF, Jusos und 60 Plus nehmen an den Sitzungen des Parteivorstandes mit beratender Stimme teil. Beratende Vorstandsmitglieder sind nicht Parteivor- standsmitglieder im Sinne des § 11 Abs. 2 des Parteiengesetzes.</p> <p>15</p> <p>O68 <i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>20 Satzungsänderungen in jedem Falle mit Zweidrittel-Mehrheit §37</p> <p>In das Organisationstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands (SPD) werden in § 37, Absatz 1 nach Satz 1 die Sätze zwei und drei eingefügt: „Satzungsänderungsanträge über die abgestimmt wird, bedürfen in jedem Falle einer Zweidrittelmehrheit, um angenommen zu wer- den. Satzungsänderungsanträge, über die keine Einzelabstimmung verlangt wird, gehen in der Schlussabstimmung auf, für die dann ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.“ Der bisherige Satz 2 wird Satz 4.</p> <p>35</p> <p>O69 <i>Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Ju- risten</i></p> <p>40 § 7 Abs. 2 Satz 1 der Wahlordnung (WO)</p> <p>Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands möge beschließen: 1.) § 7 Abs. 2 Satz 1 der Wahlordnung (WO) der Sozialdemokrati- schen Partei Deutschlands wird wie folgt geändert: Erhält kein Kandidat oder keine Kandidatin die Mehrheit der gül- tigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem ge- wählt ist, wer die meisten gültigen Ja-Stimmen auf sich vereint (relative Mehrheit).</p> <p>50</p> <p>O70 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>55 Änderung der Wahlordnung der SPD §8</p> <p>In der Wahlordnung der SPD wird in § 8 Absatz 2 als letzter Satz eingefügt: Abweichend von dieser Regelung können Bezirkssatzungen und Unterbezirksstatute ein anderes Wahlverfahren zur Mindestabsi- cherung von Frauen und Männern in Funktionen der Partei vorse- hen.</p> <p>65</p>	<p>O67 <i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p> <p>Änderung des Organisationsstatuts § 23 Abs. 9</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>O68 <i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Satzungsänderungen in jedem Falle mit Zweidrittel-Mehrheit §37</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung (analog OA95)</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>O69 <i>Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Ju- risten</i></p> <p>§ 7 Abs. 2 Satz 1 der Wahlordnung (WO)</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p> <p>O70 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Änderung der Wahlordnung der SPD §8</p> <p>Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung</p> <p>Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
071 <i>Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen</i> Wahlordnung § 8 Der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands möge beschließen: 2.) § 8 Abs. 2 lit. a Satz 1 wird wie folgt geändert: Im Übrigen entscheidet bei Listenwahlen grundsätzlich die relative Mehrheit (§ 7 Abs. 2 Satz 1).	071 1 <i>Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen</i> Wahlordnung § 8 5 Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung Empfehlung o. BPT 2015 (alt): 10 Ablehnung
072 <i>Unterbezirk Kreis Kleve (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Änderung Finanzordnung §1 Mitgliedsbeiträge (5), Satz 2 Der Satz: „Für Mitglieder, die zugleich einer anderen Partei angehören, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist, beträgt der monatliche Beitrag 2,50 Euro, wenn sie ihre Beitragsverpflichtungen gegenüber dieser Schwesterpartei erfüllen.“ wird geändert in „Für Mitglieder, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen und einer anderen Partei angehören, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist, beträgt der monatliche Beitrag 2,50 Euro, wenn sie ihre Beitragsverpflichtungen gegenüber dieser Schwesterpartei erfüllen.“	072 15 <i>Unterbezirk Kreis Kleve (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Änderung Finanzordnung §1 Mitgliedsbeiträge (5), Satz 2 20 Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung Empfehlung o. BPT 2015 (alt): 25 Ablehnung 30
073 <i>Ortsverein Hattingen-Welper (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Beitragsfreiheit In der Finanzordnung, § 1 Mitgliedsbeiträge, Absatz 5 ist nach Satz 1 folgender Satz einzufügen: „Mitglieder, die sich vollstationär in Pflegeeinrichtungen befinden, Hilfe zur Pflege erhalten und seit mindestens 25 Jahren Mitglied der SPD sind, sind auf Antrag des Ortsvereins von der Beitragszahlung freizustellen.“	073 35 <i>Ortsverein Hattingen-Welper (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Beitragsfreiheit 40 Aktualisierte Empfehlung: Ablehnung (analog O30 und OA24) Empfehlung o. BPT 2015 (alt): erledigt durch Annahme O30 in der Fassung der Antragskommission 45
074 <i>Unterbezirk Osnabrück Ld (Bezirk Weser-Ems)</i> Änderung Finanzordnung §2 (2) Betrachtet man Sinn und Zweck des bisher bestehenden § 2 Abs. 2 FO, lässt sich feststellen, dass diese Regelung darauf abzielt, dass Mitglieder, die zusätzliche Einnahmen aus der Wahrnehmung von Funktionen für die Partei oder in Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Mandate (vermittelt durch die Partei) haben, der Partei etwas „zurückgeben“ sollen, zumal diese ohne die Parteizugehörigkeit nicht zufließen würden. Der dem § 2 Abs. 2 FO innewohnende Grundsatz lautet mithin, dass ein Parteimitglied, das wegen seiner Parteimitgliedschaft in eines der in § 2 Abs. 2 genannten Gremien entsandt wird und daraus Vergütungen bezieht, 30 % hiervon an die Partei abzuführen hat. Um klarzustellen, dass eine weitere Interpretation des §2(2) FO, die die Zahlung von Sonderbeiträgen ausschließlich an die Wahrnehmung von Funktionen für die Partei oder in Wahrnehmung öff-	074 50 <i>Unterbezirk Osnabrück Ld (Bezirk Weser-Ems)</i> Änderung Finanzordnung §2 (2) Aktualisierte Empfehlung: 55 Annahme in der Fassung der Antragskommission Empfehlung o. BPT 2015 (alt): Annahme in der Fassung der Antragskommission §2 Sonderbeiträge 60 (2) Mitglieder der SPD, die auf Vorschlag der Partei oder in Wahrnehmung von Funktionen für die Partei oder in Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beiräten oder vergleichbaren Gremien Aufwandsentschädigungen, Tantiemen oder ähnliche Bezüge erhalten, haben von ihren Bezügen 30 Prozent an den Gebietsverband der entsprechenden Ebene abzuführen. 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="119 219 801 383"> <p>1 fentlicher Ämter und Mandate koppelt und damit bei Nichtzugehö-</p> <p>rigkeit zu diesem definierten Kreis eine Sonderbeitragspflicht ver-</p> <p>neint, was zu einer Ungleichbehandlung von entsandten Mitglie-</p> <p>5 dern und zu einer unsolidarischen Interpretation des Geistes führt,</p> <p>der für den §2(2) FO gilt, nicht zulässig und unsolidarisch ist, ist</p> <p>der §2 (2) der FO wie folgt zu ergänzen (Ergänzung unterstrichen):</p> </div> <div data-bbox="119 405 801 618"> <p>§2 Sonderbeiträge</p> <p>(2) Mitglieder der SPD, die auf Vorschlag oder in Wahrnehmung</p> <p>10 von Funktionen für die Partei oder in Wahrnehmung öffentlicher</p> <p>Ämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs-</p> <p>oder Beiräten oder vergleichbaren Gremien Aufwandsentschädi-</p> <p>gungen, Tantiemen oder ähnliche Bezüge erhalten, haben von ihren</p> <p>15 Bezügen 30 Prozent an den Gebietsverband der entsprechenden</p> <p>Ebene abzuführen.</p> </div> <div data-bbox="119 730 130 752">20</div> <div data-bbox="119 864 130 887">25</div> <div data-bbox="119 999 130 1021">30</div> <div data-bbox="119 1133 130 1155">35</div> <div data-bbox="119 1267 130 1290">40</div> <div data-bbox="119 1402 130 1424">45</div> <div data-bbox="119 1536 130 1559">50</div> <div data-bbox="119 1671 130 1693">55</div> <div data-bbox="119 1805 130 1827">60</div> <div data-bbox="119 1939 130 1962">65</div>	

Organisationspolitik 2017 (OA)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i> Mehr basisdemokratische Entscheidungen Der UB Oldenburg-Land fordert mehr basisdemokratische Entscheidungen durch die Mitglieder der Unterbezirke und Ortsvereine bei wichtigen Sachentscheidungen auf Bundes- und Landesebene.	OA1 1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i> Mehr basisdemokratische Entscheidungen 5 Überweisung an Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand 10
OA2 <i>Unterbezirk Cloppenburg (Bezirk Weser-Ems)</i> Mehr Basisdemokratie auf Landes- und Bundesebene Wir fordern, dass die Parteimitglieder bei wichtigen Wahlen oder Entscheidungen der Landes bzw. Bundespartei einbezogen werden. Wir möchten, dass die Landes- und Bundespartei mehr direkte Demokratie wagt. Daher fordern wir die Einrichtung einer Internetseite, welche es den Mitgliedern ermöglicht über wichtige Themen zu entscheiden. Es soll den Mitgliedern ermöglicht werden durch Angabe ihrer Mitgliedsnummer und eines selbst gewählten Passwortes, an diesen Online Abstimmungsverfahren teilzunehmen. Für die Einberufung einer Online Abstimmung soll es ausreichen, dass sich 5 % der Mitglieder der zuständigen Untergliederung der SPD für eine Online Abstimmung aussprechen. Die Online Abstimmung soll ebenso durch jedes ursprünglich für die Entscheidung/Wahl zuständige Gremium einberufen werden können, wenn sich 25 % der Stimmberechtigten des jeweiligen Gremiums für die Online Abstimmung aussprechen.	OA2 15 <i>Unterbezirk Cloppenburg (Bezirk Weser-Ems)</i> Mehr Basisdemokratie auf Landes- und Bundesebene 20 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 25 30 35
OA3 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i> Mitgliederbegehren vereinfachen! Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobilisierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD Mitglieder besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu integrieren, ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen, und damit die SPD als Ganzes zu stärken erleichtern und modernisieren wir das Instrument der Mitgliederbegehren. Erstens fordern die bereits 2011 beschlossene aber immer noch nicht umgesetzte Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung an Mitgliederbegehren. Zweitens soll das Quorum für Mitgliederbegehren auf 5 % der Mitglieder gesenkt werden. Drittens muss der Parteivorstand die Bekanntmachung der aktuellen Mitgliederbegehren über die öffentlichkeitswirksamen Kanäle der SPD wie dem vorwärts, dem Newsletter oder Social-Media-Kanälen des Parteivorstandes institutionalisieren und erleichtern. Viertens ist den Kreis- und Landesgeschäftsstellen eine Sammelstelle für Unterstützer*innen einzurichten.	OA3 40 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i> Mitgliederbegehren vereinfachen! Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA4 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Innerparteiliche Demokratie stärken</p> <p>5 Ziel des Antrages ist die Partei noch stärker zu demokratisieren und den Mitgliedern noch mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten zu bieten. Hierzu soll folgender Punkt umgesetzt werden: Das Verfahren einen Mitgliederentscheid durch ein Mitgliederbegehren herbeizuführen soll vereinfacht werden. Dazu soll ermöglicht werden Mitgliederbegehren zukünftig auch online unterstützen zu können.</p>	<p>OA4 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Innerparteiliche Demokratie stärken</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>15 OA5 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p>Urwahl des Parteivorsitzenden</p> <p>20 Wir sprechen uns dafür aus, dass die bzw. der Parteivorsitzende der SPD zukünftig per Urwahl bestimmt werden kann, wenn mehrere Kandidatinnen bzw. Kandidaten zur Verfügung stehen.</p>	<p>OA5 <i>Landesverband Hessen</i></p> <p>Urwahl des Parteivorsitzenden</p> <p>Ablehnung</p>
<p>25 OA6 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandidat*innenaufstellung</p> <p>30 Beim Aufstellen von Kandidat*innen innerhalb der SPD ist auf ein transparentes und faires Verfahren zu achten. So müssen alle Mitglieder frühzeitig informiert werden welche konkreten Positionen demnächst neu zu besetzen sind, wie dort das genaue Verfahren aussieht und wie man sich als Kandidat*in für dieses Amt bewirbt. Für die Position der/s Parteivorsitzende/n, der/s Generalsekretär*in und der/s Landesvorsitzende/n muss es anders als bislang eine bindende Mitgliederbefragung geben. Auch bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen wie der über einen Koalitionsvertrag streben wir bindende Mitgliederbefragungen an.</p>	<p>OA6 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandidat*innenaufstellung</p> <p>Satz 1 und 2) Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern Satz 3) Ablehnung (Parteiengesetz) Satz 4) Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>45 OA7 <i>Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mitbestimmung und Parteileben</p> <p>50 Der Landes- und Bundesvorstand werden aufgerufen, die Strukturen und Formalien unserer Partei so zu gestalten, dass sie die Mitarbeit von (neuen) Mitgliedern und Nichtmitgliedern in unserer Partei attraktiver gestalten und nicht abschreckend wirken.</p>	<p>OA7 <i>Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mitbestimmung und Parteileben</p> <p>zurück an Antragstellenden, mit der Bitte um Konkretisierung</p>
<p>OA8 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>60 Die SPD steht hinter dem Prinzip SpitzenkandidatInnen für Europa</p> <p>65 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission auf, sich nachdrücklich und öffentlich für das Prinzip der SpitzenkandidatInnen für die Europawahl 2019 einzusetzen.</p>	<p>OA8 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Die SPD steht hinter dem Prinzip SpitzenkandidatInnen für Europa</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Wir fordern, dass die SPE/PES auch für 2019 in einem demokratischen innerparteilichen Verfahren erneut eineN SpitzenkandidatIn präsentiert, hinter der/dem sich alle Mitgliedsparteien der SPE/PES versammeln und für sie oder ihn Wahlkampf machen.	1
Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, nur eineN KandidatIn für das Amt des/der KommissionspräsidentIn zu wählen, die/der vorher als SpitzenkandidatIn bei der Europawahl angetreten ist.	5
OA9 <i>Landesverband Berlin</i>	10
Europa aktiv leben – gegen nationales Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	15
Wir fordern den Landesvorstand und den Parteivorstand der SPD auf, folgende Punkte für eine stärkere Sichtbarkeit der europäischen Mutterpartei PES als ein Ausdruck europäischen Denkens und Handelns in unserer Partei umzusetzen:	20
<ul style="list-style-type: none"> • Auf Homepages und anderen Veröffentlichungen – insbesondere in Europawahlkämpfen – soll das PES-Logo neben dem SPD-Logo angeordnet verwendet. Darüber hinaus wird das PES-Logo in das SPD-Parteibuch sowie auf die “SPD-Card” eingedruckt. • Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält in Zukunft Informationen über Organisation und Aufgaben der PES sowie die Möglichkeit zur Registrierung als SPE-Aktivist. • Auf der Homepage der SPD (spd.de) erhalten die SPE-AktivistInnen einen eigenen Bereich, in dem grundlegende Informationen und Registrierungsmöglichkeiten verzeichnet sind. • Die bestehenden SPE-City Groups werden vom Parteivorstand in ihrer Arbeit unterstützt, beispielsweise für ein jährliches Koordinierungstreffen. • Informationen für die City Groups, die von der PES an die Parteizentralen der Mitgliedsparteien gehen, werden schnellstmöglich an die dort aktiven GenossInnen vor Ort weitergegeben. • Die Aufklärungsarbeit über die PES und die SPE-AktivistInnen wird deutlich verstärkt, zum Beispiel durch eine eigene parteiinterne Kampagne, Informationsmaterialien, welches Kreisverbänden und Unterbezirken bereitgestellt wird und/oder Rundmails. • Die noch nicht umgesetzten Beschlüsse der Leitanträge von 2011 (“Partei in Bewegung”) und 2013 (“Perspektive. Zukunft. SPD!”) sind schnellstmöglich umzusetzen. 	25
	30
	35
	40
	45
OA10 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i>	50
Inklusion selbstverständlich auch im Wahlkampf – Mitglieder der AG Selbst Aktiv gehören auf allen Ebenen bei Wahlkämpfen in die Wahlkampfteams	55
Selbstaktivisten*Innen sind immer noch ein eher seltenes Bild in Wahlkampfteams der SPD. Die AG Selbst Aktiv fordert daher, bei der Zusammenstellung von Wahlkampfteams auf örtlicher, kommunaler und auf Bundesebene jeweils auch Vertreter*innen von Selbst Aktiv einzubeziehen. Vorschlagsrecht hat die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv. Die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Art. 29 der UN BRK) sollte für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein.	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA11 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Barrierefreier Stimmzettel</p> <p>5 Der Landesparteitag der SPD Hamburg hat beschlossen, 1. dass für den Landesverband standardisierte Wahlzettel (bspw. als Druckvorlage zum Ausdrucken) mit dazugehörigen Schablonen für Blinde und Sehbehinderte entworfen und allen Gliederungen 10 der Partei zur Verfügung gestellt werden soll. 2. diesen Antrag zur Beschlussfassung an den Bundesparteitag wei- ter zu leiten, damit auch auf Bundesebene ein entsprechender Stimmzettel für alle Organisationswahlen der SPD verfügbar ist.</p> <p>15</p> <p>OA12 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>20 Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern</p> <p><i>So9 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 25 überwiesen.</i></p> <p>Die SPD wird aufgefordert, durch eigenes Handeln ihren Eigen- anspruch als Partei der Inklusion zu verwirklichen. Hierzu gehört, dass sie die verbindliche Mitentscheidung behinderter Menschen 30 auf allen Ebenen gewährleistet. Sie wird von daher darauf hinwir- ken, dass in den Begleitgremien zur Weiterentwicklung des BTHG, sowie weiterer neuer Gesetze, behinderte Menschen von Anfang an fachlich beteiligt werden und letztendlich die Vorlage auch mi- tentscheiden. Ein wichtiger Schritt in Richtung „mehr Demokratie 35 wagen“, um ein wesentliches Zitat von Willy Brandt aus den 70er Jahren auf heute zu übertragen. Partizipation und Inklusion als ein Begriffspaar, wie es in der Erklärung von Salamanca steht, muss handlungsleitend für unser zukünftiges politisches Handeln sein. Seit dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 40 2003 mit dem Motto „Nichts über uns, ohne uns“ und der klaren Anforderung, bei allen Projekten mindestens 50% Menschen mit Behinderungen als Referentinnen und Referenten qualifiziert ein- zubeziehen, sind wichtige Signale der Übertragung des allgemein gültigen Menschenrechtes der Mündigkeit auf uns Menschen mit 45 Behinderungen erfolgt. Verdichtet wurden diese Grundbotschaften noch durch die seit 2009 in Deutschland rechtsgültige UN-Behin- dertenrechtskonvention. Sie ist für Deutschland verpflichtend und Messlatte allen politischen Handelns. Hieran muss sich sozialde- mokratisches Handeln messen lassen. Uns ist allen bewusst, In- 50 klusion, Partizipation, Barrierefreiheit/ angemessene Vorkehrungen und Empowerment sind handlungsleitend für zukunftsorientierte Behindertenpolitik. Sie sind jedoch einem dynamischen Prozess unterworfen und müs- sen von daher im Dialog mit uns Menschen mit Behinderungen ständig ergänzt und angepasst werden. Die SPD als Motor einer 55 Politik von Zukunft und Zusammenhalt muss sich hieran messen lassen und das Ziel einer inklusiven Gesellschaft umsetzen und uns von „Selbst Aktiv“ als Inklusionstreiber Nr.1 zur Weiterentwick- lung der Gesellschaft einbeziehen.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>OA11 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Barrierefreier Stimmzettel</p> <p>Annahme</p> <p>OA12 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Partizipation und Inklusion glaubhaft verankern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits- programmprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>OA13 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p><i>Parteibücher in Brailleschrift</i></p> <p>Der Parteivorstand möge eine praktikable Lösung umsetzen, die es den Ortsvereinen ermöglicht blinden GenossInnen ein Parteibuch anzubieten. Dabei sollte entweder das komplette Parteibuch in einer Version angeboten werden, die für blinde Menschen lesbar ist oder zumindest eine Möglichkeit geschaffen werden, dem Parteibuch die wichtigsten Seiten als ergänzende Einlage hinzuzufügen.</p>	<p>OA13 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p><i>Parteibücher in Brailleschrift</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>
<p>OA14 <i>24/11 Freundeskreis Genf (Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>SPD International und Wahlrecht für Deutsche im Ausland</i></p> <p>1. Der SPD Parteivorstand wird aufgefordert, bis zum Ende März 2018 den Beschluss des SPD Parteitages vom Dezember 2011 zur Gründung der SPD International umzusetzen und allen Organisationsgliederungen der Partei dazu zu berichten.</p> <p>2. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Anlaufstelle für die Wähler(innen) aus dem Ausland einzurichten, um die Anliegen von Deutschen im Ausland an die deutsche Politik aufzugreifen.</p> <p>3. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Initiative zur Modernisierung des Wahlrechts für Deutsche im Ausland zu ergreifen. Die derzeitige Einschränkung des Wahlrechts für Deutsche im Ausland verletzt das wesentlich von der Sozialdemokratie erkämpfte allgemeine Wahlrecht, denn im Zeitalter der Kommunikation über Satellit und Internet kann auch ein im Ausland lebende(r) deutsche(r) Staatsbürger(in) mit den politischen Verhältnissen in Deutschland vertraut bleiben. Gleichzeitig müssen wir uns am Vorbild anderer europäischerer Demokratien (z.B. Frankreich und Italien) orientieren, wo eine Teilnahme von Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen an der politischen Willensbildung möglich und erwünscht ist. Die Fraktion wird aufgefordert, sich der Forderung der SPD-Auslandsgruppen anzuschließen, die seit Jahren eine Reform des Wahlrechts mit dem Ziel fordern, allen im Ausland lebenden deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen die Teilnahme an der Bundestagswahl zu ermöglichen.</p> <p>4. Im Rahmen einer notwendigen Wahlrechts- und Wahlkreisreform sollten einige Auslandswahlkreise eingerichtet werden. Diese wären näher an der Lebensrealität der im Ausland lebenden Wähler und Wählerinnen orientiert als die Wahlkreise am letzten Wohnsitz in Deutschland. Mit diesem innovativen Vorstoß können wir in einem Zeitalter der europäischen und globalen Vernetzung bei mehr als zwei Millionen Menschen punkten.</p>	<p>OA14 <i>24/11 Freundeskreis Genf (Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>SPD International und Wahlrecht für Deutsche im Ausland</i></p> <p>Punkt 1.) erledigt Punkte 2, 3, 4) Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>OA15 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p><i>Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen</i></p> <p>In Deutschland ist es seit einigen Jahren möglich bei der Geburt eines Kindes kein Geschlecht in die Geburtsurkunde eintragen zu lassen. Mit dieser Änderung wurde ein wichtiger Schritt für Menschen geleistet, die sich nicht eindeutig in das binäre Geschlechtersystem aus „männlich“ und „weiblich“ einordnen lassen. In der</p>	<p>OA15 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p><i>Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte der Bundesrepublik in dieser Frage nicht nachstehen und Möglichkeiten schaffen, dass</p> <p>5 sich alle Menschen in ihr wiederfinden können. Wir fordern deshalb, die MAVIS auf ihre verwaltungsadministrative Tauglichkeit zu überprüfen. Wir kritisieren scharf die unverständliche Maßnahme, das Gedächtnis der Partei zu löschen.</p> <p>10</p> <p>OA16 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>15 Mehr Gleichstellung in der SPD</p> <p>Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung: Wir haben zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Frauenwahlrecht erkämpft. Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert hat zusammen</p> <p>20 mit der SPD den Artikel 3 Grundgesetz erkämpft. Wir haben in der sozialliberalen Koalition das Familienrecht modernisiert. Wir haben den Schutz von Frauen vor Gewalt verbessert. Wir haben zu Beginn dieses Jahrhunderts das Elterngeld und den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung eingeführt. Wir haben in dieser Wahlperiode</p> <p>25 mit dem ElterngeldPlus und der Reform des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes wichtige Schritte in Richtung Familienarbeitszeit und damit für mehr Partnerschaftlichkeit durchgesetzt. Wir haben die Quote in den Führungspositionen in der Wirtschaft durchgesetzt und wir werden den Mutterschutz verbessern und einen Einstieg in mehr Lohngerechtigkeit machen.</p> <p>30 Doch was wir programmatisch fordern, müssen wir auch innerhalb der Partei leben. Nur so können wir auch glaubwürdig sein. Bisher werden wir immer noch als männliche Partei wahrgenommen. Den politischen Inhalten muss nun auch das Bild der SPD als moderne und vielfältige Partei folgen!</p> <p>35 Die gesamte SPD-Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung von Frauen und Männern eintreten. Einerseits muss sie gleichstellungspolitische Themen vorantreiben und überzeugend nach außen vertreten. Andererseits müssen alle Verantwortlichen</p> <p>40 – Haupt- wie Ehrenamtliche – auf allen Ebenen der SPD dafür sorgen, dass wir auch in der Partei leben, was wir für Wirtschaft und Gesellschaft zu Recht einfordern. Nur so können wir Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Quote bei der Besetzung von Parteigremien, bei Delegiertenwahlen und Listen-</p> <p>45 aufstellungen eingehalten wird und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, nicht akzeptiert werden. Jede Parteiebene muss ihre jeweilige Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstellung wahrnehmen und die jeweils darüber liegende Parteiebene muss überprüfen, dass dies auch geschieht. Ein</p> <p>50 Aufweichen gleichstellungspolitischer Errungenschaften wie der Quote oder dem Reißverschluss darf die Parteispitze nicht zulassen!</p> <p>Um die Parteiarbeit für junge Frauen und Männer wieder attraktiver zu machen, müssen die Parteistrukturen verändert werden. Wir</p> <p>55 brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Dazu müssen wir weg von der immer noch vorherrschenden Sitzungs- und Dauerpräsenz-Kultur: Sie verhindert, dass Frauen – aber mittlerweile auch immer mehr junge Männer – Verantwortung in der SPD übernehmen, denn sie wollen neben dem Ehrenamt auch Zeit für Beruf und Familie. Wir können es uns nicht erlauben, auf diese Bevölkerungsgruppe zu verzichten! Daher fordert der Bundesparteitag:</p> <p>60 Auf allen Ebenen und bei sämtlichen Aktivitäten der SPD muss sichergestellt sein, dass</p> <p>65 • alle Ämter, Gremien und Mandate paritätisch besetzt werden; • der Reißverschluss bei Listenwahlen auf allen Ebenen eingehalten und in der Wahlordnung für sämtliche Gliederungen der Partei verpflichtend festgelegt und kontrolliert wird;</p>	<p>OA16 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Mehr Gleichstellung in der SPD</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Sanktionen geschaffen werden für den Fall, dass Quotenregelungen nicht eingehalten werden • der ASF-Vorstand der nächst höheren Ebene das Recht erhält, gegen satzungswidrige Wahlen, Nominierungen usw. die Schiedskommission anzurufen; • die gleiche Repräsentanz der Geschlechter bei Veranstaltungen und in der öffentlichen Darstellung gewährleistet ist und darüber berichtet wird; • Parteiveranstaltungen, die nicht mindestens einen Podiumsanteil von 40 % haben, nicht finanziert bzw. durchgeführt werden • alle zukünftigen Veröffentlichungen, die nicht sprachlich gegendert sind, überarbeitet und neu versendet werden • die Debattenkultur aufgebrochen wird durch konsequente Moderation und durch Redebeiträge nach dem Reißverschlussprinzip; • die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auch innerhalb der SPD verbessert wird durch Termine und Sitzungen zu familienfreundlichen Zeiten, mit verbindlichem Beginn und Ende sowie falls erforderlich begleitenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten; • Partnerschaftlichkeit auch innerhalb der SPD gelebt wird und durch die Möglichkeit paritätisch besetzter Doppelspitzen Führungspositionen auch in der SPD geteilt werden können; • durch mehr Projektarbeit auch denjenigen Mitgliedern die Übernahme von Verantwortung in der Partei ermöglicht wird, die sich neben Beruf und Ehrenamt um die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen kümmern. 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>OA17 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Mehr Respekt</p> <p>Die Bundes-SPD nimmt eine Regelung ins Leitbild auf, die einer werteorientierten Selbstverpflichtung entspricht. Hierzu ist die Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften notwendig. In einer Arbeitsgruppe, aus der die Landesverbände und Arbeitsgemeinschaften Mitglieder entsenden, wird ein Entwurf erarbeitet. Dieser wird im Laufe des Jahres in den Parteigremien vor- und zu Diskussion gestellt, zum nächsten ordentlichen Parteitag verabschiedet.</p> <p>Die Achtung bei der Einhaltung dieser Regelung betrifft alle Genossinnen und Genossen in der SPD. Zur Wahrung dieses gemeinsamen Interesses gibt es Ansprechpersonen in der Funktion einer Ombudsfrau oder –mann.</p> <p>Um dieser Herausforderung gewachsen zu sein bietet die Bundes-SPD Qualifizierungsmöglichkeiten zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragestellungen an und schafft Angebote die Handlungsorientierung geben. Jede Person ist besonders. Dafür ist sie zu achten.</p> <p>Für die Entwicklung eines Selbstverständnisses einer Kultur des Respekts und der Akzeptanz</p> <p>Die SPD gewinnt nur Wahlen, wenn sie auch bei den Wählerinnen Erfolg hat. Maßgeblich dafür sind Inhalte die Frauen betreffen, Themen die Gerechtigkeit aufgreifen und eine gezielte Ansprache von Frauen.</p> <p>Noch ist dies nicht selbstverständlich. Doch wer nach außen glaubwürdig für eine moderne Gleichstellungspolitik einsteht, muss sie auch nach innen leben.</p> <p>er Beschluss Nr. 20 des ordentlichen Bundesparteitages in Leipzig titelt mit: „Die SPD weiblicher machen“. In dem Beschluss ist die für die Parteireform dafür notwendige Programmatik formuliert. Auch der Beschluss des Parteivorstandes aus diesem Jahr 2016 - Ein Jahr für die Frauen - formuliert ähnliches.</p> <p>Wenn es darum geht, die SPD weiblicher zu machen, gilt es zum einen den Strukturwandel weiterhin zu ermöglichen. Die andere</p>	<p>OA17 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Mehr Respekt</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Seite der Medaille ist, eine Kultur des Miteinanders zu etablieren, die gekennzeichnet ist von Respekt, wechselseitiger Rücksichtnahme, Zu- und Vertrauen, Wertschätzung und Anerkennung von Unterschieden. Weiblichkeit wird damit auch zum Synonym für eine</p> <p>5 attraktivere, offenere, diskursive Partei, die partnerschaftliche Begegnungen fördert. Das geschieht jedoch nicht von selbst sondern bedarf „Spielregeln“, die einer sozialdemokratischen Selbstverpflichtung entsprechen.</p> <p>10 Die SPD fordert dafür eine werteorientierte Selbstverpflichtung (Compliance-Richtlinie) die als sozialdemokratische Marke für mehr Partnerschaftlichkeit in der Parteiarbeit stehen soll.</p>	
<p>15 OA18 <i>Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wohnrecht ist Menschenrecht: 20 Sachverstand in der SPD bündeln</p> <p>Die SPD soll neben den bisherigen Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Foren eine <i>neue „Arbeitsgemeinschaft Wohnen und Stadtentwicklung“</i> einrichten, die den vielfältigen innerparteilichen thematischen Sachverstand bündelt. Dies gilt beispielsweise für weitergehende Ausarbeitungen steuer- und bodenrechtlicher Art.</p> <p>25 Mit auf Initiative der Fürstenfeldbrucker Kreis-SPD hat die SPD in Oberbayern einen Arbeitskreis Wohnen eingerichtet. Dieser Arbeitskreis liefert für die Unterbezirke und Kommunalfractionen sehr kompetente und umsetzbare Handreichungen. Auf Bundesebene fehlt aber derzeit eine organisierte Bündelung der Thematik „Wohnen und räumliche Entwicklung“. Hierzu bietet sich die</p> <p>30 Bildung einer Arbeitsgemeinschaft oder eines Arbeitskreises als Inputgeberin an unsere Partei an. Dabei stehen derzeit gewichtige Fragestellungen zu fundierter innerparteilicher Meinungsbildung an.</p> <p>35 So beispielsweise steuerliche Behandlungen wie die Thematiken Grundsteuer C als Baulandsteuer, Fragen von Freibeträgen bei Veräußerung privaten Grundes an die öffentliche Hand oder der Besteuerung spekulativen Bodenwertzuwachses in den Ballungsräumen. Hierzu sind auch Evaluierungen anderer europäischer Erfahrungen nötig (z. B. Grundstücksgewinnsteuern - Schweiz ; Plusvalia nach spanischem Recht).</p> <p>40 Grund und Boden wird bis heute also als Ware - wie jede andere auch - betrachtet, ist jedoch nicht reproduzier- oder vermehrbar. Das deutsche Bodenrecht geht auf römisches Recht zurück und wurde letztendlich in 19. Jahrhundert in die heute gültige Fassung gebracht. Hier müssen wir weiterdenken und die Frage nach Entwicklungsmöglichkeiten des Bodenrechts laut und deutlich stellen. Neue Überlegungen werden daher Fragen zum Eigentumsbegriff (etwa Trennung von Nutzungs- und Verfügungseigentum nach Grundstücken und getrennt der darauf situierten Gebäude)</p> <p>50 einschließen müssen (für viele frühe Vorschläge: vgl. Dr. Hans-Jochen Vogel, Aufsatz „Bodenrecht und Stadtentwicklung“ in Neue Juristische Wochenschrift 1972, 1544 ff). Weiter geht es um ein Wiederaufgreifen bauplanungsrechtlicher Diskussionen, die zu einer positiven Reformnovelle des BauGB führen können, wie öffentliche Vorkaufsrechte, Baugebote, Zersiedelungsschutz, soziale Einfügensregeln (vgl. hierzu z.B. Peter Conradi „Ein soziales Bodenrecht eine ungelöste/unlösbare Aufgabe?“ in „Zeitschrift für Sozialökonomie“ 3/1999, S. 19ff).</p> <p>60 Weiter sind Herausforderungen nicht nur von Siedlungsökonomie, sondern auch von Siedlungsökologie und – qualität aufzugreifen und zu berücksichtigen.</p> <p>65 Diese Verzahnungsarbeit zwischen kommunalen, verschiedenen staatlichen Ebenen zwischen Bund und Ländern, der Wissenschaft,</p>	<p>OA18 <i>Unterbezirk Fürstenfeldbruck (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Wohnrecht ist Menschenrecht: Sachverstand in der SPD bündeln</p> <p>Ablehnung (Thema Wohnen wird im Rahmen des Arbeitsprogrammprozesses politisch diskutiert mit/auf allen Sachebenen)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Verbänden und Mieterorganisationen, öffentlichen Wohnungsunternehmen und des wirtschaftlichen wie umweltschützerischen Sachverständs kann sehr gut eine Bundesarbeitsgemeinschaft leisten.	1
	5
OA19 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i>	OA19 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i> 10
Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen
Der Parteivorstand wird gebeten ein Forum Ernährung und Landwirtschaft in den Parteistrukturen zu etablieren. Dieses soll einen kritischen Diskurs zu Ernährung und Landwirtschaft ermöglichen und den Fragen einer zukunftsfähigen, d.h. nachhaltigen und gerechten, Ernährung und Landwirtschaft nachgehen. Das neue Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ soll das bestehende Forum Verbraucherpolitik inhaltlich ergänzen.	Überweisung an SPD-Parteivorstand15
	20
OA20 <i>Landesverband Berlin</i>	OA20 <i>Landesverband Berlin</i> 25
Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos	Würdigung der historischen Arbeit der Schwusos 30
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gebeten, ein Projekt zur historischen Bedeutung und Würdigung der Leistungen der Schwusos aufzusetzen. Hiermit soll die historische Kommission der SPD in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der Schwusos befasst werden. Auch das Verhältnis und der Umgang der Partei mit queerpolitischen Themen in der Vergangenheit insgesamt soll Gegenstand der Betrachtung sein. Als Arbeitsgrundlagen sollen unter anderem herangezogen werden: •die in den Archiven der SPD und der FES vorhandenen Materialien •die bei den Berliner QueerSozis/Schwusos vorhandene Arbeitsmaterialien •die Materialien der von den Schwusos NRW organisierten Wanderausstellung zum § 175 StGB •relevante Dissertationen und Diplomarbeiten (z. B. Wilfried Eissler [Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage])	Überweisung an SPD-Parteivorstand35
	40
	45
	50
OA21 <i>Landesverband Berlin</i>	OA21 <i>Landesverband Berlin</i>
SPD Strategie gegen die „neue Rechte“	SPD Strategie gegen die „neue Rechte“ 55
Die SPD ist gefordert, sich der politischen Auseinandersetzung mit allen Dimensionen von rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft zu stellen und politische Antworten zu finden. Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Gliederungen einen Argumentationsleitfaden und weiteres Informationsmaterial für die Arbeit vor Ort zur Verfügung zu stellen. • Der Parteivorstand muss einen Diskussionsprozess in den Parteigliederungen in Gang setzen, mit dem Ziel, die Entstehungsgründe der rechtspopulistischen Bewegung und Motive der Organisatoren und Anhängerschaft zu analysieren, eine politische Strategie gegen diese Bewegung zu formulieren und in praktische Politik um zu setzen.	Überweisung an SPD-Parteivorstand60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Zu den rechtspopulistischen Bewegungen ist auch die AfD zu rechnen als mögliches politisches Auffangbecken nationalkonservativer Strömungen.</p> <p>5 • Aus dieser Diskussion muss der Parteivorstand eine geeignete politische Argumentationslinie entwickeln und in der Mitgliedschaft verankern. Dabei ist es bedeutsam, die Motivlagen der Anhängerschaft zu differenzieren, Gründe sozialer Ungerechtigkeiten auf zu spüren, Sorgen ernst zu nehmen und geeignete Antworten der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik zu finden.</p> <p>10 • Die sozialdemokratischen Bundesminister sowie die Landesregierungen mit SPD-Beteiligung werden aufgefordert, politische Bildung in den Schulen und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung intensiv zu stärken.</p> <p>15 • Der Parteivorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit den Parteigliederungen als zivilgesellschaftliche Akteure Kriterien und Handlungskonzepte für breite demokratische Bündnisse gegen jede Form von Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenhass und Nationalismus zu entwickeln, um somit in der Öffentlichkeit als die zivilgesellschaftliche Kraft gegen diese Tendenzen wahrgenommen zu werden.</p> <p>20 • Zugleich wird Parteivorstand aufgefordert, einen Diskurs mit den islamischen Gemeinden in Deutschland auf zu nehmen, die eine Trennung von religiöser Betätigung und demokratischer Willensbildung und Politikentfaltung im Sinne der Aufklärung erreicht und einer Radikalisierung islamistischer Gruppen vorbeugt. Dies gilt ebenso für reaktionäre Tendenzen in allen anderen Religionen.</p> <p>25 • Des Weiteren muss der Parteivorstand Konzepte für Parteigliederungen und Handlungskonzepte für Bund, Länder und Kommunen entwickeln, die antifaschistische Erinnerungskultur in Deutschland zu stärken – zum einen durch entsprechendes Gedenken in der Sozialdemokratie seitens der staatlichen Ebenen und zum anderen durch höhere Mittel für (binnen)demokratische Verbände, insbesondere für die Kinder- und Jugendverbände.</p> <p>30</p> <p>35</p>	
<p>OA22 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>40 <i>Kostenübernahme bei Ehrungen langjähriger Parteimitglieder</i></p> <p>Der Parteitag möge beschließen, dass die Ortsvereine bei den entstehenden Kosten für die Ehrungen langjähriger Parteimitglieder finanziell entlastet werden, in dem die anfallenden Kosten für Nadeln/Broschen, Urkunden und Mappen von übergeordneten Parteigliederungen übernommen werden. Eine sachgerechte Lösung ist im Einzelnen vom Parteivorstand zu erarbeiten.</p> <p>50</p>	<p>OA22 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p><i>Kostenübernahme bei Ehrungen langjähriger Parteimitglieder</i></p> <p>Ablehnung Der Parteivorstand übernimmt bereits jetzt die Kosten für Ehrennadeln und Broschen von Mitgliedern mit mehr als 60jähriger Mitgliedschaft. Das ist ca. ein Viertel der Kosten, damit besteht bereits eine angemessene Aufteilung der Kosten.</p>
<p>OA23 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>55 <i>Wir fordern die Mitgliedsbeitragstabelle zu vereinfachen und an die Realität anzupassen.</i></p> <p>60 Der Begriff „Monatsnettoeinkommen“ sollte modifiziert werden und durch einen eingängigen und nachvollziehbaren Begriff ersetzt werden. Je Einkommensbetrag sollte nur ein realistischer Betrag vorgeschlagen werden (und nicht wie bisher bis zu je drei verschiedene gestaffelte Monatseinkommen), der sich an der Wirklichkeit orientiert.</p> <p>65</p>	<p>OA23 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p><i>Wir fordern die Mitgliedsbeitragstabelle zu vereinfachen und an die Realität anzupassen.</i></p> <p>Ablehnung Der Begriff „Monatsnettoeinkommen“ ist ein eindeutiger und gebräuchlicher Begriff. Die Angabe einer Spanne ist notwendig, da damit die jeweils verschiedenen Lebensumstände berücksichtigt werden können.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA24 <i>Unterbezirk Peine (Bezirk Braunschweig)</i> Seniorenmitgliedschaft Die Finanzordnung der SPD, § 1 – Mitgliedsbeiträge -, ist der demografischen Entwicklung anzupassen und um eine zu beantragende Freistellung von Mitgliedsbeiträgen für langjährige Mitglieder zu ergänzen.	OA24 1 <i>Unterbezirk Peine (Bezirk Braunschweig)</i> Seniorenmitgliedschaft 5 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 10
OA25 <i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i> Anträge Bundesebene Die Vorstellung der Programme zu Bundestagswahlen und den Termin zur Abgabe von Änderungsanträgen in Zukunft so zu legen, dass sowohl Mitglieder die Gelegenheit haben, sich mit dem kompletten Programm auseinander zu setzen, als auch ihr Anträge zur Änderung mit den Ortsvereinen in einer Mitgliederversammlung abstimmen zu können.	OA25 15 <i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i> Anträge Bundesebene Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 20 25
OA26 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i> Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung! Die SPD fordert den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-Ortsvereinen ermöglicht, politische Entscheidungen der SPD auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen. Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine nach eigenem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können anschließend von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht. Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an der politischen Willensbildung der Partei teil und haben die direkte Möglichkeit, die politischen Entscheidungen der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.	OA26 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i> Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung! 30 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 35 40 45
OA27 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i> Alle Parteitagsbeschlüsse öffentlich Alle SPD Parteitagsbeschlüsse und Wahlergebnisse auf allen Ebenen (UB, Bezirk, Land und Bund) sollen öffentlich auf der Webseite der jeweiligen Gliederung zeitnah nach dem Parteitag abrufbar sein.	OA27 50 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i> Alle Parteitagsbeschlüsse öffentlich Überweisung an Landesverbände und Bezirke 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA28 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>5 Ortsvereine stärken – Basisdemokratie jetzt!</p> <p>Wir fordern den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-Ortsvereinen ermöglicht, öffentlichkeitswirksam Einfluss auf politischen Entscheidungen der SPD auf höhere Ebenen zu nehmen. Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine nach eigenem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können anschließend von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht. Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an der politischen Willensbildung der Partei teil und haben die reelle Möglichkeit, die politischen Entscheidungen der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.</p> <p>20</p> <p>OA29 <i>Ortsverein Wiesloch-Schatthausen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>25 Rückmeldung und Fristen</p> <p>Die Mitglieder der Parteispitze, insbesondere die Mitglieder des Parteivorstands, werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass mündlich oder schriftlich von Parteimitgliedern an sie gerichtete Anliegen in angemessener Frist und bezüglich des Inhalts des jeweiligen Anliegens vollumfänglich und sachlich korrekt beschieden werden.</p> <p>35</p> <p>OA30 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>40 Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen</p> <p>Um den Willen der Parteimitglieder und der sie vertretenden Delegierten wieder mehr Gewicht zu geben muss der Spielraum des PV und der Antragskommission über die Geschäftsordnung eingegrenzt werden. Der Bezirksvorstand Oberbayern beantragt daher die Änderung der Geschäftsordnung wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Redezeit für die Einführung eines Themenkomplexes / Leit-antrags, sowie die Redezeit für den einführenden Bericht der Antragskommission beträgt maximal 5 Minuten. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt maximal 3 Minuten. Die Rednerinnen werden in der Reihenfolge der abgegebenen Wortmeldungen aufgerufen. Die transparente Redeliste muss weiterhin für die Delegierten einsehbar bleiben. Berichterstatter /innen und Mitglieder des Parteivorstandes können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten, sind aber an die Redezeit von maximal 3 Minuten gebunden. Die Berichterstatter/innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Auch hierfür beträgt die Redezeit jeweils 3 Minuten. 	<p>OA28 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Ortsvereine stärken – Basisdemokratie jetzt!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>OA29 <i>Ortsverein Wiesloch-Schatthausen (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Rückmeldung und Fristen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>OA30 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA31</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none">• Das Präsidium hat darauf zu achten dass die Redezeit der Delegierten insgesamt den doppelten Anteil hat wie die gesamte Redezeit des Parteivorsitzenden, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Sprecher/innen der Antragskommission. Bei Vorliegen einer entsprechenden Zahl von Wortmeldungen ist ein „Schluss der Debatte“ bzw. ein „Schluss der Redeliste“ erst dann möglich, wenn mindestens dieses Verhältnis hergestellt ist. Nimmt die Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals inhaltlich Stellung, so ist die Aussprache wieder eröffnet.• Der Satz: “Der Parteivorstand hat eigenes Initiativrecht.“ ist aus der Geschäftsordnung zu streichen.	1 5 10
OA31 <i>Landesverband Bayern</i> Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen Der Landesverband Bayern beantragt die Änderung der Geschäftsordnung wie folgt: <ul style="list-style-type: none">• Die Redezeit für die Einführung eines Themenkomplexes / Leit-antrags, sowie die Redezeit für den einführenden Bericht der An-tragskommission beträgt maximal 5 Minuten.• Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt maximal 3 Minu-ten.• Die Rednerinnen werden in der Reihenfolge der abgegebenen Wortmeldungen aufgerufen. Die transparente Redeliste muss weiterhin für die Delegierten einsehbar bleiben.• Berichterstatter /innen und Mitglieder des Parteivorstandes kön-nen außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort er-halten, sind aber an die Redezeit von maximal 3 Minuten gebun-den.• Die Berichterstatter/innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Auch hierfür beträgt die Redezeit jeweils 3 Minuten.• Das Präsidium hat darauf zu achten dass die Redezeit der De-legierten insgesamt den doppelten Anteil hat wie die gesamte Redezeit des Parteivorsitzenden, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Sprecher/innen der Antragskommission. Bei Vorliegen einer entsprechenden Zahl von Wortmeldungen ist ein „Schluss der Debatte“ bzw. ein „Schluss der Redeliste“ erst dann möglich, wenn mindestens dieses Verhältnis hergestellt ist. Nimmt die Antragskommission nach Schluss der Debatte noch-mals inhaltlich Stellung, so ist die Aussprache wiedereröffnet.• Der Satz: “Der Parteivorstand hat eigenes Initiativrecht.“ ist aus der Geschäftsordnung zu streichen.	OA31 <i>Landesverband Bayern</i> Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstandes bei Parteitag und Konventen Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits-programmprozess #SPDerneuern 30 35 40 45 50 55
OA32 <i>Landesverband Bayern</i> Gestaltung von Parteitagen Das Programm der Parteitage der SPD wird auf allen Ebenen so organisiert, dass die Antragsberatung Priorität hat und in den Mit-telpunkt gerückt wird.	OA32 <i>Landesverband Bayern</i> Gestaltung von Parteitagen Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits-programmprozess #SPDerneuern 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA33 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>5 Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD</p> <p>10 Das neutrale Gremium der Antragskommission soll zu zwei Dritteln von Genossen und Genossinnen ohne Mandat besetzt werden. Die Stellungnahme der Antragskommission soll kurz und das Votum wertfrei erklärend sein.</p> <p>15 OA34 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>20 Den Bundesparteitag demokratischer und partizipativer gestalten</p> <p>25 Der Bundesparteitag ist das höchste beschlussfassende Gremium der SPD. Er hat die Pflicht und die Verantwortung, über die Anträge der Gliederungen zu debattieren und darüber zu entscheiden. Die Delegierten konstituieren den Bundesparteitag und sind seine zentralen Akteure. Sie sind kein Publikum. Insbesondere der vergangene Programmparteitag, aber auch die letzten ordentlichen Parteitage haben gezeigt, dass diesen Aufgaben nicht in zufriedenstellender Form nachgekommen werden kann:</p> <p>30</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antragsdebatten sind zu oft auf lange Reden der Parteispitze und das Durchwinken der Voten der Antragskommission beschränkt, • Viel zu viele Anträge werden überhaupt nicht mehr behandelt und sind oft, entgegen der Behauptung der Antragskommission, nicht erledigt. • Viel zu oft erfolgt durch die Voten der Antragskommission eine inhaltliche Vorfestlegung durch ein Gremium, das in keiner Weise die Zusammensetzung des Parteitages widerspiegelt. • Die Voten der Antragskommission werden selten kritisch diskutiert oder bewusst abgestimmt. • Bei Abstimmungen wird abweichendes Stimmverhalten nicht immer registriert. • Zu oft beruhen ganze Debatten auf kurzfristig ausgeteilten Initiativanträgen des Parteivorstandes, zu denen dann keine inhaltliche Befassung im Vorfeld mehr möglich ist. • Von technischen Möglichkeiten für eine transparente (Änderungs-)Antragsdebatte wird kein Gebrauch gemacht. • Die Redelisten sind für den Großteil des Parteitages intransparent. • Die Redezeitbegrenzung ist nur für ‚einfache‘ Delegierte maßgeblich. • Während hunderte Anträge auf ihre Behandlung warten, wird Zeit mit Show und Grußwortmarathons gefüllt. • Der zeitliche Rahmen, der Zeitpunkt und die Dauer der Antragsblöcke sind intransparent und für Delegierte nicht nachvollziehbar. <p>55</p> <p>Unter diesen Rahmenbedingungen ist es den Delegierten kaum noch möglich, die Vorstellungen und Entscheidungen der entsendenden Gliederungen angemessen auf dem Parteitag zu vertreten. Solch ein Ablauf der Parteitage entwertet das Delegiertenmandat zu einer Jubel- und Zustimmungsfunktion. Eine demokratische Erneuerung der Partei muss diese Entwicklung umkehren.</p> <p>60 Wir fordern den Parteivorstand auf, den Bundesparteitag in Zusammenarbeit mit den Bezirken und Delegierten zu reformieren und damit die innerparteiliche Demokratie zu stärken. Ziel muss es sein, dass dort wieder die entscheidenden Debatten der Partei nachvollzogen und geführt werden. Reformansätze können sein:</p> <p>65</p>	<p>OA33 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Besetzung der Antragskommissionen durch Mitglieder aller Gliederungsebenen der SPD</p> <p>Ablehnung (geregelt in § 19 OrgSt, danach besteht die Antragskommission aus je einem/r Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern)</p> <p>OA34 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Den Bundesparteitag demokratischer und partizipativer gestalten</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Neudefinition der Aufgaben der Antragskommission Die Antragskommission ist eine Dienstleisterin für den Parteitag, um einen effizienten Ablauf und einen demokratischen Meinungsbildungsprozess auf dem Parteitag zu gewährleisten. Die Antragskommission ist kein ‚Vorparteitag‘, der inhaltliche Debatten des Parteitages vorwegnimmt: • Die Antragskommission reiht und priorisiert die Anträge. • Sie legt Antragsblöcke mit verbindlichem Zeitrahmen fest. • Sie erstellt im Einvernehmen eine Konsensliste für unstrittige Anträge. • Sie gibt KEIN inhaltliches Votum zu den Anträgen ab. Sie gibt keine Abstimmungsempfehlung. • Wenn Änderungsbedarf besteht, kann sie Änderungsanträge stellen. <ul style="list-style-type: none"> • Ablauf des Parteitages Der Ablauf des Parteitages wird für alle Delegierten und Gäste transparent dargestellt und durchgeführt: • Verbindlicher Zeitpunkt und Dauer der Tagesordnungspunkte bzw. der Antragsblöcke • Visualisierung der Redeliste, so dass sie für alle Delegierten sichtbar ist • Visualisierung der aktuell laufenden Debatte mit Antragsnummern, -titel und den jeweiligen Änderungsantragsbezeichnungen • Beschränkung der Grußworte und ‚Sonderformate‘ auf ein absolutes notwendiges Maß • Veröffentlichung des gesamten Antrages inkl. Begründung • Abstimmung der Änderungsanträge und des Gesamtantrages in der jeweils gestellten Form bzw. in der durch Änderungsanträge geänderten Form und NICHT über Voten der Antragskommission • Beschränkung des Initiativantragsrechts des Parteivorstandes auf ein absolutes notwendiges Maß; dies gilt insbesondere für Leitanträge • Visualisierung der Redezeit und universelle Gültigkeit dieser – bis auf wenige, zu definierende Ausnahmen <p>Der Parteivorstand gründet für diese und andere Reformvorhaben eine Kommission, die Delegierte, Arbeitsgemeinschaften und Funktionär*innen in jeweils angemessenem Umfang berücksichtigt.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<div data-bbox="23 1429 65 1460">OA</div> <p>OA35 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Wiedergabe der Begründung von Parteitagsanträgen in den digitalen Antragsbüchern</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bei allen Parteitagen werden zukünftig die Antragsbücher in digitaler Form / Dateiform zur Verfügung gestellt. 2. Die jeweiligen Parteigremien entscheiden in eigener Verantwortung, ob sie Antragsbücher daneben zusätzlich generell oder nur auf Anforderung in Papierform bereitstellen. Zur Vermeidung von Diskriminierungen erhalten Parteimitglieder auf Wunsch die Antragsbücher für die bevorstehenden Parteitage in Papierform. 3. Zumindest in die digitalen Antragsbücher werden zukünftig auch die Begründungen der Anträge bis zu einer Länge von 15.000 Zeichen inklusive Leerzeichen je Antrag aufgenommen. <p>Der Antrag betrifft § 18 Abs. 2 des Organisationsstatuts der SPD, ohne dass dort besondere Details der Antragsbücher geregelt würden.</p> <p>Die bisherige Antragspraxis ist bei der Bundes-SPD, den Landesverbänden und -bezirken, den Bezirken und Unterbezirken so, dass</p>	<p>OA35 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Wiedergabe der Begründung von Parteitagsanträgen in den digitalen Antragsbüchern</p> <p>Punkt 1) erledigt durch Praxis</p> <p>Punkt 2) erledigt durch statuarische Regelung</p> <p>Punkt 3) Ablehnung (Beratungsgrundlage nach einheitlicher Seitenzahl und Klarheit über das, was Beschluss-Text ist)</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 alle Anträge nur mit dem reinen Antragstext veröffentlicht werden. Begründungen, Anlagen oder Ähnliches werden nicht im Antragsbuch für Bundesparteitage oder Parteikonvente veröffentlicht. Komplexe Sachverhalte erfordern aber eine Begründung, um sie</p> <p>5 besser oder überhaupt verstehen zu können. Die jetzige Praxis, Begründungen in den Antragsbüchern generell wegzulassen, ist vermutlich den Druck- und Versandkosten und einer vermeintlichen Arbeitserleichterung geschuldet. Sie führt aber dazu, dass in vielen Anträgen de facto nicht zwischen Antrag und Begründung</p> <p>10 unterschieden wird und gelegentlich ohne Bezug auf ein konkretes Anliegen die Welt erklärt wird. Die Differenzierung zwischen Antragstext und Antragsbegründung eröffnet auch den Antragskommissionen Handlungsspielräume, Anträge zu präzisieren, ohne dass die nicht mit beschlossene Antragsbegründung völlig unter den</p> <p>15 Tisch fällt.</p> <p>Dieser Antrag wurde bereits zum SPD-Bundesparteitag 2013 gestellt, der ihn an die Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand verwiesen hat. Weder vom Antrag noch von der Organisationspolitischen Kommission wurde jemals wieder</p> <p>20 etwas über den Antrag vernommen. Daher werden der SPD-Bundesparteitag 2017 und die Antragskommission gebeten, über den Antrag in der Sache zu entscheiden.</p>	
<p>25 OA36 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Für eine zukunftsfähige Antragsberatung der SPD-Bundesparteitage</p> <p>30</p> <p>1. Ordentliche SPD-Bundesparteitage sollen in Zukunft durch mehrere eintägige Antragsberatungskonferenzen vorbereitet werden, die als Fachforen zu verstehen sind.</p> <p>35 2. Diese Antragsberatungskonferenzen sollen einer intensiven inhaltlichen Beratung und Debatte und der zu einem ordentlichen SPD-Bundesparteitag gestellten Anträge eines eingegrenzten Themenfelds dienen.</p> <p>40 3. Eine Antragsberatungskonferenz soll jeweils ein oder zwei Themenfelder bearbeiten, die sich an der Gliederung der Anträge zu den SPD-Bundesparteitagen orientieren soll. Aufgrund der fachlichen Orientierung könnten Zielgruppen besser angesprochen werden und parteiinterne Fachkompetenz besser adressiert und aktiviert werden.</p> <p>45 4. Antragsberatungskonferenzen sollen öffentlich sein und per Livestream im Internet zu verfolgen.</p> <p>5. Antragsberatungskonferenzen sollen Empfehlungen an den SPD-Bundesparteitag aussprechen, die neben die Empfehlungen der Antragskommission treten, jedoch aufgrund ihres nicht repräsentativen Charakters keine abschließenden Entscheidungen treffen.</p> <p>50 6. Stimmberechtigt auf den Konferenzen soll jedes SPD-Parteimitglied sein.</p> <p>7. Die SPD soll ein Online-Beteiligungstool entwickeln, mit dem</p> <p>55 alle SPD-Mitglieder über einen passwortgeschützten Zugang die Möglichkeit erhalten, an Online-Abstimmungen der Antragsberatungskonferenzen teilzunehmen, aber z.B. auch über Mitgliederentscheide, die Annahme eines Koalitionsvertrags oder über parteiinterne Wahlen wie die Aufstellung eines Kanzlerkandidaten</p> <p>60 abzustimmen.</p> <p>8. Das Organisationsstatut soll zur Ermöglichung der Antragsberatungskonferenzen und einer innerparteilichen digitalen Demokratie entsprechend geändert und angepasst werden.</p> <p>65 Der ordentliche SPD-Bundesparteitag tagt nach § 17 Satz 1 Organisationsstatut alle zwei Jahre und setzt sich nach § 15 Absatz 1 Organisationsstatut aus 600 Delegierten und den Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Das erst vor relativ kurzer Zeit geschaffte-</p>	<p>OA36 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Für eine zukunftsfähige Antragsberatung der SPD-Bundesparteitage</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDERneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ne Parteiorgan des Parteikonvents tagt nach § 28 Absatz 2 Satz 2 Organisationsstatut in den Jahren ohne Parteitag zweimal jährlich und in den Jahren mit Parteitag einmal jährlich. Der Parteikonvent setzt sich nach § 28 Absatz 1 Nr. 1 Organisationsstatut aus 200 Delegierten und stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Die inhaltliche Abgrenzung der Funktionen von SPD-Bundesparteitag und SPD-Parteikonvent ist offen. Jedenfalls haben sich für die Antragsberatung durch die Einführung von SPD-Parteikonventen kaum Vorteile ergeben. Die Antragsteller durften es erleben, dass ein Antrag des Ortsvereins vom SPD-Bundesparteitag 2015 an den Parteikonvent überwiesen wurde, der 2016 diesen Antrag wiederum an den SPD-Bundesparteitag 2017 überwiesen hat. Fraglich ist, ob sich das Organ des Parteikonvents bewährt hat und beibehalten werden sollte oder nicht.	1
Die eigentliche Antragsberatung hat sich mehr und mehr in die Antragskommissionen verlagert und ist auf den Parteitagen selbst zumeist notleidend und von Zeitmangel geprägt. Zum SPD-Bundesparteitag 2013 lagen beispielsweise 373 Anträge vor. Selbst bei einem dreitägigen Parteitag kann ein angemessener Umgang und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den zum Teil hochkomplexen Sachthemen nicht ausreichend stattfinden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Zeit zur Antragsberatung auf ordentlichen SPD-Bundesparteitagen durch die zahlreichen Wahlen, Grußworte und für die Außendarstellung der Partei nicht unwichtige Reden von Funktionsträgern wie z.B. Parteivorsitzenden, Schatzmeistern, Altkanzlern, internationalen Gästen etc. eingeschränkt ist. Zur eigentlichen Antragsberatung verbleibt wenig Zeit. Nach bisheriger Praxis werden dann rund 80 % der Anträge an Fraktionen und Kommissionen überwiesen und in der Sache gar nicht in der Partei beraten. Nötig ist daher eine Reform und Digitalisierung der innerparteilichen Demokratie, die mehr Raum für fachliche Diskussionen und die Beteiligung der Mitglieder gibt. Antragsberatungskonferenzen können ein geeignetes Instrument hierfür sein.	5 10 15 20 25 30 35
OA37 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i>	OA37 <i>01/02 Alexanderplatz (Landesverband Berlin)</i>
Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzungen!	Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzungen!
Alle Stellen in Kreis-, Landes- und Bundesstellen der SPD müssen künftig verpflichtend öffentlich ausgeschrieben werden. Die Zugänglichmachung der Stellenausschreibungen muss durch das ausschreibende Organ sichergestellt werden.	Überweisung an Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand
OA38 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>	OA38 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>
Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern – auch in Parlamentsfraktionen	Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern – auch in Parlamentsfraktionen
Die Freiheit der SPD-Abgeordneten bei der Ausübung ihres Mandats wird mit Blick auf die Ausgestaltung der mit ihren Mitarbeiter*innen eingegangenen Arbeitsverhältnisse durch die sozialdemokratischen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘ und die gültige Beschlusslage unserer Partei (siehe insbesondere den Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015) zwar nicht rechtlich, aber doch politisch weiter ausgefüllt.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Überweisung an Landtagsfraktionen

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag</p> <p>Bestehende Hilfskonstruktionen wie die seinerzeit mühsam erstrittene Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die tarifliche Regelungen zwischen Bundestagsabgeordneten und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die ansonsten weitgehend rechtlosen Abgeordnetenmitarbeiter*innen ermöglichen, müssen von allen SPD-Bundestagsabgeordneten genutzt werden.</p> <p>Die Führung der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages möge sich dafür einsetzen, dass die sozialdemokratischen Anforderungen an ‚Gute Arbeit‘ von allen SPD-Bundestagsabgeordneten eingehalten werden. Hierzu sind ggf. geeignete Mechanismen zu schaffen und regelmäßiger Austausch mit ver.di zu organisieren.</p> <p>Alle SPD-Bundestagsabgeordneten, die, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind, sind aufgefordert, dieser umgehend beizutreten.</p> <p>Bewerber*innen für die nächste Bundestagswahl haben sich im Vorhinein verbindlich dazu zu verpflichten, im Falle ihres Einzugs in den Deutschen Bundestag sofort der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages beizutreten. Wer sich dieser Selbstverpflichtung verweigert, wird von keinem Gremium der SPD als Kandidat*in für die Bundestagswahl nominiert bzw. aufgestellt.</p> <p>2. Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus</p> <p>Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich auf der Ebene ihrer jeweiligen Landtage – sofern noch nicht vorhanden – für die Schaffung von Strukturen analog der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einzusetzen, diese in Zusammenarbeit mit der ver.di und unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Stellung der Abgeordneten zu etablieren und bei ihren Abgeordneten den Beitritt zu organisieren sowie bei den Mitgliedern der anderen Fraktionen offensiv für einen Beitritt zu werben.</p> <p>Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.</p> <p>OA39 030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p> <p>Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern</p> <p>Parteivorstand und Landesvorstände werden beauftragt, auf der Grundlage der Beschlüsse der SPD, insbesondere des Leitbilds ‚Gute Arbeit‘ (Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015), den Umgang mit den Beschäftigten unter sozialdemokratischer Personalverantwortung zu überprüfen und anzupassen. Der Auftrag erstreckt ausdrücklich für die Betrachtung in:</p> <ul style="list-style-type: none"> den Organisationen, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind: Parteiorganisation, Fraktionen, Abgeordnete, u.ä. den Behörden, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Leitungen innehaben: Ministerien, Dezernate, Ämter, u.ä., den öffentlichen Betrieben, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die öffentliche Beteiligungen Einfluss 	<p>OA39 030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p> <p>Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische Glaubwürdigkeit unterfüttern</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand und Überweisung an Landesverbände/Bezirke</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
auf die Arbeitsbedingungen nehmen können: Aufsichtsräte, Vorstände, Verwaltungsräte, etc..	1
Standards für diese Auftragserfüllungen müssen dabei die eigenen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘ und die bisherige Beschlusslage sowie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, die sich aus den bestehenden Gesetzen ergeben. Angebote von Fortbildungen für Arbeitgeber(innen) in Personalführung müssen sowohl angeboten als auch angenommen werden. Die Mandatsfreiheit für Abgeordnete wird durch die sozialdemokratischen Ansprüche an Arbeitsverhältnisse ergänzt. Bestehende Hilfestellungen, wie beispielsweise die Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, müssen allen Abgeordneten zur Verfügung stehen und von allen genutzt werden. Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.	5 10 15
OA40 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>	OA40 <i>Bezirk Hessen-Nord</i> 20
Keine Spenden von wehrtechnischer Industrie	Keine Spenden von wehrtechnischer Industrie 25
Wir fordern die SPD auf zukünftig keine Spenden von waffenherstellenden Unternehmen und Unternehmern anzunehmen, die nicht im Einklang mit den Werten der SPD stehen.	Ablehnung Es gibt keine Verpflichtung, Spenden anzunehmen. Jede Gliederung der SPD kann und sollte selbst darüber entscheiden, ob sie und welche Spenden sie annimmt. 30
OA41 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i>	OA41 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i> 35
Beteiligung der ddvg und Grundwerte der SPD in Einklang bringen	Beteiligung der ddvg und Grundwerte der SPD in Einklang bringen 40
Der Parteitag der SPD in der Region Hannover stellt fest: <ul style="list-style-type: none">• Der Abdruck von Werbung für Rechtspopulistische Parteien, Ausgliederungen von Betriebsteilen für Einsparungen bei Personalkosten und Tarifflicht sind nicht konform mit den Grundwerten der SPD.• Die Rendite der Beteiligungen der SPD darf niemals vor den politischen Zielen der SPD stehen.• Das aktuelle Wirtschaften innerhalb der Beteiligungen der SPD schädigt der Glaubwürdigkeit unserer Partei und verunsichert Mitarbeitende, Kunden und Bevölkerung.	Erledigt durch Beschlussfassung von O32 in der Fassung der Antragskommission. 45 50
Der Parteitag der SPD in der Region Hannover fordert den Vorstand der Bundes-SPD auf: <ul style="list-style-type: none">• Die Anlagestrategie und das Handeln der ddvg sollen in Zukunft auf die sozialdemokratischen Grundwerte zurückgeführt werden. Die Vermögensanlage der SPD soll wirtschaftliche, ethische, soziale und ökologische Aspekte in Einklang bringen.• Einen Beirat für die Anlageentscheidungen des Vermögens der SPD nach dem Vorbild des norwegischen Pensionsfonds einzurichten, um Anlagegrundsätze zu definieren und deren Umsetzung zu begleiten. Dieser Beirat soll mit wirtschaftlicher, ethischer, sozialer und ökologischer Kompetenz besetzt werden.• Die vorhandenen Beteiligungen auf diese Grundsätze hin zu überprüfen, auf die Einhaltung der Grundsätze zu dringen und bei Bedarf erforderliche Desinvestitionen bzw. Portfolioumschichtungen vorzunehmen.• Bei der wertgebundenen Führung der Beteiligungen der SPD innerhalb der Partei für mehr Transparenz zu sorgen.	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA42 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>5 Vielfalt sichtbar machen – Zielvorgaben für mehr Chancengleichheit</p> <p>In der SPD gibt es zahlreiche Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte bzw. Mitglieder, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es aber auch in der SPD eine Repräsentationslücke – insbesondere in den Führungsstrukturen. Das muss sich ändern. Chancengleichheit bestimmt sich auch bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten – vom Ortsverein bis in die Parteispitze hinein. Wir wollen uns stärker öffnen und gezielt um Mitglieder mit Migrationsbiographie werben. Denn es sind die jungen Menschen, die Frauen und Personen mit Migrationsbiographie, die über die Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie entscheiden werden. Die SPD muss vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben.</p> <p>10 Ziel ist es, dauerhafte Strukturen innerhalb der SPD zu verankern, die es ermöglichen, die Zielgruppe der Mitglieder mit Migrationsbiographie stärker einzubeziehen. Unser Ziel ist eine interkulturelle Öffnung der SPD, die gleichberechtigte Teilhabe und die Verwirklichung von Chancengleichheit von Einwanderern und Einwanderinnen und ihrer Kinder in allen Organisationen und auf allen politischen Ebenen der SPD ermöglicht. Die SPD soll erkennbar vielfältiger werden. Die SPD leitet einen Perspektivwechsel ein und verpflichtet sich auf ein Diversity-Mainstreaming. Bei allen Entscheidungen wird künftig beurteilt, ob und welche Wirkungen sie auf Personen mit Migrationsbiographie entfalten.</p> <p>15 Jede Gliederung erarbeitet eine Zielvereinbarung hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, der Besetzung ihrer Gremien und Mandate.</p> <p>20 Dabei sollte sie sich an der Bevölkerungsstruktur orientieren. Eine verordnete Quote, losgelöst von der Bevölkerungsrealität ist nicht zielführend. Daher sollte sich jede Gliederung mit der Frage beschäftigen, inwiefern sie Personen mit Migrationsbiographie, Frauen und junge Menschen in ihre Arbeit einbezieht und sie in ihren Gremien vertreten sind.</p> <p>25 Neben das Reißverschlussverfahren, dass die Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen soll, tritt der Diversity-Faktor: Jede Gliederung ist aufgerufen eigene, der örtlichen Bevölkerung angemessenen Ziele für mehr Vielfalt zu vereinbaren. Der Parteivorstand geht mit gutem Beispiel voran und gibt sich eine Zielvereinbarung von 20%, die dem Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationsbiographie entspricht.</p> <p>30 Die Gliederungen werden ermuntert bei der Aufstellung ihrer Listen - von der Kommunal- über die Landesparlamente bis hin zur Bundestagsliste – neben Gleichstellungs- Proporz- und Strömungsaspekten, den Vielfaltsfaktor zu berücksichtigen. Indem das jeweils zuständige Gremium frühzeitig eine angemessene Selbstverpflichtung eingeht. Dieser Beschluss kann sich beispielsweise an der Zusammensetzung der Bevölkerung orientieren. Er sollte rechtzeitig vor Kandidatenerklärungen erfolgen.</p> <p>35 Beispiel: Bei 10 aussichtsreichen Plätzen für die Kommunalmandate und einem Bevölkerungsanteil von 25% Personen mit Migrationsbiographie per Beschluss festzulegen, dass drei Plätze mit Kandidierenden mit Migrationsbiographie besetzt werden.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>OA42 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p> <p>Vielfalt sichtbar machen – Zielvorgaben für mehr Chancengleichheit</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>OA43 <i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i></p> <p>Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien</p> <p>Im Jahr 2017 hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands herbe Niederlagen erleben müssen, die zuletzt in dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis der Nachkriegsgeschichte mündeten. Diese Zäsur erkennen wir an und nehmen sie zur Grundlage, uns mutig zu erneuern. Dabei gilt es, sich auf die Werte und Stärken der Sozialdemokratie zu besinnen und diese neu und modern mit Leben zu füllen. Die Erneuerung beginnt heute und sie wird Zeit brauchen, muss aber bis zum nächsten ordentlichen Parteitag sehr weit fortgeschritten sein.</p> <p>Die inhaltliche Diskussion und Erneuerung sind existenziell. Nur wenn wir stringent, schlüssig und überzeugt mit einer wertebasierten Vorstellung der Entwicklung unserer Gesellschaft aufwarten, die von unseren Mitgliedern gemeinsam vertreten wird, werden wir die großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der nächsten Jahre gemeinsam meistern. Der Sozialdemokratie kommt dabei aus unserer Sicht eine sehr wichtige Bedeutung zu, sowohl als Partei, als auch als Gestalterin in Ländern und Kommunen, als auch in der Rolle der Oppositionsführerin im Bund. Die SPD muss eine starke soziale und demokratische Stimme in einer Zeit sein, wo die Demokratie in Frage gestellt wird.</p> <p>Wir dürfen und werden vor dieser wichtigen Aufgabe und der dringend notwendigen Erneuerung nicht weichen, indem wir uns in Organisationsdebatten flüchten. Daher muss die inhaltliche Positionierung in den nächsten Jahren im Vordergrund der innerparteilichen Debatte stehen. Und wir wollen vor allem unsere Mitglieder und auch andere gesellschaftliche Akteure am inhaltlichen Diskurs in unserer Partei beteiligen. Hier zeigt sich, dass auch Organisation Teil von Politik ist und wir endlich nennenswerte Schritte der organisatorischen Erneuerung beginnen müssen. Unsere Stärke sind die Mitglieder der SPD.</p> <p>Gegen den Trend sind in den vergangenen Monaten zahlreiche Menschen neu in die sozialdemokratische Partei eingetreten. Sie wollen an der inhaltlichen Gestaltung der Sozialdemokratie teilhaben, und es ist unsere Pflicht, dies umfassend zu ermöglichen. Der Weg dahin führt nur über eine breite Beteiligung und Diskussion auf allen Ebenen und in allen Gliederungen, der auch mit einem Appell einhergehen muss: Rein in die Strukturen und Veränderung gestalten. Das ist unser erklärtes Ziel. Es wird dabei nicht reichen, eine Parteisatzung zu ändern. Unsere Partei lebt von dem täglichen Engagement der Mitglieder in den Gliederungen. Personen, die aus Überzeugung agieren, verändern unser Auftreten, nicht ausschließlich Beschlüsse, die geduldig sind. Bei der organisatorischen Erneuerung gilt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.</p> <p>Deshalb beginnt mit dem heutigen Beschluss auch die organisatorische Weiterentwicklung der Partei, nicht nur die inhaltliche. Natürlich gab es zu beidem auch schon in den letzten Monaten wichtige Impulse von zahlreichen Gliederungen, Einzelpersonen und Initiativen. Sie alle sind wichtig und dringend notwendig, um eine zielführende Diskussion zu beginnen und klar zu machen: es muss sich etwas ändern. Gleichzeitig hatten viele Mitglieder nach den intensiven Wahlkämpfen – im Bund und einigen Bundesländern – noch nicht die Gelegenheit sich umfassend mit den Fragen der Entwicklung der Partei zu beschäftigen. Dies muss nun passieren, und dabei dürfen sie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, denn wir wollen kein Nebeneinander, sondern ein ernst gemeintes Miteinander in der SPD. Egal welche Herkunft, welches Alter oder welche Lebensrealität ein Parteimitglied hat, die organisationspolitische Erneuerung soll eine gemeinsame Stärkung der SPD werden und nicht ein Auseinanderlaufen von Interessen. Allerdings darf</p>	<p>OA43 <i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i></p> <p>Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien</p> <p>zurückgestellt bis zur Sitzung der AK am 06.12.17</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 dies gleichzeitig auch keine Ausrede sein, dringend notwendige Organisationsveränderungen weiter zu verschleppen. Organisationspolitische Diskussionen führen wir seit jeher. Und dabei hat es auch immer wieder entscheidende Veränderungen</p> <p>5 gegeben, beispielsweise die Quotenregelung. Auch zuletzt gab es Veränderungen, die nicht vergessen werden sollten, wie beispielsweise die Ermöglichung von Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen in den Kreisverbänden und Unterbezirken. Aber diejenigen, die skeptisch sind, weil sie befürchten die organisatorische Veränderung und Verbesserung würde verschleppt, sind dies nicht zu Unrecht. Zu oft wurde die Beteiligungspartei ausgerufen und von neuen Möglichkeiten gesprochen. Ein entsprechender Antrag des Parteivorstandes wurde 2015 überwiesen und dann letztlich beim Konvent nicht beschlossen, sondern</p> <p>15 wieder an den Bundesparteitag 2017 überwiesen. Dieser „Verschiebebahnhof“ endet nun. Wer von den Mitgliedern, die nach organisatorischer Veränderung richtigerweise verlangen – und die Notwendigkeit wird in allen Teilen der Partei gesehen – erwartet, dass sie sich im Sinne der schlüssigen, partizipativen und umfassenden</p> <p>20 Erneuerung noch über diesen Parteitag hinaus gedulden und sich an Diskussionen beteiligen, der muss auch das Versprechen abgeben, dass sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nun auch tatsächlich was ändert.</p> <p>Aus diesem Grund beschließen wir heute den Fahrplan für die Erneuerung der Parteiorganisation: Die organisationspolitische Kommission wird sich mit allen im Raum stehenden Vorschlägen intensiv und ernsthaft beschäftigen und ein in sich schlüssiges und aufeinander abgestimmtes Konzept zur organisatorischen Entwicklung der SPD entwerfen und in den nächsten zwei Jahren zur Diskussion stellen sowie auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung vorlegen. Dabei kann die Kommission ihre Zusammensetzung in Rücksprache mit dem Parteivorstand inhaltlich punktuell oder dauerhaft verändern und erweitern. In jedem Fall ist aber die Partei mit ihren Gliederungen breit zu beteiligen.</p> <p>35 Dabei genügt es nicht, erst zum nächsten ordentlichen Parteitag ein Konzept vorzulegen. Dies gilt vielmehr für notwendige Satzungsänderungen, die zu diesem Parteitag bisher gar nicht umfassend gestellt wurden. Erfolgversprechende Beteiligungsmöglichkeiten und organisatorische Entwicklungen unterhalb der Satzungsebene können und sollen bereits vorher erprobt und gegebenenfalls durch den Parteikonvent beschlossen werden. So, dass in zwei Jahren schließlich ein Gesamtkonzept vorliegt, dann gelebt wird und die SPD als modernste der Parteien in der Bundesrepublik vorangeht.</p> <p>Für dieses Konzept sind unter anderem verschiedene Grundsätze und Eckpunkte durch die organisationspolitische Kommission und den Parteivorstand zu berücksichtigen:</p> <p>1. Die Maßnahmen müssen so vielfältig sein wie unsere Partei. Das bedeutet, es wird allgemeingültige Satzungsänderungen geben müssen. Ebenso wie Standards, beziehungsweise Beschlüsse unterhalb der Satzungsebene, welche für die Gesamtpartei gelten. Darüber hinaus wird aber zudem auch eine Art Baukasten benötigt, der sich unter anderem aus guten Beispielen, Weiterbildungsangeboten, inhaltlichen Angeboten verschiedener Ebenen und unterschiedlichen Herangehensweisen bei unterschiedlichen Bedarfen speist. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Unterschiedliche Ortsvereine haben unterschiedliche Möglichkeiten und Herausforderungen. Ein städtischer Ortsverein unterscheidet sich von einem ländlichen, doch nicht mal diese Kategorien sind per se vergleichbar. Es</p> <p>60 gibt unterschiedliche Größen, unterschiedliche Alterszusammensetzungen, es gibt Ortsvereine die stetig weniger aktiv werden oder bereits fast inaktiv sind, es gibt welche, die jahrelang passiv waren und plötzlich wieder zu den aktiveren gehören, weil sich neue engagierte Mitglieder gefunden haben. All diese und noch viele andere Varianten müssen zukunftsfähig werden und bei dem Prozess der Erneuerung eingebunden werden.</p> <p>2. Die SPD gehört in die Fläche und in die Gesellschaft. Wir müssen also Maßnahmen umsetzen, die gewährleisten, dass die Partei</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>(wieder) möglichst wahrnehmbar in der gesamten Fläche unseres Landes vertreten ist. Dazu gehört die Unterstützung und zusätzliche Befähigung von Ehrenamtlichen genauso wie die Diskussion über die Möglichkeiten von hauptamtlichem Personal. Diese wird bei weniger werdenden finanziellen Mitteln einen wichtigen Platz einnehmen müssen, da die Hauptamtlichkeit – zentral wie in der Fläche – ein essentielles Rückgrat der Partei ist. Doch aufgrund derzeit abschmelzender Mittel müssen wir auch die Frage stellen, wo Ehrenamtliche Aufgaben übernehmen müssen und wo sie noch entlastet werden können. So können beispielsweise online inzwischen viele Materialien und organisatorische Hilfestellungen angeboten werden. Dies wollen wir bekannter machen und auf bestehenden Modulen aufbauend ausbauen. Gleichzeitig muss das Engagement innerhalb der Partei so gestaltet werden, dass die Mitglieder auch noch am Leben von Vereinen, Organisationen etc. teilnehmen können, um so breit verankert zu sein.</p> <p>3. Die SPD ist die Kommunalpartei in der Fläche bei anstehenden Prozessen und Wahlen. Ziel muss sein, bei den nächsten anstehenden Kommunalwahlen wieder flächendeckend gutes Personal mit hoher Parteibindung aufstellen zu können. Dabei ist klar, dass Kommunalpolitik ein zeitintensives Ehrenamt mit hoher Verantwortung ist. Dafür brauchen wir engagierte Menschen, die wir gut vorbereiten. Wir müssen Lösungen dafür finden, wie wir dieses Ehrenamt in Partei und Gesellschaft so gestalten, dass genug Parteimitglieder auch die Zeit finden, dieses Ehrenamt auszufüllen. Dabei wollen wir Erfahrung und frischen Wind berücksichtigen, junge und weibliche Mitglieder in besonderer Weise einbinden.</p> <p>4. Bei allen Veränderungsprozessen muss es uns gelingen, die verschiedenen Generationen mit ihren Interessen und Stärken einzubinden. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, das Ortsvereinsleben an einigen Stellen wieder attraktiver gestalten zu müssen. Gleichzeitig wollen wir an der Stärke der quartiersorientierten SPD und ihrer Ortsvereinsstruktur festhalten. Dabei muss individuell vor Ort diskutiert werden, ob Ortsvereine stärker kooperieren oder zusammengelegt werden können / sollen, wie sowohl quartiersbezogene, als auch kommunale und auch Landes-, Bundes- und internationale Politik Eingang in die Diskussion im Ortsverein finden, wie Ortsvereine Neumitglieder gut aufnehmen, wie Ortsvereine weiblicher werden und wie mit Ortsvereinen gute Nachwuchsförderung gestaltet werden kann.</p> <p>5. Die Möglichkeit zur themenorientierten Mitarbeit muss gestärkt werden. Gerade jüngere Menschen sind durchaus bereit, sich politisch zu engagieren, sie wählen dabei oft einen spezifischen thematischen Zugang und kommen darüber in die Gesamtorganisation. Daher muss eine unkomplizierte und themenbezogene Mitarbeit in der SPD ermöglicht werden, die teilweise auch ernsthaft Interessierten offen stehen soll, die noch nicht Mitglied der Partei sind. Hier haben die Jusos bereits viel Erfahrung gesammelt, die es einzubinden gilt.</p> <p>6. Gleichzeitig müssen wir die SPD digitaler machen. Das bedeutet nicht, dass der direkte Austausch untereinander und die Entscheidung in der Partei ersetzt werden. Wir ergänzen die Debatten von Angesicht zu Angesicht um einen digitalen Austausch. Die digitalen Möglichkeiten zur Vernetzung und inhaltlichen Debatte sind in der SPD bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies beginnt bei Fragen der Infrastruktur und der Kommunikation und geht bis zur inhaltlichen Vernetzung. Wir wollen Angebote machen, die ehrenamtliche Arbeit vereinfachen und somit einen konkreten Nutzen für die Mitglieder haben. Dadurch wollen wir die überwiegend positiven Seiten der digitalen Partei greifbar machen, können zudem Zeit und Geld sparen und so für andere Aufgaben in der Partei nutzbar machen.</p> <p>7. Die SPD muss jünger und weiblicher werden. Stattdessen wird sie derzeit im Durchschnitt immer älter. Wir müssen achtsam sein, dass Themen, die junge Menschen bewegen und/oder (relativ) neu sind innerhalb der SPD genug Bedeutung und Beachtung finden. Wir wollen daher den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen wieder stärken, inhaltlich, wie organisatorisch. In der</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Vergangenheit waren es oft die AG 60plus und die Jusos, die ge- meinsam Brücken gebaut haben. Ihre Expertise wird hier gefragt sein. Dabei darf es nicht bei guten Absichten bleiben. Auf allen 5 Ebenen müssen die Jusos angemessen für Ämter und Mandate be- rücksichtigt werden. Dies gilt gleichermaßen für Frauen. Um unse- rem Anspruch als Volkspartei gerecht zu werden und die inhaltliche Arbeit zu bereichern, brauchen wir mehr weibliche Mitglieder und mehr Frauen in Ämtern und Mandaten. Auch in aussichtsreichen 10 Wahlkreisen müssen endlich vergleichbar viele Frauen wie Männer kandidieren. Die öffentlich wahrnehmbaren „Gesichter“ der Partei sind leider auch immer noch überwiegend männlich, mittleren Al- ters und ohne Migrationshintergrund, dies muss sich dauerhaft und strukturell ändern, hin zu einer Parität. Bei diesen Fragen und bei 15 der Frage von Einbindung externer Expertise ist sehr viel mehr als bisher zu beachten: Aufgrund der durch verschiedene Jobs, Fami- lie und viele andere Faktoren notwendigen hohen Mobilität vieler Menschen, müssen wir dringend dafür sorgen, dass es nicht mehr zu den wichtigsten Kriterien für die Übernahme von Ämtern und 20 Mandaten gehört, wie lange jemand schon der Gliederung vor Ort angehört. Fähigkeiten, Engagement und eine hohe Parteibindung gehören zu den Merkmalen, die für Ämter und Mandate qualifizie- ren. Sie lassen sich nicht vornehmlich durch die langjährige Mit- gliedschaft in ein und derselben Gliederung feststellen.</p> <p>8. Die politische und organisatorische Bildungsarbeit muss wieder 25 einen höheren Stellenwert in der SPD bekommen. Unsere Wurzeln sind Arbeiterbildungsvereine, und bis heute gibt es zahlreiche Bil- dungsangebote in der Partei und in befreundeten Organisationen. Doch sie werden nicht mehr flächendeckend angeboten, sind zu wenigen Mitgliedern zugänglich, weil sie entweder nicht bekannt 30 oder nicht bezahlbar sind oder in nicht ausreichendem Umfang angeboten werden. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir möchten, dass unsere ehrenamtlich Aktiven gut geschult sind. So können wir ihnen mehr Sicherheit bei zunehmenden Aufgaben geben, können Sicherheit im Umgang mit den Statuten vermitteln, können effek- 35 tive und wertschätzende Sitzungen in Gliederungen befördern und noch mehr zur differenzierten politischen Diskussion befähigen.</p> <p>9. Mitgliederwerbung und Mitgliederpflege sind für uns immer- währende Aufgabe. Wir haben momentan das Glück, zahlreiche neue Mitglieder für die SPD zu begeistern. Darauf können wir uns 40 nicht ausruhen. Wir müssen neue Mitglieder gewinnen und bereits gewonnene Mitglieder einbinden, um sie zu halten. Daher müssen bereits beschriebene Möglichkeiten der Einbindung, der Beteili- gung und der Schulung geschaffen werden und dabei auch Aspekte der Mitgliedergewinnung und –einbindung eine Rolle spielen.</p> <p>45 10. Eine Partei der Solidarität ist eine Partei der Wertschätzung. Das vergessen wir zu oft. Auch wenn das nur bedingt über eine Organisationsreform zu beeinflussen ist, so wollen wir es mitden- ken und Möglichkeiten finden, die gegenseitige Wertschätzung in unseren eigenen Reihen zu stärken. Dies gelingt dann, wenn wir 50 es selbst vorleben. In unserer Partei muss es künftig wieder mehr um das Erschaffen und Gestalten und weniger um das Verhindern gehen. Wir dürfen trotz der zunehmenden Schnelllebigkeit und der altbekannten Reibung, die bei Diskursen entsteht, nicht vergessen, dass der ganz überwiegende Teil der Genossinnen und Genossen 55 ehrenamtlich aktiv ist und für ihre Arbeit vor allem eins verdient hat: Anerkennung, Respekt und ein Dankeschön für ihren Einsatz für die Sozialdemokratie.</p> <p>Neben diesen Punkten wird die organisationspolitische Kommis- 60 sion die nachfolgenden Vorschläge und Vorhaben ernsthaft prüfen, weiterentwickeln und wenn möglich in ihr Gesamtkonzept einflie- ßen lassen. Aufbauend auf den oben genannten Grundsätzen und Eckpunkten wollen wir in den nächsten Jahren die modernste und beteiligungsorientierteste Partei Deutschlands schaffen und da- 65 durch die wichtigen Inhalte aus der Breite der Partei zusammenfüh- ren und gemeinsam vertreten.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Zur Prüfung in der organisationspolitischen Kommission und gegebenenfalls Übernahme in ein Gesamtkonzept (nicht abschließende Liste):	1
<ul style="list-style-type: none"> • Alle auf diesem Parteitag unterbreiteten organisationspolitischen Vorschläge. 	5
<ul style="list-style-type: none"> • Die organisationspolitischen Vorschläge aus dem Antrag „SPD. Die Beteiligungspartei“ des Parteivorstands vom ordentlichen Parteitag 2015 und die damit zusammenhängenden weiteren Anträge und Änderungsanträge. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Die bereits eingegangenen (oder in einem noch durch die Kommission zu definierenden Zeitraum eingehenden) Vorschläge aus den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung von Ortsvereinen: Rolle der Ortsvereine im Unterbezirk/Kreisverband, Vorschläge für Entwicklungsprozesse (z.B. Zusammenlegungen, Kooperationen, Schulungen für Ortsvereinsvorstände, Vorschläge für Standards zu Sitzungsturnus und Fragen (partei)öffentlicher Sitzungen. 	20
<ul style="list-style-type: none"> • Sammlung, Zusammenstellung und effektive Vermittlung von guten Beispielen im Wahlkampf, bei Mitgliederbeteiligung, Gestaltung von Diskussionprozessen aus verschiedenen Parteigliederungen. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Digitale Unterstützungs-Tools zur Vereinfachung der Arbeit der Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen auf den verschiedenen Ebenen der Partei 	30
<ul style="list-style-type: none"> • dauerhafte digitale Informations-Plattformen 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Diskussionsforen für SPD-Mitglieder zur Entwicklung und Verbreitung von Positionen 	40
<ul style="list-style-type: none"> • SPD-Wiki mit der Möglichkeit, gemeinsam Texte zu erstellen und zu diskutieren (z.B. durch den Ausbau des Tools der Partei-schule) 	45
<ul style="list-style-type: none"> • Beschlusswiki, um getroffene Entscheidungen nachvollziehbar und so weiter nutzbar zu machen 	50
<ul style="list-style-type: none"> • Moodle-Online-Lern-Plattform für die SPD entwickeln 	
<ul style="list-style-type: none"> • Eigenes Tool für Ideenmanagement, eine Art „Betriebliches Vorschlagswesen“ für die SPD mit „Abstimmungstool“, was setzt wer um. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Online-Redaktionen, die ehrenamtliche organisieren und Unterstützung bei Facebook/Social Media Aktivitäten geben (in diesem Zusammenhang auch die Befähigung der Parteigliederungen und einzelner Mitglieder sich gegen digitale Attacken zur Wehr zu setzen) 	60
<ul style="list-style-type: none"> • Digitales Antragsmanagement (smartes Antragsbuch) 	65
<ul style="list-style-type: none"> • Die Stimmungslage der Mitgliedschaft in konkreten Situationen schnell und möglichst repräsentativ erfassen. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Im Falle von Mitgliederbegehren soll eine sichere digitale Teilnahme ermöglicht werden. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Entscheidungsfindung der satzungsgemäßen Gremien flankieren. 	
<p>OA44 <i>Landesverband Rheinland-Pfalz</i></p> <p>Für eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit</p> <p>Der Ausgang der Bundestagswahl und das Ergebnis der SPD waren kein politischer Betriebsunfall. Und schon gar nicht ein einmaliger. Seit mindestens 2009 bleibt die SPD auf Bundesebene hinter ihren selbst gesetzten Zielen zurück. Alleine der Blick auf diese Zeitspanne gibt den deutlichen Hinweis, dass die Problemursachen tiefer liegen müssen, als sie sich mit tagespolitischer Kompetenzbewertung, einer „Laune“ der Wählerinnen und Wähler, der Person der Kanzlerin oder der ihrer sozialdemokratischen Herausforderer erklären ließen.</p>	<p>OA44 <i>Landesverband Rheinland-Pfalz</i></p> <p>Für eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit</p> <p>zurückgestellt bis zur Sitzung der AK am 06.12.17</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die SPD war in ihrer Geschichte immer dann stark, wenn sie sich inmitten gesellschaftlicher Debatten um die Zukunft des Landes mutig, klar, parteiisch und mit Zukunftsoptimismus zu Wort meldete. Und sie war immer dann stark, wenn sie gesellschaftliche</p> <p>5 Herausforderungen breit debattierte und mit Gestaltungsvorschlägen versah. Offensichtlich ist aber genau dies derzeit nicht mehr der Fall.</p> <p>Zu wenige Menschen, die sich damit beschäftigen, wie soziales</p> <p>10 Miteinander, praktische Solidarität und Mitbestimmung im Zeitalter des digitalen Kapitalismus gelingen soll, setzen auf die Sozialdemokratie. Zu wenige Menschen, die die Frage umtreibt, ob Europa auch in Zukunft Friedensmacht sein kann, setzen auf die Sozialdemokratie. Zu wenige Menschen, die darauf setzen, dass Integration gelingt und Rassismus energisch bekämpft wird, die</p> <p>15 sich also dafür engagieren, dass Deutschland ein Land der guten Nachbarn – nach innen und nach außen – ist, setzen auf die Sozialdemokratie.</p> <p>Sie und viele weitere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die die Werte der Sozialdemokratie teilen, muss das Ziel einer Erneuerung der SPD sein. Diese Erneuerung muss auch eine programmatische sein. Sie darf dort nicht Halt machen. Neue Köpfe, neue Formen des Umgangs, des Arbeitens, des Streitens müssen hinzukommen. Auch dazu möchten wir als rheinland-pfälzische SPD Vorschläge unterbreiten.</p> <p>20 Es ist Zeit, die SPD zu erneuern. Wir müssen als Partei programmatisch, personell und organisatorisch stärker werden, um eine prägende Kraft der deutschen Politik bleiben zu können.</p> <p>Mit dem Beschluss zur „Vernetzten Partei“ haben wir uns in Rheinland-Pfalz darangemacht, uns als Landespartei auf die Höhe der Zeit zu bringen. Denn was wir politisch umsetzen, wollen wir auch innerhalb unserer Partei – in der Stadt genauso wie im ländlichen Raum. Wir stehen für eine Partei, die online und offline gleichberechtigt behandelt. Wir wollen Technologie nutzen, um zeitgemäßes Engagement zu ermöglichen. So nehmen wir die Lebensgewohnheiten insbesondere der jüngeren Generation selbstverständlich auf, ohne Altbewährtem seinen Platz zu nehmen. Denn gleichzeitig wollen wir analog präsenter sein denn je. Sei es mit Anpack-Partnerschaften oder Quartierbüros in Stimmbezirken,</p> <p>30 in denen die Rechtspopulisten aktuell besonders stark sind. Wir wollen dauerhaft Vertrauen zurückgewinnen.</p> <p>Intern organisieren wir einen besseren Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie den Gliederungen. Dabei ist unser strategisches Ziel, dass wir Strukturen auf Höhe der Zeitschaffen. Mehr Sichtbarkeit und Erlebbarkeit, online wie offline, sind unabdingbare Faktoren für eine Partei, die lebendig in die Zukunft blickt. Wir brauchen den Teamspirit, der neuen wie bisherigen Mitgliedern Lust macht auf aktives Partei-Engagement.</p> <p>Wir wollen Sympathisanten zu Wählern machen und Wähler zu Mitgliedern unserer Partei. Dabei wollen wir auch jünger, weiblicher und bunter werden. Der Netzauftritt unseres Landesverbands soll dafür die Online-Eingangstür sein. Wir testen aber auch offline neue Möglichkeiten der Mitgliedergewinnung. Zudem leisten wir Grundlagenarbeit, um elementare Daten unserer Mitglieder zu</p> <p>55 ergänzen, von der E-Mail-Adresse über die Telefonnummer bis hin zur aktuellen Postanschrift. In Zukunft wollen wir uns stärker als bisher vernetzen und schaffen hierzu die Möglichkeiten.</p> <p>Digitaler, offener, durchlässiger: Das fordern wir als starker Landesverband auch von der Bundespartei. Es ist Zeit, dass die SPD jetzt den Moment für die entschiedene Erneuerung nutzt.</p> <p>Zentrale Bedeutung hat für uns, dass wir neue Wege der Parteiarbeit testen und einige Pilotprojekte ernsthaft und langfristig etablieren. Das braucht Raum und Zeit –und gleichzeitig schaffen wir schon jetzt eine neue Kultur, indem wir ausprobieren und Beispielen setzen. Wir verharren nicht im Zustand des ewigen Wartens, sondern wir packen es an. Wir möchten dabei keinen Gegensatz zwischen neu und alt, zwischen Stadt und Land, zwischen analog und digital aufmachen. Wir sind dann stark, wenn wir Altbewährtes</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
und Neues als zwei Seiten derselben Medaille verstehen. Wir können Digitalpartei sein und gleichzeitig bewusst unsere Wurzeln als Aktionspartei pflegen.	1
Genau wie viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa steht die SPD in Deutschland vor existenziellen Herausforderungen. Der Blick in andere europäische Länder zeigt, dass es keine Überlebensgarantie für sozialdemokratische Parteien gibt. Die SPD muss sich ein grundlegendes Update verschreiben , wenn wir eine entscheidende politische Kraft bleiben wollen.	5
Die Bundespartei muss deshalb entschiedener als bislang auf digitale und zivilgesellschaftliche Vernetzung setzen:	10
In Hamburg läuft seit einigen Jahren ein Modellversuch mit einem digitalen Bezirk . Es ist Zeit, dieses Experiment auszuwerten und eine Debatte in der gesamten SPD zu führen: Wie können wir mit Blick auf digitale Mitgliedschaften neue Wege gehen, die uns im Kern stärken? Wie können wir diese so ausgestalten, dass sie in Übereinstimmung mit unseren Werten stehen und dem Anspruch, als Partei in der gesamten Gesellschaft präsent zu sein, gerecht werden?	15
Wir brauchen Möglichkeiten, die uns erlauben, Anträge auch digital zu beraten oder kurzfristig ein Meinungsbild der Partei einzuholen. Auch die digitale Ergänzung von Gremiensitzungen oder Parteikonventen kann der richtige Weg sein, um ortsunabhängige Teilnahme zu ermöglichen. Das kann insbesondere Menschen, die aus familiären oder beruflichen Gründen nicht vor Ort dabei sein können, neue Optionen der Teilhabe bieten. Für solche Lösungen brauchen wir durchdachte Ansätze. Wo nötig, sollten wir auch über Satzungsänderungen nachdenken.	20
Digitale Infrastrukturen zur Organisation, Koordination und für Wissensmanagement sind heute alltäglich. Innerhalb unserer Partei laufen wir den Entwicklungen viel zu oft hinterher. Dabei würde es die Arbeit der Hauptamtlichen in ganz Deutschland erleichtern, wenn wir Know-how und Materialien für alle Engagierten leicht zugänglich machen würden. Es macht wenig Sinn, dass jeder Landesverband losgelöst von der restlichen Partei eigene Lösungen entwickelt, von denen andere Landesverbände wenig bis gar nichts wissen. Deshalb sollten wir gemeinsam neue Wege gehen.	25
Wir sollten so viele Routineaufgaben wie möglich zentralisieren, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Dafür muss die Bundespartei stärker als bislang Werkzeuge und Prozesse für die Landesverbände zur Verfügung stellen. Nur so bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für projektbezogenes Arbeiten für die Bürgerinnen und Bürger.	30
In engem Austausch mit Initiativen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort, in Kooperation mit Sozialverbänden und NGOs sollten wir flächendeckend Anpack-Partnerschaften starten. So können sich unsere Mitglieder gezielt dort engagieren, wo sie gebraucht werden. Das vernetzt uns langfristig mit anderen Organisationen, macht uns sichtbar, erlebbar und ansprechbar. Mit Quartierbüros können wir dauerhaft dort Vertrauen zurückgewinnen, wo die Rechtspopulisten aktuell zu viele Stimmen erhalten und die Wahlbeteiligung niedrig ist. Wir wollen Anlaufstelle, Vernetzer und Katalysator vor Ort sein, in Stadtteilen mit hoher Zahl an Arbeitslosen konkrete Alltagshilfe leisten. Anpack-Partnerschaften und Quartierbüros brauchen wir in ganz Deutschland. Sie sind Spiegelbild unseres Markenkerns. In ihnen können wir vermitteln und erlebbar machen, was unsere Politik konkret mit dem Leben der Menschen zu tun hat.	35
Die Erneuerung der SPD ist eine große Herausforderung. Deshalb ist wichtig, dass Bundespartei und Landesverbände an einem Strang ziehen. Wir brauchen die zentrale Koordination von Veränderungsbemühungen in Bund und Ländern. Wir sollten Parteiarbeit gemeinsam neu denken.	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA45 <i>Ortsverein Heidelberg-Altstadt</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Kreisverband Heidelberg (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>5 Programmatische Erneuerung</p> <p>1. Wir begrüßen die Entscheidung, eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU abzulehnen. 2. Unsere Vision ist nicht sichtbar geworden. Ein weiter so nach Beschlusslage wäre fatal. Die SPD wird deshalb die nächsten beiden Jahren vorrangig der programmatischen Erneuerung widmen. Nötig ist die Aktivierung der Mitglieder durch Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung: Die SPD wird in Vorbereitung der Parteitage regionale Fachkonferenzen zu aktuellen politischen Themen durchführen, zu denen alle Mitglieder eingeladen werden. Auf diesen Fachkonferenzen sollen a. sachverständige Referenten vortragen und die Positionen im Hearingverfahren vorstellen; b. Positionspapiere abgestimmt und auch Minderheitspositionen dokumentiert werden. c. Sie sollen durch Fachforen vorbereitet werden, die mitgliederöffentlich tagen. Der Bundesvorstand setzt die Themen fest und sichert die organisatorische Durchführung einschließlich der Finanzierung. Themen müssen jedenfalls sein: i. Wie ist unser Ziel, Wohlfahrt und gutes Leben für alle, erreichbar? ii. Was ist gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Vermögensungleichheit zu tun? iii. Unsere Vorschläge für Steuergerechtigkeit, insbesondere zur Erbschaftssteuer und Unternehmensbesteuerung iv. Wie erreichen wir die Bürgerversicherung? v. Die Zukunft der Sozialversicherung, insbesondere auch die Wiederherstellung der mit den Hartzreformen verlorengegangenen Sicherheit für die Facharbeiterschaft. vi. Unsere Vision für die Vereinigten Staaten von Europa vii. Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit viii. Wie wollen wir gegen die Politikverdrossenheit die direkte Demokratie stärken? ix. Was ist für unser Ziel der Bildungsgerechtigkeit nötig? x. Wie können wir einen innovativen Umweltschutz voranbringen?</p> <p>45 OA46 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für klare linke Politik eintreten!</p> <p>Das Wahlergebnis spricht eine klare Sprache: Die Große Koalition wurde abgewählt. Auch wir wollen nicht in einer Großen Koalition weitermachen. Nach vier Jahren teilweise fauler Kompromisse ist es jetzt Zeit für die SPD, wieder zu ihren Grundwerten zurückzukehren und die Menschen für ihren Entwurf von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu gewinnen. Die Große Koalition hat zu einem Erstarken des rechten Randes geführt. Rassistischen Hetzer*innen im Bundestag dürfen wir nicht die Oppositionsführung überlassen. Sie haben den politischen Diskurs bereits viel zu sehr bestimmt. Deswegen liegt jetzt die Verantwortung der SPD darin, echte, linke Alternativen zu einer voraussichtlich konservativen und wirtschaftsliberalen Regierungspolitik</p>	<p>OA45 <i>Ortsverein Heidelberg-Altstadt</i> <i>Kreisverband Heidelberg</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Programmatische Erneuerung</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDERneuern</p> <p>OA46 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für klare linke Politik eintreten!</p> <p>Erledigt durch Handeln</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
aufzuzeigen und im Hinblick auf die nächste Wahl Mehrheiten für eine progressive, linke Politik zu organisieren.	1
Wir begrüßen deshalb die Absage des Bundesvorstandes an eine neue Große Koalition. Diese Absage muss auch im Falle drohender Neuwahlen gelten, sollte keine „Jamaika“-Koalition zustande kommen, oder für den Fall, dass die Union die Kanzlerin auswechselt, um der SPD den Einstieg in die Große Koalition zu erleichtern. Auch nach einem möglichen Scheitern einer Koalition aus Union, Grünen und FDP im Laufe der Legislaturperiode muss gelten: Die SPD nimmt in dieser Legislaturperiode keine Verhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition auf und führt die Opposition im neuen Bundestag an. Folgende Überlegungen stehen dabei im Mittelpunkt:	5
<ul style="list-style-type: none"> • Eine große Koalition muss bei der Bildung einer Regierung eine Ausnahme darstellen. Die dritte Große Koalition in zwölf Jahren würde diese Ausnahme zu einer Regel werden lassen. Dies würde die Opposition weiter degradieren und marginalisieren – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Parteiensystem, die Vertretung der Parteien und die politische Kultur. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Aus dem Wahlergebnis vom 24.09. leiten wir ab, dass eine Mehrheit der Wähler*innen eine weitere Regierungsbeteiligung der SPD nicht wünscht. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Träte die SPD in dieser Legislaturperiode in die Regierung ein, würde die AfD stärkste Oppositionspartei. Die Opposition würde von einer rechtsradikalen Partei angeführt. Das kann und darf die SPD nicht zulassen. 	20
<ul style="list-style-type: none"> • Die Reaktionen auf die Nominierung von Martin Schulz haben gezeigt, dass viele Menschen hungrig sind auf eine neue Politik: emanzipatorisch, europäisch, weltoffen. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Und das können wir nur in der Abgrenzung von einer Regierung, die europäische Errungenschaften in Frage stellt, nicht als Teil einer solchen. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • In diesem Jahr sind viele Menschen unserer Partei beigetreten – zuletzt fast tausend in der Wahlnacht. Diesen Schritt haben sie auch getan, weil sie eine weitere Kanzlerschaft der Union unter unserer Regierungsbeteiligung ablehnen. Sie bereichern unsere Partei mit frischen Ideen und beleben die Art und Weise, wie wir in der SPD diskutieren. Diesen Menschen wollen wir eine politische Heimat sein. 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Wir haben in den letzten Jahren im Bund und in vielen Ländern regiert, wir haben sozialdemokratische Inhalte durchgesetzt, wir haben Debatten geprägt. Dennoch sind unsere Gestaltungsoptionen eingeschränkt wie selten, sind unsere Wahlergebnisse nicht die, die wir für uns beanspruchen. Opposition ist in dieser Situation nicht „Mist“, sondern die einzig rationale Entscheidung. 	35
Die Geschichte hat immer gezeigt, dass die SPD an der Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung stehen muss: gleiche Rechte für Männer und Frauen, die menschlichere Gestaltung der Arbeitswelt, die Überwindung von Grenzen und die Verbesserung der Lebenswirklichkeit aller Menschen. All das haben wir erreicht, daran müssen wir anknüpfen! Wir haben eine Verantwortung, die wir nur dann übernehmen können, wenn wir uns nicht weiterhin durch eine Beteiligung an der großen Koalition marginalisieren lassen.	40
Die voraussichtlich letzte Amtszeit der Kanzlerin wird nicht die Zeit sein, die dafür notwendigen Debatten aus der Regierung heraus zu führen – wir werden und wollen die gesellschaftliche Veränderung vorantreiben, die die Konservativen nicht unterstützen. Wir wollen die Opposition! Alleine mit dem Gang in die Opposition wird die SPD jedoch verlorene Glaubwürdigkeit nicht wieder zurückholen können. Dies kann nur mit einem echten Neuanfang funktionieren – sowohl in inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht.	45
Wir wollen für unseren Gesellschaftsentwurf Mehrheiten finden und nicht unsere Programmatik nach mutmaßlichen Mehrheiten und dem größtmöglichen Konsens mit der Union ausrichten. Unsere linken, progressiven Ideen werden wir nur mit Gesicherten	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 glaubwürdig vertreten können, die nicht untrennbar mit der Agenda-Politik und/oder der Großen Koalition und ihren Kompromissen verbunden sind. Dies muss sich bei den anstehenden Wahlen in der Fraktion und der Partei widerspiegeln.</p> <p>5 Vom Parteivorstand muss deshalb über den Ausschluss einer Großen Koalition hinaus ein klares Signal ausgehen, dass Konsequenzen aus dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden und die Verantwortung für diese Niederlage übernommen wird. Der</p> <p>10 SPD muss es bei den Parteivorstandswahlen im Dezember gelingen, das Signal eines echten Neuanfangs zu senden.</p> <p>Der neue Vorstand muss der unverzichtbaren personellen und inhaltlichen Neuaufstellung der SPD gerecht werden und darf in seiner Gesamtheit nicht als untrennbar verbunden mit den Agenda- und GroKo-Zeiten empfunden werden. Die Neuwahl des Vorstands sowie der Prozess der Neuaufstellung der SPD müssen mit breitestmöglicher Mitgliederbeteiligung stattfinden. Dazu gehört auch die Urwahl des Parteivorsitzes, beispielweise ähnlich Labour in Großbritannien.</p> <p>20</p>	
<p>OA47 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p>	<p>OA47 <i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i></p>
<p>25 Vielfalt sichtbar machen – Bausteine für das SPD Arbeitsprogramm</p>	<p>Vielfalt sichtbar machen – Bausteine für das SPD Arbeitsprogramm</p>
<p>30 Das historisch schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl ist ein Warnschuss für die deutsche Sozialdemokratie. Will sie nicht den Weg europäischer Schwestern in die Bedeutungslosigkeit folgen, muss sie sich ändern. Der verschleppte Neuanfang nach drei deutlichen Niederlagen muss nun konsequent und tabulos</p> <p>35 angegangen werden. Inhaltlich, personell und strukturell. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Einwanderungsgesellschaft beim Neuanfang mitbedacht wird. In der SPD gibt es zahlreiche Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte bzw. Mitglieder, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern nach</p> <p>40 Deutschland gekommen sind. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es aber auch in der SPD eine Repräsentationslücke. Wir wollen uns stärker öffnen und gezielt um Mitglieder mit Migrationsbiographie werben. Denn es sind die jungen Menschen, die Frauen und Personen mit Migrationsbiographie, die über die</p> <p>45 Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie entscheiden werden. Die SPD muss vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben. Für das Arbeitsprogramm der SPD, das beim Bundesparteitag im Dezember 2017 beschlossen werden soll, fordern wir folgende Punkte:</p>	<p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>50 1. Die SPD wirbt gezielt um junge Menschen aus Vielfalt-Familien. Auf die Mitgliedschaft kommt es an! Aus diesem Grund ist sowohl der SPD-Bundesvorstand gefragt als auch jede Gliederung – vom Ortsverein bis zum Landesvorstand. Der Bundesvorstand geht mit gutem Beispiel vor und schafft eine „stille Sichtbarkeit“ in seinen Materialien. Dadurch wird die Normalität von Vielfalt unterstrichen. Die Gliederungen werden ermuntert bei ihrer Neumitgliederwerbung gezielt Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsbiographie für die sozialdemokratische Idee zu gewinnen. Angelehnt an die Mitglieder-Werbekampagne der Berliner SPD „Eine für alle: SPD Berlin“ wird auf Bundesebene eine Kampagne aufgesetzt.</p>	
<p>65 2. Die SPD veranstaltet einen Fachkongress Interkulturelle Öffnung. Der SPD-Bundesvorstand veranstaltet einen Fachkongress zur Interkulturellen Öffnung der SPD. Hier soll mit den Landesverbänden zusammen, Vorschläge zur Interkulturellen Öffnung in Zusammenarbeit mit der Fachwelt und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft erarbeitet und der Prozess zur Öffnung in die Fläche ausgerollt werden.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>3. Die SPD bietet ein Mentoringprogramm für Mitglieder mit Migrationsbiographie an. Die Jusos und die ASF machten es vor: Mentoring ist ein erfolgreiches Qualifizierungs- und Vernetzungsmittel aus dem Bereich des Empowerments. Die Landesverbände werden ermuntert in Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt ein Mentoringprogramm anzubieten.</p>	1 5
<p>4. Die SPD richtet einen Beirat für Vielfalt ein. Mit einem Beirat für Vielfalt wollen wir Führungspersonen aus traditionellen Migrant*innenorganisationen und den „Neuen deutschen Organisationen“ und Einzelpersonen aus den verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der AG Migration und Vielfalt ein bis zwei Mal im Jahr mit der engen Parteiführung an einen Tisch bringen. Mithilfe des Beirats sollen die externen Mitglieder die Möglichkeit bekommen, Forderungen und neue Impulse direkt an die SPD heranzutragen. Sie sollen sich jedoch gleichzeitig darauf einlassen, stärker für die Ideen der Sozialdemokratie einzustehen.</p>	10 15 20
<p>OA48 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Für eine Revitalisierung und Stärkung der Basis – für mehr innerparteiliche Demokratie</p> <p>Die parlamentarische Demokratie lebt davon, dass es eine enge, durch gute Kommunikation geprägte Verbindung zwischen der Bevölkerung und den Parteien gibt. Diese Kommunikation war in den letzten Jahren und Jahrzehnten einem Wandel unterlegen, der vielen Menschen das Gefühl vermittelt hat, dass sie nur noch zum Wählen alle vier bzw. fünf Jahre gebraucht werden, ansonsten aber sehr wenig bis gar keinen direkten – nicht über Medien vermittelten – Kontakt zu den Parteien, geschweige denn deren Entscheidungsträgern/-innen haben.</p> <p>Die Gründe dafür sind vielfältig: Ein immer höher gewordener Grad der Professionalisierung im politischen Bereich, sprachliche Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung, hohe Komplexität von Problemen und Fragen, die oftmals dazu führen, dass Menschen – egal, ob sie Mitglieder unserer Partei sind oder nicht – sich nicht in der Lage fühlen, sich in Diskussionen einzubringen.</p> <p>Auch die SPD hat diese Entwicklung gespürt, nicht nur anhand schlechter Wahlergebnisse, sondern auch in dem Verlust von Parteimitgliedern und in einer zunehmenden Passivität der Basis, die Diskussionen und Entscheidungen den Funktionären/-innen in den verschiedenen Gremien unserer Partei weitestgehend überlassen hat.</p> <p>Gerade die SPD als „Bollwerk der Demokratie“ muss sich gegen diese Entwicklungen stellen, wenn sie das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen will. Die SPD muss in den nächsten Jahren die Partei sein, die den Menschen signalisiert: Wir sehen und hören euch, mit euren Fragen und Problemen, aber auch mit euren Ideen und eurer Tatkraft. Bei uns könnt Ihr all das einbringen.</p> <p>Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss zunächst die Basis unserer Partei im innerparteilichen Meinungsbildungsprozess gestärkt werden. Hierfür sind neben der demokratischeren Gestaltung des Bundesparteitags folgende Änderungen notwendig:</p> <p>1. Aufwertung des ehrenamtlichen Engagements: Bisher ist es oftmals so, dass die einfachen, ohne Funktion in einem Parteigremium oder ohne Mandat, aktiven Mitglieder unserer Partei an inhaltlichen Diskussionen auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund) zu wenig oder zu spät beteiligt werden. Ihnen fehlt es oft an Informationen zu wichtigen Themen, aber auch zu Abläufen von</p>	<p>OA48 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Für eine Revitalisierung und Stärkung der Basis – für mehr innerparteiliche Demokratie</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
	25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Entscheidungsfindungen. Dies muss geändert werden, indem alle Mandatsträger/innen sicher stellen und von ihrer jeweiligen Basis auch darauf verpflichtet werden, dass relevante Informationen bis zu den Ortsvereinen durchdringen und dort mit genügend Zeit be-</p> <p>5 handelt werden können.</p> <p>2. Nicht Jede/r muss sich immer für alles interessieren: Die inhaltliche Mitarbeit an bestimmten Themen muss niederschwelliger werden. Dies ist zum einen möglich durch die verstärkte Nutzung von Internetforen für diesen Zweck. Aber auch auf lokaler, ortsvereinsübergreifender Ebene können sich Parteimitglieder und SPD-Sympathisanten/-innen zu offenen Gruppen zusammenschließen, die bestimmte Themenfelder bearbeiten. Wichtig dabei ist, dass die Arbeit dieser Foren bzw. Gruppen über die Ortsvereine wiederum transparent und für die allgemeine Diskussion und Willensbildung zugänglich gemacht wird.</p> <p>15 3. Stärkung thematischer Kompetenzen an der Basis: Genauso wie es für unsere Parteimitglieder Schulungen im Bereich politischer Organisation und Kommunikation gibt, so muss auch wieder die inhaltliche Beschäftigung mit für sozialdemokratische Politik wichtigen Themen verstärkt werden.</p> <p>20 4. Verstärkte Nutzung von Mitgliederbefragungen/Abschaffung des Parteikonvents: Diskussionen müssen auch zu Entscheidungen geführt werden, die von einer möglichst breiten Basis getragen werden, um diese dann wiederum gut und voller Überzeugungskraft nach außen vertreten zu können. Ort dieser inhaltlichen Entscheidungen sind die mindestens jährlichen stattfindenden Parteitage. Daneben muss die Mitgliederbefragung als reguläres Entscheidungsmittel, insbesondere für grundlegende inhaltliche Fragen, ausgeweitet werden. Das würde die Gremien unserer Partei dazu zwingen, im Vorfeld Informationen und Standpunkte allen Mitgliedern unserer Partei so zu vermitteln, dass Diskussionen auf einer guten Basis geführt und fundierte Entscheidungen getroffen werden, die die Partei als Ganzes mitnimmt.</p> <p>35 5. Sprache und Diskussionskultur: Es liegt in der Natur der arbeitsteiligen Welt, dass sich in verschiedenen professionellen Gebieten eigene Fach-Sprachen entwickeln. Dies gilt auch für die Politik. Allerdings handelt es sich bei der Politik um einen Bereich, der die Lebenswelt der gesamten Gesellschaft betrifft. Hier ist es für die Demokratie ein großes Problem, wenn mit der Sprache großen Teilen der Bevölkerung das Gefühl vermittelt wird, dass die Politik ein Bereich ist, den sie nicht verstehen, geschweige denn etwas, an dem sie teilhaben können und sollen. In unserer Partei kann an diesem Punkt in mehrfacher Hinsicht gearbeitet werden:</p> <p>40 • Wir müssen willens und in der Lage sein, die Politik unserer Partei in einer Sprache zu vermitteln, die verstanden wird und uns mit den Bürgern/-innen ins Gespräch kommen lässt. Wenn dazu spezielle Schulungen von Nöten sind, so müssen diese angeboten und wahrgenommen werden.</p> <p>50 • Auch innerhalb der Partei darf ein großer Teil der Basis nicht schon allein durch die Sprache abgehalten werden, sich zu beteiligen. Von den professionell in der Politik Tätigen in den Gremien muss das Signal der Offenheit ausgehen, u. a. indem sich Zeit für Erklärungen genommen wird und Redezeiten nicht nur geübt (politischen) Rednern/-innen überlassen wird.</p> <p>55 60 Wenn wir unsere Demokratie stärken wollen, dann muss die SPD entschieden dafür eintreten, dass sie Politik für Viele – und dem vorausgehend mit Vielen – macht. Die SPD muss die Aufgabe annehmen, komplexe Diskussionen und Entscheidungen für so viele Menschen wie möglich übersetzbar zu machen. Dies beginnt zual-</p> <p>65 lererst an unserer eigenen Basis, die revitalisiert und gestärkt werden muss.</p> <p>Der Parteivorstand gründet für diese und andere Reformvorhaben eine Kommission, die Delegierte, Arbeitsgemeinschaften und</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Funktionäre/-innen in jeweils angemessenem Umfang berücksichtigt.	1
OA49 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i>	5
Kümmererstrukturen in der SPD ausbauen	10
Wir fordern, dass in der SPD der Aufbau von ehrenamtlichen, Orts- bzw. stadtteilbezogenen, zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen („Kümmererstrukturen“) etwa zur Rechtsberatung, Nachhilfe, Unterstützung im Behördenverkehr usw. stärker unterstützt wird. Der Parteivorstand wird aufgefordert,	15
<ul style="list-style-type: none"> • bestehende Projekte in der Mitgliedschaft und aus anderen zivilgesellschaftlichen Kontexten zu sammeln und zugänglich zu machen, • Best-Practice-Projekte aufzuzeigen, • Hilfestellungen in Form von Material, Ideen und rechtlicher Beratung für die Umsetzung solcher zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen bereitzustellen, • Ansprechstellen im WBH zu schaffen, um Mitglieder in der organisatorischen Umsetzung zu unterstützen. 	20
Dabei sollte mit AWO, Mieterverein, Gewerkschaften und ACE besprochen werden, wie solche „Kümmererstrukturen“ besser verzahnt werden können.	25
Den Gliederungen wird empfohlen, Neumitglieder in Zukunft nach bestehendem zivilgesellschaftlichem Engagement sowie ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zu befragen, in solchen zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen mitzumachen.	30
Im Parteivorstand wird eine Beauftragte oder ein Beauftragter zum Aufbau solcher „Kümmererstrukturen“ benannt. Alle diese Maßnahmen sollen helfen, das Augenmerk der Gliederungen stärker auf solche Aktivitäten zu richten und diese so ermöglichen und unterstützen.	35
	40
OA50 <i>Ortsverein Bielefeld-Stadtmitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	45
Kommunikation der Wahlinhalte : „Soziale Gerechtigkeit“	50
Die Bundesvorstand der SPD wird beauftragt innerhalb eines Jahres ein Strategiepapier auszuarbeiten, in der die Kommunikation unserer Parteieinhalte – gerade im Bereich „soziale Gerechtigkeit“ – optimiert wird, da wir es bei der aktuellen Bundestagswahl nicht geschafft haben, diese Inhalte bei den Menschen zu adressieren.	55
OA51 <i>Ortsverein Duisburg-Meiderich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	60
Neuausrichtung der Partei	65
1. Die Entscheidung, die Rolle der Oppositionsführung anzunehmen, wird ausdrücklich befürwortet, bietet sie doch Gelegenheit, die bisherige Politik zu Überdenken und notwendige Korrekturen einzuleiten.	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Die Partei muss ihre sozialpolitische Ausrichtung korrigieren und die soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.</p> <p>5</p> <p>OA52 <i>01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)</i></p> <p>10 <i>Alter Wein in alten Schläuchen? – Endlich mehr Verantwortung für neue, junge Persönlichkeiten!</i></p> <p>15 Die SPD hat bei dieser Bundestagswahl ihr schlechtestes Ergebnis seit der Gründung der Bundesrepublik eingefahren. Die Partei hat 500.000 Wählerinnen und Wähler an die menschenverachtende AfD verloren. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Der von Martin Schulz angekündigte Neuanfang muss auch tatsächlich</p> <p>20 eingeleitet werden. Die Mitglieder der Unterbezirks-, Kreis-, Bezirks- und Landesvorstände sowie des Bundesvorstands werden aufgefordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine offene Diskussion über das aktuelle Führungspersonal zu organisieren, die sich sachlich mit den notwendigen personellen 25 Veränderungen auseinandersetzt. • sich bei der Besetzung von Positionen auf allen Ebenen für eine personelle und strukturelle Neuaufstellung der SPD einzusetzen, die nach innen und außen sichtbar und inhaltlich spürbar ist. • einen Prozess einzuleiten, der mehr neue, junge Persönlichkeiten mittelfristig nach vorn stellt, die nicht seit langem Teil der Regierung oder der Parteispitze sind und so glaubwürdig für die 30 Zukunft der Sozialdemokratie stehen können. • innerparteiliche Beteiligungsstrukturen attraktiver, integrativer, flexibler und durchlässiger zu gestalten, um neue und alte Mitglieder langfristig zu aktivieren und zu binden. 35 	<p>OA52 <i>01/15 Gesundbrunnen (Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>Alter Wein in alten Schläuchen? – Endlich mehr Verantwortung für neue, junge Persönlichkeiten!</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>OA53 40 <i>07/02 Mariendorf (Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>Erneuerung braucht Programm Keine Erneuerung ohne ein neues Grundsatzprogramm Was heißt 55 sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert?</i></p> <p>60 80 Prozent der Menschen meinen, die SPD sagt nicht genau, was sie für soziale Gerechtigkeit tun will. 59 Prozent sagen, mir ist nicht klar, wofür die SPD steht.</p> <p>Eine programmatische Erneuerung braucht einen klaren programmatischen Kurs. Das Hamburger Grundsatzprogramm bietet dafür</p> <p>55 keine ausreichende Orientierung und keinen sozialdemokratischen Kompass. Das hat Gründe. Mit dem Schröder-Blair-Papier von 1999 versuchte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sich vom sozialistischen Berliner Grundsatzprogramm zu lösen.</p> <p>Die sozialdemokratische Regierungspolitik in der Hochzeit des</p> <p>60 Neoliberalismus stand wenig im Einklang mit der grundsätzlichen programmatischen Ausrichtung der SPD. Um diesen Widerspruch aufzulösen wurde der Ruf nach einem neuen Grundsatzprogramm laut. Verabschiedet wurde das neue Grundsatzprogramm schließlich 2007 auf dem Hamburger Parteitag. Als wichtigste Kontroverse bleibt vom Hamburger Programm die Debatte in Erinnerung, ob</p> <p>65 der demokratische Sozialismus als Ziel gestrichen wird.</p> <p>Ein Jahr später brach die Weltwirtschaftskrise aus und das Grundsatzprogramm war nicht mehr das Papier wert, auf dem es stand.</p>	<p>OA53 <i>07/02 Mariendorf (Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>Erneuerung braucht Programm Keine Erneuerung ohne ein neues Grundsatzprogramm Was heißt 55 sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert?</i></p> <p>zurückgestellt bis zur Sitzung der AK am 06.12.17</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Warum? Wegen solcher Sätze: „Wir wollen die Potentiale der Kapitalmärkte für qualitatives Wachstum nutzen“. Beispielhaft für die fehlende Orientierung die das Programm aufzeigt, ist die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen. Es gibt gute Gründe das bedingungslose Grundeinkommen abzulehnen, doch es fehlt dem Hamburger Programm an einem sozialdemokratischen Modell für eine menschenwürdige soziale Grundsicherung.	1
Während die bisherigen Grundsatzprogramme als Sternstunden der Sozialdemokratie gelten können und noch heute Zitate für uns liefern, enthält das Hamburger Programm eine weichgespülte Politsprechprosa, die sich zu großen Teilen nicht von den Grundsatzprogrammen der anderen Parteien unterscheidet. Insbesondere bietet es keine klaren Ziele, keine Orientierung, sondern ist selbst Ausdruck der sozialdemokratischen Orientierungslosigkeit Anfang dieses Jahrhunderts. Es zeigt nicht den Weg auf, wo wir in zehn oder zwanzig Jahren in unserer Gesellschaft stehen wollen. Das ist kein singuläres Problem der deutschen Sozialdemokratie, sondern vor dieser gleichen Herausforderung stehen ebenfalls die anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa.	5
Wir müssen mutiger, linker und radikaler werden! Wir können erklären, was wir in den nächsten vier Jahren erreichen wollen. Wir können aber nicht erklären, wohin die Reise in den nächsten zehn, zwanzig Jahren gehen soll. Gerade in der Auseinandersetzung mit der Linken geraten wir dadurch in eine permanente programmatische Defensive.	10
Wir brauchen ein Programm, das Orientierung bietet und der Kompass für unsere Politik darstellt. Dazu bedarf es einer klaren und modernen Kapitalismusanalyse. Wir müssen Antworten finden:	15
<ul style="list-style-type: none">• Wie wir die Arbeitswelt im digitalen Kapitalismus gestalten wollen.	20
<ul style="list-style-type: none">• Mit welcher Strategie wir gegen das europaweite Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften vorgehen wollen.	25
<ul style="list-style-type: none">• Wie ein sozialdemokratisches Konzept einer menschenwürdigen sozialen Grundsicherung aussehen soll.	30
<ul style="list-style-type: none">• Wie die soziale Frage nicht gegen emanzipatorische und inklusive Gesellschaftspolitik ausgespielt werden kann.	35
<ul style="list-style-type: none">• Wie die Errungenschaften in der Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik als politische Standards gehalten und ausgebaut werden können.	40
<ul style="list-style-type: none">• Wie eine friedliche Welt jenseits von Aufrüstung, ziviler Krisenprävention, ungleicher Verteilung von Reichtum aussehen kann.	45
<ul style="list-style-type: none">• Wie angesichts von Klimawandel und Grenzen des Wachstums global vernetztes Wirtschaften gestaltet und reguliert werden muss.	50
Diskurs wagen Wir brauchen den Diskurs mit den emanzipatorischen Kräften in unserer Gesellschaft, mit den Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen, Kulturschaffenden, den sozialen Bewegungen. Der inner- und außerparteiliche Diskurs darüber, was unsere sozialdemokratischen Ziele und Projekte sind, für die wir stehen und für die wir die Menschen begeistern möchten, ist genauso wichtig, wie das Programm am Ende selbst.	55
OA54 <i>Ortsverein Moers-Kapellen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	
Koalitionen Die Bundestagsfraktion der SPD möge aufgefordert werden, falls die Wahlergebnisse es zulassen, die Möglichkeit einer Rot-Rot-Grünen Regierung in Erwägung zu ziehen. Die Bundestagsfraktion	
	OA54 <i>Ortsverein Moers-Kapellen</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>
	Koalitionen
	Erledigt

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 der SPD möge aufgefordert werden, die Koalition „Rot-Rot-Grün“ als Alternative zur „GroKO“ zur Diskussion zu stellen.</p>	
<p>5 OA55 <i>Unterbezirk Rhein-Erft (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Oppositionsrolle im 19. Deutschen Bundestag annehmen</p> <p>10 Die SPD wird in der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Aufgabe der Opposition annehmen. Es gehört zur staatspolitischen Verantwortung, die wichtige Aufgabe der Opposition im Parlament nicht populistischen und zum Teil nationalsozialistischen Kräften zu überlassen.</p>	<p>OA55 <i>Unterbezirk Rhein-Erft (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Oppositionsrolle im 19. Deutschen Bundestag annehmen</p> <p>Erledigt durch Handeln</p>
<p>20 OA56 <i>Ortsverein 6 - Eversten (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>keine GroKo 2017</p> <p>25 Wir lehnen eine weitere Große Koalition auf Bundesebene entschieden ab und fordern den Parteivorstand auf, diese ebenfalls entschieden abzulehnen.</p>	<p>OA56 <i>Ortsverein 6 - Eversten (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>keine GroKo 2017</p> <p>Erledigt durch Handeln</p>
<p>30 OA57 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> 35 <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Ortsverein Leipzig-Altwest (Landesverband Sachsen)</i> 40 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Einführung von online-organisierten Themenforen</p> <p>45 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politikbereichen (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied einsehen darf. Jedes Themenforum entscheidet für sich, wieviele Unterforen eingerichtet werden und auch, inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt oder unbeschränkt für Nicht-Themenforenmitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder öffnet.</p> <p>55 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konferenzen, Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.</p> <p>60 Die Themenforen, nicht aber die Unterforen, sind antragsberechtigt für den Bundesparteitag und stellen Delegierte für den Bundesparteitag, die innerhalb der Foren bestimmt werden. Der Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit, die die Themenforen in organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen.</p> <p>65 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch und konzeptionell umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.</p>	<p>OA57 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Calw</i> <i>Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Ortsverein Leipzig-Altwest</i> <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Einführung von online-organisierten Themenforen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>OA58 <i>Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen)</i></p> <p>Einführung von online-organisierten Themenforen</p> <p>Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch und konzeptionell umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.</p>	<p>OA58 <i>Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen)</i></p> <p>Einführung von online-organisierten Themenforen</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA57</p>
<p>OA59 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>Die SPD verfügt seit Langem über viele gute Instrumente zur Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Partei. Diese Instrumente wurden hart erkämpft und sind nach wie vor wichtig und erfolgreich: Durch Frauenquote und Reißverschluss bei Wahllisten konnte der Frauenanteil in den Vorständen aller SPD-Gliederungen sowie in den Fraktionen der SPD auf allen Ebenen signifikant erhöht werden.</p> <p>Wir müssen jedoch feststellen, dass das Gesicht der SPD im Gegensatz zu unseren politischen Mitbewerbern trotzdem immer noch vorwiegend männlich geprägt ist und so auch von Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird. Auch in der breiten Mitgliedschaft ist die Geschlechterparität noch lange nicht erreicht – nur 32 Prozent aller SPD-Mitglieder sind Frauen. Das zeigt, dass trotz unseres fortschrittlichen politischen Programms die Gleichstellung innerhalb unserer eigenen Partei immer noch etwas ist, an dem wir kontinuierlich arbeiten müssen und uns nicht zurücklehnen dürfen. Mit den richtigen organisationspolitischen Instrumenten sind wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung gemacht worden. Diese Instrumente müssen aber über ihren Beschluss hinaus mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Partei. Wir müssen es als Partei schaffen, eine Kultur des Zusammenarbeitens und des gemeinsam Politikmachens zu leben, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. Dieser Kulturwandel muss sich auf allen Ebenen der Partei vollziehen und er erfordert harte Arbeit.</p> <p>Wir fordern den SPD-Parteivorstand daher auf, einen Verhaltenscodex für mehr Gleichberechtigung in der Partei zu erarbeiten, diesen den Gliederungen und Gremien zur Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen. Ein solcher Verhaltenscodex soll die gleichstellungspolitischen Erfolge durch eine Kultur der Gleichberechtigung verstärken. Ein Verhaltenscodex soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt, angesprochen und sanktioniert werden. • Es geht um Wertschätzung jede/r einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringen. Dazu gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen. Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben betraut werden. 	<p>OA59 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA60</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht. Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich paritätisch besetzt werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei wahrgenommen werden, den sie ausmachen. Frauen müssen in allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden.</p> <p>5 • Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement gelingt. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen und wo das nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit wenige Zeit einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist, muss die Betreuung von Kindern bei Parteiveranstaltungen sichergestellt werden. Damit in Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen stärker in Diskussionen einbezogen werden.</p> <p>10 • Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die Übernahme eines Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Das macht das Engagement für die Sozialdemokratie attraktiver! Die Parteischule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen in der SPD machen, die ortsnahe und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise:</p> <p>15 • Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort</p> <p>20 • Inklusive Veranstaltungsorganisation</p> <p>25 • Wertschätzend Kommunizieren</p> <p>30 • Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen</p> <p>35 • Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-Gliederung</p> <p>40</p>	
<p>OA60 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>45 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>50 Die SPD verfügt seit Langem über viele gute Instrumente zur Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Partei. Diese Instrumente wurden hart erkämpft und sind nach wie vor wichtig und erfolgreich: Durch Geschlechterquote und Reißverschluss bei Wahllisten konnte der Frauenanteil in den Vorständen aller SPD-Gliederungen sowie in den Fraktionen der SPD auf allen Ebenen signifikant erhöht werden.</p> <p>55 Wir müssen jedoch feststellen, dass das Gesicht der SPD im Gegensatz zu unseren politischen Mitbewerbern trotzdem immer noch vorwiegend männlich geprägt ist und so auch von Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird. Auch in der breiten Mitgliedschaft ist die Geschlechterparität noch lange nicht erreicht – nur 32 Prozent aller SPD-Mitglieder sind Frauen, in manchen Landesverbänden sogar noch deutlich weniger. Das zeigt, dass trotz unseres fortschrittlichen politischen Programms die Gleichstellung innerhalb unserer eigenen Partei immer noch etwas ist, an dem wir kontinuierlich arbeiten müssen und uns nicht zurücklehnen dürfen.</p> <p>60 Mit den richtigen organisationspolitischen Instrumenten, beschlossen unter dem Stichwort „Die SPD muss weiblicher werden“ auf</p> <p>65</p>	<p>OA60 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
den ordentlichen Bundesparteitagen 2011 und 2013, sind wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung gemacht worden. Diese Instrumente müssen aber über ihren Beschluss hinaus mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Partei. Wir müssen es als Partei schaffen, eine Kultur des Zusammenarbeitens und des gemeinsamen Politikmachens zu leben, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. Dieser Kulturwandel muss sich auf allen Ebenen der Partei vollziehen und er erfordert harte Arbeit.	1 5
Wir fordern den SPD-Parteivorstand daher auf, einen Verhaltenskodex für mehr Gleichberechtigung in der Partei zu erarbeiten, diesen den Gliederungen und Gremien in einer ansprechenden Form zur Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen. Dabei müssen die Vorstände auf allen Ebenen der Partei aktiv beteiligt werden. Ein solcher Verhaltenskodex soll die gleichstellungspolitischen Erfolge durch eine Kultur der Gleichberechtigung verstärken. Ein Verhaltenskodex soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:	10 15
<ul style="list-style-type: none"> • Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt, angesprochen und sanktioniert werden. 	20
<ul style="list-style-type: none"> • Es geht um Wertschätzung jedes/r Einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringt. Dazu gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen. Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben betraut werden. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht. Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich paritätisch besetzt werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei wahrgenommen werden, die sie ausmachen. Frauen müssen in allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden. 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere Vereinbarkeit von familiärem, beruflichem und ehrenamtlichem Engagement gelingt. Es geht darum, Sitzungen und Aktionen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen und wo das nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit wenig Zeit einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist, muss die Betreuung von Kindern bei Parteiveranstaltungen sichergestellt werden. Damit in Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen stärker in Diskussionen einbezogen werden. 	35 40 45
<ul style="list-style-type: none"> • Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Das macht das Engagement für die Sozialdemokratie attraktiver! Die Parteischule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und Funktionsträger/innen in der SPD machen, die ortsnahe und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise: 	50
<ul style="list-style-type: none"> • Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort • Inklusive Veranstaltungsorganisation • Wertschätzend kommunizieren • Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen • Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-Gliederung 	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA61 <i>Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen)</i></p> <p>5 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, einen Verhaltenscodex für mehr Gleichberechtigung in der Partei zu erarbeiten, diesen den Gliederungen und Gremien zur Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen. Ein solcher Verhaltenscodex soll die gleichstellungspolitischen Erfolge durch eine Kultur der Gleichberechtigung verstärken. Ein Verhaltenscodex soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> 15 • Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt, angesprochen und sanktioniert werden. • Es geht um Wertschätzung jede/r einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringen. Dazu gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen. Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben betraut werden. 20 • Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht. Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich paritätisch besetzt werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei wahrgenommen werden, den sie ausmachen. Frauen müssen in allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden. 25 • Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement gelingt. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen und wo das nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit wenige Zeit einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist, muss die Betreuung von Kindern bei Parteiveranstaltungen sichergestellt werden. Damit in Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen stärker in Diskussionen einbezogen werden. 30 • Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die Übernahme eines Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Das macht das Engagement für die Sozialdemokratie attraktiver! Die Parteischule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen in der SPD machen, die ortsnahe und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise: 35 - Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort, Inklusiv-Veranstaltungsorganisation, - Wertschätzend Kommunizieren, - Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen, - Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-Gliederung 40 45 50 55 60 65 	<p>OA61 <i>Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen)</i></p> <p>Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA60</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA62 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) GV Holle (Bezirk Hannover)	OA62 1 Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) GV Holle (Bezirk Hannover) 5
Einführung einer Jugendquote 1. Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Landesebene der SPD. 25 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder unter 35 Jahren sein. 2. Die SPD will eine Verjüngung der MandatsträgerInnen. Jeder fünfte Listenplatz muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bestimmt sein.	Einführung einer Jugendquote Erledigt durch Überweisung OA63 und OA64 10 15
OA63 Ortsverein Bad Kleinen (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)	OA63 20 Ortsverein Bad Kleinen (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)
Einführung einer Jugendquote 1. Die SPD führt eine Jugendquote für alle Parteigremien der SPD ein. 25 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder unter 35 Jahren sein. 2. Die SPD will eine Verjüngung der MandatsträgerInnen. Jeder fünfte Listenplatz muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bestimmt sein. Sollten sich nicht genügend junge Parteimitglieder zu Wahl stellen oder verfügbar sein, kann von dieser Quote abgewichen werden.	Einführung einer Jugendquote Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 25 30 35
OA64 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)	OA64 40 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)
Einführung einer Jugendquote Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Landesebene der SPD. 25 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder unter 35 Jahren sein. Die SPD will eine Verjüngung der MandatsträgerInnen. Jeder fünfte Listenplatz muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bestimmt sein. Die Geschlechterquote hat gegenüber der Jugendquote zwingend Vorrang.	Einführung einer Jugendquote Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 45 50
OA65 Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)	OA65 55 Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)
Einführung einer Jugendquote Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und Landesebene ein. 25 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen Mitglieder im Alter unter 35 Jahren sein. Die SPD will eine Verjüngung der MandatsträgerInnen. Von je fünf Listenplätzen muss einer für Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bestimmt sein.	Einführung einer Jugendquote Erledigt durch Überweisung OA63 und OA64 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA66 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> 5 <i>Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Frischer Wind in den Strukturen</p> <p>10 1. Delegationen auf der Bundes- und Landesebene sind künftig so zu besetzen, dass 25 Prozent der Delegierten im Vergleich zum gleichrangigen Parteitag davor neu zu benennen sind. Eine Wiederbesetzung ist für den darauffolgenden Parteitag danach wieder möglich. 15 2. Auch in den klassischen lokalen Parteistrukturen vor Ort sollen sich neue Mitglieder in Entscheidungsfunktionen wiederfinden können. Hierfür sollen bei jeder Wahl 25% der Ämter an Mitglieder vergeben werden, die ein Amt auf solch einer Ebene noch nicht über einen längeren Zeitraum (z. B. länger als 12 Monate) ausgeführt haben. 20</p> <p>25 OA67 <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Frischer Wind in den Strukturen</p> <p>30 1. Delegationen auf der Bundes- und Landesebene ab einer Größe von 4 Personen sind künftig so zu besetzen, dass 25 Prozent der Delegierten im Vergleich zum gleichrangigen Parteitag davor neu zu benennen sind. Eine Wiederbesetzung ist für den darauffolgenden Parteitag danach wieder möglich. 35 2. Auch in den klassischen lokalen Parteistrukturen vor Ort sollen sich neue Mitglieder in Entscheidungsfunktionen wiederfinden können. Hierfür sollen bei jeder Wahl für Gremien mit 12 und mehr Mitglieder 25% der Ämter an Mitglieder vergeben werden, die ein Amt auf solch einer Ebene noch nicht über einen längeren Zeitraum (z. B. länger als 12 Monate) ausgeführt haben. 40</p> <p>OA68 45 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Ortsverein Leipzig-Altwest (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i> 50</p> <p>Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene</p> <p>55 Ortsvereine müssen regelmäßig (mind. alle 8 Wochen) parteioffen tagen. Diese Sitzungen müssen allen Parteimitgliedern offen stehen. Parteimitglieder haben so auch Gelegenheit, andere Gliederungen kennenzulernen. Alle Parteisitzungen (ab dem Ortsverein aufwärts) werden mit Start- und Endzeit parteiöffentlich angekündigt und dementsprechend geplant. Dies ermöglicht es auch viel beschäftigten Menschen, Sitzungen in ihren Alltag einzuplanen und erhöht damit die Bereitschaft zu Parteiengagement. 60 65</p>	<p>OA66 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Ortsverein Leipzig- Südost (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg</i> <i>(Landesverband Berlin)</i> <i>GV Holle (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Frischer Wind in den Strukturen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>OA67 <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Frischer Wind in den Strukturen</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA66</p> <p>OA68 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld</i> <i>Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Ortsverein Leipzig-Altwest (Landesverband Sachsen)</i> <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA69</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA69 <i>Ortsverein Bad Kleinen</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i>	OA69 1 <i>Ortsverein Bad Kleinen</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i>
Offenheit der Ortsvereine auf lokaler Ebene	Offenheit der Ortsvereine auf lokaler Ebene 5
Ortsvereine müssen regelmäßig (mind. alle 8 Wochen) parteioffen tagen. Diese Sitzungen müssen allen Parteimitgliedern offen stehen. Parteimitglieder haben so auch Gelegenheit, andere Gliederungen kennenzulernen. Alle Parteisitzungen (ab dem Ortsverein aufwärts) werden mit Start- und Endzeit parteiöffentlich angekündigt und dementsprechend geplant. Zudem ist am Ende eines Jahres für das Folgejahr ein Sitzungsplan zu erstellen und allen Mitgliedern zu übergeben. Dies ermöglicht es auch viel beschäftigten Menschen, Sitzungen in ihren Alltag einzuplanen und erhöht damit die Bereitschaft zu Parteiengagement. Wenn inhaltlich und thematisch möglich, sind Sitzungen öffentlich durchzuführen, um so auch parteilosen Sympathisanten die Möglichkeit der Teilnahme zu geben.	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 10
	15
	20
OA70 <i>11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg (Landesverband Berlin)</i>	OA70 25 <i>11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg (Landesverband Berlin)</i>
Offenheit und Beteiligung für Parteimitglieder verbessern	Offenheit und Beteiligung für Parteimitglieder verbessern 30
Ortsvereine/Abteilungen und AG'en müssen regelmäßig (mind. alle 8 Wochen) parteioffen tagen. Diese Sitzungen müssen allen Parteimitgliedern offen stehen. Parteimitglieder haben so auch Gelegenheit, andere Gliederungen kennenzulernen. Alle Parteisitzungen (ab dem Ortsverein aufwärts) werden mit Start- und Endzeit parteiöffentlich angekündigt und dementsprechend geplant. Sitzungen sollten die Dauer von 120 Minuten nicht überschreiten. Dies ermöglicht es viel beschäftigten Menschen, Sitzungen in ihren Alltag einzuplanen und erhöht damit die Bereitschaft zu Parteiengagement. Jahresarbeitspläne der Ortsvereine/Abteilungen sowie AG's werden am Anfang des Jahres in einem partitiven Prozess in der Gliederung erarbeitet und dem Kreisvorstand zur Kenntnis gegeben. Somit soll ermöglicht werden, dass Mitglieder auch zu anderen Gliederungen bei interessanten Themen anwesend sein können.	Erledigt durch Überweisung OA69
	35
	40
	45
OA71 <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	OA71 50 <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)</i>
Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene	Offenheit für Parteimitglieder auf lokaler Ebene 55
Ortsvereine müssen in der Regel (abgesehen von begründeten Ausnahmen) parteioffen tagen. Diese Sitzungen müssen allen Parteimitgliedern offen stehen. Parteimitglieder haben so auch Gelegenheit, andere Gliederungen kennenzulernen. Alle Parteisitzungen (ab dem Ortsverein aufwärts) werden mit Start- und Endzeit parteiöffentlich angekündigt und dementsprechend geplant. Dies ermöglicht es auch viel beschäftigten Menschen, Sitzungen in ihren Alltag einzuplanen und erhöht damit die Bereitschaft zu Parteiengagement.	Erledigt durch Überweisung OA69
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA72 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>5 <i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Ideenmanagement – gemeinsam innovativ</p> <p>Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder, einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen, welche</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD, • mit der SPD, • die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern • sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtliches Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt und an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert. Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden Parteigremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten. 	<p>OA72 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Ideenmanagement – gemeinsam innovativ</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>30 OA73 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Ideenmanagement – gemeinsam innovativ</p> <p>Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder, einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen, welche die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD, mit der SPD, die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit vereinfachen oder verbessern.</p> <p>Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtliches Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt und an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert.</p> <p>Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden Parteigremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.</p>	<p>OA73 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Ideenmanagement – gemeinsam innovativ</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA72</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA74 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>	OA74 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Ortsverein Jena Süd (Landesverband Thüringen) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>
Hauptamtliche Strukturen stärken: feste AnsprechpartnerInnen für Engagement und Vielfalt	Hauptamtliche Strukturen stärken: feste AnsprechpartnerInnen für Engagement und Vielfalt
Die Landesverbände und Bezirke der SPD schaffen die Stelle eines/einer Engagementbeauftragten als zentrale Anlaufstelle für neue und alte Parteimitglieder, die Angebote entsprechend der Kompetenzen und des Zeitbudgets des jeweiligen Mitglieds macht und diese auch innerhalb der Parteistrukturen mit den relevanten AnsprechpartnerInnen vernetzt. Die Landesverbände, Bezirke und der Parteivorstand schaffen außerdem die Stelle eines/einer Vielfaltsmanagers/in, der Parteistrukturen und -Prozesse kontinuierlich hinsichtlich möglicher Engagementhemmnisse für eine Vielfalt an Menschen hat. Bei der Finanzierung dieser Stellen unterstützt der Parteivorstand.	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
OA75 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) Ortsverein Leipzig-Altwest (Landesverband Sachsen) Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>	OA75 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg) Ortsverein Leipzig-Altwest Ortsverein Leipzig-Südost (Landesverband Sachsen) 020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i>
Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse	Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse
Der Parteivorstand erhebt mithilfe einer Studie, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der SPD-Mitgliederbasis präsent sind. Diese Studie wird durchgeführt durch die Hauptamtlichen in der Fläche. Im Rahmen der Bestandsanalyse werden ebenfalls Interessen, Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass auf das Wissen in späteren Projekten zugegriffen werden kann.	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
OA76 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i>	OA76 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i>
Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse	Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse
Der Parteivorstand erhebt und aktualisiert, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der SPD-Mitgliederbasis präsent sind. Im Rahmen der Bestandsanalyse werden auch weitere Daten, wie zum Beispiel Interessen, Spezialwissen, zivilgesellschaftliche Vernetzung, berufliche Position oder Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass darauf in späteren Projekten zugegriffen werden kann.	Erledigt durch Überweisung OA75

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA77 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Nicht ohne die Partei!</p> <p>5 Das Wahlergebnis ist ein weiteres Alarmsignal für die älteste Partei Deutschlands. Dieses Alarmsignal darf weder ignoriert noch kaschiert werden.</p> <p>10 Der Abwärtstrend vorangegangener Wahlen seit 2005 hat sich für die SPD fortgesetzt. Und er wird sich weiter fortsetzen, wenn nicht jetzt endlich ein auf Analysen über die inhaltliche, strukturelle und personelle Situation der SPD basierender Erneuerungsprozess eingeläutet wird. Wir wollen nicht, dass unsere Partei – so wie europäische Schwesterparteien – noch weiter an Zustimmung verliert und</p> <p>15 völlig unbedeutend wird. Schon jetzt ist die SPD in vielen Landesteilen nur drittstärkste oder sogar nur viertstärkste Partei geworden. Wir begrüßen, dass es eine klare Absage an eine erneute Koalition mit CDU/CSU gibt. Aber auch in der Opposition dürfen wir es uns nicht bequem einrichten, sondern müssen mit der Parteibasis einen</p> <p>20 Erneuerungsprozess von unten einläuten, der ...</p> <p>1. ... eine klare Kritik an der Agendapolitik beinhaltet und sozialdemokratische Inhalte definiert, die sich am Ziel der Verteilungsgerechtigkeit orientieren und in sich konsistent sind. Denn die Formulierung von politischen Einzelzielen für Zielgruppen, die</p> <p>25 für uns wichtig zu sein scheinen, werden als nicht glaubwürdig und taktisch wahrgenommen. Glaubwürdige Politik muss sich auch an den Interessen derjenigen orientieren, die nicht zu den GewinnerInnen zählen. Wir fordern ein konsequentes Hinterfragen unserer inhaltlichen Positionierung z.B. zu Rente und Steuern. Dabei verweisen wir auf die Anträge von unseres Unterbezirks Oldenburg-Stadt und unseres Ortsvereins zum SPD-Regierungsprogramm; insbesondere zu den Themen „Rente“, „Steuern“ und „Regelsätze zum SGBII“.</p> <p>30 2. ... in den Ortsvereinen und Kreisverbänden die strukturelle Erneuerung unterstützt und den Mitgliedern tatsächliche Mitsprache garantiert. Denn unsere Mitglieder haben es in den letzten Jahren zu oft erlebt, personelle und inhaltliche Entscheidungen der Führungselite in Solidarität nur nachvollziehen zu können. Es darf keine Erneuerung geben, die nicht gemeinsam mit der Parteibasis entwickelt und vereinbart wurde. Die vorzeitigen personellen Entscheidungen sind kein guter Start in einen solchen basisgetragenen Erneuerungsprozess. Wir wollen nicht, dass der inhaltliche und strukturelle Erneuerungsprozess von personellen Machtentscheidungen behindert wird. Dazu gehört</p> <p>35 für uns die Abkehr vom Delegiertenprinzip sowie regelmäßige öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu sozialdemokratischen Themen (wie beispielsweise der „Oldenburger Abend“).</p> <p>3. ... durch die Zusammensetzung der Gremien an der Spitze der Partei und Fraktion deutlich macht, dass dieser Erneuerungsprozess durch die Vielfalt der Menschen in unserer Partei repräsentiert wird. Denn: Einige personelle Rochaden bedeuten keinen Politikwechsel. Wir werden als kritische Stimmen in Partei und Fraktion eine wesentliche Rolle in unserem gemeinsamen Erneuerungsprozess einnehmen.</p> <p>40 55 Wir wollen eine SPD, die überzeugt und Politik für ein besseres Leben der Vielen und nicht der Wenigen macht. Wir wollen die SPD wieder stark machen! Nicht ohne die Partei!</p> <p>60 OA78 <i>Ortsverein M-Allach-Untermenzing (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Zeit, die SPD neu zu denken</p> <p>65 Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ist ein weiteres Alarmsignal für die älteste Partei Deutschlands. Dieses Alarmsignal darf weder ignoriert noch schöngeredet werden.</p>	<p>OA77 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Nicht ohne die Partei!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>OA78 <i>Ortsverein M-Allach-Untermenzing (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Zeit, die SPD neu zu denken</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA77</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Der Abwärtstrend vergangener Wahlen hat sich für die SPD fortgesetzt. Seit 1998 haben wir die Hälfte unserer Wählerschaft verloren. Das wird so weitergehen, wenn wir heute nicht die Chance auf eine auf Analysen über die inhaltliche, strukturelle und personelle Situation der SPD basierende Erneuerung nutzen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.</p> <p>Wir wollen nicht, dass unsere Partei – so wie europäische Schwesterparteien – weiter an Zustimmung verliert oder gar völlig unbedeutend wird. Schon jetzt ist die SPD in vielen Wahlkreisen nur drittstärkste oder sogar nur viertstärkste Partei geworden.</p> <p>Trotz mancher Erfolge hat die große Koalition der SPD viel Vertrauen und Profil gekostet sowie die politischen Ränder gestärkt. Dieser Verlust an eigenen Grundfesten kann in einem Wahlkampf nicht wettgemacht werden. Wir begrüßen daher, dass es eine klare Absage an eine erneute Koalition mit der CDU/CSU gibt.</p> <p>Der Gang in die Opposition darf aber auf keinen Fall zum Selbstzweck werden. Wer Mitglieder wie UnterstützerInnen nicht verprellen will, muss vieles ändern und noch mehr in Frage stellen. Auch in der Opposition darf sich die SPD nicht bequem einrichten, sondern muss einen Erneuerungsprozess von unten einläuten, der:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine klare Abkehr von den Fehlern der Agenda 2010 beinhaltet und eine neue sozialdemokratische Erzählung entwickelt, die in Freiheit und Solidarität nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen strebt. 2. Zwar kann sich nach Umfragen heute eine große Mehrheit der BürgerInnen vorstellen, die SPD zu wählen, doch immer weniger tun es noch. Unser Hoch in den Umfragen Anfang des Jahres hat gezeigt, dass es eine tiefe Sehnsucht nach einer sozialen und demokratischen Alternative gibt. Diese besteht aber nicht in einer marktkonformen Demokratie, sondern in einer Demokratie, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es ist nicht Zeit für Klein-Klein, für eine soziale Reparaturwerkstatt der Agenda 2010, sondern für eine mutige Vision, wie wir die Gesellschaft in Zeiten globaler Umwälzungen wie Digitalisierung und Globalisierung wirklich gerecht, nachhaltig und freiheitlich gestalten. Für Hoffnung und Gemeinsinn als Gegenentwurf zum ausgrenzenden Bild der Angst, welches von rechts gezeichnet wird. Wenn wir als SPD auf die Bevölkerung zugehen, wenn wir in unserem Markenkern wieder klar erkennbar werden, können wir verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, die Meinungsführerschaft in den Debatten wiedererringen und die Zukunft in Europa gestalten. 3. in den Ortsvereinen und Kreisverbänden die strukturelle Erneuerung unterstützt und den Mitgliedern tatsächliche Mitsprache garantiert. <p>Es darf keine Erneuerung geben, die nicht mit dem Herzen unserer Partei, der Basis, entwickelt und vereinbart wurde. Die großen Themen dürfen nicht länger in den Hinterzimmern vorentschieden werden. Wir brauchen kontroverse und transparente Debatten, mehr Lebendigkeit – die SPD war dann am stärksten, als sie heftig um die Themen gerungen hat. Dies trägt auch zur Legitimation von Richtungsentscheidungen bei. Unsere Partei muss offener, jünger, vielfältiger und moderner werden. Wir wollen, dass jede und jeder mitmachen kann – einfach und unbürokratisch. Unsere vielen Neueintritte während der letzten Monate haben gezeigt, dass der Wunsch danach groß ist. Wir treten daher für die Einführung einer Jugendquote in Führungsgremien und bei Listenplätzen sowie mehr Beteiligungsmöglichkeiten für alle Mitglieder ein, wenn gewünscht auch von zuhause aus. Unsere Partei muss neue, digitale Formen der Beteiligung wie online-organisierte Themenforen stärker nutzen und einbeziehen. Auch sollten wir künftig innerparteiliche Vorwahlen für die Kür der Spitzenkandidatur und ggf. auch Urwahlen für den Parteivorsitz ernsthaft in Erwägung ziehen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. durch die Zusammensetzung der Gremien an der Spitze der Partei und Fraktion deutlich macht, dass nicht ausschließlich „alte Köpfe“ diesen Erneuerungsprozess repräsentieren. <p>Ein Neuanfang ist nur glaubwürdig, wenn nicht wieder die gleichen Leute, deren Strategie und Führung wenig Erfolg hatte, die</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wichtigen Positionen besetzen. Die vorzeitigen personellen Entscheidungen sind daher kein guter Start. Wir müssen damit aufhören, Personalien in ganz engen Zirkeln zu besprechen und die Partei nur noch vor vollendete Tatsachen zu stellen. Auch wenn die eigentliche Entscheidung dann in der Fraktion oder bei einem Parteitag getroffen wird, können sich die Mitglieder nur noch gegen die in Hinterzimmern abgesprochenen Vorschläge stellen, wenn sie eine massive Schädigung der oder des Vorsitzenden in Kauf nehmen. Dieses „von oben nach unten“ darf es nicht mehr geben. Leider müssen wir ebenso feststellen, dass an der Parteispitze insbes. Frauen und Jüngere immer noch unterrepräsentiert sind. Deshalb muss klar sein, dass in Zukunft bei personellen Aufstellungen die Gesellschaft in ihrer Vielfalt breiter vertreten ist.</p> <p>15 Eine starke Sozialdemokratie ist heute für unser Land, Europa und die Welt so wichtig wie lange nicht mehr. Wer, wenn nicht wir als SPD, kann fest verankert in bewährten Grundwerten innovative Ansätze für die Probleme der Gegenwart und Zukunft entwickeln und umsetzen. Mit einem Narrativ, das überzeugt und einer Bewegung für Weltoffenheit, die sich stark macht für ein besseres Leben für die Vielen, nicht nur die Wenigen. Warten wir nicht länger. Machen wir die SPD gemeinsam wieder stark.</p> <p>25 OA79 <i>Ortsverein Harburg Mitte (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>§ 5 Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft</p> <p>Ergänzung des § 5 (1) Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft: (1) Jedes Mitglied hat das Recht, sich im Rahmen der Statuten an der politischen Willensbildung, den Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen, und die Pflicht, die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen. Es hat Antrags- und Stimmrecht in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins. „Neumitglieder haben erst nach 6 Monaten das volle aktive Stimmrecht für alle innerparteilichen Wahlen“. Die Mitgliederversammlung soll regelmäßig und mindestens halbjährlich stattfinden.</p> <p>OA80 <i>Ortsverein Hannover Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Bezirk Hannover)</i></p> <p>§ 6 Unvereinbarkeit</p> <p>§6,1 des Organisationsstatuts ein neuer Punkt d) eingefügt: d) Ausübung eines politischen Mandates, welches über nicht mit der SPD abgestimmten Wahllisten errungen wurde, unabhängig ob Direkt- oder Listenmandat.</p> <p>Außerdem wird die SPD auf allen Ebenen zukünftig Koalitionsverträge nur dann eingehen, wenn die Partner gleichlautende Paragraphen in ihren Statuten oder/und Satzungen verankert haben.</p>	<p>OA79 <i>Ortsverein Harburg Mitte (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>§ 5 Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft</p> <p>Ablehnung</p> <p>OA80 <i>Ortsverein Hannover Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Bezirk Hannover)</i></p> <p>§ 6 Unvereinbarkeit</p> <p>Ablehnung</p> <p>1. Satz: Ein solches Verhalten ist bereits über § 35 Abs. 1 OrgSt als Verstoß gegen die Grundsätze der Partei, insbesondere Außerachtlassen des Gebots der innerparteiliche Solidarität erfasst.</p> <p>2. Satz: Die politische Vorgabe zu Koalitionsverträgen passt strukturell nicht in § 6 OrgSt, der die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD regelt und sich auf die Wechselbeziehung von Mitgliedern zu anderen Parteien, Wählervereinigungen und sonstigen Vereinigungen, die gegen die SPD wirken, bezieht.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>OA81 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb.</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 12 Aufstellung von Kandidat/-innen</p> <p>In § 12 Abs. 4, Satz 1 und Satz 2 sollen neugefasst werden: Soweit die Wahlgesetze und Satzungen nicht entgegenstehen, können die zuständigen Vorstände oder die Parteitage beschließen, dass Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen, ein Direktwahlamt oder Parlamente von Vollversammlungen aufgestellt werden. Soweit die Wahlgesetze nicht entgegenstehen, können auch die Satzungen aller Gliederungen vorsehen, dass Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen, ein Direktwahlamt oder Parlamente durch Vollversammlungen bestimmt werden.</p>	<p>OA81 1 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb.</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 12 Aufstellung von Kandidat/-innen 5</p> <p>Ablehnung Satz 1: Der Parteitag (soweit er das betroffene Gemeindegebiet umfassend abdeckt) kann als höchstes Organ die Vollversammlung für die Kandidatenaufstellung beschließen, soweit die Satzung nicht entgegensteht. Sollte der Parteitag nur einen Teil des Gemeindegebiets erfassen, dann sollte die Frage der Kandidatenaufstellung auch bei den betroffenen zuständigen Ortsvereinen und damit bei deren Vorständen verbleiben. Satz 2: Die betroffenen Ortsvereine können in ihren Satzungen für die Kandidatenaufstellung im Gemeindegebiet Vollversammlungen festlegen, soweit auf UB- oder Bezirksebene keine entgegenstehende Satzungsregelungen bestehen. Wenn die Vorstände der Ortsvereine sich auf Vollversammlungsprinzip verständigen können, kann dies erst recht durch Satzungsregelung beschlossen werden. Dies müsste jedoch in jedem einzelnen Ortsverein des Gemeindegebiets beschlossen werden.</p>
<p>OA82 <i>Unterbezirk Hamm (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents</p> <p>Ersetzen Absatz 6 durch „(6) Der Parteikonvent tagt parteiöffentlich und gibt sich eine Geschäftsordnung.“</p>	<p>OA82 25 <i>Unterbezirk Hamm (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents 30</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 35</p>
<p>OA83 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>§ 13 Mitgliederentscheid</p> <p>13 (7) des Organisationsstatuts wird ergänzt und lautet wie folgt: Der Parteivorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Begehrens und des Entscheids. Hierbei ist Chancengleichheit für beide Abstimmungsalternativen zu gewährleisten. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Mitglieder über beide Alternativen angemessen informiert werden. (1) Bei der Versendung der Wahlunterlagen wird von jeder inhaltlichen Information abgesehen, es sei denn, die sich entgegenstehenden Standpunkte werden gleichermaßen dargestellt. (2) Auf parteieigene externe Werbung für einen bestimmten der sich entgegenstehenden Standpunkte (etwa in großen Publikumsmedien) wird verzichtet.</p>	<p>OA83 40 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>§ 13 Mitgliederentscheid</p> <p>Überweisung an Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand 45</p>
<p>OA84 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb. (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 13 Mitgliederentscheid</p> <p>In § 13 Abs. 1 Satz 2 neu gefasst: Der Kanzlerkandidat oder die Kanzlerkandidatin der SPD wird durch Mitgliederentscheid bestimmt, wenn es mindestens zwei Bewerber dafür gibt.</p>	<p>OA84 60 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb.</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 13 Mitgliederentscheid</p> <p>Ablehnung 65 Abs. 1 Satz 2: Bisherige Kann-Regelung zur Urwahl ist ausreichend.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 In § 13 Abs. 3 Satz 2 soll „10“ durch „2,5“ ersetzt werden: Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.</p> <p>5 Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist von drei Monaten von 102,5 Prozent der Mitglieder unterstützt wird.</p> <p>In § 13 Abs. 4 Satz 1 c) soll „zwei Fünftel“ durch „ein Viertel“ und „beantragen“ gestrichen werden. Es soll hinzugefügt werden: „d) oder mindestens zehn Unterbezirke beantragen.“.</p> <p>10 Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es</p> <p>a) der Parteitag mit einfacher Mehrheit oder</p> <p>b) der Parteivorstand mit Dreiviertelmehrheit beschließt</p> <p>c) oder wenn es mindestens ein Viertel der Bezirksvorstände (...)</p> <p>15 d) oder mindestens zehn Unterbezirke beantragen.</p> <p>In § 13 Abs. 5 neu fassen: In den Fällen des Mitgliederbegehrens und in den Fällen des Unterabsatzes 4 c) und d) kann der Parteivorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.</p> <p>20 in § 13 Abs. 9 neuen Satz 3 und 4 einfügen: Die Ermächtigungsgrundlage darf höchstens ein Quorum von 2,5% für die Durchführung der Urwahl vorsehen. Die Satzungen können für andere Mitgliederbegehren ein Quorum von bis zu 5% vorsehen; sollte ein Mitgliederbegehren von weniger als 5% der Mitglieder, aber mindestens 2% der Mitglieder unterstützt werden, so muss jedenfalls ein Parteitag der Gliederung darüber entscheiden.</p> <p>30</p>	<p>Weitere vorgeschlagene Satzungsänderungen würden sich durch Annahme der vom letzten Parteitag überwiesenen Satzungsänderungen des PV zu § 13 erledigen.</p>
<p>OA85 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>35 § 14 „Verfahren des Mitgliederentscheids“</p> <p>40 Der Bundesparteitag der SPD wird aufgefordert, den § 14 „Verfahren des Mitgliederentscheids“ des Organisationsstatuts der SPD durch folgenden Absatz zu ergänzen: „Die Vorbereitung und Durchführung des Mitgliederentscheids muss demokratischen Grundsätzen entsprechend durchgeführt werden. Die einseitige Förderung einer zur Entscheidung stehenden Position durch Parteigelder und -strukturen ist unzulässig. Die Kosten für die jeweiligen Werbekampagnen werden transparent offengelegt.“</p> <p>50</p>	<p>OA85 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>§ 14 „Verfahren des Mitgliederentscheids“</p> <p>Überweisung an Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>OA86 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb. (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>55 § 14 Verfahren des Mitgliederentscheids</p> <p>In § 14 Abs. 11 soll ein neuer Satz 3 eingefügt werden: Im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen können Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. Die Gliederungen können in ihren Satzungen beschließen, dass ihre Vorstände durch die Mitglieder gewählt werden. Der Parteivorstand beschließt hierzu eine Verfahrensrichtlinie. Die Gliederungen können in ihren Satzungen beschließen, dass ihre Vorstände durch die Mitglieder gewählt werden, soweit die Gesetze nicht entgegenstehen.</p> <p>65</p>	<p>OA86 <i>Ortsverein Köln-Bayenthal/Raderthal/Marienb. (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>§ 14 Verfahren des Mitgliederentscheids</p> <p>Ablehnung Verstoß gegen Parteiengesetz, da Vorstandswahl nach § 9 Abs. 4 Parteiengesetz dem Parteitag vorbehalten ist.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
OA87 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i>	OA87 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i>
§ 15 Parteitag, Zusammensetzung	§ 15 Parteitag, Zusammensetzung
Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen: 1. Aus 600 von den Bezirksparteitagen in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab zwei Grundmandate. Die weiteren Delegiertenmandate werden nach dem Verhältnis der abgerechneten Mitgliederzahlen des letzten Kalenderjahres vor Einberufung des Parteitags auf die Bezirke verteilt. Bezirkssatzungen können bestimmen, dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten ganz oder teilweise durch die Unterbezirksparteitage erfolgt; dabei ist sicherzustellen, dass Frauen und Männer in der Delegation eines jeden Bezirkes mindestens zu je 40 % vertreten sind. Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens 50 % der Delegierten keine Landtags-Bundestags- oder Europaabgeordnete sind. 2. Aus den Mitgliedern des Parteivorstandes.	Ablehnung Verbindliche Quoten neben der Geschlechterquote schränken die Wahlfreiheit der Mitglieder bzw. Delegierten zu weitgehend ein und sind unzulässig.
OA88 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i>	OA88 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i>
§ 18 Einberufung des ordentlichen Parteitages	§ 18 Einberufung des ordentlichen Parteitages
Die Einberufung des Parteitages soll spätestens drei Monate vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Tagesordnung soll mindestens einmal in angemessener Zeit wiederholt werden. Anträge von Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Themenforen auf Bundesebene und Wahlvorschläge für den Parteitag sind zwei Monate vorher dem Parteivorstand einzureichen. Für Anträge des Parteivorstandes, auch für den Leitantrag , gilt dieselbe Frist. Die Anträge sind den Delegierten, Bezirken, Unterbezirken und den Antragstellenden mit einer Stellungnahme der Antragskommission zwei Wochen vor dem Parteitag zuzusenden. Ortsvereine, die keinen Antrag gestellt haben, ist auf Anforderung ebenfalls ein Exemplar der Anträge zuzusenden.	Ablehnung Parteivorstand ist als das Leitungsorgan der Partei dazu legitimiert und vom Parteitag auch beauftragt politisch relevante Leitanträge zu erarbeiten und an den Parteitag zu richten. Das Organisationsstatut eröffnet Initiativanträge weitgehend und fordert in § 18 Abs. 4 OrgSt lediglich die Zustimmung des Parteitages, dh ohne Aktualitätsbezug oder Dringlichkeit. Die Geschäftsordnung macht Vorgaben zu einem bestimmten Quorum. Dem Parteivorstand sollte das Recht zu initiativen Leitanträgen, mit dem auf politische Entwicklungen reagiert werden kann, nicht beschnitten werden, er würde damit gegenüber den Delegierten eingeschränkt.
OA89 <i>Kreisverband Erlangen Stadt (Landesverband Bayern)</i>	OA89 <i>Kreisverband Erlangen Stadt (Landesverband Bayern)</i>
§ 19 Antragskommission	§ 19 Antragskommission
Der §19 des Organisationsstatuts der SPD (Zusammensetzung der Antragskommission) wird um eine konkrete Aufgabenbeschreibung ergänzt. Zur Bewältigung der Aufgabe ist ggf. auch eine Vergrößerung der Antragskommission in Betracht zu ziehen: „Der Antragskommission obliegt die Aufgabe, die eingereichten Anträge auf inhaltlich übereinstimmende, ergänzende und kontroverse Positionen hin zu sichten und diese für die Abstimmung auf dem Parteitag vorzubereiten. Abstimmungsempfehlungen der Antragskommission werden den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt. Änderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt.“	Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 OA90 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>§ 23 Parteivorstand</p> <p>5 § 23 Parteivorstand (1) Ziffer a) wird wie folgt geändert: 1) dem oder der Vorsitzenden oder 2) zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, darunter eine Frau.</p> <p>10</p> <p>OA91 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>15 § 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents</p> <p>20 (1) Der Parteikonvent setzt sich zusammen: 1. Stimmberechtigte Mitglieder: 200 von den Parteitagen der Bezirke in geheimer Abstimmung zu wählenden Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den Bundesparteitagen auf die Bezirke verteilt. Die Bezirke sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass mindestens 60 % der Delegierten keine Landtags- Bundestags- oder Europaabgeordnete sind.</p> <p>25</p> <p>30 Füge ein als neuen Absatz 7 in § 28 analog zu § 16 Abs. 2: § 28 (7) „Über die Verhandlungen des Parteikonvents wird ein Wortprotokoll angefertigt. Das Protokoll ist vom Parteivorstand spätestens vier Wochen nach dem Parteikonvent den Delegierten zuzusenden. Beschlüsse sind durch zwei Mitglieder des Präsidiums des Parteikonvents zu beurkunden.“</p> <p>35</p> <p>OA92 40 <i>Ortsverein Freiberg (Sachsen) (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>§ 28 Zusammensetzung und Einberufung Parteikonvent</p> <p>45 Der § 28 (6) lautet in der neuen Formulierung: Der Parteikonvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er tagt mitgliedöffentlich. Er kann auf Antrag die nichtöffentliche Tagung beschließen.</p> <p>50</p> <p>OA93 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>55 § 35 Parteiordnungsverfahren</p> <p>Fasse § 35 Abs. 3 OrgStatut wie folgt: (3) Auf Ausschluss kann nur erkannt werden, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Ein schwerer Schaden entsteht insbesondere dadurch, dass öffentlich in Schriften oder mittels Rundfunk-, Medien- oder Telediensten Menschen ihre Gleichwertigkeit aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität abgesprochen wird. Wer aus der Partei</p>	<p>OA90 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>§ 23 Parteivorstand</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>OA91 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i> <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>§ 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents</p> <p>Ablehnung Keine weiteren verbindlichen Quoten. Wortprotokoll für Parteikonvent nicht erforderlich.</p> <p>OA92 <i>Ortsverein Freiberg (Sachsen) (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>§ 28 Zusammensetzung und Einberufung Parteikonvent</p> <p>Erledigt durch Überweisung OA82</p> <p>OA93 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>§ 35 Parteiordnungsverfahren</p> <p>Ablehnung Ein Ausschluss aus der SPD kann dann ausgesprochen werden, wenn ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Statuten oder ein erheblicher Verstoß gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei vorliegt und dadurch ein schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Die Verbreitung derartiger diskriminierender Schriften etc. ist der Tatbestand eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei nach § 35 Abs. 1 OrgSt. Mit Vorliegen des Tatbestands eines Verstoßes tritt nicht per se auch ein schwerer Schaden ein. Dieser muss durch die zuständige Schiedskommission erst im Rahmen einer</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ausgeschlossen wurde, darf nicht länger in Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten.“	Einzelfallprüfung festgestellt werden. Diese Einzelfallprüfung darf nicht vorweggenommen oder eingeschränkt werden. Nach ständiger Rechtsprechung der BSK entsteht ein schwerer Schaden dann, wenn das Verhalten eines Mitglieds Ansehen und Glaubwürdigkeit der Partei nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Interessenlage erheblich gefährdet oder beeinträchtigt hat. Dabei sind alle Umstände des Einzelfalls zu würdigen (BSK 1/2004/P). Es muss weiterhin eine Kausalität zwischen dem Verhalten und dem Eintritt des (schweren) Schadens festgestellt werden (BSK 4/2001/P).
OA94 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>	OA94 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>
§ 35 Parteiordnungsverfahren	§ 35 Parteiordnungsverfahren
Der § 35 Parteiordnungsverfahren des Organisationsstatuts der SPD soll um das Parteiausschlusskriterium „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erweitert werden. Demnach soll im Absatz „(1) Gegen ein Mitglied, das gegen 1. die Statuten oder 2. die Grundsätze oder 3. die Ordnung der Partei verstößt, kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden. Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“ der Satz 2 erweitert werden zu: „Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt, sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, Homophobie, Sexismus, Antisemitismus und / oder Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Religion, Weltanschauung oder aufgrund von Beeinträchtigungen, an den Tag legt.	Ablehnung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit den genannten Diskriminierungen sind schon jetzt mit den Grundwerten der SPD unvereinbar und werden durch die Bundesschiedskommission als solche auch regelmäßig als Verstoß gewertet und im Rahmen einer Einzelfallprüfung auch sanktioniert. Mit der vorgeschlagenen Auflistung würde der den Schiedskommissionen zustehende Wertungsspielraum zu weitgehend eingegrenzt. Die Tatbestandsvoraussetzungen für die Feststellung eines Verstoßes gegen die Grundsätze darf auf die genannten Beispiele nicht reduziert werden.
OA95 <i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i>	OA95 <i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i>
§ 37 Abänderung des Statuts	§ 37 Abänderung des Statuts
in § 37, Absatz 1 werden nach Satz 1 die Sätze zwei und drei eingefügt: „Satzungsänderungsanträge über die abgestimmt wird, bedürfen in jedem Falle einer Zweidrittelmehrheit, um angenommen zu werden. Satzungsänderungsanträge, über die keine Einzelabstimmung verlangt wird, gehen in der Schlussabstimmung auf, für die dann ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.“ Der bisherige Satz 2 wird Satz 4.	Erledigt durch Rechtslage. § 37 Abs.1 OrgSt fordert für Änderungen des Statuts in eindeutiger Weise die Zweidrittelmehrheit.
OA96 <i>Parteivorstand</i>	OA96 <i>Parteivorstand</i>
§ 4 Spendenbestätigungen	§ 4 Spendenbestätigungen
An § 4 Abs. 2 FO wird folgender Satz als Satz 4 angefügt: Zur Ausstellung von Bestätigungen über Spenden ab einem Betrag von 5.000,- Euro sind nur die jeweils zuständigen Parteigeschäftsführer(innen) oder hierzu beauftragte hauptamtliche Mitarbeiter(innen) berechtigt.	Annahme

Sozialpolitik (S)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>S1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Stärkere staatliche Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit</p> <p>Der UB Oldenburg-Land fordert eine stärkere staatliche Vorsorge für den Fall der Erwerbsunfähigkeit.</p>	<p>S1 1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Stärkere staatliche Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit 5</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 10</p>
<p>S2 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Rentenpolitik</p> <p>Das Generationenmodell in der Rentenversicherung muss auch für die heutigen, 20-40 jährigen Versicherten, gerecht geregelt werden. Die im Erwerbsleben eingezahlten Beiträge müssen sich bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung angemessen im Rentenbezug widerspiegeln. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen. • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen. • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen. • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Menschen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen. • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter. • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen. • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle. • Eine dauerhafte Etablierung der Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen (Anrechnung von Schulzeiten, Studium, Erziehungszeiten sowie Hinterbliebenen-renten) aus Steuermitteln, ist unbedingt sicherzustellen. • Die Einführung einer Höchstreute nach Schweizer Vorbild ist zu prüfen. 	<p>S2 15 <i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Rentenpolitik</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 S3 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>5 Bürgerversicherung auch in der gesetzlichen Rentenversicherung einführen</p> <p>10 Alle Menschen in Deutschland sollen über die gesetzliche Renten- versicherung nach dem Vorbild der Idee des gleichnamigen Kon- zepts der Krankenversicherung im Bundestagswahlkampf 2013 werden. Jeder berufstätige Mensch soll dazu seinen Beitrag leisten. Das Rentenniveau darf nicht auf unter 50% des durchschnittlichen 15 Nettoverdienstes gesenkt werden und es soll eine Grundsicherung im Alter geben.</p>	<p>S3 <i>Kreisverband Trier-Saarburg (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Bürgerversicherung auch in der gesetzlichen Rentenversicherung einführen</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>20 S4 <i>Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Rente und Gerechtigkeit – Altersarmut geht uns alle an</p> <p>25 Seit Jahren zeichnet sich eine dramatische gesellschaftliche Ent- wicklung ab. Immer mehr Menschen drohen an Ihrem Lebensende unter die Armuts Grenze zu fallen. Bei der geplanten Absenkung des Netto-Rentenniveaus auf 43,5 % bis zum Jahr 2030 wird dies bei 30 einem durchschnittlichen Bruttolohn von 2000,- € bei 40 Beitrags- jahren zu einer Rente unterhalb der Hartz-IV Höhe führen. Alters- armut wird sich somit immer weiter zum gesellschaftlichen Regel- fall entwickeln. Für die Sozialdemokratie ein unhaltbarer Zustand. Es braucht Vision, Weitsicht und reformerischen Mut, um die Ent- wicklung unseres Rentensystems wieder auf eine stabile und so- 35 lidarische Grundlage zu stellen. Dabei bietet die Migrationsbewe- gung wichtige Möglichkeiten zum rentenpolitischen Kurswechsel. Gleichzeitig kann ein solcher Kurswechsel einen entscheidenden Baustein im Kampf gegen den von rechten Demagogen verbreite- ten Fremdenhass darstellen.</p> <p>40 Die rentenpolitische Auseinandersetzung ist bis heute geprägt von dem Glauben, aufgrund des sich vollziehenden demografischen Wandels sei die staatliche Rentenversicherung nicht mehr in der Lage, auskömmliche Renten zu garantieren.</p> <p>45 Ausgehend von dieser Analyse wurde am Anfang des Jahrtausends durch die Rentenreform ein entscheidender Paradigmenwechsel vollzogen. Der Fokus der Rentenpolitik liegt seitdem auf möglichst stabilen und niedrigen Rentenbeiträgen kombiniert mit eigenver- antwortlicher privater Vorsorge auf Seiten der Arbeitnehmerschaft.</p> <p>50 Die Zielsetzung, durch die gesetzliche, paritätisch umlagefinan- zierte Rente eine Lebensstandardsicherung zu erreichen und Alters- armut zu verhindern, trat seitdem immer mehr in den Hintergrund. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Gerade in der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die gesetzliche umlagefi- 55 nanzierte Rente, immer noch die stabilste und sicherste Altersvor- sorge darstellt.</p> <p>Gerade die Zunahme atypischer Beschäftigung und der Rückgang von Reallöhnen stellen jedoch die größte Gefahr für auskömmliche Renten dar. Für uns gilt der Grundsatz: Gute Arbeit und starke Löh- 60 ne sind der beste Schutz vor Altersarmut. Dennoch bedarf es neben gezielter Arbeitsmarktpolitik einer grundlegenden Erneuerung der bundesdeutschen Rentenpolitik.</p> <p>Stabilität durch Migration und Integration</p> <p>65 Die aktuelle Migrationsbewegung bietet dabei unverhoffte Mög- lichkeiten, die Neuausrichtung der Rentenpolitik solidarisch zu gestalten und der demographischen Entwicklung ihre gefährlichen Spitzen zu nehmen. Allein im Jahr 2015 kamen rund eine Milli-</p>	<p>S4 <i>Unterbezirk Hochtaunus (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Rente und Gerechtigkeit – Altersarmut geht uns alle an</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>onen Menschen zu uns, von denen über 50% jünger als 25 Jahre sind. Im kommenden Jahr ist mit mindestens weiteren 500.000 Menschen zu rechnen. Oberstes Ziel muss es sein, diese Menschen durch ausreichende und qualifizierte Sprachkurse, Fortbildungen und Möglichkeiten der Nachqualifizierung sowie der Anerkennung bereits erworbener Abschlüsse zügig eine Perspektive für den Arbeitsmarkt zu geben. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers und Rentenforschers Axel Börsch-Supan vom Munich Center for the Economics of Aging könnten bereits die Kosten für die Mütterrente wie die Rente nach 45 Beitragsjahren ausgeglichen werden, wenn 75% dieser Menschen einen qualifizierten Arbeitsplatz fänden.</p> <p>Eine Überlastung der umlagenfinanzierten Rente und eine damit verbundene Senkung des Netto-Rentenniveaus sowie eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre können uns durch vorausschauende Migrationspolitik in den nächsten Jahrzehnten erspart bleiben. Die Lücke, welche die Jahrgänge aus dem „Baby-boom“ (1955-1969) normalerweise im Rentensystem hinterlassen würden, kann so geschlossen werden.</p> <p>Existenzsichernde Renten</p> <p>Zentrale Ursache für die drohende und bereits existierende Altersarmut ist das stetige Absenken des Netto-Rentenniveaus in den letzten 25 Jahren. Im Zeitraum zwischen 1990 und 2015 ist eben dieses für Neurentner von 55,1% auf 47,5% abgesenkt worden. Bis 2030 ist eine Absenkung auf 43,5 % geplant.</p> <p>Die als Ausgleich angelegte staatlich subventionierte private Altersvorsorge hat ihr Ziel überdies nicht erreicht. Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden durch Verwaltungskosten wie Provisionen erheblich geschmälert. Verrechnungen mit der staatlichen Grundsicherung führen das System Riester darüber hinaus für viele ad Absurdum. Weiter können in aller Regel gerade diejenigen, die am meisten im bestehenden System auf private Vorsorge angewiesen wären – Geringverdiener –, sich die auf mehrere Jahre angelegten Zusatzbeiträge im Rahmen des Riestermodells nicht leisten.</p> <p>Mittelfristig wird es darum gehen, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, das Rentenniveau zu stabilisieren und durch Arbeitszeit- und Lebensarbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter zu verteilen. Im Einzelnen wollen wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Mindestrente in Höhe eines Vollzeitgehalts auf Mindestlohnbasis ab 45 Vollzeit-Beitragsjahren (derzeit ca. 1428 EUR), abgestufte Abstriche bei niedrigeren Beitragsleistungen bis zur Höhe des Existenzminimums (ca. 840 EUR) • das Netto-Rentenniveau auf 50 % anheben und stabilisieren • das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre absenken • das Riestermodell abschaffen • eine Möglichkeit der Zusatzvorsorge im Rahmen der staatlichen Rentenkasse mit flexiblen Verpflichtungszeiträume einrichten • Alle nicht erfassten Berufs- und Einkommensgruppen sind in die staatliche Rentenkasse zu integrieren. Hierunter fallen unter anderem Beamte, Selbständige, Kapitalerträge sowie Mieteinkünfte. • die öffentlichen Fördergelder im Rahmen der Riesterreute zukünftig in die staatliche Rentenversicherung umleiten • bereits abgeschlossene Riesterverträge einhalten <p>Langfristige Finanzierung der Rente – die soziale Frage beantworten</p> <p>Das demografische Problem wird sich in den kommenden Jahrzehnten wieder stellen. Die langfristige solidarische Finanzierung der Renten wird nur gelingen, wenn die Rentenpolitik berücksichtigt, dass der Rückgang des Faktors Arbeit in der Wertschöpfung auch Folgen für die sozialen Sicherungssysteme haben muss. Anders gesprochen: Die Steuerzuschüsse in die Rentenkasse müssen deutlich steigen, wenn immer weniger Menschen Beiträge zahlen, während die Rentenansprüche nicht sinken. Diese Schieflage muss korrigiert werden. Diese Auseinandersetzung wird nicht losgelöst von einer tiefgreifenden Debatte über Umverteilung von Einkom-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 men und Vermögen zu beantworten sein. Letztlich geht es nicht darum, Haushaltsmittel in die Rentenkassen zu verschieben, sondern die Umverteilung von Reichtum zu organisieren, was auch auskömmlichen Renten zugute kommen muss.</p> <p>5 Das Risiko der Altersarmut geht uns alle an und muss gesamtgesellschaftlich abgewehrt werden. Unsere Gesellschaft verfügt über genügend Wohlstand um sicher zu stellen, dass auf ein langes Erwerbsleben auch ein würdiger Lebensabend folgt.</p> <p>10</p> <p>S5 <i>Ortsverein Karlsruhe-Mitte</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>15 Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen</p> <p>20 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen des neuen Rentenkonzepts die Zugangsvoraussetzung für die „Rente mit 63“ nach folgender Regelung auszurichten: Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 45 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt haben, und das 63. Lebensjahr vollendet haben, haben Zugang zu einer abschlagsfreien Rente.</p> <p>25</p> <p>S6 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>30 Rentenpolitik in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stellen!</p> <p>35 Die Entwicklung der Leistungsrenten kann so nicht weiter gehen. Ohne drastisches Gegensteuern führen die kontinuierliche Absenkung des Rentenniveaus und die Verschiebung des Renteneintrittsalters für große Teile der Bevölkerung zu einem Verlust des Lebensstandards im Alter und insgesamt zu einem dramatischen Anstieg von Altersarmut. Die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, der einhergehende Anstieg der Beschäftigung und der erfreuliche Zuzug von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlauben Korrekturen in der gesetzlichen Rentenversicherung.</p> <p>40 Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen und somit die Schaffung einer solidarischen Alterssicherung.</p> <p>45 Die deutsche Rentenversicherung hat sich allen Unkenrufen zum Trotz über den langen Zeitraum ihres Bestehens als tragfähig und zukunftsfest erwiesen. Wir halten daher die Beitragsfinanzierung auch weiterhin für die Grundlage unseres Rentensystems. Für die anstehende Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente sind die folgenden Eckpunkte besonders wichtig:</p> <p>50 1. Keine weitere Absenkung des Netto-Rentenniveaus und Abkehr vom Ziel der Beitragssatzstabilität</p> <p>55 2. Schrittweise Erhöhung in den nächsten Jahren, d.h. Rentenaufbau statt weiterer Abbau</p> <p>60 3. Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters</p> <p>4. Ausweitung der Steuerfinanzierung zur Finanzierung der beitragsfremden Leistungen, u.a. zur Finanzierung der Mütterrente</p> <p>5. Wiederherstellen der hälftigen Beitragszahlung</p> <p>6. Schaffung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Einkommen einzahlen (Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises)</p> <p>65 7. Betriebliche Altersvorsorge stärken</p>	<p>S5 <i>Ortsverein Karlsruhe-Mitte</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Gerechtigkeitslücke im Rentensystem schließen</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S6 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Rentenpolitik in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stellen!</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Anträge noch in dieser Wahlperiode einzubringen.	1
S7 <i>Bezirk Hessen-Süd</i>	5
Erziehungsrente	
Wir fordern, sich dafür einzusetzen, dass eine Erziehungsrente, welche nach dem Tod eines Elternteils an das verbleibende Elternteil gezahlt wird, auch im Falle einer nicht bestandenen Ehe an den hinterbliebenen Elternteil ausgezahlt wird.	10
	15
S8 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i>	20
Solidarische Rente – „Lebensstandardsichernde Rente für alle“	
Wir setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein. Ein wesentlicher Teil dabei ist eine auskömmliche Rente, die die Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger in Arbeitswelt und Gesellschaft honoriert. Die solidarische gesetzliche Rente ist die entscheidende Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses System zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Wir fordern:	25
<ul style="list-style-type: none"> • Das Rentenniveau muss zunächst stabilisiert und auf 50 % erhöht werden • Der Rentenbeitrag muss vollständig paritätisch finanziert werden (50 % Arbeitgeber und 50 % Arbeitnehmer) • Die gesetzliche Rentenversicherung (1. Säule) muss für ein gutes Leben reichen • Betriebsrenten sollten obligatorisch sein (2. Säule), und private Vorsorge (3. Säule) sollten die gesetzliche Rentenversicherung ergänzen • Die Erwerbsminderungsrenten müssen gestärkt werden • Wer 45 Jahre einbezahlt hat, muss mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können • Einführung einer Mindestrente für langjährig Beschäftigte ohne Bedürftigkeitsprüfung • Versicherungsfremde Leistungen müssen steuerfinanziert werden, eine zusätzliche Finanzierung sollte über einen Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung erfolgen • Perspektivisch wollen wir die Erwerbstätigenversicherung – einen Aufbau eines solidarischen Rentensystems für alle, damit alle gerecht und solidarisch ein gutes Leben im Alter finanzieren. Die erworbenen Bestände werden wir schützen • Zeiten der Aus- und Weiterbildung wollen wir besser berücksichtigen. 	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 S9 <i>SV Halle (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p> <p>5 Arbeitsentgelt aus Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen nicht auf Grundsicherung anrechnen</p> <p>10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzu- setzen, dass das Arbeitsentgelt aus einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen auf die Grundsicherung wegen voller Erwerbsminderung nicht angerechnet wird.</p> <p>15 S10 <i>Unterbezirk Siegen-Wittgenstein (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>20 Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt</p> <p>Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung</p> <p>25 Das Leitmotiv der Sozialen Marktwirtschaft „Wohlstand für Alle“ wird mehr und mehr ersetzt durch „Reichtum für Wenige“. Die Un- gleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland ist größer als in vielen anderen Industriestaaten. Dies muss sich ändern. Es muss sich ändern, für die Frauen – die nach der Familienphase 30 rasch eine Rückkehr in eine sozial abgesicherte Beschäftigung su- chen. Die Einkommenskluft zwischen Frauen und Männern muss überwunden werden. Es muss sich ändern, für die Jungen – denen noch viel zu oft der Einstieg in das Erwerbsleben schwer gemacht wird, Sie werden 35 prekär beschäftigt und schlecht entlohnt, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Befristungen von Arbeitsverträgen tragen nicht zu einer soliden eigenen Zukunftsplanung bei. Es muss sich ändern, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die noch zu oft in Beschäftigungsformen wie Teilzeit, Leiharbeit 40 und Werkverträge gedrängt werden. Dies führt zu großen Zukunfts- sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zur berechtigten Angst vor sozialem Abstieg und Armut im Alter. Es muss sich grundlegend ändern, für die Älteren – deren Alters- einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung von der Loh- 45 nentwicklung abgekoppelt wird und immer häufiger nicht mehr den erwarteten Lebensstandard sichert. Dies sind nur einige Punkte die deutlich zeigen wir brauchen Mut und Willen zu umfassenden Reformen.</p> <p>50 In der jetzigen Koalitionsregierung haben wir gegen erhebliche Widerstände der CDU/CSU Gerechtigkeitslücken auf dem Ar- beitsmarkt schließen können. Dies weil klar ist, wer drohender Al- tersarmut vorbeugen will muss für Reformen auf dem Arbeitsmarkt kämpfen.</p> <p>55 1. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist dabei ein wichtiger Schritt, ein kleiner Schritt zu mehr Beteiligung am wachsenden Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir haben damit die Abwärtsspirale bei den Löhnen durchbrochen. Es verbessert die Einkommen von 3,7 Millionen Beschäftigten. Der Mindest- 60 lohn muss aber kontinuierlich und deutlich erhöht werden.</p> <p>2. Rund eine Million Menschen in Leiharbeit und unzählige Be- schäftigte mit Werkverträgen können aufatmen: Die Blockade von CDU und CSU ist durchbrochen. Die SPD stoppt auch hier Lohndumping und setzt klare Regeln bei Leiharbeit und Werk- 65 verträgen. Gleichzeitig wird die Tarifbindung gestärkt. Ein Er- folg für einen sozialeren Arbeitsmarkt. Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende.</p>	<p>S9 <i>SV Halle (Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p> <p>Arbeitsentgelt aus Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen nicht auf Grundsicherung anrechnen</p> <p>Ablehnung</p> <p>S10 <i>Unterbezirk Siegen-Wittgenstein (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>3. Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Unterschiede in der vorhandenen Größenordnung widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz und sind zudem ökonomisch unsinnig. Das von der Ministerin Schwesig vorgelegte Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern darf die Union nicht länger blockieren.</p> <p>Der Kampf um einen besseren, einen sozialeren Arbeitsmarkt muss dringend ergänzt werden um eine umfassende Reform der Alterssicherung. Wir wissen eine nachhaltige, lebensstandardsichernde und armutsfeste Rentenversicherung ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität.</p> <p>Der Gesetzgeber hat mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit für die gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich zu Gunsten der Beitragssatzstabilität aufgegeben. Die entstehende Lücke soll durch die kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge geschlossen werden. Dies kann bisher nicht eingelöst werden. Wir stellen fest:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das ideologisierte »Drei-Säulen-Konstrukt« aus relativ sinkender gesetzlicher Rente, vermehrter privater Vorsorge sowie betrieblicher Altersversorgung erfüllt den erwarteten sozialpolitischen Anspruch nicht. • Die Teilprivatisierung der Vorsorge trägt eher zur Verschärfung der Einkommensungleichheit im Alter bei und sie erhöht das Risiko von Altersarmut. Allein die Lebensstandardsicherung und das Solidarprinzip als strukturprägende Leitbilder der sozialen gesetzlichen Pflichtversicherung können eine personell umfassende finanzielle Absicherung der sozialen Risiken Alter, Invalidität und Todesfall gewährleisten. • Es ist unerlässlich, das Alterssicherungssystem wieder so umzustellen, dass die beiden Hauptziele – nämlich Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit - innerhalb der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden können. Dies ist beim Blick über die Landesgrenzen ohne nachteilige Auswirkungen für die deutsche Volkswirtschaft möglich. (s. Österreich) <p>Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen – „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet werden. • Die geforderte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Renten-Niveau von mindestens 50 %. <p>Die Festlegung auf diese Zielgröße für das Rentenniveau macht eine Reform der Rentenformel, genauer der Rentenanpassungsformel, unerlässlich. Es gilt, die jetzt in der Formel vorhandene Abkopplung von den Löhnen durch Dämpfungsfaktoren, zu streichen. Der Grundsatz – die Renten folgen den Löhnen – muss wieder in vollem Umfang gelten. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reform der Rentenanpassungsformel <p>Die Festlegung auf das konstant zu haltende Rentenniveau nach Sozialversicherungsbeitrag braucht eine deutliche Vereinfachung und Transparenz der Rentenanpassungsformel. Künftig sollen lediglich die Entwicklung der Bruttolöhne sowie der Beitragssätze zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung in die Berechnung der Rentensteigerungen eingehen. Die Dämpfungsfaktoren, wie der „Nachhaltigkeitsfaktor“ und der „Riester-Faktor“ haben in einer transparenten Rentenanpassungsformel, die zugleich ein nachvollziehbares Prinzip der Generationengerechtigkeit zum Ausdruck bringen soll, nichts zu suchen und müssen gestrichen werden. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn kontinuierlich und deutlich anheben <p>Der SPD ist es gegen große Widerstände gelungen ist, einen bundeseinheitlichen flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Er wird für in der Zukunft liegende Zeiten, bei einer Standarderwerbs-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 biographie, auch dafür Sorge tragen Rentenansprüche zu erhöhen. Es gilt allerdings den Satz von 8,50 €, ab 2017 – 8,84 €, deutlich zu erhöhen.</p> <p>5 • Rente nach Mindest-Entgelt-Punkten als Dauerlösung Selbst wenn das Rentenniveau auf 50 % angehoben wird, gibt es in unserem Rentensystem, in dem die Renten den zuvor erzielten Löhnen entsprechen, Fälle, in denen trotz langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfeste Rente erworben wird. Dies wird wegen der stark gewachsenen Lohnungleichheit in Zukunft sogar häufiger vorkommen. Deshalb wird vorgeschlagen, die seit 1972 bestehende und bereits einmal verlängerte Rente nach Mindestentgeltpunkten nicht nur zu verlängern, sondern diese zu entfristen und zu einer Dauerlösung zu machen. Dadurch wird dieses Instrument zu einer Verbesserung der Rentenansprüche für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für in der Vergangenheit liegende Phasen des Niedriglohnbezugs und/oder Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse mit negativen Auswirkungen auf die Rente. Sie ist damit ein wirksames Instrument für die Vergangenheit und Zukunft.</p> <p>20 • Mindestlohn und die Rente nach Mindestentgeltpunkten Mindestlohn und eine Rente nach Mindestentgeltpunkten sind ein vernünftiger Instrumenten-Mix. Sie verbessern Erwerbsbiographien in zurückliegenden Erwerbsphasen und in der Zukunft. Dadurch wird ein nachhaltiger Beitrag geleistet, das Pflichtversicherungssystem strukturell armutsfest zu machen.</p> <p>25 • Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten senken Hier besteht trotz der beschlossenen Verbesserungen nach wie vor besonderer Handlungsbedarf. Die Erwerbsminderungsrenten liegen im Durchschnitt bei 670,00 € Wir fordern:</p> <p>30 • Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.</p> <p>35 Zukunft der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge Das jetzige Drei-Säulen-Modell sieht vor, dass die Lücken der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung durch die Riesterrente und Betriebsrente geschlossen werden sollen. Dann müssen die private und betriebliche Altersvorsorge den gleichen Leistungsumfang wie die gesetzliche Rentenversicherung erfüllen;</p> <p>40 • Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos und des Hinterbliebenenrisikos, • flächendeckende Verbreitung (auch für die unteren Einkommensgruppen), • Maßnahmen zur Schließung von Lücken (z. B. bei Arbeitslosigkeit), • Transparenz des Altersvorsorgemarktes und des Verbraucherschutzes, • finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber.</p> <p>50 Keine dieser Bedingungen ist gegenwärtig auch nur annähernd erfüllt. Deshalb muss die Lebensstandardsicherung wieder Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung sein und die private kapitalgedeckte Altersvorsorge hat lediglich ergänzende Aufgaben.</p> <p>55 Riesterrente Die Riesterrente hat die hochfliegenden Erwartungen nicht erfüllt. Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge durch den Staat („Riester-Förderung“) ist nicht nur überflüssig, sondern verursacht in der gegenwärtigen Konstruktion (Kombination aus Freiwilligkeit und progressiver Förderung mit wachsendem Einkommen) Mitnahmeeffekte und eine Umverteilung von unten nach oben. Wir fordern:</p> <p>60 • Die rechtliche Verbindlichkeit der bestehenden Riester-Verträge bleibt vollumfänglich bestehen. Eine weitere Förderung neuer Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Betriebliche Altersversorgung</p> <p>In unseren Parteitagebschlüssen heißt es zur betrieblichen Altersversorgung: „Eine Stärkung und größere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung ist eine wünschenswerte Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung unter Wahrung des Besitzstandes bestehender Verträge“.</p> <p>Die Regierung will der Stagnation in der betrieblichen Altersversorgung entgegenwirken und politische Impulse für ihre Verbreitung zu setzen. Studien zeigen: Vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht noch erheblicher Nachholbedarf. In verschiedenen Branchen und insbesondere dort, wo Unternehmen nicht tariflich gebunden sind, ist die Verbreitung äußerst gering.</p> <p>Ein Vorschlag (Sozialpartnermodell) des Bundesarbeitsministeriums unter Leitung von Andrea Nahles liegt vor. Er enthält für die Arbeitgeber die Einführung der reinen Beitragszusage und will die Arbeitgeber von den Haftungsrisiken der betrieblichen Altersversorgung befreien.</p> <p>Eine besondere Rolle als Anreizsystem soll die Entgeltumwandlung sein. Jeder Arbeitnehmer hat einen individuellen Rechtsanspruch gegen seinen Arbeitgeber, einen Teil seines Arbeitsentgeltes für die Altersvorsorge zu verwenden. Auf den umgewandelten Anteil werden keine Einkommensteuer und keine Sozialabgaben erhoben.</p> <p>Dadurch ergeben sich erhebliche Nachteile. Erstens reduziert sich durch die Verminderung des sozialversicherungspflichtigen Entgelts für die/den Einzelne/n der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Rente aus der GRV.</p> <p>Zweitens werden durch die Sozialabgabenfreiheit die Einnahmen der Sozialversicherung reduziert.</p> <p>Drittens wirkt die Reduzierung des Bruttoarbeitsentgelts über die Rentenformel auf die jährliche Rentenanpassung zurück und mindert die Anpassung des Rentenwertes.</p> <p>Die Entgeltumwandlung führt also dazu, dass die Rentenansprüche auch derjenigen reduziert werden, die eine Entgeltumwandlung nicht nutzen. Betroffen sind davon auch die Rentnerinnen/Rentner.</p> <p>Der politische Wille der Koalitionsregierung ist der Ausbau und ein umfassender Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung. Die dafür vorgesehen Maßnahmen dürfen das Hauptziel – Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rentenversicherung – nicht beeinträchtigen. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Entgeltumwandlung in der bestehenden Beitragsregelung oder in der von einigen geforderten höheren Form lehnen wir ab. In jedem Fall muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die umgewandelten Einkommen entfallen. Für die bestehenden Vereinbarungen gilt eine Besitzstandsregelung. Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Steuermittel auszugleichen. • Ein finanzieller Zuschuss der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung muss verpflichtend werden. <p>Zusammenhang bei Beratung und Beschlussfassung über Reformen der Alterssicherung beachten</p> <p>In der gegenwärtigen politischen Debatte deutet sich der vorrangige Ausbau der betrieblichen Altersversorgung an. Sicherlich ist dabei eine flächendeckende Verbreitung ein wichtiges Kriterium. Es gilt aber vermehrt auf weitere wichtige Fragen befriedigende Antworten zu finden.</p> <p>Kommt es zu einer kollektiven Organisation der betrieblichen Altersversorgung?</p> <p>Wer ist Träger der Angebote betrieblicher Altersversorgung?</p> <p>Kommt es zu einem verstärkten öffentlichen oder gemeinnützigen Angebot von betrieblicher Altersversorgung. Oder wie bisher durch kommerzielle Anbieter von Rentenversicherungen.</p> <p>Welche Trägerkonstruktion ist am ehesten geeignet mit der Macht, der ökonomischen Bedeutung und Verantwortung der Rentenfonds umzugehen?</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Ist der sozialpolitische Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung die Vorgabe in dem kapitalgedeckten Sicherungssystem?</p> <p>Dies sind nur einige Punkte die deutlich machen es gibt erhebliche</p> <p>5 Wechselwirkungen bei der Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die Betriebliche Altersversorgung. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine reformierte, solidarische und umlagefinanzierte gesetzliche Rente als Kern für die Lebensstandardsicherung und als Ergänzung eine flächendeckend ausgebauten betrieblichen Altersversorgung bilden zusammen, aufeinander bezogen und sich gegenseitig stützend die Form einer zukunftsfesten Alterssicherung. Von daher müssen die anstehenden Reformschritte im Gesamtzusammenhang und nicht einzeln beraten und beschlossen werden. <p>10</p> <p>15 Das Renteneintrittsalter flexibel gestalten Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente. Wir wenden uns gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze. <p>20</p> <p>Ein für alle Arbeitnehmer gleichermaßen festgelegtes Renteneintrittsalter hat gezeigt, alle Modelle mit starren Altersgrenzen sind gescheitert. Sie sind gescheitert, weil sich einerseits die, das Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen ständig verändern (demografischer Wandel, ansteigende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der allgemeinen und beruflichen Qualifikationsanforderungen, anhaltender Trend zu individualistischen Lebens- und Arbeitsformen etc.). Sie sind gescheitert, weil andererseits die persönlichen Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit und Motivation im Arbeitsleben für jeden Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind (physische, psychische und geistige Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikationserwerb und Qualifikationsbereitschaft, individuelle und familiäre Lebensverhältnisse und Lebensplanungen etc.).</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35 Freiwillige Beitragszahlungen ausweiten Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die freiwilligen Einzahlungen von Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung von Pflichtversicherten von Anfang an ermöglichen und nicht erst ab Vollendung des 55. Lebensjahres. Die geplante Senkung auf das 50. Lebensjahr durch die Koalitionsregierung ist unzureichend. <p>40</p> <p>Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und konsequent zur Erwerbstätigenversicherung entwickeln Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung durchzuführen. Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters, der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für alle zu erreichen.</p> <p>45</p> <p>Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen. <p>50</p> <p>55</p> <p>Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern wir – die Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbstständigen und besonders der Soloselbstständigen. Dies ist vor allem geboten, um dem wachsenden Schutzbedürfnis der überwiegenden Zahl dieses Personenkreises gerecht zu werden und einer steigenden Gefahr von Altersarmut entgegenzuwirken.</p> <p>60</p> <p>Finanzierung</p> <p>65 Viel zu lange ist der Eindruck erweckt worden, Kosten der Demographie, mit einem steigenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft und dadurch steigenden Rentenausgaben, ließen sich</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>leichter tragen, wenn die Kosten der Alterssicherung auf mehrere „Säulen“ verteilt werden.</p> <p>Dies ist falsch und den Bürgern gegenüber unredlich. Die Rentenzahlungen eines bestimmten Jahres können immer nur aus dem erwirtschafteten Volkseinkommen des jeweiligen Jahres aufgebracht werden.</p> <p>Wir wollen ein nachhaltiges Rentenniveau von 50 %. Dies führt dazu, dass die festgesetzte Beitragsobergrenze von 22 % nicht auf Dauer gewährleistet werden kann.</p> <p>Erste Berechnungen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2016) über die Beitragssatzentwicklung bei einer Stabilisierung des Rentenniveaus bzw. der Festsetzung auf 50 % in der gesetzlichen Rentenversicherung, zeigen, dies ist mit einem Beitragssatz von 24 % - 25 % erreichbar.</p> <p>Der im Rentengesetz festgelegte Beitragssatz von 22,0 % würde für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer bei der paritätischen Finanzierung um jeweils 1 % - 1,5 % angehoben. Mit dem von uns vorgeschlagenen höheren Beitragssatz werden die Sozialpartner dann wieder paritätisch an den nicht zu leugnenden steigenden Kosten der Alterssicherung beteiligt. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In Anlehnung an das vom DGB entwickelte Modell wird ein Demographie-Fond aufgebaut. Die Beitragsätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt. Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss dementsprechend entfallen. Bei dem gewollten früheren Erreichen der z. Zt. festgelegten Beitragsobergrenze von 22 % ist zu prüfen, ob die dann vorhandene Rücklage ausreicht um die vorgesehenen Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob die Regelung bis zu dem nach vorläufiger Berechnung nötigen Beitragssatz von 24 % bis 25 % fortgesetzt werden muss. <p>Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen</p> <p>Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit. • Die Aufwendungen für die „Mütterrente“ müssen daher in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden <p>Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunfts-festes Alterssicherungssystem das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle bietet. Es schafft Sicherheit für die Lebensplanung der Jüngeren. Es verringert die Angst von Frauen und Männern nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die Älteren können sicher sein am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unsres Landes.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>
<p>S11</p> <p><i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rentenverkürzungsschäden bei der DRV</p> <p>Der Bundesparteitag der SPD sowie die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, den Rentenversicherungen auf gesetzlichem Wege Möglichkeiten zu schaffen, Rentenverkürzungsschäden für die Altersrente, die nach Schadensfällen durch die Inanspruchnahme von Erwerbsminderungsrenten auftreten, für die Versicherten geltend zu machen.</p>	<p>S11</p> <p><i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rentenverkürzungsschäden bei der DRV</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 S12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Grundsicherung bei kleinen Einkommen</p> <p>Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, geeignete gesetzliche Maßnahmen zu unternehmen, um gering verdienenden Menschen die Teilhabe an privaten Altersvorsorgemaßnahmen wie z. B. Riester- und Betriebsrente so zu ermöglichen, dass diese im Alter auch wirksam wird.</p> <p>10</p> <p>S13 15 <i>Ortsverein Bad Herrenalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i> <i>Ortsverein Wildberg u. Umgebung</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>20 Gerechte und soziale Alterssicherung</p> <p>Die Sozialdemokratische Partei Deutschland steht für soziale Gerechtigkeit und hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit und in Folge auch von ihrer Rente leben können.</p> <p>25 Mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21.07.2004 hat die damalige Bundesregierung beschlossen, dass das Rentenniveau von derzeit 47,9 %, im Jahre 2020 auf 46 % und im Jahre 2030 auf 43 % absinken soll und damit in den Jahren 2003-2005 die Voraussetzungen geschaffen, die den größten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik beinhalten.</p> <p>30 Zu Recht befürchten seither die Menschen in unserem Land, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander klaffen wird.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass die Altersrente aus der gesetzliche Rentenversicherung spätestens ab 2030 nicht mehr ausreichen und deshalb beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sein wird.</p> <p>35</p> <p>1. Gesetzliche Rentenversicherung</p> <p>40 Die SPD muss ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung wieder gerecht werden und durch geeignete Maßnahmen in der Rentenpolitik dafür sorgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass das Rentenniveau nicht unter 60 % sinkt • dass die GRV wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge und der Erwerbsunfähigkeitsabsicherung wird • dass die GRV nicht weiter durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird • dass das Renteneintrittsalter nicht weiter steigt • dass nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei Altersrente bezogen werden kann <p>50</p> <p>Von daher ist es unerlässlich, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, die eine auskömmliche Rente nachhaltig garantieren können:</p> <p>55</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen, Landwirte, Freiberufler, Bundes- und Landtagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung • Beiträge nicht nur aus dem Einkommen durch Arbeit generieren, sondern aus allen Einkommensarten • Wiedereinführung der paritätische Finanzierung • Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze (74.400.- € West 2016) • Deckelung der Rentenhöhe <p>60</p> <p>2. Betriebliche Altersversorgung</p> <p>65 Die betriebliche Altersversorgung sollte als zweite Säule zentral für die Alterssicherung gestärkt und ausgebaut werden. Allerdings geht die Diskussion in die falsche Richtung. Mehr Sachverstand und weniger Aktionismus ist gefragt.</p>	<p>S12 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Grundsicherung bei kleinen Einkommen</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S13 <i>Ortsverein Bad Herrenalb</i> <i>Ortsverein Wildberg u. Umgebung</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Gerechte und soziale Alterssicherung</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Vor der Einführung eines sogenannten „Opting-Out-Modell“ bei der Entgeltumwandlung muss die SPD dafür sorgen, dass folgende Sachverhalte geklärt und neu ausgerichtet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Beiträge 2. Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Leistungen 3. Die Bezugsrechtsregelung im Todesfall <p>Damit soll verhindert werden, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • während der Beitragsphase Nachteile bei Bezug der Kranken-Renten- oder Arbeitslosenversicherung entstehen • in der Leistungsphase die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) die Sozialversicherungsersparnis der Beitragsphase aufzehren, oder gar übertreffen • in der Leistungsphase unter bestimmten Voraussetzungen die steuerlichen Belastungen, die Förderungen der Beitragsphase aufzehren oder gar übertreffen • bei bestimmten familiären Konstellationen Kapital der Versicherungsgemeinschaft und nicht den Bezugsberechtigten gutgeschrieben wird <p>Ferner bestehen momentan im Betriebsrentengesetz (Betr.AVG) Ungleichheiten und somit Veränderungsbedarf bei folgenden Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) pflicht- und freiwillig versicherten Rentnern unterliegen Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung der vollen Beitragspflicht der KVdR. Privat versicherte Rentner unterliegen dagegen keiner Beitragspflicht • Die Sozialversicherungsersparnis der Arbeitgeber während der Beitragsphase, werden in der Leistungsphase nicht zur Verbeitragung der KVdR herangezogen und profitieren somit ausschließlich von der Entgeltumwandlung ihrer Arbeitnehmer <p>3. Riesterrente</p> <p>Mit der Einführung der Riesterrente und dem sogenannten Riesterfaktor wurde die GRV zum Nachteil der Versicherten elementar geschwächt. Von daher sollte dieses undurchsichtige Bedingungs- werk dringend abgeschafft und die Förderungen der GRV zugeführt werden.</p> <p>4. Anmerkung</p> <p>Es ist zu prüfen, die betriebliche Altersversorgung analog der ZVK, der SoKa-Bau oder der VBL in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts anzusiedeln. Ob im kapitalgedeckten System oder im Umlageverfahren ist ebenfalls zu prüfen. Vorteile:</p> <p>Geringere Verwaltungskosten Keine Vertriebs- und Abschlusskosten Kollektivversicherung Geringere Beiträge</p> <p>Durch die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften in den verschiedenen Kammern und Verbänden (IHK und Innungen) könnten insbesondere die klein- und mittelständischen Betriebe, Teile der eingesparten Zwangsbeiträge zur arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung verwenden.</p>	<div>1</div> <div>5</div> <div>10</div> <div>15</div> <div>20</div> <div>25</div> <div>30</div> <div>35</div> <div>40</div> <div>45</div> <div>50</div> <div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>
<p>S14 Landesverband Berlin</p> <p><i>gute und zukunfts feste Renten solidarisch sichern</i></p> <p>Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht.Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwerfällt, bis 67 zu ar-</p>	<p>S14 Landesverband Berlin</p> <p><i>gute und zukunfts feste Renten solidarisch sichern</i></p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 beiten. Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Müt- ter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten. Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, 5 die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten kön- nen und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind. Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft ha- ben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bes- sere Rente getan.</p> <p>10 Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unse- res Rentensystems. Wir bekräftigen das auf dem Landesparteitag II/2012 beschlossene Rentensystem der SPD Berlin halten an den darin aufgestellten Forderungen fest. Dabei sollten uns folgende 15 Ziele leiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Ein- schnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müs- sen. 20 • Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversiche- rung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abge- ordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Be- amte solidarisch einzahlen. 25 • Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente, die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. • Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat 30 die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen. • Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen An- forderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei 35 sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiede- nen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderun- gen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen. • Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Auf- teilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. 40 Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaft- lichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Ver- gangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen. 45 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbio- graphien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter. 50 • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher wer- den. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage, selber Verantwortung dafür zu übernehmen. <p>Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen die unter- 55 schiedlichen Bewertungen im Rentenrecht in Ost und West beendet werden. Dabei dürfen keine neuen Ungleichheiten entstehen und die Lebensleistungen aller Menschen müssen gerecht berücksich- tigt werden.</p> <p>60 a) Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsiche- rung in der ersten Säule Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unse- res Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunfts- 65 fest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der soli- darischen Finanzierung. Dabei ist die perspektivische Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig, aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt.	1
Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbstständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.	5
Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken. Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.	10
Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.	15
b) Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen	
Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schiefgelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr herausbekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.	25
Als wesentliches Kriterium gelten 35 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.	30
	35
c) Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld	
Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:	40
Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche, private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten.	45
d) Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch	
Die betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen, die eine zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garantieren.	50
Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und Anforderungen.	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Zur Finanzierung können u. a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung der Riester-Rente für die betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.</p> <p>5 e) Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und</p> <p>10 perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.</p> <p>Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.</p> <p>15 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragsatzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform ausgestaltet werden</p> <p>20 kann, ohne dass daraus aufgrund des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen. Damit auch künftige Generationen erwarten können, dass sie selbst eine sichere und auskömmliche Rente bekommen, muss für eine solide Alterssicherung perspektivisch die gesamte in Deutschland stattfindende Wertschöpfung herangezogen werden.</p> <p>25 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Rentenpolitik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.</p> <p>30 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.</p> <p>35</p>	
<p>S15 40 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Beitragsbemessungsgrenze abschaffen</p> <p>Die Beitragsbemessungsgrenze soll abgeschafft werden, um eine</p> <p>45 umfassendere Versorgung kranker, pflegebedürftiger, arbeitsloser oder alter Menschen zu gewährleisten. Dabei soll es bei der Rentenversicherung eine Deckelung nach dem Vorbild der Schweiz geben, so dass eine Maximalrente geschaffen wird.</p> <p>50</p>	
<p>S16 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>55 Rente</p> <p>1. Das Dreisäulensystem muss in ein Eine-Säule-System, nämlich nur die gesetzliche Rente überführt werden. Eine private oder betriebliche Vorsorge, darf nicht mehr implizit verpflichtender Bestandteil des Rentensystems sein. Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt bleiben.</p> <p>60 2. Ein Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Einkommensarten zu erfolgen, d.h. Beitragszahler und Rentenempfänger sind neben Angestellten, auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige, Mandatsträger.</p> <p>65</p>	<p>S15 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Beitragsbemessungsgrenze abschaffen</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S16 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Rente</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 falsch, allein den Beitragszahlern der gesetzlichen Altersversicherung Leistungen aufzubürden, die die ganze Gesellschaft angehen. Die Bundes-SPD wird aufgefordert den Bundestagwahlkampf 2017 zu nutzen, um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer</p> <p>5 Weichenstellungen ab Beginn der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben. „Für eine Rente mit Niveau!“</p> <p>Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente. Dazu fordert die SPD:</p> <p>10 • Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken, sondern muss angehoben werden. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter absichern.</p> <p>• Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.</p> <p>15 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.</p> <p>Diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie keine ausreichenden Anwartschaften in der gesetzlichen Rente erwerben konnten, müssen vor Armut und sozialem Abstieg im Alter geschützt werden. Um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken, müssen Nachteile am Arbeitsmarkt und die Diskriminierung bei den Einkommen beseitigt, aber auch niedrige Rentenbeträge aufgewertet</p> <p>20 werden. Daher setzt sich die SPD dafür ein,</p> <p>• niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,</p> <p>• wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten,</p> <p>• die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alters</p> <p>30 einkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Einkommensanrechnung einzuführen.</p> <p>Die SPD fordert daher:</p> <p>• Besonders langjährig Versicherten muss ein abschlagsfreier Rentenzugang mit 45 Versicherungsjahren ermöglicht werden. Diese</p> <p>35 Regelung muss allen Jahrgängen und nicht nur ausgewählten offenstehen.</p> <p>• Tarifliche Lösungen für flexible Übergänge müssen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden (neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit). Wer gesundheitlich bedingt noch früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, der hat keine Wahlfreiheit. Daher</p> <p>40 setzt sich die SPD dafür ein, dass</p> <p>• erwerbsgeminderte Menschen materiell besser abgesichert werden und</p> <p>• der Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente erleichtert wird.</p> <p>45 Die SPD macht Vorschläge für Leistungsverbesserungen um eine solidarische Finanzierungsalternative zu ergänzen:</p> <p>• die Einnahmehasis durch eine Erwerbstätigenversicherung zu verbreitern,</p> <p>50 • eine Demografie-Reserve durch eine moderate Beitragssatzentwicklung aufzubauen,</p> <p>• versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“ und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung über Steuern zu finanzieren.</p> <p>55 • Die Arbeitgeber sind gesetzlich zu verpflichten, allen Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung (bAV) anzubieten (Arbeitgeberobligatorium). Dabei ist die ausreichende und verbindliche Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung sicherzustellen.</p> <p>60 • Die Sicherheit der Betriebsrenten in allen Durchführungswegen muss gesetzlich sichergestellt werden.</p> <p>• Die Fristen zur Erreichung der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten müssen deutlich verkürzt werden und Ansprüche aus Betriebsrenten müssen beim Arbeitgeberwechsel vollständig übertragen werden.</p> <p>65 • Der Arbeitgeber muss dazu verpflichtet werden, grundsätzlich alle drei Jahre die Betriebsrenten anzupassen.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, wirbt die SPD für den Dialog der Generationen und für ihre Vorstellungen von einer solidarischen Rentenpolitik. Mit ihren rentenpolitischen Reformvorstellungen setzt sie auf eine Weiterentwicklung des Solidarprinzips und auf einen angemessenen Sozialausgleich zwischen den Generationen.</p>	1 5
<p>S18 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen „Doppelverbeitragungen“ in der betrieblichen Altersversorgung</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Ergänzung am Schluss des § 229 (1) Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) einzusetzen: Beitragsfrei bleiben Kapitalleistungen aus bereits vor 2004 bestehenden freiwillig abgeschlossenen Verträgen, bei denen sonst aus dem Gesetz Beitragspflichten vor und nach der Leistungsfähigkeit entstehen würden („Doppelverbeitragung“). Die Rückzahlungsabwicklung der bereits erhobenen Beiträge regelt eine Ausführungsverordnung.</p>	<p>S18 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen „Doppelverbeitragungen“ in der betrieblichen Altersversorgung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>10 15 20 25 30</p>
<p>S19 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Rentenversicherung neu denken</p> <p>Um allen Beschäftigten den passenden Übergang in die Rente zu ermöglichen möge die SPD beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einen Bürgerbeitrag: Aus dem Arbeitnehmerbeitrag soll ein Bürgerbeitrag werden, wie in der Kranken- und Pflegeversicherung, den alle Bürgerinnen und Bürger prozentual nach ihrer Leistungsfähigkeit auf ihr Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit zahlen. Selbstständige ohne Altersversorgung sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies sei der erste Schritt auf dem Weg zum Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen. 2. Die Beitragsbemessungsgrenze, oberhalb der das Einkommen eines Versicherten beitragsfrei bleibt entfällt. Der Bürgerbeitragssatz soll einheitlich festgelegt werden, doch zur Stärkung des Wettbewerbs sollen die Rentenkassen die Möglichkeit bekommen, diesen anzupassen. Zusatz- und Sonderbeitrag sollen wegfallen. Die Versicherungspflichtgrenze von 4.800 Euro (Bundeseinheitlich) entfällt. Die laufenden privaten Rentenversicherungen sind davon nicht betroffen und laufen aus. Neue kommen nicht mehr hinzu und wird in die Erwerbstätigenversicherung integriert. 3. Einfachere Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung sollen geschaffen werden, um den Zeitpunkt für den Renteneintritt flexibler zu gestalten. 4. Ein wichtiger Punkt im Regierungsprogramm der SPD ist die Einführung einer Mindestrente. Die Mindestrente sollte 1.000 Euro betragen. Rentner deren Rente bisher weniger als 1.000 Euro beträgt werden auf 1.000 Euro aufgestockt. 5. Die Maximalhöhe der Rente wird auf 4.000 Euro begrenzt. 6. Zudem soll ein einheitliches Rentensystem für Ost und West bis 2020 eingeführt werden. 	<p>S19 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Rentenversicherung neu denken</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>35 40 45 50 55 60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>S20 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Definition, Überprüfung, Finanzierung und Transparenz für versicherungsfremde Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung</p> <p>1. Definition: Vom Deutschen Bundestag ist ein Gesetz zu verabschieden, mit dem „Versicherungsfremde Leistungen für die gesetzliche Rentenversicherung“ klar definiert sind. Beispiele hierfür sind „Wiedervereinigung“, „Ost-West-Angleich der Renten“, „Mütterrente“.</p> <p>2. Überprüfung: Alle bisherigen und zukünftigen Gesetze, die die gesetzliche Rentenversicherung betreffen, sind nach der Definition (siehe Punkt 1) zu überprüfen, ob und in welchem Umfang versicherungsfremde Leistungen enthalten sind.</p> <p>3. Finanzierung: Sämtliche versicherungsfremde Leistungen sind künftig nicht mehr aus der Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln zu tragen.</p> <p>4. Transparenz: Das Bundesfinanzministerium berichtet jährlich über Kosten und Zuschüsse bezüglich der „Versicherungsfremden Leistungen“ an die Rentenkasse (siehe Punkt 3). Es ist im Sinne von Transparenz, diese Trennung vorzunehmen. Auch für künftige Festlegungen bei der Beitragshöhe für die Rentenkasse muss hier Klarheit herrschen.</p> <p>S21 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Rente als Lebensstandardsicherung</p> <p>Wir schaffen neues Vertrauen in die gesetzliche Rente – Ein neuer Generationenvertrag: den Wert der Arbeit und die Würde im Alter sichern</p> <p>Die SPD setzt sich für eine umlagefinanzierte, solidarische gesetzlichen Rente (GRV) als Hauptsäule der Altersvorsorge ein, die den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt. Eine lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den Sozialstaat von grundlegender Bedeutung. Die Rentenpolitik und künftige Alterseinkommen beschäftigen alte und junge Menschen gleichermaßen. Gerade die Alterssicherung muss sich, wie die anderen sozialen Sicherungssysteme, immer wieder an wandelnde Verhältnisse anpassen und dabei für alle Generationen verlässlich bleiben. Wir wollen die Würde im Alter durch verlässliche Leistungen sichern, ohne die Entwicklungschancen der Jüngeren durch zu hohe Beiträge zu beschränken. Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag und einen gesellschaftlichen Konsens über die Anstrengungen, die für eine Stabilisierung des Rentensystems notwendig sind. Deshalb ist unser Ziel, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle weiterzuentwickeln. Auf dem Weg dahin wollen wir vor allem Selbstständige stärker in die Rentenversicherung einbeziehen. In der Alterssicherung gilt für uns weiterhin der Grundsatz, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemessenes Leben im Alter ermöglicht. Es geht um einen der wichtigsten Werte in unserer sozialen Marktwirtschaft: den Wert der Arbeit. Dass Arbeitsleistung im Alter erkennbar bleibt und sozialer Abstieg und harte Einschnitte vermieden werden, ist die Grundlage für das Vertrauen in die Alterssicherungspolitik. Zentrale Ziele unserer Alterssicherungspolitik sind deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung des jahrzehntelang erarbeiteten und verdienten Lebensstandards im Rentenalter. 	<p>S20 <i>Unterbezirk Südpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Definition, Überprüfung, Finanzierung und Transparenz für versicherungsfremde Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S21 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Rente als Lebensstandardsicherung</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Keine Anhebung der jetzigen Regelaltersgrenze. Wir werden dafür sorgen, dass die Regelaltersgrenze gesund und leistungsfähig erreicht werden kann. 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Altersarmut verhindern. Aus jeder Erwerbstätigkeit muss auch eine Absicherung für das Alter erwachsen. Außerdem braucht es gezielte Verbesserungen für diejenigen, die am Ende eines langen Arbeitslebens keine auskömmliche Rente haben. 	5
<ul style="list-style-type: none"> • Eine gerechte Finanzierung der Rente. Höhere Einkommen müssen über Steuerzuschüsse an der solidarischen Finanzierung ausreichend beteiligt werden. 	10
<p>Das heißt konkret: Wir setzen eine gesetzliche festgelegte doppelte Haltelinie bei Beitragssatz und Rentenniveau. In einem ersten Schritt wird das weitere Absinken des Rentenniveaus umgehend gestoppt und bis 2030 mindestens auf das Niveau von 48 Prozent stabilisiert. Um Überlastungen von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu vermeiden, wird der gezahlte Beitrag nicht über 22 Prozent steigen.</p>	15
<p>Damit wir diese Ziele erreichen, müssen folgende umfassende Reformen und Investitionen in Angriff genommen werden:</p>	20
<ul style="list-style-type: none"> • Um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen weiter zu steigern, werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter verbessern, unter anderem durch einen flächendeckenden Ausbau der Ganztags- und Randzeitenbetreuung (auch im Grundschulbereich), familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im Rahmen einer Wahlarbeitszeit und den Anspruch auf eine befristete Teilzeit. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zu einem kinderfreundlichen gesellschaftlichen Umfeld und der Erhöhung der Geburtenrate. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Mit erhöhten Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung müssen wir kontinuierlich auf neue Qualifikationsanforderungen und veränderte Fachkräftebedarfe reagieren und damit Arbeitslosigkeit ebenso wie Fachkräftemangel vorbeugen. Dafür werden wir ein Recht auf Weiterbildung festschreiben, die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln und neue Anreize für Weiterbildung schaffen, beispielsweise durch ein Arbeitslosengeld Q während der Qualifizierung sowie durch ein persönliches Erwerbstätigenkonto, das Auszeiten zur Weiterbildung ermöglicht und jeder und jedem ein persönliches Startguthaben bietet. 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, einen Fachkräftemangel vorzubeugen und das Verhältnis von Beitragszahlenden und Rentenempfängern positiv zu beeinflussen, wird es auch auf eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und systematisch gesteuerte Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz ankommen. 	35
	40
	45
<p>Den Rahmen für diese und andere Maßnahmen muss dabei eine wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen, die die notwendigen Investitionen ermöglicht. Dazu gehört vor allem die Nutzung der Chancen, die sich durch die Digitalisierung ergeben.</p>	50
<ul style="list-style-type: none"> • Mit einer weiteren Stärkung der Tarifbindung, einem Pakt für anständige Löhne (insbesondere im Dienstleistungsbereich) und einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive werden wir die Weichen für eine gute Lohnentwicklung in der Zukunft stellen. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Langjährige Arbeit muss sich auszahlen: die Solidarrente. • Erwerbsminderungsrente verbessern. 	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 S22 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>5 Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente</p> <p>Bereits in den 1950er und -60er Jahren sind politische Weichen gestellt worden, die die deutsche Rentenversicherung bis heute prägen: Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) basiert auf Leistungsgerechtigkeit. Es gilt das Versicherungs- und Äquivalenzprinzip. Die Versicherung bezieht sich im Wesentlichen auf abhängige Beschäftigung, auf der Basis des Äquivalenzprinzips soll das Ziel der Lebensstandardsicherung umgesetzt werden: Je mehr und je länger Beiträge eingezahlt werden, desto höher soll die spätere Rente ausfallen. Dabei orientiert sich auch heute noch die gesamte Logik des Alterssicherungssystems an die damaligen gesellschaftlichen Vorstellungen wie Vollbeschäftigung und dem traditionellen Frauenbild, die die Absicherung der Frauen durch den Mann auch in der Altersversorgung sehen.</p> <p>Seitdem haben sich die Voraussetzungen aber in vielfältiger Weise geändert. Erwerbsverläufe haben sich gewandelt. Sie sind vielfältiger und fragmentierter geworden. Der „Eckrentner“ wird immer mehr zum Auslaufmodell. Das Normalarbeitsverhältnis liegt nur bei 66 %. Fast die Hälfte der Frauen ist atypisch beschäftigt und 70 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen. Die Rentenversicherung berücksichtigt diesen Wandel bisher nur unzureichend.</p> <p>Die Vorstellung eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers mit ungebrochener, von der Ausbildung bis zum Altersrenteneintritt in Vollzeit ausgeübter Erwerbstätigkeit, herrscht auch in der gegenwärtigen Diskussion um eine Reform der Rentenversicherung immer noch vor. Leistung definiert sich ausschließlich aus der Höhe der der Erwerbsarbeit zugrundeliegenden Löhne und Gehälter. Dabei wird kein Unterschied gemacht, ob es sich dabei um eine Vollbeschäftigung oder um eine Teilzeitbeschäftigung handelt, obwohl die Produktivität von Teilzeitbeschäftigten deutlich höher ist als bei vollbeschäftigten Arbeitnehmern.</p> <p>Insbesondere müssen aber auch jene Lebensphasen besser abgesichert werden, die nicht durch Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen bzw. nur durch ein niedriges Erwerbseinkommen bestimmt sind. Dazu gehören nicht nur Zeiten, in denen gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten verrichtet werden (Kindererziehung, Pflege) oder in denen aufgrund von Krankheiten, Behinderungen oder Arbeitslosigkeit eine Erwerbsarbeit nicht aufgenommen werden kann. Das Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, beinhaltet aber auch, mehr Zeit für Familie zu schaffen. Ein besserer Übergang von Erwerbsarbeit in den Ruhestand bedeutet, mehr Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung zu schaffen, insbesondere wenn dadurch Arbeitslosigkeit vermieden werden kann. Und die neuen Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt sind ohne mehr Zeit für Bildung und Qualifikation nicht zu schaffen.</p> <p>Der Bundesparteitag möge daher beschließen:</p> <p>Aufgabe einer sozialdemokratischen Reformforderung muss es sein, die Rentenformel an die jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses zu besetzen - als Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor Altersarmut. Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen Aufwand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu prüfen, ob es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen Entgeltpunkte anzuheben.</p>	<p>S22 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>S23 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Anrechnung der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter</p> <p>Um den Wert der Arbeit anzuerkennen fordern wir, bei der Berechnung der Grundsicherung im Alter neben Freibeträge für private und betriebliche Vorsorge auch einen Freibetrag für Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen.</p>	<p>S23 1 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Anrechnung der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter 5</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 10</p>
<p>S24 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Freiwillige private Altersvorsorge mit Kapitalbildung</p> <p>Die staatliche Förderung neuer so genannter „Riester-Verträge“ ist einzustellen. Für ältere Verträge gilt Bestandsschutz, neue Verträge werden nicht abgeschlossen. Das Altersvermögensgesetz (AvmG) und das Einkommensteuergesetz sind entsprechend zu ändern. Wir setzen uns stattdessen für die Einführung einer privaten Altersvorsorge mit Kapitalbildung ein, deren Beiträge bis zu einer bestimmten Höhe unter besonderer Berücksichtigung der Kinder steuerlich abgesetzt werden kann. Diese Beiträge sollen in ein staatlich organisiertes bzw. beaufsichtigtes, provisionsfreies, kostengünstig verwaltetes Finanzprodukt fließen. Dabei sollen auch die bereits bestehenden Versorgungswerke der freien Berufe berücksichtigt werden, wenn sie jeweils besondere Kenntnis und Fähigkeiten in der kostengünstigen Finanzverwaltung vorweisen können. Dabei sollen die Verwaltungsgebühren in diesen Altersvorsorgefonds prozentual und nicht fest sein, um Bezieher kleinerer Einkommen zu schützen. Für dieses Modell der Altersvorsorge streben wir zwecks breitestmöglicher Verankerung eine sog. Widerspruchslösung, also eine automatische Abführung eines gewissen Betrages des Bruttoeinkommens (ca. zwei Prozent) durch den Arbeitgeber an einen Altersvorsorgefonds, welchem der Betroffene widersprechen kann, sofern er bereits in ein anderes gesetzlich vorgesehenes Altersvorsorgesystem eingebunden ist.</p>	<p>S24 15 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Freiwillige private Altersvorsorge mit Kapitalbildung 20</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>S25 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Stärkung der umlagefinanzierten Rente</p> <p>Wir fordern, folgende Erwägungen in langfristige Erörterungen zur Weiterentwicklung der Altersversorgungssysteme einfließen zu lassen. In jedem Fall ist eine breite Beteiligung der Parteibasis an diesen Fragen notwendig, ggf. die Einsetzung einer Expertenkommission. Wir fordern eine Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Sie muss „armutsfest gestaltet“ werden, d.h. niemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter in Armut fallen. Mit diesem Ziel sind Korrekturen des Altersvermögensgesetzes (AvmG) von 2001, des Altersvermögensergänzungs-gesetzes (AvmEG)) und des Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (2004) anzustreben. Im Einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das derzeit geltende Rentenrecht steuert absehbar auf eindrucksvolles Absinken des Rentenniveaus zu. Wir wollen das jetzige Rentenniveau möglichst erhalten und dauerhaft für das Rentenniveau 	<p>S25 50 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Stärkung der umlagefinanzierten Rente</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 eine untere Haltelinie von mindestens 46 % (Sicherungsniveau) einziehen. Zusätzlich ist es das politische Ziel, das Sicherungsniveau der Rente auf dem gegenwärtigen Stand von ca. 48 % des Durchschnitts-</p> <p>5 lohnes zu halten und gleichzeitig den Beitragssatz nicht über 24 % steigen zu lassen. In wie weit sich aufgrund dieser und anderer rentenpolitischer Vorschläge real weitere Spielräume in Richtung 50% des Durchschnittslohnes ergeben, wird weiter sorgfältig zu prüfen und mit anderen wichtigen sozialdemokratischen Finanzbedarfen (z.B. für</p> <p>10 Infrastruktur, Wohnungsbau, Bildung und Betreuung) abzuwägen sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die gesetzliche Rente wird für alle Berufsgruppen geöffnet. • Freiwillige Zusatzbeiträge (Überobligatorium) werden ermöglicht. 15 • Die Beitragsbemessungsgrenzen sind deutlich über das bisherige Maß anzuheben. • Die gesetzliche Rentenversicherung soll perspektivisch von jeglichen „versicherungsfremden Leistungen“ entlastet werden. 20 Hierzu gehören alle Leistungen, die zwar gesellschaftlich sinnvoll sind, denen aber keine entsprechende Beitragszahlung vorherging, also auch die Mütterrente und die Rente mit 63. • Prüfung, inwieweit die Wiederbegründung der rentensteigernden Bewertung von ALG II-Zeiten möglich ist 25 • Dringlich ist insbesondere die rentenrechtliche Aufwertung von Sorge- und Pflegearbeit • Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter stetig verbessern <p>30</p> <p>S26 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>35 Alterssicherung</p> <p>Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass das Nettorentenniveau in absehbarer Zeit wieder auf über 50 % angehoben wird. 40 • dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird. • dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird. • dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten, um der Alters- 45 armut zu entgehen. <p>Altersvorsorge. Die SPD muss dafür sorgen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass private Zuzahlungen zur Aufstockung des eigenen Rentenniveaus ausschließlich an die gesetzliche Rentenversicherung zu erfolgen haben. 50 • dass die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einzahlung aller Arbeitnehmer, Selbstständigen und Beamten erfolgen soll (Erwerbstätigenversicherung). Ebenso sollen 55 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen zur Beitragsberechnung in der Rentenversicherung herangezogen werden. • dass die Rentenversicherungsbeiträge wieder paritätisch finanziert werden. Selbstständige zahlen ihre Beiträge analog zur geplanten Bürgerversicherung. 60 • dass die Beitragsbemessungsgrenzen entfallen sollen. <p>Mütterrente. Die SPD muss dafür sorgen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass die Mütterrente unangetastet bleibt und dadurch kein Abzug an der Witwenrente vorgenommen wird. 65 • dass die Finanzierung der Mütterrente ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt und nicht mehr zu Lasten der Beitragszahler. 	<p>S26 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Alterssicherung</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Witwen/Witwerrente. Die SPD muss dafür sorgen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass keinerlei Anrechnung aus geringfügig entlohnter Tätigkeit (Minijobs bis aktuell 450 € pro Monat) auf Witwenrenten vorgenommen wird. 	1
	5
<p>S27 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Anhebung der Grundsicherung</p> <p>Anhebung der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (SGBXII, Viertes Kapitel) um 25 % (von derzeit 409 EURO Haushaltsvorstand bzw bei Ehepartnern 368 EURO). Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für die Anhebung der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (SGB XII, Viertes Kapitel) um monatlich 25€ einzusetzen.</p>	
	10
	15
	20
<p>S28 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Stärkung der umlagefinanzierten Rente</p> <p>Die AG SPD 60 plus fordert eine Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Sie muss armutsfest gestaltet werden, d.h. niemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter in Armut fallen. Mit diesem Ziel sind Korrekturen des Altersvermögensgesetzes (AvmG) von 2001, des Altersvermögensergänzungsgesetzes (AvmEG)) und des Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (2004) anzustreben. Im Einzelnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung muss stabilisiert und wieder gestärkt werden. • Das Rentenniveau wird auf das Ausgangsniveau von über 50% angehoben. • Die gesetzliche Rente wird für alle Berufsgruppen geöffnet. • Freiwillige Zusatzbeiträge(Überobligatorium) werden ermöglicht. • Die Bemessungsgrenzen sind deutlich über das bisherige Maß anzuheben. • Die gesetzliche Rentenversicherung wird von jeglichen rentenfremden Leistungen entlastet. • Die Mütter-Rente, die Hinterbliebenen-Rente und die abschlagsfreie Rente mit 63 werden über Steuermittel finanziert. 	
	25
	30
	35
	40
	45
	50
<p>S29 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Kurswechsel</p> <p>„Für eine lebensstandardsichernde Rente“, damit Alle im Alter eine gerechte Chance bekommen. Wir unterstützen den Kurswechsel in der SPD hin zu einer Rückkehr einer stabilen Rente.</p> <p>Wir unterstützen die entschlossene Bekämpfung der Altersarmut. Die Altersarmut ist überwiegend weiblich und wird in den kommenden Jahren ansteigen. Wir erwarten daher von der Bundes-SPD, dass sie sich effektiv und nachhaltig für die Bekämpfung der Altersarmut einsetzt. Dies erfordert einen Maßnahmenkatalog, der die Entstehung von Altersarmut frühzeitig verhindert und bereits eingetretene Lücken ausgleicht und Beitragsleistungen von Geringverdienenden honoriert. Dazu gehört die Förderung regulärer Beschäftigung, die Einbeziehung der Selbstständigen in die Renten-</p>	
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 versicherung, bessere Leistungen bei Kindererziehung und Pflege, die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus und die Einführung von Rentenfreibeträgen in der Grundsicherung.</p> <p>5 Die Zwangsverrentung der Alg-II Beziehenden muss endlich ein Ende haben. Obwohl es einige Verbesserungen gegeben hat, sind die Alg-II Bezieher immer noch grundsätzlich verpflichtet, mit 63 Jahren eine vorzeitige Altersrente zu beantragen. Dies wirkt sich für die Betroffenen mehr als nachteilig aus, da sie damit lebenslange Abschläge in der Rente in Kauf nehmen müssen. Das Instrument der Zwangsverrentung ist ersatzlos aus dem Gesetz zu streichen.</p> <p>10 Die Alg-II Bezieher brauchen eine bessere rentenrechtliche Absicherung. Seit 2011 werden für Alg-II beziehende keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Durch die dadurch niedriger gewordenen Rentenansprüche sind die Betroffenen einer erhöhten Gefahr der Altersarmut ausgesetzt. Die Alg-II Bezieher müssen wieder rentenrechtlich abgesichert werden.</p> <p>20 S30 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten</p> <p>25</p> <p>Die AG 60 plus unterstützt das SPD-Rentenkonzept für die nächsten Jahre als einen ersten richtigen und wichtigen Schritt. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass für die Bezieher von Betriebsrenten die volle Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung wegfällt und wie bei der gesetzlichen Rente nur der Arbeitnehmeranteil zu entrichten ist. Abweichend zum Parteitagebeschluss fordern wir dazu auf, den Zeitpunkt des Wegfalls nicht erst ab 2030 zu setzen, sondern hier einen</p> <p>30 erheblich früheren Zeitpunkt zu realisieren.</p> <p>35</p> <p>S31 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten</p> <p>45</p> <p>Die AG 60 plus fordert bei der angekündigten Erarbeitung von angemessenen Lösungen für ein neues Altersversorgungs-/Generationengerechtigkeits-Konzept für eine angemessene Berücksichtigung von Ausbildungs- und Pflegezeiten zu sorgen.</p> <p>50</p> <p>S32 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>55 Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme der DDR</p> <p>60</p> <p>Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass noch immer bestehende Ungerechtigkeiten, ja Unrecht, bei den mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) vom 25.7.1991 Zusatzversorgungssystemen der DDR und weiteren Altersversorgungen für Betriebe und Berufsgruppen in das Bundesrecht in einem wirklichen Rentenüberleitungsgesetz beseitigt und abschließend korrekt</p> <p>65 geregelt werden.</p>	<p>S30 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S31 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Berücksichtigung Ausbildungs- und Pflegezeiten</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S32 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Anerkennung der Altersversorgung durch die Zusatzversorgungssysteme der DDR</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 47-48</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>S33 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Renten- und Altersversorgung</p> <p>Die Renten- und Altersversorgung muss neu geregelt und gerecht für alle Rentner erneuert werden! Gleichzeitig müssen die Arbeitsmarktregeln überprüft und gegebenenfalls auch für den Arbeitnehmer gerecht umgebaut werden, denn die Arbeitsplätze haben sich durch neue und globale Arbeitsbedingungen teilweise grundlegend geändert.</p>	<p>S33 1 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Renten- und Altersversorgung 5</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 10</p>
<p>S34 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Rente</p> <p>Wir fordern, dass die gesetzliche Rentenversicherung als Standardversicherung und als tragende Säule der Alterssicherung erhalten bleibt und gefördert wird.</p> <p>Wir fordern, dass die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen uneingeschränkt wiederhergestellt wird.</p> <p>Wir fordern, dass eine Bürgerversicherung in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung aufgenommen wird, in die alle Erwerbstätigen einzahlen.</p> <p>Wir fordern, dass auch Abgeordnete oder Zeitbeamte entsprechend ihrer Einkünfte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und Ansprüche nach Entgeltpunkten erwerben.</p> <p>Wir fordern, dass auch bei Erträgen aus Finanzgeschäften künftig in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden muss.</p> <p>Wir fordern, dass auch für Beamte vom Bund und den Ländern in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wird, wobei den Beamten bei der Netto-Besoldung keine Nachteile entstehen dürfen. Übergangsregelungen müssen sozial verträglich sein. Ein hoher Bestandsschutz muss gewährleistet sein.</p> <p>Wir fordern, dass die Kürzungen in der Rentenformel rückgängig gemacht werden.</p> <p>Wir fordern, dass Pensionen und Renten sich nicht unterschiedlich entwickeln. Das Rentenniveau muss dem der Pensionen entsprechen und wieder auf über 50% erhöht werden.</p> <p>Wir fordern, dass keine Steuergelder für die „Riesterrente“ oder andere Formen ausgegeben werden. Zu allen Zeiten haben Besserverdienende individuell für ihr Alter vorgesorgt. Eine besondere Förderung ist da nicht nötig.</p> <p>Wir fordern, dass das Renteneintrittsalter flexibel gestaltet wird. Wer je nach persönlicher und beruflicher Belastung mit 60 aufhören möchte, sollte dies ohne Abschlüsse tun können. Wer länger als 65 Jahre arbeiten möchte und kann, sollte ab vollendeten 65. Lebensjahr Zuschläge bekommen und Entgeltpunkte sammeln.</p> <p>Wir fordern, dass parallel zum SGB VI das SGB II gründlich überarbeitet wird. Auch beim ALG II müssen wieder Mindestbeiträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden.</p> <p>Wir fordern, dass niemand zwangsverrentet wird, wenn er Abschlüsse hinnehmen muss.</p> <p>Wir fordern, dass die unterschiedlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen, zwischen Ost und West, ausgeglichen werden und das System verändert wird. Der Rentenanspruch darf sich nicht nur aus der eigenen Leistungsfähigkeit bis zum Renteneintritt ergeben.</p> <p>Wir fordern, dass der Begriff „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ geändert wird in Mindestrente. Diese Mindestrente oder auch evtl. ein Mindestgrundeinkommen sollte dem nicht pfändbaren Einkommen entsprechen.</p> <p>Wir fordern, dass der Artikel 14 (2) GG (Eigentum verpflichtet) erstmalig nach fast genau 67 Jahren Grundgesetz mit Leben er-</p>	<p>S34 15 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Rente</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 füllt wird, und dass durch eine geeignete Steuerreform der Steuer- ervermeidung, der Umgehung und Hinterziehung ein Riegel vor- geschoben wird, dass die Kapitalgesellschaften, die Industrie, für Gewinne, die sie bei uns erwirtschaften, angemessene Beträge in 5 unser Steuersystem und in die Sozialsysteme zur Absicherung der Menschen leisten, die ihre Gewinne erst möglich machen und für die Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können.</p> <p>10 S35 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p><i>Umbau des deutschen Rentensystems</i></p> <p>15 Für eine solidarische Alterssicherung, die den Lebensstandard der Menschen sichert! Immer mehr Menschen droht die Altersarmut. Selbst Durch- schnittsverdiener müssen mit einer Mager-Rente rechnen. Schuld 20 ist eine verfehlte Rentenpolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen Al- terssicherung. Vor diesem Hintergrund fordern wir:</p> <p>25 1. Die gesetzliche Rente muss die alleinige Säule der Alterssi- cherung sein Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandar-sicherung wieder ausschließlich 30 durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die struk- turelle Armut vermieden wird. Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten. Die bestehenden und zukünftigen verein- barten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberver- bänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt 35 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf ar- beitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert 40 und über Tarifverträge abgesichert werden.</p> <p>2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Er- werbstätigen und Einkommensarten zu erfolgen, d.h. Beitragszah- 45 ler und Rentenempfänger sind neben Arbeitnehmern auch Beamte, Freiberufler, Selbstständige, Mandatsträger. Auch Vermögende und deren Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden. Im neuen Rentensystem werden alle bisher bestehenden Alterssicherungssysteme zusammengeführt. Bei der 50 Umstellung auf das neue Rentensystem müssen insbesondere für Beamten und berufsständige Versorgungseinrichtungen angemes- sene Übergangsregelungen getroffen werden.</p> <p>3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren 55 Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitge- ber- und Arbeitnehmeranteil ist wiederherzustellen. Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungs- pflicht bei Mini-Jobs ist zu streichen Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen 60 und von der Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Die Beitrags- bemessungsgrenze muss entfallen und die Höhe der Rentenbezüge muss zu Gunsten der Gesamtfinanzierung des neuen Rentensys- tems nach oben begrenzt werden. Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. 65 Die Sicherung der Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer De- mografie-Reserve zu gewährleisten. Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter Kostenanstieg</p>	<p>S35 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p><i>Umbau des deutschen Rentensystems</i></p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.	1
4. Das Niveau der gesetzlichen Rente anheben. Das Rentenniveau der gesetzlichen Rente muss schrittweise wieder angehoben werden, um einen angemessenen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten. Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. Zeitnah muss in einem zweiten Schritt eine deutliche Anhebung erfolgen. Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte folgen. Der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel muss ersatzlos gestrichen werden.	5
5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).	10 15
6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70 Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.	20
7. Die Reform der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden Renten wegen voller Erwerbsminderung sind künftig in jedem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versicherten sein.	25
8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit Vollzeit gearbeitet. Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und Fortbildungszeiten.	30 35
9. Definition, Überprüfung, Finanzierung und Transparenz für versicherungsfremde Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung 1. Definition: Vom Deutschen Bundestag ist ein Gesetz zu verabschieden, mit dem „Versicherungsfremde Leistungen für die gesetzliche Rentenversicherung“ klar definiert sind. Beispiele hierfür sind „Wiedervereinigung“, „Ost-West-Angleich der Renten“, „Mütterrente“. 2. Überprüfung: Alle bisherigen und zukünftigen Gesetze, die die gesetzliche Rentenversicherung betreffen, sind nach der Definition (siehe Punkt 1) zu überprüfen, ob und in welchem Umfang versicherungsfremde Leistungen enthalten sind. 3. Finanzierung: Sämtliche versicherungsfremde Leistungen sind künftig nicht mehr aus der Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln zu tragen. 4. Transparenz: Das Bundesfinanzministerium berichtet jährlich über Kosten und Zuschüsse bezüglich der „Versicherungsfremden Leistungen“ an die Rentenkasse (siehe Punkt 3). Es ist im Sinne von Transparenz, diese Trennung vorzunehmen. Auch für künftige Festlegungen bei der Beitragshöhe für die Rentenkasse muss hier Klarheit herrschen.	40 45 50 55 60
S36 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Betriebliche Altersversorgung Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen (u.a.	S36 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Betriebliche Altersversorgung Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte Beitragspflicht (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) für alle Betroffenen für den Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.</p> <p>5</p> <p>S37 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>10 Grundfreibetrag</p> <p>Die nachgelagerte Rentenbesteuerung, die seit 2005 eingeführt wurde und bis 2040 zu einer 100 % -igen Besteuerung der Renten führen soll (ohne anzurechnenden Rentenfreibetrag), ist grundsätz- lich aufgrund der mit der „Agenda 2010“ eingeführten erfolgten Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen und den daraus resul- tierenden Folgen für zukünftige Rentner neu zu überdenken, um Altersarmut zu vermeiden.</p> <p>20</p> <p>S38 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>25 Rente muss zum Leben reichen</p> <p>Die umlagefinanzierte, solidarische, gesetzliche Rente bleibt die Hauptsäule der Altersfinanzierung. Sie muss gestärkt und in der Höhe an einem würdevollen Lebensstandard orientiert sein. Deshalb ist ihr Niveau auf oberhalb von 50 Prozent zurückzuführen und zu stabilisieren. Die jetzigen Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren sind abzuschaffen. Das Renteneintrittsalter ist herabzusetzen, flexibilisierte Eintritte sind ohne drastische Abschlüsse möglich zu machen. Perspektivisch ist sie zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle auszubauen. Die Grundsicherung ist deutlich zu erhöhen. Ein Gutteil der Brutto- rente ist von der Anrechnung auf die Grundsicherung freizustellen. Die Situation von Frauen, die oft Kinder- und Pflegeunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung und Arbeit im Niedriglohnbereich nach- gehen, verdient darin eine besondere Förderung und Ausgestaltung. Ebenso gilt dies für Erwerbsminderungsrenten. Die private Vorsorge (insbesondere die s.g. Riesterreente) ist an- gesichts der relativ hohen Kosten und der niedrigen Zinsen keine ernstzunehmende Ergänzung der gesetzlichen Rente. Für bestehen- de Verträge sollten Vertrauensschutzregelungen geschaffen werden, neue Verträge nicht mehr gefördert werden. Betriebliche Altersvorsorge ist ebenfalls keine realistische Säule zur Vermeidung von Altersarmut. Kürzere Betriebsbindungen, Scheinselbständigkeiten, Zeitbeschäftigungen, crowd- und click- working haben bereits jetzt die ursprünglich angenommenen Vo- raussetzungen unterminiert und werden die Formen der Betriebs- renten weiter schwächen. Aktuell und auf weitere Sicht werden die Niedrigzinsen den Kapital gedeckten Finanzierungsformen weiter negativ zusetzen. Auf der Finanzierungsseite muss es zuerst darum gehen, durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik möglichst viele Menschen in sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Zudem sind durch gesetzliche Regelungen die prekären Beschäftigungen zurückzuführen und der Mindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich schlägt die Produktivität einer Volkswirtschaft die Demografie. Daran ist auch für die Zukunft wirtschaftspolitisch zu arbeiten. Gleichzeitig müssen die durch die Digitalisierung drohenden Risiken vorausschauend gestaltet werden. Die der Rentenversicherung übertragenen Staatsaufgaben, z.B. die Anpassung der Ostrenten, die „Mütterrente“, sind aus Steuermitteln zu finanzieren.</p>	<p>S37 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Grundfreibetrag</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>S38 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Rente muss zum Leben reichen</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
S39 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Forderungen zu einem solidarischen und gerechten Generationenprojekt <p>Wir fordern:</p> <p>1.) Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet werden.</p> <p>2.) Die geforderte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Rentenniveau von mindestens 50%.</p> <p>3.) Deshalb erwarten wir als erste Voraussetzung eine Reform der Rentenformel. Es muss wieder der Grundsatz gelten: „Die Renten folgen wieder den Löhnen“.</p> <p>4.) Die eingeführte Abkoppelung von den Löhnen durch Dämpfungs- Faktoren ist zu streichen. Dies gilt für den „Nachhaltigkeitsfaktor“ ebenso wie den „Riester-Faktor“.</p> <p>5.) Zur Vermeidung des Armutsrisikos erwarten wir eine Anhebung des Mindestlohnes auf ein europäisches Niveau vergleichbarer Länder in Westeuropa.</p> <p>6.) Wir fordern die Schaffung einer Regelung der Rentenhöhe nach Mindestentgeltpunkten als Dauerlösung, um damit eine Grund- sicherung zu erreichen und zu vermeiden, dass trotz langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfreie Rente erworben wird.</p> <p>7.) Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten muss verhin- dert werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.</p> <p>8.) Riester-Rente: Die Förderung dieser Form der privaten Vorsor- ge durch den Staat (Riester-Förderung) hat die Erwartungen nicht erfüllt. Wir fordern deshalb, dass die Verbindlichkeit der bestehen- den Verträge umfänglich bestehen bleibt. Eine weitere Förderung neuer Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht mehr.</p> <p>9.) Entgeltumwandlung: Eine Entgeltumwandlung bei Betriebs- renten lehnen wir ab, bis die Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag zu leisten. In jedem Falle muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die umgewandelten Einkommen entfal- len. Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Steuermittel aus- zugleichen. Eine reformierte, solidarische und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist Kern für die Lebensstandardsi- cherung.</p> <p>10) Wir fordern: Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und konsequent zur Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln. Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung durchzuführen. Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters, der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für Alle zu erreichen.</p> <p>11) Wir fordern eine Erwerbstätigenversicherung für Alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzah- len. Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversi-</p>	S39 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Forderungen zu einem solidarischen und gerechten Generationenprojekt <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

1
5
10
15
20
25
30
35
40
45
50
55
60
65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 cherung fordern wir die Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbständigen und vor allem der Soloselbständigen. Damit werden wir der steigenden Zahl der Altersarmut entgegenwirken.</p> <p>5 12) Finanzierung – Wir fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Aufbau eines Demographie-Fonds, wie ihn auch der DGB vorgeschlagen hat. Deshalb muss auf Beitragssenkungen verzichtet werden. • Die Beitragssätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt. • Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss dementsprechend entfallen. • Bei dem gewollten früheren Erreichen der z.Zt. festgelegten Beitragsobergrenze von 22% ist zu prüfen, ob die dann erreichte Rücklage ausreicht, um die Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob die Regelung einer maßvollen Erhöhung der Beiträge bis zu einem für die Arbeitnehmer noch tragfähigeren Beitragssatz fortgesetzt werden muss. <p>13) Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit. • Die Aufwendungen – z.B. für die „Mütterrente“ oder der Grundversicherung für Selbständige ohne Altersabsicherung – müssen in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden. <p>30 Fazit:</p> <p>Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunfts-sicheres Alterssicherungs-system, das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für Alle bietet. Es schafft Sicherheit für die Planung der Jüngeren. Es verringert die Angst von Frauen und Männern, nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die Älteren können sicher sein, am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unseres Landes geschaffen.</p>	
<p>45 S40 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>Erhöhung der Renten für Beschäftigte im Niedriglohnsektor</p> <p>Die Renten für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor sollen in jedem Fall 20 Prozent über der Grundsicherung liegen.</p>	<p>S40 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>Erhöhung der Renten für Beschäftigte im Niedriglohnsektor</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 46</p>
<p>55 S41 <i>Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Stärkung der gesetzlichen Rente</p> <p>1. Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung müssen klar nach Versicherungsleistung/ Beitragszahlung und Fürsorgeleistung getrennt und Fürsorgeleistungen durch Steuermittel finanziert werden.</p> <p>2. Der Zeitpunkt des Renteneintritts muss flexibilisiert werden.</p>	<p>S41 <i>Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Stärkung der gesetzlichen Rente</p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>3. Bei der Bemessung der Entgeltpunkte müssen körperliche und psychische Belastungen im Berufsleben berücksichtigt werden.</p> <p>4. Neu abzuschließende Riesterverträge sollen nicht mehr durch Steuermittel gefördert werden.</p> <p>5. Rentensenkungen durch den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor sind auszusetzen.</p> <p>6. (Mehr)Einnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung dürfen nicht zur Senkung von Rentenbeiträgen oder gar für rentenfremde Zwecke ausgegeben werden, sondern als Rücklage ausschließlich für Zwecke der Rentenversicherung verwendet werden.</p> <p>7. Die Basis der Beitragszahler ist durch Einbeziehung der bisher nicht durch eine Rentenversicherung oder Versorgungswerke abgesicherten Selbstständigen und Beamten zu erweitern.</p> <p>8. Mindestentgeltpunkte sollen auch für Beitragsjahre nach 1992 gewährt werden.</p> <p>9. Für die Bemessung von Entgeltpunkten und etwaiger Zuschläge auf Entgeltpunkte müssen die Zusammenhänge zwischen ausgeübter Tätigkeit, Lebenserwartung, Rentenbezugsdauer untersucht und statistisch fundierte Zahlen ermittelt werden, die dann die Grundlage für die Berechnung bilden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>S42</p> <p><i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p><i>Eine lebensstandardsichernde Rente für alle Erwerbstätigen</i></p> <p>Die SPD wird ihre Rentenpolitik zukünftig (wieder) auf das Ziel ausrichten, alle Erwerbstätigen am Ende ihres Berufslebens mit einer Rente zu versorgen, die sie in die Lage versetzt, ihren Lebensstandard zu erhalten. Dazu gehören verschiedene Kernforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die gesetzliche Rentenversicherung wird als Hauptsäule der Alterssicherung wiederhergestellt, indem die Altersvorsorge auf ein den Lebensstandard sicherndes Niveau gebracht wird. • Die heutige Rentenversicherung für bestimmte Berufsgruppen wird in eine einheitliche Erwerbstätigenversicherung mit gleichen Regeln für alle Erwerbstätigen umgebaut. • Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung soll auf eine zukunfts feste Basis gestellt werden, indem alle Erwerbstätigen einzahlen und auch weitere Arten von Einkünften, z. B. Kapitalerträge, anteilig eingezahlt werden müssen. • Geringverdiener sollen für ihre Beiträge überdurchschnittlich hohe Renten erhalten, um am Ende aus eigener Kraft Ansprüche oberhalb der Grundsicherung zu erwerben. • Die Riester-Rente wird unter Vertrauensschutz für bestehende Verträge abgeschafft und die so eingesparten Subventionen der Versicherungswirtschaft in die gesetzliche Rentenversicherung eingebracht. • Betriebsrenten werden als Nebensäule der Alterssicherung gestärkt und auch für kleinere Unternehmen attraktiv gemacht, ohne die eingezahlten Gelder für riskante Finanzprodukte missbrauchen zu dürfen. <p>Zur Verwirklichung dieser Kernforderungen sind ganz wesentlich die im Folgenden detailliert dargestellten Teilziele zu übernehmen und anzugehen:</p> <p>1. Die Gesetzliche Rentenversicherung als Hauptsäule der Alterssicherung:</p> <p>Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) muss im Sinne des SPD-Grundsatzprogramms (Hamburg 2007) die Hauptsäule einer armutsfesten Alterssicherung bleiben bzw. dazu wieder werden. Das Alterssicherungsziel muss hierbei eine den Lebensstandard erhaltende, paritätisch finanzierte und beitragsbezogene Rente sein; die Stabilität der Beitragssätze darf nicht die höchste Priorität genießen.</p>	<p>S42</p> <p><i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p><i>Eine lebensstandardsichernde Rente für alle Erwerbstätigen</i></p> <p>Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Die weitere Absenkung des Rentenniveaus wird gestoppt und der vom Gesetzgeber eingeführte Riester- wie Nachhaltigkeits-</p> <p>5 • Der Beitragssatz wird in Abhängigkeit von der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Beitragszahlers/einer Beitragszahlerin bei paritätischer Beteiligung des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin leicht progressiv gestaltet.</p> <p>10 • Wer in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten als die bloße Grundsicherung. Auf sie muss, wenn der Rentenanspruch das Niveau der Grundsicherung unterschreitet oder gerade erreicht, in Abhängigkeit von den eingezahlten Beiträgen ein Aufschlag geleistet werden. Wer gearbeitet und in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Beiträge geleistet hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat.</p> <p>15 • Bei geringen Rentenansprüchen ist ein prozentual sehr hohes Rentenniveau von bis zu 90 % des letzten Nettoeinkommens anzusetzen, damit auch bei konstant verdientem Mindestlohn die Grundsicherung übertroffen wird.</p> <p>20 • Das Rentenleistungsniveau nach 45 Beitragsjahren muss deutlich angehoben werden, so dass bei konstantem Erwerb eines Entgeltpunkts pro Jahr der Rentenanspruch die Grundsicherung in angemessenem Abstand übertrifft. Für den derzeitigen Durchschnittsbruttolohn (2016: 32.267 €) bedeutet dies ein Niveau von mindestens ca. 65 %.</p> <p>25 • Das Äquivalenzprinzip bezüglich Beitragsleistung und Rentenleistung muss grundsätzlich erhalten werden, jedoch in angepasster Form analog zur Arbeitslosenversicherung (Höchstanspruch auf Arbeitslosengeld à Höchstanspruch auf Rente).</p> <p>30 2. Stärkung der Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung: Die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist im Interesse einer zukunftsfähigen Finanzentwicklung der GRV auf eine grundsätzlich solidarische Basis zu stellen mit dem Ziel, eine Erwerbstätigenrente zu schaffen. Dazu gehören folgende Kernforderungen:</p> <p>35 • Versicherungspflicht in der GRV für alle Erwerbstätigen: Abhängig Beschäftigte, Freiberufler*innen, Abgeordnete, Selbständige und Beamte*innen (Erwerbstätigenversicherung).</p> <p>40 • Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln.</p> <p>45 • Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, um die Einnahmen der GRV so zu erhöhen, dass eine vor Altersarmut schützende Rente für alle Beitragszahler*innen ermöglicht wird, wobei die abzuleitenden Rentenansprüche analog zur Arbeitslosenversicherung gedeckelt sein müssen.</p> <p>• Erweiterung der Beitragspflicht auf andere Einkünfte wie zum Beispiel Mieteinnahmen und Kapitalerträge.</p> <p>50 3. Echte Stärkung der Betriebsrenten: Die Betriebsrenten werden als zweite Säule des Rentensystems dauerhaft und substanziell gestärkt. Hierbei sind folgende Maßnahmen besonders wichtig:</p> <p>55 • Über steuerliche Anreize müssen Unternehmen aller Art ermutigt werden, diese Form der Alterssicherung zu stärken bzw. sie neu einzurichten.</p> <p>• Kleinen und mittelständischen Unternehmen müssen insbesondere organisatorische Hilfen gewährt werden, um Betriebsrenten auch firmenübergreifend einzurichten.</p> <p>60 • Arbeitnehmer*innen, die in eine umlagefinanzierte Betriebsrente eigene Beiträge aus dem Nettogehalt einzahlen, z. B. VBL, sollen diese Beiträge steuerlich in ihrer Einkommenserklärung absetzen können. Hier darf zudem (Grundgesetz!) kein Rentenabschlag vorgenommen werden.</p> <p>65 • Trotz ihrer Stärkung darf die Betriebsrente bei Erwerbstätigen nicht als gegeben vorausgesetzt werden; sie ersetzt zu keinem Teil die grundsätzliche Absicherung durch die GRV, sondern ergänzt sie nur.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schen mit Behinderungen in den Bereich der zu fördernden Leistungen in das Bundesteilhabegesetz aufgenommen werden können.</p>	
<p>5 S45 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Anhebung der Behindertenpauschbeträge</p> <p>10 Wir treten für die Anhebung der Behindertenpauschbeträge nach § 33b EStG ein. Die Anhebung sollte durch Anpassung der Beträge an die tatsächlichen Lebensumstände von Menschen mit Behinderung in Höhe des seit ihrer Einführung im Jahre 1975 gestiegenen Lebenshaltungsindex erfolgen.</p> <p>15</p>	<p>S45 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Anhebung der Behindertenpauschbeträge</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 86</p>
<p>S46 20 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Barrierefreiheit im Sport</p> <p>So17 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>Die SPD setzt sich konsequent für die Inklusion im Bereich des Sports ein. Die Gewährleistung von Barrierefreiheit ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Deshalb soll der Bund Fördermittel für die</p> <p>30 Barrierefreiheit von Sportstätten bereit stellen.</p>	<p>S46 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Barrierefreiheit im Sport</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>S47 35 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit</p> <p>40 Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit dürfen bei der Berechnung staatlicher Leistungen sowie Leistungen der Renten- und Krankenversicherung nicht dem Einkommen des Betroffenen zugerechnet werden. Nötigenfalls sind Gesetze und Erlasse diesem Prinzip anzupassen.</p> <p>45</p>	<p>S47 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Aufwandsentschädigungen und Kostenerstattungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 S48 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Wohngeld und Heizkostenkomponente</p> <p>55 Der Bundesparteitag der SPD sowie die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, die Höhe des Wohngeldes künftig dynamisch anzupassen und darüber hinaus die früher enthaltene Heizkostenkomponente wieder aufzunehmen.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>S48 <i>Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Wohngeld und Heizkostenkomponente</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017, Seite 55</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
S49 <i>Ortsverein Recklinghausen-Ost Hillen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	S49 1 <i>Ortsverein Recklinghausen-Ost Hillen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>
„Sozialstaat 4.0“ - Sicherstellung der sozialen Sicherung in Zeiten von KI	„Sozialstaat 4.0“ - Sicherstellung der sozialen Sicherung in Zeiten von KI 5
Die bisher mittels arbeitsplatzgebundener Sozialversicherungsbeiträge finanzierten sozialen Sicherungssysteme bedürfen des Schutzes vor Erosion im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt 4.0. Es ist deshalb schon jetzt dringend erforderlich, sich auf diese Entwicklung sozialgesetzgeberisch vorzubereiten, damit künstliche Intelligenz (KI) als zunehmende Wertschöpfungsgrundlage der kommenden Zeit zur Sicherung des Sozialstaats herangezogen wird und kein Kapitalismus 4.0 unser Leben beherrscht. Bei allen Überlegungen zur paritätischen Sozialversicherung, Rentenstabilität und einer perspektivischen Bürgerversicherung muss diese Zukunftsproblematik schon jetzt erkannt und gewürdigt werden. Dazu sollte eine parteiinterne kompetente Arbeitsgruppe „Sozialstaat 4.0“ zur Ausarbeitung entsprechender zukunftsorientierter Maßnahmen umgehend installiert werden.	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 10
	15
	20
	25
S50 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>	S50 25 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>
Lernförderung von Kindern mit SGB II Bezug	<u>Lernförderung von Kindern und Jugendlichen mit Anrecht auf das Bildungs- und Teilhabepaket (SGBII- und Kinderzuschlagsbezug)</u> 30
Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass eine ergänzende öffentliche Lernförderung von Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehen, in den beiden letzten Jahrgängen der jeweils gewählten Schulform über das bloße Erreichen der wesentlichen Lernziele hinausgeht, finanziert wird. Dabei darf das dauerhafte Ziel, dass keine Schüler*innen zurückgelassen werden, im Bildungssystem nicht aus den Augen verloren werden.	Annahme in der Fassung der Antragskommission 35
	Die SPD setzt sich dafür ein, dass Nachhilfeleistungen aus dem BuT nicht nur im Falle erbracht werden, dass das Lernziel (Versetzung, Schulzweig) nicht erreicht zu werden droht, sondern auch im Falle eines möglichen Aufstiegs (Schulzweig/Kurs) oder eines guten Abschlusses. 40
	45
S51 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i>	S51 45 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i>
Maßnahmen gegen Altersarmut	Maßnahmen gegen Altersarmut 50
Die SPD und ihre Bundestagsfraktion sollen durch verschiedene Maßnahmen die drohende Altersarmut der derzeit in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten verhindern. Hierzu gehören insbesondere: <ul style="list-style-type: none">• Rentenbeitragszahlungen auf Lohnersatzleistungen• Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse• Langfristig die Einführung einer Bürger/innen-Sozialversicherung bei der alle Einkünfte sozialversicherungspflichtig sind	Überweisung an Kommission zur Zukunft der Rente nach 2030 beim SPD-Parteivorstand 50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div data-bbox="118 212 738 275"> <p>1 S52 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> </div> <div data-bbox="151 293 446 336"> <p>Sozialversicherung</p> </div> <div data-bbox="118 336 801 488"> <p>5 Die Beitragsbemessungsgrenzen für die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungen sollen abgeschafft werden. Der allgemeine Beitragssatz für diese Sozialversicherungen soll entsprechend abgesenkt werden. Gleichzeitig sollen alle Einkommensarten für die</p> <p>10 Finanzierung der Sozialversicherungen herangezogen werden.</p> </div> <div data-bbox="118 555 678 647"> <p>S53 15 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> </div> <div data-bbox="151 665 531 707"> <p>Kinderarmut bekämpfen</p> </div> <div data-bbox="118 723 801 779"> <p>20 Das Kindergeld wird nicht mehr als Einkommen bei Sozialleistungsbeziehern herangezogen.</p> </div> <div data-bbox="118 848 790 911"> <p>25 S54 <i>Ortsverein Aachen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> </div> <div data-bbox="151 929 330 972"> <p>Sozialticket</p> </div> <div data-bbox="118 987 801 1099"> <p>30 Der Bundesparteitag möge beschließen, dass der im SGB II-Regelsatz enthaltene Betrag für Verkehr (Mobilität) von derzeit 25,77 EUR an die tatsächlichen Kosten insbesondere von oft bereits vergünstigten ÖPNV-Monatskarten angepasst wird.</p> </div> <div data-bbox="118 1128 129 1149"> <p>35</p> </div> <div data-bbox="118 1263 129 1283"> <p>40</p> </div> <div data-bbox="118 1397 129 1417"> <p>45</p> </div> <div data-bbox="118 1532 129 1552"> <p>50</p> </div> <div data-bbox="118 1666 129 1686"> <p>55</p> </div> <div data-bbox="118 1800 129 1821"> <p>60</p> </div> <div data-bbox="118 1935 129 1955"> <p>65</p> </div>	<div data-bbox="829 212 1422 275"> <p>S52 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> </div> <div data-bbox="829 293 1128 336"> <p>Sozialversicherung</p> </div> <div data-bbox="829 351 941 380"> <p>Ablehnung</p> </div> <div data-bbox="829 555 1358 647"> <p>S53 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> </div> <div data-bbox="829 665 1212 707"> <p>Kinderarmut bekämpfen</p> </div> <div data-bbox="829 723 941 752"> <p>Ablehnung</p> </div> <div data-bbox="829 848 1471 911"> <p>S54 <i>Ortsverein Aachen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> </div> <div data-bbox="829 929 1011 972"> <p>Sozialticket</p> </div> <div data-bbox="829 987 1482 1070"> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion im Hinblick auf Mobilitätsleistungen für Menschen mit geringem Einkommen (z. B. Sozialticket)</p> </div>

Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
StW1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i> Erhöhung des Spitzensteuersatzes und späteres Eintreten des Spitzensteuersatzes Der UB Oldenburg-Land fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von bisher 45% auf 50%, ein späteres Eintreten des Spitzensteuersatzes und eine Erhöhung des maximal zu versteuernden Einkommens.	StW1 1 <i>Unterbezirk Oldenburg-Land (Bezirk Weser-Ems)</i> Erhöhung des Spitzensteuersatzes und späteres Eintreten des Spitzensteuersatzes 5 Erledigt durch Regierungsprogramm, (S. 52) 10
StW2 <i>Bezirk Hessen-Nord</i> Kleine und mittlere Einkommen entlasten Die Progression bei der Steuer soll so geändert werden, dass bei einer Gehalts- oder Lohnerhöhung bei mittleren und niedrigen Einkommen kein Nachteil entsteht.	StW2 15 <i>Bezirk Hessen-Nord</i> Kleine und mittlere Einkommen entlasten Erledigt durch Regierungsprogramm, (S. 49) 20
StW3 <i>Ortsverein Karlsruhe-Mitte (Landesverband Baden-Württemberg)</i> Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Kapitaleinkommensteuersätze so anzupassen, dass Einkommen aus Kapital und Arbeit gleich besteuert werden und so die Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen beseitigt wird.	StW3 25 <i>Ortsverein Karlsruhe-Mitte (Landesverband Baden-Württemberg)</i> Keine Besserstellung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen 30 Erledigt durch Regierungsprogramm, (S. 52) 35
StW4 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Wiedereinführung einer Vermögensteuer für natürliche Personen Wir fordern die Wiedereinführung einer Vermögensteuer für natürliche Personen.	StW4 45 <i>Unterbezirk Düsseldorf (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Wiedereinführung einer Vermögensteuer für natürliche Personen Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand 50
StW5 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i> Für die soziale Gerechtigkeit - Wir brauchen eine Steuerreform Wissenschaftliche Untersuchungen, z.B. die hervorragende Arbeit von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, weisen nach, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnet. Wir haben fast schon eine Spreizung der Einkommen im oberen und unteren Bereich erreicht, wie es sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab. Ein gleiches gilt für das Vermögen. Wie um 1910 wird heute wieder der größte Teil des Vermögens durch Erbschaft über-	StW5 55 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i> Für die soziale Gerechtigkeit - Wir brauchen eine Steuerreform 60 Punkte 1,3 und 5: erledigt durch Beschlusslage Regierungsprogramm 2017 (S. 52-54) Punkt 2: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand 65 Punkt 4: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 tragen und nicht erarbeitet. Diese zunehmende Spreizung von Ein- kommen und Vermögen hemmt letztlich die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Darüber hinaus kann sie zur Entsolidarisierung führen und auf Dauer den Bestand eines demokratischen Gemein- wesens in Gefahr bringen. Diesem schleichenden Prozess muss die 5 SPD entschieden entgegengetreten. Eine wirksame Maßnahme ist eine umfassende Steuerreform. Wir fordern daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Spitzensteuersatz für hohe Einkommen muss deutlich erhöht werden. Gleichzeitig sind der Steuergrundfreibetrag zu erhöhen 10 und der Anstieg der Steuerprogression im unteren und mittleren Einkommensbereich abzusenken. • Eine Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden mit einer realistischen Bewertung von Immobilien. • Die Erbschaftssteuer ist deutlich zu erhöhen. 15 • Die Verbrauchssteuer muss vereinfacht werden: weniger Aus- nahmen vom normalen Satz. Die Erhöhung der Steuer für Lu- xusgüter ist zu prüfen. • Eine Finanztransaktionssteuer ist einzuführen, die im wesentli- chen Spekulation betrifft und nennenswerte Einnahmen schafft, 20 ist einzuführen. <p>Durch eine solche Reform kann der Staat seine Einnahmen deutlich erhöhen. Das Geld wird dringend gebraucht für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben im Bildungswesen: Die gleichberechtigte Teilhabe al- 25 ler Menschen im Lande am gesellschaftlichen Leben ist immer noch nicht gewährleistet. • Erhalt der Infrastruktur: Straßen, Bahnlinien, Schulen usw. müs- sen in großem Umfang saniert werden. • Der Klimaschutz und die Energiewende können nur mit deutli- 30 cher Beteiligung der öffentlichen Hand vorangebracht werden. • Die europäische Integration verlangt zunehmende Geldmittel. • Es muss mehr getan werden gegen die Ursachen der Migration, die Armut und fehlende staatliche Strukturen und deren Folgen. 	
<p>StW6 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p>	<p>StW6 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p>
<p>40 Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftssteuer</p> <p>Die dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses entsprechende Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist unzureichend, weil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur halbherzig umgesetzt wurden. Die Privilegierung von Betriebsvermögen ist nach wie vor nur schwerlich mit dem Gleichheitssatz des Arti- kels 3 Grundgesetz vereinbar. Die Mandatsträger der SPD werden 50 deshalb aufgefordert, sich auch weiterhin für die Beseitigung der Privilegierungen bei Steuerbefreiungen für Erben großer Unterneh- men und für ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht einzu- setzen.</p> <p>Die Beachtung des Gleichheitssatzes ist dabei freilich nicht der 55 einzige Aspekt von sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit verlangt gleichrangig auch die Beachtung des Sozialstaatsprinzips: Chancengleichheit und soziale Teilhabegerechtigkeit. Auch wenn diese Ziele nicht in einem Schritt erreichbar sind, muss ein ver- fassungskonformes Erbschaftsteuerrecht folgenden Anforderungen 60 genügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Erbschaftsteuer muss auch der Herstellung sozialer Chan- cengleichheit dienen. • Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken. 65 • Reichtum darf sich nicht in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumulieren und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwachsen. 	<p>Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftssteuer</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> Die Konzentration des Vermögens der Superreichen darf nicht weiter steigen, sondern muss zugunsten der Ärmsten umverteilt werden. <p>Abgesehen von Freibeträgen für kleine und mittlere Erbschaften, ist die Verschonung von Steuern nur mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen, dem Gemeinwohl und der Verwirklichung des Sozialstaates zu rechtfertigen.</p>	1
<p>StW7 Ortsverein Stuttgart-Botnang (Landesverband Baden-Württemberg)</p> <p>Mehr Steuergerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer</p> <p>Die dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses entsprechende Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist unzureichend, weil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur halbherzig umgesetzt wurden. Die Privilegierung von Betriebsvermögen ist nach wie vor nur schwerlich mit dem Gleichheitssatz des Artikels 3 Grundgesetz vereinbar. Die Mandatsträger der SPD werden deshalb aufgefordert, sich auch weiterhin für die Beseitigung der Privilegierungen bei Steuerbefreiungen für Erben großer Unternehmen und für ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht einzusetzen. Die Beachtung des Gleichheitssatzes ist dabei freilich nicht der einzige Aspekt von sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit verlangt gleichrangig auch die Beachtung des Sozialstaatsprinzips: Chancengleichheit und soziale Teilhabegerechtigkeit. Auch wenn diese Ziele nicht in einem Schritt erreichbar sind, muss ein verfassungskonformes Erbschaftsteuerrecht folgenden Anforderungen genügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Erbschaftsteuer muss auch der Herstellung sozialer Chancengleichheit dienen. Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken. Reichtum darf sich nicht in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumulieren und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwachsen. Die Konzentration des Vermögens der Superreichen darf nicht weiter steigen. Abgesehen von Freibeträgen für kleine und mittlere Erbschaften, ist die Verschonung von Steuern nur mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen, dem Gemeinwohl und der Verwirklichung des Sozialstaates zu rechtfertigen. 	5
	10
	15
	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
<p>StW8 Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Steuerkriminalität entschlossen bekämpfen – Steuergerechtigkeit herstellen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken</p> <p>Steuerhinterziehung und das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern verursachen jedes Jahr Mindereinnahmen in Milliardenhöhe bei Bund, Ländern und Kommunen. Auch führt mangelnde Steuerehrlichkeit zu ungerechter Verteilung von Steuerlasten und damit zu immer stärker sinkender Akzeptanz des Steuersystems. Die Deut-</p>	60
	erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 53f)
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>sche Steuergewerkschaft schätzt den jährlichen Schaden durch Steuerhinterziehung allein in Deutschland auf 30 Milliarden Euro. Notwendig ist dazu, alle Formen von Steuerhinterziehung deutschland- wie europaweit konsequent zu verfolgen. Die Steuermehreinnahmen, die durch verstärkten Einsatz von Steuerfahndern und Betriebsprüfungen erzielt werden, sollten den Bundesländern zu Gute kommen, die diese Fahndungen und Prüfungen durchgeführt haben. Auch Steuerdumping und Steuerumgehung müssen durch die Schließung von Schlupflöchern und die Austrocknung von Steueroasen auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden. Hierzu ist u.a. ein Unternehmensstrafrecht einzuführen, der Schutz von Informanten, welche Hinweise auf Steuerbetrug geben, rechtlich sicherzustellen und die EU-Geldwäscherichtlinie auf Bundesebene konsequent umzusetzen.</p> <p>Eine verfassungsfeste Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden, ohne dass der Fortbestand von Unternehmen gefährdet wird. Kapitalerträge dürfen gegenüber Arbeitseinkünften nicht bevorzugt werden und müssen wieder mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz besteuert werden.</p> <p>Das Erbschaftssteuerrecht muss überarbeitet werden, um das immer stärker wachsende gesellschaftliche Ungleichgewicht abzumildern. Erben an sich ist keine Leistung.</p> <p>Statt populistischer Schnellschüsse zum Vorteil hoher Einkommen, ist eine echte, konsequente und dauerhafte Umverteilung von oben nach unten erforderlich, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, ohne die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, der Länder und des Bundes aufs Spiel zu setzen.</p> <p>StW9 <i>Ortsverein Porta Westfalica-Barkhausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mehr Steuergerechtigkeit</p> <p>Die SPD fordert Deutsche künftig nach ihrer Staatsbürgerschaft zu besteuern.</p> <p>StW10 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Umsatzsteuer gerechter gestalten</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, die Umsatzsteuer wie folgt zu verändern: Die Ermäßigungstatbestände sollen so angepasst werden, dass sie sozialen Belangen dienen (sofern nicht von der Steuerpflicht ausgenommen: Medizinische Produkte, Hygieneartikel des täglichen Bedarfs, Nahrungsmittel, Kultur- und Bildungsgüter, Öffentliche Verkehrsmittel). Andere Ermäßigungstatbestände sind zu streichen.</p> <p>StW11 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer</p> <p>Zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer</p>	<p>StW9 <i>Ortsverein Porta Westfalica-Barkhausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Mehr Steuergerechtigkeit</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>StW10 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Umsatzsteuer gerechter gestalten</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>StW11 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer</p> <p>Erledigt durch Beschlusslage Regierungsprogramm 2017 (S. 53)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
StW12 <i>Landesorganisation Hamburg</i> Hinzurechnungsbesteuerung und Schachtelprivileg angemessen gestalten <p>Die Hinzurechnungsbesteuerung gem. §§ 7 – 14 AStG im Rahmen des grenzüberschreitenden Geschäftsverkehrs soll dahingehend geändert werden, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. neben passiven niedrigbesteuerten Zwischeneinkünften auch aktive niedrigbesteuerte Zwischeneinkünfte erfasst werden. 2. für die Erfassung aktiver niedrigbeststeuerter Einkünfte, Anforderungen ähnlich zu denen der erweitert beschränkten Steuerpflicht i.S.d. § 2 AStG formuliert werden. 3. hinzurechnungspflichtige Zwischeneinkünfte von doppelt ansässigen Kapitalgesellschaften nicht nur der Körperschaftsteuer, sondern auch der Gewerbesteuer unterliegen. 4. Zwischengesellschaften, die zum Halten von Streubesitzanteilen an Kapitalgesellschaften gegründet wurden, nicht das Schachtelprivileg i.S.d. § 8b I KStG anwenden dürfen. <p>Zur Anwendung des Schachtelprivilegs i.S.d. § 8b I KStG i.V.m. § 8b V KStG soll als zusätzliche Anforderung die ausreichende steuerliche Vorbelastung von mindestens 25 Prozent der befreiten Einkünfte durch den Steuerpflichtigen nachgewiesen werden.</p>	StW12 <i>Landesorganisation Hamburg</i> Hinzurechnungsbesteuerung und Schachtelprivileg angemessen gestalten <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
	1
	5
	10
	15
	20
	25
StW13 <i>Landesorganisation Hamburg</i> Kapitalerträge wie Arbeits- oder Erwerbseinkommen versteuern <p>Wir fordern, dass Kapitalerträge - wie das Arbeits- oder Erwerbseinkommen - mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden müssen.</p>	StW13 <i>Landesorganisation Hamburg</i> Kapitalerträge wie Arbeits- oder Erwerbseinkommen versteuern <p>Erledigt durch Beschlusslage Regierungsprogramm 2017 (S. 52)</p>
	30
	35
	40
StW14 <i>Landesverband Sachsen</i> Vermögenssteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren <p>Die in den letzten Jahren in Deutschland zu verzeichnende Vermögensentwicklung ist erschreckend. Immer mehr Vermögenswerte sammeln sich in den Händen weniger gut betuchter Leute, während breite Bevölkerungsschichten über kein oder sogar negatives Vermögen, sprich Schulden verfügen. Ausgehend vom aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die reichsten 10% unserer Gesellschaft Zugriff auf fast 60% des Vermögens, die ärmsten 60% hingegen auf ganze 6%. Dies ist eine Entwicklung, die die Sozialdemokratie sorgen muss, denn sie bedroht mittelfristig die Grundfesten unserer Gesellschaft. Wachsende Vermögensungleichheit sorgt nicht nur für gesellschaftliche Unzufriedenheit, sondern stellt auch ein ökonomisches Problem dar: Immer mehr Geld wird dem Konsum entzogen, womit die ohnehin schon nicht überwältigende Binnennachfrage in Deutschland weiter geschwächt wird. Die für die Bundesrepublik so prägende Mittelschicht verliert spürbar an Boden und sieht sich wachsenden Abstiegsängsten konfrontiert. Zugleich kann das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen immer seltener eingelöst werden. Denn nicht das eigene Wirken, sondern vielmehr das Vermögen der eigenen Vorfahren bestimmen immer mehr die gesell-</p>	StW14 <i>Landesverband Sachsen</i> Vermögenssteuer umsetzen – Wachsende Ungerechtigkeit nicht akzeptieren <p>Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schaftliche Stellung. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Erbschaftswelle droht eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung. Daher ist aus unserer Sicht die rechtlich noch bestehende, aber seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer nach wie vor ein richtiges</p> <p>5 Mittel. Eine Wiedereinführung in veränderter Form begrüßen wir. Allein durch eine veränderte Besteuerung von Einkommen werden wir nämlich die besorgniserregende Vermögensverteilung kaum ändern können. Daher hat diese Steuer natürlich eine gesellschafts-</p> <p>10 politische Funktion, zugleich aber natürlich auch eine fiskalische: Zukunftsinvestitionen und der Erhalt unserer Infrastruktur werden in den kommenden Jahren den massiven Einsatz von Steuermitteln erfordern, die nur schwerlich aus den vorhandenen Quellen gewonnen werden können. Hier könnte die Vermögenssteuer als Länders-</p> <p>15 steuer einen gewichtigen Beitrag leisten. Selbstverständlich sind wir uns aber den mit der Vermögensteuer einhergehenden Herausforderungen bewusst. Die Erhebungskosten müssen in einem gesunden Verhältnis zu den Einnahmen stehen und der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz darf nicht wieder verletzt werden. Auch die Bewertung von Immobilien- und</p> <p>20 Betriebsvermögen muss fair erfolgen und darf die wirtschaftliche Basis nicht zerstören. Aus unserer Sicht kann dieser Balanceakt aber mittels großzügiger Freibetragsregelungen und z.B. der Begrenzung der Besteuerung von Betriebsvermögen anhand des Ertrags gelingen. Zentral ist für uns auch eine gesamteuropäische</p> <p>25 Perspektive, um Steuerflucht zu vermeiden oder zumindest auf ein geringes Maß zu reduzieren.</p>	
<p>30 StW15 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch</p> <p>35 Wir fordern die Besteuerung von Pflanzenmilch/-drink (Sojamilch/-drink, Reismilch/-drink, Hafermilch/-drink, Dinkelmilch/-drink, etc.) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %.</p> <p>40</p>	<p>StW15 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>45 StW16 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Gerechtigkeitssteuer – Vermögensübertragungen und Entgelte gleichbehandeln</p> <p>50 Ziel muss es sein alle BürgerInnen mit Bildung, Arbeit, aber auch Kapital zu versorgen. Nur so gewährt man Ihnen ökonomische Freiheit, fördert die Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Schichten und wirkt der Verfestigung des kastenartigen Gesellschaftssystems entgegen. Um in einem ersten Schritt die Arbeit leistende Mitte der Gesellschaft zu entlasten und ihr mehr Freiheit zu gewähren, müssen Erwerbssteuern im Vergleich zu anderen Besteuerungen reduziert werden. Um die Einnahmesituation des Staates jedoch nicht zu belasten müssen deswegen bisherige (indirekte) Subventionen abgeschafft werden.</p> <p>55 Der mit Abstand größte Posten ist die zu niedrige Ansetzung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, d.h. der Steuern auf Vermögensübertragungen. Die Höhe der Erbschaften und Schenkungen in Deutschland bewegt sich aktuell im Bereich von 300 Milliarden Euro pro Jahr und steigt weiterhin stark an. Dies ist vor allem aufgrund zweier erfreulicher Entwicklungen der Fall, erstens, einer relativ langen Zeit ohne Krieg und zweitens, einer längeren durchschnittlichen</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>StW16 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Gerechtigkeitssteuer – Vermögensübertragungen und Entgelte gleichbehandeln</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Lebenserwartung. Dadurch ergibt sich eine immer stärkere Anhäufung von Kapital bei wenigen, meist älteren, meist männlichen Personen. Bereits die aktuelle Summe entspricht ca. 1/5 der kompletten ArbeitnehmerInnenentgelte in der Bundesrepublik. Während jedoch die Einkommenssteuer 200 Milliarden Euro pro Jahr beträgt (in 2013), beträgt das Erbschaftssteueraufkommen nur 4 Milliarden Euro (in 2013). Selbst unter naivem außer Acht lassen der Steuerprogression müsste in Relation ein Erbschaftssteueraufkommen von 40 Milliarden Euro auftreten um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. Unter Einbezug der Progression ist eher ein Steueraufkommen von 80-100 Milliarden Euro anzunehmen.</p> <p>Deswegen wird es nun immer noch wichtiger, diese immer schon sinnlose staatliche Förderung schnellstmöglich zu beenden, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verbessern und insbesondere dessen fortschreitende Erosion zu beenden.</p> <p>Außerdem verdanken die Vermögenden v.a. der Gesellschaft ihren Besitz, um eine tragfähige Gesellschaft zu erhalten und diese positiv weiterzuentwickeln ist es deswegen für beide Seiten gerecht, dies durch eine gerechte Besteuerung auszugleichen. Des Weiteren birgt derzeit ein Engagement, um von Erben bedacht zu werden, oft einen größeren persönlichen Nutzen, als tatsächlich selbst oder in der Gemeinschaft neue Werte zu schaffen. Dies erodiert die Gesellschaft und reduziert die Wirtschaftsleistung.</p> <p>Solche Absurditäten dürfen nicht vom Staat durch reduzierte Steuersätze gefördert werden. Ebenso wirkt die Vermögenskonzentration bei wenigen, insbesondere Älteren bremsend auf die Wirtschaft. Deswegen soll insbesondere ein Vermögensübertrag an Jüngere gefördert werden und Frauen dürfen nicht weiter bei Erbschaften geringer bedacht werden.</p> <p>Des Weiteren werden die Erben durch eine gerechtere Besteuerung von selbsterwirtschaftetem Einkommen von Abhängigkeiten und seelischen Zwängen entlastet. Aufgrund von Erbschaften ergeben sich nämlich v.a. zweierlei Probleme für die entsprechenden Erbberechtigten oder die fürs Erbe Vorgesehenen.</p> <p>Erstens, das Ausüben von Druck durch den/die Erblasser/in, etwa auf den Lebensstil, aber auch bis hin zur Verschweigung von Straftaten.</p> <p>Zweitens, seelische Probleme dadurch, dass man durch eigene Arbeit mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nie oder nur in sehr langer Zeit ähnlich viel erwirtschaften kann. Die Gerechtigkeitssteuer gibt diesen Menschen Freiheit über Ihr Leben zurück, sie verlieren den Druck, Entscheidungen, etwa Lebensstil, PartnerInnenwahl, Wohnort, nach dem Willen des/der potentiellen Erblassers/in zu fällen.</p> <p>Selbst unter Heranziehung etwaiger Gründe für Freibeträge, beispielsweise zwecks der Kosten für die exakte Taxierung der Vermögen, ist eine steuerreduzierte Übertragung von mehr als dem 10fachen des Medianvermögens bzw. dem 50-fachen des Medianeinkommens nicht zu akzeptieren. Dies zerstört jeglichen Glauben in die propagierte Leistungsgesellschaft und erodiert die Tragfähigkeit der Gesellschaft. Deshalb dürfen beide Grenzen nicht überschritten werden, d.h. die niedrigere ist jeweils entscheidend.</p> <p>Ausnahmen für Unternehmen sind abzulehnen, eine Abnahme der Eigenkapitalquote durch Steuern kann durch Kredite ausgeglichen werden, falls in raren Einzelfällen tatsächlich Zahlungsunfähigkeit droht, kann über den Einstieg des Staates als Stiller Teilhaber diskutiert werden.</p> <p>Die höhere Mobilität von asozialem Vermögen im Gegensatz zu sozialen, d.h. in eine Gemeinschaft integrierte, ArbeitnehmerInnen darf kein Grund für eine geringere Besteuerung von Vermögen sein. Um eine mögliche Kapitalflucht einzugrenzen ist eine internationale Harmonisierung voranzutreiben und ein Bewusstsein in der Bevölkerung für die zweifelsfreien Vorteile dieser Steuerreform zu schaffen. Ferner soll die Lage des Vermögens und nicht die Nationalität der/des Besitzenden entscheidend sein.</p> <p>Die steuerfreie Möglichkeit der Vermögensüberführung in private Stiftungen ist kritisch zu verfolgen und auf jeden Fall durch ein Stiftungsgesetz, welches die Veröffentlichung der Bilanzen und der</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Tätigkeiten verpflichtend vorschreibt, zu begleiten. Deshalb fordern wir:</p> <p>1. Einen Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuersatz in mindestens derselben Höhe, wie der bei selbigem Jahreseinkommen anfallende Einkommenssteuersatz einzuführen.</p> <p>2. Eine sozial gerechte Neuordnung der Freibeträge und Steuersätze bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.</p> <p>3. Ein Bewusstsein in der Bevölkerung für die zweifelsfreien Vorteile dieser Steuerreform zu schaffen.</p> <p>4. Präventions- und Betreuungsmaßnahmen für die von Erbstreitigkeiten und Vorschriften der ErblasserInnen Betroffenen einzurichten.</p> <p>5. Eine internationale Angleichung der Erbschaftsteuersätze und eine mindestens Gleichsetzung mit den jeweiligen Einkommenssteuersätzen voranzutreiben.</p>	
<p>20 StW17 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch</p> <p>Wir fordern die Besteuerung von Michersatzprodukten (Sojamilch/-drink, Reismilch/-drink, Hafermilch/-drink, Dinkelmilch/-drink, etc.) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %.</p> <p>Wir fordern eine Überarbeitung des Katalogs der Produkte, die von der Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % oder dem verminderten Satz von 7 % betroffen sind, um den Grundbedarf und den alltäglichen Lebensbedarf lebensnah anzupassen. Wir lehnen den Vorschlag strikt ab, den verminderten Satz von 7 % abzuschaffen.</p>	<p>StW17 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>40 StW18 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht</p> <p>Die SPD soll die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche Staatsangehörige ihrer Einkommenssteuerpflicht unabhängig von ihrem Aufenthaltsort nachkommen müssen. Das gilt selbstverständlich auch für Bürgerinnen und Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft. Für diese gilt steuerrechtlich nur die deutsche.</p> <p>Es soll nicht länger möglich sein, durch Wechsel des Wohnortes ins Ausland, z.B. von Deutschland in die Schweiz, steuerpflichtiges Einkommen am Fiskus und einer gesellschaftlich gerechten Besteuerung vorbei zu schleusen.</p>	<p>StW18 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>55 StW19 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zur Erhebung der Vermögenssteuer</p> <p>Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, geeignete Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Erhebung der Vermögenssteuer in einer mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 22.06.1995 vereinbarten Form so bald wie möglich wieder aufgenommen werden kann.</p>	<p>StW19 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zur Erhebung der Vermögenssteuer</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
StW20 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Steuerverteilung auf Kommunen Wir beantragen eine Erhöhung der Gemeindeanteile der Kommunen an der Einkommenssteuer. Wir beantragen, dass die Gewerbesteuer gerecht an alle Kommunen verteilt wird, in denen Teile einer Firmengruppe ihren Standort haben.	StW20 1 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Steuerverteilung auf Kommunen 5 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10
StW21 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Kapitalerträge Wir fordern künftig Kapitalerträge als steuerpflichtiges Einkommen zu behandeln, welches der Einkommensteuer unterliegt. Ein höherer Einkommensteuersatz ist unerlässlich, um niedrige und mittlere Einkommen mittelfristig entlasten und stärkere Umverteilungs- und Gerechtigkeitseffekte initiieren zu können.	StW21 15 Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg) Kapitalerträge Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52) 20
StW22 Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern) Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern) Vermögenssteuer wiederbeleben, höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmensgewinn Die Vermögenssteuer wird wiederbelebt. Mehreinnahmen, durch die Steuererhöhungen für Vermögende erzielt werden, sollen ausschließlich für eine geringere Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur verwendet werden. So fordern wir die Vermögenssteuer „auf einem angemessenen Niveau“ wieder einzuführen, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Dabei soll allerdings „der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen“ Rechnung getragen werden. Bei Privatpersonen sollen hohe Freibeträge sicherstellen, dass ein normales Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird. Die Besteuerung des Vermögens ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Steuerrecht des sozialen Rechtsstaats richtet die Besteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger aus. Wer über nennenswertes Vermögen verfügt, ist bei gleichem Einkommen leistungsfähiger als jemand ohne jegliches Vermögen, weil er über Versorgungssicherheit und Kredit verfügt. Deshalb nennt das Grundgesetz die Vermögenssteuer neben der Einkommen- und der Körperschaftsteuer ausdrücklich als Einnahmequelle des Staates und weist ihr Aufkommen den Ländern zu. 1995 hat eine Million deutscher Haushalte immerhin 4,6 Milliarden Euro Vermögenssteuer an den Staat gezahlt. So könnten vermögensbezogene Steuern die auf besonders Reiche zugeschnitten sind, etwa 15 Milliarden Euro jährlich erbringen, ohne dass größere wirtschaftliche Nachteile für Deutschland (Kapitalflucht oder ähnliches) entstünden. Die Vermögenssteuer kann entsprechend den Vorgaben der Verfassung ausgestaltet werden. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögenssteuer 1995 ausdrücklich „als zulässige Form des Steuerzugriffs“ qualifiziert. Zudem fordern wir die höhere Besteuerung großer Erbschaften und Unternehmensgewinne um die soziale Spaltung nicht weiter fortzusetzen.	StW22 25 Ortsverein Coburg-Nordost Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern) Vermögenssteuer wiederbeleben, höhere Besteuerung von Erbschaften und Unternehmensgewinn 30 VSt: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand 35 ErbSt: erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52f) 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 StW23 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>5 Wiedereinführung der Vermögenssteuer</p> <p>Die SPD fordert die Wiedereinführung einer sozial gerechten Vermögenssteuer, die sich an den Bundesverfassungsgerichtsurteilen orientiert. Die Freibeträge sind dabei so hoch zu wählen, dass 95% der Familienvermögen unter dem Freibetrag liegen. Die Bewertungsmaßstäbe für die einzelnen Vermögensarten sollten klar, einfach, transparent, gerecht und ohne gutachterlichen Aufwand ermittelbar festgelegt werden.</p>	<p>StW23 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Wiedereinführung der Vermögenssteuer</p> <p>Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>15 StW24 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>20 Gleiche Besteuerung</p> <p>Einkünfte aus Kapitalvermögen sind gleich wie alle anderen Einkünfte zu besteuern.</p>	<p>StW24 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Gleiche Besteuerung</p> <p>erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52)</p>
<p>25 StW25 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>30 Mehr soziale Gerechtigkeit</p> <p>Wir fordern die Stärkung des Sozialstaates auch durch mehr Solidarität der Reichen in unserem Lande.</p>	<p>StW25 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Mehr soziale Gerechtigkeit</p> <p>Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>35 StW26 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>40 Gerechtere Erbschaftsteuer</p> <p>Bei der angekündigten Erarbeitung einer Erbschaftsteuerreform fordert die AG 60 plus gleiches Recht für alle Erbschaften. Bei nachgewiesenen Gefährdungsrisiken infolge betrieblicher Erbschaftssteuerlasten sind geeignete Zeitverlaufs- und Relationsbedingungen vorzusehen.</p>	<p>StW26 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Gerechtere Erbschaftsteuer</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 StW27 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>55 Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung</p> <p>Angesichts der umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten Hochvermögender ist die jetzige Mehrfachnutzungsmöglichkeit von Freibeträgen bei Schenkungen und Erbschaft auf ein einziges Mal zu beschränken.</p>	<p>StW27 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Einmaliger Freibetrag bei Erbschaft/Schenkung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
StW28 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Kommission Vermögenssteuer Die auf dem Wahlprogramm-Parteitag beschlossene „Kommission Vermögenssteuer“ wird beauftragt, antragfähige Lösungen zur Einbeziehung aller Netto-Vermögenswerte zu finden, die unter Anrechnung eines Freibetrages von 1 Million Euro pro Person und angemessenen Flexibilitätsregeln bei nachgewiesenen Problemlagen einen angemessenen Beitrag zur dringend erforderlichen Finanzierung elementarer Infrastrukturbedarfe leisten.	StW28 1 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Kommission Vermögenssteuer 5 Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand 10 15 StW29 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Finanztransaktionssteuer auch als Vorreiter 20 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 25 30 StW30 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i> Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung 35 Annahme in Fassung der Antragskommission: Der Bundesparteitag fordert die Grunderwerbssteuerliche Gleichbehandlung von vermögensverwaltenden Immobiliengesellschaften mit privaten Grundstückskäufern. 40 Während normale Immobilienkäufe mit einer Grunderwerbsteuer von bis zu 6,5 % des Kaufpreises besteuert werden, wird die Übertragung von Gesellschaftsanteilen bei Immobiliengesellschaften bisher nicht entsprechend besteuert. 45 In diesem Fall eines sogenannten Share Deals werden zum Beispiel die Gesellschaftsanteile einer (Grundbesitz-) GmbH an neue Gesellschafter verkauft. Da die Gesellschaft sich nicht ändert, sondern lediglich deren Gesellschafter (Eigentümer) wird oft die Grundstücksübertragung nicht bekannt. Denn die Grundbucheintragung lautet unverändert auf den Namen des Unternehmens, nicht aber auf die Eigentümer dieses Unternehmens. Die Besteuerung entfällt bei der bisherigen Regelung. 50 Insoweit entziehen sich diese Unternehmen der Grunderwerbsbesteuerung. Dies bedeutet eine eindeutige Benachteiligung für die normalen Häuslebauer und die Unternehmen, die sich im sozialen Wohnungsbau engagieren und ihre Steuern entrichten. 55 Da die Länder immer mehr aus finanzpolitischen Gründen an der Grunderwerbsteuerschraube zu Lasten der Vorgenannten drehen, ist eine gesetzliche Änderung dringend geboten. Insbesondere auch, weil den Ländern dadurch jährlich schätzungsweise zwischen einer halben und einer Milliarde Steuereinnahmen entgehen. Im Falle einer entsprechenden Änderung könnten die Steuersätze reduziert werden und somit zu einer Entlastung bei den Häuslebauern und im sozialen Wohnungsbau führen. 60 Eine gesetzliche Änderung ist geboten, insbesondere (...), weil auch den Ländern dadurch jährlich schätzungsweise zwischen einer halben und einer Milliarde Steuereinnahmen entgehen. Im Falle einer entsprechenden Änderung könnten die Steuersätze reduziert werden und somit zu einer Entlastung bei den Häuslebauern und im sozialen Wohnungsbau führen. 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 StW31 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>5 Verbesserung des Einkommens von Beschäftigten im Niedriglohnsektor</p> <p>Wir fordern folgende Maßnahmen:</p> <p>10 1. Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrages 2. Angleichen des Mindestlohnes auf Höhe des Mindestlohnes in vergleichbaren anderen europäischen Ländern 3. Beseitigung oder Minderung der „kalten Progression“</p>	<p>StW31 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>Verbesserung des Einkommens von Beschäftigten im Niedriglohnsektor</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>15 StW32 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>20 Zur Umverteilung: den Reichen mehr wegnehmen</p> <p>25 1. Erhöhung der Vermögenssteuer zugunsten der Infrastruktur 2. Erhöhung der Erbschaftssteuer zugunsten der Bildung</p>	<p>StW32 <i>Ortsverein Insel Usedom</i> <i>(Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i></p> <p>Zur Umverteilung: den Reichen mehr wegnehmen</p> <p>Punkt 1: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand Punkt 2: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52f)</p>
<p>30 StW33 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>35 Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer</p> <p>Es erfolgt eine Reform der Erbschaftssteuer, mit welcher Chancengleichheit und soziale Teilhabegerechtigkeit ermöglicht und hinreichend den Empfehlungen des Bundesverfassungsgerichts (B VerfG) gefolgt wird.</p> <p>Die steuerliche Privilegierung von Betriebserbschaften bedarf einer Revision und grundsätzlichen Änderung. Abgeschafft wird die mehrfache Nutzung von Freibeträgen bei der Schenkungs- wie Erbschaftssteuer. Die Höhe der Erbschaftssteuer soll einen Gesamtertrag von 10% des zu versteuernden betrieblichen Erbvermögens ergeben.</p> <p>Die maßgeblich vom Verwandtschaftsgrad zwischen Erblasser und Erben bestimmte Höhe der Erbschaftssteuer und die persönlichen Freibeträge werden unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit und Ausgewogenheit vereinfacht und reduziert – wobei ein selbst genutztes ererbtes Wohneigentum bis zu einem Betrag von 1,5 Mio. € steuerfrei bleibt.</p>	<p>StW33 <i>Ortsverein 2 - Stadtmitte-Süd (Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>55 StW34 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>60 Finanztransaktionssteuer endlich realisieren!</p> <p>Der SPD-Landesparteitag Bayern fordert die umgehende Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene. Die Steuer muss alle Finanzprodukte umfassen und ist mit einer breiten Bemessungsgrundlage auszustatten.</p>	<p>StW34 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Finanztransaktionssteuer endlich realisieren!</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
StW35 Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Reform des Kindergeldanspruchs während der Zweitausbildung für Selbstständige Wir fordern eine Kindergeldregelung, die eine selbstständige Beschäftigung während der Zweitausbildung zulässt. Es ist nicht nachvollziehbar, selbstständige Tätigkeiten während einer Zweitausbildung pauschal als „schädlich“ einzuordnen und aus diesem Grunde kein Kindergeld zu vergeben, während nichtselbstständige Tätigkeiten bis 20 Stunden in der Woche als „unschädlich“ eingestuft werden. Man kann den Zeitaufwand einer selbstständigen Tätigkeit nicht präzise bemessen, deren Einkünfte hingegen schon. Deswegen sollte für den weiteren Bezug von Kindergeld eine Einkunftsgrenze für eine selbstständige Tätigkeit i. H. von 5.400 Euro pro Jahr eingeführt werden. Dies würde eine selbstständige Tätigkeit einer nichtselbstständigen Beschäftigung gleichstellen, statt sie wie bisher generell zu verbieten.	StW35 Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Reform des Kindergeldanspruchs während der Zweitausbildung für Selbstständige Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
StW36 Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Reform des Kindergeldanspruchs bei Einkünften aus der Verwaltung eigenen Vermögens Wir fordern den Verlust des Kindergeldanspruchs bei Einkünften des Kindes aus Vermietung, Verpachtung, Zinsen, Dividenden und Gewinnbeteiligungen bei einer jährlichen Obergrenze von 5.400 €.	StW36 Kreisverband Paderborn (Landesverband Nordrhein-Westfalen) Reform des Kindergeldanspruchs bei Einkünften aus der Verwaltung eigenen Vermögens Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
StW37 Bezirk Hessen-Nord Gegen das Bargeld-Verbot Eine Einschränkung des Gebrauchs von Bargeld wird abgelehnt.	StW37 Bezirk Hessen-Nord Gegen das Bargeld-Verbot Erledigt durch Regierungsprogramm, S. 36
StW38 Bezirk Hessen-Süd Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite Die SPD wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für eine gesetzliche Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite einzusetzen. Dispositionszinsen dürfen in Zukunft nur noch maximal 5% und Überziehungszinsen max. 8% über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank liegen.	StW38 Bezirk Hessen-Süd Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

StW

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 StW39 <i>Ludwigshafen-Maudach (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Gerechte Finanzpolitik</p> <p>5 1. Die SPD sieht in der guten Einnahmesituation des Staates hervorragende Chancen zur Verbesserung der Situation von Menschen im unteren und mittleren Bereich der Einkommen. Insbesondere Arbeitnehmer/innen, künftige Rentner/innen, Familien, alleinerziehende Mütter und Väter und deren Kinder brauchen mehr Gerechtigkeit. Hierzu werden nachhaltig sozial gerechte Lösungen in der Steuer- und Sozialpolitik erarbeitet.</p> <p>10 2. Die Verbesserung der Infrastruktur in unserem Land ist dringend notwendig. Dazu gehören der ÖPNV, der Unterhalt und Neubau von Brücken und Straßen sowie der Ausbau von Breitbandverbindungen zur Kommunikation. Solche Investitionen sichern unsere Zukunft. Sie müssen jetzt angegangen und finanziert werden.</p> <p>15 3. Die Mehrzahl unsere Kommunen, insbesondere die Städte können die ihnen zugewiesenen Aufgaben ohne neue Schulden schwerlich erledigen. Hier ist die vom Grundgesetz geforderte Gleichheit der Lebensverhältnisse längst nicht mehr gegeben. Die kommunale Selbstverwaltung ist ausgehöhlt. Von einer Entschuldung durch die vorhandenen Haushaltsmittel kann kaum ein Stadtkämmerer ausgehen. Deshalb braucht es eine Veränderung der Steuerverteilung zu Gunsten der großen Städte. Die Zusammenarbeit von Städten und ihrem Umland ist zu fördern und fortzuentwickeln. Vor allem aber bedarf es eines besseren, aufgaben-bezogenen Finanzausgleichs zwischen Bund-, Ländern und Kommunen.</p> <p>20 4. Deshalb kann es jetzt keine generelle Steuersenkung geben. Vielmehr sind die Steuereinnahmen des Staates gerechter zu gestalten.</p> <p>25 5. Eine der Lage unseres Gemeinwesens angemessene Steuerpolitik hat sich folgenden Aufgabenfeldern zu widmen:</p> <p>30 • Die Einkommensteuer muss sozial gerechter gestaffelt werden. • Die Progression schmälert die allgemeine Lohnentwicklung nicht. • Der steuerfreie Grundbetrag ist nach oben anzupassen.</p> <p>35 • Im Gegenzug ist der Spitzensteuersatz anzuheben. • Die Abschlagsteuer auf Kapitalerträge wird abgeschafft. Kapitalerträge werden wie alle anderen Einkünfte versteuert. • Die Erbschaftssteuer wird so gestaltet, dass wie bisher Eigenheime und kleine Vermögen frei bleiben, sehr Vermögende sich nicht „armrechnen“ können.</p> <p>40 • Eine Finanztransaktionssteuer wird gemeinsam mit anderen Staaten eingeführt.</p> <p>45</p> <p>50 StW40 <i>Unterbezirk Rheingau-Taunus (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Gerechtigkeit durch Beteiligung am Produktivvermögen</p> <p>55 Die SPD wird gebeten, eine neue Initiative zur Förderung der Beteiligung von Sparern am Produktivvermögen zu ergreifen. Wir schlagen insbesondere vor:</p> <p>60 • Steuerliche Begünstigungen für Anlagen von Kleinsparern in Titel über Produktivvermögensanteile (Aktien, Fonds) zu erweitern, • Einen Rechtsrahmen für Arbeitnehmer- (und Kleinsparer-) beteiligungen an Unternehmen, die nicht als Aktiengesellschaften geführt sind, zu gestalten und</p> <p>65 • Dies soziale Vermögensbeteiligungspolitik auch in der EU zu vertreten.</p>	<p>StW39 <i>Ludwigshafen-Maudach (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p> <p>Gerechte Finanzpolitik</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 48ff)</p> <p>StW40 <i>Unterbezirk Rheingau-Taunus (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Gerechtigkeit durch Beteiligung am Produktivvermögen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>StW41 <i>Unterbezirk Augsburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Gewährleistung des „sicheren“ Zahlungsverkehrs mit Debitkarten – NFC einschränken!</p> <p>Im europäischen Zahlungsverkehr können Zahlungen im Wert von unter 25,-€ über einen NFC-Transponder (Near Field Communication) auf der Debitkarte bezahlt werden. Dieser Vorgang erfordert keine Authentifikation. Hierfür wird lediglich ein Lesegerät und spezielle Software benötigt. Dies ermöglicht mit sehr geringem Aufwand Mitbürger*innen zu bestehlen. Hierbei benötigen Täter*innen nur ein Lesegerät und die physikalische Nähe zu ihren Opfern (1-2cm). Sicherheitstechniker*innen in der IT Branche zweifeln die Sicherheit solcher Chips seit Längerem an und konnten in diversen Tests nachweisen, dass solche Angriffe nicht nur in der Theorie möglich, sondern auch in der Praxis leicht umzusetzen sind.</p> <p>Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Anpassung der Richtlinien für Debitkarten einzusetzen. Hierbei soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass keine NFC-fähigen Chips auf EC-Karten angebracht werden sollen.</p>	<p>StW41 <i>Unterbezirk Augsburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Gewährleistung des „sicheren“ Zahlungsverkehrs mit Debitkarten – NFC einschränken!</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>StW42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Obergrenze für Bargeldzahlungen ablehnen</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine Obergrenze von Bargeldzahlungen verhindert wird.</p>	<p>StW42 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Obergrenze für Bargeldzahlungen ablehnen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>StW43 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Erhaltung des Bargeldes</p> <p>Die SPD verpflichtet sich, für die Erhaltung des Bargeldes einzusetzen. Die Verbesserung der elektronischen Zahlungsmöglichkeiten ist für Handel und Handwerk und zur Verhinderung von Missbrauch wichtig und weiter zu entwickeln. Diese Bezahlformen kosten aber auch Gebühren, die in die Taschen der Finanzindustrie fließen und auf die Preise umgelegt werden. Deshalb ist der Erhalt des Bargeldes wichtig.</p>	<p>StW43 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Erhaltung des Bargeldes</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm, S. 36</p>
<p>StW44 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen wie z.B. im Dieselskandal</p> <p>Die Paragraphen 10 Absatz 3 Körperschaftssteuergesetz (letzter Satz) und Paragraph 12 Absatz 4 Einkommensteuergesetz (letzter Satz) betreffen die Steuerbefreiung von Wiedergutmachungszah-</p>	<p>StW44 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Schließung von Gesetzeslücken hinsichtlich von Entschädigungszahlungen wie z.B. im Dieselskandal</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>lungen und müssen präzisiert werden: Entschädigungszahlungen gelten nicht als Wiedergutmachungen, sofern sie auf Urteilen eines Gerichtes bzw. gerichtlich sanktionierten (z.B. eines Vergleichs) Vereinbarungen beruhen.</p> <p>5</p> <p>StW45 <i>Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>10 Änderungsantrag zu Kapitel XI.0 / bedingungsloses Grundeinkommen</p> <p>15 <i>XI.A2 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>nach Zeile1775: Die SPD wird in der nächsten Legislaturperiode einen umfassenden Diskurs zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen/Bürgergeld initiieren. In der nicht nur in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren geführten gesellschaftlichen Diskussion ist es im Hinblick auf zukünftig mögliche Gesellschaftsformen zwingend erforderlich, dieses Thema ausführlich zu behandeln. Dabei werden in einem offenen Verfahren alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligt.</p> <p>25</p>	<p>StW45 <i>Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Änderungsantrag zu Kapitel XI.0 / bedingungsloses Grundeinkommen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>StW46 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>30 Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad</p> <p>35 <i>Th18 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>40 Wir brauchen einen nachhaltigeren und solidarischeren, ökonomischen und sozialen Pfad, der auf Inklusion aufbaut und hierdurch die gesellschaftlich notwendigen Bedarfe, öffentliche Güter und gute Arbeit stärker in den Mittelpunkt rückt.</p> <p>Wir brauchen eine Politik der Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Energiewende. Eine staatliche Sparpolitik der „schwarzen Null“ und eine Spaltung der Gesellschaft durch sichere und unsichere Arbeit lehnen wir ab. Wir brauchen eine stärkere Binnenwirtschaft, u.a. durch den bedarfsgerechten Ausbau des Wohlfahrtsstaates, das heißt u.a. der Bildung, der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen in hoher Qualität.</p> <p>45 Dieser Ausbau muss gerechter als bisher durch hierauf ausgerichtete Steuern, aber auch durch Kredite finanziert werden.</p> <p>Das konservative Wohlfahrtsstaatsmodell der Bundesrepublik setzt noch immer auf die alte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Es delegiert familiäre Sorgearbeit an Frauen und erkennt professionelle Erziehungs- und Pflegeleistung nicht ausreichend an. Dieser Weg bremst eine inklusive Politik. Deshalb streben wir eine langfristige Entwicklung zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime nach skandinavischem Vorbild an. Wir sind auch dafür, dass ein umfassendes, wohlfahrtsstaatliches Dienstleistungsangebot für alle Gesellschaftsmitglieder bereitgestellt wird, vor allem für diejenigen, die auf besondere Hilfeleistungen angewiesen sind.</p> <p>60 Inklusion kann ein Treiber eines sozialen Wachstums sein. Wir sind uns sicher: Ein solcher sozialökologischer Pfadwechsel kann sich auf eine gesellschaftliche Mehrheit stützen.</p> <p>65 In den letzten Jahrzehnten sind die Wünsche nach mehr demokratischer Teilhabe, Selbstbestimmung und Mitentscheidung gewachsen. Menschen mit Behinderungen sind ein Teil dieses, so von uns</p>	<p>StW46 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Wirtschafts-, Struktur- und Kommunalpolitik - Für einen inklusiven, sozial-ökologischen Pfad</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>gewollten, umfassenden, gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Inklusion muss gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden, wird aber noch nicht als verpflichtender Bestandteil eines politischen, wirtschaftlichen, kommunalpolitischen und sozialen Entscheidungsprozesses betrachtet.</p> <p>Dies muss sich ändern, hierfür treten wir ein. Ein inklusiver Pfadwechsel nimmt den auf die von uns gesetzten Ziele, ausgerichteten Ausbau der Sozial- und Bildungsdienstleistungen und die Erneuerung der Infrastruktur für alle Menschen, systematisch in den Blick, aber auch und nicht zuletzt für Menschen mit Behinderungen. Sie gestalten in, für und bei mit ihnen entwickelten, eigenen und inklusiven Organisationen die Qualität der Dienstleistungen in diesem Pfadwechsel mit. Die Gestaltung der Humandienstleistungen im Interesse ihrer Nutzerinnen und Nutzer muss mit guter Arbeit für die Beschäftigten einhergehen. Prekäre Care-Arbeit ist ebenso abzulehnen wie Care-Konzepte, in denen die Sicht der Fürsorge maßgeblich ist. Vor diesem Hintergrund fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Sozialen Unternehmen <p>Der Mensch mit Behinderungen wird nicht, wenn er einen aufgrund seiner Behinderungen einen festgestellten Förderbedarf hat, als ein Kostenfaktor betrachtet. Der vom Förderbedarf ausgehende Einsatz von Assistenz-, Pflege- und Hilfeleistungen wird als eine volkswirtschaftlich, hilfreiche Maßnahme zur Förderung der Binnenwirtschaft betrachtet.</p> <p>Deshalb werden die sich in diesem Sektor notwendigerweise entwickelnden Betriebe und Beschäftigungsträger vom Bund, den Ländern und den Kommunen ideell und materiell gefördert. Selbst wenn Arbeit, Beschäftigung und Qualifikation für Behinderte, Benachteiligte und andere Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund steht, stellen diese Betriebe und Beschäftigungsträger als Soziale Unternehmen einen Gewinn für die Gesamtgesellschaft dar.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der von der Selbsthilfebewegung selbst initiierten Sozialen Unternehmen <p>Die von Behinderungen betroffenen Menschen wissen am besten, was ihnen für ein gutes Leben wichtig ist, wohin die Entwicklung gehen soll und was sie für förderfähig erachten. Deshalb sollten die von der Selbsthilfebewegung ausgehenden Geschäftsideen einer besonderen Förderung zugeführt werden. Zur Vermeidung von prekären Beschäftigungsverhältnissen muss die Förderung an gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Paradigmenwechsel in der Steuerung des pflegerischen Dienstleistungsangebots <p>Qualitätsorientiert gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf, statt Ausrichtung an der Geringhaltung öffentlicher Ausgaben Kranken- und pflegerische Tätigkeiten wurden in der deutschen Geschichte nicht nur als Aufgaben der Frauen betrachtet, sondern gingen auch damit einher, dass die Familie das Rückgrat der Versorgung bildete. Gemeinsames Merkmal dieser Situation war, dass diese Tätigkeiten möglichst ohne oder nur gegen geringes Entgelt geleistet wurden. Die von der niedrigeren Geburtenrate und der marktradikalen Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklungen (ein Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber möglichst für Arbeitsleistungen für 24 Stunden täglich zur Verfügung zu stehen, eine Beschäftigung am Wohnort des auf Versorgung angewiesenen Familienmitgliedes wird nicht mehr sichergestellt) zeigen aber inzwischen deutlich, dass ein Paradigmenwechsel stattzufinden hat. Die Politik hat diesen Prozess zu fördern und ein professionelles Dienstleistungsangebot bedarfsgerecht und zukunftsweisend zur Verfügung zu stellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungszuwachs im pflegerischen Dienstleistungsangebot herausführen aus der prekären Beschäftigtenstruktur <p>Das sich aus der familiären Struktur entwickelte pflegerische Dienstleistungsangebot ist einer sich verbreiterten prekären Beschäftigtenstruktur unterworfen. Die Folgen sind heute deutlich</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 sichtbar: Aufgrund dieser prekären Beschäftigungssituation und der geringen gesellschaftlichen Anerkennung sind zu wenige bereit, sich für die in diesem Dienstleistungssektor vorhandenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu entscheiden. Der Bund hat daher im</p> <p>5 Rahmen seiner Zuständigkeiten sofort entsprechende Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, damit sich diese Situation verbessert.</p> <p>10 • Sozialdumping im sozialen und pflegerischen Dienstleistungsangebot beenden</p> <p>Das soziale und pflegerische Dienstleistungsangebot wird weiterhin als betriebs- und volkswirtschaftlich schädlicher Kostenfaktor angesehen und nicht die Bedeutung dieser Branche als Standortfaktor für alle Siedlungsräume und für die Stärkung der Binnenwirtschaft erkannt. Insoweit hat hier ein Umdenken stattzufinden. Es</p> <p>15 stärkt das Vertrauen in die Wohlfahrtsstaatlichkeit und entspricht eher den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen, wenn in den Sozial- und Gesundheitsdiensten gute Arbeitsplätze und Leistungen auf hohem qualitativen Niveau für Menschen mit Behinderungen angeboten werden. Beschäftigte in diesem Sektor, dies sind vor allem Frauen erfahren hierdurch mehr Anerkennung und erhalten eine bessere soziale Absicherung als in den bislang relativ niedrig entlohnnten (Teilzeit)-Stellen.</p> <p>20 • Entwicklung einer unterstützenden Infrastruktur vor Ort als neue Rolle für die kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Neben den beschriebenen Reformansätzen im Pflegesystem und der Beschäftigungspolitik ist eine unterstützende Infrastruktur der Information, Beratung und qualitativen Steuerung auf kommunaler</p> <p>30 Ebene notwendig. Dabei geht es um die Entwicklung einer regionalen Beschäftigungspolitik im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Hierbei muss der steigende Bedarf an inklusiven Dienstleistungen durch die eingangs erwähnten</p> <p>35 infrastrukturellen Angebote gleichzeitig professionell unterstützt und organisiert werden. Solche Beratungsangebote hätten sich sowohl an die Nachfrager, als auch an die Dienstleister, d. h. Anbieter von personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen, zu richten. Darüber hinaus bedarf es einer steuernden Instanz, die in der</p> <p>40 Lage ist, Dienstleistungsbedarf und –angebot unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zusammenzufassen und zu koordinieren.</p> <p>Das sollte zukünftig zu einer Aufgabe der Kommunen werden, die sowieso für die Daseinsfürsorge zuständig sind. Die öffentlichen</p> <p>45 Hände haben diese Aufgabenstellung zu unterstützen und evtl. auftretende Hürden in Gesetzen und infolge ihren Ausführungen zu beseitigen.</p> <p>• Kommunale Sozialplanung fördern und ausbauen</p> <p>50 Die Kommunale Sozialplanung fristet derzeit, wenn sie überhaupt in den Kommunen vorhanden ist, ein Schattendasein. Dies ist zu beenden. Das Instrument der Sozialplanung muss in seiner Bedeutung erkannt und auf eine neue inklusive Grundlage gestellt werden. Vor allem die Entwicklung von vorausschauenden sozialen</p> <p>55 Assistenzsystemen muss als Standardarbeitsgebiet erkannt und voll in Funktion gesetzt werden. In diesem Sinne sind als ihre zukünftigen Aufgabenfelder unter qualifizierter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln: Neustrukturierung kommunaler Sozialpolitik sowie Veränderung und Weiterentwicklung von sozialen und staatlichen Verteilungsmodellen mit dem Fokus auf soziale</p> <p>60 Gerechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit.</p> <p>• Kein Ersatz eines professionell organisierten Dienstleistungsangebotes durch Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements auf ehrenamtlicher Basis. So richtig wie es ist, dass Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements auch den Menschen mit Behinderungen nicht verschlossen bleiben dürfen, so ist aber</p> <p>65 gleichzeitig durch geeignete Maßnahmen der öffentlichen Hän-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>de sicherzustellen, dass dieses Konzept nicht zur Vermeidung von Ausgaben missbraucht wird. Der von den Behinderungen des einzelnen Menschen ausgehende Bedarf ist zunächst ausschließlich durch den Einsatz von hierfür benötigten Mitteln der Sozialverwaltungen und Steuern sicherzustellen. Nur wenn der Mensch mit Behinderungen den für ihn benötigten Bedarf durch freiwillige Kräfte abdecken möchte, ist dies möglich, eine Verweigerung dieser Finanzmittel durch den hierfür zuständigen Leistungsträger ist auszuschließen.</p> <p>• Recht auf Assistenz für gesellschaftliches Engagement: Vielen Menschen mit Behinderungen ist gesellschaftliches Engagement nicht ohne Assistenzleistungen, z.B. für die Mobilität oder das Lesen von Texten, möglich. Steht die benötigte Assistenz nicht zur Verfügung, werden ihnen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe sehr erschwert oder vorenthalten. Sie brauchen ein Recht auf Assistenz, um Ehrenämter in Parteien, Sportvereinen, Verbänden usw. übernehmen zu können.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>StW47 <i>Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Transparenz bei gemeinnützigen Körperschaften</p> <p><i>StW6 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Die Einnahmen und Ausgaben sowie die Vermögensbestände von gemeinnützigen Körperschaften mit jährlichen Einnahmen oder einem Vermögensbestand von mehr als 50.000 € werden jährlich im Internet veröffentlicht.</p>	<p>StW47 <i>Ortsverein München Solln (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Transparenz bei gemeinnützigen Körperschaften</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>StW48 <i>Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Abgabepflicht - als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung - für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor</p> <p><i>StW13 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>In zunehmenden Maße werden Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions- und Dienstleistungssektor eingesetzt um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Für die Betreiber dieser, die menschlichen Arbeitsplätze verdrängenden Maschinen und Techniken, soll eine Abgabepflicht eingeführt werden, welche wie ein Steuerzuschuss dem System der Sozialversicherung zugute kommt. Diese Abgaben sollen an der mit diesen Robotern erzielten Wertschöpfung oder einem fiktiven „Stundenlohn“ bemessen werden.</p>	<p>StW48 <i>Ortsverein M-Olympiadorf (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Abgabepflicht - als quasi Steuerzuschuss zum System der Sozialversicherung - für Roboter, vergleichbare Maschinen und digitale Techniken im Produktions und Dienstleistungssektor</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 StW49 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>5 <i>StW20 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Insbesondere Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht und die Zahl der Wohnungslosen nimmt in letzter Zeit auch wegen deutlich steigender Mieten stark zu. Die Kommunen verfügen nicht über die ausreichenden Mittel um die kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten und in die Infrastruktur vor Ort zu investieren. Mit dem Mindestlohn, der Rente mit 63 und der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit haben wir in der aktuellen Legislaturperiode wichtige Schritte unternommen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder herzustellen. Klar ist aber auch, dass für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau mehr Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb setzen wir uns für eine gerechte Steuerpolitik mit folgenden Kernpunkten ein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eigentum verpflichtet. Die großen Vermögen in Deutschland müssen endlich wieder an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für besonders große Vermögen in Form einer direkten Substanzbesteuerung oder zusätzlichen Ertragsbesteuerung ein. 2. Reichtum wird in Deutschland vererbt und nicht durch Leistung erworben. Wir wollen, dass auch der Staat durch den diese Vermögen entstehen konnten durch eine angemessene Erbschaftsteuer an großen Erbschaften partizipiert. Insbesondere sollten die Besteuerung bei Vererbung von Betriebsvermögen und die Mehrfachinanspruchnahme von Freibeträgen bei der Schenkungssteuer überprüft werden. 3. Das Ehegattensplitting zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und unterstützt vor allem kinderlose Ehen, nicht aber Alleinerziehende, eingetragene Lebenspartnerschaften oder zusammenlebende Eltern. An Stelle des Ehegattensplittings soll als verfassungskonforme Lösung eine Individualbesteuerung der Partner mit einem zweiten übertragbaren Grundfreibetrag treten. 4. Die Progression des Einkommenssteuertarifs endet bereits bei rund 53.000 Euro Jahreseinkommen und belastet damit mittlere Familieneinkommen in gleichem Maße wie Dax-Vorstände. Die Reichensteuer entfaltet mit 3%-Punkten ab 250.000 Euro Jahreseinkommen kaum Wirkung. Wir wollen hohe Einkommen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats heranziehen und daher die Reichensteuer deutlich anheben. 5. Eine Versteuerung von Kapitalerträgen im Rahmen der Einkommenssteuer statt durch die bisherige pauschale Kapitalertragssteuer, um auch hier hohe Einkommen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen. 6. Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Sie sollte auf Aktien-, Anleihehandel und Derivatetransaktionen erhoben werden und 0,1 % (bei Derivaten 0,01%) betragen. 7. Die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, welche von Kapitalgesellschaften gehalten werden und weniger als 10 % der Beteiligung ausmachen (Streubesitz) soll überprüft werden. <p>Mit dieser Steuerpolitik und den damit möglichen Investitionen in den Sozialstaat schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachs-</p>	<p>StW49 <i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>Punkt 1: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand Punkte 2-6: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52f) Punkt 7: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
tum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen Investitionen in Bildung und die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind auch die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.	1 5 10
StW50 <i>Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	StW50 <i>Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)</i>
Steuern	Steuern
StW37 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.	Punkte 1-3, 6 und 7: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52ff)
Wir fordern:	Punkt 4: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 20
1. Absenkung der Einkommenssteuer für kleinere und mittlere Einkommen („Absenkung des Mittelstandsbauches“);	Punkt 5: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand
2. Eine sozial ausdifferenzierte Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz	25
3. Kapitalerträge sollen wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden; höhere Kapitaleinkünfte müssen zu einem entsprechend höheren Steuersatz versteuert werden.	30
4. Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen)	35
5. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden oder zu mindestens eine Erbschaftssteuer die wirksam ist, damit das Leistungsprinzip gilt und nicht Erbdynastien entscheidend sind	40
6. Über Prüfung von Steuerprivilegien	50
7. Mehr Steuerfahnder und schärfere Strafen gegenüber Steuerbetrügern und Beratern, die zu Steuerbetrug animieren	55
StW51 <i>Ortsverein Mainz-Mombach (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	StW51 <i>Ortsverein Mainz-Mombach (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>
Besserstellung von Geringverdienern	Besserstellung von Geringverdienern
StW39 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45
Es soll in §40 Abs. 3 EStG in Verbindung mit §40a Abs. 5 und §40b Abs. 5 EStG die Abwälzung der Pauschsteuer auf den Arbeitnehmer untersagt werden. Der Arbeitgeber soll die Pauschsteuer zu übernehmen haben, wovon keine arbeitsvertragliche Abweichung erlaubt sein soll.	50
StW52 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>	StW52 <i>Bezirk Hessen-Nord</i>
Für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft	Für eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft
Aus den multiplen Krisen der letzten Jahre, deren nur vorläufige Höhepunkte die Weltfinanzkrise 2008, die Wirtschafts- und Demokratiekrise der europäischen Union und die aktuelle Flüchtlingskrise sind, müssen nachhaltig Lehren gezogen werden. Die Sozialdemokratie muss zu den Vorreitern eines Epochenwechsels gehören, deren wesentliche Bestandteile aus unserer Sicht sein müssen:	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Eine globale soziale, inklusive und ökologische Marktwirtschaft, deren Fundament eine leistungsfähige, innovative und überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft ist, die auf der Dynamik eines freien, aber in geeigneter Weise regulierten Marktes, auf Eigentum, Leistung und Eigenverantwortung basiert.</p> <p>5 • Einen sozialen Ausgleich und eine faire Verteilung der erwirtschafteten Güter in globalem Maßstab.</p> <p>• Eine nachhaltige globale Entwicklung, deren wesentliche Säule eine Wirtschaft ist, die einen wachstumsbasierten Aufholprozess der weniger entwickelten Länder mit dem Übergang der weiter entwickelten Länder zu Wirtschaftsformen, die des Wachstums nicht mehr bedürfen, verbindet.</p> <p>10 • Einen sofortigen Verzicht auf die Zerstörung aller wirtschaftlichen Strukturen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung kompatibel sind und die Ablehnung aller geplanten und die Kündigung bzw. Wandlung aller bestehenden Handelsabkommen, die dieser Voraussetzung nicht genügen.</p> <p>15 • Eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Konkurrenz und Kooperation und zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Konkurrenz zwischen Staaten und Staatenbünden ist zur Erreichung dieser Ziele ungeeignet, sind durch kooperative Strukturen, insbesondere eine globale Partnerschaft für Entwicklung, zu ersetzen.</p> <p>20 • Allen Menschen, die über grundlegende soziale Rechte noch nicht verfügen, werden diese von der Weltgemeinschaft zuerkannt und, soweit und solange erforderlich, finanziert. Dazu gehören ein existenzsicherndes, auf dem Recht auf Arbeit basierendes Grundeinkommen, Bildung, Zugang zum Gesundheitswesen und Reisefreiheit. Sofortmaßnahme ist ein globales Programm zur Beseitigung von Hunger und extremer Armut, welches aus einer globalen Vermögensabgabe finanziert wird.</p> <p>25 • Eine Energiewende, die einen schnellst- und weitestmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien durch kooperative Verbundlösungen mindestens unter Einschluss Europas einschl. Russlands und Afrikas sicherstellt.</p> <p>30 • Eine wirtschaftliche Förderung unserer südlichen Nachbarregionen durch Öffnung unserer Märkte für Importe, durch günstige Wechselkurse und die Zulassung von Schutzzöllen.</p> <p>35</p> <p>40</p>	
<p>StW53 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	<p>StW53 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>
<p>45 <i>Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben</i></p> <p>Das Vorhalten einer Infrastruktur zum Abdecken von kollektiven Bedürfnissen der Bevölkerung muss Heute und in Zukunft eine öffentliche Aufgabe bleiben. Dazu zählen insbesondere die Versorgung mit Energie, Gas und Wasser, die Entsorgung von Abwasser und Müll, das Vorhalten von Verkehrs- und Kommunikationswegen, insbesondere der Telekommunikation und der Medien, Bildung, innere Sicherheit, das Gesundheitswesen.</p> <p>55 Unabhängig von der Organisations- und Rechtsform (z.B. GmbHs im öffentlichen Besitz) dürfen diese Bereiche nicht dem Profitstreben von privaten Unternehmen unterworfen werden. Der Rahmen in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen diese Leistungen angeboten werden muss den öffentlichen Gremien vorbehalten bleiben und darf ausschließlich der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Die zweifellos notwendige Fachlichkeit und die politischen Einflussnahme sind kein Widerspruch der zwangsläufig zur Privatisierung führen muss. Die ist viel eher eine Frage der Organisationsform. Nur wenn Betriebe, die die oben genannten Aufgaben erfüllen, in öffentlicher Hand bleiben, ist letztendlich gewährleistet, dass die politische Einflussnahme transparent gegenüber den zuständigen Gremien und somit gegenüber der Bevölkerung bleibt.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p><i>Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben</i></p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Diese Notwendigkeit der Transparenz bezieht sich insbesondere auf die Verwendung von Gewinnen bzw. auf die Querfinanzierung von Betrieben mit Verlusten.</p> <p>Dass öffentliche Betriebe die Finanzierung von Aufgaben übernehmen, die eigentlich zur ureigenen Aufgabe der öffentlichen Haushalte gehören, z.B. Sponsoring von Sport- und Kulturorganisationen ist nur dann zu rechtfertigen, wenn dies in öffentlicher Kontrolle geschieht.</p> <p>Die Privatisierungen der letzten 25 Jahre sind nach unserer Auffassung eine kalte Enteignung der Bevölkerung und ein Entzug der demokratischen Rechte der Bürgerschaft. Immer größere Bereiche unserer Gesellschaft werden Markgesetzen unterworfen und somit der öffentlichen Diskussion und Entscheidung entzogen.</p> <p>Die Begründung, dass mit diesen Privatisierungen Konkurrenzsituationen entstehen, die langfristig zu Preissenkungen führen, haben sich als völlig unrealistisch herausgestellt. Bei näherem Hinsehen entpuppten sich diese Fälle alle, wenn überhaupt Preissenkungen entstanden sind, als Einschränkung von Leistungen oder als Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten. Die verschärften Arbeitskämpfe in diesen Bereichen sind nur ein Symbol, die die schlechteren Arbeitsbedingungen und die damit verbundene Unzufriedenheit der Belegschaften dieser Betriebe aufzeigen.</p> <p>Nach Auffassung der SPD hat die öffentliche Hand auch als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Dies wird die SPD, als Vertreter der Betriebs- und Personalräte, von allen Arbeitgebern der öffentlichen Hand, aber insbesondere dort wo Sozialdemokraten in der Verantwortung stehen, auch weiterhin konsequent einfordern.</p> <p>Gegen die allgemeine Behauptung der neoliberalen Befürworter von Privatisierungen, dass private Unternehmer einen Betrieb besser und wirtschaftlicher führen können als die öffentliche Hand, sprechen insbesondere die Pleiten von Großunternehmen in der letzten 25 Jahren und die von privaten Unternehmen ausgelösten teilweise weltweiten Krisen. Ganz im Gegenteil: Gelöst werden konnten diese Krisen nur durch die Einflussnahme der Staaten und unter Berücksichtigung von Steuergeldern.</p> <p>Allein die Änderung der Rechtsformen und entsprechender Aufspaltungen (z.B. bei der Deutschen Bahn AG) sind nicht selten mit einer maßlosen Verkomplizierung der Betriebsstrukturen verbunden.</p> <p>Die SPD verlangt deshalb eine Abkehr von dem Weg der weiteren Privatisierungen und eine Rückführung der bereits privatisierten Betriebe in den Bereich der öffentlichen Hand.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>StW54 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Fortschritt und Gerechtigkeit</p> <p>Folgende Forderungen sind politisch zu unterstützen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Bereitstellung und Förderung von Venture Capital zum Beispiel durch die Europäische Entwicklungsbank (EIB) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 2. Einen Zugang zur sozialstaatlichen Leistungen für Selbständige und Start-Up Gründern 3. Einen Barrierefreien Zugang zu digitalen Technologien für die gesamte Bevölkerung 4. Die öffentliche Förderung von Innovationsclustern und sog. academic Start-Ups (Unternehmensneugründungen im Kontext staatlicher Forschungseinrichtungen) 5. Eine Reformierung des nationalen Insolvenzrechts mit dem Ziel, die Kosten einer Privatinsolvenz zu reduzieren und die Schaffung einer Kultur der zweiten Chance 6. Die digitale Öffnung des gemeinsamen Europäischen Marktes und die Schaffung des digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU. 	<p>StW54 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Fortschritt und Gerechtigkeit</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 7. Die Schaffung staatlicher Start-Up-Zentren mit dem Ziel Unternehmensgründungen Raum für die Arbeit und die Möglichkeit einer Vernetzung zu verschaffen.</p> <p>5 8. Die Öffnung des Arbeitsmarktes für junge Migranten mit dem Ziel den deutschen Arbeitsmarkt zu internationalisieren. Ziel muss es sein, Deutschland als attraktives Einwanderungsland neben Kanada, den USA und Australien zu etablieren.</p> <p>10 StW55 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>15 Begrenzung ausufernder Management-Gehälter</p> <p>Der Parteitag begrüßt den Vorschlag der Hans-Böckler-Stiftung, den Unterschied zwischen der Managementvergütung und dem Durchschnittsverdienst der Belegschaft zu veröffentlichen. Er fordert die Bundestagsfraktion auf, sich für eine Ergänzung für Ziffer 4.2.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex einzusetzen. Im Vergütungsbericht soll ebenso die Angemessenheit des Verhältnisses der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft begründet und die Beschäftigtenanzahl in Köpfen und Vollzeitäquivalenten nach Inland und weltweit ausgewiesen werden. Zusätzlich soll in der Gewährungs- sowie in der Zuflusstabelle das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft jeweils unter der Gesamtvergütung ausgewiesen werden.</p> <p>30 Die Höhe des Gehalts soll ein Äquivalent zur tatsächlich übernommenen Verantwortung sein, um die daraus entstehenden Risiken abzudecken. Bonis dürfen nur im Erfolgsfall gezahlt werden, für den Misserfolg sind Maluszahlungen vorzusehen.</p> <p>35</p> <p>StW56 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>40 Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!</p> <p>45 Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public-private-Partnerships (PPP) sind aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, um öffentliche Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Weitgehend unabhängig von der konkreten Ausgestaltung ergeben sich schwerwiegende Nachteile, die den Einsatz vielfach unwirtschaftlich machen und die demokratische Kontrolle erschweren. Auch muss konstatiert werden, dass ÖPPs zur Behebung des Investitionstaus auf kommunaler Ebene kaum geeignet sind. Aber auch die bisherigen Erfahrungen mit Großprojekten wie z.B. dem Ausbau von Bundesfernstraßen sprechen gegen dieses Mittel. Die skizzierten Nachteile treffen aus unserer Sicht ebenso auf die im Rahmen einer Expertenkommission des Bundeswirtschaftsministeriums diskutierten neuartigen Modelle (z.B. öffentliche getragene Investitionsbanken oder öffentliche Investitionsfonds) zu.</p> <p>60 Im Gegensatz dazu sprechen wir uns insbesondere für eine weitere Stärkung der kommunalen Finanzkraft aus. Mit den umfassenden Entlastungen bei der Grundsicherung, zusätzlichen Mitteln für die Flüchtlingshilfe und z.B. der Aufstockung der Mittel für Städtebau hat die SPD bereits umfassende Erleichterungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Doch um die kommunale Selbstverwaltung wirklich nachhaltig zu gewährleisten und Spielräume zum Abbau des riesigen Investitionsdefizites zu schaffen, müssen weitere Schritte unternommen werden. Dafür sind aus unserer Sicht</p>	<p>StW55 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Begrenzung ausufernder Management-Gehälter</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>StW56 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Investitionsstau durch ÖPPs beheben? – Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
entsprechende Prioritätensetzungen in den Haushalten, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen (z.B. Anhebung Spitzensteuersatz und Wiedereinführung Vermögenssteuer) unverzichtbar und sinnvoller.	1
	5
StW57 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i>	StW57 <i>Unterbezirk Hof (Landesverband Bayern)</i>
Keine Privatisierung öffentlicher Investitionen und Einrichtungen!	Keine Privatisierung öffentlicher Investitionen und Einrichtungen!
Die SPD-Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag werden aufgefordert, keinen Gesetzesänderungen, insbesondere keinen Verfassungsänderungen, zuzustimmen, welche eine wie auch immer geartete Privatisierung öffentlicher Investitionen und Einrichtungen zulassen. Das heißt im Klartext: Weder direkt noch indirekt (Öffentlich-private Partnerschaften, sog. ÖPPs oder englisch PPPs) dürfen öffentliche Einrichtungen und Investitionen privatisiert werden. Insbesondere auch die ÖPPs sind abzulehnen, da sie den Steuerzahler bedeutend (!) mehr belasten als eine Finanzierung durch Steuern oder über öffentlich aufgenommene Kredite (wie auch Rechnungshöfe auf vielen Ebenen immer wieder unterstrichen haben).	Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017
	15
	20
	25
StW58 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	StW58 <i>Kreisverband Ostalb (Landesverband Baden-Württemberg)</i>
Managergehälter	Managergehälter
Eine Begrenzung der Bezüge – dringend notwendig! Die Bezüge der Vorstandsmitglieder sind dringend einer stärkeren gesetzlichen Regulierung zu unterstellen. Einerseits erachten wir es als unerlässlich, dass die steuerliche Abzugsfähigkeit der Gehälter von Vorstandsmitgliedern durch die Aktiengesellschaft auf 500.000€ pro Jahr und Vorstandsmitglied beschränkt wird. Bei der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Abfindungen soll eine Beschränkung auf die doppelte Summe in Höhe von 1.000.000€ erfolgen. Neben einer Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit sprechen wir uns gegen eine grundsätzliche quantitative Beschränkung des Grundgehaltes und der Boni aus. Dennoch möchten wir auch hier eine Regulierung implementieren, indem eine Koppelung der Summe der erfolgsunabhängigen Grundbezüge der Vorstandsmitglieder pro Kopf auf das 30-fache des durchschnittlichen Bruttoentgeltes aller Vollzeitbeschäftigten des Unternehmens erfolgt. Zudem dürfen die erfolgsabhängigen Boni maximal das 2-fache der Summe der erfolgsunabhängigen Bezüge betragen. Boni dürfen im Vergleich zum Vorjahr nur dann steigen, wenn der Jahresüberschuss des Unternehmens gestiegen ist, oder eine objektiv eindeutig nachvollziehbare signifikante Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation des Unternehmens eingetreten ist.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
	35
	40
	45
	50
	55
StW59 <i>Bezirk Hannover</i>	StW59 <i>Bezirk Hannover</i>
Technologischen Wandel sozial gestalten	Technologischen Wandel sozial gestalten
Die weltweiten Entwicklungen in modernen Technologien einschließlich der Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt, die auch zum Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen können, haben zu massiven Verunsicherungen und Ängsten der	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 betreffenden Menschen auch in Deutschland geführt. So werden in ganzen Landstrichen durch die Entwicklung zur durchaus sinn- vollen Elektromobilität viele Arbeitsplätze in der heutigen Form hinfällig. Neue qualifizierte Arbeitsplätze erfordern ständige Um- schulung.</p> <p>5 In Niedersachsen verändert die Neuausrichtung des VW-Konzerns die gesamte Produktionsstruktur des Werkes und der Zuliefererindus- trie. Diesen Prozess, der in den nächsten Jahrzehnten die ge- samte Ökonomie und die Lebensverhältnisse verändern wird, muss man sozial gestalten wollen, so dass die Kraft aller Menschen in 10 die produktive Gestaltung und nicht in Protestreaktionen fließt, die durch politische Scharlatane ausgenutzt werden. Die SPD ist auf- gerufen, sich dieser realen Sorgen der Menschen anzunehmen und glaubwürdige Lösungen und Aktivitäten anzubieten.</p> <p>15 1. Die SPD ist Vertreterin der Interessen der Arbeitenden und Ar- beitsuchenden Menschen und setzt sich für die existentiellen Pro- bleme aller Bürgerinnen und Bürger ein, auch wenn sie noch nicht erwerbstätig oder es nicht mehr sind.</p> <p>20 2. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Kampf für ge- rechte und zukunftsweisende Arbeitsbedingungen und begleitet sie durch politische Entscheidungen, sofern dies notwendig ist (Min- destlohn, Renten- und Krankenversicherungen, Arbeitszeitregelun- gen, Renten u.ä.).</p> <p>25 3. Die SPD achtet darauf, dass sich die Entwicklung moderner technologiebasierter Arbeitsplätze unter der Perspektive guter und sicherer Arbeit vollzieht und nicht nur unter profitmaximierender Perspektive geschieht.</p> <p>30 4. Die SPD achtet bei der Entwicklung und Förderung technologi- scher Neuerungen in der Arbeitswelt auf flexible und menschen- gerechte, einschließlich geschlechtergerechter Bedingungen wie Arbeitszeiten, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, etc..</p> <p>35 5. Das gilt insbesondere bei den anstehenden Veränderungen bei der Elektromobilität, der Automatisierung der Produktionsabläufe und digitalisierter Arbeit (Industrie 4.0).</p> <p>6. Die SPD achtet bei der weiteren Internationalisierung des Frei- handels und Globalisierungsfolgen auf die Interessen der Arbei- tenden und der Umwelt.</p> <p>40 7. Die SPD setzt sich für Weiterbildung und Neuqualifizierung ein, um bei Abbau, Wegfall oder Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland (EU oder Nicht- EU- Länder) den arbeitenden eine reale Perspektive für ein weiteres Arbeitsleben zu eröffnen.</p> <p>45 8. Die SPD dringt darauf, dass die gesetzlichen Rahmenbedin- gungen, die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Ge- schlecht, Alter, Herkunft oder Behinderung verbieten, auch tatsäch- lich durchgesetzt werden.</p> <p>9. Die SPD nimmt Einfluss auf die Richtung und Qualität der Ent- wicklung durch angemessene Forschungs- und Technologieförde- 50 rung.</p>	
<p>StW60 55 Bezirk Hannover</p> <p>Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)</p> <p>Die SPD setzt sich für einen starken, handlungsfähigen Staat ein, 60 der seinen Verpflichtungen gegenüber der Daseinsvorsorge nach- kommt. Die Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur soll vor- rangig auch rein öffentlich erfolgen. Dort, wo privates Kapital zum Tragen kommt, muss sichergestellt sein, dass die Vertragsbedin- gungen vollständig veröffentlicht werden, der öffentliche Aufga- 65 benträger jederzeit allein entscheidungsfähig bleibt und zudem die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nicht nur kurz-, sondern langfr- sitig gewährleistet bleibt – nur unter diesen Bedingungen können ÖPPs möglich sein.</p>	<p>StW60 Bezirk Hannover</p> <p>Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeits- programmprozess #SPDerneuern</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>StW61 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen einzusetzen</p> <p>Die AG 60 plus lehnt eine Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge ab. Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wasser und Luft - Verkehrsinfrastruktur - Kommunikationsinfrastruktur - Energie <p>Die Rückführung bereits privatisierter Bereiche ist anzustreben. Zur Daseinsvorsorge zählen auch die Bereiche Wohnen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Insbesondere im Alter, aber auch bei Krankheit, für Alleinstehende und sonstige in besonderer Weise belastete Menschen stehen wir ein für</p> <ul style="list-style-type: none"> - unbedingt menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen auch für kleinere Einkommen, - eine verstärkte Förderung von an die demografische Entwicklung angepassten neuen Wohnformen, - die Verbesserung der infrastrukturellen Versorgung der Menschen mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung von Defiziten in den ländlichen Räumen. 	<p>StW61 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Beendigung der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorgeleistungen einzusetzen</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>
<p>StW62 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Diesel-Skandal muss Konsequenzen haben – Rechte der Betroffenen stehen an oberster Stelle!</p> <p>Vor zwei Jahren begann der Skandal um Betrugssoftware in Dieselfahrzeugen von VW. Was sich als Versagen eines einzelnen Konzerns dargestellt hatte, entpuppt sich nun als organisierter Betrug deutscher Autohersteller und Teilen der Zulieferindustrie. Aufsichtsbehörden und Teile der Politik haben diesen Skandal mit ermöglicht.</p> <p>Der „Dieselgipfel“ Anfang August hat zur Lösung des Problems nicht beigetragen und den Eindruck erweckt, Politik und Wirtschaft würden die gesundheitlichen Belastungen der von den Emissionen tagtäglich Betroffenen in den Städten ignorieren und auch die Konsequenzen für die Eigner*innen von Dieselfahrzeugen nicht beachten.</p> <p>Die Politik muss hier umsteuern: Die Autokonzerne und ihre Manager*innen in die Verantwortung zu nehmen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Autofahrer*innen dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Arbeitnehmer*innen dürfen nicht den Preis für die Verfehlungen der offenbar entrückten Vorstände zahlen müssen. Deshalb fordern wir, aus dem Diesel-Skandal folgende Konsequenzen zu ziehen:</p> <p>1. Notwendige technische Nachrüstungen für betroffene Dieselfahrzeuge müssen auf Kosten des jeweiligen Autobauers bei voller Kompensation der Eigentümer*innen ausgeführt werden. Es ist wahrscheinlich, dass Software-Aktualisierungen allein nicht helfen werden, um Dieselabgase zu reinigen. Die Verantwortlichen müssen aufhören den Bürger*innen in die Tasche zu lügen. Hier hilft nur eines: Die Konzerne müssen klare Garantien abgeben, dass die Software-Updates erstens die angegebenen Umweltentlastungen erreichen und zweitens die vorhandene Hardware nicht schädigen. Weiterhin ist eine persönliche Haftung der Vorstände notwendig, wie sie z.B. bei kleinen und mittleren Unternehmen üblich ist. Erst</p>	<p>StW62 <i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Diesel-Skandal muss Konsequenzen haben – Rechte der Betroffenen stehen an oberster Stelle!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern</p>

1
5
10
15
20
25
30
35
40
45
50
55
60
65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wenn die Garantien und die persönlichen Haftungserklärungen abgegeben sind, zeigt die Automobilindustrie, dass sie wirklich ernsthaft das Kapitel „tricksen und täuschen“ beenden will.</p> <p>5 2. Die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher*innen muss verbessert werden. Wer Recht hat, soll auch Recht bekommen. Eigentümer*innen von betroffenen Fahrzeugen sollten einfacher und kostengünstiger ihr Recht vor Gericht durchsetzen können. Durch die Einführung einer Musterfeststellungsklage wollen wir diese Möglichkeit schaffen und Verbraucher*innen stärken.</p> <p>10 Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucher*innen betreffen, künftig mit nur einer Klage vor Gericht klären lassen können. Das Musterverfahren wird in einem elektronischen Klageregister öffentlich bekannt gemacht, die Anmeldung soll gegen eine geringe Gebühr erfolgen. Mit der Musterfeststellungsklage schaffen wir ein Instrument, mit dem Verbraucher*innen ihre Rechte auch gegenüber Großkonzernen einfach und rasch durchsetzen können. Bislang sind die Menschen oft auf sich allein gestellt: Sie müssen sich ihr gutes Recht individuell, kompliziert und teuer zu erstreiten. Das hält viele Betroffene davon ab, ihre Ansprüche durchzusetzen. Heiko Maas und Martin Schulz haben hier bereits einen Vorschlag dazu vorgelegt. Die Musterfeststellungsklage könnte in Deutschland bereits längst Gesetz sein und den Autokäufer*innen offenstehen, wenn die Union sie nicht blockiert hätte.</p> <p>25 3. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland muss oberste Priorität haben. Mit der Bildung eines illegalen Automobilkartells hat die deutsche Autoindustrie nur Verlierer*innen produziert. Verbraucher*innen und die Umwelt zahlen die Zeche. Der Ruf Deutschlands als innovativer Technologiestandort – insbesondere im Bereich der Umwelttechnik – leidet massiv. Die Autoindustrie muss stärker kontrolliert werden und mit allen Mitteln der Wettbewerbsmarkt wiederhergestellt werden.</p> <p>35 4. Politik und Autoindustrie müssen entflochten, Wechsel von Ministerien in die Industrie erschwert und Lobbyist*innen stärker kontrolliert werden. Der Dieselskandal ist auch durch die enge Verflechtung von Politik und Automobilwirtschaft ermöglicht worden. Effektive Aufsicht kann nur durch strikte Trennung erfolgen. Daher gilt es, die engen Verflechtungen zwischen Automobilindustrie und Politik zu kappen. Mitarbeiter*innen der Automobilkonzerne dürfen nicht mehr länger im Verkehrsministerium tätig sein. Spitzenpolitiker*innen dürfen nicht einfach aus Ministerien innerhalb weniger Wochen in Vorstandsposten der Industrie wechseln und Einfluss auf Regierungshandeln nehmen dürfen. Wir fordern daher eine verlängerte Abklingphase von zwei Jahren, bevor hochrangige Ministeriumsmitarbeiter*innen ihrer Kontakte wegen in die Wirtschaft wechseln dürfen. Den Fall des Kanzlerin-Vertrauten, Eckhard von Klæ-den, der nun im Abgasskandal das Kanzleramt beeinflusst hat, hätte es nie geben dürfen.</p> <p>50 5. Wir brauchen einen klaren Stufenplan hin zu emissionsfreier Mobilität. Ähnlich wie im Bereich Atom- und Kohleindustrie, brauchen wir einen Stufenplan, um einen Übergang zu emissionsfreier Mobilität zu schaffen. Dazu verpflichtet uns schon das Pariser Klimaabkommen. Nur eine politische Entscheidung kann die nötige Klarheit für alle Marktteilnehmer*innen und gute Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen. Dieselabgase zu reinigen ist aufwendig und teuer und sollte lediglich eine Übergangstechnologie hin zu emissionsfreier Mobilität sein. In einem ersten Schritt sind die Subventionen für Diesel zu streichen und die freiwerdenden Mittel sind in einem guten öffentlichen Nahverkehr, in Forschungsgelder für emissionsfreie Mobilität und den Umbau unserer Strom- und Gasnetze umzulenken.</p> <p>65 6. Der Umgang mit Fahrverboten und Umrüstungen muss sozial verträglich umgesetzt werden. Es muss sichergestellt wer-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>den, dass Bewohner*innen von Innenstadtbereichen nicht doppelt belastet werden. Einerseits leiden Sie am meisten unter den Emissionen und verlieren unter Umständen auch noch die Erlaubnis ihr Fahrzeug zu nutzen. Besonders Kleinunternehmer*innen müssen davor geschützt werden unverschuldet ihrer Arbeit nicht nachgehen zu können, weil Fahrzeuge nicht mehr nutzbar sind.</p>	1
<p>7. Verantwortlichkeiten müssen schonungslos aufgeklärt werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, welche Unternehmen und Personen wann und in welchem Rahmen betrogen haben. Ebenso ist lückenlos aufzuklären, ob Aufsichtsbehörden Fehler oder sich gar mit schuldig gemacht haben sowie ob und ab wann Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene von den Betrugsvorwürfen und der Kartellbildung gewusst haben. Es muss klargestellt werden, dass Manager*innen bei schwerem Fehlverhalten zukünftig einer persönlichen Haftung unterzogen werden, aus der sie sich auch nicht durch Versicherungen herauskaufen können.</p>	5 10 15
<p>8. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den krebserzeugenden Dieselmotoremissionen effizient schützen. Der neu beschlossene und im Oktober veröffentlichte Grenzwert bei Dieselmotoremissionen von 50 Mikrometer (µm) muss eingehalten werden. zur Überwachung und Überprüfung müssen dafür die Arbeitsschutzbehörden mit den notwendigen personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden.</p>	20 25
<p>StW63 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit</p> <p>Die SPD setzt sich für echte Umverteilung in Deutschland ein. Dazu gehört eine Vermögenssteuer, die Erhöhung und neue Staffelung des Spitzensteuersatzes und eine hohe Erbschaftssteuer. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung kostenloser Kindergartenplätze, sowie einer Bürgerversicherung, bei ersatzloser Streichung sämtlicher anderer Krankenversicherungen. Die SPD wird zudem Ausbildungsberufe auch finanziell wieder aufwerten und die wachsende Einkommensungleichheit in Deutschland energisch bekämpfen.</p>	<p>StW63 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit</p> <p>erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52, S. 40) VSt: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand</p>
<p>StW64 <i>Unterbezirk Region Hannover (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Kirchenaustritte vereinfachen – Der Kirchenaustritt darf nicht mit einer Gebühr belegt werden</p> <p>Die Gebühr (zwischen 10,- und 31,- Euro), die momentan in allen Bundesländer (Ausnahmen Bremen und Brandenburg) beim Kirchenaustritt erhoben wird, muss mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.</p>	30 35 40 45 50
<p>StW65 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern) Landesverband Bayern</i></p> <p>Wohlstandsgerechtigkeit</p> <p>Die soziale Marktwirtschaft, in den Zeiten des Wirtschaftswachstums Garant für die Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen am Auf-</p>	<p>StW65 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern) Landesverband Bayern</i></p> <p>Wohlstandsgerechtigkeit</p> <p>lag als W15 vom Bezirksverband Unterfranken zum Parteikonvent am 19.9.2016 vor (Überweisung an den nächsten Parteikonvent)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schwingung, wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr durch eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik überlagert. Auch von der SPD mitgetragene und eingebrachte Gesetze, wie zum Beispiel die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Entkoppelung der Ka- 5 pitalerträge von der Einkommenssteuer führten, gepaart mit einer niedrigen Erbschaftssteuer zu einer steigenden Ungleichverteilung von Vermögenswerten. Das Ausbildungsniveau und damit die spä- teren Einkommenschancen werden in Deutschland stärker als in anderen OECD-Staaten vom wirtschaftlichen Potential der Eltern- 10 generation beeinflusst. Damit drohen immer mehr Menschen von der Teilhabe an wirtschaftlichen Aufschwüngen ausgeschlossen zu werden, während sie in Zeiten der Rezessionen und weiteren Kri- sen durch Sparmaßnahmen des Staates deutlich stärker betroffen sind, als die ökonomisch starken Gesellschaftsgruppen.</p> <p>15 Deutschland weist damit, bei rein ökonomischer Sicht, eine dop- pelte Ungleichverteilung auf, sowohl bei den Einkommen, als auch bei den Vermögen wird der Unterschied zwischen Arm und Reich immer größer. So besitzen nach Angaben der OECD die 10 Pro- zent der vermögendsten Deutschen 60 Prozent des vorhandenen 20 Vermögens. Die ärmsten 60 Prozent kommen demnach lediglich auf sechs Prozent des gesamten Vermögens. Bei den Einkommen ist die Ungleichverteilung seit 2007 unverändert groß. Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher verdienen in Deutschland 6,6-mal so viel wie die untersten zehn Prozent.</p> <p>25 Mit einem Anteil von 39% aller abhängigen Beschäftigten prägen Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs auch weiterhin das Bild der deut- schen Arbeitswelt. Diese Beschäftigten erwirtschaften den Wohl- stand für alle anderen mit, ohne selbst einen gerechten Anteil daran zu haben. Hinsichtlich des Renteneintritts dieser Menschen, ist Al- 30 tersarmut und damit ein weiterer wirtschaftlicher Abstieg vorpro- grammiert.</p> <p>Da wirtschaftliche Schwäche in Deutschland stets mit Ausgrenzung und einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe einhergeht, muss es Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein, für eine gerechtere 35 Verteilung von Einkommen und Vermögen einzustehen. Es mag der Eigensinn sein der Gesellschaften wirtschaftlich vorantreibt, aber es ist der Gemeinsinn, der Gesellschaften zusammenhält. Wo ein privater Gemeinsinn nicht entsteht, weil Egoismus und Gier dies verhindern, ist der Staat gefordert regulierend, einzugreifen.</p> <p>40 Verteilungsgerechtigkeit muss auf vielen Ebenen hergestellt wer- den und immer von Chancengleichheit im Bildungswesen und Berufsleben begleitet werden. Die Sozialdemokratie soll sich da- her für gesetzliche Maßnahmen stark machen, die bestehende Un- gleichheiten aufbrechen und eine wirtschaftliche und gesellschaft- 45 liche Teilhabe aller Menschen in unserem Land ermöglichen. Dies erfordert auch mehr Transparenz unter anderem auch durch einen, neben dem Armutsbericht, einzufordernden Reichtumsbericht. Dazu geeignet sind:</p> <p>50 1. Erhöhung des Spitzensteuersatzes Der Spitzensteuersatz ist in den letzten 20 Jahren von verschiede- nen Regierungen immer weiter gesenkt worden und liegt aktuell bei 42% für Einkommensteile über 53.000 €. Wir fordern, dass die Progression bei Einkommen über 53.000 € solange verlängert wird 55 bis ein Steuersatz von mindestens 53% erreicht ist. Das würde mehr Geld in den öffentlichen Haushalt bringen und wäre eine deutlich sinnvollere Maßnahme zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes als ein starrköpfiges Festhalten an der sog. „schwarzen Null“.</p> <p>60 2. Aufhebung des Ehegattensplittings Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von anderen Lebensgemein- schaften. Wir fordern deswegen die Abschaffung des Ehegatten- 65 splittings. Eine fortschrittliche und gerechte Gesellschaft muss individuelle Lebensentwürfe ermöglichen und darf das Modell der Ehe nicht als reine Versorgungsinstitution zementieren. Ebenso darf einer beruflichen Emanzipation von Menschen nichts im Wege</p>	<p>Punkt 3: Überweisung an Kommission zur Vermögensbesteuerung beim SPD-Parteivorstand Rest: Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 52ff)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>stehen. Das Ehegattensplitting erschwert jedoch zahlreichen Frauen den Entschluss, nach einer Heirat berufstätig zu bleiben. Das Splittingverfahren im deutschen Einkommenssteuerrecht verfestigt Lebensmodelle, in denen eine Person von der anderen materiell abhängig ist. Während bei ledigen Partnerinnen und Partnern jedes Einkommen steuerrechtlich getrennt betrachtet wird und der Staat jedes Einkommen für sich besteuert, werden bei Ehegatten die Einkünfte addiert und durch zwei geteilt. Für diejenige Person, die mehr verdient als die andere Person in der Ehe bedeutet dies, dass auf ihr Einkommen ein niedrigerer Steuersatz erhoben wird, als es seiner Gehaltshöhe eigentlich entspräche. Während Ehepartner, die beide gleich viel verdienen, überhaupt nicht davon profitieren, wächst der Vorteil je größer der Einkommensunterschied zwischen zwei verheirateten Personen ist. Somit profitieren am meisten solche Ehen, in denen eine Person ausgesprochen viel verdient und die andere Person kein Einkommen bezieht. Dies kann im Einzelfall zu einer Steuerersparnis von mehreren tausend Euro führen. Da dies steuerrechtlich ein enormer Anreiz zur sogenannten Hausfrauen-Ehe ist, sind in den allermeisten Fällen Frauen von ihrem Ehepartner abhängig.</p> <p>Statt mit dem Ehegattensplitting an einem nicht mehr zeitgemäßen Partnerschaftsmodell festzuhalten, sollten Haushalte und Partnerschaften mit einem höheren Freibetrag je Kopf entlastet werden, als dies bislang der Fall ist.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>3. Einführung einer angemessenen Vermögenssteuer</p> <p>Wir als SozialdemokratInnen sollten uns dafür einsetzen, dass die Vermögenssteuer wieder erhoben wird. Dafür bedarf es eines verfassungskonformen Gesetzes. Zweck der Vermögenssteuer ist es, das Vermögen gerechter zu verteilen und starke Schultern mehr zu belasten als Schwache. 60% des gesamten Vermögens befindet sich in der Hand von weniger als 10% der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für eine progressive Vermögenssteuer von mindestens 1%, bei einem Freibetrag von mindestens 1.000.000 € ein.</p>	<p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>4. Reform der Erbschaftssteuer</p> <p>Die SPD muss darüber hinaus auch die Erbschaftssteuer reformieren und wieder einführen. Jährlich werden in Deutschland riesige Vermögen vererbt, die jedoch nur zu sehr geringen Einnahmen aus der Erbschaftssteuer führen. Die Erbschaftssteuer macht nur einen kleinen Teil der Steuereinnahmen von Bund und Ländern aus, wohingegen die Mehrwertsteuer und die Lohn- und Einkommensteuer zusammen mittlerweile zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen ausmachen. Wir streben deshalb mindestens eine Vervielfachung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer an. Die Freibeträge sind dabei so zu regeln, dass niemand um sein zu vererbendes Eigenheim bangen muss.</p>	<p>40</p> <p>45</p>
<p>5. Kapitalerträge wie Erwerbseinkommen besteuern – Abgeltungssteuer abschaffen!</p> <p>Die Abgeltungssteuer liegt derzeit bei 25 Prozent auf Kapitalgewinne. Profitiert haben davon hauptsächlich Spitzenverdiener, bei denen der Steuersatz bei der Einkommenssteuer höher liegt. Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht werden. Sozialdemokratische Steuerpolitik bedeutet für uns dass alle Einkommen gleich besteuert werden. Kapitaleinkünfte dürfen nicht besser gestellt werden als Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Eine bloße Erhöhung der Abgeltungssteuer reicht uns nicht aus!</p>	<p>50</p> <p>55</p>
<p>6. Erhöhung des Mindestlohns</p> <p>Die Einführung des Mindestlohns war ein historischer Meilenstein, für den wir zehn Jahre lang gemeinsam mit den Gewerkschaften gekämpft haben. Seit dem 1. Januar 2015 profitieren knapp vier Millionen arbeitende Menschen von seiner Einführung. Keines der Horror Szenarien ist eingetreten. Statt der von den Kritikern prophezeiten Jobverluste wurden Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Geringverdiener haben durch den Mindestlohn einen Lohnzuwachs von fünf Prozent. Das</p>	<p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 ist gut für die Beschäftigten, für die ehrlichen Arbeitgeber und für die Allgemeinheit. Denn höhere Löhne bedeuten auch mehr Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge. Wir fordern aber weiterhin die bestehenden Ausnahmeregelungen</p> <p>5 für Langzeitarbeitslose und Jugendliche abzuschaffen, die von CDU/CSU gefordert, keinesfalls dürfen neue Ausnahmen, beispielsweise für Flüchtlinge, geschaffen werden. Wir respektieren und begrüßen die Einsetzung einer unabhängigen Kommission aus Gewerkschaften und Arbeitgebern, um Vorschläge</p> <p>10 für eine künftige Erhöhung zu erarbeiten. Dies stärkt die Tarifautonomie und ist Ausdruck einer lebendigen Sozialpartnerschaft.</p> <p>7. Erhöhung der Bildungschancen und sozialer Aufstieg Um langfristig ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, muss gewährleistet werden, dass jede Person sich im Rahmen seiner Fähigkeiten entwickeln kann. Nicht die wirtschaftliche Stärke der Eltern, sondern die eigenen Fähigkeiten sollen über Bildungsabschlüsse und die damit verbunden beruflichen Aussichten entscheiden. Nur eine durchlässige Gesellschaft entspricht einer</p> <p>20 freien und chancengleichen Gesellschaft. Hier hat Deutschland nach Aussage der OECD deutlichen Nachholbedarf. Ein sozial gerechtes Bildungssystem ist das wichtigste Instrument um sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken. Denn zum einen ermöglicht es jungen Menschen Qualifikationen zu erlernen, die sie in der späteren Arbeitswelt brauchen, zum anderen ist es die Voraussetzung um emanzipierte und mündige Menschen zu erziehen. Ein Bildungssystem das systematisch Menschen die aus finanziell schwächeren Familien kommen benachteiligt oder gar ausschließt, ist ungerecht und untragbar. Bildung ist ein Menschenrecht und muss für alle</p> <p>30 Menschen zugänglich sein, egal ob frühkindliche Bildung oder Hochschule. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohlkosten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen. Eine wirtschaftlich und damit sozial durchlässige Gesellschaft bietet jedem einzelnen nicht nur Anreize sondern auch handfeste Perspektiven. Ein sich Abschotten der Eliten schadet der ganzen Gesellschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Die SPD muss sich für eine Verteilungsgerechtigkeit und für eine Teilhabegerechtigkeit einsetzen!</p> <p>45 StW66 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Mehraufwand steuerlich anerkennen</p> <p>50 Die strukturelle wirtschaftliche und dadurch soziale Benachteiligung von Trennungskindern und ihren Familien muss umgehend beseitigt werden. Der Mehraufwand getrennt lebender Eltern, die ihre Kinder weiter betreuen, muss steuerlich anerkannt und gefördert werden. Mediation, Beratung und Coaching von Trennungseltern muss weiter ausgebaut werden.</p> <p>55 StW67 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public country by country reporting)</p> <p>Wir fordern eine globale, umfassende, vergleichbare, öffentliche länderbezogene Rechnungslegung der Unternehmen in allen Län-</p>	<p>StW66 <i>Ortsverein Marburg Nord (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Mehraufwand steuerlich anerkennen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>StW67 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Öffentliche länderbezogene Berichterstattung (public country by country reporting)</p> <p>erledigt durch Regierungshandeln</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>dern. Auf diese Weise kann sichtbar gemacht werden, welche Gewinne Konzerne in den Ländern erwirtschaften und wie viel Steuern sie zahlen.</p>	1
<p>StW68 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Unternehmenserhalt als gleichrangiges Ziel in der Insolvenzordnung sichern</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Ziele der Insolvenzordnung in § 1 InsO so gefasst werden, dass bei Unternehmen auch deren Erhalt bzw. Sanierung und der damit verbundene Erhalt von möglichst vielen Arbeitsplätzen als Verfahrensziele im Gesetz verankert werden.</p>	5
<p>StW69 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Endgültige Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften</p> <p>Der Deutsche Bundestag, die SPD-Bundestagsfraktion, alle deutschen Landtage und SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich an das Grundgesetz zu halten und den seit dem 11. August 1919, also seit über 96 Jahren bestehenden Verfassungsauftrag des Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) endlich umzusetzen, der nach Artikel 140 Grundgesetz (GG) Bestandteil des Grundgesetzes ist und vollgültiges Verfassungsrecht enthält. Alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten brechen fortwährend das Grundgesetz, indem sie diesen verbindlichen Verfassungsauftrag nicht umsetzen.</p> <p>Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung lautet: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“</p> <p>Art. 138 WRV ist auf die vermögensrechtliche Entflechtung von Staat und Religionsgemeinschaften gerichtet und enthält einen verbindlichen Verfassungsauftrag an die Gesetzgeber des Bundes und der Länder, die Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften abzulösen. Der Begriff der Ablösung bezeichnet die einseitige Aufhebung des Leistungsgrundes gegen Entschädigung. Damit unvereinbar sind befristete oder unbefristete Entschädigungszahlungen, die nicht der endgültigen Ablösung dienen.</p> <p>Der Verfassungsauftrag des Art. 138 Absatz 1 WRV wird von Bund und Ländern dadurch missachtet, dass die Kirchen seit vielen Jahren zeitlich unbefristet Staatsleistungen und Zahlungen als Entschädigung für die Enteignungen / Säkularisation(en) im 16.-19. Jahrhundert erhalten, bei der kirchliches Vermögen, insbesondere Grundbesitz, durch staatliche Einziehung an die weltliche Gewalt gegangen ist.</p> <p>Der Umfang der Ablösung ist bei Art. 138 Absatz 1 WRV strittig. Nach der einen Auffassung ist von der Geltung des Äquivalenzprinzips auszugehen, so dass die Ablösung dem ökonomischen Wert der Staatsleistung im Zeitpunkt ihrer Aufhebung entsprechen müsste und die Ablösung als Leistung an Erfüllung statt angesehen werden müsste. Nach der zutreffenden Gegenansicht kommt dagegen nur eine angemessene Entschädigung in Frage, die hinter dem vollen Wertersatz zurückbleiben kann. Dem Grunde nach</p>	10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wäre nach beiden Ansichten aber im ersten Schritt der heutige Wert der konfiszierten Kirchengüter zu ermitteln oder zu schätzen und den seither geleisteten Entschädigungen gegenüberzustellen. Wie ein Vergleich mit der Enteignung nach Art. 14 Absatz 3 Grundgesetz zeigt, ist jedenfalls keine Entschädigung zum Verkehrswert erforderlich, sondern bei der Entschädigungshöhe eine Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers gegeben, die in diesem besonderen Fall besonders groß sein dürfte, weil die Säkularisationen über 200 Jahre zurückliegen. Weiterhin sind die schon seit vielen Jahren geleisteten Zahlungen an die Religionsgemeinschaften vollständig zu berücksichtigen – jährlich etwa 460 Millionen € und seit Gründung der Bundesrepublik insgesamt etwa 17 Milliarden €. Im Jahr 2015 betrug die Höhe der Staatsleistungen an die Kirchen in Deutschland (ohne Hamburg und Bremen) bereits 510 Millionen €. Auch die Pfarrerbesoldung ist keine staatliche Aufgabe und in Zukunft allein von den jeweiligen Kirchen zu tragen. Lediglich für kirchlich angestellte Religionslehrer/innen sind ggf. den Kirchen die anfallenden Personalkosten zu erstatten. Es ist zunächst eine endgültige vertragliche Einigung mit den Religionsgesellschaften, den Bistümern und Landeskirchen anzustreben, die von Art. 138 I WRV nicht ausgeschlossen wird. Sofern diese bis Ende 2019 nicht zustande kommt, ist von Bund und Ländern, wie es Art. 138 I WRV verlangt, eine einseitige Ablösung zu regeln, wobei der Bund nach Art. 138 Absatz 1 Satz 2 WRV die Grundsätze hierfür aufzustellen hat. Die abschließenden Entschädigungszahlungen sollten dabei in ihrer Summe nicht höher als maximal 5 Milliarden € ausfallen, also in etwa das Elffache der derzeitigen Zahlungen pro Jahr. Sofern es für eine Beschränkung der Entschädigungshöhe erforderlich oder zweckdienlich ist, ist das Grundgesetz entsprechend zu ändern und das Reichskonkordat vom 20.7.1933 zu kündigen, insbesondere wegen Art. 18 des Reichskonkordats, der zeitlich unbefristete Zahlungen an die katholische Kirche festschreibt und im Widerspruch zu Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 WRV steht. Es ist nicht akzeptabel, dass wegen der überwiegend zwischen 1539 und 1803, also vor mehr als zweihundert Jahren erfolgten Enteignungen heute noch Entschädigungszahlungen von staatlicher Seite gezahlt werden, und dies offensichtlich zeitlich unbefristet, also bis in alle Ewigkeit. Wie Art. 14 Absatz 3 GG zur Enteignung und Art. 15 GG zur Vergesellschaftung zeigen, ist eine Entschädigung als Einmalzahlung vorzusehen. Gleiches gilt für die von Art. 138 Absatz 1 WRV vorgesehene Ablösung. Im Übrigen wurden ehemalige Fürsten und deren Nachfahren im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie Grundeigentümer in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR auch nicht für verschiedene Jahrzehnte und Jahrhunderte zurückliegenden Enteignungen entschädigt, oder nur in sehr geringem Umfang.</p>	
<p>50 StW70 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>55 Für ein weltweites Verbot aller Finanzwetten und Derivate</p> <p>1. Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, um ein Verbot aller spekulativen Finanzprodukte wie Finanzwetten aller Art, insbesondere aller Derivate und Zertifikate durchzusetzen. 2. Dieses Verbot soll nach Möglichkeit weltweit gelten. Andernfalls sollte ein Anfang in Europa gemacht werden. Sollten Länder wie Großbritannien oder Irland ihre Mitarbeit verweigern, ist eine vertiefte Zusammenarbeit in Europa anzustreben. 3. Länder, die an der Spekulation festhalten, sollen auch die Risiken allein tragen.</p>	<p>StW70 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Für ein weltweites Verbot aller Finanzwetten und Derivate</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD Abgeordneten im Europäischen Parlament und an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>4. Flankierend soll verhindert werden, dass Rechtssubjekte (Einzelpersonen, Unternehmen etc.) aus den beteiligten Mitgliedstaaten in entsprechende Finanzprodukte investieren, die an anderen Finanzplätzen gehandelt werden. So weit wie möglich sollen auch multinationale Konzerne einbezogen werden. Durch geeignete Maßnahmen u.a. in der Handelspolitik soll verhindert werden, dass der Handel sich nicht lediglich auf andere Finanzmärkte verlagert.</p> <p>5. Der rechtliche Rahmen im Völkerrecht, Europarecht und im nationalen Recht ist entsprechend anzupassen.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
<p>Die Finanzkrise ist nicht vorbei. Sie macht nur eine Pause, wird aber erneut ausbrechen, weil die strukturellen Ursachen nicht beseitigt sind. Die Finanzkrise hat verschiedene Ursachen: Sie ist erstens eine Verschuldungskrise (insbesondere, aber nicht nur eine Staatsverschuldungskrise), zweitens eine Wirtschaftskrise (mangelnde Wettbewerbsfähigkeit vor allem südeuropäischer Staaten) und drittens eine Finanzmarktkrise (Spekulationsblasen durch Finanzwetten und Derivate).</p> <p>Die Staatsverschuldung ist nicht zu Unrecht im Fokus der Öffentlichkeit. Daneben werden aber die systemischen Risiken des weltweiten Finanzmarktkapitalismus und bestimmter Finanzmarktprodukte unterschätzt. Die Analyse und auch die bisher diskutierten und umgesetzten Regelungsansätze greifen hier bisher viel zu kurz: Ein Trennbankensystem mag die Transparenz des Bankensystems ein wenig erhöhen. Allerdings führt etwa die Neugliederung einer deutschen X-Bank in eine „X-Bank-Holding“ mit zwei Töchtern, der Tochter 1 „X-Geschäftskunden- und Privatkunden-bank“ für das Einlagen- und Kreditgeschäft und der Tochter 2 „X-Investmentbank“ nicht dazu, dass die Risiken verschwinden. Sowohl die geschäftlichen Risiken laufen bei der Holding zusammen, und die Risiken für das Finanzsystem und den Staat bleiben bei systemrelevanten Banken bestehen, denn irgendwo kommt das Geld, mit dem die Investmentbanken arbeiten, ja her. Durch die Trennung der verschiedenen Banken ändert sich an den systemischen Risiken erst einmal nichts oder sehr wenig. Die Lehmann brothers-Pleite hatte ihre Folgen. In den USA galt von 1933 bis 1999 das Trennbankensystem. Lehman brothers war eine reine Investmentbank, und das Trennbankensystem hätte die Pleite 2008 nicht verhindert. Deutschland ist aber bisher mit einem (Universal-) Bankensystem mit den drei Säulen der öffentlich-rechtlichen Banken (Sparkassen und Landesbanken), Genossenschaftsbanken und Privatbanken bisher trotz erheblicher Probleme relativ gut gefahren. In die Krise gekommen sind aber sowohl Privatbanken (HypoReal, Commerzbank, IKB) als auch öffentlich-rechtliche Banken (BayernLB, SachsenLB, WestLB etc.). Es kommt daher primär nicht auf die Organisationsform und Trägerschaft der Banken an, sondern auf das Geschäftsmodell und vor allem auf die Art der getätigten Geschäfte und deren Risiken.</p> <p>Auch eine verbesserte Regulierung, die jeden Finanzmarkakteur und jedes Finanzprodukt einer Regulierung unterwirft, ist zwar sinnvoll und anzustreben, wird aber letztlich aufgrund der strukturellen Markttransparenz nicht ausreichend sein, um die systemischen Risiken der Finanzprodukte in den Griff zu bekommen. behält den Überblick über die Millionen höchst komplexen Finanzprodukte.</p> <p>Eine Regulierung muss daher an den Finanzprodukten selbst bzw. an der Art der Finanzprodukte ansetzen. Solange Geld in bestimmte Finanzprodukte fließt, sind die Risiken nicht beseitigt. Die Vielfalt der Finanzprodukte ist fast unübersehbar: Beispielsweise werden für Siemens an Wertpapieren gehandelt mindestens 4 Aktien, 10 Fonds, 54 Anleihen und 21.447 Zertifikate. Für die Deutsche Bank AG sind es 950 Aktien (wohl mit Beteiligungen und Notierungen an verschiedenen Börsen), 2 Indizes, 619 Fonds, 20 ETFs = börsengehandelte Fonds, 40.530 Anleihen und 84.869 Zertifikate (Quelle: www.finanzen.net, Stand: 4.10.2017). Weltweit dürfte die Anzahl aller gehandelten Finanzprodukte in die Millionen gehen und so groß sein, dass kein Anleger und keine Regulierungsbehörde dieser Welt hier jemals einen Durchblick oder auch nur Über-</p>	<p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 blick behalten kann. Die Produktvielfalt und die Markttransparenz sind von den Finanzmarktakteuren, die die Finanzprodukte schaffen, gewollt. Eine Regulierung muss daher nicht am einzelnen Finanzprodukt, sondern an der Art der Finanzprodukte ansetzen.</p> <p>5 Betrachtet werden sollen hier kurz Derivate und Zertifikate: „Ein derivatives Finanzinstrument oder kurz Derivat (lateinisch derivare ‚ableiten‘) ist ein gegenseitiger Vertrag, der seinen wirtschaftlichen Wert vom beizulegenden Zeitwert einer marktbezogenen Referenzgröße ableitet. Die Referenzgröße wird als Basiswert (englisch underlying) bezeichnet. Basiswerte können Wertpapiere (Aktien, Anleihen usw.), finanzielle Kennzahlen (Zinssätze, Indizes, Bonitätsratings usw.) oder Handelsgegenstände (Rohstoffe, Devisen, Edelmetalle usw.) sein.“</p> <p>10 „Derivate dienen dem Transfer von Risiken: Die Marktrisiken des Basiswertes werden durch Vertragsgestaltung in den Derivatevertrag implementiert und können nunmehr separat gehandelt werden. Der Basiswert selbst muss nicht mehr erworben oder veräußert werden. Derivate ermöglichen daher die Trennung von dinglicher</p> <p>20 Inhaberschaft am Basiswert und Partizipation an dessen Marktchancen und -risiken. Zugleich besteht ein hohes Maß an vertraglicher Gestaltungsfreiheit: Die Partizipation an den Marktrisiken des Basiswertes durch das Derivat muss nicht 1:1 übernommen werden, sondern kann – je nach Risikobedürfnissen der Vertragsparteien – beliebig abgewandelt werden.“</p> <p>25 „Je nach Ausgestaltung der Hauptleistungspflichten im Vertrag unterscheidet man Festgeschäfte, Swapgeschäfte und Optionsgeschäfte.“</p> <p>30 „Derivategeschäfte werden einerseits zu Absicherungszwecken (Hedging) abgeschlossen. Das Marktrisiko eines zu sichernden Grundgeschäfts kann durch ein Derivategeschäft, das die Marktwertentwicklung des Grundgeschäfts invers abbildet, gesichert werden. Im Idealfall kann eine perfekte Absicherung erreicht werden. Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen sichern sich so</p> <p>35 gegen Änderungen von Marktpreisen, Zinssätzen, Wechselkursen usw. ab. Die Marktgegenseite nehmen regelmäßig Spekulanten ein. Spekulanten übernehmen eigenverantwortlich Risiken in der Hoffnung, dass sie sich nicht realisieren und so ein Gewinn erzielt werden kann. Sie agieren damit als „Versicherer der Kapitalmärkte“.</p> <p>40 „Bei Absicherungs- und Spekulationsgeschäften bieten Derivate verschiedene Vorteile gegenüber Kassageschäften in den Basiswerten. Derivate erfordern einen geringeren Kapitaleinsatz. Unterliegt der Akteur einer staatlichen Marktregulierung, zum Beispiel bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalregeln, gilt dies ggf. nicht mehr. Außerdem entfallen Lieferungs- und Lagerkosten, was insbesondere die Spekulation auf Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte erleichtert. Zudem kann es vorkommen, dass die Derivatmärkte liquider sind als die Kassamärkte im zugehörigen Basiswert.“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Derivat_(Wirtschaft)).</p> <p>50 „Als Zertifikate werden Schuldverschreibungen bezeichnet, die über derivative Komponenten verfügen, so dass ihre Wertentwicklung von der Wertentwicklung anderer Finanzprodukte abhängt. Das heißt, im Gegensatz zu klassischen Schuldverschreibungen gewähren Zertifikate keine feste Verzinsung, sondern die Teilhabe am</p> <p>55 Erfolg oder Misserfolg eines Börsengeschäfts. Sie können daher für den Käufer des Zertifikats völlig unterschiedliche Ertragschancen und Verlustrisiken beinhalten. Zertifikate zählen zu den strukturierten Finanzprodukten. Sie werden von Banken emittiert und vorwiegend an Privatkunden verkauft; sie sind daher klassische Retail-Produkte. Sie stellen für Privatanleger eine Möglichkeit dar, komplexe Anlagestrategien zu verfolgen und in ansonsten für Privatleute nicht zugängliche Anlageklassen zu investieren.“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Zertifikat_(Wirtschaft)).</p> <p>60 Zertifikate sind ebenfalls Derivate. Im Unterschied etwa zu Aktien und Aktienfonds handelt es sich bei Zertifikaten nicht um reale Vermögenswerte, sondern um Wetten auf Basiswerte.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die wirtschaftliche Größenordnung von Derivaten kann man nur annähernd schätzen. Der Derivatehandel, der vorwiegend außerbörslich stattfindet, war seit dem Jahr 2000 rasant angestiegen, hatte sich vervielfacht und stagnierte erst ab 2008 (vgl. db research, OTC-Derivate, Aktuelle Themen 485 vom 25.5.2010, S. 3; http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000258017.pdf; unter Verwendung von Daten der BIZ). Ende 2012 betrug der Nominalwert der OTC-Derivatekontrakte noch 633 Billionen US-Dollar nach BIZ-Angaben (Quelle: BIZ-Statistik, Statistical release: OTC derivatives statistics at end-December 2012, publiziert im Mai 2013; http://www.bis.org/publ/otc_hy1305.pdf), Ende 2016 immer noch 482,9 Billionen US-Dollar (Quelle: http://stats.bis.org/statx/srs/table/d5.1). Es handelt sich hierbei tatsächlich um Billionen = 1000 Milliarden US-Dollar (eine deutsche Billion im Englischen: „trillion“). Zur Einordnung der Größenordnung: Die Weltbevölkerung umfasste zum Jahreswechsel 2016 rund 7,418 Milliarden Menschen. Auf jeden Menschen kamen dementsprechend in 2016 ein Bestand an OTC-Derivatekontrakten in der Größenordnung von rund 65.098 US-Dollar. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2013 in den ökonomisch entwickelten Staaten bei 41.520 Int.-\$ (PPP), in Deutschland bei 39.468 Int.-\$ (PPP) und in den sich ökonomisch entwickelnden Staaten bei 7.284 Int.-\$ (PPP) (nach Angaben des Internationalen Währungsfonds, zitiert nach: https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt#Bruttoweltprodukt_und_Wirtschaftskraft). Die Rechnungseinheit Int.-\$ (PPP) entspricht vereinfacht gesagt der Kaufkraft eines US-Dollars in 2011.</p> <p>Bei aller Unsicherheit der Statistiken zeigt dieser Vergleich, dass der Bestand an OTC-Derivatekontrakten um ein Mehrfaches höher ist als die reale Wirtschaftsleistung aller Volkswirtschaften. Das Handelsvolumen ist noch um ein Vielfaches höher.</p> <p>Wetten haben Gewinner und Verlierer. Große Wetten haben große Gewinner und große Verlierer. Finanzwetten haben das Zeug, Finanzmarktakteure und ganze Volkswirtschaften in große Finanz- und Wirtschaftskrisen zu stürzen.</p> <p>Problematisch sind sowohl die Höhe der Kontrakte als auch das Risiko der Geschäfte. Bei klassischen Finanzprodukten ist ein Risiko vorhanden, das aber begrenzt ist und im Sinne einer funktionierenden Volkswirtschaft und sozialen Marktwirtschaft hinzunehmen ist. Bei Anleihen kann der Schuldner zahlungsunfähig werden. Bei Aktien kann der Kurs sinken oder eine Insolvenz des Unternehmens eintreten. Bei Finanzwetten jeder Art gibt es jedoch fast immer einen Gewinner und einen Verlierer, und das Risiko ist ungleich höher als ein Investment in Anleihen oder Aktien.</p> <p>Um das Problem zu illustrieren, nachfolgend ein simpler Vergleich: Wenn ein deutscher Durchschnittsverdiener mit einem Jahresbruttoeinkommen von 41.000 € jede Woche einmal für 10 € Lotto spielt, ist das Risiko bei einem Wetteinsatz von 520 € pro Jahr begrenzt. Auch ein monatlicher Besuch im Casino, bei dem jedes Mal 300 € gesetzt werden, ist bei einem Wetteinsatz von 3.600 € pro Jahr noch verkraftbar. Setzt der Spieler aber im Jahresverlauf ein Mehrfaches seines Jahresbruttoeinkommens ein und verfügt nicht über ein großes Vermögen, wird er über kurz oder lang insolvent sein.</p> <p>Wie jeder Vergleich hinkt auch dieser. Trotzdem gibt die Höhe der Finanzwetten und des Derivatehandels in Kombination mit dem Risiko der einzelnen Derivate Anlass zur Besorgnis. Derivate sind höchst unterschiedlich strukturiert und haben dementsprechend ein sehr unterschiedliches Risiko. Dies macht sich schon an den unterschiedlichen Derivatearten wie Festgeschäften, Swapgeschäften und Optionsgeschäften fest. Derivate bestehen häufig auch aus einer Kombination von realwirtschaftlichen Geschäft und Elementen der Spekulation (z.B. Optionsgeschäft/„Call“, das einen Kauf auf Termin zu einem bestimmten Kurs ermöglicht). Die meisten, aber nicht alle Derivate haben jedoch einen vorwiegend spekulativen Charakter, haben sich von dem realwirtschaftlichen Geschäft entfernt und dienen nur einem entfesselten Finanzmarktkapitalismus.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Insgesamt sind die Risiken dieser Finanzprodukte unkalkulierbar und nicht mehr tolerierbar.</p> <p>Es stellt sich hier vor allem die grundsätzliche Frage nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen dieser spekulativen Finanzprodukte,</p> <p>5 der sehr begrenzt ist. Der mögliche volkswirtschaftliche Schaden ist aber gewaltig, wie Spekulationsblasen der Vergangenheit gezeigt haben. Finanzmarktkrisen können unabsehbare Folgen für die Volkswirtschaften und die Staatsfinanzen haben. Daher ist es sinnvoll und notwendig, alle Finanzwetten und spekulativen Finanzprodukte zu verbieten. Nur so lassen sich die Risiken effektiv in den</p> <p>10 Griff bekommen. Die Finanzmärkte müssen der Realwirtschaft und den Volkswirtschaften dienen, nicht umgekehrt. Der nächste Crash kommt ansonsten bestimmt. Nur der Zeitpunkt ist noch ungewiss.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Umwelt-, Energie-, Verbraucherpolitik (U)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U1 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Pariser Weltklimavertrag</p> <p>Die SPD wird gebeten sich für folgende Ziele einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schifffahrt, Luftverkehr und Rüstungsproduktion für Deutschland und Europa entgegen dem Pariser Weltklimavertrag freiwillig bei den Klimazielen berücksichtigen 	<div>1</div> <p>U1 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Pariser Weltklimavertrag</p> <p>Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion</p> <div>5</div> <div>10</div>
<p>U2 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen</p> <p>Die SPD setzt sich für ein Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen auf europäischer und bundesdeutscher Ebene ein.</p>	<div>15</div> <p>U2 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <div>20</div>
<p>U3 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen</p> <p>Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein Verbot von LED-Lampen mit festeingebauten Leuchtmitteln ein.</p>	<div>25</div> <p>U3 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; und an SPD-Bundestagsfraktion</p> <div>30</div> <div>35</div>
<p>U4 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Wir fordern, dass sich Deutschland und Europa sukzessive dafür einsetzen, den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite innereuropäisch geschehen, auf der anderen Seite müssen Deutschland und Europa sich ihrer Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten. Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.</p>	<div>40</div> <p>U4 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Annahme</p> <div>45</div> <div>50</div>
<p>U5 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamenten und Regierungen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, sukzessive den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite im Inland geschehen, auf der anderen Seite muss Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten.</p>	<div>55</div> <p>U5 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Erledigt durch Annahme U4</p> <div>60</div> <div>65</div>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.</p>	
<p>5 U6 <i>Unterbezirk Hochsauerland</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>U6 <i>Unterbezirk Hochsauerland</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>
<p>10 Masttierhaltung</p> <p>Der SPD-Bundesparteitag setzt sich für die gesetzgeberische Absenkung der in Masttierhaltung maximal erlaubten Anzahl der Tiere, bei landwirtschaftlicher Haltung im privilegierten Außenbereich gemäß §35 Abs. 1 Nr.4 Bau GB ein.</p> <p>Die Masttierhaltung in landwirtschaftlicher Tierhaltung im privilegierten Außenbereich, wird auf ein Maß beschränkt, dass ein gedeihliches Zusammenleben von im Außenbereich wohnenden Menschen und der Landwirtschaft ermöglichen.</p> <p>20 Zu der genannten Masttierhaltung erlässt der Gesetzgeber verbindliche Abstandsflächen und eine Höchstmengen an Masttieren, die als bäuerliche Landwirtschaft eingestuft werden. Die heute erlaubten Höchstmengen sind deutlich zu hoch und sollen auf eine Stückzahl reduziert werden, die auch in der Nähe einer landwirtschaftlichen Betriebsstelle ein weitgehend Immissionsfreies Wohnen ermöglicht. Hierzu sind wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Gefahren die durch Lärm-, Geruch- und Keimbelastung entstehen können zu Grunde zu legen .Die Maßnahmen dienen zum Schutz der Bevölkerung, die insbesondere im Einzugsbereich der Masttieranlagen leben.</p> <p>Die Lebenswirklichkeit zeigt, dass die ehemals bäuerlich geprägte Landwirtschaft heute immer mehr in die industrierähnliche Großmengenproduktion abgeleitet. Hier ist es erforderlich, dass sämtliche Anlagen oberhalb der neuen Höchstgrenzen einem Genehmigungsverfahren, unter Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gem. §12 Bau GB in Verbindung mit §30 Bau GB, unterliegen.</p> <p>Dieses Verfahren ist anzuwenden bei neuen Vorhaben und Nutzungsänderungen. Bei der Prüfung der Masttieranlagen gem. §4 BImSchG sind neben Staub und Lärm auch Krankheiten erregende Keimentwicklungen zu berücksichtigen.</p> <p>Im Zuge der Novellierung der Massentierhaltung soll die bäuerliche, biologische Landwirtschaft besondere Förderung erfahren. Es muss sich wieder lohnen, Vieh und Geflügel biologisch und artgerecht aufzuziehen.</p>	<p>Masttierhaltung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 U7 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Verbot von Glyphosat</p> <p>Die SPD fordert ein Verbot von Glyphosat auf den Feldern der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Verbot soll solange Bestand haben, bis eine Unbedenklichkeit von Glyphosat nachgewiesen ist.</p>	<p>U7 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Verbot von Glyphosat</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U8 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen</p> <p>Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird.</p> <p>Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.</p>	<p>U8 1 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen 5</p> <p>In der Fassung der Antragskommission 10</p> <p>Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten (...) im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland steht und nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer geht. 15</p> <p>Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.</p>
<p>U9 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens männliche „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen soweit und schnell wie möglich zu reduzieren.</p>	<p>U9 20 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ 25</p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens männlicher „Eintagsküken“ (...) aus ökonomischen Gründen. (...) 30</p> <p>35</p>
<p>U10 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt. Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen neu strukturieren.</p>	<p>U10 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ 40</p> <p>erledigt durch Annahme von U9 in der Fassung der Antragskommission 45</p> <p>50</p>
<p>U11 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern</p> <p>Anstatt im Rahmen immer neuer sog. Milchgipfel offenkundige Scheinlösungen pressewirksam als großen Wurf zu verkaufen, fordern wir Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) und die</p>	<p>U11 55 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern 60</p> <p>Überweisung als Material an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Bundesregierung dazu auf, die Ursachen der Milch-Krise anzugehen und damit endlich eine dauerhafte Problemlösung zu ermöglichen.</p> <p>Die beim Milchgipfel vorgestellten Maßnahmen zur weiteren Be-</p> <p>5 zuschussung der Unfallversicherung, der Installierung eines Bürgschaftsprogramms und Möglichkeiten zur Steuerglättung für die Milchbauern sind nicht ausreichend. Die Instrumente sind ungeeignet die Krise auf dem Milchmarkt zu beenden, die zu einer Vernichtung von Einkommen und Existenzen der Milchviehhalter in Deutschland führen.</p> <p>10 Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muss dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Frühjahrskonferenz der Agrarminister aus Göhren-Lebbin umgehend und umfassend auf nationaler und europäischer Ebene umgesetzt werden. Dadurch sollen</p> <p>15 die Marktbeteiligten die Möglichkeit erhalten, die Milchmenge eigenverantwortlich zu reduzieren. Unterstützt werden soll dies mit staatlichen Bonuszahlungen.</p> <p>Der Bund wird aufgefordert, die Finanzmittel dafür bereitzustellen bzw. diese auf EU-Ebene einzuwerben. Auch eine entschädigungs-</p> <p>20 lose Mengenreduzierung nach Artikel 221 GMO (EU-Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation) mit staatlichen Sanktionen soll folgen, wenn diese freiwilligen Maßnahmen keine spürbare Marktentlastung bringen.</p> <p>Es muss gelingen, die Milchmengen auf der Ebene der Europäischen Union zu reduzieren, damit sich der Markt erholen kann und die Erzeugerpreise auf ein angemessenes Niveau ansteigen können. Dazu sehen wir die Notwendigkeit europäischer Lösungen, denn nur diese versprechen die nötige globale Wirkung.</p> <p>25 Oberste Priorität muss die Verbesserung der Liquidität der Betriebe haben. Diese ist nur über einen Anstieg des Milchpreises möglich. Genau hier muss angesetzt werden.</p> <p>Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes fordern wir von Bundesminister Christian Schmidt (CSU):</p> <p>35</p> <ul style="list-style-type: none"> • sich in Brüssel für ein europäisches Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen. • sich dafür einzusetzen, dass dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion verbunden wird. Die rechtliche Grundlage dafür ist in Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) schon geschaffen. Damit wird die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. verstärkt. 45 • umgehend die rechtlichen und vor allem die organisatorischen Schritte für die Umsetzung einer freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung zu erarbeiten. 	
<p>50 U12 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Sparen ja – aber sinnvoll: Keine staatlichen Mittel ohne Transparenz bei der Energiebilanz</i></p> <p>55</p> <p>60 Ein zentrales energiepolitisches Ziel ist, Energie zu sparen und damit den Ausstoß von CO₂ zu begrenzen. Die Einsparpotentiale müssen genutzt und weitere Anreize geschaffen werden. Hierfür sind umfassende und transparente Energiebilanzen erforderlich.</p> <p>65 Beispielsweise kann „Energieverbrauch“ bzw. „Energiesparen“ nicht nur auf den Betrieb eines einzelnen Geräts bezogen werden. Auch ist es zu kurz gegriffen, nur den jeweiligen Schadstoffausstoß zu betrachten; Elektro-Autos verbrauchen Rohstoffe bei der</p>	<p>U12 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Sparen ja – aber sinnvoll: Keine staatlichen Mittel ohne Transparenz bei der Energiebilanz</i></p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>(...)</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Erarbeitung umfassender und transparenter Energiebilanzen einzusetzen und ihre Umsetzung durch rechtliche und finanzielle Maßnahmen zu fördern. (...)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 U14 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Förderung der Erneuerbaren Energien</p> <p>5 Auf der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 hat die Weltgemeinschaft beschlossen, die Treibhausgas-Emissionen stark zu verringern. Dazu ist der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) erforderlich. Wir fordern eine entsprechende Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes.</p> <p>10 1. Keine planwirtschaftliche Deckelung des Ausbaus der EE. 2. Kein Ausschreibungsverfahren für Windenergie-, Biogas-, Wasserkraft- und Solaranlagen. 3. Förderung, Planung und Ausbau von Energie-Speicher-Systemen, insbesondere der „Power-to-Gas“-Technologie und entsprechender Gaskraftwerke.</p> <p>15 4. Der Bau von Mega-Strom-Autobahnen (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) von Nord- nach Süddeutschland wird abgelehnt, da diese die Stromversorgung Süddeutschlands mit Erneuerbarem Strom nicht sicherstellen können. Stattdessen benötigt Deutschland den Ausbau des Strom-Netzes und den Ausbau der dezentralen Energie-Erzeugung und -Speicherung.</p> <p>20 5. Einführung der Möglichkeit der Mieter- und Eigentümer-Direktvermarktung von Erneuerbarem Strom ohne Belastung mit der EEG-Umlage. Entwicklung und Förderung praktikabler Konzepte zur Direktvermarktung.</p> <p>25</p>	<p>U14 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Förderung der Erneuerbaren Energien</p> <p>Ablehnung</p>
<p>30 U15 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Glück Auf, Bürger*innenenergie</p> <p>35 Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel in Paris gemachten Zusagen zur Reduktion des CO₂ - Ausstoßes erreicht werden. Klimaschutz zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und für künftige Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.</p> <p>40 • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus. Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze.</p> <p>45 • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab. Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden</p> <p>50 • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht</p> <p>55 • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der weitere Ausbau durch eine solche Regelung quasi auf null gesenkt, obwohl nachweislich keine Netzengpässe auf den entsprechenden Ebenen vorliegen.</p> <p>60 • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik.</p> <p>65</p>	<p>U15 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Glück Auf, Bürger*innenenergie</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U16 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glück Auf, Bürgerenergie!</p> <p>Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel in Paris gemachten Zusagen zur CO² – Reduzierung erreicht werden. Klimaschutz zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und künftige Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus. Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze. • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab. Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden. • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht. • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in Netzentpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der schwache Ausbau weiter verlangsamt, obwohl nachweislich keine Netzentpässe auf den entsprechenden Ebenen vorliegen. • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik. • Der Entwurf zum Mieterstromgesetz erfüllt in keiner Weise das Ziel auch in den Städten möglichst bald 6da Photovoltaik-Anlagen auf die großen Häuser zu bekommen. Damit wird die Chance vertan, den Ausbau der Erneuerbaren Energien-dezentral voranzubringen, Arbeitsplätze und Investitionen zu realisieren. Insbesondere unsinnig sind gesetzliche Regelungen, wie die Ausbaudeckelung, Anforderungen an Abrechnungs-, Mess-, Informations- und Kennzeichnungspflichten sowie die Begrenzung von Mieterstrommodellen auf einzelne Gebäude. Der Strom, der auf großen Häusern gewonnen werden kann, würde i.d.R. sofort verbraucht und müsste nicht woanders hergestellt, transportiert und verteilt werden. <p>U17 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>EEG</p> <p>Wir lehnen die EEG-Novelle 2016 ab und fordern die folgenden Änderungen aufzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die erneuerbaren Energien haben eine Dimension erreicht, die die Parallelität von neuem Energiesystem und den alten Strukturen unmöglich macht. Deshalb ist ein „Fahrplan“ zu entwickeln, der den gesamten Energiesektor ins Auge fasst. Bei der Weiterentwicklung des EEG ist der Wärme-, bzw. Kälte- Erzeugungsbereich mit zu berücksichtigen. Auch die Elektro-Mobilität im Individual-Verkehr mit den sich daraus ergebenden Verbrauchs- und Speicherstrukturen ist zu berücksichtigen. (Begriff: Sektorkopplung) 	<p>U16 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glück Auf, Bürgerenergie!</p> <p>Ablehnung</p> <p>U17 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>EEG</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p>

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Die weiterhin geplante Industrieförderung, die von den kleinen Stromverbrauchern bezahlt wird, ist abzulehnen, denn eine solche Förderung (Senkung der EEG-Umlage für stromintensive Industrien) ist aus Steuermitteln zu finanzieren.</p> <p>5 3. Die geplanten 1,6 Mrd. Euro für die Reserve von stillgelegten alten Braunkohlekraftwerken ist zu streichen, da solche Kraftwerke völlig ungeeignet sind, bei kurzfristigem Strombedarf einzuspringen. Stattdessen ist eine entsprechende Speichertechnologie und der dezentrale Ausbau voranzutreiben.</p> <p>10 4. Der bisher geplante Netzausbau entspricht nicht den Anforderungen einer dezentralen Energieversorgung und ist daher entsprechend zu überarbeiten. Ob in diesem Zusammenhang die riesigen 1 GW-Übertragungsleitungen (HGÜ) notwendig sind, ist zu überprüfen.</p> <p>15 5. Zu mindestens ist die Vorgabe der Europäischen Kommission einer De-minimis-Regelung (max. 18 MW Windpark ohne Ausschreibungsverfahren) in das Gesetz zu übernehmen. Es ist kein Gegenargument, dass dann nur noch Windparks mit 6 Windenergieanlagen a 3 MW (WEA) gebauten würden. Diese Größenordnung entspricht weitgehend den Bedürfnissen der dezentralen Energieversorgung und belastet die Landschaft nicht über die Maßen.</p> <p>20 6. Fotovoltaik- und Biomasse-Ausbau sind wieder stärker zu fördern. Von einer Degression, die in den entsprechenden Industrien schon viele Arbeitsplätze gekostet hat (hier z. B.: bei SMA, Kirchner, Stiens, Viesmann usw.- nur in unserem Bereich) ist für die nächsten Jahre abzusehen. Dies würde auch für diesen Bereich Planungssicherheit bedeuten.</p> <p>25 7. Das Börsenstrom-System zur Ermittlung des Strompreises ist in Frage zu stellen. Durch den volatil auftretenden immer größer werdenden Überschuss an Strom aus regenerativen Quellen sinkt der Börsenstrompreis immer weiter ab. (z. T. schon deutlich unter 3 Ct. pro kWh). Ein Preis zu dem kein Stromerzeuger – auch die großen Energieversorger – Strom herstellen kann.</p> <p>30 8. Zum Einsparen von Energie in allen Bereichen (Strom, Wärme/ Kälte <Häuser, Industrie>, Mobilität) sind gesetzliche Zielvorgaben zu entwickeln und in bestimmten Zeitabständen zu überprüfen. Minderverbrauch ist zu fördern. Mehrverbrauch zu sanktionieren. Energie die nicht verbraucht wird muss weder erzeugt, transportiert und (evtl. im Ausland) gekauft werden! Dafür wurden bisher ca. 100 Mrd. Euro jährlich ausgegeben (für Öl, Gas und Kohle).</p> <p>35 40</p>	
<p>45 U18 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p>Den Ausstieg aus der Kohle in Deutschland voranbringen</p> <p>50</p> <p>Die Weltklimakonferenz in Paris hat beschlossen, dass alles getan werden muss, um die weltweite Temperaturerhöhung auf unter 2 K zu halten. Dies ist notwendig, da die Lebensgrundlage vieler Menschen insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt durch die Erderwärmung akut bedroht wird. Bürgerkriege, Terrorismus und massive Migration aus den bedrohten Gebieten sind die unmittelbaren Folgen. Der Bürgerkrieg in Syrien ist u.a. auch die Folge einer Dürre, die vom Klimawandel verstärkt wurde.</p> <p>60 Das angestrebte Ziel kann nur erreicht werden, wenn weltweit die Verbrennung von Kohle zur Energiegewinnung so schnell wie möglich beendet wird. Deutschland selbst wird seine ambitionierten Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht erreichen, wenn weiterhin an der Verbrennung von Kohle für die Stromerzeugung festgehalten wird. Wir fordern daher:</p> <p>65</p>	<p>U18 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p>Den Ausstieg aus der Kohle in Deutschland voranbringen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm, (S. 31, S. 61 f.)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Bis Ende 2018 sollen die 8 ältesten Kohlekraftwerke vollständig abgeschaltet werden. Sie sollen auch als Reservekapazität nicht genutzt werden. • Bis 2030 sind alle übrigen Kraftwerke abzuschalten. • Es sollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr genehmigt werden. • Als Übergangslösung kann der Bau von hocheffizienten Gaskraftwerken vorgesehen werden. • Die Preise für die Emission von Kohlendioxid (CO₂-Zertifikate) ist deutlich zu erhöhen, um die Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken zu erhöhen und von Kohlekraftwerken zu senken. • Ein langfristiger Plan zum Ausbau der regenerativen Energiequellen (Wind, Sonne, Wasser, Gezeiten usw.) ist aufzustellen, der die Belange des Industriestandorts berücksichtigt. • Da regenerative Energiequellen nicht entsprechend dem Bedarf liefern, ist die Speichertechnologie planmäßig voranzutreiben und zu fördern. Dazu sind alle denkbaren technischen Lösungen heranzuziehen. <p>Mit einer effektiven Speichertechnologie im Verbund mit vielen dezentralen regenerativen Energiequellen der unterschiedlichsten Art kann die industrielle Zukunft Deutschland auch ohne die Verbrennung von fossilen gesichert werden und es wird gleichzeitig ein signifikanter Beitrag zur Senkung der weltweiten CO₂ Emissionen geleistet.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>U19 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p><i>Die Förderung des Exports von Kohlekraftwerken muss beendet werden</i></p> <p>Um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, ist eine Senkung der CO₂ Emissionen unumgänglich. Die Verbrennung von Kohle zum Zwecke der Stromerzeugung erzeugt weltweit einen erheblichen Anteil an der klimaschädlichen CO₂ Emission. Es gilt daher möglichst diese Technologie auszusteigen. Deutschland will bei der Energiewende ein Vorbild sein. Es ist daher diesem Ziel nicht förderlich, wenn der Export von Kohlekraftwerken aus Deutschland subventioniert wird, z.B. durch günstige Kredite durch die KfW oder verbilligte Bürgschaften gegen Zahlungsausfälle (Exportkreditversicherung, auch Hermesdeckung genannt).</p> <p>Wir fordern, dass diese Art der Subventionierung sofort beendet wird. Der Export von Kohlekraftwerken soll nicht länger gefördert werden, sondern die Exporteure sollen selber das volle Risiko übernehmen.</p>	<p>U19 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p><i>Die Förderung des Exports von Kohlekraftwerken muss beendet werden</i></p> <p>Ablehnung</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>U20 <i>Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Kluge Energiewende - Kein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, die Energiewende sozial gestalten!</i></p> <p>Die SPD setzt sich für eine Energiewende, die die Umwelt und die sozialen Belange der Menschen berücksichtigt ein. Ein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, der zu betriebsbedingten Kündigungen führt, ist für uns inakzeptabel.</p>	<p>U20 <i>Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Kluge Energiewende - Kein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, die Energiewende sozial gestalten!</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 U21 <i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>5 Netzentwicklungspläne</p> <p>Die SPD fordert, dass zukünftig auch unabhängige Wissenschaftler aus dem Bereich Elektrotechnik und Volkswirtschaft und evtl. anderer Disziplinen den Szenariorahmen und den ersten Entwurf des Netzentwicklungsplanes erstellen und nicht nur die Übertragungsnetzbetreiber.</p> <p>10</p>  <p>25</p>	<p>U21 <i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Netzentwicklungspläne</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>30 U22 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen</p> <p>35 Die SPD setzt sich für eine dezentrale Energiewende ein. Weiteren Monsterstromtrassen erteilen wir auch in Form der Erdverkabelung eine Abfuhr. Zur ggf. notwendigen Stromverteilung in Nord-Süd-Richtung ist vielmehr auf Technologien (z.B. Power to Gas) zurückzugreifen, die keine weiteren massiven Eingriffe in die Natur bedingen. Kohleverstromung ist schrittweise bis zum Jahr 2035 einzustellen um die fortschreitende Erderwärmung einzudämmen.</p>	<p>U22 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Land (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen</p> <p>Ablehnung</p>
<p>45 U23 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass auch Unternehmen ihren finanziellen Anteil an der Energiewende übernehmen. Befreiungen von der EEG-Umlage für Unternehmen, die immer zu Lasten der privaten Endverbraucher gehen, sind äußerst restriktiv zu erteilen.</p>	<p>U23 <i>Ortsverein Coburg-Nordost</i> <i>Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>60 U24 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Abstandsregelung von Windkraftanlagen</p> <p>65 Die SPD fordert eine bundeseinheitliche Regelung zur Aufstellung von Windkraftanlagen auch innerhalb einer 1500m Distanz zu Wohngebieten.</p>	<p>U24 <i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Abstandsregelung von Windkraftanlagen</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U25 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Tafel statt Tonne</p> <p>Pro Jahr werden pro Einwohner ca. 20-30kg Lebensmittel wegge- worfen. Zudem bringt der baldige Ablauf des Mindesthaltbarkeits- datums (MHD) viele Verbraucher dazu, Lebensmittel wegzuer- fen oder in den Regalen der Supermärkte stehen zu lassen. Und das, obwohl das MHD besonders bei langlebiger Ware nicht von großer Bedeutung ist. Humanitäre Einrichtungen wie Tafeln setzen sich ehrenamtlich dafür ein, dass genießbare Lebensmittel, die aus unterschiedlichen Gründen aus dem Verkauf genommen worden, dennoch für einen guten Zweck verwendet werden. In Zusammen- arbeit mit Großhändlern wird so beispielsweise täglich morgens Lebensmittel für die Tafeln gesammelt. Deshalb fordern wir: Unverkaufte Waren müssen künftig im Idealfall gespendet, min- destens aber kompostiert oder zu Tierfutter verarbeitet werden. Dazu ist ein Gesetz nach französischem Vorbild (Beschluss der Na- tionalversammlung vom Mai 2015) nötig, welches es Supermärkten verbieht, unverkaufte Ware wegzuerwerfen oder unbrauchbar zu machen. Darüber hinaus sollen Supermärkte dazu angehalten werden, für den neuen Umgang mit Lebensmittel zu werben bzw. Kundinnen und Kunden zu ermutigen gleichfalls verantwortungsvoller mit den Waren umzugehen.</p> <p>U26 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Einheitspfand</p> <p>Wir Sozialdemokraten treten für ein einheitliches Pfandsystem für Einweg- sowie ein solches für Mehrweg-Getränkebehältnisse ein.</p> <p>U27 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Deklarationspflicht verschärfen!</p> <p>Die Lebensmittelindustrie versorgt uns mit immer neuen Ideen, die unser Leben leichter machen und den Kochvorgang vereinfachen sollen. Fertiggerichte und andere verarbeitete Produkte ent- halten oft Zusätze wie Aromen und Geschmacksverstärker. Häu- fig sind diese jedoch unter komplizierten Namen verborgen und nicht explizit auf der Verpackung vermerkt, denn nicht alle sind deklarationspflichtig. Neben deklarationspflichtigen Geschmacks- verstärkern, gibt es auch vermeintlich natürliche Zusatzstoffe in Produkten, welche jedoch die gleiche Wirkung erzielen. Hier liegt eine zielgerichtete Täuschung der Verbraucher*innen vor! Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine genaue Prüfung aller bisher nicht deklarationspflich- tigen Zusatzstoffe und Aromen auf ihre Wirkung auf die Verbraucher*innen. • Die Kennzeichnung aller geschmacksverstärkenden und ge- schmacksverfälschenden Zusatzstoffe und Aromen auf der Ver- packung. • Die Deklaration der Wirkung des Zusatzstoffes und Aromen auf der Verpackung. Dies könnte über einen QR-Code oder Ähnli- chem ermöglicht werden. <p>Weiterhin halten wir an der Forderung nach einer Lebensmittelpfand fest.</p>	<p>U25 1 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Tafel statt Tonne 5</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>U26 30 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Einheitspfand</p> <p>Ablehnung 35</p> <p>U27 40 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Deklarationspflicht verschärfen!</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 U28 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten – Verbraucher*innen nicht weiter blenden!</p> <p>5</p> <p>Immer mehr Lebensmittelhersteller*innen werben mit zuckerreduzierten, zuckerfreien oder ungesüßten Produkten. Diese Aussagen verwirren nicht nur, sie können auch gefährlich sein, da immer mehr Konsument*innen unter Lebensmittelunverträglichkeiten oder Diabetes melitus leiden.</p> <p>Die auf Lebensmitteln abgedruckte Nährwerttabelle zeigt einen ungefähren Zuckerinhalt an, doch viel verwirrender sind die Zutatenlisten an sich, da es in den Gesetzen nicht genau geregelt ist, auf welche Art Zucker anzugeben ist.</p> <p>Nach einem Test der Verbraucherzentrale wurden mehr als 70 verschiedene Begriffe, die für Zucker oder andere Süßungsmittel stehen gefunden. So zum Beispiel: Dextrose, Farin, Fruktose, Saccharose, Glukose, Isoglucose, Karamell, Kandis, Laevulose, Maltodextrin, Mannit, Melasse, Sorbit, Xylit um nur einige davon zu nennen.</p> <p>Aus Sicht der Verbraucherzentralen müssten die unterschiedlichen Zuckerdefinitionen in den Gesetzestexten angeglichen werden, um dieses Verwirrspiel zu beenden. Zudem sollte die Lebensmittelüberwachung Produkte verstärkt auf eine Irreführung durch nährwertbezogene Angaben prüfen und Verstöße konsequent ahnden. Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einen transparenten Umgang mit Zucker und Süßmachern, der die Konsument*innen nicht verwirrt, sondern informiert. • Einheitliche Gesetzestexte, um den Herstellern*innen die Schlupflöcher zu nehmen. • Eine bessere Überprüfung der Lebensmittel zur Sicherstellung der angegebenen Zutaten. 	<p>U28 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p>Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten – Verbraucher*innen nicht weiter blenden!</p> <p>Annahme</p>
<p>40 U29 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen und bei den Herstellern entsprechende Kontrollen durchführen</p> <p>45</p> <p>Die Kennzeichnung, dass tierisches Material für das Kleidungsstück verwendet wurde, muss gut sichtbar und deutlich von den übrigen Hinweisen auf dem Etikett abgehoben sein. Ferner müssen die entsprechenden Stellen viel häufiger und energischer die Umsetzung dieser Hinweispflicht verfolgen.</p>	<p>U29 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Pelz auch als solchen einfach erkennbar kennzeichnen und bei den Herstellern entsprechende Kontrollen durchführen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>55 U30 <i>Themenforum Verbraucherpolitik</i></p> <p>Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf von Apps</p> <p>60</p> <p>U3 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</p> <p>65 Digitale Güter, wie Apps und Softwares für Smartphones, haben für Verbraucherinnen und Verbraucher den Vorteil, dass sie sehr schnell mit nur wenigen Clicks zu erwerben sind. Trotz dieser Einfachheit und ihrer immateriellen Form handelt es sich bei digitalen</p>	<p>U30 <i>Themenforum Verbraucherpolitik</i></p> <p>Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf von Apps</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Gütern um Konsumwaren, für die die im Online-Handel üblichen Verbraucherstandards gelten müssen. Wir stellen fest, dass mit der Umsetzung der EU-Verbraucherrechte-Richtlinie in nationales Recht am 13. Juni 2014 eine Novellierung des Widerrufsrechts erfolgte. Durch eine Ausnahmeregelung für digitale Güter wurden die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern eingeschränkt, da Anbieter seitdem die Möglichkeit haben, das Widerrufsrecht zum Beispiel bei einem App-Einkauf unter bestimmten Voraussetzungen auszuschließen. Derzeit laufen in Brüssel die Beratungen zu einer Richtlinie über vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Güter. Hier bietet sich die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen. Wir fordern ein verbindliches, einheitliches und vollwertiges Widerrufsrecht für digitale Inhalte und Dienstleistungen. Verbraucherinnen und Verbrauchern soll entsprechend den Regelungen für Fernabsatzverträge grundsätzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, eine gekaufte Anwendungssoftware zurückzugeben.</p>	1
	5
	10
	15
<p>U31 <i>Themenforum Verbraucherpolitik</i></p> <p>Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten</p> <p><i>U4 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Wir alle, Frauen, Männer, Kinder, Senioren, Geflüchtete oder Migranten, haben als Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur identische Bedürfnisse. Wir fragen auch verschiedene Waren und Dienstleistungen nach. Wir sind auch in unterschiedlichem Grad vulnerabel. Mit der Bildung des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wurden die Möglichkeiten erweitert, wissenschaftlich fundiert Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzuarbeiten und in die politische Diskussion einzubringen. Hierzu dienen vor allem die vom Sachverständigenrat erstatteten Gutachten. Diese sind bislang allerdings stets themenzentriert und nicht auf einzelne Zielgruppen fokussiert. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird daher gebeten zu prüfen, wie dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz im Jahr 2017 zusätzlich ermöglicht werden kann, ergänzend zu themenzentrierten Gutachten auch zielgruppenorientierte Gutachten durchführen zu lassen, sei es durch den Sachverständigenrat für Verbraucherfragen oder auf anderem Wege. Dies könnte zunächst exemplarisch insbesondere hinsichtlich Geflüchteter als Verbraucherinnen und Verbraucher geschehen.</p>	20
	25
	In der Fassung der Antragskommission
	30
	35
	40
	45
	50
<p>U32 <i>Bezirk Braunschweig</i></p> <p>Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)</p> <p><i>U13 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Die Bundesnetzagentur als Fachplanungsbehörde und als Planfeststellungsbehörde wird aufgefordert, im Zuge der Findung des Trassenkorridors darauf hinzuwirken, dass das Gebiet der Gemeinde Burgdorf nicht unverhältnismäßig belastet wird.</p>	55
	60
	Ablehnung
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<div>1</div> <div>U33</div> <div>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</div> <div>Öffentlicher Trinkwasserzugang</div> <div>5</div> <div>Wir fordern, dass an öffentlichen Plätzen Trinkwasserspender zu installieren sind. Die Anzahl der Trinkwasserspender richtet sich nach der Einwohner*innenzahl einer Stadt sowie der Frequentierung eines Platzes und wird von Städteplaner*innen generell bei der Neugestaltung von Plätzen berücksichtigt. Wir unterstützen die Initiative des Abgeordnetenhauses von Berlin „Berlin wird Blue Community“.</div> <div>10</div> <div>Des Weiteren fordern wir, dass Gastronomiebetriebe dazu verpflichtet werden, auf Anfrage kostenloses Trinkwasser (Leitungswasser in haushaltsüblicher Menge) zur Verfügung zu stellen.</div> <div>15</div> <div>20</div> <div>25</div> <div>30</div> <div>35</div> <div>40</div> <div>45</div> <div>50</div> <div>55</div> <div>60</div> <div>65</div>	<div>U33</div> <div>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</div> <div>Öffentlicher Trinkwasserzugang</div> <div>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion;</div> <div>Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Landesregierungen</div>

Verkehrspolitik (V)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>V1 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Förderungsfortschreibung des GVFG</p> <p>Förderung des GVFG!</p> <p>Die Bundestagsfraktion und die Bundes SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Verfahren zwischen Bund und Ländern noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen wird. Es bedarf neben der fortgeschriebenen Förderung einer Gesetzesänderung hinsichtlich der standardisierten Bewertung. Diese muss künftig ökologische und klimarelevante Faktoren erfassen.</p> <p>Des Weiteren ist es unerlässlich, nicht lediglich die Schienen, sondern auch den Fuhrpark durch den Bund zu finanzieren. Aus energetischen Gesichtspunkten führte dies zur Verbesserung des Klimaschutzes und einer Verringerung des Feinstaubes. Weiter soll die Förderung des ÖPNV ein Schwerpunkt neben der Elektromobilität und Verkehrspolitik im Allgemeinen darstellen, sowohl im Parteiprogramm, als auch im Programm des Kanzlerkandidaten Martin Schulz.</p> <p>V2 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Den ÖPNV nicht verhungern lassen!</p> <p>Die SPD und ihre Mandatsträger in Bund und Land wirken darauf hin, dass das Landes-GVFG (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) auf jeden Fall nach 2019 unabhängig von der Zukunft der Entflechtungsmittel des Bundes fortgesetzt wird. Die Förderquote des Landes für Projekte von Kommunen und Kreisen muss wieder erhöht werden (derzeit 50 %). Ebenso ist eine Beteiligung des Landes an Neuinvestitionen im Schienen-Fahrzeugbereich dringend notwendig, damit ein weiterer Ausbau des ÖPNV nicht nur in der Fläche, sondern auch in den Ballungsräumen gewährleistet ist.</p> <p>V3 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine Privatisierung der Bundesautobahnen</p> <p>Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich gegen jede Privatisierung von Bundesfernstraßen, insbesondere gegen eine privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft Verkehr auszusprechen.</p>	<p>V1 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p><u>Förderungsfortschreibung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)</u></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Förderung des GVFG!</p> <p>(...) Das GVFG hat große Bedeutung für die Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur und muss auch für die Zukunft gewährleistet werden. Dabei ist wichtig, dass neben Neubau und Ausbau ausdrücklich auch erhaltende Maßnahmen an bestehender öffentlicher Verkehrsinfrastruktur durch das GVFG gefördert werden. Dazu müssen die Mittel deutlich erhöht werden. Der Bedarf liegt bei 1 Mrd. Euro pro Jahr. Die dafür nötigen rechtlichen Voraussetzungen müssen geschaffen werden.</p> <p>Das Gesetz muss zudem hinsichtlich der standardisierten Bewertung geändert werden. Künftig müssen ökologische und klimarelevante Faktoren erfasst werden. Auch der Bau von Straßen- und Stadtbahnen anstelle heute schon hochausgelasteter Buslinien muss in der standardisierten Bewertung deutlich bessergestellt werden als bisher.</p> <p>Des Weiteren ist es unerlässlich, nicht lediglich die Schienen, sondern auch den Fuhrpark durch den Bund zu finanzieren. Aus energetischen Gesichtspunkten führte dies zur Verbesserung des Klimaschutzes und einer Verringerung des Feinstaubes. Weiter soll die Förderung des ÖPNV ein Schwerpunkt neben der Elektromobilität und Verkehrspolitik im Allgemeinen darstellen und Aufnahme im Programmprozess „#SPDerneuern“ finden.</p> <p>V2 <i>Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>Den ÖPNV nicht verhungern lassen!</p> <p>Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>V3 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine Privatisierung der Bundesautobahnen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 V4 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>5 Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Autobahnen</p> <p>10 1. Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Autobahnen. Die SPD tritt auf allen für den Bundesfernstraßenbau maßgeblichen Ebenen, insbesondere im Bund und bei den Ländern, gegen eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Bundesautobahnen ein. Dies gilt auch für das Errichten sog. Öffentlich-Privater-Partnerschaften im Bereich des Bundesfernstraßenbaus.</p> <p>15 2. Keine Unterstützung privater Finanzinstitute bei Geldanlagen im Bundesfernstraßenbau. Die SPD wird keine Schritte unternehmen, den Banken und Versicherungen Hilfestellungen bei der Beteiligung an öffentlicher Infrastruktur insbesondere im Autobahnbereich zu geben.</p> <p>20 3. Durch den Beschluss der Bundes- und Länderregierungschefs darf keine Maut durch die Hintertür geschaffen werden.</p> <p>V5 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes</p> <p>30 Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird dahingehend geändert, dass in § 2 Förderungsfähige Vorhaben Absatz 2. Bau oder Ausbau von Verkehrswegen der 35 a) Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen sowie Bahnen besonderer Bauart, b) nichtbundeseigenen Eisenbahnen, soweit sie dem öffentlichen Personennahverkehr dienen, <u>und auf besonderem Bahnkörper geführt werden.</u></p> <p>40 der letzte unterstrichene Teilsatz gestrichen wird.</p> <p>V6 <i>Bezirksverband Oberpfalz (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft - Wehret den Anfängen!</p> <p>50 - Keine Privatisierung der Autobahnen in Deutschland und keine private Bundesfernstraßengesellschaft - Keine staatliche Infrastrukturgesellschaft des Bundes nach privatem Recht</p> <p>55</p> <p>V7 <i>Kreis VII Harburg (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>60 Keine Maut für PKW</p> <p>Es wird beantragt, dass sich die SPD mit aller Kraft gegen die Einführung einer PKW-Straßen / Autobahnmaut in Deutschland in der 65 jetzt geplanten Form einsetzt und sie im Falle einer Einführung wieder abschafft.</p>	<p>V4 <i>Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Autobahnen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>V5 <i>Unterbezirk Erlangen (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes</p> <p>Erledigt durch Annahme V1 in der Fassung der Antragskommission</p> <p>V6 <i>Bezirksverband Oberpfalz (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft - Wehret den Anfängen!</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>V7 <i>Kreis VII Harburg (Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Keine Maut für PKW</p> <p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
V8 Landesverband Berlin Mindestanforderungen an Bundesfernstraßengesellschaft Mindestanforderungen an eine privatrechtliche Bundesfernstraßengesellschaft – Privatisierung der Autobahnen, PPP-Projekte, Subventionierung der Finanzindustrie und Lohndumping müssen ausgeschlossen werden Die SPD in Land und Bund wird der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft nur zustimmen, wenn die mittelbare und unmittelbare Privatisierung der Bundesfernstraßen, PPP-Projekte, die Subventionierung der Finanzindustrie und Lohndumping wirksam unterbunden werden. Hierfür sind folgende Maßnahmen nötig: <ul style="list-style-type: none"> • Volle Bürgschaft des Bundes für die Kredite der Gesellschaft. • Bundesverkehrswegeplan und Bedarfsplan müssen als Planungsinstrumente Bestand haben (keine Entmachtung des Parlaments). • Im Grundgesetz verankertes Verbot der Veräußerung von Bundesstraßen und der Veräußerung von Anteilen einer privatrechtlichen Gesellschaft, die durch Nießbrauchsrecht Bundesfernstraßen baut und bewirtschaftet. • Gesetzliches Verbot der Durchführung von PPP-Projekten durch die Gesellschaft. • Eine Mehrbelastung der privaten Autofahrer über eine Mauterhöhung ohne adäquate Kompensation bei der KfZ-Steuer darf es nicht geben. • Der Bund muss sich verpflichten, die bisher bei den Ländern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übernehmen. Niemand darf schlechter gestellt werden. Die Gewerkschaften müssen ein Mitspracherecht beim Personalübergang erhalten. • Die Gesellschaft muss so ausgestaltet werden, dass ihr Eigenfinanzierungsgrad langfristig über 50 % liegt und sie somit statistisch dem Marktsektor zugeordnet wird (nach Vorbild der österreichischen ASFINAG). 	V8 Landesverband Berlin Mindestanforderungen an Bundesfernstraßengesellschaft Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017
V9 Landesverband Berlin Direktvergabe des ÖPNV sichern (Bundesrat) – Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung sichern Die Landesregierungen mit SPD-Beteiligung werden aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten oder eine entsprechende Initiative anderer Bundesländer zu unterstützen mit dem Ziel, die Möglichkeit der Direktvergabe bzw. Selbsterbringung von Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs gem. § 8a (3) Personenbeförderungsgesetz (PBefG) dauerhaft abzusichern und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Die Direktvergabe bzw. Selbsterbringung von Leistungen muss im Gesetz einen eindeutigen Vorrang vor der wettbewerblichen Vergabe erhalten.	V9 Landesverband Berlin Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung stärken – PBefG Änderungsgesetz durchsetzen Annahme in der Fassung der Antragskommission Die Landesregierungen mit SPD-Beteiligung und die Landtags- und Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Fraktionen des Bundestages den von den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg eingebrachten und mit Mehrheit im Bundesrat beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zur Sicherung von Qualitäts- und Sozialstandards im öffentlichen Personennahverkehr“ unterstützen. Das PBefG-Änderungsgesetz schließt die Lücken in Hinblick auf die Sicherung sozialer Standards des im öffentlichen Personennahverkehr eingesetzten Personals, im Hinblick auf eine detailliert geregelte Überprüfung der Kalkulation eigenwirtschaftlicher Anträge sowie im Hinblick auf die rechtssichere Absicherung weiterer Qualitätsstandards bei der Beurteilung der Genehmigungsanträge durch die Genehmigungsbehörden. Kommunale ÖPNV-Aufgabenträger würden gestärkt, in dem sie nicht nur verkehrliche, sondern auch soziale und umweltbezogene Anforderungen rechtssicher definieren könnten, so dass diese auch von Unternehmen, die die Verkehrsleistung eigenwirtschaftlich

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
1	erbringen, über die gesamte Genehmigungsdauer erbracht werden müssen.
5	Es würde verhindert, dass Eigenwirtschaftlichkeit durch das Unterlaufen sozialer und anderer Standards erreicht werden kann. Zugleich würden kommunale Verkehrsunternehmen, die dieses Standards erfüllen, gestärkt, Wettbewerbsverzerrungen und Lohndumping im ÖPNV verhindert.
10	
V10 <i>Ortsverein Aschaffenburg Nilkheim (Landesverband Bayern)</i> <i>Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)</i>	V10 <i>Ortsverein Aschaffenburg Nilkheim</i> <i>Unterbezirk Aschaffenburg (Landesverband Bayern)</i>
15	
Bezahlbaren (Fern-)Zugverkehr für alle Menschen möglich machen!	Bezahlbaren (Fern-) Zugverkehr für alle Menschen möglich machen!
<p>Die Bundesregierung wird aufgefordert, für eine günstigere Ticketstruktur bei der Deutschen Bahn (DB) zu sorgen, damit Mobilität für Alle ermöglicht wird - gerade im Fernverkehr!</p>	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
20	
25	
V11 <i>Landesorganisation Hamburg</i>	V11 <i>Landesorganisation Hamburg</i>
Lichtpflicht	Lichtpflicht
30	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
<p>Wir fordern für alle motorisierten Verkehrsmittel eine ganztägige Lichtpflicht auf allen öffentlichen Straßen. Der §17 der Straßenverkehrsordnung, sowie weitere betroffene Paragraphen und Gesetze sind dementsprechend anzupassen. Das Standlicht stellt dabei keine ausreichende Beleuchtung dar.</p>	
35	
40	
V12 <i>Landesorganisation Hamburg</i>	V12 <i>Landesorganisation Hamburg</i>
Stärkung des schienengebundenen Verkehrs	Stärkung des schienengebundenen Verkehrs
45	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
<p>Aufstockung von Fördermitteln auf der Bundesebene (für Bundesstraße und Autobahnen) auf den schienengebundenen Verkehr. Forderung: Die SPD wird darauf hinwirken,</p>	
50	<ul style="list-style-type: none"> • dass finanzielle Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan für den schienengebundenen Verkehr aufgestockt werden;
<ul style="list-style-type: none"> • dass insbesondere der schienengebundene Verkehr in der Fläche stärker gefördert wird und bereits stillgelegte Verbindungen für den Personen- und Güterverkehr wieder hergestellt werden; 	<ul style="list-style-type: none"> • dass intelligente Mobilitätskonzepte auf der Schiene intensiver als bisher weiterentwickelt werden, z.B. selbstfahrende Züge;
55	<ul style="list-style-type: none"> • dass die Deutsche Bahn AG im Eigentum des Bundes verbleibt und die Wettbewerbsfähigkeit dieses Unternehmens gestärkt wird.
60	
65	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
V13 <i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Abschaffung Vorrang Eigenwirtschaftlichkeit <p>Die SPD fordert die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen über die Erbringung von Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr der Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit abgeschafft wird. Insbesondere sollen sich Landtags- und Bundestagsfraktion für folgende Gesetzesänderung auf Bundes- und Landesebene einsetzen:</p> <p>1.) Personenbeförderungsgesetz (PBefG) Auf nationaler Ebene hat die eigenwirtschaftliche Erbringung von Verkehren nach § 8 Abs. 4 i. V. m. § 8a Abs. 1 S. 1 PBefG absoluten Vorrang. Die nach – eigentlich höherrangigem – Europarecht zulässige Direktvergabe an ein kommunales Unternehmen tritt gegenüber der bundesgesetzlichen Regelung faktisch zurück. Stattdessen sollen § 8 Abs. 4 und § 8a Abs. 1 S. 1 PBefG so novelliert werden, dass der Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge über die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr abgeschafft wird.</p> <p>2.) Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) Nach § 11a ÖPNVG NRW gewährt das Land den Aufgabenträgern (Städte, Kreise) eine jährliche Pauschale für den Ausbildungsverkehr. Der Großteil der Finanzmittel der auf einen Aufgabenträger entfallenden Pauschale ist hierbei als Ausgleich zu den Kosten einzusetzen, die bei der Beförderung von Personen mit Zeitfahr- ausweisen des Ausbildungsverkehrs entstehen und nicht durch entsprechende Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden. Diese Finanzmittel sind an alle im jeweiligen Gebiet des Aufgabenträgers tätigen Verkehrsunternehmen weiterzuleiten. § 11a ÖPNVG NRW ist so zu modifizieren, dass die Pauschale – entsprechend der Regelungen für die Fahrzeugförderung – bei den Aufgabenträgern verbleibt und nicht direkt an die Verkehrsunternehmen weitergeleitet wird. Dadurch soll verhindert werden, dass private Verkehrsunternehmen bereits mit den Finanzmitteln für den Ausbildungsverkehr kalkulieren können, um dann mit eigenwirtschaftlichen Anträgen auf Übernahme des Liniennetzes kommunaler ÖPNV-Unternehmen diese vom Markt zu verdrängen.</p>	V13 <i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> Abschaffung Vorrang Eigenwirtschaftlichkeit <p>Erledigt durch Annahme von V9 in der Fassung der Antragskommission</p>
V14 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i> Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes <p>Um künftig einen effektiveren Schutz vor Fluglärm für die Anwohner rund um Flughäfen gewährleisten zu können, muss das Fluglärmschutzgesetz dahingehend novelliert werden, dass folgende Forderungen erfüllt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> Landes- und regionalplanerisch sind Grenzen der Belastung der Siedlungsgebiete und öffentlicher Einrichtungen festzulegen, die dann in die jeweiligen Betriebsgenehmigungen zu übernehmen sind. Es muss zu einem ökologischen Umdenken vergleichbar dem Wiener Verwaltungsgerichtsurteil 2017 beim Umgang mit dem Flugverkehr und beim Fluglärm kommen. Die EU BetriebsbeschränkungsVO kann die Flughafenbetreiber nicht davon freistellen, regionale aktive Schutzmaßnahmen zu ergreifen. ICAO Werte müssen fortlaufend und automatisch aktualisiert werden, 	V14 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i> Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 um darauf basierend Steuerungsinstrumente aufbauen zu können.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktive regionale Schallschutzmaßnahmen und die Verlagerung von Nachtflügen in den Tageszeitraum sind vorrangig. <p>5 • Auch die Lärmschutzzone 2 muss in Entschädigungsregelung und die Schutzansprüche gemäß der 2. FlugLSV und 3. FlugLSV einbezogen werden – auch außerhalb der Lärmschutzzonen bestehen bei Überschreitung von Innenraumpegeln Schutzansprüche.</p> <p>10 • Die Träger der Lärmaktionsplanung müssen rechtlich in die Lage versetzt werden, Maßnahmen zur Lärminderung im Benehmen mit den Luftverkehrsbehörden und im Einvernehmen mit der DFS und dem BAF umzusetzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Lärmaktionsplanung sollen echte Immissionsschutzgrenzwerte (für Dauerschall- und Maximalpegel) maßgeblich werden, die den Flughafenbetreiber zwingen, aktiven Lärmschutz zu betreiben, z.B. mit Hilfe von Nachtflugbeschränkungen, Betriebsbeschränkungen für besonders laute Flugzeuge oder Lärmkontingentierungen. <p>20 • Die Entwicklung eines nationalen und europäischen Flughafensystems, mit dem Ziel, die Menschen am Tag, vor allem aber in der gesetzlichen Nacht, vor allem bei in Ballungsräumen gelegenen Großflughäfen, durch ein Nachtflugverbot von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr wirksam zu schützen.</p> <p>25 • Bau- und Siedlungsverbote sind nur dann gerechtfertigt, wenn Grundstücks Wertverluste durch Fluglärm erfasst und ausgeglichen werden. Bebaubare Grundstücke in den Schutzzonen wie auch Bestandsgebäude innerhalb und außerhalb der Schutzzonen müssen zu Lasten der Flughafenbetreiber geschützt werden.</p> <p>30 Baulicher Schallschutz ist prinzipiell an dem o.a. Schutzniveau zu orientieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Baubeschränkungen und Bauverbote in bebauungsfähigen Ortslagen sind zu entschädigen. • Verankerung eines Lärminderungsgebotes im Luftverkehrsgesetz, welches die Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisationen dazu verpflichtet, Fluglärm (etwa bei der Festlegung von Flugrouten) grundsätzlich und insbesondere während der Nachtstunden zu reduzieren. Bei der Flugroutenfestlegung sollte festgelegt werden, dass Lärmschutz an zweiter Stelle (vor der Wirtschaftlichkeit) nach der Sicherheit des Flugbetriebs zu berücksichtigen ist. • Eine gesetzliche Verankerung eines Beteiligungs- und Klage-rechtes für Umweltverbände und Kommunen bei der Festlegung von Flugrouten. <p>45 • Verankerung von bundesweit verbindlichen Mindestkriterien für die verursachergerechte lärm- und emissionsbezogene Differenzierung der Entgelte im Luftverkehrsgesetz.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Internalisierung der Lärmkosten in den Ticketpreis. Ziel muss dabei sein, dass der Flughafen Geldbeträge an die geschädigten Menschen entsprechend des marktgerechten Wertes der Schädigung zahlt. • Unterstützung für koordiniertes europaweites Vorgehen und Übernahme der WHO Zielsetzungen zum Lärmschutz. <p>55</p>	
<p>55</p> <p>V15 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>60 Anpassung des Luftverkehrsgesetzes</p> <p>Um künftig einen effektiveren Schutz vor Fluglärm für die Anwohner rund um Flughäfen gewährleisten zu können, ist eine Anpassung des Luftverkehrsgesetzes herbeizuführen, die folgende Forderungen erfüllen:</p> <p>65</p>	<p>V15 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Anpassung des Luftverkehrsgesetzes</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Gewichtung des Schutzes vor Fluglärm durch Luftverkehrsbehörden und Flugsicherheitsbehörden (mindestens angemessene Berücksichtigung), nachvollziehbare Sicherheitsbelange sollen dabei auch weiterhin uneingeschränkt Vorrang behalte. • Festlegung eines Vorrangs des aktiven Schallschutzes vor passivem Schallschutz. Sofern aktive Schallschutzmaßnahmen nicht ausreichend sind, ist Schutzregelmäßig in vollem Umfang und rechtzeitig vor Auftreten unzumutbarer Belastungen zu gewährleisten. • Etablierung eines allgemeinen Lärmminimierungsgebotes, das auch außer halb der Lärmschutzzonen greifen sollte. Für die Umsetzung von Lärminderungsmaßnahmen sollen Umweltbehörden gesetzlich ermächtigt werden, im Benehmen mit der Luftverkehrsbehörde und im Einvernehmen mit dem BAF Maßnahmen umzusetzen. • Verbesserung des Schutzniveaus in der gesetzlichen Nacht mit dem Ziel, die Zahl nächtlicher Flugbewegungen kontinuierlich abzusenken und perspektivisch ganz in den Tagzeitraum zu verlagern. • Die konsequente Einführung lokaler Nachtflugbeschränkungen von 22-6 Uhr an Flughäfen, die in dichtbesiedelten Ballungsräumen gelegen sind. • Einführung von lokalen Lärmobergrenzen oder Lärmgrenzwerten für Dauerschall- und Einzelschallpegel deutlich unterhalb der aktuellen Belastung als nachhaltig wirksame Instrumente und Anreizsysteme für leises Fliegen. • Ausbau und Sicherung der sächlichen und personellen Ausstattung der einzelnen Fluglärmkommissionen und Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlagen für die Dachorganisation Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>V16 <i>Unterbezirk Erding (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Eisenbahnkreuzungsgesetz</p> <p>Wir fordern die Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes. Die Drittelregelung der Finanzierung, die die Kommunen bei allen Beseitigungen der schienengleichen Bahnübergänge durch die Deutsche Bahn betrifft, muss durch eine gemeindefreundlichere Finanzierungsform ersetzt werden.</p>	<p>V16 <i>Unterbezirk Erding (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Eisenbahnkreuzungsgesetz</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p>V17 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Bundesautobahngesellschaft</p> <p>Der Unterbezirk Kreis Offenbach der SPD unterstützt den SPD-Vorsitzenden Schulz und die Bundestagsfraktion im ihrem Widerstand gegen die Privatisierung der Autobahnen.</p>	<p>V17 <i>Unterbezirk Offenbach-Kreis (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Bundesautobahngesellschaft</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>50</p> <p>55</p>
<p>V18 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Privatisierung der Autobahnen und Bundesfernstraßen verhindern</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert mit allen noch möglichen Maßnahmen zu verhindern, daß trotz aller Vorbehalte</p>	<p>V18 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Privatisierung der Autobahnen und Bundesfernstraßen verhindern</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infra-</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 eine Bundesinfrastrukturgesellschaft gegründet wird und so der Weg in die Privatisierung unserer Straßen vorangetrieben wird. Jeder Form der Privatisierung der Bundesautobahnen und Fernstraßen ist eine Absage zuerteilen.</p> <p>5</p> <p>V19 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p>10 <i>Einkommensabhängige Bußgelder für Verkehrsverstöße</i></p> <p>15 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die bisherigen Regelungen für Bußgelder im Straßenverkehr dahingehend zu verändern, dass diese sich an den jeweiligen Einkünften der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer orientieren.</p> <p>20</p> <p>V20 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p>25 <i>Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge – Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab</i></p> <p>30</p> <p>Öffentliche Daseinsvorsorge ist unabdingbar für ein Leben in Würde. Ein gleichberechtigter Zugang aller zu den zugehörigen Dienstleistungen und Infrastrukturen ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Die Wirtschaft ist insbesondere auf funktionierende Transportwege und gute Bildungssysteme angewiesen. Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein zentrales gesellschaftliches Zukunftsthema. Das Bestreben insbesondere aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Minister Dobrindt CSU) Vorhaben wie den Bau, Erhaltung, Betrieb und Finanzierung der Straßeninfrastruktur einer privatrechtlich organisierten Verkehrsinfrastrukturgesellschaft übertragen zu wollen lehnt die SPD ab. Bei einer möglichen Privatisierung der Bundesfernstraßen handelt es sich um ein politisch hoch relevantes Thema in Bezug auf Fragen der Gewährleistung von öffentlicher Daseinsvorsorge durch staatliche Institutionen, der gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Legitimierbarkeit politischer Entscheidungen. Die SPD bekräftigt: Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit gut funktionierenden und bezahlbaren öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Finanzierung von Autobahneubauten über öffentlich-private Partnerschaften, sogenannte ÖPP, ist als Einstieg in die Autobahnprivatisierung zu betrachten und wird abgelehnt.</p> <p>55</p> <p>V21 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>60 <i>Lärmschutz von der Anschlussstelle Kassel Ost bis zur Landesgrenze von Niedersachsen</i></p> <p>65 Der SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Land fordert den Ausbau des Lärmschutzes auf der BAB 7 von der Landesgrenze Niedersachsen bis zur Anschlussstelle Guxhagen durchgängig zu errich-</p>	<p>strukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>V19 <i>Landesorganisation Bremen</i></p> <p><i>Einkommensabhängige Bußgelder für Verkehrsverstöße</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>V20 <i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge – Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab</i></p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>V21 <i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p><i>Lärmschutz von der Anschlussstelle Kassel Ost bis zur Landesgrenze von Niedersachsen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ten. Die Finanzierung ist von Bund und Land gemeinsam zu übernehmen.	1
V22 <i>Ortsverein München Harlaching (Landesverband Bayern)</i>	5
Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge Der SPD Parteitag, wird aufgefordert, sich für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auch im privaten Raum durch flankierende gesetzgeberische Maßnahmen im Wohnungseigentumsrecht und Mietrecht einzusetzen.	V22 <i>Ortsverein München Harlaching (Landesverband Bayern)</i> Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10 15
V23 <i>05/03 Falkenhagener Feld/Spandau West (Landesverband Berlin)</i>	20
E-Ladestationen Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die Förderung von E-Ladestationen an Tankstellen einzusetzen sowie einen einheitlichen Standard für die Steckverbindung festzulegen.	V23 <i>05/03 Falkenhagener Feld/Spandau West (Landesverband Berlin)</i> E-Ladestationen Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 25 30
V24 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern) Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i>	35
Bundesstraßen naturverträglich ausbauen Bundesstraßen sind, dort wo keine Autobahnen parallel hierzu existieren, möglichst naturverträglich mind. 3-spurig auszubauen.	V24 <i>Ortsverein Coburg-Nordost Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i> Bundesstraßen naturverträglich ausbauen Ablehnung Dieser Antrag wurde schon für den a.o. BPT Regierungsprogramm 2017 gestellt und dort abgelehnt 40
V25 <i>Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern) Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i>	45
Maut für Fernbusse und Ausweitung der LKW-Maut und Bahn in die Verantwortung nehmen Eine Maut für Fernbusse analog zur LKW-Maut ist einzuführen. Die LKW- und Fernbus-Maut ist auf sämtliche Bundesstraßen auszuweiten um Ausweichbewegungen zu verhindern. Im Gegenzug wird die Deutsche Bahn angehalten, ihrer Verantwortung zur flächendeckenden und gut getakteten Anbindung aller Oberzentren mit direktem Anschluss an das Fernverkehrsnetz mit Fernverkehrszügen gerecht zu werden.	V25 <i>Ortsverein Coburg-Nordost Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)</i> Maut für Fernbusse und Ausweitung der LKW-Maut und Bahn in die Verantwortung nehmen Ablehnung 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 V26 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Daseinsvorsorge - keine Privatisierung der Autobahnen</p> <p>Die SPD verhindert die Privatisierung der Autobahnen – einschließlich Neubau und Betrieb. Die SPD lehnt die Privatisierung der Autobahnen in jeder Form ab und fordert deshalb Bundestag und -rat auf, eine Privatisierung bzw. eine Überführung der Autobahnen in eine private Rechtsform zu verhindern und damit der Aufgabe der Daseinsvorsorge eines handlungsfähigen Staates nachzukommen. Die Gründung der Infrastrukturgesellschaft darf nicht für die Privatisierung der Autobahnen – einschließlich Neubau und Betrieb – genutzt werden.</p>	<p>V26 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Daseinsvorsorge - keine Privatisierung der Autobahnen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p>
<p>20 V27 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Aufgaben der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene</p> <p>Um die E-Mobilität zu fördern – und das ist nicht nur ein Umwelt-, sondern durch die bestehende Gesetzgebung auch ein industriepolitisches Ziel – müssen gerade in den dichtbesiedelten Gebieten kurzfristig und jeweils nachfrageorientiert Parkplätze mit Ladesäulen nur für E-Fahrzeuge geschaffen werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass dort andere Fahrzeuge nicht stehen dürfen. Die SPD soll vorantreiben, ggf. im Land und im Bund, die notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten zu schaffen, damit Kommunen diese Plätze anbieten. Und sie soll die Kommunen dabei unterstützen, das auch zu tun.</p>	<p>V27 <i>Bezirk Hannover</i></p> <p>Aufgaben der kommenden E-Mobilität auf kommunaler Ebene</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>40 V28 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Öffentlicher Personennahverkehr</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu untersuchen, wie der ÖPNV zukünftig finanziert und von Bundesebene besser unterstützt werden muss, um bundesweit im ländlichen Raum ein ausreichendes Angebot sicherzustellen.</p>	<p>V28 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Öffentlicher Personennahverkehr</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>V29 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten erweitern</p> <p>Die sozialdemokratischen Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament sollen darauf hinwirken, die Gültigkeit der Freifahrt mit einer gültigen Wertmarke zum Schwerbehindertenausweis lt. §§ 145 - 149 SGB IX im grenzüberschreitenden ÖPNV und SPNV zu ermöglichen.</p> <p>Damit der Grundgedanke eines „gemeinsamen inklusiven Europas“ Wirklichkeit wird, sollten für Menschen mit Beeinträchtigungen aus unseren Nachbarländern zwischenstaatliche oder europäi-</p>	<p>V29 <i>Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)</i></p> <p>Gültigkeit der Wertmarke gemäß SGB IX im Grenzverkehr zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten erweitern</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>sche Lösungen gefunden werden, damit auch diese kostenfrei den grenzüberschreitenden ÖPNV und SPNV nutzen können.</p>	1
<p>V30 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft – Wehret den Anfängen!</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Privatisierung der Autobahnen in Deutschland und keine privatrechtliche Bundesfernstraßengesellschaft • Keine staatliche Infrastrukturgesellschaft des Bundes nach privatem Recht • wir lehnen die Beteiligung Privater im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) ab, das gilt auch für Einzelprojekte bis 100 Kilometer 	<p>5</p> <p>V30 <i>Landesverband Bayern</i></p> <p>Keine weitere Privatisierung unserer Gesellschaft – Wehret den Anfängen!</p> <p>10</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm 2017 (S. 59) und durch Beschluss Deutscher Bundestag, Gesetz zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz -InfrGG) vom 1. Juni 2017 und dazu Beschluss des Bundesrates am 2. Juni 2017</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>V31 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE müssen auch für Menschen mit Blinden- oder Assistenzhund buchbar und reservierbar sein</p> <p>Die AG Selbst Aktiv fordert den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand Selbst Aktiv auf, dafür zu sorgen, dass auch Menschen mit Behinderungen, die einen Blinden- oder Assistenzhund als Hilfsmittel führen, die Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE Zügen der Deutschen Bahn zugänglich gemacht werden und die kostenlose Buchung dieser Plätze am Schalter/Automaten an Bahnhöfen und/oder über die Mobilitätshilfe der Bahn ermöglicht wird. Ebenso fordern wir eine bessere Schulung der Bahnmitarbeiter zu diesen Bestimmungen ein.</p>	<p>V31 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Schwerbehindertenplätze in EC, IC und ICE müssen auch für Menschen mit Blinden- oder Assistenzhund buchbar und reservierbar sein</p> <p>25</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<p>V32 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Alle Besitzer von Schwerbehindertenausweisen sollen die Schwerbehindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber reservieren können</p> <p>Die AG Selbst Aktiv fordert den Bundesvorstand der SPD, die Bundestagsfraktion der SPD und den Bundesvorstand Selbst Aktiv auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis von mindestens 50 GdB und verbunden mit den Merkzeichen G, AG,H, und B die Buchung und Reservierung der Schwerbehindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber zugänglich zu machen und die kostenlose Reservierung dieser Plätze am Schalter/ Automaten an Bahnhöfen und/oder über die Mobilitätshilfe der Bahn zu ermöglichen. Ebenso fordern wir eine bessere Schulung über diese Bestimmungen ein.</p>	<p>V32 <i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i></p> <p>Alle Besitzer von Schwerbehindertenausweisen sollen die Schwerbehindertenplätze in allen Zügen der Deutschen Bahn und ihrer Mitbewerber reservieren können</p> <p>45</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 V33 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Lohndumping im ÖPNV</p> <p>5 Laut EU-Recht hat eine Kommune die Wahl, ihr Nahverkehrsnetz auszuschreiben oder an einen kommunalen Eigenbetrieb zu vergeben. Das deutsche Gesetz räumt aber darüber hinaus Wettbewerbern den Vorrang ein, die das Netz „eigenwirtschaftlich“, also ohne Subventionen betreiben können (§ 8 Abs. 4. Personenbeförderungsgesetz (PBefG)). Billiger kann ein Angebot nur sein, wenn das Personal schlechter bezahlt wird, als im kommunalen Betrieb, weil die technischen und qualitativen Vorgaben auch vom privaten Anbieter einzuhalten sind. Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion auf, dem gesetzlich legitimierten Lohndumping einen Riegel vorzuschieben und im Einklang mit dem EU-Recht der kommunalen Selbstverwaltung den Vorrang einzuräumen.</p> <p>20 V34 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für Kraftfahrzeugführer</p> <p>25 Verpflichtung aller Inhaber einer Fahrerlaubnis zur regelmäßigen Absolvierung eines LSM bzw. Erste-Hilfe-Kurses zur Auffrischung ihrer Kenntnisse nach spätestens fünf Jahren.</p> <p>30 V35 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Blaue Plakette</p> <p>40 Die SPD Bundestagsfraktion und der Parteivorstand soll sich dafür einsetzen, dass kurzfristig eine klare Regelung mit Übergangsvorschriften für vorhandene Dieselfahrzeuge eingeführt werden und klare Aussagen für die Übernahme der Kosten für notwendige Umbauten durch die Hersteller geregelt werden. Hierbei ist auch die Einführung einer blauen Plakette zu prüfen.</p> <p>45 V36 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>50 Unfälle von Senioren im Straßenverkehr reduzieren – Fahrtauglichkeitsprüfung mit Gesundheitscheck einführen</p> <p>55 Der Deutsche Bundestag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren eine Fahrtauglichkeitsprüfung einschließlich eines Gesundheitschecks einzuführen, die mindestens alle fünf Jahre durchzuführen und Voraussetzung für die Weitergeltung der Fahrerlaubnis nach dem 65. Geburtstag ist, um die gestiegene Zahl von Unfällen durch und von Senioren im Straßenverkehr zu reduzieren.</p> <p>60 Aus der Publikation „Verkehrsunfälle – Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2015“ des Statistischen Bundesamtes, erschienen am 31.8.2016, ergibt sich, dass der Anteil der an Unfällen mit Personenschaden als Fahrer von Personenkraftwagen beteiligten Senioren zwischen 1991 und 2015 von 4,4 % auf 15,0 % gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Senioren als Hauptver-</p>	<p>V33 <i>Ortsverein Marienburger Höhe/Itzum (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Lohndumping im ÖPNV</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>V34 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für Kraftfahrzeugführer</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>V35 <i>Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD</i></p> <p>Blaue Plakette</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>V36 <i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i></p> <p>Unfälle von Senioren im Straßenverkehr reduzieren – Fahrtauglichkeitsprüfung mit Gesundheitscheck einführen</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>ursacher von Unfällen mit Personenschaden von 5,4 % auf 15,0 % gestiegen. Zwar ist der Seniorenanteil an der gesamten Bevölkerung in den letzten 20 Jahren auch von 15,5 % auf 21,0 % gestiegen, allerdings in weit geringerem Ausmaß als die Beteiligung an Unfällen. Senioren sind heute weitaus häufiger als Fahrer von Personenkraftwagen unterwegs als zu früheren Zeiten. Die Unfallbeteiligung von Senioren ist zwar immer noch geringer als ihr Bevölkerungsanteil; gemessen an ihrer im Vergleich zu anderen Altersgruppen geringeren Verkehrsbeteiligung, also der sehr viel geringeren Fahrleistung gegenüber anderen, überwiegend berufstätigen Altersgruppen, ist das Unfallrisiko von Seniorinnen und Senioren am Steuer gemessen an der Fahrleistung deutlich erhöht. Bei der Auswertung des Straßenverkehrsunfallgeschehens von Senioren ergibt sich für den Zeitraum von 2000 bis 2015, dass die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Senioren zwar von 1.311 nur auf 1.024 gesunken ist, während die Anzahl der Verkehrstoten in allen Altersgruppen im gleichen Zeitraum deutlich stärker von 7.503 auf 3.459 gesunken ist. Jedoch hat sich die Zahl der Schwerverletzten unter den Senioren von 2000 bis 2015 von 10.842 auf 12.399 erhöht und die Zahl der Leichtverletzten unter den Senioren von 25.485 auf 35.267. Auch wenn dieser Anstieg teils auf die gestiegene Verkehrsbeteiligung von Senioren zurückzuführen ist, ist die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten, Schwer- und Leichtverletzten unter den Senioren selbst weiterhin viel zu hoch. Nicht zu vergessen sind daneben die jüngeren Unfallopfer, wenn Senioren die Hauptverursacher des Unfalls sind.</p> <p>Es darf nicht mehr weiter tabuisiert werden, dass einige Seniorinnen und Senioren aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und nachlassender geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit nicht mehr in der Lage sind, ein Kraftfahrzeug sicher zu führen. Viele Seniorinnen und Senioren gehen damit verantwortungsbewusst um, nehmen nicht mehr am Straßenverkehr als Kraftfahrer teil oder geben ihren Führerschein freiwillig ab. Viele Seniorinnen und Senioren nehmen aber trotz fehlender Fahrtauglichkeit weiterhin als Kraftfahrer am Straßenverkehr teil. Sie sind ein Unfallrisiko für sich und andere Verkehrsteilnehmer. Die nicht in jedem Einzelfall, aber im statistischen Durchschnitt nachlassende Fahrtauglichkeit im Alter wird durch die Analyse der Unfallursachen bestätigt. Auch aufgrund des demografischen Wandels und der gestiegenen Mobilität von Seniorinnen und Senioren steigt damit das Unfallrisiko für alle Verkehrsteilnehmer.</p> <p>Freiwillige Seniorentests beim TÜV und anderen Organisationen werden leider kaum wahrgenommen. Unbestritten ist aber, dass die Leistungsfähigkeit beim Seh-, Hör- und Reaktionsvermögen mit zunehmendem Alter nachlässt. Dennoch sind Fahrtauglichkeitsprüfungen und Gesundheitschecks in Deutschland immer noch freiwillig.</p> <p>Die Fahrerlaubnis gilt in Deutschland derzeit noch unbefristet und ohne Altersgrenze. Den Führerschein „für immer“ und ohne Einschränkungen gibt es in Europa auch in anderen Staaten. Dazu gehören Frankreich, Belgien, Bulgarien, Österreich, Polen und die Slowakei.</p> <p>Die meisten der EU-Mitgliedstaaten haben inzwischen Altersbestimmungen, bei denen die Fortgeltung der Fahrerlaubnis von einer Fahreignungs- bzw. Fahrtauglichkeitsprüfung und/oder von einem Gesundheitscheck abhängig gemacht wird. Sowohl die Altersgrenzen (45 Jahre in Spanien, 80 Jahre in Slowenien) als auch die Art und Häufigkeit der Prüfung sind dabei sehr unterschiedlich. Altersbestimmungen gibt es beispielsweise in Spanien, Italien, der Tschechischen Republik, den Niederlanden, in Norwegen, Schweden und Slowenien.</p> <p>Nach Artikel 7 Nr. 2 b) der europäischen Richtlinie 2006/126/EG über den Führerschein vom 20. Dezember 2006 haben zwar alle ab dem 19.1.2013 ausgestellten Führerscheine der Klassen B und B1 nur eine Gültigkeitsdauer von zehn bzw. nach Regelung der Mitgliedstaaten von bis zu 15 Jahren und müssen danach erneuert werden. Auch können die Mitgliedstaaten nach Artikel 7 Absatz 2</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 der Richtlinie die Erneuerung von Führerscheinen der Klassen AM, A, A1, A2, B, B1 oder BE von einer Prüfung der Mindestanforderungen an die körperliche und geistige Tauglichkeit für das Führen dieser Fahrzeuge gemäß Anhang III abhängig machen. Dieses ist</p> <p>5 jedoch keine rechtlich verbindliche Vorgabe und gilt in den Mitgliedstaaten nur nach Maßgabe der jeweiligen mitgliedstaatlichen Regelung oder eben auch nicht, wenn der Mitgliedstaat dies nicht regelt.</p> <p>In Deutschland haben alle älteren, vor dem 19.1.2013 ausgestellten</p> <p>10 Fahrerlaubnisse eine unbefristete Geltung, und auch bei einer regulären Erneuerung der Fahrerlaubnis ist keine Fahrtauglichkeitsprüfung vorgesehen. Es geht hier nicht um die besonders geregelte Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) nach Entziehung der Fahrerlaubnis oder für deren Neuerteilung.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Themenübergreifende Anträge (Th)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Th1 Bezirk Hessen-Süd Mehr Gerechtigkeit wagen 1. SozialdemokratInnen werden gebraucht Die Vielfalt und das Gewicht der politischen Probleme, die derzeit gleichzeitig auf der Tagesordnung stehen, führen zu Angst und Verunsicherung bei großen Teilen der Bevölkerung. <ul style="list-style-type: none"> Die zunehmende Ungleichheit wirft die Frage nach mehr Gerechtigkeit immer schärfer auf. Neue Studien über mögliche Armutsentwicklungen und die Krise der privaten Altersvorsorge machen die Frage einer auskömmlichen Rente erneut aktuell. Der Umbau der Arbeitsgesellschaft bei zunehmender Digitalisierung sorgt für Zukunftsängste der Beschäftigten. Es gelingt nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit ernsthaft abzubauen. Die unveränderte soziale Auslese bei der Bildung bremst sozialen Aufstieg aus. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen besonders in den Ballungsräumen belastet die verfügbaren Einkommen mit hohen Mieten. Europa droht unter der Politikunfähigkeit seiner Regierungen zu zerbrechen. Neuer Nationalismus breitet sich aus in ganz Europa. Der Klimawandel entwickelt sich noch immer relativ ungebremst Die Not aus Krieg, Armut und Klimawandel erreicht Nordeuropa in Gestalt von Flucht und Migration. Kriegerische Konflikte und scheiternde Staaten sind nur mühsam unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig formiert sich in Deutschland erfolgreich eine neue rechtspopulistische Partei, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzt. Fragt man die vielen, die heute nicht mehr wählen gehen, dann warten sie sehnsüchtig darauf, dass eine Partei all diesen Entwicklungen entschieden entgegentritt. In einigen Ländern Südeuropas haben sich neue linke Gruppierungen gebildet. In Deutschland ist das noch nicht der Fall. Es bleibt bei der Linkspartei, deren Politikkonzepte bisher eher vergangenheitsorientiert sind. Die SozialdemokratInnen werden so dringend gebraucht, wie seit langem nicht mehr. Und sie sind auch in der Lage, Antworten zu geben. Auf der Basis unserer Grundwerte und gestützt auf eine lange Geschichte haben eine Reihe von Gliederungen, wie die beiden hessischen Bezirke, der Landesverband Schleswig-Holstein und eine Reihe von anderen Gliederungen politische Konzepte entwickelt, um die einzelnen Probleme anzugehen. Jetzt gilt es, diese Konzepte zusammenzuführen und auf dieser Basis eine klare wertorientierte Politik umzusetzen. 2. Unsere Aufgabe: Mehr Gerechtigkeit Der Wertekompass der SPD - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - verpflichtet uns zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit, dies ist Identitätskern der Sozialdemokratie. Unsere politische Glaubwürdigkeit und mithin die Möglichkeit künftiger Regierungsmehrheiten unter sozialdemokratischer Führung hängen deshalb maßgeblich davon ab, ob unsere Politik in den Augen unserer Wählerinnen und Wähler einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Dies gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso im europäischen Kontext und im globalen Maßstab. Wir SozialdemokratInnen wissen, Gerechtigkeit muss immer wieder neu erkämpft werden. In den letzten Jahrzehnten haben die Privilegierten in unserer Gesellschaft ihren zunehmenden Vorsprung an Vermögen, Einkommen und politischem Einfluss auch dadurch verteidigt, dass sie versucht haben, immer neue Spaltungslinien in der Gesellschaft zu schaffen. Jung gegen alt, Beschäftigte gegen Arbeitslose, Deutsche gegen Ausländer, immer neue Debatten	Th1 Bezirk Hessen-Süd Mehr Gerechtigkeit wagen Überweisung an SPD-Parteivorstand

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wurden angezettelt. Damit konnten nicht nur gemeinsame Angriffe gegen bestehende Privilegien reduziert werden, gleichzeitig wur- de auch der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beschä- digt. Entlang der Spaltungslinien versucht jetzt die AfD politische 5 Mehrheiten zu organisieren. Voraussetzung sowohl für neue Mehrheiten für die SPD als auch für ein Zurückdrängen der AfD sind klare politische Grundlinien, die mehr Gerechtigkeit herstellen. Es geht nicht um jedes einzelne Instrument, aber es geht um ein Steuersystem, das die bestehende 10 Ungleichheit schrittweise reduziert und das so gestaltete ist, dass es zukünftige Ungleichheit verhindert. Es geht um eine Alterssi- cherung, die einem normalen Arbeitnehmer ein menschenwürdiges Alter ermöglicht, und es geht um ein Bildungssystem, das keine soziale Selektion mehr kennt.</p> <p>15 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, gleichwertige Lebensbe- dingungen zu schaffen. Dies bedeutet, dass nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch Chancen und Risiken gesellschaftlich gerecht verteilt sein müssen. Nicht gemeint ist Gleichmacherei – im Gegenteil! Nur vor dem Hintergrund gerechter Verteilung ergibt 20 sich Raum für die Entfaltung individueller Fähigkeiten und Poten- ziale. Folglich dürfen natürliche Ungleichheit und soziale Herkunft niemals zum sozialen Schicksal werden. Der Markt allein leistet keine gerechte Verteilung von Ressourcen, Chancen und Risiken. Dazu bedarf es einer zielgerichteten Verteilungspolitik und eines 25 aktiven und starken Staates.</p> <p>3. Bildung und Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft Große Herausforderungen lassen sich nicht länger leugnen oder einfach in die Zukunft verschieben. Um den Wohlstand und die 30 Qualität des Wachstums in Deutschland zu sichern, stehen wir vor enormen Zukunftsinvestitionen in die Bildung und die öffentliche Infrastruktur, in die Finanzierung der Energiewende und der Hand- lungsfähigkeit der Kommunen, in eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungszentren, in die Vermeidung von Al- 35 tersarmut und Pflegenotstand und nicht zuletzt in die Beseitigung des angehäuften Atommülls. Zugleich sind nach Einführung des Mindestlohns die Entgeltgleichheit, also gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit unaufschiebbar geworden.</p> <p>Zur sozialdemokratischen Politik gehörte immer auch das Verspre- chen von persönlichem Aufstieg. Eingelöst werden kann dieses 40 Aufstiegsversprechen aber nur in einer solidarischen Gesellschaft, die auch reale Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet, ein hoch- wertiges, kostenloses, für alle Bevölkerungsschichten offenes und durchlässiges Bildungssystem zur Verfügung stellt und über einen 45 Sozialstaat verfügt, der die existenziellen Lebensrisiken absichert. Beim Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie geht es um die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft oder des Geschlechts. Es ging immer um in- dividuelle Leistung und soziale Sicherheit in einer Gesellschaft, in 50 der Politik mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen intakten Sozi- alstaat gewährleistet.</p> <p>Schon heute kann die Finanzkraft des Staates mit diesen vor uns lie- genden Aufgaben nicht mehr mithalten. Im Gegenteil: Der Staat ist heute kaum noch in der Lage seine kaputten Straßen und Brücken 55 zu reparieren. Und inmitten unserer reichen Gesellschaft wächst die Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut wird immer mehr zum Thema. Die Armut von Kindern. Die Armut von Arbeitneh- merinnen und Arbeitnehmern und Rentnerinnen und Rentnern, die 60 von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können. Aber auch in der so genannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die Ängste vor dem sozialen Abstieg. Der bisher breite Kons- ens über Kernbestandteile einer sozialen Marktwirtschaft, wie die Sozialpartnerschaft oder das Verständnis, dass es in unserer Gesell- 65 schaft einigermaßen gerecht zugehen muss, erodieren zusehends. Eine Politik für mehr Gerechtigkeit leistet beides, Abbau der Un- gleichheit und die Bereitstellung der notwendigen Mittel für Zu- kunftsinvestitionen.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>4. Gerechtigkeit und Zusammenhalt</p> <p>Gerechtigkeit und Zusammenhalt bedingen einander. In einer Gesellschaft, in der die einen sich mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr Bildung und manchmal mehr politischen Einfluss kaufen können, während die anderen mit unterfinanzierten öffentlichen Einrichtungen zurecht kommen müssen, bleibt der Anspruch nach Gerechtigkeit unerfüllt und der für gemeinsame Lösungen notwendige Zusammenhalt wird immer mehr geschwächt. Die SPD bleibt der Gerechtigkeit verpflichtet und unternimmt eigene Anstrengungen, um den Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Personaldebatten ersetzen diese Anstrengungen nicht.</p> <p>In der Demokratie brauchen wir Mehrheiten für unsere Politik, das heißt eine umfassende Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Sozialstaatspolitik, die auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der sozial Schwächeren zielt, braucht die Unterstützung der Mittelschicht. Die Erfahrung zeigt, dass die Zustimmung für eine wirksame Sozialstaatspolitik in der Mittelschicht unter folgenden Bedingungen wächst:</p> <ul style="list-style-type: none"> • wenn es bei der Verteilung der Lasten tatsächlich gerecht zugeht, die wirklich starken Schultern also mehr tragen als die schwächeren, • wenn die sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen tatsächlich effizient und von guter Qualität sind und • wenn die Angehörigen der Mittelschicht sich selbst in sozialen Notlagen gut gesichert fühlen. <p>Das bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht werden einer Sozialstaatspolitik nur dann mehrheitlich zustimmen, wenn sie einen glaubhaften und wirksamen Versicherungs- und Risikoschutz für die existenziellen Risiken des Lebens bietet, von denen auch sie selbst betroffen sein könnten. Dann aber darf von ihnen nicht verlangt werden, im Falle eigener Arbeitslosigkeit oder Krankheit, erst das eigene Vermögen aufzulösen oder sich diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen zu unterziehen. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind überzeugt: Man darf die Dinge nicht so hinnehmen wie sie sind. Man kann sie verändern. Eine linke Volkspartei muss sie verändern.</p> <p>Th2 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert - Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik</p> <p>Die Sozialdemokratie ist in der Krise. Von Wahl zu Wahl sacken die Ergebnisse weiter nach unten. Zeit Fehler zu analysieren, umzudenken und das Vertrauen der Wähler*innen zurück zu gewinnen. 1998 gelang der SPD der Wahlsieg. Unter dem Slogan „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ schaffte sie es sozialdemokratische Kernthemen mit Neuem zu verbinden. Sie nahm den Menschen nach 16 Jahren Kohl-Ära die Angst vor dem politischen Wechsel. Doch im Laufe der folgenden Amtszeit verlor die Partei an Vertrauen in ebenjene Kernthemen.</p> <p>War die SPD bei der Wahl 2005 immerhin fast noch gleichauf mit der CDU, lag sie 2009 fast 10 Prozentpunkte hinter ihr. Bei der letzten Bundestagswahl sogar fast 16 Prozentpunkte. Umfragen im März 2016 sahen die SPD bei rund 20%. Sie verliert jedoch nicht nur stetig in Umfragen an Prozentpunkten, sondern in den Augen vieler Menschen leider auch vor allem eines: Glaubwürdigkeit.</p> <p>Bei der Bundestagswahl 2013 trat die SPD mit einem progressiven Wahlprogramm an. So konnte die SPD mit der Durchsetzung des Mindestlohns wichtige Verbesserungen für viele Menschen in Deutschland erreichen. Was ihr jedoch fehlt, ist eine Vision. Wir werden im Folgenden unsere Kernpunkte für eine neue gerechte-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p> <p>Th2 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Die Soziale Frage im 21. Jahrhundert - Forderungen für eine progressive sozialdemokratische Politik</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 re Agenda darlegen. Eine Agenda für die Menschen, nicht für den Markt und einige wenige.</p> <p>„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts oder der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“Auszug aus dem Erfurter Programm (1891)</p> <p>Wir stehen für soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen</p> <p>15 Die Sozialdemokratie war immer die Partei der Arbeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Gesellschaft und unser Leben nur durch Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt zu einem besseren ändern können. Entsolidarisierung, Neoliberalisierung und Ausbeutung können wir nur durch eine solidarische und fortschrittliche Politik der Arbeit bekämpfen.</p> <p>Mindestlohnserfolg für alle</p> <p>Die Einführung des Mindestlohns war ein großer politischer Erfolg für die Sozialdemokratie. Hunderttausende Menschen müssen nun das durch ihre Arbeit erhaltene Gehalt nicht mehr durch den Staat aufstocken lassen. Damit haben wir den Menschen ein Stück Anerkennung und Würde zurückgegeben. Leider konnte nicht in allen Bereichen der Mindestlohn durchgesetzt werden. Menschen unter 18, Langzeitarbeitslose und ScheinpraktikantInnen können weiterhin einen Lohn von weniger als 8,50€ erhalten. Wir dürfen diese Ausgrenzung nicht weiter hinnehmen. Wer arbeitet, der muss auch würdig bezahlt werden. Diese Grenze bildet der Mindestlohn. Eine niedrigere Bezahlung ist entwürdigend für die Menschen. Daher wollen wir uns für einen Mindestlohn für alle einsetzen.</p> <p>Hartz IV durch „Chance I“ ersetzen</p> <p>Die Arbeitsmarktreform, unter der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002 entstanden, zu einer Zeit, in der der Sozialstaat nach 16 Jahren Stillstand drohte zu kollabieren. Reformen waren grundsätzlich notwendig. Die Sozialdemokratie muss weiter an ihrer Idee des Sozialstaats arbeiten und dabei offen mit Fehlern umgehen, die damals begangen wurden. Wir wollen eine Arbeitsmarktreform. Darin wollen wir unter anderem folgendes erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Arbeitsversicherung, die einen Weiterbildungsfond beinhaltet. Phasen der Arbeitslosigkeit sollen zur individuellen Weiterbildung genutzt werden. • Arbeitslosigkeit bedeutet nicht das schnelle Abrutschen in Armut. Wer lange gearbeitet hat, soll länger eine Chance auf ALG I haben • Vermeidung willkürlicher Sanktionen durch die Arbeitsagentur. • Einführen von Lebensarbeitszeitkonten: Durch Lebensarbeitszeitkonten, können Ausfälle durch Pflege, Erziehung oder Vorruhestand ausgeglichen werden. <p>Prekäre Arbeit schafft soziale Unsicherheit</p> <p>er 20% der Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch, dass bedeutet sie sind befristet, in Teilzeit oder nicht sozialversichert. Der Wert hat sich in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt. 8 Million Beschäftigungsverhältnisse können damit als prekär bezeichnet werden. Hinzu kommen noch Scheinselbstständigkeiten durch Werkverträge. Diese Ausbeutung müssen wir bekämpfen. Wir wollen das Instrument der Minijobs abschaffen. Jedes Arbeitsverhältnis muss sozialversicherungspflichtig sein. Minijobs bilden aktuell eine günstige Alternative zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor. Wir wollen zudem die unbegründete Befristung abschaffen. Gerade zum Einstieg des Berufslebens können viele junge Menschen und Familien nicht für die nächsten Jahre planen, da ihr Beschäftigungsverhältnis nicht auf Dauer geklärt ist. Auch die Ausbeutung durch Leiharbeit und</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Werkverträge muss ein Ende finden. LeiharbeiterInnen müssen zukünftig nach dem Tarifvertrag des im Unternehmen geltenden Tarifvertrags bezahlt werden, in dem er/sie eingesetzt ist. Durch verstärkte Kontrollen durch den Zoll muss Scheinselbstständigkeit stärker unterbunden werden. Arbeitskräfte übernehmen durch einen Werkvertrag das komplette Unternehmerische Risiko und bekommen dafür keinerlei Leistungen der Sozialversicherung. Diese Ausbeutung müssen wir endlich unterbinden.</p>	1
<p>Ausbildung attraktiver gestalten</p> <p>Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt seit Jahren. Dabei stellen die gut ausgebildeten Facharbeiter*innen das Fundament der leistungsstarken Wirtschaft in unserem Land. Doch eine Ausbildung wird immer unattraktiver. Lange Arbeitszeiten, wenig Geld und geringe Aussichten auf einen Aufstieg zeigen Handlungsbedarf. Wir wollen daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • maximale Wochenarbeitszeit (inkl. Schulzeit) von 35 Stunden • grundsätzliches Verbot von Nachtarbeit für Unter-18-Jährige • mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr • die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie sowie einer Ausbildungsplatzumlage • Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Beschäftigungszeit 	5
<p>Sichere Rente und würdigen Ruhestand ermöglichen</p> <p>Durch den zunehmenden Niedriglohnsektor und das Absenken des Rentenniveaus werden die zukünftigen Renten deutlich geringer ausfallen, als das heutige Niveau. Auch die Forderung nach zusätzlicher privater Vorsorge läuft seit dem dauerhaft niedrigen Zinsniveau ins Leere und hat sich auch zuvor nur für große Versicherungsunternehmen, jedoch nur in sehr seltenen Fällen für Bürger*innen gelohnt. Eine gute Versorgung der älteren Menschen können wir nur durch Solidarität und gute Arbeitsplätze erreichen. Wir wollen die Rente weiter auf einem beitragsbasierten Solidarmodell belassen. In dem wir atypische und schlechte Beschäftigung deutlich verringern, erhöhen sich die Einzahlungen in das Sozialsystem. Zudem wollen wir auch die Rente auf das System der Bürger*innenversicherung umstellen. Damit wollen wir erreichen, dass auch Selbstständige und Beamt*innen in die Solidarversicherung einzahlen.</p>	10
<p>Wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit!</p> <p>Die Einkommensverteilung ist in Deutschland wie auch in anderen Ländern in den letzten Jahren erheblich ungleicher geworden. Dabei gehören ‚Arbeit‘ und ‚Einkommensverteilung‘ zu den politischen Themen, die die Bevölkerung weiterhin am meisten beschäftigen. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen nicht schlechter gestellt werden dürfen als Menschen mit einem hohen Einkommen und damit einhergehendem Kapital. Wir fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Abgeltungssteuer • Kapitalversteuerung (bei privatem Kapital) mit dem normalen persönlichen Steuersatz • Erhöhung der Körperschaftssteuer • Eine sozial gerechte Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen • Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein. Deshalb muss die staatliche Förderung gleich hoch sein 	15
<p>Erhöhung des Spitzensteuersatzes</p> <p>In Deutschland sind nicht nur Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt, auch die Steuerlast wird vor allem auf den Schultern der mittleren Einkommensschicht getragen. Dass starke Schultern mehr Last übernehmen müssen als schwache, darf nicht weiter eine hohle Phrase bleiben. Wir fordern daher die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen von 120.000 Euro im Jahr auf mindestens 48%.</p>	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Vermögen wieder stärker besteuern Die Erhebung einer Vermögenssteuer ist in Art. 106 des GG der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Richterspruch im Jahr 5 1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt wurden. Die Bundesregierung ließ die Vermögenssteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine verfassungsgemäße Reform der Steuer in die Wege zu leiten. Wir fordern deshalb endlich das Vermögenssteuergesetz zu reformieren und wieder in Kraft zu setzen!</p> <p>Das Dogma der Schwarzen Null brechen Die Wirtschaftskrise und die Rettungs- und Konjunkturpakete der jüngeren Vergangenheit haben die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf immer wieder neue Rekordhöhen getrieben. Deshalb fordern wir die Abkehr von dem finanzpolitischen Dogma der schwarzen Null.</p> <p>20 Einführung einer Transaktionssteuer Ein weiteres steuerpolitisches Mittel zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit ist eine ‚Finanztransaktionssteuer‘, welche zu den so genannten ‚Kapitalverkehrssteuern‘ zählt. Ganz grundlegend ist die Finanztransaktionssteuer in ihrer Qualität wie eine Umsatzsteuer auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen zu verstehen. Die Umsetzbarkeit einer solchen Steuer wird von Ländern wie Belgien, Zypern, Irland, Finnland, Griechenland sowie Frankreich unter Beweis gestellt, in denen eine Finanztransaktionssteuer bereits existiert. Auch die EU-Kommission erachtete eine 25 Finanztransaktionssteuer als zumutbare Belastung, da ein entsprechender Gesetzesentwurf bereits durch den seinerzeit amtierenden EU-Kommissionschef José Manuel Barroso vorgelegt wurde. Das Gesetz scheiterte am Widerstand von mehreren Mitgliedsländern, deren Wirtschaft stark vom Finanzsektor abhängig ist - beispielsweise Großbritannien.</p> <p>Wir sind der Ansicht, dass eine Finanztransaktionssteuer eine ausgleichende und regulierende Wirkung auf die Finanzmärkte besäße, da Menschen, die sich in der finanziellen Situierung befinden, überhaupt spekulieren zu können, sowie Banken im Bereich des Eigenhandels dadurch in eine nötige gesamtgesellschaftliche Solidarität im Bereich der Steuerpolitik genötigt wären! Spekulationsgeschäfte („High Trade Frequencies“) würde damit weiterhin ein wirksamer Riegel vorgeschoben, da diese Geschäfte meist auf minimalen Gewinnspannen, bei maximalen Einsätzen basieren. Das 40 allgemeine Steueraufkommen innerhalb der Bundesrepublik wäre damit vergrößert, was sich positiv auf die Staatsfinanzen auswirkt. Wir fordern deshalb die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Euroraum!</p> <p>50 Wir stehen für die gesellschaftliche Teilhabe aller! Keine Liebe ist mehr wert Als sozialdemokratische Bewegung setzen wir uns seit jeher gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung ein. Im 21. Jahrhundert ist es völlig unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare weiterhin von staatlicher Seite benachteiligt werden. Wir fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ehe oder Verpartnerung für alle und unter gleichen Konditionen • Schluss mit der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Adoptionsrecht • eine Reform des Ehegattensplittings: Ziel muss es sein, die besondere Fürsorge, die in gemeinschaftlichen Lebensformen erfolgt, staatlich zu unterstützen <p>Wohnraum für alle und überall 65 Der soziale Wohnungsbau wurde seit Jahrzehnten vernachlässigt. Vor allem in den größeren Städten findet eine Verdrängung von finanziell schlechter gestellten Menschen statt. Auch in Universitätsstädten spitzt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt von</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Jahr zu Jahr zu. Während die Universitäten zum Großteil jedes Jahr neue Studierendenhöchstzahlen melden, wurde es auf dem Wohnungsmarkt versäumt Platz zu schaffen.	1
Wir fordern deshalb ein Umdenken. Wohnen in der Stadt darf nicht zum Privileg von finanziell besser gestellten werden.	5
Es braucht hier jedoch mehr als eine Mietpreisbremse. Wir fordern eine bundesweite Orientierung in der Wohnraumpolitik an Städten wie München und Hamburg, die eine sogenannte 1/3-Regelung eingeführt haben. Diese stellt eine soziale Durchmischung von Stadtteilen und die Schaffung von günstigem und mittelpreisigem Wohnraum sicher.	10
Während Wohnraum in den Städten immer teurer wird, kämpfen viele Orte im ländlichen Raum mit einer Landflucht. Als Sozialdemokratie, die vielerorts eine besondere kommunale Bindung hat, dürfen wir ein Sterben unserer kleineren Städte und Dörfer nicht zulassen. Das Leben auf dem Land muss attraktiv bleiben. Hierzu muss vielerorts wieder stärker in die Infrastruktur investiert werden und entsprechendes Geld von höheren Ebenen zur Verfügung gestellt werden.	15
Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land!	20
Gentechnikfrei nicht nur für Reiche	
Der Einzug der Gentechnik in den Pflanzenbau wird massiv von einigen wenigen Saatgut- und Agrochemiemultis forciert. Dabei geht es zum einen um die Kombination von speziellen Pestiziden mit gentechnisch präpariertem Saatgut. So kommen beispielsweise Total-Herbizide zum Einsatz, die alle weiteren Pflanzenkonkurrenten unterdrücken oder gar vernichten. Zum anderen wird Pflanzen eine Eigenschaft gentechnisch eingebaut, die diesen Pflanzen und ihren Verwandten völlig fremd ist. Damit gelangen züchterisch nicht herstellbare Kombinationen aus Nutzpflanze und Eigenschaft in die Umwelt.	25
Ziel der Saatgutmultis ist durch die Kombination des Verkaufes von Saatgut und Herbiziden eine Abhängigkeit über eine einmalige Erntesaison hinaus zu erzielen. Nicht selten wirken diese Herbizide nicht nur eine Erntesaison, so dass der Anbau anderer Sorten mindestens mit Ertragseinbußen einhergeht. Schließlich wird mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen die Produktion gentechnikfreier Nahrungsmittel mindestens erschwert, wenn nicht verunmöglicht. Sind doch Verunreinigungen eigentlich gentechnikfreier Anbauflächen durch die Übertragung von Tieren, hier vorrangig bestäubender Insekten oder aber schlicht Wind zu beobachten. Mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Nutzpflanzen geht offenbar kein dauerhaft höherer Ertrag einher. Zudem treten Resistenzen bei den Konkurrenzpflanzen, wie auch Schadinsekten auf. Die Artenvielfalt wird vorsätzlich drastisch und über Gebot hinaus reduziert. Daher ist es zwingend erforderlich, den Einsatz gentechnisch veränderter Lebewesen, derzeit insbesondere von Nutzpflanzen in der EU, zu verbieten. Dafür gab es eine Chance, die die Agrarlobby mit CDSU-Kanzlerin Merkel an der Spitze zunichte gemacht hat. CD- und CSU sind die politisch gekauften Parteien der verantwortungslosen Saatgut-Gentechnik-Multis.	30
	35
	40
	45
	50
Bildung ist kein Privileg	55
In Deutschland entscheidet über die Zukunft eines Kindes noch immer vor allem wo es herkommt. Kinder aus Akademiker*innenfamilien studieren statistisch wesentlich häufiger als Kinder aus Arbeiter*innenfamilien und haben mehr berufliche Auswahlmöglichkeiten. Dabei ist Bildung ein elementarer Schlüssel, um als mündige*r Bürger*in in der Gesellschaft mitzuwirken und sich selbst zu verwirklichen. Wir fordern deshalb:	60
• Kostenlose staatliche Bildungsangebote von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule	
• Längeres gemeinsames Lernen	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Zugang zu Kultur ermöglichen</p> <p>Für gesellschaftliche Austauschprozesse ist ein gleichwertiger Zugang zu Kultur in all ihren Formen von zentraler Bedeutung. Nicht nur ist der Zugang zu Unterhaltungsmedien, Kino, Theater, Musik und Malerei eine Frage der Lebensqualität. Nein, er ist sogar entscheidend für die Aufstiegschancen von Menschen aus Arbeiter*innenmilieus: der sozialisierte Habitus wirkt viel zu häufig als Ausschlusskriterium für gesellschaftliche Gruppen. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine Vielfalt an kulturellen Vorstellungen kennenlernen und gleichwohl eigene gewachsene Traditionen hinterfragen und, wenn gewünscht, pflegen können.</p> <p>Vielfalt anerkennen und Menschen fördern</p> <p>15 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch in den letzten Jahren hat es oft versagt, wenn es darum ging Menschen in seiner Mitte aufzunehmen und ihnen ein Gefühl des Angekommenseins zu vermitteln.</p> <p>Im letzten Jahr haben über eine Millionen Menschen in Deutschland vor Verfolgung Schutz gesucht. Sie kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Auf ein Leben in Sicherheit. Deutschland muss sich dieser Verantwortung stellen und diesen Menschen nicht nur eine Unterkunft bieten, sondern eine Zukunft. Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass die Integration tatsächlich gelingen kann.</p> <p>Wir müssen uns die Frage stellen: Wie schaffen wir es, dass die hier Zuflucht suchenden Menschen den Weg in eine geregelte Beschäftigung finden? Wir müssen Möglichkeiten schaffen, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern und den Menschen Perspektiven aufzeigen, um ihnen hier ein neues Leben zu ermöglichen. Im Zuge dessen ist es wichtig, die aktuellen Anerkennungskriterien für ausländische Abschlüsse zu überprüfen. Außerdem sollen Möglichkeiten geschaffen werden, sich leicht neue Kenntnisse in Form von Weiterbildungen anzueignen, die hier in Deutschland für bestimmte Positionen notwendig sind, um Fachkräfte besser eingliedern zu können.</p> <p>Wir sehen es als unverzichtbar an, dass Menschen frei entscheiden können wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verfahren. Aus diesem Grund verurteilen wir, dass Asylsuchende Gutscheine statt Bargeld erhalten. Dies schränkt die Autonomie der Betroffenen ein und ist eine unwürdige und entmündigende Praxis.</p> <p>Die Europäische Union demokratisieren</p> <p>45 Nur ein politisch starkes, funktionierendes, demokratisches Europa kann auch ein gutes Europa sein. Wir brauchen ein Europa was solidarisch untereinander ist und in dem Beschlüsse transparent im Parlament ausgehandelt werden. Neben der gemeinsamen Währungspolitik muss es auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben. Wir werden mehr nachhaltige Entwicklung nicht mit weniger Geld realisieren können. Deswegen brauchen wir einen Europäischen Plan um ungleiche Lebensbedingungen auszugleichen und allen Menschen in Europa ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir müssen gemeinsame europäische Lösungen finden, die über nationalstaatliche Interessen hinausgehen und das Wohl der Menschen in und außerhalb Europas im Blick haben.</p> <p>Sichere Fluchtwege schaffen</p> <p>Wir müssen als Europa Wege finden wie Menschen, ohne sich kriminellen Schleppern anvertrauen zu müssen, legal und sicher in Deutschland und Europa Asyl beantragen können. Hierzu könnte man dazu übergehen, dass auch in europäischen Botschaften Asyl beantragt werden kann. Dies hätte unter anderem den Vorteil, dass man die bereits durch Krieg traumatisierten Menschen nicht noch zusätzlich einer gefährlichen, traumatisierenden Flucht aussetzt.</p> <p>Denn letztlich gilt: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit dem schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ In diesem Sinne fordern wir:</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Einen Plan für europäische Investitionen • Eine Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat • Die Möglichkeit, Asyl in Botschaften zu beantragen, um dann über sichere Routen nach Europa zu kommen. • Einen Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtenden, sowohl innerhalb als auch außerhalb und insbesondere an den Grenzen der Europäischen Union. • Eine Reform der Dublin-Regelungen. 	1
<p>Dafür stehen wir ein:</p> <p>Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei seit über anderthalb Jahrhunderten für Politik, die sich am Wohle aller Menschen orientiert. Unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität müssen sich auch in unserer politischen Arbeit widerspiegeln.</p> <p>Wir brauchen jedoch nicht nur gute Wahlprogramme – das hat 2013 gezeigt – sondern auch authentische Vertreter*innen!</p> <p>Um das verlorengegangene Vertrauen vieler Menschen in die Sozialdemokratie zurückzugewinnen, bedarf es mehr als schöner gedruckter Worte. Wir müssen den Menschen ihre politische Heimat zurückgeben und wieder das werden, was wir mit Stolz waren: Die Partei der sozialen Gerechtigkeit!</p>	5 10
<p>Th3</p> <p><i>Unterbezirk Leverkusen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Sozialdemokratische Kernwerte</p> <p>Die SPD Leverkusen fordert in ihrem Leitantrag den Landes- und Bundesvorstand der SPD auf, sich stärker sozialdemokratischen Kernwerten zu verschreiben. Wir schließen uns den Forderungen der Petition „Aufbruch SPD“ inhaltlich an und möchten die Forderungen mit unserem eigenen Leitantrag unterstützen.</p> <p>Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Monate lässt uns immer deutlicher erkennen, dass die demokratischen Parteien an Bindungskraft verlieren. Nicht nur der Mitgliederschwund bei den Volksparteien, sondern auch die politische Verdrossenheit der Wähler zeigt uns, dass wir einen klaren moralischen politisch, inhaltlich glaubwürdigen Kompass benötigen, damit die SPD wieder als Garant für soziale Gerechtigkeit von der Bevölkerung wahrgenommen wird.</p> <p>Wir möchten die dringend nötigen Reformen vorantreiben und fordern die Genossen auf, sich wieder verstärkt unseren sozialdemokratischen Werten zu verschreiben.</p> <p>Es muss wieder eine deutliche Abgrenzung gegenüber anderen Parteien geben und mit klaren und einfachen aber nicht populistischen Rezepten Sozialpolitik gemacht werden.</p> <p>Dem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft, sowohl im politischen als auch im sozialen Sinne, stehen wir nicht weiter tatenlos gegenüber. Die richtigen Ansätze, wie zum Beispiel Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse, müssen fortgeführt und dürfen nicht durch unzählige Ausnahmen ausgehöhlt werden. Wir dürfen nicht unter dem Deckmantel eines falsch verstandenen Pragmatismus als Steigbügelhalter der Union dienen. Wir stellen uns den Themen Wohnungsmangel und bezahlbare Wohnungen, regionale Schwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in die Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Auf diese Themen, die die Bevölkerung bewegen, werden wir eine sozialdemokratische Antwort finden und vor allem deutlich kommunizieren. Wir müssen das Vertrauen in unsere Idee von einer gerechten Gesellschaft erneuern. Wir fordern insbesondere für die folgenden Bereiche:</p> <p>1. Soziale Gerechtigkeit</p> <p>Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch nach den letzten Berichten immer weiter auf. Dass über 50% des Eigenkapitals bei</p>	15 20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 nur 1% der Bevölkerung liegen zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. Die Steuerpolitik der SPD muss eine effektive steuerliche Belastung aller Beteiligten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sicherstellen. Daneben muss entschieden gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorgegangen werden. 5 Zur Diskussion um Gerechtigkeit gehört eine Reform der Hartz IV Gesetze. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit muss durch langfristige, qualitativ hochwertige Maßnahmen behoben werden, anstatt lediglich die Verschönerung von Statistiken über kurzfristige Maßnahmen zu erreichen. 10 Die SPD muss perspektivisch die Erwerbstätigenversicherung unabhängig vom Status als Arbeitnehmer, Beamter oder Selbstständiger einführen. Die Rente muss vor allem für die jüngeren Generationen zum einen tragbar sein und zum anderen eine Absicherung für später darstellen.</p> <p>2. Arbeit Den Menschen nur als Humankapital zu betrachten, entspricht 20 nicht den Werten der Sozialdemokratie. Wir fordern einen deutlichen Schulterschluss zu den Gewerkschaften und die Unterstützung deren Forderungen für Verbesserungen in der heutigen Arbeitswelt. Auf politischer Ebene fordern wir, dass es keine Ausnahmen vom 25 Mindestlohn geben darf. Den Missbrauch von Leiharbeit & Werkverträgen müssen wir verhindern und nachhaltige Veränderungen in der Frage der Lohngerechtigkeit erwirken. Des Weiteren müssen wir dafür Sorge trage, dass die Arbeitsschutzgesetze nicht weiter ausgehöhlt werden (Arbeitswelt 4.0). 30 Im Hinblick auf den immer wieder beklagten Fachkräftemangel müssen wir Lösungen bieten, die nicht nur die Wirtschaft im Blick haben, sondern auch den Menschen. Bezüglich der vielfältigen Möglichkeiten im Bereich Aus- und Weiterbildung müssen wir vor allen Dingen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit zur Orientierung mit mehr Praxisbezug geben. 35</p> <p>3. Kommunen Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur. Die SPD 40 muss dafür sorgen, dass vom öffentlichen Sektor entscheidenden Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Ausgaben ausreichend eigene Mittel.</p> <p>45</p>	
<p>Th4 <i>Ortsverein Attendorn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>50 Soziale Gerechtigkeit</p> <p>Rente nach 45 Beitragsjahren: Jeder Mensch der in Deutschland 45 Beitragsjahre erarbeitet hat, sollte Abschlagsfrei in den wohlverdienten Ruhestand gehen können. Dabei darf das Alter keine Rolle spielen. Für jedes Jahr, welches länger gearbeitet wird, sollte sich die Rentenhöhe um 2% erhöhen. Arbeitslosengeld: Das Arbeitslosengeld muss wieder an die geleistete Arbeit gekoppelt sein. Es kann nicht sein, dass Menschen die 20 Jahre gearbeitet haben, denselben Anspruch haben wie Menschen die nur 3 oder 4Jahre gearbeitet haben. Hier muss eine dynamische Anpassung erfolgen. Leiharbeit: 65 Leiharbeit sollte dazu dienen um Spitzen in Unternehmen abzufangen. Leiharbeiter werden jedoch eingesetzt, weil sie billiger sind als festeingestellte Mitarbeiter. Daher sollten folgende Punkte geändert werden:</p>	<p>Th4 <i>Ortsverein Attendorn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Soziale Gerechtigkeit</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Ein Leiharbeiter muss vom ersten Tag an denselben Lohn bekommen wie ein festeingestellter Mitarbeiter, der die Selbe Tätigkeit durchführt. • Ein Leiharbeiter darf maximal 6 Monate als Leiharbeiter eingesetzt werden. Danach muss er in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ein Austausch durch einen „neuen“ Leiharbeiter ist nicht zulässig. <p>BAföG: Ob BAföG gezahlt wird oder nicht, darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden. Es ist nicht grundsätzlich davon auszugehen, dass Kinder besser gestellter Eltern auch von diesen unterstützt werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<p>Th5 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Niemanden vergessen - Für eine bessere Sozialpolitik</p> <p>Die sozialen Ausgaben des Bundes sind mit 750 Mrd. € im Sozialetat so hoch wie nie zuvor. Die ungleiche Vermögensverteilung in der Bevölkerung ist in den letzten Jahren dennoch gestiegen. Neben dringend benötigten Reformen der Steuererhebung hat die Verteilung der sozialen Gelder Optimierungsbedarf. Bestehende Systeme gewährleisten nicht immer die nötige Gerechtigkeit bei der Verteilung, neue Systeme werden nicht umgesetzt. Ohne soziale Kompetenz wäre unsere Gesellschaft keine lebenswerte. Deshalb fordern wir eine sozialere Sozialpolitik, die niemanden vergisst. Dabei verfolgen wir folgende zentrale Verbesserungen:</p> <p>1. Rente muss Lebensstandard sichern</p> <p>Unser Ziel in der Rentenpolitik muss es sein, durch eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme zu einer Rentenversicherung für alle Bürger*innen zu kommen. Dazu müssen alle Teile dieser Gesellschaft einen Beitrag leisten. Neben den einkommensabhängigen Rentenversicherungsbeiträgen müssen auch die Einkommen aus Vermögen, Vermietungen und Verpachtungen sowie Unternehmensgewinne ohne Beteiligung von Arbeitnehmer*innen (Maschinensteuer +) einbezogen werden. Das gesetzliche Rentenzugangsalter soll gesenkt werden. Um der Altersarmut zu entgegen, darf es keinen Zwang geben bis 67 oder darüber hinaus zu arbeiten. Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) muss wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge werden und den Lebensstandard sichern. Unsere gesetzliche Rente darf nicht zur Grundsicherung verkommen. „Der Sinkflug des Rentenversorgungsniveaus muss gestoppt und umgekehrt werden. Hierzu wollen wir ein Versorgungsniveau von mindestens 50% erreichen. Darüber hinaus fordern wir deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, bei der Bewertung von Erwerbsunterbrechungen (z.B. bei Arbeitslosigkeit) sowie eine Solidarrente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung. Zusätzlich muss sichergestellt sein, dass versicherungsfremde Leistungen in gesellschaftlichem Interesse aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen finanziert werden. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss aus dadurch freigegebenen Mitteln und die vom DGB vorgeschlagene Reserve wegen der Bevölkerungsentwicklung (Demografiereserve) zu schließen. Auch Renten wegen voller Erwerbsminderung müssen ungeschmälert gezahlt werden.</p>	<p>Th5 <i>Bezirksverband Oberbayern (Landesverband Bayern)</i></p> <p>Niemanden vergessen - Für eine bessere Sozialpolitik</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Bürger*innenversicherung endlich einführen</p> <p>Wir brauchen endlich die Bürger*innenversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten einbezieht und paritätisch finanziert ist. Dementsprechend muss auch die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Um eine gerechte solidarische Finanzierung sowie auch die Versorgungssicherheit, Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für jede Bürgerin und jeden Bürger zu garantieren, muss die Zweiklassen-Medizin endlich überwunden werden!</p> <p>10 3. Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung verbessern</p> <p>Seit dem 01.08.2016 wird das „Rechtsvereinfachungsgesetz“ im Bereich des SGB II umgesetzt. Beschlossen wurde dies in der Endfassung im Bundestag am 23.06.16 und im Bundesrat am 08.07.16 ohne Widerstand von Seiten der SPD nach langen Verhandlungsphasen und einem schwierigen Gesetzgebungsprozess trotz teils heftigem Protest der Oppositionsfraktionen und deutlicher Kritik diverser Fachleute. Wir nehmen unter anderem diese Änderungen zum Anlass nochmals die Positionen zu den Bereichen SGB II (Grundsicherung) und SGB III (Arbeitslosenversicherung) zu behandeln und zu unterstützen.</p> <p>25 Unsere Kritik am Rechtsvereinfachungsgesetz</p> <p>Das als Rechtsvereinfachungsgesetz betitelte 9. SGB II-Änderungsgesetz enthält aus unserer Sicht zumindest eine klare Verbesserung, die dem Namen Rechnung trägt: Die Bewilligungszeiträume werden von 6 auf 12 Monate verlängert. Zudem gibt es positive Änderungen bei Pfändungsregelungen sowie die Fortzahlung von Leistungen für zukünftige Auszubildende, die bislang in der Grundsicherung über ihre familiäre Situation in einer Bedarfsgemeinschaft waren. Ihre Leistungen werden mindestens so lange fortgezahlt, bis über den Antrag auf Bafög/BAB entschieden wurde, was in der Praxis zu mehr Ausbildungsaufnahmen führen dürfte.</p> <p>Es überwiegen aus unserer Sicht allerdings klar die Rechtsverschärfungen, wie bspw. die Regelung Alleinerziehenden tageweise die Leistungen zu kürzen, wenn das Kind beim anderen Elternteil ist, sowie Einschränkungen beim Widerspruchsrecht und Verschärfungen beim „sozialwidrigen Verhalten“. Für uns Jusos sind es vor allem zwei Punkte, die aus politischer Sicht untragbar sind: Die angestrebten Reformen im SGB II waren bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden, man wollte die Ergebnisse einer Bund-Länderarbeitsgruppe umsetzen und (daher der Name des Gesetzes) vor allem rechtliche Vereinfachungen durchführen, die auch den GrundsicherungsbezieherInnen zu Gute kommen sollten. Diese Arbeitsgruppe hat neben der Abschaffung der Sanktionierung in die Kosten der Unterkunft hinein, unter anderem die Abschaffung der Sondersanktionen für unter 25-jährige empfohlen. Sowohl das eine, als auch das andere sind durch Druck der CSU nun nicht Bestandteil des verabschiedeten Rechtsvereinfachungsgesetzes, was aus unserer Sicht ein klares Zurückfallen hinter den Koalitionsvertrag darstellt.</p> <p>Zudem ist die Art und Weise wie das Gesetz beschlossen wurde symptomatisch eine seit Jahren sichtbare Problemlage im Bereich der Grundsicherung: Es gibt nach einem über vierjährigen Gesetzgebungsprozess keine erkennbare klare Linie, sondern Stückwerk in vielen kleinteiligen Bereichen. Und die nun viel zu kurze Vorbereitungszeit bringt neue Rechtsunsicherheiten und Mehrbelastungen für die MitarbeiterInnen hervor, die letztlich die GrundsicherungsbezieherInnen zu tragen haben werden.</p> <p>Unsere Mindestanforderungen an die Grundsicherung</p> <p>Grundsätzlich ist die Grundsicherung zur Abdeckung des soziokulturellen Existenzminimums eine Leistung des Sozialstaats, die unabhängig von Herkunft, Beschäftigungsstatus oder Alter allen offen steht. Gerade was AsylbewerberInnen, aber auch innereuropäische oder andere MigrantInnen angeht sehen wir täglich Verlet-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>zungen dieses Rechts auf ein soziokulturelles Existenzminimum, die teilweise auch bereits vom Verfassungsgericht gerügt wurde. Geändert hat sich hier wenig: Nach wie vor erhalten AsylbewerberInnen Leistungen nach dem AsylbLG und sind damit auch rechtlich schlechter gestellt. EU-BürgerInnen werden oftmals Grundsicherungsleistungen verweigert.</p> <p>Gleichzeitig decken die Leistungen im Bereich der Grundsicherung das Existenzminimum nicht ansatzweise ab und müssen dringend bedarfsgerecht angehoben werden. Zur Bestimmung der Höhe der Grundsicherung fordern wir die Einsetzung einer ständigen Kommission, die die Leistungen auch jährlich anpasst. Zudem fordern wir eigenständige Leistungen für Kinder im Rahmen einer Kindergrundsicherung.</p> <p>Wir fordern die Abschaffung sämtlicher negativer Sonderbehandlungen und -sanktionen junger Menschen. Gerade junge Menschen aus ärmeren Familien leiden bspw. im Bildungssystem bereits unter genug Stigmatisierungen und erreichen aufgrund sozialer Diskriminierungen teils geringer bewertete Abschlüsse wie Kinder aus reicheren Familien. Diese soziale Spaltung beim Übergang in das Berufsleben fortzuführen ist untragbar. Die Sonderbehandlungen junger Menschen im SGB II bringen auch keinerlei Vorteile. Auch fordern wir in diesem Zusammenhang eine Änderung der Bedarfsgemeinschaften. Es ist nicht zumutbar, dass junge Menschen aus ärmeren Familien rein aus finanziellen Gründen weiterhin mit ihren Eltern zusammenleben müssen.</p> <p>„Desweiteren werden junge Menschen gezwungen, sich zwischen Familie und finanzieller Sicherheit zu entscheiden. Da sämtliche Einkommen von Bedarfsgemeinschaftsmitgliedern, z.B. Werkstudenten, an die Bedarfsgemeinschaft angerechnet werden. So müssen zahlreiche junge Menschen aus dem Familienhaushalt ausziehen, um nicht bis zu 90 % ihres Einkommens über die Bedarfsgemeinschaft abgezogen zu bekommen.“ soll eingefügt werden.</p> <p>Wir fordern zudem die Abschaffung sämtlicher Sanktionen und sind seit langem im politischen Kampf, bspw. im Bündnis „sanktionsfrei“ oder dem Sanktionsmoratorium aktiv. Mit Sanktionen wird erwerbslosen Menschen eingeredet sie wären selbst Schuld an ihrer Situation, die Abwertung dieser Menschen gegenüber anderen wird verfestigt und reproduziert. Sie sind ein zentrales Element des gescheiterten „Fördern und Forderns“.</p> <p>Wir JUSOS fordern eine Änderung der Zumutbarkeitskriterien zur Arbeitsaufnahme. Diese müssen entschärft und vereinheitlicht werden, nicht-sozialversicherungspflichtige Arbeit darf nicht zumutbar sein. Vielmehr ist das Ziel von Vermittlungsbemühungen dahingehend zu korrigieren, dass immer eine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung angestrebt wird.</p> <p>Zuletzt fordern wir eine Erhöhung des Schonvermögens sowie eine Reform im Bereich der Kosten der Unterkunft (KdU), die gerade in Großstädten, bei älteren Menschen oder bei Trennungen zu großen Problemen führt. Langfristig müssen die KdU vom Bund übernommen werden und die tatsächlichen Kosten abdecken.</p> <p>Unsere Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung</p> <p>Die Arbeitslosenversicherung stellt unserer Auffassung nach eine wichtige Leistung dar, die zentral von der ArbeiterInnenbewegung mit erkämpft wurde. Sie sichert Individuen gegen das gesellschaftliche Risiko der Arbeitslosigkeit ab, welches zum überragenden Teil durch die herrschenden Produktionsbedingungen begründet wird. Gleichzeitig ist auch die Arbeitslosenversicherung volkswirtschaftlich von immenser Bedeutung, da sie nachfragestabilisierend in Krisenzeiten wirkt. Das Arbeitslosengeld I, das die Versicherungsleistungen abbildet, wird in der Regel nur 12 Monate ausbezahlt. Die SPD hat in der Großen Koalition 2005-2009 eine Verlängerung für ältere ArbeitnehmerInnen durchsetzen können, die maximal 18 Monate (Versicherungs-)Leistungsbezug ermöglicht. Wir fordern einen weitergehenden Ausbau der Bezugszeiten der Arbeitslosenversicherung für ältere ArbeitnehmerInnen. Zudem fordern wir, dass die Arbeitslosenversicherung auf ein Niveau gehoben wird, das den Lebensstandard der Versicherten sichert. Dazu</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 sind die Beitragsbemessungsgrenzen abzuschaffen, die Beitragspflicht auf Selbstständige auszuweiten sowie der Beitragssatz, der im Rahmen der Finanzkrise deutlich gesenkt wurde, zu erhöhen. Grundlegend fordern wir die Arbeitslosenversicherung im SGB</p> <p>5 III in eine Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln, die vor allem auf Qualifizierung und lebenslanges Lernen setzt und möglichen Unterbrechungen im Erwerbsleben sowie den sich immer schneller wandelnden Arbeitsanforderungen Rechnung trägt und damit gesamtgesellschaftliche Entwicklungen nachvollzieht.</p> <p>10 Arbeitslosigkeit: Gegen Individualisierung, für Vollbeschäftigung Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Wir sind der Auffassung, dass Arbeitslosigkeit ein gesellschaftliches Problem ist, dass</p> <p>15 nicht individualisiert werden darf – ein Weg der viel zu lange schon in viel zu hohem Ausmaß beschritten wird, der zwar vielleicht zu mehr Beschäftigten, aber keinesfalls zu mehr Beschäftigung in guter Arbeit geführt hat. Vielmehr führte dieser Weg, der in den vergangenen Jahren auch aktiv politisch verfolgt wurde zu einer fortschreitenden Prekarisierung der Arbeitswelt und gleichzeitig dabei</p> <p>20 auch zu einer Umverteilung von „Schuld“ an Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit zu bekämpfen funktioniert unserer Auffassung nach über eine Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, ein Ausbau dieser ist über Arbeitszeitverkürzungen, eine aktivierende Arbeits- und Beschäftigungspolitik</p> <p>25 sowie einen echten Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors zu erreichen.</p> <p>30 4. Armut von Kindern und Jugendlichen entschiedener bekämpfen</p> <p>Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 2016 wachsen ca. 2,7 Millionen Kinder- und Jugendliche in Deutschland in Armut auf. Dies betrifft somit 19 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. In der Gruppe der 18 bis</p> <p>35 25 Jährigen gilt jede*r vierte als arm. Dies wirkt sich u.a. auf die Bildungschancen und die Gesundheit für viele junge Menschen aus. Von einer Gleichheit der Zukunftschancen kann daher nicht gesprochen werden. Es ist daher dringende Aufgabe, dass gerade die Armut von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Bereichen entschiedener bekämpft wird.</p> <p>Einkommensarmut bekämpfen Einkommen ist und bleibt das zentrale Mittel für Teilhabe und Verwirklichungschancen. Es ist daher dringend notwendig, dass die Einkommenssituation von Kindern und Jugendlichen so verbessert wird, dass Armut vermieden wird. Besonders bizarr ist, dass durch den Kinderfreibetrag bei der Einkommenssteuer Kinder aus vermögendere Familien faktisch eine größere Unterstützung durch den</p> <p>50 Staat bekommen als Kinder aus Familien mit niedrigeren Einkommen. Dass das Kindergeld auf SGB II Leistungen (Hartz IV) angerechnet wird auf das Kindergeld angerechnet wird ist ebenfalls nicht akzeptabel. Es scheint vielmehr geboten eine weitaus höhere Kindergrundsicherung einzuführen, die für alle Kinder ausbezahlt</p> <p>55 wird und durch die Eltern zum jeweiligen Steuersatz versteuert werden muss. Dies würde durch die unterschiedlichen Steuersätze zu einer Förderung nach Bedürftigkeit führen.</p> <p>Gleiche Bildungschancen schaffen Bildung ist in unserer Gesellschaft ein wichtiger Faktor für die Verwirklichung individueller Lebenschancen, von Selbstwirksamkeit sowie von der sozialen und kulturellen Teilhabe. Im aktuellen Bildungssystem entscheiden immer noch die finanziellen Verhältnisse der Eltern über die Zukunftsmöglichkeiten. Ein kostenloses</p> <p>60 Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ist daher unbedingt zu realisieren. Außerdem müssen aber auch Bildungsangebote in der Freizeit z.B. in Sportvereinen durch Kostenübernahme für Beiträge und Ausstattung garantiert werden.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Wohnliche Voraussetzungen verbessern</p> <p>Die Stadtteile und Wohnlagen mit hoher Armutskonzentration sind oftmals gekennzeichnet durch schlechtere Wohnbedingungen wie die bauliche Struktur der Wohnquartiere und die Ausstattung der Infrastruktur, Umweltbelastungen sowie schlechtere Freizeitmöglichkeiten. Insbesondere auch ausreichend Platz ist für Kinder und Jugendliche von besonderer Wichtigkeit. Damit angemessene Wohnungen auch für Familien mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen, ist die Schaffung von sozialem Wohnraum unabdingbar. Hierbei sollten in der Planung auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen dringend beachtet werden. Ebenfalls ist auf eine soziale Durchmischung zu achten.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p>Kommunen finanziell entlasten</p> <p>Neben den Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene muss auch die Handlungsfähigkeit der Kommunen in den Blick genommen werden. Dies betrifft im besonderen auch die finanzielle Entlastung der Kommunen, da diese einen großen Teil der Kosten z.B. im Bildungs- und Wohnungsbereich übernehmen. Im besonderen müssen hier auch die Jugendhilfeausgaben in den Blick genommen werden. Hier führt die finanzielle Finanzausstattung immer wieder dazu, dass Kommunen alle rechtlichen Spielräume zur Einsparung im Jugendhilfeetat ausnutzen. Investition in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen darf in unseren Augen nicht von der aktuellen Finanzsituation der jeweiligen Kommune abhängen, sondern stellt eine langfristige Investition für die Gesellschaft, unabhängig vom Wohnort dar und muss sich am Bedarf orientieren.</p>	<p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>5. Integration von Menschen mit Behinderung ausbauen</p> <p>Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in eine Gesellschaft stellt deren soziale Kompetenz dar, ihre Fähigkeit, Individuen ohne Anbetracht ihrer Stärken und Schwächen Anteil am Leben zu gewähren.</p> <p>Nicht jeder Mensch ist in der Lage einen finanziellen Vorteil zu erwirtschaften, der ihm oder sogar einer Volkswirtschaft dient. Menschen mit Behinderung erhalten daher Unterstützung, die den allermeisten Betroffenen von staatlicher Seite in den ersten achtzehn Lebensjahren umfassend gewährt wird, in den Folgejahren aber so stark abnimmt, dass die erzielten Erfolge in der Kindheit und Jugend verloren gehen und die Integration und die Selbstständigkeit gefährdet wird.</p> <p>Nicht jede Errungenschaft schlägt sich kausal in Zahlen nieder. Die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsalltag stellt tatsächlich nur die konsequente Fortführung jahrelanger Förderung von Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf dar. Durch eine solche Integration finden Menschen Zugang zur Gesellschaft und auch zu eigener Anerkennung und Wertschätzung und damit Leben.</p> <p>Diese Betreuung ist häufig keine einfache. Sie fordert Betreuten und Betreuer*innen. Sie erfordert Fachkompetenz. Im Gegensatz zur Dienstleistungsbranche wird durch diese Arbeit jedoch kein Geld erwirtschaftet. Nicht mehr und nicht weniger wird Menschen, die körperlich und/oder geistig unterhalb der Norm liegen eine individuelle Förderung gewährt, die auch von Behinderung nicht Betroffenen auf anderer Ebene, bereits durch die Teilnahme am täglichen Leben, zur Verfügung steht. Bildungsangebote die von Behinderung nicht Betroffene freiwillig aufsuchen können sind von Menschen mit Behinderung kaum wahrnehmbar, wenn sie mit der Norm nicht mithalten. Als Ausgleich ist deshalb eine andere Art der Förderung geboten.</p> <p>Wir fordern deshalb die Fortführung und den Ausbau der Investitionen in die Integration und Förderung von Menschen mit Behinderung auch nach deren Volljährigkeit - finanzielle, soziale, gesellschaftliche Investition. Es ist hierbei gerade nicht ausreichend, nur nach gängigen Erscheinungsbildern von Behinderungen zu entscheiden, sondern je nach Beeinträchtigungsgrad.</p>	<p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Diese Mittel müssen von den Vertretern der Betroffenen oder ihnen selbst zudem möglichst einfach beantragt und verwaltet werden können, auf die von Seiten der zuständigen Behörde aufmerksam gemacht wird.</p> <p>5</p> <p>6. Integration von Geflüchteten vorantreiben - Ausgrenzung beenden</p> <p>Als Jungsozialist*innen ist es unser Anspruch, dass alle Menschen die in Deutschland leben gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Dass dies in den letzten Jahren durch die ständigen Verschärfungen des Asylrechts noch weiter erschwert wurde, wollen wir in keinsten Weise akzeptieren. Insbesondere die künstliche Einteilung nach „Kriegsflüchtlingen“ und „Armutsflüchtlingen“ lehnen wir entschieden ab. Wir wollen allen Gruppen, egal aus welchem Grund sie bei uns Schutz suchen, die Möglichkeit geben hier gleichberechtigt zu leben.</p> <p>Wir fordern daher eine gleiche Behandlung aller Schutzsuchenden unabhängig von der sogenannten „Bleibeperspektive“. Dies bedeutet, dass die Unterbringung, der Zugang zu Bildung, Krankenversorgung etc. nicht davon abhängen darf, wie viele Leute aus dem Herkunftsland der geflüchteten Person in der Vergangenheit eine Anerkennung als Flüchtling bekommen haben.</p> <p>Von besonderer Bedeutung ist auch die Unterbringung der Geflüchteten. Wir lehnen eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich ab, da sie oft menschenunwürdig ist und ebenso die Integration erschwert. Besonders die Unterbringung von Kindern, Frauen und queeren Menschen in solchen Einrichtungen stellt eine große Gefährdung für diese Gruppen dar. Es braucht daher unbedingt eine flächendeckende dezentrale Unterbringung in durch kleinere Wohneinheiten. Die erst vor kurzem beschlossene Möglichkeit der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge lehnen wir entschieden ab, da sie neben der Einschränkung der Selbstbestimmung eine Erschwerung der Integration bedeuten kann.</p> <p>Bildung stellt in unseren Augen den Grundstock für eine schnelle Integration in die Gesellschaft dar. Daher braucht es für alle Geflüchteten Menschen, unabhängig ihres Status ein Anrecht, für alle Geflüchteten Menschen das Recht und die Möglichkeit, schnellstmöglich einen professionellen Deutschkurs besuchen zu können.“Ebenso braucht es für alle Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene die Möglichkeiten die regulären Schulformen besuchen zu können.</p> <p>Besonders wichtig ist auch die Integration durch Arbeit. Hier fordern wir sämtliche Hürden, welche es bei der Arbeitsaufnahme für Geflüchtete gibt, unabhängig vom Herkunftsland der Geflüchteten, abzuschaffen. Den Fall der Vorrangprüfung bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten in 133 von 156 Agenturbezirken begrüßen wir. Dass diese Vorrangprüfung in Bayern durch die CSU gesteuert immer noch Anwendung findet, kritisieren wir massiv und fordern die sofortige Abschaffung.</p> <p>Das von der CSU geplante Integrationsgesetz hat mit Integration nichts zu tun und dient einzig und alleine dem Zwecke Hetze gegen Geflüchtete zu verbreiten. Mit der Verpflichtung von Medien und Gesellschaft zu einer Leitkultur, werden die vielfältigen kulturellen Hintergründe der Menschen in Bayern ignoriert. Ebenso werden in dem Entwurf rechtsstaatliche Prinzipien aufgegeben. Dass in dem Entwurf keinerlei finanzielle Zusagen für die Kommunen und keinerlei Rechte für Geflüchtete festgeschrieben werden, ist bei der aktuellen inhaltlichen Annäherung der CSU an die AfD leider nicht verwunderlich.</p> <p>7. Fazit</p> <p>Als oberbayerische Jungsozialist*innen fordern wir eine Sozialpolitik, die alle Menschen in den Blick nimmt. Und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Fähigkeiten und ihrem soziokulturellen Status. Wir fordern einen Aufbruch in der Sozialpolitik der gemeinsam in der Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen wie</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Gewerkschaften und Sozialverbänden beschränkt wird. Bei den kommenden Wahlen für den Bundestag und Landtag werden wir uns dafür einsetzen, diese Themen in den Fokus zu rücken und für Mehrheiten zu kämpfen in denen sich am meisten dieser Punkte umsetzen lassen.</p>	1
<p>Th6 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Die Nachwendezeit muss aufgearbeitet werden</p> <p>Friedliche Revolution und Deutsche Einheit liegen mehr als 25 Jahre zurück. Beide Ereignisse sind glückliche Momente der deutschen Geschichte. Die folgenden Jahre waren oft schwierig, aber letztlich meist erfolgreich. Die Menschen genießen Freiheit und rechtsstaatliche Sicherheit. Die Arbeitslosigkeit ist im Osten heute auf dem niedrigsten Stand seit 1990. Wir haben in Teilen Ostdeutschlands eine Reindustrialisierung geschafft, die Arbeitsplätze sichert und weiter neue schafft. Die Fortschritte im Umweltschutz und der Infrastruktur sind immens. Die absolute Mehrheit ist sowohl mit ihrer persönlichen als auch mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation zufrieden, gerade auch im Vergleich mit anderen Ländern Osteuropas.</p> <p>Viele haben sich damals durchgekämpft, viele haben die neuen Chancen genutzt. Sie haben sich endlich ihren Wunschtraum erfüllt, beruflich wie privat. Viele waren froh, der desolaten Planwirtschaft zu entkommen und eine eigene Selbstständigkeit aufzubauen.</p> <p>Doch gleichzeitig müssen wir feststellen: Es ist nicht alles in Ordnung. Zu lange wurden vor allem die Erfolge der Einheit in den Mittelpunkt gestellt, weniger die schwierigen Seiten. Kritiker dieser einseitigen Darstellung wurden oft als „Jammerross“ oder „Wendeverlierer“ abgetan.</p> <p>Wir wollen eine Aufarbeitung der Nachwendezeit, deren Erleben die Gefühle vieler Ostdeutscher bis heute prägt – egal ob sie sich erfolgreich durchgekämpft haben, oder eben nicht. Es geht um Aufbruch, Hoffnungen und Chancen, aber auch um Kränkungen, Demütigungen und Ungerechtigkeiten. Wenn eine solche Aufarbeitung gelingen soll, muss sie kritisch, aber nicht nachtragend sein. Sie muss ehrlich, aber nicht vorwurfsvoll sein. Und sie muss ost- und westdeutsche Perspektiven gleichermaßen beleuchten und wertschätzen. Das Thema verdient eine differenzierte Diskussion, denn ohne Frage ist vieles nicht nur gut gelaufen, was oft eben auch Folge des großen, schnell erfolgenden historischen Umbruchs war. Eine solche Aufarbeitung ist bitter nötig, um die Gräben in unserer Gesellschaft zu schließen.</p> <p>Oft wurde über die wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umbrüche gesprochen, aber kaum oder weniger über gesellschaftliche, soziologische und vor allem die individuelle Dimension.</p> <p>1. Es braucht eine ehrliche Aufarbeitung der Treuhand-Tätigkeiten. Die Aktenbestände der Treuhand sind bis heute größtenteils nicht freigegeben. 80 Prozent wurden als Verschlussachen über 30 Jahre eingestuft. Die Aufarbeitung kann und muss daher nun mit dem Jahr 2020 beginnen. Dieser Aufarbeitungsprozess wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre.</p> <p>Wir fordern eine besonders sensible und möglichst vollständige Sicherung der Treuhand-Akten. Es darf hier keineswegs nur um die berechtigten Schutzinteressen der damals beteiligten, meist westdeutschen Unternehmen und Personen gehen. Es geht auch um die Interessen der ostdeutschen Bevölkerung zur Aufarbeitung der Nachwendezeit.</p> <p>Wir wollen die vorzeitige Freigabe aller Treuhand-Akten ab 2020. Wir fordern, dass ab 2020 ausreichende finanzielle Mittel für For-</p>	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schungsprojekte zur Verfügung gestellt werden, um die Aufarbeitung der Treuhand-Akten 2020 zu beginnen. Wir halten die Einrichtung einer unabhängigen Kommission „Aufarbeitung der Nachwendezeit“ für notwendig.</p> <p>5 2. Aufarbeitung als gesamtdeutscher Prozess Eine Aufarbeitung der Nachwendezeit kann nach unserer Überzeugung nur erfolgreich sein, wenn diese auch gesamtdeutsch erfolgt. Dies wird nicht als reine Ost-Debatte funktionieren. Städte wie Gelsenkirchen oder Bitterfeld, Bremerhaven oder Rostock haben bei aller Unterschiedlichkeit ähnliche Prozesse von Deindustrialisierung und Strukturwandel hinter sich. Der Turbokapitalismus ist über den Osten nur früher, härter und umfassender hereingebrochen als über den Westen. Unterschiede und Gemeinsamkeiten müssen in den Blick genommen werden, um so das gegenseitige Verstehen zwischen Ost und West zu fördern. Hierzu müssen gezielt Austausch- und Dialog-Projekte sowie politische Bildungsprojekte gefördert werden.</p> <p>10 Die Nachwendezeit muss Thema an Schulen werden. Im Geschichtsunterricht fällt die Zeit bislang oft unter den Tisch. Dabei sollen sowohl Rückschläge, Kränkungen und Demütigungen Ostdeutscher eine Rolle spielen. Aber auch die positiven Erfahrungen, die die Ostdeutschen gestärkt haben, ihre Lebensleistungen, z.B. wie Menschen Herausforderungen der Nachwendezeit gemeistert haben, müssen eine Rolle spielen. Daten aus Sachsen zeigen, dass vor allem die negativen Einstellungen teilweise an die nächste Generation weitertradiert werden. Gleichzeitig hat die jüngere Generation wenig Verständnis und Wissen über diese prägende Zeit der Eltern und Großeltern. In Westdeutschland wissen die meisten nur wenig über diese Zeit.</p> <p>20 An einem der nächsten Jahrestage zur Deutschen Einheit oder im Jahr 2019 anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Mauerfalls müssen wir das Thema „Nachwendezeit“ in den Mittelpunkt mit einem Austausch zwischen Ost und West stellen.</p> <p>35 3. Lokale und regionale Aufarbeitungsprozesse Die Aufarbeitung muss vor Ort beginnen und hat teilweise schon zaghafte begonnen. Hier geht es auch um die Suche nach Identität und Heimat. Wir müssen die Sprachlosigkeit überwinden.</p> <p>40 Wir wollen viele kleine, lokale und regionale Projekte unterstützen, welche die jüngere Geschichte dokumentieren und aufarbeiten. In solchen lokalen Projekten sollten nicht nur die technischen und wirtschaftlichen Aspekte im Vordergrund stehen, sondern die Menschen, ihre Arbeit, ihr Leben und ihre Erfahrungen des Umbruchs.</p> <p>45 In solchen Projekten muss es um Wertschätzung und Anerkennung der Lebensleistung der Menschen im Osten und vor Ort gehen. Es braucht mehr Generationendialog-Projekte an Schulen, in denen Kinder Eltern und Großeltern mit eingebunden werden. Die Umsetzung kann zusammen mit außerschulischen Bildungsträgern stattfinden.</p> <p>50 4. Wir müssen Ungerechtigkeiten der Nachwendezeit reparieren. Man wird nicht alles reparieren können, was damals kaputtgegangen ist. Doch einige Forderungen sind umsetzbar und wichtig:</p> <p>55 Es geht um die Wertschätzung und Anerkennung der Lebensleistung und Schicksale der Menschen im Osten. Deshalb sind wir froh, dass endlich die Rentensysteme in Ost und West angeglichen werden. Diese Angleichung sollte wenn möglich vor 2025 abgeschlossen sein.</p> <p>60 Wir müssen die Lebensleistung der ostdeutschen Aufbaugeneration nach 1989 anerkennen. Viele haben jahrelang in der Nachwendezeit und teils bis heute keine höheren Löhne oder mehr Beteiligung eingefordert, um ihren Job und ihre Unternehmen zu sichern. Sie waren es, welche sich durch die schwierige Zeit der Nachwendezeit kämpften und die Industrie und das Handwerk wieder aufbaut und das Land am Laufen gehalten haben. Im Alter drohen viele aus dieser Aufbaugeneration in der Grundsicherung zu landen. Der Osten braucht besonders dringend eine Solidarrente.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Wir müssen eine gute Strukturpolitik für den ländlichen Raum umsetzen. Der Staat darf sich vor Ort nicht zurückziehen. Gerade der ländliche Raum hatte in der Nachwendezeit im Osten besonders große Umbrüche zu verkraften und hat hier meist verloren. Von dort sind die meisten jungen Menschen weggezogen.	1
Wir wollen die Einrichtung eines Gerechtigkeitsfonds durchsetzen. Einige Gruppen, beispielsweise Reichsbahner oder Bergarbeiter, haben durch politische Entscheidungen einen Teil der (Betriebs-) Rentenansprüche verloren, auf die sie vertraut und zum Teil eingezahlt haben. Bei ihnen entstand der Eindruck, dass ihre Lebensleistung nicht ausreichend gewürdigt wird. Bei der Gruppe der in der DDR geschiedenen Frauen gibt es aufgrund der Lage auch existentielle Probleme.	5
Wir brauchen eine neue Politik des sozialen Aufstiegs: Es ist kein Zufall, dass wir im Osten eine doppelt so hohe Schulabbrecher-Quote haben wie im Westen. Auch das hat mit den Umbrüchen der Nachwende-Zeit zu tun. Manche Eltern hatten damals Pech oder Unglück und verloren den Job und den Leistungswillen. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.	10
	15
	20
Th7 <i>Landesorganisation Bremen</i>	
Abschaffung der Zeitemstellung	
Die Zeitemstellung ist abzuschaffen. Die Sommerzeit ist als reguläre Zeit beizubehalten.	
Die Parteigremien sind aufgefordert, im Sinne dieser Zielsetzung aktiv zu werden und Wege zu deren Umsetzung zu finden.	
	25
Th8 <i>Ortsverein Bernkastel-Land (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	
Anerkennung von E-Sport	
Unterstützung der Anerkennung von E-Sport als Sportart im rechtlichen Sinne.	
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Wahlvorschläge

Wahlvorschläge	Wahlvorschläge
I. Wahl Parteivorstand	
Wahlvorschlag 1	Wahlvorschlag 8 1
Landesverband Brandenburg Der Bundesparteitag möge Dr. Dietmar Woidke (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	Bezirk Hessen-Süd Der Bundesparteitag möge Thorsten Schäfer-Gümbel (stellvertretender Parteivorsitzender) 5 Dr. Udo Bullmann (Verantwortlicher des Parteivorstandes für die Europäische Union) Dagmar Schmidt (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen 10
Wahlvorschlag 2	Wahlvorschlag 9
Landesverband Berlin Der Bundesparteitag möge Michael Müller (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	Landesverband Nordrhein-Westfalen Der Bundesparteitag möge 15 Martin Schulz (Parteivorsitzender) Michael Groschek (stellvertretender Parteivorsitzender) Dietmar Nietan (Schatzmeister) Svenja Schulze (weiteres Mitglied) Kerstin Griese (weiteres Mitglied) 20 Oliver Kaczmarek (weiteres Mitglied) Michaela Engelmeier (weiteres Mitglied) Wiebke Esdar (weiteres Mitglied) Sascha Vogt (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen 25
Wahlvorschlag 3	Wahlvorschlag 10
Abteilung Neu-Westend (Landesverband Berlin) Der Bundesparteitag möge Michael Müller (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	Landesverband Bayern 30 Der Bundesparteitag möge Natascha Kohnen (weiteres Mitglied) Uli Grötsch (weiteres Mitglied) Johanna Uekermann (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen 35
Wahlvorschlag 4	Wahlvorschlag 11
Landesverband Sachsen-Anhalt Der Bundesparteitag möge Dr. Katja Pähle (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	Landesverband Schleswig-Holstein 40 Der Bundesparteitag möge Ralf Stegner (stellvertretender Parteivorsitzender) in den Parteivorstand wählen 45
Wahlvorschlag 5	Wahlvorschlag 12
Landesverband Saarland Der Bundesparteitag möge Heiko Maas (weiteres Mitglied) Anke Rehlinger (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	Landesverband Thüringen Der Bundesparteitag möge Christoph Matschie (weiteres Mitglied) 50 in den Parteivorstand wählen
Wahlvorschlag 6	Wahlvorschlag 13
Bezirk Hessen-Nord Der Bundesparteitag möge Thorsten Schäfer-Gümbel (stellvertretender Parteivorsitzender) in den Parteivorstand wählen	Bezirk Braunschweig Der Bundesparteitag möge Hubertus Heil (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen 60
Wahlvorschlag 7	65
Bezirk Hannover Der Bundesparteitag möge Gabriele Lösekrug-Möller (weiteres Mitglied) Dr. Matthias Miersch (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen	

Wahlvorschläge	Wahlvorschläge
<p>1 Wahlvorschlag 14</p> <p>Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Der Bundesparteitag möge</p> <p>5 Manuela Schwesig (stellvertretende Vorsitzende) in den Parteivorstand wählen</p> <p>Wahlvorschlag 15</p> <p>10 Landesorganisation Hamburg Der Bundesparteitag möge Olaf Scholz (stellvertretender Parteivorsitzender) Aydan Özoguz (stellvertretende Parteivorsitzende)</p> <p>15 Niels Annen (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen</p> <p>Wahlvorschlag 16</p> <p>20 Landesverband Rheinland-Pfalz Der Bundesparteitag möge Malu Dreyer (stellvertretende Parteivorsitzende) Doris Ahnen (weiteres Mitglied)</p> <p>25 Alexander Schweitzer (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen</p> <p>Wahlvorschlag 17</p> <p>30 Landesverband Sachsen Der Bundesparteitag möge Martin Dulig (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen</p> <p>35 Wahlvorschlag 18</p> <p>Landesverband Baden-Württemberg</p> <p>40 Der Bundesparteitag möge Leni Breymaier (weiteres Mitglied) Hilde Mattheis (weiteres Mitglied) Ute Vogt (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen</p> <p>45 Wahlvorschlag 19</p> <p>Bezirk Weser-Ems</p> <p>50 Der Bundesparteitag möge Boris Pistorius (weiteres Mitglied) in den Parteivorstand wählen</p>	<p>Wahlvorschlag 21</p> <p>Landesverband Brandenburg Der Bundesparteitag möge Dr. Thorsten Jobs (Stellvertreter) in die Bundesschiedskommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 22</p> <p>Landesverband Nordrhein-Westfalen Der Bundesparteitag möge Johannes Risse (weiteres Mitglied) in die Bundesschiedskommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 23</p> <p>Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Der Bundesparteitag möge Hannelore Kohl (Vorsitzende) in die Bundesschiedskommission wählen</p> <p>III. Wahl Kontrollkommission</p> <p>Wahlvorschlag 24</p> <p>Landesverband Sachsen-Anhalt Der Bundesparteitag möge Marko Mühlstein in die Kontrollkommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 25</p> <p>Landesverband Baden-Württemberg Der Bundesparteitag möge Karin Rehbock-Zureich in die Kontrollkommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 26</p> <p>Bezirk Hannover Der Bundesparteitag möge Walter Meinhold in die Kontrollkommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 27</p> <p>Bezirk Hessen-Süd Der Bundesparteitag möge Norbert Wiczorek in die Kontrollkommission wählen</p> <p>Wahlvorschlag 28</p> <p>Landesverband Nordrhein-Westfalen Der Bundesparteitag möge Renate Drewke Brigitte Reckmann in die Kontrollkommission wählen</p>
<p>55 II. Wahl Bundesschiedskommission</p> <p>Wahlvorschlag 20</p> <p>60 Landesverband Saarland Der Bundesparteitag möge Prof. Dr. Roland Rixecker (Stellvertreter) in die Bundesschiedskommission wählen</p> <p>65</p>	

Wahlvorschläge	Wahlvorschläge
Wahlvorschlag 29	1
Landesverband Bayern Der Bundesparteitag möge Günter Gloser in die Kontrollkommission wählen	5
Wahlvorschlag 30	10
Landesverband Schleswig-Holstein Der Bundesparteitag möge Dr. Brigitte Fronzek in die Kontrollkommission wählen	15
Wahlvorschlag 31	20
Landesverband Rheinland-Pfalz Der Bundesparteitag möge Thomas Hitschler in die Kontrollkommission wählen	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

IV. Wahl SPE-Delegierte

Der Parteivorstand schlägt am 20. November 2017 dem Parteitag auf der Grundlage der folgenden Vorschläge der Landesverbände und Bezirke zur Wahl nach § 25 Absatz 4 Organisationsstatut die Delegierten zum SPE-Kongress vor:

5

	Landesverband/Bezirk	Name	Delegierten Anzahl
10	Schleswig-Holstein	1. Enrico Kreft 2. Ulrike Rodust	2
15	Mecklenburg-Vorpommern	1. Robert Buhse	1
	Hamburg	1. Knut Fleckenstein	1
	Bremen	1. Ulrike Hiller	1
20	Nord-Niedersachsen	1. Franka Strehse	1
	Weser-Ems	1. Hanna Naber 2. Tiemo Wölken	2
25	Hannover	1. Sylvia Binkenstein 2. Bernd Lange	2
	Braunschweig	1. Detlef Tanke	1
30	Sachsen-Anhalt	1. Arne Lietz	1
	Brandenburg	1. Rica Eller	1
35	Berlin	1. Viola Weyer 2. Johannes Kup	2
40	Nordrhein-Westfalen	1. Birgit Sippel 2. Andrea Arcais 3. Claudia Walther 4. Deniz Alkan 5. Christina Kampmann 6. Stefan Gran	6
45	Hessen-Nord	1. Marina Werner 2. Enrico Schäfer	2
	Hessen-Süd	1. Udo Bullmann 2. Sylvia Kunze	2
50	Thüringen	1. Antonia Hemberger	1
	Sachsen	1. Constanze Krehl	1
55	Saar	1. Jo Leinen 2. Elke Ferner	2
	Rheinland Pfalz	1. Norbert Neuser 2. Heike Raab 3. Daniel Stich	3
60	Baden-Württemberg	1. Peter Simon 2. René Repasi 3. Luisa Boos	3
65	Bayern	1. Marietta Eder 2. Johanna Uekermann 3. Bertram Hacker 4. Maria Noichl	4

Wahlvorschläge	Wahlvorschläge
Als Ersatzdelegierte werden vorgeschlagen:	1
Regina Poersch (Schleswig-Holstein)	
Hansjörg Thelen (Schleswig-Holstein)	
Jacqueline Dejosez (Mecklenburg-Vorpommern)	5
Sabine Steppat (Hamburg)	
Johanna Theresa Kriegel (Nord-Niedersachsen)	
Klaus Manal (Nord-Niedersachsen)	
Alexander Paatsch (Nord-Niedersachsen)	
Uta Wilms (Weser-Ems)	10
Oliver Toth (Weser-Ems)	
Luzia Moldenhauer (Hannover)	
Maximilian Schmidt (Hannover)	
Annegret Ihbe (Braunschweig)	
Georg Gauger (Brandenburg)	15
Anja Möbus (Berlin)	
Fabian Fischer (Berlin)	
Halice Kreß-Vannahme (NRW)	
Norbert Spinrath (NRW)	
Kirsten Eink (NRW)	20
Rüdiger Weiß (NRW)	
Josef Neumann (NRW)	
Manfred Schaub (Hessen-Nord)	
Karina Fissmann (Hessen-Nord)	
Umut Sönmez (Hessen-Süd)	25
Tanja Pfenning (Hessen-Süd)	
Martin Luckert (Thüringen)	
Matthias Ecke (Sachsen)	
Bettina Altesleben (Saar)	
Michael Clivot (Saar)	30
Manfred Geis (Rheinland-Pfalz)	
Heike Scharfenberger (Rheinland-Pfalz)	
Evelyne Gebhardt (Baden-Württemberg)	
Dominique Odar (Baden-Württemberg)	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

Herausgegeben vom SPD-Parteivorstand, Abteilung I / Mobilisierung
Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Gesamtherstellung: Köllen Druck+Verlag GmbH, Bonn-Berlin

